This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

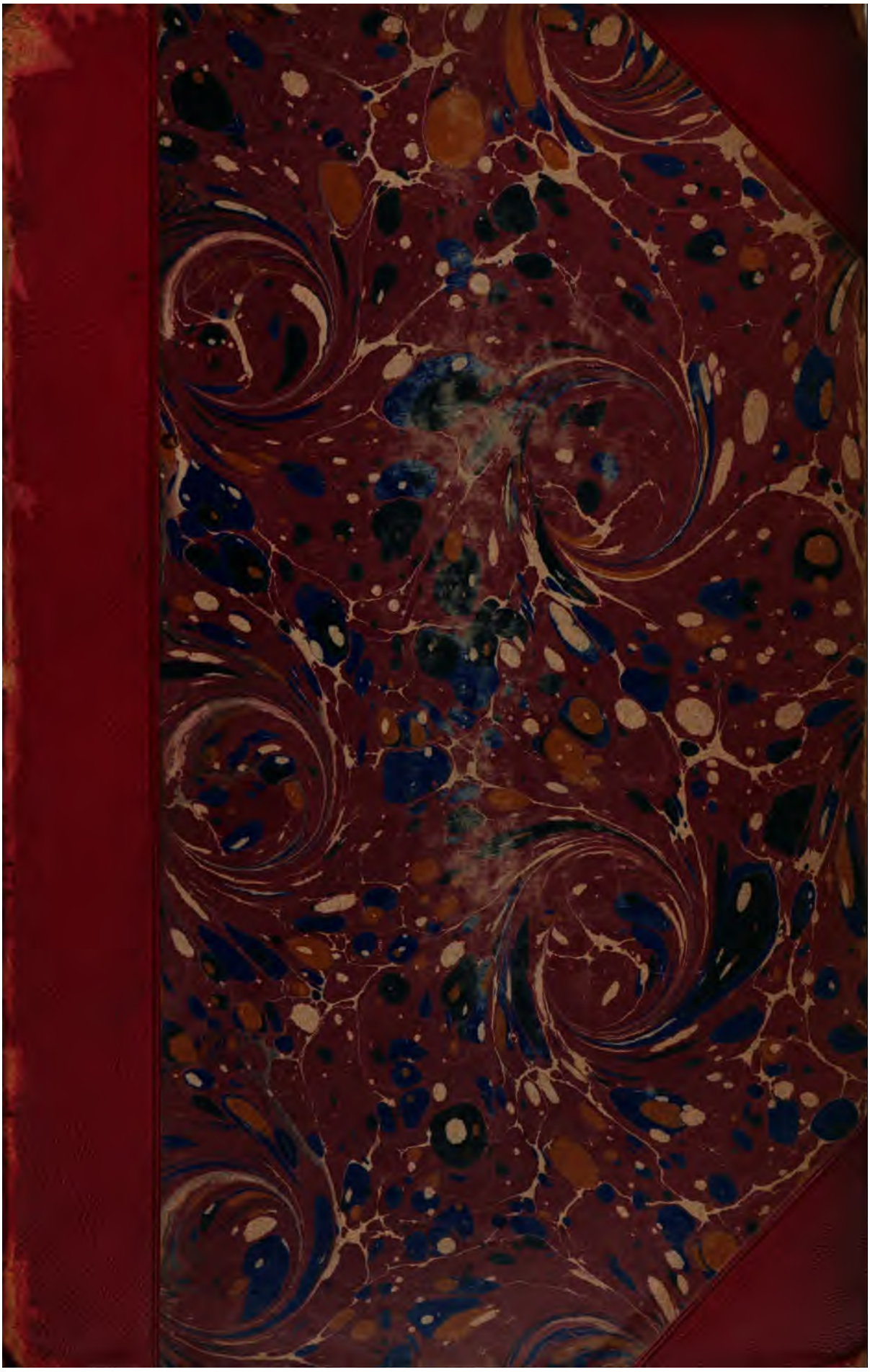
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.



Ger 3810.1.25

Harvard College Library.

FROM THE BEQUEST OF

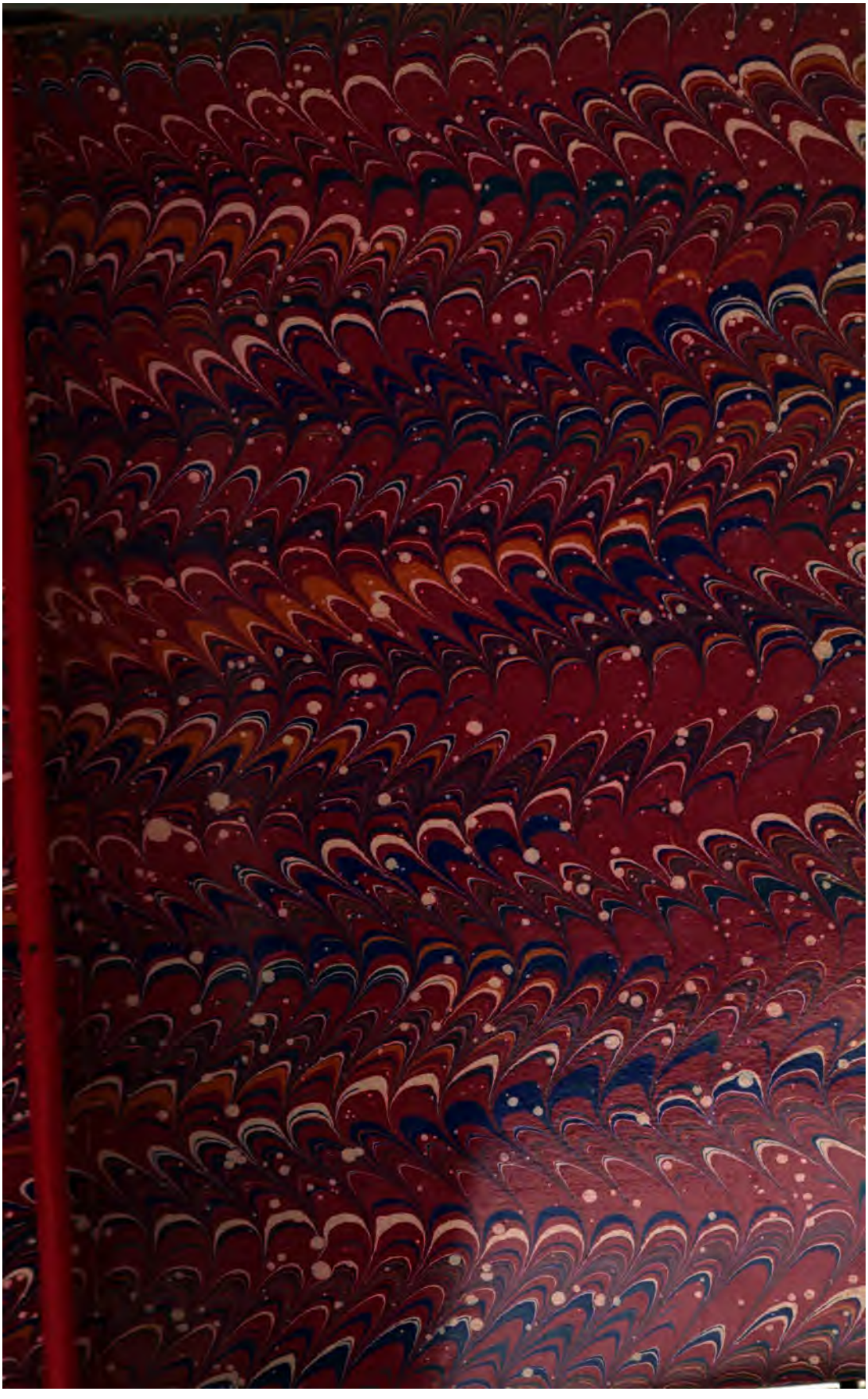
CHARLES SUMNER, LL.D.,

OF BOSTON,

(Class of 1830).

"For books relating to Politics and Fine Arts."

25 May, 1893.



PUBLICATIONEN

AUS DEN

K. PREUSSISCHEN STAATSARCHIVEN.

DREIUNDFÜNFZIGSTER BAND.

VERANLASST
UND UNTERSTÜTZT

DURCH DIE
K. ARCHIV-VERWALTUNG.

LEIPZIG
VERLAG VON S. HIRZEL
1893.

PREUSSEN

UND

DIE KATHOLISCHE KIRCHE

SEIT 1640.

NACH DEN ACTEN DES GEHEIMEN STAATSARCHIVES

VON

MAX LEHMANN.

SECHSTER THEIL.

VON 1786 BIS 1792.

VERANLASST
UND UNTERSTÜTZT

DURCH DIE
K. ARCHIV-VERWALTUNG.

LEIPZIG

VERLAG VON S. HIRZEL

1893.

~~Germ. Hist. 50~~
Ger 3810.1.25

HARVARD COLLEGE
MAY 25 1893
LIBRARY.

Sumner fund.
(VI.)

Alle Rechte vorbehalten.

1.[1] **Etats-Minister Hoym an den Professor Garve.** Breslau 1786 August 20. 1786 Aug. 20

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 24). Concept, geschrieben von Leo.

Die Censur wird die Kränkung schlesischer Katholiken verhindern.

Theilt die »beruhigende Nachricht« mit, »dass ich bei meiner letztern Anwesenheit in Potsdam Gelegenheit genommen, des königlichen Cabinets-Ministre Herrn v. Hertzberg Exc. sowohl das Unrecht, welches denen im Ganzen genommen so tolerant gesinnten schlesischen Katholiken geistlichen und weltlichen Standes durch die von einigen Berlinischen Schriftstellern in ihren bisher erschienen Schriften gegen selbige sich erlaubten, oft ebenso unrichtigen als unanständigen und bittern Äusserungen widerfahren, als auch den Nachtheil, der daraus für die bisherige auf gegenseitiges Zutrauen und Toleranz sich gründende Verträglichkeit und Eintracht der verschiedenen Religions-Genossen entstehen muss, wenn durch ein Geschreibe solcher Art gegenseitiger Argwohn, Misstrauen und endlich gar Anfeindung unter selbigen erregt wird, der Wahrheit gemäss zu schildern. Und ich kann E. H. hiedurch die Versicherung geben, dass von hochgedachter Sr. E. bei der Berliner Bücher-Censur solche Anstalten werden getroffen werden, wodurch dieser gelehrte Unfug sein Ende erreichen wird. Übrigens halte ich es nicht für nöthig, dass E. H., wenn Sie etwas gegen den Herrn Nicolai zu schreiben Sich entschliessen sollten, von dem Protokoll Gebrauch machen, worauf sich der Landrath des Leobschützer Kreises Herr v. Haugwitz in seinem an Sie erlassenen Schreiben bezogen.«

---

2. Immediat-Eingabe der »evangelischen Prediger des Wohlauschen Fürstenthums.« Wohlau 1786 August 26. Aug. 26

R. 46. B. 164. Mundum.

Bitten um Wiederentrichtung des von den katholischen Gutsbesitzern zurückbehaltenen Pfarr-Decem-Getreides.

»Mit tiefster Ehrfurcht des Herzens nahen wir . . . evangelische Prediger des Wohlauschen Fürstenthums in Schlesien uns E. K. M. Throne, wünschen Allerhöchstdenenselben zum Antritt Dero glorreichen Regierung von der ewigen Vorsehung die beste Gesundheit, Heil und Segen und flehen

---

1) Vgl. unter dem 17. Juli.

1786 Aug. 26 Allerhöchstdieselben demüthigst an . . . zu befehlen, dass uns Predigern das von der Zeit des aufgehobenen *nexus parochialis* zwischen Pfarrern und Eingepfarrten verschiedener Confession an weggefallene Pfarr-Decem-Getreide von nun an wieder jährlich entrichtet werden möge, als wodurch wir von neuen in den Stand gesetzet werden würden, dass wir ohne kränkende Nahrungssorgen denen Pflichten unsers Amtes treugehorsamst nachleben können.

»Wir wünschen keinesweges, dass der vormalige *nexus parochialis* und Parochial-Zwang wieder hergestellet werden möge. Wir verehren vielmehr die Gnade unsers höchstseligen Königes, die alles, was auch nur einen Schein der Drückung einer oder der andern christlichen Religions-Partei haben könnte, weislich aufgehoben hat.

»Allein erlauben E. K. M. . . ., dass wir uns in tiefster Ehrfurcht unterstehen dürfen, dagegen vorzustellen, wie dieses, wenn uns das Decem-Getreide, so wie vor der Zeit des aufgehobenen *nexus parochialis*, also auch von nun an wieder von denen Gütern ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit der Religion abgeführet werden sollte, keinesweges dem Religions-Duldungsgeiste und der Billigkeit entgegen sein könne, indem mehrgedachtes Pfarr-Decem-Getreide nicht auf Personen als vielmehr allem auf Grundstücke haftet und ein jeder Besitzer eines Gutes, welches Decem abzuführen hat, sein Gut für so viel weniger, als der jährliche Decem austrägt, erstanden hat.

»Überdem so können wir auch nicht anders glauben, als dass es ganz wider die Absicht des aufgehobenen *nexus parochialis* sei, wenn den evangelischen Parochis von katholischen Gutsbesitzern in evangelischen Parochien das jährliche Pfarr-Decem-Getreide vorenthalten werde, da weiland S. K. höchstselige M. die wegen Aufhebung des *nexus parochialis* zwischen Pfarrern und Eingepfarreten verschiedener Confession unter'm 31. December 1757 und den 3. März 1758[1]) erlassene allerhöchste Verordnungen durch eine Cabinets-Ordre vom 11. Februar 1781[2]) dahin . . . zu declariren geruhet haben: *dass diejenigen Kirchen, welche sich zur Zeit der aufgehobenen Parochial-Verbindung der verschiedenen Religionen gegen einander in dem unstreitigen Besitz eines auf Grundstücke haftenden Zinses befunden, bei demselben zu mainteniren sein sollen;* und da das Decem-Getreide ebenso wie der jährliche Grundzins auf Grundstücke haftet.

»Dieses nun, sowie auch, dass schon verschiedene unter uns durch das weggefallene jährliche Decem-Getreide sehr zurückgesetzet worden sind und die tägliche Besorgniss eines je länger je mehr zunehmenden Verlustes treibet uns an, unsere demüthigste Zuflucht zu E. K. M. Gnade zu nehmen und Allerhöchstdieselben . . . anzuflehen, . . . zu befehlen, dass uns Geistlichen bei Parochial-Kirchen der zu unserer Erhaltung höchst nöthige Pfarr-

1) S. Band 3, 702 und 4, 15. 2) S. Band 5, 417.

Decem von sämmtlichen Gutsbesitzern ohne Rücksicht auf ihre Religion von nun an ebenso wie vor der Zeit des aufgehobenen *nexus parochialis* wieder abgeführet werden solle.« 1786 Aug. 26

Hierauf von Seiten des Geistlichen Departements, an welches das Gesuch abgegeben war, Resolution (Concept, geschrieben von Klaproth, gezeichnet von Zedlitz): »dass ihr darin angebrachtes Gesuch wegen des ihnen von den katholischen Gutsbesitzern jährlich zurückbehaltenen Pfarr-Decem-Getreides nicht, Statt finde inmaassen solches der Verfügung der von Supplicanten selbst angeführten Cabinets-Ordre gerade zuwider ist.« Sept. 18

---

3. „Circulare" der Kriegs- und Domänen-Kammer zu Breslau[1]) „an sämmtliche Land- und Steuer-Räthe, ingleichen mut. mut. an den Magistrat zu Breslau." Breslau 1786 August 31. Aug. 31

Nach dem Drucke in der Korn'schen *Neuen Sammlung* 1, 7 f.

»Das Verbot des in Schlesien am Ostertage noch hin und wieder üblichen Saat-Reutens betreffend.«

»Da wir in Erfahrung gebracht, dass das bei vielen katholischen Gemeinden zu Ostern noch übliche Saat-Reuten, welches eigentlich zur Absicht hat, die Saatfelder nach vollendetem Gottesdienst mit den Kirchen-Fähnlein zu umgehen und durch Absingung geistlicher Lieder und Verrichtung eines Gebets Gott um Segen und Gedeihen derselben zu bitten, nur noch ein Anlass zu vielen Unordnungen und einer muthwilligen Schwelgerei geblieben, indem die Knechte sich voll trinken und durch starkes Wettrennen und Jagen sowohl sich selbst Unglück zuziehen als auch die Pferde verderben und die Saaten beschädigen, hierdurch aber diese übliche Gewohnheit von allen Seiten mehr Schaden und Nachtheil als etwas Anständiges und Zweckmässiges hat: so haben Wir zu Abhelfung der bei solchen Ausschweifungen nur entstehender Unglücksfälle hierdurch festzusetzen und zu verordnen nöthig gefunden, dass diese im Lande hin und wieder übliche Gewohnheit völlig unterbleiben und gänzlich abgeschafft werden soll.«

---

4. Abbé Ciofani an (den Etats-Minister Hertzberg). Rom 1786 September 6. Sept. 6

B. 9. Z. Z. Eigenhändig.

Eindruck des Todes von Friedrich dem Grossen.

»La nouvelle du décès de Fédéric le Grand était déjà arrivée ici le 1. du courant, tout le monde en a été affligé. Nous avons perdu le héros du siècle, l'ami de l'humanité, le modèle des rois: voilà les expressions, que

---

1) Ein Circulare gleichen Inhalts liess die Kammer zu Glogau am 20. September ergehen.

1786 Sept. 6 je reçois de ut part. La cour a été fort sensible à cette perte, et je ne saurais pas vous rendre au juste les sentiments, que le St.-Père et les premiers ministres m'ont témoignés dans cette occasion, en rappelant toutes les obligations, que le St.-Siége doit au feu[1]) roi. La seule consolation, qui leur reste, est la certitude de trouver dans son auguste successeur les mêmes vertus et la même magnanimité, et vous pouvez bien rassurer S. M., qu'on redoublera ici les égards pour tout ce qui peut L'intéresser ou Lui faire plaisir« . . .

Sept. 17 **5. Cabinets-Schreiben an Antonius Onufrius Okezki, Bischof von Posen.** Königsberg 1786 September 17.

R. 96. B. 86, 822.

Dank.

»J'ai vu avec plaisir les sentiments, que vous avez eu l'attention de me marquer par votre lettre du 4. de ce mois, et je suis bien aise de vous en marquer ma sensibilité. Vous me trouverez toujours très-disposé à continuer aux églises catholiques de votre diocèse toute la protection, dont elles ont joui jusqu'ici, et je ne doute aucunement, qu'une direction éclairée de votre part ne me fournisse l'occasion de vous accorder particulièrement mon suffrage et des marques sincères de ma satisfaction et de mon estime.«

Oct. 5 **6. Cabinets-Schreiben an den Fürsten Schaffgotsch, Bischof von Breslau.** Glogau 1786 October 5.

R. 96. B. 86, 855.

Darf nicht nach Preussen zurückkommen.

»J'ai très-bien reçu votre lettre du 1. octobre, mais je ne saurais condescendre à la demande, qu'elle contient, et je crois même vous rendre service en m'y refusant. Votre conduite tant civile qu'ecclésiastique vous ayant ôté toute considération en Silésie, vous n'y sauriez vivre qu'avec un désagrément marqué. Restez donc en paix à Johannesberg, pour y passer vos vieux jours en tranquillité, et tâchez d'adoucir par un amendement sincère les regrets, dont le souvenir des temps passés ne saurait manquer d'envenimer vos derniers moments« . . .

Oct. 10 **7. Cabinets-Schreiben an den Fürsten Schaffgotsch, Bischof von Breslau.** Brieg 1786 October 10.

R. 96. B. 86, 894.

Soll ruhig in Johannesberg bleiben.

»Auf Ihr anderweites Schreiben vom 8. dieses kann Ich Ihnen nur den Rath wiederholen, dass Sie wohl thun werden, wenn Sie Sich in Ihren jetzigen Aufenthaltsorte ruhig verhalten. Wegen der andern von Ihnen erwähnten Puncte[2]) hingegen werde Ich Ihnen zu seiner Zeit ausführlich antworten.«

1) Ils.: »fût«, nach dem ital. »fu«. 2) Nicht ersichtlich.

8. Cabinets-Schreiben an den Fürsten Schaffgotsch, Bischof von Breslau. Breslau 1786 October 11. 1786 Oct. 11

R. 96. B. 86, 897.

Coadjutor in Breslau. Pension.

»Da Mir Ihre Gesinnung in Ansehung der Coadjuterie aus Ihrem an Mich erlassen[en] Schreiben nunmehr hinlänglich bekannt ist, so habe Ich Ihnen dieserhalb hiedurch wiederholen wollen, dass Sie zu seiner Zeit dieser Angelegenheit wegen Meine Willensmeinung erfahren sollen. Zugleich mache Ich Ihnen hiedurch bekannt, dass Ich Sie eine Pension von 4000 Gulden aussetze; Ich verlange aber auch dabei, dass Sie solche zu Johannesberg verzehren müssen und überhaupt das hiesige Land ganz meiden.«

---

9. Cabinets-Schreiben an den Weihbischof Rothkirch von Breslau. Breslau 1786 October 14. Oct. 14

R. 96. B. 86, 912.

Ehe-Dispens.

»Der Baron von Stilfried wünscht seinen Sohn mit seiner Nichte, der verehlicht gewesenen v. Zastrow, zu verheirathen, wozu er aber der Dispensation von Seiten der Kirche bedarf. Wenn ausser solcher keine gegründete Bedenken dabei obwalten, so werdet Ihr hoffentlich diese Dispensation zu besorgen im Stande sein, und um solches zu bewerkstelligen, habe Ich gegenwärtiges an Euch erlassen wollen.«

---

10. Schriftwechsel zwischen der Ober-Amts-Regierung zu Breslau und dem Geistlichen Departement. 1786.

R. 46. B. 167.

Vereidigung der katholischen Kirchen-Vorsteher.

Die Ober-Amts-Regierung. Breslau October 24. Oct. 24

Mundum, gezeichnet von Seidlitz, Schlechtendall, Steudener, Paczensky, Boehmer, Skrbensky, Haugwitz, Hoyoll, Schuckmann.

»Zwischen dem Magistrat zu Namslau *qua patrono* der dortigen katholischen Pfarr-Kirche an einem und dem General-Vicariat-Amt am andern Theil ist ein Streit darüber entstanden, welchem von beiden die Vereidung der katholischen Kirchen-Vorsteher zukomme. Da eben diese Frage schon einmal von Seiten des Magistrats zu Jauer bei uns zur Sprache gebracht worden und dort ihre Entscheidung eigentlich aus alten besonderen Urkunden erhalten hat, ohne dass man auf andre Gründe entriren dürfen, deren Erörterung aber bei dem jetzo wieder vorkommenden Fall nothwendig wird, so finden wir uns veranlasst, E. K. M. um . . . Belehrung darüber zu bitten, weil wir in den Gesetzen keine bestimmte Vorschrift finden und doch besorgen, dass diese Frage jetzo öfter zur Sprache kommen möchte . . .

»Unsers Ermessens scheinen die von Seiten des Patroni besonders in den Berichten des Magistrats zu Jauer angeführten Gründe über die des

1786 Oct. 24 General-Vicariat-Amts ein merkliches Übergewicht zu haben. Denn die Vereidung in der Kirche selbst würde bei einem sonst gewissenhaften Mann ein überflüssiges Formale sein. Sie wird auch dadurch, dass der Kirchvater in die Dienste der Kirche tritt, nicht zur Nothwendigkeit, da sie vielmehr dem Patrono wegen der ihm obliegenden Oberaufsicht über die Administration des Kirchenvermögens zu gebühren scheint und die Kirche zu einem solchen *actu iudiciali* kein schicklicher Ort ist. Das Reglement vom 8. August 1750[1]) scheint auch diese Befugniss des Patroni als bekannt vorauszusetzen, wenn es im § 11 an den Bischof blos die Confirmation der ihm vom Patrono präsentirten Kirchenväter verweiset, woraus sich folgern lässt, dass die Installirung und Vereidung dem Patrono verbleibe.

»Die vom General-Vicariat-Amt als uralt und allgemein behauptete conträre Observanz kann wohl hierin keine Änderung machen noch ihm ein besonderes Recht geben, da die ganze Sache sich wohl eben nicht zu einer Präscription qualificirt und eine solche auf allen Fall durch das eben allegirte Reglement interrumpirt sein würde. Der *parochus loci*, der als Mit-Rendant selbst in diesem Stück ein Amtsgenosse des Kirchvaters ist, würde am wenigsten eine schickliche Person zu Vollziehung dieses Actus sein. Und wenn auch zu den Amtspflichten eines katholischen Kirchvaters einige Amtsverrichtungen in der Kirche selbst und allenfalls mit beim Gottesdienst gehören, so kann dieses doch keine Subordination desselben gegen den Parochum zur Folge haben, welche gleichwohl das General-Vicariat-Amt zu intendiren scheint.«

Nov. 23 Das Geistliche Departement. Berlin November 23.

Concept, geschrieben von Klaproth, gezeichnet von Zedlitz. Anweisung von dem Geh. Justiz-Rath J. F. v. Lamprecht.

Resolution: »dass die Vereidung der Kirchen-Vorsteher allezeit dem Patrono gebühret und eine etwannige contraire Observanz, dass diese sonst in der Kirche von dem Pfarrer geschehen, als ein abzustellender Missbrauch um so mehr angesehen werden muss, als die Kirche dazu kein schicklicher Ort ist, auch der Pfarrer über die Handlung selbst keinen völligen Glauben verdienet, und muss daher dem Parocho der Termin zu dieser Handlung von dem Magistrat bekannt gemacht werden.«

Oct. 24 **11.**[2]) **Schriftwechsel zwischen dem Etats-Minister Zedlitz und dem Cabinet.** Berlin 1786.

R. 7. B. 24. CC. Eigenhändiges Concept und Mundum.

Visitations-Gesuch des Karthäuser-Generals.

Zedlitz. October 24.

»E. M. wollen zu Gnaden halten, dass Höchstdenselben durch mich das beiliegende Schreiben überreicht wird; allein da der Pater General des

1) S. Band 3, 286. 2) Vgl. No. 24.

Cartheuser Ordens mir solches mit der Post überschickt hat und ihm der Gang der hiesigen Geschäfte unbekannt ist, so habe ich geglaubt, solches E. M. abgeben zu dürfen. 1786 Oct. 24

»Bei dem Gesuch selbst, davon er mich benachrichtigt, ist meines Erachtens kein Bedenken, weil den Ordens-Generalen die Visitationen der Klöster ihres Ordens mit Concurrenz der ihnen von hier beigegebenen Commissarien immer erlaubt worden sind. Da der Graf d'Esterno[1]) mir in eben dieser Angelegenheit das beiliegende Billet heute zugeschickt hat und darin versichert, dass der Pater General ein in Frankreich in grossem Ansehn stehender Mann ist, so stelle ich . . . anheim, ob E. M. Höchstselbst auf sein Schreiben von Dero Cabinet antworten und mir Höchstdero Antwort zur weiteren Beförderung zustellen zu lassen . . . geruhen wollen.«

Cabinets-Befehl. October 25. Oct. 25

Mundum, geschrieben von Müller.

»Ich verwillige . . . das Visitations-Gesuch des Generals des Cartheuser-Ordens, und Ihr könnet die angetragene Antwort an denselben in höflichen Terminis nur aufsetzen und zur Vollziehung vorlegen lassen.«

Hierauf Königliches Schreiben an den Pater Hilarion Robinet, General des Karthäuser-Ordens (Berlin, 27. October): Oct. 27
»C'est avec plaisir que je vous continue, sur la demande que vous m'en faites, la liberté de faire visiter par des membres de votre ordre, comme cela c'est pratiqué jusqu'à présent, les deux Chartreuses, que vous avez dans mes États. Je consens encore, que vous puissiez dans le besoin y transférer des religieux d'autres maisons, après en être convenu avec mon ministre du département ecclésiastique.«

---

12. Ministerial-Erlass an das Kammergericht. Berlin 1786 October 26. Oct. 26

Nach dem Drucke im *Novum Corpus Const. Pruss. Brandenb.* 8, 193.

Scheidung katholischer Eheleute von Tisch und Bett.

»Es ist allhier angefraget worden, inwiefern, wenn unter katholischen Eheleuten eine Scheidung vom Tisch und Bette nach den Grundsätzen ihrer Religion erfolgt, alsdann die in dem Edict[2]) vom 17. November 1782 enthaltene, die *effectus civiles* der Ehescheidung betreffende Vorschriften Anwendung finden können.

»Da nun diese Frage nach eingezogenem Gutachten der Gesetz-Commission dahin entschieden worden, dass in den Fällen, wo unter katholischen

1) Französischer Gesandter in Berlin.

2) »Gegen die Missbräuche der überhand genommenen Ehescheidungen«; *Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium* 7, 1613.

1786 Oct. 26 Glaubensgenossen nach den Grundsätzen des canonischen Rechts statt einer Ehescheidung auf eine beständige Separation von Tisch und Bette und ein Ehegatte für den schuldigen Theil erkannt wird, eben die Grundsätze *quoad effectus civiles* anzunehmen, welche das Edict vom 17. November 1782 auf den Fall einer gänzlichen Ehescheidung festgesetzt hat, dass hingegen, wo nur auf *separationem a toro et mensa temporariam* ernannt wird, wenn auch ein Theil Schuld daran hat, dennoch jene Vorschriften keine Anwendung finden: so lassen Wir Euch solches, zu Eurer Nachricht und um bei vorkommenden Fällen Euch darnach zu achten, auch Eure Unter-Gerichte, imgleichen die hin und wieder subsistirende katholische geistliche Gerichte solchem gemäss zu instruiren, hiedurch bekannt machen[1]).«

Oct. 28 **13. Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements.** Berlin 1786. October 28.

R. 11. 24. Concept und Mundum, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Glückwünsche von fünf Ordens-Generälen.

»L'abbé Ciofani, agent de V. M. à Rome, a envoyé par le rapport ci-joint cinq lettres, que les généraux des différents ordres religieux[2]) établis à Rome ont adressées à V. M., pour La féliciter sur Son avènement au trône. Nous demandons les gracieux ordres de V. M., si nous devons faire expédier des réponses à ces lettres et les envoyer à Sa signature, comme cela s'est pratiqué du temps du feu roi.«

Der König unterzeichnete die Antwörten.

Nov. 7 **14. Ministerial-Erlass an die klevische Regierung.** Berlin 1786 November 7.

R. 34. 251. Concept, gezeichnet von Finckenstein, Hertzberg und Zedlitz.

Keine katholische Kirche in Kettwig!

»Wir ertheilen Euch auf Euren über der römisch-katholischen Eingesessenen zu Kettwig bei der Abtei zu Werden angebrachtes Gesuch unter'm 12. September *c.* erstatteten . . . Bericht hiemit zur . . . Resolution, dass die von gedachten Eingesessenen nachgesuchte Erbauung einer katholischen Kirche nicht verstattet werden könne, indem sie auf ein Simultaneum, mithin auf eine Beeinträchtigung des Besitzstandes, wie er im Entscheidungsjahre 1624 gewesen, hinauslaufen und für den evangelischen Religions-Zustand zu Kettwig nothwendig verderbliche Folgen haben würde. Wäre aber auch dieselbe an sich nachzugeben, so würde doch die Vergünstigung derselben allein von Unserer höchsten Person und nicht von dem Abt zu

---

1) Vgl. Scotti 4, 2283.

2) Karmeliter, Franciscaner, Kapuciner, *Predicatori*, *Minori Conventuali*.

Werden ertheilt werden können. Die Landeshoheit, die *iura circa sacra* und das von ersterer allein abhangende *ius reformandi* oder Recht, eine neue öffentliche Religions-Übung einzuführen und zu bewilligen, stehen lediglich und allein über Stadt und Amt Werden und besonders über den Flecken Kettwig Uns, als Herzogen zu Cleve *p.*, zu. Nur das Stift und Kloster ist unmittelbar. Wir finden daher die Anmaassung des Abts, diese Vergünstigung, und sogar allein, ertheilen zu wollen, äusserst dreiste und dieserwegen um so nothwendiger, Euch derselben und dem Kirchenbau, der Einwilligung des evangelisch-reformirten Consistorii ungeachtet, nachdrücklich zu widersetzen.« 1786 Nov. 7

---

15. Ministerial-Erlass an „das katholische Consistorium in Westpreussen". Berlin 1786 November 9. Nov. 9

B. 7. B. 26. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Carmer.

Ehescheidungs-Klage.

»Auf die . . . Vorstellung der Anna Umerska verehlichten Malinowska . . . befehlen Wir Euch . . ., die Ehescheidungs-Klage der Supplicantin ohne Aufenthalt ordnungsmässig einzuleiten und darüber rechtlich zu erkennen.«

---

16. Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Zedlitz. Berlin 1786 November 14. Nov. 14

R. 96. B. 86, 1041.

Lutherisches und katholisches Aufgebot.

»Ich habe Euch hiedurch aufgeben wollen, die nöthige Verfügung ungesäumt dahin zu treffen, dass die anliegend benannte Personen (als: Jean Babtiste Mouton des Granges und Joh. Wilh. Liebrechten) allhier sowohl in der Garnison- als St. Hedwigs-Kirche lutherisch und katholisch ein vor alle Mal aufgeboten werden müssen und sich demnächst trauen lassen können. Zugleich könnet Ihr erwähnte Personen, um sich danach einrichten zu können, davon benachrichtigen.«

---

17. Immediat-Bericht der Etats-Minister Finckenstein und Hertzberg. Berlin 1786 November 25. Nov. 25

R. 96. 147 A. Mundum.

Plan, einem Sohne des Königs um den Preis der Convertirung das Erzbisthum Köln zuzuwenden.

»Nous sommes obligés de présenter à V. M. la dépêche ci-jointe de Son résident de Dohm à Cologne, selon laquelle un chanoine de la cathédrale de Cologne lui a proposé, que le chapitre, mécontent du gouvernement despotique de l'archiduc Maximilien et voulant prévenir, que l'archevêché de

1786 Nov. 25 Cologne et l'évêché de Münster ne deviennent héréditaires dans la maison d'Autriche, et pour s'assurer la protection de la maison de Brandenbourg, souhaitait, que V. M. voulût accepter une place de chanoine ou de capitulaire dans le chapitre chathédrale de Cologne pour un de Ses fils cadets, afin qu'on puisse lui faire avoir avec le temps l'archivêché et l'électorat de Cologne, ce qui ne manquerait pas, mais supposerait toujours, que ce prince adoptât la religion catholique. Nous sommes persuadés, que V. M. rejettera une pareille proposition, qui, indépendamment du scrupule fondé de faire changer de religion au prince Son fils, lui ferait perdre la confiance de tout le parti protestant dans l'Empire et en Europe et La compromettrait avec les cours de Vienne et de France, en annonçant publiquement un dessein formé sur l'électorat de Cologne. Cependant nous n'avons pu nous dispenser d'en faire notre très-humble rapport à V. M., et nous attendons Ses ordres sur la réponse, que nous devons faire parvenir au sieur de Dohm, dans laquelle, si elle est déclinatoire, il faudra toujours promettre le secret à ce chanoine.«

Randverfügung des Königs:

»on peut remercié le Chanoine de sa bonne Volonté mais que je ne mettrés jamais a profit en faisant changer mes fils de Religion.«

Dec. 4 **18. Königlicher Erlass an den Agenten Ciofani in Rom.** Berlin 1786 December 4.

R. 11. 24. Concept (*ad contrasignandum*), geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Soll auf Anerkennung des königlichen Titels im päpstlichen Almanach dringen.

. . . »Il m'est revenu, que dans le calendrier de Rome on continue de mettre le titre de *Marchese di Brandeburgo* au lieu de celui du *Roi de Prusse*. J'en suis d'autant plus surpris, que le pape Bénoit XIV. et même le pape régnant présentement ont donné le titre royal à mon prédécesseur dans plusieurs brefs, qu'ils ont adressés aux évêques de Breslau et de Culm[1]). Il semble aussi, que la cour de Rome pourrait et devrait bien une fois se résoudre à reconnaître publiquement et sans difficulté le titre royal des rois de Prusse, qui ont plusieurs millions de sujets catholiques sous leur domination, qui les traitent avec autant de douceur et de modération que les sujets de leur propre religion et qui les laissent librement et tranquillement jouir de toutes leurs possessions tant religieuses que civiles, de tous les bénéfices et autres avantages, non seulement qui leur ont été assurés par les traités, mais aussi ceux, qu'ils ne tiennent que de l'indulgence du souverain, et qui favorisent notoirement et généralement la religion

1) S. das Register der früheren Bände *s. v. Königlicher Titel.*

catholique et tous ceux, qui la desservent (comme les évêques, les prêtres et les moines), autant et plus, que cela ne se fait dans les pays de la Catholicité. Je sais d'ailleurs, que les papes ne refusent point le titre royal aux rois de Suède, de Dannemarc et d'Angleterre. Vous représenterez donc ces raisons de bouche au cardinal secrétaire d'État, qui est connu par ses lumières et par sa modération[1]), et si l'occasion s'en présente, au pape même, et vous demanderez, qu'on fasse ôter de calendrier de Rome l'incongruité, qui y a existe jusqu' ici dans le titre de *Marchese di Brandeburgo*, et qu'on y substitue celui de *Rè di Prussia*, *Principe Elettore di Brandeburgo*. Vous pouvez assurer, que je tiendrai compte à la cour de Rome de cette attention par un parfait retour d'égards pour elle et par un accroissement de bienveillance pour mes sujets, qui sont de la religion romaine.« 1786 Dec. 4

19. Ministerial-Erlass an die westpreussische Regierung. Berlin 1786 December 9. Dec. 9

R. 7. B. 23. F. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg. Anweisung von Steck.

Versetzung eines Augustiners nach Warschau.

»Auf Euern . . . Bericht[2]) vom 26. November *c.* wegen der geschehenen Berufung des Pater des Augustiner-Klosters zu Konitz, Augustinus Bogusz, von seinem geistlichen Obern zu Warschau in das dasige Augustiner-Kloster ertheilen Wir Euch bei angezeigten Umständen hiermit zur . . . Resolution, dass gedachtem Augustiner-Mönch Pater Bogusz nach Warschau zu gehen verstattet werden könne.«

20. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hoym. Breslau 1786 December 9. Dec. 9

R. 96. 249. N. Mundum.

Pläne des Wiener Hofes wegen des Bisthums Breslau: Restitution von Schaffgotsch, Ernennung eines Coadjutors, Säcularisation.

»E. M. ermangele nicht, hierdurch . . . zu berichten: dass nach denen mir zugekommenen sichern Nachrichten der Wiener Hof dem Fürsten Bischof

1) Ignaz Buoncampagni.

2) Die westpreussische Regierung berichtet: »Ob nun gleich Supplicant ein Landeskind und nach der jährlich von dem Kloster eingesandten Tabelle aus Neukirch in hiesiger Provinz gebürtig ist, überdem auch die Communication mit auswärtigen Klöstern nicht Statt finden soll, so haben Wir doch in der Rücksicht, dass nur ein einziges Augustiner-Kloster in hiesiger Provinz existiret und dass zwischen dem Supplicanten Bogusz, als Prior des Klosters, und einigen Mönchen desselben, nach den von letztern geführten Beschwerden zu urtheilen, Misshelligkeiten obwalten und da auch von dem *officio fisci* die Erklärung abgegeben ist, dass die Ertheilung der von dem Bogusz erbetenen Erlaubniss E. K. M. Gnade zu überlassen sei, es E. K. M. höchstem Ermessen, ob dem Supplicanten die nachgesuchte Erlaubniss zu ertheilen . . . sein würde, . . . anheimstellen sollen.«

1786 Dec. 9 zu Breslau insinuiren lassen, dass er gemeinschaftlich mit dem Papst sich wegen der Restitution des Bischofs in das Bisthum bei E. M. zu interponiren bereit sei; dass man ab Seiten des erwähnten Hofes die Entschliessung des Bischofs, einen Coadjutor zu verlangen, genehmige; wobei dem Bischof sogar ernstlich mitgegeben worden, dass er sich schlechterdings denjenigen Coadjutor gefallen lassen soll, den E. M. ihm zu geben und zu ernennen geruhen würden, ohne dass der Bischof allererst nöthig habe, hiezu das Agrement des Kaisers Maj. einzuholen.

»E. M. stelle daher . . . anheim, ob und was Allerhöchstdieselbe wegen Ernennung des Prinzen v. Hohenlohe-Bartenstein zum Coadjutor des Bisthums Breslau . . . zu resolviren geruhen wollen.

»Demnächst zeige E. M. . . . an, dass der Wiener Hof den in seinen Landen belegenen Antheil des Bisthums Breslau völlig einzuziehen die Anstalten gemacht, aber dabei, um allen Eclat zu vermeiden, dergestalt zu Werke geht, dass dem Fürstbischof unter den ernstlichsten Drohungen verboten worden, hiervon irgend jemand, auch nicht einmal dem Breslauschen Dom-Capitel, Eröffnung zu machen: wie denn auch von der k. k. Commission zu Regulirung der Cameral-Herrschaften Johannesberg und Friedeberg allen Beamten bei scharfer Ahndung untersagt worden, in keinem Fall sich an das Dom-Capitul zu Breslau zu verwenden und dessen Consentement einzuholen.

»Dieser Schritt des Wiener Hofes ist dem in den Friedensschlüssen wegen Schlesien stipulirten *statu quo* der katholischen Religion nicht gemäss und würde, wenn sonst keine Remedur zu bewirken sein sollte, E. M. in die Befugniss setzen, mit dem diesseitigen Antheil des Bisthums ebenso zu verfahren und dem Bischofe höchstens eine jährliche verhältnissmässige Competenz aus den Bisthums-Revenus anweisen zu lassen. Indessen stelle E. M. . . . anheim, ob vor der Hand Allerhöchstdieselben es dabei bewenden zu lassen geruhen wollen, dass das hiesige Dom-Capitul wider obgedachte Verfügung des Wiener Hofes protestire, um abzuwarten, welchergestalt sich letzterer hierauf erklären dürfte.«

Eigenhändige Rand-Verfügung des Königs:

»dieses sol geschehen mus dem auswärtigen departement aufgetragen werden die nöhtige masregeln zu nehmen solches zu bewirken. Dis sol vor der hand geschehn und ist keine remedour zu bewirken so werde mit dem disseitigen antheil eben so verfahren.«

Dec. 13 Hierauf Cabinets-Befehl an das Auswärtige Departement (Berlin 13. December): »dass Höchstdieselben den Prinzen von Hohenlohe-Bartenstein zum Coadjutor des Bisthums zu Breslau bestimmt haben und zu machen gesonnen sind, und tragen erwähntem Departement zugleich hiedurch auf, alle zu Erreichung Höchstdero Absicht erforderlichen Maassregeln zu nehmen und derer Bewerkstelligung zu bewirken.«

21. Immediat-Schreiben des Abbé du Val-Pyrau. Potsdam 1786 December 14. 1786 Dec. 14

R. 96. 249. J. Eigenhändig.

Bittet um Bastiani's Pfründen.

»C'est pour la troisième fois que je viens me jeter à Vos pieds, pour supplier V. M. de m'accorder les bénéfices, dont l'abbé Bastiani était pourvu[1]), et cette troisième est un conseil de Votre ministre De Hoïm, qui aurait désiré, que j'en fus le successeur. Sire, je ne Vous en impose point. Mr. de Bischofsverder en a la preuve dans une lettre, dont le ministre m'honorait le 9. Daignez lui ordonner de la mettre sous Vos yeux. Hélas, Sire, qui peut avoir plus de titres pour les obtenir? Les promesses du feu roi, sept ans d'attente, plus de 10 000 écus d'avances et enfin le travail, auquel je me consacre jours et nuits, pour mettre une couronne sur la tombe de l'homme immortel et qui ne nuira pas à la Vôtre. J'atteste Dieu et la vérité, que, si V. M. connaissait ce que je Lui suis, je n'aurai pas besoin d'autre recommandation.«

---

22. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Zedlitz. Berlin 1786 December 15. Dec. 15

R. 96. 251. B. Mundum.

Confirmirung der Fundation, nach der die katholischen Stifter in den klevischen Provinzen zu Gunsten der reformirten Geistlichkeit und der Universität Duisburg vergeben werden.

»Über die katholischen Stifter in den clevschen Provinzen ist eine Fundation von dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm *de anno 1682*[2]) vorhanden, welche alle nachherige Regenten beim Antritt der Regierung confirmirt haben. Diese Fundation besagt, dass alle in dem landesherrlichen Turno vacant werdende Präbenden dieser Stifter an niemand anders als *en faveur* der reformirten Geistlichkeit dieser besagten Provinzen und an die Universität Duisburg vergeben werden sollen.

»Es ist zu dem Ende ein sogenanntes *aerarium ecclesiasticum* etablirt, wobei diese Gelder administrirt und von dem für diese Präbenden erhaltenen Kaufgeld drei Viertel zur Salarirung der Prediger und ein Viertel für die Universität Duisburg verwendet werden.

»Da diese Universität sehr geringe Fonds hat und da die reformirten Prediger im Clevischen so schlecht stehen, dass 200 Rthlr. die grösste Besoldung ist, welche doch nur sehr wenige erst geniessen, so ist die erwähnte Fundation eine sehr heilsame Sache.

»Und es wird bei Vacanz einer solchen Präbende dergestalt gehalten, dass die Vacanz gewöhnlicher Maassen angezeigt, das darauf erfolgende

---

1) B. starb in Breslau am 20. November; s. Berlinische Zeitung 1786 St. 145.

2) Erlass an die klevische Regierung, Cölln 19. Mai 1682; bei Scotti 1, 565.

1786 Dec. 15 Collations-Patent aber *in blanco* ausgefertigt und dergestalt der clevischen Regierung zugesandt wird, damit diese den Platz so theuer als möglich an ein qualificirtes Subjectum verkauft und das dafür zu erhaltende Geld angezeigter Maassen in das *aerarium ecclesiasticum* abgiebt, dessen Rechnung alle Jahre an die Ober-Rechenkammer anhero zur Revision kömmt.

»Da ich nicht zweifle, dass E. M. diese Fundation, davon ich eine Abschrift beischliesse, . . . nach zeitheriger Observanz zu confirmiren und darüber zu halten . . . geruhen werden, so habe ich zur . . . Vollziehung die anliegende Bestätigung vorzulegen mich unterstanden.«

Der König vollzog die Bestätigung (R. 34. 71. C).

Dec. 20 **23. Agent Ciofani an (den Etats-Minister Hertzberg).** Rom 1786 December 20.

R. 11. 24. Eigenhändig.

Zugeständniss des Königs wegen der Gerichtsbarkeit der Nuntien. Der König von Preussen im päpstlichen Almanach. Dank des Papstes.

»J'attendais de jour une commission formelle pour pousser l'affaire du titre royal de S. M. Mais ayant reçu une lettre de Mgr. de Hohenzollern [1]), avec laquelle il m'a remis la copie d'une réponse du ministère rapport aux nonces d'Allemagne [2]), j'ai fait valoir et la déférence, que S. M. vient de marquer aux intérêts du St.-Siége, et les plaintes, que cette copie portait sur le titre en question. Le pape et le cardinal secrétaire d'État étaient déjà bien disposés sur cet article; mais ils ont été si sensibles à la permission, que le roi vient de confirmer aux nonces pour leur faire jouir de leur ancienne jurisdiction, qu'ils n'ont pas hésité un moment de démonter de toute étiquette en accordant à notre monarque les titres, qui lui conviennent. Le nouvel almanach de cette cour, dont je me ferai un plaisir de remettre un copie à S. M., et toutes les cartes seront dorénavant décorées de ce titre, et on ne verra plus cette incongruité, que la cour de Rome s'est toujours fait un devoir de témoigner par des faits tous ses égards possibles au roi de Prusse et de lui refuser en même temps le titre de monarque. Je suis bien ravi, Monseigneur, que dans [3]) ma vieillesse j'ai été assez heureux pour recueillir le fruit de tant de ménagements, avec lesquels j'avais tant de fois entamé cette affaire sans succès.

»Il ne faut pas oublier les plus vifs remercîments, que le St.-Père me mande de faire à S. M. tant rapport à la manutention des droits des nonces allemands qu' à la félicitation, que je viens de lui faire de part du roi pour l'exaltation à la pourpre de Monsignor Onesti-Braschi, neveu du

1) Bischof von Kulm. 2) Nicht nachweisbar.
3) Hs.: »da«.

pape, ci-devant son Maggiordomo. Cette cérémonie solennelle s'est faite le 18. du courant. Je me suis conformé aux autres ministres, qui ont fait leurs compliments au pape au nom de leurs souverains. Dans cette occasion le St.-Père, ne cessant pas de me témoigner sa reconnaissance sur les nonciatures, il m'a dit: *Je me flatte, que les princes alliés ou dépendants de la Prusse se conformeront aux vues justes, équitables et généreuses de S. M., et que la cour de Berlin voudra bien m'obliger de plus en plus en y contribuant*« . . . 1786 Dec. 20

24[1]). Schriftwechsel zwischen dem Geistlichen Departement einerseits, der klevischen und westpreussischen Regierung andererseits.

R. 7. B. 24. CC.

Visitation der Karthäuser durch ihren General. Zuziehung weltlicher Commissarien.

Das Geistliche Departement. Berlin 1786 December 22. Dec. 22

Concept, geschrieben von Sellentin, gezeichnet von Zedlitz.

»Wir lassen Euch nachrichtlich hiedurch zu wissen fügen, dass Wir auf Ansuchen des Pater General der Cartheuser zu Lion Hilarion demselben unter'm 27. October *c.* Allerhöchstselbst erlaubt, hergebrachter Maassen auch das zu seinem Orden gehörende Kloster zu Xanten[2]) von Zeit zu Zeit visitiren zu lassen.

»Da nun derselbe Unserm Geistlichen Departement hierauf angezeigt, dass beregtes Kloster alle zwei Jahr durch die Priores von Coblentz und Rettel namens Herrmann Bamberger und Sixtus Gudäus[3]) visitiret werden würde, als befehlen Wir Euch hiedurch in Gnaden, diesen Visitatoribus keine Hindernisse im Wege zu legen, sondern auf hergebrachter Art die Visitationes geschehen zu lassen, zugleich aber auch anhero zu berichten, ob es zeithero gewöhnlich gewesen, denenselben einen weltlichen Concommissarius zuzuordnen.«

Die klevische Regierung. Kleve 1787 Januar 19. 1787 Jan. 19

Mundum, gezeichnet von Foerder, Elbers, Reiman, Schlechtendall, Müntz, Grolman, Hymmen, Sobbe.

Bezugnahme auf den Religions-Recess von 1672 (Art. V. § 4) und den Rheinbergschen Recess vom 7. Mai 1682[4]). »So halten wir pflichtmässig dafür, dass der Pater General der Carthäuser zu Lyon gar nicht einmal zur Visitation berechtiget sei, und darum haben wir solche vorhin auch schon mehrmals gar nicht zugegeben, wann die Carthäuser aus dem Kloster bei Coblenz sich zur Visitation bei uns gemeldet haben, besonders da auch

---

1) Vgl. unter dem 30. März 1787.

2) In dem Erlasse an die westpreussische Regierung: »Paradies bei Dantzig«.

3) An die westpreussische Regierung: »der Carthaus von Buxie in Francken Hieronimus Pfeuffer und dem Priore zu Würtzburg Jacob Poyck.«

4) S. Band 1, 86. 89.

1787 Jan. 19 im Jülichschen ein Cartheuser Kloster befindlich ist, welches erfordernden Falls eine solche Visitation vornehmen kann.

»Sonst ist in dergleichen Fällen den angeführten Religions-Recessen gemäss jedes Mal ein weltlicher der römisch-katholischen Religion zugethaner Commissarius dem Visitatori adjungiret worden, welches also auch in dem gegenwärtigen Falle, wenn auch der Pater General der Carthäuser zu Lion, wie wir jedoch nicht dafür halten, zur Visitation berechtiget wäre, nothwendig geschehen müsste, worüber wir sowohl in dem jetzigen als in künftigen Fällen E. K. M. . . . Willensmeinung zu unserer Direction uns . . . erbitten.«

Die westpreussische Regierung. Marienwerder 1787 Februar 16.

Febr. 16 Mundum, geschrieben von Schroetter, Schleinitz, Schmiedeberg, Scheibler, Ziegenhorn.

Berichtet, »dass die Zuordnung eines weltlichen Concommissarii bishero in der hiesigen Provinz gewöhnlich gewesen ist und wir deshalb auch das Kloster zu Paradies von E. K. M. diesfälligen seinen auswärtigen Ordens-Obern . . . ertheilten Erlaubniss mit der Anweisung benachrichtiget haben, von der bevorstehenden Visitation uns eine Anzeige zu thun, damit wegen Beiordnung eines Concommissarii von Seiten unserer das Nöthige verfügt werden könnte.«

1786 Dec. 29 **25.[1] Bericht des Geheimen Raths Christian Wilhelm Dohm, Directorial Gesandten beim niederrheinisch-westfälischen Kreise, bevollmächtigten Ministers an dem kurtrierischen und kurkölnischen Hofe.** Köln 1786 December 29.

R. 34. 52. B. Mundum.

Streit zwischen den drei rheinischen Erzbischöfen und dem päpstlichen Nuntius in Köln. Rückwirkung auf Kleve-Mark.

»Die zwischen dem römischen Hofe und dem Churfürsten von Cölln entstandene Irrungen . . . dürften wahrscheinlich auf E. K. M. Unterthanen in den westphälischen Provinzen Einfluss beweisen, und ich halte mich deshalb verpflichtet, von denselben einen noch etwas nähern Bericht zu erstatten.

»Die Erzbischöfe von Mainz, Trier und Cölln haben seit einiger Zeit angefangen, in solchen durch die kirchlichen Gesetze verbotenen Graden die Ehe zu erlauben, in welchen nach den bisherigen Grundsätzen der römischen Kirche nur dem Papst das Recht zustand, zu dispensiren oder die dazu erforderliche Fähigkeit den Erz- und Bischöfen mittelst besonderer auf gewisse Zeit beschränkter Indulte beizulegen. Da verschiedene hiegegen gethane Erinnrungen ohne Wirkung geblieben, so hat der hiesige päpstliche Nuntius[2] durch die anliegende an sämmtliche Geistliche der maynzischen,

---

1) Beantwortet am 9. Januar 1787. 2) Bartolomeo Pacca, Erzbischof von Damiate.

cöllnischen und trierschen Diöcesen versandte Declaration[1]) die den Erzbischöfen durch die päpstlichen von fünf zu fünf Jahren[2]) erneuerten Indulte ertheilte Dispensations-Rechte nebst den hieraus folgenden Schranken bekannt gemacht und alle über dieselbe hinausgehende erzbischöfliche Dispensationen für ungültig, sowie die kraft derselben geschlossene Ehen für nichtig erklärt. 1786 Dec. 29

»Die drei Erzbischöfe haben hiegegen mittelst der abschriftlich beigefügten General-Vicariats-Verordnungen[3]) nachdrücklichst protestirt und den Geistlichen die Zurücksendung der Erklärung des Nuntius anbefohlen. Der Erzbischof von Cölln hat noch besonders allen Geistlichen seiner Diöcese die Annahme irgend eines Schreibens, Breve, Bulle u. s. w. von Rom bei schwerer Strafe untersagt.

»E. K. M. cleve-märkische katholische Unterthanen gehören zwar keinesweges zu der Diöcese des Erzbischofs von Cölln, da die ehemaligen Herzoge von Cleve und Jülich schon vor den Zeiten der Reformation von der Gerichtsbarkeit aller fremden Erz- und Bischöfe durch besondere päpstliche Privilegien eximiret sind. Der Erzbischof von Cölln rechnet indess diese Lande wirklich zu seiner Diöcese, und das hiesige General-Vicariat und Officialat übt, wie man mir mit Gewissheit versichert hat, alle Arten von geistlicher Aufsicht und Gerichtsbarkeit über die dortigen Unterthanen aus. Es ist also zu vermuthen, dass auch die itzige erzbischöfliche Verordnung an die clev-märkische katholische Geistlichen erlassen sei. Ob es wirklich geschehen, habe ich zwar mit Gewissheit nicht erfahren können, weil ich es nicht rathsam gehalten, mich darnach zu erkundigen; indess ist es mir auch deshalb wahrscheinlich, weil ich weiss, dass die Declaration des Nuntius auch an die Collegiat-Kirchen zu Cleve und Xanten (gleichfalls in der irrigen Supposition, dass dieselben zur cöllnischen Diöcese gehören) erlassen worden. Sollte nun dieses wirklich der Fall sein, so könnten E. K. M. es wohl nicht gleichgültig ansehen, dass Allerhöchstdero Unterthanen in Fällen, wo sie bisher nach den unstreitigen Grundsätzen der römischen Kirche nur allein vom Papst abhingen, einem fremden Erzbischof unterworfen und durch die erregte Streitigkeit in ihrem Gewissen beunruhigt werden sollten. Es würde auch dem Kurfürst von Cölln wohl niemals zugestanden werden können, die Annehmung päpstlicher Verordnungen in E. K. M. Landen von seiner vorgängigen Billigung abhängig zu machen.

»Aus diesen Gründen stelle ich also E. K. M. . . . anheim, ob Allerhöchstdieselben nicht der clevischen Regierung aufzugeben geruhen wollen, zu untersuchen, ob die erwähnte erzbischöfliche Verordnung wirklich an katholische Geistliche in Allerhöchstdero Landen erlassen sei, in welchem Falle

1) Vom 30. November 1786; s. die *Memorie storiche di Monsignor B. Pacca sul di lui soggiorno in Germania* (*Roma 1832*) p. 63. 2) »Jahren« fehlt in der Hs.

3) Vom 19. 20. und 21. December; s. *Pragmatische und actenmässige Geschichte der zu München neu errichteten Nuntiatur* (*Frankfurt und Leipzig 1787*) Urkunden S. 42 ff.

1786 Dec. 29 dann wohl nachdrückliche Vorstellungen und Maassregeln zu Behauptung E. K. M. landesherrlicher Rechte erforderlich sein dürften.

»Der grössere und ansehnlichere Theil des Publicums hiesiger Gegend hält sich übrigens überzeugt, dass von den Erzbischöfen dem System der römischen Kirche völlig zuwider gehandelt werde, und man ist besonders damit sehr unzufrieden, dass durch die öffentlich publicirte Verordnung die Gemüther des gemeinen Mannes in einer so wichtigen Sache, als die Ehe sei, ganz verwirrt würden und durch die nach erzbischöflichen Dispensationen geschlossenen Ehen der Grund zu Rechtshändeln und Uneinigkeiten in Familien gelegt werde. Viele Geistliche haben zwar, mehr aus Furcht als Überzeugung, dem Nuntius seine Erklärung befohlner Maassen zurückgeschickt; dieser hat aber deren Empfang dadurch vermieden, dass er auf den Posten erklärt, kein Schreiben annehmen zu wollen, dessen Aufschrift ihm nicht den Titel eines päpstlichen Nuntius beilege. Es wird derselbe übrigens vor's erste keine weitere Schritte in der Sache thun, bis er wegen des unerwarteten heftigen Widerstands der Erzbischöfe mit nähern Instructionen seines Hofes versehen ist.

»Der grössere Theil des hiesigen Dom-Capituls ist mit dem Verfahren des Kurfürsten und besonders darüber sehr unzufrieden, dass derselbe in einer so wichtigen Sache ohne Communication mit dem Capitul gehandelt hat, und dieses wird deshalb vermuthlich nachdrückliche Vorstellungen thun. Der Magistrat hiesiger Reichsstadt fährt gleichfalls fort, obgleich der Kurfürst das Gegentheil von ihm verlangt hat, den Nuntius förmlich anzuerkennen, und hat davon noch vor ein paar Tagen durch eine an denselben abgeordnete Deputation einen öffentlichen Beweis gegeben.

»Nach zuverlässigen Nachrichten soll übrigens der Bischof von Speyer viele andere deutsche Bischöfe zu einer Verbindung eingeladen haben, um sich den von den vier Erzbischöfen auf dem Congress zu Ems verabredeten Neuerungen zu widersetzen und das hierarchische System in Deutschland auf dem bisherigen Fuss zu erhalten. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte also aus dem projectirten National-Concilio wohl nichts werden, obgleich man sich noch immer schmeichelt, durch kaiserliche Unterstützung dasselbe zu Stande zu bringen und hierdurch sich der päpstlichen Oberaufsicht gänzlich zu entziehen.«

Dec. 30 **26.**[1] **Immediat-Bericht des Etats-Ministers Zedlitz.** Berlin 1786 December 30.

R. 34. 40. A. Mundum.

Dreissigjährige Unterdrückung der Propstei des Collegiat-Stifts zu Kleve. Das reformirte Aerarium ecclesiasticum.

»Das katholische Collegiat-Stift zu Cleve hat vor einiger Zeit in der Einlage um eine dreissigjährige Supprimirung der Propstei bei E. M. ge-

1) Vgl. *Scholten, Stadt Kleve (Kleve 1879)* S. 226.

beten, und Höchstdieselben haben darüber meinen Bericht erfordert. Nach angestellter Untersuchung aller Umstände bin ich nunmehr im Stande diesen Bericht . . . abzustatten. 1786 Dec. 30

»Die Propstei bei besagtem Stift ist so unbedeutend, dass ihre Revenuen in einigen 70 Rthlr. bestehn; sie ist seit vielen Jahren vacant, und die Revenuen sind mittlerweile zur Reparatur der Kirche und zu Tilgung der Schulden verwendet worden, welche das Stift im siebenjährigen Kriege hat machen müssen.

»Das Stift wünscht nun, dass es dabei noch 30 Jahre gelassen werden möge, um diese Revenuen fernerhin auf die angezeigte Art zu nützen.

»Das Gesuch an sich ist zulässig; es ist, wie das Stift mit Wahrheit anführt, in andern Stiftern auf ähnliche Art verfahren worden.

»E. M. werden Sich aber . . . erinnern, dass im Clevischen eine landesherrliche und auch von E. M. confirmirte Fundation existirt, vermöge welcher alle katholische Stifts-Stellen dem reformirten *aerario ecclesiastico* abgekauft werden müssen[1]). Damit nun dieses Aerarium nichts verliert, so würde die Concession für das Stift dahin, dass solches die Revenuen der Propstei angezeigter Maassen fernerhin geniessen möge, zu expediren und diese Expedition dem *aerario ecclesiastico* zum Verkauf zu übersenden sein.

»Der Zeitraum von 30 Jahr wird deshalb angenommen, weil dieses ungefähr die Zeit ist, durch welche Jemand eine Präbende geniessen kann, mithin muss nach 30 Jahren die Sache wieder in Erinnerung kommen und alsdann ein neuer Propst angesetzt oder diese Suppression zum Vortheil des Aerarii wieder erneuert werden« . . .

Rand-Verfügung des Königs:

»es kan nach diesem vorschlag geschehn FW.«

27.[2]) Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hoym. Breslau 1786 December 30. Dec. 30

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 45. B). Auszug. Die Anlage im Concept.

Verkauf der schlesischen Jesuiten-Güter. Zuschuss für die preussischen Universitäten.

. . . »In der . . . Voraussetzung, dass E. M. in . . . Rücksicht auf alle diese Umstände dem künftigen Bischof von Breslau die ihm noch übrig gebliebene Revenues der 18 000 Rthlr., ohne solche zu vermindern, . . . zu belassen geruhen werden, ist es meine devoteste Pflicht . . . anzuzeigen, dass, wenn E. M. den Verkauf der Jesuiter-Güter in Schlesien nach dem . . . vorzulegenden besondern Plan . . . zu resolviren geruhen wollten, alsdann von den jährlichen Interessen des dafür einkommenden Kaufgeldes nach Bestreitung aller Kosten, die das ganze Schul-Institut, welches aus

---

1) S. No. 22. 2) Beantwortet am 3. Januar 1787.

1786 Dec. 30 den Revenus dieser Güter jetzt unterhalten wird, zu seiner Unterhaltung erfordert, ein so reichlicher jährlicher Überschuss zu Allerhöchstdero Disposition übrig bleiben würde, dass E. M. davon jährlich eine Summe von 8000 Rthlr., hiernächst aber aus der Stifts-Casse der Ritter-Academie zu Liegnitz 500 Rthlr. und aus der Stifts-Casse des Gymnasii zu Brieg ebenfalls 500 Rthlr., in Summa also 9000 Rthlr. zum Besten der Academien . . . anwenden könnten: um so mehr als beide letztere Stiftungen landesherrliche Stiftungen sind, die Exjesuiter aber wegen der ersterwähnten 8000 Rthlr. um so weniger zu doliren Ursache haben, als die Revenus ihrer Güter, so lange sie solche bis zur Aufhebung des Ordens selbst bewirthschaftet, kaum 28 000 Rthlr. getragen haben, jetzt aber, seit solche unter königlicher Administration stehen, jährlich über 47 000 Rthlr. einbringen, folglich ohne Zuthun der Ex-Jesuiter jährlich über 19 000 Rthlr. gewonnen werden, überdas aber das Schulen-Institut derselben ohne die mindeste Verkürzung in seiner vollen Subsistance verbleibt, auch die Anwendung der 8000 Rthlr. zum Besten der Academien ihnen um so weniger befremdlich vorkommen wird, wenn sie gewahr werden, dass auch obgedachte protestantische Stiftungen zu Liegnitz und Brieg zu eben diesem Behuf nach ihrem Vermögen beitragen« . . .

»Plan zum Verkauf sämmtlicher Jesuiter-Güter in Schlesien.

»Der Verkauf dieser Güter gereicht offenbar sowohl zum allgemeinen Besten als auch zum Vortheil der Ex-Jesuiter selbst, weil a) sodann die kostbare Administration derselben mit allen Gerichts- und Prozess-Kosten, Schreib-Materialien *p. p.* ersparet, b) die jährliche Revenue dadurch für alle Unglücksfälle und unvermuthete Baukosten sicher gestellet, und gegentheils c) dem Adel zu mehreren Besitzungen und vielen Familien zum bessern Fortkommen und zur Industrie Gelegenheit gegeben werden kann.

»In der Beilage sind die sämmtlichen schlesischen Jesuiter-Güter verzeichnet, und ihr Werth nach ihrem Ertrage auf 945 200 Rthlr. berechnet worden.

»Es werden selbige (1), um sie möglichst vortheilhaft an Mann zu bringen, öffentlich, in Terminen von 4 zu 4 Wochen ausgeboten und *plus offerenti* verkauft. (2) Es können jedoch nur besitzfähige Personen zum Gebot zugelassen werden. (3) Die Steuern, welche beim Ertrage der Güter schon in Abzug gekommen, bleiben mit dem geistlichen Divisore der 50 Procent[1]) und den daher fliessenden *oneribus publicis*, auf den Gütern unveränderlich haften. (4) Wenn S. K. M. einige derselben anzukaufen geruhen sollten, so werden Allerhöchstdieselben gleich einer Privat-Person das höchste Gebot erfüllen und in Courant baar bezahlen. (5) Bei den übrigen Käufern kann die Hälfte des Kauf-Pretii zu 5 Procent zur ersten Hypotheque auf den Gütern stehen bleiben, und die Interessen müssen

1) S. Band 3, 726.

halbjährig prompt abgeführt werden. (6) Die andre Hälfte des Kaufgeldes wird in Pfandbriefen bezahlt, die sogleich im Oberamtlichen Deposito als ein Eigenthum der Jesuiter- und Seminarien-Institute niedergeleget werden. (7) Mit einem Theil desselben, und vorzüglich mit dem von Sr. K. M. zu bezahlenden baaren Gelde, müssen sämmtliche Schulden der Jesuiter und insonderheit auch der zur Königl. Kriegs-Casse restirende Vorschuss der 16 550 Rthlr. abgelöset und getilgt werden. (8) Die Verwaltung der Seminarien oder gestifteten Erziehungs-Anstalten wird nach wie vor betrieben und dirigiret, ausser dass statt der Revenuen von den Gütern in die diesfälligen Cassen künftig die Interessen von den Kaufgeldern fliessen werden; die übrigen zur Administration bisher angestellten Officianten werden solange aus dem Pluri des Kaufgeldes erhalten, bis sich Gelegenheit findet, sie anderweit unterzubringen. (9) Von den übrigen eigentlichen Schulen-Gütern muss hingegen ein Haupt-Fonds, wohin alle Interessen und übrigen Revenuen einzuziehen sind, errichtet werden. Aus selbigem sind vom 1. Juni *a. f.* an sodann zu bezahlen: a) die Verpflegung aller Rectoren, Professoren, Prediger und Novitien, b) die Pensions der zur Ruhe gesetzten Priester und Laien-Brüder und c) die Zuschüsse zu einigen unvermögenden Jesuiter-Kirchen. 1786 Dec. 30

»Was dann noch übrig bleibt, darüber können S. M. zu anderweitigen Lehr-, Schul- und Universitäts-Anstalten um so mehr mit Recht disponiren, als die ganzen Jesuiter-Güter, die ehehin, unter der eignen geistlichen Bewirthschaftung, kaum 28—30 000 Rthlr. gebracht haben, durch die veranlassten Administrationes über 47 000 Rthlr. eintragen, folglich dadurch allein ohne Zuthun der Ex-Jesuiter jährlich 17—19 000 Rthlr. gewonnen sind, und das ganze Schulen-Institut bleibt zu ewigen Zeiten subsistiren und ist keinen, Landgütern eigenen Unfällen in der Folge ausgesetzt, anstatt dass in andern Ländern selbige aufgehoben und über das Vermögen nach Willkür disponirt wird.«

---

28. Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Hoym. Berlin 1787 Januar 3. 1787 Jan. 3

R. 96. B. 87, 16.

Genehmigt Verkauf der Jesuiten-Güter. Universitäten.

»Ich approbire Euren unter'm 30. v. M. gethanen Vorschlag, den Verkauf der Jesuiten-Güter betreffend, und könnet Ihr die Ausführung desselben dem von Euch beigefügten Plane gemäss nur im Gange bringen. Bei denen zugleich angezeigten Umständen habe Ich aber auch beschlossen, dass von denen Revenus der Jesuiten alljährlich 10 000 Rthlr. zum Besten der Universitäten angewendet werden sollen. Wie und in welchen Terminen solche erfolgen können und wohin sie abzuschicken, darüber müsset Ihr mit den Etats-Ministre Frhrn. v. Zedlitz correspondiren, dem Ich darüber Meine Meinung bereits eröffnet habe.« . . .

1787 Jan. 4 **29. Ministerial-Resolution für die katholische Gemeinde zu Schapen in der Grafschaft Lingen.** Berlin 1787 Januar 4.

Lingen Eccles. Concept, gezeichnet von Zedlitz.

Zurückweisung einer Beschwerde über ihren Geistlichen.

»Der u. s. w. wird auf ihre bei des Königs Maj. eingereichte Beschwerden vom 8. Novembris vorigen Jahres nach darüber eingekommenen Bericht der Lingenschen Regierung vom 11. Decembris *a. pr.*[1]) zur Resolution hiermit gegeben, dass, da der ihr gesetzte Missionarius Stegemann von seinen geistlichen Vorgesetzten ein gutes Zeugniss erhalten, welchen, und nicht der Gemeine, die Beurtheilung der Fähigkeiten ihres Predigers zustehet, auch in Ansehung des guten Lebenswandels des *p.* Stegemann von Supplicanten nichts Nachtheiliges behauptet worden, ersterem die Confirmation nicht weiter verweigert werden könne.«

Jan. 7 **30. Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Zedlitz.** Berlin 1787 Januar 7.

R. 96. B. 87, 27.

Bewilligt dem Bischof von Kulm das Sterbejahr seiner Pfründen.

»Der Bischof Graf v. Hohenzollern bedarf zur Arrangirung seiner Angelegenheiten eines Capitals von 12000 Thaler. Um dasselbe mit Sicherheit für den Gläubiger aufnehmen zu können, bittet er um die Bewilligung des Sterbejahres von seinen jetzt in Besitz habenden geistlichen Beneficien, mit der Versicherung, dass dieses keine Neuerung mache. Da Ich nun solchenfalls resolviret habe, ihm das Sterbejahr zuzustehen, so werdet Ihr das deshalb weiter Erforderliche verfügen« . . .

Jan. 9 **31. Ministerial-Erlass an den Geheimen Rath Dohm in Köln.** Berlin 1787 Januar 9.

R. 34. 52. B. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Keine kurkölnische Diöcesan-Anmaassungen! Sonst Neutralität in dem päpstlich-erzbischöflichen Streite.

. . . »Da Wir in Unsern, besonders clevischen Staaten so wenig Verordnungen päpstlicher Nuntien als Verfügungen auswärtiger Erz- und Bischöfe, besonders des Erzbischofs zu Cöln verstatten und zulassen können, so ergehet an Unsere clevische Regierung nach Eurem Antrage[2]) der in Abschrift beiliegende Befehl. Weiter mischen Wir Uns in diejenige Maassregeln nicht, welche die deutsche Erzbischöfe und die ihnen beipflichtende

---

1) Die Regierung bemerkte u. a.: »Bekanntlich bleibt uns nach der bisherigen Einrichtung bei den Ansetzungen der approbirten katholischen Geistlichen nichts übrig als die Verpflichtung derjenigen, die der päpstliche Nuntius ernennet, und demnächst die Formalität ihrer Confirmation.« 2) S. No. 25.

Bischöfe zur Behauptung der Freiheiten der deutschen Kirchen und Verfassung, auch gesetzmässigen Einschränkung der päpstlichen Gewalt verabreden und nehmen dürften. Es kann auch nicht geleugnet werden, dass nach den alten und ächten canonischen Rechten die Gewalt, in verbotenen Ehegraden zu dispensiren, dem Diöcesan-Recht der Erzbischöfe und Bischöfe angeklebet und dass die Päpste sich nur allgemählich die nähern Grade vorbehalten, endlich aber das erz- und bischöfliche Dispensations-Recht gänzlich von ihrer Vergünstigung abhängig gemacht haben. Auf die Gesinnungen der gemeinen Geistlichkeit und des grossen Haufen kömmt es hierbei nicht an, und im Grunde haben die Bischöfe in Absicht des römischen Hofes mit den Metropolitanen gleiche Vortheile und Anliegenheiten.« 1787 Jan. 9

Gleichzeitig Ministerial-Erlass an die clevische Regierung: »So habt Ihr nach genauer Erkundigung, wo man sich solche[1]) hinzusenden angemaasset hat, sogleich zu verfügen, dass sie unverzüglich zurückgeschicket werden, wie Wir denn überhaupt Eures Berichts über diesen Vorgang und über alle erzbischöflich-cölnische Diöcesan-Anmaassungen im Clevischen Uns demnächst gewärtigen.«

---

32. Agent Ciofani an (den Etats-Minister Hertzberg). Rom 1787 Jan. 10
Januar 10.

R. 11. 24. Eigenhändig.

Die Curie versagt dem Hause Hannover den königlichen Titel und giebt ihn dem Hause Brandenburg.

. . . »Vous aurez vu, que j'ai déjà remis à S. M. l'almanach de la nouvelle année. Je me flatte, que le roi sera bien aise de voir, que cette cour continue à refuser le titre royal à la maison d'Hannover et qu'elle s'est fait enfin un devoir de reconnaître celui de la maison de Brandebourg.« . . .

---

33. Bericht der westpreussischen Regierung. Marienwerder 1787 Jan. 11
Januar 11.

R. 7. B. 20. C. Mundum, gezeichnet von Schroetter, Schmiedeberg, Meyer, Scheibler, Ziegenhorn, Fincke.

Beschränkung der katholischen Feiertage.

»Die verschiedene Beschwerden der adelichen Gutsbesitzer und Beamten über die zu vielen Feiertage der römisch-katholischen Kirche verdienen überhaupt, besonders aber auch derer in der Saat- und Erntezeit einfallenden Feiertagen wegen, Aufmerksamkeit, zumal da in hiesiger Provinz seit zwei Jahren eine solche nasse Witterung während der Ernte gewesen ist, dass fast allgemein Getreide auf den Feldern stehn geblieben und mithin

---

1) Auswärtige Verordnungen.

1787 Jan. 11 ein einziger guter Tag mehr in der Ernte den Landleuten von grossem Nutzen gewesen wäre.

»Wir überreichen also in der Anlage . . . ein Verzeichniss derer Feiertagen, die nach der Bulle des Papst Pius VI. für Preussen feststehen und die durch das Rescript E. K. M. Etats-Ministerii vom 27. April 1776[1]) genehmiget worden und werden nunmehro gutachtlich unsere . . . Meinung eröffnen, wie dem Landmann in Abschaffung der Veränderung einiger Feiertagen geholfen werden könne.

»In Absicht der achtzehn ersten Feiertagen ist keine Verminderung derselben zu vermuthen, da alle diese Feiertage in der römischen Kirche von grosser Erheblichkeit sind, ob es gleich zu wünschen wäre, dass von fünf Marien-Feiertagen Mariä Himmelfahrt eingehen oder auf den nächsten Sonntag verlegt werden könnte, da dieser Tag gerade in der besten Erntezeit, nämlich den 15. August, einfällt. Die beiden folgenden, der neunzehnte und zwanzigste Feiertag, sind ziemlich unschädlich, weil der erste von ihnen den 1. November und der zweite den zweiten Weihnachtstag gefeiert werden. Das Fest des heiligem Josephus fällt auch zu einer guten Zeit, den 19. Martii, ein; dagegen ist die Abschaffung des Festes des heiligen Laurentius, da solches fünf Tage vor Mariä Himmelfahrt, den 10. August, also mitten in der Ernte einfällt, und wo nicht die völlige Eingehung des Festes des Patroni jeder Kirchen, so doch eine Erklärung der Bulle des Papst Pius VI. von Seiten der Bischöfe in Absicht dieses Festes nothwendig.

»Was (1) das Fest des heiligen Laurentius betrifft, so kann solches ohne Bedenken wegfallen; jeder Bischof eignet sich nämlich die Befugniss zu, die Feiertage der Heiligen zu verändern und einen dem andern zu substituiren. Der vormalige Bischof von Cujavien und Pomerellen, nachherige Fürst-Primas v. Ostrowski, liess dahero das Fest des heiligen Laurentius bei der Bekanntmachung der Bulle Papst Pius VI. weg und substituirte dagegen den Festtag S. Josephi, der den 19. Martii einfällt.

»Ohnerachtet nun dieser Feiertag ungleich schicklicher für den Landmann als der Tag S. Laurentii, den 10. August ist, so haben wir doch noch mehreren Grund, darauf antragen zu können, dass die übrigen Bischöfe, vorzüglich der in Culm, statt des gedachten Tages den Festtag S. Andreae, weil solcher den 30. November einfällt, einführen, denn diese Veränderung beider Festtage ist schon durch die anliegende Bulle des Papst Clemens XIV.[2]) befohlen, die der Bischof v. Bayer uns eingereicht hat, die wir aber deshalb nicht publiciren lassen, weil sie nicht durch den Abt Ciofani an uns gelanget ist. Der Sanct-Andreas-Tag ist auch offenbar für die Culmsche Diöces erheblicher, weil dieser Heilige der Patronus dieser Diöces ist.

»(2) Was das Fest des Patroni einer jeden Kirche anbetrifft, so gehet mit der Feier desselben besonders ein grosser Missbrauch vor. Die meisten

1) S. Band 5, 118. 2) Rom 17. September 1774.

und zum Theil ansehnliche Kirchen haben zwar nur einen Patron, allein sehr viele haben zwei; wie z. B. in dem Caminschen Archidiaconat, so zur Gnesenschen Diöces gehöret, ist die Parochial-Kirche zu Womwelno *sub titulo Sanctorum Philippi* und *Jacobi* und *S. Mariae Magdalenae* errichtet worden; Philippi und Jacobi fällt den 1. Mai, Maria Magdalena den 22. Julius ein. Die Parochial-Kirche zu Sipniewo ist *sub titulo S. Catharinae virginis* und *S. Annae* errichtet; Anna fällt den 26. Julius und Catharina den 25. November ein, und alsdann werden beider Patronen Tage gefeiert. Hiezu giebt eine Stelle der Bulle des Papst Pius VI. eine Veranlassung, wo es heisst: *etiam festi principaliorum patronorum cuiusvis ecclesiae parochialis, ita ut intra circumdarium*[1] *parochiae cum sua celebritate die quo incederint, retineantur.* Allein dass dieser Worte ohnerachtet nur der Festtag des vorzüglichsten Patroni gefeiert werden darf, zeigt abermals das Beispiel einiger Bischöfe. Denn 1) der verstorbene Bischof von Culm, v. Bayer, sagt in seinem Hirtenbriefe für seine Diöces, mit welchem er die Bulle Papst Pius VI. publicirte: *et si fuerint plures patroni alicuius ecclesiae, unius tantum principalis, in cuius praecipue honorem ecclesia dedicata est, solennitas celebretur intra limites parochiae.* Ferner 2) der Weihbischof v. Strachwitz zu Breslau bestimmt auch in seinem Hirtenbriefe, den E. K. M. mittels . . . Rescripts vom 11. Januar 1776[2]) uns zu communiciren geruhet haben, dass nur *das Fest Eines vornehmen heiligen Patroni der Pfarrkirche gefeiert werden soll.* Endlich 3) stehet es in den päpstlichen Bullen, die *ad instantiam* des Königes von Pohlen erlassen, von uns aber nicht publiciret worden sind: *et unius tantum principalioris patroni, sed si alicubi plures patronos aeque principales haberi contigerit, diligenter inquiras necesse est, venerabilis frater, quinam ex dictis principalioribus patronis potiorem cultum et venerationem in ea vel civitate vel oppido vel pago habeat et in eius tantum propria die festivitatis praeceptum designes.* Ja, selbst nach der schon bemerkten Bulle des Papst Clemens XIV. an den Bischof v. Bayer, die wir bemerkter Maassen zu publiciren Bedenken getragen, sind alle Festtage der Patronen der Kirche völlig abgeschafft oder vielmehr ausgelassen.

1787 Jan. 11

»Wir stellen also . . . anheim, ob E. K. M. von dort aus oder durch uns denen Bischöfen anbefehlen lassen wollen, (1) so wie es in der cujavischen und pomerellenschen Diöces schon geschiehet, dem Festtag S. Laurentii einen andern, der nicht in der Saat- und Erntezeit einfällt, zu substituiren, und könnte es in der culmschen Diöces bei dem Festtag S. Andreae sein Bewenden haben. (2) Alle Festtage der Patronen der Kirche, wo nicht in allen Diöcesen, so doch in der Culmschen abzuschaffen oder, wofern dieserhalb ein Bedenken obwalten sollte, es wenigstens zu genehmigen, dass

1) Nach dem ital. *circondario.* 2) S. Band 5, 86.

1787 Jan. 11 in denen Kirchen, wo zwei Patroni angenommen sind, nur der Festtag des zu benennenden vornehmsten Patroni gefeiert werden dürfe.

»Sehr gut wäre es indessen, wenn es nach vorhergängiger Rücksprache mit denen itzt dort anwesenden westpreussischen Bischöfen thunlich zu machen wäre, dass noch mehrere Festtage in der Saat- und Erntezeit abgeschafft werden könnten.«

---

34. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hertzberg. Berlin 1787 Januar 11.

R. 96. 147. B. Mundum.

Der Papst, die Nuntiaturen und die königliche Würde.

. . . »Je présente encore à V. M. la copie d'une lettre de l'agent Ciofani à Rome, selon laquelle le pape est très-reconnaissant de ce que V. M. ne Se déclare pas contre lui dans l'affaire des nonciatures en Allemangne, et qu'il a donné ordre de faire reconnaître partout à Rome le titre royal de Prusse, ce que j'ai fait moyenner avec lui, lorsqu'il était à Vienne, par feu le baron de Riedesel[1].«

---

35. Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Departement und dem Cabinet. Berlin 1787.

R. 46. B. 78. Concept (geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg) bzw. Abschrift.

Bestellung eines Coadjutors in Breslau.

Jan. 13 Das Auswärtige Departement. Januar 13.

»E. K. M. haben uns bekannt gemacht[2], dass Sie bei Fürsten von Hohenlohe-Bartenstein zur Coadjutorie von Bresslau bestimmet hätten und wir die dazu erforderliche Maassregeln nehmen sollten. Wir ermangeln nicht, das Nöthige solcherhalb zu besorgen, müssen aber vorher anzeigen, dass das Dom-Capitul zu Bresslau eigentlich das Wahlrecht hat und dass bei einer Coadjutorie das Verlangen und die Einwilligung des lebenden Bischofs und hiernächst die Confirmation des Papstes erfordert wird. Es sind nun dieses zwar blosse Formalitäten, welche ohne grosse Schwierigkeit zu erhalten sein werden; indessen stellen wir E. K. M. . . . anheim: ob Sie nicht, um die Ordnung zu beobachten und alle Vorwürfe zu vermeiden, (1) dem Etats-Minister Grafen v. Hoym aufgeben wollen, dass er den Bischof Schaffgotsch dahin disponire, sich selbst einen Coadjutorem bei E. K. M. auszubitten: welches er um so eher thun wird, wenn E. K. M., wie wir glauben, ihm schon eine Pension geben; (2) ob E. K. M. nicht erlauben wollen, dass das Dom-Capitul zu Bresslau den Fürsten v. Hohenlohe-Bartenstein zum Coadjutore wähle, um die Formalität zu beobachten. Welches demselben aber durch ein königliches Rescript aufgegeben werden kann und

1) S. Band 5, 480. 2) S. unter dem 9. December 1786.

der Etats-Ministre Graf von Hoym als königlicher Commissarius dabei sein müsste, um darauf zu sehen, dass das Capitul diesen Fürsten und keinen andern wähle. (3) Wenn diese Formalitäten beobachtet sind, so wird es hiernächst nicht schwer sein, die Confirmation des Papstes zu erhalten.« 1787 Jan. 13

Cabinets-Befehl. Januar 14. Jan. 14

Hat nichts einzuwenden. »Es muss dieses alles sogleich geschehen. Ich trage dem Etats-Ministre Grafen v. Hoym unterm heutigen Dato diesem zufolge auf, den Bischof Schaffgotsch dahin zu disponiren, sich selbst einen Coadjutorem bei Mir auszubitten, und überlasse Euch, das Weitere an das Dom-Capitul zu Breslau und sonstige Behörde zu verfügen.«

---

36. Eigenhändiges Schreiben des Königs an den Etats-Minister Finckenstein. Ohne Datum. (Jan. 19)

R. 46. B. 78. Original, eingegangen am 19. Januar.

Wiedervergeltung für den Fall, dass der Kaiser Güter des Bischofs von Breslau einzieht. Der Coadjutor von Breslau.

»Lon ma dit que l'Empereur vouloit prendre a lui les terres du Dhome de Bresslau qui se trouvent dans son pais, et qu' a cette fin il avait fait placer des Ecriteaux sur les frontieres de Johansberg qui marquent quil en avoit pris posession pour lui —

»Il faudra Vous mettre en corespondançe avec le Ct. de Hoim, pour etre informé auplutot si la chose est vraie come je Vous la raporte, l'Empereur ni a aucun droit, et cela doit se regarder come terre de particulié, et alors je seres obligé dagir de represailles avec quelque terres apartanntes au Lichtenstein, auparavant il faudra ecrire a Vienne —

»Quandt a la nomination dun Coadjuteur qui sera le Pr de Hohenloh, il faudra y proceder toute suite et Vous arranger avec Mr de Hoim, pour prendre les mesures neçessaires a cette fin —

»Je ne ceserés detre Mr le Comte Votre bien afectioné ami

Fr Guillaume

»P. S.

»Vous pourés aprendre sous mains des nouvelles de ces proçedé de l'Empereur par le jeune Ct: de Schafkotsch de Silesie qui se trouve ici.

---

37. Eigenhändiges Schreiben des Königs an den Etats-Minister Hoym. (Ohne Ort) 1787 Januar 21. Jan. 21

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 45. B). Urschrift.

Verkauf der schlesischen Jesuiten-Güter.

»Mein lieber Etats Ministre Graf v. Hoim. Ich finde Bedenken, die mir übersandten Ordres [1]) wegen den Verkauf der Güter der Jesuiten zu

1) Unter dem 16. Januar, in Ausführung des Cabinets-Befehls vom 3. Januar.

1787 Jan. 21 vollziehen, und erwarte vorher noch Ihren Bericht auf's baldigste, ob ich nicht die 10 tausend Thaler aus dem Überschuss der Revenues erhalten kann, im Fall aber solche verkauft werden müssten, davon ich jedoch die Nothwendigkeit noch nicht einsehe, so werden sie mir anzeigen, wo sie mit dem Fond hinwollen, damit er die jährliche Interesse richtig abwerfe. Ich bin Ew. wohl afectionirter König

Frd. Wilhelm.«

Jan. 26 **38. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hoym.** Breslau 1787 Januar 26.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 45. B.). Concept.

Verkauf der schlesischen Jesuiten-Güter.

Antwort auf das Schreiben vom 21. Januar.

»Betreffend den ersten Punct langen die gegenwärtigen Revenus der Jesuiten-Güter nur zu, um ihnen den Unterhalt etatsmässig zu verschaffen, die Interessen von ihren Schulden zu bezahlen und die Gebäude zu erhalten; daher denn in denen besten Jahren, wie ich vernehme, wenig Schulden, welche noch ohngefähr 150 000 Rthlr. betragen, können abgezahlt werden. Werden die Güter verkauft, so erspart dies Institut (1) die Kosten der Administration der Güter, welche gegen 4000 Rthlr. beträgt, (2) die jährliche Remissions bei Unglücksfällen, (3) die Baukosten. Diese betragen mehr denn 10 000 Rthlr. und machen den künftigen Fond der Academien aus. Was sie aber ohnehin gehabt haben, behalten sie.

»Was den zweiten Punct, die Nutzung und Placirung der aus den Gütern gelösten Gelder betrifft, so ist in dem Plan[1]) festgesetzt, dass die Käufer die Hälfte des Kaufschillings und Capitals auf den verkauften Gütern behalten und jährlich zu 5 Procent verzinsen; die andere Hälfte soll in schlesischen Pfandbriefen, welche auch 5 Procent geben, bei dem gerichtlichen Deposito derer Regierungen niedergelegt werden. Für die Sicherheit des Capitals und der jährlichen Interessen ist also kein Bedenken. Ich submittire aber . . ., ob E. M. nicht in die freie Wahl der Jesuiten stellen, sie durch den Etats-Minister Freiherr v. Danckelmann wollen vernehmen lassen, ob sie die 10 000 Rthlr., ohne die Güter zu verkaufen, aufbringen können oder sie selbige wollen verkaufen lassen.

»Um so viel als sie Schulden haben, würde nur nöthig sein Güter zu verkaufen, um sich theils davon zu debarassiren, theils um den Verlust der Schillersdorfer Revenus durch einen Ankauf einiger Güter von ihrem Werth wieder zu ersetzen, welches E. M. jedoch . . . submittiren wollen.«

---

1) S. unter dem 30. December 1786. Vgl. No. 43.

39.[1]) **Bericht des Geheimen Raths Dohm.** Köln 1787 Januar 26. 1787 Jan. 26

R. 34. 52. B. Mundum.

Unterredung mit dem Nuntius wegen der Ehe-Dispense. Vorschlag für das weitere Vorgehen.

. . . »Aus den im hiesigen Archiv befindlichen Actis habe ich . . . ersehen, dass die Erzbischöfe von Cölln von je her die clev-märkischen Lande zu ihrer Diöcese gerechnet und sowohl in eigentlichen geistlichen als Rechts-Sachen Verordnungen an E. K. M. katholische Unterthanen erlassen haben und dass die diesseitigen Widersprüche und Vorkehrungen zu dessen Verhinderung bisher noch immer ihre gehörige Wirkung nicht gethan haben. Es wird deshalb allerdings nöthig sein, diesen Anmaassungen ein vor alle Mal Schranken zu setzen und E. K. M. landesherrliche Gerechtsame mit Nachdruck zu behaupten.

»Was den päpstlichen Nuntius betrifft, so leidet es gleichfalls keinen Zweifel, dass derselbe, da er von E. K. M. nicht anerkannt ist, keineswegs berechtigt sei, Verordnungen in Allerhöchstdero Landen zu erlassen, obgleich dieses gleichfalls von je her geschehen ist: sowie derselbe auch jetzt, wie ich bereits in meinem Bericht vom 29. *p.* angezeigt, seine Declaration wegen der Ehe-Dispensationen an die Collegiats-Kirchen von Cleve und Xanten wirklich versandt hat. Ich habe demselben die hierunter begangene Unschicklichkeit bereits bemerklich gemacht, von ihm aber zur Antwort erhalten, dass er allerdings eigentliche Verordnungen ohne E. K. M. vorgängige Genehmigung in Allerhöchstdero Lande nicht erlassen würde; im gegenwärtigen Fall aber sei nicht von einer Verordnung, sondern bloss von einer Bekanntmachung die Rede, in welchen verbotenen Graden das Recht zu dispensiren den Erzbischöfen vom Papste ertheilt, und in welchen solches von diesem sich allein vorbehalten sei: eine Bekanntmachung, die zur Beruhigung des Gewissens der Katholiken und zu Eingehung gültiger Ehen nach ihren Religions-Grundsätzen durchaus nöthig sei. Obgleich auch eine solche Bekanntmachung allerdings ohne landesherrliche Genehmigung nicht hätte geschehen sollen, so muss ich doch . . . gestehen, wie nach meiner geringen Einsicht dieselbe an sich wohl nicht so unzulässig sein dürfte. In dem wegen der Religion mit Kur-Pfalz geschlossenen Neben-Recess vom 26. April 1672 § 9[2]) ist den katholischen Unterthanen in Cleve, Mark und Ravensberg ausdrücklich gestattet, nach Anweisung der katholischen geistlichen Rechte die Dispensation *in gradibus prohibitis* bei ihrer Geistlichkeit gehörigen Orts zu suchen und zu erhalten. Wenn nun, wie jetzt der Fall ist, streitig wird, welches der gehörige Ort sei, so kann wohl dem Oberhaupt der römischen Kirche nicht gewehret werden, hierunter das Nöthige bekannt zu machen, und es wird dies in Absicht der Katholiken in E. K. M. Landen um so mehr unbedenklich sein, da in den-

1) Beantwortet am 3. Februar. 2) S. Band 1, 81.

1787 Jan. 26 selben kraft der besondern alten päpstlichen Privilegien weder dem Erzbischof von Cölln noch irgend einem andern Bischofe einige Gerechtsame zugestanden werden, mithin natürlicher Weise Niemand als der Papst übrig bleibt, welcher Dispensationen ertheilen kann, weshalb dieselbe auch bisher immer von Rom durch den Weg der hiesigen Nuntiatur gesucht sind. Wenn nun jetzt E. K. M. an die clevische Regierung ertheiltem . . . Befehl gemäss dem Nuntius seine Declaration zurückgesandt wird, so besorge ich, dieser Schritt dürfte bei jetziger Lage der Sachen einer Missdeutung fähig sein und so angesehen werden, als wollten E. K. M. gleichfalls die Vorschrift des bekannten kaiserlichen Circular-Schreibens[1]) an die Erzbischöfe befolgen, welches doch Allerhöchstdero Würde und Gerechtsamen nicht gemäss sein dürfte, indem dem Kaiser ohne Zuziehung des Reichs wohl nicht gestattet werden kann, die auf der Observanz beruhende und in den Reichs-Gesetzen stillschweigend anerkannte bloss geistliche Jurisdiction der Nuntien zu untersagen. Um also hierunter allem Missverstande vorzubeugen und diese Sache auf eine solche Weise in Ordnung zu bringen, dass E. K. M. landesherrliche Gerechtsame behauptet und zugleich für die Beruhigung des Gewissens Höchstdero katholischer Unterthanen gesorgt würde, stelle ich . . . anheim, ob ich dem hiesigen Nuntius etwa folgende Erklärung thun soll:

E. K. M. könnten der hiesigen Nuntiatur, welche Allerhöchstdenenselben nie gehörig bekannt gemacht noch anerkannt sei, durchaus nicht gestatten, irgend einige Verordnungen, Befehle oder Bekanntmachungen, wie sie auch Namen haben möchten, in Allerhöchstdero Lande zu erlassen, noch weniger sich die Entscheidung streitiger Rechtssachen anzumaassen, wie dieses auch von je her nicht erlaubt sei, da vielmehr nach der Verfassung der clev-märkischen Landen die dortige Unterthanen auch in geistlichen Sachen keinen andern Oberherrn als E. K. M. erkennen und in Rechtssachen sich nur an die deshalb angestellten einländische Gerichte wenden dürften. Wenn es aber dem Papst gefiele, sich des hiesigen Nuntius zu bedienen, um in blossen Glaubens- und eigentlichen geistlichen Sachen E. K. M. katholischen Unterthanen etwas bekannt zu machen, so könnte dieses wohl in der Art geschehen, dass der hiesige Nuntius mir eine solche Bekanntmachung zustellte und ich sie E. K. M. unterthänigst einsendete, welche alsdann sie nach Höchstdero Gutfinden durch die clevische Regierung und Officialate zur Kenntniss derer, die es angehet, würden bringen lassen.

»Neben dieser Erklärung würde alsdann den katholischen Geistlichen in den cleve-märkschen Landen, welche, wie ich zuverlässig weiss, doch immer in geheimer Verbindung mit der hiesigen Nuntiatur stehen und sich

1) Vom 12. October 1785; s. *Resultat des Emser Congresses (Frankfurt und Leipzig 1787)* S. 21.

sowohl in geistlichen als Rechts-Sachen an dieselbe wenden, ernstlich zu untersagen sein, für's Künftige irgend einige Verordnung oder Bekanntmachung unmittelbar von der Nuntiatur, oder woher es sei, anzunehmen. Wenn mit dieser Verfügung zugleich gegen alle Anmaassung einer Gerichtsbarkeit des Erzbischofs von Cölln ernstliche Vorkehrungen getroffen und die seit Jahrhunderten behauptete kirchliche Unabhängigkeit der clev-märkischen Lande standhaft erhalten würde, so dürfte dieses, meiner geringen Einsicht nach, das beste Mittel sein, um zu beweisen, wie E. K. M. ohne Rücksicht auf fremde Verordnungen oder Verbindungen nur allein darauf bedacht sind, sowohl Allerhöchstdero landesherrliche Gerechtsame zu behaupten als auch Höchstdero katholische Unterthanen ihre Gewissensfreiheit ungekränkt zu erhalten. Ich sehe also hierüber E. K. M. . . . Befehlen entgegen und setze nur noch hinzu, wie auch der Kurfürst von der Pfalz, obgleich seine jülich-bergische Lande jetzt nicht mehr zum Sprengel der hiesigen, sondern der Münchener Nuntiatur gehören, doch den Geistlichen ausdrücklich untersagt habe, auf bloss erzbischöflich-cöllnische Dispensationen in den vom Papst sich vorbehaltenen Graden zu copuliren. Eben dieser Fürst hat auch unlängst seinen Geistlichen das Studiren auf der neu errichteten Universität zu Bonn untersagt, obgleich der Erzbischof von Cölln alle diejenigen, welche nicht zu Bonn studirt haben und geprüft sind, der Pfarrstellen unfähig erklärt und die deshalb erlassene Verordnung auch im Jülich- und Bergischen hat publiciren lassen« . . . 1787 Jan. 26

---

40. Schriftwechsel zwischen dem Cabinet und dem Auswärtigen Departement. 1787.

R. 34. 52. B.

Eine kurmainzische Erklärung in dem Nuntiatur-Streit.

Cabinets-Befehl. Berlin Januar 28. Jan. 28

Mundum.

»Zur Nachricht und zur Beobachtung des ferneren Verlaufs der Sache, wovon Ich dem Befinden nach Eure Anzeige gewärtige, überschicke Ich Euch anbei die Anzeige der Geheimen Räthe *p. p.* v. Hochstetten[1]), woraus Ihr mit mehrern ersehen werdet, wie der Kurfürst von Maintz eine von dem päpstlichen Nuntius zu Cöln bekannt gemachte Druckschrift[2]), die Dispensationen der deutschen Erzbischöfe in Ehesachen betreffend, aufgenommen hat.«

---

1) Geheimer Rath Gottfried Adam Freiherr v. Hochstetter, preussischer Resident am oberrheinischen Kreise in Frankfurt am Main; ihm beigegeben Johann Ludwig Freiherr v. Hochstetter, Geheimer Legationsrath.

2) S. unter dem 29. December 1786.

1787 Jan. 30 **Das Auswärtige Departement. Berlin Januar 30.**

Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

»Der Resident Geh. Rath v. Hochstetter hat uns ebenfalls den hiebei zurückgehenden Bericht adressiret, wodurch er eine Erklärung des Kurfürsten zu Mainz eingesandt hat, die derselbe gegen eine von dem päpstlichen Nuntio zu Cölln an alle katholische Geistliche erlassene päpstliche Verordnung, die Dispensation in Ehesachen betreffend, hat publiciren lassen, sowie die Kurfürsten von Cölln und von Trier ein Gleiches gethan. Es betrifft dies alles den seit einiger Zeit rege gemachten Streit zwischen dem päpstlichen Hofe und den deutschen Erzbischöfen wegen der Jurisdiction der päpstlichen Nuntiorum in Deutschland, woran E. K. M. als ein protestantischer Fürst bishero keinen Antheil genommen haben. Der *p.* v. Hochstetter hat diese Pièce, welche ohnedem in allen Zeitungen gestanden, eingeschickt, um seine Attention auf alle Vorfälle zu zeigen. Wir werden den *p.* v. Böhmer[1]), wenn er nach Mainz geht, wie auch den *p.* v. Gemmingen[2]) darüber instruiren und, wenn diese Sache weiter gehen und in die allgemeine Angelegenheiten von Deutschland Einfluss haben sollte, E. K. M. darüber zu seiner Zeit näher berichten.«

Jan. 31 **Cabinets-Befehl. Berlin Januar 31.**

Mundum, geschrieben von Laspeyres.

»Ich . . . approbire vollenkommen, dass Ihr dem *p.* v. Böhmer sowohl als dem *p.* v. Gemmingen aufgebet, ihr Augenmerk mit auf diese Sache zu richten und, wenn sie weiter gehen und in die allgemeine Angelegenheiten von Deutschland, wie Ihr saget, Einfluss haben sollte, darüber sogleich näher zu berichten.«

Jan. 29 **41. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hoym.** Breslau 1787 Januar 29.

R. 46. B. 78. Mundum, aus dem Cabinet an das Auswärtige Departement abgegeben.

Schaffgotsch wirkt bei der Bestellung des Coadjutors mit.

»E. M. berichte . . ., dass ich zu Folge Dero . . . Ordre[3]) sofort an den Fürstbischof v. Schaffgotsch geschrieben habe, um ihn zu disponiren, bei E. M. sich einen, von Allerhöchstdenenselben zu bestimmenden Coadjutor und Nachfolger des Bisthums . . . auszubitten, indem ich ihm vorstellig gemacht, dass sein Alter, seine Abwesenheit von seiner Cathedral-Kirche und insonderheit die ihm obliegende Pflicht, bei der österreichscher Seits intendirten Einziehung des jenseitigen Bisthums-Antheils für die ungetrennte Beibehaltung der Besitzungen des Bisthums zu sorgen, ihm die

1) Georg Friedrich v. B., preussischer Gesandter am kurmainzischem Hofe.
2) Ernst Freiherr v. G., preussischer Gesandter am baierischen Hofe.
3) S. unter dem 9. December 1786.

Ernennung eines Coadjutoris als das sicherste Mittel anempfehlen müssten, die Gerechtsame des Bisthums und des Bischofs aufrecht zu erhalten. 1787 Jan. 30

»Es hat dieses den Erfolg gehabt, dass der Fürst-Bischof nicht nur in seinem Antwortschreiben mich gebeten, E. M. die devoteste Versicherung zu Füssen zu legen, wie er in allen Sachen und insonderheit was die Bestimmung des Coadjutors betrifft, E. M. huldreichsten Befehlen sich völlig unterwerfe, sondern er hat auch sogleich den Vorschriften der canonischen Gesetze und den Statuten des Bisthums gemäss an das hiesige Dom-Capitul geschrieben und demselben förmlich eröffnet, dass er einen Coadjutor verlange und dass solches nur denjenigen zu wählen befugt und schuldig sei, welchen E. M. zu bestimmen geruhen werden. In dieser Absicht hat derselbe zugleich das Dom-Capitul aufgefordert, der Ordnung gemäss über die fernere Einleitung der Sache sich mit ihm zu vernehmen und vor allen Dingen gemeinschaftlich mit ihm E. M. um die . . . Erlaubniss zu bitten, (1) einen Bisthums-Coadjutor und -Nachfolger erwählen, auch hiezu die Genehmigung des Wiener Hofes deswegen nachsuchen zu dürfen, weil, wenn letzteres nicht geschiehet, dem Wiener Hof eine offenbare Gelegenheit in die Hand gegeben würde, die derselbe sehr gerne saisiren wird, diese Vernachlässigung des Bischofs und des Dom-Capituls als eine Felonie zu betrachten, um solche als einen rechtmässigen Vorwand zu benutzen, die schon beabsichtete Einziehung des in seinen Landen belegenen Bisthums-Antheils zu realisiren. Und da (2) der von E. M. . . . zu ernennende Coadjutor und Nachfolger des Bischofs den canonischen Rechten gemäss selbst ein Bischof sein und daher im Voraus mit einem Bisthum *in partibus* versehen sein muss, so hat der Fürst-Bischof v. Schaffgotsch dem Dom-Capitul proponirt, dieserhalb auch in Rom das Nöthige gemeinschaftlich mit ihm nachsuchen zu dürfen.

»Die von dem Fürst-Bischof dem hiesigen Dom-Capitul gemachte Vorschläge sind der gegenwärtigen Lage der Sache in aller Rücksicht um so mehr völlig angemessen, als dadurch dem Wiener Hofe jeder sichtbare Vorwand zum Voraus benommen wird, sich des jenseitigen Bisthums-Antheils zu bemächtigen. Ich zweifle dahero nicht, dass diese Vorschläge E. M. . . . Approbation finden und dass Allerhöchstdieselben es . . . genehmigen werden, dass ich dem Dom-Capitul dessen im Voraus versichert, ihme aber auch zugleich vorläufig eine vierwöchentliche Frist bestimmt habe, binnen welcher dasselbe wegen der Wahl des Coadjutors und der den obigen Vorschlägen des Bischofs gemäss zu treffenden Arrangements sich mit letzterm einverstehen müsse, und werde ich nicht verfehlen, E. M. von dem fernern Erfolg dieser Angelegenheit meinen . . . Bericht zu erstatten.«

1787 Jan. 30

42. Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Zedlitz. Berlin 1787 Januar 30.

R. 76. I. 198. Mundum, geschrieben vom Cabinets-Rath Heinrich v. Beyer

Vorschläge zur Verbesserung des Schulwesens in Westpreussen.

»Die anliegenden Anmerkungen und Vorschläge über das Schulwesen in Westpreussen hat Mir der Bischof von Culm, Graf v. Hohenzollern, übergeben. Ich überschicke Euch solche mit dem Auftrage, Euch mit dem Grafen darüber zu besprechen und die zur Einrichtung der Sache dienlichsten Arrangements zu treffen.«

Beilage. — Des Bischofs von Kulm (Grafen von Hohenzollern) »Anmerkungen über das Schulwesen in Westpreussen, einer allergnädigsten Beurtheilung überreicht.«

»Landschulen.

»Die Abwesenheit der Bischöfen der vermischten Diöcesen, das wenige Ansehen ihrer Officiälen, der gar geringe Einfluss der Pfarrern über Sitten und Aufführung der Schullehrer haben letztere in der Art unabhängig von der Geistlichkeit gemacht, dass daraus statt der Einigkeit und eines guten Zwecks nichts als Missverständnisse und Zwistigkeiten zwischen Schullehrern und Pfarrern, ein darauf natürlich folgendes Ärgerniss für die Eltern, ein Schulausbleiben für die Kinder, ein Misstrauen des Unterthans gegen die landesväterliche Gnade des Königs und eine gänzliche Fehlschlagung des allergnädigsten Endzwecks entstanden sind.

»Diesem Übel nun bis in den Grund abzuhelfen, bleibt nichts übrig als dass S. K. M. die Landschulen, ihre Besetzung, die Wahl der zum Lehren bestimmten Subjecten, die Aufsicht ihrer Aufführung und die Bestimmung ihrer Lehrart einem im Lande residirenden Bischofe anzuvertrauen geruheten.

»Um gedachten Bischof aber in den Stand zu setzen, alles dieses zu bewerkstelligen, müsste demselben von Seiten einer Domänen-Kammer ein Verzeichniss aller Revenuen des Land-Schulen-Instituts[1]) jährlich eingereicht werden, damit derselbe die Anzahl der möglich zu haltenden Lehrer bestimmen und über diese Summe disponiren könne. Es müsste demselben auch frei steben, statt alle Lehrerstellen auf einen Fuss zu setzen, solche nach Umständen in Classen einzutheilen, damit dem angehenden Lehrer eine Hoffnung zu einer bessern Stelle als ein Lohn seiner Bemühungen, seines Fleisses, seiner guten Aufführung übrig bliebe: ein mächtiges Mittel, die nöthige Ämulation hervorzubringen. Sowie eine Belohnung aber hieraus entstehen würde, so müsste auch obgedachtem Bischofe bei übler Aufführung, Nachlässigkeit und Ärgernissen des Lehrers die Cassirung desselben frei stehen.

---

1) Vgl. Band 5, 246.

1787 Jan. 30

»Bis jetzt sind Fremdlinge oder Leute, die der polnischen Sprache nicht mächtig gewesen, zu Schullehrer angesetzt worden. Diese, da sie mit dem Unterthan nicht sprechen konnten, flössten auch kein Zutrauen ein; man müsste dann beflissen sein, Subjecten, die der beiden, deutschen und polnischen, Sprache kündig wären, anzusetzen. Hiezu zu gelangen müssten auch Leute zum Schullehrer-Amt in unsern westpreussischen Exjesuiten-Schulen erzogen werden; da aber das Landschulen-Institut nicht hinlängliche Fonds hat, um die Erziehung solcher Lehrer zu besorgen, und die zur Schullehre sich bestimmende Leute gemeinhin arm und ausser Standes sind, auf ihre Kosten solche zu bewirken, so werden S. K. M. ... angefleht, eine jährliche Summe von 1000 Rthlr. ... anzuweisen, vermittelst welcher 8 dergleichen jungen Leute in den Exjesuiter-Collegien beständig unterhalten und gebildet und ein Geistlicher zur Bereisung der Landschulen salarirt werden könnte.

»Weil durch diese neue Verfassung jeder Schullehrer nicht nur unter der Oberaufsicht des einen Bischofes, sondern *immediate* unter des Pfarrern, in dessen Kirchspiel er angesetzt ist, stehen muss und bei möglich zwischen Ober- und Untergebenen vorfallenden Zwistigkeiten zum Besten des Allgemeinen die hierüber vorzunehmende Untersuchungen nie Kosten verursachen sollen, so wird alles in diesem Fall *ex officio* von den Bischöfen, Officialen und Landes-Collegien bis zur Decision *inclusive* unentgeltlich vorgenommen werden müssen.

»Königliches katholisches Schulen-Institut der Exjesuiten in Westpreussen.

»Da aus der obigen Einrichtung des Landschulen-Instituts die Nothwendigkeit erhellet, bei denen Gymnasien der Exjesuiten Lehrer zur Bildung der Schulmeister anzusetzen und gedachte Gymnasien es aus eigenen Fonds zu bewirken ausser Standes sind, so flehet der Bischof von Culm, als Aufseher dieses Instituts, die landesväterliche Huld und Gnade des Königs an, um zu diesem Ende die Einkünften dieses Instituts mit einer jährlichen Summe von 1000 Rthlr. zu vermehren, die entweder aus denen gewesenen Jesuiter-Gütern genommen oder auf die bald ledig werdende Cron'sche[1]) abteiliche Competenz assignirt werden könnte.

»Da die Lehrer der exjesuitischen Gymnasien aus Mangel an Einkünften schlecht salarirt werden, so bittet der Bischof von Culm um eine Autorisation, von denen jährlich zu erübrigenden kleinen Summen ein *donum gratiatum* denenjenigen Professoren, die sich im Jahr hervorgethan haben würden, nach gut befindenden Umständen als eine Belohnung auszutheilen.

1) »Der Abt ist siebzigjährig und dieser Tagen vom Schlagfluss gerührt. Die Abtei trägt 1800 Rthlr. Wenn 1000 Rthlr. davon abgehen, so können die übrige 800 dem Kloster zugewandt werden; denn dieses kann ohnehin mit seiner jetzt habenden Competenz nicht bestehen, und dies käme ihm zum Vortheil.«

1787 Jan. 30 Dieses würde der elenden Salarirung einigermaassen abhelfen, vielen Nutzen schaffen und den Eifer anfeuern.

»Ungeachtet der geringen Fonds des Exjesuiten-Instituts würde man es wohl möglich machen müssen, die Schul- und Wohngebäude dieser Gymnasien im Stande zu erhalten. Da solche aber ganz ruinirt sind und die Unmöglichkeit, die erste Instandsetzung in's Werk zu setzen, da ist, so flehet der Bischof von Culm auch die liebevolle Gnade des Königs Maj. an, damit Allerhöchstdieselben einen Theil der in der Provinz zu assignirenden Baugelder zu diesem Ende in der Art zu bestimmen geruheten, dass jährlich wenigstens zwei Gymnasien und alle nicht in einem Zeitraum von vier Jahren völlig in den Stand gesetzt werden; die fernere Instandhaltung aber würde, wie gesagt, aus eigenem Instituts-Fonds besorgt werden.«

Jan. 31 **43.**[1]) **Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Hoym.** Berlin 1787 Januar 31.

R. 96. B. 87, 135.

Verkauf der schlesischen Jesuiten-Güter.

»Zuvörderst habe Ich Euch hiedurch bekannt machen wollen, dass Ich dem Etats-Ministre v. Danckelmann, welchem der Verkauf der Jesuiten-Güter in Schlesien noch mit Schwierig- und Bedenklichkeiten verknüpft zu sein scheint, aufgegeben habe, nicht nur[2]) darüber, sondern auch, auf welche Weise die 10000 Rthlr., welche Ich aus denen Revenus für die Universitäten bestimmt habe, am leichtesten jährlich zu verschaffen sein, nach vorhergegangener sorgfältiger Überlegung gemeinschaftlich mit Euch zu berichten« . . .

Febr. 3 **44.**[3]) **Ministerial-Erlass an den Geheimen Rath Dohm in Köln.** Berlin 1787 Februar 3.

R. 34. 52. B. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Landesherrliches Placet. Neutralität in dem Streite des Papstes und der deutschen Erzbischöfe.

. . . »Vorläufig autorisiren Wir Euch, dem päpstlichen Nuntio zu eröffnen, dass Wir Uns versehen, es werden keine päpstlichen Bullen, Brevia, Verordnungen, Erklärungen in Unseren clev-märkischen Landen anders als nach vorhergehender behörigen Mittheilung und landesherrlicher Genehmigung verkündet, bekannt gemacht, insinuiret und intimiret werden.

»Er kann sich Eurer bedienen und Euch solche zur Einsendung zustellen. Dieses verlangen Wir aber nicht deswegen, weil Wir den päpstlichen Nuntium und die Nuntiatur nicht erkennen, sondern dieserhalb,

---

1) Vgl. No. 38 u. 47. 2) »nur« fehlt in der Vorlage.
3) Antwort auf den Bericht am 26. Januar.

weil selbst in katholischen Reichen das königliche und landesherrliche Placet zur Bekanntmachung, Gültigkeit und Vollziehung päpstlicher Verordnungen und Verfügungen erforderlich ist. 1787 Febr. 3

»Wir werden so wenig Unsern clevischen Unterthanen katholischer Religion verwehren, in Ehe-Graden ferner bei dem Papst Dispensationen zu suchen, als dem Kurfürsten zu Cöln verstatten, sie vermöge vermeintlichen Diöcesan-Rechts im Clev-Märkischen zu ertheilen.

»Übrigens enthalten Wir Uns aller Einmischung in den Streit der deutschen Erzbischöfe und Primaten mit dem römischen Hof noch in den zu Ems entworfenen Plan der ersten, die Freiheiten der deutschen Kirche wiederherzustellen, die Aschaffenburger Concordaten abzuschaffen oder einzuschränken, die ursprüngliche erz- und bischöfliche Rechte zu behaupten, die päpstliche Gewalt in die behörige Grenzen zu setzen *pp*.

»Wir können als ein deutscher Kur- und Reichsfürst nicht dagegen auftreten, auch die Grundsätze und Absichten der deutschen Erzbischöfe und Primaten nicht (viel weniger öffentlich) missbilligen und wollen abwarten, ob eine Vereinigung derselben sowohl mit den deutschen exemten als auch Suffragan-Bischöfen zu Stande kommen oder ob nicht deren Widersetzung oder Entäusserung den ganzen Plan vereiteln werde. Weder eine allgemeine noch eine National-Kirchen-Versammlung wird jemals zu Stande kommen, und so lange als die Sache nicht an die Reichs-Versammlung gebracht und zu einer allgemeinen Reichs-Anliegenheit wird, haben Wir gar keine Veranlassung, daran Theil zu nehmen oder Unsere Gesinnung darüber zu äussern.«

Gleichzeitig Ministerial-Erlass an die klevische Regierung: »Wir ... gewärtigen Uns Eures ausführlichen und *resp.* gutachtlichen Berichts darüber, erstlich, ob sich der päpstliche Nuntius zu Cöln bisher herausgenommen, in Unsern clev-märkischen Landen päpstliche Bullen, Brevia, Verordnungen, Erklärungen unmittelbar und ohne landesherrliche Prüfung und Genehmigung verkünden und insinuiren zu lassen; zweitens, welcher Diöcesan-Rechte der Erzbischof zu Cöln in denselben sich angemaasset; drittens, wo und bei wem und auf welche Art die Katholiken in diesen Landen in verbotenen Ehe-Graden Dispensationen gesuchet und erhalten haben; viertens, welche Einrichtungen ohne Verletzung der Gewissensfreiheit zu Behauptung Unserer landesherrlichen Gerechtsame und Auctorität getroffen werden könnten.«

1787
Febr. 4

45. Aufzeichnung des Etats-Ministers Zedlitz. Berlin 1787 Februar 4.

R. 76. I. 198. Eigenhändiges Original.

Das Schulwesen in Westpreussen und der Bischof von Kulm.

»*Actum* Berlin den 4. Februar 1787.

»In Gemässheit der Cabinets-Ordre vom 30. *m. p.* habe ich mich *dato* mit des Herrn Bischofs von Culm, Grafen v. Hohenzollern Exc. über den Inhalt der Sr. M. unter dem 29. Januar *a. c.* eingereichten Anmerkungen und Vorschläge über das Schulwesen in Westpreussen besprochen. So viel nun

»(1) die Landschulen betrifft, so ist der Herr Bischof der ganz richtigen Meinung, dass man keine gute Schulmeister für's Landvolk erhalten kann, wenn man diese Volkslehrer nicht in einem Seminario oder einer Pepinière abrichtet. Zu Errichtung eines solchen Seminarii und zu dessen Unterhaltung wünschen der Herr Bischof einen jährlichen Zuschuss von 1000 Rthlr. Da der Herr Bischof bereits die Revenuen des alten Abts zu Crone dazu in Vorschlag gebracht haben, so habe ich bereits in diesen Tagen den Bericht der westpreussischen Regierung erfordert, um über den Antrag gutachtlich zu berichten und auch anzuzeigen, ob von dem Competenz-Quanto des Abts das Surplus der 1000 Rthlr. zum Besten der Cistercier-Mönche dieses Klosters und des anzusetzenden Prioris verwendet werden könnte.

»Wenn nun in dem anzulegenden Seminario Schullehrer für die Dörfer gebildet sind, so würden diese aus dem von des höchstseligen Königs Maj. angewiesenen und von der Kriegs- und Domänen-Kammer verwaltet werdenden Fonds salarirt werden, aber nur deshalb Verfügung geschehen müssen, dass niemand, der nicht im Seminario unterrichtet und von dessen Vorgesetzten als bewährt und tüchtig anerkannt worden ist, zum Dorf-Schulmeister angesetzt werde. Diese anzulegenden oder mit Schulmeistern aus dem Seminario zu besetzenden Schulen aber würden

»(2) eine genaue Aufsicht und öftere Revisionen erfordern, a) in Ansehung des Fleisses sowohl des Lehrers als der Schüler, b) ob auch die Lehrer wirklich existiren und nicht etwa Schreiber, Actuarii und dergleichen Leute, ohne sich um den Schulunterricht zu bekümmern, bloss die angewiesene Gehälter ziehen. Da in den katholischen Schulen nicht Religion gelehrt wird, so ist kein Zweifel, dass diese Aufsicht nicht auch einem Laien aufgetragen werden könnte, und eben daher ist es auch klar, dass hier die bischöflichen Sprengel gar nicht in Contestation kommen, mithin z. E. der Bischof von Cujavien oder Posen jeder für seine Diöces nicht einen besondern Aufseher fordern könne.

»Es hätte daher nicht das mindeste Bedenken, dem Herrn Bischof von Culm die Aufsicht über alle westpreussische Landschulen ohne Rücksicht auf die verschiedenen bischöflichen Diöcesen aufzutragen.

»(3) Die Schul-Institute, so aus den Exjesuiter-Gütern theils bestehen

und die bereits fünf sogenannte Häuser haben, anlangend, so geht der Sinn des Herrn Bischofs dahin, dass ein zu diesen Instituten bereits gehörendes Haus zu Crone gebaut werden möge. Zu diesem in Crone befindlichen Institut gehören 4 Professoren, welche etliche 80 Schüler unterrichten. Das Haus nun, worin diese 4 Professores wohnen und worin die Auditoria sind, ist nach des Herrn Bischofs Versicherung so elend beschaffen, dass dessen Einsturz täglich zu befürchten ist, und der Herr Bischof wünschen, dass dieses Haus gebaut werde.« 1787 Febr. 4

---

46. Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Departement und dem Cabinet. Berlin 1787.

R. 46. B. 78.

Coadjutor in Breslau. Absichten des Wiener Hofes auf die in Oestreich liegenden Güter des Bischofs von Breslau.

Das Auswärtige Departement[1]). Februar 5. Febr. 5

Concepte, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

»E. K. M. haben uns durch die . . . Cabinets-Ordre vom gestrigen Dato den Bericht des Etats-Ministri Grafen v. Hoym, die Bresslauische Coadjutorei-Sache betreffend[2]), zum Gutachten mitgetheilt. Nach desselben Inhalt hat der Fürst-Bischof Schafgotsch sich gleich bereitwillig erklärt, einen Coadjutor zu verlangen, und das Dom-Capitul zu Bresslau aufgefordert, sich dazu erstlich die Erlaubniss E. K. M. und die Genehmigung des Wiener Hofes zu erbitten und zweitens auch zu Rom die vorläufige Ernennung des Coadjutoris zu einem Bischof *in partibus* zu verlangen.

»Der Minister Graf v. Hoym hat dem Dom-Capitul vorläufig E. K. M. Approbation dazu versichert und ihm eine vierwöchentliche Frist gesetzet, um diese Arrangements mit dem Bischof v. Schafgotsch zu Stande zu bringen. Diese Verfügungen des Grafen v. Hoym sind ganz zweckmässig und können von E. K. M. approbirt und der Erfolg davon abgewartet werden. Nur stehet es dahin, ob der Wiener Hof seine Einwilligung zu dieser Coadjutorie-Wahl geben werde, welche nicht unumgänglich nöthig wäre und sonst niemals gesuchet worden. Wir werden unsers Orts dem Agenten Ciofani zu Rom aufgeben, die Ernennung des Fürsten von Hohenlohe zum Bischof *in partibus* dem Papst zu empfehlen, welches keine grosse Schwierigkeit finden wird.«

»E. K. M. werden von dem Etats-Ministre Grafen v. Hoym einen umständlichen Bericht erhalten haben, welchergestalt aus dem Bericht der an den Bischof v. Schafgotsch nach Johannisberg geschickten Deputation des Bresslauischen Dom-Capituls klar erhellet, dass der Wiener Hof nun-

---

1) Zwei Berichte. 2) No. 41.

1787 Febr. 5 mehro schon wirklich die sämmtliche Einkünfte sowohl des Bischofs als des Bisthums und Dom-Capituls zu Bresslau in seinen Landen unter dem unwahren Vorwand von Holz-Devastationen und Bezahlung der bischöflichen Schulden in Besitz und Administration genommen und dadurch seinen schon längst geäusserten Vorsatz, den in seinen Landen gelegenen Antheil der Bresslauischen Diöces an sich zu bringen, welchen er durch Negociation von dem hiesigen Hofe nicht erhalten können, *per indirectum* zu realisiren. Er wird diese Administration nunmehro dadurch und nicht ohne Schein beschönigen, dass er nichts thäte als dem Beispiel E. K. M. zu folgen, da Sie die Einkünfte des Bischofs von Bresslau seit dem siebenjährigen Kriege her sequestriren und administriren lassen. Dieser Vorwand wird nicht anders aus dem Wege geräumet werden können, als wenn E. K. M. zu seiner Zeit dem jetzigen oder künftigen Bischof zu Bresslau die ihm zukommende Einkünfte wiedergeben lassen. Indessen da das Dom-Capitul zu Bresslau nach der Anleitung des Grafen v. Hoym dem Wiener Hofe gegen obgedachte Sequestrirung Vorstellung gethan, so wird man zuforderst den Erfolg davon abwarten müssen.«

Febr. 6 **Cabinets-Befehl. Februar 6.**

Mundum, geschrieben von Laspeyres.

Antwortet: »1) dass, was die Breslausche Coadjutorie-Sache anbetrifft, Ihr nur sogleich dem Agenten Ciofani zu Rom aufgeben sollet, die Ernennung des Fürsten v. Hohenlohe zum Bischof *in partibus* dem Papst zu empfehlen, ohne den Consens des Wiener Hofes vorläufig deshalb abzuwarten, welcher Consens ohnedem so viel wie möglich eludiret werden muss. 2) Was die Besitznehmung und Administration gedachten Hofes der sämmtlichen Einkünfte sowohl des Bischofs als des Bisthums und Dom-Capituls zu Breslau in seinen Landen angehet, so ist Mein Wille, dass man zuforderst den Erfolg der Vorstellungen, die das Dom-Capitul zu Breslau nach Anleitung des Grafen v. Hoym dem Wiener Hof gegen obgedachte Sequestration gethan, abwarten, bevor weitere Demarches deshalb vorzunehmen seind.«

Febr. 8 **47. Schriftwechsel zwischen den Etats-Ministern Danckelman und Hoym.** Breslau 1787.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 45. B.).

Ob die schlesischen Jesuiten-Güter zu verkaufen?

Danckelman. Februar 8.

Mundum.

. . . »S. Majestät haben von mir zu wissen verlangt: (1) ob dieses Quantum aus den Revenuen genommen werden könne, ohne die Güter zu

verkaufen; (2) ob es vortheilhafter sei, die Güter zu Ersparung der Administration bestens zu verkaufen [1]). 1787 Febr. 8

»In Beantwortung der ersten Frage habe ich, mit Beifügung des diesjährigen Etats, Sr. K. M. die ganze Beschaffenheit des Vermögens der ehemaligen Jesuiter vorgelegt, welche ergiebt, dass, wenn auch bei der Einnahme sich gar kein Ausfall ereignen und die Ausgabe in keinem Stück überschritten werden sollte, dennoch an einen so beträchtlichen Überschuss, der die Summe von 10000 Rthlr. erreichen könnte, nie gedacht werden könne, wie denn auch von einem Überschuss vor Bezahlung der Schulden nicht füglich die Rede sein könne, wozu in dem laufenden Jahre nur 6000 Rthlr. ausgesetzt werden können. Ich halte dafür, dass E. E. darunter meiner Meinung vollkommen beipflichten werden, da mir Dieselben noch neuerlich bei einer mündlichen Unterredung eben dieses zu glauben geäussert, mit dem Beifügen, dass derjenige, der die Jesuiter-Güter hiezu in Vorschlag gebracht, von der Sache keine Kenntniss gehabt haben müsse.

»Noch weit weniger aber würde der Endzweck Sr. K. M. durch einen Verkauf, ausser den sonstigen dabei sich findenden, nachher besonders zu erwähnenden Schwierigkeiten und Bedenklichkeiten, zu erreichen sein. Dieses würde voraussetzen, dass die Güter im Verkauf weit über 200000 Rthlr. höher angebracht würden, als dieselbigen, nach der jetzigen Verpachtung zu 5 Procent gerechnet, geschätzt werden können. Nun sind die Güter vor 10 Jahren durch die Königliche Kammer und seit der jetzigen Administration successive bei jeder Verpachtung auf das Höchste veranschlagt und doch dabei mehrentheils über den Anschlag verpachtet worden, und es ist daher nicht zu glauben, dass ein sonderlich höherer Preis, als der, wofür sie verpachtet sind, herauskommen würde. Es würde ferner voraussetzen, dass sich auch sogleich Gelegenheit fände, ein so ansehnliches Capital, als aus diesem Verkauf entstehen würde, alsbald sicher und auch für's Künftige ohne Fehl und zwar zu 5 Procent unterzubringen. Dieses aber ist aller Wahrscheinlichkeit entgegen, und dennoch muss bei Einnahmen, worauf Fundationes beruhen, nicht bloss wahrscheinliche, sondern völlig ausgemachte Sicherheit sein, wenn sie nicht in Unordnung gerathen oder gar über den Haufen gehen sollen, so dass, wenn ja S. K. M. auf diese Abgabe aus denen Jesuiter-Gütern bestehen sollten, der Endzweck wenigstens zum Theil immer eher unter Beibehaltung der jetzigen Verfassung als bei Verkauf der Güter würde erreicht werden können, wenn dazu dasjenige, was bisher zur Zahlung der Schulden verwendet worden, angewendet würde und diese als eine immerwährende Last auf dem Vermögen verblieben.

»Auf die zweite Frage habe ich Sr. K. M. geantwortet, dass ich den Verkauf der Güter zu Ersparung der Administration nicht für vortheilhaft

1) Vgl. No. 43.

1787 Febr. 8 ansehen könne. Einestheils muss immer einige Administration zu Einziehung der Zinsen und sonstiger Gefälle, zur Aufsicht über die Gebäude und mehrere dergleichen Umstände beibehalten werden. Sodann kann für Fundationen der blosse Besitz der Capitalien niemals für so vortheilhaft als der Besitz liegender Gründe, wenn diese redlich verwaltet werden, angesehen werden. Das Eigenthum dieser letzten ist weit sichrer, den Gefahren nicht unterworfen, die für den Besitzer von Capitalien aus Mangel der Aufsicht, Insolventwerdung der Schuldner, mögliche Veränderung des Münz- und Zinsfusses und dergleichen entstehen können. Alles dieses kann vielleicht ein Particulier verwinden, eine Fundation aber, die auf sichre Einkünfte gewiesen ist, muss dabei successive zu Grunde gehen, wie auch die Erfahrung von vielen lehren wird. In Betracht dieser Umstände würde also meines Erachtens der durch Ersparung der Administration zu erwartende Vortheil in gar keine Consideration kommen können.

»Nun bleibt mir noch übrig, die Hauptbedenklichkeit, die sich bei der ganzen Sache findet und die hauptsächlich allem Verkauf der Güter entgegen stehet, anzuführen. E. E. ist bekannt, dass, als des hochseligen Königs Maj. die Beibehaltung der Jesuiten in Dero Landen nicht effectuiren konnten, Höchstdieselben dennoch denen Mitgliedern dieses Ordens Dero landesherrliche Versicherung dahin ertheilt haben[1]): *dass sie, unter der erneuerten Verpflichtung sich dem Unterricht der Jugend zu widmen, in einem Corps unter dem Namen der Priester des Königlichen Instituts vereinigt bleiben, neue Mitglieder aufzunehmen und solche zu Lehrern und Professoren auszubilden befugt sein sollten; es sollte in dieser Rücksicht dem Institut der ungestörte Besitz der dem vormaligen Orden zugehörigen Güter conservirt und den Membris desselben aus den Revenuen, welche lediglich zu diesem und keinem andern Endzweck ausgesetzt und bestimmt blieben, nebst einer anständigen, gemeinschaftlichen Verpflegung, zugleich auskömmliche Besoldungen angewiesen und versichert werden.* Dieser ausdrücklichen landesherrlichen Versicherung zufolge subsistirt also unter dem Namen des Königlichen Schulen-Instituts in der That noch der wahre ehemalige Eigenthümer, und dieses Institut glaubt auch in dieser Qualität und in Rücksicht auf seine wirkliche Nutzbarkeit noch weit eher als andre, zum Theil für das Publicum ziemlich unnütze Orden und Stifter an der Versicherung Antheil zu haben, welche S. K. M. ohnlängst bei der Landes-Huldigung wegen Aufrechthaltung eines jeden Eigenthums und Gerechtsamen ertheilet haben. Es ist auch dieses Eigenthum seit der mit den Jesuiten vorgegangenen Veränderung jederzeit für unbezweifelt gehalten worden und keine Veränderung mit den Gütern ohne Beistimmung des Instituts vorgenommen worden. Bei diesen Umständen muss ich E. E. gestehen, dass ich mir ein Gewissen daraus

1) Band 5, 157.

machen würde, auf Alienation der dem Institut zugehörigen Güter und Verwendung ihrer Einkünfte zu fremden Gebrauch ohne Vorwissen und Einstimmung der wahren Eigenthümer anzutragen. Auch kommt hierbei in Betracht der wirkliche Nutzen, den das Institut für den Unterricht der sehr zahlreichen katholischen Jugend in diesem Lande hat, da das Institut und dessen im Lande zerstreute Collegien beinahe die einzige Gelegenheit ausmachen, so die Katholiken zum Unterricht ihrer Kinder haben, welche auch noch einer grössern Vollkommenheit und Verbesserung fähig sein würde, die bis zu der durch die Zahlung der Schulden vermehrten Einnahme ausgesetzt werden müssen« . . . 1787 Febr. 8

Hoym. Februar 10. Febr. 10

Concept.

. . . »Zuvörderst bin ich mit E. E. darin völlig einverstanden, dass, ohne diese Güter zu verkaufen und mit gänzlicher Beibehaltung der zeitigen Administration derselben, es eine wahre Unmöglichkeit ist, aus den Revenus derselben diejenige 10 000 Rthlr. aufzubringen, welche zum Behuf der Universitäten nach der Intention Sr. K. M. angewendet werden sollen. Der Grund dieser Unmöglichkeit ist evident; denn die Kosten der Administration, die jährlichen Kosten der auf den Gütern vorfallenden Bauten, Reparaturen, Remissionen und andere dergleichen nothwendige Ausgaben und endlich der jährliche Aussatz zu Abzahlung einer bestimmten Summe der Passiv-Capitalien absorbiren eben den Fonds, der die obgedachten 10 000 Rthlr. sehr leicht fourniren würde, wenn alle diese Kosten erspart werden könnten, und eben auf dieses Verhältniss der Sache gründet sich meine von E. E. angeführte neuerliche Äusserung, dass derjenige von der Sache keine Kenntniss gehabt haben müsse, der die Jesuiter-Güter hiezu in Vorschlag gebracht; denn neben den erwähnten jährlichen Kosten können die verlangten 10 000 Rthlr. aus deren Revenus nicht aufgebracht werden.

»Dagegen aber getraue ich mir die andere Frage, ob der zu resolvirende Verkauf dieser Güter den Fonds zur Aufbringung der besagten 10 000 Rthlr. darreichen würde, mit aller Überzeugung bejahen zu können. Denn (1) fallen, wenn diese Güter verkauft werden, alle obangeführten grossen Kosten der Administration, der Bauten und Reparaturen, der Remissionen u. s. w. völlig hinweg. (2) Ist aus den Rechnungen klar, dass zu der Zeit, als der unaufgehobene Jesuiter-Orden diese Güter selbst bewirthschaftete, solche kaum 28 000 Rthlr. jährlich einbrachten, wogegen selbige nunmehr über 48 000 Rthlr. jährlich eintragen. Wenn also (3) diese Güter, auch nur nach einer mässigen, auf diesen gegenwärtigen, durch die landesherrliche Vorsorge bewirkten höhern Ertrag sich gründenden Taxe verkauft werden sollten, so kann nach Abzug aller Unterhaltungskosten des Instituts und der davon dependirenden Schul-Anstalten auf einen jährlichen Überschuss von 10 000 Rthlr. aus den 5 Procent Zinsen der zu lösenden

1787 Febr. 10 Verkaufs-Capitalien mit aller Sicherheit gerechnet werden: um so mehr da der bekanntermaassen so hoch gestiegene Werth aller Landgüter und so viele vorhandene besitzfähige Kauflustige die gegründete Vermuthung zu einem sehr vortheilhaften Verkauf über die Taxe darbieten. Eine Probe, die man mit einigen dieser Güter in dieser Absicht machen könnte, würde der Sache bald den Ausschlag geben.

»Was die Unterbringung der zu erhaltenden Kaufgelder betrifft, so würde sich meines Erachtens sehr leicht ein Mittel ausfinden lassen, selbige vor aller Gefahr sicher zu stellen: z. B. wenn die Hälfte auf den Gütern zur ersten Hypothek und zu 5 Procent stehen bliebe, die andere Hälfte aber in Pfandbriefen bezahlt würde, die sofort bei dem oberamtlichen Deposito niedergelegt und nach Befinden successive zu 5 Procent auf sichere Hypotheken elocirt würde. Das Schulen-Institut kann dabei ebenso wenig riskiren, als es ungemein viele andere Fundationen giebt, die, ohne einen Fleck liegender Gründe zu besitzen, auf ähnliche Art ihre Capitalien und die Zinsen davon mit gehöriger Vorsicht sicher zu stellen wissen, wogegen der Gutsbesitzer unzählig mehrern Unglücksfällen unterworfen ist als der blosse Capitalist.

»Es würde ferner, wenn der Verkauf resolvirt würde, weder zur Einziehung der Zinsen und sonstigen Gefälle noch zur Aufsicht über die Gebäude die Beibehaltung irgend einer besondern und kostbaren Administration gar nicht nöthig sein. Das Schulen-Institut und jedes Seminarium müssten die ihnen angewiesenen Zinsen selbst erheben und darüber Rechnung führen, und durch die jeden Orts vorhandenen Institute oder Geistliche kann die Aufsicht auf die Gebäude füglich besorgt werden.

»Da, wie es sich von selbst versteht, wenngleich die Güter verkauft würden, das Schulen-Institut, die Seminarien und alle übrige davon relevirende Schul-Anstalten in ihrer ganzen Wesenheit und Verfassung unverändert bestehen bleiben, auch ihnen das wahre Eigenthum der aus den zu verkaufenden Gütern zu erhaltenden Capitalien, soviel davon nach Bezahlung der Schulden übrig bleibt, unverrückt gelassen wird, so ist auch von dieser Seite kein Grund vorhanden, der der Veräusserung der Güter obstiren könnte.

»Wenn ferner erwogen wird, dass der Überschuss von 10 000 Rthlr. zum Besten der Universitäten, einfolglich zum Behuf des Unterrichts der Jugend verwendet werden soll und dass alle Katholiken (die Theologen ausgenommen), die sich den akademischen Studiis widmen, und insonderheit die, welche sich zu Ämtern qualificirt machen wollen, wie bekannt und sogar gesetzlich verordnet ist, auf jenen Universitäten studiren und alle akademischen Beneficia derselben zu geniessen haben: so ist meines Dafürhaltens nicht abzusehen, mit was für einem Grunde sich behaupten lasse, dass der zu verwendende Überschuss von 10 000 Rthlr. zu einem dem Schulen-Institut so ganz fremden, d. i. zu einem von seinem Endzweck

völlig abweichenden Behuf verwendet werden wolle. Wollten sich die Jesuiten über die Verwendung der Gelder beklagen, so würden sie es doch wohl nicht mit mehrerem Recht thun können als andere Stifter und Klöster, welche Pensiones geben müssen und welche Sr. Maj. die Befugniss dazu niemals contestirt haben. 1787 Febr. 10

»Am allerwenigsten kann jetzt schon die Beschwerde entstehen, dass der Verkauf der Güter wider den Willen des Eigenthümers geschieht. Denn S. K. M. haben diesen Verkauf noch nicht resolvirt, und es ist gar nicht daran zu zweifeln, dass Allerhöchstdieselben, wenn Sie solchen resolviren sollten, die Einwilligung des Eigenthümers dazu ganz gewiss erfordern lassen werden. Auch ist mit völliger Gewissheit vorauszusehen, dass der klügere, der einsichtsfähigere und von capricieusen Vorurtheilen unbefangene Theil der Mitglieder des Instituts diese Einwilligung dem landesväterlich für sie sorgenden Souverain nicht versagen werden, sobald ihnen klar und deutlich vor Augen gelegt werden wird, dass das Institut und kein einziges Individuum desselben nicht nur durch den Verkauf der Güter nichts leidet, sondern vielmehr der besagte Überschuss von 10 000 Rthlr. mit zum wahren Besten der katholischen Jugend auf Akademien verwendet, hiernächst aber in allen Rücksichten das Beste des Landes dadurch befördert wird, wenn so ansehnliche Besitzungen der todten Hand entzogen werden. Dieses letztere ist, wie ich nicht zweifle, der Grund gewesen, warum E. E. selbst nicht nur des Hochseligen Königs Majestät, sondern auch Sr. jetzt regierenden Kön. Majestät, wie ich solches aus dem eigenen Munde beider Majestäten zuverlässig weiss, gelegenheitlich geäussert haben, dass allerdings der Verkauf der Jesuiter-Güter anzurathen sei. Indem ich in diesem von E. E. selbst geäusserten Sentiment den erleuchteten Ministre erkenne, so halte mich von Dero Art zu denken überzeugt, dass Dieselben dabei allerdings vorausgesetzt haben, dass zu dieser Veräusserung die Einwilligung des Instituts nöthig sei. Da nun solche, wie ich schon zu erwähnen die Ehre gehabt, auf den Fall, wenn S. K. M. den Verkauf zu resolviren befinden sollten, gewiss erfordert werden wird, so kann ich meinerseits ebenso wie E. E. die Entschliessungen, die S. M. deshalb zu fassen geruhen möchten, mit sehr ruhigem Gewissen erwarten.«

48.[1]) **Bericht des Geheimen Raths Dohm.** Köln 1787 Februar 9. Febr. 9

R. 34. 52. B. Mundum.

Die Ems er Beschlüsse. Unterredung mit dem kurkölnischen Minister Waldenfels. Haltung des Kaisers.

»Der kaiserliche Gesandte in diesem Kreise Graf v. Metternich-Winneburg hat mir unter dem 4. *c.* . . . . die in den neulich eingesandten *Resul-*

---

1) Beantwortet am 21. Februar.

1787 Febr. 9 *taten des Emser Congresses*[1]) bereits gedruckte vorläufige Antwort Sr. Kais. M. an die vier Erzbischöfe Deutschlands, die Herstellung und Erweiterung der bischöflichen Rechte betreffend, zugeschickt.[2]) Da in dieser Antwort den Erzbischöfen angerathen ist, auch mit den weltlichen Reichsständen, in deren Lande sich die bischöflichen Sprengel erstrecken, über diese Angelegenheiten sich zu vereinigen, so hat diese Communication von Seiten des kaiserlichen Gesandten ohne Zweifel die Beförderung eines solchen Einverständnisses zum Endzweck und beruhet in Absicht E. K. M. auf der unrichtigen Voraussetzung, dass Allerhöchstdero clev-märkische Lande zu der Diöcese des Erzstifts Cölln gehörten. Ich habe indess bedenklich gefunden, hierüber vor itzt gegen den Graf v. Metternich in einige Erklärung hineinzugehen, vielmehr am rathsamsten gehalten, bis zu Eingang E. K. M. Verhaltungsbefehle den Grund dieser Communication zu ignoriren . . .

»Ob ich indess dem Graf Metternich (wie es mir allerdings nöthig scheint) bemerklich machen soll, dass E. K. M. bei den vorhabenden Diöcesan-Veränderungen in Absicht Allerhöchstdero zu keinem bischöflichen Sprengel gehörenden clev-märkischen Lande nicht interessiret wären, oder wie ich mich sonst deshalb zu äussern habe, darüber muss ich mir Allerhöchstdero Befehle . . . erbitten.

»Da ich mich wegen der Venloischen Post-Sache verschiedene Tage in Bonn aufgehalten, so hat der kurcöllnische Minister v. Waldenfels sich sehr viel Mühe gegeben, mich von der Billigkeit des Plans, die Bischöfe in ihre alten Rechte wieder einzusetzen, und auch von der Wichtigkeit der Ausführung desselben für die protestantischen Reichsstände zu überzeugen. Er äusserte mir besonders, wie der Kurfürst nichts mehr wünsche[3]), als hierüber mit E. K. M. ein für beiderseitige Lande heilsames Einverständniss zu treffen, weshalb er auch noch schriftlich mir weitere Anträge thun und zeigen würde, wie sehr auch E. K. M. Unterthanen durch Annehmung des zu Ems verabredeten Systems gewinnen müssten, welche itzt jährlich mehr Geld, als bekannt sei, nach Rom für Dispensationen und andere geistliche Bedürfnisse versendeten; ein Missbrauch, welcher künftig ganz wegfallen könnte, da man von Seiten des Erzbischofs so uneigennützig dächte, dass man nie etwas mehr als sehr geringe Expeditions-Gebühren fordern und gewiss eine Dispensation, die in Rom viele 100 Rthlr. kostete, hier vor 10 Rthlr. ertheilen würde.

»Ohne mich über diese Details auf eine oder andere Weise zu erklären, begnügte ich mich, dem *p.* v. Waldenfels zu bezeugen, wie bei völligem Abgang einiger Instruction über diese Angelegenheit ich nach

---

1) *Frankfurt und Leipzig 1787.*

2) Wien 16. November 1786; a. a. O. S. 60 ff.

3) Johann Christian Josef Freiherr v. W., Geheimer Staats-Conferenz-Rath.

meiner Privat-Einsicht nicht anders urtheilen könnte, als dass E. K. M. an dem über die päpstliche und bischöfliche Gerechtsame erregtem Streit um so weniger einen Antheil nehmen könnten, da Allerhöchstdero clevmärkische Lande kraft alter wohlerworbener Rechte einer kirchlichen Unabhängigkeit genössen und in denselben eben so wenig einem fremden Bischofe als dem von E. K. M. nie anerkannten Nuntius einige Gerichtsbarkeit zustände und, was Dispensationen beträfe, E. K. M. die Gewissensfreiheit Höchstdero katholischer Unterthanen ohne Zweifel ferner auf dem bisherigen Fuss ungekränkt erhalten würden. 1787 Febr. 9

»Der *p.* v. Waldenfels wollte nun zwar die erwähnte Unabhängigkeit der cleve-märkischen Lande von allen Diöcesan-Rechten als nach dem hierarchischen System der römischen Kirche ganz unmöglich ansehen und die Erstreckung des cöllnischen Sprengels auch über diese Lande als eine ausgemachte Sache behaupten; wie ich ihm aber hierunter standhaft widersprach, so äusserte er nur, er hoffe zuverlässig, dass man nach näherer Zusammentretung sich gewiss zu beiderseitigem Vortheil auf eine oder andere Art vereinigen würde. Worauf ich antwortete, wie ich seine nähere Eröffnungen erwarten und davon meinen Bericht zu erstatten nicht ermangeln würde, im Voraus aber versichert wäre, dass E. K. M. in allen Fällen den freundnachbarlichen Gesinnungen Sr. Kurf. D. in gleicher Art und, so weit es nur mit Höchstdero Würde und Gerechtsame vereinbar wäre, entgegenkommen würden.

»Übrigens habe ich aus den Gesprächen des v. Waldenfels sehr gut abnehmen können, dass man mit den Gesinnungen des Kurfürsten von Mainz nicht wohl einverstanden und auch mit dem Benehmen des Kaisers keineswegs zufrieden ist, der allem Vermuthen nach zu einer weit lebhaftern Unterstützung Hoffnung gemacht hat, als durch das letztere Antwortschreiben bewiesen ist. Ich weiss zuverlässig, dass der Kurfürst von Cölln hierüber sich sehr stark und sogar dahin geäussert hat, wie er, wenn der Kaiser seinen Beistand bei den behaupteten Gerechtsamen versagen wolle, denselben schon durch den deutschen Fürstenbund zu finden hoffe, woran ihn keine persönliche Rücksicht verhindern solle.

»Das kaiserliche Reichs-Ministerium sowie der grössere Theil des Reichs-Hof-Raths sollen ganz römisch gesinnt sein, daher man sich von der einer Deputation dieses Reichs-Gerichts aufgegebenen Untersuchung über die Gerechtsame der Nuntien in Bonn eben nicht sehr viel Hoffnung macht.«

---

49. Das Auswärtige Departement an den Etats-Minister Zedlitz. Berlin 1787 Februar 9.

R. 7. B. 20. C. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Verhandlung mit den westpreussischen Bischöfen wegen der Feiertage.

Bezugnahme auf den Bericht der westpreussischen Regierung vom 11. Januar. »Da jetzo drei Bischöfe, von Ermland, Culm und Cujawien,

1787 Febr. 9 hier sind und sich zu Allem, was von ihnen in Ansehung der Feiertage verlanget wird, zu bequemen bereitwillig erkläret haben, so dürfte es wohl am rathsamsten sein, wenn E. E. mit uns und mit den drei Bischöfen in einem Tage, welches für uns am künftigen Dienstage [1]) am bequemsten wäre, auf dem Staatsrath, etwa um 11 Uhr, zusammenzukommen und das Nöthige zu verabreden gefällig sein möchte. Wir communiciren zugleich E. E. zur beliebigen Mitzeichnung im Concept und Mundis ein Promemoria von den Proponendis für jeden Bischof, welches ihnen sodenn zugefertiget werden könnte.«

Febr. 10 **50.[2]) Ministerial-Erlasse an den Agenten Ciofani in Rom.** Berlin 1787 Februar 10.

R. 46. B. 122. A. Concepte, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Der Papst soll die Bischöfe zu Ehe-Dispensen in den verbotenen Graden ermächtigen.

»Les dispenses de mariage entre ceux qui sont parents ou alliés en un degré prohibé, ne s'accordant dans l'église romaine que par le pape, mes sujets en souffrent beaucoup et en éprouvent de grands inconvénients. L'éloignement, où ils sont du St.-Siége, en retarde beaucoup la concession

---

1) 13. Februar.

Jan. 29 2) Die Anregung zu diesen Erlassen ging von dem Geistlichen Departement aus. Dieses schrieb am 29. Januar an das Auswärtige Departement (Concept, geschrieben von Kluge, gezeichnet von Zedlitz): »Nun scheinet es, dass man nach dem Beispiel anderer Fürsten wohl fundirt sei, dem Hofe zu Rom anzusinnen, die Dispensation *in gradibus prohibitis generaliter* dem Diöcesano zu überlassen, und ich halte nicht dafür, dass diesem der stipulirte *status quo religionis* entgegengesetzt werden könne, als wobei gewiss nicht die Absicht gewesen, die römische Datarie bei ihren Missbräuchen und enormen Taxen zu manuteniren.«

Febr. 10 Das Auswärtige Departement antwortete (Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg): »Diese Dispensationen in verbotenen Ehe- und Verwandtschafts-Graden stehen ursprünglich den Erzbischöfen und Bischöfen in ihren Kirchensprengeln und Bezirken zu. Die Päpste behielten sich allgemählich die nächste Grade, die erlauchte und edle Personen und die Reichen vor, ertheilten aber den Metropolitanen und Diöcesanen auf eingeschränkte Zeiten die Erlaubniss, in gewissen und entfernteren Graden geringen und dürftigen Leuten Dispensationen zu ertheilen. Das Tridentische Concilium untersaget alle Gebühren und Taxen für solche Dispensationen und will, dass sie unentgeltlich ertheilet werden. Der römische Hof, seine Cancellei und Datarie hat von je her unleidliche Erpressungen hierin ausgeübet und der deutschen Nation mehrmalige Beschwerden dadurch abgenöthiget. Der Kaiser hat alle päpstlichen Dispensationen abgeschafft und untersaget und die Erz- und Bischöfe seiner Erbstaaten wieder in das Recht, solche zu ertheilen, hergestellt. Die vier deutsche Primaten und Metropolitanen haben in den Schlüssen der im vorigen Jahre zu Ems gehaltenen Versammlung ebenfalls festgesetzet, dass ihnen und den Bischöfen in

et l'expédition, rend difficiles les recherches, qu'elles exigent, les fait souvent refuser et échouer, faute des connaissances locales et individuelles. La Daterie, attentive aux intérêts de la chambre apostolique, ne manque pas de charger les suppliants et impétrants de taxes excessives et d'exiger d'eux l'état de leurs facultés et moyens, pour y proportionner les droits et les épices. Je ne saurais conniver aux exactions, dont mes sujets sont foulés, aux retardements, auxquels ils sont exposés, ni aux difficultés, qu'ils essuient en voulant obtenir ces dispenses. Je leur dois cette protection, qu'ils me demandent, et ce soin de leur procurer plus de facilités dans une affaire si intéressante. Il y a un moyen de remédier aux inconvénients, qui résultent de l'usage d'obtenir ces dispenses à Rome. Ce moyen et expédient ne trouble pas les consciences, ne donne aucune atteinte à l'autorité du St.-Siége, ne cause aucun dérangement dans la discipline de l'Église. Il consiste à donner et accorder aux évêques de mes États et à leurs officiaux un indult perpétuel et permanent ou le pouvoir sans réserve ou restrictions d'accorder toutes les dispenses de parenté pour mariage à mes sujets de la communion romaine. Je vous ordonne d'en faire de ma part au pape la proposition et la demande, en l'assurant de la pureté de mes intentions et de la droiture de mes vues. Le pontife peut donner aux évêques ce pouvoir *ex potestate delegata*, comme à ses délégués perpétuels; il ne saurait me refuser cette preuve de déférence; l'usage de donner de pareils indults, l'ancienne discipline et le concile de Trente autorisent ma demande. Les canons ordonnent d'accorder ces dispenses gratuitement, et plusieurs souverains catholiques n'ont pas hésité d'attribuer, sans consulter le pape, aux évêques de leurs États le droit exclusif de les donner. Comme cela se fait actuellement par l'Empereur et par les archevêques d'Allemagne, je pourrais suivre leur exemple; mais je ne veux pas encore le faire, je propose plutôt au pape cet expédient, par lequel il peut s'arranger avec moi de bonne grâce et en conservant son autorité. J'attends le plus tôt qu'il est possible votre rapport du succès de cette démarche, et vous ne perdrez un moment à me rendre compte de l'impression, qu'elle a faite sur la cour, où vous êtes.« 1787 Febr. 10

---

ihren Diöcesen dieses Recht zukomme, ohne päpstlicher Vergünstigungen oder Indulte zu bedürfen. Die darüber entstandene Streitigkeiten mit dem anmaasslichen päpstlichen Nuntio zu Cölln sind bekannt. Es ist noch ungewiss, ob die Bischöfe des Reichs ihnen beitreten werden.

»S. K. M. könnten vermöge Dero obersten Gewalt und nach dem Beispiele des Kaisers ebenfalls verfügen, dass die Bischöfe in Dero Staaten diese Dispensationen ertheilen und dass solche nicht mehr zu Rom gesuchet werden sollen. Man würde solches als eine Beeinträchtigung des durch die Friedens- und Cessions-Tractaten festgestellten und versicherten Religions-Wesens nicht ansehen können. Wir halten aber ebenfalls dafür, dass es vor der Hand am rathsamsten sei, dem Papste anzusinnen, den Bischöfen die Dispensationen in den königlichen Landen zu übertragen.«

1787 Febr. 10 »Le conseiller Max, domicilié en Silésie, dans le diocèse de Breslau, voulant épouser la soeur de sa femme défunte, Charlotte Causch, fille pauvre et sans dot, mais propre à l'éducation des enfants du premier lit, demande dispense de parenté au pape par l'entremise de l'officialité de Breslau. Au lieu de l'obtenir avec facilité et à prix modique, la Daterie de Rome exigea d'abord de lui un état de ses biens et facultés et après, pour s'en rédimer, une taxe exorbitante. Comme celle-ci excède ses facultés et paraît n'être proportionnée ni au degré d'affinité, dont il demande la dispense, ni à l'état du suppliant et de ses moyens, je ne saurais lui refuser mon intervention, pour le mettre à couvert d'une pareille exaction et pour accélérer la dispense, dont le retardement lui attire plusieurs inconvénients, menaçant en outre la pauvre fille de la rupture de ses fiançailles et de la perte de sa fortune. Je vous ordonne en conséquence de faire de ma part des représentations là, où il appartient, afin qu'il plaise au pape d'autoriser l'official de Breslau à accorder cette dispense sans délai et à une taxe modique.«

Dec. Im December 1787 schickte Ciofani die päpstliche Dispensation ein.

---

vor Febr. 11 **51. Eingabe der katholischen Geistlichkeit in Ermland.** Ohne Datum und Unterschrift.

R. 7. B. 23. Mundum. Bei Zedlitz am 11. Februar 1787 eingegangen.

Bitten um freie Übung ihrer Religion und Anerkennung ihrer Rechte.

»Desideria cleri, ecclesiae et dioecesis Varmiensis, quibus alleviationem onerum cum libero exercitio catholicae religionis tum iuribus suis minime cohaerentium a clementia S^ae^ R^ae^ M^tes^ et Domini sui clementissimi in devotissima animi subiectione exposcunt.

»Et clementia in suos subditos regis et iustitia Maiestatis exposcunt, ut iuribus maiestaticis aequaliter subiecti catholici cum acatholicis, favoribus et privilegiis formiter [1]) ad principia suarum religionum aequaliter gaudeant, eo magis quod faustae recordationis Fridericus Magnus, rex huius nominis III.[2]) in limine occupationis episcopatus per literas suas patentes[3]) religionem catholicam ceterosque ritus, usus et consuetudines cum eadem cohaerentes in statu quo conservare et protegere clementissime promiserit. Verum quod nec exspectationi regiae nec spei Catholicorum eventus promissorum hucusque responderit, sequentia abunde indicant. Et quidem

»1mo sunt plurima loca, uti Memella[4]), Tylza[5]), tum etiam alia limitibus antiquae Borussiae adiacentia, in quibus parochis aliisque ministris catholicis non licet sacramenta ministrare suis Catholicis, nisi

---

1) recte, secundum legem. 2) So. 3) Band 4, 454. 457. 4) Memel. 5) Tilsit.

1787 vor Febr. 11

prius petita et obtenta ad id venia parochi localis diversae religionis; tametsi in pluribus oppidis episcopatus Varmiensis, ubi Catholici cum Acatholicis mixtim vivunt, vocati ex vicinia diversae religionis parochi sine scitu et referentia, multo minus licentia archipresbyterorum et parochorum localium sine solutione iurium stolae professoribus suae religionis sacra ministrent. Et, quod magis,

»2do iidem diversae religionis parochi, si quem Catholicum in oppido vel pago parochiae eorum subiectis mori contigerit, etiam transeuntem duntaxat et peregrinantem (uti hoc anno discedenti Regiomontum curandae valetudinis causa generoso de Melitz vita functo in Schipenbeil accidit), neque cadaver de loco obitus efferri neque ad ecclesiam catholicam pro sepultura deportari permittunt, nisi prius solutis ad assem aut saltem stipulatis sepulturae iuribus, cum e contra archipresbyteri et parochi in episcopatu Varmiensi similia a similibus eventibus praetendere vel exigere prohibeantur et interdicantur.

»3^tio Non infrequenter accidit, praecipue in iis locis episcopatus Varmiensis, ubi regimina militaria in praesidiis locata sunt, quod matrimonia catholicorum militum apud capellanum militarem campestrem sine scitu parochi proprii contrahentium celebrentur et, licet pars utraque catholica vel alterutra earum impedimento dirimente laborent, non attenta reclamationeproprii parochi contrahentium impedimentum huiusmodi denuntiantis, a praedictis capellanis militaribus campestribus ad celebrandum contractum matrimonialem admittuntur, imo quandoque et adiguntur.

»4to Incommodum maximum conscientiis Catholicorum imponitur ex cognitione causarum matrimonialium ad divortium quoad vinculum inter partes diversae religionis in consistoriis acatholicis ventilari solita. Pars enim catholica in acatholico consistorio divortiata praetendit quandoque transitum ad alia vota, dumque apud catholicum consistorium ob coniecturam probabilem vel etiam evidentiam inidoneae secundum principia Catholicorum ad divortium causae repulsam patitur, obstinata malitia nihilominus ad secundas nuptias nulliter transit, et postea susceptis iam liberis, stimulis conscientiae adacta, neque priorem coniugem ad cohabitandum sibi cogere potest neque posteriori convivere licite valideque valet. Quod cum neque conscientiis salutare neque rationi matrimonii consonum neque denique politico statui conveniens sit, praestantior malo huic medela alia provideri nequit, quam si causae matrimoniales partium etiam disparis religionis a iudice ecclesiastico catholico cognoscantur.

»5to Gravatur etiam clerus catholicus missionibus apud regimina militaria exercendis, dum nonnulli eorum ad ministranda sacra catholicis militibus vocati, ad quatuor et quinque milliaria propriis equis et impensis vecti, absque minima itineris et victus compensatione obsequiis his defungi debeunt.

»6to Ob commendatam a concilio Tridentino episcopis super piis le-

1787 vor Febr. 11 gatis vigilantiam tum ecclesiarum parochorumque decedentium inventariis, convenientissimum foret, si testamenta clericorum in curia episcopali ad normam dioecesis Vratislaviensis approbentur et executioni debitae mandentur, salva nihilominus communicatione testamenti in copia magistratui saeculari ad comprobandum nihil legibus regni per legata summam 500 talarorum non excedentia derogari[1]).

»7mo Scholae triviales in pagis plurimis huius dioecesis desiderantur.

»8vo Reparationes et conservationes aedium parochialium, capellanorum et ludi magistrorum, ubi iam scholae ab antiquo exstant, ad quas parochiani respectivi ex usu et consuetudine antiquissima tenentur, in tantum neglectum abeunt, ut parochi, capellani et ludi magistri plurimis in locis sine magno incommodo suo habitare nequeant et, licet necessarium auxilium a respectivis magistratibus imploraverint, precibus tamen eorum nondum satisfactum est.«

Febr. 12 **52. Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Departement und dem Cabinet.** Berlin 1787 Februar 12.

R. 9. Z. Z.

Beglaubigungsschreiben und Gehalt für den Residenten Ciofani.

Das Auswärtige Departement.

Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

»L'abbé Ciofani a fait depuis 24 ans la fonction d'agent du feu roi à la cour de Rome avec autant de succès que de zèle, sans avoir jamais eu aucune pension ni remboursement du port de lettres ni autre récompense que celle d'une prébende, que le feu roi lui a conférée une fois à Aix-la-Chapelle et qu'il a vendue. Cet agent a beaucoup à faire à Rome, tant pour les affaires de la cour que pour celles du grand nombre des sujets catholiques et surtout des évêques et des couvents, qui ont sans cesse quelque dispense, bénéfice ou autre grâce à solliciter auprès de la cour de Rome. Nous devons actuellement selon les ordres de V. M. charger l'abbé Ciofani de solliciter le titre d'un évêque *in partibus* pour le futur coadjuteur de Breslau, le prince de Hohenlohe[2]). D'après un concert pris avec le ministre d'État de Zedlitz et les évêques, qui se trouvent actuellement ici, nous sommes obligés de charger l'abbé Ciofani de demander à la cour de Rome l'abolition de quelques fêtes superflues[3]) et principalement que le pape donne aux évêques dans les États de V. M. les pouvoirs de dispenser dans les cas des mariages prohibés, que la cour de Rome s'est réservés jusqu'ici et a tiré à ce titre beaucoup d'argent des sujets catholiques prussiens[4]). V. M. verra aussi par le rapport ci-joint[5]) de l'agent Ciofani, qu'il a obtenu à la fin, que le pape Lui a reconnu le titre de roi de Prusse, que les

---

1) S. Band 3, 381. 2) S. No. 46. 3) S. No. 60. 4) S. No. 50.
5) S. unter dem 20. December 1786.

pontifes précédents ont toujours refusé, et qu'il a fait mettre ce titre royal dans l'almanach de Rome, au lieu de celui de *marchese di Brandenburgo*. Le sieur Ciofani supplie par conséquent V. M. dans le rapport ci-joint pour cause des services rendus jusqu'ici et encore à rendre et pour les frais considérables, que sa charge d'agent lui cause, que V. M. veuille non seulement lui faire expédier de nouvelles lettres de créance de résident et de chargé d'affaires, mais aussi une pension médiocre pour pouvoir subvenir à ses dépenses indispensables. 1787 Febr. 12

»Comme nous ne doutons pas, que V. M. voudra lui accorder une pareille lettre patente et de créance, qu'il demande et dont il a besoin, nous l'avons fait expédier et nous la présentons à Sa gracieuse approbation et signature, et comme nous ne pouvons que témoigner, que le sieur Ciofani mérite pour ses peines et frais extraordinaires et pour les bons services, qu'il a rendus et sera obligé de continuer, une pension proportionnée, nous prenons la liberté de proposer à V. M., que nous puissions mettre pour lui sur l'état futur de la caisse de legation une pension annuelle de 1000 écus à prendre depuis la trinité[1]) future de l'augmentation de cette caisse, que V. M. nous a fait espérer« . . .

Cabinets-Befehl.

Geschrieben von Laspeyres.

Einverstanden.

---

53. Literae patentes et credentiales pro abbate Ciofani, ut residente et negotiorum gestore regis Borussiae in aula Romana. Berlin 1787 Februar 12.

R. 9. Z. Z. Concept *ad contrasignandum*, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

»Fridericus Guilielmus Dei gratia Borussiae rex (*tot. tit.*) salutem omnibus hasce visuris. Cum abbas Ciofani XXIV abhinc annis negotia avunculi et praedecessoris Nostri regii in aula Romana cum laude gesserit, Nos iure hereditario in solium regni Borussiae evecti, confidentes probatae Nobis prudentiae et dexteritati nec non insigni zelo dicti abbatis Ciofani et hinc eum in praefato munere conservare volentes, constituimus eum hisce residentem et negotiorum Nostrorum gestorem in aula Romana; conferimus ei plenum Nostrum mandatum omnemque potestatem, qua opus habere poterit ad tractanda et perficienda negotia Nostra et subditorum Nostrorum in alte memorata curia Romana; rogamus quoque et requirimus hisce supremum ecclesiae Romanae pontificem nec non ministros eius, velint abbatem Ciofani tamquam residentem et negotiorum gestorem Nostrum agnoscere et benevole admittere; fidem ei in omnibus, quae Nostro nomine proponere poterit,

---

1) Das preussische Etatsjahr begann mit dem 1. Juni.

1787 Febr. 12 praebere plenam; negotia Nostra cum eo tractare et talia semper ei dare responsa, quae utilitati utriusque partis et praecipue rebus et rationibus subditorum Nostrorum Romanae fidei addictorum congrua et proficua sunt. In horum omnium fidem literas hasce patentes propria manu subscripsimus et sigillo Nostro regio firmari iussimus.«

---

vor Febr. 13 **54. Des Grafen v. Hohenzollern, Bischofs von Kulm, »Observations générales concernant les diocèses de la Prusse occidentale.«** Ohne Datum und Unterschrift.

R. 7. B. 23. Mundum, geschrieben vom Kanzlisten des Bischofs von Kulm. Trägt von Zedlitz' Hand zwei Vermerke: *Praesentatum 18. Feb. 87 ab episcopis Varmiensi, Culmensi et Pomeraniae* und: *In der mit den Herrn Bischöfen am 18. Februar wegen Transferirung der in die Saat- und Erntezeit fallenden Feste gehaltenen Conferenz ward den Herrn Ministres des Auswärtigen Departements von dieser Note ebenfalls ein Exemplar zugestellt.*

Wünsche der westpreussischen Bischöfe.

»Les États les mieux ordonnés reconnaissent l'avantage et la nécessité de soumettre la doctrine et les mœurs aux soins des évêques, et ils doivent être gênés le moins possible dans ce ministère.

»C'est en reconnaissant cette vérité que le feu roi Frédéric II. de glorieuse mémoire confia par le paraphe IV. No. 11 de son instruction pour la régence de la Prusse occidentale[1]) tant aux évêques qu'à leurs consistoires l'administration de la juridiction ecclésiastique, selon les principes de leur religion.

»Cette disposition de la loi du monarque, fondée sur la raison et sur un usage aussi ancien que la religion, n'ayant eu d'exécution qu'en partie, ayant même souffert des atteintes, dangereuses à la subordination des clercs envers leurs évêques, au bon ordre qui en doit résulter, le peuple fut témoin de scandales, où il n'attendait qu'édification. Les évêques et leurs officiaux ne purent contenir que les bons sujets, et quoiqu'on veuille presque toujours les rendre responsables de la bonne ou mauvaise conduite de leur clergé, ils furent hors d'état de contenir les récalcitrants.

»Cette espèce de désordre n'ayant sans doute d'autre source que dans le doute, où l'on est sur l'étendue et les bornes de la juridiction épiscopale, il serait, à mon avis, indispensable, pour éviter toute mésintelligence à l'avenir, de fixer les articles suivants:

»1° Que les inquisitions et décrets contre les clercs, en cas de fautes commises contre la doctrine et les mœurs, seraient entièrement abandonnés aux évêques et à leurs consistoires. Mais

»2° s'il résultait, que le clerc se fut rendu coupable de quelque crime, que ce ne serait qu'alors qu'il serait remis par l'évêque au bras séculier.

---

1) Band 4, 544.

»3° Qu'en cas de décès d'un clerc, le doyen ou tel autre ecclé- 1787 vor
siastique, nommé à cet effet par l'évêque ou son consistoire, ait le droit Febr. 13
d'assister à l'inventaire de la succession du défunt, afin d'y distinguer ce qui appartiendrait à l'église d'avec ce qui ferait partie de la succession, afin de déterminer les obligations, que le décédé aurait laissé à remplir tant en devoirs ecclésiastiques que réparations de bâtiments là, où il y aurait été obligé.

»4° Que malgré le droit des clercs séculiers de disposer de la totalité de leurs biens, l'évêque put, en cas d'omission du séminaire dans le testament du clerc décédé, déterminer une somme proportionnée à la succession en faveur de cet institut et de même en cas que le clerc vînt à mourir *ab intestat*. Ce point est d'autant plus juste que, chaque clerc ayant joui dans le séminaire d'une éducation gratuite, la reconnaissance veut, qu'il lui fasse une espèce de restitution sur les épargnes provenues de bénéfices ecclésiastiques.

»5° Sa Majesté ayant aussi, à l'exception des droits d'étole[1]), conservé et confirmé aux clercs catholiques tous les revenus, dont ils jouissaient précédemment, tant sur les Protestants que sur les Catholiques, tels que la dîme, les calendes et autres droits réels, et quelques-uns leur refusant, ces droits, les curés se voient entraînés dans des procès coûteux (que la perte des droits d'étole ne leur permet pas de soutenir, sans se ruiner), pour jouir de droits, que leur souverain leur a conservés. Il serait donc suffisant pour leur assurer ces revenus (sans lesquels ils ne sauraient subsister), qu'en cas de refus de la part du contribuable, la seule plainte du curé auprès du juge ordinaire pût opérer l'exécution.

»6° La difficulté d'obtenir le congé des sujets, qui se destinent à l'état ecclésiastique[2]), les ont rendus si rares, que l'on a jusqu'à présent été contraint d'en faire venir de la Pologne. Pour remédier à ce défaut, il devrait être statué, qu'on en accorderait annuellement 5 à l'évêque de Warmie, autant à celui de Cujavie, autant à celui de Culm, autant à l'archevêque de Gnesne et 2 ou 3 aux évêques de Posen et de Plock à leur choix respectif et sur un certificat du chef de l'institut littéraire des ci-devant Jésuites, pour éviter le placement de jeunes gens éduqués au delà des limites du royaume.

»7° Cependant, pour ne pas exposer les sujets catholiques de S. M. à manquer de pasteurs et pour remplir ses vues, qui tendent à ne vouloir pour curés ni étrangers ni gens éduqués hors de ses États, il est indispensable d'établir un séminaire général, où chaque évêque de diocèse mixte aurait le droit d'envoyer une quantité de clercs proportionnée à ses besoins. Mgr l'archevêque de Gnesne a déjà offert à cette fin la sécularisation des chanoines réguliers de Wisoka et l'emploi de leurs revenus.

1) S. Band 4, 501. 2) S. Band 4, 584 f.

1787 vor Febr. 13 Mgrs les autres évêques mixtes prêteront sans doute aussi les mains, pour réaliser cet établissement et déterminer les revenus, qui y seront voués; mais vu l'absence de ces prélats et par conséquent la difficulté de réunir leurs suffrages à cet égard, je pense, que le plus sûr moyen, pour terminer cette affaire si essentielle et la porter à son but d'une manière unanime et contradictoire, serait d'engager Mgrs les évêques mixtes de nommer chacun un plénipotentiaire à cet égard, qui, de concert avec un député de la régence et le chef de l'institut des ci-devant Jésuites ou son chargé de pouvoirs, formeraient une commission, qui déterminerait le tout.

»8° Conformément au désir communiqué par la régence de la Prusse occidentale, il serait fort possible de transférer la fête du patron des diocèses, qui tombe dans le fort des travaux de la campagne, au dimanche suivant, telle que la St. Laurent pour le diocèse de Culm, et ainsi de la fête des patrons de chaque paroisse en particulier; mais il faut en faire la demande à la cour de Rome, qui seule peut ordonner cette translation.

»9° Les ordonnances du roi ayant fixé à l'âge de 14 ans l'époque, où il serait permis à chaque individu de se déclarer pour telle ou telle religion, protestante ou catholique[1]), toute démarche ou expression contraire, de la part de qui que ce soit, doit cesser; car toute loi doit être immuable, réciproque et fonder la conduite autant que la confiance du sujet.

»10° Les évêques ont de tout temps joui seuls du droit de se faire rendre un compte sur l'administration des revenus de leurs églises; ils sont ceux qui ont le plus d'intérêt à leur conservation, et la loi en a fait une partie principale de leur juridiction. Conservés dans celle-ci par une promesse solennelle du monarque, la régence n'a aucun droit d'y déroger sans une révocation aussi publique du souverain; c'est donc à tort que ce tribunal exige des comptes de chaque curé, qui ne les doit qu'à son évêque. Il est donc fondé sur la justice, les lois et la confiance, qu'on doit aux évêques à cet égard, de faire cesser cette prétention, d'ailleurs coûteuse, puisque chaque curé est obligé de contribuer à l'entretien des calculateurs, tandis que l'évêque fait cette révision à titre d'office.«

Febr. 13 **55. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hertzberg.** Berlin 1787 Februar 13.

R. 96. 147. B. Mundum.

Aufträge für Ciofani. Coadjutor von Breslau, Ehe-Dispense, Verminderung der katholischen Feste. Berathung mit den Bischöfen. Voraussichtlicher Nutzen der Verbindung mit Rom.

. . . »J'ose présenter encore à l'approbation et à la signature de V. M. deux dépêches[2]) pour l'abbé Ciofani à Rome, auquel Elle vient d'accorder

1) S. Band 5, 266. 2) S. No. 50 u. 58.

le titre de Son résident et chargé d'affaires. Le comte de Finckenstein signera ensuite ces dépêches avec moi, le temps ne l'ayant pas permis ce matin, pour que je puisse obtenir la signature de V. M. Elle verra par le contenu de ces dépêches, qu'elles sont utiles et nécessaires pour le futur coadjuteur de Breslau et pour avoir le consentement du pape pour la dispense des mariages prohibés et pour la diminution des fêtes catholiques[1]). Pour préparer ces matières, nous tenons aujourd'hui une conférence au conseil d'État avec les trois évêques, qui sont actuellement ici[2]). 1787 Febr. 13

»V. M. pourra aussi Se servir utilement de ces nouvelles liaisons avec la cour de Rome, pour empêcher le divorce de l'électeur palatin avec l'électrice[3]), pour borner l'influence de l'empereur auprès du clergé catholique en Allemagne et pour partager ainsi de plus en plus son autorité impériale et devenir son anti-césar, comme il appelait le feu roi.

»V. M. aura bien la bonté de me renvoyer de bonne heure ces dépêches avec Sa signature.«

---

56. Conferenz-Protokoll. Berlin 1787 Februar 13.

R. 7. B. 20. C. Geschrieben und gezeichnet von Siebmann.

Einschränkung der Feiertage und Ehe-Dispense in Westpreussen.

»*Praesentes:* S. E. der königliche Etats- und Cabinets-Minister Herr Graf v. Finckenstein; S. E. der königliche Etats- und Cabinets-Minister Herr Graf v. Hertzberg; S. E. der königliche Etats- und Justiz-Minister Freiherr v. Zedlitz; S. F. Gn. der Herr Fürst-Bischof von Ermeland; S. Excellenz der Herr Graf v. Rybinski, Bischof von Cujavien; S. Excellenz der Herr Graf v. Hohenzollern, Bischof von Culm.

»Nachdem die königliche Departements der auswärtigen und der geistlichen Angelegenheiten sich unter dem heutigen Dato mit den Herren Bischöfen von Ermeland, Cujavien und Culm zusammengethan, um über verschiedene Gegenstände wegen Einschränkung der katholischen Feiertage und der Dispensationen in Ehesachen zu rathschlagen, so hat man sich über folgende Puncte vereiniget:

»1) Wird das Auswärtige Departement dem Abt Ciofani zu Rom auftragen, bei dem päpstlichen Hofe eine Bulle an vorgedachte Herren Bischöfe, ingleichen an die Bischöfe von Gnesen, Plock und Posen zu bewirken, wodurch die beiden Feiertage a) Mariä Himmelfahrt und b) Mariä Geburt in Westpreussen aufgehoben und der erste auf den vorhergehenden, der zweite aber auf den folgenden Sonntag verleget werde.

---

1) Hertzberg hatte vergessen, dass der Erlass, welcher die Verminderung der Feiertage betraf (No. 60), noch nicht aufgesetzt war. 2) S. No. 56.

3) Karl Theodor wünschte die Ehe, die er mit seiner Cousine eingegangen war, zu lösen, und es war zu besorgen, dass er durch die Vermählung mit einer Erzherzogin völlig abhängig vom Wiener Hofe werden würde.

1787 Febr. 13

»2) Dass das Fest des heiligen Laurentii und Adalberti, welche allein in der Culmschen Diöces gefeiert werden, auf den folgenden Sonntag zu verlegen.

»3) Dass bei allen Kirchen, welche mehr als einen Patron haben, sie mögen gegeben oder gewählet sein (*dati aut assumpti*) nur Ein Patron beibehalten und dessen Fest auf den vorhergehenden oder folgenden Sonntag verleget werde.

»4) Ist den Herrn Bischöfen eine Dépêche vorgelesen worden, welche das Auswärtige Departement für den Abt Ciofani entworfen hat [1]), um bei dem päpstlichen Hofe eine Autorisation für gedachte Herren Bischöfe zu extrahiren, dass sie *in gradibus prohibitis* in Ehesachen dispensiren können, welche Dépêche die Herren Bischöfe der Sache und den Umständen völlig angemessen gefunden haben.«

---

57. Königlicher Erlass an den Residenten Ciofani in Rom. Berlin 1787 Februar 13.

R. 9. Z. Z. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Anerkennung der Königswürde. Beglaubigung als Resident.

»Mes ministres m'ont présenté votre rapport du 6. de janvier; et par son contenu, ainsi que par le compte qu'ils m'en ont rendu, j'ai appris avec satisfaction, que vous avez réussi à obtenir du pape, qu'il a reconnu mon titre royal de Prusse et qu'il a fait changer dans l'almanach de Rome l'incongruité, qui y régné jusqu'à présent à l'égard de ce titre. Vous témoignerez au souverain pontife, que j'étais sensible à cette attention, que j'avais une estime particulière pour ses hautes qualités personnelles, que je chercherais toutes les occasions convenables, pour lui en donner des preuves; et que je ne cesserais aussi pas d'accorder à tous mes sujets catholiques selon l'exemple de mon prédécesseur toute protection et faveur, qu'ils peuvent attendre de la part d'un souverain juste et bienfaisant. Pour vous mettre d'autant plus en état d'exécuter cette commission et les autres, dont je vais vous charger dans la suite de cette dépêche, et en général de gérer auprès de la cour de Rome mes affaires et celles de mes sujets catholiques et d'avoir soin de leurs intérêts, j'ai résolu de vous accréditer auprès de la cour de Rome dans un caractère plus relevé, en vous munissant de celui de mon résident et chargé d'affaires auprès de ladite cour. Je vous envoie pour cet effet les lettres patentes et de créance ci-jointes en original [2]), que vous pouvez présenter au souverain pontife ou à son principal ministre selon l'étiquette de cette cour avec des compliments convenables et des assurances, dont je vous ai chargé ci-dessus . . .

---

1) S. No. 50. 2) S. No. 53.

58.[1]) **Erlass an den Residenten Ciofani in Rom.** Berlin 1787 Februar 13. 1787 Febr. 13

R. 9. Z. X. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Coadjutor-Wahl in Breslau.

»J'ai fait concerter avec le chapitre de Breslau, qu'il élira le prince de Hohenlohe-Bartenstein, chanoine des cathédrales de Cologne, de Strasbourg et de Breslau, pour coadjuteur de l'évêché de Breslau, dont l'évêque présent, le comte de Schafgotsch, a grand besoin. Je ne doute pas, que le pape donnera volontiers son consentement à cette élection, ce prélat ayant de bonnes mœurs, beaucoup de religion et de capacité et toutes les qualités requises pour une vocation aussi éminente. Vous en parlerez donc au pape et à ses ministres, pour les prévenir sur cette élection et pour les requérir non seulement d'y consentir d'avance, mais aussi de conférer sans délai au chanoine prince de Hohenlohe un titre convenable d'un évêque *in partibus*« . . .

---

59. Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Hoym. Berlin 1787 Februar 14. Febr. 14

R. 96. B. 87, 180.

Der Bischof von Kulm Domherr in Breslau.

»Ich werde es gerne sehen, wenn die durch das Absterben des Abbés Bastiani erledigte Cantor-Stelle beim Dom-Stift zu Breslau dem Bischof von Culm Grafen v. Hohenzollern zu Theil wird, und habe Euch dahero hiedurch auftragen wollen, das deshalb Erforderliche überall zu besorgen« . . .

---

60. Ministerial-Erlass an den Residenten Ciofani in Rom. Berlin 1787 Februar 17. Febr. 17

R. 7. B. 20. C. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Verminderung der Feiertage.

. . . »Les papes Benoit XIV. et Pie VI.[2]) ont à la vérité déjà adressé des bulles aux évêques catholiques de mes États, pour abolir une partie des fêtes superflues, mais il en est resté pourtant plusieurs, qui sont à la charge du public et qui empêchent l'industrie rurale en été. Mon ministère a conféré là-dessus avec les évêques de Varmie, de Culm et de Cujavie, qui ont été présentes ici pendant l'hiver, et on est convenu des principes suivants[3]):

---

1) Vgl. No. 46.

2) S. Band 3, 436; 5, 87. Der Erlass vergisst Clemens XIV.; s. Band 4, 443.

3) S. No. 56.

1787 Febr. 17 »1) Qu'il convient de ne pas célébrer dans les jours de semaine usités jusqu'ici les fêtes des saints Laurent, Joseph et Adelbert et celles de l'assomption et de la naissance de la Vierge, mais de les transférer à un jour de dimanche et qu'il soit libre à chaque évêque de les transférer à un jour de dimanche suivant ou précédent le jour, qui a été usité jusqu'ici. Il est vrai, que les fêtes des trois saints susdits ne se célèbrent que dans quelquesunes des diocèses prussiennes; mais comme cela doit être mieux connu à la cour de Rome et aux évêques qu'à mon ministère, je leur abandonne le soin d'arranger cela à bon plaisir, pourvu que ces fêtes soient célébrées aux jours de dimanche et non dans les jours de la semaine, qui empêchent le travail.

»2) Comme toutes les églises et paroisses catholiques ont chacune un ou plusieurs patrons, il est nécessaire et convenable, que chacune ne célèbre que la fête d'un seul patron, et cela non dans les jours de la semaine destinés au travail, mais aux jours de dimanche, et il doit être également laissé à l'arbitre de chaque diocésain de transférer les fêtes de chaque patron d'un église ou paroisse au jour de dimanche suivant ou précédent.

»J'aurais pu faire tous ces arrangements peu essentiels et qui n'affectent pas la religion, avec les évêques diocésains mêmes, selon l'exemple d'autres princes catholiques. Mais comme ils souhaitent d'y être autorisés par le pape, je veux bien leur accorder cette condescendance et je vous charge par conséquent de faire ouverture de tout ce qui dessus au pape et à ses ministres et de demander de ma part, que le pape agrée ces changements et qu'il y autorise par une bulle ou bref les évêques, qui ont des diocèses dans mes États. Il faudra qu'il adresse ces brefs à l'archevêque de Gnesne, aux évêques de Varmie, de Culm, de Cujavie, de Plock et de Posen, ainsi qu'au vicaire de Breslau. Vous demanderez, qu'on vous communique la minute d'un pareil bref avant l'expédition, que vous m'enverrez alors, afin qu'on puisse l'examiner ici avant la publication. Vous pousserez cette négociation autant que possible, afin que les brefs en question soient mis en règle et puissent être adressés aux évêques au plus tard dans le mois de juillet et avant le commecement de la récolte. J'espère, que la cour de Rome ne trouvera point de difficultés à un arrangement si raisonnable et qu'elle voudra favoriser des vues, qui sont salutaires à mes sujets catholiques, et que je me fais un plaisir d'exécuter d'une manière que la dignité et l'interêt de la cour de Rome y soient ménagés en même temps.«

61. Graf v. Rybinski, Bischof von Kujawien, an den Etats-Minister Zedlitz. Berlin 1787 Februar 17. 1787 Febr. 17

R. 7. B. 23. Eigenhändiges Mundum.

Wünsche des Bischofs.

»La note[1]), que S. E. Mgr l'évêque de Culme a présentée à V. E., regarde en bien des points également son diocèse comme le mien, et par conséquent je ne veux pas incommoder V. E. par des répétitions inutiles; je Lui demande seulement la grâce d'étendre l'exécution des points exprimés dans la note de S. E. Mgr l'évêque de Culme également sur le diocèse de Culme comme sur celui de Poméranie.

»Comme il y a cependant quelques particularités, qui regardent uniquement mon diocèse de Poméranie[2]), je prends la liberté de les mettre sous les yeux de V. E.

»1° Dans ma note de l'année passée j'avais déjà représenté à V. E., combien j'étais embarrassé par la difficulté de fournir des prêtres capables d'administrer les cures de l'évêché de Poméranie. Cet embarras provient de la défense, que la régence a faite, pour que les jeunes gens du diocèse de Poméranie n'aillent pas étudier au séminaire du diocèse de Cujawie. C'est un séminaire, qui jadis a été fait pour les deux diocèses. Si elles sont aujourd'hui séparés, ce n'est ce qui regarde le gouvernement séculier, mais nullement ce qui regarde la religion et l'administration spirituelle. La régence objecte, que bien de jeunes gens, sous prétexte de se faire prêtres, sortiraient du pays, pour n'y rentrer jamais; mais il y aurait moyen d'empêcher cette émigration. Que la régence donne ses ordres, que tous ceux qui voudront se former à l'état ecclésiastique dans le séminaire de Vladislavia, en Polonais dit Wroclawek, en Cujavie, seront obligés de se présenter en personne devant la régence et en obtiendront une permission par écrit pour trois ou quatre ans, temps à peu près nécessaire pour bien apprendre les devoirs de leur état. Moi, comme évêque, je donnerais mes ordres en conséquence au directeur du séminaire, afin qu'il ne reçoit des Poméraniens qu'avec la permission produite par écrit de la part de la régence. Après avoir fini leurs études, ils seront obligés en rentrant dans le pays se présenter de nouveau à la régence. Je m'imagine, que de cette manière le gouvernement s'assure des sujets du roi et les églises seront bien desservies.

»2° Les intentions du roi Frédéric II. de glorieuse mémoire, aussi bien que celles du roi régnant, sont, pour que les évêques catholiques dans ses États exercent pleinement leur juridiction spirituelle et tiennent[3]) le plus exactement la main à tout ce qui regarde la discipline ecclésiastique. Ces intentions du roi, confirmées même par les édits, ne sont pas observées par la régence, qui se mêle arbitrairement de la juridiction

1) S. No. 54. 2) Vgl. Band 4, 485. 3) Hs: »tient«.

1787 Febr. 17 de l'évêque et protège les prêtres d'une mauvaise conduite. Sans citer d'autres exemples, je mets sous les yeux de V. E. celui du prêtre appelé Rogowski, qui, agissant contre le devoir de son état, a été puni par l'abbé Schultz, mon official de Poméranie. La régence a protégé ledit Rogowski, nommant une commission, pour examiner le décret de l'official, et après l'avoir trouvé en règle, ils ont cependant condamné celui-ci à payer la moitié des dépenses juridiques et le poursuivent jusqu'à présent, pour avoir le payement. Il prie instamment V. E. d'arrêter une pareille injustice et de remédier efficacement, pour qu'à l'avenir notre juridiction soit à l'abri des attaques de la régence, surtout c'est[1]) nous autres que nous devons répondre la conduite des ecclésiastiques. Comment en répondre, s'ils trouvent la juridiction séculière, qui protège leurs défauts et leurs désordres et les enhardie à être récalcitrants à la juridiction spirituelle!

»C'est à propos du prêtre Rogowski que j'avais écrit à la régence qui m'a répondu avec un style peu convenable et à ma naissance et au rang que j'occupe. Il me reste maintenant de réitérer mes prières auprès de V. E., afin qu'il veut bien enjoindre à la régence de nous traiter dorénavant de la manière qui nous convient et, de plus, de vouloir bien se rappeler tant des points exprimés dans la note de S. E. Mgr l'évêque de Culme, qui regardent nos diocèses respectives, aussi bien de ce que je viens de mettre sous ses yeux.«

---

62. Immediat-Schreiben des Fürsten Krasizki, Bischofs von Ermland. Berlin 1787 Februar 17.

R. 7. B. 16. Eigenhändiges Mundum.

Bitte um Zuwendung des Gnadenjahrs.

»Si je ne craignais pas d'importuner V. M., j'oserais encore Lui réitérer les humbles prières, que je pris la liberté de faire dans ma précédente lettre.

»Je me borne à demander à présent à V. M., qu' Elle daigne m'accorder l'année de grâce des revenus de mon évêché. Je pourrais alors négocier sur cette bienfaisance un capital de 24 000 écus, qui m'arrangerait avec mes créanciers.«

Febr. 21 **63.[2]) Ministerial-Erlass an den Geheimen Rath Dohm.** Berlin 1787 Februar 21.

R. 34. 52. B. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein.

Soll den kurkölnischen Antrag ablehnen.

. . . »Dem Grafen v. Metternich habt Ihr eigentlich keine weitere Antwort auf die ohne besondern Antrag Euch geschehene Mittheilung der kaiserlichen Äusserung gegen die vier Erzbischöfe zu geben, wenigstens Euch darauf einzuschränken, dass Unsere clev-märkische Lande unter der

---

1) Hs.: »surtout que ce«. 2) Antwort auf den Bericht vom 9. Februar.

kur- und erzbischöflich cölnischen Diöces nicht begriffen, Wir auch gar nicht gemeinet seien, in deren Religions-Verfassung eine Änderung einzuführen oder zuzugeben. 1787 Febr. 21

»Der Antrag des kurcölnischen Ministers ist sehr verfänglich und setzet voraus, dass Wir die erzbischöfliche und Diöcesan-Rechte des Kurfürsten über gedachte Lande schon erkennen oder diese seiner Diöces unterwerfen wollen. Dieses ist aber Unsere Meinung gar nicht. Wir werden ihre Unabhängigkeit wohl zu behaupten wissen. Dergleichen Exemtionen sind in der römischen Hierarchie gar nicht unerhört und wohl mit ihr vereinbarlich. Der Westphälische Friedensschluss hebt ohnedies die erz- und bischöfliche Diöcesan-Rechte über die Staaten evangelischer Stände auf. Wollen Wir Unsere katholische Unterthanen gedachter Länder von den päpstlichen und römischen Kanzlei-Erpressungen und den Beschwerden befreien, die für sie daraus erwachsen, dass sie die geistliche Begnadigungen zu Rom suchen müssen, so ist die Bestellung eines *vicarii generalis in spiritualibus* mit päpstlicher Genehmigung und Vollmacht ein leichteres, unbedenklicheres und wirksameres Mittel als die Unterwerfung unter die cölnische Döces.

»Ihr müsset also den Antrag mit Glimpf ablehnen und Euch bloss dahin äussern, Wir seien von aller Neuerung in dem katholischen Kirchen- und Religions-Wesen der clev-märkischen Lande, von aller Beschränkung der Gewissensfreiheit Unserer katholischen Unterthanen, besonders aber auch von aller, auch nur anscheinenden Verletzung der wegen der jülich-, berg- und clevischen Lande bestehenden Religions-Verträge entfernt und abgeneigt, wollen auch den ferneren Erfolg der zu Ems gefassten Schlüsse abwarten.«

64.[1]) **Schriftwechsel zwischen dem Geistlichen Departement und dem ostpreussischen Etats-Ministerium.** 1787.

R. 7. R. 16.

Das Gnadenjahr des Bischofs von Ermland.

Das Geistliche Departement. Berlin Februar 21.

Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Zedlitz. Anweisung von Zedlitz.

Befiehlt, Bezug nehmend auf das Immediat-Schreiben Krasizki's vom 17. Februar[2]), anzuzeigen: »1) wie zeithero das Gnadenjahr eines ermländischen Bischofs gerechnet und ob solches von dem *anno deservito* unterschieden worden; 2) wer solches gewöhnlich geniesset; 3) wer *sede episcopali vacante* die bischöfliche Einkünfte erhebet, ob solche dem Capitul

1) Vgl. unter dem 4. März 1788.

2) War dem Geistlichen Departement mit Cabinets-Befehl (Berlin 19. Februar) zur Berichterstattung übersandt worden.

1787 Febr. 21 anheimfallen oder bei jetzt bestimmten Competenz in den königlichen Cassen verbleiben werden, und 4) ob überhaupt bei dem Gesuch ein Bedenken und welches obwalte.«

April 23 Das ostpreussische Etats-Ministerium. Königsberg April 23.

Mundum, gezeichnet von Groeben, Schlieben, Finckenstein, Knobloch, Dönhoff.

. . . »*Ad 1.* Ein Gnadenjahr bei denen Bischofthümern, wo es Statt findet, bestehet aus zwölf sich folgenden Monaten und wird gerechnet von dem Tage an, an dem der Bischof, der ein solches Gnadenjahr erhalten hat, gestorben ist. Es unterscheidet sich von dem *anno deservito* dadurch, dass jenes bloss aus Gnade, dieses aber nach denen Verfassungen gesetzlich Statt findet. Indessen hat in dem Ermelande nie ein Gnadenjahr existiret, weil die Wahl eines neuen Bischofes jederzeit fordersamst angestellt werden musste.

»*Ad 2.* Kömmt der Genuss dieses Gnadenjahres dem Bischofe zu Statten, dem dieses Vorrecht ertheilet worden. Im Ermelande aber, wo jederzeit die Rede von dem *neo-electo* war, hat dieser auch nicht gesäumet, die Revenuen selbst zu erheben. Dass aber nach dem Absterben eines Bischofs im Ermelande jederzeit sogleich zur neuen Wahl geschritten worden, gründet sich in einem Vergleiche des polnischen Königes Sigismundi mit dem ermeländischen Dom-Capitel vom 7. December 1512, nach dem Tode des Bischofs Lucas. Hieraus folget

»*Ad 3.* dass, da die Wahl eines neuen Bischofs einestheils fordersamst vor sich gehet, anderntheils aber auch auf denjenigen fallen muss, den der Landesherr empfiehlet, dieser dahero auch natürlich bestimmen könne, ob die Wahl später und erst nach einem Jahre Statt haben und wer in dieser Zeit die bischöfliche Revenuen erheben solle. Es wird daher

»*Ad. 4.* lediglich von E. K. M. Huld in dieser Gnadensache dependiren, dass die Revenuen des ersten Jahres *sede episcopali vacante* denen Erben oder Creditoribus des jetzigen Bischofs zu Theil werden.«

Mai 21 Hierauf Ministerial-Erlass an den Bischof von Ermland (Berlin 21. Mai, Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Zedlitz): »Da nun nach den eingezogenen Nachrichten der *annus gratiae* bei dem Bischofthum Ermland nicht hergebracht ist, vielmehr nach denen mit dem ermländischen Dom-Capitul substistirenden Compactaten bei entstehender Vacanz mit der Nomination eines neuen Bischofs schon innerhalb vier Wochen verfahren werden muss, so ist desselben bei des Königes Maj. um Verleihung des Gnadenjahrs angebrachtes Gesuch so vielen Bedenklichkeiten unterworfen, dass vor deren Widerlegung von dem Geistlichen Departement zu dessen Placidirung nicht wohl ein Vortrag geschehen kann.«

65. Königliche »Instruction für das Ober-Schul-Collegium.« Berlin 1787 Febr. 22
1787 Februar 22.

R. 76. I. 1. Concept (geschrieben von dem Ober-Consistorial-Rath C. F. v. Irwing, corrigirt von Zedlitz) und Mundum. Letzteres dem Könige mit Immediat-Bericht v. 23. Februar überreicht. Gedruckt im *Novum Corp. Constitut. Brandenb. Pruss.* 8, 617.

»Da Uns äusserst daran gelegen ist, dass in Unsern Landen überall durch zweckmässigen Unterricht der Jugend gute Menschen und brauchbare Bürger für jeden Stand erzogen werden, dieser wichtige Endzweck aber nicht besser erreicht werden kann als durch einerlei allgemeine Oberaufsicht, welche über das Ganze des gesammten Schulwesens Unserer Länder sich erstreckt und dabei nach einerlei geprüften Grundsätzen verfährt, so haben Wir gut gefunden, ein Ober-Schul-Collegium über alle Unsere königliche Lande anzuordnen und dasselbe mit nachfolgender Instruction zu versehen.

»§ 1. Das Ober-Schul-Collegium soll bestehen: aus dem Staats-Minister Freiherrn v. Zedlitz, dem Geheimen Ober-Finanz-Rath v. Wöllner, dem Kanzler der Universität Halle v. Hofmann, dem Kirchen-Rath Meierotto, dem Consistorial-Rath und Professor Steinbart zu Frankfurth an der Oder, dem Ober-Consistorial-Rath Gedicke, dem Secretär Schröder, welcher die Registratur- und Secretariats-Geschäfte zu besorgen hat, dem Kanzlist Treblin und dem Boten.

»§ 2. Dieses Collegium, welches allein unter uns Höchstselbst unmittelbar stehen soll, hat zugleich alle Geschäfte zu verwalten, welche bisher dem Ober-Curatorio Unserer Universitäten anvertraut gewesen. Es behandelt alle Geschäfte collegialisch. Wenn die Mitglieder nicht einstimmig sind, so entscheiden die Meisten, und wenn die Stimmen gleich sind, so giebt der präsidirende Staats-Minister den Ausschlag. In allen den Fällen, da bisher die Lehrer hoher und niederer Schulen Uns Selbst unmittelbar vorgeschlagen worden, hat nunmehro dieses Collegium mittelst eines collegialischen Berichts den Vorschlag; wegen der in diesem Collegio anzusetzenden mehreren oder neuen Räthe aber thut Uns der Minister den Vortrag, sowie demselben auch in Zukunft die Wahl und Anstellung des Secretarii und übrigen Kanzlei-Bedienten allein überlassen bleibt.

»§ 3. Dieses Ober-Schul-Collegium soll sich ganz eigentlich angelegen sein lassen, das gesammte Schulwesen in Unsern Landen auf das zweckmässigste einzurichten und nach den Umständen der Zeit und der Beschaffenheit der Schulen immer zu verbessern. Es muss darauf Acht haben, dass nach Verschiedenheit der Schulen in einer jeden der nothwendige und nützlichste Unterricht ertheilt werde; es muss mit Nachdruck darauf halten, dass überall zweckmässige Schulbücher gebraucht und eingeführt und, wo solche mangeln, durch tüchtige Männer nach Beschaffenheit der Umstände und nach Fähigkeiten der Schüler angefertigt werden; es muss auch dahin sehen, dass die besten Lehr-Methoden beobachtet werden.

1787 Febr. 22 »§ 4. Um diese Zwecke desto besser zu erfüllen, muss das Ober-Schul-Collegium vor allen Dingen bedacht sein, sich von dem ganzen Zustand und dem Etat einer jeden Schule und Schul-Anstalt in allen Provinzen genau zu unterrichten, damit dasselbe sowohl das Gute als die Gebrechen einer jeden Schule insbesondere und des gesammten Schulwesens in jeder Provinz recht übersehen und darnach die besten Maassregeln zur immer mehreren Verbesserung nehmen möge. Auch muss sich dasselbe von allen Stipendien, welche für Lehrer oder Lernende auf Schulen gestiftet worden, genau unterrichten und auf die stiftungs- oder sonst zweckmässigste Anwendung derselben Acht haben.

»§ 5. Es gehören demnach in Rücksicht auf jene Zwecke alle Schulen in Unsern sämmtlichen Landen zur Oberaufsicht dieses Collegiums, insbesondere alle Unsere Universitäten, Gymnasien, Ritter-Akademien, Stadt- und Land-Schulen, Waisen-Häuser, alle Erziehungs- und Pensions-Anstalten ohne Ausnahme oder Unterschied der Religion. Jedoch sollen davon die militärischen Schulen, auch die Schulen der französischen Colonie und der jüdischen Nation ausgeschlossen bleiben, als welche auf eigenen besondern Verfassungen beruhen. Übrigens da bei dieser von Uns angeordneten allgemeinen und gleichförmigen Oberaufsicht auf das Schulwesen, welche unstreitig dem Landesherrn gebührt, Unsere Absicht bloss auf bessere moralische und bürgerliche Ausbildung der Jugend gerichtet ist, so ist es gar nicht Unsere Meinung, dass dadurch den Privat-Rechten der Adelichen und anderer Schul-Patronen in Bestellung ihrer Schullehrer oder den Magistraten und Consistorien, welche das Recht der Vocation bisher gehabt, im geringsten ein Eintrag geschehen soll, sondern es muss vielmehr alles damit auf dem bisherigen Fuss verbleiben.

»§ 6. Dagegen aber ist es nothwendig und zu Erreichung Unserer Absicht erforderlich, hiermit ausdrücklich festzusetzen, dass hinfort niemand mehr als Lehrer, weder bei einer Stadt-, noch einer sogenannten Gnaden-Schule, wo das Gehalt aus Unsern Cassen bezahlt wird, angesetzt werden oder in eine höhere Schul-Stelle hinaufrücken darf, der nicht wegen seiner Tüchtigkeit ein Zeugniss von diesem Ober-Schul-Collegium aufzuweisen hat. Selbst wenn ein Prediger entweder Rector oder Schullehrer zugleich wird, muss er ein solches Zeugniss aufweisen, oder er kann bei der Schule nicht angesetzt werden. Es ist deswegen die Einrichtung gemacht worden, dass dergleichen Subjecte entweder vom Ober-Schul-Collegium selbst oder von den Consistorien und andern dazu tüchtigen Personen, denen der Auftrag dazu jedes Mal von diesem Collegium geschehen wird, geprüft werden sollen. Die Consistorien und ein Jeder, dem solcher Auftrag geschieht, muss sich demselben gehörig unterziehen und hiernächst an das Collegium berichten. Es versteht sich also von selbst, dass künftig keine Krieges- und Domänen-Kammer, kein königlich Amt, kein Magistrat und sonstiger Patron in Städten oder Gnaden-Schulen einen Lehrer bestellen darf, der sich nicht

durch ein solches Zeugniss legitimiren kann; jedoch bleiben von dieser Pflicht, sich prüfen zu lassen, alle Professoren auf Universitäten ausgenommen und diejenigen, welche das Ober-Schul-Collegium schon als bewährte Lehrer zu erforschen Gelegenheit gehabt hat. 1787 Febr. 22

»§ 7. Damit es aber künftig nicht an tüchtigen Subjecten zu den verschiedenen Schul-Stellen sowohl in Städten als auf dem Lande fehlen möge, so wollen Wir an bequemen Orten hin und wieder auf Unsere Kosten Seminarien anlegen lassen, in welchen geschickte Lehrer für jede Gattung der Stadt- und Land-Schulen gebildet werden sollen, und wird das Collegium die zweckmässige Einrichtung dieser Seminarien sich zu einer vorzüglichen Pflicht machen.

»§ 8. Das Ober-Schul-Collegium muss seiner Pflicht zufolge für die beständige Verbesserung des Schulwesens unablässig sorgen. Zu dem Ende muss dasselbe die Schulen oft visitiren lassen und wenn die Visitation nicht alle Mal von den Mitgliedern des Collegiums selbst geschehen kann, so müssen dazu nach der dem Ober-Schul-Collegio verbleibenden Auswahl andere bekannte, geschickte und unparteiische Männer genommen werden; diesen geschieht der Auftrag und von ihnen wird an das committirende Collegium berichtet.

»§ 9. Wenn das Ober-Schul-Collegium bei den Visitationen oder sonst, es sei in Absicht des Unterrichts oder der Schulbücher oder der Methode, Mängel und Missbräuche findet, so ist dasselbe befugt, in Dingen dieser Art, welche so ganz eigentlich in dessen Geschäftskreis gehören, entweder unmittelbar selbst zweckmässige Verbesserungen zu treffen oder sie auch nach Befinden durch die Consistorien der Provinz, die Patronen und Scholarchate machen zu lassen.

»§ 10. Damit nun das Ober-Schul-Collegium desto mehr in den Stand gesetzt werde, sich der Verbesserung des Schulwesens auf die wirksamste Weise anzunehmen, so legen Wir demselben hiermit die Befugniss bei, an alle Landes-Regierungen und Consistorien, auch an das ostpreussische Staats-Ministerium Rescripte und Befehle zu erlassen, weshalb es auch alle Verfügungen in Unserm Namen oder *ad mandatum speciale* und Unterschrift eines Ministers expediren zu lassen hat. Wir befehlen daher allen obgedachten Landes-Collegien, Magistraten und Beamten, die Verfügungen dieses Ober-Collegiums alle Mal pflichtmässig und schleunigst zur Ausführung zu bringen und zur Erfüllung Unserer landesväterlichen Absichten ihrerseits gebührend mitzuwirken. Schliesslich haben Wir auch, damit bei dieser neuen Einrichtung niemand mit neuen Kosten belastet werde, allen zu diesem Collegium gehörigen Sachen und Berichten nicht allein die Post-Freiheit, sondern auch die Stempel-Freiheit in Gnaden zugestanden.«

1787 Febr. 23 **66. Ministerial-Erlass an den Reichstags-Gesandten Joachim Ludwig v. Schwarzenau.** Berlin 1787 Februar 23.

R. 10. 79. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Der Kaiser und die Emser Beschlüsse.

. . . »Die Schlüsse der Embser erzbischöflichen Versammlung dürften dem Ansehen nach durch die kaiserliche Unterstützung so wenig als durch eine Vereinigung mit den Bischöfen und weltlichen Landesherrn zur Ausführung gelangen, und indem sie der Kaiser auf diese aussetzet und von dieser abhängig macht, so kann man schon als gewiss annehmen, dass Nebenbetrachtungen, besonders Rücksichten gegen den Hof zu München, alle andern Gründe überwiegen« . . .

Febr. **67. Cabinets-Befehl an den Kammerherren Marquis Girolamo Lucchesini in Potsdam**[1]. Ohne Ort und Datum.[2]

R. 92. Stein 21. Concept, geschrieben von dem Land-Jägermeister Freiherrn Johann Friedrich vom Stein, gezeichnet vom Könige. Am Rande der Vermerk: *expédiée le — de Fevr. et partie le — du même mois.*

Soll den Papst zu einer milderen Haltung gegenüber den deutschen Erzbischöfen bestimmen. Sonst Schisma in Deutschland!

»J'ai vu depuis longtemps avec déplaisir les mécontentements, qui règnent entre la cour de Rome et les archevêques d'Allemagne; car je les considère comme un feu, qui à la vérité couve encore sous les cendres, mais qui est bien de nature à embraser quelque jour une partie intéressante de la patrie. Il n'est pas douteux que, si l'on ne tâche pas bientôt des deux côtés à se réconcilier ou à chercher du moins les moyens nécessaires, pour mitiger ce qui paraît réciproquement trop empiéter sur des droits, dont d'ailleurs je ne veux pas me rendre ni le juge ni l'arbitre, alors on doit prévoir, qu'un chisme dans l'Église germanique peut et doit même être la suite inévitable de trop de roideur dans la volonté des intéressés.

»Je ne vous dissimule pas, que je regarde un tel évènement comme fort à redouter non seulement pour le repos public de toute l'Europe, mais même comme très-pernicieux au véritable bien de l'Allemagne et surtout à celui de princes mes amis et alliés, que j'ai eu pour mon unique but, quand j'ai travaillé de tout mon pouvoir à faire naître le système de l'union.[3]

»Mes principes relativement à tout ceci vous étant suffisamment connus, je confie en votre intelligence et en votre attachement à mes intérêts, au point que j'ai jugé à propos de vous charger de mes ordres positifs touchant cette affaire.

»Quand vous serez rendu à Rome, vous tâcherez de faire connaître au pape (soit par le cardinal Buoncompagni, dont j'estime beaucoup le

---

1) »Lettre du roi au chambellan marquis de Lucchesini à Potsdam.«

2) Vgl. Ranke S. W. 31 u. 32, 262. 3) Des Fürstenbundes.

mérite généralement reconnu, soit par un autre canal, du choix du quel je m'en rapporte entièrement à vous), que je ne suis pas sans appréhension, que les choses ne puissent venir un jour au point, qui ferait sans doute et irrévocablement perdre à cette cour toute l'influence et tous les avantages, dont elle a joui jusqu'ici en Allemagne; que je verrais de mon côté avec plaisir, que tout puisse rester *in statu quo*, et que je ne doute pas, que le pape n'ait sincèrement le même désir. 1787 Febr.

»Vous aurez grand soin de faire sentir à qui il appartiendra, que trop de roideur peut infiniment nuire à leurs affaires, mais que, s'ils veulent montrer un peu de condescendance envers les archevêques d'Allemagne, surtout envers celui de Mayence, mon ami et allié, il n'y a sorte de bons offices, que je ne sois prêt à leur rendre partout où je pourrai.

»Ils concevront sans doute aisément à Rome, qu'il importe beaucoup, que tout ce qui doit être fait dans cette affaire, soit traité avec le plus grand secret et par conséquent entre le plus petit nombre de personnes possible. Je m'en rapporte ainsi à vous du soin d'arranger cela convenablement avec le cardinal secrétaire d'État [1]), ne doutant pas, que vous ne donniez toute votre attention à ce qu'une bonne intention et tout-à-fait désintéressée ne puisse contre toute mon attente être mal interprétée par nos rivaux.«

---

68. Königliches Schreiben an Friedrich Karl Josef, Freiherrn v. Erthal, Kurfürsten von Mainz. Berlin 1787 Februar [2]).

R. 92. Stein 21. Concept, geschrieben von Stein, gezeichnet vom Könige. Am Rande der Vermerk: *Expédiée le — Févr. et envoyée par le marquis de Lucchesini, parti le 26. de Potsdam.*

Empfiehlt Mässigung gegenüber Rom. Coadjutor in Mainz. Lucchesini's Sendung nach Rom.

»J'ai vu par la note, que V. A. É. m'a fait parvenir par le duc de Weimar [3]), combien la manutention des droits et prérogatives de l'Église germanique Lui tient à cœur, mais en même temps aussi, combien peu la cour de Rome a connu ses véritables intérêts, en poussant les choses avec un zèle si peu mesuré, que leurs suites pourraient fort bien tourner à son très-grand désavantage.

»Cependant, sans vouloir toutefois prendre sur moi la discussion d'une cause non seulement très-ancienne, mais aussi fort compliquée, il me paraît, que le vrai avantage de la patrie commune exige, surtout dans le présent moment, une suspension très-marquée et sensible dans la poursuite des prétentions, quelque fondées qu'elles puissent être par elles-mêmes, des chefs de l'Église germanique contre la cour de Rome.

»Le vrai patriotisme ainsi que la sage pénétration de V. A. É., m'étant connus, ne me laissent pas douter, que pour parer toute suite fâcheuse,

---

1) Buoncompagni. 2) Das Tages-Datum nicht ausgefüllt. 3) Karl August.

1787 Febr. Elle ne veut, comme moi, rechercher tous les moyens convenables, pour les prévenir, et qu' Elle pensera surtout à ceux qui pourront déterminer le pape à se prêter favorablement à l'intention, que V. A. É. a manifestée: celle de se choisir un coadjuteur et d'en obtenir l'agrément légalement requis de la cour de Rome.

»Mon chambellan le marquis de Lucchesini a mes ordres, pour se rendre secrètement auprès de V. A. É., ainsi qu'on en est convenu, et Lui remettre la présente de ma part.

»V. A. É. me fera un sensible plaisir, en lui témoignant toute Sa confiance et en le mettant bien exactement au fait de Ses intentions relativement à cette importante affaire, ainsi que et surtout des moyens conciliatoires, qu' Elle jugera à propos de lui indiquer, pour disposer adroitement le St. Siége à ne pas nous refuser son consentement pour l'élection susmentionnée.

»Je considère cet objet comme infiniment intéressant pour moi ainsi que pour V. A. É. et pour les princes nos amis et alliés, qui sont sincèrement attachés à la conservation de la constitution actuelle de l'Empire, et par conséquent rien ne peut m' être plus agréable que de concourir efficacement à remplir les bonnes et vraiment patriotiques intentions de V.A. É., en voyant réussir la négociation, dont j'ai jugé à propos de charger le marquis de Lucchesini, qui ne doit se rendre à Rome que pour ce seul objet« . . .

Febr. 24 **69. Denkschrift des Marquis Lucchesini.** (Ohne Ort) 1787 Februar 24.

B. 92. Stein 21. Eigenhändig.

Der Kurfürst von Mainz und seine Ansprüche gegenüber Rom.

»Remarque. — Avant d'avoir parlé à Mr. de Heimes[1]) relativement aux nouvelles, qu'il assure avoir reçues de Rome, et avant d'avoir approfondi, jusqu'à quel point la cour du pape a pénétré les intentions de S. M. pour la coadjutorie de Majence, je ne saurais tirer la moindre induction de cette découverte. Il me suffit de voir par la lettre du comte d'Hatzfeld[2]), qu'on ne croit point à Mayence, que cela empêchera la réussite de la négociation romaine, et pour moi, je tâcherai d'en tirer parti auprès de l'électeur de Mayence et de ses ministres, pour les porter à baisser leurs prétentions vis-à-vis du pape, puisque celui-là est déjà prévenu de ce que le roi de Prusse se propose de lui demander.

»Ce qui est important de déterrer, ce sont les voies, par lesquelles ces nouvelles sont parvenues de Berlin à Rome, pour pouvoir s'en garder à l'avenir. Si je pourrai découvrir quelque trace de cela, soit à Mayence soit à Rome, je me ferai un devoir d'en avertir S. M.

---

1) Valentin H., Weihbischof und General-Vicar des Erzbischofs von Mainz.

2) Vermuthlich Max Friedrich Franz v. H., Propst des Collegiat-Stifts *ad gradus B. M. V.*

»Au demeurant je crois apercevoir dans tout ce qu'on mande de Mayence, que ce ne sera point sur la note, qu'on nous a envoyée, que seront calquées les instructions, que je vais recevoir de la bouche de l'électeur et de celle de Mr. d'Heimes son ministre. Cette note m'a toujours paru une protestation des droits, dont on va céder une partie aux circonstances et au désir d'avoir un coadjuteur. Il faut qu'on se propose d'être coulant avec moi à Mayence, puisqu'on pense de ne m'y arrêter pas plus d'un jour. 1787 Febr. 24

»Voilà mon opinion sur cet objet, qui mérite d'être suivi et éclairci avec soin.«

---

70. Immediat-Bericht der Etats-Minister Hoym und Danckelman. Breslau 1787 Februar 24.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 44. A). Concept.

Verkauf der schlesischen Jesuiten-Güter.

»In Gefolge« der Befehle vom 31. Januar »haben wir uns in unsern Meinungen zwar dahin geeinigt, dass wir beide dafür halten, dass, wenn die ganze bisherige Einrichtung beibehalten und jährlich zugleich ein Theil der Schulden abgetragen werden soll, es auf keine Art möglich sei, auf einen jährlichen Überschuss von 10 000 Rthlr. Rechnung zu machen. Darinnen aber haben wir uns nicht vereinigen können, dass durch einen zu veranlassenden allgemeinen Verkauf sämmtlicher den ehemaligen Jesuiten zugehöriger Güter dieser Endzweck ganz unfehlbar würde erreicht werden.

»Ich, der Etats-Minister Gr. v. Hoym, bin dieser Meinung und halte mich versichert, dass die Güter so viel Liebhaber finden und so hoch verkauft werden dürften, dass, die dabei zu ersparenden Administrations-Kosten zugerechnet, ein Revenuen-Überschuss von 10 000 Rthlr. sich hervorthun werde. Dagegen ich, der Etats-Ministre v. Danckelman, nicht dafür halte, dass ein sofortiger allgemeiner Verkauf dieser Güter, ohne einmal auf die an sich und in Ansehung des Eigenthumsrechts des Schulen-Instituts obwaltende Bedenklichkeiten Rücksicht zu nehmen, die Sicherheit eines Überschusses an Revenuen von 10 000 Rthlr. gewähren werde, dass aber, wenn E. M. den in dem beigelegten . . . Promemoria[1]) — worinnen ich überhaupt die Gründe meiner Meinung mehr auseinandergesetzt habe — enthaltenen unvorgreiflichen Vorschlag . . . genehmigen sollten, Allerhöchstdero geäusserte Intention auf die sicherste, billigste und von allen Schwierigkeiten, die sich ausserdem in jeden Fall hervorthun werden, befreite Art, zuverlässig erreichet werden würde. Im Fall aber dieser Vorschlag E. M. . . . Beifall nicht erhielte, glaube ich, dass E. M. höchste Intention zwar nur zu einen grossen Theil, jedoch sicher alsdann erfüllet werden würde, wenn

---

1) Nicht vorhanden. Danckelman's Bedenken ergeben sich aus seinem Schreiben vom 8. Februar.

1787 Febr. 24 ohne Abänderung der jetzigen Einrichtung bloss dem bisherigen jährlichen Abtrag der Schulden Anstand gegeben und das darauf Verwendete diese Bestimmung erhielte« . . .

---

71. Immediat-Bericht des Etats-Minister Hoym. Breslau 1787 Februar 24.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 44. A). Concept (eigenhändig) und Mundum.

Verkauf der schlesischen Jesuiten-Güter.

Nimmt Bezug auf den gleichzeitig zusammen mit Danckelman erstatteten Bericht. »Dem Verkauf der Güter, welchen der Etats-Ministre v. Danckelmann ehemals in Vorschlag gebracht, ist er jetzo entgegen, und obgleich die Jesuiten dieses selbst gewünscht, so glaube ich, dass sie jetzt ihre Gesinnungen geändert, da sie sehen, dass der Überschuss zum Nutzen der evangelischen Jugend auf Universitäten mit soll verwandt werden. Bei diesen veränderten Umständen will E. M. ich selbst nicht anräthig sein, die Güter verkaufen zu lassen, so lange noch ein ander Mittel zu Erreichung E. M. heilsamen Endzweck übrig ist, und dieses ist vorhanden, wenn E. M. der ersten Absicht des höchstseligen Königs Maj. gemäss, die Güter und das Vermögen der Jesuiten in der Art wie das Bisthum durch die *p.* Kammern administriren lassen. Da die mühsame Verwaltung des Bisthums sich wohl bald endigen wird, werden die *p.* Kammern diese füglich übernehmen können, wodurch gleich 4000 Rthlr. Administrations-Kosten erspart werden. Hierdurch wird aber noch ein anderer Zweck erreicht, weshalb ich mich verpflichtet gehalten habe, diesen Bericht besonders zu erstatten. Wenn nämlich E. M. durch die vorräthigen v. Larisch'schen Gelder und den nöthigen Zuschuss Schulden von denen Gütern der Jesuiten zahlen lassen, so geben die ersparten Interessen den Fonds zu Deckung der Schüllersdorffer Revenuen, die auf dem Etat mit 3600 Rthlr. stehen und zu Dotirung der Festung Silberberg und Gehalt der Commandanten daselbst bestimmt sind.«

Febr. 26 **72.[1] Ministerial-Erlass an die »Breslausche Ober-Amts-Regierung und die westpreussische Regierung.«** Berlin 1787 Februar 26.

R. 7. B. 20. C. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Zedlitz.

Der allgemeine Bettag und die Katholiken.

»Es haben einige westpreussische Bischöfe sich beschweret und gebeten, die Katholiken von der Feier des auf den Mittwoch nach dem dritten Sonntag nach Ostern festgesetzten Bettages zu befreien, weil sie doch Buss- und Feiertage genug hätten. Wir wollen Euch darauf . . . aufgeben, anhero zu berichten, wie es in Euerm Departement bisher mit der Feierung des Bettages von Seiten der Katholiken gehalten worden.«

---

1) Beantwortet am 3. April.

73. Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Hoym. Berlin 1787 Februar 27. 1787 Febr. 27

Staats-Archiv i. Breslau (M. B. XIII. 44. A). Mundum.

Danckelman von der Verwaltung der schlesischen Jesuiten-Güter entbunden. Zuschuss für die preussischen Universitäten.

»Ich habe in Eurem unterm 24. *c.* mit dem Etats-Ministre Freiherrn v. Danckelmann gemeinschaftlich abgestatteten Bericht gefunden, dass es nicht ohne Schwierigkeiten geschehen würde, wenn Ihr mit demselben die neuen Veränderungen bei den Jesuiter-Gütern *coniunctim* betreiben solltet. Es ist daher Mein Wille, dass Ihr künftig ganz allein Euch diesem Geschäfte unterziehen möget, da es eine blosse Finanz-Sache ist und Ihr solche ehedem schon verwaltet habt: welches Ich unter heutigem Dato dem *p.* Freiherrn v. Danckelmann zu erkennen gegeben.

»Nunmehro verlange Ich also von Euch: (1) dass Ihr Mir ungesäumt dienliche Vorschläge thun sollet, wie Ich am sichersten die für Meine Universitäten bestimmten jährlichen 10000 Thaler ohne Ausfall erhalten möge; (2) dass Ihr sothane Güter zu Ersparung der bisherigen Administrations-Kosten künftig durch die *p.* Kammern sollet verwalten lassen; (3) dass Ihr die für das erste Jahr erforderlichen 10000 Thaler aus irgend einem Fonds so lange vorschiessen und sobald als möglich an den Minister Freiherrn v. Zedlitz allhier übersenden sollet, damit schon auf Ostern die nöthigen Verbesserungen auf den Akademien davon bestritten werden können. Sollte dies letztere indessen Schwierigkeiten haben, wie Ich doch nicht glaube, so werde Ich es gern sehen, wenn wenigstens mit der Universität Halle anjetzt der Anfang gemacht würde und Ihr zu diesem Behuf etwa 6000—7000 Thaler sogleich auszahlen könntet. Ich habe zu Eurem *savoir faire* das gegründete Vertrauen, dass Ihr alles thun werdet, was die Sache zu meiner Zufriedenheit erleichtern kann« . . .

---

74. Ministerial-Erlass an den Reichstags-Gesandten Schwarzenau. Berlin 1787 März 3. März 3

R. 10. 79. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Ein päpstliches Breve wegen der Münchener Nuntiatur.

. . . »Das päpstliche Breve an den Bischof zu Freisingen wegen der Münchner Nuntiatur[1]) ist ungemein merkwürdig. Es ist auffallend, dass sich der Papst gegen den Kaiser auf dessen Wahl-Capitulation und auf das Zeugniss des verkappten Febronius, Weihbischofs v. Hontheim, berufet. Die Gründe, welche dieses päpstliche Schreiben enthält, rechtfertigen indessen keinesweges die Ausdehnungen der Nuntiatur-Gerichtbarkeit, noch

1) Vom 18. October 1786; s. *Pragmatische und aktenmässige Geschichte der zu München neu errichteten Nuntiatur* (*Frankfurt u. Leipzig 1787*) Urkunden S. 19.

1787 März 3 weniger die eigenmächtige Vervielfältigung der Nuntiaturen in Deutschland zur Schmälerung der erz- und bischöflichen Gerichtbarkeit und Diöcesan-Gewalt« . . .

75.[1]) **Ministerial-Erlass an »das Barfüsser-Augustiner-Kloster zu Strehlen.«** Breslau 1787 März 3.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 42). Concept, gezeichnet von Hoym.

Vor Zurückschaffung der ins Ausland verliehenen Capitalien keine Prior-Wahl!

»Es hat zwar der Subprior des Barfüsser-Augustiner-Klosters zu Strehlen, Pater Robertus, nebst einem Theil der Conventualen, von denen aber niemand benannt worden, um die Erlaubniss angesucht, den bisherigen Patrem Vicarium Abraham in Folge eines von dem Ordens-Provincial zu Wien ergangenen Decreti absetzen und einen andern Prior wählen zu dürfen. Da aber S. K. M. . . . für nöthig finden, weder die (ohnehin nur von einem ungenannten Theil und nicht von sämmtlichen Conventualen nachgesuchte) Absetzung des Vicarii Patris Abraham noch auch die Wahl eines neuen Priors eher . . . zu bewilligen, als bis das Convent und der Ordens-Provincial die dem Kloster gehörige in Wien elocirte sämmtliche Capitalien nebst Zinsen, deren Aufkündigung und Einziehung dem Convent . . . schon längst anbefohlen worden, ins Land zurückgezchafft haben wird: als wird solches gedachtem Subprior und dem ganzen Convent hiedurch zur Achtung und mit der ernsten Bedeutung bekannt gemacht, sich bei der rigoureusesten Ahndung, solange bis solches geschehen, ruhig zu verhalten, und dem Vicario Patri Abraham, als welcher in seiner bisherigen Function und Activität schlechterdings solange belassen werden soll, bis obiger Bedingung in Ansehung der in Wien elocirten Kloster-Capitalien ein pünktliches Genüge geschehen, die gebührende Parition und Obedienz zu leisten. Wogegen gedachter Pater Abraham nachdrücklich gewarnigt wird, seinerseits bei sonst zu gewärtigenden unliebsamsten Verfügung zu keiner Unruhe und Unordnung unter den Conventualen Anlass zu geben« . . .

März 6 **76.**[2]) **Bericht des Geheimen Raths Dohm.** Köln 1787 März 6.

R. 34. 52. B. Mundum.

Die Katholiken in Kleve-Mark wenden sich an den Erzbischof von Köln. Der Streit zwischen dem Papst und den Erzbischöfen.

»E. K. M. werden nun ohne Zweifel geruhen, sämmtliche katholische Geistliche in den clev-märkischen Landen nochmals gemessenst aufgeben zu lassen, durchaus weder unmittelbar von Rom noch von der hiesigen Nuntiatur irgend etwas anzunehmen, was nicht von E. K. M. vorher genehmigt und durch Allerhöchstdero clevische Regierung ihnen zugefertigt wird . . .

---

1) Vgl. No. 82. 2) Beantwortet am 17. März.

»Dass übrigens E. K. M. katholische Unterthanen sich sowohl *in spiritualibus* als *contentiosis* an das hiesige General-Vicariat und Officialat wenden, ist keinem Zweifel unterworfen, sowie zum Beispiel noch vor wenigen Tagen hier von dem Kurfürsten selbst Geistliche aus E. K. M. Landen die priesterliche Weihe erhalten haben . . . 1787 März 6

»Der Streit zwischen dem römischen Hofe und den Erzbischofen wird noch immer mit Lebhaftigkeit fortgeführt, und selbst einsichtsvolle Katholiken besorgen, dass am Ende ein völliges Schisma die Folge desselben sein dürfte. Der Kurfürst von Cölln soll indess, wie ich von mehrern, die es zuverlässig wissen können, gehört, sich in einiger Verlegenheit befinden und zu fürchten scheinen, dass er zu weit gegangen. Indess zeigt sich in den öffentlich publicirten Schriften eine sehr grosse Erbitterung sowohl gegen den römischen Hof überhaupt als gegen den hiesigen Nuntius, der unter andern in einem ohnlängst erlassenen Hirtenbriefe des Kurfürsten sehr hart behandelt wird. Der Papst beweiset dagegen nicht weniger Festigkeit in dem Entschluss, seine Gerechtsame standhaft zu behaupten. Er hat unter dem 21. Januar *a. c.* ein Breve[1]) an den Kurfürsten erlassen, welches nicht eher publicirt werden soll, bis man in Rom siehet, was es für Wirkung thun werde. Indess hat mir der Nuntius dasselbe im Vertrauen auf einige Zeit mitgetheilt, und ich habe mir die merkwürdigsten Stellen aus demselben excerpirt und füge dieselben . . . bei, da hieraus erhellet, wie der Papst die auf seinen Befehl erlassene Declaration des hiesigen Nuntius vollkommen billigt und die letzterm zugefügte Beleidigung als ihm selbst widerfahren betrachtet. Man ist noch immer in Erwartung des Resultats der Untersuchung über die Gerechtsame der Nuntien in Deutschland, welche der Kaiser einer Deputation des Reichs-Hof-Raths aufgegeben hat. Diejenigen, die am besten unterrichtet sein wollen, halten noch immer dafür, es werde dasselbe nicht so nachtheilig für den Papst ausfallen, als es von den Erzbischöfen gewünscht wird« . . .

---

77. Schriftwechsel zwischen dem Fürsten Schaffgotsch, Bischof von Breslau, und dem Cabinet.

Rückkehr nach Preussen. Coadjutor. Wahlrecht des Dom-Capitels. März 7

Schaffgotsch. Johannisberg März 7.

R. 46. B. 78. Abschrift.

»E. K. M. haben mir mein allersubmissestes Gesuch, in Allerhöchstdero Staaten zurückzukehren und mein Leben unter Allerhöchstdero Schutze bei meiner Kirche beschliessen zu dörfen, abzuschlagen befunden.[2])

»Tief hat mich diese allerhöchste Entschliessung gebeuget, aber un-

---

1) Bei *Pacca Memorie storiche* p. 264 mit dem Datum des 20. Januars.

2) Vgl. No. 6 u. 7.

1787 März 7 möglich alle Hoffnung vernichten können, welche die Güte des Herzens E. K. M. in mir unterhält, durch meine ungeheuchelte Reue und Submission noch dereinst eine gänzliche Vergebung meiner ehemaligen Fehler erlangen und die Gnade verdienen zu können, mich meinem Souverän noch vor meinem Ende persönlich zu Füssen legen zu dörfen.

»Ich würde die wenigen Tage, die mir zu leben noch übrig sind, nur dazu anwenden, die widrigen Eindrücke zu verlöschen, welche jene innigst bereueten und gebüssten Fehler in dem Gemüthe E. *pp.* zurückgelassen, deren schmerzhaftes Andenken ich aus meiner eigenen Seele jemals vertilgen zu können, verzweifle.

»Wie ich indessen alles bloss von der Gnade und Grossmuth E. *p.* erwarte, so habe ich in Rücksicht meiner hohen Jahre und in Gemässheit der mir von E. *pp.* allergnädigst bekannt gemachten Gesinnung mich entschlossen, einen Coadjutor zu verlangen, und ich erkühne mich hierdurch, E. K. M. um Allerhöchstdero Genehmigung zu bitten.

»Da jedoch dieser Coadjutor mir dereinst im Bisthum nachfolgen soll, meinem Dom-Capitul aber das Wahlrecht nicht nur von je her zugestanden, sondern auch demselben von des höchstseligen Königs Maj. unter'm 18.[1]) Januar 1748 bei meiner eigenen Gelangung zum Bisthum neuerdings . . . bestätiget worden, so schmeichle ich mir, dass E. K. M. dasselbe bei seinen alten Rechten, Privilegien und Prärogativen . . . zu schützen und zu erhalten geruhen, das Dom-Capitul aber sich dieses allerhöchsten Schutzes durch die Wahl selbst eines E. K. M. wohlgefälligen Subjects würdig zu erzeigen wissen werde.

»In dieser Voraussetzung und womit ich nichts, was von mir abhängt und mein aufrichtiges Verlangen, E. K. M. allerhöchstes Wohlgefallen zu verdienen, bestätigen kann, unterlasse, habe ich bereits an das Dom-Capitul geschrieben und demselben meine, den Absichten E. K. M. gemässen Gesinnungen zu erkennen gegeben.

»Da inmittelst das Bisthum auch unter k. k. Landeshoheit ansehnliche Domänen besitzet, so liegt sowohl dem Dom-Capitul als mir ob, die Genehmigung des hiesigen Hofes geziemend nachzusuchen.

»Möchte doch dieser für mich, das Bisthum und mein Capitul so wichtige Schritt mich in den Augen E. K. M. Allerhöchstdero Gnade und Vergebung weniger unwürdiger erscheinen lassen und Allerhöchstdenenselbten ein annehmlicher Beweis der unbegrenzten Ehrfurcht, Submission und Gehorsam sein, in welchen ich ersterben werde.«

März 28 Cabinets-Schreiben. Potsdam März 28.

Nach dem Drucke im *Diöcesanblatt für den Clerus der Breslauer Diöcese* 2, 20 f.

»E. L. Schreiben vom 7. d., wodurch Mir dieselben Dero Entschluss bekannt zu machen, einen Cuadjutorem, der Sie dereinst im Bisthum nach-

1) Vielmehr am 7. bezw. 9. Januar. S. Band 3, 102.

folgen soll, zu verlangen und zu dem Ende um meine Genehmigung zugleich nachzusuchen beliebten, ist Mir wohl zu Handen gekommen. Da Ich nichts darwider zu erinnern habe und solches ganz gern geschehn lassen will, so ertheile E. L. Ich hiedurch ohne die geringste Schwierigkeit Meine Einwilligung dazu, und autorisire zugleich das Dom-Capitul zu Breslau, nach dem ihm zugestandenen Wahlrecht E. L. zum Coadjutor, wie Ich hoffe, ein Mir wolhgefälliges Subjectum zu erwählen und zu ernennen.« 1787 März 28

---

78. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Danckelman. Breslau 1787 März 7. März 7

R. 96. 249. J. Mundum.

Die General-Schulen-Administration. Verkauf der schlesischen Jesuiten-Güter.

»In . . . Befolgung der . . . Ordre vom 27. v. M. habe ich . . . die General-Schulen-Administration angewiesen, . . . sich hinfüro an den Etats-Ministre Grafen v. Hoym zu wenden . . .

»Indem E. M. ich dieses in pflichtschuldigster Unterwerfung anzeige, hoffe ich zugleich . . ., diese allerhöchste Verfügung keiner Unzufriedenheit E. M. über meine bisherige Verwaltung zuschreiben zu müssen und mich darüber um so mehr beruhigen zu dürfen, als das Vermögen des Schulen-Instituts sich während der Zeit, dass mir die Aufsicht über dessen Administration anvertraut gewesen, merklich aufgenommen hat, hiernächst auch das dem letztern mit dem Etats-Ministre Grafen v. Hoym gemeinschaftlich erstattetem Bericht[1]) von mir beigelegte Promemoria E. M. überzeugt haben wird, dass ich es mir zur Pflicht gemacht hatte, einen solchen Vorschlag zu thun, wodurch sowohl der Verkauf der Jesuiten-Güter bewerkstelligt als auch die dabei intendirte Absicht ohnfehlbar erreichet werden würde.«

---

79. Immediat-Bericht des Marquis Lucchesini. (Mainz) 1787 März 8. März 8

R. 92. Stein 21. Eigenhändiges Mundum.[2])

Die ihm von Kurmainz für Rom ertheilte Instruction.

»Les chemins abominables, que j'ai recontrées, m'ont empêché d'arriver ici à Mayence avant le 6. de ce mais. Mon incognito ne me permettant pas de sortir de jour de mon auberge, ce ne fut qu'hier au soir que je reçus des mains du comte d'Hazfeld mon instruction, dont j'ai lieu d'être content et de me promettre une bonne réussite à Rome. Elle est écrite dans les mêmes principes que la note envoyée à V. M.; mais on ne part de là que pour faire valoir le sacrifice, qu'on est prêt à faire

---

1) S. No. 70.

2) Die chiffrirten Stellen in den Berichten Lucchesini's sind vom Land-Jägermeister Stein entziffert.

1787 März 8 à la bonne cause. Du réste l'électeur m'autorise par cette instruction à présenter à Rome un plan de réconciliation satisfaisant et acceptable de deux côtés et qui est digne de la médiation de V. M. Aujourd'hui, Sire, je n'aurais pas le loisir de le porter en entier à la connaissance de V. M., mais j'espère, qu' Elle sera satisfaite d'apprendre, que l'on se contente ici de voir les choses remises *in statu quo*; qu'on se propose de laisser tomber les engagements pris au congrès d'Embs [et de faire signer, négocier coadjuteur fait sur la remis de tenir la même conduite envers la cour de Rome][1]). J'ai employé la nuit passée en conférence avec les trois ministres de l'électeur, pour éclaircir plusieurs points de l'instruction, et je les ai trouvés aussi éclairés sur là que sincèrement portés à la réussite de l'affaire. Ce soir je verrai l'électeur, et après mon audience je me remettrai tout de suite en route pour l'Italie . . . Pour cette fois je dois chiffrer mon nom aussi; pour tenir secrète ma course avec l'électeur, j'ai même pris un autre cachet.«

März 10 **80. Bericht des Residenten Ciofani.** Rom 1787 März 10.

R. 9. Z. Z. Eigenhändiges Mundum.

Die ihm aufgetragenen Unterhandlungen.

. . . »Je ne saurais pas faire sur l'instant mes rapports sur toutes les affaires, dont V. M. m'a fait l'honneur de me charger[2]). En général je ne manquerai pas de m'acquitter au plus tôt de mes devoirs. Je m'empresse pour l'affaire de la diminution des fêtes, qui ne souffre point des difficultés, afin que tout soit arrangé au temps, que V. M. vient de me marquer. Pour entamer la coadjutorie de Breslau, il faut que V. M. me fasse remettre le consentiment authentique de l'évêque, ce consentiment étant indispensable selon toutes les règles ecclésiasques. C'est le seul entrave de cette affaire. La plus épineuse est celle qui concerne les dispenses des mariages; mais je n'en parlerai que lorsque j'aurai fait là-dessus mes réflexions et mes tentatifs.«

März 12 **81. Ministerial-Erlass an die Regierung zu Mörs.** Berlin 1787 März 12.

Mörs Eccles. Concept, gezeichnet von Zedlitz.

Der katholische Clerus darf die Leichen seiner Religions-Verwandten begleiten.

»Bei den von Euch in Euerm . . . Bericht[3]) vom 22. v. M. angezeigten Umständen kann der dortigen katholischen Geistlichkeit wohl zugestanden werden, bei Begräbnissen ihrer Religions-Verwandten die Leiche

---

1) Rand-Bemerkung von Stein: »Ce passage n'a pas pu être déchiffré.«

2) S. No. 50. 57. 58. 60.

3) Hier heisst es: »Bei den Leichen hieselbst ist es nun hergebracht und ein alter Gebrauch, dass die Geistlichen unmittelbar vor der Bahre gehen und

nach dortigem Gebrauch, jedoch ohne weiteres Gepränge und Ceremonien, zu begleiten, und verstehet sich übrigens von selbst, dass gedachte Geistlichkeit mit Bestattung protestantischer Leichen nichts zu thun hat, folglich auch bei solchen Conducten sich nicht eindringen kann.« 1787 März 12

82.[1] **Ministerial-Erlass an »das Barfüsser-Augustiner-Kloster zu Strehlen«.** Breslau 1787 März 16. März 16

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 42). Concept, gezeichnet von Hoym.

Absetzung des bisherigen Priors.

»Da die Bürgerschaft zu Strehlen neuerdings . . . gebeten, dass der katholische Curator und zeitherige Vicarius des dortigen Barfüsser-Augustiner-Convents, Pater Abraham, in Betracht seiner in denen weihbischöflichen Untersuchungs-Actis erwiesenen und theils selbst eingestandenen, auch andern der Bürgerschaft bekannten Vergehungen in seinem geistlichen Amte, auch sonstigen extravagirenden Lebensart in Folge des wider ihn ergangenen Provincial-Decrets abgesetzt und ein anderer exemplarischer Seelsorger in der Person des Subprioris Pater Robertus angestellt werden möge, auch diesem Gesuch S. K. M. . . . zu willfahren geruhet: als wird solches dem obgedachten Convent mit der Bedeutung bekannt gemacht, dass fortmehro der Pater Abraham des erwähnten Priorats und Vicariats entlassen und dagegen diese Functiones dem Pater Robertus anvertraut sein sollen« . . .

83. Ministerial-Erlass an den Geheimen Rath Dohm in Köln. Berlin 1787 März 17. März 17

R. 34. 52. B. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Tadel seiner Haltung gegenüber dem päpstlichen Nuntius. Aussicht auf eine National-Kirchen-Versammlung. Priesterweihe und landesherrliches Placet in Kleve-Mark.

»Ihr waret durch das Rescript vom 3. Februar d. J. angewiesen und ermächtiget, dem dortigen päpstlichen Nuntio zu eröffnen, dass Wir keine

solchergestalt gleichsam die Leichen führen. Dieser Gebrauch veranlasste das römisch-katholische Consistorium bei uns zur Anfrage, ob es nämlich ihrem Pfarrer nicht erlaubt sein möchte, seine Pfarrkinder ebenso wie die protestantische Geistliche zu Grabe zu führen und zu begleiten. Als wir das Gesuch des Consistorii der hiesigen reformirten Geistlichkeit zum Gutachten und Bericht zugefertiget hatten, erklärten sich selbige dahin, dass sie nachgeben könnten, dass der römisch-katholische Pfarrer, jedoch unter der in der königlichen Concession enthaltene Einschränkung, alle katholische Leichen selbst und allein begleiten, wohingegen demselben denn auch zur Pflicht gemachet werden müsse, sich künftig bei protestantischen Leichen nie wieder als Führer einzufinden. Da nun in der allerhöchsten Concession*) dieserhalb nichts bestimmet worden, auch wohl deshalb nichts hat festgesetzet werden können, so stellen wir E. K. M. . . . anheim, ob dem Gesuch des katholischen Consistorii zu willfahren.«

1) Vgl. No. 75.

*) Band 4, 523.

1787 März 17 unmittelbare Bekanntmachungen, Verkündigungen, Behändigungen päpstlicher Verordnungen, Verfügungen *p.* in den clev-märkischen Landen zugeben werden, sondern deren vorgängiger Einsendung durch Euch gewärtig seien. Es ist Uns aber ganz unerwartet gewesen, dass Ihr diese Äusserung, statt, wie es sich wohl nach den Verhältnissen gegen die Nuntiatur von selbst verstanden hätte, mündlich gethan, solche in Form einer Ministerial-Note an dieselbe nach Eurem Berichte . . . vom 6. *m. c.* gebracht habt. Da Unsere königliche Würde von dem Papst noch nicht mit der behörigen Förmlichkeit und Feierlichkeit erkannt ist, da die Sendung des Nuntii Uns, wie Ihr in Eurem Berichte vom 26. Januar *a. c.* selber eingesehen, nicht bekannt gemacht worden, da er von Uns gar nicht erkannt wird, da ihn sogar der Kurfürst zu Cöln nicht erkennet und da Ihr mit ihm in gar keiner Ministerial-Verbindung und Verhältniss stehet, so werdet Ihr das Unschickliche Eures gemachten Schritts von selbst einsehen. Ein protestantischer Souverän weiss von apostolischen Nuntien und Nuntiaturen nichts, sondern siehet jene als Gesandten eines römischen Hofes an, und wenn er auch der Gewissensfreiheit wegen oder wegen des durch öffentliche Verträge gesicherten katholischen Religions-Zustandes seiner Lande der Ausübung der päpstlichen Rechte nachsehen muss, so ist doch eine öffentliche und feierliche Anerkennung und Einräumung immer bedenklich.

»Wir erlassen indessen an Unsere clevische Regierung die abschriftlich beigefügte Verfügung, und Ihr müsset dem Nuntio zu verstehen geben, dass er Eure Note nicht als eine Ministerial- und öffentliche, sondern als eine Privat-Äusserung anzusehen habe, indem Ihr nur zu einer mündlichen Eröffnung angewiesen gewesen. Ihm und dem römischen Hofe wird eine so öffentliche Äusserung sehr willkommen gewesen sein, hingegen muss sie an andern Höfen desto mehr auffallen.

»Wie der Kaiser das Benehmen des Nuntii ansehe, solches ersehet Ihr aus dem abschriftlich angebogenen Concluso [1]) vom 27. Februar *a. c.*, und dem Verlaute nach dürften die meisten deutsche Bischöfe den Embser Schlüssen beitreten. Alsdann wird die Sache gewiss, wo nicht eine National-Kirchen-Versammlung veranlassen, doch zur Reichs-Anliegenheit werden.

»Wir erwarten von Unserer clevischen Regierung wegen der erzbischöflich-kölnischen Anmaassungen noch Bericht, bemerken Euch aber, dass die Priester-Weihe, die Ihr anführet, zu den *iuribus ordinis*, nicht *legis dioecesanae* gehöre und dass erstere auch von fremden Bischöfen ausgeübet werden können, wenigstens nicht an ihren Kirchensprengel gebunden sind, wenn nur der Ordinarius es verstattet. Die clevische Geistliche müssen die Priesterweihe nothwendig von auswärtigen Bischöfen nehmen, z. E. zu Rüremonde *pp.*, da sie keinen eigenen Dioecesanum haben.«

---

1) Des Reichs-Hof-Raths; s. *Münch, Geschichte des Emser Kongresses* (*Karlsruhe 1840*) S. 229.

Gleichzeitig Ministerial-Erlass an die klevische Regierung: »Wir befehlen Euch vorläufig, der gesammten Geistlichkeit römisch-katholischen Glaubens in den clev-märkischen Landen bei scharfer Ahndung anzudeuten, dass sie niemals päpstliche Bullen, Breven, Rescripte, Verordnungen, Verkündungen, Ladungen eines päpstlichen Nuntii anders als durch Euch empfangen und annehmen sollen, indem sie allezeit an Uns zur Genehmigung eingesandt und von Uns Euch zugefertiget werden sollen.« 1787 März 17

---

84. Königliche »Declaration«[1]. Berlin 1787 März 19. März 19

R. 9. CCC. Concept, geschrieben von Svarez. Gedruckt im *Novum Corpus Constitutionum Brandenburgico-Prussicarum* 8, 807 und der Korn'schen *Neuen Sammlung* 1, 183 ff.

»Die Schenkungen und Vermächtnisse an einländische Universitäten und Schulen betreffend.«

»Wir Friedrich Wilhelm u. s. w. thun kund und fügen hierdurch zu wissen. Es sind bisher Zweifel darüber entstanden, ob die Vorschrift des Edicts vom 21. Juni 1753[1]) wegen der Einschränkungen der *ad pias causas* geschehenen Vermächtnisse und anderer Zuwendungen auch auf diejenigen zu ziehen sei, welche an einländische Universitäten, Schulen und andere öffentliche Erziehungs-Anstalten gemacht worden.

»Nun ist zwar schon durch eine Circular-Verordnung vom 16. September 1771[2]) festgesetzt, dass dergleichen Vermächtnisse und Schenkungen nur zu Gunsten solcher Personen, welche dem Erblasser oder Schenkenden näher als Geschwister verwandt sind, ingleichen der Geschwister, wenn diese ihren Umständen nach dürftig sind, der Einschränkung des Edicts unterworfen sein sollen. Da aber durch diese Declaration, wie die Erfahrung gelehrt hat, noch nicht allen Zweifeln und Ungewissheiten abgeholfen werden, so haben Wir nöthig gefunden, Unsere allerhöchste Willensmeinung darüber nachstehender Maassen annoch näher und bestimmter zu eröffnen.

»Überhaupt wollen und verordnen Wir, dass die den einländischen Universitäten, Schulen und andern dergleichen öffentlichen Lehr- und Erziehungs-Anstalten geschehene Vermächtnisse und sonstige Zuwendungen unter den Einschränkungen des Edicts vom 21. Juni 1753, gleich den § 6 schon ausgenommenen Stipendien, nicht begriffen sein, vielmehr solche, wenn sie gleich die Summe von 500 Thalern übersteigen, insofern nur sonst die Disposition an sich gültig und zu Recht beständig ist, ganz und gar voll bezahlt werden sollen.

---

1) Die Declaration wurde dadurch veranlasst, dass ein zu Gunsten von »Studirenden im Werder'schen Gymnasio« in Berlin und zu Gunsten der Berliner Freischulen gemachtes Vermächtniss des Geheimen Rathes Pültz von der Mutter und Tochter des letzteren unter Anrufung des Edictes vom 21. Juni 1753 und der Declaration vom 12. März 1754 (s. Band 3, 381 u. 445) angefochten wurde.

2) *Novum Corpus Constitutionum Brandenburgico-Prussicarum* 5, 1, 333.

1787 März 19

»2. Es versteht sich jedoch dabei zuvörderst von selbst, dass durch dergleichen Vermächtnisse und Schenkungen diejenigen, welchen nach den Gesetzen ein Pflichttheil zukommt, daran nicht verkürzt, vielmehr, wenn solches dennoch geschehen, die geschenkte oder vermachte Summe so weit, als es zur Ergänzung des Pflichttheils erforderlich ist, gleich andern Vermächtnissen oder Schenkungen heruntergesetzt werden müsse.

»3. Wenn durch eine dergleichen an Schulen, Universitäten u. s. w. gemachte Zuwendung das Vermögen oder der Nachlass des Geschenkgebers oder Erblassers dergestalt erschöpft würde, dass solche nicht ferner zureichten, denjenigen Personen, welchen derselbe nach den Gesetzen Alimente zu geben verpflichtet ist, diese Alimente aus dem Überrest des Vermögens oder Nachlasses zu gewähren, so soll zwar die Zuwendung an und für sich gültig und zu Recht beständig sein, es sollen aber die Revenuen des Geschenks oder Vermächtnisses zu Ergänzung der solchen Personen zukommenden standesmässigen Alimente, so weit als sie dazu erforderlich und hinreichend sind, verwendet werden.

»4. Diese Bestimmung und Verwendung soll jedoch nur so lange dauern, als die Befugniss dieser Personen von dem Geschenkgeber oder von dem Erblasser, wenn letzterer noch am Leben wäre, Alimente zu fordern, besteht. Sobald nachher diese Befugniss durch den Tod des zu Ernährenden, durch Verbesserung der Vermögens-Umstände desselben, durch seine eintretende Fähigkeit, sich seinen Unterhalt selbst zu verdienen, durch Verheirathung einer Person weiblichen Geschlechts oder aus irgend einem andern rechtlichen Grunde hinwegfällt, so soll auch die im vorigen Absatz bestimmte Einschränkung solcher Zuwendungen aufhören und dieselben der Universität, Schule oder anderm öffentlichen Lehr- und Erziehungs-Anstalt, welcher sie zugedacht sind, zum vollen Genuss und freien Disposition überlassen werden.

»5. Alles was vorstehend § 2 bis 4 wegen des aus Schenkungen und Vermächtnissen an Schulen und Universitäten den nahen Verwandten des Geschenkgebers oder Erblassers zu reservirenden Pflichttheils, imgleichen der Alimente verordnet ist, soll auch bei solchen Zuwendungen, welche zu Armen- und Waisenhäusern, Hospitälern, Stipendien und andern dergleichen Fundationen zugedacht und in dem § 6 des Edicts vom 21. Juni 1753 ohne Einschränkung für gültig erklärt worden, Statt finden und angewendet werden.

»Wir befehlen also hiedurch Unseren sämmtlichen Regierungen und Landes-Justiz-Collegiis, auch anderen Gerichten, sowie überhaupt jedermänniglich, sich in allen künftig vorkommenden Fällen nach der gegenwärtigen Verordnung gebührend zu achten.«

85. Ministerial-Erlass an den Reichstags-Gesandten Schwarzenau. 1787 März 20
Berlin 1787 März 20.

R. 10. 79. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Wünscht die Nuntiatur-Sache zu einer Reichs-Angelegenheit gemacht zu sehen.

. . . »Die von Euch eingesandte *Betrachtungen über das päpstliche Schreiben an den Bischof zu Freisingen*[1]) in der Nuntiatur-Sache sind bündig und einleuchtend. Es ist darin ganz richtig bemerket, dass Wir weder den Nuntium zu Cöln noch zu München erkennen. Um diese Anliegenheit aus dem Grunde zu erledigen, um die Freiheiten der deutschen Kirche durch einen feierlichen Reichsschluss wieder herzustellen und um der einseitigen Anmaassung des Kaisers und seinen verwegenen Aussichten Ziel zu setzen, wäre zu wünschen, dass man diese Sache zu einer Reichs-Anliegenheit machen und zur Comitial-Erörterung und Entscheidung bringen möchte. Alsdenn verlöre auch der römische Hof den Vorwand, dass der Kaiser eigenmächtig verfahre und dass die gesetzgebende Gewalt des Reichs an seinen Verfügungen keinen Antheil nehme. Das Conclusum vom 27. Februar d. J.[2]) kann übrigens nicht anders als den Grundsätzen der deutschen Kirche und Constitution gemäss angesehen werden.«

---

86. Immediat-Schreiben des Dom-Capitels zu Breslau. Breslau 1787 März 20.

R. 46. B. 78. Abschrift.

Coadjutor-Wahl.

»E. K. M. sind wir genöthiget, . . . anzuzeigen, wie der Herr Fürst-Bischof, durch seine hohen Jahre bewogen und die Canones berechtiget, sich einen Coadjutor, der ihn in den wichtigen Obliegenheiten seines Ministerii gehörig unterstütze, auszubitten den Entschluss gefasst und diesen uns mittelst eines Schreibens vom 24. Januar *c. a.* geziemend zu erkennen gegeben habe. Da dieser Coadjutor dem Herrn Fürst-Bischof dereinst nach seinem zeitlichen Hintritte im Bisthum unmittelbar succediren und in allen seinen Würden nachfolgen soll, uns aber das Wahlrecht zustehet, welches nicht nur von des höchstseligen Königs Maj. unterm 18. Januar 1748[3]) durch ein besonderes Privilegium . . . zugesichert, sondern auch von E. K. M. Allerhöchstselbst am Tage der Allerhöchstdenenselbten mit Herz und Mund geleisteten Erbhuldigung, sowie alle Privilegien allen Ständen, auch dieses besondere Vorrecht dem Bisthum und Dom-Capitul vom Throne herab feierlichst und allerhuldreichst bestätiget worden, so hoffen wir von der Gerechtigkeit, sowie von der Weisheit E. K. M., dass Allerhöchstdieselbten uns bei diesem unserem wohlerworbenen Rechte allergerechtest zu schützen und Dero Staate Selbst diesen bei der verschiedenen Landeshoheit, unter

1) Vgl. S. 85 Anm. 2. 2) Vgl. S. 80. 3) Vgl. die Anmerkung zu No. 77.

1787 März 20 welchen die Besitzungen des Bisthums gelegen, interessanten Vorzug . . . zu erhalten geruhen werden.

»In dieser allersubmissesten Zuversicht erkühnen wir uns, E. K. M. . . . zu bitten, . . . zu erlauben, dass wir die weiteren Vorkehrungen treffen dörfen, welche die Canones und Special-Verfassung des Bisthums zur Rechtsbeständigkeit der zu veranstaltenden Wahl erfordern.

»Da die Diöcese von Breslau das ganze Fürstenthum Teschen *quoad spiritualia* in sich begreift, dieses aber sowie ein grosser Theil des Fürstenthums Neisse mit allen darinnen situirten ansehnlichen Domänen des Bisthums unter kaiserlich-königlicher Landeshoheit gelegen ist, so glauben wir genöthiget zu sein, dem ersten bei E. K. M. gethanenen Schritte den zweiten folgen lassen zu müssen, und daher submittiren wir zu allerhöchsten Befunde, inwieferne wir auch die Genehmigung des k. k. Hofes geziemend nachsuchen dörfen und sollen, um diesem keine Gelegenheit zu geben, unter dem Vorwande einer Verabsäumung unserer Schuldigkeit das Bisthum, dessen Unzertrennbarkeit demselben sonst durch die bündigsten Privilegien versichert ist, zum unwiderbringlichen Nachtheil nicht nur der hiesigen Hauptkirche, sondern des Staats selbst zu zergliedern und diejenigen Absichten auszuführen, welche derselbe mit diesem Theile des Bisthums zu haben verschiedentlich zu erkennen gegeben.

»Sobald wir diesen Obliegenheiten genüget haben, werden wir nicht ermangeln, uns wegen eines Tages zur Wahl zu vereinigen und die wahlberechtigten Mitglieder nach der Vorschrift unserer Statuten dazu vorzuladen, E. K. M. aber um die Ernennung eines Commissarii . . . zu bitten, unter dessen Autorität dieses Wahlgeschäfte vollendet werden könne.

»Wir schmeicheln uns bei allen diesen mit dem vorzüglichen Schutze E. K. M., den wir durch die Wahl eines Allerhöchstdenenselbten wohlgefälligen Subjects zu verdienen und . . . zu erkennen unsere erste Pflicht sein lassen werden.

»Bei dieser Gelegenheit hat uns der Herr Fürst-Bischof zugleich seine inbrünstigsten Wünsche, E. K. M. zu einer gänzlichen Vergessung seiner ehemaligen Fehler zu bewegen und die Wiederaufnahme in Allerhöchstdero Staaten zu verdienen, zu erkennen gegeben.

»Da wir, die wir das Glück, unter den sanften Gesetzen E. K. M., welche jeden Tag Ihrer Regierung durch Güte und Wohlthun bezeichnen, zu leben, geniessen, das Unglück, Allerhöchstdero Ungnade zu verdienen, in seinem ganzen Umfange zu schätzen wissen, so haben wir uns dem inständigen Anhalten des Herrn Fürst-Bischofs nicht entziehen können, seine . . . Bitte E. K. M. . . . zu Füssen zu legen und Allerhöchstdero Gnade und Grossmuth . . . zu unterwerfen.«

87. Ministerial-Erlass an den Geheimen Rath Dohm in Köln. Berlin 1787 März 20. 1787 März 20

R. 34. 52. B. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Tadel seiner Haltung gegenüber dem päpstlichen Nuntius. Die echten Grundsätze der deutschen Nation und Kirche. Preussens Verhältniss zu den päpstlichen Nuntien.

»Ihr erkläret in Eurem Berichte No. XXIV vom 13. d. M. das Reichs-Hof-Raths-Conclusum vom 27. Februar d. J.[1]) gar zu sehr zum Vortheil des päpstlichen Nuntii. Es wird dessen Verfahren gänzlich, nicht bloss insofern es die rechtliche Wirkungen der Ehen betrifft, gemissbilliget und cassiret und an sich, nicht bloss weil er den Erzbischof vorbeigegangen, für ungebührlich und unanständig erkläret. Ihr lasset Euch von dem Nuntio und durch seine Eingebungen gar zu sehr einnehmen und vergesset die echte Grundsätze der deutschen Nation und Kirche, die sie von je her behauptet haben und die besonders in Ansehung der Nuntiaturen, ihren Anmaassungen und Missbräuchen von Unsern Vorfahren geäussert worden sind. Unterrichtet Euch davon aus den *Betrachtungen über das päpstliche Schreiben an den Bischof zu Freisingen vom 18. October 1786. 4. 1787. Damiat p.*[2]), besonders aber aus dem kurbrandenburgischen Voto vom 9. Februar 1709 in der evangelischen Conferenz, bei Böhmer'n in *Jur. Eccl. Prot. L. I T. XXX de officio legati § 15 p. 699*, auch aus den Wahl-Handlungen von 1653, wobei völlig gemeine Sache mit den geistlichen Kurfürsten von dem Kurfürst Friedrich Wilhelm gemacht wurde, den Anmaassungen der Nuntiaturen Schranken zu setzen. *Puffendorf, Comm. de reb. Frid. Wilh. L. IV § 40 T. I (p. 180); Moser ad Cap. Car. VII et Franc. I Art. XIV § 4.*

»Unstreitig kann die deutsche Nation und Kirche und deren oberster Advocat mit ihr bestimmen, ob, wie viel, mit welcher Gewalt sie Nuntien zulassen wollen, und sie können sich ihrer auch gänzlich entledigen und darauf bestehen, dass der Papst in Ausübung seiner unstreitigen Rechte und Gerichtbarkeit deutschen Prälaten den Auftrag thue, wie es ehehin geschehen ist.

»Man muss obiges Conclusum aus dem kaiserlichen Edicte vom 12. October 1785[3]) erklären und kann die Verfügung der Wahl-Capitulation Art. XIV § 4 nicht für eine ewige und unwiderrufliche Einräumung einer

1) Vgl. S. 80.

2) Genauer lautet der Titel der Streitschrift: *Betrachtungen über das Schreiben des Papst Pii VI. an den Herrn Fürst-Bischof von Freisingen vom 18. October 1786. Mit deutscher Freimüthigkeit entworfen von Josef Herrmann. Damiat 1787.* Verfasser und Druckort sind pseudonym; dieser war Bonn, jener der kurkölnische Geheime Staats-Conferenz-Rath Waldenfels (vgl. S. 46). Damiate war als Druckort gewählt, um den päpstlichen Nuntius Pacca zu verspotten, welcher Erzbischof von D. war. Vgl. *Weller, die falschen und fingirten Druckorte (Leipzig 1858)* S. 84; *Reusch, Index der verbotenen Bücher (Bonn 1885)* 2, 2, 953. 3) Vgl. S. 30.

1787 März 20 solchen Gewalt und Gerichtbarkeit der Nuntien in geistlichen und kirchlichen Sachen annehmen, als sie bisher usurpiret haben.

»In dem obangeführten Schreiben des Papsts an den Bischof von Freisingen haben Wir mit grossem Befremden die Behauptung gefunden, dass der Nuntius zu München in Unseren Staaten erkannt werde. Im Clevischen conniviren Wir, dass die Katholiken sich an den Nuntium zu Cöln bisher gewendet haben. Aber dass solches auch an den zu München oder gar dessen Subdelegatum zu Düsseldorf geschehe, davon ist Uns nichts bewusst. Ihr müsset Erkundigung einziehen, woher diese päpstliche Behauptung rühre, welche Euch auch belehret, wie vorsichtig man in Ansehung des römischen Hofes zu handeln Ursache habe.«

März 23 **88. Immediat-Bericht des Marquis Lucchesini.** Modena 1787 März 23.

R. 92. Stein 21. Eigenhändiges Mundum.

Gerücht von einer Convertirung in der königlichen Familie.

»Le bruit répandu à Mayence par les adhérents de la cour de Vienne, que le second fils de V. M. [1]) devenu catholique avait reçu de l'électeur une prébende dans le chapitre de Mayence et allait être élu coadjuteur, est arrivé de Vienne en Italie. On m'a fait entendre ici, que l'on me supposait des commissions, pour faire réussir cette affaire à Rome. Je n'ai fait que tourner en ridicule cette fausse nouvelle, en disant qu'en l' Empire, où elle avait pris naissance [2]), il n'y avait plus personne qui ne sût le nom du chanoine, auquel la prébende en question a été conférée, et j'ai assuré, que Messeigneurs les fils de V. M. sont élevés dans la religion de leurs ancêtres, et j'ai nommé le pasteur réformé qui, a soin de leur instruction sur cet objet. Si d'un côté ceci peut être défavorable à ma négociation, d'un autre les bonnes dispositions, dans lesquelles je sais que le pape et son ministre sont vis-à-vis de ce qui peut être agréable à V. M., me fait espérer de réussir. Dans dix jours je serai sûrement à Rome, d'où je rendrai compte tout de suite à V. M. du premier entretien, que j'aurai avec le cardinal Buoncompagni.« [3])

---

89. Bericht der westpreussischen Kriegs- und Domänen-Kammer an das General-Directorium. Marienwerder 1787 März 23.

Gen.-Dir. Westpreussen (Kirchen- u. Schul-S. Gen. 4). Mundum, gezeichnet von v. Domhardt, Radicke, Moldenhawer, v. Stach, Coeler, Valentin, Borbstaedt, v. Pfeil, v. Brauchitsch, Schultz, v. Reck.

Westpreussisches Schulwesen.

»E. K. M. haben mittelst . . . Rescripts vom 15. *et praest.* den 27. *m. pr.* die Beantwortung der von Dero Würkl. Geh. Etats- und Justiz-Ministre Frhrn. v. Zedlitz über die Schul-Einrichtung in Westpreussen erforderten Nachrichten uns . . . zu demandiren geruhet, und wir ermangeln nicht, darauf

»*ad 1* . . . anzuzeigen, dass der Fonds zu der Schul-Einrichtung in

---

1) Prinz Ludwig. 2) Vgl. No. 17. 3) Staats-Secretär der Curie.

Westpreussen aus einem Capital von 200000 Rthlr. besteht, wofür zwei adliche Güter, nämlich Weishoff und Ostrowitt, erkauft worden und daraus, nachdem sie auf den Fuss der andern E. K. M. Domänen-Ämter eingerichtet, eine jährliche Revenue von 10000 Rthlr. aufgebracht und zu Unterhaltung der Land-Schulen verwandt werden. 1787 März 23

»Hievon sollen nach E. K. M. . . . *immediate* dem verstorbenen Ober-Präsidenten v. Domhardt ertheilten Instruction[1]) so viel Schulmeister, als es der Fonds verstattet, doch dergestalt angesetzt werden, dass jeder derselben 60 Rthlr. jährliches Gehalt, ausserdem von der Societät freie Wohnung, einen Magdeburgischen Morgen Gartenland und 24 Fuder Sprok-[2]) und Lese-Holz aus E. K. M. Forsten frei angefahren erhält. Es werden also

»*ad 2* 163 Schulmeister mit 60 Rthlr. jeder hieraus salarirt, und macht dieses eine Summa von 9780 Rthlr.; die übrige 220 Rthlr. sind zur Beihülfe für die Societäten zu Erbauung der Schulhäuser bis hieher reservirt, und wenn dieses vollendet sein wird, so werden sie zu Ansetzung mehrerer Schulmeister gleichfalls angewandt werden. Von diesen etatsmässigen 163 Schulmeistern sind 125 auf das hiesige Departement, 18 für's Ermeland und 20 für den Nez-District repartirt; die Gehälter *ad* 60 Rthlr. für jeden werden aus der hiesigen Domänen-Casse denen Kammern[3]) der beiden andern Departements jährlich *in folle* ausgezahlt, die Ansetzung der Schulmeister aber von diesen allein besorgt. Zu denen im hiesigen Departement erforderlichen Subiectis sind bei der ersten Einrichtung[4]) 37 lutherische Candidaten durch E. K. M. Würkl. Geh. Etats- und Justiz-Ministre Frhrn. v. Zedlitz und 38 deutsch-katholische durch E. K. M. Würkl. Geh. Etats-, Krieges- und dirigirenden Ministre Grafen v. Hoym aus Schlesien anhero gesandt, welche sämmtlich in der vorgedachten Art placirt sind, auch grösstentheils, ausser denen, die gestorben oder anderweit verbessert und versorgt sind, noch existiren. Die übrigen, polnisch-katholischen, sind theils von denen Bischöfen von Ermeland und Culm, theils von der Geistlichkeit vorgeschlagen und sodann angesetzt worden.

»*Ad 3.* Die Ansetzung der katholischen sowohl als lutherischen Schullehrer ist bisher in der Art bewürkt, dass die Subjecte von uns ausgemittelt, die Vorschläge der Geistlichen der Religion, der Beamten, der Regierung oder wer sich sonst dazu empfohlen, angenommen, die Prüfung derselben aber allein der Regierung durch die Geistlichen[5]), sowie die Introduction überlassen worden, der Kammer aber die Gehaltszahlung allein vorbehalten geblieben.

»*Ad 4. Ratione officii* sind sämmtliche Schullehrer der Aufsicht der geistlichen Inspectoren und der Regierung untergeordnet, *ratione personae* aber dem Justiz-Amte, zu welchem die Gemeinde gehört.

---

1) Vermuthlich ist der Cabinets-Befehl vom 6. Juni 1774 bei *Preuss, Urkundenbuch* 4, 97 gemeint. 2) spröde, zerbrechlich. 3) In Königsberg und Bromberg. 4) Vgl. Band 5, 98. 246. 274. 5) Ungeschickt formulirt; der Sinn ist doch wohl: »Die Regierung lässt die Schullehrer durch die Geistlichen prüfen.«

1787 März 24 »*Ad 5.* Die Verbesserung des Schulwesens dürfte seiner innern Einrichtung nach lediglich der Regierung zur Besorgung gehören, dagegen die Vermehrung des Fonds und die daraus entstehende Augmentation der Schullehrer die nächste Verbesserung enthalten, da bis jetzt noch allerdings der Numerus von 125 Schulen auf die ganze Provinz viel zu klein ist.«

---

90. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hoym. Breslau 1787 März 24.

R. 96. 249. N. Mundum.

Coadjutor-Wahl in Breslau. Die vom Wiener Hofe beabsichtigte Einziehung seines Antheils am Bisthum Breslau.

. . . »Gegenwärtig überreiche E. M. . . . in den Beischlüssen die beiden Bittschriften des Fürsten Bischofs [1]) und des Dom-Capituls[2]), worin sie E. M. um die . . . Erlaubniss, zur Wahl eines Coadjutoris schreiten zu dürfen, . . . bitten; und da selbige mir die Abschriften der in eben dieser Angelegenheit an des Kaisers Maj. einreichen wollenden Bittschriften mitgetheilt, so ermangele nicht, E. M. diese Abschriften mit der . . . Anfrage vorzulegen, ob Allerhöchstdieselben . . . zu erlauben geruhen wollen, dass diese Bittschriften nunmehr an des Kaisers Maj. abgehen dürfen.

Eigenhändige Rand-Verfügung des Königs:

»es kan die bitschrift an kaiser abgehn«.

»Sobald E. M. . . . Erlaubniss zu diesem Wahlgeschäft erfolgt, werde ich meine pflichtmässige Obliegenheit sein lassen, dahin zu sehen, dass die Wahl auf niemanden als auf die Person dessen, den E. M. dazu bereits zu bestimmen geruht haben, ausfalle.

»Was demnächst die von Seiten des Dom-Capituls gegen die von dem Wiener Hofe intendirte Einziehung des in seinen Landen belegenen Bisthums-Antheils zu machende Gegenanstalten betrifft, so hat dasselbe, um bei dieser Sache mit aller möglichen Behutsamkeit zu Werke zu gehen, deswegen Bedenken getragen, schon jetzt dagegen öffentlich zu protestiren, weil der Wiener Hof selbst diese Einziehung noch nicht öffentlich erklärt hat, sondern solche vielmehr durch den Vorwand einer zur Sicherheit der jenseitigen Gläubiger des Bischofs und zur Verhütung der fernern Forst-Devastationen ver-

1) No. 77. 2) No. 86.

1787
März 24

hängte Sequestration und Administration der jenseitigen Bisthums-Güter zu cachiren bemüht ist, folglich noch zwei Wege offen sind, den Wiener Hof zur Aufhebung dieser Sequestration auf eine bessere Manier als durch eine laut angebrachte Protestation zu veranlassen. Solche bestehen darin:

»1) dass der Fürst-Bischof selbst diese Aufhebung bei gedachtem Hofe nachsuche. Dieses ist nunmehr von ihm geschehen, und er erwartet annoch die Resolution des Hofes. Sollte dieses sein Gesuch bewilligt werden, so ist die ganze Sache redressirt, und es bedarf alsdann keiner weitern Einschreitung noch Protestation des Dom-Capituls. Sollte aber dieses Gesuch des Bischofs kein Gehör finden, so ist auf diesen Fall

»2) das Dom-Capitul unter E. M. angehoffter . . . Genehmigung entschlossen, sich bei dem Wiener Hofe mittelst einer schriftlich einzureichenden Vorstellung dahin zu erklären, dass es mit den jenseitigen Gläubigern des Bischofs selbst in Unterhandlung treten und dessen dortige Schulden bezahlen, sich aber auch dagegen die eigene Administration der jenseitigen Bisthums-Güter auf so lange ausbitten wolle, bis es wegen seines gemachten Vorschusses an Capital und Zinsen rembourssirt sei.

»Dieses kan geschen.«

»Bei der Rechtmässigkeit dieses letztern Gesuches und wenn es dazu kommen sollte, kann dem Wiener Hofe nur die Alternative übrig bleiben, entweder dasselbe zu bewilligen oder zu refusiren. Erstern Falls würde die Sache ohne weitere Contestation von ihm selbst redressirt werden, letztern Falls aber würde der Refus dieses Gesuchs eine öffentlich erklärte Absicht, den jenseitigen Bisthums-Antheil einziehen zu wollen, enthalten, wodurch alsdann das Dom-Capitul in den *cas* gerathen würde, nicht nur seinerseits gegen einen solchen tractatenwidrigen Schritt des Wiener Hofes zu protestiren, sondern auch den allerhöchsten Schutz und die . . . Einschreitung E. M. anzuflehen« . . .

»Das Dohm-Capitel kan imer auf vorgeschlagener art die Coadjutor wahl für den von mir desfals ernanten printz v Hohenloh anfangen und mus mir den fernern erfolg berichten.«

Cabinets-Schreiben an Fürst Schaffgotsch, Bischof von Breslau, s. März 28 unter dem 7. März.

1787 März 30 **91. Cabinets-Befehl an das Auswärtige Departement.** Potsdam 1787 März 30.

R. 46. B. 78. Mundum, geschrieben von Laspeyres.

Coadjutor-Wahl in Breslau.

»Ich habe nichts dagegen, dass Ihr nach den in Euern Bericht vom 29. dieses enthaltenen Vorschlag an den Etats-Ministre Grafen v. Hoym schreibet, um ihm aufzugeben, die nöthigen Mesures mit den Fürst-Bischof v. Schaffgotsch wegen der erforderlichen schriftlichen Nachsuchung des päpstlichen Consenses zur Wahl eines Coadiutoris zu treffen; Ich bin vielmehr davon sehr zufrieden, sowie auch von allen den, was Ihr wegen Ausfertigung eines Nominations-Patent für den Fürsten v. Hohenlohe und einer Instruction für den Etats-Ministre Grafen v. Hoym, um als Commissarius der Wahl beizuwohnen, Mir anzeiget: welches Ihr alles nur gehörig besorgen lassen könnet« . . .

92.[1] Königliche Bewilligung für den Grafen von Hohenzollern, Bischof von Kulm. Berlin 1787 März 30.

R. 7. B. 23. CC. Abschrift. Das Original war gezeichnet vom Könige, gegengezeichnet von Zedlitz.

Darf über seine Beneficien noch ein Jahr nach seinem Tode verfügen.

»S. K. M. u. s. w. haben hiermit für Sich und Dero königliche Nachfolger dem zeitigen Bischof von Culm, Reichsgrafen von Hohenzollern . . . die Genehmigung ertheilen wollen, über die Revenüen seiner jetzt in Besitz habenden Beneficien, namentlich des Bischofthums Culm, der Abtei Oliva und der zu Pelplin, noch ein Jahr nach dessen Tode als über sein vollkommenes Eigenthum dergestalt disponiren zu können, dass ihm solche durch Schenkungen, Vermächtnisse, Verpfändungen, Cessionen oder wie er es sonst für gut findet, auch einem dritten zu übertragen frei stehe, worüber Allerhöchstdieselben dem gedachten Bischofe die gegenwärtige Versicherungsschrift besonders ausfertigen zu lassen geruhet.«

93.[2] Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Departement und dem Cabinet. 1787.

R. 7. B. 23. BB.

Ansprüche des Erzbischofs von Gnesen auf Kamin in Pomerellen.

Das Auswärtige Departement. Berlin März 30.

Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

»Les primats de Pologne, archevêques de Gnesne, ont possédé depuis 500 ans en Pomerellie un district, qu'on appelle *la clef de Camin*, qui rend un revenu de 6000 écus. Lors de l'occupation de la Prusse occi-

---

1) Vgl. No. 30. 2) Vgl. Band 5, 308. 347.

dentale le Sr. de Brenckenhoff fit saisir pour le Roi ce district comme une *terre domaniale*. Le primat et la cour de Pologne le réclamèrent d'abord avec vivacité comme une *terre mensale* de l'archevêché de Gnesne, en prouvant par des titres incontestables, que les archevêques de Gnesne l'avaient achetée ef possédée comme telle depuis cinq siècles et que ce n'était que par une méprise, que le Sr. de Brenckenhoff l'avait saisie comme une terre domaniale. Le feu roi contesta longtemps là-dessus avec le primat. A la fin il me chargea, Hertzberg, par l'ordre ci-joint du 26. avril 1780 d'examiner ses titres et de voir, si je ne pouvais pas trouver un tempérament. Je proposai alors par le rapport également ci-joint que, le droit du primat étant incontestable, S. M. ne pourrait mieux faire que de traiter la terre de Camin sur le pied des autres terres du clergé, de la garder en administration et d'en donner 50 pour cent, ou la moitié, au primat, ce qui faisait pour la terre de Camin la somme de 2698 écus par an, et que S. M. regagnerait bientôt l'autre moitié par l'administration ou l'augmentation de la ferme. 1787 März 30

»Le feu roi approuva beaucoup ce plan; il fit en conséquence une transaction avec le primat et promit de lui faire payer les 2698 écus par an. Cela se fit par une assignation annuelle sur la caisse de la cour jusqu'à deux ans avant la mort du feu roi, où il cessa de la faire payer. Le nouveau primat de Pologne, Poniatowski, frère du roi, n'a pas cessé depuis ce temps-là de réclamer le payement de cette pension. Lorsque V. M. fut à Kœnigsberg, pour recevoir l'hommage, le député du primat me remit la lettre ci-jointe pour V. M., de laquelle je ne voulus pas l'importuner alors. Depuis ce temps-là le Sr. Zablocki, résident de Pologne, réitère ici à tout moment la réclamation du primat et nous a remis le mémoire ci-joint, dans lequel il fonde les droits du primat sur l'ancien titre d'une terre mensale, sur le traité de partage et de cession, dans lequel le feu roi a assuré à tout le clergé ses possessions, et enfin sur la transaction susdite, que le feu roi a faite avec le précédent primat et par laquelle il lui a promis le payement constant d'une pension annuelle de 2698 écus pour la terre de Camin. Nous sommes obligés d'avouer par devoir, que la réclamation du primat est fondée et incontestable et que V. M. gagne déjà assez en gardant la possession du district de Camin, par laquelle Elle regagnera avec le temps cette pension. Nous soumettons donc au bon plaisir de V. M., si Elle ne voudrait pas, en considération de tout ce que nous venons d'exposer, rétablir le primat de Pologne dans la jouissance annuelle de la pension de 2698 écus pour la terre de Camin et la faire mettre sur l'état de la Prusse occidentale, pour en assurer le payement constant au primat depuis le commencement de son règne, moyennant quoi il se désistera peut-être des arrérages des deux dernières années. Ce sera un acte de justice, que V. M. ne peut pas trop bien décliner et qui fera un grand effet en Pologne et autre part.«

1787 März 31 **Cabinets-Befehl. Potsdam März 31.**

Mundum, geschrieben von Laspeyres.

»Après tout ce que vous venez de me marquer en faveur de la demande du primat de Pologne, archevêque de Gnesne, relativement à la terre de Camin en Pomerellie par votre rapport en date d'hier, je suis de votre avis, qu'il convient de traiter cette terre sur le pied des autres terres du clergé, de la garder en administration et de payer à ce prélat annuellement la somme convenue avec feu le Roi de 2698 écus. En conséquence je le rétablirai, suivant que vous le proposez, dans la jouissance annuelle de ladite somme et le ferai mettre pour cet effet sur l'état de la Prusse occidentale, ce dont vous pourrez l'informer en réponse à sa lettre ci-jointe de retour.«

März 30 **94.[1] Etats-Minister Zedlitz an den Pater Hilarion Robinet, General des Karthäuser-Ordens.**

R. 7. B. 24. CC. Eigenhändiges Concept.

Visitation in Xanten.

. . . »Il se trouve par rapport à la Westphalie une difficulté, à laquelle cependant vous pourrez aisément obvier, Monsieur; et cette difficulté vient de la constitution du pays de Cleve et de sa connexion avec les duchés de Bergue et de Juliers. Ces nommées provinces se croient autorisées par une loi fondamentale d'exclure tout ecclésiastique étranger de la visitation des maisons ecclésiastiques situées dans lesdits pays. Or, comme il y a une maison de votre ordre dans le pays de Juliers, vous trouverez peut-être convenable de choisir parmi les ecclésiastiques de cette maison des visiteurs pour la chartreuse de Xanten.

»Pour vous marquer, Monsieur, ma bonne volonté, je l'ai cru nécessaire de vous prévenir de la contradiction, à laquelle la régence de Cleve est autorisée, en soumettant le reste à votre savoir-faire.«

März 31 **95. Resident Ciofani an (den Etats-Minister Finckenstein).[2] Rom 1787 März 31.**

R. 9. Z. Z. Eigenhändiges Mundum.

Verminderung der Feiertage. Die Ehe-Dispense. Coadjutor in Breslau. Schaffgotsch hat die Vermittelung des Papstes angerufen. Ein Sohn des Königs Coadjutor in Mainz?

»J'ai l'honneur de vous remettre une formule, suivant laquelle on dressera les brefs aux évêques prussiens pour la translation et la diminution des fêtes. Quoique tout soit arrangé selon les souverains ordres de S. M., je ne ferai pas expédier ces brefs qu'après avoir appris, que le roi

---

1) Vgl. unter dem 22. December 1786 und 6. Juli 1787.

2) Oder an den Etats-Minister Hertzberg.

en soit satisfait, d'autant plus qu'il y a assez de temps, pour réduire tout en bon système avant la saison de l'été. Sur cela il ne me reste qu'à vous prevénir, que chacun de ces brefs aura besoin de la somme de 9 écus et 50 sous romains pour les droits de la secrétarie, en sorte que je laisse à la liberté et à la bonté de V. E. de m'en procurer à son temps le remboursement, je ne sais pas si de part du roi ou des évêques. 1787 März 31

»Maintenant je m'en vais donner cours aux autres commissions, dont S. M. me fit l'honneur de me charger; elles sont déjà même entamées. Il faut pourtant vous en avertir, que les facultés, qu'on demande d'accorder aux évêques sur les dispenses des mariages, auront les mêmes bornes et conditions, avec lesquelles on les a données aux évêques autrichiens. Pour ce qui concerne la coadjutorie de Breslau, il faut aussi que je vous répète, que suivant les lois canoniques il est nécessaire d'en obtenir le consentiment de l'évêque et qu'il est même convenable d'en faire part à la cour impériale, à cause de la portion du diocèse qui s'étend sur ses États . . .

»A l'occasion que j'en parlai de vive voix avec Sa S^té^, Elle m'accusa d'avoir reçu une lettre de Mgr l'évêque de Schaffgotsch, par laquelle il réclamait sa médiation auprès de S. M., afin que celle-ci se daignât de lui accorder sa réintégration au mieux possible, ce qui obligerait beaucoup le pape et qui mettrait, selon lui, beaucoup de facilité dans son consentiment. Le pape ne répondra pas à cet évêque que lorsque il aura appris de moi les intentions et le bon plaisir du roi.

»Selon le bruit des gazettes et des lettres particulières on assure ici et partout ailleurs, que le prince royal puîné de Prusse sera élu coadjuteur et successeur de l'électeur de Mayence. Si cela était, imaginez-vous, Mgr, les transports de joie de cette cour« . . .

96.[1] **Bericht des »Breslauschen Ober-Consistoriums«.** Breslau 1787 April 3. April 3

R. 7. B. 20. C. Mundum, gezeichnet von Ferd. Sigism. Frhr. v. Seidlitz, George Heinr. v. Schlechtendall, George Friedr. Wilh. v. Paczensky, Christian Wilh. v. Boehmer, Karl Gottl. Redtel, August Wilhelm Hoyoll, Kaspar Friedrich v. Schuckmann.

Die Katholiken müssen den allgemeinen Busstag mit feiern.

Zeigen an, »dass der *per edictum* vom 28. Februar 1773[2]) verordnete einzige und allgemeine Buss- und Bettag Mittwochs nach Jubilate im hiesigen Bezirk von denen katholischen Glaubens-Genossen ganz gefeiert worden ist; denn da jenes Gesetz keinen Unterschied gemachet hat und § 12 *in fine* des den 8. August 1750 emanirten geistlichen Reglements[3]) sogar die halbe Feier der damaligen vier Busstage in Absicht der Katholiken ausdrücklich verordnet und die darin zur Mitfeier angeführte Ursache

---

1) Antwort auf den Erlass vom 26. Februar.
2) S. Band 4, 494 Anm. 3) Band 3, 286.

1787 April 3 von Seiten der Katholiken, die Vermeidung aller Irrungen und Anstosses im Gottesdienste, bei deren Reduction auf Einen Busstag wohl noch bestehen bleibt, so haben wir auch keinen Anstand genommen, auf die *anno 1780* uns von E. K. M. hiesigem Finanz-Ministerio gegebene Nachricht[1]) der an manchen Orten von den Katholiken geschehenen Contravention und gänzlich unterlassenen Feier des einzigen Busstags nach dessen Antrage durch ein Circulare an sämmtliche katholischen Dominia hiesigen Bezirks die ganze Feier dieses Busstags anderweit einzuschärfen und das General-Vicariat-Amt und den Decanum Winter in der Grafschaft Glatz zu weitern diesfälligen Auflagen an die unterhabende Geistlichkeit zu instruiren.

»Ob nun zwar gleich nach diesem Circulari das General-Vicariat-Amt aus denen durch ein päpstliches Breve auch allhier aufgehobenen katholischen Feiertagen auch die Aufhebung des Busstags hat folgern wollen und wir auch bereits im Begriff gewesen sind, nach Rücksprache mit E. K. M. hiesigen Finanz-Ministerio die Lage der Sache zu E. K. M. Geistlichen Departement Kenntniss und fernern Regulirung zu bringen, so sind doch auch nach neuerlich eingezogenen Nachrichten von hiesigem Finanz-Ministerio ausser einigen gleich geahndeten Fällen, wo sich Katholiken der Mitfeier des allgemeinen Busstags entzogen haben sollten, keine weiter zur Anzeige gekommen, und ist auch von dem Vicariat-Amte wider die Befolgung obgedachten 1780 erlassenen Circularis keine weitere Vorstellung eingegangen, die auch ein päpstliches Breve wegen aufgehobener katholischer Feiertage niemals begründen könnte. Und ist die Mitfeier der Katholiken des einzigen evangelischen Buss- und Bettages nicht allein zu Verhütung des Anstosses und Aegernisses, sondern auch zur Coupirung der Streitigkeiten nothwendig, welche daraus entstehen würden, wenn die katholischen Unterthanen eines evangelischen Dominii an dem allgemeinen Buss- und Bettage zur Arbeit angehalten und die evangelischen allein davon befreiet werden sollten.

»Da nun also die erwähnter Maassen in Schlesien eingeführte Mitfeierung der Katholiken des allgemeinen Buss- und Bettags keine Schwierigkeiten gefunden hat, so ist auch E. K. M. hiesiges Finanz-Departement mit uns darin vollkommen einstimmig, dass es am gerathensten sein dürfte, in Schlesiens nach wie vor bei der einmal bei den Katholiken eingeführten ganzen Feier des allgemeinen Buss- und Bettags zu belassen.«

---

1) Band 5, 367.

97. Immediat-Bericht des Marquis Lucchesini. Rom 1787 April 4. 1787 April 4

R. 92. Stein 21. Eigenhändiges Mundum.

Gute Aussichten seiner Sendung.

»En attendant les ordres de V. M. j'ai l'honneur de Lui marquer, que, quoiqu'à peine arrivé ici, je peux presque assurer d'avance, que [l']objet de ma mission ne sera pas manqué. Au commencement le bruit du changement de religion du second fils de V. M. avait gagné beaucoup de crédit ici, et la nouvelle de mon arrivée, combinée avec cela, avait fait naître l'opinion, que je venais solliciter un bref d'élection pour la coadjutorerie de l'électeur de Mayence en faveur du second fils de V. M. Il serait long et inutile de Vous rapporter, Sire, tous les mouvements, que le cardinal Herzen [1]) s'est donnés, pour mettre des entraves à telle chose, que je vins traiter à Rome. Le sénat [2]), qui est pénétré de reconnaissance pour les expressions obligeantes de V. M. à son égard [3]), m'a beaucoup abrégé les préliminaires de la négociation; il a saisi avec empressement la planche, que la médiation de V. M. vient de lui offrir, pour sauver l'autorité du pape du naufrage, dont elle était menacée en Allemagne. En sentant tout le prix du procédé de V. M., il m'a promis d'en faire part au pape tout de suite, assurant d'avance, que je pouvais compter sur les mêmes sentiments de la part du pape. Ensuite étant entré dans une profonde discussion avec lui sur les motifs, qui ont occasionné le congrès d'Embs, sur la nature des déterminations, qu'on y a prises, sur les immédiats du système, qu'on y adopte et sur les effets cachés, que le temps fera développer, il me réussit de lui faire concevoir très-vivement la nécessité de détacher l'électeur de Mayence de l'association des quatre archevêques d'Allemagne. Voulant aviser aux moyens d'y parvenir, sans manquer à l'instruction, que l'on m'avait donnée à Mayence, j'eus le bonheur, qu'il me proposa, lui le tout premier, de favoriser le projet, qu'on supposait à l'electeur de Mayence, de faire un coadjuteur en la personne du baron de Dienheim [4]), si cependant les cours unies et celle de Berlin principalement croyaient d'être sûres de ses sentiments patristiques. Parvenu à me faire offrir ce que j'étais venu demander moi-même, et ayant avoué au cardinal Buoncompagni que c'était le meilleur moyen de reussir auprès de l'électeur de Mayence, je lui fis sentir en même temps, que ce n'était pas moins de l'intérêt des cours unies que de celle du pape, de songer à mettre sur le siége de Mayence un sujet indépendant de l'empereur et contraire à ses maximes politiques et réelles. Le cardinal Buoncompagni est très-convaincu de cela et voudrait, qu'on portât la même attention

1) Franz Graf zu Herzan und Harras, österreichischer Gesandter an der Curie.

2) Hiermit kann nur der Cardinal Staats-Secretär (Buoncompagni) gemeint sein. 3) S. No. 67.

4) Christof Karl Adam Ludwig Josef Freiherr v. D., Präsident der kurmainzischen Hofkammer.

1787 April 2 et la même activité sur tous les grands évêchés d'Allemagne. Enfin, Sire, ce digne ministre du pape est tel, que je vous l'avais toujours dépeint: ennemi de la cour de Vienne, capable de concevoir les plus grands projets et d'en forcer la réussite par tous les moyens, qui sont en son pouvoir. Après la première audience j'espère de pouvoir envoyer à l'électeur de Mayence le courrier avec la promesse formelle du bref de l'éligibilité; alors ce sera à l'électeur de Mayence à frapper son coup, et quant au reste de la négociation ici je tâcherai alors de la presser, autant que la lenteur ordinaire de cette cour me le permettra« . . .

April 11 **98. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hoym.** Breslau 1787 April 11.

R. 96. 249. J. Mundum.

Die schlesischen Jesuiten-Güter. Unterstützung der Universitäten Halle, Frankfurt und Königsberg.

»Nachdem ich die Revenüen von den schlesischen Jesuiter-Gütern und deren Umstände genau untersucht und die von den Revenus zu bestreitenden Ausgaben mit Sparsamkeit und Ordnung ausgemittelt und festgesetzt, so habe ich nunmehro die Gnade, E. M. den dieserhalb entworfenen General-Etat in der Anlage zur . . . Vollziehung und Zurücksendung . . . vorzulegen.

»E. M. werden daraus zu ersehen geruhen, dass, ohne den Unterhalt der Ex-Jesuiten im mindesten zu verkürzen, an die Universitäten zu Halle, Frankfurth und Königsberg alljährlich 10000 Rthlr. nach Allerhöchstdero Befehl richtig und prompt bezahlt werden können, und dass doch noch 2000 Rthlr. jährlich übrig bleiben, um damit von Zeit zu Zeit die auf den Gütern haftenden Schulden abzulösen und dadurch die Ausgabe an Interessen *successive* immer mehr und mehr zu vermindern.

»Die schlesischen Jesuiter-Angelegenheiten theilen sich übrigens in zwei Gegenstände: (1) in die Administration der Güter und Revenüen selbst, und (2) in die Aufsicht und Direction über die hiesige katholische Universität und die Gymnasia zu Glogau, Sagan, Neisse, Glatz und Oppeln, welche sämmtlich mit exjesuitischen Lehrern besetzt sind, die aus jenen Revenüen ihre Besoldung und Verpflegung erhalten.

»Die Administration der Güter *p.* habe ich E. M. . . . Ordre gemäss bereits übernommen und denen mir untergebenen *p.* Kammern anvertraut; was hingegen *ad 2)* die Versorgung des Schulen-Instituts oder der Ex-Jesuiten anlanget, so ist solche bishero vom Justiz-Departement dirigirt worden, und hat dasselbe auch die Lehrer jeden Orts und die Prediger und Schulmeister in den ehemaligen Jesuiter-Kirchen und auf den Gütern ernannt und ausgewählet.

»Im Fall nun E. M. es bei dieser Einrichtung fernerhin . . . bewenden zu lassen geruhen sollten, habe ich . . . zu erbitten, E. M. wollen die Gnade haben, den Etats-Ministre Frh. v. Danckelmann mittelst besonderer Ordre

dahin anzuweisen, dass er zur Verpflegung des Schulen-Instituts oder der Ex-Jesuiten zwar nach wie vor aus der General-Schulen-Administrations-Casse alljährlich 22 641 Rhlr. 22 Gr. einziehen und unter die Lehrer und Prediger, wie bishero geschehen, vertheilen, gegentheils aber sich nicht entbrechen könne, daraus künftig auch diejenigen Ex-Jesuiten (namentlich: v. Reinach mit 473 Rhlr.; Pater Schwartz mit 268 Rthlr.; Pater Reiffnauer mit 500 Rthlr.; Frater Francke mit 150 Rthlr.; Frater Lang mit 400 Rthlr. und Frater Pfützner mit 300 Rthlr.) aus diesem Fonds *ad dies vitae* zu versorgen, welche ihre Salaria und Pensions bishero aus der General-Administrations-Casse unmittelbar aus der Ursache erhalten haben, weiln sie Mitglieder der Administration gewesen, welche hinfüro überflüssig ist und völlig cessirt, da die *p.* Kammer hinfüro zu Ersparung der Kosten und besserer Verwaltung dieses Geschäfte besorgt.« 1787 April 11

---

99. Immediat-Bericht des Marquis Lucchesini. Rom 1787 April 14. April 14

R. 92. Stein 21. Eigenhändiges Mundum.

Rom willigt ein, dass Dalberg Coadjutor in Mainz wird.

»La nature de cette dépêche m'oblige à me servir du chiffre du duc de Weimar. J'étais à la veille d'avoir une audience du pape, pour lui demander la promesse d'un bref d'éligibilité en faveur du baron de Dienheim, dont j'avais été obligé de faire valoir le dévouement aux principes de l'union germanique et la modération dans les maximes de discipline ecclésiastique, quand un courrier de Mayence arrivé hier après-midi m'apporta la nouvelle du changement de scène et l'ordre de demander pour le baron de Dahlberg[1]) la grâce, que j'avais presqu' obtenue pour Dienheim. Heureusement que peu persuadé de la réussite du projet de l'électeur de Mayence, j'avais encore gardé en poche la lettre de créance, qu'il m'avait donnée pour le pape, dans laquelle il demandait formellement le bref pour Dienheim, en le qualifiant de plus digne de lui succéder; par là du moins j'ai épargné à ce prince une accusation de légèreté, qui n'eut pas inspiré à la cour de Rome de la confiance dans ses maximes et dans ses promesses.

»Mais je dois prévenir V. M. que le baron de Dahlberg n'est pas en bonne odeur à cette cour, par la faute de l'électeur de Mayence et de Heimes.[2]) Celui-ci dit le 21. de janvier de cette année à l'auditeur du nonce à Cologne, que la cour de Rome devait absolument empêcher l'élection de Dahlberg pour coadjuteur à Mayence, parceque c'était un Janseniste déclaré, qui soutenait ouvertement dans ses écrits des thèses réprouvées á Rome. Cependant j'ai fait tout de suite un mémoire, qu'on mettra ce matin sous les yeux du pape, dans lequel j'ai tâché de détruire les mauvaises impressions, qu'on a contre Dahlberg, et d'ôter à ma négociation ici cet air d'inconstance dans les principes, qui serait très-nuisible à la réussite de l'affaire.

1) Karl Theodor Anton Maria v. Dalberg. 2) Vgl. S. 70.

1787 April 14 »V. M. peut être sûre, que je me donnerai toutes les peines imaginables en pressant la conclusion. Au retour du courrier à Mayence je lui ferai parvenir quelques autres notions très-intéressantes sur les affaires générales de l'Europe et particulièrement sur les projets de l'empereur sur l'Italie. Je me flatte, que les ordres immédiats de V. M. viendront rendre authentique ce changement de négociation.

»*P. S.* J'ai la consolation inexprimable de pouvoir annoncer encore ce soir à V. M. sans mystère, qu'il m'est réussi d'obtenir en 24 heures la promesse du bref, qu'on souhaitait tant à Mayence et qui assure la coadjutorie à Mr. de Dalberg. Je joins ici la copie du billet du secrétaire d'État, qui contient cette promesse formelle:

»Au Vatican, ce 14. avril au soir.

»L'opinion avantageuse, que Sa S^{té} avait des talents et du mérite du Mr. le baron de Dalberg, est augmentée par le témoignage très-puissant et par la responsabilité infaillible de l'intéressant mémoire de Mr. le marquis de Lucchesini du 13. avril. Il peut donc assurer S. M. le roi de Prusse (dans la faveur duquel pour le bien-être des Catholiques de ses États Sa S^{té} a une pleine confiance), que dès qu'on demandera dans les formes d'usage le bref pour la coadjutorie, que Mr. de Lucchesini recherche, le St. Père l'accordera avec autant de promptitude que de plaisir. C'est ce que j'ai l'avantage de signifier à Mr. de Lucchesini, en sortant de l'audience du pape, et rempli d'estime et d'amitié, j'ai l'honneur d'être . . . serviteur et ami

Boncompagni.«

April 16 **100.**[1]) **Ministerial-Erlass an die westpreussische Regierung.** Berlin 1787 April 16.

R. 7. B. 20. C. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Zedlitz.

Der allgemeine Busstag.

Theilt den Bericht des Breslauischen Ober-Consistorii vom 3. April mit und befiehlt, »den gedachten Bischöfen begreiflich zu machen, dass wegen der davon zu befürchtenden Irrungen und Störungen diesem Gesuch nicht füglich deferiret werden könne.«

April 18 **101. Immediat-Bericht des Marquis Lucchesini.** Rom 1787 April 18.

R. 92. Stein 21. Eigenhändiges Mundum.

Das päpstliche Breve für den Coadjutor Dalberg. Dafür muss Mainz dem Fürstenbunde treu bleiben und die Bestrebungen des Emser Congresses preis geben.

»Le conseiller Müller[2]) retourne à Mayence avec le bref du pape fait et signé avec une vitesse, qui est presqu' inconnue à cette cour et que le

---

1) Vgl. den Erlass vom 26. Februar.

2) Johannes M., der Historiker, damals in kurmainzischen Diensten. S. dessen *Sämmtliche Werke, herausgegeben von Johann Georg Müller (Tübingen 1810)* 5, 188 ff.; 16, 284 f.

désir de satisfaire aux demandes de V. M. vient d'y introduire. L'électeur m'avait autorisé par son instruction à promettre au pape pour lui et pour le coadjuteur, qu'il lui proposait: 1° qu'ils resteraient tous les deux fidèles à la ligue germanique; 2° que le premier aussi bien que le second laisseraient sans poursuite les conventions arrêtées à Embs et se contenteraient de conserver le *statum quo* dans les affaires de discipline ecclésiastique. Or il faut, Sire, que Mr. de Dahlberg remplisse ces deux conditions, et cela d'autant plus que la cour de Vienne fait semblant d'être très-contente de son élection et de compter sur son devouement à ses volontés. Ce prélat ne peut acheter à plus bas prix la première dignité ecclésiastique de l'Allemagne. L'électeur et le duc de Weimar y réussiront peut-être, et les insinuations de V. M., au nom de laquelle ces conditions ont été arrêtées d'après l'instruction de Mayence, finiront d'ôter les difficultés, qui pourraient encore y rester« . . . 1787 April 18

102. Marquis Lucchesini an den Land-Jägermeister Freiherrn Johann Friedrich vom Stein. (Rom) 1787 April 18.

R. 92. Stein 21. Eigenhändiges Mundum.

Dalberg.

»Faites de grâce en sorte que cet honnête enthousiaste ne soit pas environné par des faux amis attachés à la cour de Vienne. C'est le projet de cette cour-là; je le sais de bonne part« . . .

103. Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Departement und dem Cabinet. 1787.

R. 7. B. 23. BB.

Anspruch des Erzbischofs von Gnesen auf eine Competenz, die Friedrich II. einer Artillerie-Compagnie zugewendet hat.

Auswärtiges Departement. Berlin April 19. April 19

Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

»Nous sommes obligés de rapporter . . . à V. M., qu'outre la compétence de 2698 écus du district de Camin que V. M. a rendue au primat de Pologne[1]), il réclame encore, selon le mémoire ci-joint du résident[2]) de Zablocki, une autre compétence de 1248 écus, que le feu roi a assignés à ses prédécesseurs comme archevêques de Gnesne dès l'occupation de la Prusse occidentale sur les deux baillages de Znin et de Mogilno, mais qu'il a retirés en 1785 après la mort du précédent primat et les a assignés pour l'entretien d'une compagnie d'artillerie à Graudenz. Le ministre d'État[3]) de Gaudi[4]) reconnaît dans la lettre ci-jointe, que cette compétence est due au primat et ne lui a été ôtée que d'une manière arbitraire. Nous soumettons donc au bon plaisir de V. M., si Elle veut rétablir le primat dans la jouis-

1) Vgl. No. 93. 2) Der Republik Polen. 3) Im General-Directorium.
4) Leopold Otto v. G., zu dessen Departement Westpreussen gehörte.

1787 April 19 sance de cette compétence de 1248 écus sur lesdits deux baillages, pour faire cesser cette plainte.«

April 21 **Cabinets-Befehl. Potsdam April 21.**

Mundum, geschrieben von Laspeyres.

. . . »Pour ce qui est de la nouvelle prétention de 1248 écus, que forme le primat de Pologne, comme archevêque de Gnesne, selon le mémoire, que le résident de Zablocky vous a remis et que je vous renvoie ci-joint, de même que la lettre du ministre d'État de Gaudi, comme à ce que vous marquez avoir été assigné par feu le roi après la mort du précédent primat pour l'entretien d'une compagnie d'artillerie à Graudentz, il est trop tard cette année-ci, pour que je puisse faire aucun changement à cet égard dans l'état militaire, mais vous pourrez m'en faire ressouvenir l'année prochaine« . . .

Weiteres liegt nicht vor.

April 20 **104. Johann Christian Josef Freiherr v. Waldenfels, kurkölnischer Geheimer Staats-Conferenz-Rath, an »das königliche preussische Ministerium zu Berlin«.** Bonn 1787 April 20.

R. 34. 52. B. Mundum.

Mittheilung der Emser Beschlüsse.

»EE. EE. sind die Eingriffe bekannt, die der römische Hof seit mehreren Jahrhunderten in die deutsche Kirchen-Freiheit gewagt hat. Die daraus für die deutsche Nation überhaupt und für die erz- und bischöfliche Macht insonderheit entstandenen Beschwerde haben einen starken Zuwachs dadurch erhalten, dass der römische Hof einen neuen Nuntium in München aufgestellt, diesem aber in den sämmtlichen pfalz-bayrischen Staaten die Ausübung derjenigen Gerichtbarkeit übertragen hat, die nach der deutschen Kirchen-Verfassung, den Reichs-Grundgesetzen und einem ohnfürdenklichen rechtmässigen Besitzstand den Erz- und Bischöfen zukömmt. Die von ihnen bei Ihro Päpstl. Heiligkeit dagegen gemachten, mit den wichtigsten Gründen unterstützten Vorstellungen waren fruchtlos; die Herren Erzbischöfe von Mainz, Trier, Kölln und Salzburg, die es vorzüglich betrifft, wendeten sich dahero an Kais. Maj. als den obersten Schutz- und Schirmherrn der deutschen Kirche und baten, dass sie in ihrem ruhigen Besitzstand durch die päpstliche Nuntien nicht gestört und nach Maassgab der kaiserlichen Wahl-Capitulation, *Art. 14. § 1 et seq.*, die Officien des römischen Hofs in Deutschland nicht vermehret würden. Kais. Maj. haben darauf die ohnehin ungesetzliche Jurisdiction der Nuntien in Deutschland aufzuheben geruhet, in dem *sub No. 1* erlassenen Rescript[1]) die Herren Erzbischöfe aufgefordert, in ihre ursprüngliche, seit mehreren Jahr-

1) Vom 12. October 1785; s. S. 30.

hunderten besessene Gerechtsame zurückzutreten. Die vier oben benannten Herren Erzbischöfe berathschlagten sich darüber in einem Convent zu Ems durch ihre Deputirte und legten die alldort beschlossenen Puncten Kais. Maj.... vor. Was Allerhöchstdieselbe darauf erlassen haben, zeigt die Anlag *sub N.* 2.[1]). 1787 April 20

»Da nun das Erzbisthum Kölln sich in die Staaten Ihro K. M. von Preussen mit erstrecket, so habe ich von Ihro K. D. meinem gnädigsten Herrn den besonderen Auftrag erhalten, die Puncten des Emser Convents EE. EE. mitzutheilen und mir gefällige Nachricht zu erbitten, ob und was von Seiten Ihro K. M. wegen des dabei eintretenden landesherrlichen Verhältnisses zu erinnern sein. I. K. D. bezielen dabei nichts als das Beste der deutschen Kirche und sind vorläufig von den reichspatriotischen Gesinnungen Ihro K. M. überzeugt, dass Höchstdieselbe zu Aufrechthaltung deren erz- und bischöflichen Gerechtsamen gegen die römischen Zudringlichkeiten auch in Höchstihro Staaten beizuwirken geruhen werden.«

105.[2]) **Etats-Minister Hoym an das Auswärtige Departement.** Breslau April 21 1787 April 21.

R. 46. B. 78. Mundum.

Vorschläge für das Verfahren bei der bevorstehenden Coadjutor-Wahl.

Erklärt, »dass der Vorgang von *anno 1744* bei der jetzigen Coadjutor-Wahl gar nicht zum Modell dienen kann.

»Es ist nämlich actenkundig[3]), dass der ehemalige Breslauische Bischof Cardinal v. Sinzendorff, als man ihm *in anno 1744* einen Coadjutor in der Person des jetzigen Fürsten Bischofs v. Schaffgotsch geben wollte, weder überhaupt einen Coadjutor noch insonderheit dieses ihm damals sehr widrige Subject anzunehmen geneigt war. Als er endlich durch mancherlei von des höchstseligen Königs Maj. angeordnete Persuasoria dahin gebracht war, dass er in die Coadjutor-Wahl des Fürsten v. Schaffgotsch äusserlich einwilligte, so gelung es ihm, dennoch die Vollziehung dieser Wahl durch heimliche Intrigues bei dem päpstlichen Hofe und durch angestiftete Uneinigkeiten im Dom-Capitul selbst und zwischen diesem und dem Eligendo dergestalt zu hintertreiben, dass solche, weil sie der Papst auf seine heimliche Instigation nicht zugeben wollte, gar unterblieb; wogegen des höchstseligen Königs Maj., durch diese Menées und Umzüge zum gerechten Unwillen bewogen, durchzugreifen und, aller Protestationen des Dom-Capituls, welches sich auf sein Wahlrecht und seine Canones berief, ohngeachtet, den Fürsten v. Schaffgotsch zum Coadjutor zu nominiren befanden.

»Gleichwohl gab letzterem diese *de facto* geschehene Nomination kein Successions-Recht im Bisthum; sondern als er *in anno 1748*[4]) nach dem Tode

---

1) *d. d.* Wien 16. November 1786; s. S. 46 Anm. 2. 2) Vgl. No. 91.

3) Vgl. Band 2, 697* *s. v. Schlesien Coadjutor.*

4) Vielmehr 1747; vgl. Band 3, 720 *s. v. Schlesien Bischof von Breslau.*

1787 April 21 des Cardinals v. Sinzendorff auf königlichen Befehl durch den damaligen Etats-Ministre Grafen v. Münchow *via facti* als Bischof introducirt werden wollte, so wurde er von dem Dom-Capitul, welches ihn nicht gewählt hatte, nicht nur nicht anerkannt, sondern auch gegen seine Person und jeden weitern Vorschritt feierlich protestirt, und als S. M. dem Dom-Capitul drohen liessen, wie Sie die Sache dennoch durchsetzen würden, wenn Sie auch etliche Regimenter marschiren lassen sollten, so erwiederte das Dom-Capitul bloss, wie es nicht Beweise der Macht, die es nie bezweifelt habe, sondern Beweise der Gerechtigkeit von S. M. erwartete.[1]) Zuletzt musste der päpstliche Nuntius von Dresden anhero kommen, es wurden Unterhandlungen gepflogen, und der Nuntius überredete das Capitul, welches jedoch nicht einig war, zu einer Wahl, deren Nichtigkeit dem päpstlichen Hofe den bei solchen Gelegenheiten immer gewünschten Anlass verschaffte, sich einzumischen und das Bisthum zu vergeben.[2]) Als aber bei dieser Gelegenheit das Dom-Capitul sein ihm schon ehehin zustehendes Wahlrecht reclamirte, ertheilten S. M. demselben hierüber neuerdings eine Bestätigung[3]), wofür dasselbe nebst dem Fürsten Bischof 1000 Rthlr. bezahlen musste.

»Da also in dem vorliegenden Falle das Dom-Capitul sein von den ältesten Zeit her ihm zustehendes und neuerdings bestätigtes Wahlrecht *iure proprio* zu exerciren allerdings befugt, so hat es, um zur Wahl des Coadjutors schreiten zu können, schlechterdings nicht nöthig, die päpstliche Einwilligung vorläufig nachzusuchen, und es wird auch bei seiner mir bekannten Wachsamkeit über seine Gerechtsame dem Papst, was diesen Punct betrifft, nie eine Einmischung gestatten.

»Allein nach vollzogener und von Sr. K. M. genehmigter Wahl ist es des *coadiutoris electi* und des *episcopi coadiuvandi* Sache, die Bestätigung bei dem Papste nachzusuchen, welche zu erhalten es auch nicht die geringste Schwierigkeit haben kann, und eben von dieser letztern Bestätigung scheint mir der in EE. EE. . . . Schreiben erwähnte Bericht des Residenten Ciofani zu verstehen zu sein; eine andere vorläufige Einwilligung des Papstes aber zur Unternehmung des Wahl-Actus selbst ist obgedachter Maassen keinesweges erforderlich. Die Nachsuchung und Ertheilung einer solchen Einwilligung des päpstlichen Stuhls würde vielmehr dem Wahlrecht des Dom-Capituls präjudiciren; sie würde den *concordatis Germaniae*, nach welchen der Papst die Rechte der teutschen Kirchen und Capituls unangetastet belassen muss, ferner dem *concilio Tridentino*, in dessen *Sess. 24 cap. 19 de reform.* der Papst allen Concessionen von Indulten und Expectativen selbst renuncirt und die von ihm verliehene für nichtig erklärt hat, und endlich der Disposition in *cap. un. de clerico aegrotante in VI^to* entgegen laufen, durch welche der Papst selbst den Capituln die Befugniss

1) Aus den Acten nicht nachzuweisen.

2) Vgl. *Theiner, Zustände der katholischen Kirche in Schlesien* 1, 344 ff.

3) Band 3, 102.

ertheilt, die Bischofs-Coadjutoren zu wählen und dabei dem päpstlichen Stuhl nur bloss die Bestätigung des Gewählten vorbehält; zu geschweigen, dass eben bei Gelegenheit der obangeführten streitigen und fruchtlosen Coadjutor-Wahl des Fürsten Bischofs v. Schaffgotsch von *anno 1744* der damalige Papst Benedictus XIV. durch den Cardinal Pauluzzi dem hiesigen Dom-Capitul schriftlich erklären lassen[1]): *non solitum esse Sanctae Sedi, pro electionibus coadiutorum, maxime in Germania, edere brevia facultativa, talia concedendo vel demandando, ad quae procedere possunt capitula utendo iure suo, nec dare adhortatoria, nisi cum evenerint dissidia inter episcopum coadiuvandum et capitula, fors etiam non concordia, sed potius ita observari, ut, cum petitus fuerit coadiutor et a capitulo pro iure, quod ipsi competit, electus, proponatur summo pontifici cum testimonio eorum, qui foris sunt, approbandus et confirmandus.* 1787 April 21

»Da nun der Fürst-Bischof v. Schaffgotsch jetzt selbst einen Coadjutor petirt und verlangt, auch sich deshalb selbst an das Dom-Capitul verwendet und dieses mit ihm gemeinschaftlich zu der Wahl desselben die Erlaubniss und Genehmigung Sr. K. M. nachgesucht und erhalten hat, so bedarf es auch keiner anderweitigen Erklärung seiner Einwilligung, noch weniger aber, dass er sich über den vorzunehmenden Wahl-Actum vorläufig mit dem Papst einlasse.

»Nach dieser Voraussetzung ist (1) gegenwärtig und vor der Hand in Rom nichts nachzusuchen, sondern bloss noch die Antwort des Wiener Hofes abzuwarten. Sobald diese und, wie man hofft, gewierig erfolgt ist, kann (2) das Dom-Capitul den Tag zur Wahl mit mir concertiren, solchen gehörig anberaumen und sämmtliche wahlberechtigte Mitglieder dazu vorladen und einberufen, sonach (3) an dem festgesetzten Tage selbst zur Wahl schreiten und solche mit den erforderlichen Modalitäten vollziehen; darüber (4) ein förmliches Wahl-Instrument ausfertigen und die Bestätigung gemeinschaftlich mit dem Electo bei Sr. K. M. nachsuchen. Nach deren Impetration aber allererst haben (5) der Electus und der Bischof bei dem päpstlichen Stuhl für erstern die Confirmation und, weil er auch den *ordinem episcopalem* erlangen muss, die Verleihung eines Bisthums *in partibus* nachzusuchen.

»Aus allen diesen Prämissen ergeben sich bei denen von EE. EE. mir . . . communicirten und hierbei zurück erfolgenden Entwürfen folgende Bemerkungen von selbst.

»1) Lässt sich bei dem jetzigen Fall eine vorläufige Nomination mit einer statutenmässigen Wahl nicht conciliiren. Die letztere gebührt dem Dom-Capitul, und S. K. M. wollen dasselbe bei dem ihm zustehenden Wahlrecht geschützt wissen. Mithin kann keine vorläufige Nomination Statt finden, und es bedarf demnach keiner Ausfertigung eines Nominations-

1) Vgl. Theiner 2, 266. 323.

1787 April 21 Patents; sondern da nach der obgedachter Maassen dem Dom-Capitul ertheilten Bestätigung seines Wahlrechts letzteres nur auf ein Sr. K. M. wohlgefälliges Subject eingeschränkt ist, so bedarf es von Seiten Sr. K. M. bloss einer Empfehlung dieses Subjects: welche Empfehlung dem Dom-Capitul vor der Wahl entweder schriftlich oder mündlich durch den Wahl-Commissarium zu insinuiren ist.

»EE. EE. überlasse daher ergebenst, ein dergleichen Empfehlungsschreiben Sr. K. M. an das Dom-Capitul, statt des übersandten Entwurfs, . . . zu bewirken und mir solches zur Insinuation an das Dom-Capitul . . . zukommen zu lassen. Ich bemerke anbei, dass auch unter der vorigen österreichischen Regierung der Hof zur Wahl nicht nominirt, sondern nur zur Wahl empfohlen habe.

»Sobald demnächst die Wahl vollzogen und von mir davon an S. K. M. Bericht erstattet worden, erfolgt Allerhöchstdero Confirmation, und zwar nicht *in forma* einer Nomination, sondern *in forma* eines Placiti sowohl der vollbrachten Wahl als des von dem Capitul gewählten Subjecti. In dieser Hinsicht würde also

»2) überall, sowohl in dem Commissoriali oder Instruction für mich als in dem an das Dom-Capitul vor der Wahl zu insinuirenden Empfehlungs-Schreiben, alles das, was auf die Nomination Bezug hat, wegzulassen und in letzterwähntem Schreiben der Fürst v. Hohenlohe-Bartenstein bloss als ein Sr. K. M. vorzüglich wohlgefälliges und zu dieser geistlichen Würde und Amt wohl qualificirtes Subject zur vorzunehmenden Wahl . . . zu empfehlen sein.

»3) Werden EE. EE. Selbst . . . befinden, dass in dem vorliegenden Fall die hohen Jahre des Bischofs und die mit solchen verknüpfte schwächliche Gesundheit desselben die alleinige auf beide Bisthums-Antheile gemeinschaftlich passende, übrigens aber in den canonischen Gesetzen bestätigte Ursache abgeben, sein Gesuch um einen Coadjutor und die deshalb zu veranlassende Wahl zu begründen, und dass folglich das in den mir mitgetheilten Entwürfen von seiner Abwesenheit hergenommene Motiv überall wegzulassen sei: zumalen solches höchstens nur für den diesseitigen, nicht aber auch für den jenseitigen Bisthums-Antheil gelten kann, überhaupt aber nicht gesagt werden kann, dass ein Bischof ausserhalb dem Bisthum abwesend ist, so lange er sich in irgend einem Theile und District desselben anwesend befindet; zu geschweigen, dass seine gegenwärtige Abwesenheit nicht mehr, wie sie vorhin es war, freiwillig ist, nachdem er, wie bekannt, gerne hat zurückkehren und sich Sr. K. M. zu Füssen legen wollen, aber unter'm 5. October *a. pr.* von Allerhöchstdenenselben zur Antwort erhalten[1]): *Restez en paix à Johannsberg, pour y passer vos vieux jours en tranquillité.*

---

1) No. 6.

»Demzufolge wäre bei dem Entwurf der Instruction oder des Commissorii für mich 1787 April 21

»a) das, was in dem Introitu von der Nomination und dem Motivo der Abwesenheit gesagt worden, wegzulassen;

»b) in dem *III.* §° desselben würde anstatt des Ausdrucks: *von Uns denominirten Prinzen p.*, zu setzen sein: *von Uns allergnädigst empfohlnen Prinzen p.*

»c) Der *IV.* §ᵘˢ dieser Instruction kann meines Erachtens ganz wegbleiben; denn

»*ad 1*) ist das Wahlrecht des Capituls keinem Zweifel unterworfen und bemerkter Maassen die Wahl mit der Nomination nicht zu combiniren;

»*ad 2*) lässt sich der Aufschub, welcher besorgt wird, sobald der Wahltag mit mir, als dem Commissario, concertirt und anberaumt worden, nicht denken;

»*ad 3*) verlangt der Fürst-Bischof selbst einen Coadjutor, und zwar durch die Wahl des Capituls, mithin wird und kann ihm keiner wider seinen Willen aufgebürdet werden; das Subject aber hat nicht er, sondern die Wahl des Capituls, nach dem Wohlgefallen Sr. K. M., zu bestimmen.

»In dem Anfange des *V.* §ˢ kann also dasjenige wegbleiben, was in Beziehung auf den vorhergehenden *IV.* §ᵘᵐ von den daselbst erwähnten Schwierigkeiten gesagt wird; wogegen das Übrige des *V.* §ˢ, imgleichen der *I.*, *II.*, *VI.*, *VII.*, *VIII.*, *IX.* und *X.* §§ stehen bleiben könnten, jedoch mit der kleinen Abänderung, dass es im *VI.* §° anstatt des Ausdrucks: *denominirten Prinzen p.* heissen könnte: *empfohlnen Prinzen.*«

106.[1] **Das Auswärtige Departement an den Fürsten Krasizki, Bischof von Ermland, den Grafen von Hohenzollern, Bischof von Kulm, und den Etats-Minister Zedlitz.** Berlin 1787 April 22. April 22

R. 7. B. 20. C. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Das päpstliche Breve wegen Verminderung der Feiertage.

»Der königliche Resident Ciofani zu Rom hat nunmehro zufolge der ihm von hier ertheilten Instruction[2]) ein ihm vom päpstlichen Hofe zugestelltes Project eines von dem Papst an die Bischöfe in den königlichen Landen wegen Verminderung der römisch-katholischen Feiertage zu erlassenden Brevis anhero geschickt, um zu vernehmen, ob man hier damit zufrieden sei und nichts dabei zu erinnern habe. Wir communiciren E. E.[3]) hiebei eine Abschrift dieses Entwurfs eines päpstlichen Brevis und erbitten uns Dero Meinung, ob Sie solches der Verfassung der dortigen Diöces[4]), der hier in der darüber gehaltenen Conferenz[5]) genommenen Abrede und

1) Ministerial-Erlasse gleichen Inhalts ergingen an den Weihbischof Rothkirch von Breslau und die westpreussische Regierung. 2) No. 60.

3) An den Bischof von Ermland: »E. Fürstl. Gn.«

4) In der Ausfertigung an Zedlitz fehlen die Worte »der dortigen Diöces«.

5) No. 56.

1787 April 22 überhaupt den Umständen gemäss und nichts dabei zu bedenken oder was Sie etwa dabei zu erinnern finden, alsdenn wir den Residenten Ciofani darnach weiter instruiren werden.«

Der Weihbischof von Breslau antwortete (Breslau 3. Mai): »dass bereits im Jahr 1772 ein päpstliches Aufhebungs-Breve, datirt Rom den 24. Juni[1]), und zwar in Absicht auf die benannten Feiertäge von ganz gleichem Inhalt, für das Breslauer Bisthum bewirket und in der ganzen hiesigen Diöces den 4. Januar 1773 zur Publication gebracht, auch seit der Zeit sich hiernach genau geachtet worden, so dass der gegenwärtige neuere Entwurf für die Breslauer Diöces überflüssig und daher der Antrag des Residenten E. K. M. für dieselbe mich befremden muss . . . Was aber die zwei zu jener Zeit, wo gemeiniglich der Landmann mit der Ernte beschäftigt ist, eintreffende Marien-Täge der Himmelfahrt und der Geburt betrifft, so sind die sämmtlichen Pfarrer schon von je her bevollmächtiget und instruiret, so oft es nöthig, ihren Gemeinen öffentlich zu erklären, dass die Feier derselben in solchem Fall auf den nächsten Sonntag verleget worden und sie ihrer Arbeit ohne allem Bedenken abwarten mögen, weshalb dann auch in diesem Stück allhier schon vorgesehen ist und die Sache keiner anderweiten Bekanntmachung bedarf.«[2])

Mai 4 Der Bischof von Kulm (Oliva 4. Mai): »doch würden meines Erachtens, um alle zwischen den Brodherren und dem Gesinde sich zuereignen könnende Misshelligkeiten zu heben, die *patroni ecclesiarum* und *dioecesium* auf den nächstfolgenden Sonntag zu verlegen sein und es würde alsdenn heissen müssen: *Tibique facultatem facimus, ut solemnia assumptionis et nativitatis B. V. Mariae patronorumque dioecesis et cuiuscunque ecclesiae transferre valeas etc.*«

Die westpreussische Regierung (Marienwerder 4. Mai): »dass die hiesige Provinz vor itzt mit der Verminderung der Feiertage zwar zufrieden sein könne, da vier Feiertage theils abgeschafft, theils vertaget worden (denn der abgeschaffte fünfte Feiertag, das Fest der heiligen Dreieinigkeit, bewirkt nicht den intendirten Nutzen, weil es stets am Sonntage gefeiert worden); indessen würden wir doch wünschen, dass, wenn solches nicht in den Entwürfen für die übrige Bischöfe bereits geschehen ist, der Laurentius-Tag, der gerade in der besten Erntezeit, nämlich den 10. August, einfällt, aus denen in unserm Bericht vom 11. Januar *a. c.* angeführten Ursachen verleget werden möge, wozu der Papst sich auch wegen der in unserm bemerkten Bericht angeführten Gründen wahrscheinlich gern verstehen wird.«

Mai 15 Der Bischof von Ermland (Heilsberg 15. Mai): »dass ich sonsten nichts dabei zu erinnern finde, als dass die Feste St. Andreae des Apostels

1) S. Band 4, 443. 2) Vgl. unter dem 11. Mai.

und St. Adalberti Bischofs und Martyrers, welche beide Festen als derer Patronen der ganzen ermländischen Diöces allezeit sind gefeiert worden, auch für jetzt unter die Zahl der noch bleibenden Feiertagen angesetzt blieben, das Fest St. Joannis des Täufers aber, welches zwar so lange in dieser Diöces ist gefeiert worden, könnte im zukünftigen Brevi auf den nächstfolgenden Sonntag verlegt werden.« 1787 Mai 15

Bericht des ostpreussischen Etats-Ministeriums, s. No. 64. April 23

107. Immediat-Bericht des Marquis Lucchesini. Rom 1787 April 28. April 28

R. 92. Stein 21. Eigenhändiges Mundum.

Plan einer antiöstreichischen Liga in Italien. Angebliche Convertirung in der königlichen Familie.

»Je crois ne pas devoir attendre le courrier de mercredi, pour porter à la connaissance de V. M. ce que le cardinal de Bernis[1]) me dit hier au soir. Je vais rapporter en propres termes une partie de sa conversation. On parlait des projets de l'empereur et de ceux de la Russie, que la France vient de faire éventer, et le cardinal de Bernis ajouta: ‘Il faut songer à l'Italie, qui est plus exposée que l'on ne pense, et aviser aux moyens de rendre un peu d'activité aux puissances italiennes capables de quelque effort. L'Italie donna de tout temps l'empire du monde; j'y ai toujours songé; je crois, que votre cour et vous, vous êtes du même avis, et il ne faut pas douter, que Montmorin[2]) ne le soit aussi. Il suffirait, qu'une puissance armée comme la Prusse fit sentir verbalement et sans aucune sorte d'engagements en France, qu'elle s'intéresse vraiment à la conservation de l'état de l'Italie. Ce même principe serait facilement adopté à la cour de Madrid, et devenu celui de trois grandes puissances, plusieurs petites l'adopteraient sur-le-champ.’ — V. M. verra par là, que le cardinal de Bernis et le ministère de Versailles 1° sont dans Ses principes touchant la cour de Vienne; 2° que le ministre d'Espagne et le cardinal Buoncompagni ont déjà réussi à leur faire adopter en gros mes idées sur la nécessité d'une ligue italique appuyée à la Vôtre, comme celle d'Allemagne l'est à V. M. Il ne me reste pour ce commencement qu'à supplier V. M., au nom aussi d'Azara[3]) et du cardinal Buoncompagni, de faire parler à Montmorin et à Florida-Blanca[4]) par Ses ministres aux cours de France et d'Espagne en termes généraux de la nécessité de s'occuper du sort de l'Italie, pour prévenir l'exécution des projets formés au détriment des Vénitiens et du pape, pour augmenter une puissance, qui est déjà trop considérable. Vous

1) François Joachim de Pierre de B., französischer Gesandter in Rom.

2) Armand Marc, Graf v. Montmorin Saint-Hérem, französischer Staats-Secretär der Auswärtigen Angelegenheiten.

3) Don Josef Nicolaus Azarra, spanischer General-Procurator in Rom.

4) Don Josef Monnino, Graf v. Florida-Blanca, erster Staats-Secretär von Spanien.

1787 April 28 verrez, Sire, par ces ouvertures, que mes espérances sont bien fondées, et V. M. pourra juger de l'avantage, qu'il y aurait à mettre par là les deux cours de Bourbon dans des principes opposés à ceux de la cour de Vienne.

»Le gazetier de Florence s'est permis des tournures très-impertinentes touchant l'absurde nouvelle du catholicisme du second fils de V. M. et sur le faux bruit des négociations du Sr. de Böhmer[1]), pour assurer à ce prince la coadjutorie de Mayence. Dans sa dernière feuille il débite, que, la coadjutorie ayant échappé à V. M., Elle veut porter Mgr. le prince Louis[2]) au siége de Würtzburg« . . .

April 30 **108. Ministerial-Erlass an die klevische Regierung.** Berlin 1787 April 30.

R. 34. 107. Concept, geschrieben von Sellentin, gezeichnet von Zedlitz.

Die Evangelischen in Isselburg haben keinen Anspruch auf Stol-Gebühren von Seiten der Katholiken.

»Bei denen von Euch . . . einberichteten Umständen befehlen Wir Euch, die evangelisch-lutherische Gemeinde zu Isselburg[3]) mit ihrer Forderung der *iurium stolae* von den Katholiken zur Ruhe zu verweisen und ihnen anzudeuten, dass es bei Ertheilung der Concession vom 18. Martii 1779[4]) keinesweges die Meinung gewesen, den Religions-Vergleichen[5]) in Ansehung der daselbst festgesetzten gegenseitigen Befreiung diverser Religions-Verwandten von den *iuribus stolae* zu derogiren, da vielmehr bei der mit Kur-Pfalz damaliger Zeit concertirten Religions-Freiheit für die Reformirten in Rötgen hierauf Bezug genommen worden.«

Mai 1 **109. Bericht des Geheimen Raths Dohm.** Köln 1787 Mai 1.

R. 34. 52. B. Mundum.

Das kurkölnische Diöcesan-Recht in Kleve-Mark.

Übersendet Waldenfels' Schreiben an das preussische Etats-Ministerium.[6])

Unterredung mit dem Kurfürsten von Köln. Er bemerkte: »Was das von mir bezweifelte Diöcesan-Recht seines Erzstiftes betreffe, so wisse er wohl, dass verschiedene in ältern Zeiten von dem hiesigen General-Vicariat und Officialat begangene Versehen und ungebührliche Anmaassungen E. K. M. Vorfahren mit Grunde zum Missvergnügen gereicht und einschränkende Befehle an die Unterthanen veranlasst hätten, auch unter der Regierung des höchstseligen Königs Maj. dieselben in vielen Dingen an den Bischof von Breslau verwiesen wären. Da dieses aber bei der grossen Entfernung den Unterthanen zur grössten Beschwerde gereiche, er, der Kurfürst, aber allen Missbräuchen nachdrücklichst steuern werde und keinen andern Zweck habe, als auch in Absicht E. K. M. zu seiner Diöcese gehörenden Unterthanen

---

1) Vgl. S. 32 Anm. 1. 2) Der zweite Sohn des Königs.
3) Hs.: »Isseldorf.« 4) Band 5, 293. 5) S. Band 1, 73. 85. 6) No. 104.

seine erzbischöfliche Pflichten zu erfüllen und durch vollkommenere Bildung der Geistlichen dieselben zu desto bessern Unterthanen zu machen, so hoffe er, hierin von E. K. M. nicht behindert zu werden, und werde gewiss nie ohne Allerhöchstdero Vorwissen und Billigung eine Verfügung in die clev-märkische Lande erlassen. 1787 Mai 1

»Der *p.* v. Waldenfels äusserte eben dieses und behauptete, dass die Erstreckung der cöllnischen Diöcese über die clev-märkische Lande eine ausgemachte Sache und die dagegen behauptete Vorrechte des weltlichen Regenten, zumal eines protestantischen, eine völlige Anomalie in dem hierarchischen System der römischen Kirche sei und es mit der diesseits behaupteten Gewissens-Freiheit schlechterdings nicht bestehen könne, wenn man die Katholischen einem andern als ihren Bischof in solchen Dingen, die nur allein von diesem geschehen könnten und müssten, unterwerfen wollte.

»Ich antwortete ihm aber hierauf, dass die Regenten von Cleve, Berg, Jülich und Mark schon von den ältesten Zeiten her, wie sie noch Grafen gewesen, sich im Besitz der Exemption von aller und jeder fremden bischöflichen Gewalt befunden, auch darin schon vor den Zeiten der Reformation von verschiedenen Päpsten durch besondere Privilegia bestätiget wären, dass die dagegen geschehene Eingriffe der cöllnischen Erzbischöfe immer ohne Wissen und mit lebhaftestem Widerspruch der Regierung geschehen wären, folglich nichts begründen könnten, mithin E. K. M. nicht zugemuthet werden könne, dass Sie Ihren wohlerworbenen Gerechtsamen entsagten. Der *p.* v. Waldenfels wollte aber von dem diesseits geschehenen Widerspruch vor der letzteren Regierung, wie man den Sprengel des Bischofs von Breslau bis hiehin habe erweitern wollen, nichts wissen und behauptete, dass sich in dem erzbischöflichen Archiv keine Spur davon fände. Ich antwortete ihm aber, er möchte nur recht nachsehen lassen . . . Wie auch der *p.* v. Waldenfels sich auf das Beispiel von Jülich und Berg bezog, wo man die cöllnische Diöcesan-Rechte anerkenne, so zeigte ich ihm, dass eben dieses für die diesseitige Behauptung beweise, weil diese ohnedem sehr eingeschränkte Anerkennung auf einem anfangs dieses Jahrhunderts geschlossenen Provisional-Vergleich beruhe, da auch vorher die kurpfälzischen Landesherrn das ihnen gebührende und von den alten Herzogen von Jülich auf sie gekommene Vorrecht behauptet hätten und, was sie hierin nachgegeben, natürlich die clev-märkischen Lande nichts angehe, auch E. K. M. hohe Vorfahren sich noch zu allem Überfluss dagegen verwahret hätten.

»Der *p.* v. Waldenfels konnte auf meine Gründe zuletzt nichts weiter erwiedern, als dass er die Sache genau untersuchen wollte, indess sich schmeichle, man würde hierunter zu einem billigen Vergleich kommen, da der Kurfürst nichts als das Gute wünsche und seine allemal mit landesherrlicher Genehmigung auszuübende geistliche Oberaufsicht gewiss zum

1787 Mai 1 wahren Wohl, moralischer Bildung und öknomischen Vortheil E. K. M. katholischer Unterthanen gereichen werde . . .

»Die Bemerkung, welche mir E. K. M. in dem . . . Rescript vom 17. März zu machen geruhen, dass die Priester-Weihe ein *actus ordinis*, nicht *iuris dioecesani* sei und daher auch von dem Bischof von Rüremonde und andern so gut wie von dem Erzbischofe von Cölln in Absicht der clevischen Geistlichkeit ausgeübt werde,. hat zwar ihre vollkommene Richtigkeit; es tritt aber hiebei der wichtige Umstand ein, dass kein Bischof einem Geistlichen ausser seiner Diöcese die Priester-Weihe ertheilen darf, der nicht von dem Bischofe, welcher sein Ordinarius ist, ein Dimissoriale beibringt, und dieses auch in Absicht der clevischen Geistlichen vollkommen beobachtet wird, da dieselben sich vom Bischof zu Rüremonde, Lüttich u. s. w. nie zu Priestern dürfen weihen lassen, wenn sie nicht dazu die ausdrückliche Erlaubniss des Erzbischofs von Cölln erhalten haben, wie ich dieses zuverlässig weiss. Mithin wird selbst bei der von andern Bischöfen in E. K. M. Landen ertheilten Priester-Weihe das *ius dioecesanum* des Erzbischofs von Cölln behauptet.«

Mai 2 **110. Immediat-Bericht des Marquis Lucchesini.** Rom 1787 Mai 2.

R. 92. Stein 21. Eigenhändiges Mundum.

Hofft, durch seinen italienischen Plan Frankreich und Oestreich zu trennen.

»J'attends avec respect les ordres de V. M., et je prends la liberté de Lui marquer, que suivant les dépêches du ministre de France et d'Espagne, dont j'ai régulièrement connaissance par le cardinal Bernis et le comte d'Azara, soit par le canal du cardinal Buoncompagni, nous avons lieu de croire, que ces deux cours agréent le plan de défense pour l'Italie, que je soumis avant mon départ au jugement de V. M. Le cardinal Bernis et le ministre d'Espagne, dont la sage politique veille sur le sort de l'Italie, travaillent avec attention à faire accepter ce plan en gros à Versailles et à Madrid. Si cela réussit, comme le cardinal Buoncompagni et moi nous commençons à nous en flatter, V. M. réussira par ce moyen à détacher insensiblement la France de l'empereur, en la ramenant à ses anciens principes, et à donner à la politique espagnole un motif d'agir, qui servirait aussi à l'objet principal de celle de V. M., intéressée à mettre toujours des bornes à la puissance autrichienne. Le cardinal Bernis, qui n'avait aucun crédit auprès de Mr. de Vergennes[1]), en a beaucoup dans l'esprit de Montmorin. C'est donc le vrai moyen d'agir en France dans ce moment-ci que d'entrenir le cardinal Bernis dans l'idée de faire pour l'Italie ce que le cardinal de Richelieu fut pour l'Allemagne. Je sais, que cette idée, que je lui ai jetée en avant, le flatte beaucoup; mais il me dit

---

1) Charles Gravier, Graf v. V., der am 13. Februar 1787 gestorbene Vorgänger von Montmorin.

toujours, qu'il faudra attendre quelque temps, pour préparer le fil des négociations et le concours des bonnes intentions de V. M. manifestées aux cours de Bourbon et Ses bonnes offices à Venise, à Gênes et à Turin au moment qu'on pourra commencer à agir dans tous ces endroits. J'attendrai, Sire, Vos instructions sur ces objets« . . . 1787 Mai 2

111. Schriftwechsel zwischen der westpreussischen Regierung und dem Geistlichen Departement. 1787.

R. 7. B. 24. CC. 1.

Reise-Erlaubniss zur Wahl eines Kapuziner-Provincials.

Die westpreussische Regierung. Marienwerder Mai 2.

Mundum, geschrieben von Schroetter, Schleinitz, Schmiedeberg, Meyer, Scheibler, Ziegenhorn, Fincke.

»E. K. M. haben uns unter Zufertigung des von dem Pater Philipertus als Guardian und Vicarius des Capuciner-Klosters zu Rehwalde unter'm 8. *huius*[1]) bei Allerhöchstdenselben eingereichten Vorstellens, worin derselbe um eine Reise-Permission nach Lublin in Pohlen zur Versammlung des Capitals daselbst gebeten, mittelst . . . Rescripts vom 23. *huius*[1]) zu befehlen geruhet, wegen Zulässigkeit dieses Gesuches unsern . . . Bericht zu erstatten . . .

»Die Absicht, weshalb das Kloster oder vielmehr der Vicarius desselben diese Reise nach Lublin zu thun Willens ist, ist die Wahl eines Provincials dieses Ordens. Es ist nun zwar nach dem von E. K. M. an uns erlassenen General-Rescript vom 16. Mai 1774[2]) *indistincte* befohlen worden, dass alle hiesige Klöster sich von ihren auswärtigen Provincialen los machen und sich eigene Provinciale im Lande wählen sollen; allein durch das nachherig ergangene allerhöchste Rescript vom 23. Januar 1777[3]) ist dies schon dahin eingeschränkt, dass nur diejenigen Klöster, von deren Orden wenigstens zwei hier im Lande sind, sich eigne Provinciale zu erwählen verbunden sein sollen. Aber auch dies ist nicht beobachtet worden und fast nie in Ausübung gekommen; sondern auch diejenige Ordens, von welchen weit mehr als zwei Klöster im hiesigen Lande sind, haben sich nach wie vor zu ihren auswärtigen Provincialen gehalten, welches ihnen auch *connivendo* gestattet worden. Um von vielen Beispielen dieser Art nur eins anzuführen, bemerken wir nur, dass des höchstseligen Königs Maj. dem Provincial Szotorski zu Premiçt in Pohlen[4]) unter'm 22. März 1782 zu gestatten geruhet haben, die Cistercienser-Klöster zu Oliva, Pelplin und Crone visitiren zu dörfen, wodurch also der Verbindung mit einem auswärtigen Obern nachgesehen worden. Bei dem Capuciner-Kloster zu Rehwalde würde nun wohl unsers . . . Dafürhaltens um so weniger ein Bedenken obwalten, demselben die Verbindung mit einem auswärtigen Provincial zu gestatten, da selbiges nur das einzige Kloster dieses Ordens in hiesiger Provinz ist:

1) So! 2) Band 4, 603. 3) Band 5, 194. 4) An der Obra.

1787 Mai 2 aus welcher Ursache auch demselben bereits *per rescriptum* vom 26. April 1779 [1]) die Communication mit den pohlnischen Klöstern unter gewissen Modificationen nachgegeben worden. Bei diesen Umständen würde wohl dem Kloster die erbetene Reise-Permission zum Capitul nach Lublien zur Wahl eines Provincials nicht versagt werden können, und da die Supplicanten nach ihrer Angabe schon den 11. Mai *c.* in Lublien sein müssen und die Zeit viel zu kurz ist, als dass auf unsern diesfälligen Bericht ihnen von E. K. M. diese Permission Selbst . . . noch ertheilt werden könnte, so haben wir unter verhoffter allerhöchsten Approbation, um den Supplicanten den Zweck ihrer Reise nicht zu vereiteln, *dato* denselben diese Reise-Permission auf 6 Wochen ertheilet, dabei aber auch zugleich dem Kloster injungiret, sogleich nach der Wiederkunft des Guardians uns sowohl den neu gewählten Provincial als die vorgefallene Versetzungen der Ordens-Geistlichen anzuzeigen.«

Mai 14 Das Geistliche Departement. Berlin Mai 14.

Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Zedlitz.

»Bei den . . . angezeigten Umständen genehmigen Wir in diesem Fall Euer Benehmen hierunter völlig.«

Mai 4 Schreiben des Bischofs von Kulm und der westpreussischen Regierung. s. No. 106.

Mai 5 **112. Immediat-Bericht des Marquis Lucchesini.** Rom 1787 Mai 5.

R. 92. Stein 21. Eigenhändiges Mundum.

Dalberg soll Coadjutor auch in Worms werden. Plan, den preussischen Kronprinzen mit einer Prinzessin von Parma zu vermählen.

»Je viens de recevoir une lettre de Majence, dans laquelle on me charge de solliciter auprès du pape une autre grâce pour Mr. de Dahlberg, qui aspire à reunir la coadjutorie de l'évêché de Worms à celle de Majence, qu'il a déjà obtenu. Quoique je manque d'ordres particuliers de V. M. là-dessus, j'ai cru remplir Ses vues et Ses intentions, en étayant de Son nom une demande, qui sans un puissant appui rencontrerait beaucoup de difficultés. Car le pape se voyant contesté par les évêques les droits des dispenses en général, il est aujourd'hui plus difficile à accorder celles, que ces mêmes évêques lui demandent, afin de violer les principes du droit canon, pour réunir plusieurs bénéfices sur une seule tête, ou pour posséder deux évêchés à la fois. J'espère, Sire, qu'en approuvant ma conduite, Vous daignerez me donner par Vos ordres un garant de Votre approbation.

»Je les réclame de même pour répondre au ministre d'Espagne ici, qui a exigé de moi de faire la question suivante à V. M.: si, pour s'assurer de toute la reconnaissance de la princesse des Asturies [2]), qui sera le véritable roi d'Espagne à la mort de son beau-père et de beaucoup d'influence

1) Band 5, 295. 2) Marie Luise.

dans le cabinet de Madrid, V. M. pourrait prêter l'oreille à une proposition de mariage entre le prince royal, fils aîné de V. M., et la fille aînée[1] du duc de Parme[2], frère chéri de la princesse des Asturies. J'ai marqué par ma répugnance à me charger de cette ouverture, combien cette idée me paraissait étrangère à la façon de penser du pays, où j'habite. Mais j'aurais cru manquer à mon devoir en refusant de porter à la connaissance de V. M. une proposition qui certainement vient de Mr. de Florida Bianca« . . . 1787 Mai 5

---

113. Schriftwechsel zwischen dem Cabinet und dem Auswärtigen Departement. 1787. Mai 6

R. 46. B. 78.

Coadjutor-Wahl in Breslau.

Cabinets-Befehl. Mai 6.

Mundum, geschrieben von Laspeyres.

»Ihr werdet aus beikommenden Bericht des Etats-Ministre Grafen von Hoym (den Ich hiernächst zurückverlange) ersehen, was der Fürst-Bischof v. Schaffgotsch und das dortige Dom-Capitul wegen der Wahl des Breslau'schen Bisthums-Coadjutoris an den kaiserlichen Hof gelangen lassen und wie gedachtes Dom-Capitul wegen ausbleibender Wiener Resolution, welches vermuthlich die Abwesenheit des Kaisers verursachet, eine vierwöchentliche Frist zur Eröffnung des Wahlgeschäftes sich ausbittet, auch was gedachter Etats-Ministre Graf v. Hoym bei Einwilligung der gebetenen Frist dem Dom-Capitul aufzugeben vorschläget, nämlich: dass bei Ablauf derselben das Dom-Capitul ohne ferneren Verzug zur Wahl schreiten müsse, die Resolution des Wiener Hofes möge erfolgen oder nicht, auch wie sie immer wolle beschaffen sein. Ob aber diese Einwilligung und vorgeschlagener Befehl admissible sei, darüber erfordere Ich Eure Meinung.«

Das Auswärtige Departement. Mai 8. Mai 8

Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Erklären, »dass wir so wie der Graf v. Hoym der Meinung sind, dass das Dom-Capitul zu Bresslau die Einwilligung des Kaisers zu der Coadjutorie-Wahl verlangen müsse, wie auch bei der Wahl des Bischofs Schaffgotsch geschehen, damit der Kaiser keinen Prätext bekomme, den in seinen Landen belegenen Antheil des Bisthums Bresslau einzuziehen, wie er es intendiret. Wir halten aber dafür, dass dem Dom-Capitul eine längere Frist zu dieser Wahl als vier Wochen zu lassen und lieber eine weitere von zwei Monaten und auf eine solche Zeit, da der Kaiser von Cherson[3] wieder zurück sein kann, zu bestimmen sei.«

In diesem Sinne Cabinets-Befehl an Hoym (Potsdam 9. Mai). Mai 9

---

1) Karoline, später mit Prinz Maximilian von Sachsen vermählt.

2) Ferdinand I.

3) Vgl. *Arneth, Joseph II. und Katharina von Russland* (*Wien 1869*) S. 288 ff.

1787 Mai 11 **114. Erlass des Auswärtigen Departements an den Weihbischof Rothkirch von Breslau.** Breslau 1787 Mai 11.

R. 7. B. 20. C. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Verminderung der Feste.

»Da Ihr übrigens selbst anführt[1]), dass die katholische Pfarrer der dortigen Provinz autorisiret worden, die zur Zeit der Ernte einfallende Feste von Mariae Himmelfahrt und Geburt auf die nächsten Sonntage verlegen zu können, die vorige Bullen derselben aber noch nicht ausdrücklich erwähnen, so wird das jetzige Breve wegen obiger beiden Feste auch in dortiger Provinz Anwendung finden, und müsst Ihr Euch also darnach zu seiner Zeit gleichfalls gehorsamst achten und das Nöthige verfügen.«

Mai 13 **115.[2]) Immediat-Schreiben des Grafen von Hohenzollern, Bischofs von Kulm.** Oliva 1787 Mai 13.

R. 46. B. 78. Eigenhändiges Mundum.

Erbittet Verhaltungsbefehle wegen der Coadjutor-Wahl in Breslau.

»V. M. connaît tout mon devouement. Elle sait, que Sa gracieuse volonté sera toujours la règle de mes actions; je Lui dois en conséquence une confiance aussi illimitée, que le sont Ses bontés envers moi.

»Mon auguste maître en bienfaiteur daignera se rappeler, que, lorsqu'il eut décidé de donner un coadjuteur à l'évêque de Breslau, il me fit en même temps la grâce de me dire, que le prince de Hohenlohe était destiné pour cette place, et eut la bonté d'y ajouter les raisons, qui l'y appelaient. N'ayant jamais eu de droits ni prétentions à cet égard que ceux de la volonté, de l'intérêt et de la bienveillance de V. M., je reçus cette nouvelle avec toute la déférence respectueuse, que je devais; je renonçai avec joie à tout ce que mon titre de chanoine pouvait me faire espérer, et les bontés de V. M. m'en dédommagèrent. Mais, Sire, quelques amis, qui ne[3]) me connaissent que de nom et de réputation que j'ai dans le chapitre, ayant appris l'intention de V. M. de donner un coadjuteur à leur évêque, se flattèrent, que le choix tomberait sur moi; ils m'en écrivirent et, comme j'étais mieux instruit qu'eux, je ne répondis pas même à leurs lettres. Mais comme ils me mandèrent enfin, que V. M. leur avait laissé la liberté de l'élection, et la destination du prince Hohelohe étant devenue publique, je ne crus plus devoir le taire et leur dis tout droit, que j'ignorais, jusqu'où pouvait aller la liberté de l'élection, que V. M. leur avait accordée, mais qu' instruit des intentions de V. M. pour le prince de Hohenlohe, je ne pouvais me prêter à aucune démarche, encore moins faire le voyage de Breslau et que je chargerais mon procureur, Mr. l'archidiacre de Strachwitz de ma

---

1) S. unter dem 22. April. 2) Beantwortet am 20. Mai.
3) »ne« fehlt in der Hs.

voix en cas d'élection. Je pensais enfin, Sire, que cette explication leur suffirait; mais venant de me mander encore par le dernier courrier, que les intentions de V. M. pouvaient n'être plus les mêmes à l'égard du prince de Hohenlohe, puisqu' Elle avait accordé une élection libre illimitée et sans restriction au chapitre, que la raison en pourrait être, que ce prince, ayant de vues sur Strasbourg, aurait lui-même renoncé à cette coadjutorie et que rien ne devait arrêter mon voyage, pour donner personnellement ma voix à l'élection.[1] 1787 Mai 13

»Dans ces circonstances et d'après ce que je dois aux bontés du meilleur des monarques, mon cœur me dit de n'en référer qu'à Son auguste personne elle-même, pour savoir, quelle est la conduite, que je dois tenir, ne pouvant ni ne voulant m'exposer à des démarches contraires à Ses vues. J'implore donc ici Ses ordres, Ses conseils, Ses augustes volontés, mon but principal étant de La prévenir de mes intentions, afin que, si par fois quelques membres du chapitre dans l'erreur sur les vues de V. M. s'avisaient de voter en ma faveur, Elle fût convaincue, que ce ne serait que contre et sans mon aveu.

»Les bontés de V. M., qui depuis 16 ans ont fait ma seule consolation, sont ma vraie fortune; ce qu'elles me donnent fait mon bonheur; je veux tout avec elles et par elles, mais rien sans elles; c'est ici, Sire, le langage d'un cœur sensible qui bénit éternellement son bienfaiteur et qui sait mieux sentir que l'exprimer.«

116.[2] Ministerial-Erlass an den Geheimen Rath Dohm in Köln. Mai 14
Berlin 1787 Mai 14.

R. 34. 52. B. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Das kurkölnische Diöcesan-Recht in Kleve-Mark und die Emser Beschlüsse.

»Eure mit völliger Angemessenheit und vorsichtiger Klugheit dem Kurfürsten sowohl als auch seinem Minister über diesen Antrag ertheilte Antwort ist Unserer Willensmeinung ganz gemäss und Wir bezeugen Euch Unsere . . . Zufriedenheit darüber.

»In eben dem Sinn antwortet nach beiliegender Copie Unser Ministerium dem *p.* Frhrn. v. Waldenfelss.[3] Es ist dem Kurfürsten nicht sowohl

---

1) Nachsatz fehlt. 2) Antwort auf den Bericht vom 1. Mai.

3) Unter dem 14. Mai. In dem Schreiben heisst es: »S. K. M. . . . geben allen Maassregeln Dero Beifall, welche unter Mitwirkung des gesammten Reichs genommen werden, um die Lauterkeit der kirchlichen Verfassung Deutschlandes wiederherzustellen, die Freiheiten der deutschen Kirche zu behaupten, die Vorrechte der Metropolitanen und Erzbischöfe und die Befugnisse der Bischöfe gegen alle Eingriffe und Beeinträchtigungen zu handhaben. Höchstdieselbe wünschen auch den erzbischöflichen Verabredungen und Entwürfen nicht nur die Beistimmung der Bischöfe, sondern auch die Unterstützung des Reichs und durch diese den vollständigsten Erfolg. Was aber Höchstderoselben clevische Staaten betrifft, so haben die Schlüsse der Embser Versammlung bei ihrer ursprünglichen,

1787 Mai 14 um Erlangung Unserer landesherrlichen Beistimmung in Gemässheit der kaiserlichen Anweisung als vielmehr um die Erkennung des kurcölnischen Diöcesan-Rechts über Unsere Clevische Lande zu thun. Zur Erläuterung der Antwort Unseres Ministerii und der Unabhängigkeit gedachter Lande von dem Diöcesan-Rechte sowohl des Erzbischofs zu Cöln als auch des Bischofs zu Münster habt Ihr bei einer mündlichen Unterredung noch Folgendes zu äussern und zu erkennen zu geben.

»Der Papst Eugen IV. habe im Jahr 1444[1]) die ursprüngliche Unabhängigkeit der clevischen Lande von bischöflichen Diöcesen in der Maasse bestätiget, dass er sie insbesondere frei von den Diöcesan-Rechten des Erzbischofs zu Cöln und Bischofs zu Münster erkläret und dem Herzog Fug und Macht ertheilet habe, alle bischöfliche Rechte und Handlungen durch einen Titular-Bischof ausüben zu lassen; *Bullarium magnum Tom. IX p. 245; Leibniz, Cod. iur. gent. diplom. mantiss. P. II p. 168; Lunig, Spicil. eccl. Contin. III p. 542; Teschenmacher, Annal. Cliv. Cod. dipl.* Niemals haben die Herzoge vor und nach der Reformation den Erzbischöfen zu Cöln eine Diöcesan-Gewalt über ihre Lande zugestanden. Der Westphälische Friede habe solche Art. V § 48 gänzlich, auch in Ansehung der katholischen Unterthanen aufgehoben, und wenn gleich dieses Grundgesetz die Diöcesan-Rechte und geistliche Gerichtbarkeit über katholische Unterthanen den Bischöfen vorbehalte und sichere, wenn sie sich im Entscheidungs-Jahre in deren ruhigen, unwidersprochenen Besitze und wirklichen Ausübung befunden, so habe doch Kur-Cöln niemals erweisen können, dass es sich einer solchen ruhigen, das ist, mit Wissen und Willen des Landesherrn geschehenen Ausübung der Diöcesan-Gewalt und Gerichtbarkeit über und in gedachten Landen berühmen könne; *vide Moser, Abh. vom Jure dioecesano katholischer Bischöfe über die in evangelischen Landen sesshafte Katholiken, Tom. III der Nebenstunden, n. XI S. 389 sq.* Es werden zwar in einer *anno 1730* herausgegebenen Druckschrift oder Deduction[2]) einzelne Anmaassungen in einzelnen Stiftern angeführet, aber keinesweges ruhige Ausübungen, öffentliche zur Kenntniss des Landesherrn gekommene, von ihm genehmigte Handlungen erweislich

---

von Alters hergebrachten, durch päpstliche Befreiungen und durch den Westphälischen Friedensschluss bestätigten Unabhängigkeit von aller erzbischöflichen und bischöflichen Diöcesan-Gewalt und Gerichtsbarkeit auf dieselbe keine Beziehung, keinen Einfluss und keine Anwendbarkeit.« 1) S. Band 1, 20.

2) *An die Röm. Kaiserl. und Königl. Kathol. Majestät von Ihro Kurf. Durchl. zu Cöllen Herzogen Clement August etc. abgegebene ausführliche Demonstration und gründlicher Beweis sehr vieler und täglich sich vermehrender hart truckender Religions-Beschwürden, welche Höchstderoselben erzbischoflicher Jurisdiction, Geistlichen und übrigen katholischne Eingesessenen deren clev- und marckischen Landen von Zeit des Badischen Friedenschlusses gegen die klare Litter des Instrumenti Pacis Monasteriensis durch die von Sr. Königl. Majest. in Preussen angeordnete clevische Regierung zugefügt worden. Bonn 1730.*

gemacht. Es seien vielmehr von je her vor und nach diesem Friedenschlusse alle Ausübungen eines Diöcesan-Rechts von den Landesherrn beharrlich verwehret und allen Anmaassungen standhaft widersprochen, auch den Unterthanen auf das schärfste untersaget worden, sich an den Erzbischof zu Cöln zu wenden. Wie aber den Herzogen von je her frei gestanden, die bischöfliche Handlungen durch einen Titular-Bischof verrichten zu lassen, so haben sie auch den Unterthanen verstattet, sich an benachbarte Bischöfe freiwillig, ohne Diöcesan-Zwang, zu wenden, um in bloss geistlichen Dingen diejenige Verrichtungen von ihnen zu erhalten, welche zu den *iuribus ordinis* gehören. Hingegen schliessen die Religions-Recesse von 1666 und 1672[1]) alle fremde geistliche Gerichtbarkeit und Diöcesan-Gewalt gänzlich aus, legen deren Ausübung lediglich den einheimischen Obern und den vom Landesherrn allein abhängenden Officialaten, Land-Dechanten *pp.* bei und verstatten also den katholischen Unterthanen bloss in Ansehung der geistlichen Verrichtungen, welche einen geweiheten Bischof erfordern, sich an auswärtige Bischöfe zu wenden. Der Kurfürst Friederich Wilhelm habe vermittelst einer eigenen Verordnung vom 24. Juni 1674[2]) festgesetzet, dass keine fremde geistliche Gerichtbarkeit oder Diöcesan-Gewalt in den clevischen Landen verstattet und den katholischen Unterthanen nur erlaubt sein solle, sich des Amts auswärtiger Bischöfe in Ansehung der *iurium ordinis*, z. B. der Einweihung der Kirchen, der Firmelung, der Priester-Weihe, zu bedienen. Bei dieser Bewandtniss der Sachen geben Wir zwar als Kurfürst und Reichsstand der Vereinigung der Erzbischöfe und ihren auf der Versammlung zu Embs gefassten Schlüssen, mithin ihrem ruhmwürdigen Plan und Bestreben, die Freiheiten der deutschen Kirche und die Vorrechte der Metropolitanen und die Rechte der Bischöfe herzustellen, zu behaupten und zu sichern, Unsern Beifall, wünschen aber, dass dieser grosse Entwurf nicht einseitig, sondern nicht allein mit Beistimmung der Bischöfe, sondern auch unter der Mitwirkung des gesammten Reichs zur Ausführung gebracht werden möchte. Da die clevische Lande zu keiner Diöces gehören, so haben auch die Embser Schlüsse auf dieselbe und ihre kirchliche Verfassung keine Beziehung und keinen Einfluss. Wir würden es lediglich bei der Unsern katholischen Unterthanen ursprünglich zustehenden und bisher verstatteten Freiheit belassen, vermöge der unmittelbaren Verhältniss dieser Lande gegen den Papst und kraft ihrer Exemtion von aller Diöcesan-Gewalt und Gerichtbarkeit in Glaubens- und Gewissens-Sachen an den Papst und seinen nächsten Nuntium, in Ansehung der bischöflichen Ordens-Verrichtungen aber nach Willkür an einen benachbarten Bischof sich[3]) zu wenden und zu halten. 1787 Mai 14

»Wir hoffen, diese einleuchtende Erläuterungen werden den Kurfürsten beruhigen.«

1) S. Band 1, 68 ff. 2) S. Band 1, 275. 3) »sich« fehlt in der Hs.

1787 Mai 14

117.[1]) **Ministerial-Erlass an die klevische Regierung.** Berlin 1787 Mai 14.

R. 34. 52. B. Concept, geschrieben von Stock, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg. Durch einen Vertrauensbruch alsbald veröffentlicht im *Journal historique et politique* des Jesuiten Feller; s. unter dem 20. September und 16. October. Vgl. auch *Münch, Geschichte des Emser Congresses* S. 352.

Kein kurcölnisches Diöcesan-Recht in Kleve-Mark.

. . . »Wir können und werden dem Kurfürsten und Erzbischofen zu Cöln niemals eine Diöcesan-Gewalt und -Gerichtbarkeit einräumen, sondern die ursprüngliche und auf päpstliche Exemtionen sowohl als auch in dem Westphälischen Friedensschluss Art. V § 48 gegründete Unabhängigkeit Unserer clevischen Lande standhaft, wie bisher geschehen, behaupten. In blossen Glaubens- und Gewissens-Sachen und in Ansehung der Religions-Verrichtungen und -Gebräuche, welche einen geweiheten Bischof erfordern und zu den *iuribus ordinis* gehören (als: der Einweihung der Kirchen, der Firmelung, der Priester-Weihe *pp.*), verstatten Wir Unsern katholischen Unterthanen ferner, sich an den Papst, seinen Nuntium zu Cöln und *resp.* an benachbarte Bischöfe und deren Weihbischöfe ohne allen Diöcesan-Zwang zu wenden; und damit dieser um so weniger daraus gefolgert werden kann, so muss es erstlich nie ohne Eure Vergünstigung geschehen, und so müsset Ihr den Katholiken begreiflich machen, dass sie sich an die Bischöfe zu Paderborn, zu Lüttich, zu Rüremonde halten müssen, welche keinen Anspruch auf Diöcesan-Rechte machen.

»Wir vernehmen mit Befremden, dass katholische Candidaten der Priester-Weihe, welche solche von einem der gedachten Bischöfe empfangen wollen, sogenannte *dimissoriales* oder *litteras dimissorias* vom Erzbischof zu Cöln nehmen, gleich als ob er *dioecesanus* und *ordinarius* wäre. Ihr müsset solches untersuchen, und wenn es sich so verhält, es der katholischen Geistlichkeit untersagen, indem Ihr derselben begreiflich machet, dass, da die clevische Lande zu keiner, am wenigsten zur cölnischen Diöces gehöre, sondern vermöge der Bulle des Papsts Eugenii IV. von 1444 von aller Diöces unabhängig seien, Wir aber die Befugniss haben, die bischöfliche Handlungen durch einen Titular-Bischof, mithin auch durch jeden benachbarten Bischof verrichten zu lassen, solche *litterae dimissoriae* zum Empfange der Priester-Weihe unstatthaft und überflüssig seien.«

Schreiben des Geistlichen Departements, s. No. 111.

---

1) Abschriftlich der mindenschen Regierung mit dem Bemerken mitgetheilt, dass für die Katholiken von Minden und Ravensberg der Bischof von Paderborn der nächste sei: »und es ist am unbedenklichsten, sich in Ansehung der *iurium ordinis* an ihn oder seinen Suffraganeum und Weihbischof zu wenden.

118. Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements. Berlin 1787 Mai 14. 1787 Mai 14

R. 34. 52. B. und R. 96. 147. B. Concept (geschrieben von Stock, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg) und Mundum.

Die Emser Beschlüsse.

»Die vier deutsche Erzbischöfe haben im vorigen Jahre eine Versammlung zu Embs gehalten und darauf gewisse Schlüsse abgefasst, welche auf Behauptung der Freiheiten der deutschen Kirche, Abschaffung der Missbräuche gegen die Concordaten und dieser selbst, vornehmlich aber auf die Bewahrung und Handhabung der Metropolitan-Vorrechte unter kaiserlicher Begünstigung abzielen.

»Der Kurfürst zu Cöln hat gedachte Schlüsse uns zu dem Ende mittheilen lassen [1]), um in Ansehung der Katholiken in den clevischen Landen E. K. M. Beistimmung zu erhalten. Da aber diese Lande vor und nach der Reformation von der cölnischen Diöces unabhängig gewesen, durch den Westphälischen Friedensschluss überdies von aller erz- und bischöflichen Diöcesan-Gewalt gänzlich befreit worden sind, so können jene Embser Schlüsse auf dieselbe keine Beziehung und keinen Einfluss haben, und so haben wir unter verhoffter . . . Genehmigung E. K. M. um so mehr antworten zu müssen geglaubet, da ohnedies diese Schlüsse durch kaiserliche Macht, ohne Mitwirkung des Reichs und ohne Beistimmung der Bischöfe durchgesetzet werden wollen, der Kurfürst von Mainz aber bereits zu wanken und gegen den römischen Hof zu temporisiren beginnet.«

Eigenhändige Rand-Verfügung des Königs:

»wegen der jetzigen lage des Reichs halte ich es fürs beste das beide Partien ihren Satz nicht zu weit treiben. F. W.«

In diesem Sinne Cabinets-Befehl (Potsdam 16. Mai). Mai 16

Schreiben des Bischofs von Ermland, s. No. 106. Mai 15

119. Schriftwechsel zwischen den kurpfälzischen »Geheimen Staats- und Conferenz-Ministern« und dem preussischen Auswärtigen Departement. 1787.

R. 34. 69.

Strafversetzung von klevischen Mönchen. Schranken der geistlichen Strafgewalt.

Die kurpfälzischen Minister. München Mai 16. Mai 16

Mundum, gezeichnet vom Frhrn. Franz Albrecht v. Oberndorff.

»Nach dem Bericht des gülich- und bergischen Geheimen Raths ist in dem Kloster deren Minoritten zu Cleve eine Anzahl Ordens-Geistlicher, welche sich gegen Ernennung ihrer Obrigkeit zuerst aufgelehnet und endlich sich gar der Cöllnischen Provinz zu entziehen sich erlaubt haben;

1) S. No. 104.

1787 Mai 16 unter diesen zeichnen drei Patres, Carl van Coold, Dominicus und Calixtus, sich insonderheit aus. Der Ordens-Provincial, welchem die ebenso gewöhnliche als nothwendige Visitation zustehet, fasste bei derselben Vorgang nach Befund den nicht weniger gemässigten als klugen Entschluss, diese drei Religiosen in andere im Clevischen gelegene Klöster zu versenden. Wie angemessen nun solche Verfügung der Aufrechthaltung der klösterlichen Disciplin, Ordnung, Pflicht und Gehorsam ist, indeme erwähnte Geistliche die klösterliche Ruhe gestöret, welche durch deren Abwechslung und Übersetzung in andere Klöster hinwiederum hergestellet wird, so unerwartet kömmt billig vor, dass die clevische Regierung diesen ungehorsamen Ordens-Geistlichen den Schutz gewähret und wegen derenselben Verschickung den Ordens-Provincialen einzuschränken sich beigehen lassen mögen. Auf die von genanntem gülich- und bergischen Geheimen Rath an erwähnte clevische Regierung erlassene Zuschriften, insbesondere auf jenes vom 13. Julius nächsthin, mit Abbezug auf den Weselischen Religions-Recess Jahrs 1677[1]) abgegangene Schreiben, hatte man sich zware hierinnen eine Abänderung und mehrere Nachgiebigkeit verhofft; es ist aber darauf die nicht wenig befremdende einzele Rückschrift erfolget, dass die zum Grund dieser Gebühr abbezogene Stellen des Weselischen Religions-Recesses auf untergebenen Fall nicht anwendbar seie und die clevische Regierung von getroffener Verfügung nach wie vor aus bewegenden sehr triftigen Gründen hievon nicht abgehen könnte, ohne dass solche nicht einstens zur Überzeugung eines anderen erwähnet oder diesseitigen um dieselbe sich erkundigten Residenten zu Cleve eröffnet worden sind. Wann nun, ausser dem dass das Gelübd, welches jene gleich anderen ihren Ordensbrüdern denen Oberen bei abgelegter Profession feierlich geleistet haben, zur Unterwürfigkeit und Folgung verbindet, noch insonderheit die Abwechslung deren Ordens-Geistlichen das geeignete Mittel ist und verbleibet, alle Kloster-Geistliche in denen Schranken der regelmässigen Zucht zu halten, welchem gemäss dann auch in dem Weselischen Religions-Recess vom Jahr 1677 ausdrücklich versehen ist, dass bei vorgenommenen Visitationen in Vollziehung der Censur und was derselben anhängig, kein Einhalt gemacht und dass derselben gegen die *correctos* der Lauf gelassen und dass die katholische Visitatoren sowohl als die protestantische darin keineswegs, unter was Vorwand es seie, gehindert, dass vielmehr von der hohen Obrigkeit denselben das *brachium saeculare* geleistet werden solle, um die ergangene Censur zur Execution zu beförderen, ohne sich eine Erkenntniss anzumaassen, dass mithin die von der geistlichen Behörde nachgesuchte Execution sofort erlassen werden solle, wir auch solche Satzung in Behandlung beiderseits Religions-Verwandten uns jederzeit zur Regel haben sein lassen und annebst der Ordens-Provincial die schriftliche Zusicherung von sich abgegeben hat, bei bezeigen-

1) S. Band 1, 89 Anm. 2.

dem Gehorsam die drei versendet werdende Geistliche wegen alles dessen, was zu Cleve vorgegangen, von aller Straf nicht allein frei lassen zu wollen, sondern denselben auch sogar erlaubet, der clevischen Regierung jährlichs persönlich oder schriftlich zu berichten, wie sie von geistlicher Obrigkeit gehalten worden —: so versehen wir uns allerdings, dass EE. EE. nicht ungeneigt erscheinen werden, der clevischen Regierung den Befehl zugehen zu lassen, dem Ordens-Provincial der Minoritten in Abwechslung seiner Untergebenen jederzeit unbeschränkte Macht und Gewalt zu belassen, anmit die Patres van Coold, Dominicum und Calixtum ab- und zu dem ihnen vorgesetzter Obrigkeit zu erweisenden Gehorsam anzuweisen.« 1787 Mai 16

Etats-Minister Finckenstein und Hertzberg. Berlin Juni 30. Juni 30
Concept.

. . . »EE. EE. scheinen in der Meinung zu stehen, dass man hiesiger Seits die Absicht habe, dem Provincial der Minoriten Coelnischer Provinz alle aus der klösterlichen und Ordens-Zucht und Untergebung fliessende Verfügungen über widerspenstige ungehorsame, einiger Vergehung schuldige Mönche zu verwehren; es ist aber an eine Verfügung von der Art gar nicht gedacht worden. Man wird vielmehr selbst der Versetzung der Mönche aus einem Kloster in ein andres ohne wichtige Bewegungsgründe keine Hindernisse entgegensetzen, ohngeachtet von Seiten des Landesherrn mit Befugniss immer verlangt werden kann, dass selbige nie ausserhalb Landes geschehe. In dem gegenwärtigen Falle aber walten besondere erhebliche Gründe ob, die verlangte Versetzung der drei Mönche des Clevischen Minoriten-Klosters nicht einmal in Grenz-Klöster, geschweige denn ausserhalb Landes zu gestatten. Es können dieselben keines andern Vergehens beschuldiget werden, als dass sie an dem nicht ganz zu missbilligenden Entwurfe der Absonderung der Clevischen Minoriten-Klöster von der Coelnischen Provinz einigen Theil gehabt. Diese Absonderung hätte immer von dem Landesherrn abgehangen, und es ist vornehmlich nur in Rücksicht auf die Verwendung des *Patris Generalis* der Franciscaner zu Rom bei der alten Verfassung und bei jener Verbindung belassen worden. Es kann ihnen mithin nicht zum Verbrechen gemacht werden, dass sie an einer auf die landesherrlichen Gerechtsame gegründeten Unternehmung Theil genommen, und um so weniger kann man hiesiger Seits darein willigen, dass selbige der Rachsucht ihrer auswärtigen Obern und des Ordens so schlechthin überlassen und überliefert werden, besonders da die klösterlichen Grausamkeiten aus neuen häufigen Entdeckungen hinlänglich bekannt sind. Dahingegen sind S. K. M. . . . keinesweges gemeinet, die Gewalt der Ordens-Obern in andern Strafen, Zwangsmitteln, Züchtigungen, Censuren, insofern sie den Kirchen-Gesetzen, Kloster-Regeln und der Landes-Polizei gemäss und mit dieser verträglich sind, einzuschränken; wollte man aber jene Verpflanzung der Religiosen der freien Willkür ihrer Obern ohne Ausnahme

1787 Juni 30 überlassen, so würden die obangezeigten der Kloster- und Ordens-Gewalt gesetzte billige und gerechte Grenzen leicht überschritten und eludiret werden können. Es kann demnach nicht behauptet werden, dass durch eine genaue Aufmerksamkeit auf dergleichen Versetzungen und ihre Verwehrung in einzelnen Fällen den Religions-Recessen und den Aufsichts- und Visitations-Befugnissen der Ordens-Obern irgend ein Eintrag geschehe, besonders da selbst katholische aufgeklärte Regierungen diese Gewalt noch mehr einschränken, als es in unsern Landen geschiehet.

»EE. EE. werden, wie wir hoffen, diese Gründe erheblich genug finden, um das Benehmen der clevischen Regierung in dieser Sache zu rechtfertigen, und wenn wir darin Dero Verlangen nicht Genüge leisten können, sondern dabei beharren müssen, die Verpflanzung der drei Mönche des Clevischen Minoriten-Klosters zu verweigern, nicht weniger überzeugt sein, dass wir Denenselben bei jeder andern Gelegenheit zu Erweisung *p. p.*«

Mai 18 **120.**[1] **Etats-Minister Hoym an den Weihbischof Rothkirch von Breslau.** Breslau 1787 Mai 18.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 24). Concept.

In Ober-Schlesien sollen die ausländischen Messbücher und die Fürbitte für den Kaiser abgestellt werden.

»Ich habe bei meiner letztern Bereisung der oberschlesischen Kreise bemerkt, dass bei der katholischen Geistlichkeit in den Districten, die zur Ollmützer Diöces gehören, noch immer die alten Messbücher gebräuchlich sind, in welchen das Gebet *pro imperatore* nach wie vor vorkommt. Auch habe ich gefunden, dass die geistlichen Kalender oder sogenannte Directoria noch immerhin ausser Landes her eingeführt und auswärts gedruckt werden. Durch das Gebet *pro imperatore* wird bei den schlesischen Unterthanen dieser Districte die Idee einer schuldigen Anhänglichkeit an die kaiserliche Regierung zur höchsten Ungebühr unterhalten, und durch den auswärtigen Druck der Messbücher und der Directorien gehen beträchtliche Summen Geldes ausser Lande. Das erstere ist völlig unschicklich, das letztere ein Verlust fürs Land, beides aber dem Lande nachtheilig und daher derlei Arten dieses Missbrauchs abzustellen. Des Herrn Weihbischofs v. Rothkirch Hochwürden habe demnach dienstlich ersuchen wollen, mir Dero Sentiment darüber gefälligst zu eröffnen, welchergestalt am füglichsten mit den gedachten Messbüchern und Directoriis eine solche Abänderung zu treffen, dass in erstern das Gebet *pro imperatore* sowohl als andere darin etwa vorkommende Gegenstände, die auf unsere hiesige Landes-Verfassung nicht passend sind, künftig wegbleiben, beide Arten dieser Bücher aber künftig im Lande gedruckt und nicht von auswärts her eingeführt werden.«

1) Beantwortet am 6. Juni.

121. Bericht der klevischen Regierung. Kleve 1787 Mai 18. 1787 Mai 18

R. 34. 52. B. Mundum, gezeichnet von Foerder, Elbers, Reiman, Schlechtendall, Grolman, Hymmen, Sobbe (und Hopp).

Der päpstliche Nuntius in Köln, der Erzbischof von Köln und das katholische Kirchenwesen in Kleve-Mark.

Bezugnahme auf das Rescript vom 9. Januar. Wir »haben . . . sofort durch eine Circular-Verordnung vom 23. *eiusdem* denen sämmtlichen Land- und Unter-Gerichten in Cleve und Mark aufgegeben, sich bei allen katholischen Kirchen und Klöstern ihres Gerichts-Bezirkes ganz genau zu erkündigen und uns pflichtmässig anzuzeigen, ob denenselben auch diese Erklärung des päpstlichen Nuntii und die Gegenverfügungen der drei geistlichen Kurfürsten zugekommen sein, und *casu quo* von wem ihnen solche zugesandt worden. Welchen Befehl wir auch an die sämmtliche *capitula canonicorum* erlassen haben.

»Die darüber allererst nunmehro *successive* eingegangene sämmtliche Nachrichten haben unsere jetzige Berichtserstattung bis hiehin aufgehalten, und solchen Nachrichten zu Folge zeigen wir demnach hiemit . . . an, dass verbemelte Erklärung des päpstlichen Nuntii zu Cölln und die Gegenverfügungen der drei geistlichen Kurfürsten keinem einzigen römisch-katholischen Geistlichen in hiesigen Landen zugesandt und zugekommen sein. Nur bloss das Capitul zu Xanten zeigte bei uns an, dass dem dortigen Pastori die Erklärung des päpstlichen Nuntii aus Cölln durch die Post zugesandt sei, derselbe aber versicherte, solche gleich zerrissen zu haben; worauf wir dem besagten Capitulo aufgaben, den Pastorem über den Inhalt sothaner Erklärung und warum er solche zerrissen habe, näher umständlich zu vernehmen, worüber wir das uns von dem Capitulo zugekommene Protokoll vom 2. April *a. c.* copeilich hiebeifügen . . .

»Ob nun gleich . . . uns bishero keine Fälle vorgekommen sind, wo der päpstliche Nuntius zu Cölln sich herausgenommen habe, in den hiesigen Landen päpstliche Bullen, Brevia, Verordnungen, Erklärungen unmittelbar und ohne landesherrliche Prüfung und Genehmigung verkünden und insinuiren zu lassen, so ist jedennoch nicht wohl in Abrede zu stellen, dass der Papst oder dessen Nuntius in diesen Landen *in meris spiritualibus quoad conscientiam* über die Römisch-Katholische einige Gewalt, jedoch nicht so sehr öffentlich als vielmehr heimlich, *mediante* der hiesigen römisch-katholischen Clerisei durch die Beichte oder sonsten exercire: gestalten die päpstliche Bullen oder Mandata, wann solche nur *ad notitiam* gelangen, in diesen Landen ganz und gar nicht geduldet werden« . . .

Wir haben »gegen diejenige *capitula canonicorum* oder sonstige katholische Geistliche, welche dergleichen verbotenen Recursum nach Cölln genommen oder den Erzbischof von Cölln als ihren Ordinarium anerkannt haben, sobald uns dergleichen Fälle nur bekannt wurden, sofort den Fiscum excitiret und dieselben mit grossen und angemessenen Geld- und Brüchten-

1787 Mai 18 Strafen beleget; desgleichen haben wir, wenn uns anmaassliche Confirmationes oder sonstige Documenta des *vicarii generalis* zu Cölln namens Horn Goltschmidt zu Gesichte kamen, solche sofort cassirt und cancellirt und ihm solche dergestalt jederzeit mit der Post zurückschicken lassen: welches noch neuerlich bei verschiedenen Gelegenheiten von uns geschehen ist.

»Diesemnächst den dritten Punct des . . . *rescripti clementissimi* vom 3. Februarii *a. c.* betreffend, nämlich wo und bei wem und auf welche Art die Katholischen in verbotenen Ehe-Graden Dispensation gesuchet und erhalten haben, so müssen wir bemerken, dass in Ansehung solcher Dispensationen *in matrimonialibus* zu Folge des Religions-Neben-Recesses *de 26. April. 1672*[1]) § 9 denen hiesigen römisch-katholischen Unterthanen ausdrücklich frei gelassen worden, neben der landesherrlichen Dispensation auch nach Anweisung der katholischen geistlichen Rechte bei ihrer Geistlichkeit *in gradibus prohibitis* die Beruhigung ihres Gewissens gehörigen Orts nachzusuchen und zu erhalten. Wo, bei wem und auf welche Art aber solche Dispensationes eigentlich von ihnen nachgesuchet worden, darüber sind uns bisher keine besondere Fälle vorgekommen, ob gleichwohl nicht anders zu vermuthen stehet, als dass solche von Room durch den Weg der Cöllnischen Nuntiatur gesuchet sind. Übrigens sind in dem Religions-Recess vom Jahre 1672 Art. 3 zwar denen Officialen zu Xanten, Emmerich und Soest, welche von denen Propsten dortiger Capitulorum bestellet werden, einige Jurisdictionalia in denen dabei specificirten Fällen eingeräumt; es haben Sich aber S. Kurf. Durchl. zu Brandenburg dabei § 8 ausdrücklich vorbehalten, dass der Recurs von solchen Officialat-Gerichten nach Dero clev-märkischen Hof-Gerichte, *modo* Regierung, gehen und, wann *super inqualificatione beneficiati* die Frage ist, an die Regierung berichtet werden solle; daher dann auch von keinen Appellationen oder Provocationen nach Rom oder Cölln oder sonstige Nuntiationen in sehr langen Jahren bei hiesiger Regierung etwas vorgekommen ist. Inzwischen kann man nicht ignoriren, dass die hiesige katholische Geistliche die *sacros ordines* ihrer Religion gemäss zu Cölln und bei der Nuntiatur zu Brüssel, anstatt des vormaligen Bischofs zu Utrecht, einnehmen, da ihnen solche keine protestantische Obrigkeit noch auch selbsten die Officialen zu geben vermögen, andere benachbarte Bischöfe aber ihnen solche ausdrücklich verweigern und sie nach Cölln hin verweisen, weil sie dem Erzbischofe von Cölln in seinem vermeintlichen Kirchensprengel, *qua dioecesano ordinario*, wofür sie denselben doch, obgleich man diesseits nicht[2]), immer anerkennen, keine Eingriffe thun wollen. Welches daher dann auch, zumal dergleichen *actus mere spirituales et sacramentales* eigentlich keine *iurisdictionem*

1) Band 1, 81 Anm. 2.

2) Zu ergänzen: »ihn anerkennt«.

ecclesiasticam inferiren können, bis hiehin allhier *connivendo* zugelassen worden . . . 1787 Mai 18

»Bei gänzlicher Ermangelung eines . . . *vicarii generalis in spiritualibus* oder *ordinarii* in hiesigen Landen ist nun zwar durch verschiedene bei vorkommenden Gelegenheiten aus dem königlichen Hoflager anhero erlassene Rescripta denen hiesigen katholischen Unterthanen bereits öfters frei gelassen und verstattet worden, in blossen Gewissens- und Religions-Sachen und in Ansehung solcher geistlichen Handlungen, die dem bischöflichen Orden vorbehalten sind und *ad iura ordinis* gehören (als: der Priester-Weihe, Firmung und dergleichen mehr), sich an benachbarte auswärtige wirklich geweihete Bischöfe oder Weihbischöfe zu wenden. Allein dadurch sind diese katholische Glaubens-Genossen nicht völlig geholfen, da, wie schon oben gemeldet, kein Bischof dem andern in seinem vermeintlichen Kirchen-Sprengel Eingriffe thun will, wenigstens solche auswärtige Bischöfe die hiesige Römisch- Katholische ohne Dimissorialibus von ihrem vermeintlichen Cölnischen Ordinario nicht annehmen oder bedienen wollen; dahero wir dann auch *ad 4* kein Mittel sehen, wodurch in eben bemelten geistlichen Sachen den hiesigen Katholischen der Recursus nach Cölln ganz abgeschnitten werden könnte.

»Schliesslich haben E. K. M. *per rescriptum clementissimum* vom 17. Martii *a. c.* vorläufig anbefohlen, der hiesigen katholischen Geistlichkeit bei schwerer Ahndung anzudeuten, dass sie niemals päpstliche Bullen, Breven, Rescripta, Verordnungen, Verkündigungen, Ladungen eines päpstlichen Nuntii anders als durch uns empfangen und annehmen sollen.

»Da aber vorangeführter Maassen in hiesigen Landen dergleichen pönalisirte Verordnungen bereits von je her subsistiret haben und noch jetzt in völliger Ausübung sind, wie solches aus dem hiebei gefügten, bei Gelegenheit der Suppression der päpstlichen Bulle wegen Aufhebung des Jesuiter-Ordens unter'm 16. September 1773 von uns erlassenen gedruckten Circulare[1]) zu ersehen ist, so erbitten von E. K. M. wir uns näheren Verhaltungsbefehl, ob dergleichen Verordnungen dennoch jetzt wiederholet werden sollen.«

122.[2]) Königliches Schreiben an den Grafen von Hohenzollern, Bischof von Kulm. Berlin 1787 Mai 20. Mai 20

R. 46. B. 78. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg, aufgesetzt in Folge des Cabinets-Befehls vom 19. Mai, mit welchem das Schreiben Hohenzollern's dem Auswärtigen Departement übersandt war.

Die Coadjutor-Wahl in Breslau.

. . . »Je suis obligé de vous dire, que vous avez été mal informé à cet égard. J'ai à la vérité accordé la libre élection au chapitre de Breslau,

1) Scotti 3, 2021. 2) Antwort auf das Schreiben vom 13. Mai.

1787
Mai 20 mais je lui ai expressément recommandé le prince de Hohenlohe, pour l'élire à la coadjutorie de l'évêché de Breslau, et je ne crois pas, qu'il puisse être question de l'élection de ce prince à l'évêché de Strasbourg. Je suis donc fâché de ne pouvoir pas pous donner à cet égard une preuve de la bienveillance particulière, que je vous conserve d'ailleurs toujours.«

Mai 21 Erlass an den Bischof von Ermland, s. No. 64.

Mai 24 **123. Immediat-Bericht des Marquis Lucchesini.** Rom 1787 Mai 24.

R. 92. Stein 21. Eigenhändiges Mundum.

Dalberg vom Papst auch in Worms als Coadjutor zugelassen. Marquis Antici. Der Nuntius in München.

»Le retour du pape des marais pontins au même jour, que le chasseur Moering arriva de Mayence avec tous les papiers, que j'avais demandés, soit à l'électeur, soit au coadjuteur, me mit en état de reprendre le fil de ma négociation.[1]) Elle était en assez bon train, constamment favorisée par le secrétaire d'État et par le ministre d'Espagne, aussi bien que par le cardinal Bernis, qui semble vouloir expier aux pieds de V. M. le crime d'avoir signé le traité d'alliance entre la cour de Vienne et celle de France.[2]) C'est à ces avantages sans doute plus qu'à mon habileté que je dois le bonheur d'avoir porté d'abord le pape à accorder à Mr. de Dahlberg la grâce et les brefs requis pour l'habiliter à retenir deux évêchés et à être élu coadjuteur à Worms. Il se présentait à moi nombre de difficultés que j'ai dû combattre ou éluder. En attendant les brefs sont entre mes mains, et la double élection est assurée.

»Les cours de Rome et de Mayence annoncent des dispositions favorables à une réconciliation et à une amitié, dont l'importance est prouvée par tous les efforts, que font et ici et en Empire les partisans autrichiens, afin de la troubler ou de la retarder. Le marquis d'Antici, qui vend tour à tour les secrets et les intérêts de ses différents maîtres[3]) à celui d'entre eux qui peut mieux appuyer ses projets d'ambition ou plus largement payer ses infidélités, fait tout le mal qu'il peut à la cour de Rome, à laquelle il doit toute son existence, et aux intérêts de la maison de Prusse, à laquelle il est redevable d'une bonne abbaye.[4]) C'est lui qui a le plus contribué à aigrir l'électeur de Cologne contre le pape dans l'affaire des nonciatures; c'est lui qui a tâché d'accréditer à Rome la fausse nouvelle du projet de la coadjutorie de Mayence pour le second fils de V. M.; c'est

1) Über diese ist zu vergleichen *Responsio Pii VI. P. M. ad metropolitanos Moguntin. Treviren. Colonien. et Salisburgen. super nunciaturis apostolicis* (*Florentiae 1790*) p. 49 sq.

2) Die Verträge vom 1. Mai 1756 und 1. Mai 1757.

3) Unter anderem war er Agent von Pfalz-Baiern und Kurköln.

4) S. Band 5, 699 *s. v. Antici.*

lui qui a insinué à l'électeur de Bavière depuis peu de ne pas s'exposer aux ressentiments de l'empereur, en cherchant à réveiller dans l'esprit de l'électeur cette fatale timidité, qui l'a subjugué aux volontés de la maison d'Autriche; enfin, c'est probablement lui qui a fait répandre à Cologne le bruit des conditions humiliantes attachées par le pape au bref de la coadjutorie de Mayence. J'ai cru, que le service de V. M. exigeait qu'on fît connaître cet homme à Mr. le baron de Gemmingen[1]; aussi l'ai-je fait par la dernière poste en profitant du chiffre, que nous avons ensemble. 1787 Mai 24

»Le nonce du pape à Munic[2] est trop fougueux pour le service de son maître; mais travaillant contre le parti autrichien, il semble mériter l'appui de V. M.: ce qui pourrait à mon avis se faire sans le moindre inconvénient, si l'on parvenait à faire disparaître l'apparente collision d'autorité, qui alarma l'électeur de Mayence contre l'existence de cette nonciature, par une renonciation expresse de la cour de Rome à exercer aucune sorte d'autorité épiscopale dans le diocèse de Mayence. Je ferai une petite tentative chez l'électeur, et j'aurais quelque espérance de réussir, si cette cour, tout en protestant de renoncer aux griefs des électeurs ecclésiastiques contre la nonciature de Munic, ne se montrait déjà très-rétive à la reconnaître à l'occasion du procès pour la coadjutorie de Mayence et de Worms, dont j'eus l'honneur d'informer V. M. par ma dépêche du 12. du courant. L'expédient, que le ministère de Mayence veut proposer de venir faire ce procès à Rome, ne sera jamais accepté ici et fera beaucoup de tort à l'opinion de bonne foi, que j'ai tâché de faire gagner aux sentiments de la cour de Mayence« . . .

---

124. Marquis Lucchesini an den Land-Jägermeister Stein. Rom 1787 Mai 26. Mai 26

R. 92. Stein 21. Eigenhändiges Mundum.

Dalberg. Der Papst, der Kaiser und der Fürstenbund. Frankreich. Der Nuntiatur-Streit und die deutschen Bischöfe. Florentiner Synode. Neapel und die Curie. Gefahr eines Schismas. Lucchesini's Frau. Coadjutor in Würzburg. Der Papst will an den König schreiben.

. . . »Le pape et son ministre craignaient Dahlberg, parcequ'on le leur avait dépeint de Mayence d'une manière très-noire. Ils m'en ont cru sur ma parole, ils n'ont songé qu'à obliger le roi notre maître et l'ont fait d'une manière, qui n'était pas encore connue à Rome. Aussi le cardinal de Bernis et le chevalier d'Azara[3] m'en ont fait compliment, et le cardinal Hertzan[4] s'est plaint au secrétaire d'État et au pape lui-même.

---

1) Vgl. S. 32 Anm. 2.
2) Julius Cäsar Zoglio, Erzbischof von Athen *i. p. i.*
3) S. S. 107.
4) S. S. 95 Anm. 1.

1787 Mai 26 »Il fallait que les ministres de l'électeur eussent oublié l'instruction, qu'ils m'avaient donné[1]), pour craindre tout le *status quo*, car c'étaient eux qui m'avaient ordonné de promettre bien plus que je n'ai fait, pour obtenir le bref du pape.

»Vous avez tout fait à merveille, tant par rapport au pleinpouvoir de l'électeur que pour ce qui concerne le coadjuteur. Sa lettre est très-sage, et le pape est très-content d'eux et du médiateur. C'est si vrai, que ces messieurs y vont loyalement, qu'ils m'ont cru sur ma parole pour la garantie du roi, que j'attends sous peu de jours.

»J'ai voulu, que le pape fasse une profession de foi politique prussienne, pour l'attacher pour toujours par nos principes à nos projets relativement aux autres grands évêchés d'Allemagne, en un mot, pour lui couper toute retraite dans le parti de l'empereur. D'ailleurs je connais trop votre sagacité, votre esprit et adresse, pour n'avoir jamais craint, que l'élection de Dahlberg pût faire du tort au roi, qui l'a porté au siége de Mayence.

»Il est très-utile, que [vous] restiez encore quelques semaines là où vous êtes[2]), particulièrement pour que vous avec Madame de Coudenhove[3]) vous mêliez un peu de l'affaire du procès informatif.[4]) Si l'on s'entête à le faire instruire à Rome, il n'y a plus de confirmation d'élection.

»La France conseille à cette cour de tenir ferme contre les principes de l'empereur et contre le congrès d'Embs. Plusieurs évêques d'Allemagne (dont j'ai vu les lettres autographes) protestent contre les principes des archevêques; l'assemblée de Florence[5]), qui va se dissoudre au désavantage des novateurs, et la cour de Naples, qui s'accommode avec le St.-Père[6]), rend à celui-ci un peu de courage. Si l'on s'obstine à vouloir mettre de côté les nonces contre ce qui s'est pratiqué jusqu'à présent en cas pareil, je sais bien, que le pape pourra y perdre; s'il y a scisme, le système de l'union[7]), qui par sa nature est l'ennemi de toute diversité d'opinions sur quelque objet que ce puisse être, y perdra toujours plus ou moins de sa force ou de son influence. Regardez, je vous prie, avec cet homme-femme, que je respecte infiniment, de ce point de vue l'affaire du procès, et

---

1) Über deren weitgehende Erbietungen s. die *Responsio Pii VI.* a. a. O.

2) In Mainz.

3) Vgl. *Pertz, Leben des Ministers Stein* (*Berlin 1849*) 1, 43 (wörtlich Stein's Bericht v. 15. Juli 1785 entnommen); *Ranke, Sämmtliche Werke* (*Leipzig 1875*) 31 und 32, 261.

4) Dalberg betreffend.

5) Vgl. *Wolf, Geschichte der römisch-katholischen Kirche unter Pius VI.* (*Leipzig 1798*) 5, 259 ff.; *Reumont, Geschichte Toscanas* (*Gotha 1877*) 2, 182 ff.

6) Vgl. *Planck, Neueste Religionsgeschichte* (*Lemgo 1790*) 2, 3 ff.; *Coppi, Annali d'Italia dal 1750* (*Napoli 1832*) 1, 142 ff.; *Sentis, Monarchia Sicula* (*Freiburg 1869*) S. 200 ff. 7) Des Fürstenbundes.

tout ce que vous deux aurez jugé convenable, me semblera aussi très à propos. 1787 Mai 26

»Vous verrez, mon cher ami, par la continuation de mes dépêches au roi, à quoi nous en sommes des grandes affaires, qui vous ont paru mériter l'attention du cabinet prussien.

»J'ignore jusqu'à présent, comment on les envisage à Potsdam, et j'attends avec impatience le courrier, qui m'apportera la première dépêche du roi après mon départ.

»Moering revient chez vous et passe à Potsdam avec la dépêche ci-jointe[1]), que je vous envoie sous cachet volant, en vous priant de la fermer, après l'avoir lue; c'est essentiel pour la chose et pour moi, que vous restiez au courant d'une correspondance, que vous recommencerez à mener, j'espère, au commencement de juillet. Mon cher ami, je compte beaucoup sur votre bienveillance, et votre suffrage me fera moins désirer ou regretter ceux de bien de gens. Je ne sais ce que ma belle-mère[2]) a voulu dire: je sais bien, que sa fille vaut mille fois mieux qu'elle: celle-ci a vraiment réussi ici et me rend des bons services, se prêtant à mes vues et m'aidant dans le travail du chiffre. Le retard d'un des départements, par lesquels nos affaires devaient passer cette fois-ci, m'a donné le temps et l'occasion d'ajouter à la dépêche pour le roi quelques nouvelles intéressantes.

»Songez, je vous prie, mon cher ami, à préparer les voies pour la coadjutorie de Würzbourg, afin de prendre les devants sur la cour de Vienne. Vous êtes le seul, qui y puissiez être employé avec succès; mais je vous souhaite partout une madame de Coudenhove. Mettez-moi aux pieds de l'électeur, ménagez-moi les bontés du coadjuteur, et comptez sur l'estime et l'attachement inviolable, que je vous ai voués pour le reste de ma vie. *Vale. Totus tuus.*

»*P. S.* J'ai cru devoir prévenir le roi de l'intention du pape de lui écrire une lettre par son nonce de Cologne. Vous savez, que messieurs les auteurs *der Berlinische Monatsschrift*[3]) n'étaient pas contents du pape, parcequ'il ne reconnaissait point la royauté prussienne. Ceci est plus que cela, et ce sera la première ambassade papale à un prince protestant. Je vous prie de n'en dire encore rien là où vous êtes, car c'est à cette condition que j'ai pu avoir le bref avant qu'on l'envoie au nonce, qui doit le présenter. *Iterum vale.*«

1) No. 123.

2) Frau v. Tarrach.

3) Vgl. das in Band 8, 513 ff. (December 1786) veröffentlichte Schreiben Dohm's an Hertzberg v. 4. November 1786.

1787 Mai 28 **125.**[1] **Ministerial-Erlass an die lingensche Regierung.** Berlin 1787 Mai 28.

Lingen Eccles. Concept, gezeichnet von Scholz.

Bedingte Gewährung von Thurm und Glocke für das katholische Bethaus in Schapen.

»Da nach Euerm . . . Berichte vom 10. d. M. bei dem Gesuche der römisch-katholischen Gemeine des Kirchspiels Schapen vom 17. Martii *c.*, ihr die Errichtung eines Thurms auf ihrem Bethause und Anschaffung einer Glocke zu verstatten, keine besondere Bedenklichkeiten obwalten, so wollen Wir diesem Gesuche hiermit . . . deferiren und Statt geben, jedoch unter folgenden Einschränkungen und Bedingungen: dass nämlich gedachte Gemeine jedes Mal wenigstens eine Viertelstunde vor der dortigen protestantischen Gemeine das Signal zu ihrem Gottesdienste geben und ihr nicht gestattet sein soll, sich dieser Glocke, ausser zum Signal zu ihrem Gottesdienst an Sonn- und Feiertagen, zu gebrauchen, mithin mit selbiger ihre Leichen nicht zu beläuten, damit durch den Gebrauch dieser Glocke die protestantischen Pastoral- und Küster-Jura nicht beeinträchtiget werden, sondern vielmehr gedachte Gemeine schuldig sein soll, die gewöhnlichen Leichen-Jura nach wie vor an die protestantische Geistlichkeit zu bezahlen.«

Mai 29 **126.**[2] **»Reise-Permission**[3] **für den Propst zu Milobondz Carl v. Ansitio auf 18 Monate nach Pohlen.«** Berlin 1787 Mai 29.

R. 7. B. 23. F. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Dörnberg.

»Demnach S. K. M. von Preussen u. s. w. dem Propst zu Milobondz Carl v. Ansitio die Erlaubniss . . . zu bewilligen geruhet, in Familien-Angelegenheiten in Pohlen auf einige Zeit verreisen zu dürfen, als wird demselben die gebetene Reise-Permission auf 18 Monate nach Pohlen hiermit ertheilet; jedoch wird derselbe zuvor Anstalt zu treffen haben, dass während seiner Abwesenheit in seinen Amts-Geschäften nichts verabsäumet werde.«

Juni 6 **127. Weihbischof Rothkirch von Breslau an den Etats-Minister Hoym.** Breslau 1787 Juni 6.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 24). Mundum.

Die ausländischen Messbücher und die Fürbitte für den Kaiser.

Antwortet auf das Schreiben vom 18. Mai: »dass dergleichen Missalien fast durchgehends in Deutschland bis auf einige Feiertage, welche einer jeden Diöces besonders eigen sind und worin sie sich nur zum Theil unterscheiden, im Ganzen einstimmen und verschiedene Gebeter, die aber

---

1) Wesentlich übereinstimmen andere Erlasse, z. B. vom 30. November 1787 zu Gunsten der katholischen Gemeinde des Kirchspiels Lengerich.

2) Als Probe mitgetheilt. 3) Des Ministeriums.

nicht allgemein, sondern nur nach Beschaffenheit einer jeden Diöces anwendbar sind, enthalten, so dass nur diejenigen davon, welche der Landes-Verfassung angemessen, von der Geistlichkeit gebetet, manche andere aber gänzlich weggelassen werden. Ich will gar nicht zweifeln, dass das Letztere in Ansehung der Collecten für den Kaiser von denen Geistlichen der Ollmützer Erzdiöces königlichen Schlesiens der hiesigen Landes-Verfassung gemäss beobachtet werde, und in diesem Falle würde das Gebet gleich andern mehr, die zwar eben in dem Missali enthalten, aber nicht überall applicable sind, als nicht vorhanden anzusehen, folglich auch weiter von keiner Folge sein. E. E. dürfte es demnach ein Leichtes sein, zu mehrerer Sicherheit, ob die Collecten *quaest.* in dem Ollmützer geistlichen Bezirke wirklich weggelassen werden, einen zuverlässigen Bericht allenfalls durch den Dechant zu Katscher einziehen zu lassen. Dann eine neue Auflage des Missalis ist zu kostbar und laufet wegen seiner Weitschichtigkeit in die Tausende hinaus, weil doch wenigstens etliche Hundert Exemplarien gedruckt werden müssten, welches der kleine Ollmützer District nicht würde ertragen können. 1787 Juni 6

»Was die Directoria oder sogenannte Rubricellen belanget, so sind das kleine Büchel, worin die Feste des Jahres mit der Anweisung, wie jedes bei der Messe und Brevier zu halten, für die Geistlichen enthalten. Da eine jede Diöces sich durch gewisse Kirchen-Feste, die in derselben ehedem angenommen worden, unterscheidet, so sind auch solche nicht allgemein einerlei. Wiewohl nun die Auslage dafür in Rücksicht auf die geringe Anzahl der Geistlichen Ollmützer Diöces nicht von besonderm Belang sein kann und die Abänderung doch einige Sensation erwecken könnte, so submittire zum gnädigen Ermessen gehorsamst, ob E. E. gleichwohl für gut finden, den Abdruck der Directorien ausser Landes nicht weiter zu gestatten und in dieser Absicht, dass der Druck derselben entweder allhier zu Breslau oder der Nähe halber zu Neisse fürohin besorget werden solle, an den Dechant Wlocka zu Katscher das Nöthige zu verfügen« . . .

---

128. Ministerial-Erlass »an das Franciscaner-Kloster zu Gross-Glogau und an den Pater Severinus Niering.« Berlin 1787 Juni 14. Juni 14

R. 46. B. 167. K. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Säcularisations-Gesuch eines Mönches.

»Nachdem der Pater Severinus Niering bei Sr. K. M. . . . Ansuchung gethan, dass Höchstdieselbe Sich bei dem päpstlichen Stuhle dahin zu verwenden geruhen möchten, dass er von seinen Ordens-Gelübden entbunden und ihm erlaubet werde, in den Weltpriester-Stand überzutreten, höchstgedachte S. K. M. auch nicht abgeneigt sind, diesem Gesuch . . . zu deferiren, dazu aber nöthig ist, dass der Supplicant von seinem Pater Pro-

1787 Juni 14 vincial oder andern Vorgesetzten ein in lateinischer Sprache abgefasstes gewissenhaftes Attest über seine bisherige Aufführung beibringe, so wird dem Provincial und dem Franciscaner-Kloster zu Gross-Glogau hiemit anbefohlen, ein dergleichen völlig unparteiisches und gewissenhaftes Attest *in forma probante* auszustellen, auch dem Pater Niering deshalb, weil er aus dem Orden treten will und sich dieserhalb an S. K. M. gewandt hat, kein Leid anzuthun oder zu bestrafen, sondern den Ausgang seiner Angelegenheit ruhig abzuwarten.«

Juni 15 **129. Ministerial-Erlass an die westpreussische Regierung.** Berlin 1787 Juni 15.

R. 7. B. 21. Concept, gezeichnet von Dörnberg. Anweisung von Scholz.

Abgaben von Evangelischen an einen katholischen Geistlichen.

»Auf Euern über die Immediat-Vorstellung der in der Filehneschen Parochie belegenen protestantischen Gemeinen zu Glashütte, Fisahn, zu Folstein, Ludwigsdorff und Neuhöfen vom 4. April *c.* betreffend das Gesuch, sie von denen dem römisch-katholischen Propst Rontz zu Filehne bei Taufen, Trauungen und Begräbnissen zu bezahlenden Quittungs-Gebühren sowohl als von der in $^1/_2$ Gans und einem Schweinfuss bestehenden Abgabe, so jeder Wirth jährlich entrichten müsse, zu befreien, unter dem 21. *m. pr.* . . erstatteten Bericht befehlen Wir Euch hiermit . . ., die Supplicanten in Ansehung der *quaest.* Quittungs-Gebühren auf den Inhalt der Cabinets-Ordre vom 17. Martii 1773 und des darauf erfolgten Rescripts vom 2. Augusti *eiusdem anni*[1]) zu verweisen und selbige dieserhalb sowie wegen der nur erwähnten, in obgedachtem Euern Bericht aber übergangenen Calende, da letztere nach dem *ad instantiam* der evangelisch-lutherischen Eingesessenen zu Mewe unter dem 7. November[2]) 1774 an

---

1) Der Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Zedlitz (Potsdam 17. März 1773) verfügte: »Es würde freilich hart sein, wenn der katholische Propst zu Filehne, Roncz, nach seiner *originaliter* nebenliegenden Anzeige vom 10. dieses Monats seine bisherige *iura stolae* von denen Protestanten bei denen angezeigten Umständen ganz verlieren sollte, und ich will dahero, dass er hierunter denen übrigen Geistlichen seiner Kirche wenigstens und wenn es ja nicht anders sein kann, auf seine Lebenszeit, wie es sich am besten schicken wird, gleich behandelt werden soll. Ich überlasse solches Eurer Verfügung.« — Hierauf Ministerial-Erlass an die westpreussische Regierung (Berlin 2. August): »So wollen Wir bei denen einberichteten Umständen Euern Antrag, gedachtem Propst auf die Zeit, dass er die Filehner Propstei verwalten wird. die sogenannte Quittungs-Gebühr zu reichen und solche von den evangelischen Predigern erheben und dem Propst monatlich berechnen und abführen zu lassen . . . genehmigen.«

2) Band 4, 626.

Euch erlassenen Rescripte zu den aufgehobenen Stol-Gebühren nicht zu rechnen, ab- und zur Ruhe zu verweisen.« 1787 Juni 15

---

130. Entwurf zu einem Ministerial-Erlasse an die klevische Regierung. Berlin 1787 Juni 18. Juni 18

R. 34. 52. B. Geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein. Am Rande, von Siebmann's Hand, der Vermerk: »Nicht abgegangen.«

Das kurkölnische Diöcesan-Recht in Kleve-Mark.

»Euer Bericht vom 18. Mai d. J. wegen der päpstlichen und bischöflichen Rechte über Unsere dortige katholische Unterthanen ist endlich eingegangen.

»Wenn die Verbote wegen Verkündigung päpstlicher Bullen, Breven, Verfügungen ohne Unsere landesherrliche Genehmigung noch in Andenken stehen, so bedarf es ihrer Erneuerung nicht, und habt Ihr nur ein wachsames Auge darauf zu haben.

»Was die Unabhängigkeit der clevischen Lande von der erzbischöflich cölnischen Diöcesan-Gewalt und Gerichtbarkeit betrifft, so geben Wir Euch Unsere echte Grundsätze aus der beigefügten Abschrift eines an den Geh. Rath v. Dohm am 14. Mai d. J. erlassenen Rescripte des mehreren zu ersehen. Eben deswegen weil Wir den Wahn dieser sich über die clevische Lande erstreckenden Diöces gänzlich vertilgen wollen, sähen Wir gerne, dass Unsere Unterthanen sich in Ansehung bischöflicher Verrichtungen an benachbarte Bischöfe wenden, diese aber belehret werden möchten, dass es keiner cölnischen Dimissorialien bedürfe, da sich die cölnische Diöces über diese Lande nicht erstrecke, der Erzbischof auch selbst nach dem Zustande des *anni normalis* für deren Ordinarium nicht anzusehen sei. Ihr müsset die katholische Geistlichkeit, besonders die Officiale, Dechanten *pp.*, hievon unterrichten und überzeugen und durch sie den benachbarten Bischöfen einen richtigeren Begriff machen lassen. Wir müssen es indessen *connivendo*, sowie es bisher gehalten worden ist, fortgehen lassen, um nicht den öffentlichen Streit mit Kurcöln aufleben zu machen. Wir verwehren auch Unsern Unterthanen nicht, in Gewissens-, besonders Dispensations-Fällen sich an den Papst und den päpstlichen nächsten Nuntium zu wenden, wie es ihnen bisher verstattet worden.«

1787 Juni 22 **131.**[1]) **Bericht der westpreussischen Regierung.** Marienwerder 1787 Juni 22.

R. 7. B. 23. Mundum, gezeichnet von Schroetter, Schleinitz, Schmiedeberg, Scheibler, Ziegenhorn, Fincke.

Unduldsamkeit katholischer Kleriker, vertheidigt durch den Bischof von Kulm.

»So sehr wir uns von je her bemühet haben, die unter uns stehende katholische Geistlichkeit zu einer toleranten Denkungsart und brüderlichen Liebe gegen andere Religions-Verwandte, sie mögen Christen oder Juden sein, zu bewegen und sie anzuhalten, den in pohlnischen Zeiten überhand genommenen fanatischen Religions-Eifer und Hass gegen alle, die nicht Katholiken sind, durch gehörige Belehrung sowohl als eignes Beispiel auszurotten, so überzeugen uns doch viele Vorfälle, dass wir bis jetzt unsern Zweck nur bei wenigen aufgeklärten Geistlichen dieser Religion erlangt haben, ja selbst einige der unter uns stehenden Bischöfe das intolerante Betragen ihrer Geistlichkeit nicht nur billigen, sondern auch mit Stellen aus dem *iure canonico* und dem alten römischen Gesetzbuche, die auf unsre veränderte Zeiten gar nicht mehr passen, rechtfertigen und vertheidigen. Erlauben E. K. M. . . ., dass wir dieses durch die actenmässige Erzählung einiger Vorfälle begründen.

»Der ehemalige Vicarius des Propstes v. Wittk Niepoczolowski zu Berent, der Karmeliter-Mönch Pater Gerhardus a St. Johanne predigte an diesem Orte öffentlich von der Kanzel gegen die Juden, verfluchte sie und legte auch denen, die bei oder für Juden zu arbeiten oder ihnen auf irgend eine Art Hülfe zu leisten sich unterstehen würden, einen schweren Fluch auf und verbot solches sogar bei Strafe des Halseisens. Dieses hatte die Folge, dass die dortigen Katholiken, deren Anzahl bei weitem die grösseste ist und die einen ihnen von einem Prediger ihrer Religion auferlegten Fluch für die grosste Strafe halten, in die sie je fallen können, alle Gemeinschaft mit den Juden aufhoben, wodurch denn diese in grosse Verlegenheit kamen, da sie, besonders am Sabbathe, ohne Zuthun der Christen nichts unternehmen können. Sobald uns dieses angezeigt wurde, trugen wir dem Justiz-Commissarius Jackstein zu Berent eine genaue Untersuchung der Sache auf, nach deren Beendigung dem oberwähntem Pater Gerhardo a St. Johanne *per sententiam* eine vierwöchentliche Gefängniss-Strafe und Tragung sämmtlicher Kosten der Untersuchung zuerkannt, ihm auch die Besteigung der Kanzel in hiesigen Landen auf immer untersagt wurde. Da er aber nicht im Stande war, sämmtliche Kosten zu bezahlen, vielmehr die dem Kreis-Physico Schultz für Untersuchung seines Gemüthszustandes zukommende 24 Rthlr. rückständig blieb, so legten wir die Bezahlung derselben dem Official Schultz zu Stolzenberg zur Last. Zu diesem Schritte bewog uns seine Unachtsamkeit, dass er, wie es doch sein Amt

1) Beantwortet am 14. September.

erfordert, nicht genauer darauf vigilirt hatte, damit dergleichen untaugliche und unwissende Subjecte wie der Pater Gerhard in seiner Diöcese nicht die Kanzel beträten, überdem dieser Mönch aus einem Kloster aus der Stadt Danzig war, folglich der Schulz sehr unrecht daran gethan hatte, dass derselbe E. K. M. Verordnungen zuwider dem *p.* Gerhard verstattete, sich in Allerhöchstdero Landen aufzuhalten und die Geschäfte eines Predigers zu versehen. Der Bischof von Cujavien und Pommerellen Graf v. Rybinski kam einige Mal bei uns für den *p.* Schultz ein und bat um Niederschlagung der diesem zur Last gelegten Kosten. Indessen waren seine Gründe, wie E. K. M. Sich aus seinem unter'm *3. Martii c.* abgestatteten und abschriftlich beigehenden Berichte des mehrern zu überzeugen geruhen werden, nicht von der Art, dass wir seinem Gesuch Gehör geben konnten, sondern es dient dieser Bericht zur mehrern Bestätigung dessen, was wir oben in Ansehung des Benehmens der Bischöfe geäussert haben. 1787 Juni 22

»Der zweite Vorfall, dessen zu erwähnen wir für nöthig achten, ist folgender.

»Der hiesige Canzellist Labes zeigte uns vor einiger Zeit an, wie der Pfarrer Czubkowski zu Tiefenau seine, des Labes, katholische Dienstmagd deshalb, weil sie während der Fastenzeit nicht Fastenspeisen genung genossen haben sollte, von dem Beichtstuhl verstossen, ihr auch, um in dergleichen Sünde nicht mehr zu fallen, angerathen hätte, den Dienst ihrer lutherischen Herrschaft zu verlassen und sich bei Katholiken zu vermiethen.

»Fast zu eben dieser Zeit denuntiirte der Schutz-Jude Jacob Lewin zu Stuhm, dass sowohl der dortige Propst Gudowicz als auch der Propst v. Pruszak zu Pestlin seiner bei ihm dienenden Magd aus dem Grunde, weil sie bei einem Juden diente, die Beichte versaget, ja der erstere sogar der dortigen Hebamme verboten hätte, denen jüdischen Weibern in ihren Kindesnöthen beizustehen. Obwohl wir überzeuget waren, dass dergleichen Vergehen, als der Czubkowski begangen, viele Uneinigkeit zwischen der Brodherrschaft und dem Gesinde verursachen könnten, so glaubten wir doch, dass ein scharfer Verweis, den wir dem Czubkowski gaben, und die Anweisungen des Bischofs von Culm, Grafen v. Hohenzollern, dem wir von diesem Vorfalle Nachricht gegeben hatten, fernere Unordnungen vorbeugen würden.

»Das Betragen des Gudowicz und Pruszak indessen schien zu einer genauen Untersuchung und scharfen Beahndung hinlänglich qualificirt, besonders da wir den grossen Hass der hiesigen Katholiken gegen die Juden kennen, und wir trugen dahero dem hiesigen Criminal-Rath Goltz auf, die Sache *in loco* genau zu untersuchen und uns demnächst Bericht zu erstatten. Hievon benachrichtigten wir zugleich den Grafen v. Hohenzollern und wiesen ihn an, seine Geistlichkeit von der Unwürdigkeit solcher Gesinnungen zu überzeugen und ihnen anzudeuten, dass wir jeden Contraventions-Fall sehr

1787 Juni 22. hart beahnden würden. Hierauf erwarteten wir eine Anzeige, dass er wegen Annahme der von der Beichte zurückgewiesenen Personen das Nöthige an die gedachte Geistlichen würde erlassen haben; statt dessen aber der abschriftliche anliegende Bericht einkam, in welchem der Graf v. Hohenzollern das Betragen dieser unwürdigen Geistlichen nicht nur billiget und vertheidiget, sondern auch sogar um die Aufhebung der gegen den Gudowicz veranlassten Untersuchung bittet. Dieses Benehmen muss uns um so mehr auffallend sein, als gedachter Bischof im vorigen Jahre bei einer ähnlichen Gelegenheit ein seinen jetzigen Äusserungen widersprechendes scharfes Mandat an den Official v. Studnicki hat ergehen lassen und seine jetzt gezeigte Gesinnung sich mit den uns so oft von ihm gegebenen Versicherungen seiner toleranten Denkungsart nicht reimen lässt.

»E. K. M. haben wir daher diese . . . Anzeige zu thun und darüber, ob die gegen den Gudowicz und Pruszak verfügte, vor der Hand von uns aufgehobne Untersuchung weiter fortgesetzt werden solle, Allerhöchstdero Befehle tiefgehorsamst zu erbitten für unsere Pflicht gehalten.

»Zugleich stellen Allerhöchstdenenselben wir . . . anheim, ob wir, um ähnlichen Unfug in der Zukunft zu steuren, ein Circulare an die gesammte katholische Geistlichkeit ergehen lassen und darin die Abweisung des katholischen Gesindes vom Beichtstuhl wegen Dienstleistung bei nichtkatholischen Christen und bei Juden, sowie das heimliche und öffentliche Lehren und Predigen gegen die Juden bei einer fiscälischen Strafe von 100 Ducaten im ersten Contraventions-Falle und bei Cassation im zweiten untersagen können.«

Juni 26 **132. Ministerial-Erlass an das »Dom-Capitul von Cujavien zu Wloclaweck«.** Berlin 1787 Juni 26.

R. 7. B. 23. DD. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Finckenstein, Hertzberg und Blumenthal. Anweisung von Steck. Der Erlass stimmt (stellenweise wörtlich) mit dem Schreiben überein, welches das General-Directorium am 15. Juni an das Auswärtige Departement ergehen liess.

Keine Änderung in Betreff Bewirthschaftung ihrer Güter!

»Aus der bei Sr. K. M. u. s. w. *immediate* eingereichten und an Höchstdero Ministerium remittirten Vorstellung des Dom-Capituls von Cujavien zu Wloclawek vom 1. April *a. c.* ist ersehen worden, wasmaassen gedachtes Dom-Capitul nachgesuchet hat, dass (1) demselben, dem Inhalt des Warschauer Tractats vom 18. September 1773 § 8[1]) gemäss, die bis zur Wiederbesitznehmung von Westpreussen im Marienwerderschen und Brombergischen Kriegs- und Domänen-Kammer-Departement selbst bewirthschafteten Güter gegen jährliche Bezahlung des gegenwärtigen Competenz-Quanti zurückgegeben oder, wenn solches nicht geschehen könnte, (2) die Competenz nach Proportion der vormaligen Einkünfte verstärkt und (3) der

1) Band 4, 540.

von einigen demselben zugehörigen Gütern im Brombergischen Kammer-Departement aufkommende Feldzehnte demselben wiederum *in natura* verabfolget werden möchte. 1787 Juni 26

»Es wird gedachtem Dom-Capitul darauf hiermit zur Resolution ertheilet, dass diesen Gesuchen, wodurch die Contributions-Verfassung in Ansehung der geistlichen Güter in Westpreussen zum Nachtheil des Etats ganz alteriret werden würde, nicht zu deferiren stehe. Es hat auch

»*ad 1*) das Dom-Capitul auf die Wiedererhaltung seiner ehedem selbst bewirthschafteten Güter nicht das mindeste mehrere Recht als alle übrigen geistlichen Corpora in Westpreussen in Absicht ihrer Güter, welche zur königlichen Administration gezogen worden. Die Übernahme sämmtlicher Güter zur königlichen Administration gründet sich auf Cabinets-Ordres des höchstseligen Königes, damit die Geistlichen durch deren Bewirthschaftung nicht distrahiret und von ihren geistlichen Verrichtungen um so weniger behindert werden möchten. Dem durch den Warschauer Tractat von 1773 gesicherten Eigenthums-Rechte des Dom-Capituls geschiehet auch kein Eintrag noch Abbruch, und Sr. K. M. sind dadurch die Hände wegen der Besteuerungs- und Verwaltungs-Art der geistlichen Gründe keinesweges gebunden. Diese geistlichen Gründe werden nun von den westpreussischen *p.* Kammern bloss administriret, mithin sind und bleiben die geistlichen Corpora so nach wie vor Eigenthümer dieser Güter, welches auch noch daraus hervorgehet, dass bei entstehenden Processen solche jederzeit mit ihrer Zuziehung geführet werden und, wenn dergleichen Processe verloren gehen, sie den Verlust von ihrer Competenz *pro rata* tragen müssen.

»*Ad 2*) findet die Verstärkung des Competenz-Quanti gleichfalls nicht Statt. Es ist solches nach den von dem Dom-Capitul selbst angegebenen Revenus den vorgeschriebenen Grundsätzen gemäss reguliret, und die königliche Cabinets-Ordre vom 2. November 1772[1]) setzet ausdrücklich fest, wohin das durch die *ex post* gemachten Verbesserungen aufkommende Surplus fliessen soll. Und was

»*ad 3*) den Feldzehent betrifft, um dessen Verabfolgung *in natura* das Dom-Capitul ebenmässig Ansuchung gethan, so ist von der Krieges- und Domänen-Kammer-Deputation zu Bromberg bewiesen worden, dass solcher nicht als Parochial-, sondern als Capitular-Zehent zu betrachten ist; daher solcher auch der Verfassung gemäss bei dem Amte Inowraclaw eingezogen und dem Dom-Capitul deshalb ein Competenz-Quantum ausgesetzt worden.

»Wenn übrigens das Dom-Capitul sich zugleich über die Langwierigkeit und Kostbarkeit der Processe beschweret, welche dasselbe öfters zur Beitreibung der Zinsen von den Fonds-Capitalien führen muss, so lässt sich wegen dieser in so generalen Ausdrücken angebrachten und mit nichts bescheinigten Beschwerde nichts verfügen, da zumal die Landesgesetze schon

1) S. Band 4, 470.

1787 Juni 26 eine prompte Rechtspflege hinlänglich festgesetzet, auch in Ansehung der Kosten die Justiz-Sportul-Taxen die von den Parteien zu erlegende Gebühren in allen Fällen genau moderiret und bestimmet haben. Sollte nun etwa das Dom-Capitul in einzelnen Processen vermeinen, dass diesen Vorschriften zuwider gehandelt werde, so darf dasselbe nur solches bei dem königlichen Justiz-Departement vorstellig machen, welches sothanen Beschwerden, falls sie gegründet sind, nachdrücklich abhelfen wird.«

Juni 29 **133. Etats-Minister Hoym an die Ober-Amts-Regierung zu Glogau.** Berlin 1787 Juni 29.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 9). Concept.

Vereidigung der katholischen Geistlichen und Schullehrer.

»Einer k. hochl. Glogauschen Ober-Amts-Regierung ermangle nicht, auf Dero widerholentlich an mich erlassene beliebige Anfrage in Ansehung der wegen des neuerlichen Regierungs-Antritts Sr. K. M. etwa noch erforderlichen individuellen Vereidung sämmtlicher katholischen Geistlichen und Schullehrer hiedurch in ergebener Antwort zu eröffnen, dass es einer dergleichen Vereidung nicht bedarf, da namens sämmtlicher zur Diöces des Breslauschen Bischthums gehörigen katholischen Geistlichen und Schullehrer der Bischof und das hiesige Dom-Capitul *per deputatos* und namens der katholischen Geistlichen und Schullehrer der übrigen zu den ausländischen Bischthums-Diöcesen gehörigen schlesischen Districte die Decani dieser Districte an dem vorgewesenen Huldigungs-Tage den Huldigungs-Eid abgeleistet haben. Ueber das hat die *in anno 1764*, bald nach dem siebenjährigen Kriege, verordnet gewesene und damals auch vollstreckte individuelle Vereidung sämmtlicher katholischen Geistlichen und Schullehrer[1]) ihren Grund in den damaligen besondern Verhältnissen gehabt: welcher Grund aber mit der letzthin vorgewesenen allgemeinen Landes-Huldigung gar nicht connex ist.«

Schickt »Formulare des Homagial-Eides, wornach die neu antretende katholische Geistliche und Schullehrer bei ihrem Antritt zu vereiden sind« . . .

Juni 30 Schreiben an die kurpfälzischen Minister, s. No. 119.

Juli 6 **134.[2]) Etats-Minister Dörnberg an den Pater Hilarion Robinet, General des Karthäuser-Ordens.** Berlin 1787 Juli 6.

R. 7. B. 24. CC. Concept, geschrieben von Scholz.

Visitation der Karthausen in Danzig und Xanten.

»Le roi m'ayant chargé pendant l'absence de Mr. le ministre baron de Zedlitz de la direction des affaires ecclésiastiques, je me vois dans le

---

1) S. Band 4, 136.

2) Vgl. unter dem 30. März.

cas de vous faire part en réponse à votre lettre adressée audit ministre d'État du 26. mai touchant l'affaire de la visite des maisons à Dantzic et à Xanten, que j'ai informé la régence à Marienwerder du choix, que le chapitre général a fait de Dom Hugues Poick, prieur de la chartreuse de Wirtsbourg, pour visiter la maison de Dantzic, avec ordre de l'admettre avec son associé. Vous n'avez donc, Monsieur, qu'à instruire ledit Dom Hugues Poick, pour qu'il prévienne en temps la régence de son arrivée et du choix, qu'il aura fait de son associé. 1787 Juli 6

»Pour ce qui concerne la rejection de deux religieux de Cologne présentés à la chartreuse de Dantzic, j'ai trouvé nécessaire de prendre préalablement information de ladite régence, et j'espère sur le rapport, qui m'en sera fait, d'aplanir cette affaire à votre satisfaction.

»Quant à la visite de la maison à Xanten, vous savez déjà, Monsieur, que les conventions subsistantes avec les duchés de Juliers et de Bergue excluent tout étranger de cette fonction. Les exemptions, qui pourraient avoir eu lieu dans un temps antérieur[1]), n'autorisent pas le département d'enfreindre cette règle, et vous ferez bien, Monsieur, de ne pas condescendre aux résolutions contraires prises par le chapitre général, mais plutôt de lui faire comprendre, que, vu l'intime liaison entre les provinces de Juliers et de Bergue d'avec le pays de Cleve, on peut compter le prieur de la chartreuse dans le Juliers aussi propre pour la visite de la maison de Xanten qu'aucun autre ecclésiastique.«

---

135. Ministerial-Erlass an den Pater Nicolaus Tolentz, Provincial des Augustiner-Barfüsser-Ordens. Breslau 1787 Juli 11. Juli 11

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 24). Concept, gezeichnet von Hoym.

Erlaubniss zur Visitation. Darf nur Landeskinder als Novizen annehmen. Keine erzwungene Entfernung ins Ausland! Keine Zänkereien im Kloster!

»S. K. M. . . wollen zwar dem u. s. w. die nachgesuchte Erlaubniss, das Kloster seines Ordens in Strehlen zu visitiren, wie hiemit geschiehet . . . ertheilen, lassen denselben aber zugleich bedeuten, dass fortmehro keine Mutation der gegenwärtig in diesem Kloster befindlichen Conventualen Statt finden und nur denjenigen derselben, welche Ausländer sind und freiwillig in ausländische, ihnen von dem Provincial anzuweisende Ordensklöster sich begeben wollen, solches verstattet sein soll; wogegen der dadurch und sonst auf andere Art entstehende Abgang des dem Kloster nöthigen Numeri an Conventualen denen ergangenen Landesgesetzen gemäss lediglich durch eingeborne Schlesische Landeskinder, durchaus aber nicht durch Ausländer ersetzt werden soll. Zu welchem Endzweck denn auch dem Kloster hiemit

---

1) Der General hatte namentlich auf eine 1737 ertheilte Erlaubniss hingewiesen.

1787 Juli 11 erlaubt wird, einige Novizen aus schlesischen Landeskindern anzunehmen, welche demnach fordersamst namentlich und mit Bemerkung ihres Geburtsorts, ihres Alters und wer ihre Eltern sind, bei Sr. K. M. schlesischen Finanz-Ministerio in Vorschlag zu bringen sind. Ebensowenig kann gestattet werden, dass der Pater Balthasar aus dem Lande entfernt werde; wogegen derselbe zu seiner Correction auf eine Zeit lang in das Kloster zu St. Annen oder in ein anderes inländisches Kloster gegen Vergütung der Unterhaltungskosten angewiesen werden muss. Und wird von dem, was diesem gemäss geschehen, die Anzeige des Provincials gewärtiget, übrigens aber letzterm hiedurch anempfohlen, die bisher unterbrochene Ruhe und Ordnung unter den Conventualen wieder herzustellen und ihnen sämmtlich in dieser Absicht die ernstgemessenste Bedeutung zu machen, dass diejenigen von selbigen, welche fortfahren sollten, es sei durch üble Conduite oder durch unnütze Zänkereien und ungegründete heimliche Verschwärzung und Verunglimpfung ihrer Mit-Conventualen, die bisherige Desordres zu unterhalten, die empfindlichste Ahndung zu gewarten haben sollen.«

Juli 27 **136. Ministerial-Erlass an die lingensche Regierung.** Berlin 1787 Juli 27.

Lingen Eccles. Concept, gezeichnet von Dörnberg.

Ablehnung eines Gesuches der Katholiken in Wettrup.

»Bei den in Eurem . . . Bericht vom 9. d. M. angezeigten Umständen, betreffend das Gesuch der römisch-katholischen Eingesessenen der Bauerschaft Wettrup um Erlaubniss, um in der dortigen Capelle durch einen besonderen Geistlichen den Gottesdienst verrichten zu lassen, befehlen Wir Euch hiedurch . . ., die Supplicanten abschläglich zu bescheiden.«

137.[1] **Etats-Minister Hoym an die Kriegs- und Domänen-Kammer zu Glogau.** Breslau 1787 Juli 27.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Concept.

Neues Circular, um dem Studiren der Kinder aus der gemeinen Volksclasse Grenzen zu setzen.

»Wenn ein hochlöbliches Collegium . . . bei Gelegenheit des ohne specielle Erlaubniss der *p.* Kammer auf die Königsberger Universität gegangenen Sohns des auf dem Glogauischen Stadt-Dorfe Hoeckricht dienenden Voigtes Heinze, Namens Christian, der Meinung ist, dass man auf heilsame Maassregeln vorzudenken habe, wie dem Studiren der Kinder aus der gemeinen Volksclasse Grenzen zu setzen, so findet dies meinen vollkommenen Beifall, und habe ich schon sehr oft geäussert, wie die Kinder

1) Vgl. unter dem 9. October 1793.

der gemeinen Leute zu nützlichen Bürgern und Bauern erzogen und dadurch dem Lande geschickte Professionisten und Ackerleute verschafft werden müssten. Nur hat man bisher theils von Seiten der Ober-Consistorien, theils von Seiten des bischöflichen Vicariats-Amtes die Beobachtung der im dortigen Departement unterm 31. Juli 1764 und 22. October 1765 erlassenen diesfälligen Circularien[1]) grösstentheils zu strenge gefunden, weil oft geschickte Männer und selbst die gelehrtesten Leute in der Geschichte von schlechter Herkunft gewesen und es leicht an Geistlichen, besonders katholischen Pfarrern, Mangel haben würde, wenn hierzu nicht Kinder gemeiner Eltern zugezogen würden. Indess fehlt es bis jetzt nicht an dergleichen Subjectis, und dann geht auch die Absicht nicht dahin, jedem jungen Menschen, der von geringer Herkunft ist, dabei aber vorzügliches Genie und Hang zum Studiren mit einer guten Conduite verbindet, den Weg zu den höhern Wissenschaften zu verschränken. Allein den Missbrauch zu verhüten, der daraus entsteht, wenn dergleichen junge Leute, oft weil es der Vater oder Mutter will, ohne alle weitere Rücksicht auf ihre Geisteskräfte, Lebensart und Vermögensumstände das Studiren ergreifen müssen und dann ohne allen Fleiss und Conduite ihre Schul- und Universitäts-Jahre in Wildheit durchleben, nach vollbrachten Jahren sich in Ämter schleichen und am Ende durch Dummheit, Stolz, Faulheit und tausend andere Fehler ihren Mitbürgern weit mehr schädlich, als nützlich sind: das ist der Zweck, dem von Seiten der Landes-Polizei möglichst prospicirt werden muss. 1787 Juli 27

»Ein h. Collegium wolle daher in reifliche Erwägung ziehen und deshalb mit der hiesigen *p.* Kammer conferiren, inwiefern diesem Übel am besten abgeholfen werden kann. Es wird dabei vorzüglich auf genaue Bestimmungen ankommen, dass dergleichen Leute Kinder (als wohin nicht nur des gemeinen Landmannes, sondern auch des städtischen und nicht bemittelten Handwerksmanns und Bürgers Kinder zu rechnen) nicht frühzeitig in Schulen und Classen gebracht werden, wo sie nach dem Hange der meisten Schullehrer sich mehr mit fremden als ihrer Muttersprache abgeben müssen, sondern dass sie nur in solchen Schulen und Classen bleiben, wo sie zu ihrem künftigen Bauern- oder Handwerker-Stande die nothwendigen Kenntnisse erlangen. Hiernächst werden die zeither von den Schullehrern und Rectoren über die Fähigkeiten ihrer Schüler ertheilten Atteste mit mehr Circumspection geprüft werden müssen, indem dergleichen Männer gewohnt sind, ihre Schüler bloss nach dem Maassstabe ihrer Lehrart zu beurtheilen oder sie wohl gar aus gewinnsüchtigen Nebenabsichten zu loben, ohne auf ihre künftige Verhältnisse im Staat, auf ihre sonstige Fähigkeit und ihren Lebenswandel und Denkungsart zu sehen. Weshalb es dann auch nöthig sein wird, schlechterdings diejenigen Kinder, bei

1) Vgl. die Korn'sche Edicten-Sammlung 8, 242. 758.

1787 Juli 27 welchen eine Ausnahme gemacht werden soll und weshalb alle Mal an mich zur speciellen Approbation einzuberichten, vorhero durch die Land- und Steuer-Räthe oder andere bekannte geschickte unparteiische Leute genau prüfen zu lassen, ehe ihnen die Concession zum Studiren zu ertheilen.

»Ein h. Collegium ersuche ich daher . . ., in Verfolg gedachter Circularien ein neues zu entwerfen und nach Anleitung obiger Praemissen zu meiner Prüfung einzurichten. Übrigens aber kann ich die Nachertheilung der Concession für den eigenmächtig nach Königsberg gegangenen Heinze nicht genehmigen.«

Juli 28 **138. Etats-Minister Hoym an den Buchhändler Friedrich Nicolai zu Berlin.** Breslau 1787 Juli 28.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 24). Concept.

Seine Urtheile über Garve und die schlesischen Katholiken.

»E. H. bin ich für die mir unterm 23. v. M. übersandten Theile Ihrer Reisebeschreibung[1]) um so mehr verbunden, da ich keinesweges die rühmlichen Absichten, die Sie bei Ausarbeitung dieses Werkes leiten, und den Werth Ihrer Bemühungen den jetzigen Geist des Katholicismus kennbar zu machen, verkenne. Ich gestehe aufrichtig, dass mir Ihre Äusserungen über den Herrn Professor Garve[2]), wegen der Abweichung seines Urtheils über den letztern Gegenstand von dem Ihrigen, und mehr noch die Nachrichten im 7. Theil Ihrer Reisebeschreibung über die Stimmung der Katholiken in Schlesien aufgefallen sind. Nach meiner genauern Kenntniss jenes würdigen Gelehrten bin ich überzeugt, dass auf sein Urtheil keine seiner gesellschaftlichen Verbindungen Einfluss hatte und dass es das reine Resultat seiner richtigen Kenntniss der hiesigen Lage des Katholicismus war. Ich freue mich, dass Ew. *p.* ihm hierüber im 8. Theil Ihres Werkes Gerechtigkeit wiederfahren lassen. Die Art, mit der Sie sich über seine gelegentlichen Äusserungen und beiher auch über die angebliche Denkart der schlesischen Katholiken im Anhang zum 7. Bande ausliessen, beunruhigte mich um so mehr, da sie bei den katholischen Glaubensgenossen darüber, dass ihnen veraltete, jetzt fast ganz unwirksame Grundsätze als herrschend aufgebürdet wurden, Erbitterung und zwischen Katholiken und Protestanten eine feindselige Gährung erregte, von der ich befürchten musste, dass sie die Maassregeln, die ich Zeit her, dass ich der Verwaltung dieser Provinz vorstehe, mit dem glücklichsten Erfolg genommen habe, beide Religions-Parteien den Unterschied ihrer Glaubensmeinungen im bürgerlichen Leben

---

1) *Beschreibung einer Reise durch Deutschland und die Schweiz im Jahre 1781. Berlin und Stettin 1783 ff.*

2) Vgl. No. 1 und Band 5, 694.

vergessen zu machen, gänzlich vereiteln würde. Um das zu verhüten, habe ich wegen Dero gut gemeinten, meines Erachtens aber zu stark gesagten Äusserungen mich mit dem Geheimen Etats- und Cabinets-Ministre Herrn Grafen v. Herzberg in Sanssouci unterhalten. Ich bin völlig überzeugt, dass Ew. *p.* diese Erbitterung nicht gewollt haben. Indessen war sie eine nothwendige Folge Ihrer Äusserung, und Sie werden sich daraus selbst zu überzeugen belieben, dass es nothwendig sie zu mildern. Ihre Darstellung wird nicht nur den Beifall des vernünftigen Theils des Publici ferner behaupten, sondern auch den überwiegenden schwächern Theil desselben nicht zum Widerstand reizen und ihn sogar Ihres Einflusses empfänglich machen.« 1787 Juli 28

---

139. Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Departement und dem Cabinet. 1787.

R. 46. B. 78 und R. 96. 249. N.

Die Coadjutor-Wahl in Breslau. Diöcesentausch zwischen Breslau und Prag.

Das Auswärtige Departement. Berlin August 3. Aug. 3

Concept (bzw. Mundum), gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Schaffgotsch hat Hoym benachrichtigt, »wie er von Wien aus sicher avertirt worden, dass der von des Kaisers Majestät in dieser Sache gefasste Entschlus grade nach Berlin abgegangen sei und darin bestehe, dass der kaiserliche Hof in die Wahl eines Coadiutoris sich nicht ingeriren wolle, aber bei dieser Gelegenheit E. K. M. erklären lassen werde, dass der jetzige Antheil des Bisthums Bresslau nach Absterben des Fürsten-Bischofs Schafgotsch an das Erzbisthum Olmütz übergehen solle, wobei es E. K. M. frei stehe, die Grafschaft Glatz von dem Erzbisthum Prag abzusondern, und werde weder er noch das Bresslauische Dom-Capitul auf ihre Bittschreiben an den Kaiser um seinen Consens zur Coadjutorie-Wahl eine weitere Vorbescheidung erwarten dürfen, weil obige Entschliessung des Kaisers bereits in Berlin angelanget sein müsse . . .

»Der Etats-Minister Graf v. Hoym hat uns anjetzo erinnert, dass wir die zu dieser Coadjutorie-Wahl erforderliche Expeditions an ihn befördern möchten, damit die Coadjutorie-Wahl noch vor E. K. M. Ankunft in Schlesien geschehen möge, und ist er der Meinung, dass, nachdem der Bischof und das Dom-Capitul alles dasjenige, was die Vasallenpflichten wegen ihres jenseitigen Bisthums-Antheils in Ansehung des Kaisers erfordern, ihrerseits bewerkstelliget hätten, so sei kein Grund vorhanden, die Coadjutorie-Wahl weiter aufzuschieben.

»Wir haben also die erforderliche Instruction für den Grafen v. Hoym, als E. K. M. Commissarium zu diesem Wahl-Actu, und ein Empfehlungsschreiben an das Dom-Capitul für den Prinzen von Hohenlohe ausfertigen lassen, überreichen solche E. K. M. zu . . . Vollziehung und stellen E. K. M.

1787 Aug. 3 . . . anheim, ob die Coadjutorie-Wahl des Prinzen v. Hohenlohe jetzo ohne Anstand vorgenommen werden soll, obgleich die von dem Fürsten-Bischof v. Schafgotsch an den Grafen v. Hoym überschriebene Erklärung des Kaisers allhier noch nicht geschehen ist« . . .

Aug. 2 Erste Beilage.[1]) — »Instruction, wornach sich Unser v. G. G. Friedrich Wilhelm Königs von Preussen, Markgrafen und Kurfürsten zu Brandenburg, souveränen und obersten Herzogs von Schlesien bei dem zur Wahl eines Coadiutoris und künftigen Successoris im Bisthum Bresslau von Seiten des Bresslauischen Dom-Capituls anzuberaumenden Capitels-Tage abgeordneter Bevollmächtigte, Unser Wirklicher Geh. Etats-, Krieges und dirigirender Minister Carl George Heinrich Graf v. Hoym, Ritter des Schwarzen Adler-Ordens, sich allenthalben zu achten hat.

»Demselben wollen Wir hierdurch . . . nicht verhalten, wie Uns der jetzige Bischof zu Bresslau Fürst v. Schaffgotsch . . . zu vernehmen gegeben, wasmaassen er bei seinen erlangten hohen Jahren und bei der damit verknüpften schwächlichen Gesundheit sehr wünsche, dass ihm durch die Wahl des Bresslauischen Dom-Capituls ein Coadjutor und künftiger Successor zugeordnet würde, und dass Wir sowohl aus diesen als andern Gründen bewogen worden, diesem seinem Verlangen . . . zu willfahren. Da Wir nun zu dieser Coadjutorie den Prinzen Carl Joseph Ernst Justin v. Hohenlohe-Bartenstein und Canonicum der Dom-Stifter zu Cölln, Strasburg, Ellwangen und Breslau ausersehen haben und es Unser . . . Wille ist, dass er auch bald von Seiten des Bresslauischen Dom-Capituls zu dieser Würde *legitime et rite* erwählt werde, so hat Unser Commissarius erwähntem Dom-Capitul von dieser Unserer . . . Willensmeinung Eröffnung zu thun und an solches von Unsertwegen zu gesinnen, dass es zur Erreichung dieser Unserer Absicht einen Capituls-Tag, an welchem sämmtliche Prälaten und Canonici des hohen Dom-Stifts *ad St Johannem* zu Bresslau entweder in Person oder durch Vollmacht erscheinen müssen, veranlassen möchte. Wann Unserm Commissario von dieser Capituls-Versammlung Nachricht gegeben worden, so hat er sich bei derselben gleichfalls einzufinden und alles dasjenige dabei zu beobachten, was Uns deswegen gebühret, und hingegen mit Nachdruck zu hindern, so dem zuwider vorgenommen werden möchte. Zu dem Ende hat Unser Commissarius

»I. bei Überreichung des *originaliter* und in Abschrift hiebeikommenden Recommandations-Schreibens, worin Wir besagtem Dom-Capitul den Prinzen Carl Joseph Ernst Justin v. Hohenlohe-Bartenstein zur Wahl eines Coadiutoris und künftigen Successoris im Bisthum Bresslau empfehlen, den

1) Beide Beilagen tragen das Datum des 2. August.

versammleten Prälaten und Canonicis Unsern gnädigen Gruss zu überbringen und unter Beobachtung der gewöhnlichen Curialien seinen habenden Auftrag dahin zu eröffnen, wie es Uns zum . . . Wohlgefallen gereiche, dass die Prälaten und Canonici oder deren Bevollmächtigte zu dieser Versammlung erschienen wären, um über die Wahl eines Coadiutoris und künftigen Successoris im Bisthum Breslau Berathschlagungen anzustellen, und er, Unser bevollmächtigter Commissarius, wäre aus eben diesem Grunde von Uns abgeschickt worden, um bei dem bei dieser Gelegenheit vorzunehmenden *actui electionis* eines Coadiutoris dasjenige zu beobachten, was die Landeshoheit und das alte Herkommen Uns zulegten. Nach einer kurzen dieserhalb an das versammlete Capitul zu haltenden Anrede hat 1787 Aug. 2

»II. Unser Commissarius dahin zu sehen, dass, ehe zur Wahl geschritten wird, alle die Feierlichkeiten vorausgehen, welche in älteren Zeiten bei der Wahl eines Bischofs oder Coadiutoris von dem dortigen Dom-Capitul beobachtet worden und wovon die Acta zu Bresslau vermuthlich nähere Auskunft geben werden, welche daher von Unserm Commissario zu erfordern und zu dem Ende zu adhibiren sind. Wann hierunter alles nach dem alten Herkommen beobachtet, dass solches geschehen, in einem darüber aufzunehmenden Protokoll, welches von den anwesenden Prälaten und Canonicis unterschrieben werden muss, attestiret und Unserm Commissario von den Bevollmächtigten der abwesenden Prälaten und Canonicorum die habende Vollmachten in beglaubter Form überreicht worden, so hat solcher

»III. dem versammleten Dom-Capitul ferner zu eröffnen, wie Wir aus den in Unserm Recommandations-Schreiben enthaltenen Gründen bewogen worden wären, noch bei Lebzeiten des jetzigen Fürst-Bischofs zu Breslau auf die Wahl eines Coadiutoris und künftigen Successoris im Bisthum Bedacht zu nehmen, und zweifelten Wir um so weniger, dass das Dom-Capitul bei seiner jetzt dieserhalb anzustellenden Wahl auf den dazu von Uns empfohlnen Prinzen v. Hohenlohe-Bartenstein vorzüglich Rücksicht nehmen und solches Unsere ihm, dem Dom-Capitul, bei dieser Gelegenheit beweisende landesväterliche Sorgfalt für dessen Wohl und für die Aufrechthaltung seiner Gerechtsame mit Dank erkennen werde, als mehr erwähnter Prinz v. Hohenlohe bereits ein Mitglied des Capituls wäre und sich durch seine Uns bekannte rühmliche Eigenschaften zu diesem wichtigen Amte vorzüglich qualificirte. Hiernächst hat

»IV. Unser Commissarius auch mit dahin zu sehen, dass bei dieser Wahl mit dem Scrutinio und andern Requisitis *rite et canonice* verfahren, auch solche ruhig und ohne Streit verrichtet werde.

»V. Fällt nun diese Wahl, wie Wir wünschen und hoffen, auf den von Uns dazu empfohlnen Prinzen v. Hohenlohe-Bartenstein aus, so hat Unser Commissarius auf die durch das Capitul davon erhaltende Nachricht diese Wahl von Unsertwegen zu acceptiren und dem versammleten Capitul zu erkennen zu geben, wie es Uns auf den Uns deshalb zu erstattenden

1787 Aug. 2 wählen und annehmen, auch ihm als einem Uns vorzüglich wohlgefälligen und zu dieser geistlichen Würde wohl qualificirten Subiecto Eure Stimmen zu diesem Amte unweigerlich geben werdet. In dieser Erwartung sind und bleiben Wir Euch stets mit Gnaden gewogen.«

Eigenhändige Rand-Verfügung des Königs:

»man kan nicht mit der Coadjutorie wahl geschehn lassen er[1]) bescheid vom Viener Hof erfolget solte selbiger so ausfallen als es der Schafkotsch vermutet so mus freilich die hier angezeigte umwendung geschehn.

F. W.«

Aug. 4 Demgemäss gingen die Anlagen unvollzogen an das Auswärtige Amt zurück (Charlottenburg 4. August).

---

140. Ministerial-Erlass an die klevische Regierung. Berlin 1787 August 4.

R. 34. 86. Concept, geschrieben von Sellentin, gezeichnet von Dörnberg.

Rüge der Hattinger Katholiken wegen Erschleichung der Admission eines auswärtigen Kloster-Geistlichen.

»Wir befehlen Euch auf Euern . . . Bericht, das römisch-katholische Consistorium zu Hattingen darüber, dass selbiges mit Vorbeigehung der ihm vorgesetzten Instanz die Admission eines auswärtigen Kloster-Geistlichen gegen die Landesverfassung bei der Nuntiatur zu Cölln zu erschleichen gesucht hat, zu constituiren, selbigem sofort sothanes Attentat für dieses Mal zu verweisen und ihm bei namhafter Strafe aufzugeben, sich dergleichen Anmaassungen nicht weiter zu Schulden kommen zu lassen.«

---

141. Schriftwechsel zwischen dem Geistlichen und dem Auswärtigen Departement. Berlin 1787.

R. 34. 157.

Soll der päpstliche Nuntius in Brüssel Zutritt zum Herzogthum Kleve haben?

Aug. 10 Das Geistliche Departement. August 10.

Concept, geschrieben (auf Grund einer Anweisung von Scholz) von Sellentin, gezeichnet von Dörnberg.

»Die Bedenklichkeiten, welche die clevische Regierung und der dasige *officialis fisci* in dem unter dienstlicher Zurückerbittung *in originali* anliegenden Bericht vom 10. *m. pr.* und dessen Beilagen gegen den Antrag des kurpfälzischen Residenten v. Hasenbach um Admission des päpstlichen Nuntii Zondadari[2]) zur Einweihung der katholischen Kirche zu Lobith und Ertheilung der Firmelung und Priester-Weihe in der Stadt Emmerich in

---

1) ehe. 2) Anton Felix Z.

Anregung bringen, scheinen nicht von Erheblichkeit zu sein. EE. EE. sind nach dem in dieser Angelegenheit unter'm 27. Juni 1775 erlassenen Anschreiben[1]) schon mit dem Geistlichen Departement darüber einverstanden gewesen, dass, so viel die *iura ordinis* und *speciatim* die Ordination, Kirchen-Weihen, Firmelung *pp.* betrifft, welche wesentlich zur Ausübung der katholischen Religion gehören, der Gemeinde zu Lobith sowie überhaupt allen Katholiken im Clevischen nachgegeben werden müsse, sich in Ansehung solcher Actuum an benachbarte Bischöfe zu verwenden. Der Umstand, dass der päpstliche Nuntius in Brüssel zugleich die Utrechter Diöces wahrnehme und dass hiezu, wiewohl unbefugter Weise, auch Emmerich und Lobith gerechnet werde, kommt hier nicht in Betracht, indem nach dem Gang, welchen diese Sache nimmt, wo die Erlaubniss zu Ausübung solcher Actuum für den Zondadari bei der clevischen Regierung ausgewirket wird, es sich nicht denken lässt, dass selbige in Gefolg eines eingebildeten Diöces-Rechts vorgenommen oder letzteres dadurch anerkannt werde, und wann ja eine Zweideutigkeit daraus zu befürchten, diese vollends dadurch gehoben werden kann, wann die clevische Regierung instruirt wird, die gebetene Permission mit dem Beisatz, dass solches *citra consequentiam* und ohne dem Zondadari irgend ein *ius dioecesanum* einzuräumen, zu ertheilen. 1787 Aug. 10

»Da indessen ohne EE. EE. Einverständniss wir nicht zu verfügen wagen, so erbitten wir uns zuförderst Deroselben erleuchtetes Sentiment ergebenst darüber aus.«

Das Auswärtige Departement. August 31. Aug. 31

Mundum, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

»Die Regierung und der *officialis fisci* zu Cleve haben . . . so unrecht nicht, wenn sie bedenklich finden, den zu Brüssel gestandenen päpstlichen Nuntium Zondadari zur Einweihung der katholischen Kirche zu Lobith und Ertheilung der Firmelung und Priester-Weihe zu Emmerich zuzulassen.

»Die clevische Lande sind durch eine päpstliche Befreiung von aller erz- und bischöflichen Diöces und namentlich von der Cöllnischen und von der Utrechter eximirt, und diese Befreiung ist schon zu der Herzoge Zeiten und seither immer standhaft behauptet worden. Es hat auch kein katholischer Erz- und Bischof in dem Entscheidungs-Jahre 1624 über die katholische Einwohner ein Diöcesan-Recht ausgeübet. Nun könnte der päpstliche Hof, der durch seinen niederländischen Nuntium die Stelle eines Bischofs zu Utrecht versehen lässt, in der Zukunft leicht eine nachtheilige Folgerung daraus ziehen, wenn man dem Nuntio diese Verrichtung verstatten wollte. Es waltet aber gegen den Zondadari noch der besondere Umstand vor, dass er aus Brüssel und den Niederlanden vom Kaiser ver-

1) Band 5, 38.

1787 Aug. 31 wiesen [1]), seine Sendung geendiget und, da er vollends an dem Aufruhr daselbst grossen Antheil haben mag, dem Wienerschen Hofe äusserst verhasst ist. Es würde bei diesem anstössig sein, denselben in den königlichen Landen zu diesen Handlungen zu verstatten.

»Nach obangeführter päpstlicher Bulle sollen in den clevischen Landen zu den *actibus ordinis* benachbarte Bischöfe erbeten werden. Der zu Rüremonde ist der nächste und ohnedies nach dem Utrechter Frieden Ordinarius vom preussischen Geldern, der von Paderborn und Lüttich und der Münstersche Weihbischof sind auch nicht entfernt, und von diesen ist keine Anmaassung zu befahren. E. E. stellen wir daher anheim, ob dieselbe nicht die Regierung anweisen wollen, in diesen und auch in künftigen Fällen dieser Art die benannte Bischöfe oder deren Weihbischöfe vorzuschlagen, von dem Erzbischofe zu Cölln hingegen und dem päpstlichen Nuntius zu Cölln und Brüssel gänzlich zu abstrahiren.«

Sept. 14 In diesem Sinne verfügte das Geistliche Departement am 14. September an die klevische Regierung (Concept, geschrieben von Sellentin, gezeichnet von Zedlitz).

---

142. Schriftwechsel zwischen dem Etats-Minister Dörnberg und dem Cabinet. 1787.

R. 7. B. 24. C. 4.

Coadjutorie der Abtei Koronowo.

Aug. 17 Dörnberg. Berlin August 17.

Concept, geschrieben von Scholz.

»Der Staats-Minister Frhr. v. Zedlitz hat auf E. K. M. . . . Befehl wegen des bei der Kammerherrin v. Flotow zu Behle Kindern als Hofmeister stehenden und von ihr zur Coadjutorie der Abtei Coronowo empfohlnen Bochenski nähere Erkundigung einziehen lassen, und aus dem nunmehro eingegangenen Bericht der westpreussischen Regierung ergiebt sich, dass derselbe diesem Amte dereinst vorzustehen hinlängliche Fähigkeiten besitzt. Bei einer von dem Praesidio zu Marienwerder mit ihm persönlich vorgenommenen Prüfung hat er in den zu seinem Fach gehörigen Wissenschaften gute und mehr Fachkenntnisse gezeiget, als bei Geistlichen seines Glaubens in dortiger Provinz angetroffen zu werden pflegen, und nach seinen hierbei geäusserten Gesinnungen scheint derselbe von der Unduldsamkeit und von den bekehrungssüchtigen Grundsätzen der katholischen Geistlichkeit sehr entfernt zu sein. Da nun auch die wegen seines Lebenswandels und moralischen Charakters eingezogene und von in Eidespflicht stehenden Personen mitgetheilte Nachrichten nicht weniger vortheilhaft für ihn ausgefallen sind, so hängt es lediglich von E. K. M. Gnade ab, ob Allerhöchstdieselben den Bochenski mit der erbetenen Coadjutorie auf die

1) Vgl. *Ranke, Sämmtliche Werke* 31 und 32, 307.

Abtei Coronowo versehen wissen wollen. Wobei ich nur noch bemerke, dass das Beneficium an sich von ziemlicher Beträchtlichkeit ist, indem der Abt zu Coronowo aus E. K. M. Domänen-Casse jährlich 1911 Rthlr. 55 Gr. 9 ₰ zu seiner Competenz zu erheben hat.« 1787 Aug. 17

Cabinets-Befehl. Neisse August 22. Aug. 22

Mundum, geschrieben von Beyer.

»Aus Eurer . . . Anzeige habe Ich ersehen, dass der zur Coadjutorie der Abtei Coronowo empfohlne Bochenski zwar ein ganz gutes Subject, erwähnte Abtei aber auch ein ganz beträchtliches Beneficium ist. In den Betracht kann also der Bochenski vor der Hand eine kleine Stelle bekommen, und zu dem Ende werdet Ihr das weiter Erforderliche verfügen.«

143.[1] **Fürst Michael Poniatowski, Erzbischef von Gnesen, an die westpreussische Regierung.** Warschau 1787 August 20. Aug. 20

R. 7. B. 20. C. Abschrift, von der westpreussischen Regierung unter dem 4. October eingereicht.

Die Feier des allgemeinen Busstages.

. . . »Cum in ecclesia Romano-catholica non soleat ullus solemnis dies festus celebrari sub aliquo seorsivo supplicationum nomine ac per breve summi pontificis Romani ad instantiam gloriosae memoriae serenissimi deceasoris M^tis^ V^ae^ occasione diminutionis dierum festorum editum omnes iidem solemniter in futurum celebrandi distinctissime expressi teneantur; cum praeterea per antiquiora statuta ecclesiae nostrae episcopi, ne novas solemnitates, idque perpetuas et in universum, inconsulto summo pontifice introducant, monentur: ad ea motiva placeat serenissimae M^ti^ V^ae^ attendere. Si vero omnino feriam quartam hebdomadae tertiae post pascha perpetuo a Suis subditis diem festum celebrari velit, opportuna dignetur agenti suo Romae dare mandata, ut id sedi apostolicae referat eiusque mentem exquirat, quae procul dubio ad vota emanabit. Ac egomet pro tunc libenter pro mea etiam parte agam, cum et hanc rem in mei ipsius non esse potestate absque expresso serenissimae M^tis^ V^ae^ scitu optime perspectum habeam iuxta praecedentes pro Ipsius dominiis enuntiatas ordinationes.

»Ea enim ratione et voluntati serenissimae M^tis^ V^ae^ satisfiet res in sua regula ac iuxta modernam ecclesiae Romano-catholicae disciplinam et morem plenissimae executioni demandabitur.

»Haec ego, serenissime rex (qui iuribus, immunitatibus ac privilegiis ecclesiae nostrae per omnia gaudere clementer nobis concedis), non causa congerendi inanes difficultates (cum quid supremae potestati quoque civili a me debeatur, probe sciam), sed solummodo ad rite et quanto melius et ordinatius id quod desideratur explendum M^ti^ V^ae^ exponere pro debito officii mei censeo.«

---

1) Vgl. unter dem 16. April.

1787 Aug. 23 **Bericht des Etats-Ministers Hoym über den Zustand Schlesiens,** Breslau 23. August 1787, s. Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens 1, 130 f.

Aug. 24 **144. Ministerial-Resolution für den »Provincial Ludwig Polinski und Reformaten-Kloster zu Lonk bei Neumark«.** Berlin 1787 August 24.

B. 7. B. 24. P. 2. Concept, gezeichnet von Dörnberg.

Die westpreussische Regierung ist in ihrem Rechte, wenn sie die Klöster beaufsichtigt.

»Aus dem über die Immediat-Beschwerde des Provincial Ludwig Polinski vom 2. Juni d. J. in Ansehung der der Stiftung des Reformaten-Klosters zu Lonk angeblich zuwiderlaufenden Verordnung vom 7. September d. J. eingeforderten Bericht der westpreussischen Regierung ergiebt sich, dass die Haltung eines Capituls, desgleichen die Versetzung der Ordens-Leute aus einem Kloster in das andere von gedachter Regierung nicht vorgegebener Maassen schlechterdings, sondern nur in der Art verboten worden, dass hierunter nichts ohne Vorwissen der Regierung vorgenommen, sondern davon in jedem Fall gebührende Anzeige geschehen und Approbation abgewartet werden müsse. Da nun solches den Vorschriften der Landesgesetze gemäss ist, so hat es auch dabei sein Verbleiben. Was die bei solcher Gelegenheit vom Supplicanten geäusserte Besorgniss anbetrifft, dass die Klöster seines Ordens, wenn ihnen die Aufnahme fremder Ordens-Leute aus Pohlen nicht gestattet wird, zuletzt gar ausgehen möchten, so soll dieserhalb zweckmässige Vorkehrung getroffen und dem Supplicanten zu seiner Zeit Nachricht davon mitgetheilt werden.«

Aug. 31 Schreiben des Auswärtigen Departements, s. No. 141.

Sept. 3 **145. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hoym.** Breslau 1787 September 3.

B. 96. 249. N. Mundum.

Der Wiener Hof willigt in die Breslauer Coadjutor-Wahl, macht aber Bedingungen.

Berichtet, »dass nunmehro der Fürst-Bischof v. Schaffgotsch und das hiesige Dom-Capitul auf ihre mit E. M. . . . Genehmigung an des Kaisers Maj. abgelassene Bittschriften um die Einwilligung in die vorseiende Wahl eines hiesigen Bisthums-Coadiutoris durch den Staats-Kanzler Fürsten v. Kaunitz Namens Sr. Kais. M. beschieden worden, und verfehle ich nicht, E. M. diese Resolutiones in den abschriftlichen Beischlüssen . . . vorzulegen. Inhalts derselben declarirt der Wiener Hof, dass er in der Wahl eines E. M. anständigen Coadiutoris weder dem Fürsten-Bischof noch dem Dom-Capitul die Hände zu binden noch an der Wahl selbst irgend einen Theil zu nehmen gemeinet.

»In beiden Resolutionen wird jedoch zur Bedingung gemacht, dass der Fürst-Bischof oder sein Nachfolger, sobald sie ihren Aufenthalt in dem diesseitigen Bisthums-Antheil nehmen, die geistliche Verwaltung des in österreichschen Landen belegenen Antheils einem von des Kaisers Maj. genehmigten erbländischen General-Vicarius auf eben die Art übergeben, nach welchen der diesseitige Antheil des Bisthums bisher verwaltet worden. Ausserdem wird in der Resolution an den Fürst-Bischof erwähnt, dass die Absicht des Wiener Hofes auf eine Trennung des jenseitigen von dem diesseitigen Bisthums-Antheil gerichtet sei und dass darüber des Kaisers Maj. die bereits mit des höchstseligen Königs Maj. gepflogene Unterhandlungen nächstens wieder eröffnen zu lassen gedenken. 1787 Sept. 3

»Da nun Inhalts dieser Erklärung

»1) der Wiener Hof in die Wahl eines Bisthums-Coadjutors einwilligt, so frage . . . an, ob E. M. . . . zu befehlen geruhen, dass das Dom-Capitul nunmehr ohne fernern Anstand zu dieser Wahl in der Person des von E. M. dazu bestimmten Fürsten v. Hohen-Bartenstein schreiben dürfe. Anlangend

»2) die von dem Wiener Hofe gemachte Bedingung wegen der geistlichen Verwaltung des jenseitigen Bisthums-Antheils durch einen dort anzustellenden General-Vicarius auf eben den Fuss, wie bisher bei der Abwesenheit des Bischofs mit dem diesseitigen Antheil geschehen, als welcher in geistlichen Sachen der katholischen Unterthanen dermalen von dem Weihbischof v. Rothkirch als General-Vicarius verwaltet wird, so dürfte diese Bedingung wenigstens in Ansehung eines künftigen Bischofs, weil derselbe seinen Aufenthalt hieselbst und in E. M. Landen nehmen muss, kaum zu declíniren sein, so sehr auch der künftige Bischof und das Dom-Capitul die Ablehnung dieser Bedingung deswegen zu wünschen Ursache haben, weil, wenn der Wiener Hof darinnen reussiren sollte, es wahrscheinlich, dass derselbe zugleich einen diesem General-Vicario aus den Revenus des jenseitigen Bisthums-Antheils herzugebenden Unterhalt erlangen dürfte. Was

»3) die intendirte Trennung des jenseitigen Bisthums-Antheils von dem diesseitigen betrifft, so wird es bei den ab Seiten des Wiener Hofes deshalb bei E. M. zu erneuernden Anträgen darauf ankommen, was für ein hinreichendes Äquivalent derselbe dafür dem Bisthum zu geben bereit sei: maassen der jenseitige Bisthums-Antheil durch die unbedeutende Besitzungen, die der Bischof von Ollmütz in E. M. schlesischen Landen besitzt, nicht compensiret wird, in der Grafschaft Glatz aber, welche in geistlichen Sachen der katholischen Unterthanen zum Bisthum Prag gehört, der Bischof zu Prag gar keine Besitzungen hat, die dem hiesigen Bisthum zum Äquivalent abgetreten werden könnten.

»So viel mir bekannt, haben schon des höchstseligen Königs Maj. bei den damals von Seiten des Wiener Hofes wegen sothaner Trennung gemachten Anträgen Höchstdero Augenmerk auf ein von diesem Hofe zur Entschädigung des Bisthums anzuweisendes hinreichendes Äquivalent ge-

1787 Sept. 3 richtet gehabt[1]), und eben durch dieses gerechte Verlangen sind gedachte Anträge abgelehnt und bisher nicht weiter erneuert worden. Ich muss hiebei noch . . . melden, dass der Fürst-Bischof angezeigt hat, dass auf Befehl des Wiener Hofes in dem jenseitigen Bisthums-Antheil bereits mit öffentlicher Ausbietung der bischöflichen Grundstücke, Mühlen-Vorwerker, der Wirthschafts-Gebäude und der Viehbestände verfahren, das dafür gelösete Geld aber, ohne an die Bezahlung der Schulden des Bischofs zu denken, eingezogen und nunmehro auch zur Abschätzung der bischöflichen Schlösser zum öffentlichen Verkauf geschritten werde.«

Eigenhändige Rand-Verfügung des Königs:

[Zu 1.] »Kan so gleich geschehn.«

[Am Schlusse.] »Wegen den beiden letzteren puncte mus am auswärtigen departement geschrieben werden wegen den zweiten ist weiter kein ausweg zu trefen und wegen den 3ten werde ich die Propositionen des Wiener hofes abwarten.«

Sept. 9 Hiernach Cabinets-Befehl an das Auswärtige Departement (Potsdam 9. September).

Sept. 10 Das Auswärtige Departement überreicht (Berlin 10. September) nochmals zur allerhöchsten Vollziehung die am 4. August zurückgeschickten Schriftstücke und fügt hinzu: »Was aber die von dem Kaiser intendirte Trennung des im österreichschen Schlesien belegenen Antheils des Bisthums Breslau anlanget, so werden E. K. M. freilich die nähere Propositiones des Kaisers abwarten müssen, aber nicht leicht darin consentiren können, wenn dem Bisthum Breslau nicht ein zureichendes Äquivalent für die im österreichschen Antheil habende Einkünfte von 16 bis 20000 Rthlr. versichert werden, wozu wir keine Möglichkeit absehen.«

An demselben Tage sendet das Auswärtige Departement die vom König vollzogenen Schriftstücke an Hoym (R. 46. B. 78.)

Sept. 3 **146. Bericht des ostpreussischen Etats-Ministeriums.** Königsberg 1787 September 3.

R. 7. B. 23. Mundum, gezeichnet von Friedr. Gottfr. v. d. Groeben, Leop. Graf v. Schlieben, Karl Friedr. Ludw. Albr. Graf v. Finkenstein, Melchior Ernst v. Knobloch, Aug. Ludw. Christian Graf v. Dönhoff.

Beschwerden und Forderungen des Bischofs von Ermland.

»E. K. M. haben uns *per rescriptum* vom 26. Februar *a. c.* die von dem Fürsten Bischof von Ermeland unter'm 11. Februar *a. c.* eingereichte *gravamina* und *postulata*[2]) copeilich zuzufertigen und darüber unsern gutachtlichen Bericht . . . zu erfordern geruhet. Nachdem wir nun die hin und wieder nöthige Nachrichten eingezogen, so verfehlen wir nicht, *gene-*

1) S. Band 5, 191. 2) No. 51.

raliter anzumerken, wie sämmtliche Beschwerden, nach dem Eingange der Vorstellung zu urtheilen, eine affectirte Vermischung der ostpreussischen mit den westpreussischen Verhältnissen involviren. In jenen obtiniret der *status de 1657*, in diesen der von 1772, welcher letztere überdem durch die bekanntlich geschehene Untersagung der *iurium stolae* von protestantischen Glaubens-Genossen an katholische Geistliche, deren sich jene nicht bedienen, zum Vortheil der protestantischen Glaubens-Genossen gesetzlich alteriret worden, welche Unabhängigkeit demnach in Ostpreussen um so weniger einen Zweifel unterworfen ist. 1787 Sept. 3

»Unter dieser Voraussetzung kann *ad 1*, *ad 2* das begehrte Reciprocum zwischen denen Predigern beider Confessionen in Ostpreussen nicht Statt finden, weil daselbst die protestantische Religio *dominans* ist und die katholische ihre bestimmte Schranken hat. Im Ermelande ist zwar die katholische Religion die älteste und die stärkste, allein für die herrschende würde man sie wohl nie gelten lassen. Anlangend insonderheit die katholische Gemeine in der Stadt Memel, so ist auf derselben eigene Submission durch das copeilich beiliegende Rescript *d. d.* Berlin den 4. December 1783 festgesetzet worden, dass sie von ihren Geistlichen keine *actus ministeriales* verlangen wolle, bevor nicht die *iura stolae* an die evangelische Prediger und Kirchen bezahlt und von diesen ein Dimissoriale ertheilet worden, und hierinnen hat es mit denen übrigen Städten in Ostpreussen, wo katholische Gemeinen sind, eine gleiche Bewandniss. Eine etwanige Änderung in diesem Stücke würde auch um so unbilliger sein, als die evangelischen Prediger jeden Orts, denen ihr Brod ohnehin sehr schmal zugeschnitten worden, auf diese Einkünfte gewiesen worden und sich *actuellement* in dem Besitz derselben befinden, der ihnen *salva iustitia* nicht genommen werden mag. Endlich können an Orten, wo gar keine katholische Kirchen vorhanden sind, denen katholischen Geistlichen dergleichen unangemeldete Besuche, ohne der Proselyten-Machung und andern Unordnungen den Weg zu bahnen, wohl nicht nachgegeben werden. Was noch *in specie* die Beschwerde *ad 2* betrifft, so findet in ganz Ostpreussen das Principium Statt, dass da, wo jemand stirbt, die *iura stolae* an die Kirche und ihre Bediente des Orts entrichtet werden müssen, es mag der Verstorbene einer Religion zugethan gewesen sein, welcher er wolle, es mag auch die Leiche an diesem oder einem andern Orte begraben werden. Dieses bringt der Begriff einer geschlossenen Parochie mit sich, mit welcher jede evangelische Kirche in Preussen versehen ist. Es mag auch hierunter ein völliges Reciprocum um so weniger Statt finden, da die katholische Kirchen denen Protestanten kein Begräbniss auf ihren geweiheten Kirchhöfen verstatten, so dass die in katholischen Kirchspielen vorhandenen Protestanten ihre Leichen wider Willen wegzubringen gezwungen sind, wohingegen die Katholische, wenn sie ihre Todten ausser dem protestantischen Kirchspiel, wo sie gestorben sind, begraben wollen, solches nur aus freier Willkür thun.

1787 Sept. 3 »Die Beschwerde *ad 3* hat der Fürst-Bischof des Ermelandes gemäss dem copeilich beiliegenden Bericht vom 15. Mai *a. c. cum annexis* durch einen einzelnen Vorfall zu begründen gesucht. Es betrifft selbiger die Copulation der Stoltzenbergin mit dem Füselier des Graf v. Schwerinschen Regiments in Preusch-Holland, Valentin Bleiss. E. K. M. stellen wir es demnach . . . anheim, dieserhalb allenfalls von dem Feldprediger des besagten Regiments die Verantwortung zu erfordern. Hat derselbe zwei katholische Glaubens-Genossen angebrachter Maassen copuliret, so ist es Unrecht und die Ehe null.

»*Ad 4.* Was hingegen den Punct betrifft, dass Glaubens-Genossen diverser Religion in Matrimonial-Sachen von dem katholischen Consistorio Recht nehmen mögen, so streitet die Forderung sogar in Westpreussen gegen das Notifications-Patent[1]) *de 1772 in Continuatione Constitutionum de 1772, LXIX, col. 451*, welches auf schlesischen Principiis beruht, nach dessen klaren Inhalt *causae matrimoniales* zwischen zwei der katholischen Religion zugethanen Personen zwar den katholischen Consistoriis überlassen sind, doch dergestalt, dass, wann nur eine der Parteien oder beide in einem Ehe-Process protestantischer oder anderer als katholischen Religion sind, alle diese Ehe-Sachen sowie auch die Sponsalien-Klagen überhaupt ohne Ansehen der Religion für die weltliche Gerichte gehören. Es läuft also die Meinung des Fürst-Bischofs in Ostpreussen ohnehin *contra rationem status*. Genug, wenn dem katholischen Ehegatten im Ehescheidungs-Urtheil der weltlichen Gerichte für sein Theil die anderweitige Heirath nicht ausdrücklich nachgegeben wird, welches die Gerichte auch beobachten.

»Ferner *ad 5* haben wir von der westpreussischen Regierung in Marienwerder die copeilich beiliegende Antwort vom 29. Juni *a. c.* erhalten, nach welcher in der dortigen Provinz kein *principium regulativum* in Ansehung der Verbindlichkeit der katholischen Geistlichkeit zum Krankenbesuch der Soldaten ihrer Religion ausdrücklich festgesetzt ist, weil es in derselben an Veranlassung dazu durch ähnliche Beschwerden der Geistlichkeit gefehlet hat, indem entweder in jedem mit Garnison versehenen Ort selbst oder doch in dessen Nachbarschaft katholische Geistliche vorhanden sind. In Ostpreussen ist hierüber eben so wenig etwas festgesetzet worden.

»Sodann *ad 6* ist uns die Breslausche Verfassung bei Anfertigung der Testamente der Geistlichen nicht bekannt; indessen finden wir es allerdings bedenklich, wenn diese wichtige Handlung, die auf das Wohl der Unterthanen so wesentlichen Einfluss hat, denen katholischen Gerichten überlassen werden sollte.

Ad 7. Wegen Anlegung mehrerer Schulen im Ermelande stehen wir mit der hiesigen Krieges- und Domänen-Kammer in einer weitläuftigen Correspondance; es fehlet aber noch immer an einem Fonds, da der vorhandene nicht zureicht.

---

1) Band 4, 457.

»*Ad 8.* Bei säumigen Kirchen-Reparaturen muss freilich alle Mal höhern Ortes Remedur gesuchet werden. Allein sie wird nie versagt, obgleich die Weigerung in solchen Fällen bei allen Glaubens-Genossen nichts Ungewöhnliches ist, wann solche nicht mit Nachdruck hintertrieben wird: welches die Ungewissheit der Leistungspflicht freilich oft erschweret.« 1787 Sept. 3

147. Schriftwechsel zwischen dem Grafen von Hohenzollern, Bischof von Kulm, und dem Geistlichen Departement. 1787.

R. 7. B. 23. Mundum bezw. Concept (geschrieben von Spiker, gezeichnet von Zedlitz; Anweisung zum Concept von Scholz).

Darf der Klerus Grundstücke kaufen?

Hohenzollern. Oliva September 7. Sept. 7

»Da S. K. M. aus Allerhöchstdero Huld und Gnaden gegen Ihre adeliche Unterthanen in Westpreussen eine landschaftliche Credit-Casse zu errichten geruhet haben[1], aus welcher die Edelleute ihre Anleihen zu 4 Procent machen können und also die zu 5 Procent habende Capitalien zurückzuzahlen gesonnen sind, so entsteht daraus, dass die mehreste geistliche Capitalien anstatt 5 nur 4 Procent eintragen werden. Da nun, wenn nach Einziehung der geistlichen Güter die Geistlichkeit noch einen Schaden von 1 Procent an dem Zins ihrer Capitalien verlieren sollte, solche beschwerlich würde bestehen können.[2]) Besonders ist das Seminarium in Culm, wo alle Geistliche für diese Diöces gebildet werden, in diesem Fall. Denn da dieses keine liegenden Gründe, keine Competenz hat und dessen Existenz bloss aus geringen Capitalien besteht, so kann dieses so unentbehrliche Institut mit 4 Procent Zinsen ohnmöglich bestehen. Um diesem Übel aber zu steuern, flehe ich die huldreiche Gnade E. K. M. . . . an, um es bei Allerhöchstdero Person Selbst dahin zu bringen, dass Capitalien in Grundstücke und Güter verwandelt werden dürften, damit solche durch eine gute Économie 5 Procent eintragen möchten. E. K. M. hätten bei diesem Consens nicht zu befürchten, dass daraus Missbräuche entstehen und die Geistlichkeit zu viel Güter acquiriren möchte, da es von Allerhöchstdero Gnade und Willen abhängt, diesen Consens auf die nun existirende Capitalien oder auf einen gewissen Werth einzuschränken.«

Das Geistliche Departement. Berlin September 28. Sept. 28

Resolution, »dass von Seiten des Geistlichen Departements dergleichen wider die allgemeinen Staats-Einrichtungen anlaufender Antrag Sr. M. nicht gemachet werden könne.«

Cabinets-Befehl an das Auswärtige Departement, s. No. 145. Sept. 9

Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements, s. No. 145. Sept. 10

1) Vgl. *Hertzberg, Historische Nachricht von dem ersten Regierungsjahre Friedrich Wilhelm II.* S. 17; (*Roscius*) *Westpreussen von 1772 bis 1827* (*Marienwerder 1828*) S. 281. 2) Nachsatz fehlt

1787 **148. Schriftwechsel zwischen dem Etats-Minister Hoym und dem Cabinet.** 1787.

Staats-Archiv. i. Breslau (M. R. XIII. 45 B).

Vererbpachtung der schlesischen Jesuiten-Güter.

Sept. 12 Hoym. Breslau September 12.

Concept.

»Nachdem der . . . Entschliessung E. M. gemäss die Wartembergschen Güter, welche unter allen denen schlesischen Ex-Jesuiten gehörig gewesenen Gütern die beträchtlichsten und einträglichsten, an den Herzog von Kurland verkauft worden, so haben Allerhöchstdieselben in Ansehung der übrigen unverkauft gebliebenen Jesuiter-Güter, weil solche theils im Glatzischen, theils in Ober- und Nieder-Schlesien an den Grenzen zerstreut liegen und folglich auf deren gute Bewirthschaftung und das sichere Einkommen ihrer Revenus, zumal bei Kriegszeiten, wo sie dem Feinde exponirt sind, nicht zu allen Zeiten zuverlässige Rechnung zu machen, unterm 3. Mai *a. c.* . . . genehmigt und mir befohlen, zu besorgen, dass solche zu mehrerer Sicherstellung ihrer Revenus erblich verpachtet werden sollen. Ich bin daher auch jetzt zwar damit beschäftigt, zu dieser Erbverpachtung die erforderliche Anstalt zu treffen, erachte aber meinen devotesten Pflichten gemäss zu sein, E. M. . . . anzuzeigen, dass Allerhöchstdero landesväterliche Absicht, nämlich durch die erbliche Verpachtung dieser Güter die bisherigen Einkünfte derselben dem katholischen Schulen-Institut und den Seminarien der Ex-Jesuiten auf immer sicher zu stellen, nicht nur weit zuverlässiger dadurch erreicht werden wird, wenn diese Güter mit allen ihren Zubehörungen und Gerechtsamen erb- und eigenthümlich gegen einen jährlichen Erbzins verkauft werden, sondern dass auch durch dieses Mittel die jährlichen Revenus derselben ansehnlich vermehrt werden, wenn bei diesem Verkauf zur Hauptbedingung festgesetzt wird, dass die Hälfte des Kaufgeldes auf den verkauften Gütern hypothekarisch haften bleibe und durch einen perpetuirlichen und unabänderlichen Erbzins zu 5 Procent jährlich verzinset werde, wogegen die andere Hälfte baar zu bezahlen und solche vor allen Dingen zu Tilgung der beträchtlichen Schulden des Schulen-Instituts und der Seminarien anzuwenden sein dörfte: als wodurch die jährliche Interessen-Zahlung wegfallen würde, da dann das, was übrig bleibt, sehr leicht auf Zinsen zu 5 Procent sicher unterzubringen wäre. E. M. wollen . . . geruhen, Sich aus dem . . . hiebeigeschlossenen Plan zu überzeugen, dass durch dieses Mittel die jährlichen Revenus der specificirten Güter auf . . . . . 28 150 Rthlr.
heraufgebracht und folglich, da die jetzige Einkünfte nur . 26 650 »
betragen, eine jährliche sichere Vermehrung von . . . 1 500 Rthlr.
an deren Einkommen entstehen werde. Selbst die Vernünftigsten von den Ex-Jesuiten, welche die Sache verstehen, wünschen, dass durch diese Art des Verkaufs der Güter ihr Einkommen gesichert werde, zumal sie sehr

wohl einsehen, dass, da bei einer blossen Erbverpachtung der Erbpächter gar kein Eigenthumsrecht an dem ihm verpachteten Gute selbst hat, ihn dessen Conservation und Melioration bei weitem nicht in dem Grade interessirt und am Herzen liegt als einem eigenthümlichen Besitzer. Bei diesen Umständen stelle . . . anheim, ob E. M. . . . zu genehmigen und mich zu autorisiren geruhen wollen, dass sämmtliche Collegien- und Seminarien-Güter der Ex-Jesuiten, auf die angezeigte Art . . . verkauft werden. 1787 Sept. 12

Cabinets-Schreiben. Potsdam September 17. Sept. 17

Mundum, geschrieben von Beyer.

»Euer Vorschlag . . . gefällt mir, und der darüber unter'm 12. dieses eingeschickte Plan macht Euren Finanz-Kenntnissen Ehre. Ich approbire dahero diesen Euren Vorschlag und Plan völlig und überlasse es Euch, alles zu dessen Ausführung weiter Erforderliche zu besorgen. Es ist freilich dabei wohl noch zu befürchten, ob sich auch Käufer genug finden werden, die die Güter mit der onereusen Condition einer jährlichen fixirten Abgabe von 5 Procent übernehmen werden; indessen werdet Ihr dafür zu sorgen wissen, weil es allerdings nunmehro Eure Sache bleibt, solche anzuschaffen, und am Ende können nöthigen Falls, wenn es nicht anders gehen sollte, auch bürgerliche Käufer mit an und zu Hülfe genommen werden« . . .

149.[1] **Ministerial-Erlass an die westpreussische Regierung.** Berlin 1787 September 14. Sept. 14

B. 7. R. 23. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Zedlitz. Anweisung zum Concept von Scholz.

Unduldsamkeit katholischer Kleriker.

. . . »Die in Euerm Bericht darüber vorgetragene Grundsätze haben allhier völligen Beifall erhalten, und werdet Ihr hierdurch autorisiret, das vorgeschlagene Circulare an die westpreussische Geistlichkeit unter Commination 50 bis 100 Rthlr. fiscalischer Strafe und, wenn diese Corrections-Mittel von keiner Wirkung sind, bei Cassation ergehen zu lassen. Was aber *speciatim* die in Euerm Bericht mit vorgetragene Excesse betrifft, so kommt in Ansehung des Official Schultze in Erwägung, dass die demselben beizumessende Unachtsamkeit wahrscheinlich nicht in Betracht gezogen sein würde, wenn der Carmeliter-Mönch Pater Gerhardus die ihm zuerkannte Kosten abzutragen im Stande gewesen wäre, und dass die Sache dadurch ein widriges Ansehen gewinnen würde, wenn ihm diese Kosten aus dem Grunde, weil sie von dem Carmeliter-Mönch nicht beizutreiben, auferleget werden; in welcher Rücksicht denn auch der *p.* Schultze damit zu verschonen sein wird. Sowie denn auch die gegen den Gudowicz und Pruszak verordnete und einstweilen suspendirte Untersuchung für dies Mal ganz nie-

---

1) Antwort auf den Bericht vom 22. Juni.

1787 Sept. 14 derzuschlagen ist, weil aus den Beilagen des Berichts zu ersehen, dass dieselben in ihren allerdings tadlungswürdigen und unduldsamen Gesinnungen bisher durch die ihnen vorgesetzte Oberen bestärkt worden.«

Erlass an die klevische Regierung, s. No. 141.

Sept. 17 **150. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Zedlitz.** (Berlin 1787 September 17.)

R. 76. I. 1. Eigenhändiges Concept, ohne Datum. Trägt zwar den Kanzlei-Vermerk: »Den 17. September 1787 zur Post«; da aber weder die Ausfertigung noch eine Antwort des Cabinets nachzuweisen ist, so bleibt es zweifelhaft, ob der Bericht in die Hände des Königs gelangt ist.

Beschwerde, dass ihm die schlesischen Schulen entzogen sind. Kritik von Seidlitz und Hermes. Entlassungsgesuch.

»E. M. haben mir durch die mich tief beugende Cabinets-Ordre vom 13. *huius* bekannt zu machen geruht, dass alle schlesische Schulen von der Aufsicht des Ober-Schul-Collegii eximirt und, da die Direction dem Präsidenten [1]) v. Seidlitz [2]) übertragen wird, auch der Aufsicht des Geistlichen Departement entzogen werden sollen.

»So heilig mir E. M. Befehle sind und jederzeit sein werden, so erfordert meine Pflicht, als Diener des Staats und als geborner Schlesier die Folgen hievon Höchstdenselben vorzutragen und E. M. zu bitten, diese Sache nochmals in landesväterliche Erwägung zu ziehen.

»In dem Plan über Verbesserung des Schulwesens, den E. M. zu genehmigen geruht [3]) und den so viele gelehrte Leute gut gefunden haben, war es eine Haupt-Idee, dass die Direction des Schulwesens nicht einem einzigen Mann überlassen, sondern als eine so wichtige Branche der Regierung collegialisch behandelt werden müsse, und ob ich zwar selbst dieser einzige Mann gewesen war, so trieb mich doch Rechtschaffenheit und redlicher Eifer für das allgemeine Beste an, mir selbst Grenzen zu setzen. Diesem Grundsatz widerspricht es, dem Präsidenten v. Seidlitz und dem Pastor Hermes [4]) die Direction der schlesischen Schulen zu übertragen; denn das Beste, was man von dem Präsidenten Seidlitz sagen kann, ist, dass er ein schwacher Mann ist. Er hat die Partie der Pädagogik nie studirt, und wenn er auch dazu Talent hätte, so hat er dazu die Zeit nicht; die Justiz-Geschäfte der Regierung und die Bewirthschaftung seiner Güter beschäftigen ihn allein schon. Den Ruf der Frömmigkeit hat er bei weitem nicht, wie E. M. fälschlich hinterbracht worden ist; denn es kömmt nach der Bibel nicht auf das Herr, Herr sagen, sondern auf Beweise des Glaubens durch Werke an, und mein armes Vaterland, das zu österreichschen Zeiten

1) Der Ober-Amts-Regierung in Breslau. Vgl. den Cabinets-Befehl an Seidlitz, Potsdam 26. Juli 1787, in den *Acta historico-ecclesiastica nostri temporis* 12, 1085. 2) Ferdinand Sigismund Freiherr v. S. 3) S. No. 65.
4) Hermann Daniel H.

seine Gewissensfreiheit mit so vielem Aufwand erwerben musste, wird wahrhaftig sehr unglücklich sein, wenn es bei den oft gar violenten Unternehmungen des Präsidenten v. Seidlitz unter einen viel härteren Gewissenszwang kommen wird, als es zu jesuitischen österreichschen Zeiten war. 1787 Sept. 17

»Ob ich den Präsidenten v. Seidlitz mit zu harten Farben schildere, darunter berufe ich mich auf das Zeugniss des Ministers v. Danckelman[1]), des General-Fiscal Pachaly[2]), zweier grader Männer, und auf das Zeugniss vieler rechtschaffener Leute. So mancher Geistliche in Schlesien hat mir dies Mal bittre Klagen über das Benehmen des Präsidenten vorgetragen, welches er sich gegen Leute erlaubt, die mehr auf die Moral Christi als auf dogmatische Grübeleien der frömmlenden Geistlichen halten.

»Der Pastor Hermes ist gewiss in der Anzeige an E. M. mit einem auswärtigen andern Manne gleiches Namens verwechselt worden.[3]) Der Pastor Hermes zu Breslau ist überall als ein theologischer Schwärmer bekannt; der General-Chirurgus Theden[4]), der Prediger Zöllner[5]), der Consistorial-Rath Sack[6]) und mehre werden dies bezeugen. Er glaubt an die —[7]) Wahrsagung und predigt darüber wie über Evangelia. Ein solcher Mann kann unmöglich das Schulwesen, und am wenigsten das Schulwesen einer ganzen Provinz, dirigiren. E. M. würden, wenn es dabei bliebe, mit Vorstellungen ohne Zahl behelligt werden. Der Breslausche Magistrat, der *iura consistorii* hat und sich für exemt von dem Landes-Consistorio und nur bloss dem Geistlichen Departement allhier in Schulsachen subordinirt jederzeit gehalten hat, wird der erste sein, der sich melden wird.

»Die andern beiden Regierungen und vornehmlich der Präsident v. Cocceji[8]), der älteste Regierungs-Präsident, werden sich heruntergesetzt finden, wenn sie an den Präsidenten v. Seidlitz insktinftig berichten sollen.

»So sehr ich auch meine Entfernung von Egoisme selbst durch die Anfertigung des Schulplans dargethan habe, so ist es mir doch zu nahe gelegt, als dass ich es mit Stillschweigen übergehen sollte, wie sehr ich für mein Theil auf das äusserste gedemüthiget und es vor dem ganzen Publico bin, dass, ungeachtet ich mir der vortheilhaften Veränderung der hiesigen Schulen und Universität während meiner Amtsführung bewusst bin, mir gerade eine ganze so wichtige Provinz entzogen und die Aufsicht über sämmtliche schlesische Schulen gerade dem Präsidenten v. Seidlitz und dem Pastor Hermes übergeben wird. Ausser dieser grossen Beschämung vor den Augen des Publici werde ich in den Augen derjenigen zurückgesetzt, die mir untergeben sind und die mir die Ausübung meines Amtes er-

1) Vgl. Band 5, 361. 2) Friedrich Wilhelm P., General-Fiscal in Breslau.
3) Zedlitz meint Johann August H., Consistorial-Rath in Quedlinburg.
4) J. Ch. Anton Th. 5) Vermuthlich J. F. Zöllner, Propst in Berlin.
6) Samuel Gottfried S., auch Hofprediger, in Berlin.
7) Nicht leserlich; vielleicht: »Lehninsche«.
8) Karl Ludwig Freiherr v. C., in Glogau.

1787 Sept. 17 schweren werden, wenn sie sehen, dass E. M. auf mich ungnädig sind und dass Vorwürfe gegen meine Religions-Grundsätze ohne deren weitere Prüfung und bei jeder Veranlassung hinreichen, meine Anordnungen rückgängig zu machen.

»Ich muss dieses als einen Beweis von Unzufriedenheit und Ungnade gegen meine Person ansehen, und da ich offenbar so sehr vor dem Publico beschämt worden, welches die mir ohnehin und vornehmlich bei Antritt E. M. Regierung über mein voriges Benehmen gegebne gnädige Versicherung ignoriret, so bleibt mir kein anderer Wunsch, als dass E. M. mir lieber das Geistliche und Schul-Departement abnehmen möchten. Sollte ich aber Ihnen gänzlich zu missfallen unglücklich genug sein, so bin ich allemal bereit, einem Würdigeren Platz zu machen. Nur hoffe ich durch meine mehr als dreissig Dienstjahre so viel verdient zu haben, dass E. M. ohne meine Demüthigung und Beschämung vor dem Publico mir Dero Entschluss auf eine nicht so ungnädige und, wie ich glaube, unverschuldete Art bekannt werden zu lassen allergnädigst geruhen werden.«

Sept. 20 **151.**[1] **Freiherr v. Waldenfels, kurkölnischer Staats-Minister, an das »preussische Ministerium zu Berlin«.** Bonn 1787 September 20.

R. 34. 52. B. Mundum.

Behauptung des kurkölnischen Diöcesan-Rechts in Kleve-Mark.

Bezeichnet es als »unerwartet«, dass nach dem Schreiben vom 14. Mai »die Schlüsse der Emser Versammlung in Rücksicht auf die clevische Staaten wegen derselben ursprünglichen, von Alters hergebrachten, durch päpstliche Befreiungen und durch den Westphälischen Frieden bestätigten Unabhängigkeit von aller erzbischöflichen und bischöflichen Diocesan-Gewalt und Gerichtbarkeit keine Beziehung, keinen Einfluss und keine Anwendbarkeit haben sollten. Da der erzbischöfliche Stuhl von Köln nicht nur von je her, sondern auch *in anno normali* und bis auf jetzige Zeiten im ruhigen Besitz der Ausübung seiner Diocesan-Rechte in den clevisch- und märkischen Landen gewesen ist, so musste man eine ganz besondere Voraussetzung vermuthen, auf welche die obige Behauptung sich beziehen könnte. S. Kurf. Durchl. befahlen dahero, dass man in den ältern Nachrichten Höchstdero geistlichen Vicariat-Archivs nachsuchen möchte, ob etwa einige besondere Privilegien vorhanden wären und was es damit für Bewändniss hätte. Die von Ihro K. M. öffentlich geäusserte Grundsätze waren Bürge, dass Höchstdieselbe vor der Hand den bishero ruhig ausgeübten Besitzstand meines . . . Herrn nicht stören würden. Desto empfindlicher ware es dahero Sr. K. D., als Höchstdieselbe in dem *Journal historique et politique* anliegende Verordnung[2] lasen, worin S. K. M. unter

1) Beantwortet am 16. October. 2) S. No. 117.

dem nämlichen Dato, wo EE. EE. mir im Vorbeigehen von einer prätendirten Exemtion die Eröffnung machten, die erzbischöflich köllnische Diocesan-Befügnisse in den clevisch- und märkischen Landen gänzlich zu vertilgen suchen. Nach dem katholischen Religions-Begriff geht es ohnehin nicht an, dass ein Bischof seine Diocesan-Gewalt in dem Bisthum eines andern ohne dessen Einwilligung ausüben; die von jenem ertheilte Gewalt zu dispensiren und von Sünden loszusprechen *p.* würde nichtig sein. Welche Folgen für die dortige katholische Unterthanen, welche jedoch ihre Religions-Freiheit haben sollen! Die clevische und märkische Landen haben von je her unter den erzbischöflich-köllnischen Hirtenstab gehört; hierüber und dass es sich selbst mit dem angeblichen Privilegium des Papst Eugenius IV. ganz anders verhalte, habe ich die Ehre, EE. EE. in dem anliegenden Promemoria die klarste Beweise vorzulegen. Würde es nicht mit der ganzen Verfassung des teutschen Reichs auf ein Mal geschehen sein, wenn der römische Hof (eine fremde Macht in Teutschland) ohne Einwilligung des rechtmässigen Bischofs dessen Dioces willkürlich zu trennen befügt sein sollte? Gemelte Verordnung des Papst Eugenius IV. enthaltet auch keine fortdauernde Befreiung der clevisch- und märkischen Unterthanen von der erzbischöflich-köllnischen Diocesan-Gewalt, sie ist von eben diesem Papst wieder aufgehoben, es ist durch feierliche Friedens-Verträge darauf renuntiirt worden, und sie würde ohnehin nunmehro gegen den *statum anni normalis* von keiner Wirkung mehr sein können. 1787 Sept. 20

»EE. EE. werden annebst gefällig ermessen, dass S. K. M. bei dieser offenbaren Verletzung der teutschen Reichs-Verfassung nicht den mindesten Vortheil für Ihre katholische Unterthanen zu gewarten haben.

»Sollen einmal dieselbe nicht aus dem *in anno normali* gehabten Besitzstand ihrer öffentlichen Religions-Ausübung gesetzt werden, so müssen sie auch selbst nach dem Sinn des westphälischen Friedens unter der Gerichtbarkeit ihres damaligen Bischofs bleiben. Setzen wir aber, es könnte mit der Verfassung des katholischen Religions-Systems und des alten Herbringen im teutschen Reich bestehen, dass ohne Einwilligung der alten Bischöfe von den weltlichen Landsherrn die Abtheilungen der Diocesen verändert und die köllnische Diocesan-Befügnisse an die Bischöfe von Paderborn, Lüttich und Ruremond übertragen werden könnten, so würden diese immerhin eine Diocesan-Gerichtbarkeit auszuüben haben, ohne welche sich kein freies Exercitium der katholischen Religion denken lässt. Was werden sodann S. K. M. bei dieser Verwechslung der Bischöfe gewinnen? Das bisherige Betragen des kurköllnischen Hofs gegen S. K. M. in Preussen hat nicht verdient, dass man ihn aus seinem reichsgesetzmässigen Besitzstand verdränge und solchen den Herren Bischöfen von Paderborn, Lüttich und Ruremond einräumen wolle. Dies Benehmen muss alle geistliche Kurfursten und Fürsten aufmerksam machen. Übrigens wissen EE. EE. wohl Selbsten, dass nachdeme heutiges Tags die Grenzen der landesherrlichen

1787 Sept. 20 und bischöflichen Gewalt näher entwickelt sind, sich viel Gutes für den Staat und die Religion bei einem zweckmässigen Einverständniss ausführen lasse, besonders wenn die wenige Anstände, welche sich bei Ausübung der geistlichen Gewalt etwa annoch ergeben könnten, durch freundnachbarliche Verträge beseitiget werden, wozu S. K. D. mein gnädigster Herr Höchstihrerseits jederzeit bereit waren und wirklich durch Ueberschickung der Emser Congress-Puncten den Anfang gemacht hatten. I. K. D. sind durch Ihre erzbischöfliche Pflichten aufgefordert, alles, was in Ihren Kräften ist, anzuwenden, damit das Kur- und Erzbisthum Kölln nicht zertrümmert werde. EE. EE. ersuche ich dahero, Sr. K. M. die gerechteste Beschwerden meines . . . Herrn gegen die obangeführte königliche Verordnung vom 14. Mai vorzulegen und es dahin einzuleiten, dass dieselbe baldmöglichst eingezogen werde.

»Meinem . . . Herrn wird es besonders angenehm sein, wenn S. K. M. zu gleicher Zeit Allerhöchstdero Gesandten v. Dohm die nähern Aufträge ertheilen wollten, zu Verhütung aller künftigen Missverständnissen über sämmtliche etwa zweifelhafte Fälle mit dem köllnischen Ministerio in Unterhandlung zu treten und die Abschliessung eines freundnachbarlichen Vertrags zu befördern.«

Sept. 21 **152. Ministerial-Resolution für »den Provincialem Poloniae Paulinorum Patrem Sebastianum Wichlinski zu Czenstochau auf dem Klarenberg in Pohlen«.** Berlin 1787 September 21.

R. 46. B. 168. T. Concept, geschrieben von Kluge, gezeichnet von Zedlitz. Anweisung von Scholz.

Erlaubniss zur Kloster-Visitation in Schlesien und Westpreussen.

»S. K. M. u. s. w. ertheilen dem Provinciali des Pauliner-Ordens Pater Wichlinski hierdurch die in seiner bei . . . Sr. K. M. unmittelbar eingereichten Vorstellung vom 25. Januar *c.* nachgesuchte . . . Erlaubniss, die in Schlesien und Westpreussen befindliche beide Klöster seines Ordens visitiren zu dürfen, jedoch mit der Auflage, hiervon jedes Mal in Zeiten, und zwar in Ansehung des Klosters zu Wiesau in Ober-Schlesien dem schlesischen Finanz-Ministerio, wegen des Klosters zu Topolnow aber der westpreussischen Regierung gebührende Anzeige zu thun und ohne Genehmigung derselben keine Veränderung im Kloster vorzunehmen.«

Oct. 5 **153.[1] Bericht des Geheimen Raths Dohm.** Aachen 1787 October 5.

R. 34. 52. B. Mundum.

Das kurkölnische Diöcesan-Recht in Kleve-Mark.

Übersendet Waldenfels' Schreiben vom 20. September. Waldenfels hat »noch nachdrücklicher mündlich durch die hier anwesenden sowohl kur-

1) Beantwortet am 16. October.

cöllnische als münstersche Bevollmächtigte mir zu erkennen geben lassen, wie der Kurfürst diese Verfügung als eine gewaltsame Störung des bisherigen Besitzstandes ansehe, die sowohl der deutschen Reichs-Verfassung überhaupt als auch insbesondere dem Fürstenbunde entgegen sei, für dessen Veranlassung die vom Kaiser versuchte Zerreissung der bischöflichen Diöcesen mit angegeben sei. Der Kurfürst sehe deshalb diese vorhabende Zersplitterung seines Kirchsprengels und dessen Übertragung an andere Bischöfe als eine Sache an, die seine Ehre und Würde zu nahe betreffe, als dass er nicht alles, was nur in seinen Kräften stünde, zu deren Abwendung anwenden sollte. Er verspreche sich auch hiebei des Beistandes sämmtlicher deutschen Erz- und Bischöfe und insbesondere auch des Kurfürsten von Mainz . . . 1787 Oct. 5

»Meiner geringen Einsicht nach sind die kurcöllnischer Seits angeführten Gründe allerdings nicht ohne Gewicht und es dürfte zu deren Widerlegung eine gründliche und in die Geschichte und Verfassung der älteren Zeiten tief eindringende Untersuchung erforderlich sein« . . .

154.[1] **Ministerial-Erlass an den Geheimen Rath Dohm.** Berlin 1787 October 16. Oct. 16

R. 34. 52. B. Concept, geschrieben von Steck, corrigirt von Hertzberg, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Zugeständnisse an Kurköln wegen Kleve-Mark.

Nennt das Schreiben Waldenfels' vom 20. September »mit ungeziemender Heftigkeit abgefasst«.

»Wie das Rescript vom 14. Mai *a. c.* in das *Journal historique-politique* gekommen, lassen Wir ernstlich zu Cleve und bei der hiesigen Staats-Kanzlei untersuchen und tragen auch Euch auf, darüber Erkundigungen anzustellen.

»Ihr hättet Euch darauf einschränken sollen, gedachtes Schreiben an Unser Ministerium zu senden und solches dem *p.* Frhn. v. Waldenfelss zu melden, ehe Euch so weit über den Fonds der Sache zu äussern und ohne Nachgiebigkeit und befriedigende Antwort zuzusichern. Diese kann bei dem gänzlichen Ungrunde des erzstiftischen Anspruchs nicht Statt finden. Wohl aber können Wir Uns entschliessen nachzugeben, dass Kur-Cölln die *iura ordinis* und die *actus arbitrarios disciplinae ecclesiasticae* (als: das Firmeln, Einweihen und dergleichen) ausübe. Ihr müsst suchen zu verhindern, dass der Kurfürst von Cöln keine öffentliche Discussion hierüber mit Uns anfange, indem er sich dadurch nur vergeblich compromittiren würde« . . .

Gleichzeitig Ministerial-Schreiben an Waldenfels, welches gründliche Untersuchung und Erwägung verspricht.

---

1) Antwort auf das Schreiben vom 5. October.

1787 Oct. 19 **155. Das Geistliche Departement an das Auswärtige Departement.** Berlin 1787 October 19.

R. 7. B. 20. C. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Zedlitz.

Feier des allgemeinen Busstages von Seiten der Katholiken in Schlesien und Westpreussen.

Hält »aus den in dem Bericht[1]) der Breslauischen Regierung vorkommenden Gründen die von demselben[2]) gemachte Schwierigkeiten nicht für gegründet und ist der Meinung, dass allenfalls seines Widerspruchs unerachtet die Sache durch den Official durchgesetzet werden könne, zumal bei Concertirung des geistlichen Reglements für Schlesien vom 8. August 1750[3]) der dortige Bischof sich kein Bedenken gemacht hat, ohne Autorisation vom römischen Hofe die halbe Feier der damals üblichen vier Busstage von Seiten der katholischen Unterthanen nachzugeben. Da indessen EE. EE. in solchen Fällen den römischen Hof nicht leicht zu übergehen pflegen, der Erzbischof zu Gnesen sich auch auf besondere kirchliche Statuta seiner Diöces berufet und nur aus Gewissensscrupel davon abzuweichen Anstand zu nehmen scheinet, so überlasse ich es lediglich EE. EE. erleuchtetem Ermessen, ob hierunter nachzusehen und es Denenselben gefällig sein möchte, die desiderirte Autorisation von Rom aus zu bewirken.«

Oct. 25. **156. Cabinets-Befehle an den Marquis Lucchesini.** Potsdam October 25 und 26.[4])

R. 92. Stein 21. Concept, geschrieben vom Land-Jägermeister Stein, gezeichnet vom Könige.

Der Papst möge von dem hohen deutschen Klerus nichts über den Status quo hinaus fordern.

»Vos rapports No. 23, 24, 25[5]) méritent bien, ainsi que les précédents, toute mon approbation et me sont autant de témoignages de votre fidèle attachement à mes intérêts, ainsi que de l'intelligence, avec laquelle vous savez le mettre en oeuvre. Je vous en sais bien bon gré, et en vous exhortant de continuer toujours sur le même pied, je veux, que vous soyez convaincu, que je me ferai toujours un plaisir de reconnaître et de récompenser les services, que vous rendrez par là à l'État. Mes ordres en date du 14. septembre[6]), expédiés *in triplicata* à Lucques, Florence et Rome,

---

1) Vom 3. April.

2) Dem Erzbischof von Gnesen; s. unter dem 20. August.

3) Band 3, 280.

4) Das Hauptschreiben vom 25., die Apostillen vom 26. October.

5) Ohne Belang für die kirchlichen Angelegenheiten.

6) Cabinets-Befehl, Potsdam 14. September: »que vous me ferez plaisir de retourner à Rome, pour y terminer tout ce qui a rapport à la coadjutorie de Constance et pour préparer ce qui dans la suite pourrait être proposé pour une médiation entre Mayence et le St.-Siége.«

ainsi que ceux dont j'ai chargé mon grand-veneur de la cour[1]) de vous donner connaissance et qu'il vous a dépêchés en date du 29. septembre *in duplicata* à Lucques et à Florence[2]), doivent maintenant être parvenus entre vous mains. Je ne doute donc pas, que vous ne les ayez déjà commencé à mettre en exécution, en vous rendant à Rome. L'électeur de Mayence m'ayant fait présenter la copie d'une nouvelle instruction[3]) pour vous, datée d'Aschaffenburg du 18. septembre et adressée à Rome, où elle attendra probablement votre arrivée, entre les mains du Sr. de Fargna, et m'ayant prié d'en vouloir appuyer le contenu de toute mon influence à la cour de Rome et de vous donner mes ordres en conséquence, vous aurez soin de faire entrevoir surtout au cardinal Buoncompagni, combien peu il est du véritable intérêt du St. Siége de ne pas vouloir absolument mettre des bornes à ses prétentions, mais d'irriter et d'aigrir sans cesse les esprits par des demandes non usitées. Je ne saurai qu'y faire, si cette cour veut de toute force heurter de front le haut clergé d'Allemagne et ne pas mettre à profit ce que j'ai réussi à effectuer par l'électeur de Mayence (j'entends par là cette trêve à l'exécution des conclusions du congrès d'Embs), et si à la suite des soins, que je me donne pour soutenir le St. Siége, une conduite si peu analogue à l'esprit du siècle et réglée sur la situation présente des affaires va[4]) amener par le temps des évènements très-funestes à l'autorité, à l'influence comme à l'intérêt même de la cour de Rome. 1787 Oct. 25

»Quant à la réquisition du St. Siége, j'ai bien voulu garantir le maintien de ses droits et usages reçus *in statu quo*. Il se comprenait de soi-même, que tout ce qui n'avait pas été ni demandé ni obtenu précédemment, ne pouvait ni ne devait point non plus être exigé dans la suite par la cour de Rome d'un prince mon ami et allié, et par conséquent les refus en question de l'électeur, fondés sur l'observance, me paraissent très-justes et faits de très-bon droit. Je suis entièrement de l'avis et du sentiment de ce prince à l'égard du contenu du passage de votre instruction, qui commence par les mots: *Je crois même p.*, et finit par: *pensent en vrais patriotes*, et je désire bien vivement, qu'un bon accommodement puisse au plus tôt prévenir les suites — très-difficiles à empêcher, de quelle façon qu'elles tournent — de la conduite des Romains, qui de tout temps ont manifesté très-peu de bonne foi, mais beaucoup d'intrigue et de cupidité. Vous aurez le plus grand soin de vous occuper sérieusement de cela, et en entrant en matière avec le cardinal Buoncompagni, je ne doute pas, que vous ne parveniez d'approfondir avec un ministre aussi éclairé que celui-là tout ce qui peut se faire des deux côtés, pour amener un accommodement solide et durable entre les deux siéges. Arrangez un plan de

1) Stein. 2) Nicht nachzuweisen. 3) S. die Nachträge.
4) »va« fehlt in der Vorlage.

1787 Oct. 25 négociation, pour opérer un effet aussi salutaire, que vous communiquerez à l'électeur, et après les résolutions prises de concert, il faudra mettre la main à son exécution et voir, jusqu'où il sera possible d'aller.

Oct. 26 »Première apostille.

Lehnt Vermählung seines Sohnes mit einer Prinzessin von Parma ab.

»Pour ce qui regarde la proposition, que le comte d'Azara vous a faite touchant le mariage de mon fils avec une princesse de Parme, vous aurez maintenant déjà reçu mes ordres, expédiés de Berlin sous le 29. de septembre. Vous aurez soin de vous y conformer, et en remerciant ce ministre des marques de sa bonne volonté, vous lui donnerez à connaître, qu'outre les raisons alléguées, qui empêchent de penser déjà à un mariage, la différence des religions apportera d'ailleurs toujours un obstacle à celui-ci.

»Seconde apostille.

Erbittet vom Papste die Propstei S. Albani in Mainz für Graf Hugo Hatzfeld.

»Dans votre rapport du 15. septembre, daté de Florence, vous demandez mes ordres touchant ce qui vous a été mandé de Mayence relativement au chanoine comte de Hazfeld. L'électeur m'ayant fait entrevoir à différentes reprises, qu'il verrait avec plaisir, que j'accorde ma protection à celui de ses parents, duquel il avait entièrement perdu de vue les intérêts personnels lors de l'élection à Worms, pour n'agir que pour le bien de la cause commune, je vous autorise par la présente de demander en mon nom au St. Père la collation de la prévôté de St. Alban à Mayence au comte Hugo de Hazfeld, chanoine à Worms. Comme elle doit bientôt venir à vaquer, le pape trouvera dans peu une bonne occasion à m'obliger par là autant que l'électeur de Mayence, puisque ce Hazfeld m'a paru être un fort bon sujet pendant le séjour, qu'il a fait à ma cour. Vous aurez donc soin de recommander cette affaire au cardinal Buoncompagni et de faire en sorte qu'elle soit expédiée, avant que vous quittiez Rome.«

Oct. 31 **157. Freiherr v. Waldenfels, kurkölnischer Staatsminister, an das »preussische Ministerium zu Berlin.«** Bonn 1787 October 31.

B. 34. 52. B. Mundum. Eingegangen am 13. December.

Kurkölnisches Diöcesan-Recht in Kleve-Mark.

. . . »I. Kurf. Durchl., mein gnädigster Herr, verlangen keine neue Rechte in den obbesagten Ländern, sondern wünschen nur aus jenem Besitz nicht verdrungen zu werden, den Ihre Kur-Vorfahren seit ohnfürdenklichen Jahren gehabt und Höchstdieselbe bis hieher fortgesetzt haben. Dieser Wunsch ist den allgemeinen bekannten gerechten Gesinnungen Ihro K. M. vollkommen gemäss; sollten jedoch über einen oder anderen Gegenstand noch Zweifel eintreten, so sind I. K. D. bereit, sie zu berichtigen und

haben dahero Ihrem Geh. Rath und Kämmerern Frhrn. v. Schall besonders aufgetragen, EE. EE. darüber die nöthige Aufschlüsse zu geben und eine gütliche Beseitigung deren etwa noch vorwaltenden Bedenklichkeiten zu erzielen« . . . 1787 Oct. 31

---

158. Schriftwechsel zwischen dem Etats-Minister Hoym und dem Cabinet. 1787.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 45. B). Concept bezw. Mundum (letzteres geschrieben von Beyer).

Vererbpachtung der schlesischen Jesuiten-Güter.

Hoym. Breslau October 31.

Nimmt Bezug auf den Schriftwechsel unter dem 12. September.

»Dieser E. M. . . . Intention zufolge habe ich hierunter das Nöthige veranstaltet, gedachte Güter von neuem zu Bestimmung ihres Ertrags ganz genau veranschlagen lassen und darnach für jedes Gut sowohl den jährlichen Erbzins als das Kauf-Pretium dergestalt ausgemessen, dass das Schulen-Institut dabei in Absicht seiner Einkünfte vollkommen sicher gestellt wird. Der letzte Termin zu diesem Erbzins-Verkauf ist auf den 15. Novembris angesetzt, und es haben sich auch vorläufig viele Käufer dazu gemeldet.

»Da in andern Ländern, besonders im Österreichischen und in Pohlen, wo die Jesuiter-Güter eingezogen und verkauft worden sind, sich ein jeder, der damit zu thun gehabt, dabei zu bereichern gesucht hat, so erachte ich es um so nothwendiger, bei diesem Güter-Verkauf ein öffentliches Beispiel der Rechtschaffenheit und Uneigennützigkeit zu geben und die Sache mit aller Publicität zu tractiren, als die Jesuiten von Natur geneigt sind, alle mögliche, auch selbst die rechtschaffensten zu ihrem eigenen Besten abzielenden Handlungen, wobei sie die Hand nicht mit im Spiel haben, verdächtig zu machen.

»Um ihnen dieses zu benehmen und sie zu überzeugen, dass man bei der Veräusserung ihrer Güter ohne alle Nebenabsichten zu Werke gehet, sind alle diesfällige Arrangements nicht nur unter ihrer Beistimmung getroffen, sondern es ist auch bei der hiesigen Kammer eine besondere Commission, die aus einigen Mitgliedern der Kammer und aus den Rectoren der Jesuiten bestehet, angesetzt worden, bei welcher die Käufer ihre Offerten zu thun und die Meistbietenden die Überlassung der Güter von den Jesuiten selbst als eigentlichen Eigenthümern zu gewärtigen haben« . . .

Cabinets-Befehl. Potsdam November 14. Nov. 14

Findet seine Veranstaltungen »von der Beschaffenheit, dass darin keine Abänderung Statt haben soll« . . .

1787 **159. Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Departement und dem Cabinet. 1787.**

R. 46. B. 78. Concept (gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg) bezw. Mundum (geschrieben von Laspeyres).

Oestreich schlägt Diöcesen-Tausch zwischen Breslau bezw. Prag und Olmütz vor.

Nov. 2 Das Auswärtige Departement. Berlin November 2.

»Le prince Reuss [1]) vient de nous parler de la prochaine élection d'un coadjuteur à l'évêché de Breslau, en disant que le chapitre en avait écrit à l'empereur, qui avait répondu, qu'il ne prétendait pas le gêner dans cette élection, qui ne le regardait pas proprement, mais que S. M. I. l'avait chargé de témoiguer ici à cette occasion, qu' elle désirait, qu'on pût procéder à la séparation des diocèses respectifs par un échange de la partie du diocèse de Breslau située dans ses États contre les diocèses d'Olmutz et de Prague, qui se trouvaient dans les États de V. M., d'après le projet, qui en avait été proposé ici par le baron de Swieten.[2]) On lui a répondu, qu'il avait été question à la vérité de cette affaire, il y a plusieurs années, mais que les difficultés provenantes de l'énorme disproportion des revenus de ces diocèses, qui s'était opposée alors à cette séparation et qui avait fait juger à feu le roi, qu'il valait mieux s'en tenir au *status quo* établi par la paix de Breslau, subsistant toujours, il ne serait pas possible de les lever et de convenir sur ce sujet, quelque disposée que V. M. fût d'ailleurs de s'entendre avec sa cour sur tout ce qui serait en Son pouvoir.

»Le prince Reuss nous a communiqué là-dessus des tabelles, qui doivent représenter les revenus des deux diocèses dans les deux pays et par lesquelles la cour de Vienne prétend prouver, que la différence n'est pas si grande et qu'elle était même à son avantage. Nous trouvons ces tabelles fort confuses et exagérées du côté autrichien, cependant nous avons cru devoir les envoyer au ministre d'État comte de Hoym, pour les faire examiner, afin que, quand nous aurons reçu les renseignements nécessaires sur le montant des revenus des deux diocèses, nous puissions répondre d'autant mieux et avec connaissance de cause au prince Reuss. Nous n'avons pas voulu manquer de faire notre rapport à V. M. de tout ce que dessus et nous nous flattons d'avoir rempli Ses intentions.«

Nov. 4 Cabinets-Befehl. Potsdam November 4.

. . . »Comme vous marquez en même temps avoir envoyé au ministre d'État comte de Hoym les tabelles, que le prince Reuss vous a communiquées des revenus des deux diocèses dans les deux pays, il faudra attendre là-dessus le rapport dudit ministre d'État, avant que de s'expliquer ultérieurement sur cet objet.«

---

1) Der kaiserliche Gesandte in Berlin.

2) Band 5, 190.

160.[1] **Bericht der westpreussischen Regierung.** Marienwerder 1787 November 6. 1787 Nov. 6

R. 76. I. 198. Mundum, geschrieben von Schroetter, Schleinitz, Schmiedeberg, Meyer, Scheibler, Ziegenhorn, Fincke, Hallensleben.

Das Schulwesen in Westpreussen.

Berichtet, »dass wir bei der Einziehung der Stelle eines Abts zu Crone in Ansehung der speciellen Pflichten eines solchen geistlichen Oberhaupts keine Bedenklichkeiten haben würden, dass solche durch einen Superior verwaltet werden können, da verschiedene Abteien selbst in Westpreussen *in commendam* vergeben sind, wo der Abt mit der innerlichen Regie des Klosters nichts zu thun hat und der Superior solche gänzlich besorgt. Dagegen bleibt uns nur das Bedenken, dass die Aufhebung dieser Pfründe uns gegen den der katholischen Geistlichkeit versprochenen *statum in quo* zu sein scheint. Bei E. K. M. wohlthätigen Absicht, diese Revenuen zum Besten des katholischen Schul-Unterrichts anzuwenden, wird der Bischof der Diöces selbst vielleicht indess billig genug denken, in diesen Vorschlag zu entriren, und allenfalls dazu mitwirken, den päpstlichen Consens deshalb einzuholen. Die Stelle eines Superioris, die alsdann noch 911 Rthlr. 55 Gr. 9 ₰ einträgt, könnte hiernächst auch dadurch wieder verbessert werden, wenn solche alsdann mit der Propstei in Crone verbunden würde, ob wir gleich, wenn die Abtei in ihrer vorigen Verfassung geblieben wäre, dagegen gewesen sind. Eine ähnliche Verbindung hat übrigens in Ansehung der Stelle eines Scholastici bei dem Dom-Capitul zu Culmsee Statt, der jederzeit zugleich Propst in Strasburg ist. Auch sind verschiedene Pfarreien Klöstern wirklich schon jetzt incorporirt.

»In Ansehung der uns hiernächst von E. K. M. in dem erwähnten ... Rescript zur Beantwortung vorgelegten Fragen zeigen wir bei der ersten und zweiten ... an, dass die Ansetzung der katholischen Schulmeister erst vom Jahr 1776 ab und nur *successive* von dem Cameral-Departement geschehen sei. Wir fügen indess in der Anlage *sub A* die Liste aus diesem Departement ... bei, welche Schulmeister ursprünglich angesetzt worden und bei welchen Stellen eine Veränderung vorgegangen. Von dem Departement der Bromberg'schen Kammer-Deputation, wo noch einige Posten unbesetzt sind, werden wir die Liste besonders ... nachsenden.

»In Ansehung der dritten Frage, so haben wir die Schul-Anstalten bei den katholischen Religions-Verwandten den Officiälen, sowie bei den lutherischen den Inspectoribus anvertrauen müssen; wie denn auch viertens ... Schul-Katalogen eingeschickt sind, wovon die letztern nach denen von uns vorgeschriebenen Rubriquen und denen den Officiälen zugefertigten gedruckten Schematibus eingerichtet sind.

---

1) Vgl. Zedlitz' Aufzeichnung vom 4. Februar.

1787 Nov. 6

»Wie wenig diese Tabellen indessen demungeachtet hinreichend gewesen sind, uns von dem wahren Zustande der Schulen auf dem platten Lande zu unterrichten, werden E. K. M. Selbst aus der Ausfüllung der Rubriquen zu ersehen geruhen. An unserm Verlangen, einen so wichtigen Gegenstand auf eine zweckmässige Art behandelt zu sehen und die Provinz dadurch ganz der Wohlthat theilhaftig zu machen, die des hochseligen Königs Maj. für dieselbe durch Aussetzung eines so ansehnlichen Fonds zum Unterhalt der Land-Schulmeister beabsichtiget haben, hat es gewiss nicht gefehlt; indessen gestehen wir selbst, dass wir bis jetzt solches unsern Wünschen gemäss ganz zu erreichen nicht im Stande gewesen sind.

»Die Ursachen, die dies bis jetzt verhindert, haben wir E. K. M. zwar schon ehemals . . . vorgestellt; indessen unterstehen wir uns auch jetzt, solche kürzlich zu berühren. Wie im Jahr 1776[1]) der erste Fonds zu Ansetzung der Schullehrer auf dem platten Lande durch Ankaufung verschiedener adelicher Güter etablirt wurde, erhielt E. K. M. hiesige Krieges- und Domänen-Kammer das Geschäfte deren Ansetzung, und wir concurrirten nur insoferne dabei, dass wir die dazu in Vorschlag gebrachte Subjecte ihrer Kenntnisse wegen prüfen mussten. Wir waren also von dem Locale, wornach die Vertheilung dieser Leute geschah, zu urtheilen nicht im Stande; wir kannten ferner die Subjecte, die dazu genommen waren, selten weiter als aus der kurzen Zeit ihrer Prüfung, und hier konnten wir, da noch dazu gemäss der Cabinets-Ordre des höchstseligen Königs Maj. vom 31. Juli 1779[2]) vorzüglich auf Invalide Rücksicht genommen werden sollte, nicht auf eine ihrer Bestimmung angemessene Geschicklichkeit gerade sehen, sondern wir mussten auch mit den nothdürftigsten Kenntnissen eines solchen Mannes zufrieden sein. Überdem konnten die Land-Schulmeister, die ausser dem Gehalt von 60 Rthlr. kein weiteres Schulgeld erhielten und nicht einmal alle mit 60 Rthlr. angesetzt waren, nicht davon leben und suchten sich daher andere Nahrungszweige, die mit ihrem Amte wenig verträglich waren.

»Die gelegentlichen Klagen, dass hie und da die Schulmeister nicht an den bequemsten Örtern angestellt wären, dass die dazu ausgesuchte Subjecte sich weder durch Fleiss noch durch sittlichen Charakter um ihre Stellen verdient machten und einige sogar ihren Posten ganz vernachlässigten, machte uns der Verfehlung der bei Ansetzung der Land-Schulmeister beabsichtigten landesväterlichen Gnade wegen immer mehr besorgt. Wir hielten es daher schon damals am zweckmässigsten, wenn ein Seminarium von Schulmeistern angelegt würde und die wirklich angesetzte Subjecte unter eine genauere Aufsicht gesetzt werden könnten; nur fehlte es an einem Fonds zu solchen Einrichtungen. Da indessen die Schulstellen nur nach und nach besetzt, auch zum Theil noch gar nicht vergeben waren,

1) S. Band 5, 43 ff. und oben No. 89.

2) Vgl. *Preuss, Friedrich der Grosse* 3, 116.

so glaubten wir hierin ein Mittel zu finden, diese Absicht zu erreichen. 1787 Nov. 6
Wie wir uns indessen deshalb mit dem hiesigen und Bromberg'schen Cameral-Departement in Correspondance einliessen, da in dem erstern der Etat auf 125, in dem letztern aber auf 20 Schulmeister gemacht war, so waren nach der Antwort der hiesigen Krieges- und Domänen-Kammer die Ersparnisse gänzlich zum Aufbau der Schulhäuser und Anschaffung der Schulbücher in den armen Dörfern verwandt. Die Bromberg'sche Kammer-Deputation hatte dagegen 2200 Rthlr. zur Anstellung eines besondern Schullehrers in dieser Stadt erspart, und ihre gemeinnützige Absicht ist auch nunmehr schon durch die wirkliche Besetzung dieser Stelle erfüllet worden. Für das Ganze war indessen hieraus nichts Vortheilhaftes zu folgern, und wir mussten uns begnügen, wenigstens von dem wirklichen Unterricht der angesetzten Schulmeister und der Besuchung ihrer Stunden uns zu unterrichten. Wir erliessen demnach am 17. Mai 1784 an sämmtliche katholische Officiäle und luthersche Inspectores ein Circulare, wodurch wir ihnen aufgaben, an uns eine Tabelle einzuschicken, worin sie uns anzeigten: (1) ob sich die aus königlichen Fonds angesetzte Schulmeister wirklich an dem Ort ihrer Bestimmung befänden und beständig dort gegenwärtig wären; (2) ob sie in neuen dazu erbauten Schulhäusern und wo eigentlich wohnten; (3) ob und wie vielen Kindern sie wirklich Unterricht geben oder geben könnten, und wenn nicht alles geschehe, was geschehen sollte, ob die Schuld an ihnen oder den Kindern und deren Eltern oder sonst an wem läge; (4) von wem und in welchen Raten sie ihr Gehalt erhielten. Wobei wir ihnen in einer besondern Colonne ihre Bemerkungen hinzuzufügen überliessen.«

Bezugnahme auf die Cabinets-Ordre vom 8. October 1784 [1]) und ihre Folgen. [2])

»Wir mussten uns also damit begnügen, das ... beigefügte Circulare an alle Officiäle und Inspectores zu erlassen. Eine darauf von der Bromberg'schen Kammer-Deputation uns gethane Anzeige, dass die wenigsten [3]) Eltern, auch an Örtern, wo königliche Schulmeister angesetzt wären, ihre Kinder zur Schule schickten, veranlasste uns hierauf, unter dem 11. Februar 1785 noch das ... hier angeschlossene Circulare ... zu erlassen. Hiernach sind nun auch die Berichte der geistlichen Obern beider Religionen gehörig eingegangen.

»Für den eigentlichen Fortgang des Schulwesens sind wir indessen auch hiedurch, wie wir bereits vorher ... angeführt, geringe Hoffnungen, wenigstens bei dem katholischen Theil der hiesigen Einsassen, zu schöpfen im Stande, so lange die Parochie und geistliche Obern durch ihre Kenntnisse und eigene Bemühungen dazu nicht einwirken können oder wollen. Überdem sind noch immer dieselbe Hindernisse vorhanden, welche in unserm ehemals unmittelbar abgestatteten ... Bericht angeführt worden. Hiezu gehörte nun auch die Vermehrung des Fonds zu den Bedürfnissen des

1) Band 5, 625. 2) Band 5, 633. 3) Hs.: »wenigstens.«

1787 Nov. 6 Schulwesens. Wenn indessen dazu keine Quellen vorhanden sein sollten, so wäre es beinahe besser, die Anzahl der Schulmeister noch zu verringern und die dazu anzuwendende Subjecte mit desto grösserer Auswahl anzusetzen, als sie auf den jetzigen Fuss bestehen zu lassen. Man müsste alsdenn dazu die ärmste Gegenden wählen, den Bemittelten aber vor der Hand die Unterhaltung eigener Schulmeister, wie es in den adelichen Dörfern geschiehet, zur Pflicht machen, da denn die Schulmeister noch immer in denen bishero angebauten Häusern freie Wohnung geniessen könnten. So lange wir aber bei der Disposition des Fonds gar nicht concurriren, sind wir dabei auch nichts zu bestimmen im Stande.

»Was endlich die wirkliche Anlegung eines Seminarii für Schullehrer auf dem Lande betrifft, so würden die Jesuiter-Collegien die Bequemlichkeit und Ersparniss zu Wege bringen können, dass dort schon Zimmer und andere Hülfsmittel für die aufzunehmende Seminaristen vorhanden sind. Nicht nur dem Raum, sondern auch der innern Einrichtung nach würde von diesen das Gymnasium zu Schottland wohl das geschickteste dazu sein. Unter den Lehrern befindet sich der Director Raffalski selbst, von dem wir in unserm . . . Bericht vom 2. dieses Monats E. K. M. bereits . . . angezeigt haben, dass er den Ruf eines verdienten Schulmanns besitze. Die übrige Professoren kennen wir zwar nicht so genau, allein der Director Raffalski hat in seinen uns jährlich zu leistenden Anzeigen behauptet, dass er zu Lehrern bei diesem Gymnasio die geschicktesten und brauchbarsten Subjecte ausgesucht habe. Wenn E. K. M. nun dort ein Seminarium für angehende Schulmeister zu etabliren geruhen wollten, so könnten wir mit Hülfe des Directors Raffalski von diesen oder andern Lehrern eine Auswahl treffen, auch, wenn es Höchstdieselben gut fänden, ihnen eine besondere Vorschrift ihres Unterrichts wegen ertheilen. Zu E. K. M. Gnade hoffen wir jedoch, dass im Fall ein Plan zur Anlegung eines Seminarii realisirt werden sollte, Höchstdieselben solchen auch zugleich auf lutherische Schulmeister ausdehnen würden, da wir deren gewiss ebenso sehr benöthiget sind.«

161.[1] **Ministerial-Erlass an den Residenten Ciofani in Rom.** Berlin 1787 November 6.

R. 7. B. 20. C. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Verminderung der katholischen Feste. Allgemeiner Busstag.

»Comme je n'ai pas reçu depuis longtemps des rapports de votre part sur l'affaire de la diminution des fêtes catholiques dans mes États, je serais bien aise d'apprendre, dans quelle situation se trouve cette affaire à présent à Rome et si elle s'accroche uniquement au renvoi du projet de la bulle papale, que vous m'avez envoyé et qui circule encore parmi les évêques de mes États. Il s'est élevée une autre question.[2] Comme j'ai ordonné

1) Beantwortet am 28. November. 2) S. No. 143.

dans mes États de célébrer un jour de prières générales le mercredi après le troisième dimanche après pâques, pour demander une bonne récolte, l'archevêque de Gnesen a fait difficulté de publier et de prescrire ce jour solennel de prière à ses diocésains sans une autorisation expresse du pape. Je crois, que je n'en aurais pas besoin et que je pourrais prescrire cela de mon chef aux évêques. Cependant comme je veux user de tous les ménagements possibles envers la cour de Rome, vous demanderez au cardinal secrétaire d'État son sentiment là-dessus et si l'on ne pourrait pas faire entrer dans la bulle papale un passage, pour enjoindre aussi aux évêques de faire célébrer le jour de prières susdit, que j'ai jugé à propos, de prescrire à mes sujets. C'est là-dessus que j'attends bientôt votre rapport.« 1787 Nov. 6

162.[1]) **Ministerial-Erlass an den Residenten Ciofani in Rom.** Berlin 1787 November 10. Nov. 10

R. 7. B. 23. CC. Concept, geschrieben von dem Geheimen Legations-Rath L. D. Lecoq, gezeichnet von Hertzberg.

Päpstliche Bestätigung der dem Bischof von Kulm gemachten Zuwendung.

»Vous verrez par l'acte[2]), dont on vous adresse ci-jointe une traduction française, que j'ai accordé à l'évêque de Culm, comte de Hohenzollern, la concession spéciale de disposer en toute propriété pour une année après sa mort des revenus de ses bénéfices actuels, nommément de l'évêché de Culm, de l'abbaye d'Oliva et de celle de Pelplin. Mon intention est donc, que vous demandiez à ce sujet l'approbation de la cour de Rome, ne doutant pas, vu les sentiments qu'elle m'a témoignés jusqu'ici, qu'elle ne soit disposée à l'accorder très-volontiers, d'autant plus qu'il y a un grand nombre de chapitres et de bénéfices ecclésiastiques où cette jouissance d'une année des revenus après la mort est reçue en vertu de l'usage ou des statuts, sans qu'il soit besoin d'une concession particulière pour l'obtenir.«

---

163. Immediat-Eingabe des Dom-Capitels zu Breslau. Breslau 1787 November 14. Nov. 14

R. 46. B. 78. Mundum, gezeichnet von Anton v. Rothkirch (Dechant), Ernest v. Strachwitz, J. Anton Frhr. v. Saurma, Adam Josef Frhr. v. Larisch, Joh. Graf v. Matuschka.

Wahl des Fürsten Hohenlohe zum Coadjutor.

»E. K. M. ermangeln wir nicht, hierdurch allerpflichtschuldigst anzuzeigen, wie die am 12. *huius* angestandene Wahl eines Coadjutors des Bisthum Breslau mit dem Rechte der Nachfolge im Bisthum glücklich vollendet und hiezu der hochwürdigst hochgeborne Fürst Joseph Christian, des Heil. Röm. Reichs Fürst v. Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein[3]), der

---

1) Beantwortet am 28. November. 2) No. 92.

3) Hoym an den Grafen von Hohenzollern, Bischof von Kulm, Breslau 13. November: er bedauere, dass Hohenzollern nicht Bischof von Breslau geworden wäre; »mais Sa Majesté a jugé à propos de remplir les engagements de son auguste prédecesseur, en destinant cet évêché au prince Joseph d'Hohenlohe-Bartenstein« (Staats-Archiv i. Breslau M. R. XIII. 29). Vgl. No. 122. Nov. 13

1787 Nov. 14 Stifter Cölln, Strassburg und Breslau Domherr, in einem einzigen Scrutinio mit 19 Stimmen[1]) *rite et canonice* erwählet worden.

»Wir glauben uns schmeicheln zu dörfen, dass E. K. M. diese unsere Wahl Allerhöchstdero Beifalls und Bestätigung würdigen und derselben auch die Confirmation des päpstlichen Stuhles . . . zu verschaffen geruhen werden.

»Innigst gerührt von der väterlichen Vorsorge E. K. M., uns ein Subject zu empfehlen, in welchem sich Geburt, persönliche Verdienste und alle erhabenen Eigenschaften vereinigen, um dem Bisthum und der schlesischen Hauptkirche ein würdiges Oberhaupt zu geben, erkennen wir solche mit Dank und Ehrerbietung, und da E. K. M. wir kein Opfer darbringen können, so bitten wir, dass Allerhöchstdieselbte Sich unseren Gehorsam gefallen lassen und diesen als einen Beweis anzunehmen geruhen wollen, wie sehr wir die allerhöchste Huld und Gnade zu verdienen wünschen, zu welcher wir uns in Haupt und Gliedern allersubmissest empfehlen und in allertiefster Ehrerbietung ersterben.«

Cabinets-Befehl an Hoym, s. No. 158.

---

164. Immediat-Schreiben des Fürsten Schaffgotsch, Bischofs von Breslau. Johannesberg 1787 November 14.

R. 46. B. 78. Mundum.

Bittet, die Wahl des Fürsten Hohenlohe zum Coadjutor zu bestätigen.

»In diesem Augenblicke, da mir der Bericht des Dom-Capitels eingehet, dass dasselbe den 12. dieses den Joseph Christian Prinzen v. Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein, der Dom-Stifter Köln, Strassburg und Bresslau Domherrn zum Coadjutor des Bisthums Bresslau erwählet, erkühne ich mich, mich nebst demselben E. K. M. . . . zu Füssen zu legen und für ihn und seiner Wahl Allerhöchstdero landesherrliche Bestätigung allersubmissest zu erbitten.

»Der Gedanke, den Willen E. K. M. vollbracht und die Wünsche meines Souvräns erfüllet zu haben, schmeichelt mir mit der Hoffnung, dass Allerhöchstselbte bei dem Glücke meines Nachfolgers wohl auch das Unglücke seines Vorgängers einiger Beherzigung würdigen und annoch die letzte Periode eines Greises zu beglücken geruhen könnten, der nur zu leben wünscht, um E. K. M. Beweise seines Gehorsams, seiner Submission und derjenigen ungeheuchelten Liebe und Ehrerbietung zu geben, in welcher er leben nnd sterben wird.«

Eigenhändige Rand-Verfügung des Königs[2]):

»man kan ihnen danken und es freute mir das sie mit der wahl zufrieden seindt.«

Nov. 16 1) Hoym an Hertzberg, Breslau 16. November: »Ein Dummkopf hat ihm seine Stimme nicht gegeben, welches aber nichts zur Sache thut.«

2) Bezieht sich auf die Eingabe des Dom-Capitels vom 14. November.

165.[1] **Ministerial-Erlass an die westpreussische Regierung.** Berlin 1787 November 16. 1787 Nov. 16

R. 7. B. 24. A. 1. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Finckenstein und Zedlitz. Anweisung von Scholz.

Tadelt ihr Verhalten bei Aufhebung des Klosters Wissok. Soll die päpstliche Suppressions-Bulle zur landesherrlichen Bestätigung einreichen. Propst Zbyszewski und die Propstei Deutsch-Krone.

»Euer . . . Bericht vom 9. October *c.* wegen Aufhebung des Klosters zu Wissock und wegen der Beschwerden des dasigen Propsts v. Zbyszewski über seine geschehene Exmission ist zu seiner Zeit eingelaufen. Wir können nun zwar aus den darin angeführten Gründen der bereits resolvirten Aufhebung des Klosters zu Wissock Unsern Beifall nicht versagen; Ihr habt aber darin gar sehr gefehlet, dass Ihr nicht nur Unserm Geistlichen Departement von allen diesen Vorgängen keine Nachricht mitgetheilet, sondern auch der, von dem Erzbischof von Gnesen zeitig genug erhaltenen Intimation ungeachtet, eine päpstliche Bulle ohne Unsere landesherrliche Confirmation und ohne solche einmal eingesehen zu haben, zur Ausübung bringen lassen, auch sogar nicht einst die von dem Erzbischof selbst angetragene Zuordnung eines *commissarii regii* beobachtet habt, sondern den Official bei Exmission der Ordens-Geistlichen nach Gutfinden schalten und walten lassen; welches Euch denn hiermit ernstlich verwiesen wird, indem Euer Vorwand, dass nach den Regeln der Klugheit von den mit dem Kloster gehabten Absichten nichts transpiriren dürfen, dies Benehmen nicht rechtfertiget. Der Propst zu Wissock v. Zbyszewski beschweret sich daher mit Recht, dass er auf eine tumultuarische Weise seines ihm von des höchstseligen Königes Maj. conferirten geistlichen Beneficii entsetzt worden; und wenn es gleich nicht rathsam sein dürfte, mit Aufhebung der von dem Erzbischof getroffenen interimistischen Arrangements ersteren wiederum in den Besitz zu setzen, so ist doch zur Legalisation des Actus nothwendig, dass vor allen Dingen die päpstliche Suppressions- oder Säcularisations-Bulle zur landesherrlichen Confirmation befördert und solche durch Euch zu dem Behuf von dem Erzbischof von Gnesen eingefordert werde. Welches Ihr denn zu bewerkstelligen und bei der Gelegenheit dem letztern zugleich wegen seines voreiligen Benehmens in glimpflichen Terminis eine Bemerkung zu machen habt.

»Dabeneben habt Ihr auf eine billige Entschädigung der exmittirten Ordens-Geistlichen, insonderheit des querulirenden Propsts v. Zbyszewski, Bedacht zu nehmen. Denn obgleich letzterer hin und wieder einer Vernachlässigung seiner Amtspflichten beschuldiget wird, so liegt doch hierin keinesweges der eigentliche Grund seiner Remotion, worüber er sonst noch zuvor rechtlich gehöret werden müsste; sondern es ist solches nur eine

1) Vgl. unter dem 1. December.

1787 Nov. 16 Folge der beschlossenen Aufhebung des Klosters, welches aus Mangel an Mitteln in der fundationsmässigen Verfassung nicht erhalten werden kann und daher zum allgemeinen Besten in ein mehr nutzbares Institut umgeformet werden soll. Da nun so wenig Ihr als der Erzbischof dazu geneigt seid, dem v. Zbyszewski die bisher mit der Propstei verbunden gewesene *curam animarum* in der Wissockischen Parochie zu lassen und die von dem Erzbischof vorgeschlagene Translocation desselben in ein polnisches Kloster, weil der v. Zbyszewski ein Landeskind, nicht zulässig ist, so muss demselben, bis er mit einem andern gleich einträglichen, ihm von Euch zugedachten geistlichen Beneficio versorget werden kann, aus den Revenuen des Klosters, in Betracht ohnehin das neue Seminarium so geschwinde noch nicht zu seiner Consistenz gelangen dürfte, eine Entschädigung gereichet werden; und habt Ihr dieserhalb das Nöthige zu verfügen.

»Übrigens hat der Propst v. Zbyszewski sich neuerlich zu seiner Entschädigung um die vacante Propstei zu Deutsch-Crone gemeldet, welches Beneficium, da es sowie die Propstei zu Wyssock gleichfalls mit der *cura animarum* verknüpft ist, hierzu auch vorzüglich geschickt zu sein scheinet. Wir befehlen Euch daher . . ., nach vorgängiger sorgfältigen Prüfung sowohl seines moralischen Charakters als übrigen Eigenschaften des fordersamsten pflichtmässig an Unser Geistliches Departement zu berichten, ob der v. Zbyszewski sich zu diesem Posten qualificiren, damit bei den Unserer höchsten Person wegen Wiedersetzung der Propstei zu Deutsch-Crone zu thuenden Vorschlägen, welche auf Euern posttäglich erwarteten Bericht von der Euch dieser Propst-Stelle wegen aufgetragenen Untersuchung[1]) nach Befund der Umstände allenfalls auch auf den v. Zbyszewski Rücksicht genommen werden könne.«

Nov. 20 **166. Cabinets-Befehl an den Marquis Lucchesini.** Potsdam 1787 November 20.

R. 92. Stein 21. Concept, geschrieben von Stein, gezeichnet vom Könige.

Soll so schnell wie möglich Rom und Mainz vertragen.

. . . »Je ne trouve certainement pas à redire au détour[2]), que la maladie dangereuse de votre mère vous a forcé de faire, et bien au contraire, cette preuve de votre piété filiale m'a fait plaisir. Continuez votre route vers Rome, dès que vos affaires vous le permettront, et tâchez d'y terminer le mieux et le plus tôt possible les affaires fastidieuses entre cette cour et l'électeur de Mayence; concertez-vous du moins sur le plan, d'après lequel on pourrait négocier un entier et final accommodement, avec le cardinal Buoncompagni, pour que vous puissiez m'en rendre compte et à l'électeur à votre retour. Je serai bien aise de vous revoir bientôt auprès

---

1) Zu ergänzen: »erfolgen sollen.« 2) Über Lucca.

de ma personne; ainsi, dès que vous aurez terminé à la cour de Rome les affaires, dont vous êtes chargé, vous aurez soin de vous remettre en route pour revenir ici.« 1787 Nov. 20

---

167. Königliches Schreiben an das Dom-Capitel zu Breslau. Berlin 1787 November 22. Nov. 22

R. 46, B. 78. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Päpstliche Bestätigung der Coadjutor-Wahl.

. . . »Wir haben Unserm Residenten zu Rom, dem Abt Ciofani, aufgegeben, die Confirmation dieser Wahl bei dem päpstlichen Stuhle zu befördern; es muss aber dasjenige, was deshalb gebräuchlich ist, von Euch selbst oder dem Coadjutor zu Rom nachgesucht und besorget werden, weshalb Ihr mit dem Abt Ciofani in Correspondenz zu treten habet.«

---

168. Königliches »Placitum für den Prinzen Joseph Christian v. Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein zum Coadjutor im Bisthum Bresslau und Fürstenthum Neisse.« Berlin 1787 November 22.

R. 46. B. 78. Concept, geschrieben von Kluge, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

»Wir u. s. w. thun kund und fügen hiermit zu wissen. Nachdem Uns zu vernehmen gegeben worden, wasgestalt der zeitige Bischof zu Bresslau, der Fürst Philipp Gotthard v. Schaffgotsch, bei seinem zunehmenden Alter und damit verknüpften schwächlichen Umständen die mit dieser Würde verknüpfte geistliche Pflichten gänzlich zu erfüllen nicht mehr im Stande sei und es daher der Nothdurft zu sein erachtet worden, dies bischöfliche Haupt der Kirche Unsers Herzogthums Schlesien mit einem tauglichen Coadjutore zu versehen und das Dom-Stift *ad St Johannem* zu Bresslau daher mit Einwilligung des oberwähnten Fürst-Bischofes und mit Unserer . . . Genehmigung in einer in Gegenwart Unsers dazu verordenten Commissarii, Unsers Wirklichen Geheimen Etats-, Krieges- und dirigirenden Ministri Grafen v. Hoym den, 12. d. M. gehaltenen Capituls-Versammlung zur canonischen Wahl eines Coadiutoris und künftigen Successoris im Bisthum Bresslau und Fürstenthum Neisse geschritten und dazu der wohlwürdige und hochgeborne Fürst, Unser besonders lieber Oheim und Getreuer, Joseph Christian Fürst zu Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein, der Dom-Stifter zu Cölln, Strassburg und Bresslau Domherr[1]), von sämmtlich anwesenden Prälaten und Canonicis *rite et canonice* erwählet worden, mit . . . Bitte, Wir möchten diese Wahl zu genehmigen und zu bestätigen geruhen, dass Wir solchem Gesuche . . . Statt gegeben und dazu Unser oberlandesherrliches Placitum und Bestätigung ertheilet haben.

---

1) »Domherr« fehlt in der Vorlage.

1787 Nov. 22 »Wir thun solches auch hiermit und in Kraft dieses und genehmigen nicht allein, dass gedachter von Uns zum Coadjutore im Bisthum Bresslau placidirte Prinz Joseph Christian zu Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein die geistliche Pflichten des jetzigen Bischofs mit verrichte, sondern ernennen auch hierdurch S. Lbd. mehrbesagten Prinzen v. Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein aus königlicher und oberstlandesherrlicher Macht zum[1]) Fürsten und unmittelbaren Nachfolger des dermaligen Fürst-Bischofs v. Schaffgotsch dergestalt und also, dass derselbe auf den Fall des Ablebens des letzteren sogleich und ohne einer anderweitigen Wahl, ferneren Ceremonien oder sonst unter was vor Vorwand es immer sein mag, *ipso facto* Bischof sein, von jedermann, bei Vermeidung Unserer höchsten Ungnade, dafür gehalten und geachtet werden, auch alles dasjenige, was von dem Bisthum zu Bresslau an Ehren, Würden und Nutzungen oder was es sonst immer sein mag, abhängig ist, geruhig, vollkommen und ohne jemandes Einspruch besitzen, geniessen und haben solle.«

Nov. 27 **169. Das Ober-Schul-Collegium an das »Geistliche Departement des Etats-Ministeriums«.** Berlin 1787 November 27.

B. 7. B. 24. C. 4. Mundum.

Seminar für die katholischen Schulen Westpreussens.

»Um den katholischen Schulen in Westpreussen, die ohnerachtet aller durch des höchstseligen Königs Maj. Gnade versuchten Verbesserungen höchst schlecht sind, einigermaassen aufzuhelfen, ist nur ein Mittel vorhanden, nämlich die Errichtung eines Schulmeister-Seminariums, wozu das ehemalige Jesuiter-Haus in Schottland genutzt werden könnte.

»Das Geld zur Einrichtung und Unterhaltung dieses Seminariums würde auch gefunden sein, sobald der *immediate* gethane Vorschlag des Bischofs, Grafen v. Hohenzollern, realisirt würde, nach welchem die Abtei in Crone bei Ableben des sehr alten Abts nicht wieder zu besetzen, sondern dem Superior dagegen die Propstei in Crone zugelegt, 800 Rthlr. von den Einkünften des Abts zur Verbesserung der Competenz der Abtei verwendet, 1000 Rthlr. aber zum Schulmeister-Seminarium geschlagen würden.

»Da die westpreussische Regierung diese Veränderung für eben so nützlich als thunlich hält, sobald von Seiten der höchsten katholischen Geistlichkeit selbige gut geheissen und allenfalls der päpstliche Consens dazu eingeholt wird, so nehmen wir uns die Freiheit, ein . . . Geistliches Departement um die . . . Einleitung dieser Sache . . . zu ersuchen und versprechen uns schon im Voraus einer geneigten Mitwirkung in dieser Sache, damit doch die Grundlage zur Verbesserung der Volks-Denkungsart dortiger Provinz gemacht werden könne.«

---

1) Vorlage: »zu«.

170. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hoym. Breslau 1787 November 27. 1787 Nov. 27

Staats-Archiv i. Breslau (M. B. XIII. 45. B). Concept.

Vererbpachtung der schlesischen Jesuiten-Güter.

Berichtet, dass »nunmehr sämmtliche den Schul-Anstalten der Ex-Jesuiten, nach dem Verkauf der Herrschaft Wartemberg an den Herzog von Curland und nachdem das Amt Nimckau für E. M. zum Ersatz der Revenus des von Allerhöchstdenselben an den Baron v. Larisch verkauften Amtes Schillersdorff erkauft worden, übrig gebliebene Güter durch eine am 15. und 16. dieses in Gegenwart und mit Zuziehung sämmtlicher den gedachten Schul-Anstalten vorgesetzten Obern und Rectoren der Ex-Jesuiten abgehaltene öffentliche Licitation an den Meistbietenden auf Erbzinsen dergestalt verkauft worden, dass die Acquirenten den nach Abzug des zu Capital gerechneten und auf den Gütern haften bleibenden Erbzinses übrig bleibenden Theil der Kaufgelder gegen Ende Mai des nächstkünftigen Jahres 1788 baar zur General-Schul-Administrations-Casse einzahlen. Von diesen baar einzuzahlenden Kaufgeldern werden diejenigen Passiv-Capitalien, so weit es angehet, bezahlt, welche die Ex-Jesuiten nicht ihren eigenen Seminarien und Fundationen, sondern andern Particuliers schuldig sind, und das nach Bezahlung dieser Schulden übrig bleibende Geld wird demnächst, E. M. . . . Willensmeinung gemäss, auf sichere Hypotheken gegen jährliche Verzinsung ausgeliehen werden. Wobei ich zwar wünsche, auch mich äusserst bemühen werde, solches gegen 5 Procent Zinsen unterbringen zu können, dermalen aber von der Reussite dieser meiner Bemühung nicht versichert sein kann, nachdem die landschaftlichen Zinsen auf 4 Procent herabgesetzt worden . . .

»Zugleich wird durch diese Nachweisung dargelegt, dass die Schul-Anstalten der Ex-Jesuiten durch diesen Verkauf eine Summe von 44 800 Rthlr. über den Anschlagswerth der Güter gewonnen und profitirt haben: welcher Umstand für die Ex-Jesuiten ein äusserst wichtiger Bewegungsgrund bleibt, E. M. landesväterliche Gnade, welche ihnen durch den . . . Verkauf der Güter angediehen, mit der devotesten Danksagung zu erkennen.« . . .

Bitte, drei bürgerlichen Käufern das schlesische Incolat zu ertheilen.

171.[1]) Bericht des Residenten Ciofani. Rom 1787 November 28. Nov. 28

R. 7. B. 20. C. Eigenhändiges Mundum.

Die Verminderung der Feste. Die Bewilligung für den Bischof von Kulm.

. . . »Le retardement du bref sur la dimunition des fêtes ne dépend pas de moi. A l'istant même que V. M. me fit l'honneur de m'en charger, je ne manquai pas de Lui remettre une minute de ce bref, afin d'en régler

1) Antwort auf die Erlasse vom 6. und 10 November.

1787 Nov. 28 le contenu selon les besoins respectifs de chaque diocèse et les expressions selon le bon plaisir de V. M. On ne m'a jamais remis et je attends encore cette esquisse, pour expédier le bref à tous les évêques de Ses États. Dans ce même bref on marquera le jour des prières, que V. M. vient d'ordonner pour la raccolte[1]; car en ayant déjà fait mon istance, je n'ai pas rencontré la moindre difficulté. Il suffit donc, que V. M. Se daigne de me faire remettre la minute de bref et d'y marquer en marge le jour des prières, et je me ferai un devoir de mettre au plus tôt la dernière main à cette affaire . . .

»La concession spéciale, que V. M. vient de faire à l'évêque de Culme, exige quelque considération, surtout rapport aux revenus de l'évêché. C'est pour cela que je ne saurais rien dire là-dessus que lorsque j'aurais entamé cette négociation avec le pape même.«

Dec. 1 **172.[2]) Bericht der westpreussischen Regierung.** Marienwerder 1787 December 1.

R. 7. B. 24. A. 1. Mundum, gezeichnet von Schroetter, Schleinitz, Schmiedeberg, Meyer, Ziegenhorn, Fincke.

Entschuldigung der Aufhebung des Klosters Wissok. Zbyszewski nicht für Deutsch-Krone geeignet.

. . . »Bereits in unserm . . . Berichte vom 9. October *c.* haben wir pflichtmässig angezeigt, dass uns von der wegen Säcularisation des Wysocke-Klosters ergangenen päpstlichen Bulle nichts weiter als durch ein Rescript eines . . . Departements der auswärtigen Angelegenheiten, dass diese Bulle erfolgt, bekannt geworden, und wir haben selbst unser Befremden über das voreilige Benehmen des Erzbischofs zu Gnesen bei Ausübung dieser Bulle, die wir gar nicht gesehen und von welcher wir nicht einmal wussten in wessen Händen sie war, geäussert. Wenn E. K. M. wir jetzt nun noch pflichtmässig und allerunterthänigst anzeigen, dass die wirkliche Aufhebung des Klosters selbst nach unserm Plane, da das Vermögen und die sämmtlichen Einkünfte des Klosters noch nicht genau ausgemittelt sind, viel zu früh erfolgte und dass wir in dieser Rücksicht allein schon um die Aussetzung der wirklichen Aufhebung angetragen haben würden, wenn wir irgend hätten vermuthen können, dass der Erzbischof mit Ausübung dieser Bulle so schnell zu Werke gehen und solches gar, ohne E. K. M. . . . Bestätigung der Bulle zu bewerkstelligen, sich beigehen lassen würde: so glauben wir hinreichend dargethan zu haben, dass das ganze Versehen bei dieser Sache nicht uns, sondern dem Erzbischof von Gnesen allein zur Last fällt, und wir können sicher hoffen, dass E. K. M. unsere Entschuldigung Statt finden lassen werden.

---

1) ital. *raccolta.*

2) Vgl. unter dem 16. November 1787 und 8. November 1788.

»Die Bulle selbst haben wir dem uns gewordenen Befehl gemäss von dem Erzbischof von Gnesen erfordert und werden E. K. M. solche, sobald sie eingegangen sein wird, . . . einreichen. 1787 Dec. 1

»Was dessen[1]) Gesuch, ihm die Deutsch-Cronesche Propstei als eine Entschädigung zu conferiren, betrifft, so fordert es unsere Pflicht, . . . anzuzeigen, dass, wenn auch der v. Zbyszewski zu den vielen wider ihn angebrachten gegründeten Beschwerden nicht Veranlassung gegeben hätte, wir dennoch nicht für rathsam halten, demselben diese Stelle anzuvertrauen. Die Deutsch-Cronesche Gemeinde ist ganz deutsch; sie muss daher schlechterdings einen Seelsorger haben, der der deutschen Sprache vollkommen mächtig ist, der v. Zbyszewski aber verstehet kein Wort Deutsch . . . Überdem aber dringt die Gemeine darauf, einen Propst zu haben, der sich beständig auf der Propstei aufhält; der v. Zbyszewski aber hat in der Zeit, als er in Wysseck war, hinreichend bewiesen, dass es ihm fast unmöglich ist, einheimisch zu sein, denn er war gewiss die wenigste Zeit in seinem Kloster. Die Deutsch-Cronesche Gemeine würde daher mit diesem noch schlechter versorgt sein, als sie es mit dem verstorbenen v. Bronikowski war.«

---

173. Bericht des Residenten Ciofani. Rom 1787 December 1.

B. 7. B. 20. C. Eigenhändiges Mundum. — Die Beilage nach der bei den Acten des Auswärtigen Departements zurückbehaltenen Abschrift.

Das päpstliche Breve wegen des allgemeinen Busstages.

. . . »Le pape me fit remettre . . . le ci-joint bref[2]) à l'archivêque de Gnesne, pour l'autoriser à faire faire dans son diocèse ce jour de prières pour la raccolte, que V. M. vient de lui ordonner . . . Ce même article concernant le jour des prières sera inséré dans les brefs, qu'on dressera à tous les autres évêques sur la diminution des fêtes, dont j'ai eu l'honneur de parler à V. M. dans la dernière dépêche.«[3])

Beilage. — Päpstliches Breve an den Fürsten Poniatowski, Erzbischof von Gnesen.

»Venerabili fratri Michaeli archiepiscopo Gnesnensi.

»Pius papa VI. Venerabilis frater, salutem etc. Relatum Nobis est per hunc Borussiae apud Nos residentem, vehementer suum regem cupere, ut quotannis unus designetur dies pro solemnibus ad Deum faciendis precibus ad obtinendos ab ipso uberes ex agris proventus, qui dies scilicet feria quarta tertiae hebdomadae post pascha sit festivus. Huic regiae voluntati nihil profecto obstare videmus, quominus Nostram ea causa apud Te, venerabilis

---

1) Des Propstes v. Zbyszewski.

2) Das Mundum des Breves, welches das Auswärtige Departement dem Erzbischof durch die westpreussische Regierung zustellen liess.

3) No. 171.

1787 Dec. 1 frater, interponamus auctoritatem. Itaque has ad Te damus literas, in quibus potestatem Tibi facimus eum ipsum assignandi pro solemnibus eiusmodi precibus quolibet anno celebrandis diem eumdemque dioecesanis Tuis Borussico regi subiectis indicendi. Ac apostolicam benedictionem Tibi, venerabilis frater, in paternae benevolentiae pignus peramanter impertimur. Datum Romae die prima decembris 1787, pontificatus Nostri anno decimo tertio.«

Dec. 8 **174. Marquis Lucchesini an den Land-Jägermeister Stein.** Rom 1787 December 8.

R. 92. Stein 21. Eigenhändiges Mundum.

Verhandlung wegen der Annaten in Mainz und Worms. Geldgier der römischen Agenten des Kurfürsten von Mainz.

. . . »Vous trouverez entre les mains de S. A. É.[1]) le mémoire, que j'ai fait pour soutenir ma demande au pape touchant la perception des annates sur les deux églises de Mayence et de Worms. Si le conseiller Müller[2]) est revenu de Suisse et qu'il veuille se donner la peine de le traduire en français, vous verrez, mon cher et digne ami, que j'ai pris le ton des ordres du roi et j'ai parlé d'un ton, qui n'a paru ici que trop fort. Je n'avais et n'ai pas encore reçu cette instruction, dont me parlaient les derniers ordres du roi.[3]) Ainsi je n'ai pu tirer parti de tout ce qu'on m'aura indiqué de plus propre à soutenir une thèse aussi claire en raison que controverse par l'usage de tous les pays et de tous les temps.

»La tournure, que j'ai tâché de donner à la chose, met la cour de Rome dans la nécessité (en ne voulant point accorder la demande de l'électeur) d'avouer, qu'elle sacrifie à son intérêt toute considération politique et religieuse. Aussi se débat-on depuis 12 jours pour me répondre, et je viens d'apprendre, que j'aurai mon contre-mémoire mercredi prochain au plus tôt. Je crois cependant, que tout en refusant la demande, ils feront des offres, qui réduiront de beaucoup les taxes ordinaires, et alors S. A. É. pourra voir, s'il lui convient de se prêter à ces arrangements, qui seront encore moins coûteux, si j'aurai l'autorité de brider la rapacité des agents et *spedizionieri Romani* de l'électeur. Les plus honnêtes de cette engeance (n'ayant d'autres revenus que ceux qu'ils se font eux-mêmes en soignant l'expédition des bulles dans les collations des bénéfices, dispenses etc.) ne valent pas grand' chose« . . .

1) Des Kurfürsten von Mainz.

2) Johannes M., der Historiker; s. dessen *Sämmtliche Werke* (*Tübingen 1814*) 16, 286 ff. 3) No. 156.

175.[1]) **Resident Ciofani an den Etats-Minister Hertzberg.** Rom 1787 December 8. 1787 Dec. 8

R. 7. B. 23. CC. Eigenhändiges Mundum.

Die Forderung für den Bischof von Kulm.

»Ayant mûrement réfléchi sur l'affaire de Mgr. le comte de Hohenzollern, il faut que je vous en parle avant que de l'entamer; car ce serait s'exposer à un refus certain, si j'allais en faire la demande telle quelle le roi vient de me l'ordonner. Ce n'est pas, Monseigneur, qu'on puisse trouver à redire à la loi de S. M., mais toute fois qu'on en recherche l'approbation de la cour de Rome, il est juste de concilier le droit du souverain avec le droit canonique. Il est bien vrai, que selon les statuts des grands chapitres d'Allemagne on accorde la sourvivance d'une année sur les revenus des bénéfices ecclésiastiques, mais si cela s'étend à toute sorte de prébende, il ne va sûrement pas jusqu'aux biens d'un évêché. En cela les statuts sont parfaitement d'accord avec le droit canonique, et tous les deux semblent appuyés sur le droit naturel. En effet on conçoit aisément, que par la vacance d'une abbaye, d'un canonicat ou de telle autre prébende on ne fait tort à personne, mais ce n'est pas de même, lorsqu'il s'agit d'une cure et plus encore d'un évêché, puisque dans ces cas il est visible, que c'est le public qu'il en souffre. Ainsi, Monseigneur, il ne sera guère possible d'obtenir d'ici une pareille concession. On pourrait donc, ce me semble, concilier les intérêts de Mgr. l'évêque de Culm avec ces difficultés, qui sont fondées sur la justice. Comme on peut espérer cette grâce rapport aux abbayes d'Oliva et de Pelplin, au lieu d'une année il faudrait en demander deux de survivance sur les revenus. Mais il faut même colorier cette demande, en l'appuyant sur quelque motif ou prétexte, par exemple sur la restauration des édifices ou sur telle amélioration du fond de ces prébendes. Ainsi je vous supplie, Monseigneur, de réflichir un peu là-dessus, d'en faire part à S. M. et à Mgr. de Hohenzollern et de me fournir tout ce qu'il me faut, pour entamer et pousser avec succès cette négociation. Au reste, si le roi ne trouve pas bonne la modification, que je viens de proposer uniquement pour son bon service, je n'ai pas renoncé pour cela au zèle d'exécuter toujours aveuglement ses souverains ordres« . . .

1) Vgl. unter dem 10. November.

1787 Dec. 14 **176. Etats-Minister Hertzberg an (den Geheimen Rath Steck).** Berlin 1787 December 14.

R. 34. 52. B. Mundum, geschrieben von Siebmann.

Das kurkölnische Diöcesan-Recht in Kleve-Mark.

»Der Kurfürst von Cölln hat . . . den Geheimen Rath v. Schall[1]) anhero geschickt, um über das Diöcesan-Recht im Clevischen zu tractiren. Er bestreitet vornehmlich den in unserm vorigen Schreiben angeführten Grund, dass Kurcölln sich nicht in dem Besitz des Jahrs 1624 befunden, und beruft sich auf sein Promemoria, welches an die clevische Regierung geschickt ist. Nach den beigehenden Actis und der kurcöllnischen Deduction hat Kurcölln verschiedene Documente und Beweise beigebracht, dass es im Jahr 1624 *actus iuris dioecesani* ausgeübet, und zwar solche, welche nicht heimlich gewesen sein können. Es ist also eine schwere Sache, die kurcöllnische Prätension zu widerlegen und einer öffentlichen Discussion auszuweichen. Ich weiss vor jetzo kein anderes Mittel als dasjenige, was ich in dem Rescript an den Herrn v. Dohm vom 16. October vorgeschlagen. Ich ersuche also E. Hochwohlg., die Sache nochmals reiflich zu erwägen und Ihre Meinung darüber und besonders Ihre Meinung über die Possession des *anni decretorii* zu ertheilen. Man muss mit morgender Post das cöllnische Promemoria von der clevischen Regierung *citissime* zurückfordern.«

Dec. 18 **177. Ministerial-Erlass an die westpreussische Regierung und die westpreussische Kriegs- und Domänen-Kammer.** Berlin 1787 December 18.

R. 76. I. 198. Concept, gezeichnet von Zedlitz und Gaudi. Anweisung von Meierotto.

Untersuchung und Verbesserung des Schulwesens in Westpreussen.

»Die Nothwendigkeit, die Schulen der dortigen Provinz und durch diese allmählich die Provinz selbst zu verbessern, so dass in der Jugend ein moralisch besserer und christlicher Sinn, zugleich auch bessere Begriffe von den Dingen, die sie zunächst umgeben, und Industrie erweckt werde, ist zwar schon längst anerkannt worden, weswegen auch Unsers Vorfahrens, des hochseligen Königs Majestät einen beträchtlichen Fonds für die dortige Schulen ausgesetzt haben; aber der Erfolg dieser ersten Einrichtung hat Uns bis jetzt noch nicht überzeugt, dass dieser Zweck nur einigermaassen erreicht sei. Wir finden deswegen für nöthig, es allen, welche zur Fürsorge und Beförderung des Bestens der Provinz berufen sind, besonders Unserer Regierung und Kriegs- und Domänen-Kammer, zur angelegentlichen Pflicht zu machen, nunmehro alle Rücksichten, welche die Verbesserung der Schulen aufhalten könnten, bei Seite zu setzen, dagegen mit wahrem Interesse vereint dazu beizutragen.

---

1) Vgl. No. 157.

»Es soll deswegen aus den beiden Landes-Collegien eine Commission niedergesetzt werden, welche zuförderst den gegenwärtigen Zustand der sämmtlichen Schulen untersuche. Die Mitglieder der Commission dem Zweck gemäss zu wählen, wollen Wir des Präsidii Einsicht überlassen, welches auch dafür zu sorgen hat, dass den Commissarien die Ausführung des vorgesetzten Zwecks möglichst erleichtert werde. Weswegen sie nicht nur mit allen nöthigen Actenstücken, sondern auch mit einer Instruction zu versehen sind, nach welcher sie auf Untersuchung aller für die Schulen ausgesetzten, besonders auch des königlichen Fonds, und wie dieselben angelegt worden, ferner auf die Zahl der Schulen und ob sie dem Bedürfniss des Landes und der Entfernung eines Orts von dem andern angemessen, zuletzt auf die Lehrer und deren Beschaffenheit und woher es komme, dass besonders die römisch-katholischen Land-Schullehrer so wenig ihrer Pflicht nachkommen, zu sehen und, wann alle Missbräuche eruirt sind, auch zu deren Abhelfung und zur Verbesserung überhaupt solche Vorschläge zu thun haben, welche von Euch ausführbar und anpassend erkannt werden. Als welche Ihr dann Unserm Ober-Schul-Collegium einzusenden und von Uns weitere Verfügungen zu erwarten habt.« 1787 Dec. 18

178.[1]) **Ministerial-Erlass an die klevische Regierung.** Berlin 1787 December 22. Dec. 22

R. 34. 52. B. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Soll die kurkölnischen Diöcesan-Ansprüche auf Kleve-Mark widerlegen.

. . . »Jetzo hat der Kurfürst von Cölln . . . den Geheimen Rath v. Schall eigends anhero geschickt, um darüber zu tractiren. Man hat solches mit der Anführung, dass Euer Bericht über das erstere Promemoria noch erwartet werde und dass man sich nachhero näher darauf erklären werde, abgelehnt. Da nun vorhero zu sehen ist, dass der Kurfürst von Cölln die Sache auf das eifrigste betrieben und vermuthlich an den Kaiser und das Reich bringen und worüber eine öffentliche Contestation mit uns anfangen wird, so müsst Ihr Euch desto mehr angelegen sein lassen, eine gründliche Deduction anzufertigen und mit Widerlegung der kurcöllnischen darin zu beweisen, dass weder die alte Herzoge von Cleve noch die Kurfürsten von Brandenburg das kurcöllnische *ius dioecesanum* anerkannt und zur Ausübung kommen lassen, besonders nicht in den Normal-Jahre von 1624; dass bloss einige freiwillige *actus* und *iura ordinis* ohne Consens und Vorwissen der Landesherrn ausgeübet worden und dass auch selbst in den ältesten Zeiten das Diöcesan-Recht von Kurcölln nicht allein über die ganze clev-märkische Lande, sondern zum Theil auch von den Bischöfen von Utrecht und von Münster exerciret worden. Man kann sich auf die alte

---

1) Beantwortet am 29. April.

1787 Dec. 22 Deduction von 1688[1]) nicht genug verlassen, sondern dieselbe muss mit Fleiss umgearbeitet oder vielmehr eine ganz neue Deduction und eine Widerlegung der cöllnischen Schrift angefertiget werden. Wir erwarten also von Eurem Diensteifer, dass Ihr solches bestmöglichst besorgen werdet.«

Dec. 31 **179.[2]) Etats-Minister Hoym an das Auswärtige Departement.** Berlin 1787 December 31.

R. 46. B. 78. Mundum.

Ablehnung des östreichischen Vorschlages, zwischen den Diöcesen Breslau, Prag und Olmütz zu tauschen.

. . . »Diese Vorschläge bestehen in der proponirten wechselseitigen Einziehung aller der Capitalien und Einkünfte, welche die Geistlichkeit, Kirchen, Schul- und andere Fundationen in den obbemelten beiderseitigen Provincien *vice versa* zu fordern haben, und da nach denen von der k. k. Gesandtschaft mitgetheilten . . . vier tabellarischen Nachweisungen das, was die jenseitige Geistlichkeit, Kirchen und Fundationen in hiesiger Provinz zu fordern haben, gegen die diesseitigen Forderungen ein angebliches Surplus von 128 000 Gulden Capital gewähren soll, so besteht das Anerbieten des gedachten Hofes eigentlich darin, dass er sich gefallen lassen wolle, dass unsrerseits dieses Surplus eingezogen und nach Gefallen zu geistlichen Verwendungen, mithin zur Entschädigung für das seinerseits einzuziehende Temporale des jenseitigen Bisthums-Antheils bestimmt werde.«

Hat das Dom-Capitel zu Breslau gefragt und fügt dessen Bericht bei.

»Daraus werden EE. EE. sich zu überzeugen belieben: (1) dass das von dem Wiener Hofe offerirte Surplus der 128 000 Gulden, wenn man auch von der Ungerechtigkeit, die dessen Einziehung bei sich führt und die der erhabenen Denkungsart Sr. K. M. so sehr entgegen ist, abstrahiren wollte, grosstentheils illiquide und inexigible ist, mithin (2) gegen die von dem Dom-Capitul nachgewiesene sehr ansehnliche und einer merklichen Erhöhung und Vermehrung fähige Revenus des jenseitigen Bisthums Antheils in gar keine Betrachtung und Anrechnung kommen kann: zumal (3) der Wiener Hof in seinen Nachweisungen noch sehr beträchtliche Capitalien und Zinsen-Rückstände verschwiegen, die das Bisthum jenseits zu fordern hat; wozu (4) die sehr erhebliche Betrachtung hinzutritt, dass die Besitzungen des Bischofs von Breslau theils *onerose* acquirirt, theils in förmlichen Verträgen mit dem Landesherrn begründet und dass selbst die Unzertrennlichkeit dieser Besitzungen von allen ehemaligen Landesherren des österreichschen Hauses feierlichst paciscirt und versichert worden. (5) Besitzt der Bischof von Breslau den jenseitigen

---

1) *Nachricht von den kurcöllnischen Praetensionen, worüber an kurcöllnischer Seite zu conferiren unterm Dato vom 22. Aprilis 1688 verlanget worden, und derselben Ablehnungen.* Handschriftlich im Geheimen Staats-Archiv (B. 34. 52. B.)

2) Vgl. No. 159.

Antheil des Bisthums nicht als Bischof, sondern als weltlicher Fürst von Neisse und Grottkau, der er zugleich ist und der in den ehemaligen Zeiten, sowie die übrigen schlesischen Fürsten, sein eigenthümliches Fürstenthum den Königen von Böhmen als obersten Herzogen von Schlesien zu Lehn aufgetragen hat. Er befindet sich in dem *cas* eines jeden königlichen Vasallen, der zugleich in den österreichschen Landen angesessen ist und der den Schutz Sr. K. M. zu reclamiren befugt ist, wenn man ohne alle rechtmässige Ursachen ihm sein jenseitiges Privat-Eigenthum nehmen will. 1787 Dec. 31

(6) Habe ich EE. EE. schon ehehin und insonderheit unter'm 18. Januar 1777[1]) bei Gelegenheit des damaligen ähnlichen Antrages des Wiener Hofes zu eröffnen die Ehre gehabt, dass der Erzbischof von Prag in der Grafschaft Glatz gar keine Besitzungen und weder für sich noch sein Bisthum einige Revenus zu ziehen hat und dass die Einkünfte des Bischofs von Ollmütz, die derselbe aus seinen unbeträchtlichen Besitzungen im Katscher District zieht, jährlich nur höchstens 1979 Rthlr. bis 2000 Rthlr. betragen, folglich keinen Gegenstand zur Entschädigung für das Bisthum Breslau abgeben können.

»Bei dieser wahren Gestalt und Lage der Sache werden EE. EE. erleuchtet ermessen, dass der Antrag des Wiener Hofes, wo irgend möglich, zu decliniren sei, dass aber auf den Fall, wenn dieses nicht faisable wäre, S. K. M. in aller Hinsicht die höchst gerechte Befugniss für sich haben, zur Entschädigung des hiesigen Bisthums die Güter eines oder des andern in hiesiger Provinz angesessenen österreichschen Vasallen, deren Einkünfte den Revenus des jenseitigen Bisthums-Antheils gleich kommen, einziehen zu lassen.«

---

180. Etats-Minister Zedlitz an den Grafen Robinski, Bischof von Kujawien. Berlin 1788 Januar 4. 1788 Jan. 4

R. 7. B. 21. Concept, geschrieben von Spiker. Anweisung von Scholz.

Process wegen der den Evangelischen angeblich abgenommenen Kirche zu Mariensee.

»Auf E. E. . . . Schreiben vom *1. decembris pr.* wegen des *in revisorio* schwebenden Processes der lutherischen Einsassen zu Mariensee wider den v. Trzcinski in Ansehung der von seinen Vorfahren ihnen angeblich abgenommenen Kirche erwiedere ich hiermit in dienstlicher Antwort, dass Dero darüber eingesandter *status causae* dem hiesigen Ober-Tribunal zugefertiget worden, um, wenn Acta einkommen, darauf bei Aburtelung der Sache rechtliche Rücksicht zu nehmen. Es kann in dieser rechtshängigen Sache von Seiten des Geistlichen Departements weiter nichts geschehen und muss derselben ihr rechtlicher Lauf gelassen werden.«

Über den Ausgang des Processes liegt nichts vor.

1) Band 5, 194.

1788 Jan. 4 **181.**[1]) **Die Kriegs- und Domänen-Kammer zu Breslau an den Etats-Minister Hoym.** Breslau 1788 Januar 4.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 7). Mundum.

Publication päpstlicher Bullen.

»Es hat der Weihbischof und *vicarius apostolicus* v. Rothkirch 9 päpstliche Brevia[2]) bei uns *ad inspiciendum* eingereichet und um Erlaubniss zu deren Publication gebeten. Wenn nun deren Inhalt den hiesigen Landes-Verfassungen weder *in politicis* noch *ecclesiasticis* entgangen ist, . . . so submittiren wir, . . . ob E. H. E. deren Publication zu genehmigen geruhen wollen.«

Hoym genehmigte die Publication.

Jan. 5 **182. Etats-Minister Dörnberg an den Etats-Minister Zedlitz.** Berlin 1788 Januar 5.

Lingen Eccles. Mundum.

Schädliche Einwirkung des päpstlichen Nuntius in Lingen.

. . .»Auch habe ich E. E. bei dieser Gelegenheit den diesseitigen Wunsch äussern wollen, dass es Denenselben gefallen möge, in dortiger Provinz solche Maassregeln zu nehmen, dass die Einwirkung des päpstlichen Nuntius (der vormals in Brüssel gewesen und jetzo in Cölln ist) bei Besetzung und Vermehrung der Missionär-Stellen eingeschränkt oder gar aufgehoben werde, da dieser, wie die Regierung sonst wohl bemerkt hat, nach den eifrigsten päpstlichen Grundsätzen die Vermehrung der Geistlichen sehr begünstigt und keine andere als solche anordnet, welche zu Löwen im Brabantschen studirt und üble Gesinnungen gegen die Protestanten eingesogen haben.

»Ich stelle daher zur beliebigen Erwägung anheim, ob es nicht dahin einzuleiten möglich sei, dass nach denen bei des Königes Friderich Wilhelm I. Maj. für andere katholische Gemeinen gegebenen Vorschriften ihre Geistlichen aus den hiesigen Landes-Klöstern genommen werden, unter hiesigen Obern stehen und deren Anzahl nicht ohne Noth, auch anders nicht als mit landesherrlicher Genehmigung vermehrt werde.

»E. E. überlasse ich, von der dasigen Regierung dieserhalb Bericht und Vorschläge einzuziehen, und hoffe von einer solchen Einrichtung auf der einen Seite eine bessere Verträglichkeit, auf der anderen aber, dass die nicht ungegründeten Besorgnisse der Reformirten, welche oft auch in gleichgültigen Dingen Widersprüche erzeugen, dadurch gemindert werden können. Wie es denn mir besonders in dortiger Provinz nöthig scheint, alle Vorkehrungen zu treffen, dass die billige Duldung des einen Theiles nicht am Ende zur Vertreibung des andern beitrage.«

---

1) Als Probe mitgetheilt.

2) Betreffend Ablässe.

183. Eingabe des Dom-Capitels zu Breslau. Breslau 1788 Januar 22. 1788 Jan. 22

R. 46. B. 78. Mundum, gezeichnet von v. Rothkirch (Dom-Dechant), Ernest v. Strachwitz, Joh. Anton Frhr. v. Saurma, Joh. Jos. Frhr. v. Rosencrantz, Adam Josef Frhr. v. Larisch, Joh. Graf v. Mattuschka, Karl Leop. v. Hochberg, Franz v. Troilo, Joh. Ant. Frhr. v. Langen, Karl v. Starzinsky, Wilh. v. Blacha, Felix v. Franckenberg.

Hat in der Coadjutor-Sache loyal gehandelt. Bittet, sein Wahlrecht gegenüber der Curie zu beschützen.

»E. K. M. haben uns aus der Dépêche des Residenten Cioffani vom 12. December *anni prael.* einen Auszug zu communiciren geruhet, worinnen derselbe Bericht erstattet, dass nach der Äusserung des Cardinal-Staats-Secretärs die von uns wegen der Coadjutorie in Rom gemachte Repräsentanzen, wie er es nennet, nicht Statt fänden.

»Wir haben von ihm eine gleiche Nachricht erhalten, . . . und wir achten uns für verbunden, E. K. M. die ihm hierauf ertheilte lateinische Antwort . . . vorzulegen. Aus dieser werden Allerhöchstdieselbte ersehen, dass wir in Rom in dieser Sache keinen Schritt gethan und keine andere Vorstellung dahin gelangen lassen, als das Gesuch an S. Heiligkeit um die Bestätigung unserer Wahl, welches wir mit dem Wahl-Instrumente dem Fürsten Coadjutor zur Beförderung eingehändiget und welches erst gegenwärtig in Rom angelangt sein kann; wir fügen auch von diesem Gesuche die Abschrift . . . bei, um E. K. M. gänzlich zu überzeugen, dass unsererseits in dieser Sache durchaus und vom Anfang bis zu Ende der Theorie und Practique vollkommen gemäss verfahren worden sei.

»Aus der Bestätigungs-Bulle Alexander's VI. von 1503 . . . ergiebt sich, dass der Coadjutor Johann Turzo 1502 ohne ein vorgängiges *breve facultativum* von dem Bischof und Capitul erst ernannt, bestellt und angenommen, nachher dem heiligen Stuhl präsentiret und von diesem ohne Schwierigkeit bestätiget worden.

»Die Antwort Benedict's XIV. [1]), welche man in Rom ignoriren wollen, die aber nach dem Inhalte der Dépêche doch existiren muss, bezeiget sogar, dass dergleichen *brevia facultativa electionis coadiutorum*, besonders in Deutschland, weder gewöhnlich wären noch ertheilt zu werden pflegten, und ihm müssten wohl unstrittig die Rechte des heiligen Stuhls bekannt sein.

»Er instruirte das Dom-Capitul dahin, dass es, wenn ein Coadjutor verlangt würde, sich seines Rechts bedienen und zu dessen Wahl schreiten könnte, nachher aber dessen Confirmation in Rom nachsuchen müsste. Diese Instruction hat dasselbe in dem vorliegenden Falle auf das genaueste befolget und kann daher nicht gefehlet haben. Noch mehr. Der Fürst-Bischof hat, um in Allen recht sicher zu gehen, auf verschiedene ihm von Rom selbst zugekommene Insinuationes sogar ein dergleichen *breve facul-*

1) Gemeint ist das Schreiben v. 15. Februar 1744, bei *Theiner, Zustände der katholischen Kirche in Schlesien* 2, 266.

1788 Jan. 22 *tativum* auf seine eigene Kosten nachgesucht, impetriret und wirklich in seinen Händen, und bloss weil wir es für überflüssig und in Rücksicht unserer Rechte als derogirend betrachten, mithin denenselben nicht zu nahe treten lassen wollen, sucht man E. K. M. gegen den Bischof und uns zu präveniren und einen Verdacht von Zweideutigkeiten auf unser Betragen zu werfen.

»Da dem Bischofe und uns alles daran gelegen sein muss, in den Augen unsers Souvräns nicht zweideutig, sondern, so wie wir es sind, aufrichtig, redlich und rechtschaffen zu erscheinen, so haben wir uns für verpflichtet geachtet, E. K. M. die Sache in ihrem wahren und eigentlichen Lichte darzustellen.

»Wir schmeicheln uns demnach, dass Allerhöchstdieselbte Dero Residenten . . . bedeuten zu lassen geruhen werden, wie E. K. M. uns bei dem uns auf alle Fälle competirenden und bestätigten Wahlrechte . . . zu schützen entschlossen wären, von dem päpstlichen Stuhle aber erwarteten, dass Seine Heiligkeit nicht nur die Bestätigung der Wahl beschleunigen, sondern auch den darüber zu ertheilenden Ausfertigungen selbst nichts, was das Wahlrecht des Dom-Capituls kränken oder beeinträchtigen könnte, einfliessen lassen würden.«

Jan. 23 **184. Das Capitel zu Xanten an die klevische Regierung.** Xanten 1788 Januar 23.

R. 34. 69. Abschrift.[1]) Das Original war gezeichnet von dem Dechanten H. Ostlender und dem »Scholaster senior« Willemsen von Acken.

Bittet um Regulirung der Diöcesan-Verhältnisse.

»Es ist nach den Grundsätzen unserer Kirche dieselbe eine *societas inaequalis* und ein jedes Mitglied dem Papst und dem von diesem ihm vorgesetzten Bischof oder Erzbischof Gehorsam schuldig. Zum Wesentlichen unserer Religion gehört ein solcher Gehorsam, und wenn man in einem Lande den Römisch-Katholischen das öffentliche *exercitium religionis* verstattet, so erlaubet man *eo ipso* ihnen auch, dem Papst und dem Bischof oder Erzbischof, welchem sie unterworfen, gehorsam zu sein, indem ohne diesen Gehorsam die Religion nicht bestehen kann; selbst in denen Staaten, wo nur aus Gnade des Landesherrn die Römisch-Katholischen geduldet werden, ist der Recurs an den Papst und den für sie angeordneten Bischof oder Erzbischof ihnen unbenommen. Der Gehorsam, welchen die Römisch-Katholischen dem Papst und dem Bischof oder Erzbischof, welchem sie subordinirt, leisten und zu leisten verpflichtet sind, streitet nicht mit der Unterwürfigkeit und dem ihrem Souverän gebührenden Gehorsam. Sie hat so wie die Macht des Papstes und eines jeden Bischofs oder Erzbischofs in den Gesetzen und in der Verfassung eines jeden Landes ihre Grenzen;

---

1) Deren zahlreiche Fehler sind ohne Weiteres verbessert.

wenigstens muss der Landesherr dem Papst und dem Bischof dasjenige belassen, was die innere Einrichtung des Gottesdienstes und das Gewissen betrifft. Denn näher kann man ihre Macht nicht begrenzen, ohne die Hauptlehrsätze unserer Religion umzuwerfen. 1788 Jan. 23

»Es würde die grösste Intoleranz sein, wenn man den Römisch-Katholischen in einer Provinz, wo ihnen das öffentliche *exercitium religionis* entweder durch die Gnade des Fürsten oder durch Verträge gesichert worden, untersagen wollte, in Ansehung der inneren Einrichtung des Gottesdienstes oder *in casibus meræ conscientiæ* dem Papst und dem Bischof oder Erzbischof, zu dessen Diöces sie gehören, zu folgen. Derjenige, welcher sich zu der römisch-katholischen Religion bekennt, mag sich zum Gehorsam gegen den Papst und den Bischof oder Erzbischof, worunter er steht, mittels Eides verpflichten oder nicht, seine Verbindlichkeit ist und bleibt nach wie vor die nämliche. Wir können nicht verkennen, dass wir dem Papst für das Oberhaupt unserer Kirche anerkennen, und es beruhet in *notorietate publica*, dass vor der Reformation der grösste Theil der hiesigen Provinz zum köllnischen Erzsprengel gehöret hat und nach der Reformation bis auf heutige Stunde immer von dem Erzbischof zu Kölln alle Geistlichen hiesigen Landes ordiniret, die *pastores ad curam animarum* approbiret und *in casibus reservatis* die Römisch-Katholische von ihm absolvirt worden. Ja, es ist weder von den hohen Vorfahren E. K. M. noch von dem Papst aus je ein anderer Bischof oder Erzbischof angewiesen, woran wir uns *in casibus meræ conscientiæ* wenden und dem wir in Betreff der inneren Einrichtung des Gottesdienstes folgen sollen. Unsere Statuta, welche den Eid eines Canonici bei der Investitur enthalten und worin des dem köllnischen Erzbischof zu leistenden Gehorsams mit erwähnt wird, sind vor der Reformation zusammengetragen und die Form desselben nach der Reformation aus den so eben angeführten Gründen nicht abgeändert, sondern von jedem von uns der Eid, so wie er vorgeschrieben, bis jetzo geleistet worden. Zwar sind von Zeit zu Zeit wegen des Erzbischofs zu Cölln allerhöchst Verordnungen an uns ergangen; dieselben aber haben nur Bezug auf die Majestäts- und Hoheits-Rechte, die uns heilig sind und wir nie verletzen werden. Dadurch dass wir dem Erzbischof zu Kölln bis hiehin Gehorsam geschworen haben, glauben wir nicht gefehlt zu haben, einestheils weil uns solches niemal ausdrücklich verboten, und anderntheils, weil uns nie ein anderer Bischof oder Erzbischof angewiesen worden, hauptsächlich aber, weil sothaner Gehorsam mit der Unterwürfigkeit und dem Gehorsam, welcher E. K. M. gebühret, gar nicht in Collision stehet. Möchten E. K. M. . . . resolviren, einen andern Bischof oder Erzbischof uns vorzusetzen, so sind wir so willig als bereit, ohne Anstand die Eides-Formul abzuändern, und wir werden uns alsdenn fernerhin an diesen halten. Nochmals wiederholen wir, dass es eines der wesentlichsten Stücken unserer Religion ist, dass wir den Papst und einen Bischof oder Erzbischof aner-

1788 Jan. 23 kennen müssen, und haben die hohen Vorfahren E. K. M. gnädigst und ausdrücklich nach Inhalt der Religions-Recessen den Römisch-Katholischen erlaubet, bei ihrer geistlichen Obrigkeit *in gradibus matrimonii prohibitis* zur Beruhigung ihres Gewissens die Dispensation nachzusuchen und zu erhalten, welches *in aliis casibus merae conscientiae* ihnen *ob paritatem rationis* nie verboten worden. Dieses halten wir zu unserer Verantwortung hinlänglich. Indessen wäre es zu wünschen, dass E. K. M. einmal ein Regulativ in Betreff des köllnischen Erzbischofs, so lang wir keinem andern subordinirt sind, . . . festsetzen liessen, indem die Römisch-Katholischen bei vorkommenden Fällen mehrentheils nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen, und es ist für die Römisch-Katholischen ein Haupt-Religions-Beschwer, dass sie schier jedes Mal, wenn sie sich an den köllnischen Erzbischof, auch sogar *in casibus merae conscientiae* gewandt, zur Verantwortung gezogen werden, ungeachtet ihnen kein anderer Bischof noch Erzbischof angewiesen, unerachtet die katholische Religion ohne Bischof kein Stand haben könne und unerachtet ein jeder Bischof oder Erzbischof sie ab- und an den köllnischen verweist. Wir fallen demnach E. K. M. zu Füssen und bitten . . ., doch endlich diese Sache für Allerhöchstdero römisch-katholische Unterthanen hiesigen Landes zur Beruhigung ihres Gewissens allerhuldreichst reguliren zu lassen, damit sie nicht bei jedem Fall in Verlegenheit und in Kummer gerathen.«

Jan. 29 **185. Immediat-Bericht der Etats-Minister Zedlitz und Dörnberg.** Berlin 1788 Januar 29.

Lingen Eccles. Mundum.

Bethaus und Prediger für die Katholiken in Halverde.

»Nach einer von des gottseligen Königs Fridrich Wilhelm's Maj. ertheilten Concession vom 17. Aug. 1717 [1]) ist den römisch-katholischen Einwohnern in der Grafschaft Lingen bloss der Gottesdienst in ihren Privathäusern erlaubt, die Erbauung der Kirchen und Capellen, auch der Gebrauch der Glocken aber untersagt worden. Inzwischen ist bei dem Anwuchs der Unterthanen und besonders der Fabricanten in dieser Provinz von des höchstseligen Königs Fridrich's II. Maj. verschiedenen katholischen Eingesessenen der Bau einer Kirche gestattet worden. [2])

»Die Eingesessenen zu Halverde in dieser Grafschaft suchen wegen der grossen Entfernung von einem katholischen Geistlichen und wegen des üblen Weges jetzt die Erbauung eines Bethauses und Ansetzung eines Priesters nach.

»Nach deshalb veranlasster Untersuchung findet sich diese Beschwerde

---

1) Band 1, 873.

2) Vgl. *Goldschmidt, Geschichte der Grafschaft Lingen* S. 318 ff.

egründet, und nach gepflogener Correspondance mit dem General-Directorio gereicht sowohl die Erbauung des Bethauses, wozu sie von Fremden Beihülfe bekommen, als auch die Unterhaltung des Geistlichen den Eingesessenen zu keiner sonderlich grösseren Beschwerde als bisher, und die Erbauung des Bethauses würde noch den Nutzen haben, dass sich fremde katholische Arbeiter und Handwerker daselbst ansässig machen würden. Da die Supplicanten sich auch erboten und ihre Schuldigkeit ist, den protestantischen Geistlichen alles dasjenige zu reichen, was sie ihnen bisher gegeben haben, so leiden auch diese auf keine Weise, und wir müssen daher bei diesen Umständen . . . dahin antragen, dass E. K. M. geruhen möchten, diesen katholischen Eingesessenen zu Halverde in der Grafschaft Lingen die Erlaubniss zur Erbauung eines Bethauses und Haltung eines eigenen Predigers, auch des Gebrauchs der Glocken . . . zu ertheilen, jedoch dass den protestantischen Geistlichen darunter nicht der geringste Eintrag in demjenigen, was sie denselben bisher zu entrichten schuldig gewesen, geschehe.« 1788 Jan. 29

Der König erklärte sich einverstanden (Cabinets-Befehl, Berlin 2. Februar). Febr. 2

186.[1] **Ministerial-Erlass an den Residenten Ciofani in Rom.** Berlin 1788 Februar 9. Febr. 9

R. 46. B. 78. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Der Papst soll das Wahlrecht des Breslauer Dom-Capitels achten.

»Le chapitre de Breslau m'a fait voir[2]), . . . que selon ses droits il n'a pas besoin d'une autorisation du pape, pour élire un coadjuteur à l'évêque, et que le pape ne peut y intervenir que par la confirmation de l'élection faite. Mon intention est donc, que vous appuyiez de ma part ces principes du chapitre de Breslau et que vous demandiez, que la confirmation papale de l'élection du prince de Hohenlohe à la coadjutorie de Breslau soit promptement expédiée et qu'on n'y fasse rien entrer, qui puisse porter préjudice à la libre élection dudit chapitre«.

187.[3]) **Etats-Minister Hoym an die Kriegs- und Domänen-Kammer zu Breslau.** Breslau 1788 Februar 22. Febr. 22

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 23). Concept.

Erlaubniss, Almosen zu sammeln.

»Da aus denen von dem hiesigen Elisabethiner-Convent . . . angeführten erheblichen Bewegungsgründen demselben die gebetene Erlaubniss,

---

1) Beantwortet am 12. März. 2) S. unter dem 22. Januar.
3) Nachträglich wurde der Pass auf unbestimmte Zeit erstreckt.

1788 Febr. 22 gleich den Barmherzigen Brüdern öffentlich Almosen einsammeln zu dürfen, jedoch nur auf ein Jahr und auch nur in hiesiger Provinz, zu ertheilen resolvirt worden, maassen ihr Institut mit den Stiftungen der *Fratrum Misericordiae* einerlei dem Publico wohlthätigen Endzweck hat: so ersuche ein h. Collegium, gedachtem Stift aufzugeben, dass es demselben diejenige Personen namhaft mache, deren es sich zu dieser Sammlung bedienen will, sodann aber jeden dieser Sammler mit einem auf ein Jahr und nur auf hiesige Provinz lautenden Pass zu versehen.«

Febr. 28 **188. Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements.** Berlin 1788 Februar 28.

R. 96. 147. C. Mundum, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Verwendung des Papstes für Schaffgotsch.

»L'abbé Ciofani, résident de V. M. à Rome, adresse à V. M. la dépêche et la lettre ci-jointe du cardinal secrétaire d'Etat Buoncompagni, par laquelle le pape intercède auprès de V. M., pour qu'Elle veuille rétablir l'évêque Schafgotsch dans la possession et jouissance de l'évêché de Breslau pour le peu de temps, qu'il aurait encore à vivre. Si V. M. ne juge pas à propos de déférer à cette demande de l'évêque Schafgotsch et à la recommendation du pape, il y a assez de raisons pour la décliner, et nous attendons les ordres de V. M. sur la réponse à prescrire au résident Ciofani.«

Rand-Verfügung des Königs:

»il faut la decliner poliment les excuse ne manqueront pas a ce fujet FG.«

---

189. Schriftwechsel zwischen dem Etats-Minister Hertzberg und dem Cabinet. Berlin 1788.

R. 46. B. 78 und R. 96. 147. C.

Intriguen von Schaffgotsch in Rom. Beschwerde von Ciofani über Schmälerung seiner Competenz.

Hertzberg. Februar 28.

Concept und Mundum.

»J'ai l'honneur d'envoyer à V. M. une lettre de Rome du marquis Lucchesini et du résident Ciofani. Dans la première Mr. Lucchesini[1]) fait

---

1) Lucchesini an Hertzberg, Rom 31. Januar (eigenhändig): »L'agent de l'évêque est un homme tout-à-fait attaché aux anciens principes de la cour de Rome et ne favorisera point les demandes du coadjuteur pour la modération des taxes. Je pars demain d'ici et dès que je serai à Berlin, j'aurai l'honneur de Lui donner connaissance de plusieurs intrigues de l'évêque exité, dont le cardinal sécrétaire d'État m'a mis au fait« ...

mention des intrigues, que l'ancien évêque Schaffgotsch fait jouer à Rome dans le temps, qu'il demande sa réhabilitation à V. M. Dans la seconde lettre le résident Ciofani se plaint de ce que le coadjuteur de Breslau n'avait pas chargé lui, mais l'agent de l'ancien évêque de Breslau du soin de demander la confirmation papale de sa coadjutorie, et il demande l'autorisation de V. M. de se charger de cette commission. Il me semble, que V. M. fait mieux, selon le conseil du marquis Lucchesini, d'autoriser le résident Ciofani, qu'il puisse se charger de la sollicitation de cette confirmation du coadjuteur de Breslau et retirer cette commission de l'agent de l'ancien évêque, qui est attaché à ses principes et à ceux de la daterie de Rome. J'attends les ordres de V. M., si je dois instruire en conséquence le résident Ciofani.« 1788 Febr. 28

Eigenhändige Rand-Verfügung des Königs:

»lon peut autorifer Ciofani a ce charger de cette folicitation.«

Hiernach Cabinets-Befehl (29. Februar; Mundum, geschrieben von Lapeyres). Febr. 29

---

190. Ministerial-Erlass an die westpreussische Regierung. Berlin 1788 März 3. März 3

R. 7. B. 21. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Carmer.

Evangelische dürfen sich den Leistungen an katholische Geistliche nicht entziehen.

»Wir communiciren Euch hierneben in Abschrift eine Vorstellung des katholischen Propsts Rontz zu Filehne . . ., worin derselbe sich beschweret, dass die in seiner Pfarre belegene protestantischen Gemeinden die ihm zu entrichten schuldige Neujahrs-Gabe und Quittungs-Gebühr nicht geben wollen, und Wir befehlen Euch darauf, in Beziehung auf Unser Rescript vom 15. Junii *a. pr.* hiermit . . ., dem Supplicanten schleunige Hülfe angedeihen zu lassen und ihm solches bekannt zu machen.«

»Cabinets-Resolution« vom 3. März 1788: die Aufhebung der Parochial-Verbindung sei allein zum Nutzen und zum Besten der Unterthanen, welche in der Parochie wohnten und einer andern Religion zugethan seien. Angeführt bei *Stylo*, *Provincial-Recht von Nieder-Schlesien* (*Breslau 1830*) S. 530.

1788 März 4 **191. Fürst Krasizki, Bischof von Ermland, an das Geistliche Departement.** Heilsberg 1788 März 4.

R. 7. B. 16. Mundum.

Wiederholt seine Bitte um Bewilligung des Gnadenjahrs.

Bezugnahme auf den Erlass vom 21. Mai 1787.[1]) »So habe ich mir alle Mühe gegeben, den Grund dieser angegebenen falschen Nachrichten in Erfahrung zu bringen; da mir aber solches bis jetzo nicht möglich gewesen und ich nicht glauben kann, dass jemand zu meinem Schaden die gedachte ungegründete Anzeige bei E. K. M. gemacht hat, so muss ich vermuthen, dass in dieser Sache ein Missverständniss vorgefallen ist. Bei entstehender Vacanz des Bischofthums ist das Dom-Capitul zwar verbunden, binnen vier Wochen vom Tode des Bischofs nach Hofe oder an das vorgesetzte Landes-Collegium zu berichten; daraus folgt aber gar nicht, dass mit der Ernennung eines neuen Bischofs ebenfalls binnen vier Wochen verfahren werden muss, sondern damit kann nach Belieben des Souveräns ein und mehrere Jahren Anstand genommen werden: wie z. B. nach dem Tode des Bischofs Szembeck zwei Jahre verflossen sind, ehe mein Vorgänger Grabowski das Bischofthum Ermland erhalten hat. Mir sind keine Compacten mit dem ermländischen Dom-Capitul bekannt, nach welchen die Nomination eines neuen Bischofs binnen vier Wochen geschehen soll, und die jetzige Glieder des Frauenburgschen Dom-Capituls wissen von dergleichen Compacten eben so wenig. Vielmehr hat das gedachte Dom-Capitul auf Allerhöchstdero Rescript vom 21. Februar *a. pr.* . . . berichtet, dass das Gnadenjahr in hiesiger Provinz sowie in anderen Bischofthümern zulässig sei, aus 12 Monaten bestehe und verliehen werden könne. Wenn nun nach den angeführten Umständen die Bewilligung des Gnadenjahrs von E. K. M. im hiesigen Bischofthum sowie in andern Diöcesen ohne Verletzung einiger geistlichen Rechte geschehen kann, so bitte Allerhöchstdieselben ich nochmals . . ., mir das erwähnte Gnadenjahr huldreichst zu accordiren. E. K. M. gnädige Gesinnungen sind mir zu bekannt, als dass ich unter Allerhöchstdero glorreichen und wohlthätigen Regierung die Verweigerung einer Wohlthat befürchten sollte, die bloss durch einen gnädigen Ausspruch verliehen werden kann und bei deren Erinnerung ich noch am Ende meines Lebens mit der devotesten Ehrfurcht ersterben werde.«

---

1) Vgl. unter dem 21. Februar 1787 und 21. März 1788.

192.[1]) **Ministerial-Erlass an den Residenten Ciofani in Rom.** Berlin 1788 März 12. 1788 März 12

R. 7. B. 20. C. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Fordert Aenderungen in dem päpstlichen Breve wegen Verminderung der Feiertage. Allgemeiner Bettag.

»J'ai reçu en son temps le projet du bref, que j'ai demandé au pape pour la diminution de quelques fêtes catholiques. Après l'avoir fait mûrement examiner, je vous dirai, qu'en gros je suis très-content de la tournure, qu'on a donnée à ce projet et des prescriptions, qui y sont contenues pour les évêques. Mais ceux-ci ne trouvant point une autorisation suffisante dans le passage du bref, qui dit: *quam tamen festivitatem (patroni principalioris) cum praecepto Tibi concedimus, ut si ita ad celebrationem populique utilitatem magis idoneum videbitur, in diem dominicae infra octavam transferre valeas etc.*, pour transférer de leur chef les fêtes des patrons d'une paroisse ou d'un diocèse au jour de dimanche suivant ou précédent, ainsi qu'ils viennent de le déclarer expressément à l'égard de la fête de St.-Laurent, qui tombe au fort de la récolte, le 10. août. Il est nécessaire, qu'on change dans le bref, qu'on va expédier, le susdit passage et qu'on n'abandonne point au bon plaisir des évêques, s'ils veulent transférer ou non les fêtes des patrons. Vous insisterez plutôt auprès de la cour de Rome, qu'on prescrive d'une manière positive auxdits évêques, que dans le cas, où il y a plusieurs patrons d'un diocèse ou d'une église, on ne célèbre que la fête d'un seul patron et qu'on transfère celle-ci sans exception à un jour de dimanche. Cela ne doit rencontrer aucune difficulté, les évêques en étant convenus eux-mêmes dans une conférence, que mes ministres ont tenue avec eux l'hiver passé[2]), et ce n'est que par un excès de scrupule qu'ils demandent à présent une autorisation plus expresse.

»Par la même raison il faudra ajouter dans le bref après le passage: *Tibi potestatem facimus, ut solemnia Assumptionis et Nativitatis B. Mariae Virginis* les mots: *patronorumque dioecesis et cuiuscunque ecclesiae festa transferre valeas.* Voilà les changements essentiels, qu'il convient de faire dans le bref en question. Vous veillerez, qu'on l'arrange en conséquence et qu'on l'adresse sans perte de temps et, s'il est possible, encore avant le commencement de la récolte à l'archevêque de Gnesne et aux évêques de Varmie, de Culm, de Cujavie, de Plock et de Posen, ainsi qu'au vicaire de Breslau, en me les envoyant ici par votre canal, afin que je les leur fasse parvenir par les régences. Le dernier a à la vérité déjà reçu en 1772 un bref[3]) pour la diminution de la plus grande partie des fêtes, dont il s'agit présentement; mais comme dans son bref on n'a pas

1) Vgl. unter dem 22. April 1787. 2) S. No. 56. 3) Band 4, 443.

1788 März 12 fait mention des fêtes de l'assomption et de la naissance de la Vierge, dont la translation à un jour de dimanche est essentiellement nécessaire, vous aurez soin de faire adresser le nouveau bref également au vicaire de Breslau, pour s'y conformer exactement dans son diocèse.

»J'attends de votre zèle, que vous pousserez autant que possible la prompte expédition du bref, pour qu'il arrive à temps aux évêques, auxquels il doit servir de direction.

»Au reste je serai bien aise, que suivant votre rapport du 28. novembre 1787 on enjoigne en même temps par ce bref aux évêques la célébration du jour des prières usité dans mes États, de la même manière que cela s'est fait déjà à l'égard de l'archevêque de Gnesne par un bref particulier.«

193.[1]) Bericht des Residenten Ciofani. Rom 1788 März 12.

R. 46. B. 78. Eigenhändiges Mundum.

Das Breslauer Dom-Capitel macht in der Coadjutor-Sache grundlose Ansprüche an die Curie.

. . . »Je n'ai pas manqué de dresser un mémoire raisonné, pour appuyer les principes et les droits du chapitre. Avant que j'eusse approfondi cette question, me reposant uniquement sur les documents, que le chapitre m'avait remis, je croyais de bonne foi, qu'il n'avait pas tort; mais après tout il faut convenir, que les prétentions du chapitre sont destituées de fondement. Sans entrer dans les règles du droit canonique, reconnues par tout le catholicisme, il suffit, pour détromper les capitulaires de Breslau, l'exemple récent de Mayence et de Vorms et surtout le cas identique de Breslau arrivé sous Benoit XIV., que le chapitre ne devait pas ignorer. Tel est le précis des raisons, que V. M. verra plus en détail dans la réponse originale du cardinal secrétaire d'État et dans la copie du bref de Benoit XIV., que j'ai l'honneur de ci-joindre.

»Tout bien pesé, le pape, bien loin d'avoir atteint aux droits du chapitre, lui a témoigné bien de la clémence, se montrant disposé à confirmer leur élection, quoique les chanoines n'aient pas attendu le bref d'éligibilité et que, de plus, ils paraissent en repousser l'autorité, qui selon le droit et les faits est indispensable et nécessaire dans la circonstance d'une coadjutorie. La confirmation du St.-Père se serait appuyée sur la supposition, que le chapitre avait devancé l'élection sur la certitude et la bonne foi de recevoir et de respecter le bref en question. Il ne reste donc qu'un parti à prendre: c'est que le chapitre s'uniforme[2]) à la supposition du pape et qu'il lui redemande la confirmation de l'élection en admettant la nécessité de ce bref. Dans le cas contraire l'élection du chapitre suivant la pratique d'Alexandre VI.

---

1) Antwort auf den Erlass vom 9. Februar.

2) Nach dem italienischen *uniformarsi*.

et de Benoit XIV. ne sera évaluée ici que comme un simple consentiment, 1788 März 12
et l'élection du coadjuteur sera faite et expédiée au nom du St.-Siège.

»Au reste il n'est que trop vrai, que cette affaire a souffert beaucoup d'entraves et a donné lieu à bien d'équivoques; mais ce n'est pas ma faute: j'en ai dans plusieurs lettres découvert l'origine et les causes au ministère de V. M. et j'en attends les instructions nécessaires.«

Beilage. — Note des Cardinals Buoncompagni, Staats-Secretärs der Curie.

»Dalle stanze del Vaticano 12. marzo 1788.

»Convien credere, che i capitolari di Breslavia ignorino o s'infiggono d'ignorare i principi ed assiomi canonici, poichè presumono di poter esercitare il diritto di elezione tanto nel caso della vacanza della sede vescovile quanto sede plena.

»Non v'è nel corpo canonico regola più inconcussa e notoria, quanto quella di non potersi destinare un successore al titolare vivente, e che, dovendosi per qualchè urgenza e necessità della chiesa destinare un successore anche sede plena, richiedesi in tali casi la dispensa e la deroga alla sopraindicata sanzione ecclesiastica; deroghe e dispense, di cui non potranno attribuirsene la facoltà i canonici di Breslavia, e che tutto il mondo riconosce solo appartenere al capo visibile della chiesa.

»Il Sig^{e} Ab^{e} Ciofani riv^{mo} e l'augusto suo constituente possono aver presente quello che in ogni elezione di coadjutor di Germania si prattica, che si è pratticato anche ultimamente per quelle, che interessavano S. M., di Magonza e di Worms, i cui capitoli non si crederebbero certamente da meno del capitolo di Breslavia, e quel che forse s'imaginava nelle prime istanze, che si dovesse pratticare per la coadjutoria, di cui si parla.

»Che se il capitolo renuente vuol, che si faccia ora quello che pratticò Alessandro VI. o che si era proposto da Benedetto XIV., non avrà difficoltà la Santità Sua di uniformarvisi. Alessandro VI. nel documento allegato determinò la futura successione per capo separato e intieramente per sua libera collazione, e Benedetto XIV. nel breve, che si annette, protestò, che non avrebbe considerato l'atto capitolare che per un semplice consenso del capitolo.

»Confida pertanto il Santo Padre, che S. M. Prussiana o vorrà, che a questi esempi si attenga l'apostolica sede, o persuaderà i canonici a seguire quegli di tutti gli altri capitoli della Cristianità senza alterare e sconvolgere tutta la giurisprudenza e la prattica della chiesa.

»Tanto il cardinale Boncompagni participa al riv^{mo} Sig^{e} Ab^{e} Ciofani in isfogo del suo pregiato biglietto dei 28. dello scaduto e con vera parzialità di stima si protesta.«

1788 **194. Schriftwechsel zwischen der Ober-Amts-Regierung zu Breslau und dem Geistlichen Departement. 1788.**

B. 46 B. 64. C.

Kein Uebertritt zur katholischen Religion ohne vorangegangenen Religions-Unterricht.

März 14 Die Ober-Amts-Regierung. Breslau März 14.

Mundum, gezeichnet von Ferd. Sigism. Frhr. v. Seidlitz, George Heinr. v. Schlechtendall, Joh. Samuel Ernst Steudener, George Friedr. Wilh. v. Paczensky, Christian Wilh. v. Boehmer, Franz Rud. Weighard v. Skrbensky, Karl Gottl. Redtel, Joh. Anton Graf v. Haugwitz, A. W. Hoyoll, C. F. v. Schuckmann, J. G. G. Steinbeck.

»E. K. M. werden aus der . . . Eingabe des evangelischen Pfarrers *p.* Klein zu Domslau . . . zu ersehen geruhen, wie derselbe darauf angetragen, dass ein gewisser Magnitzer Unterthan Johann Gottlieb Gnichwitz, dessen vorlängst daselbst verstorbener Vater der evangelisch-lutherischen Religion zugethan gewesen und welcher nach gegenwärtig zurückgelegten 14. Jahre nunmehr die katholische Religion, zu welcher sich seine noch lebende Mutter bekennet, anzunehmen entschlossen ist, nicht eher dazu admittiret werden möge, bis er nicht vorher den bis jetzt gänzlich verabsäumten Unterricht in der evangelisch-lutherischen Religion erhalten habe. Wir haben hierauf zwar an den katholischen Pfarrer zu Cattern, bei welchem nach der Anzeige des *p.* Klein der Johann Gottlieb Gnichwitz sich zur Annahme der katholischen Religion gemeldet und welcher selbigen auf nächstkommende Karwoche zur Communion zulassen wolle, sofort die Verfügung erlassen, denselben vor der Hand und bis auf weitere Verordnung dazu nicht zu admittiren, und zu gleicher Zeit von dem evangelischen Pfarrer Klein Verantwortung darüber erfordert, warum er nicht eher und schon längst von dem so gänzlich vernachlässigten Schulunterricht des *p.* Gnichwitz gebührende Anzeige zum Behuf der deshalb an dessen Mutter und Grundherrschaft zu erlassenden Verfügungen anhero gemacht habe. Da uns indessen die Entscheidung dieses Falles nach dem Reglement vom 8. August 1750[1]) zweifelhaft zu sein scheinet, indem zwar unsers Erachtens die Disposition des § 3 solches Reglements, dass diejenigen, so *annos discretionis* erreicht haben, die Freiheit haben sollen, sich zu dieser oder jener Religion zu bekennen, nothwendig voraussetzt, dass sie in derjenigen Religion, welcher ihre Eltern zugethan sind und in welcher sie auch nach der erwähnten Disposition des Reglements erzogen werden sollen, den nöthigen Unterricht erhalten haben müssen, weil sich sonst hierunter keine freie und vernünftige Wahl denken lässt, gleichwohl aber mehrbesagtes Reglement darunter nichts verordnet, ob und inwiefern der bis zu erlangten Unterscheidungsjahren versäumte Religions-Unterricht annoch nachgeholt und die intendirte Annahme einer anderen Religion so lange ausgesetzt bleiben müsse, als worauf es in gegenwärtigem Fall ankommt, und wir

1) Band 3, 280.

solcherhalb billig Bedenken tragen, uns einer Entscheidung hierunter anzumaassen: so submittiren wir deshalb zu E. K. M. . . . Decision.« 1788 März 14

Das Geistliche Departement. Berlin März 28. März 28

Concept, geschrieben von Kluge, gezeichnet von Zedlitz. Anweisung von Scholz.

»Bei den . . . angezeigten Umständen kann dem Johann Gottlieb Gnichwitz der Übergang zur katholischen Religion anders nicht gestattet werden, als wenn zuvor der bisher ganz verabsäumte Unterricht in der Religion seines Vaters, welche er verlassen will, mit ihm nachgeholet und derselbe dadurch in den Stand gesetzt worden, eine vernünftige Wahl zu treffen; weshalb denn auch die von Euch desfalls getroffene Verfügungen Unsern vollkommenen Beifall gefunden haben.«

---

195. Ministerial-Erlass an den Legations-Rath Johann Friedrich Ferdinand Ganz zu Regensburg. Berlin 1788 März 15. März 15

R. 34. 52. B. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Die Nuntiatur-Sache gehört vor das Reich.

»Wir haben Euren Bericht vom 29. Februar d. J., die päpstliche Nuntiatur- und andere Angelegenheiten der deutschen Kirche betreffend, erhalten. Der Eifer des Kaisers, die deutsche Freiheiten gegen den römischen Hof zu handhaben, scheinet sehr zu erkalten. Es sei, dass man von diesem Nachgiebigkeiten in Ansehung der erbländischen Kirchen-Veränderungen zu erhalten hoffet oder dass man den Münchner Hof in Ansehung der Nuntiaturen schonen will, so lässt man in Unterstützung der vier Erzbischöfe nach und wird zu Wien alle diese kirchliche Angelegenheiten mit dem Papst allein ausmachen, nicht aber der Reichs-Erörterung überlassen wollen.

»Sie sind aber dazu allerdings geeigenschaftet, und Wir können dem Herrn Kurfürsten von Cöln hierin Unsere Beistimmung nicht versagen. Wenngleich die evangelische Kurfürsten und Stände in Ansehung ihrer Kirchen und Gebiete ausser Verbindung mit dem Papst, von dessen und der Bischöfe Gewalt und Gerichtsbarkeit unabhängig und von den Concordaten befreiet sind, so hören deswegen doch die allgemeine Angelegenheiten der katholischen Hierarchie und des katholischen Kirchen-Staats des deutschen Reichs nicht auf, National- und allgemeine Reichs-Angelegenheiten zu sein. Erstere wirken bei der Gesetzgebung des XIV. Artikels der Wahl-Capitulation über diese Gegenstände mit, und es haben die evangelische Reichsstände sich mehrmalen darein gemischet und darum bekümmert, wie besonders das merkwürdige Schreiben des *Corporis Evangelicorum* vom 18. April 1703 an den Kaiser davon Proben enthält; *vide Schauroth, Conclusa Corporis Evangelicorum T. I p. 359.* Die evangelische Stände machen darin in Ansehung der Schlüsse der Baselschen Kirchen-Versamm-

1788 März 15 lung, Abschaffung der Concordaten, Einschränkungen des päpstlichen Stuhls solche Anträge, die mit den Grundsätzen des Emser Congresses nur gar zu sehr übereinstimmen. Bringen also die Erzbischöfe diese Gegenstände an das versammelte Reich, es sei in Form einer Beschwerde über den Reichs-Hof-Rath oder als Reichs-Angelegenheiten, so ist wohl kein Zweifel, dass sie einen Gegenstand der allgemeinen Reichs-Berathschlagung abgeben, woran die evangelische Stände Theil nehmen und wobei sie mitzusprechen haben, zumal da sie in Ansehung ihrer katholischen Unterthanen dabei unmittelbar interessiren.

»Ihr habt dieses dem *p.* v. Karg[1]) und den kursächsischen und kurbraunschweigischen Gesandten gesprächsweise zu eröffnen und Uns zu melden, in welchem Lichte man ihrerseits und zu Mainz diese Sache betrachte« . . .

März 20 **196. Etats-Minister Hoym an »den Provincial der Pauliner Herrn v. Wichlinsky zu Czenstochau auf dem Clarenberge in Pohlen«.** Breslau 1788 März 20.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 42). Concept.

Die schlesischen Kloster-Obern müssen Einländer sein.

»Da es der Landes-Verfassung gemäss, dass die Obern in denen schlesischen Klöstern Einländer sein müssen, das Priorat zu Ober-Glogau hingegen mit einem Ausländer besetzt ist, so kann nicht umhin, dem . . . Herrn v. Wichlinsky dieses in Erinnerung zu bringen, um mit dem dermaligen Prior Raschkiewitz durch dessen Zurückberufung nach Pohlen eine Änderung zu treffen. Wogegen es mir angenehm sein wird, wenn der gegenwärtige Prior v. Strachwitz des Klosters Topellna in gleicher Qualität als ein geborner Schlesier nach Ober-Glogau versetzt wird, von dessen Thätigkeit und Ordnungsliebe das Kloster den besten Erfolg sich versprechen kann.«

197.[2]) Schriftwechsel zwischen dem Geistlichen Departement und dem ostpreussischen Etats-Ministerium. 1788.

R. 7. B. 16.

Das vom Bischof von Ermland erbetene Gnadenjahr.

März 21 Das Geistliche Departement. Berlin März 21.

Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Zedlitz. Anweisung von Scholz.

Bezugnahme auf Krasizki's Schreiben vom 4. März. Soll anzeigen: »ob und in welcher Maasse der *annus deservitus* bei diesem Bischofthum

---

1) Maximilian Josef Freiherr Karg v. Bebenburg, kurkölnischer Wirklicher Geheimer Rath und Gesandter in Regensburg.

2) Vgl. unter dem 12. August.

hergebracht ist und ob solcher *eventualiter* neben dem *anno gratiae* zu- 1788 März 21
zulassen sein würde.«

Das ostpreussische Etats-Ministerium. Königsberg Juli 27. Juli 27

Concept, gezeichnet von Groeben, Finckenstein und Dönhoff.

... »Wir müssen dabei zuförderst dem von E. K. M. uns mittelst schon gedachten Befehls zugefertigten Petito gedachten Fürst-Bischofs darin beipflichten, dass, wenngleich zur Wahl des neuen Bischofs bald nach Absterben des vorhergehenden geschritten werden müsse, dieses noch nicht die eben so schleunige königliche Ernennung als ein Erforderniss oder als einen Gebrauch voraussetze, gegen welchen sich nichts *in contrarium* folgern oder anführen liesse. Das Dom-Capitul zu Frauenburg stellt vielmehr den von dem Fürst-Bischof angeführten Fall, dass nach dem Tode des Fürst-Bischofs Szembeck eine zweijährige Vacanz gewesen, mit nichten in Abrede. Es führt in dem von demselben abermals erforderten Bericht nur an, dass, da derselbe bei Lebzeiten den *annum gratiae* nicht erhalten, sein Successor zwei Theile und das Dom-Capitul den dritten Theil der durch zwei Jahre gesammelten bischöflichen Einkünfte genossen ...

»Wann E. K. M. aber auch in dem oft gedachten Befehl ausser der eben erledigten Frage, ob und in welchem Maasse der *annus deservitus* bei diesem Bischofthum hergebracht sei, hinzuzufügen geruhet, ob der *annus deservitus eventualiter* neben dem *anno gratiae* zuzulassen sei, so müssen wir ebenfalls ... zum Vortheil des Fürst-Bischofs anführen, dass das Dom-Capitul zu Frauenburg nichts weiter anzuführen vermocht, als dass bei Einziehung eines bischöflichen Nachlasses nichts weiter beobachtet worden, als dass die Erben, dessen Einkünfte *pro anno deservito* bis auf den Tag seines Ablebens, wann er aber ein Gnadenjahr erhalten, über das noch von diesem Tage an die sämmtliche bischöfliche Revenus des ganzen folgenden Jahres ziehen.«

198.[1] **Fürst Krasizki, Bischof von Ermland, an den Etats-Minister Zedlitz.** Heilsberg 1788 März 25. März 25

R. 76. I. 94. Mundum.

Dringt auf Anlegung von Landschulen im Ermlande.

»Schon vor einiger Zeit ist dem königlichen höchstverordneten ostpreussischen Etats-Ministerio angezeiget worden, dass in dem Bischofthum Ermland verschiedene neue Schulen auf dem platten Lande anzulegen nothwendig sind; auch habe ich gedachtem ... Etats-Ministerio unter'm 29. December 1786 das ... Verzeichniss von den anzulegenden Schulen, worin zugleich die vorläufige Erklärungen der Einsassen enthalten sind, durch das hiesige Landvogtei-Gericht überreichen lassen. Da in dieser

1) Vgl. unter dem 22. April.

1788 März 25 Sache aber noch nichts veranstaltet worden, so bitte ein königliches . . . Ober-Schul-Collegium ich hiermit ganz ergebenst, bei Verbesserung der Schul-Anstalten auch auf diese Provinz Rücksicht zu nehmen und mit Zuziehung des Cameral-Departements gütigst zu verfügen, dass die Kosten zu Erbauung der Schul-Gebäude und zur Besoldung der einzusetzenden Schulmeister im Ermlande ausgemittelt und die nöthige Schulen sobald als möglich etablirt werden.«

März 28 Das Geistliche Departement an die Ober-Amts-Regierung zu Breslau, s. unter dem 14. März.

199.[1] Schriftwechsel zwischen dem Etats-Minister Zedlitz und dem Auswärtigen Departement. Berlin 1788.

Lingen Eccles.

Beseitigung des Einflusses, den der Brüsseler Nuntius auf die Geistlichkeit von Lingen gehabt. An seine Stelle der Bischof von Paderborn.

Zedlitz. März 28.

Concept.

»Die von den päpstlichen Nuntien zu Brüssel (von welchen die in der Grafschaft Lingen admittirte katholische Missionarien bisher die Ordines und geistliche Gewalt erhalten) von Zeit zu Zeit bezeigte Widerspenstigkeit, sich den Landesverordnungen zu conformiren, und die Zudringlichkeit, mit welcher sie diese Stellen durch ihre mit den intoleranteſten Grundsätzen erfüllte Löwenschen Zöglinge zu besetzen getrachtet, hat die lingensche Regierung veranlasset, bei dem Geistlichen Departement den Antrag zu thun, dass der Nuntius für die Zukunft von aller Mitwirkung removiret und die Ordination der Missionarien dem Bischofe zu Breslau oder einem in den westphälischen Provincien anzusetzenden *vicario generali* überlassen werden möchte. Das Departement hält auch diesen Schritt für unbedenklich, da dem Nuntio in der Grafschaft Lingen gar keine geistliche Macht zukommt, vielmehr des Königs Maj. in dieser Provinz hierunter völlig freie Hände haben und, so viel diesseits bekannt, weder durch Friedensschlüsse noch sonstige Verträge im mindesten eingeschränkt sind.

»Nach ältern Berichten der Regierung soll Lingen in vorigen Zeiten der Osnabrückschen Diöces unterworfen gewesen, damit aber auch schon unter spanischer Regierung eine Veränderung vorgegangen und dieses Land anfänglich an das Bisthum Deventer und sodann nach Utrecht und den *nuntium apostolicum* verwiesen worden sein. Die Macht des letztern ist aber auch schon wiederum unter der Oranischen Herrschaft, wo Catholici gar kein Religions-Exercitium gehabt, exspirirt, wiewohl diese ehemalige Verbindung wahrscheinlich Gelegenheit gegeben, dass man sich seit *anno*

---

1) Vgl. unter dem 10. Mai.

1717, wo des höchstseligen Königs Friderich Wilhelm I. Maj. den katholischen Eingesessenen in der Grafschaft Lingen einen, jedoch sehr eingeschränkten Privat-Gottesdienst zugestanden[1]), in den geistlichen Angelegenheiten derselben wiederum nach Brüssel zu verwenden angefangen. Hieran ist man indessen keinesweges gebunden, und ich setze voraus, dass ein Departement der auswärtigen Angelegenheiten bei den angezeigten Umständen eben so wenig als das Geistliche Departement abgeneigt sein werde, den Einfluss des unruhigen, auch schon von Brüssel verjagten Nuntii[2]) zu stören. Da aber fremde Bischöfe ausser den Grenzen ihrer Diöces ohne Autorisation von ihrer geistlichen Instanz sich der Sache zu unterziehen wahrscheinlich Schwierigkeiten machen möchten, so sehe ich mich veranlasst, EE. EE. sowohl um Dero geneigte Verwendung bei dem päpstlichen Stuhle als auch um Mittheilung Dero erleuchteten Sentiments hierdurch zu ersuchen, ob nicht in Rücksicht der grossen Entlegenheit zwischen Lingen und Breslau auf einen andern mehr bequem gelegenen Bischof aus der Nachbarschaft von Lingen, und auf welchen, zu reflectiren sein möchte.« 1788 März 28

Das Auswärtige Departement. April 9. April 9

Mundum, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Pflichtet ganz bei. »Schon an sich ist es rathsam, die Grafschaft Lingen und andern königlichen Länder in Westphalen ausser aller Verbindung mit dem päpstlichen Nuntio zu Brüssel zu setzen. Die aufwieglerische Grundsätze und Eingebungen des gegenwärtigen dort verbannten Nuntii machen es noch nothwendiger, sich von ihm abzuwenden. Lingen ist von allen Diöcesan-Anspruch und -Recht eines Bischofs vermöge Osnabrückischen Friedenschlusses befreiet, und man kann sich also in Ansehung der bischöflichen Ordens-Verrichtungen hinwenden, wohin man will. Es bedarf keiner *litterarum dimissorialium*. Der Bischof zu Bresslau ist zu entfernt, die Bestellung eines General-Vicarii ist noch immer vielen Schwierigkeiten unterworfen und weit aussehend, und an den Nuntium zu Cölln zu recurriren, ist nicht weniger bedenklich, als an den zu Brüssel sich zu halten. Es bleibet also nichts übrig, als sich an einen benachbarten Bischof im Westphälischen Kreise zu wenden. Der zu Paderborn ist in allen Betracht der vorzüglichste, den man dazu erwählen kann. Wir wollen an ihn die Requisition mit solcher Behutsamkeit und unter solchen Verwahrungen erlassen, dass daraus nie eine Folgerung auf ein Diöcesan-Recht gezogen werden könnte. Wenn er das Ansinnen angenommen haben wird, so können E. E. die nöthige Verfügungen nach Lingen erlassen.«

1) Band 1, 873. 2) Vgl. S. 150 Anm. 1.

1788 April 3 **200.**[1]) **Pass für den Frater Ezechiel Kayser, Provincial des Ordens der Barmherzigen Brüder, zur Visitation der Klöster seines Ordens.** Breslau 1788 April 3.

Staats-Archiv i. Breslau (M. B. XIII. 42). Concept, gezeichnet von Hoym.

»Nachdem der u. s. w. die Visitation und Bereisung der unter ihm stehenden Klöster seines Ordens vorzunehmen Willens ist, als wird demselben zu dieser vorhabenden Bereisung und Visitation nicht nur die Erlaubniss ertheilt, sondern auch jedermänniglich ersucht und *resp.* befehligt, gedachtem Provincial . . . nebst seinen bei sich habenden geistlichen Secretario . . . auf dieser Reise aller Orten sicher und ohngehindert pas- und repassiren zu lassen.«

April 5 **201. Papst Pius VI. an König Friedrich Wilhelm II.** Rom 1788 April 5.

B. 11. 24. Mundum auf Pergament. Gedruckt bei *Hertsberg, Recueil* 2, 473 und bei *Pacca, Memorie storiche* p. 88.

Begrüssung durch den Nuntius Pacca im Klevischen. Bitte um Beistand in der Nuntiatur-Sache. Dank und Lob.

»Pius papa VI. Serenissime ac potentissime rex. Cum relatum Nobis esset, R^am^ M^tem^ Tuam propediem esse ad Cliviensem ducatum adventuram ceteraque invisuram loca, quae in Tua sunt ibidem ditione, statim mandavimus venerabili fratri Bartholomeo archiepiscopo Damiatensi Nostro et apostolicae sedis ad Tractum Rheni ordinario nuntio, ut Te in ista vicinitate adeat Tibique plurimas suae deferat observantiae obsequiique significationes. Una etiam hasce a Nobis Tibi reddet litteras amplum Nostri in Te officii existimationisque testimonium exhibentes. In iis primum a Te vehementer petimus Teque rogamus, ut eundem nuntium benigne clementerque excipias Tuaque regia digneris gratia, cum ob hoc ipsum a Nobis impositum illi munus tum etiam ob eiusdem proprias animi ingeniique dotes, quas ad sui generis splendorem adiunxit. Ex hac ipsa legatione ad Te Nostra perspicere potes, serenissime ac potentissime rex, qua Tui erga Nos animi fiducia simus quantumque Nobis ex humanitate Tua polliceamur. Proinde illi Tecum Nostris agenti verbis eandem praestari a M^te^ Tua fidem cupimus ac postulamus, quam Nobis ipsis, si Te coram alloqueremur, adhiberes. Aget autem de iis, quae isthic nuper exortae sunt circa ipsam nuntiaturam suam novitatibus Teque nostro nomine obsecrabit, ne quid non solum in Tuis istis ditionibus, sed etiam in cunctis aliis eiusdem nuntiaturae locis circa eandem immutari aut eidem detrahi ex aliorum imitatione patiaris, sed iis omnibus insisti velis, quae ab antiquissimo tempore sunt recepta diuturnoque usu semper confirmata. Maxime profecto apud omnes valebit auctoritas et potentia Tua plurimumque ex Tuo regio exemplo ponderis ad

1) Als Probe mitgetheilt.

causam Nostram accedet. Ad hoc a Te petendum non solum Tuae aequitatis ac magnanimitatis fama permovemur, sed ipsa etiam inducimur regiae in Nos voluntatis Tuae experientia, cuius praeclara ac perhonorifica, ex quo regnare cepisti, habemus indicia, ut proinde minime dubitemus novas hasce Tibi magis magisque Nos devinciendi suppeditare rationes. Demum officia haec in Te Nostra singularibus cumulamus erga M^tem^ Tuam Tuasque res omnes votis Deumque optimum maximum precamur, ut Te, serenissime ac potentissime rex, regiamque familiam Tuam caelestibus suae gratiae donis uberrime muneretur. 1788 April 3

»Datum Romae apud S. Petrum sub annulo piscatoris die V. Aprilis MDCCLXXXVIII. pontificatus Nostri anno decimo quarto.

»Serenissimo ac potentissimo Friderico Wilhelmo, Borussiae Regi illustri.

Benedictus Stay.[1])«

202.[2]) Erlass des Ober-Schul-Collegiums an die westpreussische Regierung. Berlin 1788 April 8. April 8

B. 76. I. 214. Concept, geschrieben von Schröder[3]), gezeichnet von Zedlitz und Meierotto. Anweisung von letzterem.

Angebliche Missbräuche des katholischen Clerus im Lauenburgschen.

Sendet Eingabe des katholischen Schullehrers Alexander Joseph Schneider zu Wompiersku im Lauenburgschen. »Wir verlangen von Euch zu wissen: wie der *p.* Schneider sich in seinem Amte verhält, mit welchem Erfolg er lehret und ob er von Euch eine Versetzung oder Verbesserung nach seinen Wünschen zu erwarten hat; ferner ob der von dem *p.* Schneider angezeigte Missbrauch allgemein oder häufig wahrzunehmen ist, dass die katholische Geistlichkeit Kinder von 10 oder wenigern Jahren zum Abendmahl annimmt, ohne zu fragen, ob sie lesen können oder die geringsten Religionsbegriffe haben; ob die katholischen Geistlichen nicht dazu verpflichtet werden können, dass sie diese einzige von ihrer Seite den Landschulen zu gewährende Unterstützung dazu nutzen, um kein Kind eher anzunehmen, bis es lesen und Zeugnisse vom Besuch der Schule vorweisen kann, oder ob und welche Vorschläge Ihr etwa sonst zur Abhelfung dieses schädlichen Missbrauchs thun könnet.«

Das Auswärtige Departement an den Etats-Minister Zedlitz, s. unter dem 28. **März.** April 9

---

1) Datarius und Secretarius der Breven *ad principes.*

2) Antwort liegt nicht vor.

3) Vgl. S. 65.

1788 **203. Schriftwechsel zwischen dem Etats-Minister Zedlitz und dem Cabinet.** 1788.

R. 7. B. 24. A. 1.

Säcularisation des Klosters Wissok, Errichtung eines Seminars für katholische Geistliche.

April 18 Zedlitz. Berlin April 18.

Concept (geschrieben von Scholz) und Mundum.

»Der Erzbischof zu Gnesen und Fürst-Primas v. Poniatowski hat auf Säcularisation des unter seiner geistlichen Gerichtsbarkeit stehenden Augustiner-Klosters zu Wissock in Westpreussen, welches durch schlechte Administration in solchen Verfall gekommen, dass es ohnehin stiftungsmässig nicht mehr bestehen kann, angetragen und dabei die Absicht, aus den Einkünften des Klosters ein Seminarium für katholische Geistliche zu errichten, sich auch zu dem Ende schon vorläufig von Rom aus mit der dazu erforderlichen Autorisation versehen lassen.

»Die westpreussische Regierung, welche die Umstände genau geprüft, findet den Vorschlag für die Provinz überaus zuträglich, und ich kann demselben ebenso wenig meinen Beifall versagen, da es vorzüglich in dortiger Gegend an brauchbaren katholischen Geistlichen noch sehr fehlet und also ein Institut, wo dergleichen Leute zu ihrem künftigen Beruf angezogen und gebildet werden, um so mehr Begünstigung verdient, als nach den Vorschriften fremde katholische Geistliche zu Lehrstellen im Lande gar nicht zugelassen werden dürfen« . . .

April 20 Cabinets-Befehl. Potsdam April 20.

Mundum, geschrieben von Müller.

»Im Grunde bin Ich Eurer Meinung, dass die Säcularisation des Augustiner-Klosters zu Wissock in Westpreussen nach dem Antrag des Fürsten Primas v. Poniatowski behufs eines Seminarii für katholische Geistliche nützlich sei. Nur hättet Ihr darüber wegen des im Cessions-Tractat von 1773[1]) und dessen 8. Articul stipulirten *status quo* mit dem Departement der auswärtigen Geschäfte communiciren sollen, um allem Geschrei der Pohlen zuvorzukommen. Aus dieser Ursach vernimmt auch dessen Gutachten vorhero Euer wohl affectionirter König.«

April 24 Cabinets-Befehl. Potsdam April 24.

Mundum, geschrieben von Müller.

»Nach Anzeige des Departements der ausländischen Geschäfte[2]) ist Euer hierneben wieder zurückgehender Antrag Eurem über die erbetene

1) Band 4, 540.

2) Das Auswärtige Departement hatte berichtet (22. April): »que cette sécularisation peut se faire, sans que les Polonais puissent s'en plaindre comme contraire au *status quo*, parceque ce couvent sera converti dans une autre fon-

Säcularisation des Augustiner-Klosters zu Wissock in Westpreussen mit demselben getroffenem Concert gemäss und erhält hierdurch Meine Genehmigung zur Ausführung und Eurer fernern Verfügung.« 1788 April 24

204.[1] **Päpstliches Breve an die Bischöfe von Kulm, Posen, Plozk und Kujawien, den Erzbischof von Gnesen, den Bischof von Ermland und den Weihbischof von Breslau.**[2] Rom 1788 April 19. April 19

R. 7. B. 20. C. Fehlerhafte Abschrift (behandelt wie No. 184). — Die von der Curie dem preussischen Residenten übergebenen, von diesem dem Auswärtigen Departement übersandten Munda liess letzteres den Bischöfen durch die Regierungen in Marienwerder und Breslau zustellen.

Verminderung der Feiertage. Allgemeiner Bettag.

»Pius papa VI. Venerabilis frater, salutem et apostolicam benedictionem. Potentissimus Borussiae rex Friedericus Guillelmus postulari a nobis fecit per dilectum filium abbatem Ciofani, suum apud Nos residentem, ut habita ratione incommodorum, quae sibi subiecti Catholici, praesertim pauperes et rustici, ex hodierna festorum dierum celebratione perferunt, opportuniores illis constituamus eiusmodi leges easque et ipsorum necessitatibus et diversis ibidem anni tempestatibus magis accommodemus. Nos ipsius in suos populos sollicitudine aequissimaque hac regis voluntate permoti Nostraque etiam sponte propensi ad fidelium utilitatibus absque aeternae salutis dispendio consulendum, has ad Te damus in forma brevis litteras, venerabilis frater, Tibique committimus ac mandamus, ut in ista civitate ac dioecesi Culmensi, Borussicae ditioni subiecta hanc de festis diebus legem, in quam maturo consilio ac expensis omnibus descendimus, auctoritate apostolica denunties et edicas. Retineantur nempe ac celebrentur festivi dies Resurrectionis cum sequenti et Pentecostes item cum sequenti aliique per annum dies dominici necnon nativitatis Domini nostri Jesu Christi, Circumcisionis, Epiphaniae, Ascensionis et Corporis Christi, tum quinque dicati B. Mariae Virgini, scilicet Purificationis, Annuntiationis, Assumptionis, Nativitatis et Conceptionis, praeterea et SS. apostolorum Petri et Pauli, Omnium Sanctorum, S^ti^ Stephani protomartyris et unius tantum principalioris patroni. Sed si alicubi plures patronos aeque principales haberi contigerit, diligenter inquiras necesse est, venerabilis frater, quinam ex dictis principalioribus patronis potiorem cultum ac venerationem in ea vel civitate vel oppido vel pago

---

dation pieuse et que le primat de Pologne, comme diocésain du même couvent, a lui-même proposé ce changement et en a obtenu la confirmation du pape. Toute cette affaire a déjà été concertée entre nous et le ministre d'État de Zedlitz.«

1) Vgl. unter dem 12. März.

2) Die Adresse lautete: »Venerabili fratri Carolo episcopo Culmensi. In simili: v. f. Andreae episcopo Posnaniensi; v. f. Christophoro episcopo Plocensi; v. f. Josepho episcopo Cuiaviensi; v. f. Michaeli archiepiscopo Gnesnensi; v. f. Ignatio episcopo Warmiensi; v. f. Antonio episcopo Paphensi, vicario apostolico et decano Wratislaviensi.«

1788 April 19 habeat, et eius tantum festivitatis praeceptum designes. Dies autem festivitatis patroni cuiusque loci non imposterum sit quae propria dicitur, sed dominica dies, quae propriam diem proxime subsequatur, in eamque festum cum officio et missa cadere necnon et praeceptum intelligatur. Quoniam autem isthic pro regionum natura contingit, ut mensium Augusti et Septembris tempore maturescentibus frugibus assidua navanda sit in agris ad eas colligendas opera eoque in labore magna populi pars necessario distineatur, indulgemus etiam ac volumus, ut solemnia Assumptionis et Nativitatis B. Mariae Virginis festa, quae omnino retinenda sunt, transferas in dominicam diem infra octavam, ita ut ea ipsa die officia et missae, tanquam illa festa suo loco mota non fuerint, celebrentur, facta in officio et missa commemoratione dominicae, ipsoque etiam translato in antecedentem sabbati diem ieiunio. Sed ne (quod interdum contingere deberet) in eandem dominicam diem, in qua celebranda erit Assumptionis festivitas, cadere etiam possit festivitas S^{ti} Laurentii martyris, si in aliquo loco sit ipse principalior patronus, pro eo loco statuimus ac mandamus, ut is principalior patronus, Sanctus nimirum Laurentius, suam habeat fixam statutamque festivitatem in ea dominica die, quae diem propriam, decimam nempe mensis Augusti, proxime antecedit.

»Praeterea cum Borussiae rex significaverit Nobis, se vehementer cupere, ut designetur dies pro solemnibus quotannis ad Deum faciendis precibus ad obtinendos uberes ex agris proventus, qui dies, scilicet feria quarta tertiae hebdomadae post Pascha, sit festivus, huic regiae voluntati nihil videmus obstare, quominus Nostram apud Te, venerabilis Frater, interponamus auctoritatem itaque Tibi committimus, ut eum ipsum assignes pro solemnibus eiusmodi precibus quolibet anno celebrandis diem Tuisque dioecesanis Borussico regi subiectis indicas.

»In praefatis igitur omnibus festis diebus pro veteri catholicae ecclesiae instituto Christifideles sacris adesse, a servilibus operibus abstinere et ieiunium in eorundem vigiliis, quibus adnexum sit, observare debeant ac teneantur. In reliquis vero festis non solum laboriosas artium exercitationes et servilia opera permittimus et indulgemus, sed insuper eosdem Christifideles a quacunque vigilia seu ieiunis diebus praecedentibus, dummodo aliunde vel ratione Quadragesimae vel ratione Quatuor Temporum non praecipiatur, et audiendi missam in praedictis festis obligatione absolvimus et liberamus. Sed quoniam, dum populorum conscientiae consulimus et eorum, qui in sudore vultus sui panem comedunt, indigentiae providemus, Sanctorum venerationem et salutarem Christifidelium poenitentiam minuere non intendimus, ideo Sanctorum ac solemnitatum officia et missas tam in iisdem abrogatis festis quam in eorum vigiliis a clero retineri et sicut prius in quacunque ecclesia celebrari mandamus, sacrum vero ieiunium, quod in praedictis vigiliis habebatur, ad quartas et sextas ferias Adventus transferendum ibidemque servandum edicimus et constituimus. Ut autem non solum clerici et divites homines

saeculares, qui etiam diebus non festivis sacrosancto missae sacrificio ac divinis officiis, quod vehementer cupimus, adesse possunt, sed etiam ii, qui rusticis detenti laboribus ecclesias diebus tantum festis adeunt, SS. apostolorum ac martyrum, quorum solemnitates superius abrogavimus, memoriam servent ac venerentur, volumus ac praecipimus, ut die XXIX. Iunii ultra praecipuam SS. Petri et Pauli solemnitatem etiam aliorum SS. martyrum memoria celebretur. Quare die XXIX. Iunii in calendariis ecclesiasticis ita festum inscribendum erit: *SS. Petri et Pauli et commemoratio omnium apostolorum*, ac tam in officio quam in missa addetur: *Commemoratio de communi apostolorum*; die vero XXVI. Decembris ita notetur festum: *S^ti Stephani protomartyris et commemoratio omnium SS. martyrum*, ac tam in officio quam in missa addenda erit: *Commemoratio de communi plurimorum martyrum.* 1788 April 19

»Haec Nos, venerabilis frater, non minus spiritualem quam temporalem istius populi utilitatem intuentes sancienda esse iudicavimus, in quo plurimum sollicitudine ac pastorali vigilantia tua confidimus, qui illud profecto sedulitate studioque tuo efficies, ne quid e divino cultu detractum videri possit, sed quo minor festorum dierum factus est numerus eo maior, sit in populorum animis pietatis fervor ac devotio. Cupimus autem ac in Domino magnopere hortamur, ut Fraternitas Tua populos Tibi commissos quam saepissime edocendos curet, quae ad iustam legitimamque dierum festorum celebrationem pertinent, quo ardore quaque humilitate spiritus adstare sanctissimo altaris sacrificio, quo studio quaqua frequentia divinis officiis, sacris concionibus et Christianae doctrinae institutionibus interesse debeant; et ne per eos dies Christifidelium corda graventur crapula et ebrietate et saecularibus cogitationibus, quam diligentissimam operam dare debebis, ut profana quaeque ludicra ac minus religiosa a publicis locis amoveantur, contra vero in conspectu illa sint abundeque suppetant, quae ad fovendam devotionem pietatemque plurimum prodesse possint.

»Illud postremo curae Tibi erit, venerabilis frater, ut Borussicae ditionis fideles populi per Te intelligant, eum, cui temporaliter subiecti sunt, plurimam dedisse operam, ut Nos hoc concessionis apostolicae beneficium ipsis largiremur, atque hac etiam re perspicue declarasse, quantum suorum commodis ac utilitati studeat; tanto proinde magis eosdem excitari debere ad alacriter debitam illi obedientiam fidemque praestandam. Quae quidem cuncta a perspecta pastorali vigilantia Tua Nobis maxime pollicentes, in pontificiae caritatis pignus apostolicam benedictionem Tibi, venerabilis frater, Tuaeque fidei commisso populo peramanter impertimur.

»Datum Romae apud S. Petrum sub annulo piscatoris die XIX. Aprilis MDCCLXXXVIII, pontificatus Nostri anno decimo quarto.

Benedictus Stay.«

Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Zedlitz, s. unter dem 18. April. April 20

1788 April 20

205. Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Departement und dem Dom-Capitel zu Breslau. 1788.

R. 46. B. 78. Concept (geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg) bezw. Mundum (gezeichnet von Rothkirch, Saurma, Rosencrantz, Larisch, Mattuschka, Hochberg, Starzinsky, Blacha).

Das Capitel unterwirft sich dem Papste in der Coadjutor-Sache.

April 21 Das Auswärtige Departement. Berlin April 21.

Theilt Ciofani's Bericht vom 12. März mit: »aus welchem Ihr ersehen werdet, dass der päpstliche Stuhl im Geringsten nicht geneigt ist, seine Behauptung fallen zu lassen, sondern sie vielmehr durch die Beispiele von dem Erzbisthum Mainz, von Worms und selbst von Euerm eigenen Bisthum zu unterstützen sucht. Diese Gründe scheinen in der That nicht leicht zu widerlegen zu sein; indessen müsst Ihr am besten zu beurtheilen wissen, ob denselben etwas Erhebliches entgegengesetzet werden kann, und in diesem Fall Eure Refutation in lateinischer oder französischer Sprache an Unser Cabinets-Ministerium nebst Euerm Bericht einsenden. Solltet Ihr hingegen nichts Hauptsächliches auf die Aeusserungen des päpstlichen Hofes zu sagen wissen, so ist es wohl nicht der Mühe werth, diesen Streit fortzusetzen. Wir erwarten darüber Euern pflichtmässigen Bericht.«

Mai 1 Das Dom-Capitel. Breslau Mai 1.

. . . »Wir haben uns über den Gegenstand . . . nie eine directe Contestation mit dem heiligen Stuhl erlaubt.

»Als der Fürst-Bischof v. Schaffgotsch uns benachrichtigte, dass er ein *breve facultativum* zu der vorhabenden Coadjutor-Wahl in Rom sollicitiret und impetriret, haben wir ihm bloss vertraulich zu erkennen gegeben, wie wir der Meinung wären, dass es dessen nicht bedürfe, und als uns hierauf von dem Residenten Ciofani Nachrichten zukamen, worinnen die Nothwendigkeit dieses Brevis behauptet wurde, so glaubten wir ihm die Gründe vorlegen zu müssen, welche unsere Meinung zu begünstigen schienen.

»Es kame demnach bloss auf die Entscheidung Sr. Heiligkeit an; Höchstdieselbte haben entschieden, und wir verehren diese Entscheidung, der wir uns schon im Voraus unterworfen, da wir in dem ersten und einzigen Memoire, wodurch wir um die Bestätigung der vollzogenen Wahl bei dem heiligen Stuhle geziemend angesucht, uns ausdrücklich *ad veniam impetratam* bezogen haben.

»Wir schmeicheln uns demnach, dass S. Heiligkeit nach einer solchen Erklärung, die nichts zu verlangen übrig lässt, keinen Anstand finden werden, unserer Wahl mit Bezug auf das ertheilte Breve Höchstdero Bestätigung gnädigst angedeihen zu lassen« . . .

206. Bericht des ostpreussischen Etats-Ministeriums.[1]) Königsberg 1788 April 22. 1788 April 22.

R. 76. I. 94. Mundum, gezeichnet von Groeben, Finckenstein, Knobloch und Dönhoff.

Katholische Schulen im Ermlande.

»Nicht der Fürst-Bischof von Ermeland unmittelbar hat eigentlich zu demjenigen Anlass gegeben, was zeithero wegen des ermländischen Schulenwesens allhier vorgekommen, sondern der katholische Pfarrer zu Bertungen im Ermlande hat seit dem April 1785 bereits deshalb wiederholentlich Anträge gethan, aus welchen nicht anders zu kommen war, als dass auf das ... Kammer-Schreiben vom 12. Juni 1786 sowohl dem Landvogtei-Gericht als dem Fürst-Bischof zu Heilsberg die Aufnahme einer detaillirten Nachweisung aufgetragen ward, wie viel Schulen annoch in Ermelande zu errichten nöthig sein würde. Den hierauf eingereichten ... Plan vom 23. Januar 1787 haben wir hierauf der Kammer communicirt und dieselbe an ihr Versprechen erinnert, sich bei E. K. M. höchsten Person für die Bewilligung eines Fonds hiezu zu verwenden, auf deren ... Rückschreiben hingegen den Fürst-Bischof, der sich dieserhalb bei uns gemeldet, an E. K. M. Ober-Schul-Collegium verwiesen.

»Uns scheint die für E. K. M. Rechnung einmal bewilligte Ansetzung einiger Schulmeister auf den westpreussischen Fuss die vortheilhafteste und zweckmässigste, obgleich auf der andern Seite der Beitrag, den der Eingesessene aus eigenen Mitteln dazu thun muss, oft mit ein Antrieb werden kann, damit er nicht umsonst zahle oder etwas leiste, seine Kinder fleissiger zur Schule zu schicken, als leider oft wegen ermangelnden Gesindes zu Hütung des Viehes und anderer kleinen Dienste halber nicht geschieht.«

Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements, s. unter dem 18. April.

Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Zedlitz, s. unter dem 18. April. April 24

---

207. »Circulare«[2]) **der Kriegs- und Domänen-Kammer zu Breslau.** April 25 Breslau 1788 April 25.

Nach dem Drucke in der Korn'schen *Neuen Sammlung* 2, 125.

»*Verbot, dass die Landeseinwohner die auswärtigen Grenzkirchen nicht frequentiren sollen*«.

»Wir haben zu Unserm grossen Missfallen in Erfahrung bringen müssen, dass in den mehresten an der Grenze belegenen Ortschaften und Dörfern

---

1) War zum Bericht über Krasizki's Schreiben vom 25. März aufgefordert worden.

2) »An sämmtliche Landräthe der an der böhmischen, mährischen, pohlnischen Grenze belegenen Kreise Breslauschen Kammer-Departements.«

1788 April 25 die dortigen diesseits eingepfarrten Einwohner es zur Gewohnheit machen, die auswärtigen Grenzkirchen zu frequentiren.

»Da nun hieraus viele Missbräuche entstehen, indem solches nicht nur zu Defraudationen Gelegenheit giebt, sondern auch der gemeine Mann gewöhnlich den ganzen Tag auswärts zubringt und sein Geld ausser Landes verzehret, überdies auch die in den diesseitigen Kirchen publicirte Verordnungen nicht erfahren kann, so verbieten Wir hierdurch das Frequentiren der auswärtigen Kirchen von den diesseitigen Einwohnern bei einer fiscalischen Strafe von 10 Rthlr. oder vierwöchentlichen Gefängniss-Strafe für die jedesmalige Übertretung dieses Verbots und befehlen Euch, auf die Contravenienten genau zu attendiren und solche zur Bestrafung anzuzeigen, übrigens aber diese Verordnung sämmtlichen Einsassen und Dorfgemeinden Eures Kreises *per currendam* bekannt zu machen.«

April 29 **208.[1] Bericht der klevischen Regierung.** Kleve 1788 April 29.

R. 34. 52. B. Mundum, geschrieben von Foerder, Elbers, Reiman, Schlechtendall, Mäntz, Grolman, Hymmen, Sobbe (und Hopp).

Das katholische Kirchenwesen in Kleve-Mark. Die Ansprüche von Kur-Köln auf das Diöcesan-Recht.

. . . »Da E. K. M. jetzt eine abermalige genaue Erörterung und Erwägung dieses für die hiesigen Provincien sehr wichtigen Gegenstandes von uns verlangen[2]), so haben wir es nicht bloss bei Nachsehung der hierüber von Zeit zu Zeit erstatteten Berichte bewenden lassen, sondern sind vielmehr bemühet gewesen, die eigentliche Bewandniss der kirchlichen Verfassung hieselbst in den älteren Zeiten aus denen *in archivo* vorhandenen Nachrichten von neuem zu erforschen. Wir finden aber solche äusserst mangelhaft und unvollständig. Sie geben darüber, wie es damit in dem 12., 13. und 14. Jahrhundert gehalten ist, gar keine Auskunft. Dass jedoch schon in den damaligen Zeiten die clev-märkischen Lande zum Theil zur cöllnischen Diöces sind gerechnet worden, scheinet uns keinem gegründetem Bedenken unterworfen zu sein. Die erzbischöfliche Bestätigungen über die verschiedene in diesen Saeculis von dem damaligen Landesherren gestiftete Klöster, Stifter und Kirchen dürften solches hinreichend bestärken; selbst beweiset solches die von dem Papst Eugenio IV. im Jahr 1444 dem damaligen Herzog Adolph von Cleve ertheilte sogenannte Exemtions-Bulle von der erzbischöflich cöllnischen Jurisdiction. Diese Bulle, welche jedoch eigentlich nur ein an den Bischof zu Utrecht gerichtetes Schreiben ist, enthält ausdrücklich, wie der Herzog Adolph in der deshalb bei dem Papst eingereichten Bittschrift sich unter andern der Ausdrücke bedient habe: *capitula, collegia, monasteria et loca in suis dominiis et terris in Coloniensi et Monasteriensi dioecesi consistentia.* Hierin liegt also selbst ein Geständniss des Herzogs Adolph, dass er den damaligen Erzbischof zu Cölln

1) Vgl. Band 1, 19 ff. 2) S. No. 178.

pro dioecesano anerkannt habe; sowie es denn auch überhaupts dieser Dispensation nicht bedurft hätte, wenn der Erzbischof von Cölln nicht *pro ordinario* wäre gehalten worden. Sonst ist das älteste, was wir von der kirchlichen Verfassung im Märkischen unter den Archival-Nachrichten finden, ein zu Hoerde abgehaltenes Notariat-Protokoll vom Jahr 1402, worin zwar enthalten, dass die darin benannte märkische Beamte auf Befehl des Grafen Adolph zu Cleve und Mark denen daselbst in grosser Anzahl erschienenen Geistlichen befohlen hätten, gar keine *mandata seu processus quorumcunque iudicum apostolicorum vel ordinariorum in causis saecularibus vel profanis* anzunehmen, *exceptis dumtaxat in quatuor causis spiritualibus et ecclesiasticis, videlicet de testamentis et legatis*[1], *de matrimoniis, de synodalibus et reditibus spiritualibus et ecclesiasticis.* Wobei es aber ferner heisst: *protestantes, quod dictus comes iurisdictionem ecclesiasticam et spiritualem domini archiepiscopi Coloniensis seu quorumcunque aliorum in dicto suo territorio et dominio impedire non intenderet neque vellet, sed magis promovere.* 1788 April 20

»Diese Urkunde, wovon wir *sub No. 2* eine Abschrift beifügen, spricht mithin ebenfalls dafür, dass der Bischof zu Cölln damals seine Diöces im Märkischen gehabt und derselbe eine *iurisdictionem ecclesiasticam et spiritualem* ausgeübet habe. Nach der fernern Anlage *sub No. 3* lässt der Herzog Adolph unter'm 12. Februarii 1433 zwar den sämmtlichen Geistlichen befehlen, dem Erzbischof zu Cölln keine Decimen zu geben; wenn es aber darin heisst: *unsere Paepschaft und geistlicken Personen binnen den Kreis-Dohm*[2] *des Gestichts*[3] *von Cölln*, so beweiset dieses wiederum, dass man an und vor sich eingeräumt habe, dass die Grafschaft Mark oder die Geistlichen in derselben, denen vorbemelter Befehl ertheilet ist, dem Kreis-Dom (die Dioeces) des Stifts von Cölln unterworfen gewesen. Wir finden auch in keiner der ältern von den vormaligen Herzogen zu Cleve und Grafen von der Mark vielfältig ergangenen Verordnungen, wodurch die Einführung der Bullen, Mandaten und Befehlen auswärtiger Geistlichen bei Strafe des Säckens so ernstlich verboten worden, dass darin dem Erzbischof zu Cölln seine Diöces in den hiesigen Landen an und vor sich wäre streitig gemacht worden. Alle diese Verordnungen enthalten vielmehr nur eine Bestimmung und Einschränkung der geistlichen Jurisdiction auf gewisse namhaft gemachte Fälle, wozu die Veranlassung gab, dass diejenigen, welche solche geistliche Jurisdiction ausübten, immer mehr und mehr um sich zu greifen und solche weiter auszudehnen suchten, als die damalige Landesherrschaft glaubte der Landesverfassung gemäss zu sein.

»Eben wenig finden wir in unserm Archiv noch zur Zeit einige Nach-

1) In der Hs. hinzugefügt: *eiusdem.*

2) Verdorben aus *Kresom*, niederdeutsche Form von *Chrysam* (das geweihte Oel), im übertragenen Sinne: *Diöcese.* Vgl. *Lexer, mittelhochdeutsches Wörterbuch* 1, 1735. 3) Stift.

1787 April 29 richt, dass in einer einzigen herzoglichen Verordnung auf die vorbemelte *bullam Eugenianam* vom Jahr 1444 wäre Bezug genommen worden. Teschenmacher in seinen Annalibus [1]) sowie auch mehrere andere geschriebene historische Nachrichten der hiesigen Provinz bemerken zwar noch, dass der Papst Eugenius IV. damals einen besondern Bischof *titulo Corcagensem et suffraganeum Ultraiectensem* angeordnet und dieser seinen bischöflichen Sitz zu Calcar gehabt habe. Es sind aber nach der Versicherung unsers Archivarii hierüber keine *acta in archivo* anzutreffen. Nie ist uns auch noch eine Verfügung dieses Bischofs oder sonst einige Nachricht vorgekommen, auf welche Art und Weise der Bischof zu Utrecht dem ihm von dem Papst Eugenius IV. in gedachtem Schreiben oder Breve vom Jahr 1444 ertheiltem Auftrag, einen *episcopum titularem gratiam et communionem apostolicae sedis habentem* in der hiesigen Landen anzuordnen, ein Gnügen geleistet habe. Die nachherige Bulle des Papst Leo X. vom Jahr 1513 (nicht 1503) gedenket auch der eben erwähnten Bulle des Papst Eugenius gar nicht weiter, wohl aber beziehet sie sich auf vorherige von dem Papsten Bonifacius IX. und Alexander VI. gegebene Bullen, welche sie bestätiget und auf die Besitzungen, die der damalige Herzog Johann nachhero noch weiter erworben hatte, erweitert. Der Inhalt derselben gehet auch nicht dahin, dass der Herzog von Cleve das Recht haben sollte, seinen eigenen Bischof zu setzen und zu halten, sondern sie absolvirt nur diesen Herzog nebst seinen geistlichen und weltlichen Untersassen *ab omnibus excommunicationis et suspensionis interdictis aliisque ecclesiasticis sententiis, censuris et poenis* und verordnet im Gefolge der vorangeführten Bullen der Päpste Bonifacius und Alexander, dass die Unterthanen im sämmtlichen Gebiet dieses Herzogs *in causis civilibus, criminalibus, pecuniariis et mere profanis, in quantum ad forum saeculare pertinerent*, für keine geistliche Gerichte sollten gezogen werden können. Viel Wesentliches kann also diese *bulla Leonis* zur Unterstützung der diesseitigen Gerechtsame nicht beitragen. Gleiche Bewandniss hat es mit einer im Jahr 1550 *up den Sonnendag Jubilate* von dem Herzog Johann gegebenen Verordnung wegen der geistlichen Jurisdiction. Denn ob sie gleich mit der äussersten Strenge gegen das Einbringen und Exequiren aller geistlichen Mandaten gerichtet ist, so lässt sie doch solche geistliche Jurisdiction in vier Fällen zu, als: 1) in Ehe-Sachen, 2) in Send-Sachen, 3) bei geistlichen mortificirten Renten und 4) in Testaments-Sachen. Wobei zugleich in einer fernern, in eben diesem Jahr von dem folgenden Herzog Wilhelm erlassenen anderweiten ebenfalls dahin gerichteten Verordnung, *de dato* den 20. November, zu zweien wiederholten Malen hinzugefüget wird, dass der Herzog nicht gemeinet sei, Dero Neveu und Gevatter, dem Kurfürsten

1) *Wernher Teschenmacher, Annales Cliviae, Juliae, Montium, Marcae Westphalicae, Ravenbergae, Geldriae et Zutphaniae. Amstelodami 1638.*

von Cölln, dadurch an seiner gebührlichen geistlichen Jurisdiction, sowie die von Alters hergebracht, oder an dem, was das ehrbar Wesen und Leben der Geistlichen belange, Verhinderung zu thun. 1788 April 29

»Wir fügen die Abschrift dieser letztbemelten Verordnung *sub No. 4* hiebei und bemerken ferner, wie in dem folgendem Jahr 1551, den 7. Februarii, der Herzog Wilhelm nochmals diesen Befehl, ohne jedoch dabei in Ansehung des Erzbischofs zu Cölln etwas zu reserviren, erneuert habe. Als hierauf auch ferner den 21. Januar 1551 mit der Ritterschaft und Städten von Jülich und Berg wegen der geistlichen Jurisdiction ein Abscheid gemacht wurde und die Ritterschaft und Städte des Herzogthums Cleve und der Grafschaft Mark unter'm 31. Januar 1551 diesem Abschied beitraten, so erging am 7. Februarii eben dieses Jahrs ein nochmaliger Befehl an alle Amtleute, nicht zu gestatten, dass einige Ordnung, Reformation, Decreten oder Mandaten ohne Vorwissen und gegen der Kurfürsten und Stände des Reichs Verträge und dieser Lande alte Freiheit eingeführt oder die Unterthanen damit beschweret würden, und dass diejenige, welche einige Ladung, Citation, Inhibition, geistliche Mandaten oder Bann-Briefe exequiren oder verkündigen würden, als Verbrecher der Landen Freiheit an Leib und Leben gestrafet und des Endes die Säcke an den Pforten der Städte wieder aufgehangen und an allen Kirchthüren schriftliche Warnung angeschlagen werden sollte. Und wie hierauf die Beamte Declaration darüber baten, wie weit die geistliche Jurisdiction von Alters zugelassen werden und noch ferner gestattet werden sollte, so bestimmte der Herzog Wilhelm in einem näheren ausführlichem Edict vom 18. Junii 1551, welches dem oben gedachtem Bericht *de 1662*[1]) *sub No. 5* beigefügt ist, diejenige Fälle, wo die geistliche Jurisdiction Statt finden solle, ganz genau. Weil inzwischen in diesem Edict unter andern folgende Stelle enthalten: *wy wohl wey befinden, dat unse Voreldern opgemelde geistliche Jurisdiction in etlichen Fällen nit so weit gestadet, so mögen wij doch erleiden, dat dieselve geistliche Jurisdiction durch diejenigen, so die von Alders in unserm Fürstenthum, Landen und Gebiede gebruikt, dergestalt, wie hier in gedacht to sehen, bis to weideren bescheide den Unsrigen an ihre Freiheit, Privilegien und alt herkommen unnachtheilig togelaten und die Unsrigen davor nit beschweret werden,* so hat man in der wegen der prätendirten geistlichen Jurisdiction mit Kur-Cölln in vorigen Zeiten geführten Correspondenz zu behaupten gesucht, dass die in letztbemeltem Edict in etlichen Fällen bis zu weiterem Bescheide zugelassene geistliche Jurisdiction nur eine *temporalem tolerantiam et permissionem precariam* enthalten, die zu allen Zeiten aufgehoben werden könne, wie aus der Beilage *sub No. 33* des mehr bemelten Berichts *de 1662* mit mehrerm hervorgehet. Auch ist wegen der vorerwähnten in dem oben . . .

1) Band 1, 171.

1788 April 29 beigefügtem Edict vom 20. November 1550 dahin enthaltenen Clausel: *dass man nicht gemeint sei, dem Kurfürsten zu Cölln an seiner gebührlichen geistlichen Jurisdiction, sowie die von Alters hergebracht, Verhinderung zu thun*, dem damaligem Kurfürsten von Cölln in dem oben *sub No. 1* beigefügtem Antwort-Schreiben vom 20. Mai 1730 [1]) zu erkennen gegeben, dass diese Clausul von dem Herzog Wilhelm nur darum hinzugefügt sei, um dem derozeitigen Erzbischof von Cölln, der damals wegen der ihm verweigerten Visitation der Geistlichen (die auf den Reichstag zu Augsburg im Jahr 1548 beschlossen worden) beim Kaiser eine Beschwerführung einzulegen sich geäussert habe, die Gelegenheit zu benehmen, beim kaiserlichen Hof durch ungleiche Vorstellungen, als wenn einem Erzbischof etwas verweigert würde, was demselben *de iure* zukäme, widrige Mandata zu extrahiren.

»Wir lassen es zwar dahingestellt sein, inwieweit dergleichen Gründe, wenn es zur rechtlichen Entscheidung kommen solle, für erheblich zu halten sein dürften, können aber doch das Bedenken nicht unbemerkt lassen, dass die angeführte Reservation oder Protestation die dem Erzbischof zu Cölln von Alters her zugestandene geistliche Jurisdiction, insoweit solche hergebracht, nicht zu hindern, nicht bloss in dem Edict *de 1550* enthalten, sondern auch schon nach der obigen Anlage *sub No. 2* im Jahre 1402 vorgekommen ist.

»Wenn wir dahero alles Vorangeführte in genaue Erwägung ziehen, so getrauen wir uns nicht, den bishero behaupteten Satz, dass der Erzbischof von Cölln nie *pro ordinario* in den hiesigen Landen anerkannt sei, derselbe auch nie eine geistliche Jurisdiction ausgeübet habe, mit vollgültigen Beweisen zu unterstützen. Wir halten es nicht weniger für äusserst zweifelhaft, ob sich aus der Bulle des Papst Eugenius IV. vom Jahr 1444 jetzt noch eine Befreiung von der erzbischöflichen Gewalt und Gerichtsbarkeit mit Grunde werde herleiten lassen können. Denn obgleich die kurcöllnische Behauptung, dass diese Bulle durch eine nachherige Bulle eben dieses Papstes vom Jahr 1447 wieder aufgehoben worden sei, sich aus der des Endes beigebrachten und dem uns *per rescriptum* vom 16. October 1787 communicirten Promemoria *sub No. 7* beigefügten Urkunden auf keine Weise rechtfertiget) indem darin weiter nichts als eine Versicherung des Papstes enthalten ist, dass er den damaligen Erzbischof Theodorich von Cölln *absque ulla exceptione* restituiren wollen, wenn er zum Schooss der Kirche zurückkehren, dem Papst vollkommen Gehorsam leisten und ihn für den wahren Statthalter Christi erkennen würde): so kömmt es uns doch vor, dass die alten Herzoge von Cleve selbst niemals viel Kraft auf diese Bulle gesetzt haben müssen und vielmehr selbst davon wieder freiwillig dadurch abgegangen sind, dass sie in ihren nachherigen verschiedenen Verordnungen dem Erzbischof zu Cölln eine geistliche Jurisdiction in gewissen Fällen ein-

1) Band 1, 777.

geräumet, auch denselben zur Ausübung der *actuum sacramentalium* ohne Widerspruch verstattet haben. Wenigstens findet sich in unserm Archiv nicht die geringste Spur, dass in den Districten der hiesigen Länder, die Kurcölln zu seiner Diöces rechnet, jemals ein anderer Bischof dergleichen *actus sacramentales*, wozu nur ein Bischof berechtigt ist, ausgeübet habe. 1788 April 29

»Unsers Erachtens ist und bleibt dahero die beste Schutzwehr gegen die kurcöllnischen Ansprüche der Osnabrücksche Friedensschluss, *Art. V* § *48*, wornach *omne ius dioecesanum et tota iurisdictio ecclesiastica cum omnibus suis speciebus contra Augustanae confessionis electores, principes, status eorumque subditos* suspendirt *et intra terminos territorii cuiusque* (*sc. episcopi*) eingeschränkt ist. Es ist auch, so viel zuforderst die *iurisdictionem ecclesiasticam* betrifft, unstreitig, dass der Kurfürst zu Cölln in dem Entscheidungs-Jahre 1624 sich keinesweges *in exercitio* solcher geistlichen Jurisdiction befunden habe. Dieses beweiset ohne Widerspruch das landesherrliche Edict vom 24. August 1616, worin allen eingesessenen Geistlichen, Beamten, Dienern und Unterthanen auf das nachdrücklichste befohlen worden, keines Fremden, er habe gleich Namen, wie er wolle, oder auch anderer Verordnungen, Satzungen, Instruction, Jurisdiction, Cognition, Visitation, Gebot und Verbot oder wie es sonst genannt werden möchte, sich unterwürfig zu machen, Folge zu leisten oder zu gehorsamen. Und als dem zuwider der Kurfürst zu Cölln im Jahr 1617 die Visitation der Klöster Paradies und St. Walpurg zu Soest vornehmen wollte, ist das dem Bericht vom Jahr 1662 *sub No. 33* beigefügte sehr nachdrückliche Schreiben an die kurcöllnische Statthalter und Räthe ergangen und darin dem Kurfürsten zu Cölln nicht die mindeste Jurisdiction eingeräumet worden. Gegen bemeltes öffentliches Edict, dem die Unterthanen schuldigste Folge zu leisten verbunden waren, kann es keine rechtliche Possession wirken, wenngleich diesem zuwider dennoch einige Geistliche oder andere Unterthanen sich unterstanden haben sollten, in einem oder anderm Fall sich an den kurcöllnischen *vicarium generalem* zu wenden, und dieser dadurch Gelegenheit erhalten haben möchte ein oder andern *actum iurisdictionis*, ohne dass solcher der hieselbst angeordneten Landes-Regierung bekannt geworden, heimlich auszuüben. Der Osnabrücksche Friedensschluss erfordert ausdrücklich bei solchen Handlungen, wo es auf das Entscheidungs-Jahr 1624 ankommt, *quietum exercitium* derselben, dergleichen bei einem vorhandenen öffentlichen landesherrlichen Verbot sich nicht gedenken lässt. Der dagegen kurcöllnischer Seits angeführte Fall, dass im Jahr 1624 dem Dechant des Capituli zu Xanten die Visitation des Klosters zu Sonsbeck von dem *vicario generali* zu Cölln aufgetragen gewesen sein soll, kann dahero auch um so weniger einige Attention verdienen, als gar nicht einmal constiret, dass diesem Auftrag gemäss solche Visitation auch wirklich vorgenommen sein sollte. Der angeführte zweite Fall, wornach der *vicarius generalis* unter'm 22. Juni 1624 eine mit dem

1788 April 29 Vicario Hatzfeld zu Xanten vorgefallene Streitigkeit untersucht und entschieden haben soll, ist eben wenig von Erheblichkeit, weil es eine offenbare Contravention gegen das landesherrliche Edict vom Jahr 1616 enthält, das von dem Xantenschen Capitulo die Entscheidung dieses Streits der Judicatur des Cöllnischen Officials ist unterworfen worden. Dahin gehöret auch ferner, wenn verbotener Weise von den Official-Gerichten zu Cölln oder Xanten der Recursus an den *vicarium generalem* nach Cölln genommen sein sollte; wiewohl auch dieserhalb kein gehöriger Beweis beigebracht ist, wenigstens kein solcher, der mit Vorwissen oder Genehmigung des hiesigen Landesherrn geschehen sein sollte, dessen höchste Willensmeinung vielmehr durch ein öffentliches Edict dahin bekannt gemacht war, dass gar keine Jurisdiction auswärtiger Geistlichen Statt finden sollte. So viel aber hiernächst die *actus ordinis in causis fidei*, *spiritualibus et sacramentalibus*, imgleichen die Priesterweihe und sonstige der römisch-katholischen Religion eigene *ritus et ceremonias* betrifft, so kann man wohl nicht in Abrede stellen, dass solche von dem Erzbischof zu Cölln in denen Districten, die von demselben als zu dessen Diöces gehörig gerechnet werden, bishero, obgleich nur *connivendo*, ausgeübt sind. Denn dergleichen Handlungen konnten darum nicht wohl behindert werden, weil ein anderer auswärtiger Bischof solche in denen zu seiner Diöces nicht gehörigen Districten den Grundsätzen der katholischen Religion gemäss vorzunehmen nicht befugt war; es ist auch schon in dem mehrbemelten Bericht vom Jahr 1662 bemerket worden, dass alle geistliche Pröpste, Decani und Canonici dem *archiepiscopo Coloniensi obedientiam et reverentiam* den Statuten gemäss schwören mussten. Man hat zwar zugleich in den vorhin erstatteten Berichten geglaubet, dass dieses Argument kurcöllnischer Seits darum nicht angeführet werden kann, weil es bemelten Statuten an der landesherrlichen Bestätigung fehle; wir glauben aber, dass, wenn es genau untersucht werden sollte, sich finden werde, dass bei den mehresten Stiften diese Eides-Formul selbst in denen von den vormaligen Grafen oder Herzogen zu Cleve ertheilten Stiftungs-Briefen enthalten sein dürften. Bishero wird inzwischen noch immer dieser Eid geleistet, und wir finden nicht, dass die Regierung deshalb auf ihren gedachten Bericht vom Jahr 1662 beschieden worden wäre.

»Bei Zusammenhaltung aller dieser vorangeführten Umstände mit dem jetzt eingereichten kurcöllnischen Promemoria lässt sich dahero zuforderst gegen dasjenige, was darin *ad 1*[1]) *et 2*[2]) angeführet ist, nichts Erhebliches einwenden. Es mögen hiernächst die *ad 3, 4, 5 et 6* beigebrachte Urkunden, nämlich a) das Laudum des Dom-Capituls zu Cölln vom Jahr

1) Kleve-Mark habe seit Einführung der katholischen Religion die kölnischen Bischöfe als geistliche Oberhirten anerkannt.

2) Wenn Kleve-Mark nicht zur kölnischen Diöcese gehöre, müsse es unter einem andern Bisthum stehen.

1387, b) der compromissarische Spruch des Propsten Bilger von Duitze und des Canonici Adolph von Snijtkammer zu Xanten und c) die Übereinkunft des Erzbischofs Friderich mit dem Grafen Adolph zu Cleve vom Jahr 1406 ebenfalls wohl ihre Richtigkeit haben. Indessen finden wir hievon in unserem Archiv keine Acta. Die bemelte Documenta *sub a et b* sind bloss in Abschrift vorhanden und das *sub litera c* ist in den Annalibus des Teschenmacher mit abgedruckt. All diese Urkunden bestärken jedoch alles dasjenige, was wir vorhin von der vormaligen alten geistlichen Verfassung in den hiesigen Landen bemerkt haben, ob es gleich darauf jetzt, wo bloss der Osnabrückische Friedensschluss zum Grunde geleget werden muss, nicht weiter ankommt. In Ansehung desjenigen, was ferner *ad No. 7, 8, 9 et 10* in bemeltem Promemoria wegen der erzbischöflichen Bestätigung der in den hiesigen Landen vielfältig gestifteten Stifter und Klöster, imgleichen wegen der Bulle des Papstes Eugenii IV. vom Jahr 1444 und dessen fernern Bulle vom Jahr 1449 angeführet worden, haben wir oben bereits das Nöthige bemerket. Wir glauben auch ferner, dass es mit dem *sub No. 8* beigebrachten sogenannten Friedensschluss vom Jahr 1449. obgleich davon in unserm Archiv sich nichts hat wollen auffinden lassen, wohl seine Richtigkeit haben möge, obwohl der Inhalt desselben in Ansehung der Gerechtsame des Herzogs zu Cleve und des Kurfürsten zu Cölln, so viel die jetzige Ansprüche des letzten betrifft, nichts gewisses entscheidet. *Ad 11* ist an der Richtigkeit der Urkunde vom Jahr 1456, die Stiftung des Dominicaner-Klosters zu Calcar betreffend, nicht zu zweifeln, und *ad 12* eben so wenig an der Urkunde vom Jahr 1487 in Ansehung der Bürger zu Hamm, obgleich wir solche bishero in unserm Archiv nicht gefunden haben. Über dasjenige, was ferner *ad 13* wegen der in *edicto ducis Johannis de 1550* enthaltenen Reservation in Absicht der erzbischöflich-cöllnischen geistlichen Jurisdiction enthalten ist, haben wir uns bereits oben ausführlich geäussert, und sowie dasjenige, was *ad 14 et 15* bemerkt worden, von keiner sonderlichen Erheblichkeit ist, so findet auch dasjenige, was *ad 16* aus dem zwischen Kur-Pfalz[1]) in Absicht der jülich- und bergischen Lande geschlossenen Vergleich vom Jahr 1621 angeführet ist, darin seine hinreichende Widerlegung, dass dagegen Seitens des Kurfürsten Friderich Wilhelm glorwürdigsten Andenkens in dem Vergleich vom 8. April 1647 feierlichst ist protestirt worden.[2]) *Ad 17 et 18* bemerken wir, dass die Official-Gerichte zu Soest, Xanten und Emmerich zwar noch ihren Fortgang haben, jedoch diesen weiter keine Jurisdiction eingeräumet wird, als in denen mit Kur-Pfalz geschlossenen Religions-Recessen deutlich bestimmt und vorgeschrieben ist. Wenn aber die Propste und Official zu Soest und Xanten ihre Bestätigung oder Confirmation bishero von dem Erzbischof zu Cölln nachgesucht haben, so gehört solches bloss zu den unbefugten Hand-

1788 April 29

1. Zu lesen: »zwischen Kur-Köln und Pfalz-Neuburg.« 2) Band 1, 59.

1788 April 29 lungen, die dem Erzbischof keine gegründete Rechte zueignen können, und beziehen wir uns übrigens auf das Edict vom 8. Junii 1712[1]) wegen der hieselbst nachzusuchenden Confirmationen der Prälaturen und anderer Dignitäten. *Ad 19* haben wir uns in Absicht desjenigen, was aus dem Westphälischen Friedensschluss angeführet worden, und wegen der im Normal-Jahr angeblich ausgeübten Gerechtigkeiten bereits oben geäussert, sowie denn auch endlich dasjenige, was noch *ad 20 bis 23* bemerket worden, aus obigen ebenfalls seine Erledigung erhält.

»E. K. M. . . . Beurtheilung stellen wir demnach . . . anheim, ob es anstatt einer Gegen-Deduction, die in allen Stücken mit der erforderlichen Stärke schwerlich würde anzufertigen sein, nicht vielmehr rathsam sein dürfte, in einer Antwort auf das kurcöllnische Promemoria vorerst bloss auf die den vormaligen Erzbischofen zu Cölln schon so oft geschehene Äusserungen Bezug zu nehmen und sich dabei vornehmlich auf den Westphälischen Friedensschluss und die mit Kur-Pfalz geschlossene Religions-Recesse zu beziehen, wornach die Ansprüche an die geistliche Jurisdiction in den hiesigen Landen auf keine Weise gestattet werden könnte. Sollten jedoch E. K. M. dabei geneigt sein, in Ansehung der *iurium ordinis* Sich nachgebig gegen den Kurfürsten zu erweisen, so bringen wir . . . in Vorschlag, dass zuforderst von demselben ein genaues Verzeichniss aller solchen Actuum gefordert werde, die von ihm dazu gerechnet werden möchten, worüber wir sodann allenfalls, im Fall E. K. M. solches von uns fordern möchten, unsern nähern gutachtlichen Bericht uns vorbehalten. Wir wünschen sehr, dass ein solches gütliches Abkommen zu Stande kommen möge. Denn so eifrig und pflichtmässig wir auch stets darauf bedacht sind, E. K. M. . . . Gerechtsame aufrecht zu halten, so sind wir doch oft in nicht geringer Verlegenheit, wenn wir die bisherigen Vorschriften und *principia ratione iuris dioecesani* mit der Gewissensfreiheit der Römisch-Katholischen vereinigen wollen, als wornach sie *in causis fidei et spiritualibus*, wie auch *sacramentalibus* und allen solchen Handlungen, die *ad cultum internum religionis* gehören, nirgend anders ihre Hülfe suchen und erhalten können als bei einem Bischof, der zugleich Dioecesanus ist oder wenigstens ihren Principiis gemäss dafür gehalten wird. Wir sehen auch nicht ein, dass E. K. M. durch eine solche gütliche Übereinkunft nachtheilige Folgen zu befürchten haben könnten; im Gegentheil sucht jetzt der *vicarius generalis* zu Cölln schleichend und im Finstern immer mehr und mehr seine Anmaassungen auszubreiten, zumal die gegründete Furcht, dass die hiesigen Eingesessenen durch ihren gesetzwidrigen Recursum nach Cölln sich den nachdrücklichsten Strafen aussetzen würden, fast immer die grösste Verheimlichung über solche Handlungen verbreitet. Noch hat die bisherige Verfassung das Nachtheilige, dass die hiesige katholische Geistliche, um

1) Scotti 2, 780.

ihre *ordines et curam animarum* zu erhalten, öftere Reisen nach Cölln thun und sich mit einem grossen Kostenaufwand mehrmals lange Zeit daselbst aufhalten müssen, welches ebenfalls dadurch vermieden werden könnte, wenn der Erzbischof zu Cölln einen besondern *vicarium in spiritualibus* hieselbst anzustellen sich verbindlich machte. Bei einer solchen gütlichen Vereinung könnte zugleich das neue Institut zu Emmerich bei den Kreuz-Brüdern, denen die Besitzungen der bisherigen dortigen Jesuiten zur Errichtung einer akademischen Schule übertragen sind, dadurch einen grossen Vortheil erlangen, wenn auch noch festgesetzt würde, dass diejenigen Geistliche, die dorten ihre Studia vollendet und zu geistlichen Ämtern tüchtig sind, ohne Weigerung zur Erhaltung der *ordinum* und *curae animarum* zugelassen werden sollten. Wir stellen alles dieses E. K. M. . . . Prüfung und Erwägung anheim, remittiren die Deduction vom Jahr 1688.« 1788 April 29

---

209. Bericht des Geheimen Raths Dohm. Aachen 1788 Mai 1. Mai 1

R. 11. 24. Mundum.

Der päpstliche Nuntius will den König begrüssen. Absichten der Curie. Möglicher Vortheil für Preussen.

»Der päpstliche Nuntius in Cölln[1]) hat seinen Legations-Secretär an mich abgeschickt, um mir zu melden, dass der Papst auf das Gerücht von E. K. M. bevorstehender Reise nach Westphalen ihm, dem Nuntius, befohlen habe, Allerhöchstdenenselben seine Ehrfurcht zu bezeugen und im Namen des Papstes ein Breve zu überreichen, wovon er mir beikommende Abschrift zustellte[2]), um meine Meinung zu erfahren, ob dieses E. K. M. angenehm sein würde, und mich zu bitten, Allerhöchstdieselben von diesem Vorhaben des Papstes vorläufig zu benachrichtigen. Der päpstliche Legations-Secretär setzte hinzu, wie man in Rom hoffe, dass dieser Beweis der Hochachtung des Papstes für E. K. M. Allerhöchstdenenselben zu besonderm Vergnügen gereichen werde, und der Nuntius ausdrücklich Befehle habe, hiebei alles zu beobachten, was der Gebrauch erfordere, wenn der Papst in ähnlichen Fällen den Kaiser, den König von Frankreich oder Spanien durch einen Nuntius hätte complimentiren lassen. Man schmeichle sich also, dass diese feierliche Anerkennung der königlichen Würde von Preussen, die man so öffentlich als möglich vor ganz Europa zu geben wünsche, alles dasjenige gänzlich verlöschen würde, was hierunter in vorigen Zeiten versehen wäre.

»Ich glaubte bei diesem mir ganz unerwarteten Antrage nichts Anders antworten zu können, als wie ich überzeugt sei, E. K. M. würden diese besondere Attention eines Fürsten, dem seine Tugenden und grossen Eigenschaften nothwendig Allerhöchstdero besondere Hochachtung hätten erwerben

---

1) Pacca; s. dessen *Memorie storiche* p. 90. 2) S. unter dem 5. April.

1788 Mai 1 müssen, mit vielem Vergnügen bemerken, und ich würde nicht verfehlen, davon sofort meinen . . . Bericht zu erstatten; obgleich ich übrigens nicht wüsste, was bei der Kürze der Zeit, welche E. K. M. zu dem Aufenthalt in Westphalen bestimmt hätten, die Umstände erlauben möchten.

»Ich muss gestehen, dass mir dieser Schritt sehr auffallend gewesen ist, da die Geschichte noch kein Beispiel enthält, dass der Papst einem nicht zur römischen Kirche gehörenden Monarchen einen so öffentlichen Beweis seiner Achtung gegeben hätte. Seine Absicht hiebei ist ohne Zweifel, sich den Schein eines besondern guten Vernehmens mit E. K. M. zu geben, der ihm in seinen Streitigkeiten mit den Erzbischöfen sehr nützlich sein würde. Sollten E. K. M. nach Allerhöchstdero Weisheit gut finden, ihm dieses zu erlauben, so ist es gewiss, dass man den römischen Hof dadurch sehr geneigt machen würde, E. K. M. Absichten in vorkommenden Fällen bestens zu befördern, und man könnte vielleicht hievon auch bei einer vorkommenden Coadjutorie-Negotiation in Lüttich, wo der Papst vielen Einfluss hat, guten Gebrauch machen.«

Das Dom-Capitel zu Breslau an das Auswärtige Departement, s. unter dem 21. April.

210. Nuntius Pacca an den Etats-Minister Hertzberg. Köln 1788 Mai 1.

R. 11. 24. Eigenhändiges Mundum.

Sucht Audienz beim Könige nach.

»Le pape mon maître, ayant appris le voyage imminent du roi pour ses États de Westphalie, m'a ordonné de me présenter à S. M. dans une des villes du duché de Clèves, pour La remercier à son nom des marques très-distinguées de bienveillance, qu' Elle a lui données dès premiers jours de Son règne glorieux, et de la haute protection, qu' Elle accorde aux sujets catholiques. J'ai l'honneur d'assurer V. E., que des toutes les grâces, que je pouvais m'attendre de la clémence du pape mon maître, la plus flatteuse, la plus honorable pour moi est cette commission, qui formera l'époque plus glorieuse de ma vie. Mais connaissant trop mon insuffisance, j'ose m'adresser à V. E., pour La prier de m'assister de Ses sages conseils et de Ses bons offices; et j'espère alors, en m'acquittant des ordres de mon prince, mériter l'approbation et la grâce de S. M. Je me flatte, que V. E., qui sait joindre parfaitement à la supériorité de Ses hauts talents politiques et littéraires les manières les plus gracieuses et les plus obligeantes vis-à-vis de tout le monde, ne refusera pas de S'intéresser pour moi et de m'accorder Sa faveur dans cette circonstance.«

---

211. Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Departement und dem Cabinet. 1788. 1788 Mai 9

R. 11. 24.

Die von Pacca nachgesuchte Audienz. Absicht des Papstes in der Nuntiatur-Sache.

Das Auswärtige Departement. Berlin Mai 9.

Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

»V. M. aura vu par le rapport allemand du Sr. de Dohm, que le nonce du pape à Cologne demande à V. M. la permission de Lui faire sa cour à Wésel ou Clèves, et qu'il est chargé d'une lettre du pape pour V. M. Nous souhaiterions de savoir les intentions de V. M., si Elle veut accorder cette audience audit nonce, afin que nous puissions répondre en conséquence au Sr. de Dohm et ensuite aussi à la lettre du pape. S'il nous est permis de dire notre sentiment, V. M. peut s'y prêter sans inconvénient. Il est vrai, que l'intention du pape paraît être de s'assurer l'assistance on du moins le suffrage de V. M. dans l'affaire des nonciatures, mais il ne Lui sera pas difficile de Se tenir les mains libres à cet égard et de rassurer les archevêques d'Allemagne, surtout celui de Mayence, qui commence déjà à pencher pour le pape, pour lui conserver du moins quelque influence en Allemagne et pour ne pas le subordonner trop à l'autorité prépondérante de l'empereur. D'ailleurs cette mission et la lettre du pape est un acte tout-à-fait nouveau, par lequel le pape reconnaît solennellement la royauté de la Prusse.«

Cabinets-Befehl. Potsdam Mai 12. Mai 12

Mandum, geschrieben von Laspeyres.

»Sur ce que porte votre rapport en date d'hier et celui que j'ai reçu du Sr. de Dohm, que le nonce du pape souhaite de se présenter à moi et qu'il est chargé d'une lettre à me remettre de son commettant, je veux bien vous dire en réponse, que je pourrai la voir à Wésel, s'il veut s'y rendre, et que vous n'avez qu'à répondre en conséquence au Sr. de Dohm.«

In diesem Sinne beantwortete Hertzberg (Berlin 13. Mai) das Schreiben Pacca's vom 1. Mai. Mai 13

212.[1] Friedrich Wilhelm v. Westfalen, Fürst-Bischof von Paderborn an das Auswärtige Departement. Hildesheim 1788 Mai 10. Mai 10

Lingen Eccles. Abschrift.

Nimmt den Auftrag für Lingen an.

»Ich habe schon mehrmalen EE. EE. die aufrichtige Versicherung abgelegt, dass mir nichts so angenehm ist, als die Wünsche Sr. K. Preuss. M. erfüllen zu können. Ich mache es mir daher auch gegenwärtig zur grössten

1) Vgl. unter dem 28. März.

1788 Mai 10 Freude und Verbindlichkeit, den Antrag anzunehmen, welchen Dieselben mir, als Bischofe zu Paderborn, wegen der katholischen Missionarien in Lingen auf höchsten königlichen Befehl zu thun beliebt haben. So wie ich nun nach Deroselben Versicherung voraussetzen darf, dass die katholischen Eingesessenen in der Grafschaft Lingen keiner andern bischöflichen Diöces unterworfen sind, so werde ich auch sofort meinem geistlichen Vicariat in Paderborn die Weisung zugehen lassen, in Ansehung der sich künftig daselbst meldenden Missionarien wegen Ertheilung der ihnen nöthigen geistlichen Gewalt und sonsten das Erforderliche zu verfügen.

»EE. EE. ersuche ich daher, gedachte Missionarien an mein Vicariat in Paderborn gehörig anzuweisen und dabei versichert zu sein, dass ich das von Sr. K. M. bei dieser Gelegenheit auf mich gesetztes höchstes Vertrauen mit der grössten Verbindlichkeit verehre.«

---

213. Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Zedlitz. Potsdam 1788 Mai 10.

R. 68. 13. C. Mundum.

Collecte in Ostfriesland und Lingen.

»Die Dominicaner zu Nieder-Wesel suchen . . . die Erlaubniss einer jährlichen Almosen-Collecte in Ostfriesland und der Grafschaft Lingen nach. Meine Meinung ist nicht, in dergleichen Fällen von der bisherigen Observanz abzugehen, sondern es soll damit wie sonst gehalten werden. Ihr könnt daher auf dies Gesuch das Erforderliche in Gemässheit verfügen.«

Juni 27 Unter dem 27. Juni wird das Dominicaner-Kloster von Seiten des Geistlichen Departements abschläglich beschieden (Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Scholz).

Mai 16 **214. Bericht des Geheimen Raths Dohm an das Auswärtige Departement.**[1]) Aachen 1788 Mai 16.

R. 11. 59. Kur-Köln 15. Mundum.

Die Nuntiatur-Sache vor dem Reiche. Wie wird Brandenburg stimmen? Vergleich mit Kurköln wegen Kleve-Mark. Zusammenkunft des Kurfürsten von Köln mit dem Könige.

Der Kurfürst von Köln sowohl als der Minister v. Waldenfels »haben mir geäussert, wie die bekannte erzbischöflichen Streitigkeiten mit dem römischen Hofe sich dermalen in der Lage befänden, dass man wünsche, die Frage, ob nach den Concordaten und der kaiserlichen Wahl-Capitulation päpstliche Nuntien mit Jurisdiction im Reich zu dulden wären, durch Kaiser und Reich

1) In einem gleichzeitigen Schreiben an den Etats-Minister Finckenstein bemerkte Dohm: »In meinem Immediat-Berichte habe ich den Punct wegen der Nuntiatur-Irrungen kürzer gefasst und den von den Diöcesan-Ansprüchen ganz übergangen, da ich nicht weiss, ob letzterer dem König schon bekannt ist.«

entschieden zu sehen. Des Kaisers Maj.[1]) fänden zwar die vom Kurfürsten von der Pfalz bei dem Reichs-Hof-Rath gegen dessen Verfügung vom 27. Februar *a. p.* angebrachten Gründe für die Beibehaltung der Gerichtsbarkeit der Nuntien so wenig erheblich, dass Allerhöchstdieselben kein Bedenken trügen, die Sache gänzlich zu Gunsten der Erzbischöfe zu entscheiden. Um aber allen sonst zu besorgenden Weiterungen vorzubeugen und einmal ein festes Reichs-Gesetz zu Stande zu bringen, sei der Kaiser entschlossen, über die Sache ein Reichs-Gutachten zu begehren. Ehe aber dieses geschähe, wünsche man mit Zuverlässigkeit zu wissen, wohin über diesen Punct die Gesinnungen der protestantischen Stände und vor allem die von E. K. M. gehen möchten, als wornach sich die andern wohl vorzüglich richten würden. Man schmeichle sich, dass E. K. M. als einer der ersten Stände des Reichs die Herstellung der Freiheiten und Rechte der deutschen Kirche und die Abschaffung der widerrechtlichen Eingriffe des römischen Hofes gern sehen und diejenigen Gesinnungen auch itzt bethätigen würden, welche Allerhöchstdero glorwürdigste Vorfahren so oft und mit patriotischem Eifer geäussert hätten. Der Kurfürst bediente sich sogar des Ausdrucks, dass er von dem guten Erfolge der Sache ganz versichert sei, wenn E. K. M. der Beschützer der deutschen Kirche sein wollten. 1788 Mai 16

»Ich konnte hierauf im Allgemeinen nichts anders erwidern, als diejenigen Versicherungen zu wiederholen, welche ich nach E. K. M. Cabinets-Ministerii mir ertheilten . . . Instructionen schon sonst gegeben, dass Allerhöchstdieselben auch in Absicht dieser Sache Allerhöchstdero auf die unverrückte Aufrechthaltung der Rechte und Unabhängigkeit des Reichs gerichtete Gesinnungen bewähren würden. Da ich ein Mehreres zu erklären mich nicht berechtigt halten konnte, so verlangten der Kurfürst und sein Minister, dass ich von dieser mir gethanen vertraulichen Eröffnung Bericht erstatten und mir eine bestimmte Erklärung erbitten möchte, wie Allerhöchstdieselben diese Sache anzusehen geruheten und ob die kurbrandenburgische Gesandtschaft zu Regensburg würde angewiesen werden, sich für die gänzliche Abschaffung der von den päpstlichen Nuntien im Reich sich angemaassten Jurisdiction zu erklären. Der *p.* v. Waldenfels setzte hinzu, wie der kursächsische Hof mit den Erzbischöfen gänzlich übereinstimme und die von den päpstlichen Nuntien im deutschen Reich ausgeübte Jurisdiction für schlechterdings wahlcapitulationswidrig ansehe . . .

»Der eben genannte Minister ersuchte mich auch, die bekannte Angelegenheit der vom Erzstift Cölln behaupteten Diöcesan-Gerechtsame über die clevischen Lande E. K. M. . . . Cabinets-Ministerio in Erinnerung zu bringen und dahin anzutragen, dass das letztere umständliche kurcöllnische Schreiben vom 20. September *a. p.* gefälligst beantwortet und mir der allerhöchste Auftrag ertheilet werden möchte, diese unangenehme Irrung

1) Vgl. No. 238.

1788 Mai 16 mittels gütlichen Vergleichs beizulegen, wobei man kurcöllnischer Seits alle nur mögliche Willfährigkeit zu bezeugen sich beeifern werde . . .

»Zuletzt sagte mir der v. Waldenfels auch noch, wie der Kurfürst bei E. K. M. bevorstehenden Ankunft in hiesiger Nähe Allerhöchstdieselben durch einen eigenen Gesandten würde complimentiren lassen. Auch setzte derselbe hinzu, der Kurfürst wünsche so lebhaft, E. K. M. persönlich zu kennen und seine Allerhöchstdenenselben gewidmete Gesinnungen zu bezeugen, dass er wohl vielleicht sich noch entschliessen dürfte, selbst incognito nach Wesel zu gehen und E. K. M. sich unter dem Namen eines Grafen v. Stromberg vorstellen zu lassen. Der v. Waldenfels eröffnete mir dieses zwar nur *en particulier* und mit dem Wunsche, dass ich davon keinen Gebrauch machen möchte; ich zweifle indess nicht, wie die Absicht dieser Äusserung keine andere war, als dass ich E. K. M. von derselben Bericht erstatten und mich erkundigen möchte, ob der Besuch des Kurfürsten Allerhöchstdenenselben angenehm sein möchte . . . Falls E. K. M. geruhet hätten, die von dem päpstlichen Nuntius in Cölln begehrte öffentliche Audienz zu bewilligen, so würde der Kurfürst unstreitig dadurch in nicht geringe Verlegenheit kommen. Meiner geringen Einsicht nach dürfte es alsdann am besten sein, das Vorhaben des Nuntius dem v. Waldenfels bekannt zu machen, damit der Kurfürst, wenn er bei seinem Entschluss bliebe, durch die Gegenwart des Nuntius wenigstens nicht überrascht werde.«

Mai 22 **215. Geheimer Rath Dohm an den Etats-Minister Hertzberg.** Aachen 1788 Mai 22.

R. 11. 24. Eigenhändig.

Die Antwort des Königs auf das päpstliche Breve.

. . . »Unstreitig wird dem Papst in der Antwort des Königs kein andrer Titel als *Serenitas* gegeben werden können. Selbst vom teutschen Reich *in corpore*, wenn also die evangelischen Stände concurriren, wird dem Papst nicht die *Heiligkeit* gegeben, und sogar gegen den Gebrauch dieses Worts in der Wahl-Capitulation, wo doch der katholische Kaiser allein redet, ist wohl von Kur-Brandenburg monirt worden. Mit der ganzen Courtoisie, wie E. E. sie bestimmt haben, wird man in Rom völlig zufrieden sein und doch zugleich die ganze Welt sie billigen müssen, da sie der Würde eines protestantischen Monarchen nichts vergiebt, der den Papst bloss als Chef einer ihm fremden Kirche und souveränen Fürsten anerkennet. Nur stelle ich ehrerbietigst anheim, ob es nicht besser wäre, wenn diese Antwort erst nach der Rückkunft des Königs in Berlin ausgefertigt und dem Papst übersandt würde. Die Audienz schiene dann weniger verabredet und wie sie wirklich ist, bloss Folge des Wunsches vom Papst, sich dem König zu nähern« . . .

---

216. Schriftwechsel zwischen dem Etats-Minister Hertzberg und dem Cabinet. 1788. 1788

R. 11. 59. Kur-Köln 15 und R. 96. 147. C.

Antwort auf die Wünsche des Kurfürsten von Köln (Zusammenkunft mit dem Könige, Nuntiatur-Sache). Anerkennung der Königswürde.

Hertzberg. Berlin Mai 23. Mai 23

Concept (geschrieben von Siebmann) und Mundum

Erbittet Befehle in Betreff Dohm's Bericht vom 16. Mai.

»Il semble, que c'est[1]) une attention de l'évêque de Cologne, à laquelle V. M. peut se prêter sans préjudice et qui fera un d'autant meilleur effet, que l'évêque de Cologne comme grand-maître de l'ordre Teutonique n'a pas voulu reconnaître jusqu'ici le titre et la royauté de Prusse, à cause des vieilles prétentions de l'ordre Teutonique sur la Prusse.

»Quant au premier point, touchant la jurisdiction des nonces, il me semble, que nous pourrions autoriser le Sr. de Dohm de donner à l'électeur de Cologne une réponse vague et dilatoire jusqu'à ce que V. M. ait plus de temps à Se concerter là-dessus avec l'évêque de Mayence, qui depuis quelque temps paraît vouloir ménager le pape, d'autant plus qu'il est à craindre, que l'empereur ne veuille augmenter son autorité en matières ecclésiastiques en Allemagne, en la fondant sur les débris de celle du pape.«

Eigenhändige Rand-Verfügung des Königs:

»Jai repondu a Dohm touchant le Voiage de l'Electeur quand a lafaire des nonciatures je ne veu absolument pas apuier en cela les vues de l'Empereur, je veux menager le Pape et empecher linfluence entiere de la Cour de Viene dans les afaires Eclesiastiques.«

Hiernach Cabinets-Befehl (Charlottenburg 24. Mai; Mundum, geschrieben von Laspeyres): »J'ai déjà répondu au Sr. de Dohm touchant le voyage de l'électeur de Cologne à Wésel sous le nom de comte de Stromberg, que je serais charmé de faire la connaissance personnelle de ce prince. Quant à ce qui concerne l'article des nonciatures . . . mon intention est de ne vouloir absolument pas appuyer en cela les vues de l'empereur. Je veux ménager le pape et empêcher l'influence entière de la cour de Vienne dans les affaires ecclésiastiques de l'Empire.« Mai 24

Demzufolge Erlass des Auswärtigen Departements an Dohm (Berlin 31. Mai; Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg): »Anlangend die Anfrage . . . ob Wir Uns auf dem Reichstage für die gänzliche Abschaffung der Jurisdiction der päpstlichen Nuntien im Reich erklären würden, so thut Ihr wohl, eine weitläuftige Discussion darüber zu vermeiden, und dürfet nur, wenn Ihr deshalb wieder befraget werdet, so Mai 31

1) Die vom Kurfürsten erbetene Zusammenkunft mit dem Könige.

1788 Mai 31 viel äussern, dass Ihr Ursach hättet, zu glauben, Wir wären von dem ganzen Umfange der Sache noch nicht genug unterrichtet, sondern Wir würden abwarten, wie die Sache auf dem Reichstage würde vorgetragen werden, und dass Wir alsdenn gewiss Unsere Vota nach dem wahren Interesse des Reichs und nach echten Grundsätzen, ohne Nebenabsichten ablegen würden. Was endlich das prätendirte Diöcesan-Recht im Clevischen betrifft, so hat die clevische Regierung ihren Bericht darüber erstattet[1]), und Wir werden nach Zeit und Umständen Euch nähere Instruction darüber ertheilen.«

Mai 23 **217. Etats-Minister Hoym an den Polizei-Director Kirchstein zu Neisse.** Breslau 1788 Mai 23.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 24). Concept.

Verbot des Proselytenmachens.

»Aus dem Bericht des Policei-Directoris Kirchstein zu Neisse . . . ersehe ich, dass dortiger Propst Graf v. Schlippenbach sich auf das Proselytenmachen legt: eine Sache, von der ich gar nicht geglaubt hatte, dass er sie verstünde. Es kann der Polizei-Director dem Herrn Propst nur zu erkennen geben, wie es gut sein wird, dieses Geschäfte nicht ferner zu treiben, am wenigsten so scharf, dass die Bekehrten, wie der Fall mit seinen Bedienten geschehen ist, davon laufen. Sonsten solches ihm Unannehmlichkeiten zuziehen kann.«

Mai 26 **218. Des Land-Jägermeisters Stein »Plan proposé à Sa Majesté le roi sur les affaires de la nonciature.«** Ohne Ort 1788 Mai 26.

R. 96. 170. G. Eigenhändiges Mundum.

Lucchesini soll den Papst zur Nachgiebigkeit in der Nuntiatur-Sache auffordern.

»Depuis l'instruction, que le cabinet de V. M. a donnée au comte de Goerz[2]), de soutenir les propositions, que l'électeur de Cologne pourrait mettre en avant contre les nonciatures en général et en conformité des articles du congrès d'Embs, il n'y a pas lieu de douter, qu'incessamment ces affaires ne soient mises en motion.

»Comme V. M. a garanti[3]) l'année précédente au pape la promesse, qu' Elle avait obtenue de la cour de Mayence, qu'on laisserait sans poursuite les articles du congrès d'Ems jusqu'à une convention amiable, à laquelle on mettrait incessamment la main, V. M. agira conformément à cette espèce d'engagement envers le pape, si Elle daigne donner les ordres précis et au plus tôt possible au marquis de Lucchesini d'avertir le pape: qu'il est

---

1) No. 208. 2) Ein Missverständniss; s. unter dem 22. Juni. Graf Johann Eustach v. Görtz war im December 1787, nach dem Tode von Schwarzenau, zum brandenburgischen Reichstags-Gesandten ernannt worden.

3) Vgl. *Responsio Pii VI. ad metropolitanos* p. 50 und die Nachträge.

temps de se déterminer sur l'envoi d'un prélat, pour traiter de ces affaires avec les membres de la hiérarchie, et qu'il n'y a pas moyen de retarder la résolution de prêter la main à toute convention amicale, qui pourrait lui être proposée, puisque V. M. ne pourrait pas empêcher l'électeur de Cologne d'aller en avant ni les archevêques et autres États ecclésiastiques d'agir selon les lois de l'Empire; qu'ainsi V. M. conseille tellement à Sa S^té^ de donner les mains à l'accord, dont l'ouverture Lui pourrait être faite; qu'au cas contraire V. M. déclare ne pas pouvoir sauver ses intérêts, comme Elle l'eut désiré de faire, autant que la constitution pourrait le permettre. 1788 Mai 26

»Si V. M. daigne agréer cette démarche, j'en ferai incessamment part au marquis de Lucchesini, ainsi que du détail ultérieur de l'état des choses.

»Rédigé après une conférence, tenue en présence de S. A. E. de Mayence et du coadjuteur[1]), et ensuite approuvé par eux, le 26. de mai 1788.«

219.[2]) Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hertzberg. Berlin 1788 Mai 30. Mai 30

R. 11. 59. Kur-Köln 15. Concept, geschrieben von Siebmann.

Die kurkölnischen Diöcesan-Ansprüche auf Kleve-Mark.

»Si V. M. voit l'électeur de Cologne à Wesel, je crois, que ce prince tâchera de La prévenir et d'obtenir quelque chose d'Elle touchant le droit diocésain, qu'il prétend sur le duché de Clèves et le comté de la Mark. Ce prince met un grand prix à ce droit et le soutient avec chaleur et a envoyé ici pour cet effet son conseiller privé le baron de Schall l'hiver passé.[3]) Il a quelques titres pour lui et surtout la possession du droit diocésain jusqu'au temps du Grand-Électeur; mais les anciens ducs de Clèves et tous les ducs de la maison de Brandebourg depuis le Grand-Électeur l'ont toujours contesté, et il serait en effet désagréable, qu'un évêque étranger puisse diriger la religion catholique dans ce pays-là. Peut-être sera-t-il possible de s'arranger avec l'électeur à l'amiable; qu'on lui laisse exercer certains actes de discipline catholique, pour lesquels il faut pourtant l'intervention d'un évêque et qu'on a laissé jusqu'ici exercer au nonce du pape. J'ai voulu prévenir V. M. sur cette affaire. Si l'électeur Lui en parle, Elle pourrait dire: qu' autant qu' Elle savait, tous les ducs de Clèves depuis la réformation et même depuis le concile de Basle n'avaient jamais reconnu le droit diocésain des archevêques de Cologne; que c'était d'ailleurs une affaire, qui exigeait des discussions et que V. M. n'était pas éloignée de la faire discuter par les ministres des deux cours. Je crois, que de cette manière V. M. pourra Se débarrasser des importunités de l'électeur de Cologne.«

Am Rande die Notiz: »Ist ohne Antwort geblieben.«

---

1) Dalberg. 2) Vgl. unter dem 29. April. 3) Vgl. No. 176.

1788 Mai 30 **220. Ministerial-Erlass an die tecklenburg-lingensche Regierung.** Berlin 1788 Mai 30.

Lingen Eccles. Concept (Anweisung von Scholz). Auszug bei *Goldschmidt*, *Grafschaft Lingen* S. 363.

Der Bischof von Paderborn übt fortan in Lingen die bischöflichen Verrichtungen aus. Die geistlichen Stellen nur für Einländer!

Das Geistliche Departement ist mit dem Auswärtigen Departement »übereingekommen, dass in Zukunft die *iura ordinis* und übrige bischöfliche Verrichtungen in dortiger Provinz durch den Fürsten Bischof zu Paderborn ausgeübt werden sollen.[1]) Da nun auch letzterer sich nach dem . . . Schreiben vom 10. d. M. hiezu geneigt erkläret hat, so befehlen Wir Euch hiermit . . ., dem Nuntio zu Brüssel von nun an nicht die geringste Einmischung in das katholische Kirchenwesen Unserer Grafschaft Lingen zu gestatten, sondern Euch bei allen dahin einschlagenden Vorfällen nirgends anders als an den Herrn Fürsten Bischof zu Paderborn zu verwenden und darauf zu halten, dass, den ergangenen Verordnungen gemäss, bloss Unsere Unterthanen, welche auf einländischen Universitäten ihre Studia absolviret haben, zu geistlichen Stellen admittiret werden.«

Juni 3 **221. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hertzberg.** Berlin 1788 Jun. 3.

R. 11. 24. Concept, geschrieben von Siebmann.

Das päpstliche Schreiben und seine Beantwortung.

»V. M. ayant agréé de voir le nonce du pape à Wésel, je crois devoir Lui dire encore, que selon le rapport du Sr. de Dohm le nonce Lui remettra une lettre latine du pape[2]), dont il nous a envoyé la copie et dans laquelle le pape réclame l'appui de V. M. pour le soutien des nonces en Allemagne. Comme V. M. ne voudra S'engager à rien à cet égard, surtout sans la concurrence de l'électeur de Mayence, et que d'ailleurs Elle ne S'arrêtera pas longtemps à Wésel, je crois, que V. M. pourra différer jusqu'à Son retour à Berlin de faire répondre à cette lettre du pape, d'autant plus qu'il conviendra de le faire en latin, dans laquelle langue on peut mieux éviter le titre de *Sainteté* et *Béatitude* que dans la langue française.«

Am Rande der Vermerk: »Ohne Antwort.«

---

1) Vgl. unter dem 28. März.

2) S. unter dem 5. April und 1. Mai.

222. Cabinets-Befehl an die Etats-Minister Finckenstein und Hertzberg. Wesel 1788 Juni 9. 1788 Juni 9

R. 11. 24. Mundum, geschrieben von Lombard.

Das päpstliche Schreiben und seine Beantwortung.

»Le pape m'a fait remettre par le nonce au cercle du Rhin l'écrit[1]), que je vous envoie, par lequel il cherche à m'engager à ne pas suivre l'exemple des princes, qui ont dépouillé la nonciature de ses anciens priviléges, mais à contribuer à la maintenir dans les droits qu'on lui a reconnus jusqu'ici. Vous répondrez là-dessus, que je tâcherai de m'intéresser à ce que les deux nonciatures présentes restent *in statu quo*.«

Eigenhändige Nachschrift des Königs:

»Il faut surtout faire sentir dans cette reponse au Pape que javés obtenu de la Cour de Majance quon laisseroit sans poursuite les afaires du Congres dEmbs jusqu'a une convention amiable a laquelle on mettroit incesament les mains, et il faut marquer a Görtz quil ne soutiene pas trop vivement les propositions de l'Electeur de Cologne contre les Nonciatures, car il vaut encore mieux laisser lanciene influence du Pape de Rome que de risquer que le Pape de Viene fasse la loix dans les afaires Eclesiastiques de lempire et c'est a cela quils en veulent venir si lon ni prete attention.

F. Guillaume.«

223.[2]) Cabinets-Befehl an die Etats-Minister Freiherr Friedrich Anton v. Heinitz und Dörnberg. Wesel 1788 Juni 9.

R. 96 (Minüten des Cabinets 88, 341).

Beschwerde von lingenschen Katholiken in Schul-Sachen.

»Die katholischen Einwohner zu Sultrup beklagen sich in der Anlage, dass sie genöthigt würden, ihre Kinder zur protestantischen Schule zu schicken, wenigstens für dieselben dem reformirten Schullehrer das Schulgeld zu bezahlen, da sie doch die Erlaubniss erhalten hätten, ein eigenes Schulhaus zu erbauen, und mit einen geschickten Lehrer versehen wären. Ihr müsst die eigentliche Beschaffenheit der Umstände näher untersuchen und diese Sache zu arrangiren gemeinschaftlich bemüht sein.«

---

1) S. unter dem 5. April. Ueber die dem Nuntius (Pacca) gewährte Audienz s. dessen *Memorie storiche* p. 92 ff.

2) Vgl. unter dem 28. September 1789.

1788 **224. Schriftwechsel zwischen dem Residenten Ciofani und dem Etats-Minister Hertzberg.** 1788.

R. 46. B. 78. Eigenhändiges Mundum bezw. Concept (geschrieben von Siebmann).

Die päpstliche Bestätigung der Coadjutor-Wahl in Breslau.

Juni 11 Ciofani. Rom Juni 11.

»Je suis déjà en correspondance avec le prince de Hohenlohe, mais je ne saurais pas pousser l'affaire de la coadjutorie, sans entendre les déterminations de S. M. et du chapitre de Breslau sur l'admission du bref d'éligibilité. La nécessité de ce bref étant démontrée à l'évidence, il me semble, que le moyen terme proposé par le St.-Père soit le plus obligeant, puisque, sans blesser les droits et les convenances du chapitre, sans émaner[1]) *bullam sanatoriam* pour toutes les nullités, le pape est si bon, pour se borner à faire mention du bref en question dans le décret de confirmation et dans la commission du procès sur le coadjuteur. Pour ne pas perdre plus de temps, multiplier des dépenses et renoncer au droit de commettre la formation du procès aux évêques sujets du roi, il me semble aussi, qu'il faut demander de la cour du pape de charger d'une pareille commission le vicaire apostolique de Breslau« . . .

Juli 5 Hertzberg. Berlin Juli 5.

. . .»J'ai cru, que cette affaire était finie par le rescrit, que je vous ai adressé en date du 31. de mai, selon lequel le chapitre a répondu, qu'il se soumettait à la décision du pape et que sans contestation ultérieure il attendait la confirmation de l'élection du coadjuteur. Je vous envoie ci-joint une traduction de la lettre dudit chapitre[2]), qui me semble ne laisser rien à désirer, de sorte que le pape n'aurait qu'à faire expédier la confirmation du coadjuteur selon l'usage. Je ne trouve aussi rien à dire, que le pape charge le vicaire apostolique de Breslau de la formation du procès« . . .

Juni 12 **225. Ministerial-Resolution für die »katholischen Eingesessenen des Kirchspiels Brochterbecke.«** Berlin 1788 Juni 12.

Lingen Eccles. Concept, gezeichnet vom Geheimen Ober-Justiz-Rath Lamprecht.

Kein katholischer Schulmeister!

»Den u. s. w. wird auf ihr . . . Gesuch um Ansetzung eines eigenen Schulmeisters hiermit zur Resolution ertheilet, dass, da nach der den Lingenschen katholischen Eingesessenen im Jahre 1717 ertheilten Concession[3]) und deren Declaration von 1739[4]) bloss der Privat-Gottesdienst zugestanden und die Ansetzung des Schulmeisters ausdrücklich, bei Verlust der

---

1) Nach dem italienischen *emanare*. 2) No. 205.
3) Band 1, 873. 4) Band 1, 889.

Concession, untersagt worden, solches nicht Statt finde und die Regierung ganz recht darauf gedrungen habe, dem protestantischen Schulmeister das Schulgeld zu entrichten, wozu sie nach der gedachten Cocession ausdrücklich verbunden sind. Auch haben Supplicanten sich um so mehr zu bescheiden, da ihnen schon durch die Gestattung einer Glocke eine besondere Gnade widerfahren ist.« 1788 Juni 12

Wesentlich übereinstimmend eine Ministerial-Resolution für »die katholischen Unterthanen Telsemeier, Schaa, Richter et Consortes zu Lingen.« (Berlin 27. Juni; Concept, gezeichnet von Scholz.) Juni 27

---

226. Land-Jägermeister Stein und Geheimer Rath Dohm an den Etats-Minister Hertzberg. Düsseldorf 1788 Juni 15. Juni 15

R. 11. 164. Mundum.

Preussen soll zwischen Rom und den Erzbischöfen vermitteln, damit die geistlichen Höfe sich nicht Oesterreich in die Arme werfen.

»Nous trouvant ici de retour de Clèves et du Loo[1]), nous croyons être de notre devoir de rapporter à V. E. ce que S. M. nous a ordonné sur les contestations entre la cour de Rome et l'église germanique, et qu' Elle approuva entièrement le plan[2]), que l'électeur de Mayence et le coadjuteur Lui ont fait présenter par moi, *p.* Stein, auquel Elle donna les ordres réitérés de l'éxpédier incessamment au marquis de Lucchesini, pour que celui-ce en fasse sans perte de temps l'usage convenable à la cour de Rome: de quoi nous nous acquittâmes par la présente poste.[3])

»Ce plan referme l'idée de coopérer autant que possible de la part de S. M., pour terminer les anciens, mais surtout les nouveaux différends par un concert amiable.

»Le parti, que les cours ecclésiastiques ont pris très-fermement de porter leurs griefs très-fondés contre le pouvoir illégal et inconstitutionnel, que les nonces veulent s'arroger, à la diète de l'Empire, met indubitablement la cour de Berlin à même de donner à ces affaires la direction et la tournure, qui conviendra en même temps à la constitution de l'Empire et à la politique de la Prusse, dont les intérêts dans ce cas nous paraissent ainsi que dans beaucoup d'autres se trouver exactement les mêmes.

»Nous ne manquerons pas, dès que nous serons de retour à nos postes, de faire au roi nos rapports plus détaillés sur cette matière et sur la marche, qu'on pourrait suivre dans l'avenir, ayant profité de notre entrevue, pour discuter tous les points de l'affaire en question et de nous communiquer nos idées.

---

1) Wohin sie den König begleitet hatten.

2) S. unter dem 26. Mai. 3) S. unter dem 24. Juni.

1788 Juni 15 »Nous crûmes, que V. E. serait bien aise d'être informée de la déclaration, que le marquis de Lucchesini reçoit l'ordre de faire au cardinal secrétaire d'État, et, faute du temps nécessaire pour en tirer une copie, nous prions Mr. le marquis de la mettre sous les yeux de V. E.

»Nous jugeâmes cela d'autant plus important, que nous ne doutâmes pas, qu' Elle voudra faire rédiger en conséquence la réponse du roi au bref du pape présenté par le nonce à Wesel.[1])

»Comme cette réponse viendra sûrement à la connaissance ne tout le monde par les gazettes de Rome, V. E. jugera à propos de donner à cette réponse la tournure, qu' Elle croira la plus convenable, pour que la cour de Rome ne puisse pas se flatter d'une assistance sans bornes, ce qui aurait sans aucun doute les suites les plus défavorables pour le succès de la bonne cause, en nous aliénant tout-à-fait et pour jamais les cours ecclésiastiques, dont l'influence dans les affaires de l'Empire est un objet d'une importance majeure pour l'union germanique, et ce qui, même dans le cas qu'on voulût soutenir la cour de Rome, ne saurait pas empêcher ces cours de poursuivre leur marche pour elles seules.

»Il est de notre commun devoir de représenter à V. E., que ce dernier parti aurait infailliblement la suite, que les cours ecclésiastiques se jetteront entièrement entre les bras de la cour de Vienne: ce que nous cherchons à empêcher en soutenant le pape, tandis que le sublime rôle de conciliateur les gagnera à tout jamais pour le roi.«

Juni 20 **227. Immediat-Bericht des Geheimen Raths Dohm.** Aachen 1788 Juni 20.

R. 10. 79. Mundum.

Vorschläge für einen Vergleich zwischen dem Papste und den deutschen Erzbischöfen. Drängen des Kurfürsten von Köln.

»Wie ich in Cleve das mir immer unvergessliche Glück hatte, E. K. M. meine Ehrfurcht zu bezeugen, geruheten Allerhöchstdieselbe, mir auch über die Streitigkeiten zwischen dem römischen Hofe und den deutschen Erzbischöfen Allerhöchstdero Gesinnungen zu äussern und zugleich zu genehmigen, dass ich mit E. K. M. Gesandten in Mainz, dem v. Stein, wegen fernerer bester Behandlung dieser Sache communicirte. Diesem gemäss habe ich mit demselben nicht nur eine regelmässige Correspondenz verabredet, sondern auch sofort, so viel es die Kürze der Zeit erlaubte, mit ihm die wichtigsten hiebei vorkommenden Puncte genau untersucht.

»Mit sehr vielem Vergnügen habe ich von dem v. Stein vernommen, wie E. K. M. dem Papst einen gütlichen Vergleich und deshalb nothwendige Absendung eines Bevollmächtigten nach Deutschland anrathen wollen, da

---

1) S. unter dem 5. April.

nach meiner geringen Einsicht grade ein unter E. K. M. Vermittelung bewirkter Vergleich der beste und einzige Weg ist, dieser Angelegenheit eine Wendung zu geben, wie sie sowohl das allgemeine Beste Deutschlands als auch zugleich E. K. M. allerhöchstes Interesse erfordert, welches in diesem wie in so vielen andern Fällen mit jenem genau verbunden ist. Glücklicher Weise treffen nämlich Gerechtigkeit und Politik in dieser Sache so einstimmig zusammen, dass E. K. M. Sich nur für dasjenige erklären dürfen, was von der einen Seite offenbar billig und zum Wohle[1]) des katholischen Deutschlandes, von der andern aber dem Papst durch langen Besitz erworben ist, um zugleich alle nachtheilige Folgen zu verhindern, die[2]) der vergrösserte Einfluss der Erzbischöfe und des Kaisers allerdings besorgen liesse, wenn der zu Ems entworfene Plan ohne Einschränkung ausgeführet würde. Da ich diese Gegenstände mir etwas genau bekannt zu machen gesucht, so halte ich es in diesem Augenblick für Pflicht, meine geringe Gedanken zur weitern Prüfung . . . vorzulegen. 1788 Juni 20

»Jene doppelte Absicht nämlich könnte, wie mir scheint, am besten erreicht werden, wenn der Papst bei seinem bisherigen Besitzstand (1) in Absicht der Prüfung und Confirmation der Bischofs-Wahlen (2) und Verleihung der Präbenden in den Hochstiftern während 6 Monate des Jahres geschützt würde und hierüber eine förmliche Garantie des Reichs erhielte. Denn wenn in diesen beiden Puncten die Erzbischöfe ihren Zweck erreichten, so würden sie wahre deutsche Päpste und alle Bischofswahlen hingen von ihnen und zuletzt vom Kaiser ab. Dagegen müssten die Ehe-Dispensen und die geistliche Justiz nicht mehr auf dem bisherigen kostbaren und langsamen Wege in Rom (wo jede Rechts-Sache zum äussersten Druck der Parteien durch sieben Instanzen geht) gesucht, sondern diese beide Puncte den Erz- und Bischöfen überlassen werden. Doch würden bei Bestellung der geistlichen Ober-Gerichte nicht bloss die Erzbischöfe, sondern auch die Bischöfe und alle weltliche Reichs-Stände, welche katholische Unterthanen haben, concurriren müssen. Da der Papst besorgen muss, noch weit mehr zu verlieren, die Erzbischöfe aber auch zu fühlen scheinen, dass sie beim Emser Congress zu weit gegangen, so dürfte ein Vergleich, wovon diese Grundsätze die Basis wären, beiden Theilen annehmlich scheinen und dessen Bewirkung E. K. M. auch hierin zum Wohlthäter Deutschlands machen« . . .

Erbittet ferner die Befehle des Königs »in Absicht des kurcöllnischen Hofes . . ., der sehr dringend eine Erklärung wegen E. K. M. Gesinnungen über diese Sache und Äusserung, auf dem Reichstag von mir verlangt. Der Minister v. Waldenfels hat mir . . . schon wiederum ein Promemoria[3]) übersandt, welches zu Regensburg vorgelegt werden soll . . ., dessen Absicht ist, zu beweisen, dass die cöllnische Nuntien niemals im Besitz einer Jurisdiction gewesen, sondern von den Erzbischöfen zu Cölln immer

1) Hs.: »und Wohl«. 2) Hs.: »den«. 3) Vgl. No. 228.

1788 Juni 20 nur als politische Gesandte angenommen worden und nur mit deren Bewilligung wegen besonderer Zeitumstände mehrere Rechte ausgeübt haben. Da die von E. K. M. dem Nuntius bewilligte Audienz und huldreiche Aufnahme, welche derselbe nicht genug zu rühmen weiss, den Kurfürsten von Cölln schon äusserst aufmerksam gemacht hat, so dürfte, wenn man sich gegen ihn gar nicht erklären wollte, gewisse Folge sein, dass er sich ganz in der Meinung befestigte, E. K. M. hätten dem römischen Hofe eine unbedingte Unterstützung zugesichert: welches dann diesen Fürsten bewegen könnte, sich ganz allein der Leitung des Wiener Hofes zu überlassen und unter dessen Schutz die Sachen aufs äusserste zu treiben. Der *p.* v. Stein wird ohne Zweifel näher berichten, welche nachtheilige Folgen dieses auch in Absicht der andern Erzbischöfe und selbst des von Mainz haben könnte. Da aber der Kurfürst von Cölln (welcher nunmehr wieder nach Bonn retourniret ist) während seines Hierseins mir so angelegentlich und oft empfahl, ihm eine bestimmte, wo möglich beifällige Äusserung von E. K. M. zu verschaffen, so glaube ich hieraus mit Recht schliessen zu können, dass er dermalen im Begriff sei, einen festen Entschluss wegen seines fernern Benehmens in der Sache zu fassen.

»Aus diesen Gründen stelle ich . . . anheim, ob ich mich nicht etwa auf folgende Art gegen den Kurfürst äussern solle: *E. K. M. hätten gern vernommen, dass die deutschen Erzbischöfe ihre Beschwerden gegen den römischen Hof dem versammelten Reich vorlegen und dessen Bestimmung der bisher dunkeln oder missdeuteten Reichsgesetze verlangen wollen. E. K. M. hoffen, dass hiedurch der Weg gebahnet sei, diese Irrungen durch gütlichen Vergleich auf eine feste und bleibende Art beizulegen, und würden hiezu, insofern es Ihre Eigenschaft eines evangelischen Reichs-Mitstandes erlaubte, mit Vergnügen mitwirken, hätten auch dem römischen Hofe bereits einen solchen Vergleich anrathen lassen und würden es gern sehen, wenn es dem Kurfürsten gefiele, seine Gesinnungen über die Hauptpuncte, nach welchen ein solcher Vergleich geschlossen werden könnte, E. K. M. vorläufig im Vertrauen zu eröffnen.*

»Ich bin überzeugt, dass eine solche Äusserung dem Kurfürst von Cölln sehr angenehm sein und ihn abhalten würde, sich ganz der Leitung des Wiener Hofes zu überlassen, da er gewiss weit lieber durch E. K. M. als des Kaisers Unterstützung seine Zwecke zu erreichen wünscht.

»Noch muss ich . . . bemerken, wie der *p.* v. Stein mir gesagt, der kurcöllnische Comitial-Gesandte (welcher itzt zugleich die Stelle des kurmainzischen vertritt) habe einberichtet, dass der Graf v. Görtz die Instruction erhalten, wenn die Nuntiatur-Sache zur Deliberation käme, sich gänzlich für den Kurfürst von Cölln und die Durchsetzung des Emser Planes zu erklären. Nach E. K. M. mir bisher geäusserten Gesinnungen und be-

sonders dem Inhalt des ... Rescripts vom 31. v. M.[1]) kann ich nicht anders als hierunter einen Missverstand vermuthen.« Bittet um Communication der dem Grafen Görtz ertheilten Instructionen. 1788 Juni 20

228. Freiherr v. Waldenfels, kurkölnischer Staats-Minister, an das »preussische Ministerium zu Berlin«. Bonn 1788 Juni 21. Juni 21

R. 10. 79. B. Mundum.

Die Nuntiatur-Streitigkeit vor dem Reiche. Bitte um Unterstützung.

Geschichtliche Darstellung. »Es haben dahero die drei geistliche Herren Kurfürsten den einmüthigen Entschluss gefasst, Kais. Maj. zu bitten, dass Allerhöchstdieselbe geruhen möchten, ein Reichstags-Gutachten darüber zu forderen, ob ständige mit Gerichtbarkeit versehene Nuntiaturen im Deutschen Reich Statt haben und ob folglich die so beschaffene Nuntiaturen zu Kölln und München fernerhin bestehen sollen. Das zwischen dem römischen und kurköllnischen Hof in Betreff der Nuntien seit ohnfürdenklichen Jahren bestehende Verhältniss werden EE. EE. aus beigehender Denkschrift[2]) des mehrern ersehen und Sich daraus, wie ich hoffe, überzeugen, dass es jederzeit von der freien Willkür deren Herren Erzbischöfen von Kölln abgehangen habe, die an sie gesendete ständige Nuntien anzunehmen oder nicht. Sollten die von Kur-Kölln aufgestellte Gründe auch den Beifall des Königs von Preussen Maj. erhalten, so schmeichlen sich Ihro Kurf. D. von Kölln von den bekannten reichspatriotischen Gesinnungen Sr. K. M. von Preussen, dass Allerhöchstdieselbe die Gerechtsame der deutschen Nation überhaupt und der katholischen Erz- und Bischöfen insonderheit durch Höchstihro vollwichtige Stimme auf dem Reichstag dahin zu unterstützen geruhen werden, dass ein Reichs-Gesetz zu Stand komme, durch welches ausdrücklich verordnet werde, was bereits als eine nothwendige Folge in den Fürsten-Concordaten[3]) enthalten ist, dass in Deutschland keine ständige mit Gerichtbarkeit versehene Nuntien Statt haben sollen, folglich jene zu Kölln und München aufhören müssen« ...

229. Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements. Berlin 1788 Juni 22. Juni 22

R. 11. 24. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Unrichtige Beantwortung des päpstlichen Schreibens. Keine offene Erklärung zu Gunsten der Curie!

Bezugnahme auf den Cabinets-Befehl vom 9. Juni.

»Nous savons, que le baron de Stein a marqué à V. M.[4]), que nous avions instruirt le comte de Goertz de soutenir les propositions de l'électeur de Cologne contre les nonciatures, en conformité des articles du congrès d'Ems. Il y a du mésentendu à cet égard; nous n'avons jamais donné un

1) S. unter dem 23. Mai.

2) *Kurkölnisches Promemoria in Betreff der Nuntiaturen in Deutschland. 1788.* Vgl. S. 248 und *Pacca, Memorie* p. 102 ff. 3) Von 1447. 4) S. No. 218.

1788 Juni 22 ordre pareil au comte de Goertz, mais c'est seulement dans un rescrit au secrétaire Ganz[1]) qu'on lui a dit par manière de raisonnement, que, si les archevêques portaient à la diète leurs griefs contre les nonciatures, qui étaient fondés sur les constitutions de l'Empire, les princes protestants ne pourraient pas s'empêcher d'y prendre part et d'y adhérer, et qu'il devait demander là-dessus les avis des ministres de Saxe et d'Hannovre. Nous avons même ordonné au comte de Goertz dans un ordre de 8. de mai, qu'il devait se tenir sur la réserve dans ses explications sur l'affaire des nonciatures. En effet il serait difficile de soutenir les prétentions du pape et de ses nonces, d'exercer une jurisdiction dans l'Empire, et si V. M. voulait le faire et attaquer directement les articles du congrès d'Ems, Elle Se compromettrait non seulement avec la plupart des archevêques et Elle ne pourrait pas être soutenue par l'électeur de Mayence seul, qui abandonne l'association d'Ems par des vues particulières, mais Elle fournirait aussi à l'empereur un prétexte plausible de dire, que V. M., en affectant un grand patriotisme pour la constitution de l'Empire, la sacrifiait pourtant à Ses connexions avec la cour de Rome et à Ses préventions contre celle de Vienne. Il nous semble donc, que Son intérêt ne permet pas de Se déclarer ouvertement pour la cour de Rome, en disant au pape dans Sa réponse, qu' Elle avait engagé l'électeur de Mayence à abandonner les résolutions d'Ems. Le baron de Stein a lui-même reconnu cette vérité, et nous a instamment prié dans la lettre ci-jointe[2]), qu'il nous a écrite de Dussedorff avec le Sr. de Dohm, de tourner la réponse de V. M. au pape d'une manière, qui celui-ci ne puisse pas en abuser et faire voir au public par la publication de cette lettre, qu' Elle S'était décidée pour son système. Les raisons, que les sieurs de Stein et de Dohm allèguent dans cette lettre, sont très-justes, et nous y voyons en même temps, qu'on a suggéré à V. M. de faire sentir au pape par le marquis Lucchesini, qu'il tâche de s'accommoder avec les archevêques, à quoi V. M. contribuerait volontiers par Ses bons offices. Ce dernier parti est sans contredit le meilleur, tant pour le pape que pour V. M., et nous avons cru agir conformément à Ses intérêts, en dressant Sa réponse au pape dans ce sens. Nous nous flattons, qu' elle trouvera l'approbation de V. M., nous la présentons ci-jointe à Sa gracieuse approbation et signature avec une traductien française, et nous comptons de l'envoyer ensuite au Sr. de Dohm, pour la remettreau nonce du pape.«

Am Rande folgende, von Hertzberg dictirte Bemerkung:

»Der König hat den mit diesen Bericht ihm überschickten lateinischen Brief an den Papst unterschrieben zurückgeschickt, aber auf diesen Bericht nichts, weder schriftlich noch mündlich, geantwortet, ohngeachtet ich sowohl als der Graf von Finkenstein den Tag bei ihm zu Charlottenburg zur Tafel gewesen.«

1) Vgl. No. 195. 2) No. 226.

230. Königliches Schreiben an Papst Pius VI. Berlin 1788 Juni 23. 1788 Juni 23

R. 11. 24. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg. Gedruckt bei *Hertzberg*, *Recueil* 2, 475 und bei *Pacca*, *Memorie storiche* p. 96. — Das Mundum wurde am 24. Juni an Dohm mit dem Befehle geschickt, es an den päpstlichen Nuntius zu befördern.

Dank. Anerbieten einer Vermittelung im Nuntiatur-Streit.

»Fridericus Guillielmus Dei gratia rex Borussiae, sacri Romani imperii princeps elector, supremus Silesiae dux etc. etc. etc. Pio VI., supremo ecclesiae Romanae pontifici salutem plurimam dicit.

»Exhibitae Nobis sunt Vesaliae a nuntio Tuo, archiepiscopo Damiatensi, litterae, quas die V. Aprilis huius anni ad Nos dedisti, et idem nuntius Tuus tam amicam animi Tui erga Nos sententiam quam desideria Tua super litibus, quae Tibi cum archiepiscopis Germaniae obversantur, uberius Nobis exposuit. Pergratae Nobis fuerunt tam hae litterae Tuae quam legatio viri tam egregiis animi ingeniique dotibus conspicui et qui officio suo a Te ad Nos delegato summa cum dexteritate perfunctus est. Gratias Tibi agimus, serenissime princeps et clarissime praesul[1]), pro hoc voluntatis et aestimationis Tuae erga Nos documento, quod Nobis tam maiori in pretio est, cum ex omni tempore eximiam Tuam prudentiam insignesque virtutes, quibus solium Romanae ecclesiae exornas, suspexerimus et personam Tuam aequali studiò et veneratione prosequamur; speramus quoque et confidimus, quod ratio illa, qua subditi Nostri Tuae religionis in ditionibus Nostris habentur, Tibi non ingrata, sed suffragio Tuo digna erit.

»Dolemus multum de contentionibus illis, quae Tibi cum archiepiscopis Germaniae obtigerunt. Valde optamus et desideramus, ut illae amicabili ratione componi queant. Nulli dubitamus, quin temporum rationem habens, pro moderatione et sapientia Tua iam toti Europae cognita et probata, forsan, amicabili tractatione cum archiepiscopis per idoneum legatum instituta, media ad exoptatum hunc finem adsequendum invenias, ad quem Nos quoque omnia, quae in Nobis sunt officia, conferre semper parati erimus. Quod superest, fausta Tibi quaevis et felicia a summo numine expetimus et adprecamur.

»Datae sunt Berolini die XXIII. Junii 1788.«

1) Pacca a. a. O. p. 98 behauptet: »Nella lettera originale del rè e nella minuta a me data dal ministro Dohm si legge le parole *praesulum maxime* ed in quella stampata a Berlino furono sostituite le altre *praesul clarissime*.« Der zweite Theil dieser Behauptung ist falsch: der Druck stimmt mit dem Concept überein; der erste Theil ist unwahrscheinlich, doch liegt weder das Mundum noch die Dohm'sche Abschrift vor.

1788 Juni 24

231. Etats-Minister Hertzberg an den Land-Jägermeister Stein, Gesandten in Mainz. Berlin 1788 Juni 24.

R. 11. 164. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Hertzberg.

Schwanken des Königs in der Nuntiatur-Sache.

»J'ai reçu la lettre, que vous m'avez écrite avec Mr. de Dohm en date du 15. de juin, et le marquis de Lucchesini m'a fait voir la lettre, que vous lui avez écrite contenant le plan, que vous avez suggéré au roi à l'égard du pape. Ce plan est bon et conforme à mes idées et aux intérêts de l'État, mais il est contraire à la teneur de la réponse au pape, que le roi nous a prescrite par une lettre de sa propre main de Wesel.[1] J'avais déjà résolu de lui faire des représentations là-dessus, et après avoir reçu votre lettre et celle de Mr. de Dohm, je l'ai présentée au roi[2], ainsi qu'une réponse au pape, dressée selon nos idées communes, c'est-à-dire que le roi conseillait au pape de s'arranger avec les archevêques d'une manière amicale, à quoi le roi contribuerait par ses bons offices. Il a signé et approuvé la lettre, que j'envoie aujourd'hui en original et en copie à Mr. de Dohm, pour la remettre au nonce, mais le roi ne paraît pas avoir bien pris ma contradiction et la liberté de mes représentations. Il faut se consoler, que le bien a été effectué« . . .

---

232. Marquis Lucchesini an den Land-Jägermeister Stein, Gesandten in Mainz. Berlin 1788 Juni 24.

R. 92. Stein 21. Eigenhändiges Mundum.

Der Nuntiatur-Streit. Die Kurfürsten von Köln und Mainz. Lage des Königs.

»Votre lettre[3], mon cher baron, me parvint le 20. à Berlin, où je suis venu par ordre du roi.[4] Le 21. S. M. me prescrivit les termes, dont je devais faire usage en conseillant au pape l'envoi d'un prélat, pour négocier l'accommodement projeté entre la cour de Rome et celle de Mayence.

»Je me suis acquitté aujourd'hui de ces ordres avec la plus grande exactitude. Mr. de Hertzberg a fait une réponse au pape analogue à ces principes et a voulu vous écrire, pour vous assurer, qu'il n'avait jamais enjoint au comte de Goertz de soutenir les propositions de l'électeur de Cologne touchant les nonciatures.

---

1) S. unter dem 9. Juni.

2) S. unter dem 22. Juni.

3) S. unter dem 15. Juni.

4) L. hatte Rom Ende Januar, Mainz (wohin er um den 20. März gekommen war) Anfang April verlassen.

»Le roi dit, qu'il n'a la moindre envie de travailler à mettre le pape de Vienne à la place du pape de Rome pour les affaires ecclésiastiques de l'Empire. Notre cour a une dispute avec l'électeur de Cologne touchant les droits métropolitains, que ce prince veut s'arroger dans les États du roi en Westphalie. La cour de Mayence manqua à ses engagements contractés à Embs, pour avoir un coadjuteur; à cette heure elle voudrait reprendre ses anciens errements malgré ses offres et sa promesse au pape. Ceci peut avoir son mauvais et son bon côté. Mais, de grâce, qu'on ménage le roi dans tout ceci. Il n'a pas encore gagné de batailles, conquis des provinces, pour qu'il puisse adopter impunément le droit public de Frédéric II.« . . . 1788 Juni 24

233.[1] **Königlicher Erlass an den Geheimen Rath Dohm in Aachen.** Juni 27
Berlin 1788 Juni 27.

R. 10. 79. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Hertzberg.

Billigt seinen Vorschlag einer Vermittelung im Nuntiatur-Streit. Irrthum des Land-Jägermeisters Stein.

. . . »Da Wir . . . Euern . . . Bericht vom 20. Juni . . . erhalten, so approbiren Wir nicht allein die darin von Euch vorgeschlagene beide Grundsätze zu einem Vergleich zwischen dem Papst und den Erzbischöfen, sondern auch die Antwort, welche Ihr vorgeschlagen dem kurcöllnischen Minister v. Waldenfels auf die Euch gethane Äusserung zu geben, damit einestheils der Kurfürst von Cölln nicht gänzlich vor den Kopf gestossen und veranlasst werde zu glauben, als ob Wir uns gänzlich für den Papst erklären wollten, anderntheils aber auch sich nicht zu grosse Hoffnung von Unserm Beistande auf dem Reichstage mache. Es ist ein gänzlicher Missverstand und Irrthum, wenn der Frhr. v. Stein glaubt, dass Unser Ministerium den Grafen v. Görtz instruirt hätte, sich gänzlich für Kurcölln und für die Durchsetzung des Emser Plans zu erklären. Ihr werdet aus den abschriftlich beigehenden, nach Regensburg unter'm 15. März, 8. Mai und 24. Juni ergangenen Rescripten des mehrern ersehen, dass solches keinesweges ist, dass man bloss dem Legations-Rath Ganz und hernach dem Grafen v. Görtz geäussert, welchergestalt, wenn die Sache auf dem Reichstage zur Berathschlagung kommen sollte, die protestantischen Stände nach der Wahl-Capitulation allerdings berechtiget und schuldig wären, mit darüber zu

---

1) Dem Könige überreicht mit einem Immediat-Berichte Hertzberg's Berlin 27. Juni), in welchem es heisst: »J'espère, qu'Elle le trouvera entièrement conforme à Ses intentions, aux principes qu' Elle nous a prescrits et à ceux qui ont servi de base à la lettre, qu'Elle a écrite au pape et selon laquelle V. M. pourra devenir l'arbitre des contestations, qui subsistent entre la cour de Rome et les archevêques d'Allemagne.«

Der König verfügte: »cela est fort bien. F. G.«

1788 Juni 27 votiren und dass die Behauptungen der Erzbischöfe mehr als die des Papstes für sich hätten, welches aber einen Vergleich nicht ausschliesst. Zugleich aber ist dem Grafen v. Görtz wiederholentlich befohlen worden, sich in dieser Sache neutral und geschlossen bis auf nähere Instruction zu verhalten. Dieselbe werden Wir ihm nach den von Uns nunmehro angenommenen Grundsätzen ertheilen, wenn Wir erst sehen, was sowohl die Erzbischöfe als auch der Papst auf den ihnen von Uns ertheilten Rath thun werden. Wir erwarten auch von dem Frhrn. v. Stein zu Mainz nähere Nachricht, was er dort mit dem Kurfürsten verabredet. Ihr könnet ihm die Euch überschickte nach Regensburg ergangene Rescripta von dort, weil es näher und sicherer ist, mittheilen, um ihn aus seinen Vorurtheilen zu ziehn.»

Ministerial-Resolutionen für das Dominicaner-Kloster zu Nieder-Wesel und für die lingenschen Katholiken, s. unter dem 10. Mai und 12. Juni.

Juli 3 **234. Königlicher Erlass an den Land-Jägermeister Stein, Gesandten in Mainz.** Berlin 1788 Juli 3.

R. 11. 164. Concept, gezeichnet von Hertzberg.

Soll über die wahren Absichten des Kurfürsten von Mainz in der Nuntiatur-Sache berichten.

. . . »Je ne saurais vous cacher, que l'électeur de Cologne fait presser par son ministère le mien par plusieurs lettres[1]), pour que je me déclare à la diète de l'Empire pour les archevêques d'Allemagne dans l'affaire des nonciatures, qu'on veut porter à la diète par un décret de l'empereur. Selon mes lettres de Ratisbonne le ministre de l'électeur de Mayence, le baron de Karg[2]), assure aussi être instruit par l'électeur son maître de soutenir les principes des archevêques selon la convention d'Ems. Comme cela ne cadre guères avec ce qui m'a été mandé antérieurement, que l'électeur de Mayence voulait ménager la cour de Rome, à laquelle j'ai aussi conseillé la voie de la négociation et de l'accommodement, il faut que vous tâchez de tirer cette discordance au clair et de m'informer des véritables sentiments de l'électeur de Mayence, afin qu'il n'en résulte point de mésentendus et des contrariétés de mesures.«

---

1) Den letzten s. unter dem 21. Juni.

2) Karg (vgl. S. 204 Anm. 1) vertrat *ad interim* auch Kur-Mainz am Reichstage.

---

235. Schriftwechsel zwischen dem Etats-Minister Zedlitz und dem Auswärtigen Departement. Berlin 1788. 1788

Lingen Eccles.

Mitwirkung der lingenschen Regierung bei der Berufung der katholischen Geistlichen in Lingen.

Zedlitz. Juli 4. Juli 4

Concept.

Sendet Bericht der lingenschen Regierung vom 19. Juni. »Und da es zu den Obliegenheiten der Regierung gehöret, auf dasjenige zu halten, was Ordnung und die Landesverfassung mit sich bringen, so zweifle ich keinesweges, dass Dieselben[1]) den dahin gerichteten Vorschlag, dass die geistliche Gewalt und Mission in der Grafschaft Lingen nur solchen Subjectis ertheilet werde, welche von der Regierung dazu präsentiret und *resp.* approbiret sind, auch von solchen keiner ohne erhebliche Ursache zurückgewiesen werden dürfe, der Sache angemessen finden werden. In solcher Voraussetzung ersuche ich EE. EE. daher, den Herrn Fürsten Bischof zu Paderborn davon . . . zu unterrichten.«

Das Auswärtige Departement. Juli 10. Juli 10

Mundum, gezeichnet von Hertzberg.

»Wir haben . . . an den Fürst-Bischof zu Paderborn . . . das Erforderliche erlassen.

»So rathsam diese Vorsicht ist, so wenig kann man dem Bischof, der die Priester-Weihe und denn die geistliche Gewalt und Mission ertheilet, die Prüfung oder das canonische Scrutinium sowie die Ausschliessung eines *subiecti inhabilis et irregularitate laborantis* verwehren.«

Etats-Minister Hertzberg an den Residenten Ciofani, s. unter dem 11. Juni. Juli 5

236.[2]) Bericht des Land-Jägermeisters Stein, Gesandten am kurmainzischen Hofe. Mainz 1788 Juli 6. Juli 6

R. 11. 164. Mundum.

Die Curie hat dem Kurfürsten von Baiern einen geistlichen Zehnten gewährt. Die Erzbischöfe werden ihre Beschwerden vor den Reichstag bringen. Bitte, sie zu unterstützen. Druckschrift des kurkölnischen Ministers Waldenfels. Dohm und der Kurfürst von Köln. Rechtfertigung der kurmainzischen Politik. Ein neuer Versuch der Curie, die Anerkennung der Münchener Nuntiatur zu erzwingen.

»L'affaire des nonciatures et les différents griefs des archevêques d'Allemagne contre la cour de Rome commençant à prendre de jour en jour une tournure plus sérieuse et occupant très-vivement les cabinets dans ces contrées, j'ai cru être de mon devoir de mettre sous les yeux du ministère du cabinet de V. M. la correspondance récente entre l'électeur

1) Die Minister des Auswärtigen Departements. 2) Beantwortet am 14. Juli.

1788 Juli 6 de Mayence et l'archevêque de Salzbourg sur la décimation de tout le clergé dans les États bavaro-palatins, que le nonce de Munich vient d'accorder à cet électeur uniquement pour lui fournir des sommes d'argent pour ses bâtards.[1]) Dans la position présente des affaires du pape dans l'Empire cette démonstration étonnante des intentions despotiques de la cour de Rome, qui dans le présent cas se permet même de ne pas observer les formes anciennement en usage en pareille occasion, n'a pas pu manquer de faire la plus mauvaise impression possible sur tout le haut clergé d'Allemagne, et je ne doute pas, qu'elle n'accélère pas beaucoup les démarches, que les archevêques, celui de Cologne à la tête, se proposent de faire auprès de tous les États de l'Empire, pour se procurer enfin à la diète le soutien, qu'ils réclament vainement depuis tant de siècles. L'électeur de Cologne et son ministre, le baron de Waldenfels, surtout me parurent tout attendre de la part de V. M. après le rapport, que le baron de Karg leur a fait de Ses dispositions favorables, que le comte de Goerz lui avait fait connaître; l'électeur de Cologne croit[2]) avec quelque fondement, que l'appui des principales cours protestantes ne peut pas lui manquer également, puisqu'au fond les archevêques ne demanderont rien d'elles que cela, à quoi les cours protestantes les excitèrent elles-mêmes dans leur célèbre lettre de l'an 1703.[3]) C'est proprement et uniquement cette espérance de réussir par la diète, qui encourage l'électeur d'y porter ses griefs contre son nonce de Cologne nonobstant la promesse très-positive, que l'empereur lui donna, de poursuivre les nonciatures, en cas que cette affaire fût portée à sa connaissance et à sa décision; qu'à cet égard il n'en agirait pas autrement vis-à-vis de celle de Cologne qu'avec celle de Munich, quand même tout le conseil aulique serait d'une opinion contraire à la sienne. Voilà selon moi ce qu'il importe beaucoup pour les intérêts de V. M. dans l'Empire d'éviter très-soigneusement, et puisque ces affaires sont incontestablement qualifiées pour être portées à la diète, je suis persuadé, Sire, que Vous ne sauriez mieux faire que de faire connaître à l'électeur de Cologne et aux autres archevêques, qu'ils peuvent compter positivement sur l'appui et sur les bons offices de V. M. à la diète dans toutes leurs prétentions et plaintes contre la cour de Rome, tant que celles-là se trouveront fondées dans la constitution et sur l'état des possessions réciproques.

»Le Sr. de Dohm me mande, qu'il a mis sous les yeux de V. M. un mémoire imprimé du ministre baron de Wallenfels, que j'ai de mon côté envoyé au marquis de Lucchesini.[4]) Par cet ouvrage il paraît assez constaté, que contre l'opinion jusqu'ici généralement reçue le St.-Siége n'a jamais été dans la possession paisible de faire exercer volontairement par ses nonces des actes de jurisdiction dans l'archevêché de Collogne, mais

1) Vgl. *Reuss*, *Teutsche Staatskanzlei* 22, 263 ff. und das zu No. 255 citirte Werk von Cäsar S. 219 f.

2) »croit« fehlt in der Hs. 3) Vgl. No. 195. 4) Vgl. S. 241 Anm. 2.

que la majeure partie de ceux desquels la cour de Rome veut déduire son état de possession, n'étaient qu'ou clandestinement exercés ou contredits dans nombre d'occasions ou enfin tolérés par la négligence ou l'inadvertance des évêques suffragants. Ce mémoire paraît porter l'empreinte de la vérité, et on est assez curieux de voir l'effet, qu'il produira auprès de la cour de Rome. L'électeur de Cologne me témoigna à différentes fois ses regrets de n'avoir pas pu faire sa visite à V. M. Il me parut infiniment content du Sr. de Dohm, dont il me parla avec éloges. Il en fit de même du bon voisinage avec les États de V. M. et de [la] façon juste et légale, dont les tribunaux en agissaient envers lui-même et envers ses sujets. J'ai tout lieu de croire, qu'il me parla très-sincèrement à cette occasion, et je suis tenté de croire, qu'il ne serait pas du tout impossible de tirer de ces dispositions favorables un parti très-avantageux pour les affaires générales de l'Empire; car je crois, que ce prince est bon patriote au fond du cœur, et je ne saurais me persuader, qu'il veuille donner les mains à l'agrandissement de pouvoir de la cour de Vienne dans les affaires de l'Empire. Il serait à souhaiter, que le Sr. de Dohm pût mettre cette façon de penser de l'électeur de Cologne à profit et obtenir de lui et de son ministère la promesse positive, qu'à la diète ils feront toujours voter affirmativement des propositions tendantes à la conservation de la constitution de l'Empire, qui y seront portées. 1788 Juli 6

»Au retour de la visite, qu'il fit aux électeurs de Trèves et de Cologne, celui de Mayence fit rédiger par le suffragant Sr. de Heimes[1]) et par le Sr. de Deel[2]) la ponctuation très-humblement ci-jointe de la marche, qu'il propose de suivre dans l'affaire des nonciatures et autres griefs contre la cour de Rome.

»En suite de celle-là il a déjà fait partir la lettre officielle aux trois archevêques[3]), dont je mets la copie sous les yeux de V. M. Dès que leur réponse sera venue, l'électeur de Mayence écrira à tous les États de l'Empire (dont la désignation se trouve très-humblement jointe à la présente), pour demander leurs suffrages à la diète de l'Empire. Toutes ces pièces nous ont été communiquées ministériellement avant-hier, pour les faire parvenir à nos cours, encore avant les lettres, que l'électeur se propose de leur adresser.

»Je dois ne pas laisser ignorer à V. M., que le vrai dessein de l'électeur de Mayence était de tout temps celui d'engager l'électeur de Cologne de ne point porter ses griefs à l'Empire contre son nonce, avant que la nonciature de Munich ne fût expulsée, et rien n'a été négligé pour déterminer le dernier à cela. Par conséquent l'électeur de Mayence s'est entièrement mis à l'abri du reproche et du soupçon de n'être pas resté fidèle à

---

1) Vgl. S. 70 Anm. 1.

2) Philipp Karl v. D., kurmainzischer Wirklicher Geheimer Staats-Rath.

3) Mainz 21. Juni 1788; bei (*A. U. Mayer*) *Geschichtmässige Erörterung der richtigen Frage, ob es rathsam sei, dass die Stände des Reichs mit dem römischen Hofe über die vorwaltenden Nuntiatur-Streitigkeiten in Vergleichs-Unterhandlungen sich einlassen* (*Frankfurt 1789*) S. 48 f.

1788 Juli 6 ses engagements à la cour de Rome, garantis par V. M. Mais quoique l'archevêque de Salzbourg soit aussi de l'opinion de l'électeur de Mayence, on doute généralement, qu'il sera possible de persuader l'électeur de Cologne à cela. L'électeur de Mayence a informé les autres des démarches faites par ordre de V. M.[1]) par le marquis de Lucchesini (sans cependant dire, par qui ou comment), que le pape était averti et qu'on lui avait conseillé de très-bonne part d'envoyer un prélat en Empire, pour négocier un concert amical avec les membres de l'église germanique. Les deux électeurs parurent désirer, que la cour de Rome voulût suivre ce sage conseil, et il ne faut pas douter, que plusieurs membres seront de la même opinion. Comme ceux-ci vont être consultés, ce qui ne s'était pas fait lors du congrès d'Embs, on saura dans peu et d'une façon plus déterminée leur façon de penser à cet égard.

»Ce qu'il y a de certain, c'est qu'il resteraient bien de moyens au pape, pour se tirer avec succès du danger imminent de perdre toute son influence dans l'Empire, si la mauvaise politique des Romains lui permettait de voir les choses telles qu'elles sont. Mais c'est vainement qu'on espérait. Car encore dans le présent moment on fait une nouvelle tentative, pour faire reconnaître la nonciature de Munick, en exigeant, que le procès informatif du coadjuteur baron de Dalberg, comme coadjuteur de l'évêque de Constance, soit instruit par le nonce de Munick, tandis que depuis un temps immémorial c'était toujours celui de Luzerne qui devait s'en charger. Il doit paraître étonnant, que la cour de Rome ait déjà perdu le souvenir, que l'année dernière sa proposition à l'égard de l'instruction du procès informatif du coadjuteur de Worms par le nonce de Münick fut rejetée haut à la main et qu'on lui déclara assez vertement, que plutôt on se passerait tout-à-fait de sa confirmation.

»L'électeur est parti le vendredi passé pour Aschaffenburg, et je me prépare à le suivre dans peu, dès que j'aurai préparé tout ce qui appartiendra pour mettre toute la suite de cette affaire bien clairement sous les yeux du Sr. de Dohm, dont je demande l'arrivée avec les dernières instances à V. M.« . . .

Juli 9 **237. Königliches Edict.** Potsdam 1788 Juli 9.

R. 47. 1. Mundum, geschrieben von dem Schreiber des Etats-Ministers[2]) Woellner, corrigirt von Woellner, gezeichnet vom Könige, gegengezeichnet von Carmer, Dörnberg und Woellner. Dem folgenden Text ist der von der Handschrift mehrfach abweichende Druck im *Novum Corpus Constitutionum Brandenburgico-Prussicarum* 8, 2175 zu Grunde gelegt.

»*Die Religions-Verfassung in den preussischen Staaten betreffend.*«

»Wir Friedrich Wilhelm u. s. w. thun kund und fügen hiemit jedermann zu wissen, dass, nachdem Wir lange vor Unserer Thronbesteigung

---

1) Vgl. No. 232.

2) Am 3. Juli war Woellner Etats-Minister geworden und hatte das Geistliche Departement in dem Umfange, wie Zedlitz es verwaltet (vgl. Band 4, 410), erhalten (R. 9. J. 3).

bereits eingesehen und bemerket haben, wie nöthig es dereinst sein dürfte, nach dem Exempel Unserer durchlauchtigsten Vorfahren, besonders aber Unsers in Gott ruhenden Grossvaters Maj., darauf bedacht zu sein, dass in den preussischen Landen die christliche Religion der protestantischen Kirche in ihrer alten ursprünglichen Reinigkeit und Echtheit erhalten und zum Theil wiederhergestellet werde, auch dem Aberglauben ebenso wie dem Aberglauben, mithin der[1]) Verfälschung der Grundwahrheiten des Glaubens der Christen und der daraus entstehenden Zügellosigkeit der Sitten, so viel an Uns ist, Einhalt geschehe und dadurch zugleich[2]) Unsern getreuen Unterthanen ein überzeugender Beweis gegeben werde, wessen sie in Absicht ihrer wichtigsten Angelegenheit, nämlich der völligen Gewissensfreiheit, der ungestörten Ruhe und Sicherheit bei ihrer einmal angenommenen[3]) Confession und dem Glauben ihrer Väter, wie auch des Schutzes gegen alle Störer ihres Gottesdienstes und ihrer kirchlichen Verfassungen zu Uns als ihrem Landesherrn sich zu versehen haben: Wir nach bisheriger Besorgung der dringendsten Angelegenheiten des Staates und Vollendung verschiedener nöthigen und nützlichen neuen Einrichtungen nunmehro keinen fernern Anstand nehmen, an diese Unsere anderweitige wichtige Regenten-Pflicht ernstlich zu denken und in gegenwärtigem Edict Unsere unveränderliche Willensmeinung über diesen Gegenstand öffentlich bekannt zu machen: als 1788 Juli 9

»(1) befehlen, wollen und verordnen Wir demnach, dass alle drei Haupt-Confessionen der christlichen Religion, nämlich die reformirte, lutherische und römisch-katholische, in ihrer bisherigen Verfassung nach den von Unsern gottseligen Vorfahren vielfältig erlassenen Edicten und Verordnungen in Unsern sämmtlichen Landen verbleiben, aufrecht erhalten und geschützt werden sollen. Daneben aber

»(2) soll die den preussischen Staaten von je her eigenthümlich gewesene Toleranz der übrigen Secten und Religions-Parteien ferner aufrecht erhalten[4]) und niemanden der mindeste Gewissenszwang zu keiner Zeit angethan werden, so lange ein jeder ruhig als ein guter Bürger des Staates seine Pflichten erfüllet, seine jedesmalige besondere Meinung aber für sich behält und sich sorgfältig hütet, solche nicht auszubreiten oder andere dazu zu überreden und in ihrem Glauben irre oder wankend zu machen. Denn, da jeder Mensch für seine eigene Seele allein zu sorgen hat, so muss er hierin ganz frei handeln können, und nach Unserm Dafürhalten hat ein jeder christlicher Regent[5]) nur dahin zu sehen und dafür zu sorgen, das Volk in dem wahren Christenthum treu und unverfälscht durch Lehrer und

1) Hs.: »Aberglauben sowohl als der.«
2) Hs.: »geschehe, mithin zugleich.«
3) Hs.: »ihrer jedesmaligen.«
4) Hs.: »Religions-Parteien beibehalten.«
5) Hs.: »jeder Regent.«

1788 Juli 9 Prediger unterrichten zu lassen [1]) und mithin einem jeden die Gelegenheit zu verschaffen, selbiges zu erlernen und anzunehmen. Ob ein Unterthan nun aber diese gute, ihm so reichlich dargebotene Gelegenheit zu seiner Überzeugung nutzen und gebrauchen will oder nicht, muss seinem eigenen Gewissen völlig frei anheimgestellet bleiben.

»Die in Unsern Staaten bisher öffentlich geduldeten Secten sind, ausser der jüdischen Nation: die Herrenhuter, Mennonisten und die Böhmische Brüder-Gemeine, welche unter landesherrlichen Schutz ihre gottesdienstlichen Zusammenkünfte halten und diese dem Staate unschädliche Freiheit ferner ungestört behalten sollen. In der Folge aber soll Unser Geistliches Departement dafür sorgen, dass nicht andere, der christlichen Religion und dem Staate schädliche Conventicula unter dem Namen gottesdienstlicher Versammlungen gehalten werden, durch welches Mittel allerlei der Ruhe gefährliche Menschen und neue Lehrer sich [2]) Anhänger und Proselyten zu machen im Sinne haben möchten, wodurch aber die Toleranz sehr gemissbraucht werden würde. Wie Wir denn überhaupt

»(3) alles und jedes Proselytenmachen bei allen Confessionen ohne Unterschied ernstlich verbieten und nicht wollen, dass Geistliche oder andere Leute von verschiedenen Religions-Parteien sich damit abgeben sollen, ihre [3]) eigenthümlichen Lehrsätze und besondere Meinungen in Glaubenssachen denen, die nicht von ihrem Bekenntniss sind, entweder [4]) aufzudringen oder [5]) sie auf irgend eine Weise zur Annehmung derselben zu verleiten und zu überreden und also die Gewissensfreiheit des andern zu beeinträchtigen. Ganz verschieden hievon ist indessen der Fall, wenn jemand aus innerer, eigener freier Ueberzeugung für seine Person von einer Confession zur andern übergehen will, als welches einem jeden völlig erlaubt sein und ihm darin kein Hinderniss in den Weg gelegt werden soll; nur ist ein solcher gehalten, dieses nicht heimlich zu thun, sondern zur Vermeidung aller Inconvenienzen in bürgerlichen Verhältnissen seine Religions-Veränderung bei der Behörde anzuzeigen.

»(4) Da man auch dieses Proselytenmachen der römisch-katholischen Geistlichkeit von je her Schuld gegeben hat und anjetzt von neuem verlauten will, dass verkleidete katholische Priester, Mönche und verkappte Jesuiten in den protestantischen Ländern heimlich umherschleichen, die sogenannten Ketzer zu bekehren, Wir aber dergleichen in Unserm Reiche durchaus nicht gestatten wollen: als verbieten Wir alles Ernstes dieses Proselytenmachen nicht nur ganz besonders der katholischen Geistlichkeit

---

1) Hs.: »sehen, das wahre Christenthum das Volk treu und unverfälscht lehren und demselbigen predigen zu lassen.«

2) Hs.: »allerlei gefährliche Menschen und Neologen sich.«

3) Hs.: »ihre jedesmalige.«

4) Hs.: »weder.« 5) Hs.: »noch.«

in Unsern gesammten Staaten, sondern befehlen auch Unsern Ober-Consistoriis, wie nicht minder Unsern übrigen Dicasteriis, desgleichen allen Unsern getreuen Vasallen und Unterthanen in allen Ständen, genau Achtung zu geben, um solche Emissarien zu entdecken und hievon dem Geistlichen Departement zur weiteren Verfügung Nachricht zu geben. 1788 Juli 9

»(5) So sehr Uns das Proselytenmachen bei allen Confessionen zuwider ist, indem es allerlei verdriessliche Folgen bei der Volksmenge haben kann, so angenehm ist es Uns dagegen, zu sehen, dass die Geistlichkeit sowohl als Personen weltlichen Standes, sie sein reformirte, lutherische oder römisch-katholische Glaubensgenossen, dennoch bisher verträglich und brüderlich in Absicht ihrer Religion mit einander gelebt. Wir ermahnen sie daher, diese gute Harmonie unter einander ferner sorgfältig zu bewahren, und werden niemals entgegen sein, wenn die verschiedenen Confessionen sich in Absicht ihrer Kirchen und Bethäuser zu Haltung des öffentlichen Gottesdienstes oder auf andere Weise einander hülfreiche Hand bieten, sondern es wird Uns sothane Verträglichkeit vielmehr allezeit zum besondern Wohlgefallen gereichen.

(6) Wir verordnen zugleich, dass bei der reformirten sowohl als lutherischen Kirche[1]) die alten Kirchen-Agenden und Liturgien ferner beibehalten werden sollen. Nur wollen Wir bei beiden Confessionen nachgeben, dass die damals noch nicht ausgebildete deutsche Sprache darin abgeändert und mehr nach dem Gebrauch der jetzigen Zeiten eingerichtet werde, desgleichen einige alte ausserwesentliche Ceremonien und Gebräuche abgestellet werden[2]), als welches Unserm Geistlichen Departement beider protestantischen Confessionen überlassen bleibt. Dieses Unser Geistliches Departement hat aber sorgfältig dahin zu sehen, dass dabei in dem Wesentlichen des alten Lehrbegriffs einer jeden Confession keine weitere[3]) Abänderung geschehe. Dieser Befehl scheint Uns um so nöthiger zu sein, weil

»(7) Wir bereits einige Jahre vor Unserer Thronbesteigung mit Leidwesen bemerkt haben, dass manche Geistliche der protestantischen Kirche sich ganz zügellose Freiheiten in Absicht des Lehrbegriffs ihrer Confession erlauben, verschiedene wesentliche Stücke und Grundwahrheiten der protestantischen Kirche und der christlichen Religion überhaupt wegleugnen und in ihrer Lehrart einen Modeton annehmen, der dem Geiste des wahren Christenthums völlig zuwider ist und die Grundsäulen des Glaubens der Christen am Ende wankend machen würde. Man entblödet sich nicht, die elenden, längst widerlegten Irrthümer der Socinianer, Deisten, Naturalisten und anderer Secten mehr wiederum aufzuwärmen und solche mit vieler Dreistigkeit und Unverschämtheit durch den äusserst gemissbrauchten Namen *Aufklärung* unter das Volk auszubreiten; das Ansehen der Bibel, als des

1) Hs.: »Confession.« 2) Hs.: »abzustellen sind.«
3) Hs.: »nicht die kleinste.« Ursprünglich: »nicht die allerkleinste.«

1788 Juli 9 geoffenbarten Wortes Gottes, immer mehr herabzuwürdigen und diese göttliche Urkunde der Wohlfahrt des Menschengeschlechtes zu verfälschen, zu verdrehen oder gar wegzuwerfen; den Glauben an die Geheimnisse der geoffenbarten Religion überhaupt und vornehmlich an das Geheimniss des Versöhnungswerks und der Genugthuung des Welterlösers den Leuten verdächtig oder doch überflüssig, mithin sie darin irre zu machen und auf diese Weise dem Christenthum auf dem ganzen Erdboden gleichsam Hohn zu bieten. Diesem Unwesen wollen Wir nun in Unsern Landen schlechterdings um so mehr gesteuert wissen, da Wir es für eine der ersten Pflichten eines christlichen Regenten halten, in seinen Staaten die christliche Religion, deren Vorzug und Vortrefflichkeit längst erwiesen und ausser allen Zweifel gesetzt ist, bei ihrer ganzen hohen Würde und in ihrer ursprünglichen Reinigkeit, so wie sie in der Bibel gelehret wird, und nach der Überzeugung einer jeden Confession der christlichen Kirche in ihren jedesmaligen symbolischen Büchern einmal festgesetzt ist, gegen alle Verfälschung zu schützen und aufrecht zu erhalten, damit die arme Volksmenge nicht den Vorspiegelungen der Modelehrer preisgegeben und dadurch[1]) den Millionen Unserer guten Unterthanen die Ruhe ihres Lebens und ihr Trost auf dem Sterbebette nicht geraubet und sie also unglücklich gemacht werden.

»(8) Als Landesherr und als alleiniger[2]) Gesetzgeber in Unsern Staaten befehlen und ordnen Wir also, dass hinfüro kein Geistlicher, Prediger oder Schullehrer der protestantischen Religion[3]) bei unausbleiblicher Cassation und nach Befinden noch härterer Strafe und Ahndung sich der im vorigen § 7 angezeigten oder noch mehrerer Irrthümer[4]) insofern schuldig machen soll, dass er solche Irrthümer bei der Führung seines Amts oder auf andere Weise öffentlich oder heimlich auszubreiten sich unterfange. Denn sowie Wir zur Wohlfahrt des Staates und zur Glückseligkeit Unserer Unterthanen die bürgerlichen Gesetze in ihrem ganzen Ansehen aufrecht erhalten müssen und keinem Richter oder Handhaber dieser Gesetze erlauben können, an dem Inhalt derselben zu klügeln und selbigen nach seinem Gefallen abzuändern, eben so wenig und noch viel weniger dürfen Wir zugeben, dass ein jeder Geistlicher in Religions-Sachen nach seinen Kopf und Gutdünken handeln und es ihm frei stehen könne, die[5]) einmal in der Kirche angenommenen Grundwahrheiten des Christenthums das Volk so oder anders zu lehren, sie nach blosser Willkür beizubehalten oder wegzuwerfen, die Glaubens-Artikel nach Belieben in ihrem wahren Lichte vorzutragen oder seine eigenen Grillen an ihre Stelle zu setzen. Es muss vielmehr eine

---

1) »und dadurch« fehlt in der Hs. 2) »als alleiniger« fehlt in der Hs.

3) »der protestantischen Religion« in der Hs. durchstrichen.

4) Der Rest des Satzes lautet in der Hs.: »bei der Führung seines Amtes oder auf andere Weise öffentlich oder heimlich auszubreiten sich unterfange.«

5) Hs: »die Grundwahrheiten des Christenthums.«

allgemeine Richtschnur, Norma und Regel unwandelbar feststehen, nach welcher die Volksmenge in Glaubenssachen von ihren Lehrern treu und redlich geführet und unterrichtet werde, und diese ist in Unsern Staaten bisher die christliche Religion nach den drei Haupt-Confessionen (nämlich der reformirten, lutherischen und römisch-katholischen Kirche) gewesen, bei der sich die preussische Monarchie so lange immer wohl befunden hat und welche allgemeine Norma selbst in dieser politischen Rücksicht durch jene sogenannten Aufklärer nach ihren unzeitigen Einfällen abändern zu lassen, Wir im mindesten nicht gemeinet sind. Ein jeder Lehrer des Christenthums in Unsern Landen, der sich zu einer von diesen drei Confessionen bekennet, muss und soll vielmehr dasjenige lehren, was der einmal bestimmte und festgesetzte Lehrbegriff seiner jedesmaligen Religions-Partei mit sich bringet; denn hiezu verbindet ihn sein Amt, seine Pflicht und die Bedingung, unter welcher er in seinem besondern Posten angestellet ist. Lehret er etwas Anders, so ist er schon nach bürgerlichen Gesetzen strafällig und kann eigentlich seinen Posten nicht länger behalten. Unser ernster Wille ist daher auf die Festhaltung dieser unabänderlichen Ordnung gerichtet, ob Wir schon den Geistlichen in Unsern Landen gleiche Gewissensfreiheit mit Unsern übrigen Unterthanen gern zugestehen und weit entfernt sind, ihnen bei ihrer innern Überzeugung den mindesten Zwang anzuthun. Welcher Lehrer der christlichen Religion also eine andere Überzeugung in Glaubenssachen hat, als ihm der Lehrbegriff seiner Confession vorschreibt, der kann diese Überzeugung auf seine Gefahr sicher behalten, denn Wir wollen Uns keine Herrschaft über sein Gewissen anmaassen. Allein selbst nach seinem Gewissen müsste er aufhören, ein Lehrer seiner Kirche zu sein: er müsste ein Amt niederlegen, wozu er sich selbst aus obiger Ursache unbrauchbar und untüchtig fühlet. Denn der Lehrbegriff der Kirche muss sich nicht nach der jedesmaligen Überzeugung dieses oder jenes Geistlichen richten, sondern umgekehrt, oder es kann von Rechts wegen ein solcher Geistlicher nicht mehr das sein und bleiben, wofür er sich ausgiebt. Indessen wollen Wir aus grosser Vorliebe zur Gewissensfreiheit überhaupt anjetzt insofern nachgeben, dass selbst diejenigen bereits in öffentlichem Amte stehende Geistlichen, von denen es auch bekannt sein möchte, dass sie leider von denen in § 7 gemeldeten Irrthümern mehr oder weniger angesteckt sind, in ihrem Amte ruhig gelassen werden; nur muss die Vorschrift des Lehrbegriffs ihnen bei dem Unterricht ihrer Gemeinden stets heilig und unverletzbar bleiben.[1] Wenn sie hingegen hierin Unserm landesherrlichen Befehl zuwiderhandeln und diesen Lehrbegriff ihrer besondern[2] Confession nicht treu und gründlich, sondern wohl gar das Gegentheil davon vortragen, so soll ein solcher vorsätzlicher Ungehorsam gegen

1788 Juli 9

1) Hs.: »bleiben, und wenn sie hierin.«
2) Hs.: »ihrer jedesmaligen.«

1788 Juli 9 diesen Unsern landesherrlichen Befehl mit unfehlbarer Cassation und noch härter bestraft werden.

»(9) Unser Geistliches Departement sowohl der reformirten als lutherischen Confession erhält also hierdurch den gemessensten Befehl, stets ein offenes Auge auf die gesammte [1]) Geistlichkeit in Unsern Landen zu haben, damit jeder Lehrer in Kirchen und Schulen seine Schuldigkeit thun und dasjenige, was in vorhergehenden § 8 gesagt worden ist, auf das genaueste beobachte, und müssen bei beiden protestantischen Confessionen die jedesmaligen Ministres und Chefs dieses Departements Uns dafür einstehen und haften, weil Wir es ihnen auf ihr Gewissen binden und Uns übrigens völlig auf sie verlassen, dass sie als treue Diener des Staates über die [2]) Aufrechthaltung dieses landesherrlichen Edicts bei Vermeidung Unserer höchsten Ungnade stets wachen werden.

»(10) Dem Vorigen gemäss befehlen Wir also den jedesmaligen Chefs der beiden Geistlichen Departements so gnädig als ernstlich, ihre vornehmste Sorge dahin gerichtet sein zu lassen, dass die Besetzung der Pfarren sowohl als auch der Lehrstühle der Gottesgelahrtheit auf Unsern Universitäten, nicht minder der Schul-Ämter durch solche Subjecte geschehe, an deren innern Überzeugung von dem, was sie öffentlich lehren sollen, man nicht zu zweifeln Ursach habe; alle übrige Aspiranten und Candidaten aber, die [3]) andere Grundsätze äussern, müssen und sollen davon ohne Anstand zurückgewiesen werden, als worin Wir besagten beiden Ministers stets freie Macht und Gewalt lassen wollen.

»(11) Nachdem aus allen diesem sattsam erhellet, dass es Uns ein grosser Ernst ist, die christliche Religion in Unsern Staaten aufrecht zu erhalten und, so viel in Unserm Vermögen stehet, wahre Gottesfurcht bei dem Volke zu befördern, so ermahnen Wir alle Unsere getreuen Unterthanen, sich eines ordentlichen und frommen Wandels zu befleissigen, und werden Wir bei aller Gelegenheit den Mann von Religion und Tugend zu schätzen wissen, weil ein jeder gewissenloser und böser Mensch niemals ein guter Unterthan und noch weniger ein treuer Diener des Staates weder in Grossen noch in Kleinen sein kann.

»(12) Da die Feier und Heiligung der Sonn- und Festtage in verschiedenen Edicten Unserer gottseligen Vorfahren: in [4]) dem Edict *d. d.* 17. December 1689 [5]) und in dem Patent *d. d.* 24. Juni 1693 [6]), desgleichen in dem Edict *d. d.* 28. October 1711 [7]) und *d. d.* 10. Februar 1715. auch in der Declaration dieses Edicts *d. d.* 18. August 1718 [8]), bereits

---

1) Ursprünglich stand in der Hs.: »gesammte protestantische.«
2) Hs.: »der.«
3) Hs.: »die sich anderer Grundsätze verdächtig machen.«
4) Hs.: »als in.« 5) *Mylius, Corpus Constitutionum Marchicarum* 1, 2, 105.
6) 1, 2, 115. 7) 1, 2, 177. 8) 1, 2, 227.

anbefohlen worden ist, so sollen sothane Edicte, im Ganzen betrachtet, keinesweges aufgehoben sein; Wir behalten uns aber vor, durch ein besonderes Polizei-Gesetz nach dem Verhältniss der gegenwärtigen Zeiten das Nähere zu verordnen und festzusetzen. 1788 Juli 9

»(13) Der geistliche Stand soll von niemand verachtet und geringgeschätzet oder gar verspottet werden: als welches Wir jederzeit höchst missfällig vermerken und dem Befinden nach nicht ungeahndet lassen werden, weil dieses nur gar zu oft einen unvermeidlichen Einfluss auf die Verachtung der Religion selbst hat. Wir werden vielmehr auf das Wohl rechtschaffener Lehrer und Prediger bei aller Gelegenheit besondere Rücksicht nehmen und, um ihnen davon sogleich einen Beweis zu geben, wollen Wir das von Unsers in Gott ruhenden Grossvaters Maj. erlassene Edict *d. d.* 11. October 1737[1]), die Befreiung ihrer Kinder vom Soldaten-Stande betreffend, hiemit erneuern und dahin bestimmen, dass alle Prediger-Söhne überhaupt[2]), desgleichen die Söhne der Schul-Collegen in den Städten, wo Cantons sind, wenn sie sich den Wissenschaften oder auch den bildenden Künsten, desgleichen dem Commercio widmen, darunter begriffen sein sollen. Wofern sie hingegen Handwerke oder eine andere Lebensart erwählen oder aber als Studirende nichts gelernt haben und nach dem Examine abgewiesen werden, so soll jene Befreiung wegfallen und werden Wir das Nöthige dieserhalb an die Regimenter zu ihrer Achtung in den Cantons erlassen.

»(14) Schliesslich befehlen Wir unsern sämmtlichen Dicasteriis, desgleichen allen übrigen Obrigkeiten geistlichen und weltlichen Standes in Unserm Königreiche und gesammten Staaten, ob diesem Edict mit aller Strenge und Aufmerksamkeit zu halten; für die übrige Geistlichkeit aber und alle Unsere getreue Vasallen und Unterthanen verordnen Wir, sich in ihren jedesmaligen Verhältnissen darnach zu achten, und geschiehet dadurch Unser so ernstlicher als gnädiger Wille.«

Das Auswärtige Departement an den Etats-Minister Zedlitz, s. unter dem 4. Juli. Juli 10

238.[3]) **Kurfürst Friedrich Karl Josef von Mainz an den Marquis Lucchesini.** Aschaffenburg 1788 Juli 14. Juli 14

R. 11. 164. Mundum, geschrieben von Johannes Müller.

Stand der Nuntiatur-Sache. Noch kann die Curie ihr Ansehen retten.

»Le départ[4]) du comte de Hatzfeld, mon ministre auprès du roi et auprès de l'électeur de Saxe, me donne occasion de vous faire connaitre l'état actuel des affaires entre la cour de Rome et l'église germanique.

---

1) Continuatio prima p. 87. 2) »überhaupt« fehlt in der Hs.
3) Beantwortet am 7. August. 4) Vgl. No. 246.

1788 Juli 14

»Les engagements, que vous connaissez, Monsieur le marquis, ont été observés ici très-scrupuleusement; il ne s'est rien fait depuis votre retour en Allemagne[1]), qui ne soit conforme au désir, que j'ai témoigné de voir les différends avec le pape s'arranger à l'amiable, autant que cela eût pu se faire, sans léser les droits de l'église germanique.

»La cour de Rome n'a pas montré les mêmes dispositions. Elle n'a cessé de soutenir l'autorité usurpée du prétendu nonce de Munich; même elle n'a pas craint de lui déférer des exercices d'autorité contraires aux lois de l'Empire, irréguliers et inadmissibles, comme la charge d'un délégué apostolique pour la décimation du clergé de Bavière.[2])

»Le refus de l'électeur palatin[3]) de se conformer par rapport audit nonce aux décisions connues, récentes et répétées du conseil aulique de l'Empire[4]), et sa proposition de porter l'affaire à la diète, comme s'il s'agissait d'une interprétation de loi, engagea l'empereur de s'informer par le vice-chancelier de l'Empire[5]) des dispositions des archevêques et de porter ceux-ci à s'assurer de la façon de penser de leurs coétats.

»Il n'est pas hors de vraisemblance, qu'à Vienne on se persuadait, que les archevêques ne trouveraient que fort peu d'assistance auprès des princes protestants et que cet essai ne leur prouverait sinon qu'ils n'ont rien à en espérer. On ne doutait pas, que ce ne fût un moyen sûr de les détacher à jamais de toute espèce de liaison avec le roi de Prusse et les autres princes unis.

»Vers le même temps que le vice-chancelier de l'Empire écrivit ces lettres, l'électeur de Cologne remit en mouvement la cause de la jurisdiction du nonce de Cologne. Il doit vous être connu, qu'il entama là-dessus une correspondance directe avec votre cour[6]) et que le

Rand-Bemerkungen von Lucchesini:

»Jusqu'ici l'électeur a parfaitement raison, et il ne règne point de contradiction entre ses procédés et ses engagements antérieurs.«

»Cette assertion est gratuite; trois des quatre archevêques ne se sont jamais tournés du côté de la Prusse, et le premier savait déjà, qu'il pouvait compter sur elle.«

1) Vgl. No. 232. 2) Vgl. No. 236.
3) Vgl. das zu No. 255 citirte Werk von Cäsar S. 226. 4) Vgl. S. 80 Anm.
5) Fürst Rudolf Colloredo; über dessen Schreiben v. 5. April 1788 s. das Werk von Cäsar S. 219. 6) Vgl. No. 214. 227. 228.

comte de Goertz reçut une instruction[1]), qui encouragea ses espérances.

»A tout ceci je n'ai eu aucune part: non que je ne sois convaincu de la nécessité de terminer ces différends, mais j'eusse voulu, que le pape s'y prêtât de bonne grâce.

»J'aurais désiré d'engager l'électeur de Cologne à ne procéder contre le nonce Pacca qu' après qu'on eût terminé l'affaire de la nonciature de Munich. J'espérais, que le cours de cette dernière amènerait les choses au point d'une conciliation équitable sur tous les articles.

»Mais l'électeur de Cologne, convaincu de son droit — comme vous l'aurez vu par les écrits[2]), qu'il envoya à votre cour — est très-décidemment résolu d'aller en avant, sans délai, contre le nonce de Cologne, et j'ai eu occasion de me convaincre par moi-même de l'impossibilité de lui faire adopter une marche différente.[3]) Il est vrai d'ailleurs, que dès 1594 et jusqu'en 1709[4]) les protestants ont souvent réclamé eux-mêmes contre les usurpations des nonces de Cologne.

»Vous voyez, Monsieur le marquis, que les choses en sont à une crise, où il ne faut pas se compromettre. Si les cours protestantes négligeaient la cause de l'église germanique, étroitement liée à la constitution de l'Empire, celle de Vienne aurait obtenu le but ci-dessus marqué. Pour moi, je ne puis me refuser aux devoirs, que m'imposent les dignités attachées à mon siége et l'intérêt commun de l'hiérarchie en Allemagne. Je ne puis que porter à la dictature ce qui sera proposé à la diète; je ne puis que voter contre la nonciature de Munich en conformité des principes, que je n'ai cessé de soutenir. Je ne puis refuser mon assistance à l'électeur de Cologne.

»Le baron de Stein a porté au roi une note[5]), pour engager S. M. à insinuer au pape le plus tôt possible, qu'il en est temps qu'il doit

1788 Juli 14

»La cour de Berlin n'encouragea point les espérances de l'électeur de Cologne; elle promit d'agir constitutionnellement.«

»L'opinion de l'électeur de Cologne n'est pas même celle du coadjuteur et du suffragant de Mayence, comme les dépêches du baron de Stein l'assurent. Il est donc surprenant, que Mgr l'électeur de Mayence l'ait épousée si vite.«

»C'était exactement pour éviter de se compromettre, qu'il fallait retarder la levée de bouclier contre toutes les nonciatures d'Allemagne. L'électeur de Mayence reconnut la validité de celle de Cologne l'année passée: or est-il possible, que S. A. É. l'eût fait, s'il était opposé aux devoirs, que son siége lui impose? Quant à la nonciature de Munic, il a toutes les raisons.«

1) Hierüber s. No. 229. 2) Vgl. No. 228. 3) Vgl. No. 236 u. 239.
4) Vgl. Band 1, 379 ff. 5) No. 218.

1788 Juli 14 chercher à s'accommoder. On vous aura peut-être communiqué une ponctuation tracée par mon cabinet, qui expose la marche, que je crois qu'on doit adopter.[1]) Je me persuade, que vous la trouverez mesurée. Je m'attends tous les jours à recevoir là-dessus les réponses des autres archevêques.

»Il tient par conséquent à la cour de Rome de sauver encore la dignité et les véritables intérêts du St.-Siége, ou bien d'exposer toute l'hiérarchie à un danger, qui selon toutes les apparences sera surtout grand pour la cour de Rome elle-même.

»Sur ce point-là rien de plus juste que ce que l'électeur demande, rien de plus imprudent que la nonchalance de la cour de Rome.«

»Vous voyez, que ni le roi ni moi nous ne pouvons nous opposer à la marche légale d'affaires, que d'autres ont remises en mouvement et auxquelles la conduite imprudente de la cour de Rome a donné lieu, et que l'empereur sera ou compromis avec la cour de Munich ou entièrement décrédité auprès les archevêques et les évêques, qui ont vu ses déclarations, et réduit à contredire en même temps toutes les maximes, qu'il a professées et pratiquées à cet égard lui-même. Or il n'est pas possible, qu'il fasse un tel sacrifice à la cour de Rome.

»Il importe, que cette dernière ne se fasse pas illusion sur l'étendue, la vérité et la proximité de ses dangers, qu'elle les voie comme ils sont, et qu'elle se persuade de la nécessité indispensable d'y remédier autant que de l'impossibilité pour le roi de la sauver sans cela d'une chute totale. C'est le service le plus signalé que vous puissiez rendre, Monsieur le marquis, à cette cour, où vous avez des amis, et à toutes les cours bien-intentionnées, que de lui faire connaître la vérité à cet égard. Je ne cesserai d'insister auprès du roi, pour que vous soyez muni pour cet effet des ordres les plus conformes à l'état des choses et [à] l'intérêt, qu'on a de diminuer l'influence de la cour impériale, qui jusqu'ici était grande par les grâces, que sa protection faisait obtenir à Rome.«

»S. A. É. Se trompe, si Elle me croit d'autres intérêts que ceux du roi mon maître. Elle Se trompe, si Elle craint l'influence autrichienne à Rome. C'est à Cologne, à Trèves, à Salisbourg qu'il faut la craindre.«

1) Vgl. No. 249.

239. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hertzberg. Berlin 1788 Juli 14. 1788 Juli 14

R. 96. 147. C. Mundum.

Der Nuntiatur-Streit. Will Zeit gewinnen.

»V. M. aura vu par le rapport volumineux du baron de Stein du 6. de juillet, que l'électeur de Mayence, ayant eu des entrevues avec les électeurs de Cologne et de Trèves, s'est laissé entièrement entraîner dans leurs vues, qu'il veut porter leurs griefs à la diète de l'Empire et qu'il demandera les suffrages de V. M. en leur faveur. En effet la cour de Rome gâte ses affaires par ses entreprises inconsidérées sur les droits du clergé d'Allemagne. Comme le baron de Stein adopte entièrement les principes des archevèques, j'ai cru devoir dresser pour lui la dépêche ci-jointe, qui est propre à gagner du temps et dans laquelle on lui fait connaître, que V. M. a conseillé Elle-même au pape de s'accommoder avec les archevêques d'Allemagne, que V. M. lui a offert Ses bons offices et qu'Elle attendait d'ailleurs la lettre de l'électeur de Mayence, qui Lui était annoncée, pour S'expliquer ultérieurement avec ce prince éclairé et patriotique« . . .

Der König erklärte sich (Potsdam 15. Juli) sehr zufrieden mit dem Erlass an Stein und vollzog ihn.[1] Juli 15

240.[2] Die Kriegs- und Domänen-Kammer zu Breslau an den Etats-Minister Hoym. Breslau 1788 Juli 14. Juli 14

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 7). Mundum.

Bulle des Prager Dom-Capitels betr. Einführung einer Brüderschaft in der Grafschaft Glatz.

»Der Decanus Winter zu Mittelwalde hat eine erlassene Bulle des Prager Dom-Capituls eingereicht. Sie betrifft . . . die Einführung einer Brüderschaft zu Alt-Wilmsdorff unter dem Namen des heil. Johannes von Nepomuck, welche auf Ansuchen des dortigen Pfarrers Ignatz Stonner von dem Dom-Capitul zu Prag gedachter Gemeinde ertheilt worden. Da nun

---

1) Er ist datirt »Berlin 14. Juli«. Hier heisst es (R. 11. 164): »Il est vrai, que le pape a fait une démarche aussi hardie que peu prudente en accordant à l'électeur palatin la dîme du clergé de Bavière. Comme l'électeur de Mayence se propose de m'écrire pour demander mes suffrages à la diète sur cette affaire, je lui expliquerai alors mon sentiment, et je ne doute pas, que je m'accorderai aisément avec ce prince éclairé et patriote sur la marche à observer dans cette affaire et envers la cour de Rome; mais je ne trouve pas à propos d'observer la même ouverture avec l'électeur de Cologne, dont le ministre a demandé aux miens de s'expliquer d'avance sur mes suffrages. On se bornera à lui dire, que je ferais voter d'une manière conforme à la constitution de l'Empire« . . .

2) Als Probe mitgetheilt.

1788 Juli 14 durch diese Bulle niemand genöthigt wird, in diese Brüderschaft einzutreten, auch darin kein neuer Feiertag festgesetzt und überhaupt dadurch die häuslichen Angelegenheiten der Mitglieder nicht gestört werden, sondern die Andachts-Übungen derselben allemal an einem Sonntage geschehen sollen: so submittiren wir . . ., ob E. H. E. die Publication sothaner Bulle zu genehmigen geruhen wollen.«

Hoym genehmigte die Publication.

Juli 20 **241.**[1] **Bericht des Land-Jägermeisters Stein, Gesandten am kurmainzischen Hofe.** Mainz 1788 Juli 20.

R. 11. 164. Mundum.

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Erzbischöfen. Tadel der Nuntien in Köln und München. Preussen muss wegen der von Wien drohenden Gefahr rasch handeln. Hofft, dass Preussen der deutschen Kirche neue Concordate verschaffen wird.

. . . »Il me paraît, que les archevêques eux-mêmes ne sont pas encore d'accord entre eux-mêmes sur leurs griefs contre la cour de Rome. Car malgré ce que celui de Salzburg soutenait dans ses lettres à l'électeur de Mayence, jointes à mon rapport No. 30[2]), dans le présent cas le fait prouve clairement pour le *possessorium summariissimum* du St.-Siége, et un certain Boenicke[3]) lui-même, l'un des auteurs des articles de la ponctuation du congrès d'Embs, qui a adressé la lettre de l'électeur palatin au suffragant Heimes, n'a pas pu contester le fait.

»Je suis d'ailleurs positivement informé, que ni le coadjuteur ni le suffragant Heimes, en juges équitables, ne peuvent pas être entièrement de l'opinion, que le ministère de l'électeur de Cologne établit dans le mémoire imprimé[4]), qu'il a fait paraître et communiqué officiellement au Sr. de Dohm: ils croient dans le cas de la nonciature à Cologne le pape également fondé en possession et ne sont pas entièrement satisfaits des preuves du contraire, allégués par le baron de Wallenfels.

»Dans la position présente de ces affaires le plan projeté par l'électeur de Mayence et mis sous les yeux de V. M. avec mon rapport No. 30 me paraît donc être sagement conçu et conforme aux intérêts de V. M. et de la constitution, puisque son exécution effectuera, qu'à la diète aussi bien qu'envers la cour de Rome même on ne fasse que des démarches parfaitement combinées entre les cours unies[5]) et les archevêques.

»Quoiqu'il y ait bien de l'apparence, que ces derniers exagèrent quelquefois leurs griefs contre la cour de Rome, il n'est pas moins incontestablement vrai, qu'il en existent de très-fondés et même de tels, qui portent obstacle à tout bon arrangement disciplinaire dans l'intérieur de l'Église et qui par conséquent ne peuvent pas être endurés plus longtemps.

---

1) Beantwortet am 31. Juli. 2) Vom 6. Juli.
3) Johann Michael B., salzburgischer Consistorial-Rath.
4) Vgl. No. 228. 5) Durch den Fürstenbund.

1788 Juli 20

»D'ailleurs les nonces eux-mêmes se rendent méprisables et personnellement odieux. Celui de Collogne[1]) est un jeune homme, sorti seulement du séminaire, sans la moindre connaissance de la constitution et sans aucune expérience, et de celui de Munick[2]) il existe un bon nombre de preuves incontestables, qu'il se rend coupable des crimes les plus infâmes, et la correspondance du défunt baron de Lehrbach en a fourni à l'électeur de Cologne de telles, dont le plus grand débauché aurait rougi; j'en ai eu de telles entre mes mains.

»Tout ceci paraît devoir absolument amener un changement dans les affaires de l'église germanique, et comme les têtes s'éclairent de jour en jour davantage et se montent à mesure, je n'en crois pas le moment bien éloigné.

»Ce qui me paraît dans ce moment-ci de plus essentiel pour les intérêts de V. M., c'est de ne rien épargner, pour déterminer le pape de s'accommoder avec l'église germanique et de ne négliger aucun moyen pour y réussir, avant que la cour de Vienne ne tire tout le profit de cette discorde, en protégeant l'un ou l'autre parti selon les convenances de ses vues ambitieuses et politiques, auxquelles les évêques d'Allemagne —[3]) jamais. L'empereur est très-occupé et le sera peut-être encore plus pour longtemps. Les archevêques paraissent tous fonder leur espérance dans les soins de V. M., le pape de même. L'union germanique donne un plus grand poids à l'influence de V. M. dans les affaires de l'Empire que jamais ci-devant. Tout ceci pris ensemble paraît devoir amener l'époque bien glorieuse pour le règne de V. M. de faire obtenir des nouveaux concordats à la nation germanique. Si telle est Votre volonté, Sire, il y a apparence, qu'un immanquable succès couronnera l'action, dans laquelle V. M. sera sûrement bien secondée par le parti le plus sensé et le plus influent des membres de l'église germanique. Mais sans doute la situation présente des affaires exigerait indispensablement de la part de V. M. ou de celle de l'électeur de Mayence un négociateur habile, bien instruit, mais surtout intègre à la cour de Rome« . . .

---

242. Bericht des Geheimen Raths Dohm. Aachen 1788 Juli 21. Juli 21

R. 10. 79. Mundum.

Der Nuntiatur-Streit. Unbillige Forderung des Kurfürsten von Köln. Der Bischof von Lüttich.

. . . »Ich bin gestern über Lüttich hier wieder angekommen und werde morgen nach Mainz abreisen.[4]) Ich halte mich verpflichtet, E. K. M. noch . . . die von dem kurköllnischen Minister v. Waldenfels erhaltene Antwort auf mein an ihn nach Vorschrift E. K. M. . . . Rescripts vom 27. v. M.

---

1) Pacca. 2) Zoglio.

3) Lücke im Déchiffré. Zu ergänzen wohl: *ne résisteront.*

4) Vgl. No. 227 u. 247 sowie *Gronau, Chr. W. v. Dohm nach seinem Wollen und Handeln (Lemgo 1824)* S. 166 ff.

1788 Juli 21 erlassenes Schreiben vorzulegen. Nach derselben will der Kurfürst nur unter der ausdrücklichen Bedingung sich auf eine Vergleichs-Unterhandlung mit dem römischen Hofe einlassen, wenn zuförderst alle Gerichtsbarkeit der päpstlichen Nuntien in Deutschland durch einen Reichs-Schluss gänzlich abgeschafft worden, wozu er E. K. M. Mitwirkung sich nochmals dringend erbittet.

»Ich muss gestehen, wie ich nicht wohl einsehe, warum dieser Punct, über den von beiden Seiten so vieles gesagt worden und wirklich zu sagen ist, nicht eben so gut als wie die übrigen ein Gegenstand gütlicher Vereinbarung sein könne, und es scheinet in der That etwas hart, wenn man zwar überhaupt zu einem Vergleich sich geneigt erkläret, aber grade einen der wichtigsten streitigen Puncte davon ausnehmen und diesen vorher ganz nach einseitigem Verlangen abgemacht wissen will. Es ist vorauszusehen, dass auf diese Art von einer Vergleichs-Negociation wenig Erfolg zu hoffen sein werde, da der römische Hof den in Absicht seiner Nuntien einmal erworbenen Besitzstand (dessen Recht oder Unrecht gerade die streitige Frage ist) nicht gutwillig aufopfern wird, ohne wenigstens auch mit seinen Gründen gehöret zu sein und ohne durch Nachgiebigkeit der Erzbischöfe in andern Puncten einige Entschädigung zu erhalten.

»Ich werde zweifelsohne in Mayntz erfahren, ob die drei andern Erzbischöfe mit dem Kurfürsten von Cölln hierunter einverstanden sind, und mich bemühen, die Überzeugung zu bewirken, dass, wenn man eine gütliche Unterhandlung anfangen wolle, man nothwendig über die Gegenstände, welche dieselbe umfassen soll, einverstanden sein und in Absicht aller den nämlichen natürlichen Weg befolgen müsse, zuförderst einen gütlichen Vergleich wenigstens zu versuchen und nur dann, wenn dieser durch Schuld des römischen Hofes misslungen wäre, zur Selbsthülfe eines Reichs-Schlusses zu recurriren. Bis dahin, dass ich mich darüber näher unterrichtet und mit dem v. Stein einen festen Plan entworfen habe, halte ich am besten, alle weitere Eröffnung gegen den Minister v. Waldenfels auszusetzen, und um dieser zu entgehen, werde ich auf meiner Hinreise Bonn vermeiden, auf der Rückreise aber mich dahin sowohl als Coblentz verfügen und daselbst äussern, wie ich es nach den Gesinnungen des Mayntzer Hofes mit dem v. Stein am rathsamsten finde. Meiner Einsicht nach ist gegen den Kurfürst von Cölln eine vorsichtige Zurückhaltung um so nothwendiger, je dringender derselbe itzt durch E. K. M. Unterstützung und einen Reichs-Schluss ohne Zweifel mit gänzlicher Beistimmung des Kaisers seinen Zweck zu erreichen sucht.

»Wie ich vorgestern dem Bischof von Lüttich aufwartete, fing derselbe ganz aus eigener Bewegung an, sich gegen mich über diese Irrungen vertraulich zu äussern: *Der Kurfürst von Cölln*, sagte er, *setzte ihn durch sein dringendes Verlangen einer bestimmten beifälligen Erklärung in nicht geringe Verlegenheit, da er unmöglich, ohne seine eigene bischöf-*

liche Rechte aufzuopfern, in einen Plan willigen könne, nach welchem der Papst ganz aus seinem alten Besitzstand gesetzt werden sollte und die Erzbischöfe an dessen Stelle treten wollten; er habe sich bis itzt mit allgemeinen und unbestimmten Antworten zu helfen gesucht, um unterdess Zeit zu gewinnen, mit andern Bischöfen und Reichs-Ständen zu communiciren, vorzüglich aber wünsche er, von E. K. M. Gesinnungen über diese Sache unterrichtet zu sein. Ich antwortete ihm, wie E. K. M. eben itzt durch die von den Erzbischöfen gemachte Bewegung und angekündigte Reichstags-Berathschlagung Sich veranlasst gefunden hätten, diesen bei uns wenig bekannten Gegenstand in nähere Untersuchung ziehen zu lassen, und wie ich nicht zweifelte, dass E. K. M. die vertrauliche Eröffnung des Fürsten mit Vergnügen bemerken und mir in der Folge aufgeben würden, dieselbe durch eine nähere Äusserung bestens zu erwidern« . . . 1788 Juli 21

Bericht des ostpreussischen Etats-Ministeriums, s. unter dem 21. März. Juli 27

---

243. Friedrich Wilhelm v. Westphalen, Bischof von Paderborn, an das Auswärtige Departement. Paderborn 1788 Juli 30. Juli 30

Lingen Eccles. Abschrift.

Die Anstellung der katholischen Geistlichen in Lingen.

»E. E. haben mir das grösste Vergnügen verschafft, da Dieselben mir die höchste Zufriedenheit Sr. K. M. mit der von mir wegen der katholischen Geistlichen in der Grafschaft Lingen abgegebenen Aeusserung[1]) gütigst bekannt gemacht haben. In Gefolg dieser letzteren habe ich meinem geistlichen Vicariat in Paderborn zu demjenigen, was bei der Sache erforderlich ist, die wiederholte Weisung zugehen lassen, und E. E. bitte ich, versichert zu sein, dass dasselbe die ihm vorzustellende Subjecta, wenn solche, wie ich nicht zweifle, die erforderliche Geschicklichkeit zu ihrem Beruf haben, mit der gehörigen Gewalt zu den geistlichen Amtsverrichtungen versehen wird.

»Sollte hingegen der Fall einer wirklichen Unfähigkeit eintreten, so verstehet es sich nach E. E. Verlangen selbst, dass gedachtes Vicariat die Ernennung tauglicher Candidaten jederzeit erwarten werde.«

---

244. Königlicher Erlass an den Land-Jägermeister Stein, Gesandten in Mainz. Berlin 1788 Juli 31. Juli 31

R. 11. 164. Concept, gezeichnet von Hertzberg.

Der Nuntiatur-Streit. Preussen in Rom mangelhaft vertreten.

»J'ai reçu votre rapport du 20. juillet, par lequel je juge, que l'électeur de Mayence balance encore en quelque façon entre le système des archevêques et celui de la cour de Rome. Quand vous aurez concerté

1) No. 212.

1788
Juli 31 avec ses ministres et le Sr. de Dohm, qui doit être actuellement à Mayence. un plan complet systématique, je verrai, quel usage je pourrai en faire envers la cour de Rome, pour l'engager à se prêter à une négociation d'accommodement. Il est vrai, que les canaux me manquent beaucoup. n'ayant point à Rome un ministre assez propre pour une pareille négociation, et la voie de la correspondance étant aussi fort difficile. Heureusement il n'y a rien qui presse surtout, pendant que l'empereur est absent et occupé de la guerre[1]) et que la diète est en vacance« . . .

Aug. 1 **245. Nachschrift des Königs zu einem Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Hertzberg.** Potsdam 1788 August 1.

R. 10. 79. Eigenhändig.

Will keine Action gegen die Nuntiaturen, sondern einen Vergleich zwischen dem Papst und den Erzbischöfen.

»Quandt a lafaire des Nonçiatures dont Stein[2]) voudroit tant presser la conclusion je men tien toujours a ce que je Vous ai dit c. a. d. de ne jamais agir contre les Nonçiatures, mais dengager plutot la Cour de Rome a preter les mains a une acomodement plutot que de risquer que les Nonçiatures soient abolie et que la Cour de Vienne agisse et gouverne dautant mieux dans les cours Eclesiastiqu d'Allemagne.«

---

246. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hertzberg. Berlin 1788 August 1.

R. 96. 147. C. Mundum.

Kurmainzische Note in der Nuntiatur-Angelegenheit.

»La chanoine comte de Hatzfeld, que l'électeur de Mayence à nommé pour résider à la cour de V. M. en qualité de son envoyé extraordinaire, est arrivé ici et m'a remis la copie de sa lettre de créance, en me requérant de lui procurer l'audience de V. M., et c'est sur quoi j'attends Ses gracieux ordres.

»Le comte de Hatzfeld m'a porté de la part de l'électeur la note ci-jointe, qui contient les sentiments[3]) de ce prince sur l'affaire des nonciatures, lesquels on peut très-bien combiner avec l'idée de V. M. de moyenner un accommodement entre les archevêques d'Allemagne et la cour de Rome.«

Eigenhändige Rand-Verfügung des Königs:

»Hertzberg na qu'a me le prefenter demain ici a midi.«

---

1) Gegen die Osmanen. 2) S. No. 241.

3 Ergeben sich am deutlichsten aus den kurfürstlichen Schreiben vom 25. und 29. August.

247.[1] **Bericht des Geheimen Raths Dohm und des Land-Jägermeisters Stein.** Nassau 1788 August 5. 1788 Aug. 5

R. 10. 79. Mundum, geschrieben von Stein.

Der Streit des Papstes mit den deutschen Erzbischöfen.

»Nachdem wir Unterschriebene, wie es E. K. M. aus dem . . . Bericht vom 28. *p. m.* zu ersehn geruhet haben werden, zuförderst mit den wichtigsten Geschäftsmännern des Herrn Kurfürst von Mainz eine Conferenz im Schlangenbade gehabt und alles, was bisher in den Nuntiatur-Streitigkeiten vorgegangen, gemeinschaftlich durchgelesen und uns über alle dabei eintretende Puncte vertraulich besprochen, mithin von der ganzen Lage der Sachen vollständig unterrichtet hatten, begaben wir uns am 1. August nach Aschaffenburg.

»In der uns am folgenden Tag ertheilten Audienz bezeugte ich, der *p.* v. Dohm, Sr. Kurf. Gn., wie E. K. M. mir bloss in der Absicht befohlen, mich hieher zu begeben, um mich von Ihren Gesinnungen in diesen Angelegenheiten, welche uns natürlich so genau nicht bekannt sein könnten, zu belehren, da Allerhöchstdieselbe in vollem Vertrauen, dass der preiswürdigste Erz-Kanzler des Reichs auch hierin nichts als dessen wahres Beste bezwecke, mit demselben völlig einverstanden zu handeln und dieselbe Sprache zu führen wünschten.

»Der Herr Kurfürst bezeugte sich sehr gerührt über dies Vertrauen E. K. M. und schmeichelte sich, dass der Erfolg allemal am besten bewähren werde, wie seine Absichten allein auf die Gerechtigkeit und auf die ungeschwächte Aufrechthaltung der deutschen hierarchischen und politischen Verfassung gerichtet sei, weshalb er also auch die vertraulichste Eröffnung gegen E. K. M. sich zur Pflicht mache und bereit sei, uns alle gewünschte nähere Erläuterungen zu geben.

»Dieses ist auch wirklich in solcher Art geschehn, dass uns hierüber nichts zu wünschen übrig geblieben und der Zweck, den E. M. bei meiner, des *p.* v. Dohm, Anherosendung gehabt, auf das vollkommenste erreicht worden. Ich bin selbst mit einer auszeichnenden Huld von diesem in Absicht seines Geistes und seiner Gesinnungen wirklich grossen Fürsten, sowie auch vom Herrn Coadjutor[2], aufgenommen, auch Zeuge gewesen, dass der *p.* vom Stein die gegründesten Ursachen habe, E. K. M. bei jeder Gelegenheit von dem patriotischen Eifer und von der wärmsten Freundschaft höchstgedachten Herrn zu versichern.

»Wir glauben auch mit allem Grunde versichern zu können, dass weder der Kurfürst von Maynz noch dessen Herr Coadjutor in Absicht dieser sowie anderer deutschen Reichs-Angelegenheiten für E. K. M. kein Geheimniss habe und es sein angelegentlichster Wunsch sei, mit Allerhöchst-

1) Vgl. *Gronau*, *Dohm* S. 167 ff. 2) Dalberg.

1788 Aug. 5 denenselben immer vollkommen einstimmig und ganz auf einen Zweck zu handeln.

»In Absicht der Nuntiatur-Angelegenheiten hat der Kurfürst sich nicht nur mündlich und ganz umständlich gegen uns eröffnet, sondern auch mir, dem *p.* vom Stein, seine Gedanken über die Namens E. K. M. und seiner selbst an Kur-Cölln zu thuenden Äusserungen in die Feder dictirt, wie die Anlage *sub litt. A* ausweiset, damit wir beide seine Gedanken desto bestimmter vorlegen könnten.

»Am 3. dieses hielten S. Kurf. Gn. in unserer beiden Gegenwart eine Conferenz, welcher auch der Herr Coadjutor beiwohnte, worin dieser Herr selbst von Anfang bis zu Ende allein den Vortrag mit einer nicht genug zu bewundernden Ordnung, Deutlichkeit und vollkommenen Einsicht in dies Geschäfte hielt, dessen Hauptinhalt aber der Geh. Legations-Rath Müller[1]) in dem *sub litt. B* abschriftlich anliegenden Protokoll summarisch so entworfen hat, dass des Kurfürsten Gesinnungen durchaus mit seinen eigenen Worten ausgedrückt sind.

»Nach reifster Überlegung und Erwägung können wir den darin zu fernerer Betreibung dieser Angelegenheit entworfenen Plan nicht anders als der Sache vollkommen angemessen finden. Wir halten es indess für unsere Pflicht, diese Lage E. K. M. zu höchsteigener Beurtheilung nach unserer gemeinschaftlichen besten Einsicht . . . vorzulegen.

»Sowohl über die Form der Betreibung als über den zu erreichenden Zweck sind sämmtliche bei der Sache interessirte Theile noch weit entfernt unter sich eins zu sein. Nicht nur sind die Erzbischöfe hierin ganz anderer Meinung als die Bischöfe, sondern auch jene selbst betrachten die Sache und ihren Betrieb aus verschiedenen Gesichtspuncten. Die Hauptdifferenzen sind etwa folgende:

»1° Kur-Cölln will durchaus von keinem Vergleich mit dem römischen Hofe wissen, wann nicht die ständige Jurisdiction sowohl der neuen Münchner als der alten Cöllner Nuntiatur vorher durch einen Reichs-Schluss gänzlich aufgehoben wird. Dieser Punct ist nach kurcöllnischer Meinung keines Vergleichs fähig. Wann derselbe einmal abgemacht, erkläret dieser Hof sich zwar in Absicht der übrigen Puncte des Embser Congresses zu einem Vergleich geneigt; es ist aber aus den vom dortigen Minister Frhrn. v. Waldenfels mit vieler Heftigkeit aufgestellten und vertheidigten Behauptungen, womit man von allen Seiten nicht zufrieden ist, sehr zu vermuthen, dass der Kurfürst von Cölln, wann er einmal seinen Hauptendzweck erreicht, auch wegen der übrigen Gegenstände sich nicht sehr nachgiebig beweisen werde.

»2° Kur-Trier ist dagegen gänzlich dafür, dass nicht das Mindeste

---

1) Johannes M., der Historiker. Vgl. dessen Brief an Jacobi, Aschaffenburg 4. August 1788, in seinen *Sämmtlichen Werken* (*Tübingen 1814*) 16, 351.

an den Reichstag gebracht werden müsse, ehe man vorher dem Papst von Seiten der Erzbischöfe einen gütlichen Vergleich förmlich angetragen und keine Hoffnung mehr haben werde, durch diesen seinen Zweck zu erreichen. Ehe aber solches vorausgegangen, wird Kur-Trier nie darin willigen, die Sache der Entscheidung des Reichs vorzulegen, da dieser Hof den Versuch der Güte nach dem Verhältniss der Erzbischöfe zum Oberhaupt der Kirche sowie dem Herkommen für durchaus nothwendig ansieht. Kur-Trier wird sich hierunter nur schwerlich mit Kur-Cölln jemals vereinigen. Von Kur-Mainz dissentirt dasselbe nur darin, dass es die Sachen auch nicht einmal zur Dictatur gebracht haben will, bis der Versuch des Vergleichs gänzlich misslungen sein würde. Bei dem Vergleich selbst wird Kur-Trier gewiss alle mögliche Nachgiebigkeit beweisen, sowohl in Absicht der übrigen Emser Puncte als auch der Nuntiatur-Jurisdiction selbst, indem Kur-Trier einen sehr grossen Unterschied zwischen der Münchner und Cöllner Nuntiatur findet und dafür hält, dass letztere ganz offenbar den Besitzstand für sich habe, wovon das Gegentheil keinesweges im letzten cöllnischen Promemoria[1]) bewiesen sei noch jemals werde bewiesen werden können. 1788 Aug. 5

»Diese kurtrierschen Gesinnungen kennen wir sowohl aus der uns vom Kurfürsten von Maynz vorgelegten Correspondenz als auch durch unsere gestern bei der Durchreise durch Schwalbach gehabte umständliche Unterhaltung mit dem kurtrierschen Minister Frhrn. v. Duminik.[2]) Derselbe konnte uns seine Entfernung von den kurcöllnischen Gesinnungen nicht lebhaft genug schildern, und wir haben alle Ursache zu glauben, dass die Grundsätze dieses Ministers die des Kurfürsten selbst sind, obgleich der zweite Hauptgeschäftsmann desselben, der geistliche Rath Beck[3]), welcher den Emser Congress mit abgeschlossen und den wir gleichfalls zu Schwalbach antrafen, andere Gesinnungen hegt, die sich fast gänzlich den kurcöllnischen nähern, indess doch auch dahin gehn, dass der Versuch eines Vergleichs (den er jedoch allein unter Vermittelung Kais. Maj. *qua advocati ecclesiae Germanicae* zu Stand zu bringen für nothwendig hielt, von der er sich aber doch wenig Erfolg verspricht) der Comitial-Entscheidung vorgehn müsse.

»Noch müssen wir hiebei bemerken, wie der Kurfürst von Trier in seinem letzten Schreiben an Kur-Maynz . . . einige Ausdrücke einfliessen lassen, nach welchen er einen einseitigen Vergleich mit Rom sich vorzubehalten schien. Der Kurfürst von Maynz hat hierauf nicht nur . . . eine bestimmte Erklärung vom Kurfürsten von Trier verlangt, sondern uns auch aufgetragen, sein Befremden hierüber zu erkennen zu geben und die wahren Gesinnungen des Kurfürsten von Trier und seines Ministerii zu erforschen. Wir haben dieses, so viel wie bisher möglich war, gethan und von dem *p.* v. Duminick die allerdinges aufallende Erklärung erhalten, *dass der Kur-*

1) Vgl. No. 228. 2) Ferdinand Frhr. v. Duminique. 3) Johann Ludwig B.

1788 Aug. 5 *fürst sein Herr sich wegen seiner inneren Landesverhältnissen (auch insbesondere wegen eines ganz neuen Vorfalls, da er wegen Aufhebung zwei ganz verarmter Nonnen-Klöster bei Trier lebhafte Widersprüche von seinem Capitel bekam) in einer solchen Lage mit dem römischen Hofe befände, welche ihm eine baldige Berichtigung dieser Irrungen nothwendiger als jedem andern Erzbischofe mache. Er müsse sich also sein Recht einer einseitigen Abschliessung eines Vergleichs ausdrücklich vorbehalten, da eine gemeinschaftliche durch die grosse Verschiedenheit der Meinungen und besonders durch den zu weit gehnden Eifer des Kurfürsten von Cölln noch so weit aussehend und misslich scheine. Der Kurfürst habe nur um deshalb sich hierüber schriftlich deutlicher auszudrücken vermieden, weil er besorge, dass es zu Rom der gemeinschaftlichen guten Sache schaden würde, wenn seine Absicht, sich allenfalls einseitig zu vergleichen, dort schon itzt bekannt würde. Nunmehr aber fände er, der p. v. Duminique, kein Bedenken, uns offenherzig zu bekennen, wie der Plan seines Herrn dieser sei: von itzt an noch ein volles Jahr zu warten und in dieser Zeit weder Propositionen in Rom zu thun noch dergleichen von dort anzunehmen. Wann aber alsdann die bisherige Unentschiedenheit noch immer fortdaure und weder auf eine noch die andere Art eine Berichtigung der mit dem römischen Hofe obwaltenden Irrungen bewirkt sei, so behalte der Kurfürst sich vor, alsdann für sich allein diejenigen Schritte zu thun, die er seinen besondern Verhältnissen nach rathsam und nothwendig fände.*

»Wir begnügten uns, dem *p.* v. Duminick hierauf zu bezeugen, wie die Erhaltung des Einverständnisses unter den Herren Erzbischöfen uns eine unumgänglich nothwendige Bedingung des guten Erfolgs aller in der Folge der Zeit etwa vorzunehmenden Unterhandlungen scheine, und obgleich dieselbe zu verwickelt wären, um bereits in einem Jahr gänzlich geendiget zu sein, so schmeichelten wir uns dennoch, sie in dieser Frist weit genug fortgeschritten zu sehn, um S. Kurf. Durchl. von Trier von aller Trennung abzuhalten. Ich, der *p.* v. Dohm, werde, wann ich diesem Fürsten in Coblenz selbst gesprochen, noch näher wegen desselben eigener Gesinnungen berichten können.

»3° Obgleich von Salzburg die Antwort[1]) auf das oben bemerkte kurmaynzische Anschreiben noch nicht eingelaufen, so weiss man von dortigen Gesinnungen indessen mit einiger Zuverlässigkeit schon so viel, wie sie dahin gehn, dass die neuere Münchner Nuntiatur gänzlich von der Cölner, welche das *possessorium summarissimum* für sich habe, getrennt werden und man erstere allein zuförderst angreifen müsse; wegen der übrigen Puncte des Embser Congresses hat man aber noch keine neuere Erklärung von dorther erhalten.

---

1) »Antwort« fehlt in der Vorlage.

»4° Würzburg ist gleichfalls zwar gegen die Münchner, aber keinesweges gegen die Cöllner Nuntiatur, wird hierin auch nur schwerlich nachgeben, da der Fürst-Bischof dem Mainzer Herrn Coadjutor declarirt hat, dass er immer in allen Appellationen *electionem fori* entweder vor dem Nuntio in Cölln oder vor dem Vicariat in Mainz behaupten werde, welches Würzburg von je her, obgleich von Maynz beständig widersprochen, als ein besonderes Vorrecht behauptet hat. 1788 Aug. 5

»5° Sämmtliche übrige Bischöfe werden überhaupt zwar für den Versuch eines Vergleichs zu Abstellung sämmtlicher Beschwerden gegen den römischen Hof, bei welchem sie sämmtlich selbst concurriren könnten, sich einigermaassen geneigt erklären, aber in die gänzliche Abschaffung der Jurisdiction der Nuntien werden sie aller Wahrscheinlichkeit nach nie, weder bei einer gütlichen Unterhandlung noch auf dem Reichstage, stimmen. Von Lüttich weiss ich, der *p.* v. Dohm, dieses aus dem Munde des Bischofs selbst; von Hildesheim und Paderbornn ist es bekannt, ebenso von Regensburg in und Freysingen *pp.*, und endlich setzt Speyer seine desfallsigen Meinungen den unglimpflichsten Druckschriften gegen Kur-Mainz[1]) ausser allen Zweifel.

»6° Kur-Maynz hat in Absicht der Behandlung der Sachen einen bestimmten und ohne allen Zweifel den der Sache angemessensten Plan entworfen, der im Wesentlichen sich auf Folgendes reducirt:

»a) Die Entscheidung durch den Reichstag ist der durch den kaiserlichen Reichs-Hof-Rath weit vorzuziehn. Um dieser auszuweichen und Kur-Cölln in gutem Einverständniss zu halten, muss alles versucht werden; ist es aber nicht möglich, so lässt man Kur-Cölln allein für sich seinen eigenen Weg gehn.

»b) Noch vorzüglicher, anständiger, schicklicher ist der Weg des gütlichen Vergleichs; sein Versuch muss der Entscheidung des Reichstags vorgehn.

»c) Um aber dem römischen Hof Ernst zu zeigen und um ihn zu billigen Vergleichs-Bedingungen geneigt zu machen, sucht man sich die Mehrheit der Stimmen zu Abschaffung der gesetzwidrigen Jurisdiction der Nuntien im Reich zu versichern. Sobald man die Hoffnung hat, diese zu erhalten, bringt der Erzkanzler diese Sache zur Dictatur. Mit der Proposition und wirklichen Vornahme der Sache aber wird so lange zurückgehalten, bis Rom entweder seine gänzliche Abneigung gegen allen Vergleich erklärt hat oder derselbe durch dessen Schuld misslungen ist.

»d) Alsdann und nicht eher fasst man einen Reichs-Schluss ab, durch welchen die ständige Jurisdiction aller Nuntien im Reich ohne Ausnahme gänzlich abgeschafft und die Sachen in jene Lage gebracht werden, worin sie nach den *concordatis principum* sein sollten und wonach dem Papst das Recht der letzten Instanz in den dazu qualificirten Sachen der Kirche aller-

1) Vgl. *Klüber, Neue Literatur des teutschen Staatsrechts* S. 559. *Mainzer Monatschrift von geistlichen Sachen* 1788 S. 1037.

1788 Aug. 5 dinges verbleibt, er aber zu dessen Ausübung keine fremde Geistliche in's Reich senden darf, sondern die von den Bischöfen ihm vorzuschlagende National-Richter annehmen muss, welche in seinem Namen das Recht aussprechen.

»Hierüber scheint die Meinung sowohl des Kurfürsten und Coadjutor als aller übrigen wichtigen Männer im Cabinet ganz einstimmig zu sein.

»In Absicht des durch einen künftigen Vergleich eigentlich zu erreichenden Zwecks aber ist man auch in Mainz noch keinesweges entschieden. Dann da wir uns verpflichtet hielten, zu erkennen zu geben, E. K. M. würden nur schwerlich nach dem angelegentlichsten Wunsch Sr. Kurf. Gn. von Mainz die ständige Nuntiatur-Jurisdiction dem römischen Hof aufopfern wollen, ohne vorher auch einige vertrauliche Eröffnung darüber zu wünschen, in welchen von den andern Puncten des Embser Congresses man dagegen dem Papste nachgeben dürfte, so fanden wir, dass der Kurfürst selbst entweder hierunter noch gar keine feste Meinung gefasst habe oder es doch zu bedenklich finde, sich schon itzt deshalb zu äussern.

»Der Herr Coadjutor hat hierüber den Grundsatz, Rom Geld und Ehre, aber keine Macht in Disciplinar-Sachen zu geben, welche die Bischöfe hindern würde, in ihren Diöcesen Gutes zu thun, und da ich, der *p.* v. Dohm, ihm meine Ideen über diese Sache, sowie ich sie in meinem . . . Bericht *d. d. 20. Junius* vorgelegt hatte, vertraulich communicirte, gab er denselben gänzlich Beifall. Der Weihbischof v. Heims dagegen, auf dem die Betreibung dieses Geschäftes hauptsächlich mit beruhet, scheint zu einiger Nachgiebigkeit bis jetzo weniger geneigt; indessen wird er der Intention des Kurfürsten gemäss seine Gedanken über sämmtliche Puncte des Embser Congresses entwerfen, damit ich, der *p.* vom Stein, E. K. M. solche im Namen des Kurfürsten im engsten Vertrauen . . . vorlegen könne.

»Alle diese Verschiedenheiten von Meinungen und Interesse lassen nun zwar einen sehr langsamen Gang in Betreibung dieses Geschäftes vorhersehn, und der endliche Ausgang desselben ist itzt mit blosser Wahrscheinlichkeit noch nicht einmal zu berechnen.

»Für E. K. M. . . . Interesse ist indess nach unserer Einsicht diese Unbestimmtheit auf keine Weise nachtheilig; vielmehr wird dieselbe die beste Gelegenheit darbieten, nach den Umständen Entschliessungen zu fassen, beiden Theilen verbindliche Hülfleistungen zu erzeigen und dem hierarchischen System Deutschlandes diejenige Lage zu geben, welche für das allgemeine Wohl die vortheilhafteste ist.

»Was E. K. M. hiebei am wesentlichsten interessiren kann, besteht wohl vornehmlich darin, dass das kaiserliche Ministerium, so viel möglich, aus der Sache gehalten und dadurch verhütet werde, dass die Erzbischöfe nicht durch[1]) dessen Unterstützung (die dann doch immer mehr dem Vergrösserungsplan des Hauses Österreich als dem wahren constitutionellen

1) Hs.: »nur«.

Reichs-System angemessen bleiben wird) ihren Zweck erreichen oder vorzüglich unter seiner Mediation ein endlicher Vergleich zu Stand komme. 1788 Aug. 5

»Wir haben hierbei zu bemerken, dass das eigene Benehmen des Kaisers schon sehr viel dazu beigetragen habe, um ihm einen Hauptantheil an der Direction dieser Angelegenheit zu erschweren.

»Nothwendig hat der Kaiser das Vertrauen verlieren müssen, welches E. M. wenig Beeiferung kosten wird, um es für Sich zu gewinnen, da er die Erzbischöfe zuerst zu dem gegen den römischen Hof zu wagenden Schritt aufrief und ihnen seinen kräftigsten Schutz und Beistand versprach, nunmehr aber sie ganz verlässt und das Einverständniss mit allen Bischöfen und sämmtlichen weltlichen Ständen zur vorgängigen Bedingung seines gesetzmässigen Schutzes jetzo erst machen will.

»Das Menagement, welches dieser Herr aus politischen Rücksichten gegen Kur-Pfalz beobachtet, muss nothwendig ihn hierin sehr geniren und zu schwankenden Demarchen, die keinen Antheil befriedigen können, verleiten. Aus diesem Grunde ist er der Entscheidung der Nuntiatur-Sache durch den Reichs-Hof-Rath ausgewichen und hat die Erzbischöfe an den Reichstag verwiesen. Aber auch hier würde er einen für letztere günstigen Reichs-Schluss keinesweges gern sehn, und da er nach seinen so ausdrücklichen, auch in seinen Erblanden schon wirklich zur Execution gebrachten Erklärungen: dass den Nuntien im Reich keine Jurisdiction zustehe, einen solchen Reichs-Schluss, wann *maiora* für ihn wären, seine Beistimmung nicht versagen könnte, so bemerkt man schon itzt verschiedene kleine Mittel, deren sich das kaiserliche Ministerium seither so gern und nie ohne Erfolg im Reich bediente, um die ganze Sache[1]) zu verzögern.

»Es hat z. B. der kaiserliche Gesandte in Bonn und Coblenz, Graf v. Metternich[2]), bereits geäussert, wie nach der Meinung des itzigen kaiserlichen Gesandten *qua commissarius* am Reichstag, Baron v. Leykam[3]), die Erz- und Bischöfe in ihrer eigenen Sache nicht würden votiren können. Von andern Seiten ist insinuirt worden, dass aus gleichen Gründen nicht Kur-Maynz, sonder Kur-Sachsen die Dictatur in diesen Angelegenheiten gebühre.

»Bei diesen Umständen scheint es, nach unserm Ermessen, würde die Aufmerksamkeit besonders dahin zu richten sein, dass Kur-Cölln abgehalten werde, durch sein allzu dringendes Betreiben der Sache den Kaiser zu einer kräftigen Unterstützung zu bewegen und wohl gar zu einer oberstrichterlichen Entscheidung, auch allenfalls wider die Meinung des Reichs-Hof-Raths zu verleiten; als worüber eine Versicherung Sr. M. des Kaisers zu haben der *p.* v. Waldenfels mir, dem *p.* vom Stein, selbst sich gerühmt hat.

1) »Sache« fehlt in der Hs. 2) Franz Georg v. M.
3) Franz Georg v. L.

1788 Aug. 5 »Um dieses zu verhüten, dürfte es nun vorzüglich darauf ankommen, dem Kurfürst von Cölln das feste Vertrauen einzuflössen, dass E. K. M. dem römischen Hofe keine unbedingte Unterstützung bewilligt haben und die Abschaffung der Nuntien und ihrer ständigen Jurisdiction von Seiten Allerhöchstderoselben nicht werde gehindert werden.

»Ich, der *p.* v. Dohm, werde mich bemühen, hierüber bei meiner Anwesenheit in Bonn sowohl dem Kurfürst als dem Minister v. Waldenfels alles Erforderliche mit gehöriger Vorsicht zu sagen, was sowohl diesen Fürsten beruhigen als was ihm das nöthige Vertrauen gegen E. K. M. und gegen Kur-Mainz einflössen kann.

»Da ich indessen aber voraussehe, dass der *p.* v. Waldenfels auch hierüber noch eine schriftliche Erklärung zu Beantwortung seines Schreibens (welches ich unter'm 22.[1]) *m. p.* . . . eingesandt habe) von mir verlangen wird, so stelle ich . . . anheim, ob E. K. M. mich autorisiren wollen, diese Antwort etwa in folgender Art abzufassen:

»*E. K. M. würden, wann die Frage wegen ständiger Jurisdiction der Nuntien auf den Reichstag zur Proposition gebracht werden sollte, Allerhöchstdero Votum unfehlbar so abgeben, wie es vom protestantischen Reichstheil und specialiter von brandenburgschen Kur-Vorfahren immer geschehn sei; und Allerhöchstdieselben würden die Herstellung der alten Kirchen-Verfassung und die Ausübung der Jurisdiction des Kirchen-Oberhaupts nach Vorschrift des Baseler Concilii und der Concordatorum Principum*[2]) *ohne alle Einschränkung, so weit es Ihre Eigenschaft eines evangelischen Reichs-Mitstandes erlaube, begünstigen und an demjenigen, was zu gesetzlicher Bekämpfung der constitutionswidrigen ständigen Jurisdiction der Nuntien im Reich von den katholischen, besonders von den hohen geistlichen Mitständen geschähe, allen denjenigen Antheil nehmen, den E. K. M. bekannte reichspatriotische Gesinnungen erwarten liessen. E. K. M. bäten S. Kurf. D., Sich hierüber gänzlich zu beruhigen, und hofften, Hochdieselbe würden auf keine Weise besorgen, dass Allerhöchstdieselbe dem römischen Hof irgend eine Unterstützung gegen ein klares Reichsgesetz, sowie die Concordata Principum es wirklich sind, bewilligen könnten.*

»*Bei dieser ganz offenen und geraden Erklärung könnten E. K. M. aber auch nicht bergen, wie Allerhöchstdieselbe es mit Kur-Mainz und Kur-Trier dem durch die Hierarchie einmal festgesetzten Verhältniss zwischen dem Papst und den Erzbischöfen und dem in den Verhandlungen mit dem römischen Hofe stets beobachteten Gange und Herkommen gemäss hielten, dass, ehe und bevor die Sache an das Reich gebracht und ein Reichs-Schluss über dieselbe abgefasst würde, man zuforderst*

1) Es geschah am 21.; s. No. 242.

2) Von 1446.

einen Versuch machte, sämmtliche obwaltenden Irrungen durch gütlichen Vergleich beizulegen. 1788 Aug. 5

»*E. K. M. würden dem Papst anrathen, bei demselben in Absicht des Punctes der Nuntiaturen sich ganz nachgiebig zu bezeigen; um aber diese Nachgiebigkeit zu befördern und um dem römischen Hofe Ernst zu bezeugen, hätten Allerhöchstdieselben auch nichts dawider, wann diese Sache schon sofort vom Erzkanzler zur Dictatur gebracht, mit der Proposition aber so lange der Anstand genommen würde, bis der Vergleich vom römischen Hofe entweder gänzlich abgelehnt oder durch dessen Verschulden misslungen wäre.*

»*Um auch der von Kur-Cölln geäusserten Besorgniss, dass dieser Vergleichs-Versuch nur zur Verzögerung nach der bekannten Gewohnheit des römischen Hofes gereichen werde, zuvorzukommen, könnte zwar eine geraume, aber doch bestimmte Frist gesetzt werden, nach deren Ablauf alsdann die Vornahme des Geschäftes auf dem Reichstag kein weiteres Bedenken haben, vielmehr Rom noch mehr in seinem Unrecht vor der ganzen Nation dargestellt werden würde, wann ihm der Weg der gütlichen Ausgleichung angeboten, aber durch seine Schuld vereitelt wäre.*

»*In einem wie im andern Fall würden E. K. M. alles, was von Ihnen abhinge, beitragen, um die endliche, so lang gewünschte befriedigende Erledigung der gegründeten Beschwerden deutscher Nation gegen den römischen Hof, wie sie das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes erfodere, zu bewirken, und der Kurfürst von Cölln könne aller Proben der offensten und vertraulichsten Handlungsweise von E. K. M. gewiss gewärtig sein.*

»Diese Erklärung erschöpft, nach unserer Einsicht, alles, was in gegenwärtiger Lage der Sache zu äussern rathsam sein dürfte. Wir erbitten uns also E. K. M. . . . Befehle, ob dieselbe in dieser Art zu ertheilen sei; auch stellen wir . . . anheim, ob ich, der *p.* v. Dohm, wie S. Kurf. Gn. von Maynz es gern zu sehn schienen, an Kur-Cölln versprechen könne, dass ihm zu seiner Zeit E. K. M. Erklärung an den römischen Hof vorgelegt werden solle.

»Unserem . . . Ermessen zu Folge würde sich der Kurfürst von Cölln auch ohne dieses Versprechen auf E. K. M. . . . Wort, dem Papst die Nachgiebigkeit in Absicht der Nuntiaturen zu empfehlen, verlassen können, und man könnte wenigstens zuvor abwarten, welche Wirkung die Erklärung, wie wir sie . . . im Entwurf vorlegten, auf diesen Herrn haben werde.

»Wir glauben hoffen zu können, dass diese Kur-Cölln in soweit beruhigen dürfte, um es geneigt zu machen, sich auf den Versuch eines Vergleichs ohne Ausnahme des Nuntiatur-Punctes einzulassen, der weiteren Betreibung der Sache durch den Kaiser und durch den Reichs-Hof-Rath einstweilen zu entsagen.

1788 Aug. 5 »Sollte dieses aber nicht der Fall sein, so würden E. K. M. doch nicht nur Kur-Maynz, sondern auch Kur-Trier (welchen beiden Höfen diese vertrauliche Eröffnung zu communiciren sein würde) und nebst diesen alle Bischöfe für sich haben, Kur-Cölln aber, allein für sich stehend, schwerlich etwas ausrichten können.

»Diese Erklärung ist so offenbar gesetzmässig, dass sie E. K. M. nothwendig das grösste Vertrauen im Reich erwecken und auch dem römischen Hofe, wenigstens mit Grunde, nicht missfallen könnte. Dann unmöglich kann der Papst doch verlangen, dass E. K. M. eine offenbare Usurpation gegen die Reichs-Gesetze, wie es die Jurisdiction der Nuntien ganz unstreitig ist, beschützen und eine Sprache führen, welche derjenigen gerade entgegen wäre, die der protestantische Reichstheil und besonders Kur-Brandenburg zu allen Zeiten, vornehmlich *anno 1709*, geführt hat.[1])

»Aus diesem Grunde und um das kur-cöllnische Misstrauen gänzlich auszurotten, würde diese Erklärung aber auch in Absicht des Nuntiatur-Punctes nothwendig so bestimmt und deutlich sein müssen, wie wir es in . . . Vorschlag gebracht haben; aber gewiss lässt diese Erklärung noch immer freie Hände genug, um der Sache die Wendung zu geben, welche die Leitung des Kurfürsten von Maynz rathsam oder künftige Umstände vielleicht nothwendig machen dürften. Dann wann die verschiedene Meinungen der Erz- und Bischöfe auf den Reichstag gebracht werden, so würden E. K. M. ungeachtet der itzigen Äusserung gegen Kur-Cölln noch immer natürlich das Recht behalten, die für den Besitzstand der Nuntiatur-Jurisdiction alsdann einzuführende Gründe zu prüfen und nach denselben die eigenen Ideen näher zu modificiren: ein Recht, welches man zu Mainz, zu Coblenz und zu Salzburg sich selbst noch vorbehält und also einem protestantischen, von diesen Dingen nicht so genau unterrichteten Reichs-Stande um so mehr gebühret.

»Auf den Fall aber, dass es wirklich zu einem Vergleich käme, bei welchem der römische Hof im Punct der Nuntiatur-Jurisdiction nachgäbe und durch E. K. M. Anrathen zu dieser Aufopferung bewogen würde, so scheinen uns Allerhöchstdieselbe um so mehr berechtigt, von den Erzbischöfen gleiche Nachgiebigkeit in übrigen wichtigen Puncten und Festsetzung der päpstlichen Rechte gegen fernere Eingriffe zu fordern; und würde hiedurch also das hierarchische System Deutschlands diejenige bleibende Norm erhalten, welche das politische Verhältniss erfodert und wodurch von dieser Seite dem zu grossen Einfluss des Kaisers ein fester Damm auf immer entgegengesetzt würde.

»Wir haben nach allen mit den wichtigsten Personen gehabten Unterredungen die zuversichtlichste Hoffnung, dass dieser grosse Zweck nicht verfehlt werden dürfte, es mag nun die Sache durch einen Vergleich unter

1) Vgl. Band 1, 397 ff.

E. K. M. Vermittelung oder auf dem Reichstag entschieden werden, wenn (wie es nicht fehlen wird) der römische Hof bei Aufopferung der Nuntiatur-Jurisdictionen die Nachgiebigkeit der Erzbischöfe in Absicht anderer ihm nicht minder wichtigen Puncte zur Bedingung machte. Da fast nur mit Ausnahme von Kur-Cölln alle übrige Erz- und Bischöfe mehr für als gegen die Aufrechthaltung des römischen Hofes sind, so ist gar nicht zu zweifeln, dass derselbe wirklich nach wahrer Politik handelt, wann er gegen Aufhebung der für Deutschland äusserst drückenden Nuntiatur-Jurisdictionen sowohl seine Annaten als übrige Einkünfte aus Deutschland auf einen festen Fuss setzt und auch andere wichtige Gerechtsame gegen Widerspruch und Eingriff sichert. 1788 Aug. 5

»Wir glauben mit einiger Gewissheit vorhersehn zu können, dass dieses, besonders in Absicht der beiden wichtigen Puncte: — a) Confirmation der bischöflichen Wahlen (welche man den als Ambassadeurs des Papstes in Deutschland bleibenden Nuntien ausschliesslich überlassen könnte), b) die päpstliche Monate in den Hochstiftern — der Fall sein werde, wodurch zugleich die Vergrösserung des kaiserlichen Ansehns von der bedenklichsten Seite ganz abgeschnitten würde.

»Wir müssen hiebei noch . . . bemerken, wie S. Kurf. Gn. von Maynz in der gehaltenen Conferenz uns vertraulich eröffneten, dass man sich gewiss darauf verlassen könne, Sie würden bei Abfassung eines Vergleichs oder in den Comitial-Deliberationen der Sache die Leitung dahin geben, um zu hindern, dass dasjenige dem Kaiser nicht an Macht und Einfluss zufalle, was man dem Papst zu entziehn suche.

»Dieser erleuchtete Fürst bemerkte aber hiebei zugleich, wie es ein sehr unrichtiger Gesichtspunct sei, wann man glaube, der Kaiser könne durch die Herstellung der ursprünglichen Rechte der deutschen Erz- und Bischöfe gewinnen: es sei vielmehr gewiss, dass der bisherige Zustand der Dinge dem kaiserlichen Ansehn weit günstiger gewesen sei. Der Papst könne seine Gerechtsame in Deutschland nie anders als sehr abhängig vom kaiserlichen Hof ausüben: er müsste gegen dessen Empfehlungen die grösste Nachgiebigkeit beweisen, und bei Verleihung von Präbenden, Dispensen und dergleichen Gratial-Sachen sei es nur ein seltener Fall, wo die Parteien sich nicht an den Papst durch den kaiserlichen Hof wendeten und folglich diesem stets die Hauptverbindlichkeit hätten.

»Diese erwähnten Mittel seien solche, deren Umfang und Einfluss, um dem kaiserlichen Ministerio einen Einfluss im Reich zu verschaffen, die Protestanten noch lange nicht genug kennten; sie würden aber ganz wegfallen, wann die Erz- und Bischöfe wieder in ihre alten eigenthümlichen Rechte einträten.

»Zudem würde eine wichtige Quelle von Ansehn und Einkünften für den vom Kaiser so ganz abhängigen Reichs-Hof-Rath vertrocknen, wann die bisher dunkle und immer streitige Concordaten durch neue und be-

1788 Aug. 5 stimmte ersetzt würden und also die viele Processe gänzlich wegfielen, welche die bisherige Concordaten hervorbrächten und deren Entscheidung dermalen bekanntlich der kaiserliche Reichs-Hof-Rath allein vor sein Forum gebracht wissen wolle.

»Unserer Einsicht nach verdienen diese Bemerkungen gewiss alle Aufmerksamkeit. Ohne Zweifel werden die versprochene vertrauliche Eröffnungen über die bei dem Vergleich anzunehmende Grundsätze noch mehreren Stoff dieser Art enthalten, der die gründliche Einsicht in den wahren Zusammenhang dieser Dinge erweitern und bei Entwerfung des neuen hierarchischen Systems der katholischen Kirche in Deutschland nützlich wird gebraucht werden können.

»Vor itzt schmeicheln wir uns, E. K. M. die gegenwärtige Lage der Sache vollständig dargelegt zu haben, und erbitten uns wegen unseres ferneren Benehmens und besonders darüber, ob ich, der *p.* v. Dohm, die ... vorgeschlagene Erklärung an den *p.* v. Waldenfels schriftlich geben und dieselbe auch an Kur-Mainz und an Kur-Trier communiciren solle, eine ... Instruction.

»Wir haben hier einen Tag zur gemeinschaftlichen Abfassung dieses Berichtes verweilen müssen, und nun setze ich, der *p.* v. Dohm, nunmehr sofort meine Reise über Coblenz, Bonn und Cölln nach Aachen fort, von wo ich das Weitere ... einzuberichten nicht verfehlen werde« ...

»Beilage Litt. A. Von Sr. Kurf. Gn. von Mainz dem königlich preussischen bevollmächtigten Minister v. Dohm in Aschaffenburg gethanen Äusserungen und von Höchstdenenselben Selbst mir, dem *p.* von Stein, in die Feder dictirt.

»Ab Seiten Kur-Mainz habe der Herr Gesandte Kur-Cölln die gewissesten Versicherungen zu erneuern, dass man nie entstehn werde, den Nuntiaturen im Reich den gesetzlichen Krieg anzukündigen und diesen mit allen Nachdruck zu führen.

»Ab Seiten Kur-Brandenburg möchte hingegen die Erklärung zweckdienlich sein, dass man seiner Zeit bei desfallsigen an das Reich gebrachten Beschwerden nie ermangeln werde, nach Vorschrift und Zielsetzung der Gesetze in Gemässheit der schon von den ältesten Vorfahren an dieser Kur abgelegten Votorum abzustimmen.

»Jedoch könnte Augustissimus sich noch vorbehalten, den römischen Hof vorstellig und begreiflich zu machen, dass demselben weit anständiger, sothane Gravaminibus von selbst abzuhelfen, als durch einen zu besorgenden Reichs-Schluss, davon Augustissimus Sich nie trennen würden, hiezu am Ende genöthiget zu werden.

»Hiebei wäre nun noch zu bemerken, dass, da die allgemein anerkannte Gesinnungen des Königes dahin gingen, die hierarchische und weltliche Verfassung im Reich durch alle Mittel zu erhalten, so wäre es sehr zweck-

dienlich, wenn der Herr Gesandte den Befehl erwirken könnte, *nomine regis* Kur-Cölln zu erklären, dass seiner Zeit die Erklärungen an den römischen Hof vorgelegt und man alsdann überzeugt werden würde, wie aufrichtig und patriotisch man zu Werk gehe.« 1788 Aug. 5

---

248. Das General-Directorium an das Geistliche Departement. Berlin 1788 August 5.

Geldern Eccles. Mundum, gezeichnet von Blumenthal, Gaudi und Heinitz.

Für beschränkte Zulassung von Ausländern zu geistlichen Ämtern in Geldern.

Übersendet »den von dem Geheimen Rath und Kammer-Director v. Plesmann zu Geldern . . . abgestatteten Bericht, betreffend das Gesuch des Frhrn. v. Wymar, dass das diesseitige Verbot[1]) der Zulässigkeit der Ausländer zu geistlichen und andern Beförderungen in dortiger Provinz, wenigstens in Ansehung der benachbarten jülich- und bergeschen Lande, wieder aufgehoben, allenfalls aber ihm erlaubet werden möchte, die in dortiger Provinz von seiner Collation abhängende Officia nach Gutfinden zu vergeben . . . Und wie es uns nach den darin angeführten Gründen sehr rathsam zu sein scheinet, das Verbot, dass im diesseitigen Geldern die römisch-katholische Pastorate und andere *curam animarum* zum Gegenstande habende Beneficia an keine Ausländer vergeben werden sollen, dahin zu limitiren, dass nur solche Ausländer davon auszuschliessen, in deren Vaterlande preussische Unterthanen zu solchen geistlichen Beneficiis nicht zugelassen werden, wogegen wir namentlich die österreichische und holländische Niederlande zu benennen bedenklich halten und durch diese generelle Bestimmung der doppelte Endzweck, theils der mehreren Concurrenz zu den geistlichen Beneficiis, theils des *iuris retorsionis*, erreichet wird: so überlassen wir dem . . . *p.* Departement die gefällige Erwägung der von dem *p.* v. Wymar und *p.* v. Plesmann deshalb angeführten Gründe und, wenn selbige desselben Beifall finden, die beliebige Besorgung der darüber an das Landes-Administrations-Collegium und an das Justiz-Collegium zu Geldern zu erlassenden Verfügungen, welche wir mit zu vollziehen bereit sind.

»Übrigens wird die Frage wegen Concurrenz der ausser der Provinz Geldern gebornen Subjecte zu den weltlichen Bedienungen in dieser Provinz, welche mehrere Schwierigkeiten hat und ohne Einwilligung der Stände nicht anders entschieden werden dürfte, die Entscheidung der gegenwärtigen Frage wegen der geistlichen Beneficien nicht aufhalten können.«

---

1) Band 5, 383.

1788 Aug. 7 **249. Marquis Lucchesini an den Cardinal Buoncompagni, Staats-Secretär der Curie.** Ohne Ort 1788 August 7.

R. 11. 164. Übersetzung, von Lucchesini selber angefertigt.

Die Münchener Nuntiatur unvereinbar mit dem Status quo, den Preussen verbürgt hat. Der Papst soll einen Prälaten nach Deutschland schicken und eine Verständigung mit den Erzbischöfen suchen. Hat Rom kein Einsehen, so muss Preussen am Reichstage gegen die Münchener Nuntiatur stimmen.

»Votre Éminence Se rappellera, que pendant mon séjour à Rome[1]) je Lui déclarai à différentes reprises, soit verbalement soit par des notes, au nom du roi mon maître et de l'électeur de Mayence, que l'institution de la nonciature de Munich était inadmissible. Mon peu de connaissances dans les lois et coutumes de l'Empire vous fournit, Monseigneur, des preuves incontestables, que cette nonciature s'opposait également à l'ancien concordat[2]), à celui des princes[3]) et à la constitution germanique en général. L'exercice de l'autorité d'un tribunal déclaré illégal a excité les plaintes de l'électeur de Mayence comme évêque de Worms. Ce prince, en se soumettant au *statu quo*, en fixa l'époque avant l'introduction de la nonciature bavaro-palatine. Voilà le *status quo*, que le roi mon maître promit de tâcher de le faire observer par l'électeur de Mayence dans ses diocèses. S. M. n'a pas encore manqué à cet engagement, et l'électeur de Mayence n'a pas cessé de s'y conformer. Mais les actes d'autorité répétés par le nonce de Munich blessent le *statum quo* garanti, et la nouvelle charge de délégat apostolique, qu'il vient d'exercer pour la prorogation des dîmes extraordinaires du clergé bavaro-palatine[4]), a également alarmé l'électeur de Mayence et l'archevêque de Salzbourg.

»S. M. Prussienne n'envisageait aucun expédient plus fait à rétablir l'harmonie entre le St.-Siége et le haut clergé d'Allemagne que celui de l'envoi d'un prélat en Empire chargé d'une négociation relative aux différents points de discussion. Le St.-Père ne voulant pas encore se prêter à ce projet, il ôte au roi mon maître les moyens de contenir dans les bornes prescrites du *status quo* un prince libre, chef de la hiérarchie germanique et dépositaire des lois de l'Empire.

»Le roi de Prusse en sa qualité de chef de l'union[5]) est obligé de veiller à la conservation des priviléges des princes unis. S'il y manquait, en laissant empiéter sur quelque droit d'un des membres de cette république de souverains, il perdrait tout l'avantage de la ligne et se trouverait moins en état que jamais d'être de quelqu' utilité au St.-Siége.

»Si l'électeur palatin porte à la diète de Ratisbonne l'examen de la déclaration du conseil aulique contre la nonciature de Munich, le ministre du roi à la diète conjointement avec ceux des princes unis ne pourrait

1) Vgl. S. 95 ff. 2) Von 1418. 3) Von 1446.
4) Vgl. No. 236. 5) Des Fürstenbundes.

s'abstenir de soutenir cette décision; car elle est fondée sur le *possessorium*, l'observance et le *statum quo* actuel de l'Allemagne, et elle était expressément exclue des promesses et de la garantie, que je fus chargé d'offrir l'année passée au St.-Siége au nom du roi mon maître et de Mgr. l'électeur de Mayence. Ma note du 14. mai 1787 [1]) vous prouvera, Monseigneur, la vérité de ce que je viens d'avancer. V. Ém. verra, qu'il ne règne aucune contradiction entre ces promesses-là, les conseils successifs d'amener les affaires à un accommodement et les craintes actuelles, que le refus du St.-Père ne mette S. M. Prussienne hors d'état de le soutenir. Ces craintes ne sont ni vaines ni altérées: elles partent de la connaissance, que le roi et ses ministres ont de la réalité des griefs du vicariat de Worms contre la nonciature de Munich, et de la facilité, que l'électeur de Cologne pourrait trouver à Ratisbonne à mêler aux griefs susmentionés ceux qu'il prétend avoir contre la nonciature de Cologne. 1788 Aug. 7

»S. M. Prussienne, en proposant à la cour de Rome une négociation, pouvait espérer de lui prouver par Sa médiation Son désir de lui être aussi utile, que la justice et la constitution germanique Lui permettrait. Mais si le St.-Père n'embrasse pas tout de suite le projet, quel secours pourrait-il s'attendre de l'amitié du roi dans des questions de discipline ecclésiastique avec les quatre premiers archevêques de l'Empire, dont le premier, qui est son allié, a été si peu ménagé par le nonce de Munich, et les trois autres se trouvent dans des liaisons presqu' ouvertement opposées à celles de la cour de Berlin?«

250.[2]) Marquis Lucchesini an den Kurfürsten Friedrich Karl Josef von Mainz. Ohne Ort 1788 August 7.

R. 11. 164. Concept.

Bedauert, dass Kur-Mainz sich durch Kur-Köln zu einer Änderung seiner Politik im Nuntiatur-Streit hat bestimmen lassen. Verwahrt sich gegen den Vorwurf, ein Freund des römischen Systems zu sein.

»Monsieur le comte de Hatzfeld m'a remis la lettre [3]), dont V. A. É. a daigné m'honorer. Cette nouvelle marque de bonté de votre part, Monseigneur, ajoute un prix infini à celui que cette lettre acquiert par l'importance des matières, qu'elle contient, et par la manière, dont elles y sont traitées.

»Je suis infiniment honoré par la confiance, que V. A. É. paraît encore avoir en moi, en me mettant au fait des motifs, qui L'ont obligée de changer de plan, que Sa haute sagesse avait dessiné pour poursuivre Ses justes griefs contre la nonciature de Munich, plan qui évitait de blesser les engagements pris à Rome par Ses ordres et en Son nom relativement à la

1) S. die Nachträge. 2) Vgl. unter dem 20. August. 3) No. 238.

1788 Aug. 7 conservation du *status quo* actuel dans les affaires d'Allemagne. Connaissant la délicatesse de V. A. É. et celle du roi mon maître en fait d'engagements pris, je ne puis m'empêcher de regretter, que la vivacité de Mgr. l'électeur de Cologne vous ait contraint, Monseigneur, à changer de marche. Car on pouvait prévoir, que le pape s'opiniâtrerait à soutenir la nouvelle nonciature, contre laquelle un des premiers tribunaux de l'Empire[1]) vient de prononcer la sentence d'inadmissibilité. Par là V. A. É. dégageait Soi-même et le roi mon maître des promesses et des garanties faites à Rome pour la conservation du *status quo* actuel, que la cour de Rome ne cessera de réclamer avec quelqu' apparence de raison, dès qu'il s'agira de la nonciature de Cologne.

»Les profondes connaissances de V. A. É. Lui feront apprécier au juste les raisons alléguées par l'auteur du *pro memoria*[2]) sur la nonciature de Cologne contre le *possessorium* du pape dans cette dispute. Elles n'atteignent certainement pas au degré d'évidence, qui dépose contre la nonciature de Munich.

»Au demeurant je serais au désespoir, que les ministres de V. A. É. ou ceux du roi mon maître m'eussent fait le tort de supposer, que j'eusse ou entretenu la cour de Rome dans des fausses espérances d'un soutien de la part du roi, dont je ne me suis jamais donné les airs de pouvoir disposer, ou trop ménagé le pape et ses ministres, en leur cachant l'étendue du danger, qui les menace. Je me suis acquitté avec la plus grande exactitude de tous les ordres, dont on a bien voulu me charger, et je viens de presser encore par la poste d'aujourd'hui d'une manière très-énergique l'envoi en Allemagne d'un sujet chargé de conjurer l'orage par des propositions modérées et conciliatoires.[3])

»Mes anciennes liaisons avec quelques membres de la hiérarchie romaine ne m'ont jamais rendu l'ami du système de cette cour-là. J'aime en eux l'homme d'esprit, et je laisse de côté le ministre. Rome n'est pour moi que le siége des beaux arts et le rendez-vous de tous les voyageurs instruits de l'Europe. Si la basse calomnie osait prétexter ces liaisons, pour élever jusqu'à moi quelques accusations, je prends la liberté d'observer, que mon intégrité reconnue, une fortune honnête et les bienfaits du roi mon maître me mettent à l'abri de ses atteintes impuissantes.

»Daignez être persuadé, Monseigneur, que je ne sers que S. M. Prussienne et ceux de Ses hauts alliés qui m'ont honoré de leur confiance, et que je n'attache la moindre importance à rendre des services à la cour de Rome. J'en appelle à tous les actes de ma négociation et à ma correspondance avec le cardinal secrétaire d'État, pour prouver, que je me suis toujours tenu fort au-dessous des instructions, que V. A. É. m'avait données. Pardonnez-moi, Monseigneur, cet épanchement d'un cœur sensible à l'ombre

1) Der Reichs-Hof-Rath; vgl. S. 80 Anm. 2) Vgl. No. 228. 3) No. 249.

d'un soupçon non mérité. En conservant à ma raison le libre examen des ordres, dont je suis chargé, je captive ma volonté à l'autorité de ceux qui m'en prescrivent l'exécution. 1788 Aug. 7

»Ma reconnaissance pour les bontés infinies de V. A. É. m'a fait trouver un nouveau plaisir à continuer d'être employé dans la négociation romaine d'une manière analogue aux devoirs, que votre générosité m'eut imposés.

»C'est dans ces principes, Monseigneur, que je demeurerai pendant le reste de mes jours. Je me flatte, qu'ils me rendront moins indigne de la continuation de la protection de V. A. É.«

---

251. Königlicher Erlass an den General-Major Grafen Heinrich Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe. Berlin 1788 August 11. Aug. 11

R. 11. 33. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Hertzberg.

Der Nuntiatur-Streit. Kur-Köln gefährdet die Verständigung zwischen Rom und den Erzbischöfen.

. . . »Je vous dirai seulement aujourd'hui, qu'il est faux, que j'aie promis quelque chose aux archevêques en faveur de leurs prétentions contre la cour de Rome, mais j'attends de m'arranger encore là-dessous avec l'électeur de Mayence, et je diffère pour cet effet de faire répondre à une lettre pressante[1]), que le ministre de l'électeur de Cologne a écrite aux miens, pour demander l'appui de mon suffrage à la diète. Tout ce que j'ai fait, c'est que j'ai conseillé au pape dans la réponse[2]) à la lettre, que son nonce m'a porté à Wesel, de tâcher de s'accommoder avec les archevêques, pour lequel effet j'ai offert ma médiation. Il s'agit, s'il sera possible de la faire également agréer aux archevêques, de quoi je doute, parceque l'électeur de Cologne se repose sur l'assistance de l'empereur et aimerait mieux de porter toute cette affaire à la décision dudit empereur ou à celle de la diète.«

252.[3]) Etats-Minister Woellner an den Geheimen Ober-Justiz- und Tribunals-Rath Scholz. Berlin 1788 August 12. Aug. 12

R. 7. B. 16. Eigenhändiges Mundum.

Kein Gnadenjahr für den Bischof von Ermland!

. . . »Vermelde hiedurch unserer genommenen Abrede gemäss, dass ich diesen Morgen des Königs Maj. meinen unterthänigen Vortrag in der Sache des Bischofs von Ermeland gemacht habe, und sind Allerhöchstdieselben der Meinung, dass, wenn die nachgesuchte Concession des Gnadenjahres der Fundation des Bisthums entgegen sei und überhaupt nach der Verfassung der Katholiken Schwierigkeiten finde, wir solche nur ohne Umstände

---

1) S. No. 242. 2) No. 230.

3) Vgl. unter dem 21. März.

1788 Aug. 12 refusiren sollen. S. K. M. sind hiezu um so mehr bewogen worden, da die vor Jahr und Tag dem Bischof von Culm accordirte Concession[1]) noch bis diese Stunde in der Geheimen Canzellei liegen geblieben ist und sich der Supplicant nicht weiter darum bekümmert hat. E. H. belieben also nur ein abschlägiges Decret anzugeben, dazu der alte lateinische Fundations-Brief hinlängliche Gründe suppeditiret.«

Aug. 25 Hierauf Ministerial-Erlass an den Bischof von Ermland (Berlin 25. August; Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Scholz): »dass, um die Behauptung des Fürsten Bischofs, als ob es nur auf den Wohlgefallen des Landesherrn beruhe, der Wahl eines neuen Bischofs auf ein, auch wohl mehrere Jahre Anstand zu geben, näher zu beleuchten, derjenige Vertrag, dessen sich am 7. December 1512 der König Sigismundus mit dem damaligen Bischof und Dom-Capitul vereinbaret hat[2]), eingefordert, aus solchem aber ersehen worden, dass jenes Vorgeben damit nicht bestehet, indem vielmehr bei Gelegenheit dieses Vergleichs, und zwar in der eigentlichen Absicht, damit die Bischofs-Wahl über die Gebühr nicht verzögert werden möge, der damalige Landesherr sein Wort gegeben hat, die Nomination länger nicht denn höchstens acht Tage nach der von dem Tode des Bischofs überkommenen Nachricht aufzuhalten. Wie nun S. K. M. gegen dergleichen Verträge Gratificationen zu ertheilen und ohne die dringendste Noth davon abzuweichen nicht gemeinet sind, so tragen Höchstdieselben auch zu dem Fürsten Bischof das Vertrauen, dass er seinerseits nicht gesinnet sei, solchem entgegen zu handeln, sondern vielmehr nach nunmehr erhaltenen besseren Kenntniss das Gesuch um Verwilligung eines Gnadenjahrs aufzugeben sich von selbst zu bescheiden wissen werde.«

Aug. 16 **253.[3]) Bericht des Geheimen Raths Dohm.** Aachen 1788 August 16.

R. 10. 79. Mundum.

Unterhandlung mit Kur-Trier, Kur-Köln und dem Kölner Nuntius wegen eines Vergleiches zwischen dem Papste und den Erzbischöfen.

»Nach meiner allhier erfolgten Rückkunft kann ich meinen unter dem 5. d. mit dem Frhrn. v. Stein aus Nassau erstatteten Bericht wegen der Nuntiatur-Irrungen dadurch vollständig machen, dass ich E. K. M. auch noch das Nähere über die von mir in Coblenz und Bonn bemerkte Gesinnungen . . . vorlege.

»I. Der Kurfürst von Trier hat mich mit vieler Höflichkeit aufgenommen und schien sehr dadurch geschmeichlet, wie ich ihm sagte, dass E. K. M. mir bei meiner Reise in diese Gegend ausdrücklich aufgegeben,

---

1) No. 92.

2) *Jura municipalia terrarum Prussiae et leges ad eas terras privatim pertinentes* (*Dantisci 1578*) Bogen K.

3) Vgl. Dohm's Briefe an Johannes Müller in den *Briefen an Johann v. Müller, herausgegeben von Maurer-Constant* (*Schaffhausen 1839*) 2, 325 ff.

ihm aufzuwarten und mich von seinen Grundsätzen in Absicht der zwischen dem römischen Hofe und den deutschen Erzbischöfen obwaltenden Irrungen zu belehren, weil Allerhöchstdieselbe wünschten, zu deren Berichtigung auf eine der Constitution und dem wahren Wohl des Reichs gemässe Art mitzuwirken. 1788 Aug. 16

»In dem vorerwähnten gemeinschaftlichen Hauptbericht ist bereits unter No. 2 bemerkt, wie die beiden wichtigsten Geschäftsmänner des Kurfürsten von Trier entgegengesetzte Gesinnungen haben, der Minister v. Duminique nämlich sehr für den römischen Hof, der Geh. Geistliche Rath Beck aber den kurcöllnischen Grundsätzen geneigter ist. Dieser Umstand, sowie von der einen Seite die Ergebenheit des Kurfürsten für das Oberhaupt der Kirche und von der andern seine genaue Verbindung mit dem Kurfürst von Cölln machen seine eigene Gesinnungen sehr ungewiss und schwankend. Im gegenwärtigen Augenblick scheinet indess seine Abhängigkeit von Kur-Cölln zu prädominiren, und er erklärte sich gegen mich ganz bestimmt dahin, dass die Jurisdiction der Nuntien im Reich ohne Einschränkung als reichsgesetzwidrig verbannt und hiebei durchaus kein Unterschied zwischen der Cöllner Nuntiatur, deren Unrechtmässigkeit durch das Alter von zwei Jahrhunderten gar nicht geschwächt würde, und der neuen Münchener Statt finden könne.

»Dabei war er aber gänzlich der Meinung, dass, ehe man diese sowie die übrigen Irrungen an den Reichstag brächte, zuförderst der Weg des gütlichen Vergleichs zu versuchen sei, welchen das Verhältniss der Erzbischöfe zum Papst nothwendig mache. Es ist auch nicht zu zweiflen, dass seinerseits bei einem solchen Vergleich alle Nachgiebigkeit in Absicht der Emser Puncte werde bewiesen werden.

»Auf den Fall, dass binnen Jahresfrist diese Streitigkeiten nicht auf eine oder andere Art beendiget wären, wiederholte mir der Kurfürst selbst, wie er alsdann durch die besondere Lage seines Erzstifts sich genöthiget sehen würde, die ihm rathsam scheinende Schritte für sich allein zu thun, welches aber nie ohne Benachrichtung der andern Erzbischöfe geschehen würde. Er glaube sich hiezu um so mehr befugt, da der Kurfürst zu Mainz bei Gelegenheit dortiger Coadjutorie einseitig zu Rom ein Engagement[1]) eingegangen sei, von welchem man erst itzt wäre informiret worden. Der Kurfürst von Trier erwähnte dieses Umstandes mehr als ein Mal gegen mich, nicht ohne Empfindlichkeit. Ich antwortete ihm: wie Kur-Mainz sich in Rom zu nichts verbindlich gemacht, als die wirkliche Ausführung des Emser Planes so lange auszusetzen, bis der Weg der Güte versucht sei; da nun nach seiner, des Kurfürsten von Trier, eigener Meinung dieser Versuch nothwendig allen übrigen Maassregeln vorgehen müsste und selbst die Sache nicht einmal, ehe jener Versuch vergeblich gewesen, an den Reichstag gebracht werden sollte, so wäre es klar, dass Kur-Mainz nichts

1) Vgl. No. 249.

1788 Aug. 16 eingegangen, als was ohnedem die Natur der Sache erforderte und auch ohne alles Versprechen geschehen sein würde.

»II. Den Kurfürsten von Cölln fand ich im Ganzen gleichfalls sehr mit den Versicherungen zufrieden, die ich ihm von den Gesinnungen E. K. M. und des Kurfürsten von Mainz geben konnte. Er betrachtet zwar den Versuch eines gütlichen Vergleichs als ganz vergeblich, da der itzige Papst nach seinem persönlichen Charakter gewiss in keinem Puncte, der das päpstliche Ansehen interessire, nachgeben und es eher auf das Äusserste ankommen lassen, auch von seinem Staats-Secretär Buoncompagni in diesen Gesinnungen bekräftiget würde. Er, der Kurfürst von Cölln, würde es daher ungleich lieber sehen, wenn die Jurisdiction der Nuntien sofort durch einen Reichs-Schluss abgeschafft werden könnte. Indess ist er doch itzt völlig damit einverstanden, dass der Versuch des Vergleichs vorgehen müsse, falls dabei Abstellung der Nuntiatur-Jurisdictionen eine nicht nachzulassende Bedingung wird. Wenn nur dieser ihn am meisten interessirende Punct entweder durch den Vergleich oder, falls dieser fehlschlüge, durch einen Reichs-Schluss erreicht wird, so dürfte er sich auch solche Modificationen einiger andern Emser Puncte gefallen lassen, die den römischen Hof befriedigen könnten.

»Da ich den *p.* v. Waldenfels hierüber besonders sondirte, so gab er mir (jedoch mit Bitte, dass dem römischen Hofe vor itzt davon noch keine Kenntniss gegeben würde) folgende Puncte als diejenigen an, worin man sowohl nach seiner als auch, wie er mir nachher ausdrücklich sagte, des Kurfürsten eigener Meinung dem Papst nachgeben könnte: (1) Der Papst behielte Annaten und Palliums-Gelder, welche aber nach einer billigen Taxe für immer fest zu bestimmen wären. (2) Die Nuntien blieben als päpstliche Gesandte vom ersten Range und zu Ausübung aller dem Papst zustehenden Primat-Rechte, welche die Erhaltung der Einheit der Kirche nothwendig macht. (3) Dem Papst bleibt die Verleihung der Präbenden in den Bisthümern, wo er sie hergebracht. (4) Der Papst behält das Recht, die Bischofs-Wahlen nach vorgängiger Untersuchung ihrer canonischen Beschaffenheit (die es ihm frei stehet, den Nuntien zu übertragen) zu bestätigen.

»Der Vorschlag zum Vergleich würde nach der Meinung des Kurfürsten von Cölln am schicklichsten von den vier Erzbischöfen geschehen. Weil aber, wie er fest überzeugt ist, davon gar kein Erfolg zu hoffen sei, wenn der römische Hof nicht Ernst sähe, so müsste diese gütliche Unterhandlung so lange ausgesetzt werden, bis man sich der Mehrheit auf dem Reichstag zur Abfassung eines Reichs-Schlusses gegen die ständige Gerichtsbarkeit der Nuntien versichert und Kur-Mainz die Sache zur Dictatur gebracht hätte. Sobald dieses geschehen, würden die vier Erzbischöfe dem Papst einen Vergleich über sämmtliche Emser Puncte vorschlagen können, mit Bitte, einen Legatum mit hinlänglicher Vollmacht nach Deutschland zu

senden, wobei sie zugleich zu erkennen gäben, dass, wenn der Papst den Weg des Vergleichs nicht einschlüge und in demselben der constitutionswidrigen Jurisdiction der Nuntien gänzlich entsagte, die Sache auf dem Reichstag ohnfehlbar wider ihn ausfallen werde. Diese Äusserung würde dann desto mehr Gewicht haben, wenn E. K. M. auch zu gleicher Zeit sie zu bestätigen und dem römischen Hofe Nachgiebigkeit anzurathen geruhen wollten. Mit der wirklichen Fürnahme des Geschäfts auf dem Reichstag würde indess so lange inne gehalten, bis der Versuch des Vergleichs binnen einer geraumen Zeit gänzlich fehlgeschlagen. Da die Einmischung der Bischöfe die Vergleichs-Unterhandlung ungemein verwickelt und weit aussehend machen würde, so müsste der Vergleich lediglich zwischen dem Papst und den vier Erzbischöfen, als den bis itzt streitenden Theilen, abgeschlossen und nachher den Bischöfen, um zu accediren, Kaiser und Reich aber, um durch ihre Beistimmung ein Reichs-Gesetz daraus zu machen, vorgelegt werden. 1788 Aug. 16

»E. K. M. geruhen hieraus zu ersehen, wie Kur-Cölln im Wesentlichen mit Kur-Mainz wegen des Betriebs der Sache übereinstimme. Die näheren Bestimmungen, so wie auch die Art, wie E. K. M. Mediation hiebei benutzt werden könnte, werden sich erst, wenn der römische Hof sich zu einer Vergleichs-Unterhandlung überhaupt geneigt erkläret, ergeben. Vor itzt wird es nur hauptsächlich darauf ankommen, ob E. K. M. . . . gut finden, mich zu einer Erklärung an den Kurfürsten von Cölln, wie sie in dem Bericht vom 5. d. vorgeschlagen worden, zu autorisiren und alsdannn auch mit dem kursächsischen und kurhannöverischen sowie andern protestantischen Höfen über diese Angelegenheit in Correspondenz zu treten und gleichmässige Antworten an die Erzbischöfe zu veranlassen geruhen wollen. Das Letztere würde nach meiner geringen Einsicht um deshalb nöthig sein, da es sehr zu wünschen, dass die protestantischen Stände sich über die Grundsätze vereinigen und ihre itzige Erklärungen an die Erzbischöfe sowie ihre Abstimmungen auf dem Reichstage, wenn die Sache noch dahin gebracht werden sollte, in gleichem Sinn abfassen.

»III. Bei meiner Durchreise durch Cölln fand ich es schicklich und nach dem Rath des Kurfürsten von Mainz selbst nöthig, den Nuntius zu besuchen und ihm zu sagen, dass E. K. M. bei meiner Reise in diese Gegenden mir aufgetragen hätten, mich etwas näher von den Gesinnungen der erzbischöflichen Höfe zu unterrichten und sie von dem Nutzen eines gütlichen Vergleichs, den E. K. M., wie er wisse, dem römischen Hofe angerathen, zu überzeugen. Ich versicherte ihm dabei der Wahrheit gemäss, wie ich überall eine solche Neigung zu einem billigen Vergleich bemerkt, dass ich überzeugt wäre, der Papst würde im gegenwärtigen Augenblick durch denselben manche bisher ihm streitig gemachte wichtige Gerechtsame für immer befestigen und dadurch allen Inconvenientien ausweichen, welche eine rechtliche Entscheidung unter Einfluss des kaiser-

1788 Aug. 16 lichen Hofes oder auch ein nach der älteren deutschen Kirchen-Verfassung abgefasster Reichs-Schluss ihn besorgen liesse.

»Der Nuntius erklärte sich hievon ganz überzeugt und versicherte, dass der Papst nach Allem, was er von dessen Gesinnungen wisse, zu einem gütlichen Vergleich (den auch er, der Nuntius, immer angerathen) sehr geneigt sei; nur werde derselbe wohl verlangen, dass die Unterhandlung in Rom unter seinen Augen geschähe . . .

»Allem Ansehen nach wird die Berichtigung dieser Irrungen in jedem Fall dahin führen, dass der besorgten weitern Ausdehnung des kaiserlichen Einflusses durch feste Bestimmung der päpstlichen und erzbischöflichen Gerechtsamen für immer Grenzen gesetzt, E. K. M. aber neue Gelegenheit erhalten werden, durch thätige Äusserung Allerhöchstdero reichspatriotischen Gesinnungen Sich mehrere Reichsstände noch fester zu verbinden« . . .

Aug. 20 **254. Kurfürst Friedrich Karl Josef von Mainz an den Marquis Lucchesini.** Aschaffenburg 1788 August 20.

R. 11. 164. Mundum, geschrieben von Johannes Müller.

Widerlegt seine irrigen Ansichten über die Nuntiatur-Sache.

»Je reçois la lettre, que vous m'avez fait l'honneur de m'écrire en date du 12.[1]) août. Certainement votre délicatesse devait être blessée, si on pouvait vous soupçonner de n'avoir pas exactement rempli les ordres du roi votre maître; mais cette idée n'est encore venue à personne.[2])

---

1) So! Offenbar ist No. 249 gemeint.

2) Hierzu bemerkt Lucchesini: »Si j'ai rempli exactement les ordres du roi, ou il faut rester fidèle aux engagements librement et volontairement pris à la suite de ces ordres, ou il faut me désavouer hautement, ou bien exposer S. M. à être accusée de mauvaise foi et de manque de parole, tant par la cour de Rome que par tous les ennemis de celle de Berlin. Le premier des trois cas répugne au système adopté par Mgr. l'électeur de Mayence sur la simple insinuation d'un résident*), qu'il entretient à Ratisbonne en commun avec l'électeur de Cologne, système opposé à celui qu'il avait adopté pendant la négociation des coadjutories et manifesté au roi dans la lettre, dont il me chargea pour S. M.**), à la suite duquel système je fus chargé de presser le pape à l'envoi d'un négociateur en Allemagne, pour accommoder à l'amiable les justes griefs de la nation contre les prétentions de la cour de Rome.***)

»J'ignore, jusqu'à quel degré on pousserait ailleurs la délicatesse, pour ne point désavouer les démarches d'un homme d'honneur, qui s'est exactement acquitté des commissions dont on l'a chargé. Le roi et son ministère me tranquillisent sur cet article-là.

»Quant à la troisième supposition, je laisse à S. M., à Ses ministres et aux juges impartiaux l'examen de la question: si il est convenable à l'électeur de songer si peu à manquer ouvertement au roi, en l'engageant dans un temps à la garantie de ses promesses envers la cour de Rome, et en sollicitant ensuite son appui, pour y manquer impunément.

---

*) Vgl. S. 204 Anm. 1 und No. 218. **) Nicht nachzuweisen. ***) S. No. 232.

1788 Aug. 20

»Vous êtes très-fort en erreur sur le changement du plan dans l'affaire des nonciatures et la parole donnée au pape du maintien du *status quo*. Le plus court exposé détruira une fois pour toujours toutes les objections sur ceci.[1])

»L'empereur porte l'affaire des nonciatures à la diète de l'Empire.

»L'archichancelier dicte le décret de commission.

»L'église germanique désire d'être délivré des nonces anticonstitutionnels.

»Les archevêques unis écriront au St.-Père une lettre décente et respectueuse, pour le prier de satisfaire une fois la nation sur ses griefs.

»Les États ecclésiastiques, séculiers, catholiques et protestants voteront en conformité des lois et des suffrages antérieurs en cette matière. L'on verra, si dans leurs suffrages le nonce de Cologne sera mieux traité que celui de Munich.

»Le roi votre maître emploie en attendant ses bons offices auprès du St.-Siége et lui fait observer le danger imminent, où il se trouve.

»Vous voyez, Monsieur le marquis, que dans ces arrangements le *status quo* est blessé d'autant moins qu'il n'a jamais été garanti que jusqu'à la

---

1) Bemerkung von Lucchesini: »Un exposé moins court, mais peut-être un peu plus vrai, pourrait bien sauver les objections ci-mentionnées de cette destruction gratuite.

»L'électeur de Mayence se met à la tête du congrès d'Embs et s'annonce ouvertement en opposition avec la cour de Rome.

»Peu après l'affaire des coadjutories lui impose la nécessité de changer de ton: il propose à la cour de Rome de suspendre la poursuite de la ponctuation d'Embs, il assure l'observance du *status quo* antérieur à l'établissement de la nonciature de Munic, il en demande et en obtient la garantie du roi.

»La cour de Rome manque à ses engagements, en poussant avec rigueur l'exercice des facultés contestées au nonce de Munic et à son subdélégué dans le palatinat par le vicariat de Worms. L'électeur de Mayence eut pu s'en prendre à cette infraction; mais plus soigneux de regagner la confiance des trois archevêques d'Allemagne, qu'il avait perdue par la négociation romaine, que de ménager la dignité du roi, il se livre sans réserve aux insinuations et aux plans de l'électeur de Cologne.

»Il ne dicte pas uniquement le décret de commission à la diète de Ratisbonne, comme sa qualité de grand-chancelier de l'Empire l'exige, mais il se met à la tête des récriminations contre les nonciatures, et sans réfléchir, qu'il a reconnu lui-même en quelque façon la légalité de celle de Cologne, ayant fait instruire devant son tribunal le procès des coadjutories de Mayence et de Worms, il sollicite par sa lettre circulaire*) aux États unis et aux évêques ses suffragants la pleine admission des principes du congrès d'Embs, qu'il avait promis de laisser sans poursuite.

»Les quatre archevêques, croyant concentrée en eux seuls l'autorité et le bon plaisir de toute l'église germanique, supposent peut-être gratuitement, que tous les évêques se prêteront volontiers au troc du joug romain contre celui que les archevêques pourraient être intentionnés de leur imposer ensuite.«

---

*) Gemeint ist No. 255.

1788 Aug. 20 composition amiable, dont les Romains se sont plus éloignés que rapprochés.« [1])

Aug. 25 **255.** [2]) **Kurfürst Friedrich Karl Josef von Mainz an König Friedrich Wilhelm II.** Aschaffenburg 1788 August 25.

R. 10. 79. Mundum. Offenbar von Johannes Müller aufgesetzt; die Minute, von der No. 250 redet (überschrieben: *ad status unitos et mut. mut. etiam ad episcopos*) ist theilweise von ihm geschrieben.

Die Nuntiatur-Sache vor dem Reichstage. Bittet um Beistand gegen die Curie.

»E. K. M. sind die Irrungen und Beschwerden nicht unbekannt, welche von ältern Zeiten her über die ständige Gerichtsbarkeit der römischen Nuntien im deutschen Reiche bestehen.

»Diese Irrungen sind dermal theils durch die anmaassliche Errichtung eines neuen Nuntiatur-Gerichtes am kurpfälzischen Hoflager zu München, theils aber durch die unbefugten Ermächtigungen des zu Kölln am Rheine befindlichen Nuntius Pacca auf einen so hohen Grad gestiegen, dass Seine des itzt regierenden Kaisers Maj. dem Wohl des gesammten Reichs für zuträglich ermessen haben, solche durch den Weg eines Reichs-Gutachtens zur gesetzlichen Erledigung und Abhilfe an die allgemeine Reichs-Versammlung gelangen zu lassen. [3])

»Den erleuchtungsvollen Einsichten E. K. M. kann es nicht entgehen, welchen wichtigen Einfluss dieser Gegenstand auf die Freiheit eines grossen Theils der deutschen Kirche und folglich auf jene des deutschen Reichs sowohl als dessen vorderster Mitglieder zu gewinnen fähig sei . . .

---

1) Lucchesini: »Personne d'ailleurs ne reconnaît plus que moi les torts des Romains, personne n'a ménagé moins que moi le pape et ses ministres sur ce point-là. Ce ne sont pas leurs prétentions absurdes qui me tiennent à cœur, c'est la réputation du roi engagée dans le mode de la conduite de cette affaire; c'est la mienne, qui pourrait être exposée ou à des reproches non mérités ou à des justifications interminables; ce serait même celle de la cour de Mayence, supposé que tout le monde y fût de l'avis du coadjuteur, qui a été et qui est même à présent d'opinion, qu'il faut mettre les Romains dans leur tort, avant que de rompre en visière aux engagements solonnels pris à Rome par l'électeur de Mayence et garantis par le roi.«

2) Grossentheils übereinstimmend mit dem ohne Angabe eines Druckortes erschienenen *Circular-Schreiben Sr. Kurf. Gnaden zu Mainz an die sämmtlichen katholischen geistlichen Reichs-Stände, die Nuntiatur-Streitigkeiten im teutschen Reiche betreffend* (Aschaffenburg 18. October 1788). Zur Erläuterung vgl. *Geschichte der Nuntiaturen Deutschlands, unparteiisch verfasset von A. J. C — — C. zu V — —* (*1790*) S. 255 f. 261 ff. (Verfasser: Aquilius Cäsar, Chorherr zu Vorau in Steiermark.) *Gründliche Entwicklung der Dispens- und Nuntiatur-Streitigkeiten zur Rechtfertigung des Verfahrens der vier deutschen Erzbischöfe wider die Anmaassungen des römischen Hofes.* [*Bonn*] *1788* (Verfasser: Christian Franz Weidenfeld, kurkölnischer Hofrath in Bonn; s. *Meusel, Gelehrtes Teutschland* (*Lemgo 1800*) 8, 390). *Klüber, Neue Literatur des teutschen Staatsrechts* (*Erlangen 1791*) S. 557 ff.

3) Durch das Hof-Decret, Wien 9. August (in Regensburg dictirt am 22. August. s. *Mainzer Monatschrift von geistlichen Sachen* 1788 S. 792. 705; *Reuss, Teutsche Staatskanzlei* 22, 362.

1788 Aug. 25

»Der Gesichtspunct, aus welchem die Sache zu betrachten ist, ruhet einestheils in der römisch-katholischen Kirchen-Verfassung und anderntheils in den Reichs-Grundgesetzen, durch welche die Rechte der deutschen Kirche ihren festen Bestand und ihre unveränderte Fürdauer erhalten.

»Ich finde nöthig, auf die ersten Gründe der Kirchen-Verfassung um deswillen zurückzugehen, weil die gesetzlichen Verhältnisse erst dadurch in das erforderliche volle Licht gesetzt werden können.

»Es ist nämlich in der ganzen römisch-katholischen Kirche eine von den Kirchenvätern angenommene, von den Concilien befestigte und von den vornehmsten Kirchenrechts-Lehrern einmüthig behauptete Grundlehre, dass die Gewalt der Bischöfe unmittelbaren göttlichen Ursprunges sei.

»Die Rechte des Episcopates sind aus diesem Grunde keiner Veräusserung, Beschränkung, noch Verjährung fähig, vielmehr gebührt jedem Erz- oder Bischofe ihre freie und vollständige Ausübung. Solche ward von je her die Kirchen-Freiheit genannt, und diese gründet sich auf der Unabhängigkeit eines jeden Erz- oder Bischofes von fremder incompetirender Gewalt in der Ausübung aller dem Episcopate eigenen Rechte.

»Der römische Papst tritt als Primas der gesammten katholischen Kirche nach der Natur seines Amtes nur alsdann ein, wenn die Erz- und Bischöfe ihr Amt nicht erfüllen oder wenn die Erhaltung des reinen Glaubens und der Einigkeit solches erfodert.

»Wie alt diese Lehre sei, bewährt schon der grosse Papst Gregor I. Er verabscheute den Begriff sowohl als den Namen einer den übrigen Bischöfen vorgreifenden Gewalt. Er hielt dafür, dass, wo nicht jedem Bischofe seine Gerichtsbarkeit ungekränkt bleibe, nichts Anderes daraus folgen könne als eine Störung der kirchlichen Verfassung und Ordnung.

»Noch zu dieser Zeit schien man auch, so wie von je her, einen wesentlichen Theil der ursprünglichen Kirchen-Freiheit darin zu setzen, keine von dem Papste mit Gerichtsbarkeit oder wohl gar mit ständiger Jurisdiction versehene Nuntien zuzulassen.

»Es würde unnöthig sein, wenn ich die Geschichtsquellen und besonders die mit Einstimmung der geistlichen und weltlichen Stände abgefassten Capitularien der fränkischen sowohl als der deutschen Könige und Kaiser hier zum Zeugnisse anführen wollte.

»Erst zu jener Zeit, als die falschen Isidorischen Decretalen sich überall verbreitet hatten und als die Päpste in der vorgeblichen Eigenschaft *qua ordinarii ordinariorum p.* in allen Sprengeln mit den Bischöfen eine concurrirende Jurisdiction zu behaupten beflissen waren, fingen dieselben allenthalben an, nach Gutfinden ihre Nuntien abzusenden und mit mannigfaltigen in die Kirchen-Freiheit eingreifenden Falcultäten, ja mit einem ständigen Gerichtszwange zu versehen.

»Aber selbst in diesem dunkeln Zeitpuncte, wo man von der Falschheit jener Decretalen noch nicht unterrichtet war und wo der grösste Theil

1788 Aug. 25 der Erz- und Bischöfe dem römischen Hofe aus mancherlei Rücksicht zu Allem bereitwillig erschien, fand doch die ständige Jurisdiction der Nuntien als eine der Kirchen-Freiheit allzu offenbar widerstehende Neuerung sehr starken Widerstand.

»Man suchte sie, sowie die römischen Stellen überhaupt, dadurch von aller Jurisdictions-Übung in Deutschland zu entfernen, dass im Concilium zu Basel festgesetzt ward, der Bischof solle in der ersten Instanz, in der andern der Erzbischof und in der dritten zwar der Papst, aber durch National-Richter *in partibus*, entscheiden.

»Diese Baselischen Decrete, worunter jenes *de causis et appellationibus* vorzüglich begriffen ist, wurden bekannter Maassen im Jahre 1446 auf dem Reichstage zu Frankfurt unter dem Namen der sogenannten *concordata principum* angenommen und der deutschen Nation von Eugen IV. bestätigt.

»Hierdurch fiel demnach die Aufstellung ständiger Nuntiatur-Gerichte mit einem Mal gänzlich hinweg, und da dieser National-Vertrag durch alle zeitherige Wahl-Capitulationen bis itzt die reichsgrundgesetzliche Sanction erhält, so darf auch kein Zweifel obwalten, dass solcher noch gegenwärtig in seiner vollen Giltigkeit und Wirkung bestehe.

»Alles, was dagegen von dem römischen Hofe je unternommen worden ist oder itzt und künftig unternommen ist, das ist offenbare Verletzung der ursprünglichen National-Kirchen-Freiheit, Verletzung des National-Vertrages, der Fürsten-Concordate und des ersten Reichs-Grundgesetzes, der kaiserlichen Wahl-Capitulation.

»Dafür hat es selbst die deutsche Nation durch mehrfältige laute Klagen erklärt.

»Sie beschwerte sich schon in den Jahren 1521, 1523 und 1530 darüber, dass der römische Hof in etliche Landschaften Botschafter oder Nuntien schicke, um Ablass und Dispensen im 2. und 3. Grade der Sipp- und Verwandtschaft auszutheilen.

»Ebenso bezeigten sich die Stände der A. C. schon im Jahre 1594 darüber schwierig, dass die römischen Nuntien im Reiche herumschlichen, sich einer Jurisdiction anmaassten und andere in den Bann zu legen wagten.

»Hierauf machten katholische Stände zwar bemerklich, dass zur Einigkeit der Lehre und Verhütung aller Trennung jeweil päpstliche Nuntien verordnet zu werden pflegten.

»Allein protestantischer Seits beruhigte man sich hiebei keineswegs, und im Jahre 1598 trug man neuerdings darauf an, dass die päpstlichen Nuntien nicht mehr im Reiche fovirt, sondern nach Rom wieder abgefertigt werden möchten.

»1613 ersuchten sie des Kaisers Maj., nicht zu gestatten, dass vor den Nuntien im Römischen Reiche dispensirt werde.

»Im Art. V. § 20 des Westfälischen Frieden floss eine merkwürdige Vorsehung ein, welche die Abhaltung der päpstlichen Nuntien im Deutschen Reiche zum besonderen Zwecke hatte.

1788 Aug. 25

»Man behielt dem Papste seine Vorrechte in vermischten Stiftern vor, man foderte aber ausdrücklich, dass die Ausübung dieser Rechte vom Papste unmittelbar zu geschehen habe, und durch diese Vorsehung ward vermög der Friedens-Tractate lediglich bezielt, dass die Nuntien gänzlich davon ausgeschlossen bleiben sollten.

»Man fand sich hierzu durch das Angeben bewogen, dass die päpstlichen Nuntien sich unterfangen hätten, die geistliche Jurisdiction in evangelischen hohen Stiftern zu üben, evangelische Prälaten *ad videndum se privari* zu citiren, Dispensation zu ertheilen, Präbenden zu vergeben und durch Protestationen demjenigen, was im Reiche zwischen Ständen abgehandelt wird, sich zu widersetzen.

»Man hatte also zur Absicht, aller Einmischung der Nuntien selbst in jenen Fällen reichsgrundgesetzlich vorzubeugen, wo die noch bestehenden vertragsmässigen Rechte des Papstes an und für sich noch als rechtmässig erkannt wurden.

»Überhaupt war es nirgend in dem Geiste des Westphälischen Friedens, einer Jurisdiction der Nuntien Statt zu geben. Allenthalben geschieht von der geistlichen Jurisdiction der Bischöfe Erwähnung, ohne dass jener der Nuntien, welche von je her im Reiche für nicht existirend geachtet wurde, nur mit einem Worte gedacht werde.

»In solcher Voraussetzung votirten die meisten Stände des Reichs 1654 bei der Versammlung zu Regensburg, dass den Nuntien alle Absolutionen und Dispensationen *a iuramentis* in Rechts-Sachen schärfest zu untersagen wären. Und als der Papst Alexander VIII. es *a. 1690* versuchte, nach Wien ständige mit Jurisdiction versehene Nuntien zu senden, so erklärte Kaiser Leopold diesen Schritt für eine ungerechte Herausnahme und verlangte einer solchen Beleidigung halber Genugthuung.

»Kaiser und Reich, beide Religions-Theile führten also durch verschiedene Jahrhunderte hierüber die nämliche Sprache.

»Auch im gegenwärtigen Säculum (1709) entstand zu Kölln zwischen dem kurbrandenburgischen Gesandten und dem dasigen Nuntius ein Zwist, welcher Friedrich I., E. K. M. ruhmvollen Vorfahren, veranlasste, ersagten Nuntius in der evangelischen Conferenz als den *usurpatorem* einer demselben im Reiche nie zustehenden Macht zu erklären und auf dessen Ausschaffung anzutragen.[1])

»Im nämlichen Jahre stand der Herr Fürst-Bischof zu Lüttig wider die unleidentlichen Eingriffe des Nuntius Bussi in seine bischöfliche Gerechtsame bei der allgemeinen Reichsversammlung um Hilfe an.

»Kurz darauf, 1714, erliess Kaiser Karl VI. wider den köllnischen Nuntius Borgia die Verfügung, dass derselbe unjustificirlicher Handlungen

1) Band 1, 379 ff.

1788 Aug. 25 und Eingriffe wegen in acht Tagen aus der Stadt Kölln und in vier Wochen aus dem Reiche fortgeschafft werden sollte.

»Weit gemässigter ist zwar die Sprache, welche das kurfürstliche Collegial-Schreiben vom Jahre 1764 im Bezuge auf die Nuntiaturen enthält. Allein auch in diesem Schreiben herrschten überhaupt solche Grundsätze, mit welchen die Jurisdiction der Nuntien sich durchaus nicht vereinbaren lässt.

»Endlich schliesst sich die Reihe sämmtlicher den thätigsten Widerspruch gegen alle ständige Nuntiatur-Gerichte zu Tage legender Beschwerden und Vorgänge durch die bekannte Convention zwischen den Erzbischöfen zu Trier, Cölln und Mainz, dann dem Herrn Fürst-Bischofen zu Bamberg und Würzburg, welche im Jahre 1769 errichtet und Sr. Kais. M. vorgelegt ward. Diese Convention setzte durch ihren Inhalt abermal fest, dass alle Nuntiatur-Gerichtsbarkeit in Deutschland völlig aufhören sollte.

»E. K. M. wird ab all diesen Hergängen zu entnehmen gefällig sein, dass die deutsche Kirche und Nation zu keiner Zeit die gehörigen Verwahrungsmittel vernachlässiget habe, wodurch die ursprüngliche Freiheit der deutschen Kirche bis itzt wider alle Anmaassungen römischer Nuntien aufrecht besteht.

»Es lässt sich auch nicht gedenken, dass irgend ein rechtsgiltiger Besitz gegen die unaufhörliche standhafte Widersprüche und Behauptungen ersagter Nation und ihrer ersten Mitglieder habe eintreten können.

»Wenigstens hätte man bei solcher Lage der Umstände sicher hoffen und erwarten sollen, dass Seine dermal regierende Päpstliche Heiligkeit nach ihren grossen Einsichten eher von selbst alle Gerichtsbarkeit der Nuntien in Deutschland einziehen, als sich den gesetzwidrigen unpolitischen Schritt erlauben würden, am Hoflager eines der vordersten Reichs-Mitglieder ein neues Nuntiatur-Tribunal errichten und zu solchem Ende einen neuen Nuntius mit Facultäten dahin absenden zu wollen.

«Indessen geschah es doch wider alle Vermuthung, dass im Jahre 1785 der Erzbischof Zoglio als ständiger mit Jurisdiction und Facultäten versehener Nuntius nach München bestimmt und ihm zu seinem Nuntiatur-Bezirke die sämmtlichen pfalzbayerisch-, auch herzoglich jülich- und bergischen Lande angewiesen wurden.

»Alle dagegen eingebrachte, auch noch so gegründete Vorstellungen waren bei Sr. Heiligkeit von keinem Erfolge. Ihre Antwort ging schlechterdings dahin, der Nuntius Zoglio werde in diesen Landen die nämlichen Facultäten ausüben, die der köllnische Nuntius bisher daselbst ausgeübt habe.

»Zur Hintertreibung dieses päpstlichen Vorhabens ertheilten des Kaisers Maj. zwar dem Cardinal Herzan[1]) den gemessenen Auftrag, in Allerhöchstihro Namen alle zweckmässige Schritte zu thun. Als aber auch dadurch

1) Vgl. S. 95 Anm. 1.

der Zweck nicht zu erreichen war, als die deutschen Erzbischöfe um eine ernstlichere gerechteste Verfügung anzustehen sich bewogen fanden, so erging am 12. October 1785 [1]) die obristhauptliche gerechteste Erklärung, wie Allerhöchstsie den päpstlichen Nuntien weder eine Jurisdictions-Ausübung in geistlichen Sachen noch eine Judicatur gestatten könnten, welches ohne Unterschied auf alle in die Lande des deutschen Reichs kommende Nuntien erstreckt wurde. 1788 Aug. 25

»Doch dessen unangesehen erschien der Nuntius Zoglio in München mit völliger Gerichtsbarkeit und Facultäten, und, was dabei auffallend war, so fuhr auch der Nuntius Pacca zu Cölln fort, dem Herrn Fürsten v. Hohenloh-Bartenstein eine Ehe-Dispens zu ertheilen, ohne sich im mindesten an die kaiserliche Erklärung zu stören; ja, es achtete eben dieser Nuntius auf dieselbe so wenig, dass er durch ein nie zu rechtfertigendes Circular-Schreiben [2]) alle von den Herrn Erzbischöfen aus bischöflicher Autorität ertheilte Dispensen zum Nachtheile der Gewissensruhe unschuldiger Privat-Personen zu cassiren und dadurch öffentliche Verwirrungen in mehreren Reichslanden zu erregen unternahm.

»Dies gab also den unmittelbaren Anlass zu einem unter dem 27. Hornung 1787 reichskündig ergangenen Reichs-Hofraths-Conclusum [3]), welchem des Herrn Kurfürsten zu Pfalz Lbd. eine Vorstellung entgegensetzten [4]) und darin hauptsächlich auf die authentische Interpretation verschiedener Reichs-Gesetze provocirten, in welchen sie irgend einen Schein der Begünstigung für die Nuntiaturen im Reiche aufzufinden glaubten.

»Was diese allem Ansehen nach bloss auf die Abwendung einer höchstrichterlichen Erkenntnis gerichtete Wendung bei Sr. Kais. M. für einen Eindruck gemacht habe, solches ergiebt sich ab demjenigen Antrage, welchen S. M. hierauf an sämmtliche Herren Erzbischöfe des Reichs erliessen [5]) und wodurch Allerhöchstsie bei mir sowohl als den Erzbischöfen meinen Mitständen den Entschluss veranlassten, den vorliegenden, die Ausschaffung oder Handhabung der römischen Nuntiaturen im deutschen Reiche betreffenden Gegenstand ohne einiges Bedenken an die allgemeine Reichs-Versammlung zur gesetzlichen Erledigung gelangen zu lassen.

»Ich füge den abschriftlichen Inhalt des kaiserlichen Antrages sowohl als meiner Rückäusserung [6]) zu dem Ende hier an, damit E. M. nicht nur die allenthalben zum Behuf der Sache zu erwartende beifällige Einschreitung des allerhöchsten Reichs-Oberhauptes, sondern auch die dabei zugesicherte reichsständische Mitwirkung Sr. des Kaisers Maj. darab zu ermessen vermögen.

»Ich halte mich indessen meines Orts gänzlich überzeugt, dass die Kirchen- und Reichs-Gesetze sowohl als das Ansehen, die Ehre und die Wohlfahrt der gesammten deutschen Nation eine eben so schleunige als

1) S. S. 30 Anm. 2) S. S. 17 Anm. 1. 3) S. S. 80 Anm. 4) S. S. 258. 5) S. S. 258 Anm. 5. 6) Vom 2. Juni 1788. Bei Cäsar a. a. O. S. 220 ist der 21. Juni angegeben.

1788 Aug. 25 wirksam- und ausgiebige Vorkehre wider die oftgedachten Nuntiatur-Gerichte erfodern.

»Es würde für die deutsche Kirche und Nation äusserst herabwürdigend sein, wenn diese allein ihre von göttlicher Anordnung hergeleitete Rechte und Freiheiten für verloren achten und dagegen solche Schmälerungen, solche drückende Eingriffe erdulden sollte, deren sich die benachbarten katholischen Staaten vorlängst entlediget haben.

»Kein deutscher Erz- oder Bischof würde das Maass seiner Amts- und Berufspflichten mehr erfüllen können, wenn ihm die geistliche Gewalt fernerhin nicht frei und unabhängig von unrechtmässigen fremden Einflüssen über seine Diöcesan-Untergebene zustehen soll, wenn diesen der Nebenweg offen bleibt, sich gerade in Fällen, welche das besondere Einsehen und die Wachsamkeit ihrer Hirten erfodern, an fremde, des deutschen Zustandes unkundige Nuntien um Rath und Hilfe zu wenden und solche mit schweren, oft ausser Landes fliessenden, immer aber dem lästigen Unterhalte blosser Fremdlinge gewidmeten Kosten zu erwirken.

»Ein solcher Zustand würde die Erz- und Bischöfe völlig ausser Stand setzen, den billigen Erwartungen der Landes-Regenten so, wie sie gern wollten, zu entsprechen, den Staat durch die Religion zu bessern und zu bilden, mithin das zeitliche Wohl der Völker in genauer Verbindung mit dem geistlichen durch das ausgiebige Mittel der Moralität und der Sitten zu befördern. Dies war der grosse Zweck verschiedener deutschen Kaiser und Könige, die so wie Karl der Grosse sich äusserst angelegen sein liessen, die ursprünglichen Rechte der Bischöfe mit aller Sorgfalt zu schützen.

»Sie erklärten in dieser Absicht durch ihre Edicte, dass jeder Bischof eine uneingeschränkte Gewalt in seiner Diöces besitze und dass die päpstlichen Legaten, wenn sie *cum potestate et iurisdictione* kämen, zu recusiren und abzuweisen wären.

»Da sie einmal der Religion und ihren Dienern durch ihre Aufnahme in ihre Staaten Schutz und Sicherheit bei ihren ursprünglichen Rechten und Freiheiten zugedacht hatten, so gaben sie auch keineswegs zu, dass solche nach der Hand wieder geschmälert werden durften.

»Ihnen waren die Gesinnungen der ältern Kirchen-Versammlungen über die volle Gewalt der Bischöfe und über den göttlichen Ursprung dieser Gewalt sowie über die Nothwendigkeit ihrer ungekränkten Erhaltung vollkommen bekannt, und deswegen ward nachher bei der Wormser Kirchen-Versammlung unter Heinrich IV. ausdrücklich erkannt und erklärt, dass der Papst den Bischöfen die von Gott gegebene Gewalt unbefugter Weise beschränken wollte und hierin Abhilfe verschafft werden müsse. Kurz, sie schützten die Hierarchie bei ihrem ursprünglichen Bestande und Wesen, sie machten sich daraus um so mehr eine Pflicht des Regenten-Amtes, da die kirchliche und Staats-Verfassung in Deutschland immer unzertrennlich in einander verwebt waren und noch sind.

»Ich will der Constitutionen nicht gedenken, die unter den Kaisern Friedrich II., Rudolph und Albrecht I. ergingen und vermög welcher in geistlichen Dingen nach Gebot und Rath der Erz- und Bischöfe zu handeln befohlen war. 1788 Aug. 25

»Ich will nicht erwähnen, dass die Päpste selbst, und besonders Alexander III. im Concordate mit Friderich I., erklärten: der deutsche Clerus soll der willkürigen Disposition des römischen Hofes nicht untergeben sein, sondern die unmittelbare Gewalt der Bischöfe so wie in den ersten Zeiten entweder fest stehen bleiben oder wiederhergestellt werden.

»Ich beziehe mich hierunter mehrmal auf die unter dem Schutze des versammelten Reiches gehaltene Versammlungen zu Constanz und Basel, welche alle *causas*, sie mögen contentios oder *voluntariae iurisdictionis* sein, nicht anderst als durch die Erz- und Bischöfe entschieden wissen wollen.

»Ich beziehe mich auf die schon oberwähnte von der gesammten deutschen Nation zu Frankfurt angenommenen, von Eugen IV. approbirten und unter dem Namen der Fürsten-Concordate zu einem feierlichen National-Vertrage erhobenen, durch alle kaiserliche Wahl-Capitulationen reichsgrundgesetzlich bestätigten Baseler Decrete, welche in den kirchlichen Angelegenheiten nirgend einer Nuntiatur-Instanz Statt geben noch solche zulassen, wohl aber alle *causas ecclesiasticas* stufenweis der bischöflichen, der erzbischöflichen und endlich der päpstlichen, durch National-Delegate in die Ausübung zu bringenden Jurisdiction unterwerfen.

»Ich darf dabei nochmal auf die der Reihe nach angeführten National-Beschwerden, auf die Reichs-Gesetze und Capitulationen zurückgehen, welche insgesammt und ohne Unterlass auf die Remedirung aller, besonders aber jener Beschwer-Puncte dringen, die bei der Handlung zu Augsburg im Jahre 1530 von Seiten der Nation vorgelegt wurden und worunter vorzüglich die Eingriffe der päpstlichen Nuntien in die bischöfliche Jurisdiction begriffen waren.

»Ich gründe mich sodann schliesslich auf die besondern Anträge und Foderungen der katholischen sowohl als der protestantischen Stände, welche man bei aller Gelegenheit auf die Ab- oder Ausschaffung der usurpirten Nuntiatur-Gerichtsbarkeit gerichtet hat.

»Unter diesen ständischen Anträgen muss ich jedoch des einzigen Umstandes eigens gedenken, dass selbst von Seiten der Kur-Pfalz ein bekanntes *monitum ad art. XIV* der letzten Wahl-Capitulation vorliege, welches ebenso wie das bei solcher Gelegenheit abgelegte kurpfälzische Votum die mehrerwähnten mit dem Bestande der Nuntiatur-Gerichte nicht vereinbarlichen, ja solchen völlig ausschliessenden *concordata principum* zum Hauptgrunde hatte.

»Merkwürdig ist dieser Umstand, wenn dagegen angemerkt wird, dass von Seiten des nämlichen Hofes dermal die geistliche Gerichtsbarkeit den

1788 Aug. 25 Händen der Erz- und Bischöfe entrissen und in jene der römischen Nuntien zum Nachtheile der Ehre, des Ansehens und der Wohlfahrt deutscher Nation überliefert werden will.

»So rühmlich und des allgemeinen Beifalls würdig das kurpfälzische Benehmen bei der letzten Capitulations-Handlung war, so wenig lässt sich die Vorliebe und Begünstigung rechtfertigen, die man dermal für die Einführung fremder Gerichte zu Tage legt.

»Man beschönige sie nicht mit dem vorgeblichen Besitzstande, welchen das an den verstorbenen Herrn Bischof zu Freisingen ergangene päpstliche Breve[1]) so sehr erhebt. Denn diesem Besitze widersteht die ursprüngliche Kirchen-Freiheit, die entdeckte Falschheit der Isidorischen Decretalen, welche solchem Besitze zum scheinbaren Vorwande dienten, die Lehre der Väter und der Concilien, die noch itzt in voller Kraft bestehende National-Verträge, die reichsgrundgesetzliche Bestätigung dieser letzten, vornehmlich aber die zu aller Zeit fortgesetzten Widersprüche, Beschwerden und Behauptungen der gesammten Nation und ihrer angesehensten Mitglieder ohne Unterschied der Religion. Diese Gründe sind es, welche jenem vermeinten Besitzstande alle rechtliche Kraft entziehen und ihm dagegen den Stempel der Ungiltigkeit (*possessionis vitiosae*) unauslöschlich aufdrücken.

»Man beschönige auch die Einführung fremder Gerichte nicht mit dem vorgebildeten Particular-Interesse, durch welches einige Herren Bischöfe Deutschlandes überredet werden wollen, sich die Auswahl nicht beschränken zu lassen, kraft welcher sie entweder an die Erzbischöfe oder an die Nuntien ihren Beruf zu richten vermögen.

»Nicht zu gedenken, dass diese Auswahl und die angeblich damit verbundene Observanz das offenbare National-Interesse gegen sich haben und dass einer solchen Observanz ebenso wie dem mangelhaften Besitze der päpstlichen Nuntiaturen alle[2]) Rechtserfodernisse abgehen, so wird es jedem für die Religion und Kirche wohlgesinnten Bischofe von selbst einleuchten, dass man hier nur Täuschungsmittel anwendet, um sie, die Bischöfe, durch eine in aller Rücksicht unerfindliche Neben-Convenienz vom Hauptbetrachte der geist- und weltlichen Verfassungs-Gründe abwendig zu machen: welcher unpatriotischen Bemühung aber hoffentlich die zusammenstimmende vaterländische Gesinnungen sämmtlicher, so geist- als weltlicher Stände kräftig widerstehen und dadurch einige hierin anderstgesinnte Bischöfe hindern werden, das offenbare National-Interesse jener unbedeutenden Nebenabsicht aufopfern zu wollen.

»Endlich lässt sich die Einführung oder das Dasein der römischen Nuntiaturen wohl am wenigsten dadurch rechtfertigen, dass man aus dem letzten Reichs-Abschiede § 164, dann aus dem XIV. Art. § 5 der Wahl-

1) Vgl. S. 73 Anm.
2) Hs.: »aller.«

Capitulation eine Art von gesetzlicher Bestätigung der Nuntiatur-Gerichte erzwingen will. 1788 Aug. 25

»Durch die in diesen Gesetzen enthaltene Disposition wird den Nuntien aufgegeben, in weltlichen Sachen von den Official-Gerichten zu Kölln, Lüttig und Münster keine Appellationen mehr anzunehmen, die Civil-Sachen von den geistlichen zu unterscheiden und in letztere sich nicht mehr einzulassen.

»Der Zweck dieser Stellen war nie, dass die so oft bestrittene und so feierlich widersprochene Jurisdiction der Nuntien in geistlichen Dingen durch sie im Reiche eingeführt oder erkannt werden wollte. Jedermann weiss, dass die erz- und bischöfliche Officialen zu Kölln, Münster und Lüttig von je her auch in Civil-Sachen mit den weltlichen Richtern concurrirten. Es appellirten demnach manche Parteien von den Urtheilen der Officialate an die Nuntien, welche derlei Berufungen der Civil-Eigenschaft ungeachtet annahmen.

»Dagegen aber liess das Kammer-Gericht schon 1603 *mandata cassatoria* ergehen, und da im Jahre 1644 durch die damalige Reichs-Deputation ein eigenes, bloss auf den Missbrauch der geistlichen Jurisdiction in Civil-Sachen gerichtetes Gutachten abgefasst worden war, so kam solches beim Reichstage vom Jahre 1654 nicht nur zur Sprache, sondern es ward auch dessen Inhalt dem Reichs-Abschiede § 164 eingerückt.

»Hier war allenthalben von nichts die Rede als von den Civil-Sachen. Selbst die Absonderung dieser letzten von den geistlichen Sachen war für keine Disposition zu achten, die irgend einer geistlichen Stelle die mindeste Competenz zueignete. Es hiess vielmehr unbestimmt und allgemein, dass die Jurisdictiones wider die Ordnung nicht confundirt noch die Civil-Sachen zu fremden Gerichten gezogen werden sollten. Dadurch blieb es aber nach wie vor unentschieden, ob die geistlichen Sachen an die Nuntien oder an die Erz- und Bischöfe gehörten; solches stand weder *in propositione* noch *in deliberatione*. Es war also kein Schluss darüber möglich. Selbst an die Frage ward nicht gedacht, ob das Dasein der hier und da bestehenden Nuntien die Gesetze und Verträge für sich oder aber gegen sich habe; denn sonst würden die nämlichen Stände, welche die völlige Ausschaffung der Nuntiatur-Gerichte so oft beeifert haben, auch damal mit einer gleichförmigen Sprachführung nicht zurückgeblieben sein.

»Und so ist es auch mit den Stellen der Wahl-Capitulation beschaffen, welche bloss die Missbräuche der Nuntiaturen in Civil-Sachen abzustellen zur Absicht haben. Sicher konnte es den Kurfürsten des Reichs nicht einfallen, den Nuntien eine vorher nie zugestandene Gewalt in geistlichen Dingen neuerdings beizulegen. Vielmehr verbanden dieselben ein wie alle Mal das erwählte Reichs-Oberhaupt, die *concordata principum* zu halten und zu handhaben. Mit diesen konnte aber die Jurisdiction ständiger Nuntien schlechthin nicht bestehen.

1788 Aug. 25

»Hätte man auch damal irgend eine Gewalt der Nuntien in Deutschland als zulässig annehmen wollen, so liess sich doch bei der bisher erwähnten Lage der Umstände gewisslich keine andere als eine solche nur gedenken, die oberwähnter Maassen jeweil in ausserordentlichen Fällen zur Erhaltung der Kirchen-Einigkeit in Glaubens-Sachen oder in sonstigen wichtigen Kirchen-Angelegenheiten auf eine Zeit lang und durch besondere Aufträge für nöthig erachtet wurde, die aber auch mit der fallenden Ursache ihrer Veranlassung wieder aufzuhören hatte.

»Ich halte es für überflüssig, alle weitern Scheingründe, die zum Vortheile der Nuntiaturen angezogen werden mögen, hier zu berühren oder irgend einer Attention zu würdigen.

»Die vielen gründlichen Druckschriften, die darüber erschienen sind, setzen alle Verhältnisse dieses kirchlichen National-Gegenstandes in das vollkommenste Licht.

»Indessen setzen mich diese wichtigen, der Kirchen-Verfassung, den Verträgen und Gesetzen, dann der zeitherigen National-Sprache gemässen Gründe in die unumgängliche Nothwendigkeit, nach dem Maasse meiner Verhältnisse alles anzuwenden, was S. Päpstliche Heiligkeit zu vermögen fähig ist, keine Legaten oder Nuntien mit ständiger Gerichtsbarkeit nach Deutschland abzuschicken.

»Zu allen meinen Reichs-Mitständen hege ich das vollständige Zutrauen, sie werden hierunter die Sache der deutschen Kirchen-Rechte und -Freiheiten nicht mit minderem Nachdrucke behaupten und unterstützen wollen.

»Insonderheit ist die Zuversicht der deutschen Erzbischöfe vorzüglich auf E. K. M. gerichtet, die sowie Ihre protestantische Mitstände zur Beförderung der Ehre und des Wohls der deutschen Nation, noch mehr aber zur Erhaltung ihrer gesetz- und vertragsmässigen Verfassung allerdings mitzuwirken haben.

»Wie genau die hierarchische Constitution in das Reichs-System verwickelt sei, wie sehr das eine sowohl als die andere erheische, dass dem constitutionswidrigen Beginnen des römischen Hofes das endliche Ziel gesteckt werde, wie angemessen die allerseitige reichsständige Mitwirkung dem gemeinsamen National-Interesse und selbst der wechselseitigen Verbindlichkeit beider Religions-Theile als Mitgliedern des nämlichen Staatskörpers sei, solches alles darf ich den erprobten patriotischen Gesinnungen und den weltkündigen Einsichten, kurz, der aufgeklärten weisen Beherzigung E. M. gänzlich anheimstellen.

»Ich bin weit entfernt, derjenigen Meinung mit meinem Beifalle zu entstehen, die man selbst protestantischer Seits bei Gelegenheit der Capitulations-Handlungen vom Jahre 1665 *ad art. XIV* äusserte: *es sei nämlich irrig, wenn man glaube, dass die Evangelischen bei der Berathschlagung über ersagten Artikel gar nichts zu sprechen hätten; denn es betreffe diese Materie die Aufrechthaltung der Rechte und Güter der*

deutschen Kirche, welche nach wie vor der Religions-Trennung mit gesammter Kurfürsten und der Stände Wissen und Willen verglichen seien und des ganzen Reichs Ehre und Nutzen beträfen. Man habe ja auch in andern Artikeln wegen des Papstthums und der römischen Kirche ein- und anderes verordnet, worüber man die Evangelischen dennoch gehört habe, und eben bei diesem Artikel XIV hätten sich die Evangelischen gar nicht ausschliessen lassen. 1788 Aug. 25

»In Folge dieser eigenen Behauptung des gesammten protestantischen Reichstheiles fodere ich demnach E. M. mit der grössten Zuversicht auf, Ihre Gesinnungen über den vorliegenden Nuntiatur-Betreff mit den meinigen zu vereinbaren, der Sprache und dem Beispiele unserer Väter nachzugehen und, sobald die Sache zur wirklichen Comitial-Berathung gelangen wird, die nämlichen Gesinnungen dermal zu bewähren, welche der eben belobte Reichstheil 1703 und 1709 in der Conferenz zu seinem Ruhm dahin geführt hat, dass die Freiheiten der deutschen Nation wider die Reichs-Gesetze und das *Instrumentum Pacis* nicht mehr durch so viele grosse unleidentliche Eingriffe und Schmälerungen des römischen Hofes gekränkt, sondern, wie sie vorhin gewesen und *in concilio Basileensi* stabilirt worden, hergestellt, mit Kais. M. und andern Ständen deshalb gemeine Sache gemacht, dem anmaasslichen Dominate der Nuntien sich auf dem Reichstage widersetzt und dadurch zum allgemeinen Ruhestande, worunter das Interesse beider Religionen versire, mitgewirkt werde« . . .

Erlass an den Bischof von Ermland, s. unter dem 12. August.

---

256. Ministerial-Erlass an den Geheimen Rath Dohm in Aachen. Aug. 26
Berlin 1788 August 26.

R. 10. 79. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Hertzberg.

Die Nuntiatur-Sache vor dem Reichstage.

. . . »Nach Euerm Bericht vom 16. August wollen die drei Kurfürsten und Erzbischöfe zwar ihre Principia in der Nuntiatur-Sache gegen den Papst behaupten, aber doch noch vorhero einen Vergleich mit dem Papst versuchen. Dieses stimmet aber nicht mit der Nachricht überein, die Wir so eben aus Regensburg erhalten, dass der Kaiser ein Hof-Decret[1]) an die Reichs-Versammlung erlassen, um über die Nuntiatur-Sache zu deliberiren, und dass er dabei geäussert, dass man die Jurisdiction der Nuntien ganz aufheben müsse. Dieser dictatorische Schritt wird die Negotiation sehr erschweren. Wir wünschen zu vernehmen, ob derselbe mit Vorwissen der Kurfürsten von Mainz und von Cölln geschehen und wohin ihre Absicht darunter gerichtet ist. Wir hoffen aber, dass der Kurfürst von Mainz die Deliberation der Reichs-Versammlung annoch aufhalten wird, welches um

---

1) Vgl. S. 290 Anm. 3.

1788 Aug. 26 so leichter sein wird, da jetzt ohnedem die Vacanzen angehn. Nach Unsern Nachrichten aus München scheint der Papst gar nicht geneigt zu sein, Vieles nachzugeben, und sich einigermaassen auf die Bischöfe und fremde Mächte zu verlassen.«

Aug. 29 **257. Kurfürst Friedrich Karl Josef von Mainz an König Friedrich Wilhelm II.** Aschaffenburg 1788 August 29.

R. 10. 79. Mundum. Dem Stile nach von Johannes Müller aufgesetzt.

Gründe seiner Haltung in der Nuntiatur-Sache. Ist nach wie vor zu einem Vergleiche mit der Curie bereit.

»Mon envoyé extraordinaire, le comte de Hatzfeld, aura l'honneur de remettre à V. M. une lettre de ma part[1]), qui a pour objet de Lui demander Son concours et Son appui favorable à la diète, lorsque l'affaire des nonciatures romaines y sera mise en déliberation.

»V. M. pourra désirer, comme de raison, qu'en faisant une telle démarche peu agréable à la cour de Rome, je ne Lui cache pas non plus mes vrais sentiments relativement aux voies amiables, que j'ai proposées ci-devant[2]) à cette dernière sous la médiation de V. M. et à l'égard desquelles j'ai promis de ne pas donner de poursuite à la convention d'Embs en attendant le succès de mes bons offices pour une composition durable de tous les différends, qui subsistent entre la cour de Rome et l'Allemagne.

»Je me flatte d'abord, que V. M. me rendra la justice de croire, que je suis incapable de rien faire, qui puisse compromettre d'une façon ou de l'autre la généreuse interposition, qu' Elle a daigné employer jusqu'ici, pour conduire et rapprocher les choses vers une fin aussi désirable.

»Je me fais au cõntraire un devoir sacré de remplir avec toute la franchise possible l'engagement, que j'ai contracté à cet égard et qui se fonde sur l'espoir toujours subsistant d'une conciliatiou finale sur les articles de la convention d'Embs.

»J'aurai pour cet effet le plus grand soin de n'altérer en rien le *status quo* de mes diocèses, mais de le laisser dans cette attente sur le même pied, où il était avant que la cour de Rome l'a enfreint en dernier lieu par l'établissement de la nonciature de Munic.

»Je n'attacherai même à tout cela d'autre condition que celle que V. M. a confirmée et garantie, savoir que la cour de Rome n'empiète pas à son tour sur les droits épiscopaux et métropolitains de l'église germanique et du siége de Mayence.

»Mais lorsqu' aujourd'hui la cour de Rome ne pense à rien moins qu'à satisfaire de son côté à cette dernière condition, puisque ses nonces s'ingèrent plus que jamais dans les affaires, qui appartiennent au pouvoir épiscopal.

1) S. unter dem 25. August. 2) Vgl. No. 68 u. 79.

lorsque la cour de Munic provoque (peut-être à l'instigation même du nouveau nonce) l'empereur et l'Empire à donner une interprétation authentique sur les lois de l'Empire à l'égard des nonciatures romaines, lorsque l'empereur requiert là-dessus le sentiment constitutionnel et la vœu de la diète générale de l'Empire, lorsque cette diète ne peut s'empêcher de revenir et d'insister sur les mêmes principes et sur les mêmes prétentions, que la nation germanique et les États de l'une et de l'autre religion ont toujours soutenus contre lesdites nonciatures, lorsque moi-même je ne puis ni ne dois manquer de remplir ma tâche en qualité de premier État, de directeur et d'archi-chancelier de l'Empire, lorsque je n'invoque à ce sujet que les mêmes traités, les mêmes lois et constitutions, les mêmes réclamations vraiment nationales, qui ont été jusqu'ici le résultat de tans de diètes et d'assemblées, soit générales soit particulières des États de l'Empire, lorsqu' enfin il n'y a en tout ceci rien, qui regarde la poursuite ou l'exécution de la convention d'Embs, je ne pense certainement pas, qu'on puisse regarder cet état des choses ou cette conduite de ma part ni comme une innovation quelconque dans le *status quo*, qui de ma part subsiste encore intact, ni comme une suite d'actes contraires aux voies de conciliation, que j'ai sincèrement désirée et que je ne cesse de désirer, tandis que la cour de Rome s'en éloigne tous les jours davantage, en poussant les entreprises de la nonciature de Munic à des extrémités, qu'il n'est plus possible ni d'excuser ni de supporter. 1788 Aug. 29

»V. M. est trop éclairée, pour ne pas démêler de Sa haute pénétration, que le seul objet, dont il s'agit en ce moment, roule sur la prétendue jurisdiction stable et ordinaire des nonciatures romaines, à laquelle le *status quo* d'Allemagne n'a jamais été favorable, ainsi que je l'ai représenté ou fait représenter plus d'une fois à la cour de Rome elle-même.

»Elle jugera encore et il est connu à toute l'Allemagne, que ce n'est pas moi qui ait porté cet objet à la diète, pour y réclamer l'intervention législative, que cette démarche a été celle du chef de l'Empire et qu'elle a été expressément provoquée par l'électeur palatin.

»Elle voudra bien réfléchir en outre, qu'il n'est pas dans mon pouvoir d'arrêter le cours et l'effet de cette provocation, que j'y suis appelé au contraire à la défense indispensable de mes droits et de ceux de la nation, dont la garde m'est confiée, que je dois solliciter dans cette vue le concours et l'appui de mes coétats, que V. M. Elle-même ne peut se refuser à l'interprétation ainsi qu' au maintien des anciens traités de la nation et de ses lois fondamentales, qu' en un mot c'est ici une opération constitutionnelle et législative, absolument indépendante de tous les rapports et de tous les engagements particuliers.

»Enfin, pour convaincre V. M. de toute la droiture de mes intentions, je dois avoir l'honneur de Lui rappeler, combien j'ai été attentif et combien je le suis encore au moment qu'il est, d'éviter et d'empêcher tout ce qui

1788 Aug. 29 pourrait tendre à fermer le retour aux vues de conciliation, que la provocation palatine et les entreprises accumulées des nonces ont seules interrompue.

»Malgré les mesures, que je me dois à moi-même et à l'Empire, je suis toujours dans la ferme résolution et les archevêques mes coétats s'y porteront aussi à mon instance, d'écrire incessamment au St.-Père lui-même sur l'article des nonciatures et de lui fournir par là l'occasion projetée et désirée d'en venir enfin aux termes d'une négociation amicale et formelle entre lui et l'Allemagne.

»C'est alors que la cour de Rome (en cédant prudemment sur l'article insoutenable d'une jurisdiction stable de la part de ses nonces) pourra nous faire parvenir une bonne fois au grand but, qui est le seul que nous puissions avoir à cœur, à celui d'assoupir toutes les disputes par un arrangement également conforme aux prérogatives fondées du St.-Siége et aux libertés de l'église et de la nation allemandes.

»J'ose m'assurer de la haute approbation, que V. M. n'hésitera pas d'accorder à une marche aussi soigneusement combinée des choses, et c'est en Lui réitérant mes instances pour l'interposition favorable de Ses suffrages à la diète dans le cas éventuel d'une délibération, que je suis avec les sentiments du plus inviolable attachement etc.«

Sept. 3 **258. Marquis Lucchesini an den (Etats-Minister Hertzberg).** Potsdam 1788 September 3.

R. 11. 24. Eigenhändiges Mundum.

Rechtfertigung seiner Handlungsweise in der Nuntiatur-Sache. Schwanken des Kurfürsten von Mainz.

»Monsieur le comte. Je remplis aussi promptement que possible les ordres de V. E., en Lui communiquant les pièces nécessaires[1]) pour La mettre au fait des engagements contractés par l'électeur de Mayence à Rome lors de la négociation des coadjutories de Mayence, Worms et Constance, avec l'intervention et la garantie du roi notre maître.

»Vous trouverez, Monsieur, sous le no. 1 la première instruction, que l'électeur de Mayence me donna, quand je fus chez lui au mois de mars 1787[2]), pour recevoir ses ordres. Cette instruction, très-volumineuse d'ailleurs, contient aux endroits marqués exprès par une oreille dans la feuille les ordres de promettre à la cour de Rome ce qui fait l'objet des récriminations actuelles de la part des quatre évêques d'Allemagne contre cette cour.

»La cour de Rome, en se prêtant aux prières et aux désirs de l'électeur de Mayence, exigea de lui, qu'il donnât par écrit une assurance de

1) Liegen nicht mehr bei dem Schreiben. 2) Vgl. No. 79.

son rapprochement aux principes romains. Sous le no. 2 V. E. trouvera la lettre de créance de l'électeur pour moi[1]), qui contient un engagement clair et positif de laisser sans poursuite la ponctuation d'Embs et l'affaire des nonciatures, à celle de Munic près. 1788 Sept. 4

»Sous le no. 3 on voit une seconde instruction[2]), qui approuve tout ce que j'avais fait d'après les ordres contenus dans la première, confirme les sentiments de l'électeur touchant la renonciation aux poursuites de la ponctuation d'Embs et parle de la garantie accordée par le roi, pour complaire aux demandes de Sa S^té^, qui avait mis cette condition et celle, que le coadjuteur de Mayence professât son attachement à l'union germanique, pour lui accorder la confirmation demandée.

»Le no. 4 est l'extrait d'une note présentée par moi au cardinal Boncompagni[3]), et dans laquelle sont rapportés les propres termes de la dépêche du roi touchant cette garantie.

»Le mémoire sous no. 5 démontre les principes adoptés par la cour de Mayence pendant la négociation des coadjutories touchant les disputes existantes entre le haut clergé d'Allemagne et la cour de Rome et prouve avec la dernière évidence la différence totale (quoique contestée par S. A. É. dans Sa dernière lettre à moi) entre ses principes d'alors et ses démarches actuelles. Si V. E. veut être convaincue encore davantage de la vérité de cette assertion, qu' Elle daigne parcourir l'article de cet écrit, qui est sous le titre en marge: *Moyens d'engager la cour de Munic à accéder à l'union germanique.*

»On resta fidèle à ces principes, tant que durèrent les négociations romaines touchant les coadjutories susmentionnées. L'électeur fit informer les procès des élections de Mayence et de Worms par devant le tribunal du nonce de Cologne, et l'électeur m'ordonna de faire valoir cette démarche comme un acte public et non équivoque de sa renonciation aux principes de la ponctuation d'Embs.

»Mais comme la cour de Rome continuait à faire exercer au subdélégué du nonce de Munic des facultés contraires au droit de l'évêque de Worms, je fis souvent des vives représentations au pape sur l'irrégularité de cette conduite opposée aux engagements pris de part et d'autre; et à mon retour d'Italie[4]) ayant trouvé l'électeur de Mayence très-enclin à se remettre dans les anciennes liaisons avec les trois autres archevêques de l'Allemagne et à faire peu de cas des engagements contractés à Rome, je tâchai de le porter à sommer auparavant les Romains à renoncer à la nonciature de Munic, autant qu'elle s'arroge des facultés dans le diocèse de l'électeur comme évêque de Worms.

1) S. die Nachträge unter dem 2. Mai 1787.
2) Wohl die oben S. 167 erwähnte.
3) S. die Nachträge unter dem 14. Mai 1787.
4) S. No. 232.

1788 Sept. 4 »Il parut adopter ce plan, le roi m'ordonna d'écrire à Rome, pour que le pape songeât à envoyer en Allemagne un prélat, qui entrât en négociation pour un accommodement amiable entre le St.-Siége et le haut clergé d'Allemagne.

»Sur ces entrefaites je reçois la lettre de l'électeur de Mayence sous no. 6.[1]) Je lui réponds ce qui se trouve sous no. 7[2]), et j'y ajoute pour ma justification la traduction de ma lettre au cardinal Boncompagni, qui est ici sous no. 8.[3])

»V. E. trouvera sous no. 9 ce que l'électeur me répond par sa dernière lettre, et sous no. 10 mes remarques sur le contenu de cette lettre.[4])

»Je ne me permettrai aucune observation sur tout ceci. L'ensemble de ces pièces (que V. E. daignera me renvoyer, quand elles Lui seront devenues inutiles à Berlin) prouvera assez clairement, j'espère, qu'on ne peut rien mettre sur mon compte, qui ne soit justifié par les instructions et par les ordres, qu'on m'avait donnés.

»L'électeur de Mayence a manqué dans un temps aux archevêques ses collègues, en se séparant d'eux dans la poursuite de la ponctuation d'Embs; il manque à cette heure au roi, en s'écartant des engagements pris presque de concert avec lui pour l'affaire des coadjutories de Mayence, Worms et Constance. Cependant la manière, dont V. E. daigna me dire hier qu' Elle comptait de prendre la chose, me semble réunir le double avantage de ne point s'éloigner de la constitution d'Allemagne, et de ménager les bons offices offerts par Sa Majesté au pape pour la conservation du *status quo* promis par l'électeur de Mayence.

»Une affaire aussi compliquée, quoique d'aussi peu d'importance intrinsèque, a exigé une trop longue lettre pour les grandes occupations, dont V. E. est chargée. Je Lui en demande pardon au nom de la chose même.«

---

259. Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements. Berlin 1788 September 4.

R. 10. 79. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Stand der Nuntiatur-Sache. Was Preussen zu thun hat.

»Le baron de Stein[5]) étant arrivé ici, nous croyons devoir faire à V. M. notre rapport officiel sur l'affaire des nonciatures et autres points litigieux entre la cour de Rome et les quatre archevêques d'Allemagne, en y joignant le rapport détaillé . . ., que le baron de Stein et le Sr. de Dohm ont fait là-dessus le 5. d'août et le Sr. de Dohm seul en date du 16. . . ., que V. M. voudra bien nous renvoyer, ainsi que les autres pièces et annexes.

---

1) No. 238. 2) No. 250. 3) No. 250. 4) No. 254.
5) Der Gesandte am kurmainzischen Hofe.

»La contestation entre la cour de Rome et les archevêques s'est élevée notoirement sur la question, si le pape avait le droit d'envoyer des nonces en Allemagne, avec la faculté d'y exercer une certaine jurisdiction spirituelle, et ce fut à l'occasion de ce que l'électeur palatin fit établir une pareille nonciature à Munich pour tous ses États, tant par vanité que pour se procurer par le nonce papal des dîmes. Les archevêques de Mayence et de Salzbourg s'opposèrent à cette nouvelle nonciature, comme dérogatoire à leurs droits diocésains, et l'électeur de Cologne attaqua à cette occasion encore avec plus de véhémence la nonciature, qui subsiste déjà depuis quelques siècles à Cologne. Les archevêques firent la convention d'Ems, pour défendre non seulement leurs droits diocésains contre les nonciatures, mais aussi en général les droits de l'église germanique contre les usurpations, dont on accuse la cour de Rome, en prenant pour base les concordats de la nation germanique, qu'elle a faits avec la cour de Rome sous l'empereur Frédéric III., les décrets dn concile de Basle, la capitulation des empereurs et les différentes constitutions de l'Empire. L'électeur de Mayence voulant ensuite ménager le pape, pour obtenir d'autant plus facilement sa dispense et la confirmation du baron de Dalberg pour les coadjutories des évêchés de Mayence, de Worms et de Constance, il lui fit espérer par le marquis de Lucchesini sous la garantie de V. M., qu'il tâcherait de modifier les suites de la convention d'Ems et de lui conserver en quelque manière le *status quo*. Le pape entend cela de la conservation du *status quo* plénier de ses droits et surtout de la nonciature de Cologne, de laquelle il peut prouver une certaine possession; l'électeur de Mayence au contraire prétend n'avoir assuré au pape que la continuation de ses droits incontestables, parmi lesquels il ne compte pas la jurisdiction des nonciatures. Il en est résulté une altercation assez désagréable entre les cours de Rome et de Mayence, dans laquelle V. M. a été enveloppée en quelque manière. Le pape L'a priée par une lettre, que son nonce à Cologne a remise à V. M. à Wesel, de favoriser ses prétentions[1]); V. M. lui a conseillé dans une réponse polie[2]) de s'arranger avec les archevêques par une composition amicale et lui a offert Ses bons offices pour cet effet. La négociation n'a pas été entamée jusqu'ici, parceque la cour de Rome paraît y répugner et que V. M. n'a pas une communication directe avec elle, et le nonce papal Zoglio se soutient à Munich sous les auspices de l'électeur palatin. L'électeur de Cologne pousse cependant l'abolition des nonciatures avec véhémence et a écrit à tous les princes de l'Empire, pour demander leur suffrage à la diète. L'électeur de Mayence ayant aussi eu avec lui et celui de Trèves une entrevue à Bonn, ces trois archevêques se sont réunis encore plus fortement, pour donner de la suite à l'union d'Ems et surtout pour faire abolir la jurisdiction des nonciatures par une décision de

1788 Sept. 4

1) No. 201. 2) No. 230.

1788 Sept. 4 la diète. V. M. ayant envoyé le Sr. de Dohm à Mayence, pour conférer avec l'électeur et le baron de Stein, ils ont fait les deux rapports ci-joints[1] . . ., dont le résultat essentiel est, que les quatre archevêques sont d'accord, qu'il faut tâcher d'abolir la jurisdiction des nonces par une décision de la diète, mais que leurs opinions sont très-partagées sur les concessions à faire au pape dans les négociations postérieures. Le Sr. de Dohm insiste beaucoup d'être autorisé à faire une déclaration au nom de V. M., pour arrêter la fougue de l'électeur de Cologne et pour répondre à ses instances. L'électeur de Mayence demande l'approbation de V. M. sur le projet de la lettre circulaire ci-jointe . . ., dans laquelle il expose à tous les États de l'Empire les griefs de la nation germanique contre les nonciatures et leur conseille de voter contre leur jurisdiction. Son ministre le comte de Hatzfeld vient de nous envoyer aussi de Dresde les deux mémoires ci-joints . . ., dans lesquels il prouve de nouveau l'utilité de soutenir les droits des archevêques contre le pape et l'avantage, qui en résulterait même de diminuer l'influence de l'empereur, et propose . . . un bon moyen, mais sous le sceau du secret, de garantir les États prussiens de Westphalie contre la prétention diocésaine de l'archevêque de Cologne, et sur lequel nous ferons une autre fois un rapport particulier.

»Il nous semble, que l'empereur a abrégé toutes ces difficultés et nous a épargné beaucoup de besogne, en adressant à la diète de l'Empire le décret ci-joint[2] . . ., par lequel il demande suffrage des États et leur décision sur la jurisdiction contestée des nonces du pape en Allemagne. Nous sommes surpris de cette démarche de l'empereur peu politique, par laquelle il s'ôte le droit de décider lui-même les points litigieux et les remet à l'arrangement et à la décision de la diète, laquelle on pourra faire tourner contre ses vues par la pluralité des archevêques et des princes. Nous ne saurions en comprendre d'autre raison que celle qu'il a voulu ménager par ce renvoi l'électeur palatin et montrer à l'Empire son patriotisme et le mettre en contraste avec la conduite de V. M. et de l'union germanique en faveur du pape.

»Il y aurait des volumes à écrire sur ces affaires compliquées et extrêmement embarrassées par les différents principes de ce grand nombre des parties intéressées. Il nous semble, que l'intérêt essentiel de V. M. exige de Se montrer impartiale et décidée pour le soutien de la justice et surtout de la constitution germanique, mais d'une manière qui, au lieu d'augmenter, diminue plutôt l'autorité et l'influence de l'empereur dans les affaires ecclésiastiques d'Allemagne, ce qui nous paraît possible de faire. Pour parvenir à ce but, nous croyons devoir proposer les points suivants:

»1° Il est indubitable et il est très-bien constaté dans le mémoire ci-joint[3] . . ., que nous avons fait dresser par le conseiller privé de Steck,

---

1) No. 247 u. 253. 2) S. S. 290. 3) Vom 2. September.

que la jurisdiction des nonces en Allemagne est contraire aux concordats, aux capitulations et à plusieurs constitutions de l'Empire et que V. M. ne saurait la soutenir, sans S'exposer au reproche de vouloir sacrifier Son patriotisme à d'autres vues politiques. V. M. ne pouvant donc pas Se dispenser de voter à la diète pour l'abolition de la jurisdiction des nonces, Elle fera bien d'en prévenir la cour de Rome et de lui conseiller de sacrifier cette prétention contestée, non fondée et uniquement utile à ses nonces, pour sauver et pour s'assurer d'autant mieux ses autres droits; qu'elle ferait bien d'envoyer pour cet effet un légat habile et conciliant en Allemagne, pour transiger avec les archevêques à Ratisbonne, à Mayence ou dans tel autre endroit, dont on pourra convenir. V. M. pourra faire donner Ses conseils à la cour de Rome par le marquis de Lucchesini, et nous pourrons nous concerter avec lui sur la marche et sur le détail de cette négociation, pour l'épargner à V. M. 1788 Sept. 4

»2° La lettre, que l'électeur de Mayence veut écrire . . . à tous les États de l'Empire, ne nous paraît ni utile ni nécessaire, après que l'empereur a porté toute l'affaire à la diète. Elle attirerait même à l'électeur des reproches spécieux de partialité et d'inconséquence. Elle ne sert proprement qu'à prouver l'érudition du secrétaire auteur de cette lettre. Mais comme l'électeur y met un grand prix et paraît ne vouloir pas s'en désister, nous pourrions lui proposer certaines modifications pour cette lettre, qui la rendront moins susceptible d'inconvénients.

»3° Nous ne saurions aucunement conseiller, que V. M. autorise le Sr. de Dohm à faire à l'électeur de Cologne toutes ces déclarations, qu'il propose, qui sont superflues et susceptibles d'inconvénients [1]; mais l'ordre et le cours des affaires exige, que nous fassions une réponse convenable à la lettre, que le Sr. de Waldenfels, ministre de l'électeur de Cologne, nous a écrite [2], et dans laquelle nous pourrions lui dire simplement, que V. M. ferait voter d'une manière conforme aux constitutions de l'Empire.

»4° Si V. M. approuve ces principes et ces prémisses, nous dresserons successivement les expéditions nécessaires en conséquence et nommément des instructions pour le marquis de Lucchesini, le baron de Stein, le Sr. de Dohm et le comte de Goertz, ainsi que les lettres au ministre de Waldenfels à Cologne. Nous ferons toutes ces expéditions successivement selon l'exigence des cas et de nos autres occupations. Elles pressent d'autant moins, que l'électeur de Mayence se propose de dresser encore une lettre détaillée à V. M. sur l'affaire des nonciatures, qu'elle ne peut être mise en mouvement qu'au mois de novembre, où les délibérations de la diète recommencent et qu'en attendant on peut préparer les matériaux tant pour les suffrages de V. M. à la diète que pour la négociation à entamer et

1) Dohm's Unzufriedenheit (s. seinen Brief an Johannes Müller v. 20. December a. a. O. 2, 345) ist also begreiflich. 2) Vgl. S. 274.

1788 Sept. 4 à pousser entre la cour de Rome et les archevêques, laquelle deviendra fort difficile et pourrait à notre avis être le mieux traitée à Ratisbonne ou à Mayence sous la médiation des ministres de V. M., selon qu'on pourra y faire consentir les parties intéressées.«

Sept. 9 **260. Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements.** Berlin 1788 September 9.

R. 10. 79. Concept und Mundum, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg. Jenes geschrieben von Siebmann.

Kurmainzische Schreiben in der Nuntiatur-Sache.

»L'envoyé de Mayence, le comte de Hatzfeld, nous a envoyé de Dresde les deux lettres ci-jointes de l'électeur de Mayence, son maître, pour V. M. L'une, allemande[1]), est la lettre circulaire, que l'électeur adresse à tous les États de l'Empire d'après la minute communiquée par le baron de Stein et par laquelle il leur expose l'état de la controverse sur le droit des nonces et leur conseille de voter à la diète de l'Empire selon les constitutions germaniques. Comme l'électeur a fait effectivement partir cette lettre, malgré les représentations du Sr. d'Alvensleben[2]), il n'y a plus rien à faire à cet égard que d'y répondre au nom de V. M., qu' Elle voterait à la diète d'une manière conforme aux constitutions.

»Dans la seconde lettre[3]), française, l'électeur fait une sorte d'apologie de ce qui s'est passé entre lui et le pape et tâche de faire voir, qu'il n'a pas agi contre le *status quo* et contre les promesses garanties par V. M., mais que c'est le pape, qui a enfreint le *status quo* par des innovations du nonce de Munnich. Il promet cependant de faire tout son possible, pour s'arranger avec la cour de Rome, et d'écrire avec les autres archevêques au pape, pour lui fournir une bonne occasion d'entamer une négociation d'accommodement, en cédant sur la jurisdiction des nonciatures, qui n'est pas soutenable.

»Nous supposons, que V. M. ne voudra pas être contraire à la marche, que l'électeur de Mayence a choisie, qui est en elle-même constitutionelle et peut mener au but. Comme les réponses, qu'il faudra faire à l'électeur, exigent des discussions un peu amples, dans lesquelles il faudra entrer dans le fond de la matière, nous attendons les ordres de V. M.: si Elle ordonne, que nous dressions ces deux réponses de V. M. à l'électeur de Mayence et si Elle approuve les principes, que nous avons proposés dans notre rapport du 4. de septembre, après quoi nous aurons soin de toutes les expéditions nécessaires.«

---

1) S. unter dem 25. August.

2) Philipp Karl Graf v. A.; vgl. *Klaproth u. Cosmar, Preussischer Staatsrath* (*Berlin 1805*) S. 509 und die Nachträge. 3) S. unter dem 29. August.

Eigenhändige Rand-Verfügung des Königs:. 1788 Sept. 9

»aprouvent les principes du ministére du 4, jatten[1]) ces reponses a signer, seulement en accedant aux vues de la cour de Majançe il faut eviter deatrer dans celle de l'Electeur de Cologne. FG.«

---

261. Cahinets-Schreiben an die Obern des katholischen Schulen-Instituts zu Breslau. Potsdam 1788 September 10. Sept. 10

R. 96. B. 88, 524.

Das katholische Schulen-Institut, die protestantischen Universitäten und die Universität zu Breslau.

»Ich habe aus Eurer Vorstellung vom 24. v. M. mit Wohlgefallen ersehen, dass Ihr die zum Besten des katholischen Schulen-Instituts in Absicht der Güter und Capitalien gemachten Einrichtungen[2]) Dank nehmend erkennet. Ihr könnt Euch auch versichert halten, dass die Wohlfahrt des Instituts Meiner Aufmerksamkeit in Zukunft nicht entgehen werde. Da aber die protestantischen Universitäten des Zuschusses der 10000 Thaler dermalen nicht entübrigt sein und die Studirenden aller Confessionen auf selbigen in der Jurisprudenz und Medicin den nöthigen Unterricht vollständig erhalten können, so werdet Ihr von selbst ermessen, dass es so nöthig wohl noch nicht ist, die Universität zu Breslau mit Lehrern dieser Facultäten zu versehen.«

---

262. Bericht des Residenten Ciofani. Rom 1788 September 10.

R. 46. B. 78. Eigenhändiges Mundum.

Zustimmung des Papstes zur Wahl des Coadjutors von Breslau. Dank des Dom-Capitels erwartet.

»J'ai différé, Sire, de faire des rapports ultérieurs sur l'affaire de la coadjutorie de Breslau jusqu'au moment, que je puis rassurer V. M. d'avoir tout concilié et arrangé selon les règles. Dans ce même cours de poste je vais remettre au vicaire apostolique de Breslau les facultés nécessaires pour la formation du procès, que j'obtins du pape le 4. du courant, de même que le décret de sanation et de confirmation de l'élection fait par le chapitre. Le St. Père dans cette occasion s'est fait un plaisir de marquer de plus en plus sa déférence pour V. M., en passant par toutes les irrégularités, qui s'étaient glissées dans cette affaire, de sorte qu'il semble, qu'il serait du devoir du chapitre de Breslau de lui en témoigner sa reconnaissance par une lettre de remercîments. Je prends la liberté d'en avertir V. M., afin que, si Elle le juge à propos, Se daigne d'en donner les souvrains ordres audit chapitre.«

In diesem Sinne Schreiben des Auswärtigen Departements an den Weihbischof Rothkirch an Breslau (Berlin 9. October). Oct. 9

---

1) j'attends. 2) Vgl. S. 19 ff.

1788 Sept. 12 **263.**[1]) **Ministerial-Erlass an die westpreussische Regierung.** Berlin 1788 September 12.

R. 7. B. 24. C. 2. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Scholz. Anweisung von Scholz.

Consens zur Aufnahme ins Kloster verweigert.

»Bei den . . . über das Gesuch des Ludwig Ostrowski aus Stargardt um Unsern Consens zu seiner Aufnahme in das Cistercienser-Kloster zu Pelplin angezeigten Umständen befehlen Wir Euch . . ., den vor dem Ostrowski producirten Abschied dem Commandeur des Regiments mit der Bemerkung, dass solcher offenbar *ad falsa narrata* erschlichen sei und darauf keine Rücksicht genommen worden, zuzuschicken, den Supplicanten selbst aber unter dieser Bedeutung mit seinem Gesuch zurückzuweisen.«

264.[2]) **Graf von Hohenzollern, Bischof von Kulm, an das Ober-Schul-Collegium.** Oliva 1788 September 12.

R. 76. I. 198. Mundum.

Mängel des katholischen Schul- und Kirchenwesens in Westpreussen.

»E. K. M. haben eine allgemeine Schul-Commission[3]) . . . niederzusetzen geruhet, und es sind bei dieser Gelegenheit die vorgeschriebene Tabellen des unter meiner speciellen Aufsicht stehenden Instituts, welches aus den ehemaligen Jesuiter-Gymnasien formiret ist, durch E. M. westpreussische Regierung von mir erfordert worden, wohin auch schon sonst alle Jahre von dem Director des Instituts die Bereisungs-Berichte eingeschickt sind . . .

»Seitdem des höchstseligen Königs Maj. mir unter der Direction Dero westpreussischen Regierung die specielle Aufsicht über die ehemalige Jesuiter-Gymnasien aufzutragen geruhet[4]), habe ich mir, wie ich E. M. pflichtmässig betheuren kann, alle Mühe gegeben, solche auf einen so guten Fuss zu bringen, wie es nur immer möglich gewesen ist, und ich kann nicht anders, wie mich der Mitwirkung der königlichen Regierung dabei rühmen. Mit deren Beistimmung werden in dem Gymnasio in Schotland jährlich zwei junge Edelleute erzogen, und es sind unter andern davon schon zwei unter dem Regiment v. Krockow, von denen ich mir sicher das Zeugniss des General-Lieutenants v. Krockow[5]) versprechen kann, dass sie zu ihrer künftigen Bestimmung eine zweckmässige Vorbereitung erhalten haben . . .

»Man hat der Einrichtung den Vorwurf gemacht, dass die Vertheilung von 8000 Rthlr. Revenuen auf sieben Gymnasien fehlerhaft sei, da jetzt kein Gymnasium mit den gehörigen Einkünften versehen sei, wogegen man

---

1) Als Probe mitgetheilt. 2) Beantwortet am 23. September.
3) Bei der Regierung in Marienwerder; s. unter dem 4. November.
4) Band 5, 433 ff. 5) Döring Wilhelm Graf K.

einem einzigen eine hinlängliche und zugleich geschickte Anzahl Lehrer verschaffen könne. Ich gestehe die Richtigkeit dieser Bemerkung gerne zu, allein es kömmt hier auf die Alternative an, ob es besser sei, in einem Theil der Provinz eine vorzügliche gut eingerichtete Schul-Anstalt zu besitzen und in dem andern gar keine zu haben. Freilich könnte man diesem Einwurf die anscheinende Widerlegung entgegensetzen, dass für eine Provinz eine vorzüglich gute Schul-Anstalt hinlänglich sei; allein eine Kenntniss der individuellen Verhältnisse dieser Provinz wird [1]) auch diesem Einwurf bald begegnen. Schneidemühl liegt von Roessel einige fünfzig Meilen entfernt, und die hiesigen Einsassen sind so arm, dass es ihnen bei der Bequemlichkeit und mindern Kosten, die ihnen die Nähe einer Schule gewährt, schon schwer fällt, ihre Kinder darin zu unterhalten; was würden also nicht in einer grösseren Entfernung für Schwierigkeiten dabei entstehen? Die kleinere Gymnasien folglich eingehen lassen, um ein einziges auf einen vorzüglichen Fuss zu setzen, würde in der That heissen, fünf Sechstel der Einsassen ohne Schule zu lassen, um dem sechsten Theil, der eigentlich und ausschliessungsweise den bemittelten Einsassen bildet [2]), eine vorzügliche Erziehung zu geben, an der es diesen ohnehin nicht fehlt. 1788 Sept. 12

»E. M. Oheim glorreichen Andenkens war indess so gnädig, mir für die Reparatur der Gymnasien höchstselbst sorgen zu wollen zu versprechen. In der Folge ist diese Zusicherung indess nicht nur aus der Acht gekommen, sondern der Kriegsrath Lilienthal hat durch einen unrichtigen Bericht es sogar veranlasst, dass ein Teil des Gymnasii in Konitz weggenommen und zur Wohnung des Generals v. Arnaud [3]) aptiret worden. So gewiss ich nun bin, dass dies E. M. . . . Gesinnungen zur Aufnahme der Schulen geradezu entgegen ist, so dringend muss ich auch um die Bewilligung eines Fonds zur Reparatur der Gymnasien um so mehr bitten, als der eine Flügel desjenigen zu Deutsch-Crone schon eingestürzt ist. Dieses Gymnasium ist ohnehin bei der Nähe von Pommern von je her einer guten Erziehung wegen berühmt gewesen, und der sich im Militär sowohl wie in der gelehrten Welt so ausgezeichnete Major v. Kleist [4]) hat dort seine Bildung genossen.

»Was indess die Lehrart in diesen sämmtlichen Gymnasien betrifft, so bin ich sehr bereit, zu einem einförmigen und vollkommnern Plane zu concurriren, und ich werde jede mir deshalb von E. M. oder Dero Regierung herkommende Entwürfe mit dem Eifer prüfen und dabei zu wirken mir bemühen, den ich überhaupt für alles dasjenige hege, was zur Aufnahme E. M. Staaten überhaupt und zu der der Provinz besonders gereichen kann.

»Von diesem Standpunkt nun auf die Verfassung des übrigen

1. Hs.: »werden.« 2) »bildet« fehlt in der Hs.
3) Ewald Christian v. K., bei Kunersdorf geblieben.
4) Johann Gabriel Arnauld de la Perrière, General-Major.

1788 Sept. 12 Schulwesens auszugehen, so muss ich leider gestehen, dass solches noch in schlechter Verfassung ist, und ich habe nur zu oft die Kränkung, die Schuld davon lediglich auf die katholische Geistlichkeit geschoben zu sehen. Aufrichtig genug sogar, dass letztere nicht ganz in Abrede zu stellen, ist diese gewiss indess nicht die einzige Ursache davon, und der Theil, der auf die Geistlichkeit zurückfällt, beruht wieder auf die jetzige locale Verfassung der Provinz, ohne deren veränderten Lage dieser wichtige Zweig der geistlichen Aufsicht wohl wenig Verbesserung hoffen darf.

»Es ist E. M. Selbst zur Genüge bekannt, dass die Bischöfe der hiesigen Diöcesen ausser mir sämmtlich in Pohlen abwesend sind und dort theils der Sorgfalt ihres dasigen Kirch-Sprengels obliegen, theils Reichs-Chargen besitzen. Ihre hiesige geistliche Gerichtsbarkeit ist also bloss Officiälen überlassen, die wohl unmöglich das Interesse wie der Bischof selbst zur Aufrechthaltung einer guten und überall gleichen Ordnung hegen können. Es ist meine Sache nicht, als Denunciant gegen meine Neben-Bischöfe aufzutreten, und ohne meinen aufrichtigen Wunsch, auch die geistliche Disciplin zu den heilsamen und gemeinnützigen Zwecken, die E. M. zu dem Besten dieser Provinz hegen, mitwirken zu sehen, würde ich mich um die Verfassung der übrigen Diöcesen gar nicht bekümmern. So aber darf ich mir der Verwaltung dieser geistlichen Gerichtsbarkeiten wegen bloss auf das Zeugniss E. M. Regierung beziehen.

»So wie die Officiäle nun wohl nicht überall auf die möglichst zweckmässigste und beste Ordnung in ihren Kirch-Sprengeln sehen, so wird auf der andern Seite auch wohl nicht jederzeit die beste Auswahl bei Besetzung der Pfarr-Stellen getroffen, da die Bischöfe die dazu ernannte Subjecten oft nur aus den Berichten der Officiälen kennen können. Ein anderer Mangel liegt darin, dass in den hiesigen[1]) Diöcesen, ausser der von Culm und dem Ermlande, keine Seminarien existiren, worin junge Geistliche erzogen werden, und die aus Polen kommen, theils ihr neues Vaterland nicht genug kennen, um ihren Unterricht demselben angemessen ertheilen zu können, theils mit dem Mangel der deutschen Sprache kämpfen müssen.

»Diesen Fehlern nun abzuhelfen, würden entweder die Bischöfe ihren Aufenthalt zwischen dem polnischen Theil und dem hiesigen Antheil ihrer Diöces theilen oder es würde hier ein Delegatus und Vicarius apostolicus mit der speciellen Aufsicht der preussischen Diöcesen-Antheile angesetzt werden müssen.

»Wer diesen Vorschlag von der gehässigen Seite ansehen will, von der man nur zu geneigt ist menschliche Handlungen überhaupt zu betrachten und von der man auch gewiss die meinigen nur zu oft ansieht, wird darin nichts wie eine Begierde, mich zu vergrössern, oder einen

1) Hs.: »dass wir die hiesige.«

Wunsch, meine Einkünften zu vermehren, finden. Indess habe ich selbst das Gefühl, dass ich bei diesem Antrag aus wahrer Neigung für das Beste E. M. Staaten und aus Überzeugung von dessen Nützlichkeit handele; und wenn ich meine Absicht nur von E. M. nicht verkannt sehe, so will ich mir die übrigen ungleichen Urtheile schon gerne gefallen lassen. 1788 Sept. 12

»Sollten mir E. M. auch solches Amt anvertrauen, so würde ich mit allem Eifer für die Aufnahme der Provinz alle nur mögliche Achtung für die übrigen Bischöfe tragen, über einen jeden Vorschlag correspondiren, mich der Mittel der nöthigen Remedur wegen mit ihnen concertiren und alles Mögliche thuen, eine vorzügliche Aufmerksamkeit für die zweckmässigste Führung der Geistlichkeit im Ganzen mit der äussersten Schonung für selbige zu verbinden. Ich würde in der That auch nur das dabei gewinnen, in meiner eigenen Diöces diejenige Ordnung einführen zu können, auf die mir jetzt, wann in den übrigen geistlichen Gerichtsbarkeiten nicht nach gleichen Grundsätzen verfahren wird, zu halten unmöglich fällt, und ich verlange nichts wie die nothwendige Kosten zur Besoldung der mehr erforderlichen Leute.

»Wenn E. M. indess auch einem Andern diese Aufsicht anvertrauen wollen, so bin ich auch vollkommen davon zufrieden, wenn nur der Zweck einer verbesserten Disciplin und der günstige Einfluss davon in meine Diöces erreicht wird.

»Um diese Ordnung *successive* wiederherstellen zu können, ist es indes allerdings nöthig, dass eigene Seminarien für die hiesige Provinz angelegt werden, um den jungen Geistlichen zeitig den Geist der Ordnung, den Trieb zur Mitwirkung eines allgemeinen Ganzes und das Gefühl von Vaterlandsliebe eingeflösset werde, welches zu ihrer künftigen Bestimmung vorzüglich nöthig ist. Das Gymnasium zu Schotland böte dazu die erste Gelegenheit dar, theils seines Umfanges wegen, theils auch in Rücksicht der damit verbundenen Kirche, und endlich auch, weil es wirklich vorzüglich gute Lehrer besitzt. Ich weiss das Vorurtheil sehr gut, welches man itzt gegen die Erziehung von Jesuiten hegt; allein für's erste sind in dem Institut sehr wenige Ex-Jesuiten, und denn thut bei einem vernünftigen Mann der Name auch wenig zur Sache. Genug, das Collegium in Schotland hat schon verschiedene Geistliche, die gewiss nicht ohne Verdienste sind, gebildet und sogar in andern Wissenschaften Schüler dimittirt, die auf E. M. protestantischen Universitäten ohne Bedenken angenommen worden sind.

»Hiezu würden indess immer ausserordentliche Kosten, wann solche auch durch die schon vorhandene Einrichtung in Schotland vermindert würden, erforderlich sein, die das Institut nicht hat.

»Soll indess die katholische Geistlichkeit, gleich E. M. übrigen Unterthanen und wie in Schlesien, ihre Vorbereitung im Lande erhalten, so ist die Aufbringung dieser vermehrten Kosten durchaus nothwendig. Da dadurch auf der andern Seite die Anzahl der Seminaristen in Pohlen nun ver-

1788 Sept. 12 mindert würde, so könnten die Bischöfe leicht dort entschädigt werden und alsdann ohne eine anscheinende Unbilligkeit von ihren hiesigen Competenz-Quantis etwas dazu beitragen. Inwiefern E. M. . . . Cabinets-Ministerium dieses dem *statui in quo* entgegen finden sollte, unterstehe ich mich nicht zu bestimmen; wann dieses hohe Departement aber alle die Unbequemlichkeiten kennte, die aus der bisherigen Verfassung entstehen, so glaub' ich mich überzeugt zu halten, dass solches dazu mitzuwirken geruhen würde.

»Ausser denen schon vorhero bemerkten Mängeln wird es auch zuletzt an Subjecten zur Besetzung der hiesigen Pfarr-Stellen fehlen. Diejenigen jungen Leute, die hier in Schulen ihre Anfangsgründe beigebracht erhalten, die mit der deutschen Sprache schon bekannt gemacht worden sind, in denen der Keim von Vaterlandsliebe bereits aufgegangen ist, werden nach Polen in dortige Seminarien gebracht, verlernen die erstere und ersticken den Keim der andern. Es ist Thatsache, dass dergleichen junge Leute in Pohlen gezwungen worden, sich der deutschen Sprache ganz zu enthalten. Auf der andern Seite bietet Pohlen einem jungen Geistlichen eine viel glänzendere Laufbahn wie hier dar. Sein Stand ist theils mehr geehrt, theils sind die Pfarren viel einträglicher. Der Staat verliert also entweder diese junge angehende Geistlichen ganz und gar oder er bekömmt schlechte Subjecten zurück, und Mangel an Vaterlandsliebe, Kenntniss der hiesigen Verfassung und eine Menge anderer Unvollkommenheiten werden von einer Generation auf die andere fortgepflanzt.

»Es ist indess meine Absicht ganz und gar nicht, dass die andere Bischöfe die Kosten ganz allein tragen sollen, da es ohnedies noch eines Seminarii für Schulmeister bedürfen wird. E. K. M. hiesigen Landes-Collegia hegen, wie ich überzeugt bin, gewiss einen so warmen Eifer für die Ausbildung der Provinz und die Aufnahme der Schul-Anstalten, dass E. M. Kammer wo möglich durch Ausmittelung eines Fonds einiger Tausend Thaler gerne dazu mitwirken wird; sonst aber unterstehe ich mich schon zu hoffen, dass E. M. Höchstselbst auf den Vortrag Dero so erleuchteten Ministers des Geistlichen Departements einen kleinen Fonds zu einer so gemeinnützigen Absicht herzugeben geruhen werden. Den nähern Betrag davon zu detailliren, verschiebe ich, bis E. M. mich mit einer . . . Resolution zu versehen geruhet, inwiefern Höchstdieselbe diese Vorschläge überhaupt Dero Beifalls würdigen.

»Freilich bleiben noch mehr Mängel übrig, die selbst bei E. M. ausgebreitesten Gewährung dieser gehorsamsten Anträge nicht gleich zu heben sind; z. B. sind die mehresten der hiesigen Pfarren von den kärglichsten Revenuen. Zu der Zeit, wie sie gestiftet wurden, waren die Einsassen bemittelter, der katholischen Glaubensgenossen mehrere, und die Geistlichkeit erhielt aus ihrer Freigebigkeit, was ihr an ihren Revenuen abging. Das Letztere fällt jetzt weg, und der arme Pfarrer muss mit weit

weniger Einkünften jetzt vielmehr zu den Bedürfnissen des Staats beitragen; die natürliche Folge davon ist, dass ein Mann von Talenten und erworbenen Kenntnissen sich nicht an einen Ort hinsetzen lassen will, wo die Belohnung seines Fleisses Kummer und Nahrungssorgen sind. 1788 Sept. 12

»Auf der andern Seite hat mancher Beamte die Gewohnheit, die er angenommen, polnische Bauern und vielleicht auch andere Einsassen dieser Nation mit einer Verächtlichkeit zu begegnen, die sie seiner Behandlung gegen das Vieh gleich setzt, in mehr oder mindern Grad gegen die Geistlichkeit angenommen, und ein Mann von Ehr' und Gefühl geht einer solchen Behandlung gerne aus dem Wege.

»Endlich können die ehemalige Geistlichen selbst aus Mangel der Sprache, der sich in einem gewissen Alter nicht ersetzen lässt, sich in verschiedenen Verordnungen nicht finden. Der Beamte stellt die Sache E. M. Regierung von einer nachtheiligen Seite vor, und so sieht er sich Untersuchungen und einer strengen Behandlung der Unter-Bedienten ausgesetzt; und da, wo eine Aufmunterung zu seiner Pflicht ihn zu einer desto genauern Befolgung derselben vielleicht erweckt haben würde, schlägt ihn ein einziger Vorfall vielleicht vollends nieder und stürzt ihn in eine vollkommene Unthätigkeit. Eine Folge, die ich sehr wohl weiss, nicht die Absicht E. M. Regierung ist, die vielmehr die Rechte der Geistlichkeit auf der andern Seite mit der genauesten Sorgfalt vertritt, die aber oft durch die Unverträglichkeit der Beamten und die Geringschätzigkeit der Unter-Bedienten veranlasst wird.

»Diese Unbequemlichkeiten werden sich indess alle in der Folge der Zeit heben lassen, wenn nur erst den Quellen des Übels abgeholfen und der Provinz die Aussicht einer vollkommenern geistlichen Disciplin und der bessern Bildung ihrer[1]) künftigen Geistlichen dargeboten wird. Nur wünschte ich die Grenzen der weltlichen und geistlichen Gerichtsbarkeit durch E. M. Gnade etwas genauer bestimmt zu sehen, da die Geistlichkeit öfters Befehle bekömmt, die sie bis itzt immer als zum Ressort der bischöflichen Gerichtsbarkeit gehörig angesehen hat, und dadurch in der That verwirrt gemacht wird. Auch schiene es mir wohl zweckmässig, wann Fälle, wo die Untersuchung der Versehen zur geistlichen Cognition der Bischöfe *privative* nicht gehören sollten, vorfielen, bei selbigen doch einem von denselben zu ernennenden Commissarium zuzuziehen.

»Indess stelle ich diese Betrachtungen lediglich E. M. höherm Ermessen anheim und werde mich überhaupt Dero Entscheidungen jederzeit mit der tiefsten Ehrfurcht unterwerfen, mit der ich ersterben werde als E. M. unterthäniger Diener.«

1, Hs.: »seiner.«

1788 Sept. 13 **265.[1]) Immediat-Schreiben des Prinzen Emanuel v. Rohan, Grossmeisters des Malteser-Ordens.[2]) Malta 1788 September 13.**

R. 46. B. 168. O. Mundum.

Wengerski. Abstellung von Unordnungen unter den schlesischen Maltesern.

»L'intérêt, qui attache V. M. au sort du chevalier ds Wengerski[3], Son chambellan, devient une loi pour moi, et je ne négligerai rien, pour prouver à ce chevalier, combien j'attache de prix à l'auguste recommandation, dont il est honoré; sa réception est consommée avec toutes les formalités nécessaires, et pour lui conférer la grâce, que Votre Majesté lui destine, je n'attends que l'acte de sa profession religieuse, qui m'est annoncée par son procureur et sans lequel ce chevalier se trouve dépourvu, ainsi que moi, des facultés nécessaires pour remplir son objet.

»La négligence du chevalier de Hemm, procureur-général de mon ordre en Silésie, ayant mis dans sa correspondance et ses opérations un désordre, auquel il m'est important de pourvoir promptement, j'ai commis au chevalier de Maisonneuve[4]), chargé des affaires de mon ordre en Pologne, le soin d'implorer l'agrément et la protection de V. M., pour qu'il puisse reconnaître le mal et en proposer le remède, de concert avec les chevaliers de Schaffgotz et de Wengerski. J'ose vous prier, Sire, d'accueillir avec bonté ce député, d'honorer sa mission de Votre auguste appui et d'écouter avec confiance tout ce qu'il aura l'honneur de Vous exposer de ma part pour les intérêts généraux de mon ordre« . . .

Sept. 15 **266. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe. Berlin 1788 September 15.**

R. 11. 33. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Der Nuntiatur-Streit. Wünscht eine Verständigung.

. . . »Je vois bien par les circonstances, que vous me rapportez, que la cour de Rome voudrait à tout prix soutenir la jurisdiction de ses nonces, même en Bavière, contre les droits des diocésains, mais qu'elle ne peut pas beaucoup compter même sur la fermeté de l'électeur palatin, et que celui-ci sera toujours prêt à sacrifier la nonciature de Munich aux volontés de l'empereur et surtout aux intérêts de ses enfants naturels. Si cela

---

1) Beantwortet am 9. April 1789.

2) Rohan zeichnet sich »Grand-maître des ordres de St.-Jean, de Jérusalem, du St. Sépulchre et de St. Antoine de Viennois.«

3) Graf Josef W., dessen Memoiren Vehse benutzt hat; s. seine *Geschichte des preussischen Hofes* (*Hamburg 1851*) 5, 294. 315.

1789 April 3 4) Vgl. den Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements v. 3. April 1789: »Ce commandeur de Maisonneuve est un homme de mise, qui a fait les campagnes contre les Turcs sous le maréchal Romanzow et qui a fait sa cour à l'Impératrice à Kiow.«

arrivait, le pape perdrait son principal soutien en Allemagne. Comme 1788 Sept. 15
l'empereur a une fois porté l'affaire des nonciatures à la diète, comme l'électeur de Mayence même la recommande à l'attention des États de l'Empire par la lettre circulaire[1]), que vous aurez bien déjà vue, on ne peut plus arrêter cette marche, et il semble, que la cour de Rome devrait tâcher de la prévenir du moins par l'essai d'un accommodement avec les archevêques. Je sais, que ceux-ci lui en fourniront l'occasion, en invitant le pape par une lettre à une négociation d'accommodement. Quant à ce que le nonce vous a dit d'une promesse, faite par l'électeur de Mayence sous ma garantie, du maintien du *status quo* du temps du congrès d'Ems, l'électeur de Mayence soutient, qu'il l'observerait de son côté, mais que ce n'était que le nonce qui l'avait enfreint par toutes sortes d'innovations faites contre les droits diocésains. Il est difficile et désagréable de discuter et de tirer au net de pareilles contestations, et le meilleur parti serait sans doute de s'entendre et de s'accommoder à l'amiable là-dessus. J'ai lieu de croire, que l'électeur de Mayence y est assez disposé, et je me ferais un plaisir d'y contribuer par mon interposition. Ce sont des idées, que vous pouvez insinuer et tâcher de faire goûter au nonce« . . .

---

267. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe. Berlin 1788 September 22. Sept. 22

R. 11. 33. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Stand der Nuntiatur-Sache.

. . . »Je ne vous dirai aujourd'hui rien de précis là-dessus, d'autant que, le coadjuteur de Mayence étant arrivé ici[2]), je ferai discuter cette matière à fond. Je me bornerai aujourd'hui à vous faire deux observations: l'une, que l'empereur ayant renvoyé cette affaire aux consultations de la diète, il n'en est plus le maître; elle appartient à la décision de la pluralité de la diète, que je pourrai bien gagner par le moyen de l'union germanique. *Secundo*, il est aussi effronté au comte de Lehrbach[3]) de dire, que sa cour s'est arrangée avec moi sur l'affaire des nonciatures, qu'il est absurde à d'autres de le croire. Vous pouvez hautement contradire cette tradition et assurer, qu'il n'y a jamais eu des pourparlers là-dessus entre moi et la cour de Vienne« . . .

1) Vgl. No. 260. 2) Dalberg.

3) Graf Konrad Ludwig v. L., kaiserlicher Gesandter am kurpfälzisch-baierischen Hofe.

1788 Sept. 23 **268. Das Ober-Schul-Collegium an den Grafen von Hohenzollern, Bischof von Kulm.** Berlin 1788 September 23.

R. 76. I. 198. Concept, gezeichnet von Woellner und Meierotto. Anweisung von letzteren.

Katholisches Schulwesen in Westpreussen.

»Wenn auch bis jetzt die Berichte von dem Zustande der Schulen in Westpreussen bei uns noch nicht eingelaufen und wir daher ausser Stande sind, das Ganze zu übersehen, geschweige denn umzuändern, so ergiebt sich doch aus dem von E. E. unter'm 12. dieses an uns eingekommenen Vortrag so viel rühmlicher Eifer und so seltene Einsichten von den Hauptmängeln der Volksbildung und den Mitteln zu deren Abhelfung, dass wir uns zu einer wahren Verbesserung des dortigen Schulwesens und Beförderung desselben zu mehrerer Vollkommenheit die besten Hoffnungen machen können. Sicher sehen wir bei E. E. Vorschlägen zur Verbesserung der Ihnen schon anvertrauten und noch anzuvertrauenden Geistlichen jede einseitige Nebenabsicht entfernt. Wir werden also um so mehr gern und mit Zutrauen E. *p.* Mitwirkung zur Verbesserung der Schulen annehmen und wollen Denenselben auch schon im Voraus nicht verhalten, dass die Schulen künftighin der Aufsicht des ersten besten Geistlichen nicht ferner werden überlassen werden, sondern dass diese Aufsicht gewissen noch zu wählenden und anzusetzenden Schul-Commissarien wird übertragen werden, wozu gut denkende und einsichtsvolle katholische Geistliche gezogen werden sollen.

»So viel die dortigen Gymnasien betrifft, so lässt sich aus den von E. *p.* angeführten Gründen einsehen, dass man in Ansehung der Zahl dieser Schulen eben so wenig eine Änderung werde treffen können, als es die Absicht sein könne, von den 8000 Rthlr. etwas zu einer andern Bestimmung anzuwenden. Wegen der innern Einrichtung behält sich das Ober-Schul-Collegium vor, die Meinungen zu communiciren, sobald durch eingelaufene Schul-Berichte das Intérieur näher bekannt sein wird. Doch über alle diese nöthige Verbesserungen, sowie auch über die Anlegung eines Seminarii für Schullehrer, das freilich bei dem Gymnasium in Schottland am Besten wird etablirt werden können, kann nur nach Eingang der Schul-Berichte erst ein Schluss gefasst werden, und wir eröffnen E. *p.* diese Ideen nur darum so frühzeitig, um uns Deroselben etwanige nähere Aufschlüsse und Bestimmungen darüber noch vorhero zu erbitten.

»Was hiernächst das Seminarium für Geistliche und den von den andern Bischöfen dazu zu leistenden Beitrag, ferner die Bestimmung der Grenzen der Gerichtsbarkeit sowie die Idee von einem General-Delegatus betrifft, so wird E. *p.* von dem Geistlichen Departement zu seiner Zeit das Weitere deshalb bekannt gemacht werden.«

269.[1]) **Schriftwechsel zwischen der westpreussischen Regierung und dem Geistlichen Departement.** 1788. 1788 Sept. 24

R. 7. B. 24. CC.

Visitation und Wahlen im Karthäuser-Kloster Paradies.

Die westpreussische Regierung. Marienwerder September 24.

Mundum, gezeichnet von Schmiedeberg, Scheibler, Ziegenhorn, Fincke, Büsching.

»Der mit E. K. M. Genehmigung von dem General des Cartheuser-Ordens zur Visitation des bei Danzig belegenen Klosters Paradies bestimmte Prior der Carthaus zu Würtzburg, Hugo Poyck, und dessen Convisitator, der Procurator zu Gembach[2]) in Francken Anthelmus Wiesen, haben mit Zuziehung des von uns ernannten Commissarii dieses Geschäft bereits beendiget. Nach dem Bericht des letzteren haben die Visitatores, die er als Männer von vielen Einsichten kennen gelernet, sich vorzüglich auf Disciplinar-Sachen eingeschränkt und solche für sich in dem Innern des Klosters abgemacht, dagegen sich auch eifrig bemüht, mehrere Ordnung und Regelmässigkeit bei Verwaltung des Temporalis einzuführen. Während der Visitation hat der bisherige Prior des Klosters, Dominicus Budlewski, wegen Alter und Leibesschwäche sein Amt niedergelegt, und sämmtliche Conventualen, unter denen beinahe nicht ein einziger die zu diesem Amte nöthige Fähigkeiten und Kräfte besitzet, haben sich einstimmig bei ihrer von unserm Commissario geschehenen Vernehmung den vorgedachten Convisitatorem Anthelmus Wiesen zum Priore des Klosters erbeten, worin auch der Prior Poyck vorläufig eingewilliget hat. Die in dem Kloster eingerissene Unordnung macht es nothwendig, dass das Priorat wieder mit einem Mann besetzet werde, der sowohl Fähigkeiten als guten Willen habe, denen sich eingeschlichenen Mängeln abzuhelfen und in allen Theilen Ordnung wieder herzustellen. Wir glauben dieses von denen uns angerühmten guten Eigenschaften und Kenntnissen des neu erwählten Prioris um so sicherer erwarten zu können, da er schon in der Zwischenzeit Einrichtungen getroffen, die offenbar das Beste des Klosters beabsichtigen und gewiss befördern werden. Wir haben daher auch aus diesen Gründen, ob er gleich in E. K. M. Staaten nicht geboren ist, nachgegeben, dass er zum Priore des Klosters vorläufig gesetzet und ihm die *functiones in spiritualibus* übertragen worden, hoffen auch, dass E. K. M. solches . . . genehmigen und den bisherigen Procurator der Carthaus zu Gembach, Anthelmus Wiesen, als Priorem der Carthaus zu Paradies bei Danzig zu bestätigen . . . geruhen werden, als warum wir . . . bitten.

»Endlich hat auch der bisherige Procurator des Klosters, Anthelmus Bähr, seinem Amte entsaget, da er wegen seines Alters und Schwäche

1) Vgl. No. 134.

2) Offenbar ist Ilmbach gemeint; s. *Ussermann, episcopatus Wirceburgensis* (*S. Blas. 1794*) p. 400.

1788 Sept. 24 solchem nicht länger vorstehen zu können glaube, sich jedoch ausgebeten, dass er das Kloster verlassen und sich in eine in Litthauen belegene Carthaus begeben dürfe. Das Kloster hat seinen Abgang durch dessen vormaligen Profess Joachim Bayer ersetzen zu dürfen gewünschet, und wir hoffen, dass E. K. M. auch dieses zu genehmigen geruhen werden. Wir bemerken nur noch, dass der Pater Groten, der erst im vorigen Jahre aus Deutschland in dieses Kloster gesandt worden, wegen seiner schlechten Gesundheit wieder zurück gegangen.«

Oct. 10 Das Geistliche Departement. Berlin October 10.

Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Scholz.

»Da nach Euerm Bericht vom 3. September *a. pr.* die Officianten bei dem Carthäuser-Kloster zu Paradies zeither von dem General-Capitul des Ordens in Vorschlag gebracht worden, so kann die in Euerm gegenwärtigen Bericht vom 24. September *c.* angetragene Confirmation des *p.* Wiesen zum Prior und des *p.* Bayer zum Procurator im Carthäuser-Kloster zu Paradies noch nicht erfolgen, sondern es muss zuvor die Präsentation des General-Capituls abgewartet werden. Welches Ihr gedachtem Kloster zu seiner Nachachtung bekannt zu machen habt.«

Sept. 25 **270.[1] Ministerial-Resolution für den Provincial der schlesischen Franciscaner Pater Josef Kuntze.** Breslau 1788 September 25.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 42.). Concept, gezeichnet von Hoym.

Bestätigung der neu gewählten Obern.

»Dem u. s. w. gereicht auf seine Eingabe, mit welcher er die Nachweisung der in diesem Jahre gewählten Obern der schlesischen Franciscaner-Klöster eingereicht hat, zur Resolution, wie in der Voraussetzung, dass diese gewählte 10 Obern rechtschaffene und gutgesinnte Geistliche sein, solche hiemit, sowie auch der Provincial Kuntze selbst, in dieser Würde bestätigt werden[2], und hat er solches gedachten Obern bekannt zu machen.«

Sept. 27 **271. Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Woellner.** Charlottenburg 1788 September 27.

R. 76. I. 21. Mundum.

Das Ober-Schul-Collegium besetzt die zur Collation des Königs gehörigen Küster- und Schulmeister-Stellen. Invaliden erhalten solche nur, wenn sie tauglich sind.

»Ich habe auf Eurem geschehenen Vortrag resolviret, dass die Kriegs- und Domänen-Kammern nicht mehr, wie bisher, die Küster- und Schulmeister-Stellen, welche zu Meiner Collation gehören, besetzen, sondern solches von dem Euch anvertrauten Ober-Schul-Collegio geschehen soll. Ich communicire Euch deshalb zu Eurer Nachricht, was *dato* an das General-Direc-

1) Als Probe mitgetheilt. 2) Hs.: »wird.«

torium dieserhalb ergangen ist. In Absicht der Invaliden[1]) werdet Ihr zwar ferner darauf Bedacht nehmen, dass Ihr alle dazu taugliche Subjecte als Küster und Schulmeister versorget, und müsset Ihr dieserhalb mit dem Ober-Krieges-Collegio Euch zusammenthun. Es verstehet sich jedoch von selbsten, dass Ihr die Freiheit behaltet, nur solche anzunehmen, welche sich zum Unterricht der Jugend schicken, und die untauglichen zurückweisen könnet, weil die Hauptsache hier mehr auf die Verbesserung der Schulen, als auf die Versorgung eines Invaliden ankommen muss, der, wenn er sich nicht zum Schulmeister schicket, nur Schaden anrichtet.« 1788 Sept. 27

---

272. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe. Berlin 1788 September 29. Sept. 29

R. 11. 33. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Die Nuntiatur-Sache.

»J'ai reçu votre dépêche du 17. septembre, par laquelle je vois, que l'électeur palatin varie toujours à l'égard de l'affaire des nonciatures et que la cour de Rome ne veut aussi pas encore s'en expliquer d'une manière claire et précise et qu'elle attend les propositions des archevêques. Celles-ci ne seront pas fort précises, et le pape ferait fort bien d'envoyer sans délai un légat habile en Allemagne, avec lequel on puisse traiter à la diète de Ratisbonne, où je ferais ce que les circonstances et mes devoirs envers l'Empire permettent, pour tenir un juste milieu et pour maintenir chacun dans ses droits fondés« . . .

---

273. Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements. Berlin 1788. October 5. Oct. 5

R. 10. 79. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Beantwortung der kurmainzischen Schreiben. Vermittelung zwischen dem Papst und den Erzbischöfen.

»Nous avons cru devoir différer[2]) jusqu'à l'arrivée du coadjuteur de Mayence[3]) l'expédition des réponses aux deux lettres, que l'électeur a écrites à V. M. à la fin du mois d'août sur l'affaire des nonciatures[4]). V. M. Se sera entretenue avec le coadjuteur sur cette matière compliquée. Il est de l'avis, dont nous avons toujours été, qu'il faut s'en tenir à la constitution de l'Empire, qui ne donne aucun avantage à l'empereur; que cependant il faut faire ce qu'on peut pour un accommodement entre le pape et les archevêques, ce qui sera plus faisable, depuis que l'empereur a donné l'affaire des nonciatures hors de son pouvoir et l'a revoyée à la diète, où elle pourrait être discutée longtemps. Comme l'électeur de Mayence n'a écrite sa lettre circulaire et allemande à V. M. que pour montrer son patriotisme envers l'église germanique, et la lettre française pour se justifier

---

1) Vgl. S. 172 Anm. 2. 2) Auf den Rath von Stein, s. die Nachträge. 3) Dalberg. 4) S. unter dem 25. und 29. August.

1788 Oct. 5 envers V. M. et la cour de Rome sur le maintien du *status quo*, qu'il a promis, nous avons cru bien faire de dresser les deux réponses ci-jointes[1]) en termes généraux, qui font preuve du zèle constitutionnel de V. M., sans L'engager à rien de précis. Ces réponses sont d'ailleurs conformes à notre rapport du 9. septembre et à la réponse marginale de V. M., dont nous joignons ici une copie. Il s'agit à présent de voir, si les archevêques auront écrit au pape, pour proposer un accommodement, et ce que celui-ci fera en conséquence. A juger par une lettre du cardinal Buoncompagni, que le marquis de Lucchesini nous a communiquée[2]), le pape attend les pro-

---

1) In denselben heisst es: »E. Kurf. Würden und Lbd. lassen Mir Gerechtigkeit widerfahren, wenn Sie Sich in Ihrem obgedachten Schreiben zum Voraus versichert halten wollen, dass Ich, da die Sache durch ein kaiserliches Commissions-Decret an der Reichs-Versammlung gebracht worden, bei den Comitial-Berathungen Meine Stimme über dieselbe dergestalt ablegen lassen werde, wie es die constitutionelle Verfassung des Reichs und die Rechte und Würde desselben mit sich bringen. Indessen wünschte Ich, dass diese weitschichtige Irrung durch einen gütlichen Vergleich zwischen beiden Theilen baldigst beigeleget werden möchte, wozu Ich Meines Orts alles, was von Mir abhangt, gerne beitragen werde.«

»V. A. É. m'a fait un plaisir sensible, en me communiquant par Sa lettre du 29. août, que Son envoyé extraordinaire le comte de Hatzfeld m'a bien remise, Ses sentiments intimes sur l'affaire des nonciatures romaines. Je Lui rends toute justice et je suis persuadé, que V. A. É. choisira et emploiera les voies les plus convenables, que Sa prudence et Sa modération connue Lui dicteront, pour amener cette affaire compliquée et désagréable à une heureuse conciliation, s'il est possible même avant qu' elle soit discutée à la diète de l'Empire, et pour remplir aussi au possible les espérances, qui ont été données à cette cour*) par mon canal. Je crois, que la lettre des archevêques à la cour de Rome pourra y contribuer beaucoup. Je ne manque aussi pas de le faire de mon côté par les conseils, que je ne cesse de donner à cette cour. Je souhaite, que nos soins réunis puissent réussir et que je puisse aussi dans cette occasion donner des preuves non seulement de mon zèle patriotique, mais aussi des égards personnels de la plus parfaite amitié et estime, avec lesquelles je suis.«

2) »Extrait de la dernière réponse du cardinal Buoncompagni traduite de l'italien« (ohne Datum, offenbar Antwort auf No. 249).

»Le pape en père commun et aimant la paix a toujours été et se trouve encore disposé à écouter les propositions, les insinuations et les instances, qu'on pourra lui faire, pour ramener la paix et la bonne intelligence, et cela pas seulement de la part des archevêques, que le pape a droit de supposer ses amis et reconnaissants envers le St.-Siége, mais aussi de la part de ceux qui sont les plus contraires à ses intérêts.

»Mgr l'électeur de Cologne et son ministre de Waldenfels ne saurait nier, qu' ayant bercé des mois et des années entières le nonce de Cologne de l'espoir d'entrer avec lui en pourparler sur les points litigieux, le nonce s'y est toujours prêté, sans que les autres aient tenu leur parole. Je vous répète donc, Monsieur, que le pape est tout prêt à prêter l'oreille à des propositions équitables, sans

*) Dem römischen.

positions des archevêques et cherche à gagner du temps, mais il ne paraît fort disposé à céder sur la jurisdiction des nonces et sur la conservation de la nonciature germanique: deux articles, dans lesquels il n'est pourtant pas beaucoup fondé. 1788 Oct. 5

»Comme nous n'avons pas un canal direct et sûr pour écrire à Rome depuis le départ du marquis de Lucchesini, nous estimons, que le plus convenable serait, que nous instruisions le comte de Brühl par une dépêche chiffrée: de faire part au nonce du pape à Munich de la situation présente de l'affaire et de ce qui s'est passé entre V. M. et l'électeur de Mayence, de lui communiquer même la lettre française de l'électeur, comme celui-ci le souhaite, d'après l'assertion du baron de Stein, et de conseiller au pape, qu'il envoie bientôt un légat habile en Allemagne, qui puisse traiter avec les archevêques à Ratisbonne par une négociation, dans laquelle V. M. pourra lui être utile par Son intervention. Nous ne voyons pas d'autre voie plus propre à amener à une conciliation que celle-ci, qui peut réunir toute l'affaire dans un point et dans un endroit, au lieu qu'elle ne fera

garder la moindre rancune et sans gagner de l'humeur pour les actes peu amicales, que les archevêques exercent tous les jours contre lui. Voilà ce que j'eus l'honneur de mander en son temps à Mgr l'électeur de Mayence. Cependant le St.-Père ne peut point renoncer à l'espoir, que son digne ami et le garant infaillible du *status quo* lui a fait concevoir, que son influence ne retienne dans de justes bornes les adversaires de la cour de Rome. Car sans cette réflexion il y aurait à craindre un débordement de prétentions, auxquelles il serait difficile de prescrire des limites raisonnables; et ayant fait le premier pas, pour les contenter, on ne trouverait pas aisément un point, sur lequel les arrêter. Vous connaissez, Monsieur, mon caractère, et vous ne me refuserez point la justice de me supposer le ton avantageux, qu'il faudrait prendre pour soutenir, que le *status quo* garanti renferme aussi la nonciature de Munich. Quant à celle-ci, nous n'avons fait qu' implorer les bons offices du roi votre maître, et il y avait un moment, où il semblait, que votre cour aurait eu quelqu' intérêt à la soutenir. Mais cette nonciature, que le pape a accordée aux instances d'un prince attaché á l'Église et qu'il*) soutient, pour ne pas déroger à sa dignité et à la parole, qu'il a donnée à l'électeur palatin, comment pourrait-elle faire l'objet essentiel et durable de la mésintelligence, qui règne entre les archevêques et nous? Le temps pourra peut-être faire tomber le motif et l'objet de cette dispute. Quant aux dîmes, je me flatte, que vous serez revenu de l'erreur, dans laquelle vos premières notions vous avaient induit. Ce n'était pas une commission bien flatteuse pour le nonce, et ce n'était pas le cas de briguer l'honneur de le faire figurer dans une commission si désagréable. Il y a plusieurs brefs dirigés aux nonces dans l'Empire, pour exiger des contributions sur les ecclésiastiques, et nous avons tâché de les modérer. Je répète donc, que nous sommes prêts à tout ce qui ne sera pas déraisonnable, mais aussi longtemps que nous ignorons, quels sont les principes du congrès d'Ems, que nous voyons renaître, aussi longtemps que nous ne pouvons pas nous faire une idée nette du nouveau système de jurisprudence ecclésiastique, qu'on voudrait subsistuer à l'ancien, il nous est impossible de nous décider à quoi que ce soit.«

*) Hs.: »qui.«

1788 Oct. 5 que s'embrouiller de plus en plus par une longue correspondance de tant de parties intéressées.«

Oct. 6 **274. Eigenhändiges Schreiben des Königs an das Auswärtige Departement.** (Ohne Ort) 1788 October 6.

R. 10. 79. Urschrift.

Soll sich nicht der Vermittelung von Zoglio bedienen.

»au Ct de Finckenstein et de Hertzberg.

»Le Nonçe Zoglio de Munnich etant celui dont lon se plaint le plus je ne seres pas davis que ce fut preçisement alui que lon comuniqua la lettre de l'Electeur, mais Dohm pouroit plutot faire cette comunication au Nonçe Pacca a Cologne qui est moin detesté que Zoglio —

»Ou bien l'Abé Ciofani pouroit comuniquer la chose directement au Secretaire d'Etat a Rome, Vous pourés choisir lequel de ces deux moiens qui Vous paroitra le meilleur —

»Je Vous renvoie ci joint le lettres pour l'Electeur. [1])

Fr. Guillaume.«

Oct. 7 Bericht der pommerschen Regierung, s. S. 355; Schreiben von Stein, S. 339.

---

275. Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements. Berlin 1788 October 7.

R. 96. 147. C. Mundum, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Der Nuntiatur-Streit.

»V. M. verra par les deux dernières dépêches volumineuses du comte de Brühl, auxquelles nous répondrons par la poste prochaine, que le nonce Zoglio à Munich se montre assez conciliant; cependant comme nous avons envoyé par le marquis de Lucchesini un chiffre à l'agent Ciofani à Rome, duquel à la vérité il ne s'est pas servi jusqu'ici, nous lui ferons parvenir en droiture selon les ordres de V. M. la lettre de l'électeur de Mayence et ses autres propositions [2]), et nous en informerons aussi le nonce Pacca par le Sr. de Dohm« . . .

Oct. 8 **276. Immediat-Bericht des Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe.** München 1788 October 8.

R. 11. 33. Déchiffré.

Zoglio's Bemühungen in der Nuntiatur-Sache: Preussen und Baiern sollen sich vereinigen, jenes in Westfalen, dieses in der Pfalz und in Jülich-Berg einen Bischof einsetzen. Haeffelin.

»Le nonce [3]), toujours très-attentif à tout ce qui regarde son opposition aux archevêques, m'a envoyé avant-hier les deux notes [4]) accom-

---

1) Gingen mit dem Datum des 5. October ab. 2) Geschah unter dem 21. October. 3) Zoglio. 4) Hier wird der kurmainzer Hof der Doppelzüngigkeit und der Hinneigung zum Kaiser beschuldigt, daneben dem Vertrauen auf die preussische Garantie des kirchlichen *status quo* Ausdruck gegeben. Vgl. No. 286.

pagnées d'un billet amical[1]), que j'ai l'honneur de faire passer ci-joint à V. M. en original. Étant instruit par les très-gracieux ordres de V. M. et surtout le dernier du 22., combien Elle agit de concert avec l'électeur de Mayence, et que les intentions de V. M. sont de soutenir de préférence les droits épiscopaux, et m'étant aperçu, que la règle, que la cour de Rome paraissait suivre dans cette occasion, était celle de *divide et impera*[2]), j'ai cru, qu'il ne serait point nuisible aux intérêts de V. M., si je répondais au nonce dans un billet amical, comme V. M. daignera le voir par la copie ci-jointe. Le nonce d'un côté fait l'impossible, pour que l'électeur se rapproche de V. M. et qu'il fasse cause commune avec Elle, pour s'opposer aux archevêques et surtout pour employer le *ius reformandi* des princes protestants et porter finalement les choses à ce que V. M. établisse un évêque pour Ses États de Westphalie et l'électeur également un pour le Palatinat et le duché de Juliers et de Bergue. L'évêque[3]) Haeflin[4]), qui de tout temps vise à un évêché, le soutient dans ces démarches, et il me paraît, que la cour de Rome s'imagine par cet expédient de pouvoir garder ici sa nonciature en plein exercice de ses jurisdictions, à laquelle les nouveaux évêques ne pourraient point s'opposer, puisqu'ils lui devraient leur établissement. Plus que la cour de Rome s'applique à invalider la jurisdiction des évêques diocésains des États de l'électeur, plus[5]) il paraît, que le duc de Deux-Ponts, comme successeur éventuel, devrait mettre des soins à proposer, pendant l'époque présente et avant que la diète s'assemble, les moyens les plus propres pour arranger les affaires ecclésiastiques de la Bavière d'une manière à ce que ses droits de souveraineté ne fussent point lésés et que ceux des archevêques et évêques soient modérés et renfermés dans leurs justes bornes« . . . 1788 Oct. 8

277.[6]) »Receptions-Decret für den Welt-Priester Johann Morzigemba aus Ratibor zur Aufnahme in die hiesige Diöcese.« Breslau 1788 October 8.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 17). Concept, gezeichnet von Hoym.

»Nachdem der Welt-Priester Pater Johann Morzigemba aus Ratibor, der sich ausserhalb Landes, ohne Erlaubniss zu haben, ordiniren lassen, sowohl selbst als auch durch das bischöfliche Vicariats-Amt Ansuchung gethan, dass ihm dieser sein begangener Fehler condonirt und die Erlaubniss zur Aufnahme in die hiesige Diöcese ertheilt werden möge und dann

1) Datirt vom 3. October.

2) »et impera« fehlt in der Entzifferung.

3) Wohl verschrieben für »abbé.«

4) Kasimir Freiherr v. Haeffelin, Vice-Präsident des kurfürstlichen Geistlichen Raths-Collegiums. Vgl. *Mejer, Zur Geschichte der römisch-deutschen Frage* (*Rostock 1872*) 2, 1, 108; *Treitschke, Deutsche Geschichte* (*Leipzig 1882*) 2, 346.

5) Hs.: »et plus.«

6) Als Probe mitgetheilt.

1788 Oct. 8 diesem Gesuch bei vorkommenden Umständen zu willfahren befunden: als wird gedachtem Welt-Priester . . . darüber zu seiner Legitimation gegenwärtiges Receptions-Decret ertheilt.«

Oct. 9 **278. Johannes Müller[1]), kurmainzischer Wirklicher Geheimer Legations-Rath, an (den Etats-Minister Hertzberg).** Berlin[2]) 1788 October 9.

R. 10. 79. Eigenhändiges Mundum.

Der Nuntiatur-Streit, der Kurfürst von Mainz und der Papst.

»Monsieur le comte. En faisant mes profonds remercîments à V. Exc. de ce qu'il Lui a plu de me faire parvenir hier au soir, je laisse à Sa sagesse, s'il ne conviendrait pas de communiquer le chiffre de Ciofani aussi au baron de Stein pour la facilité de la correspondance sur ces matières ecclésiastiques. Quant à la lettre du cardinal Buoncompagni[3]), je ne saurais assez dire, quel prix l'électeur de Mayence attache à des communications confidentielles, dont aussi je ne me souviens pas qu'il ait jamais fait le moindre abus et qu'il rend de son côté bien volontiers. V. Exc. a reçu par son ordre depuis peu telles communications, qui pourraient compromettre ce prince non seulement vis-à-vis de l'électeur de Cologne, mais avec tous les archevêques, sans même parler de la cour de Vienne. L'électeur ne s'en est jamais fait ni ne s'en fera le moindre scrupule, par la conviction, qu'il suffit de faire observer à un homme d'État, que de certaines raisons font désirer, que telle ou telle chose demeure secrète. Aussi je ne comptais que faire lire à l'électeur tout seul cette lettre, uniquement pour le convaincre, que la cour de Rome est plus équitable, qu'il ne le croit à présent. Je persiste à penser, que cela ferait un bon effet, mais je laisse à V. Exc. de Se décider, si peut-être Elle veut me l'envoyer encore à Potsdam. Je pars en ce moment-ci, plein de regrets de me séparer d'un pays, dont le séjour m'a toujours été singulièrement cher, surtout parceque j'y suis à même de puiser dans la conversation gracieuse de V. Exc. des notices, des principes et des exemples, qui me seront à jamais infiniment précieux.«

Das Auswärtige Departement an Weihbischof Rothkirch, s. S. 311.

Oct. 16 **279. Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements.** Berlin 1788 October 16.

R. 7. B. 16. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Widerräth, den Bischof von Ermland für das Bisthum Krakau zu empfehlen.

»V. M. ayant demandé notre sentiment sur la proposition, que le comte de Hohenzollern, évêque de Culm, Lui a faite par la lettre ci-jointe de

---

1) Vgl. *Johannes Müller, Sämmtliche Werke. Herausgegeben von Johann Georg Müller (Tübingen 1810)* 5, 217. 232.

2) »Hôtel Ville de Rome.«

3) S. unter dem 5. October.

retour, de recommander le prince évêque de Warmié au roi de Pologne pour l'évêché de Cracovie, nous avons l'honneur de Lui dire . . ., qu'il nous paraît, qu'une pareille proposition rencontrerait les plus grandes difficultés, parceque le roi de Pologne paraît destiner l'important évêché de Cracovie pour son frère le prince primat de Pologne[1]) ou pour quelqu' autre prélat de son parti et que dans les circonstances présentes il ne sera pas fort disposé à favoriser quelque candidat recommandé par V. M. Du moins il ne nous paraît pas convenable, que V. M. en écrive au roi de Pologne; tout ce qu' Elle pourrait faire, sans Se compromettre trop, ce serait à notre avis d'enjoindre au Sr. de Buchholz[2]), qui doit connaître les circonstances locales, de juger lui-même, s'il serait convenable de recommander l'évêque de Warmié au roi de Pologne pour l'évêché de Cracovie de la part de V. M. ou d'en faire abstraction, s'il trouvait, qu'il n'y avait point d'espérance de réussir et qu'il ne ferait que compromettre inutilement la recommandation de V. M. Nous avons dressé un rescrit dans ce sens-là et nous soumettons au bon plaisir de V. M., si Elle veut l'approuver et signer.« 1788 Oct. 16

Der König zeichnete den Erlass an Buchholtz. Letzterer antwortete: »que le roi de Pologne ne conférerait jamais l'évêché de Cracovie à l'évêque de Varmie et qu'on ne ferait que compromettre le roi en le proposant.«

---

280. Immediat-Bericht des Land-Jägermeisters Stein, Gesandten am kurmainzischen Hofe. Berlin 1788 October 16.

E. 96. 170. G. Eigenhändiges Mundum.

Der Nuntiatur-Streit. Roms hinterlistige Politik. Des Kaisers Politik für Preussen günstig. Was Preussen ferner zu thun hat. Kritik Haeffelin's.

Sendet den ihm zugestellten Bericht Brühl's vom 8. October zurück.

»Cette affaire des nonciatures devient sans doute de jour en jour plus compliquée et plus délicate à traiter, puisque la politique si insidieuse des Romains leur suggère successivement tous les moyens imaginables, pour maintenir des droits usurpés, et que la sainteté de cette cour ne l'empêchera pourtant jamais de trouver bon tout moyen efficace, de quelle nature qu'il puisse être.

»Ils tripotent de tous les côtés, pour semer de la dissension entre les opinions des différents cabinets; même celui des Deux-Ponts est tout-à-fait d'un avis contraire à celui que le duc lui-même[3]) et son ministre eurent lors de mon dernier séjour, où ils m'assurèrent tous très-positivement, que jamais ils ne souffriraient, qu'un nonce du pape exerçat la jurisdiction permanente, que la cour de Rome prétend leur pouvoir accorder moyennant les soi-disantes facultés.

---

1) Michael Poniatowski. 2) Preussischer Gesandter in Warschau.
3) Karl August.

1788 Oct. 16 »M. le comte de Hertzberg m'assura aujourd'hui, que le conseiller Cetto[1]), le seul homme capable de faire les affaires du duc, lui mandait, qu'ils étaient maintenant d'avis de soutenir la nonciature en Bavière, puisqu'ils préféraient de beaucoup la domination spirituelle de la cour de Rome sur les pays bavaro-palatins à la jurisdiction des évêques diocésains et métropolitains.

»Il est impossible, que[2]) l'embrouillement, dans lequel la cour de Rome va mettre les cabinets, les opinions et toute cette affaire, n'ait pas des suites fâcheuses, puisqu'il est aisé de prévoir, que, si à force d'intrigues le pape et ses fidèles parviennent à empêcher, que cette affaire ne soit bientôt portée à la connaissance de l'Empire et jugée constitutionnellement, qu' alors l'un ou l'autre archevêque, poussé enfin à bout, n'aura recours ou aux voies de fait sous la protection immédiate de la cour de Vienne ou, secondé par quelques-uns de ses collègues, ne réclame avec un succès indubitable la protection du conseil aulique au détriment de la constitution de l'Empire.

»Personne n'a jamais bien compris d'où S. M. I. a été si subitement saisie du mouvement patriotique de donner le fameux décret de commission[3]), puisqu' Elle dérogea par là ouvertement au droit, qu' Elle voulait d'abord S'approprier, de faire juger de cette affaire par le conseil aulique. Les ministres autrichiens en ont bien senti la faute conséquente et ne manquèrent pas de classer cette démarche dans le nombre des évènements favorables à V. M., pour faire augmenter Son autorité et Son influence dans les affaires de l'Empire.

»Mon très-humble avis sera donc toujours:

»1° que V. M. daigne faire connaître dans toutes les occasions, qu' Elle a résolu de soutenir la constitution de l'Empire aussi dans cette partie hiérarchique, en cas que le pape contre tous les conseils, qu' Elle lui a fait donner, pousse cette affaire au point qu' elle soit portée devant la diète;

»2° que V. M. veuille encore une fois faire recommander sérieusement aux archevêques de Mayence, de Trèves et de Cologne de tenter au plus tôt la voie d'un accommodement à l'amiable et de communiquer les réponses de Rome;

»3° mais aussi, qu' au plus tôt possible Elle veuille faire savoir au pape par le secrétaire d'État, qu' Elle conseille pour la dernière fois à Sa S^{te} d'envoyer au plus tôt un prélat dans l'Empire, pour traiter avec les chefs de l'église germanique, puisqu'au cas qu'on persistât à Rome de se refuser à tout accommodement, V. M. ne pourrait pas empêcher, que cette obstination n'ait des suites très-défavorables pour le St.-Siége.

»C'est par là que V. M. mettra Son patriotisme désintéressé et Ses intentions, si favorables jusqu'ici pour la constitution, dans leur plus beau

1) Vgl. *Ranke, Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Hardenberg (Leipzig 1877)* 1, 358. 2) Hs.: »que les suites de l'embrouillement.« 3) Vgl. S. 290 Anm. 3.

jour et qu' Elle obtiendra pour tout Son règne l'amitié, la confiance et l'attachement des trois principales cours ecclésiastiques, ce qui dans des occasions très-importantes peut devenir infiniment avantageux quant à la majorité des voix du collége électoral. 1788 Oct. 16

»Tout ce qui est dit dans ce rapport de l'abbé Haeffelin, est très-fondé, puisque cet homme, au fond un très-mauvais sujet, fourbe et intrigant, met tous les moyens imaginables en œuvre, pour devenir évêque en Bavière: ce qui, selon mon faible jugement, ne devrait jamais être appuyé ou secondé en aucune manière, puisque un tel changement altérerait sensiblement les droits des évêques diocésains et par conséquent la constitution de l'Empire, dont V. M. S'est déclarée et montrée le protecteur.

»Mon très-humble avis serait, que V. M. fît donner les ordres au comte de Brühl de ne pas du tout entrer dans les propositions, qui lui viendraient de là.«

Eigenhändige Verfügung des Königs:

»Il faut marquer au Miniſtere dagir dapres les trois points que Stein propoſe ſans le nomer et il faut auſi marquer au Ct de Brühl ce que Stein propose a la fin de ſa lettre, et le faire ſcavoir pareillement au Miniſtere.«

281.[1]) **Cabinets-Befehl an die Etats-Minister Finckenstein und Hertzberg.** Berlin 1788 October 17. Oct. 17

R. 10. 79. Mundum, geschrieben von Laspeyres.

Verhaltungsbefehle für die Nuntiatur-Sache. Ablehnung der Rathschläge Haeffelin's.

»Sur ce que le comte de Bruhl à Munic vient demander par sa dépêche du 8. de ce mois relativement aux affaires de la nonciature, j'ai pris la résolution suivante, d'après laquelle vous aurez soin d'agir.

»1° Vous ferez connaître dans toutes les occasions, que j'ai résolu de soutenir la constitution de l'Empire aussi dans cette partie hiérarchique, en cas que le pape contre tous les conseils, que je lui ai fait donner, pousse cette affaire au point qu'elle soit portée devant la diète.

»2° Vous recommanderez encore une fois de ma part sérieusement aux archevêques de Mayence, Treves et Cologne de tenter au plus tôt la voie d'un accommodement à l'amiable, et de communiquer les réponses de Rome.

»3° Vous ferez insinuer au pape, que je conseille pour la dernière fois à Sa S^{te} d'envoyer au plus tôt un prélat dans l'Empire, pour traiter avec les chefs de l'église germanique, puisqu'au cas qu'on persistât à Rome de se refuser à tout évènement, je ne pourrais pas empêcher que cette obstination n'ait des suites très-défavorables pour le St.-Siége . . .

---

1) Obwohl Ausführungsbestimmung, doch ausführlich mitgetheilt, um die Abhängigkeit des Cabinets von seinen Vorlagen zu zeigen. Sie ist besonders auffallend in der Nachschrift.

1788 Oct. 17

»P. S. Je suis bien aise de vous donner à connaître encore au sujet desdites affaires de nonciature, que, comme ce que le comte de Brühl mande dans sadite dépêche touchant l'abbé Haeffelin, est très-fondé et que cet homme au fond est un très-mauvais sujet, fourbe et intrigant, qui met tous les moyens imaginables en œuvre, pour devenir évêque en Bavière, j'ai enjoint audit comte[1]) de ne jamais appuyer ou seconder en aucune manière les propositions de cet homme, qui altèreraient sensiblement les droits des évêques diocésains et, par conséquent, la constitution de l'Empire. dont je m'étais déclaré et montré le protecteur, et de ne pas entrer du tout dans les propositions qui lui viendraient de ce canal-là.«

---

282. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe. Berlin 1788 October 17.

R. 11. 33. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Der Nuntiatur-Streit. Kur-Mainz hat loyal gehandelt. Preussen wird vermitteln. Der Papst soll einen Legaten nach Regensburg schicken. Baierns kirchliche Wünsche unausführbar. Kur-Köln und Kleve-Mark.

»J'ai reçu . . . vos dépêches . . ., qui prouvent toutes, comme vous avez très-bien observé, que la cour de Rome, sans avoir aucune envie sérieuse de s'accommoder avec les archevêques sur les nonciatures, ne cherche qu'à gagner du temps et à diviser toujours davantage toutes les parties intéressées. C'est à quoi vise proprement la confidence, que le nonce Zoglio vous a faite, selon votre dernière dépêche[2]), de la correspondance, que l'électeur de Mayence a eue avec le vice-chancelier de l'Empire sur le décret impérial adressé à la diète.[3]) J'approuve parfaitement la réponse juste, solide et très-bien compassée, que vous avez faite au nonce. On voit assez par la correspondance susdite, que l'électeur n'a eu aucune intelligence secrète avec la cour de Vienne dans cette affaire. Il n'a pas pu décliner le décret de l'empereur, que l'électeur palatin a demandé. En effet l'affaire des nonciatures est sortie de cette manière hors du pouvoir et de l'influence de l'empereur. Ce serait très-mal fait de la lui remettre de nouveau en recherchant sa médiation. Elle est maintenant tout-à-fait abandonnée à la décision de l'Empire, laquelle je pourrai mieux diriger par l'union même que si elle était restée à la discrétion de l'empereur. En attendant que cette décision très-lente par sa nature se fasse, la cour de Rome a tout le temps nécessaire de négocier avec les archevêques. au succès de quoi je contribuerai sûrement par mes bons offices tout ce qui me sera possible. Je ferai même communiquer au premier jour à la

---

1) Cabinets-Befehl, Berlin 17. October (B. 96. 167. C; Concept, geschrieben von Laspeyres).

2) S. unter dem 8. October.

3) Vgl. S. 290 Anm. 3.

cour de Rome par votre canal[1]) et par celui du résident Ciofani une lettre, 1788 Oct. 17
que l'électeur de Mayence m'a écrite et qui me paraît contenir des principes aussi justes que conciliants. Je ne cesse aussi pas d'animer les archevêques et surtout celui de Mayence à faire des propositions formelles à la cour de Rome, et je crois, que cela sera peut-être déjà fait pendant cet intervalle ou à l'heure qu'il est. Mais il est à prévoir, qu'on n'avancera pas beaucoup par cette correspondance et qu'il vaudrait mieux, que la cour de Rome fit entamer une négociation directe avec les archevêques par la mission d'un légat à Ratisbonne, dans laquelle je pourrais intervenir alors par mes ministres à Ratisbonne et à Munich.

»Je sens bien, qu'il serait plus convenable pour la maison palatine de n'avoir que des nonces ou de propres évêques dans ses États et d'être débarrassée des archevêques et des évêques, et je sais, que le duc de Deux-Ponts est dans les mêmes principes; mais ces diocésains ne se laisseront jamais ôter leurs droits que par la plus grande violence, et ils y seront soutenus par l'empereur et par la constitution de l'Empire. Mais on peut leur mettre des bornes assez étroites par l'exercice du droit de souveraineté territoriale, que chaque prince a dans son territoire. Je ne reconnais en mon particulier à l'archevêque de Cologne aucun droit diocésain sur mes États de Westphalie, et je saurai bien m'en garantir« . . .

---

283. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe. Berlin 1788 October 20. Oct. 20

R. 11. 33. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Der Nuntiatur-Streit. Schwierigkeit, den Status quo zu bestimmen. Der Papst soll einen Legaten nach Regensburg schicken.

. . . »Quant à la nouvelle note, que le nonce du pape vous a remise, et à sa demande, que je devais maintenir le *status quo* et renvoyer les archevêques et les évêques avec leurs griefs à la cour de Rome même, ce ne serait pas le moyen de parvenir à la pacification, parceque je ne pourrais jamais réunir tant de têtes sur un point de cette nature; et quant au maintien du *status quo*, il est presque impossible de la déterminer, parceque les archevêques n'ont jamais reconnu la nonciature de Munich toute nouvelle et qu'ils soutiennent, qu' elle a fait beaucoup d'innovations, même après l'époque du recez d'Ems. Je vous ai fait connaître mes intentions sur cette affaire compliquée et scabreuse par mes dernières dépêches immé-

---

1) Also durch Vermittelung des Nuntius in München. Es fällt auf, dass das Auswärtige Departement dies Rescript dem Könige zur Zeichnung vorlegte, nachdem er sich (s. No. 274) gegen die Einmengung von Zoglio erklärt hatte. Wahrscheinlich geschah es auf Veranlassung von Hertzberg; s. dessen Schreiben an Brühl, Berlin 21. October (R. 10. 79): »Faites la [Abschrift von No. 257] lire au nonce Zoglio, sans lui en donner copie jusqu'à ce que je vous en écrive une autre fois.«

1788 Oct. 20 diates et médiates. Je ne saurais rien y ajouter de fort essentiel, sinon qu'il me paraît toujours, que la marche la plus courte et la plus facile à se concilier serait celle de négocier et de transiger à la diète de Ratisbonne entre le clergé d'Allemagne et le légat du pape, parceque c'est là le meilleur point de réunion entre les deux parties et l'empereur et moi comme médiateurs. Il ne serait pas humiliant pour le pape d'envoyer un légat après les avances, que les archevêques lui ont faites par leur lettre. Il ne court aucun risque, et je lui garantirais bien, que sa légation serait reçue d'une manière convenable à sa dignité. D'ailleurs ce ne serait pas le premier exemple d'une pareille mission, puisque dans les deux derniers siècles les papes ont souvent envoyé des légats en Allemagne, pour traiter avec l'Empire dans ses diètes.«

Oct. 23 **284. Schriftwechsel zwischen Johann v. Januschovski und dem Geistlichen Departement.** 1788.

R. 46. B. 167. J.

Keine Befreiung von dem Beitrag für einen evangelischen Schulmeister.

Januschovski. Nieder-Goldmannsdorff bei Plesse October 23.

Mundum.

»Schon vor mehrern Jahren hat der Otto v. Marklowsky auf seinem Gute Golassowitz, Plessner Kreises, eine evangelische Kirche und Schule angeleget, zur Salarirung seines Schulmeisters durch den verstorbenen Landrath v. Skrbenski sogar die benachbarten katholischen Dominia mitgezogen und zu der Repartition dieses Beitrages, ohne die Dominia dagegen zu hören, die königliche Kammer-Approbation eingeholet. Da ich katholisch bin, so habe mich vor ein paar Jahren von diesem Beitrag entziehen wollen; die Sache kam zum Process, und ich musste nach dem von der Breslauischen Ober-Amts-Regierung eröffneten Revisions-Erkenntniss sowohl den baaren als Naturalien-Beitrag an den Schulmeister bezahlen, ohne dass ein oder der andere Richter auf meine, meines Ermessens richtigen, Gründe die mindeste Rücksicht genommen . . . Jetzt fodert der neuangesetzte evangelische Schulmeister Klose nicht nur den Beitrag vor meinen Theil, sondern auch vor meine Gemeine von mir, ohnerachtet alle meine possessionirte Unterthanen katholisch sind und ihren eigenen katholischen Schulmeister haben, für dessen Unterhalt sie so gut wie ich mit sorgen müssen. Es ist zwar wahr, dass ich durch drei Instantien wegen dieses Beitrags an den gedachten evangelischen Schulmeister bin sachfällig worden[1]); allein . . . es ist mir doch hierin wehe geschehen, da ich als ein katholischer Stand an meinen Pfarrer und Schulhalter meinen Beitrag thue und mich nicht für verbunden halte, wegen des aufgehobenen Parochial-Nexus vor mich und vor meine katholische Gemeine den evangelischen Organisten und Schul-

1) den Process verloren hatte.

meister in einem fremden Dorfe zu salariren. Nach dem . . . Rescript *de anno 1775* [1]) sollte ich nur den Vorschuss, *salvo regressu* an meine evangelische possessionirte Unterthanen, dem besagten Schulmeister leisten; von mir, als einem katholischen Stande, steht nichts darin, und da ich keinen evangelischen Possessorem in meinem ohnedies kleinen Gute habe, so cessirt auch unstreitig mein eigener und meiner Gemeine Beitrag von selbst. In meiner Verlegenheit und da die Regierung in Plesse mich auf's neue dieserhalb vorgeladen, nehme ich zu E. K. M. . . . Thron und Gerechtigkeit meine Zuflucht und bitte . . . sowohl mich, als katholischen Vasallen, als auch meine ganze katholische Gemeine, da wir vor den Schulmeister unsers Glaubens sorgen und das Golassowitzer *dominium qua evangelicum* hiezu nichts contribuiret, von dem geforderten Beitrag . . . entbinden zu lassen.« 1788 Oct. 23

Das Geistliche Departement. Berlin November 14. Nov. 14

Concept, geschrieben von Kluge. Erst am 9. Februar 1789 zur Post gegeben.

»Die katholischen Dominia und Gemeinen zu Goldmansdorff werden . . . auf die hierüber ergangene . . . Judicata verwiesen, als bei welchen es nach wie vor sein Verbleiben haben muss.«

---

285. Ministerial-Erlass an den Residenten Ciofani in Rom. Berlin 1788 October 24. Oct. 24

R. 7. B. 20. C. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Ausdehnung des für die Diöcese Breslau erlassenen Feiertags-Breves auf die schlesischen Theile der Diöcesen Prag, Olmütz und Prag.

»Le bref [2]), que le pape a nouvellement adressé aux évêques de la Prusse occidentale et au vicaire de Breslau, pour transférer plusieurs fêtes catholiques à un jour de dimanche suivant ou précédent et pour ordonner la célébration du jour des prières usité dans toutes nos provinces, a besoin d'une extension pour ce qui regarde la Silésie, la jurisdiction du vicaire de Breslau se bornant au diocèse de l'évêché de Breslau et ce prélat ne pouvant pas se charger sans une autorisation expresse de la publication du bref susmentionné dans les autres districts de la Silésie, qui appartiennent aux diocèses des évêques de Prague, d'Ollmütz et de Cracau. Mon intention est donc, que vous demandiez à la cour de Rome un bref de délégation, par lequel le vicaire de Breslau soit autorisé de soigner la publication du bref pour la translation des fêtes catholiques dans toute la Silésie, y compris les diocèses des évêques étrangers. Cette délégation souffrira d'autant moins de difficultés, que le pape Clément XIV. dans un cas pareil l'a accordée en 1772 [3]) au vicaire apostolique de Strachwiz par la clause suivante: *ut in ista civitate ac dioecesi Wratislaviensi ac in aliis etiam Borussicae*

1) Band 5, 18. 2) No. 204. 3) Band 4, 443.

1788 Nov. 24 *ditioni subiectis, ad quas aliter hoc nostrae concessionis beneficium pervenire non possit, hanc de festis diebus legem p. p. auctoritate apostolica tamquam Noster specialis ad hunc effectum tantummodo taxative praestandum delegatus denunties et edicas p.« . . .*

Nov. 22 Am 22. November erging das gewünschte Breve an den Weihbischof Rothkirch von Breslau. Mit dem Mundum dieses Breve wurde ebenso wie mit dem Breve vom 19. April 1788 verfahren.

Oct. 25 **286. Immediat-Bericht des Land-Jägermeisters Stein, Gesandten am kurmainzischen Hofe.** Wörlitz 1788 October 25.

R. 96. 170. G. Eigenhändiges Mundum.

Vorschlag, mit Rom nicht mehr durch Zoglio, sondern durch Ciofani zu verhandeln.

. . . »Pour mettre une fin aux insinuations très-fausses et insidieuses du nonce Zoglio, qui se permit, il n'y a pas longtemps encore, de remettre au comte de Brühl une note[1]) avec des observations presqu' injurieuses sur la mauvaise foi de l'électeur de Mayence, tirées du contenu altéré de ses lettres au vice-chancelier, dont les originaux sont depuis cinq mois au dépôt du département à Berlin et dont le comte de Hertzberg se souvint parfaitement, mon très-humble avis serait, de faire déclarer à la première occasion, que le nonce y donnerait, par le comte de Brühl: que V. M. était maintenant suffisamment informée de la nature du *status quo*, dont Elle s'était bien voulu faire le garant, et qu' Elle voyait par là, que la nonciature de Münick n'y pourrait jamais appartenir; qu' Elle de Son côté ne pouvait donc pas reconnaître non plus cette nonciature ni consentir, que Son ministre transigeât avec ce nonce sur aucune des affaires de l'Église germanique; qu' ainsi V. M. avait jugé à propos de faire traiter de ces affaires directement avec la cour de Rome par Son agent l'abbé Ciofani.

»Je suis persuadé, que cette déclaration fera un très-grand effet.«

Oct. 30 **287. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hertzberg.** Berlin 1788 October 30.

R. 96. 147. C. Mundum.

Der Kurfürst von Mainz unzufrieden mit Preussen in der Nuntiatur-Sache.

. . . »Le chanoine comte de Hatzfeldt vient de recevoir une dépêche de l'électeur de Mayence, selon laquelle il témoigne quelque mécontentement de ce qu'on ne lui témoignait pas assez de confiance, et surtout que dans la réponse de V. M.[2]) on n'a pas dit expressément, qu' Elle voterait à la diète contre la jurisdiction des nonces, mais seulement, qu' Elle voterait

1) S. Brühl's Bericht vom 8. October. 2) S. 324.

selon la constitution. J'avoue et je crois, que V. M. en a assez dit dans une réponse à une lettre circulaire, qui peut devenir publique, d'autant plus qu'on est assez d'accord que la jurisdiction des nonces est contraire à la constitution de l'Empire. Si V. M. avait formellement déclaré de vouloir donner Ses voix contre les nonciatures, la voie de l'accommodement entre le pape et les archevêques serait devenue inutile, parceque les archevêques ont voulu s'assurer d'avance par la déclaration de V. M. de la majorité de suffrage de la diète et paraissent avoir différé pour cet effet si longtemps d'envoyer leur lettre au pape, pour offrir l'accommodement, ce qui n'est pas encore fait. Le comte de Hatzfeldt nous remettra demain un mémoire officiellement sur cette matière.« 1788 Oct 30

288. Bericht des Hofgerichts-Präsidenten Heinrich Wilhelm Kleist. Bromberg 1788 October 30.

R. 76. I. 198. Mundum.

Schlimme Folgen des Schulen-Mangels in Westpreussen.

. . . »Sowohl bei allen gerichtlichen Untersuchungen als besonders Criminal-Inquisitionen ergiebt sich, dass der gemeine Mann (besonders polnischer Nation) hiesiger Provinz[1]) in einem solchen Grade von Unwissenheit der Religion und anderer Kenntnisse sich befindet, dass er fast nur in der Gestalt sich vom Vieh unterscheidet, und eben dieser Mangel verursacht, dass diese Provinz sich durch Verbrecher und Mangel an Cultur auszeichnet.

»Der Grund dieser Barbarei und Unwissenheit ist leicht zu erfinden, da es an allen Orten auf dem platten Lande, ja fast in allen Städten an Schulen fehlt und der gemeine Mann keinen Unterricht geniesst. Zwar haben die protestantische Gemeinden auf dem Lande Schulen, aber deren Lehrer sind ohne Aufsicht, auch die Zahl dieser Gemeinden sehr gering.

»Sollen daher die Einwohner dieser Provinz Menschen werden und E. K. M. in selbiger getreue und brauchbare Unterthanen erhalten, so muss mit mehrerm Ernst und Nachdruck das Schulwesen in hiesiger Provinz auf einen zweckmässigen Fuss eingerichtet werden.

»Dieses ist aber auch nicht bloss das Bedürfniss des gemeinen Mannes, sondern auch der Städte, und selbst der Adel, der seine Kinder unterrichten lassen will, hat, ausser das von E. K. M. für eine verhältnissmässige kleine Zahl errichtete Cadetten-Haus[2]), keine Gelegenheit als auswärtig und hier auf dem ehemaligen Jesuiter-Collegio; allein dieses ist zu klein und zu wenig nach denen Bedürfnissen einer solchen Schule gebildet, um darin den Zweck zu erfüllen.«

1) Der Bezirk des Hofgerichts bestand aus den Kreisen Bromberg, Inowrazlaw, Kamin, Krone und Konitz.

2) In Kulm, 1776 für 60 Cadetten errichtet, die 1788 um 40 vermehrt wurden.

1788 Oct. 31

289. Immediat-Bericht des Land-Jägermeisters Stein, Gesandten am kurmainzischen Hofe. Potsdam 1788 October 31.

R. 96. 170. G. Eigenhändiges Mundum.

Der Nuntiatur-Streit. Empfiehlt, dem bereits misstrauisch gewordenen Kurfürsten von Mainz die grösste Offenheit zu zeigen, nichts mehr durch Zoglio zu verhandeln und dem Reiche die Entscheidung zu überlassen, falls Rom nicht bald einen Legaten schickt.

Bezugnahme auf die beiden von dem kurmainzischen Gesandten Grafen Hatzfeldt überreichten Noten.[1])

»L'affaire des nonciatures, très-compliquée par elle-même, devient de jour en jour plus critique pour les intérêts mêmes de V. M. dans l'Empire, et je suis depuis longtemps très-persuadé d'une chose, que je n'ai pas cessé de répéter dans plusieurs de mes rapports et depuis mon retour à Mr. le comte de Hertzberg, c'est celle: que, si V. M. veut conserver l'amitié, la confiance et l'attachement de Ses coétats ecclésiastiques, qu' Elle possède à un très-haut degré à Mayence, qu' Elle acquérira indubitablement à Collogne, il est absolument nécessaire de traiter toute cette affaire avec toute la franchise et toute la cordialité possibles.

»Il ne m'appartient nullement de juger, jusqu'à quel point les véritables intérêts de V. M. doivent L'engager à soutenir la cause et les prétentions de la cour de Rome, ni s'il peut à aucuns égards être plus avantageux pour Elle de Se ranger d'aucun autre côté que de celui de la plus grande et juste équité, puisqu'il peuvent subsister des vues et des intérêts politiques, auxquelles la cour de Rome pourrait contribuer, mais qui sont jusqu'ici hors de la portée de mes faibles lumières.«

Bezugnahme auf No. 247.

»Il me paraît, que tout ce qu'il y aurait de mieux à faire, ce serait, de ne pas laisser les princes ecclésiastiques, mais principalement pas l'électeur de Mayence en doute sur la véritable façon de penser et sur les sentiments de V. M. à l'égard des affaires des nonciatures.

»Les plaintes amères, qu'il ordonne à son ministre de porter à V. M. en personne, roulent presque en entier sur les doutes, dans lesquels les deux dernières réponses du ministère du cabinet[2]) le laissent toujours encore sur ce point si essentiel: ainsi qu' Elle daignera le remarquer, en jetant un coup d'œil sur les deux notes présentées par le comte de Hatzfeldt.

»Je suis bien éloigné de ne pas trouver beaucoup de valeur aux raisons, qui ont empêché le ministère du cabinet de ne pas s'expliquer tout-à-fait clairement sur la manière, dont le ministre de V. M. à Ratisbonne serait instruit, et cela dans la réponse donnée au circulaire, par conséquent très-fort dans le cas de pouvoir devenir publique.

---

1) *d. d.* Berlin 31. October. Die eine betraf den Nuntiatur-Streit, die andere die künftige Wahl eines römischen Königs. Vgl. No. 290.

2) S. 324.

»Mais je suis en même temps aussi très-persuadé, que l'électeur ne se serait pas trouvé en doute ni dans le cas de s'en plaindre, si une lettre confidentielle, mais déclaratoire des sentiments et des intentions véritables de V. M. eut accompagné les susdites deux lettres officielles, ainsi que j'en ai fortement et à plusieurs reprises[1]) supplié Mr. le comte de Hertzberg. Il est fâcheux pour le moment, que ce ministre n'ait pas pu trouver au milieu d'une multitude d'affaires bien plus importantes assez de loisir pour expédier une pareille lettre; s'il veut s'y résoudre encore, je suis persuadé, que ce point des griefs de l'électeur sera bientôt aplani. 1788 Oct. 31

»Mais il en reste encore, que je ne crois pas si faciles à lever, puisque je suis maintenant déjà très-convaincu, tant par le contenu des deux notes que par tout ce que différentes lettres particulières m'en disent, que plusieurs soupçons sur la conduite de cette affaire entre V. M. et la cour de Rome ont pris racine auprès de ce vieux prince, auprès duquel il est positivement bien aisé d'en faire naître, mais souvent tout-à-fait impossible de les lui faire passer.

»V. M. Elle-même donna les ordres au marquis de Lucchesini d'exhorter le cardinal secrétaire d'État d'entrer en accommodement avec les archevêques ou plutôt avec toute l'Église. Cela se fit au mois de juin passé[2]); mais jamais encore aucune des réponses, qui nécessairement doivent avoir été données, n'a encore été communiquée ni même paru de ma connaissance.

»Cependant le marquis de Lucchesini en annonça une[3]) peu avant son départ[4]) au coadjuteur, à moi et enfin à Müller[5]), qui selon son devoir vient d'en faire son rapport à son maître, mais sans avoir pu la lui rapporter.

»L'électeur trouve en cela une preuve de méfiance et peut-être même, à en bien juger par des notions particulières que j'en ai reçues, une preuve d'une négociation secrète subsistante entre V. M. et la cour de Rome, dont il est grièvement blessé, et cela d'autant plus qu'il assure, et avec beaucoup de raison, dans les notes, qu'il n'a jamais négligé aucune occasion pour témoigner toute l'étendue de celle qu'il fondait dans V. M.; et je suis obligé de confirmer cette assertion sur le serment de fidélité prêté à V. M., du moins pendant tout le temps, que j'ai été accrédité auprès de lui.

»Il est de mon devoir de représenter très-respectueusement à V. M., qu'il est presqu' immanquable, que de telles réticences ne finissent par aliéner totalement l'esprit de ce prince de ce zèle patriotique, qu'il a mis jusqu'ici dans tout ce qu'il Vous proposa, Sire, et, une fois refroidi, je ne voudrais pas entreprendre, bien moins encore de promettre, que ses amis les plus intimes auront assez d'ascendant sur lui pour le ramener.

---

1) *d. d.* Potsdam 6. u. 7. October. Vgl. *J. Müller, Sämmtliche Werke* 16, 378.
2) S. No. 232. 3) S. S. 324. 4) Nach Warschau.
5) Johannes M.

1788 Oct. 31

»Mon très-humble avis serait donc:

»1° de communiquer désormais ou à lui-même ou du moins à la lecture et à la connaissance de son ministre à Berlin tout ce qui viendra de Rome ou se passera d'ailleurs dans les affaires des nonciatures, mais principalement cette lettre du cardinal Buoncompagni au marquis de Lucchesini.

»2° Je dois également renouveler ici ma précédente très-humble prière de ne plus rien accepter de tout ce que la cour de Rome voudrait faire passer par le nonce à Munick. Le comte de Brühl en trouvera facilement les moyens, en lui donnant à connaître: que V. M. a préfére une autre, mais à lui-même inconnue voie pour négocier avec Sa S^té^, et comme il n'est plus chargé de rien ni dans le courant de ces affaires-là, il ne voudrait pas contre Vos intentions, Sire, s'en mêler ultérieurement. Les tripotages, que ce prêtre fait partout où il peut atteindre, et les insinuations, qu'il hasarde de tous les côtés, ne peuvent que tellement embrouiller ces affaires, en excitant toujours les uns contre les autres et en semant la zizanie et les soupçons entre les cours, que j'en dois prédire les plus mauvais effets et des suites même très-défavorables pour le reste des affaires de l'Empire.

»3° Je suis positivement convaincu, que, si V. M. juge convenable à Ses vues et à Ses intérêts dans l'union germanique d'en agir constitutionnellement dans cette affaire, et si Elle veut maintenir et augmenter Son influence dans l'Empire, qu'il n'y aura rien de plus aisé, rien de plus uni et peut-être même de plus facile que d'y réussir, en suivant la marche, que je prends la liberté de soumettre à Sa très-gracieuse décision, et en donnant clairement à connaître par un langage ferme et décidé, qu'on abandonnera tout-à-fait l'intérêt pris jusqu'ici à tout ce qui regarde Sa S^té^ et Ses droits, ou fondés ou abusifs, à la décision de l'Empire en corps, si dans un temps fixé de concert avec l'électeur et par son entremise avec les trois autres archevêques Elle ne veut pas envoyer un légat à Ratisbonne ou bien à Mayence, pour traiter d'un accommodement amiable. La politique de tout temps frauduleuse et remplie d'astuce des Romains ne cherche qu'à gagner du temps et à embrouiller en attendant tellement les affaires, qu'il devient impossible d'en retrouver le fil.

»Je n'attends que les ordres de V. M., pour rédiger la minute d'une telle lettre au cardinal secrétaire d'État, qu'on peut très-aisément lui faire parvenir par le coadjuteur[1]), qui est en correspondance suivie avec lui.

»Elle aura le double effet de rassurer parfaitement l'électeur de Mayence et de porter les Romains à faire des démarches solides pour un accommodement, en coupant court à toutes leurs incalculables intrigues« . . .

Eine Antwort des Königs liegt nicht vor.

---

1) Dalberg.

290. Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Departement und dem Cabinet. 1788. 1788

R. 10. 79 und R. 96. 147. C.

Der Kurfürst von Mainz unzufrieden mit Preussen in der Nuntiatur-Sache. Vorschläge für die Antwort an ihn.

Das Auswärtige Departement. Berlin November 2. Nov. 2

Concept (gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg, theilweise geschrieben von Siebmann) und Mundum.

»Le ministre de Mayence, le comte de Hatzfeld, vient de nous remettre les deux notes ci-jointes.[1]) Selon la première l'électeur témoigne quelque peine de ce que V. M. dans la réponse à sa dernière lettre circulaire n'avait pas dit expressément, qu'Elle voterait à la diète contre la jurisdiction des nonciatures, mais qu'Elle s'était bornée à dire, qu'Elle voterait selon la constitution. Il en tire la conclusion, que V. M. envisageait la jurisdiction des nonciatures comme pouvant faire l'objet d'un accommodement, tandis que l'électeur croit, que cette jurisdiction ne peut servir que d'occasion de disposer le pape à s'arranger avec les archevêques sur les articles d'Ems et leurs autres différends. Il désire par conséquent être entièrement rassuré sur cette différence de sentiments et que V. M. promette de concourir à l'entière abolition de la jurisdiction des nonciatures.

»Il est vrai, que la jurisdiction des nonciatures, du moins celle de Munich, ne peut pas être soutenue selon les constitutions de l'Empire, mais il nous a paru, qu'il ne convenait pas de dire dans une réponse à une lettre circulaire, laquelle peut devenir publique, précisément, quel serait le suffrage de V. M., mais qu'il suffisait de dire, qu'on voterait d'une manière conforme à la constitution. Cependant on peut, si V. M. le juge à propos, rassurer l'électeur dans la réponse à la note du comte de Hatzfeld: que Son intention n'était pas de soutenir la jurisdiction des nonciatures; qu'Elle avait cru l'exprimer assez en disant, qu'Elle voterait selon la constitution de l'Empire; qu'Elle était prête de Se concerter avec l'électeur, soit à Ratisbonne soit à Mayence, sur la teneur du suffrage à donner et qu'Elle n'attendait que de savoir les sentiments de S. A. E. là-dessus; mais qu'Elle désirait cependant, que les archevêques accélérassent aussi à faire leurs propositions au pape, afin qu'il eût le temps de se décider avant l'ouverture des délibérations de la diète, et que V. M. Se soit aussi acquittée envers la cour de Rome de la garantie du *status quo*, qu'Elle avait promise« . . .

Eigenhändige Rand-Verfügung des Königs:

»Je veux que les affaires des Nonçiatures ſoient reglée ſelon la Conſtitution de l'Empire ce que jai deja dit souvent et que je repete içi.

»L'Electeur doit etre raſſuré par ce reſcript au Br de Stein[2]) et japrouve les reponſes afaire a Hatzfeldt.«

1) Vgl. S. 338 Anm. 1.

2) Das nächste an Stein ergangene Rescript ist vom 30. November.

1788 Nov. 3 Hiernach Cabinets-Befehl (Potsdam 3. November; Mundum, geschrieben von Laspeyres).

Nov. 4 In diesem Sinne antwortete das Auswärtige Departement (Berlin 4. November) dem Grafen Hatzfeldt auf seine beiden Noten vom 31. October und 3. November.[1])

R. 10. 79. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg. Deutsch übersetzt im *Politischen Journal* 1789 1, 526 ff. und bei *Reuss, Teutsche Reichskanzlei* 22, 376 ff.

Nov. 3 **291. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe.** Berlin 1787 November 3.

R. 11. 33. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Sendung eines päpstlichen Gesandten nach Deutschland. Rom soll nicht auf der Gerichtsbarkeit der Nuntien bestehen.

. . . »Quant à l'affaire des nonciatures, vous avez bien fait de donner une note au nonce, pour engager la cour de Rome à envoyer un prélat en Allemagne, sans quoi on ne parviendra jamais à une négociation suivie. J'attends la note, qu'il vous a promise. Les archevêques prétendent avoir écrit déjà deux fois au pape et vouloir le faire encore une fois, mais ils insistent invariablement sur l'abolition entière des jurisdictions des nonces. Ils auront à cet égard sûrement la pluralité de la diète pour eux, et je ne saurais soutenir sur ce point un *status quo* du pape jusqu'à la convention d'Ems. Les archevêques allèguent d'ailleurs avec apparence, que les nonces avaient enfreint le *status quo* par toutes sortes d'innovations depuis la convention d'Ems. Voilà des raisonnements, dont vous pouvez vous servir envers le nonce Zoglio, pour lui persuader, que la cour de Rome ferait bien de s'accommoder et de ne pas insister avec trop de roideur sur cette jurisdiction des nonces, qui ne peut pas être d'une utilité réelle pour la cour de Rome même et pour l'abandon de laquelle elle pourrait assurer ses autres droits dans l'Empire.«

Nov. 4 **292. Das Auswärtige Departement[1]) an das Geistliche Departement.** Berlin 1788 November 4.

Geldern Eccles. Mundum, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Die geldrischen Kirchen-Aemter nur an Einheimische!

. . . »Ehe wir uns über die Sache näher äussern, bemerken wir erstlich, dass die Verordnung, vermöge welcher die dortige Beneficien mit und ohne Seelsorge nur Einländern ertheilt werden sollen, unter'm 6. Juli 1780 auf den Bericht und Antrag des Landes-Administrations-Collegii vom

---

1) Über letztere (in deutscher Übersetzung im *Politischen Journal* 1789 1, 522 ff. und bei *Reuss, Teutsche Staatskanzlei* 22, 369 ff.) berichtete das Auswärtige Departement dem Könige nicht besonders, da sie den Inhalt der ersten, nur ausführlicher und dringender, wiederholte.

2) War von dem Geistlichen Departement um seine Meinung befragt worden. Vgl. unter dem 5. August.

1788 Nov. 4

29. Juni 1780 [1]) und besonders eben desselben *p.* v. Plessmann, der nunmehr deren Aufhebung oder Einschränkung veranlassen will, ergangen ist: zweitens, dass das . . . Geistliche Departement dieses königliche allgemeine Verbot vom 24. Mai 1785 vermittelst des an die clevische Regierung wegen der Salmischen Pfarre zu Bienen [2]) unter'm 6. Mai 1786 erlassenen Rescripts lediglich auf die Stifter nach seinem Sinne eingeschränket, Pfarren, Caplaneien, Vicarien aber davon ausgenommen hat. Was aber Geldern insbesondere anbetrifft, so hat die Verordnung vom 6. Juli 1780 zwar eigentlich nur die Retorsion gegen die Vereinigte und die Österreichische Niederlande zum Gegenstande und Zweck; allein sie ist auch in der Landes-Verfassung und allgemeinen beständigen Ursachen gegründet, und wir können den rechtlichen und politischen Gründen und Betrachtungen des geldrischen Gerichtshofes [3]) unsern Beifall nicht versagen. In dem Vertrage zwischen Kaiser Karl V. und den geldrischen Ständen *d. d.* Venlo vom 12. September 1543 [4]) ist ausdrücklich bedungen, es sollen die Ämter des Landes an einheimische Landeskinder, welche die Landessprache verstehen und die Fähigkeiten haben, vorzüglich und ausschliesslich vergeben werden. Es ist kein Zweifel, dass auf die Kirchen-Ämter diese Stipulation vorzüglich gehe und ziele und dass diese Zusage auch S. K. M. als jetzigen Souverän noch verbinde, da Höchstdieselbe diesen Theil des Herzogthums Geldern mit allen alten Verbindlichkeiten und unter Bestätigung aller Landesfreiheiten durch den Utrechter Friedens-Tractat erhalten und übernommen haben. In diesem Friedens- und Cessions-Tractat vom 11. April 1713 [5]) bedingt sich Carl VI. als abtretender und verspricht König Friedrich Wilhelm I. als erwerbender Theil *Art. VIII* alle Ehren-Ämter ohne Unterschied mit eid- oder eingesessenen [6]) Katholiken zu besetzen, *Art. VII* aber, den Venloer Tractat von 1543 heilig zu beobachten. Wenn also vor 1780 Pfarren Caplaneien, Vicareien an Ausländer vergeben worden sind, so ist es vertragswidrig und der Fehler der Patronen oder des Bischofs von Rüremonde gewesen, dem die Collation nach dem Friedens-Tractat zukömmt. Was die jülichisch- und bergische Lande betrifft, so scheint uns die mit den gelder- und zütphenschen Landen errichtete Union mit den jülich-clev-bergischen eine blosse Zeitverbindung gewesen zu sein und so lange gedauert zu haben, als Herzog Wilhelm von Cleve im Besitz von Geldern war. In dem Vertrage vom 7. September 1543 [7]), wodurch er Geldern an Kaiser Karl V. abtrat, ist dieser fortdauernden Union nicht erwähnt. Sie lässet sich auch nach der Vereinigung von Geldern mit den Niederlanden nicht weiter gedenken, würde auch unseres Ermessens nicht die Folge

1) Band 5, 381. 2) Bei Rees im Klevischen.
3) Bericht des geldrischen Justiz-Collegiums, Geldern 30. September.
4) *Du Mont, Corps universel diplomatique* 4, 2, 264.
5) S. Band 1, 410. 6) Im Vertrage steht nur: *eydgesessenen.*
7) *Teschenmacheri Annales Cliviae Codex diplomaticus* p. 165.

1788 Nov. 4 haben, dass die jülich-bergische Unterthanen im Geldrischen zu Ämtern zugelassen werden müssen. Die Absichten des im Coellnischen wohnhaften Freiherr v. Wymar gehen nur dahin, cöllnische Geistliche einzuschieben, die am allerwenigsten zulässig sind.«

---

293. Graf von Hohenzollern, Bischof von Kulm, an den Etats-Minister Woellner. Oliva 1788 November 4.

R. 76. I. 198. Mundum.

Verbesserung des westpreussischen Schulwesens. Seminar. Beschaffung eines Fonds. Apostolischer Legat für Westpreussen. Beförderung des Regierungs-Raths v. Meyer.

»E. E. gnädige Zuschrift vom 17. September *a. c.* ist nicht nur beruhigend in Ansehung des Exjesuiten-Schulen-Instituts, sondern auch ein neuer Beweis der guten und edlen Gesinnungen, die Hochdero Schritte begleiten. Stolz auf das Zutrauen E. E., will ich Zeit, Fleiss, Ansehen und alles, was in meinem Vermögen ist, anwenden, um mich nicht unwerth einer Freundschaft, die das Glück jedes Rechtschaffenen machen müsste, zu bezeigen.

»Auf eine Anfrage, die ich beim Herrn Regierungs-Rath v. Meyer[1] gemacht hatte, wie weit es bei der in Marienwerder niedergesetzten Schul-Commission in Ansehung der zu verbessernden Schul-Anstalten gekommen sei, erhalte ich beiliegenden Bericht, worin gesunde und mit meiner Denkart mehrentheils übereinstimmende Begriffe hervorleuchten. Ich halte also für nöthig, solchen E. E. zu überreichen, und stimme besonders mit dem Herrn v. Meyer überein, dass die Verbesserung der Schulen nicht auf ein Mal überall, sondern nur in einigen zu wählenden Örtern, in einer einzigen Diöces, und erst nach und nach, wenn diese wenige in dem gewünschten Zustand sein würden, in andern Diöcesen und endlich in allen Land- und Stadt-Schulen vorgenommen werden könne.

»Wenn E. E. diese Meinung auch Hochdero Beifalls würdigen, so wünschte ich, dass dieser Anfang in der Culmischen Diöces gemacht würde, weil ich daselbst besser im Stande wäre, die zweckmässigsten Mittel zur Erfüllung der guten und gnädigen Absichten E. E. anzuwenden, und wenn die Sachen einmal so weit bis zur Wahl der geistlichen Schul-Commissarien und der Örter, wo die ersten Schulen am besten angelegt werden können, gediehen sind, so haben E. E. über mich zu befehlen, und ich würde bei dieser Gelegenheit wie bei allen Dero hohes Zutrauen zu verdienen suchen.

»In Ansehung desjenigen aber, was gelehrt werden soll, weil die vorzunehmende Verbesserung eine Gleichförmigkeit der Begriffe in Betracht des Vaterlandes, des Nächstens, der Liebe zur Arbeit und Tugend zum Grunde hat, und die etwanige Veränderungen, die aus Verschiedenheit der Religion, des National-Charakters und anderer Local-Umständen entstehen,

---

1) Daniel Wilhelm v. M.

den Grundsätzen einer guten allgemeinen christlichen Erziehung wohl eine kleine Ausnahme verursachen, nicht aber widersprechen können; so will ich auch eine höchstverordnete Schul-Commission, die das Ganze übersehen kann, mit keinen Gedanken, die bloss auf die katholische Religion Bezug hätten, in ihren Projecten stören, besonders da ich das gnädige Versprechen von E. E. habe, dass nichts ohne meine Zuziehung öffentlich bekannt gemacht wird, und ich mir denn vorbehalte, über jeden Punct, wenn ich befragt werde, die gehörige Auskunft zu geben, damit die Schulen-Verbesserung zweckmässig für alle und keinem anstössig werden möchte. 1788 Nov. 4

»Was die Anlegung eines Seminarii für katholische Schullehrer betrifft, so ist es ganz nach der Wahrheit, dass Schotland dazu am besten und bequemsten sei. Gebäude sind da; Professoren der deutschen, lateinischen, polnischen und französischen Sprache, der Geschichte, der Geographie, der Weltweisheit und der Theologie sind schon vorhanden, es blieben also sehr wenige mehr anzusetzen, und die erforderliche Kosten würden weit geringer, als wenn man ein ganz neues Institut etabliren sollte, und wenn man jährlich 100 Rthlr. zum Unterhalt eines jeden Schul-Candidats, die ich auf 10 festsetze, eine Pension noch für ein paar Professoren der Landwirthschaft, der Schreibekunst, oder wie sie E. E. zu bestimmen geruhen würden, nimmt, so ist das ganze Seminarium formirt. Hinzu kommen noch die Schul-Commissarien, die entweder salarirt werden oder bei jeder zu haltenden Visitation Diäten erhalten müssen. Dies kann aber nicht viel machen, und ich glaube, dass das Ganze mit jährlichen 2500 Rthlr. sehr gut bestritten werden könnte. Ich hatte schon vor zwei Jahren[1]) die Ehre, dem Geistlichen Departement den Vorschlag zu machen, bei dem Absterben des jetzt schon sehr alten Abten zu Polnisch-Crone auf die Revenuen von 1800 Rthlr., die er geniesst, 1000 Rthlr. mit römischem Consens zu diesem Behuf zu nehmen und die übrigen 800 Rthlr. dem Kloster, das nicht hinlängliches Einkommen hat, um sich ohne den Beistand seines Abtes zu erhalten, zuzuwenden. Wenn dies nun genehmiget würde, so würde uns dennoch an 1500 Rthlr. und weit mehr zur Anlage eines protestantischen Schul-Seminarium fehlen. Nun kömmt es darauf an, ob des Königes Maj. hiezu aus landesväterlichen Huld und Gnade das Übrige anzuweisen gesonnen sind oder nicht. Dies wissen E. E. allein, und Hochderselben, die das Zutrauen des Herrn haben, muss man es auch allein heimstellen.

»Indess wenn S. M. hiezu keine weitere Fonds anzuweisen hätten und da eine allgemeine Schul-Anstalt im Lande einem jeden Einwohner, wo nicht *directe*, wenigstens *indirecte* zum höchsten Wohl und Vortheil gereicht, und wer nur einen Keim von Vaterlandsliebe hat, gerne dazu beitragen würde, so thue ich E. E. den Vorschlag, ob es nicht thunlich wäre, dass die Summen, die zur Pension der verabschiedeten Accise- und Tabacks-

1) S. No. 45.

1788 Nov. 4 Officianten, die täglich durch Tod und Versorgung, die diese erhalten, weniger nothwendig sind und wozu ein jeder, ich selbst, mein Dom-Capitel und meine zwei Klöster Pelplin und Oliva, wie auch die übrigen Unterthanen, contribuiren, nach und nach zu den Schul-Anstalten geschlagen und angewandt würden. Wir würden hiedurch in Westpreussen allein einige Tausend Thaler erhalten und könnten die schönsten und nützlichsten Sachen machen. Fänden E. E. dieses Projet anwendbar und wollten S. M. der König diesen bis itzt freiwilligen und zeitlichen Beitrag nicht aus eigener Gewalt verewigen, so könnten Allerhöchstdieselben die Bewilligung in der Art, wie ich es vorschlage, bei Ihren Ständen verlangen, und sicher würde sie erfolgen; wenigstens urtheile ich nach meinem Herzen und glaube, dass jeder Rechtschaffene, auch auf eignen Kosten, zum allgemeinen Besten zu wirken wünschet.

»In Ansehung eines *legati apostolici* oder Zergliederung der polnischen Diöcesen-Antheile, wie auch eines geistlichen Seminariums mache ich E. E. keine fernern Anmerkungen, weil ich, der Resolution einer K. Ober-Schul-Commission vom 23. September *a. c.* gemäss, erst die Ideen und Befehle E. E. hierüber abwarten muss.

»Noch eine Bitte habe ich an E. E., die mir auch die Lust zur Vergeltung einflösst. Herr Regierungs-Rath v. Meyer, der auch die Ehre hat, von Hochderselben gekannt zu sein, ein Mann von Verdiensten und Kenntnissen und der seit acht Jahren beinahe der einzige war, der sich in Ansehung der Schulen verdient gemacht hat, ist nun Mitglied der Marienwerdrischen Schul-Commission und der ältere Rath dabei. Wenn es denn anginge, dass demselben die Präsidentur dieser Commission mit dem Titel eines Geheimten Raths ohne Gehalt beigelegt würde, so würden mich E. E. auf's höchste verpflichten und einen jeden dadurch anfeuern, in seine Fusstappen zu treten und sich in Schul-Angelegenheiten wirksam zu machen.«

Nov. 6 **294. Die ostpreussische Kriegs- und Domänen-Kammer an das ostpreussische Etats-Ministerium.**[1]) Königsberg 1788 November 6.

R. 76. I. 94. Abschrift. Das Original war gezeichnet von Ernst Wilhelm v. Korckwitz, Gottlieb Jakob Stolterfoth, Christof Friedrich Heilsberg und Matth. Gottfr. Hoyer.

Verbesserung der Schulen im Ermlande. Anstellung lutherischer Geistlichen.

Erklärt, »wie eine bessere Einrichtung des Schulwesens in der Provinz Ermland wohl von der äussersten Nothwendigkeit ist. Indessen ist die dadurch zu bewirkende Aufklärung und bessere Bildung der Jugend so sehr gegen den Geschmack des gemeinen Mannes, dass von dessen Seite nicht die geringste oder wenige Mitwirkung zu erwarten stehet; wie wir solches bei Introducirung der von des höchstseligen Königs Maj. im Ermlande angesetzten wenigen katholischen Schullehrer zur Gnüge erfahren haben.

Nov. 17 1) Das ostpreussische Etats-Ministerium, welches dieses Schreiben nach Berlin sandte, pflichtete demselben »in allem völlig« bei (Königsberg 17. November).

Denn alle die kleinen Bewilligungen (als: freie Weide, Holz und Gartenplätze), wozu wir damalen die Unterthanen disponiret, haben in der Folge zu unendlichen Streitigkeiten Gelegenheit gegeben. Es wird also um so nothwendiger, da der Unterthan in der Ansetzung der Schullehrer nichts als eine Belästigung siehet und der gewöhnliche Geistliche durch einen bessern und ausgebreitetern Unterricht der Jugend seinen Einfluss bei dem gemeinen Mann, mithin auch seine Revenus und Schenkungen vermindert zu werden befürchtet, dass von Seiten des Staats die erste Einrichtung und proportionirliche Besoldung der Schullehrer fast gänzlich übernommen werde; denn auch das Schulgeld ist in den ersten Jahren fast gar nicht zu rechnen, und nach der Intention des höchstseligen Königes sollte solches bei denjenigen Schulmeistern, die er mit 60 Rthlr. salariren liess, ganz cessiren. Daher wir . . . von denen anzusetzenden katholischen Schullehrern fast überall das Gehalt auf 60 Rthlr. bestimmt haben. Für ein geringeres Tractament dörften keine Lehrer, die die Jugend im Lesen, Schreiben, Rechnen und der Religion nach denen eingeführten Schulbüchern zweckmässig zu unterrichten im Stande sind, zu erhalten sein; sowie denn auch die Baukosten und das freie Bauholz, . . . nicht weniger, wo in den Feldmarken das Brennholz fehlet[1]), aus königlichem Walde in der Quantität, wie solches die oben beigefügte Nachweisung besaget, verabreichet werden müssen. Die Summen, die wegen der anzusetzenden katholischen Schullehrer hienach verwendet werden müssen, gehen in's Grosse; denn zum Unterhalt der unentbehrlichsten Schullehrer wird ein jährliches Tractament von 2592 Rthlr. und 92 Achtel Brennholz und zum Etablissement der Häuser 3120 Rthlr. Bau-Hülfsgelder *exclusive* des freien Bauholzes erfordert. In der Folge der Zeit werden nun zwar, wenn Ermland mit einer verhältnissmässigen Anzahl Schullehrer, so wie in der alten Provinz[2]), versehen werden sollte, mehrere anzusetzen nöthig sein, indessen verhoffen wir, dass durch die auf königliche Kosten anzusetzende Schullehrer bereits so viel Aufklärung und besseres Gefühl wird verbreitet sein, dass die Unterthanen alsdenn aus eigenen Mitteln zweckmässige Schul-Anstalten befördern werden . . . 1788 Nov. 6

»Zugleich können wir bei dieser Gelegenheit einem königlichen Etats-Ministerio zu eröffnen nicht Umgang nehmen, wie die bereits von des höchstseligen Königes Maj. in den Städten angesetzten lutherischen Schullehrer noch auf alle Weise eine Hauptverbesserung erfordern. In den Städten hat sich seit der Occupation des Landes bereits eine beträchtliche Anzahl lutherischer Unterthanen etabliret, und ist ferner durch die Bequartierung derselben[3]) die Zahl der lutherischen Gemeinen schon so beträchtlich geworden, dass durch die jetzigen Schullehrer nicht allen Bedürfnissen der Gemeinen, vorzüglich bei dem Sterbebette, abgeholfen werden kann. Dieser-

1) Zu ergänzen: »das Brennholz.«
2) Ostpreussen in den Grenzen vor 1772. 3) Mit Militär.

1788 Nov. 6 halb haben letztere schon lange den Wunsch geäussert, dass die lutherischen Schullehrer nicht allein als Katecheten, sondern als Prediger, welche alle *actus ministeriales* zu verrichten befugt sind, möchten angestellet werden. Die jetzige Epoche scheint uns die beste Gelegenheit an die Hand zu geben, die gerechte Wünsche der lutherischen Gemeine, welche wir der Sache ganz angemessen finden, zu übernehmen.

»Für das bisherige Tractament von 60 Rthlr. ist unseres Erachtens nicht ein tüchtiges Subject, welchem der Schul-Unterricht, der öffentliche Gottesdienst nebst der Seelsorge anvertrauet werden könne, zu erhalten. Wir haben daher . . . das Tractament für diese Geistliche auf 200 Rthlr. nebst Wohnungsmiethe von 40 Rthlr. angenommen und hoffen, dass ein königliches Etats-Ministerium diese Vorschläge, obgleich selbige eine Ausgabe von 2020 Rthlr. enthalten[1]), höhern Orts zu unterstützen belieben werde. Durch die Ordination der lutherischen Schullehrer zum geistlichen Amte ist der Gemeine nicht allein geholfen, als letztere, da sie aus armen Kleinbürgern, Taglöhnern und dem Soldaten-Stande bestehet, ihm nicht die für einen Geistlichen erforderliche Subsistance beschaffen kann; denn welcher Geistliche, der Gefühl seiner selbst und der mit seinem Stande verbundenen Würde besitzt, wird sich mit einem Tractament von 60 Rthlr. eine doppelte Bürde aufladen? Wir halten es daher zu Aufrechthaltung der Würde eines lutherischen Geistlichen, der ganz mit einem wohl dotirten katholischen Clero umgeben, von letzterem in Ansehung seines Lebens und Wandels genau bemerkt wird, nothwendig, dessen Gehalt bis auf 200 Rthlr. nebst einer Wohnungsmiethe von 40 Rthlr. jährlich zu erhöhen, anstatt die Verbesserung der lutherischen Geistlichen der Zeit oder dem Zufall zu überlassen[2]), als in diesem Saeculo und noch weiter hinaus die erste Nahrungszweige in den Städten und der damit verbundene Wohlstand nicht aus den Händen der Katholischen werde gelassen werden. Auf dem platten Lande ist an einer Fundation einer lutherischen Gemeine gar nicht zu denken; denn bei Subhastationen cöllmischer und bäuerlicher Gründe, wo sich auch bishero zu denselben Lutheraner gemeldet, sind die Grundstücke durch Intimation der katholischen Geistlichen so hoch aufgetrieben worden, dass erstere von selbst abstehen müssen. Daher wir es ganz überflüssig angesehen, einen Plan von denen auf dem platten Lande zu etablirenden lutherischen Schulen anzufertigen, denn die wenigen Lutheraner, die sich bei den Domänen-Ämtern als Unter-Bediente, Knechte aufhalten, sind alle so nahe an den Städten befindlich, dass sie sich des Unterrichts der daselbst befindlichen Geistlichen bedienen können.«

Nov. 14 Das Geistliche Departement an Januschovski, s. S. 335.

---

1) Hs.: »erhält.«

2) Das Folgende durch den Schreiber verdorben. Vielleicht ist zu lesen: »um so mehr als wir glauben, dass in diesem u. s. w.«

295. Etats-Minister Hertzberg an den Residenten Ciofani in Rom. 1788 Nov. 18
Berlin 1788 November 18.

R. 10. 79. Concept, geschrieben von Siebmann.

Preussen und die Nuntiatur-Sache. Der Papst mag einen Legaten an den Reichstag schicken.

. . . »Je vous envoie ci-joint une petite note, que vous pouvez déchiffrer et donner ensuite au cardinal Buoncompagni« . . .

»Note pour le cardinal Buoncompagni.

»La cour de Berlin n'oubliera et n'abandonnera pas ses anciennes maximes ni ses promesses, quoique le ministère ne soit pas intervenu directement dans la négociation du marquis de Lucchesini. Elle ne se laissera sûrement pas séduire par aucune cour d'Allemagne; mais on soutient généralement en Allemagne, que la jurisdiction des nonces n'est pas fondée, surtout celle de Munich. Il paraît, que la cour de Rome ne risquerait rien en envoyant un légat à la diète, à laquelle le roi a plus d'influence que toute autre part. C'est par ce moyen qu'elle pourra empêcher la décision de la diète. La lettre des archevêques au pape peut être regardée comme une invitation. Les papes ont donc souvent envoyé des légats aux diètes d'Allemagne, surtout du temps de la reformation.«

Breve an Weihbischof Rothkirch, s. S. 236. Nov. 22

296. Cardinal Buoncompagni, Staats-Secretär der Curie, an den Etats-Minister Hertzberg. Nov. 23
Rom 1788 November 23.

R. 10. 79 und R. 11. 24. Entzifferung, am 24. December dem Könige überreicht. Die mit *H.* bezeichneten Anmerkungen des folgenden Textes machen den Auszug kenntlich, den Hertzberg für Graf Hatzfeldt herstellte; s. unter dem 24. December.

Beurtheilung der Haltung von Kur-Mainz. Der Papst will keinen Gesandten an den Reichstag schicken, dagegen den Grafen Guiccioli nach Berlin.

»Mr. le résident Ciofani me remit vendredi passé la copie de la lettre[1]), que V. E. lui avait fait parvenir et dont elle voulait bien, qu'il me fît part. C'est avec la franchise, qui accompagne la vérité, et avec la confiance, que[la candeur de V. E. inspire, l'amour pour la justice, [la] lumière et la gloire de qui est l'ordre et l'appui des faibles, que je prends la liberté de lui faire observer la conduite de Mr. l'archevêque de Mayence à notre cour et la marche et le plan des autres archevêques, qui se développe assez clairement dans la lettre, qu'il a écrite au plus puissant comme au plus équitable des rois. L'engagement, que S. Ém. a contracté avec nous, et la garantie de S. M. a été le 2. mai 1787, et de croire, que le *status quo*, qu'on a simplement promis de garantir et de maintenir en 1787, fut de 1746, serait une interprétation un peu étrange et peut-être ne répondrait pas bien aux vues artificieuses et[2]) oppressives des ennemis du siége papal,

1) Des Kurfürsten von Mainz v. 29. August; vgl. unter dem 7. October.
2) »artificieuses et« gestrichen. H.

1788 Nov. 23 ayant alors infiniment plus d'étendue l'exercice des prérogatives du primat en Allemagne. Je ne sais, si les archevêques s'accommoderaient de voir toujours des légats *a latere* envoyés de Rome pour chaque affaire avec les pouvoirs, qui sont enregistrés dans le droit canon, qui établit pourtant une partie du droit public d'Allemagne pour les pays de notre communion. Mais ce n'est pas seulement la fatalité, si j'ose l'appeler ainsi, de cette défaite, que je prie V. E. d'observer. Je La supplie vivement de faire attention à notre candeur et à la manière, dont elle a été recommandée[1] par Mr. l'archevêque de Mayence et par ses collègues. Nous avons du premier moment protesté, que, si de notre part ou de la part de nos ministres on trouvait quelque irrégularité, quelque méprise, quelque faute, on n'avait qu'à l'indiquer, qu'elle aurait été incontinent redressée, corrigée, retractée. Nous nous sommes fatigués à dire et à écrire, que, s'il y avait quelque chose, qui pût contenter les archevêques, sans éclipser le peu d'autorité et d'influence, qui nous reste en Allemagne et qui à mon avis est essentielle à la tranquillité de l'Allemagne, étant d'un côté[2] cette influence assez faible, pour ne pas causer d'inquiétude, et étant d'ailleurs assez forte, pour empêcher les entreprises des puissants prélats[3], nous nous sommes, dis-je, épuisés à dire et à écrire, que nous aurions écouté, respecté, recherché de satisfaire leurs instances; mais nous n'avons jamais obtenu, qu'on veuille articuler ni les sujets de plaintes ni les objets des instances. Ils trouvent plus commode et plus favorable à leurs vues[4], plus propre à surprendre[5] une popularité à leur cause, de se plaindre toujours en général et de faire croire, qu'ils ont bien des choses à proposer, sans en proposer aucune; et V. E. n'a qu'à repasser la lettre, qu' elle a bien voulu me faire voir, pour se convaincre de cette vérité.[6] Avec des grands mots on répète à tout moment des infractions, des empiétements, des invasions de la cour de Rome; mais que l'on dise, en quoi nous avons entrepris, empiété, envahi, afin que nous puissions ou nous corriger ou nous justifier! D'ailleurs dans cette lettre[7] on enveloppe du nuage le plus épais, quels seront les termes de la négociation amicale et les moyens d'assoupir les disputes et les conditions d'un arrangement; mais c'est l'électeur de Mayence qui[8] pour un avant-propos et comme un préliminaire indifférent exige[9] l'abolition de toutes les nonciatures, la seule chose qui est articulée dans sa lettre.[10]

1) accueillie. H. 2) »d'un côté« gestrichen. H.
3) Von »étant d'ailleurs« bis »prélats« gestrichen. H.
4) »et plus favorable à leurs vues« gestrichen. H.
5) gagner. H.
6) Von »et V. E.« bis »vérité« gestrichen. H.
7) »dans cette lettre« gestrichen. H.
8) Für »c'est« bis »qui«: »on demande.« H.
9) »exige« gestrichen. H.
10) Von »la seule« bis »sa lettre« gestrichen. H.

1788 Nov. 23

»La sensibilité de V. E. et la bonté du roi ne pourront s'éloigner d'être alarmées de ce trait. Sans avoir prouvé aucune des pertes, sans avoir indiqué aucune des demandes, exiger, que l'on change la discipline établie depuis des siècles, qu'on abandonne tout ce qui n'est pas même en question, tout ce que le conseil aulique même sous une main si animée contre les droits de Rome a[1]) reconnu constitutionel: c'est à mon avis la preuve la plus convaincante des dispositions de la cour de Mayence, qui ne peuvent se montrer par là plus averses à la conciliation et même à la négociation.

»V. E. comprend, que, si le pape avait envoyé à la diète, il aurait autorisé un préjugé très-peu favorable à la droiture de ses vues et à la simplicité de ses droits, tout le monde se serait prévu[2]): *il y a vraiment des abus sans nombre, des empiétements, des usurpations*; que, s'il ne s'agissait que de rester tranquille au *status quo*, Rome n'aurait rien à craindre et rien à espérer de la diète, qui par les concordats avec la nation est la partie contractante de la nation, et n'est pas son juge. Si le plan des prétentions archiépiscopales était connu; si le pape avait pu l'examiner; s'il ne restait que quelque chose à arranger, qu'on pût mieux développer sur les lieux, alors l'envoi d'un ministre du St.-Siége pourrait n'avoir d'inconvénients. Mais en attendant il est trop essentiel et trop cher à Sa S^té^ d'entretenir les sentiments d'amitié et le généreux intérêt, dont S. M. l'honore et l'assure et qui convient si justement au défenseur des libertés et de la constitution de l'Allemagne. C'est pourquoi Mr. le comte Guiccioli, secrétaire de légation de Mr. Pacca, se rendra incessamment à Berlin, pour être à portée de donner à S. E. tous les éclaircissements, qu' elle pourra souhaiter et que sa résidence à Cologne dans les temps les plus orageux ont mis en état de fournir. Je réclame la bonté ordinaire de V. E. pour ce sujet, qui pourra de vive voix l'assurer, que toute l'espérance et toute la confiance du pape est posée dans l'appui et dans la garantie de cet illustre monarque.[3])

»Je finis par observer à V. E., que ni l'électeur palatin ni l'évêque de Spire[4]) ont porté l'affaire à la diète, mais ils ont seulement indiqué, qu'ils auraient dénoncé à la diète les violences du conseil aulique, s'il y aurait insisté. Mais V. E. doit connaître le commerce de lettre entre Mr. l'électeur de Mayence et le feu prince Colloredo[5]), l'interpellation, que l'empereur fit promettre, et l'encouragement, que l'électeur a donné, pour faire émaner le decret commissoire.

---

1) H.: »et.« 2) dit. H.

3) Von »Je réclame« bis »monarque« gestrichen. H.

4) August Philipp Karl Graf v. Limburg-Styrum, ein Gegner des Kurfürsten von Mainz.

5) Rudolf Josef Fürst v. C., Reichs-Vice-Kanzler, gestorben am 1. November 1788. Vgl. No. 276.

1788 Nov. 23 »Je[1]) crains d'abuser de Sa patience. L'importance de l'affaire ne pourra assez me justifier de l'énorme longueur de ma lettre. Mais Sa bonté et l'amitié, dont Elle m'honore, voudra bien accepter l'hommage de mon respectueux attachement etc.«

---

297. Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Departement und dem Cabinet. 1788.

R. 10. 79.

Der Kurfürst von Mainz bittet, ihn in Rom zu unterstützen.

Nov. 26 Das Auswärtige Departement. Berlin November 26.

Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

»Le ministre de Mayence, le comte de Hatzfeldt, vient de nous remettre la note ci-jointe[2]), dans laquelle, après avoir remercié V. M. de la promesse faite à l'électeur de vouloir faire voter à la diète pour l'abolition de la jurisdiction des nonciatures, l'électeur communique à V. M. la copie de la lettre, qu'il vient d'écrire enfin au pape[3]), et d'une autre lettre ci-jointe écrite à l'empereur.[4]) La première lettre, latine et prolixe, contient proprement un exposé des griefs de l'église germanique contre la cour de Rome et à la fin une invitation au pape de renoncer à la jurisdiction des nonces et de s'accommoder avec l'église germanique sur les autres griefs. La lettre à l'empereur n'est proprement qu'une communication de la lettre, que l'électeur a écrite au pape, comme aux autres princes de l'Empire. L'électeur prie V. M. instamment de faire fortement appuyer sa lettre et les principes, qu' elle contient, auprès de la cour de Rome, pour la porter à céder sur la jurisdiction des nonces et à s'accommoder sur les autres griefs de l'église germanique. Il nous semble, que V. M. ne peut pas refuser et qu' Elle peut sans inconvénient déférer[5] à ces demandes de l'électeur de Mayence, et si Elle l'agrée, nous adresserons les instructions nécessaires pour cet effet à Son agent Ciofani à Rome ainsi qu'au comte de Brühl à Manheim.«

Nov. 27 Cabinets-Befehl. Berlin November 27.

Mundum, geschrieben von Laspeyres.

Einverstanden.

---

1) Von hier bis zum Schluss gestrichen. H.

2) *d. d.* Berlin 25. November.

3) Mit dem Datum *Moguntiae prima die Decembris 1788* nach Rom abgesandt. Gedruckt bei *G. L. C. Kopp, die katholische Kirche im 19. Jahrhundert* (*Mainz 1830*) S. 45 ff. und bei *M. Stigloher, Errichtung der päpstlichen Nuntiatur in München* (*Regensburg 1867*) S. 316 ff.

4) *d. d.* Mainz 17. November.

5) Hs.: »différer,«

298. Königlicher Erlass an den Land-Jägermeister Stein, Gesandten am kurmainzischen Hofe. Berlin 1788 November 30. 1788 Nov. 30

R. 10. 79. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Stand der Nuntiatur-Sache.

»Comme vous êtes sur le point de retourner à Mayence, je veux vous mettre encore au fil des principales affaires, qui sont actuellement sur le tapis entre moi et l'électeur de Mayence. La première est celle des nonciatures.«

Nimmt Bezug auf die Wünsche der kurmainzischen Note vom 25. November. »Je vais le faire par des instructions, que je ferai adresser à mon résident Ciofani à Rome[1]); mais je ne m'en promets pas beaucoup. Je prévois, que le pape insistera sur la possession des nonces de Cologne et sur le *status quo* du temps de la convocation d'Ems et dont la conservation lui a été promise sous ma garantie; il évitera autant que possible d'entrer en discussion et d'envoyer un légat en Allemagne, pour entamer la négociation d'un nouvel arrangement. Il me semble, que les archevêques pourraient insister sur l'abolition entière de la nouvelle nonciature de Munnic, mais que selon les droits de la possession on devrait laisser subsister celle de Cologne, mais en la resserrant d'une manière si limitée, que l'archevêque de Cologne n'y perde pas beaucoup, et je crois, que le pape se prêterait alors à cet expédient. On peut prévoir, qu'il y aura de grands difficultés à porter cette affaire à une décision générale de la diète, que les voix pourront y être fort partagées et que la cour de Vienne même entretiendra la division, pour favoriser les vues de l'électeur palatin« . . .

---

299. »Note du Cardinal Buoncompagni, envoyée par l'abbé Ciofani au mois de november 1788.«

R. 10. 79. Urschrift und Abschrift; letztere von der Hand Siebmann's und mit der von Hertzberg geschriebenen Überschrift: »Note etc.«

Hofft auf die Standhaftigkeit und Klugheit des Berliner Hofes.

»Toutes nos espérances étaient et sont fondées sur l'équité de cette cour, qui fait consister sa gloire et son crédit de conserver les possessions des faibles et l'intégrité de la constitution et des coutumes anciennes. Abandonnerait-elle ou désavouerait-elle ses maximes, ses engagements, pour flatter un parti composé de ses plus cruels ennemis, au chef près, qui fait la force de ce parti par une adhésion, qui ne l'empêche pas d'être étroitement lié avec les champions de l'autre? Dans la diète de 63 la cour de Berlin opposa une digue insurmontable à l'ambition toujours remuante de l'église de Mayence. A présent appuiera-t-elle les mêmes vues concertées

1) Geschah mit königlichem Erlasse am 4. December.

1788 Nov. 30 avec les trois archevêques impériaux, imaginées à Vienne et peut-être de Vienne dirigées par un canal, qu'elle savait chéri à la cour de Berlin?

»Ou l'on se trompe bien, ou la cabale est si évidente et si grossière, qu'il semble incroyable, qu'on donne dans le piége.«

Dec. 5 **300. Schriftwechsel zwischen dem Etats-Minister Woellner und dem Auswärtigen Departement.** Berlin 1788.

R. 4. 13 N.

Die kirchlichen und staatsrechtlichen Verhältnisse der Herrschaft Draheim.

Woellner. December 5.

Mundum.

Theilt mit, »dass der *anno 1768* zu Tempelburg angesetzte Plebanus Günther sein geistliches Officium zu resigniren im Begriff stehet und es darauf ankommt, die Stelle, welche sonst von der Collation des Königs von Pohlen abgehangen, mit einem andern tüchtigen Subject zu besetzen, wozu der *p.* Günther seinen ehemaligen Commendarium, den zeitigen Pfarrer Huben zu Jastrow in Westpreussen, in Vorschlag gebracht, der auch schon vorläufig durch ein Privat-Schreiben des Bischofs von Posen als ein sehr verdienstvoller Mann dazu empfohlen worden. Dass das dem Könige von Pohlen in der Brombergischen Pfand-Verschreibung [1]) vorbehaltene Patronat-Recht in der vormaligen Starostei Draheim durch den Warschauer Cessions-Tractat [2]) seine Endschaft erreicht und Sr. Majestät anheimgefallen, so dass für die Zukunft die im Draheimschen District offen kommende geistliche Stellen in eben der Art als alle andere katholische mit der Seelsorge verbundene Beneficia in Westpreussen zur königlichen Collation gehören, scheinet unbedenklich. Wohingegen die pommersche Regierung ohne Zweifel darin irret, wenn sie annimmt, dass auch die Diöcesan-Rechte des Bischofs von Posen dadurch eine Alteration erlitten, und daher die Surrogation eines andern preussischen Bischofs in Vorschlag bringt. Und überhaupt würde wohl, nachdem die ehemaligen Verhältnisse durch den Warschauer Tractat geändert, die bisherige Oberaufsicht der pommerschen Regierung *in ecclesiasticis* über das königliche Amt Draheim nunmehro ganz aufzuheben und solche vielmehr der westpreussischen Regierung zu überlassen sein, bei welcher sich auch schon der Bischof von Posen mit der Präsentation des Huben gemeldet . . .

»Die von der pommerschen Regierung bei dieser Gelegenheit in Vorschlag gebrachte Kirchen- und Schul-Verbesserungen, wobei noch Manches zu erinnern sein möchte, werden wohl, bis die Sache mit der westpreussischen Regierung reguliret ist, auszusetzen und darüber alsdenn von selbiger

---

1) Band 1, 107.

2) Vom 18. September 1773; s. *Hertzberg, Recueil des déductions etc.* (*Berlin 1790*) 1, 399.

gutachtliche Berichte für das Geistliche und Ober-Schulen-Departement einzufordern sein.« 1788 Dec. 5

Das Auswärtige Departement. December 22. Dec. 22

Concept, geschrieben von Lecoq, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg. Anweisung von Steck.

»Wir stimmen . . . dahin überein, dass durch den Abtretungs-Tractat mit Pohlen von 1773 dem Bischof von Posen sein Diöcesan-Recht über die Kirchen der vormaligen Starostei Draheim, besonders zu Tempelburg, nicht entzogen, vielmehr vorbehalten und bestätigt werden, indem nach dem Art. VIII nicht nur die Gewissensfreiheit und freie Religions-Übung, sondern auch die ganze kirchliche Verfassung gesichert werden, wie solches auch die Beispiele der Bischöfe von Cujavien, Gnesen, Posen, Plozk[1]) *p.* beweisen. S. K. M. aber haben dadurch theils das *ius patronatus* über die Propstei Tempelburg erlangt, welches dem Könige von Pohlen im Pfand-Vertrage von 1657 vorbehalten worden war, theils die völlige Landeshoheit und *resp.* das Eigenthumsrecht erworben. Höchstdieselben treten also in die Stelle und Rechte des Königs von Pohlen, präsentiren den Propst oder Plebanum dem Bischof von Posen, und nach dessen Institution und Collation bestätigen Sie denselben als Souverän und lassen ihn durch einen Commissarium introduciren.

»Hiernach würde unsers Dafürhaltens die Sache eingeleitet, dieses Alles aber durch die pommersche Regierung besorget werden müssen; sowie letzterer überhaupt die fernere Wahrnehmung der Hoheitsrechte und *iurium circa sacra* über die Herrschaft und das Amt Draheim zu lassen sein würde, indem diese allezeit zum Herzogthum Pommern gezogen und damit verwaltet worden und wir nicht absehen, warum darunter eine Veränderung gemacht und solches Alles der westpreussischen Regierung aufgetragen werden sollte . . .

»Wir[2]) finden auch kein Bedenken, den Vorschlägen der pommerschen Regierung *ad 9, 10, 11*[3]) beizupflichten, da der Zustand der katholi-

1, Hs.: »Polozk.«

2) Von »Wir« bis »wird« Änderung von Hertzberg. Ursprünglich stand: »Im Übrigen stellen wir Denenselben die weiteren Anträge, welchen wir beipflichten müssen, insofern sie zum Wohl und zur Aufnahme des evangelischen Kirchen- und Schulwesens gereichend befunden werden, lediglich anheim.«

3) In dem Berichte der »pommerschen und camminschen Regierung« vom 6. October heisst es: Oct. 6

»So ist wohl um so weniger ein rechtlicher Grund zur Beschwerde übrig, wenn 9) der neue Plebanus bei seiner Bestallung und Einführung verpflichtet wird, die bloss den lutherischen Schulmeistern zur Ablesung einer Predigt bisher verstattete 11 Land-Kirchen nicht ferner, gleich seinen Vorfahren, den lutherischen Predigern zum gottesdienstlichen Gebrauch für E. M. lutherische Unterthanen zu verweigern.

»Was ferner die Hebungen der 4 ehemaligen protestantischen Land-Prediger anbetrifft, welche sich vormals der Plebanus, ebenso wie die Hebungen der

1788 Dec. 22 schen Religion dadurch nicht verschlimmert und ohne ihren Nachtheil der Zustand der Protestanten etwas verbessert wird.«

Oct. 6 vorigen 2 lutherischen Stadt-Prediger, zugeeignet und bis jetzt von den lutherischen Unterthanen mit gänzlichem Ausschluss der lutherischen Geistlichen gehoben hat, so dürfte ihnen der unrechtmässige Besitz ebenso wie bei den Stol-Gebühren entgegenstehen. Würde aber auch angenommen, dass sie zu diesen Hebungen aus dem Bydgostischen Vertrage berechtiget sind, so dürfte doch, da ihnen nur die Erhaltung des Besitzes in dem damaligen Zustande versprochen worden, wohl nur rechtlich folgen, dass sie so viel Messkorn und andere Pfarr-Hebungen nur von so vielen Bauerhöfen und Einwohnern ferner bekommen müssen, als sie zur Zeit des Bydgostischen Vertrages, den 6. November 1657, wirklich einzunehmen gehabt haben, und dass sie also zu den Pfarr-Hebungen von denen seit dieser Zeit angesetzten lutherischen Wirthen und Einwohnern kein Recht haben. Die Anzahl der Wirthe und der Einwohner zur Zeit des Bydgostischen Vertrages dürfte noch wohl aus den Amts- und Kammer-Acten ausgemittelt werden können, und höchst wahrscheinlich hat sich die Anzahl derselben seit dieser Zeit weit über die Hälfte vermehret.

»Würde aber auch nur das Jahr 1740 als das Normal-Jahr angenommen*) und der katholischen Geistlichkeit der Besitz ihrer Pfarr-Hebungen nach diesem Jahr versichert, so würde doch schon den beiden lutherischen Predigern ihr so kümmerliches Gehalt merklich verbessert werden, wenn ihnen die Pfarr-Hebungen von allen seit dieser Zeit angesetzten neuen lutherischen Wirthen, Colonisten und sonstigen Einwohnern für die Zukunft beigelegt würden. E. K. M. . . . Bestimmung stellen wir daher . . . anheim:

»10) ob und inwiefern dem neuen Plebanus in seiner Bestallung ferner alle und jede Pfarr-Hebungen von den jetzigen und künftigen neuen lutherischen Wirthen und Einwohnern in den 22 Amts-Dörfern mit gänzlichem Ausschluss der beiden lutherischen Prediger oder nur die Pfarr-Hebungen nach der im Jahr 1740 gewesenen Anzahl der Wirthe und Einwohner in diesen Dörfern zu versichern und die seit dieser Zeit angesetzte und noch anzusetzende mehrere lutherische Wirthe mit ihren Pfarr-Abgaben an die beiden lutherischen Prediger zu verweisen sein möchten und

»11) Ob und inwieferne dieses bei gleichen Umständen auch in Ansehung der seit 1740 mehr angesetzten lutherischen Bürger und Einwohner in der Stadt Tempelburg Statt finden dürfte.

»Sollten E. M. die unmaassgeblichen Vorschläge bei No. 9, 10 und 11 zu genehmigen geruhen, so würde dadurch nicht nur der grossen Armuth der beiden lutherischen Geistlichen einigermaassen und den mannigfaltigen schädlichen Folgen durch Haltung des Gottesdienstes auf freiem Felde oder in den Bauernhäusern gänzlich abgeholfen, sondern der katholische Geistliche würde auch durch die vorgeschlagene Theilnehmung an den Pfarr-Hebungen nicht verlieren, da bis jetzt doch der Commendarius, welcher eigentlich die Seelsorge für den Plebanus verrichtet hat, noch nicht so viel von ihm bekommen hat, als er nunmehr einnehmen würde« . . .

---

*) König Friedrich II. hatte wiederholt verordnet, dass diejenigen seiner Vasallen und Unterthanen, welche 1740 in dem Besitze und der Nutzung gewisser Grundstücke oder Gerechtigkeiten, sie hätten Namen wie sie wollen, gewesen, deshalb unter keinem Vorwande fiscalisch belangt, sondern dabei geschützt und ruhig belassen werden sollten. Vgl. *Fischbach, Historische Beiträge (Berlin 1783)* 2, 2, 593 ff.

301. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe. Berlin 1788 December 8. Dec. 8 1788

R. 10. 79. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Der Nuntius Zoglio soll nicht zu neuen Streitigkeiten Anlass geben.

Mittheilung des Erlasses an Ciofani vom 4. December.[1])

»Comme l'électeur de Mayence appréhende, que le nonce Zoglio ne s'avise d'exercer des actes pontificaux à Manheim et autres parts dans la diocèse de Mayence, particulièrement à l'occasion des fêtes de Noël, il m'a fait requérir par le mémoire ci-joint en copie, que le comte Hatzfeld a remis à mon ministère, de tâcher d'en détourner ledit nonce, pour ne pas donner occasion à de nouvelles aigreurs et altercations. Ma volonté est donc, que vous vous employiez auprès du nonce Zoglio pour cet effet et pour empêcher, qu'il ne fasse aucune innovation ni aucun acte d'éclat, qui puisse altérer les bonnes dispositions pour un accommodement. Vous ne lui montrerez pourtant pas ce mémoire et n'en ferez usage que pour votre information.«

---

302. Schriftwechsel zwischen der klevischen Regierung und dem Ober-Schul-Collegium.

R. 76. I. 21.

Die Prüfung der katholischen Schullehrer und das Aerarium ecclesiasticum.

Die klevische Regierung. Kleve 1788 December 12. Dec. 12

Mundum, gezeichnet von Foerder, Elbers, Reiman, Schlechtendall, Muntz, Grolman, Hymmen, Sobbe.

. . . »Da nach Maassgabe des § *5 et 6* der Instruction[2]) die verordnete Prüfung sich auf römisch-katholische Schullehrer zu erstrecken scheint, so müssen wir . . . anfragen, ob auf solchen Fall zu dergleichen Prüfungen, um allen Verdacht einer Religions-Bedrückung zu entfernen, nicht ein römisch-katholischer, in Schul-Wissenschaften erfahrner Geistlicher zuzuziehen sei. Wobei wir jedoch nicht unbemerket lassen können, dass in hiesiger Provinz verschiedene einträgliche römisch-katholische Küstereien, womit die Schullehrer-Stellen verknüpft sind, von je her zu der bekannten Fundation des *aerarii ecclesiastici*[3]) gehöret haben und gegen Erlegung eines angemessenen *honorarii* an dasselbe vergeben worden sind, folglich das bemelte *aerarium ecclesiasticum* bei einer vorzunehmenden Veränderung in Gefahr stehe, einen Ausfall zu erleiden« . . .

Das Ober-Schul-Collegium. Berlin 1789 Januar 6. 1789 Jan. 6

Concept, geschrieben von Schröder, gezeichnet von Woellner und Irwing. Anweisung von Irwing.

Resolution, dass »die römisch-katholischen Schullehrer allerdings geprüft werden müssen, weil ihre Tüchtigkeit zum Dienste die erste Be-

---

1) S. unter dem 30. November.

2) Des Ober-Schul-Collegiums; s. No. 65. 3) S. No. 22.

1789 Jan. 6 dingung ist, wenn denenselben ein Schulamt ertheilt werden soll. Da aber durch diese Einrichtung die Fundation des *aerarii ecclesiastici* im Geringsten keinen Ausfall leiden muss, so erwarten wir von Euch noch Vorschläge, wie diese Sache am besten eingeleitet werden kann, um beide Zwecke zu erreichen; wobei Ihr zugleich anzuzeigen habt, wie viel die Besetzung dieser Stellen dem *aerario* wohl einbringe« . . .

Eine Antwort der Regierung liegt nicht vor.

1788 Dec. 20 **303. Kurfürst Friedrich Karl Josef von Mainz an König Friedrich Wilhelm II.** Mainz 1788 December 20.

R. 96. 145. Ss. Mundum, geschrieben von Johannes Müller.

Zufrieden mit den in der Nuntiatur-Sache ertheilten Befehlen.

. . . »Le langage ferme et constitutionnel, qu Elle ordonne[1] à Ses ministres de parler dans les affaires des nonciatures, est digne des sentiments, qu' Elle a toujours manifestés par rapport à tout ce qui tient à la constitution de l'Empire. Aussi je n'ai pas le plus léger doute, que V. M. tiendra le même langage constamment dans toutes les occasions et dans cette affaire, et qu'il en résultera pour Elle la gloire d'avoir opéré un bien très-réel, désiré depuis des siècles, et qui Lui vaudra la reconnaissance éternelle de l'église germanique« . . .

Dec. 22 Schreiben des Auswärtigen Departements, s. S. 355.

304.[2] Schriftwechsel zwischen dem Etats-Minister Woellner und dem Cabinet. 1788.

R. 7. B. 16. C.

Verleihung eines Beneficium a latere.

Woellner. Berlin December 22.

Concept (geschrieben von Scholz) und Mundum.

»Der ermländische Domherr Sczepanski zu Frauenburg, welcher vor verschiedenen Jahren in Familien-Angelegenheiten nach Warschau gehen müssen, befindet sich in einem so schwächlichen Gesundheitszustand, dass ihm die von Zeit zu Zeit gesuchte Verlängerung der Reise-Permission ohne Härte nicht abgeschlagen werden können.

»Wie nun dabeneben bei seinem hohen Alter schwerlich zu erwarten ist, dass er je die Rückreise anzutreten im Stande sein wird, so sollicitiret derselbe nunmehro unter Vorsprache des pohlnischen Kron-Gross-Kanzlers, Bischof von Posen, Okenski, welcher sich ganz ausnehmend für ihn zu interessiren scheinet, um das *beneficium a latere*, und das Auswärtige Departement, an welches die Sache durch den Gesandten[3] v. Buchholtz empfohlen ist, hat dem Geistlichen Departement den Wunsch geäussert.

---

1) S. No. 297. 2) Als Probe mitgetheilt. 3) In Warschau.

sich durch Verwilligung dieses Gesuchs den Bischof als einen Mann von grossem Einfluss verbinden zu können. 1788 Dec. 22

»Wenn nun gleich die Ertheilung solcher Dispensationen nicht von dem Geistlichen Departement abhängt, so halte ich es jedoch, zumalen bei jetzigen pohlnischen Conjuncturen[1]), für meine Pflicht, den Fall zu E. K. M. Kenntniss zu bringen und Allerhöchstdero Verhaltungsbefehle zu erwarten, ob zu Begünstigung der guten Absichten des Auswärtigen Departements das gebetene *beneficium a latere* für den *p.* Sczepanski ausgefertiget werden soll.«

Cabinets-Befehl. Berlin December 24. Dec. 24

Mundum, geschrieben von Müller.

Erklärt sich einverstanden.

---

305. Schriftwechsel zwischen dem Etats-Minister Hertzberg und dem Cabinet. Berlin 1788.

R. 10. 79 und R. 96. 147. C.

Buoncompagni's Schreiben über die Nuntiatur-Sache.

Hertzberg. December 24.

Concept und Mundum.

»Je crois devoir présenter à V. M. le déchiffrement ci-joint d'une lettre, que le cardinal secrétaire d'État Buoncompagni m'a fait parvenir par le résident Ciofani sur l'affaire de nonciature.[2]) Il en résulte, que la cour de Rome s'attache encore toujours à la garantie de V. M. sur le *status quo* de 1787 et qu'elle n'est encore aucunement disposée à envoyer un légat en Allemagne, parce qu'elle ne veut pas entrer en discussion sur ses droits et qu'elle ne reconnaît pas la diète de l'Empire pour juge, mais pour partie dans cette dispute; en quoi elle est assez fondée. Comme cette lettre du cardinal Buoncompagni a été écrite, avant que le pape ait reçu la dernière lettre des archevêques[3]), il faut voir, si cette lettre aura produit quelque changement dans la résolution de la cour de Rome, et ce que le comte Guiccioli, secrétaire de légation du nonce Pacca, qui doit venir ici, nous apportera. J'ai montré cette lettre du cardinal Buoncompagni au comte de Hatzfeld, et je crois, qu'il conviendra de lui en communiquer un extrait, afin qu'il puisse en faire part à l'électeur de Mayence pour sa direction ultérieure.«

Eigenhändige Rand-Verfügung des Königs:

»il faut donner une extrai de cette lettre a Hatzfeld pour ſon maitre, et auſi en faire une extrai pour Stein.«

Hiernach Cabinets-Befehl. December 25. Dec. 25

Mundum, geschrieben von Laspeyres.

---

1) Vgl. *Hertzberg, Recueil* 2, 476 ff.

2) S. unter dem 23. November. 3) S. No. 297.

1788 Dec 26 **306. Königlicher Erlass an den Land-Jägermeister Stein, Gesandter in Mainz.** Berlin 1788 December 26.

R. 10. 79. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Zwischenfälle in der Nuntiatur-Sache.

»On vous communique ci-joint la copie d'un rapport, que le comte de Görtz m'a fait de Ratisbonne en date du 18. décembre, par lequel vous verrez:

»1° Qu'il a paru à Ratisbonne un imprimé français[1]) sur l'affaire des nonciatures contre l'électeur de Cologne écrit avec beaucoup de force et de véhémence.[2])

»2° Que l'électeur de Trèves veut se séparer des trois autres archevêques dans l'affaire des nonciatures et renoncer à ses griefs contre la cour de Rome, et

»3° que l'évêque de Spire a fait faire au comte de Görtz une déclaration, comme quoi il n'avait aucune intention de se charger de l'exercice du droit diocésain dans les États de l'électeur palatin.

»Vous pouvez communiquer à l'électeur de Mayence ces avis pour son information, quoiqu'ils ne soient pas fort agréables pour lui.«

---

307. Etats-Minister Hertzberg an den Land-Jägermeister Stein, Gesandten in Mainz. Berlin 1788 December 26.

R. 10. 79. Concept, geschrieben von Siebmann.

Die Nuntiatur-Sache.

. . . »Je vous envoie aujourd'hui la réponse du cardinal Buoncompagni.[3]) Les archevêques ne sont pas unis, ainsi je ne vois pas, comment l'affaire des nonciatures pourra être accommodée ni décidée par la diète de l'Empire, que le pape ne reconnaît pour juge. Ce sera une affaire de longue haleine.«

Dec. 31 **308.[4]) Cardinal Buoncompagni, Staats-Secretär der Curie, an den Etats-Minister Hertzberg.** Rom 1788 December 31.

R. 11. 24. Mundum.

Antwort auf den Rath des Königs. Kritik der deutschen Erzbischöfe, welche den Status quo und die Aschaffenburger Concordate nicht achten.

»Dans le temps, que je faisais des remarques aux lettres des Mrs. les archevêques[5]) — dont la dernière a été remise à Sa S^te^ le 23. de ce mois

---

1) *Réflexions sur les 73 articles du Pro Memoria présenté à la diète de l'Empire touchant les nonciatures de la part de l'archevêque électeur de Cologne. Ratisbonne 1788.* Verfasser war der Exjesuit Feller. Vgl. unter dem 21. März 1789; *Wolf, Geschichte der römisch-katholischen Kirche unter der Regierung Pius VI.* (*Leipzig 1796*) 4, 293; *Pacca, Memorie storiche* p. 120.

2) Vgl. No. 228. 3) S. unter dem 24. December.

4) Beantwortet am 25. April 1789. 5) S. No. 297.

et la première le 15. —, dans le temps que Sa S^{té} s'occupait à faire les réponses, que la verité dictera et animera l'ingénuité et la charité et que nous nous proposons de mettre sous les yeux de V. E. et du roi, que nous persistons à regarder comme les plus fermes et les plus inébranlables appuis du *status quo* et la digue la plus insurmontable, que l'esprit d'invasion, d'innovation et de trouble trouvera, Mr. l'abbé Ciofani m'a fait voir dimanche une lettre, dont S. M. l'a honoré le 5.[1]) de ce mois, dans laquelle le roi lui mande de conseiller le St.-Père de céder indépendamment de toute négociation sur un point si peu important que la jurisdiction des nonciatures et ensuite de s'arranger sur les autres points litigieux d'une manière amicale. S. M. est trop juste et trop équitable, pour Se déterminer, sans écouter les deux parties, et Elle est trop éclairée, pour ne voir, que les longueurs des archevêques, n'ayant fait parvenir au St.-Père leurs remontrances qu'au 23. de décembre, le pape n'avait pas encore reçu les propositions, lorsqu'on lui demandait sur des articles si importants une réponse. S. M. peut être assurée, que sans délai et sans chicanes le pape Lui ouvrira son cœur, en Lui communiquant tout ce qu'il pense, et tout ce qu'il répondra aux lettres des archevêques, et S. M. verra les raisons sans fard et les faits sans déguisement. Ces ouvertures et la vive voix de Mr. le comte Guiccioli mettront à portée cette cour éclairée de fixer son opinion avec connaissance de cause, et le suffrage de S. M. et de Ses dignes ministres nous valent bien une diète. Mais qu'il me soit permis en passant de réclamer la sensibilité de V. E., pour juger de celle que le St.-Père doit ressentir, quand il voit, que ce même électeur de Mayence, qui a promis dans les termes les plus formels de maintenir les choses de l'église d'Allemagne et les prérogatives du St.-Siége *in statu quo*, qualifie les corcordats mêmes d'Aschaffemburg, que la nation révère depuis quatre siècles, que les guerres de religion ont respectés, que tout le monde regarde comme une base inébranlable, *tamquam primarium gravamen*. Nous ne voulons d'autre juge que le roi, d'autres avocats que V. E.: avec de tels principes et de telles dispositions peut-on entretenir l'espoir le plus léger d'une négociation équitable ou d'une composition amicale? Le même prince électeur conjointement avec son coadjuteur a promis par l'organe de Mr. le marquis Lucchesini, dont je conserve l'acte authentique, *se esse paratum ad omnes discordias, quae in ecclesia Germanica, praesertim circa nuntiaturas principiaque in congressu Ems stabilita fervent, amice tollendas ad auctoritatem pontificiam Romanaeque sedis iura in Germania conservanda.*[2]) A présent au lieu *tollendi omnes discordias circa nuntiaturas* il propose pour tout accommodement *tollere omnino nuntiaturas*. Si nous avons empiété sur les droits épiscopaux ou métropolitains (seule condition, que le plus puissant et le plus fidèle des garants s'est réservée), qu'on

1788 Dec. 31

1) Vielmehr am 4., s. No. 298. 2) S. die Nachträge unter dem 2. Mai 1787.

1788 Dec. 31 prenne la peine d'articuler ces griefs: nous sommes sûrs ou de nous justifier, ou de nous corriger sur-le-champ. Mais si on regarde comme un grief, au contraire, *tamquam primarium gravamen* les corcordats, qu'on nous avait proposé d'observer comme une loi fondamentale, les usages et les possessions de siècles, nous serons si malheureux, que l'observance des lois passera pour une transgression, et le *statu quo*, qu'on devait observer, sera la seule chose, que les archevêques veulent abolir. Heureusement pour nous, nous avons recours à un souverain, nous nous adressons à un ministre, qui font leur gloire d'aimer la raison, de la connaître, d'en être l'appui et le soutien; c'est pourquoi avec la confiance la plus vive et la plus entière que je recommande la plus juste des causes à V. E. au moment que je Lui offre l'hommage de mon fidèle et respectueux attachement.

»C'est un plaisir pour moi d'entretenir Mr. d'Almeyda, nouveau ministre de Portugal, des qualités et des talents de V. E.; il Lui est bien attaché.«

1789 Jan. 2 **309. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe.** Berlin 1789 Januar 2.

R. 11. 33. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Soll besonders über den Nuntiatur-Streit berichten. Guiccioli ist willkommen. Die Erzbischöfe wollen päpstliche Nuntien zulassen, aber nicht ihre Gerichtsbarkeit und ihre Facultäten. Man kann den Erzbischöfen das Diöcesan-Recht nicht bestreiten.

. . . »Quant à l'affaire des nonciatures, vous ferez bien de faire des rapports séparés sur cette matière, afin qu'on puisse les distinguer d'autant mieux dans les archives.

»Vous pouvez dire au nonce Zoglio: que le comte Guiccioli, que le pape voulait envoyer ici sans caractère, serait bien reçu et que je ferais volontiers ce qui dépendrait de moi, pour moyenner un accommodement entre la cour de Rome et les archevêques; que ceux-ci avaient à la fin écrit au pape, à l'exception de celui de Trèves, qui s'était séparé d'eux; qu'on ne disputait pas au pape le droit d'envoyer des nonces en Allemagne, mais qu'on leur contestait la jurisdiction et les facultés et qu'on ne voulait les reconnaître que comme des ministres d'une puissance étrangère; qu'il serait difficile de soutenir leur jurisdiction et de contester aux archevêques le droit diocésain, qu'ils avaient eu dans le territoire des princes séculiers et qui leur avait été confirmé en plus d'un endroit dans la paix de Westphalie. Ce sont des raisonnements, que vous pouvez employer envers le nonce Zoglio, pour le rendre d'autant plus traitable.«

310.[1]) Schriftwechsel zwischen dem Etats-Minister Woellner und dem Auswärtigen Departement. Berlin 1789. 1789

R. 4. 13. N.

Sollen die geistlichen Angelegenheiten von Draheim durch die pommersche oder durch die westpreussische Regierung besorgt werden? Rückgabe der 11 katholischen Land-Kirchen von Draheim an die Lutheraner.

Woellner. Januar 2. Jan. 2

Mundum.

Antwortet, »dass dem Geistlichen Departement nach erfolgter Reoccupation von Westpreussen und Errichtung einer besonderen Regierung für diese Provinz der Grund, welcher ehehin die Besorgung der geistlichen Angelegenheiten in der Starostei Draheim der pommerschen Regierung und in ältern Zeiten auch wohl dem neumärkschen Consistorio aufzutragen veranlasset, wegzufallen, auch dem getroffenen neuen Einrichtungen angemessen geschienen habe, das nunmehrige königliche Amt Draheim mit den übrigen durch den Warschauer Cessions-Tractat recuperirten Ländern auf gleichen Fuss zu setzen und es mit selbigen unter die geistliche Oberaufsicht der westpreussischen Regierung zusammenzuziehen. Da auch ferner der Bischof von Posen dadurch, dass derselbe, ohne die zu polnischen Zeiten übliche Präsentation vom Landesherrn abzuwarten, den Pfarrer Hüben zu der durch die Resignation des *p.* Günther vacant werdenden Stelle bei der Marienwerderschen Regierung in Vorschlag gebracht, zu erkennen gegeben hat, dass er sich der in Westpreussen vorgeschriebenen Verfahrungsart zu conformiren und die dortige Regierung auch in Absicht auf den Draheimer District als seine ihm vorgesetzte Instanz anzuerkennen geneigt sei und es demselben wahrscheinlich nicht angenehm sein möchte, bei Ausübung seiner Diöcesan-Rechte in den abgetretenen Provincien mit zwei verschiedenen Regierungen zu thun zu bekommen, so hat das Geistliche Departement diesfalls so wenig als darin ein Bedenken finden zu können vermeinet, dass es Sr. K. M. nach nunmehr erworbenen völligem Eigenthum des Amtes Draheim unverwehrt sein würde, Dero Patronat-Recht daselbst in der Art, welche bei den übrigen cedirten westpreussischen Ländern eingeführt ist, auszuüben und dass hiervon bei dem an sich unwichtigen Plebanat zu Tempelburg keine Ausnahme gemacht werden dürfe. Wenn aber gleichwohl EE. EE. der Meinung sind, dass dessen unerachtet die Verbindung zwischen der pommerschen Regierung und dem Amte Draheim keine Veränderung der Instantien zulasse, auch die bei Besetzung des Tempelburgschen Plebanats zu polnischen Zeiten beobachtete Verfahrungsart genau beibehalten, folglich mit der Präsentation Sr. K. M. an den Bischof von Posen der Anfang gamacht werden müsse, so ist das Geistliche Departement bereit, die Sache vorgeschlagener Maassen dahin einzuleiten, kann

1) Vgl. unter dem 5. December 1788 und 17. Februar 1789.

1789 Jan. 2 aber in Absicht auf die in dem . . . Rückschreiben EE. EE. berührte Vorschläge der pommerschen Regierung *ad 9, 10* und *11* zu bemerken nicht Umgang nehmen, dass der Antrag derselben *ad 9:* es dem künftigen Plebano zur Bedingung zu machen, die 11 katholische Land-Kirchen an die Lutheraner zu ihrem gottesdienstlichen Gebrauch abzutreten, leicht Beschwerden nach sich ziehen dürfte, wo das Geistliche Departement, wenn der Bischof von Posen die Sache zur richterlichen Entscheidung bringt, sich zu compromittiren befürchten muss. Denn wenn auch nach Anleitung dessen, was der Regierungs-Bericht an die Hand giebt, ausgeführet werden könnte, dass diese Kirchen in älteren Zeiten den Evangelischen zugehört und dass letztere um das Jahr 1625 von der katholischen Geistlichkeit widerrechtlich daraus vertrieben worden, so würde man doch wegen des in dem Warschauer Tractat *de 1768 Art. I § 4*[1]) angenommenen Normal-Jahres[2]) und der bei der Cession *Anno 1773* gegebenen Versicherungen[3]) im Wege Rechtens damit nicht fortkommen, auch das von der pommerschen Regierung vorgeschlagene Temperament, dass die Abtretung der Kirchen nur mit Vorbehalt des Eigenthumsrechts der katholischen Geistlichkeit geschehen solle, schwerlich den Beifall des Richters finden: wie denn noch neuerlich in Rücksicht jener Tractaten eine evangelische Gemeinde in Westpreussen mit ihren sonst nicht ganz ungegründet scheinenden Ansprüchen an eine schon seit Anfang des Saeculi von den Katholischen besessene Kirche beim Tribunal abgewiesen worden ist.[4]) Und scheinet daher, so viel diesen Punct betrifft, für das Beste der evangelischen Dorf-Gemeinden weiter nichts übrig zu bleiben, als ein etwaniger Versuch, den Bischof durch gütliche Vorstellungen und aus Gründen der sich von Zeit zu Zeit immer mehr ausbreitenden Toleranz zu Abtretung, wo nicht aller, doch einiger von den 11 Dorf-Kirchen, allenfalls im Wege eines billigen Vergleichs, zu bewegen. *Ad 10* und *11* ist das von der Regierung vorgeschlagene Normal-Jahr 1740 auf die katholische Pfarr-Hebungen von evangelischen Wirthen nicht anwendbar, und wird es wohl vielmehr darauf ankommen, wiefern die katholische Geistlichkeit zu dergleichen Hebungen. *exclusive* der Stol-Gebühren und Calende, welche an sich wegfallen, entweder durch Verträge oder durch Verjährung berechtiget ist. Wohingegen die künftig allererst anzusetzende evangelische Wirthe mit allen Abgaben an die katholischen Geistlichen, welche nicht etwa schon vorhin auf die ihnen einzugebende Stellen *realiter* gehaftet, zu verschonen sein würden.

»Da das Geistliche Departement sich auch über diese Gegenstände mit EE. EE. zu vereinigen wünschet, so hat dasselbe den in dieser Angelegenheit beliebten gemeinschaftlichen Verfügungen bis dahin Anstand gegeben und erbittet sich darüber zuförderst Deroselben . . . Sentiment.«

1) *Wenck, Codex iuris gentium* 3, 675. 2) 1717.
3) Band 4, 540 f. 4) Vgl. No. 129 u. 190.

Das Auswärtige Departement. Januar 18.

1789 Jan. 18

Concept, geschrieben von Lecoq, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg. Anweisung von Steck.

. . . »Da . . . durch die Erwerbung des Eigenthums der Herrschaft (ehemaligen Starostei) Draheim S. K. M. völlig in die Rechte und Verhältnisse des Königs von Polen in Ansehung derselben getreten sind, so können wir nicht anders dafürhalten, als dass die *quaest.* Wiederbesetzung nach mehreren Inhalt unsers Schreibens vom 22. December *a. pr.* ebenso wie zu polnischen Zeiten und wie es die Natur des Patronat- und *respect.* Diöcesan-Rechts mit sich bringet, geschehen müsse. Da auch ferner diese Herrschaft seit ihrer Erwerbung der pommerschen Regierung in Hoheits-, Kirchen- und Justiz-Sachen untergeordnet, nie aber zu Westpreussen geschlagen worden, so würde es unsrer Meinung nach hiebei verbleiben müssen, indem es dem Bischof von Posen wohl gleichgültig sein dürfte, welche Regierung hierunter die königlichen Rechte respiciret, und er sich bloss aus unrichtiger Kenntniss und Voraussetzung an die westpreussische Regierung gewandt zu haben scheint.

»Was die Vorschläge der pommerschen Regierung *ad 9, 10 et 11* ihres Berichts vom 6. October *a. pr.* anlangt, so gehet der Antrag bloss dahin, dass der Gebrauch der 11 ehehin den Protestanten entrissenen Kirchen, da sie von Katholiken gar nicht besuchet und gebrauchet werden, ersteren wieder zu verstatten. Hierwider kann und wird der Bischof von Posen um so weniger etwas einzuwenden haben, da keine Katholiken vorhanden sind, und wenn sich welche einfinden sollten, ihnen der Mitgebrauch nach Art des in Deutschland gebräuchlichen Simultanei verstattet werden könnte. Allenfalls würde den Einwendungen des Bischofs wohl begegnet werden können; zur rechtlichen und gerichtlichen Erörterung aber scheinet die Sache gar nicht geeigenschaftet zu sein.

»E. E. Sentiment stimmen wir übrigens dahin völlig bei, dass auf die Hebungen der katholischen Geistlichkeit im Amt Draheim, die an sich schon wegfallende Stol-Gebühren ausgenommen, das Normal-Jahr 1740 sich nicht anwenden lasse und es dabei bloss auf rechtliche Titulos ankomme. Haften solche Abgaben und Entrichtungen auf den Fundis, so gehen sie auf jeden Besitzer und Erwerber über, und insofern können auch neu anzusetzende Wirthe, es sei denn dass sie bisher uncultivirte Fundos erhalten, nicht davon befreiet oder damit an die evangelische Geistlichen verwiesen werden.

»Überhaupt bemerken wir, dass mit dem Amte Draheim unsers Dafürhaltens es nicht nöthig sei, die Sache so genau zu nehmen als mit Westpreussen, und dass der Bischof von Posen zu den zu treffenden Einrichtungen vermuthlich conniviren, allenfalls leicht zu besänftigen oder zur Genehmigung zu vermögen sein werde, wohingegen er im Voraus schwerlich seine Einwilligung dazu geben dürfte.

1789 Jan. 18 »Einem . . . Geistlichen Departement überlassen wir die . . . Entwerfung des unter gemeinschaftlicher Vollziehung an die pommersche Regierung in der Sache zu erlassenden Rescripts.«

Jan. 6 Das Ober-Schul-Collegium an die klevische Regierung, s. S. 357.

Jan. 10 **311. Eingabe der »Ritterschaft des Herzogthums Geldern.«** Geldern 1789 Januar 10.

Geldern Eccles. Abschrift.

Bittet, das Edict aufzuheben, das die Ausländer von den geistlichen Ämtern in Geldern ausschliesst.

»Vor einigen Jahren[1]) erging in dem kleinen österreichischen geldrischen Districte die Verordnung, dass die preussische geldrischen Unterthanen von geistlichen Bedienungen ausgeschlossen werden sollten. Dadurch wusste man bei dem höchstseligen König . . . das Edict auszuwirken, dass in dieser Provinz ohne Unterschied alle Ausländer von geistlichen Ämtern sollten excludirt werden.

»E. K. M. erlauben . . ., dass wir gemäss der uns obliegenden theuersten Schuldigkeit, Allerhöchstdero und des Landes Wohl überall zu befördern, . . . vortragen, dass gedachte Verordnung der hiesigen Provinz sehr schädlich ist; denn in den mehresten angrenzenden Ländern (als: gülich- und bergischen, lüttischen, köllnischen und holländischen), welche doch viel beträchtlicher sind als diese Provinz, werden gewiss Repressalien gebraucht, sowie solches schon im Holländischen geschehen ist. Hiedurch wird kenntlich die Communication der Länder, welche man doch überall zu vermehren sucht, geschwächt.

»Ferner wird durch eine solche Ausschliessung allen Ausländern in einer so kleinen Provinz, wo kaum immer die nöthige Anzahl der Subjecten vorhanden sein wird, alle Aemulation aufgehoben. Und da noch überhaupt die hiesigen Einwohner zu keiner Wissenschaft, Kunst *p.*, gemäss ihren angebornen Charakter, nicht den mindesten Eifer haben, sondern vielmehr verabscheuen, hierin durch das besagte Edict bestärkt werden (weil sie dadurch versichert sind, dass ihnen kein geschickter Fremder kann vorgezogen werden), so ist die natürliche Folge, dass am Ende wenige oder gar keine geschickte Subjecta zu geistlichen Bedienungen da sein werden, wodurch kenntlich die bösesten Folgen für das Landvolk in Ansehung der Moral entstehen werden.

»E. K. M. bitten wir dahero . . ., Allerhöchstdieselbe geruhen, die allgemeine Ausschliessung aller Fremden von geistlichen Bedienungen als dem Lande höchst nachtheilig aufzuheben und selbige allenfalls allein in Ansehung des österreichschen Gelder[2]) als Repressalien gelten zu lassen.«

1) 1780; s. Band 5, 381. 2) So!

312. Eingabe der »zum Landtage berechtigten geldernschen Städte Geldern und Wachtendonk.« Geldern 1789 Januar 13. 1789 Jan. 13

Geldern Eccles. Mundum:

Bitten, das Edict aufrecht zu erhalten, das die Ausländer von den geistlichen Ämtern in Geldern ausschliesst.

. . . »Seit dieser allerhuldreichsten landesväterlichen Declaration[1]), bei welcher ein billiges Reciprocum bloss zum Grunde gelegt worden, haben nun E. K. M. Unterthanen auch endlich einmal Hoffnung erhalten, ihre der Theologie gewidmete Söhne in ihrem Vaterlande untergebracht zu sehen, da sie sonst, auch selbst bei grösseren Fähigkeiten, durchgehends in der hiesigen Provinz den Fremden nachstehen müssten, weil die weit grössere Anzahl derer Collatoren ausserhalb Landes wohnt, mit welchen einmal die Eingebornen in keiner Connexion stehen und welche andertheils ihre Landesleute in Besetzung der vacanten Stellen am ersten favorisirten, dergestalt, dass alle von fremder Collation abhangende Pastorate und Beneficia mit Ausländern besetzt wurden und damit durchgehends aus vorigen Zeiten noch besetzt sind.

»Nicht allein, dass in diese Weise die einländischen Candidaten durch Fremde von allen, wenigstens einträglichen Beneficien, die zu fremder Collation stehen, beraubt wurden, so tritt im Allgemeinen der nachtheilige Umstand für die Provinz noch ein, dass dasjenige Vermögen, welches dergleichen Fremde von dem Schweiss und Blute der hiesigen Unterthanen sich sammeln, entweder schon bei ihren Lebzeiten ausserhalb Landes *successive* verbracht wird, oder doch am Ende ihre ausheimische Verwandte in ihrer Nachlassenschaft succediren und solchergestalt der hiesige Unterthan dafür arbeiten und seinen Zehend und Gebühren dafür ablangen muss, um fremde Unterthanen zu bereichern; und dergleichen Fälle sind gar nicht selten.

»Gewachtet[2]) nun E. K. M. solcherhalb ergangene . . . Declaration nicht allein denen einländischen *candidatis theologiae* zu ihrem Fortkommen in ihrem Beruf nothwendig ist, da ihnen sonst durch Fremde die Versorgung in ihrem Stande abgeschnitten wurde, sondern auch im Allgemeinen das Vermögen des Landes, welches sonst in fremde Hände gebracht wurde, im Lande selbsten bleibt, auch ohnerachtet die in den braband- und holländischen Provinzen für die Landeskinder erlassene Reglemente noch bestehen, mithin für die hiesige Eingeborne alle Beneficia daselbst abgeschnitten bleiben, weiter aber so wenig in den benachbarten jülich- als cöllnischen Landen für die hiesigen *candidatos theologiae* einige Versorgung zu erwarten ist, da es deren in diesen Landen nicht allein eine reichliche Anzahl beständig giebt, sondern man auch daselbst darauf hält, für allen andern die Landeskinder vorzüglich zu versorgen und vielleicht seit Menschen-

1) Gemeint ist das Rescript v. 6. Juli 1780; s. Band 5, 383.

2) Vielleicht das mhd. *gewahren* (sagen, berichten, erwähnen); vgl. *Lexer, Mittelhochdeutsches Handwörterbuch* 1, 971.

1789 Jan. 13 gedenken der Fall nicht existirt hat, dass ein Ausländer dorten zu einem Beneficio ernannt worden wäre: so hat dennoch auf letzterm Landtage die Ritterschaft proponirt, dass an E. K. M. die . . . Bitte gelangen möchte, mehrgedachte so heilsame Declaration wiederum aufzuheben. Und obgleich von Seiten der Städte einmüthig gegen diese Proposition protestirt worden, mithin constitutionsmässig die Sache *in statu quo* bleiben müsste, so hat dennoch die Ritterschaft ohne Rücksicht auf das bestehende Landtags-Reglement verordnet, dass nichtsdestoweniger an E. K. M. darüber . . . Vorstellung gethan werden sollte, und zwar unter dem angeblichen Prätext, dass in Wachtendonk zwei Beneficia eröffnet seien, die aus Mangel an dazu fähigen Subjectis nicht wieder besetzt werden könnten. Es ist zwar an dem, dass diese beide Beneficia vacant sind, es ist bei solchen jedoch keine *cura animarum*, auch anderntheils der Gottesdienst daselbst ohnehin hinlänglich genug besetzt, dass also das Publicum dadurch an der Seelsorge nichts verliert. Dass aber diese beide Beneficia bis hiehin unbesetzt geblieben, davon ist der wahre Grund, dass sie mit Messe-Lesen sehr beschwert sind und nichtsdestoweniger ihren Mann nicht nähren können, da der jährliche Ertrag kaum etwas über 50 Thaler geht, wovon niemand in gegenwärtigen Zeiten leben kann.

»Die eigentliche Absicht, welche bei diesem Petito zum Grunde liegt, ist aber folgende. Unter den hiesigen Ständen von der Ritterschaft wohnen viele ausserhalb Landes, die jedoch Collationes von hiesigen Pastoraten und andern Beneficien haben. Mit diesen Beneficiis pflegten nun ehemals Informatores, Haus-Capelläne, Rentmeister und andere, welchen entweder der Collator selbst oder im sonstigen Fall dessen Freunde oder Gönner für geleistete Dienste Verbindlichkeit hatten, belohnt und dadurch mit fremden Seelsorgern die Provinz durchgehends besetzt zu werden. Wir dürften auch wohl glauben, dass ein Mann, der zu obgedachten Geschäften mit der Expectanz auf eine gute Pfarre oder andere gute Pfründe angenommen würde, sich billiger, wohlfeiler und williger finden liess, als nunmehr es geschehen kann, wenn diese gute Aussicht dem Engagement nicht beigefügt werden kann. Allein da unsere Eingeborne und unsere Landesleute in den benachbarten Provinzen theils durch landesherrliche Reglemente *expresse*, theils durch eine undenkliche Observanz *tacite* von allen geistlichen Beneficiis ausgeschlossen sind, so sind wir der ohnzielsetzlichen . . . Meinung, dass E. K. M. getreuen Unterthanen dadurch zu nahe geschieht, dass Fremden, die in fremden Landen sich zu Verbindlichkeiten und Belohnungen verdient gemacht haben, in Höchstderoselben Staaten der Lohn angewiesen werden soll, der E. K. M. Unterthanen in andern Ländern in gleichen Umständen nicht angedeihen wird oder kann; und dass jenen in Allerhöchstderoselben Landen Gelegenheit geschafft werden soll, Vermögen zu sammlen, um damit ihre auswärtige Verwandte zu bereichern und überhaupt denen Landeskindern die Wege abzuschneiden, in dem geistlichen

Stande Versorgung zu finden. Und aus diesen erheblichen und billigen Gründen bitten wir . . ., dass es E. K. M. . . . gefallen möge, die solcherhalb erlassene heilsame Verfügung . . . bestehen und die Ritterschaft mit ihrem unbefugten Gesuch überall abweisen zu lassen.« 1789 Jan. 13

---

313. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe. Berlin 1789 Januar 16. Jan. 16

R. 11. 33. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Kann im Nuntiatur-Streit weiter nichts thun.

. . . »Quant à l'affaire de la nonciature, je ne puis rien y faire de plus, après tout ce que j'ai fait pour rapprocher les parties, que de laisser le soin aux parties intéressées de faire elles-mêmes les démarches, qu'elles jugeront leur convenir, pour traiter, soit à la diète ou autre part. Je m'imagine, que le pape répondra à la lettre des archevêques et que cela pourra fournir l'occasion de mettre cette bruyante affaire dans le train d'une nouvelle négociation.«

Das Auswärtige Departement an Minister Woellner, s. unter dem 2. Januar. Jan. 18

---

314. Die westpreussische Regierung an das Geistliche Departement.[1] Marienwerder 1789 Januar 19. Jan. 19

R. 7. B. 23. Mundum, gezeichnet von Schroetter, Schleinitz, Schmiedeberg, Meyer, Scheibler, Ziegenhorn, Fincke, Büsching.

Hohenzollern's Anträge wegen des katholischen Kirchen- und Schulwesens in Westpreussen.

. . . »Unter diesen[2] sind wir nun dahin mit dem Grafen v. Hohenzollern vollkommen einverstanden, dass die geistliche Disciplin überhaupt, besonders in den Diöcesen der abwesenden Bischöfe, grosser Verbesserungen bedarf und dass in diesen die Gegenwart der meisten Officiäle zu deren Abhelfung keinesweges hinlänglich ist. Die in Polen residirende Bischöfe ihres in der hiesigen Provinz belegenen Antheils indess gänzlich zu berauben, werden die politische Verhältnisse schwerlich erlauben, da es theils wider den *statum in quo*, theils persönliche Abneigung derer zugleich Reichs-Chargen bekleidender Bischöfe erregen und in der Art itzt E. K. M. Interesse zuwider sein würde. Sollte diese Gewalt auch dem Grafen v. Hohenzollern als Bischofe von Culm ohne Beistimmung der andern Bischöfe von dem römischen Hofe unmittelbar aufgetragen werden, so würde

---

1) Das Ober-Schul-Collegium hatte Hohenzollern's Schreiben vom 12. September 1788 abschriftlich dem Geistlichen Departement zugestellt und dieses die westpreussische Regierung zur Berichterstattung aufgefordert.

2) Hohenzollern's Anträgen.

1789 Jan. 19 dies wieder wahrscheinlich den Neid der übrigen Bischöfe erregen und dadurch eine Art von päpstlicher Nuntiatur entstehen, welche selbst katholische Fürsten gegenwärtig nicht mehr gerne dulden wollen. Wenn dagegen die andern Bischöfe dazu vermocht werden könnten, dass sie in dem hiesigen Theil ihrer Diöcesen Residenz hielten (so indessen bei der unbeträchtlichen Competenz, so sie erhalten, schwerlich geschehen wird) oder mit dem Grafen v. Hohenzollern selbst darüber ein Arrangement zu treffen, so würden E. K. M. die Genehmigung des päpstlichen Stuhls alsdenn wahrscheinlich sehr leicht darüber auswirken können. Dies würde nun den Vortheil haben, dass die Bischöfe darüber kein Aufsehen erregen könnten, auch, da die Aufsicht der übrigen Diöcesen dem Grafen v. Hohenzollern aus besonderm Vertrauen übertragen würde, dies grade nicht als ein Vorrecht des jedesmaligen Bischofs von Culm angesehen werden könnte; denn sollte dies sein, so würde diese Aufsicht offenbar bei einem Bischofe, der die Anhänglichkeit für E. K. M. Interesse und die dazu erforderliche Betriebsamkeit nicht in dem Grade wie der Graf v. Hohenzollern besässe, zu weit ausgedehnet sein.

»Die Unterhandlung würde indess immer ihre Schwierigkeiten haben und dahero, wenn E. K. M. Envoyé in Warschau nicht auf die Nothwendigkeit eines solchen Arrangements äusserst appuyirte, schwerlich zu Stande kommen. Wir müssen E. K. M. . . . Geistlichen Departement dahero auch lediglich. . . anheimstellen, inwiefern dasselbe mit Höchstdero Cabinets-Ministerio darüber zu conferiren geruhen dürfte, welches indessen bei den gegenwärtigen Verhältnissen E. K. M. mit der Republik Polen[1]) dieses in Anregung zu bringen wahrscheinlich ablehnen wird.

»Was nun unter den Vorschlägen des Grafen v. Hohenzollern die Anlegung besonderer Seminarien für die junge Geistliche betrifft, so ist bereits in dem von des hochseligen Königes Maj. approbirten Reglement für die Collegien der Ex-Jesuiten[2]) festgesetzt, dass ein dergleichen Seminarium in Schottland angelegt werden und in der Folge niemand eine Pfarre erhalten solle, der daraus nicht dimittiret worden, da nicht nur dieselbe Einrichtung in Schlesien ist, sondern auch die Gründe, die der Graf v. Hohenzollern jetzo wider die Bildung der Geistlichen ausserhalb Landes anführt, schon damalen in Erwägung kamen. Die Bischöfe waren auch hiermit selbst einverstanden, und der Fürst-Primas schlug zu einem Fonds die Säcularisation des Klosters zu Wissok vor, die auch wirklich erfolgt ist[3]); der Bischof von Cujavien wollte dagegen die Pfarre zu Putzig dem Collegio in Schottland einverleibet wissen, um die Kosten dadurch zu vermindern. Bei genauer Prüfung fand sich aber, dass die Pfarre zu Putzig bei Haltung der erforderlichen Commendarien für das Seminarium wenig Einkünfte übrig gelassen haben würde; die Einkünfte des Klosters zu Wissok belaufen sich

1) Vgl. No. 304. 2) Band 5, 434. 3) Vgl. No. 165.

aber nur auf 800 Rthlr., wovon die übrig gewesene paar Mitglieder jetzt noch pensionirt werden müssen. Diese Fonds sind also zur Bestreitung der Unkosten eines Seminarii, wenn auch von der itzigen Competenz des Abts zu Crohne künftig noch 1000 Rthlr. zugeschlagen würden, wohl nicht hinlänglich. 1789 Jan. 19

»Die Anträge des Grafen v. Hohenzollern, dass die polnische Bischöfe es dahin vermitteln, dass von denen Revenuen derer in Polen etablirten Seminarien ein Theil hieher gelegt würde, hat in der That sehr viele anscheinende Billigkeit für sich, nur würden E. K. M. vielleicht Bedenken tragen, durch eine verhältnissmässige Einbehaltung der bischöflichen Competenzen diesen Vorschlag zur Wirklichkeit zu bringen. Vielleicht ginge es aber bei diesem Puncte noch eher an, der Bischöfe ihre eigene Vermittelung zu erhalten, von den polnischen Seminarien einen Fonds zu den hiesigen abzutreten.

»Wären die Verhältnisse mit dem jetzigen Fürsten-Primas[1]) noch dieselbigen wie mit dem vorigen[2]), so würde dies wahrscheinlich am leichtesten durch diesen zu bewirken sein; so müssen wir aber E. K. M. anheimstellen, inwieferne dazu die Vermittelung des päpstlichen Hofes oder welche anderweitige Mittel anzuwenden sein dürften.

»Sollte hiezu indess gar keine Hoffnung sein, so würden wir aus denen vom Grafen v. Hohenzollern angeführten Gründen nur zuletzt auf die Einziehung ein paar der kleinsten Ex-Jesuiter-Collegien zur Herbeischaffung der nöthigen Mittel antragen, ob auch gleich die Vermehrung dieser Revenuen nicht gross sein würde. Viel eher würden wir also in dem Fall, dass von polnischer Seite gar nichts zu erhalten wäre, die Etablirung eines solchen Instituts alsdann vorzüglich E. K. M. hohen Gnade empfehlen, da wir sonst specielle Fonds dazu anzugeben ausser Stande sind.

»Was endlich die Grenzen der geistlichen Gerichtsbarkeit betrifft, deren nähere Bestimmung der Graf v. Hohenzollern wünscht, so sind solche wohl schon durch die Regierungs-Instruction[3]) ganz genau bestimmt. Die Verwirrungen, deren er erwähnt, scheinen ihm vielleicht daher zu kommen, dass den Pfarrern zuweilen unmittelbar Publicationen und kirchliche Verordnungen von Seiten der Regierung aufgetragen werden, da die Geistlichkeit solche grösstentheils auf unsern Auftrag durch den Bischof zu erhalten gewohnt ist. Allein zum Theil erfordern dergleichen Verfügungen manchmal eine Eile, die es nicht erlaubt, deren Bekanntmachung durch den gewöhnlichen langsamen Weg des Bischofs zu verfügen, zum Theil wird der Graf v. Hohenzollern aber auch mit uns dahin einverstanden sein, dass, wenn dergleichen Verfügungen gar nicht unmittelbar durch die Landes-Regierung erlassen werden könnten, daraus folgen würde, dass keine

1) Michael Poniatowski. 2) Anton Kasimir Ostrowski.
3) S. Band 4, 541.

1789 Jan. 19 Landes-Verordnungen ohne Beistimmung des Bischofs von der Geistlichkeit befolgt oder publiciret werden dürften, was wohl nicht seine Idee sein möchte. Indess werden wir gewiss jederzeit darauf Bedacht nehmen, das Ansehen des Bischofs von Culm auf alle Art auch bei seiner Geistlichkeit aufrecht zu erhalten, und gerne die genauere Befolgung unserer Aufträge seiner Fürsorge anvertrauen, wo besondere Veranlassungen nicht eine vorzügliche Beschleunigung erfordern. Auch sind wir sehr bereit, da, wo Geistliche seiner Diöces sich einer weltlichen Untersuchung ausgesetzt, einen von ihm zu ernennenden Commissarium mit zuzuziehen, um theils alles zurücksetzenden Verfahrens dadurch bei dem Unterrichter zu vermeiden, theils auch dem Bischofe von dem Vorfall zur Beurtheilung des moralischen Charakters und der etwanigen Verhängung geistlicher Strafen Kenntniss zu geben.«

Jan. 20 **315. Ministerial-Erlass an die westpreussische Kriegs- und Domänen-Kammer und die westpreussische Regierung.** Berlin 1789 Januar 20.

R. 76. I. 198. Concept, gezeichnet von Gaudi und Woellner. Anweisung von Meieretto.

Soll die Untersuchung des dortigen Schulwesens beschleunigen.

»Bereits unter dem 18. December 1787 haben Wir Euch aufgetragen[1], zur Untersuchung des Zustandes der dortigen Schulen eine gemeinschaftliche Commission aus beiden Landes-Collegien zu ernennen und selbige zu diesem Zweck mit einer Instruction zu versehen.

»Es ist nun ein volles Jahr verstrichen, ohne dass von Euch eine Anzeige eingekommen ist, ob und wie diese Commission ernannt und instruirt worden: welches um so weniger zu entschuldigen steht, da diese Commission nur temporell ist und die dazu bestimmten Räthe bald wieder zu den in etwas ausgesetzten oder von andern Räthen einstweilen übernommenen Arbeiten hätten zurückkehren können.

»Wir befehlen Euch daher hierdurch . . ., binnen 14 Tagen zu berichten: was bis jetzt in Gemässheit Unseres Rescripts vom 18. December 1787 von Euch gethan worden; ob die Commission schon etablirt und in Activität gesetzt ist; welche Räthe dazu ernannt; ob alle erforderliche Acta derselben übergeben und dieselbe in Stand gesetzt worden, bald über die Fonds und Bedürfnisse des dortigen Schulwesens zu berichten und zu dessen Verbesserung dienliche Vorschläge zu thun, und woran es bisher gelegen hat, dass der über diese Puncte von Euch längst erwartete Bericht nicht eher eingesandt worden.

»Zugleich habt Ihr die Commission anzuweisen, die Untersuchung möglichst zu beschleunigen und ihre Berichte und Vorschläge zur Gewinnung der Zeit unmittelbar anhero einzusenden, worauf alsdann von hier aus das Weitere an Euch erlassen werden soll.«

---

1) S. No. 177.

316. Schriftwechsel zwischen dem General-Directorium und dem Geistlichen Departement. Berlin 1789. 1789

Geldern Eccles.

Ermässigung des Edictes, das die Ausländer von den geistlichen Ämtern in Geldern ausschliesst.

Das General-Directorium. Januar 27. Jan. 27

Mundum, gezeichnet von Blumenthal, Gaudi, Heinitz, Arnim und Mauschwitz.

Bezugnahme auf die Eingaben vom 10. und 13. Januar. »Da es nun in Rücksicht auf die nach Sr. K. M. . . . Befehl mit den geldernschen Ständen zu regulirende freiwillige Stellung von Recruten[1]) vorjetzo mehr als sonst darauf ankommt, die gedachte Stände nach Möglichkeit zu menagiren und denenselben, so viel es thunlich, Willfährigkeit zu beweisen, so haben wir noch Anstand genommen, den Frhn. v. Wymar, imgleichen die Ritterschaft und die Städte nach Maassgabe der oberwähnten Antwort[2]) zu bescheiden, und finden uns vielmehr bewogen, dem . . . Departement der geistlichen Angelegenheiten diese Sache zur nochmaligen gefälligen Erwägung und zugleich anheim zu geben, ob, wenn etwa vorjetzo ein Mehreres nicht geschehen kann, es nicht rathsam sein möchte, wenigstens nach dem in dem copeilich beikommenden Schreiben des ersten geldernschen Landtags-Commissarii, Kammer-Präsidenten v. Buggenhagen, vom 15. *huius* enthaltenen Vorschlage nachzugeben, dass diejenige Auswärtige, die in den königlichen Landen ihren *cursum studiorum* gemacht haben, zu geistlichen Beneficien im Geldrischen admittiret werden können, welches ohnedem den guten Fortgang der daselbst und zu Emmerich neu errichteten Lehr-Anstalten sehr befördern dürfte.«

Das Geistliche Departement. Februar 13. Febr. 13

Concept, geschrieben von Klaproth, gezeichnet von Scholz. Anweisung von letzterem.

Erklärt sich, wegen der Erklärungen des Auswärtigen Departements, ausser Stande, auf den Wunsch des General-Directoriums einzugehen.

---

317. Das Auswärtige Departement an das Geistliche Departement. Febr. 4
Berlin 1789 Februar 4.

Geldern Eccles. Mundum, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Ausschliessung der jülich-bergischen Unterthanen von den geistlichen Ämtern in Geldern.

Übersendet Berichte der klevischen Regierung und des geldrischen Justiz-Collegiums, »deren Inhalt unsere Vermuthung völlig bestätiget. Es

---

1) Geldern war (wie Kleve, Mörs, Lingen, Tecklenburg und ein Theil der Grafschaft Mark) seit 1748 von der Werbung und Enrollirung befreit und zahlte dafür Werbegelder.

2) Das Geistliche Departement hatte erklärt: der König habe das Recht, die jülich-bergischen Eingeborenen von den geldernschen Ämtern auszuschliessen.

1789 Febr. 4 existiret kein Concordat und keine Union der geldrisch-jülich-clevischen Lande. Die von der Regierung ehedem darüber ohne genaue Prüfung angenommene Meinung, wodurch sie auch den Bericht vom 4. Februar 1769 in der v. Sloetischen Sache veranlasst hat, beruhet auf einer Tradition und ganz unrichtigen Erklärung der allegirten Verträge von 1543 und 1544.[1]) Darin ist aber bloss in Ansehung der Gewerbe, des Handels, der Zölle eine Gleichheit der beiderseitigen Unterthanen wechselseitig bedungen, die auf alle Reiche und Staaten Karl's V. und Herzogs Wilhelm von Cleve gehet, aber weder ein wechselseitiges Indigenat noch eine Fähigkeit oder ein Recht der beiderseitigen Unterthanen zu den Beneficien der gegenseitigen Länder involviret, widrigen Falls solches auch auf Spanien, Neapolis, die Niederlande *pp.* anwendbar sein müsste. Die in dem Bericht erwähnte Erneuerungen jener Tractaten gehen nur die clev-märkische, nicht aber die jülich-bergische Lande an, haben auch bloss Rechtspflege, Arreste, Evocationen und Provocations-Klagen zum Gegenstande. Dergleichen *ligae* und *confoederationes subditorum* sind in ältern Zeiten sehr häufig gewesen, haben aber keinesweges die Absicht und die Wirkung der Union und des wechselseitigen Indigenats, sondern bloss die Sicherheit in Absicht der Gewerbe, der Rechtspflege *p.* zum Endzweck gehabt. Da man nun solchergestalt der Sache näher auf den Grund siehet, so finden wir dabei kein Bedenken, die jülich-bergische Unterthanen von den geistlichen Ämtern und Beneficien des diesseitigen Gelderns auszuschliessen, sowie man auch gar keine Verbindlichkeit hat, die Einwohner des holländischen Gelderns zu den Stiftern des Herzogthums Cleve zuzulassen, ob man sie gleich unter obberegter Voraussetzung des vermeinten Concordats in einzelnen Fällen zugelassen hat.«

März 6 Das Geistliche Departement erklärte sich (am 6. März) ganz einverstanden (Concept, geschrieben von Sellentin, gezeichnet von Scholz; Anweisung von letzterem).

Febr. 4 **318. Conferenz-Protokoll.** Berlin 1789 Februar 4 und 17.

R. 76. I. 198. Geschrieben von Meierotto. Am Rande die Notiz (gleichfalls von Meierotto) »Vorgelesen und richtig befunden in der Session, den 24. Februar.«

Verhandlung des Ober-Schul-Collegs mit dem Bischof von Kulm über Verbesserung des westpreussischen Schulwesens.

»Actum d. 4. Febr. 1789 im Ober-Schul-Colleg.

. . . »Da . . . der Bischof von Culm in Berlin anwesend war und bei des Herrn Chef Exc. auf eine Schul-Conferenz angetragen hatte, so ward von Hochdenselben die Zeit der gewöhnlichen Session des Ober-Schul-Collegii dazu ersehen, und es erschien also auch der Herr Bischof nebst seinem Capellan.

---

1) Vgl. No. 292.

»Nachdem derselbe zum Eingange nochmals die Nothwendigkeit einer Veränderung in der Hauptsache vorgestellt hatte, so ward von ihm einestheils das Reglement eingereichet und zu den Acten gegeben, nach welchem er die sieben in Westpreussen befindliche Jesuiter-Collegien oder Gymnasien einzurichten sich vor dem hochseligen Könige Friedrich II. anheischig gemacht hatte, als welcher ihn zum Chef aller eingezogenen Jesuiter-Institute ernannt hatte. Die westpreussische Regierung hatte dieses Reglement genehmiget[1]) und bezeugt, dass es dem Willen des Königs gemäss sei, dass ein solches Reglement entworfen würde. Zweitens wird durch den Capellan des Herrn Bischofs eine neue Eingabe vorgelesen, in welcher theils die Grundsätze, wie die Nation durch die Schulen verbessert werden müsse und könne, ausgeführt, theils neue Vorschläge und Anforderungen gethan wurden. Nachdem jene Grundsätze approbirt und diese Vorschläge und Anforderungen besprochen und nähere Erläuterung derselben erfordert war, so wurden dem Herrn Bischofe folgende Vorschläge gethan, um sie in nähere Erwägung zu ziehen. 1789 Febr. 4

»1) Es möchte der Herr Bischof[2]) dem Ober-Schul-Collegium specielle Fälle und Data vorlegen, aus welchen sich ergäbe, dass die jetzige Aufsicht der Bischöfe auf die katholischen Schulen nicht hinreichend sei; dass besonders die immerwährende Abwesenheit der in Pohlen residirenden Bischöfe auf die Schulen und auf die Ausbildung der Geistlichen sowie auf die Ausbildung des Volks durch die Geistlichen den nachtheiligsten Einfluss hätte, indem die Officiales nicht freie Hand, nicht Autorität oder auch nicht den Beruf dazu hätten, das Ganze zu verbessern.

»2) Auch bei der jetzigen Subordination der Geistlichen könnte für die katholischen Schulen doch besser gesorgt werden, wenn z. B. die Geistlichkeit dazu könnte gebracht werden[3]), ausser der Abwartung des öffentlichen Gottesdienstes auch thätiger für die Belehrung der Gemeine zu werden und besonders sich der Schulen mehr anzunehmen, wenn also die Pfarrer, welche nicht zu alt dazu sind und die Geschicklichkeit dazu haben, könnten ermuntert werden, selbst Stunde in der Schule zu geben und den Schulmeister zuzustutzen und durch Beispiel zu ermuntern. Dazu würde vielleicht dieses beitragen, dass man nach der Neigung und nach der Geschicklichkeit der Pfarrer einen Unterschied zwischen denselben machte.

---

1) Band 5, 433.

2) »Der Herr Bischof erklärte mündlich: Auf Darlegung specieller Fälle von dem Nachtheil, der in den Mixt-Diöcesen aus Abwesenheit der Bischöfe entstände, könne er sich nicht einlassen.«

3) »Der Herr Bischof: Es sei freilich nöthig, die katholischen Pfarrer zu mehr Thätigkeit zu erwecken und sie zu Verbesserung und zur Direction bei den Land-Schulen zu brauchen. Aber es würden für sie als Aufseher der Schulen auch Diäten und Vorspanns-Pässe nöthig sein.«

1789 Febr. 4 Bisher mussten alle Pfarrer auch die Wirthschaft der Kirchen-Ländereien und Grundstücke besorgen; das verständen nun wahrscheinlich nicht alle gleich gut, thäten es auch vielleicht nicht alle mit gleicher Neigung. Wenn a) von nun an[1]) der gute und eifrige Wirth die Bewirthschaftung auch der benachbarten Pfarreien besorgte, dagegen die für den Unterricht der Jugend brauchbarere Pfarrer auch die Schulen der benachbarten Pfarreien in Ordnung zu bringen und zu erhalten übernähmen und dagegen von der Wirthschaft dispensirt seien; b) wenn[2]) von den Bischöfen diejenigen Pfarrer, welche in Ansehung der Schulen sich besonders Mühe gegeben hätten, auch nach Maassgabe ihres Verdienstes um die Schulen in der Einnahme verbessert und in einträglichere Pfarr-Stellen versetzt würden, so dass auch dadurch mehr Thätigkeit für die Schulen erweckt würde; c) wenn zum Unterricht des Landmanns[3]) bessere Schulbücher und in einer den polnischen Lehrern verständlichern Übersetzung, als bisher erschienen wären, zum Grunde gelegt würden.[4]) Wozu die Grundsätze und die Methode vom Ober-Schul-Collegium könne bekannt gemacht, die in protestantischen Schulbüchern schon vorhandne Materialien könnten genutzt, die übrigens aber nicht bloss die Confirmation der Bischöfe für sich hätten, sondern als durch sie und unter ihrer Direction angefertiget katholischer Seits würden angesehen werden.

»3) Ob es wohl erwartet werden könne, dass die Geistlichen die Zubereitung und den Sinn oder auch nur die Sprachfertigkeit haben würden, welche deren künftige Stellen in den Landen des Königs erfordern, so lange dieselben, um geweihet zu werden, nach Pohlen gingen und dort gerade die Jahre hindurch blieben, in welchen ihre Ausbildung zum Amte sollte vollendet werden?[5])

»4) Ob von den Einkünften der Kirchen nichts zu den Schulen hergeschossen werden könnte? Vielleicht dass bei besserer Verwaltung der Kirchengüter die Kirchen mehr übrig hätten? Ob die Verwaltung dieser Güter auch wohl unter solcher Aufsicht stände, wie es die Sache fordere,

---

1) »Der Herr Bischof: Die Bewirthschaftung mehr als Einer Pfarrei durch Einen Geistlichen möchte nicht Statt haben.«

2) »Der Herr Bischof: Er sehe recht gut, wohin dies ziele, und er sei gar nicht dagegen; nur die Canonicate seien gar sehr in ihren Einnahmen geschmälert; er müsse den Canonicis Unterhalt dadurch verschaffen, dass er erledigte Pfarr-Stellen den Canonicis zulege und diese durch Vicarien versehen lasse.

3) »Der Herr Bischof war dazu geneigt.«

4) Nachsatz fehlt.

5) »Der Herr Bischof: Aus seiner Diöces gehe kein Geistlicher, um geweihet zu werden, nach Pohlen; der übrigens hier erwähnte Nachtheil sei eben so gegründet als bekannt.«

und ob die Pfarrer den Herrn Bischöfen auch richtig Rechnung ablegten?[1]) 1789 Febr. 4

»5) Ob bei den Jesuiter-Collegien nichts gespart werden könnte?[2]) Vorausgesetzt, dass der ganze Fonds bloss den Schulen bliebe, dass 7 Schulen gelassen würden, unter welchen 2 höhere Schulen oder Gymnasien, die andere gewöhnliche Stadt-Schulen oder Bürger-Schulen würden. So würden vielleicht bei letztern einige Lehrer erspart und den Gymnasien zugelegt werden können? Besonders schiene bei den Gebäuden dieser Jesuiten-Institute eine grosse Ersparung anzubringen zu sein. In den meisten Städten wären die Jesuiter-Institute für das Bedürfniss einer kleinen oder mittlern Schule viel zu weitläuftig und die Gebäude zu geräumig. Diese forderten viel Reparatur, könnten nicht unterhalten werden und brächten nach ihrer Grösse keinen verhältnissmässigen Nutzen. Ob nicht die Gebäude an 5 Orten zum Theil könnten verkauft oder zum Theil eingerissen und die Materialien verkauft werden? Von dem, was dafür einkäme, müsste der andre Theil zweckmässiger ausgebauet oder um so regelmässiger unterhalten werden.

»6) Es sei vieles, was die Jesuiter-Institute an Gütern und Capitalien gehabt und womit es misslich stand, wie mit dem Capital in Thorn, glücklich herbeigeschafft, dem Fonds der Jesuiter-Institute gesichert und zugeschlagen worden; ob nicht aber noch viele dieser Güter und Capitalien, welche in Pohlen gelegen und untergebracht wären und die bei Aufhebung des Ordens auch wären eingezogen worden, von der Krone oder den Particuliers in Pohlen könnten vindicirt und dem Jesuiten-Güter-Fonds könnten recuperirt werden? Da nun der Herr Bischof erklärte, es seie dadurch unstreitig vieles wieder zu gewinnen, aber es müsse dagegen auch in Erwägung gezogen werden, dass von preussischer Seite manche Güter, welche dem Jesuiter-Institute in Thoren gehörten, eingezogen und den 7 westpreussischen Jesuiter-Collegiis zum Theil geschenkt wären. Die beste Auskunft darüber könne der Marienwerdersche Regierungs-Rath, der Herr v. Meyer, der ohnedem die beste Einsicht sowie die sichtbarste Thätigkeit in den die katholischen Schulen angehenden Sachen hätte, geben. Er, der Bischof, schlüge deswegen vor, dass sein Capellan an gedachten *p.* v. Meyer schriebe und von ihm ein Verzeichniss der Güter und Gelder fordere:

---

1) »Der Herr Bischof: Die Pfarrer und alle Stifter der Diöces müssten dem Bischofe Rechnung ablegen, und von den Einnahmen dieser Kirchen möchte für Schulen nichts abgehen können.«

2) »Der Herr Bischof: Allerdings sei der Vorschlag gut, sei von ihm oft rege gemacht worden, aber bei der westpreussischen Regierung nie durchgegangen. Es könne die Sache von neuem vorgenommen werden; wenn nur Mittel wären, die Risse und Anschläge anfertigen zu lassen, so dass es dem Exjesuiter-Fonds nichts koste.«

1789 Febr. 4 a) welche von preussischer Seits eingezogen seien, da sie vorher nicht westpreussischen, sondern pohlnischen Jesuiter-Instituten gehört hätten; b) welche von pohlnischer Seite eingezogen worden, da sie vorher den westpreussischen Jesuiter-Instituten gehört hätten. Dieser Vorschlag ward genehmiget, und dem Capellan des Herrn Bischofs ward aufgetragen, in solcher Art an den *p.* v. Meyer zu schreiben und ihm anzudeuten, dass er diese Nachrichten gerade an des Herrn Chef Exc. adressire.

»Bis zum Eingang dieser Nachricht ward die Sache ausgesetzt und die Conferenz hiemit geschlossen.

Febr. 17 »Continuat. d. 17. Febr.

»Da der vorstehend gedachte Bericht des Regierungs-Raths v. Meyer eingelaufen war und *dato* zum Vortrag kommen sollte, auch der Bischof, Herr Graf v. Hohenzollern, abermals wünschte, in Vorschlag seiner ersten Anträge noch etwas hinzuzufügen, so ward die Conferenz dieses Tages in seiner und seines Capellans und Secretärs d'Alsin[1]) Anwesenheit gehalten.

»Es ward zuerst ein neuer Antrag, der besonders die Rechte der katholischen Geistlichkeit auf die Aufsicht über die Land-Schulen, auf die Real-Abgaben von den Hufen und Grundstücken, auf mehr Schonung und Achtung von Seiten der Regierung enthielt und zuletzt etwas von der Anfertigung der Schulbücher einschloss, abgelesen. Dieser Antrag ward zwar im Allgemeinen besprochen, einige Grundsätze desselben im Allgemeinen approbirt, übrigens ward er des Herrn Chef Exc. übergeben und von Hochdenenselben zur nähern Erwägung den Acten beigefügt.

»Dann ward dem Bischofe, Herrn Grafen v. Hohenzollern, über seinen Hauptantrag, dass eine gewisse Aufsicht über alle, auch die vermischten[2]) Diöcesen in Westpreussen ihm als *delegatus apostolicus* ausgewirkt werden möchte, wodurch denn das Schulwesen viel gewinnen würde, Folgendes eröffnet.

»Seine Anträge überhaupt hätten hieselbst des Herrn Chef des Geistlichen Departements Exc. *in extenso* gehört, und was davon ausführbar und dem Interesse des Landes zuträglich befunden würde, dürften Hochdieselben nicht vergebens gehört haben.

»Was das Ober-Schul-Collegium als solches beträfe, so hätte es seine Grenzen, die in einer Instruction[3]) bestimmt wären, nach welchen es andern Departements verantwortlich werden könne, wenn es über die Grenzen träte, etwas an Geschäften an sich zöge, was für ein andres Departement

---

1) Die Lesung dieses Namens ist nicht ganz sicher.

2) «Vermischte Diöcesen heissen die, welche unter einem Bischofe stehen, der einen Theil, und zwar den beträchtlichsten Theil seines Sprengels in der Republik Polen hat, deswegen dort fast immer residirt und die diesseitigen bischöflichen Officia durch Officiale versehen lässet.«

3) S. No. 65.

gehörte, und wodurch die Sachen eine für das Geschäfte nachtheilige Wendung nehmen könnten; es müsse also dieses Collegium alles ablehnen und vermeiden, was als ein Eingriff in die eigene Geschäfte eines andern Departements angesehen werden könne. 1789 Febr. 17.

»Ferner habe dieses Collegium, sowie ein jedes, sein eignes Interesse und gleichsam seinen Eigennutz. Dieser sei nun nicht, um die Einkünfte des Königs unmittelbar zu vermehren, nicht, um das, was anderweitige Bestimmung hätte, an sich zu ziehen und z. B. die Fonds und Gelder, welche die katholischen Kirchen, Stifter und Schulen in Westpreussen besässen, im geringsten zu vermindern, damit Schulen in andern Provinzen oder protestantischen Schulen in Westpreussen aufgeholfen würde. Sondern das einzige Interesse des Collegium sei dieses, dass in Ansehung der Schulen das Zuträglichste und nach den Umständen das Beste geschähe, dass auf eine auffallende und sich vortheilhaft auszeichnende Weise der Zustand der verbesserten Schulen sich von dem vorigen unterschiede. Dies sei der wahre Zweck und die Ehre des Collegiums. Da nun in Westpreussen noch so viel zur Verbesserung der Nation geschehen müsse, da dieses vorzüglich durch die Schulen zu erwarten sei, so könne das Ober-Schul-Collegium besser als irgend ein andres Collegium das beurtheilen, was ein jeder Aufseher zur Verbesserung dieser Schulen beitrage oder beigetragen habe. Es würde also vielleicht kein ander Collegium so interessirt und so gut im Stande sein, ein Zeugniss dem Verbesserer der katholischen Schulen zu geben und zur Erweiterung der Autorität in Rücksicht auf Schulen für denselben zu arbeiten. Man bäte deswegen angelegentlich, der Herr Bischof möchte in die Absichten und Wünsche des Ober-Schul-Collegii entriren.

»Es sei ohnstreitig sein Interesse, dass die Einrichtung, die er jetzt vorschlage und durchzusetzen wünsche, ohne viel Widerspruch durchgehe, Effect habe und auch nach ihm sich erhalte. Dies könne nur erwartet werden, wenn sein künftiger Nachfolger ebenso dächte und auch gleichen Einfluss habe. Nur dann könne dieselbe Autorität dem Nachfolger gegeben werden, wenn diese Erweiterung der bischöflichen Rechte sich bei dem, dem sie zuerst zugestanden, als gut, wohlthätig und von allen nachtheiligen Folgen entfernt bewähret hätten. Daher stelle man dem Herrn Bischof jetzt anheim, das, was er begehre, auf die Art zu suchen, wie es auch künftighin dem wenigsten Widerspruch ausgesetzt sei und offenbar als wohlthätig und für die gute Sache der Schulen beförderlich erscheine.[1])

»Dazu gehört dann auch, dass der Herr Bischof irgendwo bestimmt angebe und detaillire, was er eigentlich für einen Wirkungskreis für sich ausgemacht, welche Grenzen er sich festgesetzt wissen und auf welche Art

1) »Der Herr Bischof erklärte mündlich: Er wolle gern den Zeitpunkt abwarten und durch das Cabinets-Ministerium die Sache gehen lassen.«

1789 Febr. 17 dies bewirkt werden solle. Dann möchte der Herr Bischof schon jetzt in seiner Diöces alles thun, was möglich wäre für die Schulen, und dadurch zu zeigen bemüht sein, welche gute Folgen für die Schulen daraus entstehen würden, wenn es in allen Diöcesen gleichförmig ginge und wenn dieser gute Wille, die besten Grundsätze durch mehr Ansehen unterstützt wären. Er möchte jetzt schon in seiner Diöces die zum Schul-Unterricht vorzüglich geschickten und geneigten Geistlichen und Pfarrer kennen zu lernen und dem Ober-Schul-Collegium bekannt zu machen suchen; er möchte diese durch seinen Beifall, durch Verheissungen, durch Versetzungen und Gehaltsverbesserungen bei gutem Willen zu erhalten suchen.

»Er möchte[1]) ein Verzeichniss der Hauptmängel der Schulen, mit genauer Bestimmung der Örter, Personen und dessen, worin es fehle, aufnehmen lassen und dem Ober-Schul-Collegium berichten; ebenso zur Entwerfung und Ausarbeitung der Schulbücher unverzüglich schreiten lassen; dann die Einnahmen der Schulen dadurch zu vermehren suchen, dass er vorzüglich für Schulen interessire, Legate ihnen zuzuwenden, Stifter, die entbehrt werden könnten, dazu anzuwenden, von überflüssigen Kirchengütern etwas dahin fliessen zu lassen bedacht sei.

»Dann würde vielleicht auch das Ober-Schul-Collegium von dem königlichen westpreussischen Schul-Fonds vorzüglich etwas dazu anlegen können, dass einige kleine Districte in der culmischen Diöces vorzüglich mit Schulhäusern und guten Schullehrern versorgt würden.

»Und wenn es sich dann unwiderleglich gezeigt habe[2]), dass die culmische Diöces durch des Herrn Bischofs Eifer in Ansehung der Schulen vor allen sich auszeichne, so könne dann auch, in andern Diöcesen denselben Vortheil zu verschaffen, der Einfluss des Herrn Bischofs über andere Diöcesen erweitert werden. Wenigstens könne das Ober-Schul-Collegium sich darauf berufen, dass es in der Nähe und Ferne in katholischen Land-Schulen so gut nicht aussähe als da, wo der Herr Bischof die Anordnungen gemacht habe.

»Übrigens habe[3]) der Herr Bischof schon *a. 1780* in einer Correspondance mit des Königs Maj. den Vorschlag gethan, dass von den geistlichen Gütern, von der Einnahme des Bischofs bis zu der des letzten Pfarrers 3 Procent sollen abgegeben und zur Verbesserung der Schulen verwandt werden. Des hochseligen Königs Maj. haben dies unter dem

---

1) »Der Herr Bischof: Dazu sei er ganz geneigt. Von Westpreussen aus solle es unverzüglich geschehen.«

2) »Der Herr Bischof: Er erwarte nur des Ober-Schul-Collegii Rath und Anweisung und wolle alles zu diesem Zweck beitragen.«

3) »Der Herr Bischof: Er habe eingesehen, dass es ihm nicht allein Hass zuziehe, sondern dass es auch eine Ungerechtigkeit involvire und, weil nur einseitig etwas auferlegt würde, zu viel gerechte Beschwerden veranlassen würde.«

18. Martii 80 genehmiget[1]), nur mit dem Präsidenten v. Domhart zu concertiren befohlen. Wovon auch des Herrn Bischofs Brief an den *p.* v. Domhart zeuge. 1789 Febr. 17

»Zweitens[2]) sei von dem Herrn Bischof vorgeschlagen worden, dass die Abgabe, welche zur Unterhaltung der Tobaks-Officianten bisher Statt gehabt habe und die doch aufhören werde, künftighin von katholischen Kirchen- und Stifts-Gütern fortgesetzt entrichtet, aber nur zum katholischen Schulwesen verwandt werden solle.

»Schliesslich wurde der Bericht des Regierungs-Raths v. Meyer vorgetragen, nach welchem sich zeigte: dass freilich einige dem Thornschen Jesuiter-Institute gehörige Güter vom Könige eingezogen seien, dass ferner einige der Capitalien, so die Jesuiter-Stifte ehemals in Thorn und Danzig stehen gehabt, wieder herbeigeschafft seien und dem Jesuiter-Schul-Fonds verzinset würden; dass diese Güter aber in keinem Verhältniss ständen mit den Capitalien, welche man polnischer oder österreichischer Seits eingezogen oder vorenthalten oder offenbar der polnischen Schul- und Educations-Commission zugewandt habe.

»Es wird demgemäss vom Ober-Schul-Collegio beschlossen, an das Departement der auswärtigen Affairen zu schreiben«[3]) . . .

---

319. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe. Berlin 1789 Februar 6. Febr. 6

R. 11. 33. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Der Kaiser will im Nuntiatur-Streit vermitteln, der Papst zieht Preussen als Vermittler vor.

. . . »Vous remercierez le nonce du pape de ce que par ordre de sa cour il vous a communiqué l'offre, que l'empereur a faite au pape de sa médiation pour l'arrangement de ses différends avec les archevêques et de ce qu'elle a déclaré vouloir s'en rapporter principalement à moi. Vous prierez le nonce de témoigner à sa cour ma sensibilité de la confiance, qu'elle me montrait, et de l'assurer: que je continuerais à faire ce qui dépendrait de moi pour acheminer un accommodement aussi désirable; qu'il était seulement à désirer, qu'on puisse trouver un point de réunion, pour entamer cette négociation extrêmement difficile; qu'il fallait attendre pour cet effet la réponse, que sa cour ferait à la lettre des archevêques, et l'arrivée du comte Guiccioli à ma cour.«

---

1) Band 5, 359.

2) »Der Herr Bischof: Es würde vielleicht dem Willen des Königs, sicher allen Geistlichen ganz zuwider sein.«

3) S. No. 323.

1789 Febr. 6 **320.**[1] **Erlass des Geistlichen Departements an den Grafen von Hohenzollern, Bischof von Kulm.** Berlin 1789 Februar 6.

R. 7. B. 23. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Scholz.

Kein Vicarius Apostolicus in den preussischen Diöcesan-Bezirken polnischer Bischöfe. Kein Seminar für katholische Geistliche. Die Grenze zwischen geistlicher und weltlicher Gerichtsbarkeit.

. . . »Die jetzige Conjuncturen in Pohlen verstatten nicht, auf Euern Antrag wegen Ansetzung eines *vicarii apostolici* für die an Preussen abgetretene Diöcesen-Bezirke der polnischen Bischöfe einzugehen und eine Sache, welche ihrer Natur nach die grössten Widersprüche von Seiten der letzten erregen muss, in Bewegung zu bringen. Es ist vielmehr zuträglicher, diese Angelegenheit ebensowohl als das in Anregung gebrachte Etablissement eines Seminarii für katholische Geistliche, wozu es gänzlich an Fonds gebricht, bis auf günstigere Zeiten und bis etwa zur Suppression eines beträchtlichen *beneficii ecclesiastici* sich Gelegenheit ereignet, ruhen zu lassen.

»In Absicht auf Euern sehr unbestimmten Antrag, die Grenzen der geistlichen und weltlichen Gerichtsbarkeit näher zu bestimmen, werdet Ihr auf die westpreussische Regierungs-Instruction[2] als dasjenige Landesgesetz, welches hierin Maass und Ziel setzt und wovon das Geistliche Departement nicht abgehen kann, hiermit verwiesen. Es wird aber die westpreussische Regierung ihre Verordnungen nur alsdenn unmittelbar an die katholische Geistlichkeit erlassen, wenn dringende Umstände es nicht gestatten wollen, solche durch das bischöfliche Amt gehen zu lassen; auch wird im übrigen gedachte Regierung in Fällen, wo ein Euch untergebener Geistlicher von dem weltlichen Richter zur Untersuchung gezogen wird, nicht entgegen sein, einen von Euch zu ernennenden Commissarium zu admittiren.«

Febr. 12 **321. Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig an den Etats-Minister Hertzberg.** Braunschweig 1789 Februar 12.

R. 11. 24. Eigenhändiges Mundum.

Guiccioli. Der Nuntiatur-Streit.

»Le comte de Guiccioli, qui aura l'honneur de remettre cette lettre à V. E., m'a été fortement recommandé par le cardinal Buoncompagni, secrétaire d'État du pape, et par Mgr. Pacca, nonce à Cologne, que j'ai eu l'occasion de connaître l'un et l'autre. Ils désirent tous les deux, que je leur obtienne la protection de V. E. en faveur des nonciatures, sans lesquelles les évêques en Allemagne deviendraient dépendants sans appel des

---

1) Antwort auf den Bericht vom 12. September 1788. Vgl. No. 134.

2) Band 4, 541.

métropolitains et sans lesquelles les élections aux évêchés deviendraient plus sujettes, qu'ils ne le sont, aux influences de la cour de Vienne. 1789 Febr. 12

»Je crois, que sous ce point de vue cette affaire pourrait se plaider avec succès en faveur de la cour de Rome; mais je ne vois pas, comme cette cour défendra les nonciatures à Cologne et à Munic. En même temps les archevêques regardent celle-ci comme une innovation, d'un autre côté l'électeur de Bavière l'a demandée du pape, et il s'est affranchi par là d'une influence odieuse des électeurs de Mayence et de Cologne dans les États situés sur le Rhin.

»Sans oser hasarder une opinion sur cette matière, je crois, que l'abolition entière des nonciatures en Allemagne serait donner beau jeu à l'empereur, tout comme il ne serait pas de l'intérêt du roi, de heurter de front Mayence et Cologne en faveur de Rome. La route à suivre est seule réservée aux profondes lumières de V. E.; qu' Elle me pardonne cette lettre et qu' Elle ne me suspecte pas de cryptocatholicisme!«

Waldenfels an Finckenstein und Hertzberg, s. unter dem 21. März. Febr. 13

Das Geistliche Departement an das General-Directorium, s. unter dem 4. Februar.

---

322. Das Auswärtige Departement an das Geistliche Departement. Febr. 17

Berlin 1789 Februar 17.

R. 4. 13. N. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Simultaneum in den katholischen Kirchen von Draheim.

Remittiren »mit unserer Mitunterschrift das unter'm 6. Februar uns zugeschickte Rescript an die pommersche Regierung[1]) betreffend die Verbesserung der Schul- und Kirchen-Sachen in der Herrschaft Draheim. Wir hätten aber gewünscht und halten noch nöthig, dass . . . die pommersche Regierung ausdrücklich autorisiret werde, ein Simultaneum in den katholischen Kirchen von Draheim, wo keine oder nur wenige katholische Einwohner vorhanden sind, zum Besten der dortigen protestantischen Gemeinen einzuführen, indem solches für letztere höchst nöthig ist und man pohlnischer Seits keine grosse Beschwerden darüber führen wird, S. K. M. auch die Herrschaft Draheim nicht allein aus dem letzten Cessions-Tractat *de 1773*[2]), sondern schon vorher aus der Convention von Bidgost von 1657[3]) mit eben den Rechten als die Könige von Pohlen besessen haben. Wir halten auch dafür, dass, wenn darüber Streitigkeiten entstehen sollten, solche keines-

---

1) Fehlt in den Acten. Vgl. unter dem 10. Juni 1790.

2) *Hertzberg, Recueil des déductions* 1, 399.

3) Band 1, 107 Anm. 1.

1789 Febr. 17 weges zur Beurtheilung der Justiz-Collegiorum, sondern lediglich zu unserer Verfügung gehören, da es auf die Auslegung eines Tractats mit einem fremden Staat ankommt.«

---

323. Schriftwechsel zwischen dem Ober-Schul-Collegium und dem Auswärtigen Departement. Berlin 1789.

R. 7. B. 54. A und R. 76 I. 199.

Schlimmer Zustand der Cultur und der Sitten in Westpreussen. Katholische Seminare nothwendig. Rückforderung der Capitalien, welche Polen den westpreussischen Jesuiten entzogen hat.

Das Ober-Schul-Collegium. Berlin Februar 17.

Concept (gezeichnet von Woellner und Meierotto) und Mundum (gezeichnet von Woellner) Anweisung zum Concept von Meierotto.

»EE. EE. kann es nicht unbekannt sein, dass ein grosser Theil der Einwohner Westpreussens, auch die reichern nicht ausgeschlossen, in Ansehung der Cultur, der Betriebsamkeit und der ausgebildeten Sitten noch sehr weit zurück ist. Ja, wir glauben ihnen nicht Unrecht zu thun, wenn wir behaupten, dass sie in Ansehung der Ergebenheit gegen die Regierung und den Landesherrn und in Ansehung der Zuneigung oder auch nur der Toleranz gegen die Deutschen noch kaum als Unterthanen anzusehen sind. Es wird auch wohl so lange im Wesentlichen keine Abänderung Statt haben, als bis nicht durch eine bessere Ausbildung der aufwachsenden Generation die Denkungsart und Moralität der Nation gebessert worden. Jetzt hat entweder gar keine Ausbildung Statt oder sie ist ganz in den Händen der auf alte Art unterrichteten und in Vorurtheilen aufgewachsenen niedern katholischen Geistlichen. Diese werden selbst in Pohlen unterrichtet, zu Geistlichen und Lehrern gebildet und geweihet und dürften also schwerlich den westpreussischen Unterthanen solche Principia beibringen, wie es das Beste des Staats fordert, dem diese nun incorporirt sind. Deswegen machen wir uns auch ein angelegentliches Geschäfte daraus, Anlagen zu machen, dass künftighin die für Westpreussen bestimmte und nothwendige katholische Geistlichkeit und Schullehrer im Lande selbst gebildet werden können. Dazu gehört aber offenbar, dass Seminarien gestiftet werden und dass eben die Unterstützung, Gelegenheit und Vortheile, welche die studirenden Westpreussen besonders von den ermländischen und andern vermischten Districten in Pohlen finden, ihnen künftighin im Lande selbst eröffnet werden. Der Fonds der eingegangenen Jesuiter-Institute dürfte dazu nicht hinreichen, wenn auch nichts davon abalienirt wäre. Die katholischen Kirchen können dazu auch nichts hergeben, und den königlichen Cassen ist eine solche Ausgabe noch weniger zuzumuthen. Es muss also wohl vorzüglich dahin gesehen werden, dass die Güter und Capitalien, welche einmal zu diesen Zwecken bestimmt gewesen, wiederum ausgemittelt und herbei-

geschafft und sodann auf's zweckmässigste administrirt und zur Erziehung einer bessern Generation verwandt werden. 1789 Febr. 17

»Nun sind noch vor den Reoccupation verschiedene Güter und Capitalien, welche den westpreussischen Instituten gehören, von pohlnischer Seite eingezogen worden, einige der dortigen Educations-Commission zugeschlagen, andere auf verschiedene Weise den gedachten Instituten entzogen und vorenthalten worden. Auf Anzeige eines gewissen Ex-Jesuiten Hübner und auf Requisition der westpreussischen Regierung ist bereits *in anno 1775* einem . . . Departement der auswärtigen Affairen hievon Anzeige gethan, von welchem auch deshalb eine Verfügung an den *p.* v. Benoit erlassen und der Hübner[1]), dem man alle Documente eingehändigt, nach Warschau beordert worden, um dort deswegen zu tractiren. Die westpreussische Regierung weiss aber nicht, was aus dieser Unterhandlung geworden, noch wo die Documenta geblieben sind; und da wir vermuthen, dass sich in den Rapporten der königlichen Gesandtschaft in Warschau oder in den Gesandtschafts-Acten vielleicht eine nähere Auskunft deswegen finden dürfte, so ersuchen EE. EE. wir . . ., uns darüber eine möglichst umständliche Nachricht . . . zukommen zu lassen.

»Hiernächst stellen EE. EE. erleuchteten Einsicht wir noch . . . anheim, ob bei dem jetzigen Reichstage und ehe z. B. die Geistlichkeit in Pohlen zu fixirten schweren Abgaben in Anspruch genommen wird, es nicht vielleicht der eigentliche und letzte brauchbare Zeitpunct sein dürfte, von diesen angeblich eingezogenen und zur Educations-Casse geschlagenen Gütern wenigstens einen Theil wieder herauszubekommen und dem Schul-Fonds der katholischen Schulen in Westpreussen zuzuwenden.«

Folgt eine Aufzählung der von polnischer Seite eingezogenen Capitalien.

»Nun ist freilich nicht zu leugnen, dass auch von des Königs Maj. Güter, welche dem Jesuiter-Institute in Thorn gehört haben, eingezogen worden, als: Kowroz, Ostaczewo, Bruchowo, Mierezyneck, Mtyniec und Gniewkowiec. Allein der Ertrag dieser Güter, der anschlagsmässig nur in 5450 fl. bestehet, hat mit den obigen Capitalien gar kein Verhältniss . . .

»Übrigens zeigt sich unseres Erachtens dadurch, dass der Bischof von Cujavien zu Wraclawetz den katholischen Studirenden und angehenden Geistlichen aus Westpreussen in grosser Zahl Beneficia einräumet und sie unterhalten lässt (von welchen königlichen Unterthanen dann freilich ein grosser Theil und gerade die fähigsten in Hoffnung der bessern Pfründen in Pohlen bleiben und für das Land verloren gehen), deutlich genug, dass man pohlnischer Seits dem westpreussischen Schul-Fonds etwas schuldig zu sein glaubt und die Unterhaltung und Ausbildung der Geistlichen der Provinz Westpreussen wahrscheinlich deswegen abnehmen müsse, weil man die Fonds, die dazu hätten hinreichen können, vorher selbst entäussert hat. Es ist

1) Vgl. Band 5, 19.

1789 Febr. 17 aber doch für das Land in aller Rücksicht viel zuträglicher, dass, anstatt die Bildung der Geistlichen auf dem in Pohlen üblichen Fuss zu vollenden und die westpreussischen Subjecte dorthin gehen zu lassen, lieber ein für alle Mal ein verhältnissmässiger Abtrag von dem Seminar zu Wraclawetz an den westpreussischen Schul-Fonds gegeben und dafür die königlichen Unterthanen im Lande zu Geistlichen gebildet würden« . . .

Febr. 26 Das Auswärtige Departement. Februar 26.

Concept und Mundum, beide gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg; jenes geschrieben von Siebmann.

»Um unsererseits nichts zu verabsäumen, was E. E. und eines . . . Ober-Schul-Collegii rühmliche Absichten in Ansehung der Verbesserung des katholischen Schulwesens in Westpreussen befördern kann, erlassen wir . . . das abschriftlich beigehende Rescript an den königlichen Gesandten v. Buchholz zu Warschau, um einen Versuch zu machen, ob er die pohlnischer Seits den westpreussischen Instituten entzogene Capitalien wieder herbeischaffen könne. Wir versprechen uns aber davon keinen grossen Erfolg, da bei den meisten Posten alles auf ganz vaguen Angaben beruhet und in Absicht derjenigen, welche die Republik selbst herausgeben sollte, die politischen Umstände nicht erlauben, sie deshalb hart zuzusetzen.«

Ein Ergebniss der in Warschau angeknüpften Verhandlungen liegt nicht vor.

März 4 **324. Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements.** Berlin 1789 März 4.

R. 46. B. 79. Concept und Mundum, gezeichnet von Finckenstein.

Visitation des Erzbischofs von Olmütz in Ober-Schlesien.

»Der Erzbischof von Ollmütz, welcher das Diöcesan-Recht über den Katscher, Hultschiner und andere Districte in Ober-Schlesien hat, ersucht E. K. M. . . . ihm zu erlauben, dass er diese Districte den künftigen Sommer durch seinen Weihbischof visitiren lassen dürfe. Wir finden kein Bedenken dabei, da dergleichen geistliche Visitationes von keiner Wichtigkeit noch Consequenz sind und von des vorigen Königs Maj. immer sind erlaubt worden. Wir haben also . . . das beigehende Antwortschreiben an den Erzbischof von Olmütz aufgesetzt und überreichen es zur . . . Vollziehung.«

Der König vollzog das Schreiben.

---

325. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe. Berlin 1789 März 9. 1789 März 9

R. 11. 33. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Vor weiteren Verhandlungen über den Nuntiatur-Streit muss der Papst den Erzbischöfen antworten.

»Je ne puis qu'accuser encore aujourd'hui l'entrée de votre dépêche du 26. février[1]), et je me réserve d'y faire répondre plus particulièrement, ainsi qu'à la précédente, quand on aura le temps de reprendre l'affaire de la nonciature; mais il semble, qu'il n'y a rien qui presse à cet égard, aussi longtemps que le pape n'a pas répondu à la lettre des archevêques. C'est ce qu'on dit ici au comte Guiccioli et ce que vous pouvez répondre aussi aux propos véhéments du nonce Zoglio, lequel, par parenthèse, étend trop les termes de ma garantie«[2]) . . .

---

326. »Note« des Grafen Guiccioli, päpstlichen Legations-Secretärs[3]), für (den Etats-Minister Hertzberg). Berlin 1789 März 18. März 18

R. 10. 79. Mundum.

Widerlegung des kurmainzischen Schreibens an den Papst. Nutzen der Nuntiaturen. Gefahr, dass die Erzbischöfe übermächtig werden und sich mit dem Reichs-Hof-Rath verbünden. Also möge Preussen die Nuntiaturen wenigstens vorläufig in Statu quo erhalten.

»La lettre, que S. A. Mgr. l'archevêque de Mayence vient d'écrire au pape au sujet des nonciatures[4]), n'est dans le fond qu'un abrégé du *promemoria* présentée à la diète de l'Empire par S. A. S. Mgr. l'archevêque électeur de Cologne.[5]) C'est pourquoi le soussigné ayant été chargé de donner à S. M. Prussienne les éclaircissements relatifs à la même lettre, il a jugé que, pour s'acquitter de sa commission, il lui fallait puiser à la source et réfuter d'une manière précise et distincte le *promemoria*, dont on vient de faire mention. C'est avec la plus grande confiance dans la justice du roi que le soussigné a l'honneur de remettre cette réfutation[6]) dans les mains de V. E., qui, ne déférant à la simple autorité d'aucun en particulier, se réserve le droit d'examiner le pour et le contre de toutes

---

1) Betreffend Beschuldigungen des Nuntius Zoglio gegen die Kurfürsten von Mainz und Köln, welche Priester von ihren Gelübden entbunden und ihnen die Ehe gestattet hatten.

2) Zoglio forderte auf Grund dieser Garantie, dass Preussen sich zu Gunsten der päpstlichen Ansprüche bei Kur-Mainz verwende.

3) »Secrétaire de légation à Cologne.«

4) Vgl. S. 352 Anm. 3.

5) Vgl. S. 241 Anm. 2. Brief und Denkschrift sind so verschieden, dass man nicht begreift, wie Guiccioli eine solche Behauptung aufstellen konnte.

6) Liegt bei den Acten des Jahres 1788.

1789 März 18 les opinions, et n'use de cette liberté que pour s'attacher à ce qu'Elle juge conforme à la vérité. D'après cette réfutation V. E. pourra prendre en considération, s'il est raisonnable de demander par forme de préalable d'une composition à l'amiable avec le St.-Siége l'abolition des nonciatures pourvues de jurisdiction, qui depuis des siècles subsistent constamment dans l'Empire.

»D'ailleurs l'existence des nonciatures est très-utile en Allemagne, parceque des juges nationaux sans aucun caractère ne pourraient pas recouvrer les actes des procès, sur lesquels la sentence en première et seconde instance aurait été rendue, ou du moins ils n'oseraient pas réformer le jugement d'un archevêque électeur ou d'un évêque prince. Il est vrai, que les archevêques ont tracé à Ems le plan d'un seul tribunal provincial synodal, pour y renvoyer toutes les causes en appel; l'archevêque devrait en nominer le directeur et quelques assesseurs, et chaque suffragant un ou deux assesseurs et les entretenir à ses frais. Mais on sent bien le peu d'influence, que chaque évêque aurait dans un tribunal siégeant dans la résidence de chaque archevêque et dépendant du directeur métropolitain, et tout le monde en a conclu, qu'une conséquence nécessaire de ce tribunal c'est que les archevêques deviennent juges en dernier ressort de tous les procès ecclésiastiques d'Allemagne. D'où il s'ensuit, que l'archêveque de Mayence dans les cas très-fréquents des différends élevés au sujet des élections aux églises vacantes de Worms, Augsbourg, Eichstaedt, Wurtzbourg, Spire, Paderborn, Hildesheim, Constance, Coire, Strasbourg, Fulde pourra disposer en dernier ressort des places vacantes, et l'archevêque de Cologne, frère de l'empereur, aura la même puissance par rapport aux évêchés de Liége, d'Osnabruck, de Munster. La bonne intelligence, qui subsiste entre la cour de Vienne et les archevêques, entraînerait nécessairement une parfaite conformité entre les rescrits du conseil aulique et les sentences archiépiscopales: lorsque les archevêques auraient prononcé sur les contestations des prétendants, leurs sentences seraient irrévocables, et l'exécution en serait aussi prompte qu' infaillible.

»Le soussigné, laissant aux profonds connaisseurs des démarches du conseil aulique de Vienne le soin de décider, si les rescrits de ce tribunal combiné avec les officialats métropolitains porteraient peu à peu atteinte à la constitution légitime de l'Empire, se rapporte à ce que le savant et impartial Selchow[1]) a écrit au sujet du conseil aulique *Tom. I. Elem. iuris publici*[2]) § *271*; *ibi: Ad praecipuos fontes iurium in consilio aulico observandorum plerumque referuntur conclusa. Sed, si dicendum, quod res est, parum iis fidendum est, cum circumstantia minima variet rem; nec ideo inconstantiam augusti tribunalis accusaverim, cum vix in universo orbe terrarum dicasterium deprehendatur, quod non interdum*

1) Johann Heinrich Christian v. S., damals Professor in Marburg.

2) *Elementa iuris publici germanici. Göttingen 1769. 1772.*

re accuratius perpensa, sententiam suam mutaverit. De cetero non nego, 1789 März 18 *interdum in rebus dubiis secundum regulas prudentiae sententias dari. Quod tamen ad evitanda maiora mala saepe necessitas suadet. Notum enim illud axioma: 'Fiat iustitia, et pereat mundus' vix in umbra scholarum regnare potest: homines sumus, nec aulae Vindebonensi id proprium quis reputaverit.*

»Il est pourtant sûr, que les nonces plus aisément dans toutes les actions de leur charge iront au bien général, sans être d'aucun parti et sans acception des personnes. Puisque donc l'existence des nonciatures est fondée en général sur une très-ancienne possession, conforme au droit canonique, reçu en Allemagne, aussi bien que sur la bonne politique, il est de raison, qu'on les laisse *in statu quo*, du moins jusqu'à ce que les archevêques aient articulé en particulier leurs griefs contre les nonciatures: d'autant plus qu'on sent bien, que les plaintes vagues et indéterminées des archevêques ne peuvent pas être regardées comme une preuve ou une présomption quelconque contre les nonciatures. En attendant le soussigné est dans la plus grande confiance, que, du moins jusqu'à ce que cet écrit de griefs ne paraît, les nonciatures pourvues de jurisdiction soient garanties par un roi, qui prend la justice exactement pour règle de ses démarches et dont l'unique but est la conservation légitime de la constitution de l'Empire dans tous les cas, où cette constitution pourrait se trouver en danger.«

---

327. Königlicher Erlass an den Land-Jägermeister Stein, Gesandten am kurmainzischen Hofe. Berlin 1789 März 20. März 20

R. 11. 164. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Neue Zwistigkeiten zwischen Rom und Mainz. Streit zwischen dem Kurfürsten und dem Coadjutor. Dieser soll nach Erfurt gehen.

»J'ai reçu votre rapport du 11. de mars, par lequel j'ai appris avec beaucoup de peine le progrès des différends entre la cour de Rome et l'électeur de Mayence, qui ont reçu une nouvelle alimentation par une rixe survenue au sujet du prêtre Fischer[1]) et d'un bénéfice conféré par le pape à un baron de Reddewitz[2]) à la recommandation du coadjuteur, et la nouvelle brouillerie, qui s'est élevée à cette occasion entre l'électeur et le coadjuteur. Je ne doute pas, que vous faites tout votre possible pour arrêter et pour affaiblir l'animosité des parties et pour empêcher surtout les progrès de la mauvaise intelligence entre l'électeur et le coadjuteur, pour lequel effet le meilleur parti sera sans doute celui que le coadjuteur

1) Vgl. 387 Anm. 1.

2) Freiherr v. Redwitz; vgl. *Beaulieu-Marconnay, Dalberg und seine Zeit* (*Weimar 1879*) 1, 161.

1789 März 20 aille s'établir à Erfort et ne passe pas beaucoup de temps à Mayence. Comme je porte une estime égale et sincère à l'électeur et au coadjuteur, vous leur témoignerez de ma part mon désir et mes vœux pour la réconciliation et pour une parfaite union entre deux personnes d'un caractère aussi respectable et dont la bonne harmonie est si nécessaire pour le maintien de notre système commun et patriotique« . . .

---

328. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe. Berlin 1789 März 20.

R. 11. 33. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Ist des Nuntiatur-Streites müde.

. . . »Quant à l'affaire de nonciature, je trouve vos raisonnements fort bons et le projet d'accommodement, que vous proposez . . ., paraît aussi être fort acceptable, si l'on pouvait seulement parvenir à réunir les parties intéressées, pour accepter un médiateur et pour négocier dans un endroit comme à Ratisbonne, ce qui me paraîtrait le plus convenable, comme à l'endroit, où les ministres de toutes les parties intéressées sont et peuvent être assemblés. Mais aussi longtemps qu'on ne fait que se quereller sur les principes, sur le *status quo* et sur les droits du pape et des archevêques, il n'y a pas moyen de parvenir à un arrangement raisonnable. Je suis de mon côté très-las de toutes ces discussions, et je n'ai aucun intérêt ni aucune vocation d'y intervenir d'une manière décidée. Le comte de Guiccioli n'a fait que remettre à mon ministère de grands volumes d'écrits contentieux[1]), et le cardinal Buoncompagni n'avance pas davantage« . . .

März 21 **329.[2]) Ministerial-Erlass an den Geheimen Rath Dohm in Aachen.** Berlin 1789 März 21.

R. 10. 79. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg. Ein Bruchstück des Erlasses bei *Gronau*, *Dohm* S. 169.

Wünscht Vergleichung des Nuntiatur-Streites. Apostolischer Vicar in den Ländern jenseit der Weser.

Übersendet das Schreiben an Waldenfels vom 21. März: »Wir sind von dieser sehr verwickelten Sache, in welcher beide Theile nach den verschiedenen Verhältnissen Recht und Unrecht haben, sehr belästiget, und Wir haben kein Interesse noch Beruf dabei, als dass Wir aus Freundschaft für den Kurfürsten von Mainz Uns dieser Sache zu Rom angenommen und bei Gelegenheit der dort nachgesuchten Bestätigung der Coadjutorie-Wahl des Freiherrn von Dallberg eine gewisse Garantie des *status quo*

---

1) S. No. 326. 2) Beantwortet am 27. April.

des Emser Recesses übernommen[1]), über dessen Ausdehnung beide Theile sich nunmehro streiten. Ihr könnet zwar versuchen, ob Ihr zwischen den päpstlichen Nuntius zu Cölln und den Kurfürsten den Grund zu einen Vergleich legen könnet; es würde aber alsdenn noch immer der Streit über die Münchener Nuntiatur übrig bleiben, welcher viel schwerer ist. Indessen könnt Ihr durch dieses Schreiben sowohl den kurcöllnischen Hof als auch selbst den päpstlichen Nuntius überzeugen, dass Wir in der ganzen Sache unparteiisch und reichspatriotisch denken und handeln. Uns wäre am liebsten, wenn es bei dieser Gelegenheit dahin gebracht werden könnte, dass mit Bewilligung des Kurfürsten von Cölln ein *vicarius apostolicus* in Unsern Landen jenseit der Weser angestellet würde und man den Kurfürsten von Cölln die nicht eigentlich zu dem Diöcesan-Recht gehörende Ausübung der römischen Kirchen-Disciplin überliesse, wie Wir solches schon öfters vorgeschlagen. Da die Sache Euch in ihren ganzen Umfange bekannt ist, so erwarten Wir Euere pflichtmässige Vorschläge und Bericht darüber.« 1789 März 21

---

330. Etats-Minister Finckenstein und Hertzberg an den kurkölnischen Staats-Minister Waldenfels in Bonn. Berlin 1789 März 21.

R. 10. 79. Concept.

Wünschen gütliche Beilegung des Nuntiatur-Streites.

»E. E. haben uns nicht allein über die zwischen dem römischen Stuhl und den teutschen Herren Erzbischöfen in Ansehung der Gerichtsbarkeit der päpstlichen Nuntien obschwebende Streitigkeiten unter'm 21. Juni v. J. umständlich geschrieben und von wegen Dero gnädigsten Herrn den Beistand Sr. K. M., vornehmlich auf dem Reichstage, nachgesuchet, sondern wir haben auch durch E. E. geehrtes Schreiben vom 13. Februar[1]) eine sehr wohl abgefasste Druckschrift in dieser Sache erhalten. Wir erstatten

---

1) Vgl. die Nachträge unter dem 14. Mai 1787.

2) Hier heisst es: »EE. EE. wird bekannt sein, dass die römische Nuntien gegen das kurköllnische auf den Reichstag in der Nuntiatur-Sache übergebene Promemoria eine Abhandlung unter dem Titel *Réflexions* in Deutschland haben ausstreuen lassen. Der Verfasser davon ist der bekannte Exjesuit Feller. S. Kurf. D. mein gnädigster Herr hielten es unter Ihrer Würde, auf eine mit Anzüglichkeiten angefüllte Schrift von Seiten des Hofs antworten zu lassen; ein Privatmann hat dieselbe widerlegt. EE. EE. schliesse ich davon zwei Abdrücke hiebei.« — Sie liegen nicht bei den Acten, so dass es zweifelhaft bleibt, welche von den bei *Klüber, Neue Literatur des teutschen Staatsrechts* S. 566 verzeichneten Widerlegungen (zu denen übrigens auch die dort irrig vor die *Réflexions* gestellten *Begründeten Gegenbetrachtungen* gehören) gemeint ist. Der Titel von Feller's Schrift lautet: *Réflexions sur les 73 articles du Promemoria présenté à la diète de l'Empire touchant les nonciatures de la part de l'archevêque-électeur de Cologne; Ratisbonne 1788.* Über das kurkölnische Promemoria vgl. No. 228, über Feller's Schrift *Pacca, Memorie* p. 104. Febr. 13

1789 März 21 nun zuförderst für letztere unsere verbindlichste Danksagung und bitten um Entschuldigung, dass wir ersteres nicht eher beantwortet. Dieser Aufschub hat keine andere Ursach, als weil S. K. M. immer gehoffet, dass diese weitläuftige und verwickelte Streitsache durch den unmittelbaren Briefwechsel zwischen dem römischen Stuhl und den Herren Erzbischöfen in eine gütliche Vergleichs-Unterhandlung würde eingeleitet werden und dass es nicht nöthig sein würde, darüber eine weitschichtige und bedenkliche Berathschlagung auf der Reichs-Versammlung anzustellen. Da aber die Hoffnung zu der erstern mehr ab- als zunimmt und die Sache sich immer mehr verziehet und verwickelt, so nehmen wir keinen längern Anstand, E. E. zu versichern, dass, wenn diese Sache bei der Reichs-Versammlung zur Sprache und Deliberation kommen wird, S. K. M. ihre Stimmen darüber nach Ihrer besten Kenntniss von derselben, nach der Reichs-Verfassung und Ihrer beständigen patriotischen Gesinnung für dieselbe abzulegen nicht ermangeln werden. Indessen wünschen Höchstdieselbe noch immer, dass, ehe es so weit komme, man von allen Seiten noch alle mögliche Bemühung anwenden möge, um diesen Streit in der Güte zu vergleichen, wozu S. K. M. Ihres Orts gerne alles, was von Höchstderoselben abhängt, beitragen werden.«

---

331. Schriftwechsel zwischen dem Ober-Schul-Collegium und dem »Präsidium der westpreussischen Regierung und Consistorium.« 1789.

R. 76. I. 199,

Die Commission zur Untersuchung des westpreussischen Schul-Fonds.

März 24 Das Ober-Schul-Collegium. Berlin März 24.

Concept, geschrieben von Schröder, gezeichnet von Woellner und Irwing. Anweisung von Irwing.

»Aus einer Uns zugekommenen Anzeige haben Wir mit ausserordentlichem Befremden ersehen, dass die von Uns unter'm 18. December 1787 verfügte Commission zur Untersuchung der Schul-Fonds und deren bisherigen Verwaltung bis jetzt noch nicht in Activität sei, ja dass selbige ungeachtet Unseres ernstlichen Excitatorii vom 20. Januar *c.* für aufgehoben angesehen werde Eine solche Verzögerung einer so wichtigen Sache muss Uns zum grössten Missfallen gereichen, und Wir befehlen Euch daher . . ., Euererseits dafür zu sorgen, dass diese Commission nunmehr ungesäumt und ohne allen Zeitverlust in Activität gesetzt, die Untersuchung selbst so viel als möglich beschleunigt und Uns über den Ausgang derselben Bericht erstattet werde: sowie Wir denn auch zu Euch das gegründete Zutrauen haben, dass Ihr die zu dieser Commission aus Unserer Regierung und Consistorium ernannten Glieder zur Beförderung dieser wichtigen Sache auf einige Zeit von anderer Arbeit möglichst zu dispensiren suchen werdet.«

Das Präsidium. Marienwerder April 7. 1789 April 7

Mundum, gezeichnet von Schroetter und Schleinitz.

Es ist »keinesweges der Regierung oder der *ad interim* angesetzten Commission Schuld, dass noch gar nichts in der Sache geschehen ist, sondern die Ursach hievon liegt darin, dass die Krieges- und Domänen-Kammer bis jetzt noch nicht die der Commission nöthige Acta vorgelegt hat und diese dahero von dem Schul-Eonds, wie er bisher verwaltet worden, von der Zahl der Schulmeistere und ob sie an den gehörigen Oertern angesetzt worden, keine Kenntniss hat erlangen können« . . .

---

332. Das Geistliche Departement an das Auswärtige Departement. März 27
Berlin 1789 März 27.

R. 7. B. 24. B. 1. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Woellner und Scholz. Anweisung von Scholz.

Eintritt in ein ausländisches Kloster verweigert.

»Auf eines . . . Departements der auswärtigen Affairen . . . Schreiben vom 15. dieses wegen der Anna Maria Kobertin, welche nunmehro in das Benedictiner-Nonnen-Kloster zu Thorn eingetreten und dahin ihr Vermögen aus Alt-Schottland ziehen will, erwidert das Geistliche Departement . . ., dass dasselbe im Jahr 1783 das Gesuch der Kobertin, den Kloster-Stand erwählen zu dürfen, ganz abgeschlagen, auf die wiederholte Anzeige der westpreussischen Regierung von ihrem beharrlichen Entschlusse aber und in Rücksicht, dass man von ihr, nachdem sie nunmehr schon über 30 Jahre weg ist, nicht erwarten dürfe, dass sie etwa durch Heirath dem Staate nützlich werden könne, ihr die Erlaubniss, in ein inländisches Kloster (und zwar zu Culm) treten zu dürfen, ertheilet. Von ihrer Neigung für das Benedictiner-Kloster in Thorn, welche auch erst neuerlich in ihr aufgestiegen zu sein scheinet und worin sie vermuthlich, weil man von ihr einen nicht unbeträchtlichen Dotem erwartet, von besagtem Kloster unterstützt wird, ist zur Zeit der ihr ertheilten Concession nichts bekannt gewesen. Übrigens ist das Geistliche Departement mit EE. EE. völlig einer Meinung, dass diesem Gesuch nicht zu deferiren stehe« . . .

Hierauf Erlass des Auswärtigen Departements an die westpreussische Regierung (8. April): »Das Gesuch . . . kann nicht Statt finden, sondern sie muss vielmehr angewiesen werden, in ein einländisches Kloster dieses Ordens zu treten; das Vermögen kann an das Kloster zu Thorn nicht verabfolget, sondern muss in Beschlag genommen werden.« April 8

Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements, s. S. 318 Anm. 4. April 3

1789 April 7

333. Note des Erzbischofs Julius Caesar Zoglio von Athen, apostolischen Nuntius am kurpfälzisch-baierischen Hofe, für den Grafen Brühl, preussischen Gesandten an demselben Hofe. Mannheim 1789 April 7.

R. 11. 24. Abschrift.

Die Antwort des Papstes auf die Schreiben der vier Erzbischöfe kann nicht übereilt werden.

»Le soussigné nonce ordinaire du St.-Siége, résident auprès de S. A. S. É. Palatine de Bavière, ayant communiqué à sa cour l'insinuation ministérielle, que S. E. Mr. le comte de Brühl lui avait faite de la part de S. M. le roi de Prusse son maître le 8. du mois de février passé, pour solliciter les réponses aux lettres des Mrs. les quatre archevêques d'Allemagne au St.-Père[1]), outre à ce qu'il eut l'honneur de lui répondre de vive voix à ladite occasion, est chargé par sadite cour pour une réponse plus précise et formelle [à] lui signifier par la présente note, que Sa S^té^, évaluant dans toute sa force l'empressement de S. M. Prussienne, qu'Elle reconnaît pour une suite de cette correspondance amiable, dont Elle Se fait le plus doux espoir, tandis que par organe dudit soussigné Elle assure S. M. de S'occuper sans relâche aux réponses à Mrs. les archevêques. Elle ne peut en attendant pour Sa propre justification laisser de faire observer à S. M., combien les querelles des Mrs. les archevêques sont exagérées et même injustes, qui, ayant annoncé pendant presque deux ans leurs reclamations et après six mois au moins ayant différé l'envoi desdites lettres si souvent promises, puissent se croire en droit d'accuser le St. Père de tergiverser et de retarder d'y répondre. Il y a deux mois que lesdites lettres de Mrs. les archevêques sont parvenues à Sa S^té^, et ce temps-ci doit être regardé pour excessif et exorbitant autant moins par ceux, qui ont employé un temps si long pour concerter et rédiger lesdites lettres, dont le contenu embrasse[2]) plusieurs articles et très-graves et exige[3]) de l'examen, des éclaircissements et des réflexions. Il ne pourrait être bien satisfait dans une réponse sans une application très-mûre et réfléchie, n'étant pas de la dignité du St.-Père ni de l'estimation de S. M., qui daigne mettre autant d'intérêt à l'égard de ma cour, une réponse, qui pourrait paraître superficielle, inconcluante ou imparfaite. Bien loin Sa S^té^ ou de la dissimuler ou de la proroger si longtemps, que lesdites lettres se sont faites attendre et auxquelles Elle est due, Elle se fait et Elle se fera l'engagement le plus pressant de la hâter qu'il est possible, pour seconder surtout les désirs de S. M., qui seront toujours les moyens [les] plus agréables et les plus décisifs pour déterminer l'activité du St.-Père et ses dispositions les plus capables à convaincre S. M. de toute la confiance, qu'il ne cessera de cimenter par[4]) tous les témoignages, que les circonstances lui pourront fournir.«

1) Vgl. S. 352 Anm. 3. 2) Hs.: »embrassant.«
3) Hs.: »exigent.« 4) Hs.: »pour.«

Die westpreussische Regierung an das Ober-Schul-Collegium, s. unter dem 24. März. 1789 April 7

334.[1]) **Königliches Schreiben an den Malteser-Grossmeister Rohan.** April 9
Berlin 1789 April 9.

R. 46. B. 168. O. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Wengerski. Abstellung der Unordnungen unter den schlesischen Maltesern.

Dank für die Rücksichtnahme auf Wengerski.

»Ayant aussi appris avec déplaisir, que le chevalier de Hemm, procureur général de l'ordre en Silésie, met du désordre dans sa correspondance et ses opérations, j'ai autorisé les chevaliers comtes de Schafgotsch et de Wengerski à prendre les mesures nécessaires avec le chevalier de Maisonneuve, pour porter le remède nécessaire à la confusion, qui peut exister dans les affaires de l'ordre en Silésie, et je viens d'enjoindre aussi pour cet effet au chevalier de Hemm de se rendre aux assemblées usitées de l'ordre, qui se tiennent à Prague.«

---

335. Etats-Minister Hertzberg an den Cardinal Buoncompagni. Berlin April 25
1789 April 25.

R. 11. 24. Concept, geschrieben von Siebmann.

Guiccioli. Der Nuntiatur-Streit.

»J'ai non seulement reçu la lettre détaillée, que V. Ém. m'a fait l'honneur de m'écrire en date du 31. décembre de l'année passée sur l'affaire des nonciatures, mais Mr. le comte de Guiccioli m'a aussi remis la lettre, par laquelle V. Ém. me l'a adressé et l'a accrédité auprès de notre cour.[2]) Il vous aura rendu compte, Monseigneur, de l'attention distinguée, avec laquelle il a été accueilli ici et qu'il mérite par ses bonnes qualités. Il m'a aussi remis des éclaircissements très-étendus sur la commission, dont il est chargé. Le roi ne manquera pas d'y faire une attention propor-

---

1) Antwort auf das Schreiben vom 13. September 1788.

2) Das eigenhändige Schreiben (ohne Datum) lautet (R. 11. 24): »Mr. le comte Guiccioli, secrétaire de la légation à Cologne, aura l'honneur de présenter à V. E. cette lettre. Il est accrédité par Sa S^té^ à contester à S. M. et à V. E. la confiance, que le St.-Père met dans l'amitié et dans la garantie d'un si puissant et un si juste souverain. Il pourra exposer les faits et les éclaircir de ces brouillards, que nos ennemis cherchent d'élever, et il Lui prouvera, que nous n'aimons que la paix et la concorde et faisons gloire de respecter les droits de qui que ce soit, et regardons comme sacrés ceux des ordinaires. Je prie V. E. de regarder Mr. le comte Guiccioli avec Sa bonté ordinaire et d'accorder à sa cause cette faveur, que sa droiture et sa candeur lui assure. Elle doit être persuadée de mon plus tendre et respectueux attachement.«

1789 April 25 tionnée à l'importance et à la gravité de l'objet, ainsi qu'à la haute considération, qu'il a pour le digne et illustre chef de l'église romaine, et S. M. fera sûrement tout ce qui dépendra d'Elle, pour faire cesser une mésintelligence aussi nuisible à la tranquillité de l'Allemagne et pour contribuer à rétablir la bonne harmonie aussi désirable entre le St.-Siége et les chefs de l'église germanique. Il me semble, que l'époque n'en sera venue que quand on se sera expliqué de part et d'autre sur les différents griefs et principes par la correspondance, qui a été établie. Je me ferai une occupation des plus agréables de contribuer de mon côté à un but aussi salutaire, et je serai charmé de pouvoir donner en cette occasion comme en toute autre des preuves de la haute vénération, avec laquelle je suis etc.«

April 27 **336.**[1] **Bericht des Geheimen Raths Dohm.** Aachen 1789 April 27.

B. 10. 79. Mundum.

Lage des Nuntiatur-Streits. Apostolischer Vicar in den westfälischen Provinzen.

Waldenfels hat eine Antwort gesandt, »nach welcher der Kurfürst von Cölln einen Vergleich gar nicht thunlich hält und nur immer darauf dringt, dass durch ein Reichs-Gesetz die ständige Jurisdiction der Nuntien in Deutschland abgeschafft und dieses von E. K. M. auf dem Reichstage unterstützt werden möchte.

»Wie es scheinet, versprechen sich beide streitende Theile bei itziger Lage der Sache keine Vortheile von einem gütlichen Vergleich und wünschen ihn also nicht ernstlich, sondern wollen lieber den itzigen unbestimmten Zustand noch etwas fortdauern lassen, um günstigere Zeitumstände abzuwarten. Wenn diese, wie es nicht unwahrscheinlich ist, noch entfernt sein sollten, so dürfte der itzige, obgleich so lebhaft angefangene Kampf der deutschen Kirchenfreiheit mit Rom wohl, wie so mancher andere, sich selbst ermatten und ohne Wirkung bleiben. Unstreitig können E. K. M. dieses ganz wohl geschehen lassen, da Allerhöchstdieselben bei dieser Angelegenheit kein weiteres Interesse haben, wenn nur die etwaigen neuen Bestimmungen der päpstlichen Gerechtsame und neuen Erweiterungen der erzbischöflichen Gewalt nicht ohne E. K. M. Mitwirkung und Einwilligung geschehen; und dieses ist wohl auf keinen Fall zu besorgen, es mag nun dieser Streit durch eine Entscheidung des Reichstages oder durch gütlichen Vergleich beendiget werden.

»Was den zweiten Punct des . . . Rescripts betrifft, da E. K. M. meine . . . Vorschläge wegen Anstellung eines *vicarius apostolicus* in den westphälischen Provinzen mit Bewilligung des Kurfürsten von Cölln zu erfordern geruhen, so wäre es unstreitig sehr zu wünschen, dass diese lang

1) Antwort auf den Erlass vom 21. März.

gehabte Absicht endlich einmal erfüllt werden könnte. Der gegenwärtige Zustand E. K. M. katholischer Unterthanen in den clev-märkischen Landen hat gewiss sehr viele und wichtige Inconvenientien. Der Erzbischof von Cölln und sein General-Vicariat üben die ihnen streitig gemachte Diöcesan-Rechte doch wirklich heimlich aus und setzen E. K. M. katholische Unterthanen in einen beständigen Conflict der dem Landesherrn und ihrer Religion schuldigen Pflichten, da sie nach letzteren sich *in sacramentalibus* und *spiritualibus* an keinen andern Bischof als den geglaubten *dioecesanum* wenden können. Die Geistlichen müssen, aller Verbote ungeachtet, ihre Weihen in Cölln suchen, und in den Stiftern wird nach ihren Statuten dem cöllnischen Erzbischof *obedientia et reverentia* geschworen. Dieser heimliche und durch Erschleichungen erhaltene Nexus der katholischen Geistlichkeit mit einem vermeinten und auswärtigen Oberhaupt ist nach meiner geringen Einsicht ungleich nachtheiliger, als es ein erlaubter, genau bestimmter und vom Staat beobachteter je sein könnte. 1789 April 27

»Die beste Einrichtung dieser Art wäre unstreitig, wenn ein im Lande wohnender Geistlicher und Unterthan E. K. M. die Diöcesan-Rechte ausübte. Die Einwilligung des Kurfürsten von Cölln hiezu zu erhalten, dürfte zwar schwer sein; doch käme es darauf an, deshalb einen Versuch zu machen, dessen Misslingen wenigstens keine nachtheilige Folgen haben könnte, wenn in der Unterhandlung E. K. M. Würde nachdrücklich behauptet und den bisher behaupteten Gerechtsamen auch nicht das mindeste vergeben würde. Hiezu wäre nun zuförderst einige Erwiderung des letztern weitläuftigen kurcöllnischen Promemoria vom 20. September 1787 erforderlich, in welcher man aber nach meiner . . . Meinung sich in keine detaillirte Widerlegung einlassen, sondern nur ganz bestimmt und nachdrücklich erklären müsste, wie E. K. M. Sich an Ihre schon sonst ausgeführte wohlerworbene Rechte und besonders an die klare Verfügung des westphälischen Friedens Art. V § 48 hielten und so wenig wie Allerhöchstdero Vorfahren dem Erzbischof von Cölln jemals einige geistliche Jurisdiction zugestehen würden, wohl aber geneigt wären, demselben eine gewisse Ausübung der römischen Kirchen-Disciplin, wie auch einige Verbindung zwischen ihm und dem zu Ausübung der Diöcesan-Gerechtsame anzustellenden *vicarius apostolicus* zu erlauben.

»Alles käme bei einem solchen Antrag darauf an, dass man zuförderst sowohl die Rechte, welche man allenfalls in Absicht gewisser Spiritualien dem Erzbischof von Cölln erlauben könnte, als auch das Verhältniss zwischen ihm und dem Vicario genau bestimmte. Ich stelle . . . anheim, ob E. K. M. . . . gut finden, hierüber einen Plan von Allerhöchstdero clev-märkischer Regierung verfertigen zu lassen, nach dessen allerhöchster Billigung ich alsdann die Unterhandlung mit dem kurcöllnischen Hofe anfangen könnte. Wenn diese einen erwünschten Ausgang hätte, dürfte es an der Einwilligung des römischen Hofes zu Errichtung eines Vicariats für E. K. M. west-

1789 April 27 phälische Lande nicht fehlen. Ohne vorgängige Übereinstimmung mit dem Erzbischof aber wird der Papst, wie ich aus meinen deshalbigen Unterredungen mit dem Nuntius weiss, sich zu einer Beschränkung der vermeinten cöllnischen Diöcesan-Rechte schwerlich je ermächtiget halten.«

Mai 4 **337. Königlicher Erlass an den Land-Jägermeister Stein, Gesandten am kurmainzischen Hofe.** Berlin 1789 Mai 4.

R. 11. 164. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Wünscht Aufschub der Nuntiatur-Sache.

. . . »Quant à l'affaire de la nonciature, il est à souhaiter, qu'elle ne soit pas si tôt portée à la diète, mais qu'on la traîne jusqu'à ce que les grandes affaires de l'Europe soient mieux débrouillées« . . .

---

338. Schriftwechsel zwischen dem Grafen Karl de Clairon Haussonville und dem Geistlichen Departement. 1789.

R. 46. B. 164. C.

Religion der Kinder aus gemischten Ehen.

Mai 5 Haussonville. Glogau[1]) Mai 5.

»Ich habe mich mit der Johanne Friederique Louise v. Döring in diesen Tagen verheirathet, und mit ihrer und ihrer Eltern Beistimmung haben wir uns geeinigt, dass die etwanige aus unsrer Ehe zu erzeugende Kinder weiblichen Geschlechts, ohnerachtet ihre Mutter eine Protestantin ist, dennoch in der katholischen Religion, weil ich derselben zugethan bin, erzogen werden sollen.

»Dieses Abkommen ist unseren Ehe-Pacten inserirt; die königliche Glogausche Ober-Amts-Regierung hat aber verordnet, dass solches aus dem Ehe-Contract weggelassen werden soll, weil es wider das Reglement von den Gravaminibus in geistlichen Sachen[2]) anliefe.

»Allergnädigster König und Herr! Das Gesetz ist zwar vorhanden, inzwischen hoffe ich doch, dass davon bewandten besonderen Umständen nach ein Mal, allenfalls *citra consequentiam*, eine Ausnahme gemacht werden könne. Denn a) ist meine jetzige Frau ohne alles Vermögen, folglich kann sie zu den Alimentations- und Educations-Kosten aus eigenen Mitteln nicht das Geringste beitragen, sondern die *onera matrimonii* und die Erziehungslast unserer etwanigen Kinder würden mir ganz allein obliegen; b) bin ich schon ein Mal unglücklich verheirathet gewesen und geschieden worden, dahero sowohl von Seiten meiner in Sachsen domiciliirenden Schwiegereltern als meiner Ehegenossin und ihren hierländischen Verwandten, den Major

---

1) So am Fusse der Eingabe. Am Kopfe: »Glaesersdorff bei Polkwitz.«

2) Band 3, 280.

v. Plötz'schen Eheleuten, bei der Verlobung der Vorschlag geschahe, unsere künftige Töchter *usque ad annos discretionis* in der katholischen Religion zu erziehen, weil c) hierzu auf meinen Gütern die beste Gelegenheit sein würde, auch d) wenn wir etwa Söhne mit einander erzeugten, solche doch katholischen Unterricht erhalten müssten, die Töchter also solchen gemeinschaftlich mit geniessen könnten; e) *ob diversitatem religionis liberorum* leicht zwischen uns Eltern oder den Geschwisteren Zwistigkeiten vorfallen möchten, denen meine Frau und ihre Familie gern, so viel möglich, im Voraus begegnen wollte, um unsere eheliche Zufriedenheit und Ruhe desto minder zu stören, als f) meine Ehefrau ihr Wohl und Glück bloss von mir erwartet. Wie nun g) ohnedem noch ungewiss ist, ob unsre Ehe mit Töchtern gesegnet wird, h) dieselben schwerlich mehr als den Pflichttheil von mir dereinst erben würden, wenn ich ihnen eine besondre und gewiss in aller Absicht lästigere Erziehung als den Söhnen, wohl gar auswärts, geben sollte, i) ein *odium religionis* zwischen uns Eltern unerfindlich, k) meine Frau aus Sachssen (wo das obangezogene Reglement nicht Gesetz ist) gebürtig und l) einige 20 Jahre jünger ist als ich, folglich nach dem Lauf der Natur länger im Stande sein wird, unseren Töchtern mütterlichen Religions-Unterricht zu ertheilen, so wage ich die allerfussfälligste Bitte, E. K. M. geruheten, vorkommenden besonderen Umständen nach, allenfalls *citra sequelam*, aus landesväterlicher Huld und Gnade zu vergünstigen, dass meine etwanige dereinstige Töchter in der christkatholischen Religion, dem Wunsch und Verlangen beiderseits Eltern gemäss, erzogen werden dürfen und deshalb das Nöthige huldreichst verfügen zu lassen.« 1789 Mai 5

Das Geistliche Departement. Berlin Mai 15. Mai 15

Concept, gezeichnet von Scholz. Anweisung von demselben.

Resolution: »dass es nicht bei dem Geistlichen Departement stehe, von den Landesgesetzen zu dispensiren und von selbigem also seinem Gesuche auch nicht deferiret werden könne.«

---

339. Schriftwechsel zwischen dem schlesischen Provincial-Ministerium und dem bischöflichen Vicariat-Amt zu Breslau. Breslau 1789.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 1. A). Concept (gezeichnet von Hoym) bzw. Mundum, (gezeichnet von v. Rothkirch, Ernst v. Strachwitz, Frhr. v. Larisch und v. Troilo).

Stol-Gebühren und Collecten.

Ministerial-Erlass. Mai 14. Mai 14

»Es ist Uns verschiedentlich die Anzeige geschehen, dass sich die katholische Geistlichkeit in Schlesien bei Erhebung der *iurium stolae* willkürlicher Sätze bediene, auch hie und da eigenmächtig Collecten einsammele. So sehr Wir auch geneigt sind, niemanden in seinen rechtmässigen Ein-

1789 Mai 14 künften irgend etwas zu entziehen, so können Wir jedoch ohnmöglich dergleichen Beschwerden unerörtert hingehen lassen. Wir befehlen Euch daher hiermit in Gnaden, Uns nähern Bericht zu erstatten, nach welchen Sätzen der schlesische katholische Clerus seine Jura erhebt, und ob deshalb specielle *taxae stolae* existiren, Uns auch solche im letztern Falle zur Uebersicht einzureichen, wie Wir Euch denn zugleich hiermit befragen, ob Euch etwas von Einhebung eigenmächtiger Collecten bekannt ist« . . .

[] Mai 22 Das Vicariat-Amt. Mai 22.

Berichtet, »dass unsere Geistlichkeit bei Einforderung der Gebühren von *actibus ministerialibus* auf die unter'm 8. Augusti 1750 Allerhöchst publicirte Tax-Ordnung[1]) angewiesen sei, auch die in solchen Fällen vorkommende Zweifel und Anfragen von Zeit zu Zeit hiernach entschieden werden und keine andere allgemeine Taxe nach der Zeit vorgeschrieben worden. Dagegen in Ansehung derer in dem Reglement nicht benannten mehreren Solennien, welche als *actus merae facultatis* lediglich von der Willkür und Bestimmung der Besteller abhängen, setzet die beständige Observanz eines jeden Ortes Ziel und Maass, wornach sich ein jeder Pfarrer richten muss. Etwas Allgemeines lässt sich wegen der allzu vielfältigen Verschiedenheit sowohl in Absicht auf dergleichen Feierlichkeiten als die Beschaffenheit der Oerter nicht wohl bestimmen, und zweifelsohne hat man bei Regulirung der Tax-Ordnung aus eben dem Grunde dergleichen willkürliche Solennitäten wohlbedächtig übergangen, theils weil sie zu dem *actu ministeriali* eigentlich nicht gehören, theils weil solche und deren Wahl lediglich vom freien Willen der Besteller abhängen, denen der Betrag der Gebühren ohnehin schon bekannt, oder durch Uebereinkunft mit ihrem Seelsorger nach Umständen zuvor verabredet wird. Was das eigentliche Collectiren anlanget, so wissen wir nicht, dass irgendswo von einem Geistlichen ohne Allerhöchste Concession dergleichen veranstaltet worden wäre« . . .

1790 Aug. 11 Am Rande folgende Registratur: »*Ad acta*, da diese hier angeführte Grundsätze von Stolae-Tax-Gebühren an sich richtig sind, wegen deren Nichtbefolgung aber keine Untersuchung angestellt werden kann, indem bei der Denunciation, die zu dem Rescripte d. 14. Mai *a. pr.* Anlass gegeben hat, keine specielle Facta angegeben worden sind, dass und inwiefern die Stol-Tax-Ordnung überschritten worden; den 11. Aug. 1790.«

1) Vgl. Band 3, 291.

340.[1] **Das Auswärtige Departement an den Malteser-Comthur Maisonneuve.** Berlin 1789 Mai 22. 1789 Mai 22

R. 46. B. 168. O. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Antwort auf die Beschwerden des Malteser-Grossmeisters wegen der schlesischen Comthureien.

»Nous n'avons pas manqué de mettre sous les yeux du roi le mémoire, que Mr. le chevalier de Maisonneuve nous a remis en date du 9. avril, pour faire des réclamations au nom de S. Ém. le grand-maître de l'ordre de Malte au sujet de plusieurs points, qui regardent les commanderies de cet ordre en Silésie. Après avoir pris les renseignements nécessaires sur ce sujet, nous sommes chargés de faire connaître en réponse à Mr. de Maisonneuve:

»1° que l'intention du roi est de s'en tenir, quant à la collation des commanderies de grâce et de justice, à l'arrangement, qui a été pris avec l'ordre par les résolutions données au bailli de Froulay le 27. août 1753 et le 22. juillet 1755[2], selon lesquelles le souverain de Silésie abandonne au grand-maître la disposition des commanderies de justice sous les conditions, qui y sont énoncées, et se réserve de nommer et de recommander tous les cinq ans aux commanderies de grâce, d'autant plus que dans les temps précédents les grands-maîtres ont toujours déféré au recommandations des souverains autrichiens de Silésie.

»2° Le roi trouve de grands inconvénients à ce que les commandeurs de Silésie sortent de la province, pour aller assister aux assemblées capitulaires du grand-prieuré de Bohême; S. M. trouve plus convenable, que le grand-maître députe de temps en temps quelques chevaliers étrangers, qui avec un ou deux commandeurs silésiens et un délégué du gouvernement fassent les recherches et révisions nécessaires dans les commanderies de Silésie pour y maintenir le bon ordre.

»3° C'est de cette manière que le grand-maître pourrait faire faire les recherches, qu'il juge nécessaires pour recouvrir les droits, dont il se croit privé depuis l'année 1781, en chargeant ses commissaires de communiquer le résultat de leurs recherches au ministre du roi, qui dirige ses finances en Silésie, afin que celui-ci puisse en prendre connaissance et demander les ordres de S. M. sur les cas, qui en auraient besoin.

»4° Le roi ne saurait faire des changements à l'égard des pensions, dont il charge quelquefois les commanderies, à ce qui a été statué dans la résolution finale du 22. juillet 1755, et la suspension des pensions durant le mortuaire, la vacance et l'annate ne saurait avoir lieu sans causer des confusions et des interruptions préjudiciables. S. M. croit accorder

1) Vgl. unter dem 14. Mai 1790.

2) Vgl. Band 3, 389. 590.

1789 Mai 22 assez de protection et de faveur à l'illustre ordre de St. Jean et à ses membres, pour espérer, qu'il se prêtera volontiers à des charges aussi médiocres.«

Mai 28 **341. Etats-Minister Hoym an den Pater Jonathas, Provincial der schlesischen Capuciner.** Breslau 1789 Mai 28.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 24). Concept.

Soll einen Geistlichen für die Frankfurter Katholiken besorgen.

»Es hat die katholische Gemeinde zu Frankfurt an der Oder durch ihren Vorsteher, den dasigen Kaufmann Ballabene, um Überlassung eines eigenen Seelsorgers aus einem schlesischen Kloster zu Haltung ihres Gottesdienstes Ansuchung gethan. Ich bin der Meinung, dass dazu aus den schlesischen Capuciner-Klöstern ein mit guten Kanzel-Gaben versehener Geistlicher zu wählen. Dem Herrn Provincial der schlesischen Capuciner Pater Jonathas mache ich hierzu den Auftrag« . . .

Mai 30 **342. Note für den kurmainzischen Gesandten Hatzfeldt.** Berlin 1789 Mai 30.

R. 10. 79. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Acten des Nuntiatur-Streites im Politischen Journal veröffentlicht.

»On a été ici autant surpris qu'à Mayence de voir par le journal politique du mois d'avril, qu'on y a publié la correspondance, qui a eu lieu entre les deux cours et entre leurs ministres sur l'affaire de la nonciature.[1]) Nous avons déjà, avant de recevoir la note de Mr. le comte de Hatzfeld du 19. mai, fait des démarches auprès de l'auteur[2]) de ce journal, pour apprendre au juste, de qui il a reçu la communication de ces pièces. Mr. le comte de Hatzfeld verra par la copie ci-jointe de sa réponse, qu'il assure ne l'avoir pas reçue ni de Berlin ni de Mayence. Il n'est aussi pas possible, qu'il l'ait reçue de Berlin, parceque les papiers de l'affaire de la nonciature ne sortent pas des mains du ministère.[3]) Nous ne pouvons donc pas nous former une idée, d'où il peut l'avoir reçue, et nous prévoyons, qu'on rencontrera de grandes difficultés auprès de la cour de Copenhague[4]), pour l'obliger à manifester la source, d'où il l'a reçue.

---

1) Die Note des Grafen Hatzfeldt an das preussische Ministerium v. 3. November 1788 und die Antwort des letztern v. 4. November: beide in deutscher Übersetzung. Vgl. S. 342.

2) Gottlob Benedict v. Schirach.

Mai 18 3) In einem dieselbe Angelegenheit betreffenden Königlichen Erlasse an den Land-Jägermeister Stein, Berlin 18. Mai (R. 11. 164), heisst es »On a tout lieu de croire, qu'elle n'est pas ici, puisque ces sortes de pièces ne se trouvent ici que sous la garde d'un seul homme, sur lequel on peut compter.«

4) Schirach war dänischer Etatsrath und wohnte in Altona.

Cependant on fera encore quelques démarches pour cet effet; mais nous croyons, qu'on fera bien de relever cette affaire aussi peu que possible, pour ne pas exciter la cour de Rome à s'en prévaloir.«[1] 1789 Mai 30

---

343. Ministerial-Erlass an den Geheimen Rath Dohm in Aachen. Juni 23
Berlin 1789 Juni 23.

R. 10.179. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Kur-Köln und der Nuntiatur-Streit.

»Wir haben aus Euerm Bericht vom 15. dieses mit Verwunderung ersehen, dass der Kurfürst von Cöln Uns gleichsam zwingen will, ihm zu voraus Unsere Comitial-Stimmen in der Nuntiatur-Sache zu versprechen und zu eröffnen, wozu Wir so wenig geneigt als verbunden sind . . .

»Der Kurfürst von Cölln betreibt anjetzo sehr inständig bei dem Kurfürsten von Mainz, die Nuntiatur-Sache bei dem Reichstage in Ansage zu bringen, vermuthlich um sie noch vor dem Tode des Kaisers zu Stande zu bringen. Dazu gehört aber mehrere Zeit, zumal da die Reichstags-Ferien nicht mehr entfernt sind.«

---

344. Ministerial-Erlass an den Land-Jägermeister Stein, Gesandten in Mainz. Juni 27
Berlin 1789 Juni 27.

R. 10. 79. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Fordert als Preis für die Verwendung im Nuntiatur-Streit die Zustimmung von Kur-Köln zur Errichtung eines apostolischen Vicariats in den westfälischen Provinzen.

Erklärt: »que je serais bien aise, que le différend sur la nonciature soit accommodé à l'amiable par toutes sortes de raisons, et que j'y con-

---

1) In der That hat sich später der Papst hierauf berufen, um die Enthüllungen der *Responsio Pii VI.* (vgl. unter dem 12. April 1790) zu rechtfertigen; s. dort S. 50 f. — Auf die Publication des Politischen Journals bezieht sich übrigens auch ein undatirtes Schriftstück, auf welches Etats-Minister Hertzberg geschrieben hat: »Von Ciofani zu Rom« (R. 11. 164; Déchiffré). Hier heisst es, nicht dem Wortlaute, aber dem Sinne nach verständlich: »Comme la cour de Rome d'un côté est bien certaine d'avoir tenu sa promesse sur le *status quo*, n'étant que précédente à la même promesse, ou certainement non usurpatrice des droits archiépiscopaux ou épiscopaux, les nouveautés, qu'on expose artificieusement dans la note de Mayence, qu'on montrera bientôt dans la réponse aux lettres des métropolitains, elle est de l'autre encore plus sûre, que la religion et la justice de S. M. fera valoir Sa garantie, qui, comme promise au pape, vient aussi d'être exposée dans la même réponse au ministre de Mayence. Néanmoins la cour de Rome est fort sensible aux expressions de ladite réponse; mais la confiance, qu'on a avec raison en l'intégrité et vertu du roi, vient de la rassurer sur ce qu'il n'est pas possible, que S. M., après S'être engagée à la garantie du *status quo*, Elle veuille donner Son suffrage pour l'abolition des nonciatures, ce qui serait diamétralement opposé au *status quo*.«

1789 Juni 27 tribuerai volontiers tout ce qui dépend de moi. Je ne différerai aussi pas d'exhorter le pape de nouveau de se prêter à un accommodement et d'écrire sans perte de temps la réponse aux archevêques. Vous pouvez informer l'électeur de tout cela, mais vous lui ferez entendre en même temps, que pour prix de mon intervention amicale j'insisterai, que l'électeur de Cologne renonce à tout droit diocésain dans mon duché de Clèves, lequel n'est d'ailleurs aussi aucunement fondé, et qu'il ne s'oppose pas plus longtemps, que je fasse établir un vicaire apostolique dans mes provinces de Westphalie.«

Juli 4 **345. Ministerial-Erlass an den Land-Jägermeister Stein, Gesandten in Mainz.** Berlin 1789 Juli 4.

R. 10. 79. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Die Nuntiatur-Sache auf dem Reichstage. Preussen steht ihr fremd gegenüber.

»J'ai non seulement vu par vos dépêches No. 27 et 28, que l'électeur de Mayence, pressé par les autres archevêques, ne veut pas différer plus longtemps de porter à la dictature de la diète l'affaire des nonciatures[1]; mais le comte de Hatzfeld a aussi fait les mêmes ouvertures à mon ministère et lui a communiqué les lettres des archevêques[2] et l'ordre, que l'électeur a adressé là-dessus à son ministre à la diète. J'ai fait donner au comte de Hatzfeld la réponse, qu'on vous communiquera bien à Mayence, que par les raisons connues j'aurais souhaité, que S. A. É. eût encore différé cette démarche, et que je ne croyais pas, que les délibérations de la diète pourraient encore avoir lieu avant les vacances prochaines, que cependant je ne manquerai d'instruire mon ministre à Ratisbonne de donner mes suffrages, quand il en serait besoin, et qu'en attendant je ne cessais pas d'exhorter la cour de Rome et de lui recommander, qu'elle ne diffère pas plus longtemps à répondre aus archevêques et à chercher les moyens de s'accommoder avec eux. Je crois comme vous, que cela est encore possible; mais ce n'est pas mon affaire de chercher ces moyens pour un objet, qui m'est si étranger, et il me semble, que les archevêques mêmes devraient s'en occuper, pour les proposer tant pour leur propre intérêt que par la déférence, que selon leurs principes ils doivent au siége de Rome.«

---

1) Vgl. *Johannes Müller, Sämmtliche Werke (Tübingen 1814)* 16, 374. 378.
2) Vgl. No. 346.

346. Etats-Minister Hertzberg an den Residenten Ciofani in Rom. 1789 Juli 4
Berlin 1789 Juli 4.

B. 10. 79. Concept, geschrieben von Siebmann.

Der Papst soll den Erzbischöfen antworten und sich mit ihnen verständigen.

. . . »Je vous prie d'aller chez le cardinal Buoncompagni et de lui dire: que l'électeur de Mayence, pressé par les archevêques de Cologne et de Salzbourg, venait de porter à la diète de l'Empire l'affaire des nonciatures parceque le pape différait toujours de répondre aux archevêques; que la délibération et la décision de la diète traînerait encore jusqu'au mois de novembre, à cause des vacances prochaines; mais qu'on ne pourrait pas l'arrêter plus longtemps et que je conseillais beaucoup à la cour de Rome de prendre un parti, de faire une réponse honnête aux archevêques, d'offrir un accommodement et que dans la négociation même on pourrait trouver des expédients. Voilà tout ce que je puis vous dire.«

---

347. Erlass der Kriegs- und Domänen-Kammer zu Breslau an den Weihbischof Rothkirch von Breslau. Juli 7
Breslau 1789 Juli 7.

Nach dem Drucke in der Korn'schen *Neuen Sammlung* 3, 64 f.

»*Wegen Aufhebung einiger katholischen Feiertage.*«

»Da Ihr nach Eurem Bericht vom 27. December *a. pr.* nunmehro von dem päpstlichen Stuhl durch das *originaliter* hierbei zurück erfolgende specielle *breve delegationis* autorisiret worden, das bloss auf die diesseitige Diöces des Bisthums Breslau gerichtete päpstliche Breve vom 19. April *a. pr.* wegen Verlegung der beiden Feste von Mariä Geburt und Mariä Himmelfahrt, ingleichen der Feste der heiligen Schutz-Patronen jeder Kirche auf die nächstfolgenden Sonntage, sowie wegen der Mitfeier des allgemeinen Buss- und Bettages ab Seiten der katholischen Unterthanen auch in den übrigen in Unsern schlesischen Landen in der Grafschaft Glatz belegenen Antheilen der auswärtigen Prager, Ollmützer und Cracauer Bisthums-Diöcesen zu publiciren, so habt Ihr diese Publication nunmehr nach der Vorschrift des Rescripts vom 8. Julii *a. pr.* an den katholischen Clerum und die katholischen Glaubens-Genossen sämmtlicher obgedachter Bisthums-Diöcesen-Antheile zu veranstalten. In solcher Absicht wird der von Euch unter'm 17. Julii *a. pr.* eingesandte Entwurf des sich hierauf beziehenden, aber nunmehro *in introitu* abzuändernden Hirtenbriefes approbiret und Euch verlangter Maassen hierbeigehend remittiret, auch genehmiget, dass behufs der von Euch zu veranlassenden Publication *resp.* 1200 Exemplaria erstgedachten Brevis und circa 1044 Exemplaria in pohlnischer Sprache von dem Pastorali abgedruckt werden, als wozu die Drucker-Kosten, deren Betrag Ihr zu seiner Zeit anzuzeigen habt, auf die Bisthums-Ober-Rent-Casse angewiesen werden sollen. Da hiernächst die Publication gedachten Brevis

1789 Juli 7 und Pastoralis auch in beiden Kammer-Departements von Seiten beider schlesischen Kammern allgemein in ganzem Lande verfügt werden muss, so habt Ihr zu diesem Ende von jedem der beiden Publicandorum 2200 deutsche und 1300 pohlnische Exemplarien abdrucken und an hiesige Kammer-Registratur abliefern zu lassen. Übrigens ist diese Angelegenheit möglichst zu beschleunigen.«

Juli 13 **348. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe.** Berlin 1789 Juli 13.

R. 11. 33. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Rechtfertigung des Kurfürsten von Mainz. Der Papst soll sich mit den Erzbischöfen vertragen, sonst ist zu besorgen, dass Deutschland dem Beispiele der gallicanischen Kirche folgt.

. . . »Quant à l'affaire des nonciatures, les plaintes du nonce Zoglio[1], ne sont pas fort fondées. Il ne peut pas ignorer, que c'est par les fortes instances des archevêques de Cologne et de Saltzbourg que l'électeur de Mayence a été forcé de porter cette affaire à la diète; mais elle ne pourra pas y être prise en délibération que dans le mois de novembre, après les vacances et la rentrée de la diète. Le pape est sûrement en défaut de ce qu'il ne répond pas aux archevêques depuis tant de mois, et il ne devrait point perdre de temps pour faire cette réponse, qu'il ne peut pas décliner, et pour chercher quelques moyens d'accommodement avec les archevêques. J'ai fait tout ce qui m'a été possible, pour lui en procurer les moyens et pour lui faire gagner du temps; mais après la rentrée de la diète je ne pourrai pas empêcher, que cette affaire ne soit pas mise en mouvement et en délibération et que la nation allemande ne prenne les mêmes mesures envers le siége de Rome, pour s'affranchir du joug, comme ont fait l'église gallicane et autres. Je ne comprends pas, comment la cour de Rome ne peut pas entrevoir cette issue et qu'elle ne songe pas aux remèdes.«

Juni 30 1) Über das Vorgehen des Kurfürsten von Mainz am Reichstage. Brühl berichtet (Mannheim 30. Juni): »Le nonce regarde cette démarche de l'électeur de Mayence comme une enfreinte à ses promesses et un manque d'égard envers V. M., et que sa cour ne pourrait apprendre cette nouvelle qu'avec autant de surpris que d'étonnement.«

349.[1] **Etats-Minister Hoym an die Kriegs- und Domänen-Kammer zu Breslau.** Breslau 1789 Juli 14. 1789 Juli 14

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Concept.

Ober-Schlesien in der Cultur zurück. Verbreitung der deutschen Sprache durch Anstellung von niederschlesischen Geistlichen. Für diese ein polnischer Sprachmeister an der Universität Breslau.

»Einem hochlöblichen Collegio darf ich bei seiner genauen Kenntniss von Ober-Schlesien nicht erst näher darthun, wie sehr der dortige Unterthan in seiner Cultur noch zurück ist. Es bleibt seine von der polnischen Leibeigenschaft entlehnte rohe Lebensart, ohnerachtet ihrer Aufhebung und der vielfach zu seiner Aufklärung angewandten Mittel, dennoch so hervordringend, dass der grösste Theil des oberschlesischen gemeinen Landvolks eben so wenig für Berichtigung seiner verworrenen Begriffe als für Verbesserung seiner Wirthschafts-Umstände Gefühl hat, sondern sich fast einzig seinen thierischen Empfindungen überlässt und besonders im Branntwein seine Freude und Erholung suchet. Wie sehr eine solche Menschenclasse einer nähern Entwickelung ihrer Seelenkräfte bedürftig ist, um auch ihrerseits dem Glück einer cultivirten Nation näher treten zu können, darf ich ebenfalls einem h. Collegio nicht umständlich zergliedern, indem dasselbe gewiss mit mir einerlei denkt, dass, so schädlich auf der einen Seite die Aufklärung des gemeinen Mannes ihm und dem Staate werden kann, wenn er zu Begriffen und Empfindungen gewöhnt wird, die ausser seiner Sphäre liegen, eben so nützlich auf der andern Seite ihm jede Entwickelung seines Verstandes werden müsse, welche bloss auf seine Verhältnisse passet und ihn nur allein in solchen Dingen aufzuklären sucht, die denselben, ohne ihn aus seinem Stande herauszuheben, mit seinen Pflichten gegen sich und andre in seiner Lage näher bekannt machen, ihm die Mittel zu deren Ausübung fasslich vorzeichnen, seinem Nahrungs-Zustand und Verbesserung seines Eigenthums in jeder Art aufzuhelfen suchen und überhaupt dahin abzwecken, ihm so viel moralische und physische Glückseligkeit zu verschaffen, als es die Grenzen seines Standes und der Umfang seines unterthänigen Verhältnisses erlauben. Es ist einleuchtend, dass dergleichen Aufklärung, zumal sie zugleich auf Bildung des Herzens gerichtet sein muss, nur langsam und bei dem oberschlesischen Landmann äusserst langsam bewirkt werden kann. Vorzüglich muss durch Erziehung der Jugend eine bessere Denkungsart in dortige Gegend gebracht und dadurch für die Zukunft das Meiste zur dasigen Aufklärung bewirkt werden. Ich behalte mir deshalb auch vor, einem h. Collegio ganz besonders meine Gedanken in Absicht auf Verbesserung des Schulwesens, und vorzüglich des katho-

---

1) Diesem Schreiben liegt, theilweise wörtlich, zu Grunde eine am 20. Mai 1789 dem Minister überreichte Denkschrift des Professors Steiner an der Universität Breslau. Vgl. No. 350. Mai 20

1789 Juli 14 lischen, zu eröffnen, indem hierbei sich vieles bemerken und zu Beförderung meiner Absicht abändern lassen wird. Vor jetzt will ich hier nur anführen, dass wir dermalen, ohne Hinsicht auf die Jugend, schon solche Wege einschlagen müssen, wodurch überhaupt die Bildung des jetzigen Landmannes befördert wird, und wenn man erwäget, dass Beispiel der Menschen aus den höhern Classen auf den gemeinen Mann sehr wirket — wozu ich ausser dem Grundherrn- und denen Wirthschafts-Beamten ganz vorzüglich den Pfarrer und seine Gehülfen rechne, zumal diese schon vermöge ihres geistlichen Amtes weit stärkern Einfluss auf die Gemüther ihrer Religions-Verwandten haben —: so wird es unter andern Mitteln, den oberschlesischen Landmann aufzuklären, von grossem Nutzen sein, wenn die dortigen Pfarr-Stellen mit guten Subjecten besetzet werden. Bisher sind grösstentheils Oberschlesier von Geburt in Rücksicht der dort üblichen pohlnischen Sprache zu Geistlichen dahin genommen worden. Die meisten von ihnen sind bekanntlich von Eltern aus den niedrigsten Classen geboren und sehr dürftig erzogen worden. Ihre ersten Begriffe sammeln sie in der väterlichen Hütte und der elenden Dorf-Schule, wovon sie wegen des Lateins in die nicht viel bessern Kloster-Schulen zu Himmelwitz, Rauden, Lechschütz und Oppeln gehen und endlich hierher nach Breslau zur hohen Schule kommen, wo sie einige Jahre sogenannte Philosophica und Theologica hören und alsdann oft so dumm zurückkehren, als sie hergekommen sind. Diese Leute werden nun Volkslehrer bei einer ihrer vaterländischen Gemeinden, sollen durch ihre Lehre und Beispiel das Wohl ihrer Kirchkinder bewirken und können selbst, wenn sie bei mehrern Jahren zur Reife ihres Verstandes kommen, bei aller Lust und Liebe zum Guten so wenig sich selbst als andre bilden, indem es ihnen sodann an dem Mittel gebricht, sich selbst mehr aufzuklären und durch Bereicherung ihrer eignen Kenntnisse andern nützlich zu werden. Ich verstehe hierunter das Lesen guter Bücher. Denn ausser ihrem Bischen Schul-Latein nehmen sie keine andere Sprachkenntniss mit. Sie bleiben während ihrer Studienzeit bei ihrer alten rohen deutsch-pohlnischen Sprache mit allen den Sitten und Vorurtheilen, welche sie aus ihrer Heimath hergebracht haben, sondern sich als eine eigne Landmannsschaft von den übrigen Schlesiern ab und vernachlässigen ganz die deutsche Sprache, theils weil ihnen deren Erlernung wirklich schwer fällt, theils weil sie in dem Wahne stehen, solche in ihrer vaterländischen Gegend nicht nöthig zu haben. Daher kommt es, dass ihnen das Lesen guter deutscher Bücher höchst beschwerlich wird und dass ihnen mithin (da Producte ihrer Landsleute in ihrer Sprache gänzlich fehlen, auch die wenigen lateinischen Gebet- und Schul-Bücher, die ihnen etwa noch zur Hand kommen, äusserst seichte sind) kein Mittel übrig bleibt, sich ihren Verstand aufzuhellen und dadurch in ihrer Gemeinde Gutes zu wirken. Daher rührt es, dass sie sodann ihre Lebensart bloss auf Befriedigung ihrer sinnlichen Bedürfnisse richten und ihre Pflichten in Ausübung des trocknen Rituales bei ihrem

Amte setzen. Daher entsteht es, dass der gemeine Mann noch weniger an das Erlernen der deutschen Sprache denkt und wohl gar aus Vorliebe, eine eigne Nation sein zu wollen, deren Werth verachtet. Wie höchstnöthig es aber ist, den dortigen Landmann zur deutschen Sprache zu gewöhnen, bleibt ganz augenscheinlich, da er mit dem Nieder-Schlesier nach einerlei Gesetzen behandelt wird, alles Gerichtliche deutsch verhandelt werden muss, die meisten Vorschriften und Anleitungen, wodurch er zur Aufklärung seines Verstandes sehr viel gewinnen kann, deutsch sind, die in seiner pohlnischen Sprache geschriebenen Bücher nur allein Gebet- und Gesangbücher sind, welche voll religiösen Unraths stecken sollen, und endlich überhaupt für ihn die deutsche Sprache dasjenige Hülfsmittel ist, wodurch seine Cultur am besten befördert werden kann. Sollte dieselbe jedoch auf ein Mal eingeführt werden, so würden dabei unüberwindliche Hindernisse entstehen, und es ist daher nöthig, sie nach und nach, jedoch aber auch mit allem Nachdruck zu verbreiten. Dass darauf bei den Schulen besonders gesehen werden müsse, behalte ich mir, wie schon erwähnt, zur nähern Einleitung annoch vor, und mein dermaliger Zweck geht jetzt nur dahin, wie man Wege auffinden könne, durch den dortigen geistlichen Stand bessere Ausbreitung der deutschen Sprache und dadurch zugleich mehrere Aufklärung beim Landmann zu bewirken. 1789 Juli 14

»Ich glaube, dass dieser Zweck erreicht werden wird, wenn ernstlicher darauf gesehen wird, dass die hiesigen katholischen *candidati theologiae*, welche Ober-Schlesier sind, nach Nieder-Schlesien und ebenso die Nieder-Schlesier nach Ober-Schlesien als Pfarr-Gehülfen in Zukunft angesetzt und hiernächst daselbst versorgt werden. Schon dadurch allein wird der studirende Ober-Schlesier gezwungen, seine mit so vielen schädlichen Folgen verbundene Anhänglichkeit an Sprache, Sitten und Gewohnheit seiner dortigen Gegend aufzugeben und von der bisher ganz unverantwortlich vernachlässigten Gelegenheit, deutsch zu lernen, Gebrauch zu machen Der Nieder-Schlesier hingegen bringt eine bessere Cultur mit und wird bei seiner Neigung zu seiner Muttersprache nicht nur das Deutsch-Sprechen dem pohlnischen stets vorziehen, sondern auch dadurch den oberschlesischen Landmann angewöhnen, aufs Deutsche zu merken, selbst einen deutschen Ausdruck zu versuchen und wird ihn so unvermerkt durch seinen Umgang und sein Beispiel von der pohlnischen Sprache abziehen. Treten nun noch tüchtige Schulmänner hinzu, die im Dorfe die Jugend deutsch lehren, so muss in Zukunft schlechterdings die deutsche Sprache überhand nehmen, und hierdurch ein grosser Schritt zur Cultur des Ober-Schlesiers gewonnen werden.

»Es ist überdies ein Ueberfluss an niederschlesischen Candidaten, und wenn man ihnen bei Concurrenz um Beneficien einen besondern Vorzug einräumt, so werden sie sich theils freiwillig zu ihrer Mission nach Ober-Schlesien erklären, theils aber müssen auch in dessen Ermangelung die

1789 Juli 14 Tauglichsten bei der ersten Weihe dazu ausersehen und dahin verpflichtet werden, dass sie durch die drei Jahre ihres theologischen Cursus zugleich die pohlnische Sprache erlernen müssen, weshalb bei jeder neuen Weihe zugleich ein Zeugniss des Sprachmeisters, welches von dem Directore der Universität contrasignirt worden, der geistlichen Behörde zu produciren und solches bei Extrahirung des gewöhnlichen Placiti bei der Nomination zur Pfarrtei gleichfalls an ein Collegium einzusenden sein wird.

»Ich habe daher auch deshalb bereits das Nöthige an das hiesige bischöfliche Vicariat-Amt[1]) . . . verfügt. Es kann jedoch aber diese Einrichtung erst mit dem Verlauf von 2 bis 3 Jahren ihre völlige Anwendung finden, weil erst bis dahin die niederschlesischen Candidaten zur pohlnischen Sprache gezogen werden können, weshalb ein h. Collegium dermalen nur attendiren wolle, dass auch würklich der Unterricht in der pohlnischen Sprache vom künftigen Michaelis bei dem neuen Lections-Cursu nicht ausser Acht gelassen und damit continuirt werde: wie es sich denn auch von selbst versteht, dass, wenn während dieser Zeit sich niederschlesische Candidaten finden sollten, die bereits in der pohlnischen Sprache Kenntniss haben, alsdenn ihnen sofort der Vorzug gelassen und sie bestmöglichst nach Ober-Schlesien versorgt werden müssen.

»Da die Universität für Sprachmeister keinen Fonds hat, die Candidaten aber grösstentheils arm sind oder doch durch die Kosten mehr abgeschreckt werden dürften, so wird man das *onus salarii* für einen pohlnischen Sprachmeister wohl auf sich nehmen müssen und aus der Seminarien-Casse bestreiten lassen. Ich habe daher auch bereits an den Directorem der Universität, Pater Zeplichal, Verfügung erlassen, sich mit einem solchen Subject zu einigen und mir von seiner Forderung an Gehalt Anzeige zu machen. Nun finde ich zwar in der von mir inspicirten letztern Rechnung der Seminarien-Casse, dass solche mit sehr wenig baarem Bestande abschliesst und dass die Interessen der angelegten Capitalien sowie die jährlichen Revenus würklich auf Salaria, Douceurs und Pensiones bereits angewiesen sind. Indessen hoffe ich, dass durch Absterben der Percipienten wohl nächstens einige Ausgaben vermindert werden dürfen, und auf allen Fall muss man eher ein kleines Capital der Casse angreifen als einen solchen Zweck verhindern. Ueberdies aber müssen für die Zukunft die Einnahmen der Seminarien-Casse möglichst vermehrt werden, da mir solche ausser der Salarirung dieses Sprachmeisters noch mehr Fonds zur Verbesserung des katholischen Schulwesens abgeben soll.

---

1) In diesem Erlasse heisst es u. a.: »Wir verordnen daher Kraft dieses aus allerhöchster landesväterlicher Vorsorge für die bessere Cultur unserer in ihrer Aufklärung noch zurückstehenden oberschlesischen Unterthanen, dass die hiesigen *candidati theologiae*, welche Ober-Schlesier sind, nach Nieder-Schlesien und ebenso die Nieder-Schlesier als Pfarr-Gehülfen nach Ober-Schlesien in Zukunft angesetzt und hiernächst daselbst mit Pfarrteien versorgt werden sollen.«

»Ein h. Collegium ersuche ich daher, nicht nur künftig mir keine Anträge von Befreiung der gewöhnlichen Abgabe der neuen Pfarrer zu machen, sondern ich setze auch hiermit fest, dass künftig bei Wiederbesetzung der Pfarrteien, welche die Stifter und Klöster vergeben und die *ad nutum abbatis sive prioris amovibiles* sind, die Quarta ihrer Revenus so wie bei allen übrigen Pfarrteien ebenfalls erlegt werden muss, indem ich nicht nur bei Inspicirung der Acten gefunden, dass man gleich Anfangs bei Errichtung der Seminarien-Casse diese Absicht gehabt und sich nur deren Befreiung unter dem Vorwande der Amovibilität nach und nach eingeschlichen hat, sondern auch überhaupt bemerkt habe, dass diese Amovibilität eigentlich nur in der Caprice der Ordens-Obern oder in dem schlechten Verhalten des Pfarrers ihren Grund hat und in diesen Fällen der schuldige Theil leicht diese Abgabe einbüssen kann; sowie auf den Fall, wenn der Kloster-Pfarrer *promotionis gratia* von der Pfarrtei abgerufen wird, er alsdenn *ipso facto* schon wegen seines geleisteten Beitrags zur Seminarien-Casse entschädigt wird. 1789 Juli 14

»Ein h. Collegium wolle daher für die Zukunft recht sehr sich angelegen sein lassen, den Fonds der Seminarien-Casse, da er besonders zu einem dem Lande höchstnützlichen Zweck, zur Verbesserung des katholischen geistlichen und Schul-Wesens, verwendet wird, möglichst zu vermehren, und niemanden mehr von dessen Beitrag zu dispensiren. Ueberhaupt aber wolle dasselbe diese meine hier geäusserten Ideen genau erwägen und nach solchen mit mir gemeinschaftlich die Aufklärung des gemeinen Mannes in ihren nöthigen Grenzen zu beherzigen belieben, und wird mir jede Bemerkung von einem h. Collegio sehr willkommen sein, die dasselbe mir über diesen Gegenstand mitzutheilen belieben wird. Endlich ersuche dasselbe, der königlichen Glogauischen Kammer zu ihrer gleichmässigen Cynosur Abschrift dieses Rescriptes zukommen zu lassen.«

---

350. Etats-Minister Hoym an den Professor Steiner an der Universität Breslau. Breslau 1789 Juli 14.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Concept.

Hat nichts wegen seiner Freimüthigkeit zu besorgen.

Dankt für seine »recht gründlich durchdachten Vorschläge«; hat »die nähern Einleitungen der Sache« verfügt.[1]) »Wobei ich alles vermieden habe, was auch nur den entferntesten Verdacht erregen könnte, dass der Herr Professor den diesfälligen Plan mir übergeben habe. Es kann derselbe daher auch auf keinen Fall die befürchteten nachtheiligen Folgen seiner freimüthig geäusserten Bemerkungen gewärtigen, zumal ich nicht verfehlen werde, ihn stets gegen alle Verfolgungen zu schützen, welche

1) S. die vorhergehende Nummer.

1789 Juli 14 er sich durch seine Versuche zur mehreren Aufklärung des Volks zuzuziehen glaubt, und wird es mir sehr lieb sein, wenn derselbe bald ähnliche gründliche Beiträge zur Volkszeitung[1]) liefert.«

Juli 20 **351. Königlicher Erlass an den Land-Jägermeister Stein, Gesandten am kurmainzischen Hofe.** Berlin 1789 Juli 20.

R. 11. 164. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Will den Wortlaut seiner Reichstags-Abstimmung über die Nuntiaturen nicht im Voraus mittheilen.

. . . »Quant à l'affaire des nonciatures, je ne comprends pas, comment on peut exiger de moi, que j'énonce d'avance les termes du suffrage, que je donnerai à la diète. Il doit suffire, que j'ai promis de voter selon la constitution de l'Empire, surtout comme on ne peut pas encore prévoir, quand cette affaire sera mise en délibération, ce qui ne peut du moins pas avoir lieu avant la rentrée de la diète au mois de novembre.«

Juli 27 **352. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe.** Berlin 1789 Juli 27.

R. 11. 33. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Die Enthüllungen über die Nuntiatur-Sache.

»J'ai reçu votre rapport du 16. juillet, et je suis bien aise . . ., et que vous ayez eu l'occasion de voir en chemin l'électeur de Tréves[2]), et de le rectifier à l'égard de mes sentiments sur l'affaire de nonciature et par rapport aux deux mémoires, qui ont été publiés.[3]) Je sais bien, que cette publication fait beaucoup de peine à l'électeur de Mayence, et elle n'a sûrement pas faite ici; mais tels qu'ils sont, le mémoire de mon ministère ne contient que des principes très-constitutionnels, qui ne peuvent que trouver l'approbation de toutes les personnes impartiales« . . .

---

1) In dem vorliegenden Exemplar der *Schlesischen Volkszeitung* findet sich Steiner's Denkschrift nicht.

Juli 16 2) Brühl hatte berichtet: »Il me témoigna la plus grande fermeté, pour soutenir les droits archiépiscopaux contre les prétentions de la cour de Rome, mais il se plaignit en même temps de l'électeur de Mayence, puisque dans l'entrevue, que les trois électeurs avaient eue ensemble, il avait été convenu, qu'aucun ferait la moindre démarche ni la moindre négociation à Rome, ni directement ni indirectement*) le consentement du pape; que l'électeur de Mayence avait amené une négociation à l'insu de ses coélecteurs, ce qui les avait déterminés à le forcer**), pour ainsi dire, de ne plus différer à porter l'affaire à la dictature de la diète.« 3) S. unter dem 30. Mai.

---

*) Das Folgende verschrieben; wahrscheinlich sind die Worte »le consentement du pape« Rest eines hinter »coélecteurs« vorhanden gewesenen Satzes, der etwa lautete: »pour obtenir le consentement du pape à la coadjutorerie de Dalberg.« **) Vgl. No. 239.

353.[1]) **Ministerial-Erlass an die westpreussische Regierung.** Berlin 1789 August 14. 1789 Aug. 14.

R. 7. B. 23. F. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Scholz.

Erlaubniss zum Studium im Auslande.

»Auf Euern . . . Bericht und Anfrage vom 30. Juli *c.* wegen der von dem Polizei-Magistrat zu Mroczen für den dasigen Bürgerssohn Joseph Jaroslawski nachgesuchten Erlaubniss, seine in der Jesuiter-Schule zu Bromberg angefangene theologische Studien auf dem Seminario zu Gnesen vollenden zu dürfen, ertheilen Wir Euch hiermit zur . . . Resolution, dass bei den von Euch angezeigten Umständen die gebetene Erlaubniss auf gewisse Jahre, deren Bestimmung Euch überlassen wird, ertheilet werden könne.«

354.[2]) **Schriftwechsel zwischen dem Etats-Minister Woellner und dem Cabinet.** 1789.

R. 7. B. 16. C. Concept (geschrieben von Scholz) bzw. Mundum.

Verleihung eines Frauenburger Canonicats. Haltung des Papstes.

Woellner. Berlin August 22. Aug. 22

»Durch das Absterben des Domherren Grafen Krasicki ist beim Dom-Stift zu Frauenburg ein Canonicat vacant geworden, dessen Collation den Concordaten gemäss, weil der Sterbefall sich in einem päpstlichen Monat zugetragen, dem römischen Stuhl zukommt. Der Papst hat nach des Etats-Ministre Grafen v. Hertzberg Versicherung sich erklärt, diese Stelle an eine E. K. M. gefällige Person conferiren zu wollen, und es ist dazu von Rom aus durch den Cardinal Buoncompagni ein gewisser Abt Matthie[3]) ganz vorzüglich empfohlen. Ich darf daher keinen Anstand nehmen, diesen Mann, welcher mit . . . königlicher Erlaubniss seine Studia in dem *collegio germanico* zu Rom absolvirt, auch nach des Etats-Ministre v. Hertzberg

---

1) Als Probe mitgetheilt.

2) Woellner theilte Hertzberg am 14. August mit, »dass, obgleich nach Aug. 14
einer polnischen Constitution vom Jahr 1699 bloss Eingeborne der Lande Pohlen und Preussen im Bisthum Ermland zu Canonicaten admittirt werden sollen, das Geistliche Departement dennoch keinen Anstand genommen, den Abbé Mathie verlangter Maassen bei Sr. M. in Vorschlag zu bringen, weil zu Folge eingezogener Nachrichten jene Verordnung nicht in Ausübung gekommen, auch wirklich das gegenwärtige Capitul zu Frauenburg grösstentheils mit Ausländern besetzt ist.« Hierauf Hertzberg an Woellner (17. August): »Ich bin auch gewiss, dass der Aug. 17
Papst dem Mathie vorzüglich die Collation ertheilen wird, da er ihn persönlich kennt und er auch seit einiger Zeit verschiedene Präbenden, zu welchen ich im Namen des Königs Personen recommandirt, gleich damit begünstiget hat, ohne Zweifel, um sich dem König in Ansehung der Nuntiatur-Sache gefällig zu machen.«

3) Auch *Matthy* geschrieben. Als bald darauf das Dom-Capitel gegen den Abt als einen Ausländer Einwendungen erhob, wurde festgestellt, dass er in Dirschau geboren war, und das Dom-Capitel abgewiesen.

1789 Aug. 22 Zeugniss schon Proben seines Fleisses und seiner Geschicklichkeit geliefert hat, . . . in Vorschlag zu bringen.«

Aug. 25 Cabinets-Befehl. Berlin August 25.

Erklärt sich einverstanden.

Aug. 24 **355.**[1] **Ministerial-Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe.** Berlin 1789 August 24.

R. 11. 33. Concept, gezeichnet von Hertzberg.

Dem König ist die ganze Nuntiatur-Sache fremd. Der Papst soll den Erzbischöfen antworten und einen Legaten nach Regensburg schicken, anstatt von Excommunication zu reden. Soll Zoglio wegen der preussischen Garantie des Status quo befragen und nichts Schriftliches von sich geben.

»Je vois par vos rapports du 29. juillet et du 11. d'août les pourparlers, que vous avez eus avec le nonce de pape, avec l'électeur de Trève et avec son ministre sur l'affaire des nonciatures. Il est impossible de vous donner des instructions plus précises sur cette affaire compliquée, qu'on embrouille de tous côtés. Je ne sais rien du synode, que l'électeur de Mayence veut convoquer, et je ne puis pas en juger; je me dispenserai aussi volontiers d'être le médiateur entre tant de têtes chaudes et dans une matière, qui m'est aussi étrangère. Tout ce que je désire de la cour de Rome, c'est qu'elle réponde sans perte de temps et avant l'ouverture de la diète aux archevêques, sans quoi elle se mettrait entièrement dans le tort, et qu'elle nomme un légat modéré et bien instruit, qui puisse négocier et transiger avec les archevêques à Ratisbonne, qui me paraît être l'endroit le plus convenable, parceque tout l'Empire y est réuni. Quand la cour de Rome ne cherche qu'à temporiser et qu'elle parle d'excommunication, elle suit à la vérité ses anciens maximes, mais elle méconnaît la différence des temps, et elle peut gâter toutes ses affaires. Vous conseillerez donc au nonce de n'en faire jamais mention; vous lui demanderez aussi, en quoi sa cour fait consister le *status quo* du recez d'Ems et ma garantie et ce qu'elle a par écrit là-dessus de ma part.[2] Vous ne donnerez rien par écrit sur cette matière, parcequ'on peut être trop aisément compromis. La cour de Rome devait faire tout ce qui est possible avant l'ouverture de la diète, pour entamer un accommodement, puisque, quand l'affaire viendra en délibération, on ne pourra plus l'arrêter, et je ne pourrai pas m'empêcher de faire voter selon les principes, les constitutions et les intérêts de l'Empire. Voilà des vérités, que vous ne sauriez trop inculquer au nonce.«

---

1) Ähnlichen Inhalts ein königlicher Erlass an Brühl vom 10. August.

2) Angesichts der Mittheilungen Lucchesini's (s. No. 258) muss diese Frage einigermaassen befremden.

356. Cabinets-Schreiben an den Weihbischof Rothkirch von Breslau. 1789 Aug. (25)
Breslau 1789 August (25).

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Concept, gezeichnet von Hoym, mit der Registratur: *Exp. und mundirt den 26. August.*

Soll die deutsche Sprache in Ober-Schlesien durch Versetzung niederschlesischer Candidaten befördern.

»Ich habe bei Meiner jetzigen Reise in Ober-Schlesien abermals bemerkt, dass daselbst noch sehr viel pohlnisch gesprochen wird. So lange dies fortdauert und der dortige Landmann nicht deutsch lernt, so ist auch alle Mühe zu seiner Aufklärung vergeblich. Ihr müsst schlechterdings alle Eure Aufmerksamkeit darauf richten, dass man in den Schulen die deutsche Sprache gehörig treibt und die Kinder deutsch lesen, schreiben und sprechen lehrt. Besonders aber müsst Ihr dahin sehen, dass die Geistlichkeit dem gemeinen Mann mit gutem Beispiele auch in der deutschen Sprache vorgehe, und damit Ihr dies um so leichter bewirken könnt, so habt Ihr alle oberschlesischen Candidaten nach Nieder-Schlesien und die niederschlesischen nach Ober-Schlesien zu placiren, damit letztere dort mehr Aufklärung bewirken und erstere sich besser bilden lernen. Ich bin von Euch überzeugt, dass Ihr Eurerseits alles anwenden werdet, um diese Meine zum wahren Wohl Meiner oberschlesischen Unterthanen gereichende Absicht möglichst zu befördern.«

357.[1] Das Ober-Schul-Collegium an den Fürsten Krasizki, Bischof von Ermland, den Grafen von Hohenzollern, Bischof von Kulm, und den Grafen Rybinski, Bischof von Kujawien. Sept. 1
Berlin 1789 September 1.

R. 76. I. 94. Concept, geschrieben von Schröder, gezeichnet von Woellner und Meierotto. Anweisung von letzterem.

Die katholischen Organisten in Ost- und Westpreussen sollen künftig auch Schule halten.

»Aus den eingegangenen Schul-Tabellen hat das Ober-Schul-Collegium ersehen, dass es in Preussen noch gar sehr an Land-Schulen fehle und dass es daher von der grössten Nothwendigkeit sei, auf die Errichtung mehrerer zu denken und wo möglich in jedem Dorfe eine Schule anzulegen. In allen Dörfern, wo eine Kirche ist oder gar ein Pfarrer wohnt, würde es wenigstens den Hauptzweck des Unterrichts und der Bildung der Gemeinen entgegen sein, wenn nicht zugleich auf Anlegung einer Schule gesehen würde. Die Fonds des Staats erlauben aber bei so vielen und dringenden Bedürfnissen, die sich überall im Schulfach finden, nicht, zur Anlegung dieser Schulen das Nothwendige sogleich auszusetzen, und daher ist es Pflicht, alle die Hülfe zu nutzen, welche sich hie und da zu jenem guten Zweck zeiget. Nun sind fast alle katholische Dorf-Kirchen in Preussen mit Organisten versorgt, welche häufig sehr gut stehen. Es ist gar nicht die Absicht des Ober-Schul-Collegii, die einmal angesetzten Organisten im Besitz ihrer

1) Vgl. No. 364.

1789 Sept. 1 Einnahmen zu stören, noch auch in der Art, wie und durch wen diese Stellen bisher besetzt worden, auf irgend eine Änderung anzutragen; aber es wünscht, dass zwei gleich nothwendige Zwecke mit einander verbunden werden könnten und dass künftig an keinem Orte ein Organist angesetzt würde, der nicht zugleich zum Schulhalten geschickt ist und dem also dieses Geschäfte zur eigentlichen und besondern Pflicht gemacht werden könnte. Wie diese Idee genügt und dem zu Folge die Einrichtung getroffen werden könne, darüber erbitten wir uns Ew. *p.* gegründetes Sentiment.«

Sept. 6 **358.**[1]) **Immediat-Bericht des Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe.** München 1789 September 6.

R. 96. 167. D. Mundum.

Zoglio's Antwort wegen des päpstlichen Schreibens an die Erzbischöfe, der Sendung eines päpstlichen Legaten, der preussischen Garantie des Status quo. In letztere ist Zoglio von Buoncompagni nicht eingeweiht worden.

Hat dem Nuntius Zoglio die unter dem 24. August aufgetragenen Vorstellungen gemacht. »Il m'a répondu: qu'il pouvait m'assurer sur son honneur, qu'il n'avait cessé jusqu'ici de représenter à sa cour la nécessité de répondre aux archevêques, et même que ces remontrances lui avaient presque attiré des désagréments; que cependant on lui avait assuré par les dernières dépêches de sa cour, que ces réponses étaient à l'expédition et qu'il croyait, que dans ce moment-ci elles auraient déjà été communiquées confidentiellement à V. M., avant qu'on les aurait envoyées aux archevêques; que cependant il était bien aise d'être autorisé par ma démarche à renouveler ses représentations. L'envoi d'un légat lui paraît toujours difficile, cependant il convient, qu'il est nécessaire; mais les Romains mettent une si grande valeur au système public d'un légat, qu'ils croiraient compromettre leur dignité, s'ils paraissaient avec moins d'éclat et d'autorité qu'autrefois. Quant à la question du *status quo*, le nonce m'avoua: qu'il n'était pas en état de me donner une réponse catégorique, puisque jamais le cardinal secrétaire d'État n'avait voulu lui parler clair et s'était borné à mettre dans ses insinuations, qu'il eut à l'appuyer dans son maintien, puisque V. M. l'avait garanti. Enfin, après avoir représenté lui-même, qu'on pouvait donner des interprétations très-différentes à cette phrase, et qu'il les avait même énoncées à sa cour, l'explication, qu'on avait semblé approuver le plus, était, que les affaires ecclésiastiques en Empire resteraient sur le même pied, comme elles avaient été fixées par les concordats d'Aschaffenbourg, la paix de Westphalie et le concile de Trente; que, pour ce qui est de l'acte par écrit de la garantie de V. M., on ne le lui avait jamais voulu donner à lire, le cardinal secrétaire d'État lui ayant dit, que

---

1) Beantwortet am 21. September.

la cour de Rome avait engagé sur cela sa parole à V. M., et qu'on n'en ferait jamais usage que dans le cas de la dernière nécessité. Il ajouta: que cet aveu, qu'il me faisait avec toute la franchise d'un honnête homme, me ferait connaître l'embarras, dans lequel il s'était trouvé dans les différentes discussions, que nous avions eues ensemble, pendant lesquelles il avait été forcé de se retrancher avec de grandes phrases et des lieux communs; qu'il espérait cependant, que sa cour l'instruirait mieux; et que pour sa personne il espérait, que V. M. voudrait bien faire passer par son canal une explication nécessaire pour la conduite d'une affaire aussi délicate qu' importante; et qu'il espérait de donner des preuves dans toutes les occasions de sa profonde vénération pour V. M. et de la haute considération due à Son ministère, d'autant plus qu'il pouvait se flatter d'être le premier, qui a engagé sa cour à rechercher l'amitié de V. M. et à Lui donner sa confiance« . . . 1789 Sept. 6

---

359. Des Grafen Guiccioli, päpstlichen Geschäftsträgers »Observations sur les nonciatures.« Berlin 1789 September 10. Sept. 10

R. 11. 164. Eigenhändig, ohne Unterschrift. Wahrscheinlich für den Minister Hertzberg bestimmt, s. den Schluss.

Der König von Preussen muss die Nuntiaturen beschützen, weil er dadurch 1) das dem Papste gegebene Versprechen erfüllt; 2) die geistliche Verfassung Deutschlands beschirmt; 3) sich den Kurfürsten von Pfalz-Baiern verpflichtet; 4) das Vertrauen der Bischöfe gewinnt; 5) nur die vier Erzbischöfe reizt, deren Bund dem Berliner Hofe immer verdächtig sein muss.

»Si le roi de Prusse tient la main généralement à ce que l'électeur de Mayence n'entreprenne rien, de quelque manière que ce puisse être, contre les nonciatures de Cologne, Lucerne et Munich, il s'acquitte du traité du 14. mai 1787, s'assure le titre du gardien de la constitution ecclésiastique et des lois de l'Empire, se rapproche de l'électeur palatin, gagne la confiance des évêques dA'llemagne et n'aigrit que quatre archevêques, dont l'alliance doit être toujours suspecte à la cour de Berlin.

»Au contraire, si le roi se prête aux sollicitations des quatre archevêques, [il] manque de parole au pape, aigrit l'électeur palatin, porte atteinte à la constitution ecclésiastique de l'Empire, perd la confiance des évêques d'Allemagne.

»Si on démontre toutes ces propositions, il faut se crever les yeux, pour ne pas voir, quel parti la cour de Berlin doit prendre là-dessus.

»1. Le 14. mai 1787 Mr. le marquis Lucchesini écrivit au cardinal Boncompagni, secrétaire d'État du pape, ce qui suit.«

Folgt Auszug, beginnend mit den Worten »Il marchese Lucchesini« und schliessend mit »du siége de Mayence.«[1])

---

1) S. die Nachträge unter dem 14. Mai 1787.

1789 Sept. 10 »Mais c'est un fait que selon l'article 4. du congrès d'Ems 'les nonciatures cessent en avenir, les nonces ne sauraient être que des ministres du pape et ne peuvent plus suivant la déclaration de S. M. Imp. exercer aucun acte de jurisdiction volontaire ou contentieuse'; que selon l'article 17. 'l'ordonnance du concile de Trente, *sess. 22. cap. 2 de reformat.*, touchant le procès informatif des nouveaux évêques, devra avec l'exclusion desdites nonciatures être fidèlement observée à l'avenir'; que selon l'article 22. 'les nonces du pape n'osent ni en première instance ni dans les suivantes s'ingérer, comme il a déjà été dit plus haut, dans aucune affaire'.

»Par où l'on voit, que, si l'électeur de Mayence poursuit à la diète de l'Empire l'affaire des nonciatures, [il] devient promoteur et fauteur du congrès d'Ems, dont l'essentiel et même l'unique but est d'élever sur la ruine des nonces la puissance des métropolitains. Mais le roi de Prusse doit empêcher l'électeur de Mayence d'être promoteur et fauteur du même congrès, en vertu du traité du 14. mai 1787; donc pour s'acquitter de ce traité, il doit tenir la main généralement à ce que l'électeur de Mayence n'entreprenne rien à la diète contre les nonciatures.

»On dira peut-être, que l'électeur de Mayence, comme archichancelier de l'Empire, ne peut se passer de renvoyer cette affaire à la délibération des États. Mais sitôt que le roi déclare de ne vouloir pas permettre, qu'on abolisse la jurisdiction des nonces de Cologne, de Lucerne et de Munich, la cour de Mayence doit trouver inutile et risquant de consulter les États là-dessus. Car le suffrage de la cour de Berlin emporte ceux de la cour de Saxe et de la cour de Hannovre: par conséquent il n'y aurait à la diète d'autre suffrage contraire à la jurisdiction des nonces que celui du roi de Bohême et de trois archevêques.

»2. La constitution ecclésiastique de l'Allemagne exige nécessairement, que le pape soit juge en dernier ressort des procès, qui regardent l'élection des archevêques et des évêques. Mais sitôt qu'il n'y a plus de nonces en Allemagne, les archevêques remplacent le pape et peuvent disposer à leur gré des places vacantes dans les églises de l'Allemagne. Dans l'affaire très-compliquée d'une élection il survient toujours quelque procès; et à qui serait-il de le décider, si ce n'était au métropolitain? Je veux bien croire, que la décision serait conforme au bien de l'église germanique dans les cas réglés par les lois; mais dans les cas douteux, qui sont les plus fréquents, la politique s'y mêlerait, et celui aurait gain de cause, qui rendrait un meilleur service au metropolitain, à ses néveux, à ses favoris. Cela augmenterait prodigieusement l'autorité des métropolitains et ferait un changement considérable de constitution par rapport aux églises catholiques d'Allemagne. C'est pourquoi le roi de Prusse s'assure le titre de gardien de cette constitution, sitôt qu'il fait son possible, afin qu'on laisse les nonciatures *in statu quo*. Il est donc autant de l'intérêt de la cour de

Berlin de garantir la jurisdiction des nonces, que de jouer le beau rôle de gardien des lois germaniques et du *status quo*. 1789 Sept. 10

»3. Dans tous les États de l'électeur palatin il n'y a pas un seul évêque. Ce sont les évêques de Passau, Ratisbone, Augsbourg, Eichstaedt, Spire, Worms, Wurtzburg, Freising et les archevêques de Mayence, de Cologne, de Saltzbourg, qui y exercent le pourvoir ecclésiastique. Pour régler d'une manière légitime le pouvoir de ces princes évêques, qui sont en quelque façon corégents de l'électeur, il a un nonce à Munich, qui juge en dernier ressort les procès ecclesiastiques, sans s'ingérer presque du tout dans cette partie du pouvoir clérical, qui regarde *iura ordinis*. Cette nonciature de Munich n'offre pas l'ombre de nouveauté. Celui qui est revêtu de l'autorité de nonce n'est que subrogé pour les lieux et domaines bavarois-palatins, et ses facultés ne s'étendent pas au delà de celles que ont eus depuis un temps immémorial ceux dont le nonce de Munich occupe la place dans lesdits pays. Enfin chaque souverain a le droit de prendre chez lui tel arrangement qu'il juge nécessaire, pourvu que il n'ait pas les mains liées par des traités et qu'il ait obtenu l'agrément du souverain pontife. Puisque donc la nonciature de Munich est un arrangement domestique, fait par l'électeur palatin, celui-ci a droit de prétendre, qu'une puissance étrangère ne s'y mêle; d'où il s'ensuit, que toutes les démarches, que le roi de Prusse pourrait faire contre les nonciatures, doivent nécessairement aigrir l'électeur palatin, qui ne ressemble pas à ces petits États d'Allemagne, dont toute la politique consiste à épier parmi les grandes puissances de l'Empire, qui peut devenir prépondérante, afin de pouvoir se cacher selon les circonstances sous la protection de l'une ou de l'autre.

»4. Chaque évêque a toujours agréé, que ses diocésains, qui se croient gravés par une sentence de son officialat, puissent en appeler ou à la nonciature ou au métropolitain, à peu près comme leurs sujets peuvent provoquer ou à la chambre de Wetzlar ou au conseil aulique. Ces deux tribunaux ecclésiastiques d'appellation doivent se balancer et se heurter mutuellement, et dans ce choc l'évêque juge de première instance, se trouve mieux à son aise et n'a pas beaucoup à craindre du métropolitain. Mais sitôt que les nonciatures n'existent plus, l'évêque doit transmettre sans retardement au métropolitain les actes du procès de prèmiere instance et mettre à exécution le décret du juge supérieur parmi les payements des taxes ou des droits, qui pourront lui être dus. Lorsque l'évêque aurait décerné ou ordonné quelque chose, dont par exemple un curé fut mécontent, on porterait le cas à la connaissance du métropolitain, qui demanderait au juge supérieur raison de sa conduite. Peu d'évêques en Allemagne se trouvent en état de pouvoir désobéir impunément à leur métropolitain, qui, ayant une parfaite connaissance des ressorts du gouvernement, des besoins, des intérêts de son suffragant, sait bien employer les moyens de contrainte nécessaire, pour se faire obéir. Puisque donc les évêques trouvent

1789 Sept. 10 leur compte à l'existence des nonciatures, on sent bien, que le roi de Prusse nécessairement les oblige et en gagne la confiance, sitôt qu'il emploie son autorité, afin qu'on laisse les nonciatures *in statu quo*. Il est intérêt des grandes puissances de protéger celles qui ne leur donnent aucun ombrage, et il est aisé et en même temps utile d'être généreuses à cet égard.

»5. L'archevêque électeur de Mayence a accédé à l'union germanique conclue à Berlin le 23. juillet 1785. Mais ce n'est pas ce que l'on écrit dans un traité ni le sceau qu'on y ajoute, qui en assure l'exécution. Il faut voir, si la cour de Vienne ou la cour de Berlin est l'alliée naturelle de celle de Mayence. Si celle-ci a plus besoin de la cour de Vienne que de la cour de Berlin, elle sera plus attachée à la première qu'à la seconde. Dans l'électeur de Mayence je n'envisage que sa qualité d'archichancelier de l'Empire.

»Aucune affaire ne peut être traitée à la diète, si le commissaire de l'empereur n'en fait la proposition, et on ne peut rien communiquer à la diète que du consentement de l'archichancelier de l'Empire. Il ne tient presque que à celui-ci d'accorder ou refuser la dictature publique, c'est-à-dire la communication des plaintes, griefs, droits et demandes, qu'un prince veut faire au corps germanique. Nonobstant cela il s'en faut beaucoup que l'archichancelier, quelque étendus que soient ces droits, puisse avec fermeté se refuser aux demandes d'un empereur de la maison d'Autriche, d'autant plus que depuis l'année 1646 on a adopté la maxime: *directorium esse ministerium, non imperium*; *cancellariatum, non dominatum.*[1]) Il faut observer aussi, que le vice-chancelier de l'Empire fait son séjour à Vienne, et cette circonstance donne un grand avantage à l'empereur. Si celui-ci met son approbation aux résolutions uniformes des trois colléges, on en forme une loi, à laquelle tous les États doivent obéir; mais si cette approbation est refusée, il ne peut y avoir de *conclusum* ni par conséquent de loi.

»D'où il résulte, que l'électeur de Mayence, étant d'accord avec l'empereur, peut jouer à la diète un rôle fort considérable. Les greffiers, qui dressent les actes et les arrêts, qui tiennent les regîtres et les comptes de tout ce qui a rapport aux affaires, souvent gouvernent sous le nom des magistrats, dont ils sont officiers. Mais si l'archichancelier n'est pas d'accord avec l'empereur, il sera méprisé à peu près comme un greffier d'un magistrat habile et savant. Si donc l'électeur de Mayence trouve mieux son compte de favoriser les démarches de l'empereur que de les contrecarrer, il est de l'intérêt de la cour de Mayence de cultiver l'amitié du chef de l'Empire et peut-être de se déguiser avec adresse, pour marcher à ce bout par des

1) Die lateinischen Worte stehen in einer Beschwerdeschrift der braunschweigisch-lüneburgischen Herzöge von 1646. Offenbar entnahm sie Guiccioli dem Buche von Selchow: *Elementa iuris publici germanici* 1, 211; vgl. oben S. 388. Die Art, wie er sie verwerthet, kennzeichnet den Mann.

routes détournées. En effet c'est depuis deux cents ans qu'entre la cour de Vienne et celle de Mayence subsiste une parfaite intelligence; une grande partie de ceux qui environnent l'électeur, sont dévoués à la maison d'Autriche; et les chanoines, qui ont la consolation de penser, qu'ils ont une origine aussi illustre que le chef de l'Empire, se font un plaisir d'aller au-devant de tout ce qui peut lui faire plaisir. 1789 Sept. 10

»L'archevêque électeur de Cologne n'a pas encore signé l'union germanique, du moins il n'en conste. L'ordre teutonique, dont il est grand-maître, a conservé jusqu'à nous jours ses prétentions sur la Prusse; il n'a négligé aucune occasion de les rappeler, et il les a fortifiées d'une protestation nouvelle en 1774.[1]) Mais on dit, que cette affaire a été arrangée en 1787 à l'amiable par Mr. Dohm. Cependant comme la qualité de frère de l'empereur donne à l'archiduc Maximilien une considération, dont les électeurs de Cologne autrefois ne jouissaient pas, il n'y a pas apparence, qu'il s'éloigne entièrement de la cour de Vienne: il conciliera des sentiments opposés, et quelquefois une tendresse naturelle pour son frère lui fera peut-être oublier ses intérêts.

»L'électeur de Trèves suit entièrement les démarches de l'électeur de Cologne.

»L'archevêque de Saltzbourg est trop obligé de ménager l'empereur, pour qu'il puisse rendre quelque service à la cour de Berlin.

»Mais si l'électeur de Mayence est l'allié naturel de la cour de Vienne, si sur l'amitié des électeurs de Cologne et de Trèves on ne peut entièrement compter, si l'archevêque de Saltzbourg ne peut rendre aucun service important à la cour de Berlin: quel vrai intérêt peut avoir celle-ci d'obliger les quatre archevêques? Et pour leur faire plaisir, doit-elle manquer de parole au pape, aigrir l'électeur palatin, porter atteinte à la constitution ecclésiastique de l'Empire et perdre la confiance des évêques? Je sais bien, que toute la belle doctrine des vrais intérêts des princes est quelques fois un jeu d'enfants, qui fait rire les hommes sensés, et que la raison d'État est fondée sur des motifs, qu'aucune sagesse humaine n'a pu prévoir. Mais je sais bien aussi, qu'il s'agit de persuader un ministre éclairé, qui suit exactement la justice pour règle de ses démarches, aussi bien que la politique fondée sur les lois, que la nature a établies, pour procurer aux États le bonheur, dont elle les rend susceptibles.«

---

1) *d. d.* Regensburg 2. Mai 1774; bei *Faber, Neue europäische Staatskanzlei* 39, 305.

1789 Sept. 11

360.[1]) Bericht des bischöflichen General-Vicariat-Amtes zu Breslau an das schlesische Finanz-Ministerium. Breslau 1789 September 11.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Mundum, gezeichnet von Anton Ferdinand v. Rothkirch, Ernest v. Strachwitz, Franz Nicolaus v. Troilo, Josef Anton Freiherr v. Langen, Karl Wilhelm v. Blacha, Franz Josef Tworek, Johnan Lindner, Martin Schneider.

Einwendungen gegen die Verordnung vom 14. Juli betreffend Ausbreitung der deutschen Sprache in Ober-Schlesien. Wahre Gründe der vorhandenen Missstände. Dringt auf bessere Bezahlung der Schulmeister.

. . . »Bekannter Maassen ist es jeder Nation, besonders aber dem gemeinen Mann, eigen, ihrer Muttersprache anzuhängen. Aus diesem Grunde konnte die pollnische Mundart selbst sogar nahe an denen Breslauer Vorstädten und in verschiedenen Districten mitten in deutschen Gegenden bisher nicht gänzlich verdränget werden; in denen an das Königreich Pohlen gränzenden Bezirken, allwo überdies der Berührungspunkt so weit ausgedehnet ist, wird dieses um so schwerer oder vielleicht kaum möglich zu bewürken sein, ohne uns darauf einzulassen, ob es dem wechselseitigen Verkehr und Bedarf zuträglich sein dürfte. Ausserdem prävalirt bei dem gemeinen Manne eine besondere Neigung, seinen landeseingebornen Priestern von der nämlichen Muttersprache vorzüglich anzuhängen und auf ihre natürliche Verbindungen vor andern ein volles Vertrauen zu setzen; er sieht demnach die Entfernung seiner Priesterschaft und Ansetzung eines Fremden zum Vorsteher seiner Kirche und Gewissensrathe für einen Zwang an, der ihm unerträglich scheinet. Und da kaum 4 bis 5 Priester in Ober-Schlesien anzutreffen, denen die deutsche Sprache so fremd wäre, dass sie darin nicht predigen und katechisiren könnten, dessen aber gleichwohl und der Anhänglichkeit des Volks ohnerachtet keinen mehreren Fortgang, als bishero geschehen, in der deutschen Sprache verschaffen können, so lässt sich solches aus obigen Gründen von einem niederschlesischen Geistlichen, den das Volk als einen Fremdling betrachtet, noch weniger erwarten; zu geschweigen, dass die Geistlichen selbst ihre Versetzung in andere Gegend, wo die Cultur und die Sitten so verschieden, sich schwerlich wünschen und dahero auch weniger Muth zu Beförderung des Endzwecks bezeigen dürften. Die Langsamkeit in denen diesfälligen Vorschritten Ober-Schlesiens kann demnach unsers Ermessens der Geistlichkeit kaum imputiret werden. Dann da ein Seelsorger ausser seinen geistlichen Verrichtungen keinen beständigen Umgang mit seiner Gemeine und deren Individuis zu unterhalten pfleget, sondern unter andern Amts-Geschäften bloss für den Unterricht der Jugend im Christenthum zu sorgen hat, die Unterweisung im Lesen, Schreiben und übrigen Wissenschaften hingegen dem Schulmeister obliegt, so lässt es sich schwerlich hoffen, dass durch die Priester die allerhöchste Absicht schleiniger als bishero zu erreichen sein dürfte. Es scheinen uns demnach, wann deutsche Priester auf pohl-

1) Beantwortet am 28. October.

nischen Parochien angestellet würden, die nachstehende Bemerkungen, warum wir glauben, dass hierdurch der Endzweck vielleicht noch später erlanget wird, der allerhöchsten Attention nicht unwürdig. 1789 Sept. 11

»*Primo* würde es an Vertrauen der Gemeine ermangeln, die einen deutschen Priester nicht für ihren Landmann hält und aus solcher Veränderung wer weiss welche unechte Vorurtheile schöpfet. An vielen Orten aber, wo Einfalt und Eigensinn herrschet, wird man ihn und seinen unbeliebten Vortrag meiden, und am Ende wären durch Zwang, zumalen der oberschlesische Bauer oder Inwohner grösstentheils wenig zu verlassen hat, selbst Auswanderungen zu besorgen.

»*Secundo* lässt es sich schwerlich erwarten, dass auch nur einige deutsche *candidati theologiae* neben ihren Haupt-Studien (der Dogmatique, der Morale, Polemique, Patrologie, der Kirchen-Geschichte *p.*) binnen 2 oder 3 Jahren der an sich schweren pohlnischen Sprache vollkommen mächtig und sich darin jeden Dialect, deren es hier, sowie in andern Sprachen, verschiedene gibt, dergestalt eigen machen werden, dass sie in derselben ihren Amtspflichten auf dem Predigt- und in dem Beicht-Stuhle, in der christlichen Lehre, bei Kranken und Sterbenden vollkommen Genüge leisten, das Abgängige durch Fragen ergänzen, die Fragen selbst nach eines jeden Begriff einrichten, solche nach denen Umständen der Sache abändern, unerwartete Einwendungen gründlich beantworten und denen Einfältigen gründliche Begriffe von ihrer Lehre mit jener Fertigkeit, die hiezu nöthig, beibringen können. Wäre aber dieses nicht, so ist ein gänzliches Misstrauen, Abneigung und Beschwerden zum noch mehreren Abbruch des heilsamen Endzwecks sicher vorauszusehen.

»*Tertio* werden dergleichen nach Ober-Schlesien versetzte deutsche Priester kaum je im Stande sein, denen Gemeinden die Wichtigkeit ihrer Pflichten gegen Gott, gegen E. K. M. und ihren Nebenmenschen so gründlich, wie es die Sache erfordert, vorzutragen und sich darüber, besonders auch in Ansehung der allerhöchsten Verordnungen, deutlich genug zu erklären. Und dieser Umstand könnte, ausser andern Folgen, von manchem Uebertreter zu seiner Zeit zum Vorwand seiner Rechtfertigung, dass ihm die Befehle von dem Priester nicht gehörig erläutert worden, angeführet werden.

»*Quarto*. Was von denen deutschen Priestern in Ober-Schlesien zu besorgen, findet im Gegentheil auch von denen pollnischen oder sogenannten Utraquisten in Nieder-Schlesien seine Anwendung, wenn solche im Deutschen nicht vollkommen bewandert.

»Überhaupt hat es das Ansehen, dass, wenn die in beiden Sprachen routinirte Priester, aus welchen der grösste Theil in Ober-Schlesien bestehet, der vorzüglichen Anhänglichkeit des gemeinen Mannes ohnerachtet, keine sichtbarere Vorschritte in der deutschen Sprache, als bis nun geschehen, bei ihren Landesleuten bishero bewürken können, derselben Beförderung durch deutsche Subjecta aus angeführten Beweggründen wenig Hoffnung

1789 Sept. 11 übrig lasse, dass, wann die deutschen Candidati in der pollnischen Sprache Unterricht nehmen sollen, solches vielmehr ein Mittel sein dürfte, dieselbe mehr zu verbreiten als zu vermindern, und dass der Zweck, wo es möglich, vielleicht dardurch einige Beförderung erhielte, wann oberschlesische Candidaten zur vollkommenen Erlernung der deutschen Sprache noch mehr angehalten werden.

»Dass das oberschlesische Landvolk in der Aufklärung und dem Deutschen bis jetzt nicht weiter vorwärts gekommen, kann aus angeführten Ursachen der Clerus dafür nicht; sondern es sind andere Hindernisse, die sich allen diesfälligen Vorsichtsmitteln an Weg legen. Glaublich ist es indessen, dass E. K. M. landesväterlichen Intention am füglichsten durch die Schullehrer erzielet werden könne. Allein da auch hier bereits die Vorsorge geschehen, dass keine ganz pollnische Schulmänner in Ober-Schlesien angestellet werden, so ist wohl der Hauptgrund vorzüglich in dem Armuth des Landmannes zu erfinden, welches den Mangel an gesitteter Erziehung zur Folge hat. Das Bedürfniss verstattet denen Eltern nicht, ihre Kinder auch nur nothdürftig zu bekleiden und in eine entfernte Schule, besonders im Winter, der besten und bequemsten Schulzeit, abzuschicken noch denenselben die nöthigen Schulbücher, die für Ober-Schlesien in beiden Sprachen nöthig sind, anzuschaffen. Von Georgii[1]) bis Michaelis werden die Kinder noch bei ihrem schwachen Alter bei Wirthschafts-Bestellungen zur Aushülfe gebrauchet, und diese geraume Zwischenzeit raubt ihnen den grössten Theil von dem, was sie im Winter in der Schule, wann sie ja solche besuchet, mit Mühe erlernet haben, so dass sie im Künftigen von vorne wieder anfangen müssen und solchergestalt nur sehr langsam vorwärts gehen können. Es ist aber auch nicht zu leugnen, dass der Fehler zum Theil an denen Schulmeistern liege, dessen sie sich gleichwohl nach ihrer Verfassung bei dem besten Willen nicht entledigen können. Dann ein grosser Theil ihrer Schuldienste ist so beschaffen, dass kein rechtschaffener Lehrer dabei bestehen kann, der Schulmann seine Lebensbedürfnisse durch anderweite Geschäfte zu erwerben suchen muss und der Pfarrer aus eigener Überzeugung von Nahrungsmangel gemüssiget wird, darin nachzusehen. Bei Schulen von dieser Art lässt sich's also nicht erwarten, dass irgends ein anderer Priester mehr Vortheil schaffen könne.

»Die neue Einrichtung im allgemeinen betrachtet, bleibt demnach immer mannigfältigen Schwierigkeiten, die nicht leicht zu heben, in ihrer Ausführung unterworfen, und das sicherste, auch würksamste Mittel zu Erzielung der höchsten Intention würde unsers Dafürhaltens sein, wann es sich thun liesse, das Interesse des oberschlesischen Bauers mit Beiseitsetzung der pollnischen und Annehmlichkeit der deutschen Sprache zu verbinden, auch denen Bedürfnissen der Schullehrer vollkommen abzuhelfen. Ausser-

1) 23. April.

dem wäre kein anderer Weg übrig, als die langsam würkende Zeit abzuwarten. Hierbei kommt noch vor, dass auf den Fall der einzuführenden Einrichtung ein blosses Attest des Sprachmeisters über die begriffene pollnische Sprache ohne Ablegung öffentlicher Proben in allen Theilen der geistlichen Amts-Verrichtungen aus dem Grunde nicht genug wäre, weil die thätige Ausübung der Amtspflichten in einer dem gemeinen Manne eigenen Sprache ein weit Mehreres erfordert, als solche nothdürftig zu verstehen und unvollkommen zu sprechen: auch dass wir keine zureichende Mittel vorzuschlagen wissen, um denen Kirchen-Patronen die wechselseitige Versetzung der Geistlichen annehmlich zu machen. 1789 Sept. 11

»Weit davon entfernt, gegen E. K. M. allerhöchste Intention, die wir selbst auf alle nur mögliche Art befördern zu können wünschen, uns im Geringsten einige Einwendungen zu erlauben, ist es Pflicht für uns, die hierbei vorkommende Besorgnisse und Bedenklichkeiten pflichtschuldigst anzuzeigen, solche lediglich Allerhöchstdero weisesten Prüfung submissest anheimzustellen und uns hierdurch alles Vorwurfs von Verabsäumung in der Folge zu entledigen.

»Wenn die hin und wieder schlecht besoldete Schulmeister in Ober-Schlesien auf irgends eine Art eine Verbesserung erhielten, würden sich hiezu geschicktere Candidaten finden, die gegenwärtigen mit mehreren Nachdruck zu ihren Pflichten angehalten werden können und nach und nach das dortige Schulwesen, folglich auch der Betrieb der deutschen Sprache in mehrere Aufnahme kommen, wodurch die Versetzung der Geistlichen, die Anstellung eines besondern Sprachmeisters, folglich auch die Beschwerung der an sich schwachen Schul-Seminarien-Casse und der Beitrag der Ordens-Pfarrer hiezu, deren Stifter und Klöster grösstentheils sich eben mit dem Schulwesen zum allgemeinen Besten, ohne Entgelt und theils selbst mit eigenem Aufwande beschäftigen, und die nur zu oft nach Befund der Umstände von ihren Oberen versetzet werden, unnöthig gemacht würde. Nur bliebe noch der wichtige Umstand zu beheben übrig, wie denen Kindern armer Eltern, besonders deren Wohnung von der Schule zu weit entfernt, und vorzüglich zu Winters Zeit, vorzusehen« . . .

361.[1] **Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe.** Berlin 1789 September 21. Sept. 21

R. 11. 33. Concept, gezeichnet von Hertzberg.

Der Nuntiatur-Streit. Die preussische Garantie. Wünscht Beantwortung der erzbischöflichen Schreiben und Sendung eines Legaten nach Regensburg.

. . . »Je suis très-satisfait des explications, que . . . vous avez eues avec le nonce Zoglio, et des réponses, qu'il vous a données. Mon ministère a reçu du comte de Guiccioli les copies des pièces données

1) Antwort auf den Bericht vom 6. September.

1789 Sept. 21 à Rome par le marquis de Lucchesini.[1]) Il en résulte à la vérité une certaine garantie du *status quo* de l'époque du recez d'Ems, mais il y a beaucoup à dire sur l'étendue de cet état même, et d'ailleurs les archevêques prétendent, que c'est le pape qui a fait des innovations depuis le recez d'Ems. J'attends toujours avec impatience, que le pape adresse sa réponse aux archevêques avant l'ouverture de la diète, comme il m'a fait si souvent promettre, sans quoi il s'attire les plaintes les plus fondées, et on ne pourra pas empêcher, que toute l'affaire des nonciatures ne soit prise en délibération et en décision à la diète. La mission d'un légat à Ratisbonne fournirait aussi les meilleurs moyens d'arrêter la conclusion de la diète et de travailler à la conciliation de ce différend, qui est assez important, pour mériter une pareille mission. Ce sont des réflexions, que vous communiquerez au nonce Zoglio, en le priant d'en faire un usage aussi prompt qu' efficace auprès de sa cour« . . .

---

362. Schriftwechsel zwischen dem Grafen von Hohenzollern, Bischof von Kulm, und dem Ober-Schul-Collegium. 1789.

R. 76. I. 199.

Vorschläge zur Verbesserung des westpreussischen Schulwesens. Die Exjesuiten.

Sept. 22 Hohenzollern. Oliva September 22.

Mundum.

»Einige Puncten zur Erhaltung des katholischen Schul-Instituts (zur Verbesserung der Schul-Anstalten für Katholiken in Westpreussen überhaupt, zur Erfüllung des mir von einem k. Ober-Schul-Collegio bei meiner dasigen Anwesenheit[2]) geäusserten Wunsches, die Schulen als den Weg zu den geistlichen Beneficien anzusehen, wie auch um den mir von Hochdemselben unter'm 1. dieses geöffneten Willen, die Organisten zum Schullehren besser anzuhalten und auch tüchtiger zu machen), die ich für wesentlich und unentbehrlich halte, lege ich E. E. zur gnädigen Beurtheilung mit dem gewöhnlichen Zutrauen vor und wünschte hierin den Beifall E. E. wie auch des Ober-Schul-Collegii in eben dem Maasse zu erhalten, als ich mir dabei das allgemeine Wohl zur Richtschnur genommen habe.

»Bis itzt war das Schul-Institut oft in Verlegenheit, seine Professores im Zaum und bei ihren Lehr-Stellen zu halten, weil die Bischöfe solche stets an sich zu ziehen und zum Dienst ihrer Diöcesen zu widmen bestrebt gewesen sind. Dadurch lief gedachtes Institut, welches keine Mittel hat, sich tüchtige Lehrer in der Menge anzuschaffen, die Gefahr, entweder unbiegsame oder gar keine Professores zu haben, welches den Sturz oder den wenigen Nutzen desselben mit der Zeit bei weniger Aufsicht und Emsigkeit dessen Vorsteher ohnfehlbar hervorbringen müsste. Alsdann würden weder

---

1) Vgl. die Nachträge unter dem 14. Mai 1787. 2) Vgl. No. 318.

Schulen noch Lehrer, mithin auch keine tüchtige Geistlichen sein, weil eins aus dem andern fliesst. 1789 Sept. 22

»Diesem gefährlichen Übel zu steuern, bitte ich E. E. ganz gehorsamst, folgende Artikel zu bewilligen und die darauf erforderliche Befehle an die respectiven Bischöfe, worunter ich mit gehöre, gnädigst ergehen zu lassen:

»1) Dass denenselben untersagt werde, künftighin Mitglieder des Schul-Instituts ohne förmliche Entlassung, wie auch ohne Attest und Empfehlung von mir über ihre gute Aufführung und Verdienste im Lehramt, in ihre Diöcesen weder aufzunehmen noch zu providiren.

»2) Dass sich die Bischöfe gefallen lassen müssten, aus ihren Seminarien junge Geistlichen, die vorzügliche Fähigkeiten zum Lehren besitzen, zum Behuf des Schul-Instituts herzugeben, dagegen sie vom Schul-Institut Geistlichen zu Pfarr-Stellen erhalten werden, die, einmal in der Lehrart unterrichtet und von diesem so wichtigen Punct ganz eingenommen, desto eifriger für die Erziehung der Jugend besorgt sein werden; ja, sie werden es sich zur Pflicht machen, die angesetzte Schullehrer oder Organisten zu ihrem Amt anzuhalten, der Unwissenheit vieler der letztern (die allgemein schlecht salarirt sind) abzuhelfen, sie zu unterrichten und unterstützen.

»3) Dass bei vorfallenden Vacanzen der königlichen guten Beneficien besonders auf diejenigen Pfarrer und Lehrer der hohen Schulen des Schul-Instituts, die sich durch gute Schul-Anstalten, durch derenselben Unterstützung, Lehrart und Aufführung hervorgethan haben würden, reflectirt und zu diesem Ende keins dieser Beneficien ohne Berathschlagung mit den Schul-Chefs und mir in Ansehung des Schul-Instituts vergeben werde, sowie es auch eine k. westpreussische Regierung ehedem und unter der vorigen Regierung in Ansehung meiner immer gehalten.

»Wenn nun diese Puncten von E. E. genehmiget zu sein das Glück haben, so bitte ich gehorsamst, solche nicht nur uns Bischöfen, sondern auch allen Schulen und Gymnasien des Schul-Instituts durch eine westpreussische Regierung gnädigst bekannt zu machen, damit sich alle Professoren darnach zu achten hätten« . . .

Das Ober-Schul-Collegium. Berlin September 29. Sept. 29

Concept, geschrieben von Schröder, gezeichnet von Woellner und Meierotto. Anweisung von Meierotto.

»Eure fortdauernde Thätigkeit, mit der die besten Ideen genutzt werden, um das Schulwesen in Westpreussen zu befördern, kann nicht andere als die besten Folgen versprechen und wird daher von Uns mit dem grösstem Wohlgefallen bemerkt. Um indessen aus Euren unter dem 22. dieses eingekommenen Vorschlägen, die Wir im Voraus approbiren, ein Generale machen zu können, fehlen Uns noch verschiedene Nachrichten, als:

»a) ob das von Euch so genannte Schulen-Institut ein besonderes

1789 Sept. 29 Seminarium sei oder ob darunter alle katholische Schulen in Eurer Diöces und in Westpreussen gemeint seien;

»b) ob, wenn mehrere Schulen unter diesen Namen begriffen sein sollten, alle diese Schulen nach einer einförmigen Regel dirigiret werden;

»c) ob keine Seminaria oder keine gelehrte Schulen, die als Seminaria betrachtet werden können, in einem oder dem andern District der Diöcesen der andern Bischöfe liegen, und

»d) ob die Seminaria oder gelehrte Schulen der Culmschen Diöces wohl im Stande sind, alle geistliche Pfarreien und Stellen in allen Diöcesen zu versehen, und wie viel Geistliche zum Beispiel in einem Jahre in diesen Schulen der Culmschen Diöces gebildet und entlassen werden.«

Oct. 16 Hohenzollern. Oliva October 16.

. . . »*Ad A.* E. K. M. ist es hinlänglich bekannt, wie Allerhöchstdero Vorgänger denen Jesuiten selbst nach der Aufhebungs-Bulle in allen seinen Staaten nach ihren Ordens-Regeln ferner zu leben gestatteten. Diese sonst so nützliche Ordens-Leute hatten aber durch die allgemeine Aufhebung zwar die ihnen zur Last gelegten Gefährlichkeiten, die die weitläufige Verbindung grosser Männer hervorbringen konnte, verloren; der nützliche Geist des Lehramts war aber damit bei Leuten ohne Obern, ohne Aufsicht und selbst ohne Gehorsam auch erloschen; sie genossen Revenuen, die zwar gering, jedoch ganz ohne Nutzen für den Staat waren, da indess dieser den grössten Mangel an Schulen litt. Ich sanne also auf Mittel, ihren Schulen ein neues Leben und eine neue Gestalt zu geben, indem ich sie in die Classe wahrer Lehrer, sie unter einen vom Monarchen gewählten Ober und unter Mitwirkung der Regierung zu versetzen suchte. Ich that diese Vorschläge dem höchstseligen Vorgänger E. K. M., dieser liess die Aufhebungs-Bulle promulgiren. Er ertheilte mir die nöthigen Befehle und die Frucht war das Reglement, welches durch eine Cabinets-Ordre unter'm 5. März 1781 die allerhöchste Approbation erhielt[1]) und welches ich einem Ober-Schul-Collegio in Berlin überreichte.[2])

»Diese Jesuiten hatten 8 Collegien oder öffentliche Schulen in Westpreussen, nämlich: in Graudentz und Marienburg in meiner Diöces, in Braunsberg und Rössel in der Ermländischen, in Alt-Schotland in der Pomerellschen, in Bromberg, Deutsch-Crone und Conitz in der Gnesenschen. Ich war gezwungen, um sie in Ansehung der Unterthanen wirklich nützlich zu machen, alle beizubehalten, und bestimmte 6 dieser Schulen (nämlich Graudentz, Marienburg, Rössel, Bromberg, Deutsch-Crone und Conitz) zu den ersten Classen bis zur Rhetorique *inclusive*, und zwei (nämlich Braunsberg in Ermland und Alt-Schotland bei Dantzig) machte

1) Band 5, 425. 433.

2) S. unter dem 4. Februar.

ich zu Gymnasien, wo alle Schulen für Welt- und Geistliche bis zur Theologie *inclusive* etabliret worden. Aus diesen beiden Gymnasien gehen Weltliche nach vollendeter Philosophie auf Universitäten und die geistlichen Candidaten nach vollendeter Theologie in die respectiven Seminarien der Diöcesen, wo sie bloss zu denen Wissenschaften, die einem Seelsorger nöthig sind (als: zu *theologiam moralem* mit Tradirung der Casuisten, *in cantu*, Cäremonien), unterrichtet und zur geistlichen Aufführung, Gehorsam und Sitten, wie auch Übung im Predigtamt gehalten werden. 1789 Oct. 16

»Aus diesem werden E. K. M. zu ersehen geruhen, dass dies Schul-Institut keine Gemeinschaft weder mit Seminarien, die eigentlich mehr Prob- und Übungs-Häuser als Schulen sind, noch mit Land- und Stadt-Schulen oder in einer eigenen Diöces seine Existence habe, sondern eine besondere Gesellschaft, die in allen Diöcesen etabliret ist und allen Unterthanen zu Diensten stehet, wo sie, sowohl weltlich als geistlich, erstere den Grund der hohen Wissenschaften legen und letztere die Vollkommenheit der theologischen Kenntnisse erhalten, ausmacht.

»*Ad B.* Diese Frage ist bereits *ad litteram A* beantwortet und das Reglement ist die allgemeine Regel, nach welcher die Professoren behandelt und die Jugend gelehrt wird.

»*Ad C.* Seminaria und hohen Schulen sind ganz verschiedener Beschaffenheit; denn in erstere werden bloss solche Subjecta angenommen, die bereits die Schul-Wissenschaften erlangt haben, und werden in denenselben nur *ad curam animarum* tüchtig, nicht aber gelehrt gemacht. Indess sind keine andere hohe Schulen in Westpreussen als die des Schul-Instituts vorhanden; ihre Vertheilung ist aber so glücklich, dass alle Unterthanen E. K. M. sie füglich frequentiren können.

»*Ad D.* Seminarien hat jede Diöces, und diese müssen hinlängliche Subjecta für sie erhalten, können aber den andern Diöcesen keine liefern, weil diese Institutiones gemeinhin Stiftungen der Capitulen und Bischöfen sind, wo die daselbst sich kurz aufhaltende Candidaten ohnentgeltlich verpflegt werden. Da nun der Unterschied zwischen Seminarium und hohen Schulen hinlänglich auseinandergesetzt ist und also auch vermuthlich in der gnädigsten Anfrage E. K. M. eigentlich nur von den hohen Schulen des Exjesuiten-Instituts die Rede sein kann, weil es auch keine andere Schule giebt, so erwidere ich in aller Unterthänigkeit, dass obgedachtes Exjesuiten-Schul-Institut in der That an alle Diöcesen und in allen ihren Seminarien alle Subjecta liefert, weil jeder sich dem geistlichen Stande widmende Jüngling alle Classen nebst Theologie in denen öffentlichen Schulen durchgehen muss und erst nachher in das Seminarium der Diöces, in welcher er geboren ist und der er seine Dienste schuldig ist (es sei denn, dass er davon durch Dimissoriales dispensiret werde) eintreten, um daselbst die vollkommenere geistliche Erziehung und Tüchtigkeit zur Seelsorge zu erhalten.

1789 Oct. 16 »Da nun die besten Schulkenntnisse vom Seminario, wo jeder Bischof seine Geistlichen prüfet, nicht dispensiren können, so that ich dem Ober-Schul-Collegio den Vorschlag, dass die jungen Leute, die das Exjesuiten-Schul-Institut formirt hat und nachdem sie ihre Zeit in dem Seminario ausgestanden, anstatt dass sie gleich *ad curam animarum* gingen, erst als Lehrer bei dem Institut wieder angesetzt würden, damit, da sie nur Schüler gewesen, sie auch im Lehramt unterrichtet und dadurch fähiger würden, bei zu erhaltenden Pfarr-Stellen Schulen anzulegen, sie zu unterstützen und zu inspiciren.

»Die Anzahl der Professor-Stellen in den Collegien des Exjesuiten-Schul-Instituts ist zwar nicht hinlänglich, um alle aus denen *respect.* Seminarien gehende Geistliche zum Lehramt wieder aufzunehmen; alle Subjects sind auch dieses Amts vorzüglich nicht fähig, und die tüchtigste würden also auch nur dazu genommen und nach und nach wieder entlassen, um die Seelsorge zu übernehmen und nach Verdienst versorgt zu werden. Diejenigen aber, die im Schul-Institut nicht Platz haben könnten, würden auch, da die mehresten nur zuerst als Vicarii placirt werden, nur dadurch, dass sie sich mit dem Lehramt entweder persönlich oder durch genaue Aufsicht der Schulmeister oder Organisten und guten Fortgang des Unterrichts in ihrem Sprengel ernstlich beschäftigten, Hoffnung zur Erhaltung eines Beneficiums haben können und ebenso die Pfarrern zu bessern Stellen.

»Weil aber der glückliche Fortgang aller dieser guten Aussichten einzig und allein auf die Solidität des Exjesuiten-Schul-Instituts, das einzige unterrichtende in Westpreussen, auf die Güte der Lehrer und auf Ordnung derselben beruhet, so muss kein Lehrer ohne förmliche Entlassung abgehen und ohne gute Zeugnisse des Schul-Instituts-Chefs versorgt werden, sowie auch die Verdienten in diesem Lehramt den Vorzug zu guten Pfarr-Stellen erhalten müssen.

»Diese Betrachtung dictirt mir die Vorschläge, die ich unter dem 22. September *a. c.* einem Ober-Schul-Collegio einreichte; ich halte sie nicht nur für höchst nöthig, sondern auch für die einzige, die eine allgemeine Verbesserung im Schulwesen und im Sittlichen Westpreussens ohne Kosten bewirken können, und flehe also die landesväterliche Gnade E. K. M. um Allerhöchstdero huldreiche Approbation derselben an.«

Oct. 27 Hierauf Ministerial-Erlass an die westpreussische Regierung (Berlin 27. October): »zu berichten, ob die von dem Supplicanten nachgesuchte Verfügungen ohne Beeinträchtigung der andern Bischöfe erlassen werden können und ob sich von denselben der gehoffte Nutzen erwarten lasse.«

Eine Antwort der Regierung liegt nicht vor.

363. Immediat-Bericht der Etats-Minister Dörnberg und Woellner. 1789 Sept. 28
Berlin 1789 September 28.

Lingen Eccles. Concept, geschrieben von Scholz.

In Lingen keine katholische Schule ohne Entschädigung der evangelischen Schullehrer! Aber auch keine Simultan-Schule!

»Auf die Beschwerde[1]) der katholischen Eingesessenen zu Suttrup[2]) in der Grafschaft Lingen, dass sie genöthigt würden, neben dem ihnen unter voriger Regierung concedirten Schullehrer auch dem evangelischen Schulhalter das Schulgeld zu bezahlen, haben E. K. M. dem Finanz-Departement des General-Directorii und dem Geistlichen Departement eine nähere Untersuchung und gemeinschaftliche Arrangirung dieser Angelegenheit anzubefehlen geruhet.

»Die mit ihrem pflichtmässigen Gutachten darüber vernommene lingensche Landes-Collegia, die Regierung sowohl als die Kammer, sind nach reiflicher Prüfung aller Umstände der einstimmigen Meinung, dass weder den Suttruppern noch sonst einer andern katholischen Gemeinde in Lingen Schulen zu verstatten sind, wenn nicht dabei die protestantischen Schullehrer dergestalt entschädigt werden, dass sie ohne das Schulgeld, welches sie bisher von den katholischen Kindern erhalten, bestehen können, weil sonst die evangelische Schulen in der Grafschaft ganz würden eingehen müssen.

»Dieser Antrag hat auch in der Landesverfassung und ursprünglichen Einrichtung des dortigen Schulwesens seinen guten Grund. Denn sowie den Katholiken von der vorigen orangischen Landesherrschaft gar keine Religions-Übung verstattet war, so ist ihnen beim Antritt der milderen Regierung E. K. M. Herren Grossvaters Friedrich Wilhelm's I. Maj. zwar der Privat-Hausgottesdienst, jedoch unter dem ausdrücklichen, mehrmals wiederholten Verbot, irgend eine katholische Schule anlegen zu dürfen, erlaubt worden.[3]) In deren Ermangelung sind sie die Zeit her genöthigt gewesen, ihre Jugend in die evangelischen Schulen zu schicken und den dabei angesetzten Lehrern das Schulgeld zu bezahlen, auf welches die Subsistenz der evangelischen Schulhalter in der Grafschaft Lingen vorzüglich und fast ganz allein fundirt ist, indem besonders die Land-Schulmeister entweder mit gar keinem oder doch nur einem nicht zu ernennenden Gehalt von wenigen Thalern versorgt sind, die Katholiken aber bei weitem die grössere Anzahl der Einwohner ausmachen, so dass nach dem vom General-Directorio angegebenen Verhältniss auf einen reformirten 16 katholische und auf einen lutherschen 34 katholische Wirthe zu rechnen sind: wie dann insonderheit zu Suttrup sich neben 72 katholischen

---

1) Vgl. unter dem 9. Juni 1788.
2) Hs.: »Sultrup.« 3) Band 1, 873 ff.

1789 Sept. 28 Familien nur 3 protestantische Wirthe befinden, von welchen augenscheinlich ihr Schulhalter nicht leben kann.

»Sollen demnach die Katholiken Schulen bekommen und die evangelische Schulmeister nicht ganz zu Grunde gehen, so müssen entweder erstere noch wie vor das Schulgeld an die evangelische Schulhalter berichtigen oder es müssen letztere auf andre Art entschädigt werden, wozu wir aber, weil die lingenschen Kirchen-Cassen kaum die Kosten zu Unterhaltung des Gottesdienstes und der höchst nöthigen Bauten zu bestreiten im Stande sind, keinen Fonds vorzuschlagen wissen und also . . . drauf anzutragen bemüssiget sind, dass E. K. M. geruhen mögen, die den Suttruppern unter voriger Regierung auf einseitiges Vorstellen gegen die Landesverfassung ertheilte Schul-Concession, wenn die Impetranten sich nicht bequemen, das festgesetzte Schulgeld nach wie vor an den jedesmaligen evangelischen Schulhalter zu entrichten, wiederum einzuziehen, auch für die Zukunft keiner andern katholischen Gemeinde im Lingenschen ohne diese Bedingung eine eigne Schule zu erlauben: es wäre denn, dass E. K. M. auf andre Weise durch das Finanz-Departement zur Entschädigung der evangelischen Schulhalter einen Fonds, wobei sie ohne das Schulgeld von den katholischen Kindern bestehen können, ausmitteln zu lassen die Gnade haben wollten.

»Wir bemerken schliesslich, dass das General-Directorium, welches mit uns zu Arrangirung dieser Angelegenheit den allerhöchsten Auftrag erhalten hat, um deswillen an diesen Bericht keinen Antheil nehmen mögen, weil dasselbe besorget, dass die Erschwerung der katholischen Schul-Concessionen eine Auswanderung veranlassen könnte. Beide lingensche Landes-Collegia sind aber hierunter ganz andrer Meinung und berufen sich auf die Erfahrung, dass weder der Druck, unter welchem die Katholiken unter orangischer Herrschaft gelebet, noch die mehr gemilderte Einschränkungen, denen sie jetzt unterworfen sind, eine solche Folge gehabt, sondern vielmehr die katholischen Einwohner sich seit jenen Zeiten ansehnlich im Lande vermehrt haben. Im Gegentheil förchten die gedachten Collegia eine solche Emigration von Seiten der evangelischen Einwohner, wenn durch dergleichen katholische Schul-Concessionen ihre eigne Schulen zu Grunde gerichtet würden, weil alsdenn ihre Kinder ohne allen Unterricht bleiben müssten, indem es wegen der intoleranten katholischen Grundsätze, welche ihren Lehrern den Gebrauch evangelischer Schulbücher und sogar nicht einst das Bibel-Lesen erlauben, nicht thunlich ist, ihre Jugend in katholische Schulen zu schicken: welches auch wegen des daselbst zu tief eingewurzelten Dünkels von einem allein selig machenden katholischen Glauben und dem daraus entspringenden Hang zum Proselytenmachen höchst bedenklich und gefährlich sein möchte.«

364.[1]) **Fürst Krasizki, Bischof von Ermland, an das Ober-Schul-Collegium.** Heilsberg 1789 September 28. 1789 Sept. 28

R. 76. I. 94. Mundum.

Mehr Schulen! Schwierigkeit wegen der Organisten.

Erklärt, »wie dass zwar auf dem platten Lande bei den Pfarr-Kirchen im ganzen Bischofthum Ermland denen Organisten ihre eigentliche Pflicht (denn in den Städten sind ausser den Organisten überall andere Schulhalter angesetzt) allezeit gewesen, auch zugleich Schulen zu halten; welches auch bis jetzt genau erfüllet wird. Indessen sind die andern Dörfer von den Pfarrkirch-Dörfern so weit entlegen, dass die Kinder, besonders im rauhen und kalten Winter, in die Pfarrkirch-Schule nicht ohne Gefahr von ihren Eltern geschickt werden können. Es wäre also die grösste Nothwendigkeit, noch mehrere Schulen hier anzulegen, um welches ich abermal des eifrigsten bitte, sobald es sich möglich thun und einiger Fonds sich zu diesem so heilsamen Zweck ausfindig machen liesse.«

365.[2]) **Cabinets-Befehl an das General-Directorium.** Rheinsberg 1789 September 30. Sept. 30

Lingen Eccles. Abschrift.

Katholische Schule in Suttrup.

»S. K. M. . . . geben dem Finanz-Departement des General-Directorii hiemit auf, nach gehaltener Abrede mit dem Geistlichen Departement einen Fonds auszumitteln, wodurch der Schullehrer einer katholischen Gemeinde zu Suttrup im Lingenschen unterhalten werden könne. Nach genauern Übereinkommen erwarten Allerhöchstdieselben hierüber den erforderlichen Bericht.«

---

366. Ministerial-Erlass an das bischöfliche General-Vicariat-Amt zu Breslau. Breslau 1789 October 3. Oct. 3

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Concept, gezeichnet von Hoym.

Soll auf Erlernung der deutschen Sprache, namentlich in den Kloster-Schulen zu Rauden und Himmelwitz, halten.

Bezugnahme auf die Verordnung vom 14. Juli, betr. Versetzung niederschlesischer Candidaten nach Ober-Schlesien und umgekehrt. »Bleiben die oberschlesischen Schulen in ihrer bisherigen Verfassung, so müssen Wir befürchten, dass die von dort her kommenden Candidaten bei Verrichtung ihrer Seelsorge in Nieder-Schlesien sehr wenig brauchbare Geistlichen werden dürften. Denn die bisherige Erfahrung hat gelehret, dass die oberschlesischen Jünglinge, die aus dortigen Schulen auf hiesige Universität

---

1) Antwort auf das Schreiben vom 1. September.

2) Vgl. unter dem 24. December.

1789 Oct. 3 kommen, oft gar nicht deutsch zu sprechen noch zu schreiben gewusst, und da sie sich hier auf die deutsche Sprache eben so wenig gelegt, grösstentheils ohne alle diesfällige Kenntniss wieder in ihre Heimath zurückgekehrt sind. Es kann daher dieser höchst schädlichen Fahrlässigkeit dermalen um so weniger nachgesehen werden, als Unsere niederschlesischen Unterthanen durch solche der deutschen Sprache unkundige Geistlichen sehr belästigt werden müssten. Deshalb muss der grösste Fleiss in Erlernung dieser Sprache schon auf den niedrigsten Schulen getrieben und hiernächst vorzüglich in den Kloster-Schulen zu Rauden und Himmelwitz, weil von ihnen viele studirende Jünglinge hieher kommen, die deutsche Sprache cultivirt werden.

»Wir hegen zu Euch das allergnädigste Vertrauen, dass Ihr Euererseits zu Erreichung Unserer zum wahren Wohl des Landes gereichenden Absicht alles Mögliche beitragen werdet, und befehlen Euch hiermit in Gnaden, vor jetzt Euer vorzüglichstes Augenmerk auf diese beiden Haupt-Schulen zu richten, indem Wir Uns annoch vorbehalten, wegen gänzlicher Reform des katholischen Schulwesens nähere Verfügungen zu erlassen. Ihr müsst schlechterdings alle Maassregeln dahin nehmen, dass diese beiden Schulen auf deutschen Fuss gesetzt und nach dem Reglement, welches Unserm hiesigen Schulen-Institut vorgeschrieben[1]), behandelt werden. Insbesondere habt Ihr keinen Schüler dorthin aufnehmen zu lassen, der nicht so viel Kenntniss aus der Trivial-Schule mitbringt, um deutsch zu sprechen und das Dictirte zu schreiben. Dies wird selbst einen grossen Einfluss auf die Trivial-Schulen haben, indem die dortigen Lehrer sich sodann mehr der deutschen Sprache befleissigen müssen, auch die oberschlesischen Einwohner, welche so gern ihre Söhne studiren lassen, letztere um so eher zu selbiger anhalten werden. Ferner müsst Ihr die mündlichen Vorträge und Erklärungen deutsch machen und keine pohlnischen, sondern bloss deutsche Ausarbeitungen den Schülern aufgeben, alle Versiones lediglich in deutscher Sprache geschehen und eben in solcher nur allein examiniren und antworten lassen. Und damit sich die Lehr-Methode möglichst erleichtere, auch die Schüler ihren Privat-Fleiss unterhalten können, so habt Ihr zugleich dafür zu sorgen, dass diese Schulen mit allen den deutschen Büchern versehen werden, welche bei den Gymnasien zum Grunde gelegt worden.

1) Band 4, 630.

367. Kurfürst Friedrich Karl Josef von Mainz an König Friedrich Wilhelm II. Aschaffenburg 1789 October 7. 1789 Oct. 7

E. 96. 147. Mundum.

Bittet, am Reichstage gegen Duldung der päpstlichen Nuntien zu stimmen.

»E. K. M. ist zweifelsohn durch Hochihro Reichstags-Gesandtschaft der Bericht seiner Zeit erstattet worden, dass der von Sr. Kais. Maj. an das Reich gebrachte, die anmaassliche Gerichtsbarkeit der römischen Nuntien im deutschen Reiche betreffende Gegenstand noch vor dem Eintritte der fürdaurenden Comitial-Ferien in der Absicht zur Reichs-Ansage gelanget sei, damit derselbe bei der Wiedereröffnung des Comitial-Jahres zur alsbaldigen wirklichen Berathung könne befördert werden.

»Die Gründe, auf welchen der Unbestand und die Unzulässigkeit aller ständigen Gerichtsbarkeit der römischen Nuntien in Deutschland beruhet, hatten Wir die Ehre, E. K. M. schon vor einiger Zeit ausführlich mitzutheilen. [1])

»Da wir nun die Zuversicht hegen, dass E. K. M. Sich durch Ihre eigene deutsch-patriotische Gesinnungsart rühmlichst geneigt und bewogen finden werden, die National-Freiheit der deutschen Kirche dort, wo sie die Vorsehung wirklicher Reichs- und Kirchen-Gesetze oder Verträge für sich hat, mittels beifälliger reichsständischen Abstimmung kräftigst zu unterstützen, so nehmen Wir Uns die Erlaubniss, E. K. M. bei dem herannahenden Ende der Reichstags-Ferien die ehebaldige gefällige Beförderung einer an Dero Reichstags-Gesandtschaft zu erlassenden günstigen Instruction nochmal angelegenst zu empfehlen und dabei bemerklich zu machen, wie es für itzt lediglich darauf ankomme, dass Sr. Kais. Maj. dasjenige reichsgutachtlich vorgelegt werde, was der wahre Geist und Sinn der schon bestehenden Reichs- und Kirchen-Gesetze, besonders der deutschen Fürsten-Concordate und der diesen zur Bestätigung dienenden kaiserlichen Wahl-Capitulation, mit sich führt.

»Wir stellen in solchem Betrachte dem erleuchtesten hohen Ermessen E. K. M. ergebenst anheim, ob Höchstsie bei der bevorstehenden Reichstags-Berathschlagung Ihro Abstimmung nicht mit Uns und Unsern gleichgesinnten Mitständen dahin zu vereinbaren geruhen wollen, dass die päpstlichen Nuntien mit Facultäten und Jurisdiction im deutschen Reiche (ausser dem einzigen Falle, wo der Papst als Oberaufseher und Primas zur Erhaltung der Einig- und Reinigkeit der katholischen Religion auf eine Zeit lang einen Legaten oder Nuntius abzuschicken befugt und schuldig ist) sowohl den Kirchen- als Reichs-Satzungen, besonders den deutschen Fürsten-Concordaten und den darin aufgenommenen Schlüssen des Baseler Kirchenraths zuwider, folglich nicht allein nicht zu dulden, sondern auch alle von diesen sowohl als von andern auswärtigen Nuntien im deutschen Reiche

1) No. 255.

1789 Oct. 7 auszuübenden Handlungen *in causis tam contentiosis quam voluntariae iurisdictionis* für unkräftig und nichtig zu achten seien« . . .

Oct. 10 **368. Kurfürst Friedrich Karl Josef von Mainz an König Friedrich Wilhelm II.** Aschaffenburg 1789 October 10.

R. 10. 79. Mundum, geschrieben von Johannes Müller.

Soll die katholischen Deutschen von dem Joche päpstlicher Nuntien befreien.

»L'intérêt patriotique, qu'en conséquence du traité même de l'union[1], V. M. a toujours pris au maintien des libertés et des droits de l'église germanique, ne me permet pas de douter un moment, que, l'affaire de la jurisdiction des nonciatures dans l'Empire devant être mise en délibération à la diète en peu de semaines d'ici, il ne Lui plaise d'instruire Son ministre à Ratisbonne à voter pour l'abolition de toute jurisdiction ordinaire et permanente des nonces, ainsi que V. M. m'en a assuré dans Sa déclaration du 4. novembre 1788.[2] Je joins ici la minute du suffrage, que je compte moi-même faire porter par mon ministre directorial.[3] V. M. aura la gloire d'avoir par Son exemple contribué infiniment à délivrer la partie catholique de la nation allemande d'un joug illégitime, que nos voisins et la plupart des peuples catholiques de l'Europe ont secoué depuis longtemps. Un tel bienfait ne peut qu'assurer à V. M. la reconnaissance de l'église germanique et la confiance de ses chefs. Ils verront, que c'est Elle qui a éminemment contribué à faire remplir un vœu inutilement manifesté à tant de diverses reprises depuis 258[4] ans.«

Oct. 16 Der Bischof von Kulm an das Ober-Schul-Collegium, s. unter dem 22. September.

Oct. 20 **369. Bericht der westpreussischen Regierung an das Geistliche Departement.** Marienwerder 1789 October 20.

R. 7. B. 24. Mundum, gezeichnet von Schroetter, Schleinitz, Schmiedeberg, Meyer, Scheibler, Ziegenhorn, Fincke, Büsching.

Trennung der westpreussischen von den polnischen Klöstern. Ungehorsam von drei westpreussischen Klöstern. Schwierigkeit bei der Bestrafung.

»E. K. M. haben durch verschiedene an uns erlassene Befehle es uns zur Pflicht gemacht, genau darauf zu sehen, dass aus den in Westpreussen belegenen Klöstern keine Ordens-Männer in pohlnische Klöster und aus pohlnischen keine in hiesige versetzt werden und überhaupt auch ohne unser Vorwissen und Genehmigung keine Veränderungen des Personalis durch Versetzungen aus einem hiesigen Kloster in das ander vorgenommen werden sollen.

1) Fürstenbund. 2) S. unter dem 2. November 1788.

3) S. die vorige Nummer.

4) Wohl verschrieben für *268;* denn sicher ist an den Reichstag von 1521 gedacht. Vgl. S. 292.

»Gemäss dem . . . Rescript vom 16. Mai 1774[1]) sollen daher die hiesigen Klöster sich eigene Provinciale erwählen, und *iuxta rescriptum* vom 23. Juli 1777[2]) sollen, wenn zwei Klöster im Lande von Einem Orden sind, diese sich einen besondern *vicarium generalem* erwählen und dazu die Einwilligung ihres Generals bewirken, von welcher Regel indessen einige Klöster ausgenommen sind, als z. B. die Missionarien in Danzig und Culm *per rescriptum* vom 23. April 1778[3]), das Capuziner-Kloster zu Rehwalde *per rescriptum* vom 26. April 1779[4]), die Recollecten-Klöster zu Pakösc und Labyszin[5]) *per rescriptum* vom 28. März 1782. 1789 Oct. 20

»Um nun obige Verordnung in Ausübung zu bringen, haben Allerhöchstdieselben auch festzusetzen geruhet, dass alle Gemeinschaft der hiesigen Klöster mit den pohlnischen aufgehoben und sich von den hiesigen Klöstern eigne Provinciäle erwählt werden sollen.

»Ohnerachtet wir diese Befehle sämmtlichen Klöstern wiederholentlich bekannt gemacht haben, so befolgen die Klöster der Bettel-Mönche dieselbe doch nur selten, und wir müssen aus den uns eingerichteten jährlichen Kloster-Tabellen ersehen, dass bei ihnen fast alle Jahre Versetzungen der Mönche aus Pohlen hierher und aus hiesigen in pohlnische Klöster, unsern Verwarnungen und Strafbefehlen ohnerachtet, vorgenommen werden.

»Die Reformaten-Klöster zu Graudenz, das zu Strasburg und das Bernhardiner-Kloster zu Löbau zeichnen sich hierinnen vorzüglich aus, so dass wir uns genöthiget sahen, diese drei Klöster der so oft ohne unser Vorwissen vorgenommenen Versetzungen wegen durch Veranlassung einer fiscälischen Untersuchung zur Verantwortung ziehen zu lassen.

»Dies ist jetzt geschehen; allein bei Abfassung des Erkenntnisses finden sich Bedenklichkeiten, welche E. K. M. wir hiermit vorzutragen für unsre Pflicht halten.

»Sämmtliche drei zur Verantwortung gezogene Klöster leugnen nicht, dass ihnen die ergangene Befehle bekannt sind, und ebenso müssen sie eingestehen, dass demohnerachtet aus ihren Ordens-Männern viele in pohlnische, auch aus pohlnischen in hiesige Klöster versetzt worden, auch dass sie keinen eignen Provincial hätten.

»Zu ihrer Entschuldigung führen sie an: (1) Dass die Versetzungen von ihren geistlichen Obern, dem Provincial und Definitor, ohne dass sie solche vorher wüssten, verfügt würden und dass sie, sobald sie die Obedienz erhielten, sie in das ihnen angewiesene Kloster wandern müssten. Den Befehlen ihrer Obern dürften sie sich nicht widersetzen, denn sie hätten ihnen unbedingten Gehorsam zu leisten geschworen; wenn sie daher die erhaltene Obedienz nicht sogleich befolgten, würden sie das abgelegte Gelübde des Gehorsams brechen, dies aber könnten sie ihres Gewissens wegen

---

1) Band 4, 603. 2) Vgl. Band 5, 218. 3) Band 5, 258.
4) Band 5, 295. 5) Beide im Netze-District.

1789 Oct. 20 nicht. (2) Wären die Versetzungen ein Grundgesetz ihrer Ordens-Reguln, nach welchem feststehe, dass sie jährlich aus einem Kloster ihres Ordens in das andere nach dem Gutbefinden ihrer Obern versetzt, und zwar ohne dass sie es vorher wüssten, wohin sie geschickt würden, translocirt werden müssten. Die in ein Kloster versetzte Ordens-Männer kämen an, ohne dass sie es wüssten, und brächten die Obedienzen mit; nach Einhändigung dieser Obedienzen müssten die in diesen Versetzungs-Befehlen benannte Ordens-Leute das Kloster sogleich räumen und in das ihnen angewiesene Kloster wandern, wo sie eben so unerwartet ankämen, als die, denen sie Platz machen müssen, zu ihnen gekommen wären. Da sie nun den Vorschriften ihrer Ordens-Regeln die genaueste Befolgung geschworen hätten, diese ihre Ordens-Reguln von E. K. M. bestätiget wären und sie überhaupt ihre Gelübde nicht anders als mit landesherrlichem Consens ablegen dürften, so könnten sie auch durch die genaue Befolgung derselben nicht strafbar handeln, und ihnen könne nichts zur Last fallen, wenn sie ihre Versetzungen nicht vorher anzeigten und um Erlaubniss dazu bei der Regierung bäten, da ihnen dieses zu thun durch die angezeigten Vorschriften ihres Ordens unmöglich gemacht würde. (3) Hätten sie alles gethan, was ihnen[1]) zur Befolgung des ihnen von der Regierung gewordenen Befehls zu thun möglich gewesen, sie hätten die bei ihnen vorgenommene Versetzungen in denen von ihnen eingesandten Tabellen jedes Mal treulich angezeigt. (4) Könne der Staat bei ihren Versetzungen nichts leiden, da sie Bettel-Mönche wären, mithin kein Vermögen exportiren könnten, und wäre ihr Mantel und Stab alles, was sie aus einem Kloster in das andre mitnähmen. (5) Was die Versetzungen selbst betreffe, so könne nicht gesagt werden, dass sie nach Pohlen versetzt würden. In preussischen Staaten wären 10 Bernhardiner-Klöster und in dem Königreiche Pohlen 25 dieses Ordens, Reformaten-Klöster wären hier 6 und in Pohlen 10. Diese sämmtliche Klöster gehörten zusammen, machten nach einer Bulle des Papst Benedict XIV. vom Jahr 1751 eine Provinz aus, und jeder dieser Orden habe seinen Provincial, dem die genannten Klöster *immediate* subordinirt wären, und diese Provinz heisse noch *provincia Prussica*. Ausser ihrer Provinz geschähen nun keine Versetzungen; der jedesmalige Provincial leiste im Namen sämmtlicher zu seiner Provinz gehörigen Klöster das Homagium ab, mithin wären auch diejenigen zu seiner Provinz gehörigen Klöster, welche in Pohlen lägen, im Grunde als preussische Klöster zu betrachten. Da ihnen nun bei der Reoccupation von Westpreussen ihre Verfassungen gesichert wären, so sei durch die jetzt innerhalb ihrer Provinz gezogne Landesgrenze ihre Provinz nicht verändert, und es könnten ihnen daher auch Versetzungen aus dem jetzigen Westpreussen nach den zu ihrer Provinz gehörigen Klöstern in Pohlen nicht verwegert werden. (6) Falle ihnen, den Individuis der in Anspruch genommenen Klöster, hiebei gar

1) Hs.: »sie.«

nichts zur Last. Die aus Pohlen hierher versetzten Ordens-Männer hätten den Befehl, dass ohne Erlaubniss keine Versetzungen vorgenommen werden sollten, gar nicht gewusst und wären auch mit denen mit ihnen vorgenommenen Versetzungen in preussische Klöster nicht sehr zufrieden, da sie in denen pohlnischen Klöstern, aus welchen sie gekommen wären, reichlich zu leben gehabt, sich aber hier nur sehr sparsam behelfen müssen; sie sowohl als die an ihre Stelle nach Pohlen versetzten Geistlichen hätten daher nichts gethan, als den Befehl ihrer Obern und ihr abgelegtes Gelübde genau befolgt. Wäre hierunter wider die Gesetze gehandelt, so müssten es ihre Obern, der Provincial und Definitor, verantworten, die sie versetzt hätten; ob sie aber strafbar wären, müssten sie der Beurtheilung ihrer weltlichen Richter überlassen. 1789 Oct. 20

»Endlich, was das zweite Vergehen, dass sie sich (nämlich die in Westpreussen belegene Klöster) den ergangenen Befehlen zuwider bis jetzt noch keinen eigenen Provincial erwählt und sich von denen in Pohlen belegenen Klöstern separirt hätten, betreffe[1]), so falle ihnen auch hiebei nichts zur Last. Denn (1) da unter pohlnischer Hoheit weit mehr Klöster ihres Ordens als unter preussischer Hoheit wären, so würden die wenigen in Preussen belegenen von den pohlnischen auf ihren Conventen überstimmt, und auf diese Art sei der von den Deputirten der hier im Lande belegenen Klöster wiederholt gethane Antrag wegen der ihnen befohlenen Wahl eines eignen Provincials bereits verschiedentlich verworfen worden. Überdem sei aber auch eine Trennung ihrer Provinz, durch welche eine Separation der in hiesigen Landen belegenen Klöster mit denen in Pohlen belegenen bewirkt werden sollte, gänzlich unthunlich. Es sei (2) in preussischen Staaten kein Noviciat. Noviciate wären bloss in Warschau, Skompe und Posen; würde also die Provinz getrennt, so würde kein Geistlicher in das Noviciat kommen. (3) Würden in sämmtlichen preussischen Klöstern ihrer Orden keine Studia tractirt, hingegen würde in denen zu Peterkau, Lowicz und Kalisch Philosophie und in denen zu Warschau, Thorn und Posen Theologie gelehrt. An diesen Örtern wären allein die nöthigen Professoren und Lectores angesetzt; bei einer Trennung würde also kein Candidat aus preussischen Staaten zum Praedicatore oder Confessionario zugestutzt werden können. (4) Würden bei einer Trennung der Provinz die Quäste, d. i. die Einsammlung der Lebensmittel, denen in Preussen belegenen Klöstern in Pohlen untersagt werden. Geschähe dieses aber, so würden alle Klöster der Mendicanten in preussischen Staaten eingehen müssen, weil sie der Quäst im Preussischen nicht ernähren könne. (5) Wären die nächsten Klöster ihres Ordens in Pohlen zu Warschau, Lowicz, Peterkau, Wedowo[2]), Posen, Kalisch, Lesicz[3]), Thorn und Skompe. In diesen Klöstern wären bei den dortigen Ablässen so viele Opfer zu Seelen-Messen, dass diese nicht im

1) »betreffe« fehlt in der Hs. 2) Widawa. 3) Lenczyc.

1789 Oct. 20 Stande wären, die bezahlten Messen alle zu bestreiten. Diese Klöster nun schickten ansehnliche Summen an die armen in Preussen belegene Klöster ihres Ordens, welche die bestellten und bezahlten Messen für jene lesen oder singen müssten. Aus diesen Revenuen bestritten die hiesigen Klöster den grössten Theil ihrer Bedürfnisse, und diese würden ganz wegfallen, wenn sie von den in Pohlen belegenen Klöstern separirt würden. Überhaupt sei es klar, dass die hiesigen Klöster von denen in Pohlen getrennt gar nicht subsistiren könnten, sondern alle eingehen müssten, und dieses würde ihnen auf den Conventen von den Deputirten der pohlnischen Klöster vorgehalten und sie könnten die Wahrheit hievon nicht bestreiten; sie glaubten also auch dieses Befehls wegen alles gethan zu haben, was sie gekonnt, und überlassen die Beurtheilung ihrer etwanigen Strafbarkeit ihren Richtern.

»So gewiss es ist, dass die drei zur Verantwortung gezogene Klöster durch ihre obigen Entschuldigungsgründe nicht ganz exculpirt werden, so sehr verdienen diese Entschuldigungen auf der andern Seite doch auch bei der Beurtheilung ihrer Strafbarkeit und bei Bestimmung ihrer Strafe rechtliche Rücksicht.

»Es ist ausser Zweifel, dass der Ordens-Mann seinem Obern Gehorsam schuldig ist, und ebenso richtig ist es, dass E. K. M. die Klöster bei ihren Verfassungen und die verschiedenen Ordens bei der Befolgung ihrer Reguln zu belassen geäussert haben; allein weder das Gelübde noch auch dieses Versprechen kann den Ordens-Mann von der genauen Befolgung der Landesgesetze entbinden, und in dieser Rücksicht haben sich die drei genannten Klöster allerdings strafbar gemacht, dass sie, da sie die Befehle wussten, dennoch ihnen zuwider Versetzungen bei ihnen ohne vorgängige Anzeige und Erlaubniss ihrem eignen Geständniss zu Folge duldeten. Dem Gesetz haben sie durch die Anzeige der Versetzungen in der jährlichen Tabelle keinesweges genüget, denn es ist ihnen befohlen, keine Versetzung ohne vorgängige Erlaubniss zu gestatten, und dass eine Anzeige von der Versetzung selbst nach den Verfassungen der Klöster möglich ist, beweisen die übrigen Klöster dieser Orden, von denen diese Anzeigen vorschriftsmässig geschehen sind. Weit bedenklicher ist indessen im gegenwärtigen Falle die Bestimmung der Frage: wer zu bestrafen, und wie?

»Bei dem Kloster zu Strassburg ist der Guardian und der grösste Theil der Ordens-Männer aus Pohlen hergeschickt; es würden also nur die wenigen alten Laienbrüder, die zu der Zeit der Versetzung im Kloster waren, bestraft werden können. Diesen aber muss die Unwissenheit des Gesetzes offenbar zu Statten kommen. In den andern beiden sind mehrere Subjecte, denen es möglich gewesen wäre, die Versetzung anzuzeigen; allein hier ist die Bestimmung der Strafe aus folgenden Gründen schwierig. Denn diese Ordens-Männer als Individua des Klosters zu einer Geldbusse zu verurtheilen, ist an sich unmöglich, da es Bettel-Mönche sind; das ganze Kloster aber

auf diese Art zu bestrafen, ist eben so viel, als die gesammten katholischen Einsassen in Westpreussen mit einer Geldbusse belegen und dem Kloster eine neue Revenue schaffen, da es abzusehen ist, dass sie diese Strafe nicht anders als durch Almosen-Sammeln aufbringen können und durch Klagen über die Härte ihrer Richter und unter dem Vorwande, dass sie wegen genauer Befolgung ihrer Gelübde leiden müssten, den gemeinen Mann dadurch zum Mitleiden und zu reichen Beitragen stimmen würden. Geld-Strafen sind daher nicht anwendbar. Eben so wenig aber würden es Gefängniss-Strafen sein; denn nicht zu gedenken, dass für einen Mönch des Bernhardiner- oder Reformaten-Ordens eine Gefängniss-Strafe in einem für Honoratiores aptirten Gefängnisse an sich schon gar keine Strafe ist, so würden die zu Bestrafenden sich noch überdem dieser Strafe gewiss mit Freuden unterwerfen, da sie durch diese Bestrafung, die sie bloss zur Ehre ihrer Ordens-Regul und wegen genauer Erfüllung derselben zu leiden sich selbst einbilden und ihren übrigen Ordens-Brüdern einbilden machen würden, sicher auf die Vorzüge eines Märtyrers rechnen könnten. 1789 Oct. 20

»Beide Arten der oben erwähnten Strafen sind die alleinigen, mit welchen die schuldigen Mitglieder der drei zur Verantwortung gezogenen Klöster belegt werden könnten; von beiden ist es aber gewiss, dass sie den Endzweck einer Strafe im gegenwärtigen Falle nicht erreichen können und dass die übrigen durch das Beispiel nicht zum Gehorsam gegen Befehle ihrer weltlichen Obrigkeit bewogen, vielmehr im Ganzen mehr Schaden als Vortheil stiften werden.

»Erwägt man nun, dies vorausgesetzt, die oben angeführten Entschuldigungsgründe, dass nämlich der Ordens-Mann sein abgelegtes Gelübde zum pünktlichen Gehorsam seines Obern und zur genauen Befolgung seiner Ordens-Regel verbindet, dass diese Gelübde und die Ordens-Reguln wirklich landesherrlichen Schutz vor sich haben, so gereicht es dem Ordens-Geistlichen, bei welchem grösstentheils nur wenig oder oft gar keine andere Kenntnisse als die der Verfassung ihrer Orden anzutreffen sind, wirklich zur Entschuldigung, wenn er den Befehlen seiner Obern unbedingt folgt, und im Grunde wird wirklich der Obere, der den Landesgesetzen entgegen seinen Untergebenen befiehlt, strafbarer als der Ordens-Mann, der aus heiligem Eifer, ohne Rücksicht auf Landesgesetze seinem Gelübde treu bleibt, und von dieser Seite betrachtet, finden sich in den Entschuldigungen wieder Gründe genung, die Denuntiaten ganz zu absolviren und den Provincial in Anspruch zu nehmen. Die gänzliche Freisprechung der Denuntiaten durch ein Urtheil ist nicht rathsam, da sie die Klöster in dem Wahn bestärken würden, dass sie Recht gethan hätten; eine Untersuchung gegen den Provincial aber zu veranlassen ist nicht thunlich, da sich derselbe nicht in preussischen Staaten, sondern gewöhnlich in den reichen Klöstern seiner Provinz, in denen in Pohlen liegenden aufhält.

1789 Oct. 20 »Ebenso verdienen die von den denuntiatischen Klöstern wegen des zweiten Punctes, dass sie sich nämlich den ihnen gewordenen Befehlen zuwider nicht einen eignen Provincial erwählt haben, bei Beurtheilung ihrer Strafbarkeit Rücksicht, indem, wenn es *in facto* richtig ist, dass sie auf den Conventen diesen Befehl proponirt haben und von den mehrern pohlnischen Klöstern abgestimmt worden, ihnen auch bei diesem Puncte offenbar nichts weiter zur Last gelegt werden kann, als dass sie dieses Abstimmen nicht sogleich, um fernere Verfügungen zu treffen, anzeigten und dass es überhaupt ihnen nicht recht Ernst ist, diesen Befehl in Ausübung zu bringen. Das Erste aber war ihnen nicht ausdrücklich befohlen, in Ansehung des Andern aber sind ihre Entschuldigungsgründe, die als Thatsache betrachtet richtig sind, immer von Erheblichkeit. Die Beurtheilung der Frage aber: ob die preussischen Reformaten- und Bernhardiner-Klöster ohne die in Pohlen belegene subsistiren können und ob es thunlich ist, sie auch denn, wenn sie ohne die pohlnische wirklich eingehen müssten, dennoch von diesen ganz zu trennen, gehöret eben so wenig als die Prüfung der bei diesem Punct angeführten Verhinderungsursachen hierher, wo bloss von der Übertretung eines Befehls die Rede ist.

»Es ist daher in Ansehung beider Puncte durch die Untersuchung (ohnerachtet es klar zu Tage liegt, dass die denuntiatischen Klöster nicht im Ernst darauf bedacht sind, die ihnen gewordene Befehle auszuüben) immer nicht so viel ausgemittelt, dass sich die Inculpaten zu einer für sie nachdrücklichen Strafe qualificiren, und wir sind deshalb der Meinung, dass diese Untersuchungen niederzuschlagen.

»So wenig indessen nach rechtlichen Grundsätzen den genannten drei Klöstern im gegenwärtigen Falle zur Last fällt, so nothwendig ist es dennoch, dass durch ernstliche Verfügungen dem Versetzen der Ordens-Geistlichen Einhalt geschiehet, indem durch dieses Versetzen nicht allein heimlich Leute aus dem Lande geschafft werden, sondern dadurch überdem noch insgeheim dem Ganzen nachtheilige Unordnungen begangen werden. Durch Straf-Befehle können wir diesem Uebel nicht Einhalt thun, indem, wie oben angeführt ist, Strafen bei Bettel-Mönchen nur immer schwer anzuwenden und gewiss nie ihren Endzweck erreichen. Wir haben daher bisher, wenn wir aus den Kloster-Tabellen ersehen oder durch Unter-Gerichte, denen wir es zur Pflicht gemacht, hierauf zu vigiliren, erfuhren, dass fremde Ordens-Männer aus auswärtigen Klöstern in hiesige versetzt worden. die hiesigen Klöster angehalten, die fremden Ordens-Männer sogleich wieder aus dem Lande zu schaffen. Allein auch hierdurch haben wir den Versetzungen nicht gesteuert, indem es uns durch diesen Weg zwar möglich war, zu verhüten, dass keine fremde Mönche in hiesige Klöster geduldet würden; aber dass aus hiesigen nicht Ordens-Männer in pohlnische Klöster geschafft würden; können wir nicht hindern, und wir haben es noch nie dahin bringen können, dass solche ausserhalb Landes ohne unser Vorwissen

versetzte Ordens-Leute wieder zurückgeschafft worden sind. Denn die Klöster selbst sind solches oft wirklich nicht im Stande, und der Provincial ist in Pohlen. Die Entschuldigungsgründe der Klöster und selbst der Provinciäle sind immer dieselben, welche die jetzt zur Verantwortung gezogene Klöster angebracht und die wir E. K. M. oben vorgetragen haben. 1789 Oct. 20

»E. K. M. stellen wir die Prüfung der obigen Entschuldigungen . . . anheim und bitten, uns zu bescheiden, ob wir die Entschuldigungsgründe der Klöster, die sich auf ihre Gelübde und Ordens-Reguln und auf die Unmöglichkeit einer Trennung der hiesigen von den pohlnischen gründen, in Zukunft als erheblich annehmen oder verwerfen sollen, und überhaupt allenfalls mittelst Correspondenz mit dem päpstlichen Stuhle solche Verfügungen zu treffen, dass denen Vorgesetzten der Klöster das nachtheilige Versetzen der Ordens-Männer unmöglich gemacht werde.

»Unseres Ermessens ist dieses allein dadurch zu bewirken möglich, wenn die in preussischen Staaten befindliche Klöster mit den in Pohlen belegenen ausser aller Verbindung gesetzt würden. Dies sind aber die Klöster selbst, so lange sie nach der jetzigen Lage der Sache den Provincial, zu dessen Provinz die in Hoch-Pohlen und Westpreussen belegene Klöster gehören, zu ihren Obern haben, zu bewirken ausser Stande; eine päpstliche Bulle aber, welche hierinnen eine zweckmässige Abänderung festsetzte und die Einwendungen des Gelübdes, der Ordens-Regul und des Gewissens vernichtete, würde hiebei das wirksamste Mittel sein.

»Freilich ist es nicht zu leugnen, dass die Bettel-Orden in preussischen Staaten durch eine Trennung von den pohlnischen Klöstern ansehnlich leiden werden; allein da man die Klöster dieser Ordens wohl schwerlich als nützliche Einrichtungen im Staate und die Ordens-Männer dieser Orden immer eher für schädliche als nützliche Glieder des Staates halten muss, so dürften wohl die gegen die Unmöglichkeit dieser Trennung gemachte Einwendungen bei einer so nützlichen Einrichtung, als das Verbot gegen die Versetzungen der Mönche ist, nur immer von geringem Gewicht sein.«

Das Geistliche Departement erbat sich am 20. November das »erleuchtete Sentiment« des Auswärtigen Departements und wiederholte diese Bitte am 22. Januar und 12. Februar 1790 (Munda, gezeichnet von Woellner; die Anweisungen zu den Concepten von Scholz). Vgl. unter dem 25. Februar 1790. 1789 Nov. 20 — 1790 Jan. 22 Febr. 12

1789 Oct. 25 **370. Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements.** Berlin 1789 October 25.

R. 96. 147. D. Mundum, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Antwort an Kur-Mainz wegen der Nuntiatur-Sache.

»Le comte de Hatzfeld nous a remis la lettre ci-jointe[1]) de l'électeur de Mayence pour V. M., par la copie de laquelle nous avons vu qu'il sollicite instamment V. M. de faire instruire le comte de Goertz vers l'ouverture de la diète fixée au 8. de novembre, pour qu'il donne les suffrages de V. M. pour l'abolition entière des nonciatures du pape à jurisdiction.

»Comme V. M. a été engagée par l'électeur même à faire donner au pape par le marquis de Lucchesini une garantie écrite du *status quo* avant le recez d'Ems[2]), qui est favorable du moins à la nonciature de Cologne, sinon à celle de Munnic; comme tous les princes de l'Empire et surtout toute la maison palatine réclament plutôt contre les prétentions des archevêques diocésains et veulent avoir les mains libres de recevoir de nonces; comme V. M. en qualité de prince protestant doit aussi prendre toutes les précautions, pour conserver l'indépendance de Ses États, fondée sur la paix de Westphalie, contre les prétentions diocésaines de l'électeur de Cologne, nous avons examiné avec toute l'attention possible cette affaire, qui est devenue extrêmement compliquée par les intérêts opposés de tant de parties, par des animosités personnelles et par les écrits volumineux des savants, et après nous être consultés avec les ministres d'Hanovre et de Dresde, nous avons dressé et présentons à la gracieuse signature de V. M. la réponse ci-jointe à la lettre de l'électeur de Mayence, dans laquelle nous croyons avoir ménagé au possible la délicatesse et les principes dudit électeur et en même temps les véritables intérêts et les différentes relations de V. M. Nous dresserons aussi dans le sens de cette lettre une instruction détaillée et précise pour le comte de Goertz et la présenterons également à l'approbation et à la signature de V. M.«

---

371. Königliches Schreiben an den Kurfürsten Friedrich Karl Josef von Mainz. Berlin 1789 October 25.

R. 10. 79. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Wie Brandenburg am Reichstage in der Nuntiatur-Sache stimmen wird.

»E. K. Würden und Liebden haben Uns in Dero geehrten Zuschrift vom 7. October eine Uns angenehme Gerechtigkeit widerfahren lassen, indem Sie darin die Zuversicht hegen, dass Wir durch eigene deutsch-patriotische Gesinnungsart geneigt sein würden, die National-Freiheit der deutschen Kirche durch beifällige reichsständige Abstimmungen zu unterstützen und

---

1) S. unter dem 7. October.

2) S. die Nachträge unter dem 14: Mai 1787.

Unsere Reichstags-Gesandtschaft zu der nächstbevorstehenden Comitial-Deliberation dahin zu instruiren. Wir haben solches E. K. W. u. Lbd. theils durch Unsern Gesandten Freiherrn v. Stein, theils auch schriftlich schon öfters versichern lassen, und haben solche Unsere Gesinnungen, die vornehmlich auch auf Unsere gegen E. K. W. u. Lbd. hegende Freundschaft gegründet sind, in dem ganzen Vorgange der Nuntiatur-Streitigkeit genugsam und, wie Wir hoffen, zu Eurer K. W. u. Lbd. Zufriedenheit bewiesen. Da aber Hochderoselben bekannt und erinnerlich ist, dass Wir auf Dero eigenes Anverlangen gegen den römischen Stuhl eine gewisse Garantie über die Erhaltung des *status quo* vor dem Embser Recess, wenigstens bis zu einer gütlichen Ausgleichung der Irrungen zwischen dem päpstlichen Hofe und den deutschen Herren Erzbischöfen, übernehmen müssen und Wir dahero auf beiden Theilen so vielfältig zu einer billigen Vergleichsunterhandlung angerathen haben, so werden E. K. W. u. Lbd. nach Dero grossmüthigen Denkungsart Selbst billig und den Umständen gemäss finden, dass Wir in Unserer Comitial-Abstimmung hierauf sowohl als auf Unsere übrige Verhältnisse eine abgemessene Rücksicht nehmen. Es ist also Unsere Meinung, Unsere Stimmen in der Reichs-Versammlung bei der über dieser Nuntiatur-Sache zu haltenden Berathschlagung im wesentlichen dahin ablegen zu lassen: dass Wir als Kur- und Reichsfürst und nach dem Antheil, den Wir in solchen Eigenschaften und zufolge der Reichs-Abschiede, kaiserlicher Wahl-Capitulation und ganzen Reichs-Verfassung an der Freiheit und dem Wohlstande der katholischen deutschen Kirche zu nehmen hätten, Wir nicht anders denn dafür halten müssen, dass die Abschickung und Anstellung beständiger päpstlichen Nuntien mit Facultäten und Jurisdictionen im Deutschen Reich den deutschen Fürsten-Concordaten und den darin aufgenommenen Schlüssen des Baseler Kirchenraths nicht gemäss sei und die katholische und deutsche Kirche wohl berechtiget sei, sich denen dagegen eingerissenen Neuerungen und Missbräuchen zu widersetzen und zufolge der natürlichen Freiheit und Unabhängigkeit der deutschen Nation und dem Beispiel anderer freien Staaten sich mit dem päpstlichen Stuhl auf eine dem wahren und innerlichen Wohlstande der deutschen Kirchen-Hierarchie gemässe Art von neuen zu setzen und zu vergleichen, solches Unsers Ermessens auch nicht füglicher als durch eine bei der deutschen Reichs-Versammlung, unter der Vermittelung und Beitritt des Reichs-Oberhaupts und der Reichs-Stände, anzustellenden gütlichen Unterhandlung geschehen können, wozu Wir auch zugleich den römischen Stuhl als auch den deutschen Herren Erzbischöfen schon vielfältig angerathen hätten und auch fernerhin bereit wären, bei solcher Vergleichs-Unterhandlung auf alle von Uns abhängende und Unsere andere Verhältnissen gemässe Art beizuwirken. Wir müssen aber bei dieser Unserer vorläufigen Abstimmung sowohl die Freiheit und Vorrechte der deutschen Landesherrn überhaupt in Ansehung der Nuntiatur- und Diöcesan-Rechte als auch dieses insbesondere vorbehalten, dass durch Unsere Theil- 1789 Oct. 25

1789 Oct. 25 nehmung an dieser ganzen Angelegenheit und darüber anzustellenden Berathschlagung und Verhandlung den Rechten, den Befugnissen und der Unabhängigkeit, welche Uns, als einen protestantischen Reichsfürsten, zufolge des Westphälischen Friedensschlusses in Unsern deutschen Reichslanden zustehen, keine Consequenz noch Nachtheil zugezogen werden könne und solle« . . .

Oct. 26 **372. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hertzberg.** Berlin 1789 October 26.

R. 96. 147. D. Mundum.

Antwort an Kur-Mainz in der Nuntiatur-Sache.

»V. M. aura déjà reçu ce matin la réponse[1]), que j'ai faite à l'original de la lettre allemande de l'électeur de Mayence sur l'affaire de la nonciature, en y insérant le projet du suffrage à prescrire au comte de Goertz, que j'ai tâché de faire avec clarté et précision et d'une manière, que l'incompétence de la jurisdiction des nonces y est établie selon les désirs de l'électeur de Mayence, mais que j'ai obvié en même temps aux plaintes assez fondées de la cour de Rome de ce que V. M. et l'électeur manquaient à la garantie du *status quo* du recez d'Ems promise par le marquis de Lucchesini, et que j'ai aussi sauvé par des réserves délicates l'indépendance des États protestants de V. M. et celle des princes d'Allemagne contre les prétentions des archevêques diocésains, qui leur sont plus dangereuses que celles de la cour de Rome. J'ai l'honneur de présenter ci-joint à V. M. la réponse[2]) à la lettre française de l'électeur sur la même matière des nonciatures, qu'Elle m'a envoyée hier« . . .

373.[3]) Königliches Schreiben an den Kurfürsten Friedrich Karl Josef von Mainz. Berlin 1789 October 26.

R. 10. 79. Concept, gezeichnet von Hertzberg.

Brandenburgs Abstimmung am Reichstage in der Nuntiatur-Sache.

Bezugnahme auf das Schreiben vom 25. October.

»Je me flatte, que V. A. É. sera satisfaite de la teneur de ce suffrage et qu' Elle trouvera, qu'on y a établi l'incompétence des nonces à jurisdiction d'après les conciles et les concordats, et les droits de l'église germanique de s'y soustraire et de faire en cas de besoin une nouvelle transaction avec la cour de Rome. Je crois, que la tournure de ce suffrage est aussi telle, qu'elle peut obvier aux plaintes quelconques de ladite cour de Rome et qu'elle peut concilier les droits et les intérêts de toutes les parties intéressées dans cette célèbre contestation, sans souffrir aucun

---

1) Die vorige Nummer. 2) Die folgende Nummer.
3) Antwort auf das Schreiben vom 10. October.

préjudice par les réserves, qui y sont encore jointes. Si V. A. É. trouve encore quelques observations essentielles à faire, je ne manquerai pas d'y faire toute l'attention possible, et je crois, que les délibérations de la diète n'avanceront pas assez vite, pour qu'on ne puisse en faire encore usage.« 1789 Oct. 26

---

374. Immediat-Bericht[1]) des Land-Jägermeisters Stein, Gesandten am kurmainzischen Hofe. Potsdam 1789 October 27. Oct. 27

R. 96. 170. H. Eigenhändiges Mundum.

Wünscht, dass Brandenburg am Reichstage die Nuntiaturen einfach ablehnt, den Souveränitäts-Vorbehalt gegen die Diöcesan-Rechte fallen lässt. Kur-Kölns Diöcesan-Ansprüche auf Kleve-Mark sind eben so wenig gefährlich wie die Machtvermehrung der deutschen Bischöfe, welche durch Beseitigung der Nuntiaturen eintreten wird. Der Berliner Hof ist in einer andern Lage als der Münchener und der Zweibrücker, deren Pläne gegen die Reichs-Verfassung und auf die »Monarchie« gerichtet sind.

»Comme je ne peux pas douter, que S. M. le roi ainsi que Son ministère de cabinet ne souhaitent, que ces longues et très-fastidieuses affaires de nonciatures ne se terminent une bonne fois devant la diète de l'Empire, la façon la plus sûre et en même temps absolument pas risquante pour les intérêts de la monarchie prusisenne de leur faire prendre une fin salutaire, est de restreindre le *votum* du comte de Goertz à une simple réponse à l'état actuel de la question: *ob Nuntien mit ständigen Facultäten reichsgesetz- und constitutionsmässig nach den Fürsten-Concordaten und den Schlüssen des Baseler Conciliums im Reich bestehen sollen oder nicht*, en opinant, comme S. M. le fait dans Sa réponse à l'électeur de Mayence[2]), *dass solche Nuntii nicht bestehen sollen.*

»Je suis persuadé, que, si on en revient à la proposition d'un accommodement, tant de fois conseillé par la cour de Berlin, toujours éludé par celle de Rome, cela n'effectuera rien au monde que de traîner l'affaire toujours plus en longueur, sans jamais opérer cet accommodement, que S. M. paraît désirer.

»Je crois, que, pour effectuer celui-là, il faudrait déclarer au pape: que S. M. n'avait pas pu Se refuser plus longtemps aux instances de Ses coétats ecclésiastiques; qu'Elle ferait voter selon les lois constitutives, puisque Sa St[té] n'avait jamais voulu suivre les conseils tant de fois réitérés, puisqu'enfin Elle n'avait, malgré les avis réitérés, jamais voulu consentir à faire seulement donner une réponse aux lettres des archevêques; la cour de Rome ne devait imputer qu'à elle-même, si elle aurait en Allemagne

---

1) Im zweiten Theile des Schriftstücks wird der König, der Anfangs in der dritten Person auftritt, angeredet.

2) S. unter dem 25. October.

1789 Oct. 27 les mêmes événements contraires à essuyer, qu' elle avait encourus en tant d'autres pays bien moins vastes et puissants que fondés en bon droit.

»J'ose en répondre à S. M., que la cour de Rome ne se verra pas plutôt privée ou du moins sur le point de l'être du seul soutien puissant, sur lequel elle peut encore compter, c'est celui de la Prusse, qu'elle se prêtera de la meilleure grâce du moins à telle négociation et tel accommodement, que S. M. jugera alors convenir à Ses intérêts.

»La dernière partie du rapport du ministère du cabinet[1]) contient un point bien délicat et qui selon moi ne devait pas être mis sur le tapis, lorsqu'il ne doit pourtant être question que de discuter simplement de la question: si des nonces avec des facultés permanentes doivent et peuvent subsister dans l'Empire? C'est la réservation des droits de souveraineté respective dans les États des princes protestants contre les droits diocésains et métropolitains des archevêques.

»D'abord cette matière est d'une étendue infinie, et, au lieu de nous conduire à la fin si désirable des affaires des nonciatures, elle nous entortillera de nouveau dans un tas de questions contentieuses, qui ne seront résolues nulle part.

»En second lieu la Prusse n'est aucunement intéressée dans cette affaire, puisque sa puissance la met, je crois, assez à couvert contre toute atteinte possible et imaginable de la part des évêques, qui voudraient empiéter sur les droits du souverain de la Prusse sur ses sujets catholiques. D'ailleurs il est assez connu ce que la paix de Westphalie a expressément statué à cet égard pour les princes protestants.

»En troisième les difficultés, qui subsistent entre S. M. et l'électeur de Cologne relativement aux sujets catholiques du pays de Clèves, ne sont sûrement pas trop difficiles, pour être aplanies, dès que S. M. jugera cela nécessaire, ni à mes yeux assez majeures[2]), pour porter obstacle à ce que les anciennes querelles de toute la nation avec la cour de Rome ne prennent une fin glorieuse pour S. M., qui seule peut la lui donner, à cause de Sa prépondérance actuelle dans les affaires de l'Empire et à cause de Son influence sur la cour de Rome. Toute la nation Lui devra le bonheur, pas assez connu, d'être affranchie du joug des pontifes et de voir la discipline ecclésiastique rendue à des chefs naturels et légals. Elle gagnera par là les principaux chefs de l'église germanique, et on peut même prévoir, que cela attachera bien plus fortement, que ne pourra faire toute autre démarche, l'électeur de Cologne à Ses intérêts comme à Sa personne.

»Ces avantages pour la gloire de Son règne me paraissent, à mon faible jugement, bien trop essentiels, pour être comparés à tout ce qui pourrait être cité contre relativement aux prétentions de l'électeur de Col-

---

1) Vielmehr des Schreibens an den Kurfürsten von Mainz.

2) Hs.: »majeure.«

logne sur les sujets catholiques de S. M. dans le pays de Clèves, lesquelles, à bien prendre la chose, ne se réaliseront pourtant qu'autant que et quand le souverain de la Prusse voudra bien y consentir. 1789 Oct. 27

»Les appréhensions, que le ministère du cabinet de S. M. paraît avoir de ce que les chefs de l'église germanique pourraient abuser de l'augmentation du pouvoir, que l'abolition des nonces leur donnera en partie, sont les mêmes [1]), qu'on manifeste si fortement en Bavière et surtout aux Deux-Ponts.

»Mais les principes, sur lesquels on se fonde à Berlin, sont très-différents de ceux desquels on part à Munick et aux Deux-Ponts, puisque le ministère de V. M. ne peut que conserver des droits établis par les traités, la loi et l'usage, et à Manheim, à Munick, ainsi qu'aux Deux-Ponts on voudrait acquérir ce qu'on ne peut prétendre d'aucun droit, en empiétant sur ce que ces mêmes lois ont laissé aux diocésains et sur quoi la maison palatine n'a pas plus de droits à alléguer que sur toute autre légitime possession de ses coétats.

»On ne peut pas se dissimuler sans injustice, que l'exercice des droits métropolitains et diocésains ne soit très-réellement et en effet une possession, et elle est légitime, dès que les lois et l'usage immémorial en ont établi et consolidé l'exercice.

»Il me paraît donc devoir être attendu de bon droit du patriotisme et de la justice de S. M. et de son ministère, que, loin que de vouloir prêter les mains à ce que la maison palatine puisse déroger, ainsi qu'elle en annonce ouvertement le dessein, au tout ou à partie des droits établis des évêques diocésains dans ses États, Elle manifeste plutôt la ferme volonté de ne jamais ni dans aucun cas y vouloir consentir, mais qu'Elle soutiendra toujours celui, du côté duquel le bon droit se trouvera.

»L'électeur de Mayence dit un jour en ma présence au baron de Montgelas [2]), envoyé du duc des Deux-Ponts, pour prendre des informations sur l'état de cette affaire: *Eh! De quoi avez-vous peur? Voyez, qui de nous et de vous est donc le plus fort; et croyez-vous, que pour des riens, á quoi se réduit pourtant à peu près tout l'exercice des droits diocésains, on veuille se brouiller avec des voisins aussi puissants que peu endurants, tels que vous autres?*

»Il me paraît, qu'il y avait beaucoup de sens dans cette réponse, et elle semble devoir servir de base à toutes celles qu'il faudrait donner, lorsqu'il peut être question des peurs du ministère palatin et bipontin; et je crois, que S. M. et Son ministère ne sauraient envisager l'exemption des droits diocésains de Leurs sujets catholiques dans la monarchie ou nommément de ceux du pays de Clèves en rapport avec les prétentions de la maison palatine. La première est notoire, ancienne, stipulée expressé-

1) Hs.: »est la même.« 2) Max Josef v. M.

1789 Oct. 27 ment et sanctionnée partout; les autres sont plus que problématiques et ne trouveront sûrement pas ni l'approbation ni la sanction du juge souverain de l'Empire, avant qu'ils ne soient plus évidemment prouvés qu'ils ne l'ont été jusqu'ici.

»Une dernière raison et sûrement plus importante que les ci-dessus alléguées doit, à mon jugement, rendre le ministère de S. M. attentif à la marche des cours des Münick et des Deux-Ponts dans les affaires, dont il est question.

»On peut être assuré, qu'on ne néglige dans ce moment-ci dans ces deux cours aucun des moyens compliqués et imperceptibles, qui doivent sourdement préparer la réussite du projet favori de se séparer, tant qu'il se pourra, des petits rapports avec ses coétats, pour s'ériger peu à peu en monarchie.

»Le système isolé, que le Sr. Thompson[1]) a su prôner à l'électeur son maître, qui craint l'Autriche, déteste la Prusse et est naturellement et habituellement le plus mauvais voisin possible, prend racine et germe merveilleusement dans le cabinet des Deux-Ponts: toutes les ouvertures, que le baron de Montgelât m'a faites, ainsi qu'un long mémoire raisonné d'après ces principes sur les droits de souveraineté, prégravés par les évêques diocésains, qu'il m'a montré, ne m'ont laissé aucun doute là-dessus, ni qu'on regarde cette affaire peu importante en apparence comme un très-bon moyen, pour préparer la réussite d'autres projets plus solides.

»Comme il ne m'a jusqu'ici pas été possible d'envisager comme bon et utile pour les intérêts de S. M. dans l'Empire, qu'on favorise ces principes de la maison palatine, j'ai établi là-dessus le principe ci-dessus énoncé: celui de donner à entendre aux cours palatines, chaque fois qu'elles demanderont l'appui de la cour de Berlin, pour s'affranchir des droits établis des évêques diocésains sur leurs sujets catholiques: *que S. M., quelque bien intentionnée qu'Elle soit de prouver efficacement Son amitié aux cours palatines, ne peut pourtant pas S'ingérer dans la connaissance de ces affaires, dont la décision était qualifiée pour être remise à l'Empire assemblé en corps, où Elle de Son côté accéderait alors à la majorité des voix.*

»Je crois avoir soumis ici à la très-haute décision de S. M. des faits et des rapports d'intérêts divers, qui sont constatés par cette foule d'écrits, qui ont déjà paru dans cette affaire, et par la connaissance du local et des personnes, que j'ai tâché d'acquérir.

»C'est sur cela que je fonde mon très-respectueux avis:

»a) de faire proposer à la vérité réitérément un accommodement avec

---

1) Benjamin T., General-Major, Staatsrath und Kriegs-Minister des Kurfürsten Karl Theodor, später Graf Rumford.

la cour de Rome aux chefs de l'église germanique, qui soumettront maintenant leurs griefs au jugement de l'Empire en corps; mais 1789 Oct. 27

»b) surtout de vouloir ordonner que la déclaration se fasse tout de suite à la cour de Rome, comme quoi: *V. M. n'avait enfin pu que déférer aux justes représentations de Ses coétats, puisque la cour de Rome avait rejeté tous les conseils amicals, qui n'avaient jamais cessé de lui être donnés;*

»c) de faire changer ou bien omettre entièrement le passage dans la réponse de V. M. à l'électeur de Mayence, où il est question de la réservation de Ses droits de souveraineté, trop bien reconnus et respectés, pour qu'on ait à craindre de les voir jamais détériorés par aucun archevêque. Ce qui malgré ces raisons paraîtra nécessaire à être réservé à cet égard, peut, selon mon faible jugement, être mis dans tout son jour, lorsque les longs débats, qu'on aura à la diète sur les affaires des nonces en général, amèneront ce point-là de lui-même. Je suis convaincu, que cela fera un effet très-défavorable en excitant et faisant s'élever mille nouvelles rixes, si V. M., qui à tous égards n'a rien du tout à craindre, aussi peu que la Saxe et le Hannovre, voulait motiver ce point de question si contentieux, tandis que d'aucune autre part, excepté de la cour de Deux-Ponts, il n'en a été jusqu'ici fait mention.

»d) En se restreignant, tant dans la réponse à l'électeur de Mayence que dans l'instruction pour le comte de Goertz, à la simple réponse d'une question bien nette, dépouillée de toute double entente, telle qu'elle est contenue dans la lettre de l'électeur du 7. d'octobre, V. M. mettra Son patriotisme sage et éclairé dans tout son jour, conservera, gagnera, augmentera la confiance, qu'on a en Elle, et la nation, pour laquelle Elle consent à opérer un grand bien, bénira Son règne encore longtemps après Son siècle.«

375.[1] **»Commissorium für den Kriegs- und Domänen-Rath Andreae**[2] **zur Revision des katholischen Schulenwesens in Schlesien, besonders auf den königlichen Aemtern.«** Breslau 1789 October 28. Oct. 28

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Concept, gezeichnet von Hoym.

»Die zeither wegen Verbesserung des katholischen Schulenwesens in Schlesien verhandelten Acten werden den *p.* Andreae umständlich informiren, wie sehr man sich von Seiten des Cameral-Departements hat angelegen sein lassen, solches auf einen guten Fuss zu setzen. Besonders enthalten das General-Land-Schulen-Reglement für die Römisch-Katholischen

1) Vgl. das Circular der Kriegs- und Domänen-Kammer zu Breslau an die Landräthe ihres Departements vom 9. November, in der Korn'schen *Neuen Sammlung* 3, 105 ff. 2) August Wilhelm A.

1789 Oct. 28 in Schlesien und die Grafschaft Glatz vom 3. November 1765[1]) nebst den beiden Instructionen vom Jahre 1764[2]), wie die katholischen Pfarrer und Schulmeister sich zu verhalten haben, ganz genaue Vorschriften zu Regulirung der katholischen Schul-Anstalten. Es hat sich nun zwar auch seit dieser Zeit das katholische Schulwesen merklich verbessert; indessen entstehen jedoch an vielen Orten noch häufige Klagen über die schlechte Beschaffenheit der Schulhalter und Schul-Gebäude, und besonders in denen Gegenden, wo der Landmann noch zu sehr an der polnischen Sprache hängt, sind die katholischen Schulen noch sehr zurück, indem es sogar an einigen Orten an Schulhaltern fehlen soll, die deutsch verstehen. Ausser den schlechten Emolumenten, die grösstentheils die Schulmeister in diesen Gegenden geniessen, liegt die Schuld vorzüglich am Mangel tauglicher Subjecte, und beiden Fehlern möglichst abzuhelfen, bleibt vorzügliche Pflicht. Es ist daher höchst nöthig, alle Quellen aufzusuchen, in wie fern den Schulhaltern aus den Kirchen-Aerariis, *piis fundationibus*, Armen- und Gemeinde-Cassen einige Zulage an Gehalt verschafft und solcher durch die Dominia mit eignen Zuschüssen dergestalt erhöhet werden kann, dass dieselben unter Beitritt ihres Deputats und anderer Emolumente ein hinlängliches Auskommen haben. Dann werden sich schon mehrere Concurrenten um dergleichen Stellen finden, und dass diese die gehörigen Kenntnisse mitbringen oder sich noch erwerben, gehört zur Vorsorge der angeordneten Schulmeister-Seminarien. Ich habe *dato* vom bischöflichen General-Vicariat-Amte über den jetzigen Zustand der im § 2 obgedachten Reglements benannten 6 Seminarien[3]), sowie dem Decano der Prager Diöces Winter in Absicht der Seminarien-Schule zu Habelschwerdt Bericht abgefordert, und ich behalte mir vor, nach deren Eingang das Nähere wegen gänzlicher Aufnahme dieser Schulmeister-Schulen dem *p.* Andreae zu committiren. Dermalen trage ich demselben hiermit auf, sich *specialiter* auf die Verbesserung der katholischen Schul-Anstalten in den sogenannten Trivial-Schulen einzulassen und zu dem Ende zuvörderst eine genaue Revision des katholischen Schulwesens auf sämmtlichen königlichen schlesischen Aemtern abzuhalten, um hiernächst die dabei befundenen Mängel gehörig remediren und dadurch den Privat-Dominiis ein desto nachdrücklicheres Beispiel zur Nachahmung darlegen zu können. Wogegen jedoch demselben ebenfalls schon dermalen zur Pflicht gemacht wird, dass, wenn er während seiner Bereisungen der Aemter grobe Fehler in den katholischen Schulen der Privat-Dominiorum in Erfahrung bringt, er sodann auch schon vorläufig auf deren Remedur Bedacht nehmen und deshalb die gesetzmässigen Einleitungen treffen muss.

---

1) Band 4, 255.

2) Gemeint sind wohl die Erlasse vom 22. Mai und 12. November; Band 4, 186. 213. 3) In Breslau, Leubus, Grüssau, Sagan, Ratibor und Rauden.

»Die Revision der katholischen Aemter-Schulen hat der *p.* Andreae 1789 Oct. 28
in ihrem vollen Umfange dergestalt abzuhalten, dass er sich zuvörderst nach Maassgabe gedachter Generalien um die Qualität jedes Schulhalters informirt und besonders in den pohlnischen Gegenden dahin attendirt, ob der Schulmeister ein sogenannter Utraquist und vorzüglich der deutschen Sprache mächtig ist. Um seine Fähigkeiten zu beurtheilen, muss er sich auch in die Lehrstunden verfügen und bemerken, wie theils der Unterricht, theils die Kenntnisse der Kinder beschaffen, ob des Schulmeisters Lehr-Methode den allgemeinen Vorschriften gemäss und ob die nöthigen Bücher vorhanden; wie sich denn überhaupt der *p.* Andreae um alles dasjenige sorgfältig zu bekümmern hat, was nach den feststehenden Generalien zur innern Verfassung einer guten Schule gehört. Zu dem Ende wird es von vielem Nutzen sein, wenn die Revision der innern Schul-Verfassung mit Zuziehung des jeder Schule vorgesetzten Erzpriesters oder Inspectoris in Beisein der Amts-Officianten und des Pfarrers jeden Orts geschiehet, damit man bei ihren Local-Kenntnissen hiernächst ganz speciell von der innern Beschaffenheit jeder Schule urtheilen und zur Abhelfung der befundenen Mängel die zweckmässigsten Vorkehrungen treffen kann. Ich habe daher *dato* dem General-Vicariat-Amt sowie den Decanis der Prager, Cracauer und Ollmützer Diöcesen den Auftrag gemacht, hiernach den Erzpriestern, Schul-Inspectoribus und *parochis loci* das Weitere zu injungiren, damit diese, sobald der *p.* Andreae in ein königliches Amt kommt und sie von ihm deshalb zeitig benachrichtiget worden, mit demselben zusammentreten und mit Zuziehung der Amts-Officianten und des Pfarrers jedes Orts die innere Verfassung jeder katholischen Amts-Schule nach Maassgabe der bisher ergangenen Generalien sorgfältig prüfen, ihre Bemerkungen zu Protokoll nehmen, solches gemeinschaftlich unterschreiben und auf diese Art alles anwenden, was zur innern Verbesserung der Lehrart, Kinderzucht und Schulordnung gehört.

»Hiernächst hat der *p.* Andreae von obbenannten Personen genau zu erforschen, inwiefern den Schulmeistern an Gehalt und andern Emolumenten aus gedachten Fonds einige Zulage angedeihen kann, damit diese Leute zuvörderst für Nahrungskummer geschützt werden und sich sodann um so ohnfehlbarer des bessern Unterrichts der Jugend befleissigen können; und zweifle Ich gar nicht, dass, wenn nur bei der Commission auf gehörige Quellen Bedacht genommen wird, sich auch solche gewiss auffinden werden, ohne erst Sr. Maj. allerhöchste Gnade mit einem besondern Fonds zur Verbesserung der Schulmeister zu belästigen.

»Auch wird es mir sehr lieb sein, wenn der *p.* Andreae nach Vorschrift des Circularis vom 31. December 1768[1]) das Schulgeld in ein fixirtes Salarium abzuändern im Stande ist, indem hierdurch der Schulmeister für

1) Band 4, 346.

1789 Oct. 28 allen Ausfällen und Verdriesslichkeiten gesichert wird und die unvermögenden Eltern aus Mangel des Schulgeldes keine Entschuldigung haben, ihre Kinder zum Unterricht zu schicken.

»Hiernächst hat derselbe auch sorgfältig die Schulen-Gebäude zu revidiren. Es muss dem Schulmeister nicht nur sein wirthschaftliches nothdürftiges Unterkommen geschafft, sondern auch für den Schul-Unterricht eine besondere Stube angelegt werden. Wie dies nach den Verhältnissen jeden Orts einzurichten, überlasse ich ebenfalls der nähern commissarischen Beurtheilung, und indem der *p.* Andreae kraft dieses sofort bei befundener Nöthigkeit dem Departements-Bau-Inspectori den Auftrag zur Fertigung diesfälliger Anschläge zu machen hat, so hat er zugleich nach Maassgabe des Reglements und der Local-Observanz die Concurrenz zu diesem Baue an Ort und Stelle zu untersuchen, damit nach approbirten Anschlägen sogleich der Bau vorgenommen werden kann.

»Sollte der *p.* Andreae finden, dass zu viel Kinder zu einer Schule geschlagen worden und daher der Schulmeister nicht fähig sei, ihren Unterricht zweckmässig zu besorgen, so hat er mit Zuziehung der Commissarien in Ueberlegung zu nehmen, ob eine neue Schule anzulegen oder ob dem Schulmeister ein Adjuvant zu setzen und etwa die Schulstube annoch zu erweitern.

»Ueberhaupt hat der *p.* Andreae nichts unversucht zu lassen, die Verbesserung der Schulen zu bewirken, und hat er sich in Absicht der äussern Verfassung der Schul-Anstalten hierbei ebenfalls nach demjenigen zu richten, was ich demselben *dato* wegen des evangelischen Schulwesens in dieser Rücksicht committirt habe.

»Die gemeinschaftlich vollzogenen Protokolle hat der *p.* Andreae mittelst besondern gutachtlichen Berichts von jedem Amte an die königliche *p.* Kammer des Departements einzureichen, welche von mir instruirt worden, diese Berichte mit bestmöglichster Beförderung jeden guten Vorschlages zu meiner nähern Prüfung und Festsetzung einzureichen« . . .

376.[1]) **Ministerial-Erlass an das bischöfliche General-Vicariat-Amt zu Breslau.** Breslau 1789 October 28.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Concept.

Widerlegung der Einwendungen gegen die Verordnung vom 14. Juli betreffend Ausbreitung der deutschen Sprache in Ober-Schlesien.

. . . »Wir hätten nicht geglaubt, von Euch alle der Sache entgegenstehende Schwierigkeiten zu eben der Zeit mühsam aufgesucht zu sehen, als Wir bereits hofften, dass Ihr Eurerseits Alles anwenden würdet, um Unsere unterm 14. Jul. *c.* Euch so umständlich eröffnete Willensmeinung

1) Antwort auf den Bericht vom 11. September.

eifrigst zu befördern. Wir sind schlechterdings überzeugt, dass auch diese Verfügung zur mehrern Bildung des gemeinen Mannes viel beitragen kann, sobald nur jeder, der hierbei mitzuwürken hat, seiner Schuldigkeit gemäss handelt. Wir haben nie daran gedacht, diese Verwechselung der Candidaten als das vorzüglichste oder wohl gar als das einzigste Mittel zu halten, um die deutsche Sprache und dadurch mehrere Aufklärung in Ober-Schlesien einzuführen. Allein Wir halten nach dem deutlichen Inhalt gedachter Verordnung sothane Verwechselung für zuträglich, um diesen Zweck zu erfüllen, und dies werdet Ihr wohl nicht erst bestreiten. Ihr habt gewiss nicht an die schlechte Beschaffenheit der meisten oberschlesischen Pfarrer gedacht, wenn Ihr behaupten wollet, dass dort kaum 4 oder 5 Priester anzutreffen wären, die nicht deutsch predigen und katechisiren könnten; und gesetzt, dies wäre auch richtig, bleibt es denn nicht ausgemacht, dass doch die Nieder-Schlesier dies Deutsche weit fertiger und besser vortragen werden? Wie wenig Hang haben die oberschlesischen Candidaten zur deutschen Sprache, wie wenig können sie sich ohne solche in ihrer Lage und in ihrem Priester-Amte aufklären, und wie sehr wirkt ihr Beispiel auf den gemeinen Mann! Ihr redet in Eurer Gegenvorstellung Verschiedenes von Verbesserung der Schulen, und Ihr habt allerdings nach Maassgabe Unserer vielfältig deshalb erlassenen Verordnungen dabei ganz recht sentirt. Aber das Beispiel des Pfarrers wirkt auch sehr auf den Schulmeister und die Kinder, und wenn ersterer keinen Hang zur deutschen Sprache hat und sie höchst elend und nur mit vieler Mühe spricht und schreibt, so mögen noch so gute Verfügungen wegen der deutschen Schulen ergehen, sie werden doch immer äusserst schlecht und langsam befolgt. Denn der gemeine Mann ist zu sehr gewohnt, sich durch sinnlichen Eindruck und folglich auch durch das thätige Beispiel seines vorgesetzten Geistlichen zur Nachahmung reizen zu lassen, und wenn er merkt, dass es seinem Seelsorger nicht um Aufklärung zu thun ist, so wird er um so weniger sich solcher näher bringen lassen. Auch geschieht ja bekanntlich der Haupt-Gottesdienst in den katholischen Kirchen unter lateinischer Liturgie; mithin kommt bei selbigem die deutsche Sprache eben so wenig als die polnische in Betracht. Hat der Pfarrer zu predigen, so ist es seine Pflicht, darauf zu studiren und sich zu den besten und fasslichsten Redensarten in derjenigen Sprache vorzubereiten, in welcher er seinen Vortrag halten soll. Deshalb sollen die zu versetzenden Candidaten beide Sprachen lernen, um sich in solchen verständlich auszudrücken, und wenn auch die nach Ober-Schlesien zu befördernden Subjecte ein schlechtes Pohlnisch lernen, so ist ja die Verdrängung dieser Sprache in dortigen Gegenden der Zweck, und sie bedürfen nur so viel zu wissen, wie sie sich verständlich machen können. Den Dialect der Sprache und das Verstehenlernen des gemeinen Mannes werden sie schon in dortiger Gegend durch nähern Umgang mit ihrer Gemeinde, den sie allerdings nicht vermeiden können und sollen, gehörig fassen. Und gesetzt auch, es wäre

1789 Oct. 28

1789 Oct. 28 ihnen anfänglich schwer, sich in der ungewohnten Sprache auszudrücken, auch selbst ihren Zuhörern, besonders ihren Beichtkindern, solches unangenehm, so verliert sich dies kleine Uebel mit der Zeit gewiss und bei einem fleissigen Geistlichen, der auch hierbei seine Pflichten zu erfüllen strebt, sehr bald, und das hervorkeimende Gute wird so vielfältig heranwachsen, dass Ihr Euch freuen müsst, Eurer Kirche verständigere Menschen zugezogen zu haben.

»Wenn Ihr daher Euch Euererseits bestrebet, diese augenscheinliche Vortheile gehörig darzulegen, so wird es Euch, obwohl Ihr solches befürchtet, keinesweges an zureichenden Mitteln fehlen, die wechselseitige Versetzung der theologischen Candidaten den Kirchen-Patronis annehmlich zu machen. Und gesetzt auch, dass hie und da sich ein Dominium oder eine Gemeine von dem heilsamen Zweck dieser Verfügung aus Mangel der Beurtheilung des Ganzen nicht überzeugen könnte, so bleibt es demohnerachtet Pflicht, für das künftige Beste zu sorgen und Unsere allerhöchste Vorschrift *ex jure devolutionis* durchzusetzen, sobald untaugliche Candidaten Uns zu Pfarrern vorgeschlagen werden.

»Es ist wahrlich nicht so schwer, als Ihr Euch vorstellt, diese Sache in Ausführung zu bringen und dabei die Seelsorge für den gemeinen Mann zu befördern. Nur geschickte Candidaten zu künftigen Pfarreien und Schuldiensten sind nöthig, um Unsere Willensmeinung zu erreichen. Wir werden gewiss das Schulwesen auf bessern Fuss bringen und, wie Wir Euch bekannt gemacht, haben Wir bereits eine zweckmässige Regulirung der Schul-Anstalten auf Unsern königlichen Aemtern verfügt[1]): wie Wir denn auch annoch nähere Einleitungen wegen gänzlicher Instandsetzung der Schulen treffen werden. Lasst Euch nur diese recht empfohlen sein und sucht möglichst bei ihnen schon dermalen dasjenige zu executiren, was bereits vielfältig vorgeschrieben ist: so wird auch schon Kenntniss der deutschen Sprache bei der Jugend eingeführt sein und künftig dem Geistlichen seine Einwirkung und Amtsführung leicht werden. Dieser hat es sodann bloss mit den Erwachsenen seiner Gemeinde noch zu thun, um ihnen das Vorurtheil für die pohlnische Sprache zu benehmen, und wenn er nur Geschicklichkeit besitzt und ihre Sprache in so weit erlernt, dass er sich ihnen verständlich machen kann, so wird es ihm nicht fehlen, die Gutgesinnten seiner Gemeinde auf bessere Gesinnungen zu bringen; und gesetzt auch, dass er die Halsstarrigen von ihrem Vorurtheile nicht heilen könnte, so wird doch im Ganzen überwiegendes Gutes bewürkt, und dies ist schon hinreichend, Uns der guten Sache eifrigst anzunehmen.

»Wir hoffen, Euch hierdurch nochmals dargethan zu haben, dass Eure Bedenklichkeiten und Besorgnisse hierbei irrelevant gewesen, und werden Uns sehr freuen, wenn Ihr Euch als treue Mitarbeiter für diese Unsern

1) S. No. 375.

oberschlesischen Unterthanen so äusserst nützliche Einrichtung künftig werdet finden lassen.« 1789 Oct. 28

---

377. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe. Berlin 1789 November 2. Nov. 2

R. 11. 33. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Die Nuntiatur-Sache. Tadel des Papstes. Brandenburgs Abstimmung am Reichstage. Die Garantie des Status quo.

...»Le pape s'est mis beaucoup dans le tort en ne pas répondant à la lettre des archevêques et en évitant toute voie de conciliation. S'il fait encore une réponse, je prévois, qu'elle viendra trop tard, puisque, comme les déliberations de la diète recommencent le 8. de novembre, l'électeur de Mayence ne manquera pas de mettre alors l'affaire en délibération et en mouvement, et elle pourrait être aisément décidée par la pluralité contre la cour de Rome. J'ai donné des instructions[1]) au comte de Goertz, pour donner mon suffrage d'une manière, qui laisse la porte ouverte à la conciliation et qui réserve les droits des souverains, mais par laquelle[2]) on reconnaît pourtant et établit pour principe, que la jurisdiction constante des nonces est contraire aux conciles et aux concordats d'Allemagne et que les archevêques peuvent demander à la cour de Rome, qu'elle observe ces anciennes sanctions et qu'elle renonce aux nouveautés et aux abus. D'ailleurs la garantie du *status quo* d'Ems ne peut être entendue que du temps antérieur et jusqu'à l'époque, où la cour de Rome s'arrangerait avec les archevêques, ce qu'elle a négligé par sa faute.«

---

378. Note des Grafen Guiccioli, päpstlichen Geschäftsträgers, für den Etats-Minister Hertzberg. Berlin 1789 November 6. Nov. 6

R. 11. 24. Eigenhändiges Mundum.

Ob der bisher in den östreichischen Niederlanden residirende Nuntius seinen Sitz in die Republik der Vereinigten Niederlande verlegen kann?

»Les Catholiques des Provinces-Unies, n'ayant aucun évêque chez eux, se sont jusqu'à présent adressés à Mr. Zondadari, nonce du St.-Siége et archevêque d'Adera, qui actuellement se trouve à Liége.[3]) Mgr. Brancadoro, archevêque de Nisibi, doit lui succéder, et on a formé le projet d'engager le même prélat à fixer d'une manière légale sa résidence à la Haye ou à Amsterdam ou dans quelque autre ville principale des Provinces-Unies. L'utilité de ce projet est frappante, puisque par là le nonce du St.-Siége serait plus à portée de remplir les devoir du ministère sacré, dont Mgr. Zondadari s'acquitte à présent, et puisque les Catholiques des

---

1) S. unter dem 25. October. 2) Hs.: »lesquels.«
3) Vgl. S. 150 Anm. 1.

1789 Nov. 6 Provinces-Unies dorénavant ne devraient pas sortir de leur pays et se rendre dans une ville étrangère, pour y recevoir les ordres et pour y obtenir les facultés spirituelles, dont ils ont besoin. Cependant le souverain pontife, avant de se déterminer là-dessus, a enjoint au soussigné de prier S. E. Mr. le comte de Hertzberg à vouloir bien ouvrir Son avis touchant la bonté du projet, qui paraît d'abord admissible et praticable, et touchant la facilité de l'exécution, qui dépend du choix des moyens convenables et bien adaptés aux circonstances du lieu et du temps. Le soussigné se flatte de pouvoir profiter des observations de S. E., qui a très-bien vu le sujet, sur lequel on doit opérer.«

Auf der Note stehen folgende, von Hertzberg dictirte Vermerke: »J'ai envoyé cette note à Mr. Renffner[1]) à la Haye, pour demander au grand-pensionnaire, si cette proposition de la cour de Rome pourrait convenir à la République. Mr. Renfner a envoyé le 3. décembre une note du grand-pensionnaire, dans laquelle il a entièrement décliné cette proposition du pape.«

Nov. 9 **379. Etats-Minister Hoym an den Franciscaner-Pater Gorgonius Haslau in Liebenthal.** Breslau 1789 November 9.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 24). Concept.

Lehnt den erbetenen Beistand ab. Soll den Gesetzen seiner Kirche Genüge leisten.

»Da man von Seiten des hiesigen bischöflichen Amts Anstand gefunden, den Pater Gorgonius Haslau von seinen dem Franciscaner-Orden gethanen Gelübden zu dispensiren, auch ihm die verlangte Erlaubniss zum Celebriren abgeschlagen hat, . . . so kann ich auch keinesweges demselben mit einer anderweiten Versorgung oder Versetzung in ein anderes Kloster nach seinem Antrage . . . behülflich sein. Vielmehr muss ich ihn hiermit anweisen, demjenigen ein Genüge zu leisten, was die Gesetze seiner Kirche in seinen eingeschrittenen Verhältnissen ihm vorschreiben.«

Nov. 14 **380.[2]) Kurfürst Friedrich Karl Josef von Mainz an den König Friedrich Wilhelm II.** Mainz 1789 November 14.

R. 10. 79. Abschrift, deren Fehler ohne Weiteres verbessert sind.

Soll sich am Reichstage schärfer gegen die Nuntiaturen erklären; sonst siegt Rom.

. . . »Ich bin und bleibe der festen Zuversicht, dass E. K. M., nach Mass der einmal für die Ehre und Freiheit des Deutschen Reichs angenommenen preiswürdigen Gesinnungen, Sich eine vaterländische wahre Angelegenheit daraus machen werden, zur Aufhebung der gesetz- und constitutionswidrigen Nuntiatur-Gerichte bei der Reichs-Versammlung sowohl als sonsten durch alle

1) Heinrich Renfner, Legations-Rath und *chargé d'affaires*.

2) Antwort auf das Schreiben vom 25. October.

zur Erreichung dieses Zweckes immer beförderlich sein könnende Mittel und Wege forthin auf das kräftigste mitzuwirken. 1789 Nov. 14

»Die von E. K. M. zu meiner eigenen wahren Verbindlichkeit übernommene Garantia über die Erhaltung des *status quo* von dem Emser Recess, wenigstens bis zu einer gütlichen Ausgleichung der Irrungen mit dem päpstlichen Hofe, kann und darf diesem patriotischen Zwecke und den mitwirkenden ruhmvollen Bemühungen E. K. M. keine Hinderniss entgegensetzen.

»Ich selbst glaube meiner dem römischen Hofe gegebenen Versicherung, worauf sich die Garantie E. K. M. eigends beziehet, durch die einzuhaltende constitutionsmässige Maassregeln keineswegs zu nahe zu treten, und sicherlich werde ich dasjenige, was ich meiner Würde als Kurfürst und Reichs-Stand schuldig bin, nie ausser Acht lassen, noch weniger aber mich dem Fall aussetzen, dass ein ausländischer Hof mir widersprechende Aeusserungen oder wohl gar eine Zuwiderhandlung gegen eigene Engagements zu Lasten legen möge.

»Der eben so billigmässigen als erlauchten hohen Beurtheilung E. K. M. darf ich es lediglich überlassen, ob ich mich in Betreffe der Nuntiatur-Sache in diesem Fall befinden könne, da einestheils die Veranlassung des dermal an das Reich gebrachten Deliberations-Gegenstandes, nämlich die wider allbesseres Verhoffen und wider die offenkündige Vorstellungen der mit mir verbundenen Herren Erzbischöfe erfolgte äusserst zudringliche Errichtung der neuen Nuntiatur zu München, sicher mit dem vor der Emser Punctation bestandenen *status quo* nicht vereinbarlich ist, anderntheils aber E. K. M. noch erinnerlich beiwohnt, dass ich damal die volle Nachgiebigkeit des römischen Hofes in Ansehung der Nuntiatur-Sache immer vorausgesetzt, solche dringend angerathen und die Beseitigung dieses eben damals zur gerichtlichen Beschwerdeführung gediehenen Punctes mit vielem Nachdrucke urgirt habe.

»Es war sodann und konnte wohl nie meine Meinung sein, auf die förmlich eingeklagte und von mir sowohl als den übrigen Herrn Erzbischöfen so lebhaft betriebene Fortschaffung der Nuntien einen ewigen und unbestimmten Verzicht zu thun.

»Durch einen solchen Verzicht, den ich nicht einmal in Rücksicht der nach dem Emser Abschlusse herzustellenden bischöflichen Rechte einzugehen gemeinet sein konnte, würde ich mich bei der ganzen deutschen Kirche sowohl als bei dem gesammten Reiche in einen nie zu rechtfertigenden Contrast gesetzt haben.

»Diese Absicht vermuthen E. K. M. gewisslich nicht von meiner Ihro bekannten Denkungsart; sondern da der Hof zu Rom nach der kundbar gewordenen Emser Convention in der Besorgniss stand, dass die beschlossnen Puncte insgesammt zur alsbaldigen Ausübung und Vollstreckung würden gebracht werden, so liess ich mir unter der E. K. M. schon bekannten

1789 Nov. 14 Voraussetzung die Versicherung gefallen, dass ich aus besonderer Devotion gegen den römischen Stuhl mit dem Betriebe des Emser Geschäftes und mit der Selbsthilfe vor der Hand an mich halten und dadurch dem römischen Hofe die Zeit verschaffen wollte, gütliche Maassregeln eintreten zu lassen, auch zu solchem Ende Vorschläge zu thun und anzuhören: in welcher Absicht ich meine eigene Officia nach Thunlichkeit der Umstände zu verwenden willig und bereit war.

»Hierin bestand mein aufrichtig und wohl gemeintes Engagement, und bloss in Rücksicht dieses Engagements ward von E. K. M. die Gewährschaft übernommen. E. K. M. legten Sich durch letztere keine grössere Verbindlichkeit auf, als jene war, womit ich mich durch meine Versicherung schon beladen hatte. Nun erfolgte aber nicht nur von Seiten des römischen Hofes kein einziger die gütliche Ausgleichung der obwaltenden Irrungen bezielender Schritt, sondern der *status quo* ward vielmehr durch die Neuerungen der anmaasslichen Nuntiatur zu München und durch ihre bis zur Stunde noch fürdauernden Eingriffe und Zudringlichkeiten, ja selbst durch mehrfältige ungeeignete Auftritte des dermaligen Nuntius Pacca zu Köln allenthalben verletzt.

»Ich entschloss mich daher, Sr. Päpstl. Heiligkeit nicht nur selbst mit nachdrücklichen Vorstellungen und mit ehrerbietiger Zuvorkommung durch den ersten gütlichen Schritt entgegen zu gehen, sondern ich bewog auch noch die Herren Erzbischöfe zu Trier, Kölln und Saltzburg, ihre Bereitwilligkeit und ihren Wunsch zur gütlichen Abhilfe aller vorliegenden Beschwerden durch ähnliche Vorstellungs-Schreiben am Tage zu legen.[1])

»E. K. M. traten dieser auf eine gütliche Übereinkunft gerichteten Absicht noch dadurch beförderlich bei, dass Sie Sr. Päpstl. Heiligkeit mehrmal[2]) anrathen liessen, den Herren Erzbischöfen eine gefällige Antwort zu geben und solchergestalt den Weg zu einer nähern Unterhandlung zu öffnen.

»Allein durch keinerlei Vorstell- oder Verwendung liess man sich römischer Seits dazu vermögen, die Herren Erzbischöfe mit einer Antwort zu beehren, sondern man entzog sich bis itzt durch ein anhaltendes Stillschweigen aller freundlichen Behandlungsart. Man setzte den mit der Würde des deutschen Reichs eng verbundenen Wohlstand völlig ausser Acht, vermöge dessen S. P. Heiligkeit den Erzbischöfen und Kurfürsten des Reichs auf ihre führende Beschwerden (zumal wenn solche sich auf National-Freiheit und National-Verträge gründen) die Rückertheilung einer der Sache angemessenen Antwort schuldig sind.

»Schon bei dieser von den ersten Mitgliedern des Reichs mit der billigsten Empfindung aufzunehmenden Behandlung und bei den durch die Münchner Nuntiatur unaufhörlich fortgesetzten Verletzungen des *status quo* hört alle Verbindlichkeit von selbst auf, zu welcher ich mich in Hinsicht einer güt-

1) Vgl. S. 361. 2) S. No. 325. 346 u. s. w.

lichen Auskunft und demnächstiger Beilegung alle Irrungen so treumüthig erkläret hatte; E. K. M. aber sind eben dadurch aus eigenem Verschulden des römischen Hofes von derjenigen Garantie gänzlich entlediget, welche Ihro hohen Orts bis zur gütlichen Uebereinkunft und folglich nur in so lang geleistet ward, als lang der römische Hof die Wege der Unterhandlung nicht selbst verlassen oder solche vielmehr ausschlagen würde. 1788 Nov. 14

»Ich hoffe den verehrlichen Beifall E. K. M. nicht zu verfehlen, wenn ich bei solchen Bewandsamen die Beibehaltung derjenigen Stelle weder für nöthig noch für thunlich und räthlich halte, mittelst welcher E. K. M. Sich *votando* dahin zu äussern geruhen wollen, dass die katholische deutsche Kirche berechtiget sei, *zufolge der natürlichen Freiheit und Unabhängigkeit der deutschen Nation und dem Beispiele anderer Freistaaten sich mit dem päpstlichen Stuhle auf eine dem wahren und innerlichen Wohlstande der deutschen Kirchen-Hierarchie gemässe Art von neuem zu setzen und zu vergleichen, solches auch nicht füglicher als durch eine bei der deutschen Reichs-Versammlung unter der Vermittelung und Beitritte des Reichs-Oberhauptes und der Reichs-Stände anzustellende gütliche Unterhandlung geschehen könne, wozu E. K. M. auch dem römischen Stuhl sowohl als den deutschen Herren Erzbischöfen schon vielfältig angerathen hätten und fernerhin bereit wären, bei solcher Vergleichs-Unterhandlungen auf alle von ihnen abhangende und Ihren andern Verhältnissen gemässe Art beizuwirken.*

»Sollten E. K. M. wider mein gänzliches Verhoffen auf dem Entschlusse beharren, Dero Abstimmung in dieser Maass zum Reichs-Protokoll kommen zu lassen, so wären die Absichten des römischen Hofes so gut als erfüllt, welche lediglich dahin zielen, das vertrags- und constitutionsmässige Bestreben der Herrn Erzbischöfe für itzt zu vereiteln, die alte und die neue Attentaten seiner Nuntien ungehindert fortzusetzen, die Beschwerden wider letztere mit dem Gegenstande der nach Anleitung der Emser Convention herzustellenden bischöflichen Rechte zu vermischen, in Ansehung des einen sowohl als des andern einen sogenannten *statum quo* aus meiner Versicherung und aus der Gewährschaft E. K. M. herzuleiten, alsdann aber dieses vermeinte Provisorium so lang fürdauern zu lassen, als es ersagtem Hofe mit dem bloss provisorischen Concordate von 1448 gelungen ist, welches zwischen Eugen IV. und der deutschen Nation auf zehn Jahre (das ist, bis zu der auch damals schon zugesicherten gütlichen Ausgleichung) eingegangen ward und nun schon über 300 Jahre fortbesteht.

»Ich bin theils durch das gleichförmige Benehmen des römisches Hofes während so vielen Jahrhunderten, theils durch neuere, aus den verlässigsten Quellen geschöpfte Nachrichten vollkommen überzeugt, dass auch dermal der ganze Plan dieses Hofes auf eine solche stillschweigende und verzögerliche Behauptung seiner Anmaassungen und besonders der neuen Nuntiatur-Beschwerden angelegt sei.

1789 Nov. 14

»Es ergiebt sich darab, dass die Abstimmung E. K. M. den oft ernannten Hof seinem Ziele grade zu nähern und dagegen die Freiheiten der deutschen Kirche und Nation aufs neue und vielleicht für alle Zeit von ihrer dereinstigen Herstellung entfernen, ja ihren Zustand durch die eigenthätige Einführung und durch fortgesetzte Zudringlichkeiten neuer Nuntien noch ungemein verschlimmern würde.

»Der Äquanimität und Beherzigung E. M. mag es demnach nicht entgehen, dass ich mit den übrigen Herren Erzbischöfen jene Abstimmung um so mehr für zureichend und nachtheilig ansehen müssen, da sicher vorauszusehen wäre, dass die meisten protestantischen Stände ihre Stimmen darnach bemessen würden und dadurch eine überwiegende Majorität zu Gunsten des römischen Hofes entstehen dürfte, welcher durch die erst nun zu treffende Einleitung einer gütlichen Unterhandlung Zeit und Mittel gewönne, den zu besorgen gehabten constitutionellen Verfügungen und Maassregeln des deutschen Reichskörpers durch Suspendir- und Entfernung ihrer gleichbaldigen Wirksamkeit abermal auszuweichen.

»Ich wünsche und hoffe, dass E. K. M. mir die freimüthige Bemerkungen nicht verargen, wohl aber mit der Ihro eigenen Wohlmeinung und Billigkeitsliebe erlauben wollen, von jener Stelle, durch welche die Freiheit und Vorrechte der deutschen Landesherrn überhaupt vorbehalten werden sollen, noch eine der gänzlichen Befriedigung E. K. M. gewidmete Anregung zu thun.

»Ich halte auch diese Stelle in ihrer Art für unräthlich und darf E. K. M. meine Zuversicht nicht bergen, dass sie von Höchstdenselben wenigstens für überflüssig werde erachtet werden.

»Schon vor einiger Zeit schlugen des Herren Herzogs von Zweybrücken [Lbd.] eben jenen Vorbehalt mittels einer den Comitial-Stimmen einzurückenden besondern Clausel vor.

»Ich theilte aber hierauf dem Herrn Herzoge die in der Abschrift hierbei verwahrte Antwort mit, durch welche derselbe sich vollkommen beruhigt fand.

»Von der Seite E. K. M. schmeichle ich mich der nämlichen Beruhigung, wenn Hochsie über dieses in Betracht ziehen wollen, dass der Verhalt zwischen den katholischen und protestantischen Landes-Regenten durchaus verschieden und für letztere nicht die mindeste Besorgniss möglich seie.

»Nur die erste, nämlich die katholische Landesherrn, könnten von der befragten Clausel eine Anwendung auf ihre Staaten machen, und dann würde es darauf ankommen, ob ihnen durch einen auch in Rücksicht der katholischen Reichslande immer unnöthigen Vorbehalt nicht der Anlass zu übertriebenen, ungewöhnlichen und missbräuchlichen Forderungen oder Auslegungen gegeben werde, mithin die Gelegenheit zu neuen Irrungen entstehe.

»Diesem sei aber wie ihm wolle, so bleibt es ungezweifelt und richtig, dass ein solcher Vorbehalt für die protestantischen Stände und Landes-

herrn von gar keinem Nutzen sei, indem diese durch den Westphälischen Frieden und durch die den Abstimmungen dieses Religions-Theils ohne Anstand beizurückende Worte: *dass den Rechten, den Befugnissen und der Unabhängigkeit, welche den protestantischen Reichs-Ständen zustehen, keine Consequenz noch Nachtheil zugezogen werden könne und solle p.* wider alle erz- und bischöfliche Jurisdiction und wider das katholische *ius dioecesanum* in Übermaasse gedeckt und gesichert sind. 1789 Nov. 14

»E. K. M. führe ich sämmtlich obangezogene Umstände und Betrachtungen zu dem Ende zu Gemüthe, um darauf das abermalige angelegene und ergebenheitsvolle Verlangen zu gründen, dass es Höchstihro gefällig sein möge, den wesentlichen Inhalt Ihrer Reichstags-Stimme zum wahren Besten der deutschen Kirche und Nation dahin zu beschränken: *dass E. K. M. als Kur- und Reichsfürst und nach dem Antheil, den Hochdieselbe in solchen Eigenschaften und zufolge der Reichs-Abschiede, kaiserlicher Wahl-Capitulation und ganzen Reichs-Verfassung an der Freiheit und dem Wohlstande der katholischen deutschen Kirche zu nehmen haben, nichts anders denn dafürhalten müssten, dass die Abschickung und Anstellung der beständigen päpstlichen Nuntien mit Facultäten und Jurisdictionen im teutschen Reich den teutschen Fürsten-Concordaten und den darin aufgenommenen Schlüssen des Baseler Kirchenraths nicht gemüss sei und die katholische und deutsche Kirche wohl berechtiget sei, sich denen dagegen eingerissenen Neuerungen und Missbräuchen zu widersetzen. Hochdieselben müssten aber bei dieser Ihrer vorläufigen Abstimmung dieses insbesondere vorbehalten, dass durch Ihre Theilnehmung an dieser ganzen Angelegenheit und darüber anzustellenden Berathschlagung und Verhandlung den Rechten und Befugnissen und der Unabhängigkeit, welche Hochdenselben als einem protestantischen Reichsfürsten zufolge des Westphälischen Friedensschlusses in den deutschen Reichslanden zustehen, keine Consequenz noch Nachtheil zugezogen werden könne und solle.*

»E. K. M. dürfen meine Einsichten in das katholische Kirchen-System, meiner Erfahrung und meiner unbefangenen lebhaften Überzeugung das völlige Vertrauen gönnen, wenn ich meinem Antrage die Versicherung beifüge, dass bloss durch eine so einfache und unbedungene Abstimmung der patriotische Endzweck zu erreichen stehe, durch jede andere Wendung und Modalität aber derselbe ganz gewiss verfehlet werde.

»Ich würde diesen letzten Fall um deswillen über alle Maassen zu beklagen haben, weil ich die Folge für unausbleiblich halte, dass für alle andere zum Besten des Reichs gereichende Absichten, bei welchen ich mir je einen wirksamen Einfluss habe versprechen können, nichts Gedeihliches mehr zu erwarten sei.

»Bloss der erwünschte gesetzliche Fortgang und Ausschlag des Nuntiatur-Geschäftes könnte die übrigen Herren Erzbischöfe und geistliche

1789 N ov. 14 Kurhöfe im vollen Vertrauen gegen mich bestärken und bei ihnen den Eindruck zurücklassen, dass mein Einverständniss mit den unirten Höfen ihnen die Erzielung billiger gemeinnütziger und constitutionsmässiger Vortheile darbiete, sobald sie sich meinen Rathschlägen und Verhältnissen in den vaterländischen Vorkommenheiten anschliessen wollten.

»Dagegen aber kann und wird die fehlgeschlagene Hoffnung einer verfassungsmässigen patriotischen Unterstützung von der protestantischen hohen Seite nichts anders als das entschiedenste Misstrauen gegen alles erwecken, was ich zum gemeinsamen Nutzen für die Zukunft in Vortrag oder Betrieb zu setzen mich veranlasset finden mag. Wenigstens wird man mir das Vermögen wohl nicht zutrauen, die associirte Höfe durch meine Vorstellungen oder Verwendungen zur stracken Mitwirkung für offenbare National-Angelegenheiten zu bestimmen.«

(Nov. 14) **381.**[1] **Kurfürst Friedrich Karl Josef von Mainz an König Friedrich Wilhelm II.** (Mainz 1789 November 14.)

R. 10. 79. Abschrift ohne Datum. Dem Stile nach von Johannes Müller aufgesetzt.

Bittet dringend, auch unter Berufung auf den Fürstenbund, am Reichstage klar und deutlich gegen die Nuntiaturen zu stimmen.

Bezugnahme auf das deutsche Schreiben »sous la date de ce jour«. »Ce serait importuner V. M., si je voulais me répéter. Je me borne donc à Lui observer, que le cas de la garantie, dont V. M. a bien voulu se charger, n'a jamais existé pour les nonciatures, que celle de Munic est une innovation et celle de Cologne n'a jamais été reçue dans mon diocèse; que même à tout autre égard la garantie et la médiation de V. M. n'ont plus d'objet, parceque les Romains ont éludé par leur silence les voies amicales et qu'ils s'en jouent au moment, où il était temps d'y avoir recours; que les princes protestants ne peuvent souffrir aucun préjudice à leurs droits, parcequ'ils sont sous la protection de la paix de Westphalie, et que d'ailleurs on ne trouve aucun inconvénient, que par surcroît de précaution ils ajoutent en leur faveur une réservation particulière; qu'au reste l'exclusion des nonces ne doit pas inquiéter davantage les princes séculiers de la religion catholique, parceque rien ne change ni dans l'objet ni dans le mode de la jurisdiction ecclésiastique, mais qu'il s'agit uniquement d'en exclure les étrangers.

»En conséquence de ces considérations j'ai prié instamment V. M. de simplifier la teneur de Son suffrage et de ne pas donner lieu à de nouvelles difficultés ni surtout à une négociation interminable, qui porterait le coup mortel aux libertés de l'église germanique, en empêchant l'effet de leur principe au moment même, où il est reconnu et établi.

Nov. 17 1) Ein Schreiben des Kurfürsten an den Etats-Minister Hertzberg, Mainz 17. November, wiederholt im Wesentlichen die hier vorgebrachten Gründe.

»Si V. M. veut bien Se faire mettre sous les yeux tout ce que j'ai eu l'honneur de Lui adresser là-dessus pendant deux ans, il me paraît impossible, qu'Elle ne Se trouve pas convaincue de la justesse du point de vue, dans lequel je Lui présente les choses. 1789 (Nov. 14)]

»V. M. veut le bien de la constitution, Elle veut, que chacun conserve ses justes droits, et Ses sentiments patriotiques se sont manifestés en différentes occasions d'une façon, qui ne laisse plus de doute à personne.

»Avec des vues si grandes, si constitutionnelles et si patriotiques Elle doit vouloir, Elle doit adopter naturellement le seul moyen, qui puisse les réaliser en cette rencontre. Or ce moyen c'est le vote simple et pur, tel que je prends la liberté de le Lui proposer dans ma lettre allemande.

»Que V. M. me pardonne la franchise, avec laquelle je m'ouvre vis-à-vis d'Elle et avec laquelle je réclame de nouveau Son appui, non seulement en mon nom, mais encore en celui des autres archevêques mes coétats.

»C'est en vertu des droits, qui vous compétent d'après les conciles et les concordats, c'est, quant à mes droits particuliers, en vertu de mon accession au traité d'union[1]), que je me crois autorisé à cette réclamation.

»Il me serait extrêmement affligeant, si ma confiance et, j'ose dire, mon attente fondée sur des assurances si multipliées se trouvait frustrée dans une occasion, qui ne paraît peut-être pas aussi importante à V. M. qu'elle l'est réellement à mes yeux, soit par elle-même, soit par les conséquences, qui en résulteront.

»Je me flatte, que V. M. ne dédaignera pas de peser les choses dans Sa sagesse. Elle doit être sûre, qu'une démarche vigoureuse en faveur des libertés constitutionnelles Lui attachera plus que jamais les princes de l'Église catholique« . . .

Resident Ciofani an den Etats-Minister Hertzberg, s. unter dem 9. December.

Das Geistliche Departement an das Auswärtige Departement, s. unter dem 20. October. Nov. 20

---

1) Fürstenbund.

1789 Nov. 23 **382. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe.** Berlin 1789 November 23.

R. 10. 79. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Hertzberg.

Die Nuntiatur-Sache. Lehnt die Vorwürfe des Papstes ab und ermahnt ihn zur Nachgiebigkeit. Brandenburgs Abstimmung am Reichstage.

»Je viens de recevoir encore votre dépêche du 15. novembre, par laquelle j'ai vu . . . les plaintes, que le nonce du pape vous a faites de ce que je ne voulais pas soutenir hautement les nonciatures du pape dans l'Empire. C'est trop prétendre et plus que je n'ai jamais promis au pape. Vous lui avez très-bien observé, que le pape s'est mis entièrement dans le tort, en ne faisant point de réponse à la lettre des archevêques et en déclinant toute voie d'accommodement, condition qui a été expressément attachée à ma garantie. Le pape pourrait encore prévenir de plus grands inconvénients, s'il envoyait un légat à la diète de Ratisbonne et faisait négocier là avec les États ou avec les archevêques. Comme l'électeur de Mayence m'a beaucoup pressé de donner des instructions au comte de Goertz, pour voter en faveur des archevêques à la diète, je lui ai fait adresser un suffrage, qui tient un juste milieu entre les différentes prétentions des parties et dont la cour palatine même pourra être contente, parceque j'ai expressément réservé les prérogatives des princes de l'Empire d'accepter des nonces. Le comte de Goertz pourra vous communiquer ce suffrage dans le temps qu'il sera donné, et par lequel vous pourrez convaincre le nonce, que je fais tout ce qui a été possible, pour favoriser la cour de Rome, sans déroger à la constitution de l'Empire et aux devoirs, qu'elle m'impose.«

Nov. 30 **383. Ministerial-Erlass an die westpreussische Regierung.** Berlin 1789 November 30.

R. 7. B. 21. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Carmer.

Kalende von Lutheranern an den katholischen Propst.

»Auf Euern Bericht vom 19. dieses über die Beschwerden der lutherischen Einsassen zu Liebenau, dass sie dem dasigen katholischen Propst die Calende entrichten sollen, wollen Wir Euch bei einberichteten Umständen hiermit . . . aufgeben, die Supplicanten nach ihrer Wahl entweder zur Revision gegen die in dieser Sache ergangene Erkenntnisse noch zu verstatten oder die Sache von neuem anzufangen, vorher aber zu versuchen, ob der Propst Antoniewitz nicht in Güte von seiner Anforderung abstehen wolle.«

---

384. Immediat-Bericht des Auswärtigen Departements. Berlin 1789 December 6. 1789 Dec. 6

R. 10. 79 und R. 96. 147. D. Concept (gezeichnet von Hertzberg) und Mundum.

Antwort an den Kurfürsten von Mainz wegen der Nuntiaturen. Aenderung der brandenburgischen Abstimmung am Reichstage.

»L'électeur de Mayence nous a fait remettre par le colonel de Stein les deux lettres ci-jointes pour V. M., l'une allemande et l'autre française[1]), par lesquelles V. M. verra, que l'électeur demande instamment, que V. M. veuille simplifier le suffrage à la diète, qu' Elle a prescrit dernièrement au comte de Goertz sur l'affaire des nonciatures, et en omettre surtout deux clauses, dont la principale portait d'inviter le pape et les archevêques de s'accommoder à la diète par une négociation amicale sur cette affaire. L'électeur craint, que la cour de Rome, qui a en effet négligé jusqu'ici de répondre à la lettre des archevêques, ne se serve de cette négociation, pour l'éterniser et pour éluder tout accommodement, et il insiste par conséquent sur une abolition pure et simple des nonciatures à jurisdiction. V. M. pourrait y consentir sans Son préjudice, si Elle n'avait pas été engagée par l'électeur de Mayence même à promettre au pape la garantie du *status quo* de la convention d'Embs, du quel temps les nonciatures et même celle de Munic existaient déjà. Nous avons donc dressé au nom de V. M. la réponse ci-jointe à l'électeur[2]), dans laquelle nous lui avons fait sentir cette double obligation de l'électeur et de V. M. envers la cour de Rome, qui ne pouvait pas être levée par quelque retard, que cette cour mettait dans sa réponse aux archevêques. Cependant, comme V. M. voudrait complaire à l'électeur de Mayence autant que possible, nous avons modifié le suffrage de V. M., en omettant entièrement une clause selon la demande de l'électeur et en ne laissant subsister de l'autre que le souhait de l'accommodement, qui dépend ensuite de la bonne volonté des parties, mais qui n'empêche pas la diète d'abolir les nonciatures à jurisdiction, dont l'incompétence est clairement reconnue dans le suffrage de Brandebourg. V. M. trouvera tout cela plus amplement déduit dans la lettre même, que nous présentons à Son approbation et à Sa signature.«

Eigenhändige Rand-Verfügung des Königs:

»je veux bien acquieſſer a ces propositions mais il ne faut pas que cela contredife les aſſurançes que jai fait donner au Pape lors du Voiage de Luchefini a Rome.«

Hiernach Cabinets-Befehl, Berlin 7. December. Dec. 7

1) No. 380 u. 381. 2) S. die folgende Nummer.

1789 Dec. 6

385. Königliches Schreiben an den Kurfürsten Karl Josef von Mainz.

Berlin 1789 December 6.

R. 11. 164. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Änderung der brandenburgischen Abstimmung am Reichstage über die Nuntiaturen. Wünscht immer noch gütliche Vergleichung mit dem Papste. Man soll etwas auf die päpstliche Antwort warten.

»Es thut Mir leid, aus E. Kurf. Würden und Lbd. wohl erhaltenen beiden Schreiben vom 7. und 14. Novembris zu ersehen, dass Sie mit dem Hochdenenselben von Mir mitgetheilten Entwurf Meiner reichstäglichen Abstimmung in der Nuntiatur-Sache nicht völlig zufrieden sind, sondern die Veränderung von zwei Stellen darin verlangen. Ich will Mich mit weitläuftiger Beantwortung der Gründe, welche E. *p.* wider obgedachten Entwurf Meiner Abstimmung anzuführen belieben, nicht aufhalten, und Ich bin auch bereit, Hochderoselben in Dero Verlangen so viel als möglich nachzugeben, um bei dieser Gelegenheit Meine E. *p.* gewidmete freundschaftliche und unbeschränkte Dienstgeflissenheit und Hochachtung abermals zu zeigen. Solchem nach soll die Stelle, durch welche Ich die Freiheit und Vorrechte der deutschen Landesherren überhaupt vorbehalten wollen, aus Meinem Voto wegbleiben, obgleich Ich sie in vielerlei Absichten und wegen der zu besorgenden Collision der anstatt der päpstlichen Nuntiaturen an verschiedenen Orten eintreten mögenden Diöcesan-Rechte nicht undienlich gehalten.

»In Ansehung der Nuntiatur-Gerichtsbarkeit will Ich auch die Stelle, welche die gütliche Vergleichung betrifft und E. *p.* anstössig ist, weglassen und nach dem Wort: *zu widersetzen*, nur die wenige Worte: *und die Abstellung derselben durch gütliche oder andere dienliche und rechtmässige Mittel zu verlangen* beifügen und einrücken . . .

»Ich hoffe, dass E. *p.* Sich dieses um so mehr gefallen und nicht zuwider sein lassen werden, da Hochdieselbe doch Unsern Gesandten, den Marquis Lucchesini, in Ihrer Vollmacht ausdrücklich autorisiret haben *ad omnes discordias, quae in ecclesia germanica, praesertim circa nuntiaturas principiaque in congressu Embs stabilita fervent, amice tollendas* und solchem zufolge der Marquis Lucchesini in seinem Schreiben an den Cardinal Buoncompagni versprochen: *che il serenissimo elettor di Magonza et il di lui coadjutore baron di Dahlberg non saranno nè promotori nè fautori delle convenzioni del congresso d'Embs e con questo stesso conserveranno le statu quo a tenore delle credenziali dell' elettor di Magonza dirette al Marchese Lucchesini in data di 2. di maggio.*[1])

»Da Ich nun die Garantie über alle diese Verheissungen übernommen und selbige auch ausdrücklich auf die Streitigkeit wegen der Nuntiaturen, von denen die zu München schon damals vorhanden gewesen, und auf den

1) S. die Nachträge unter dem 2. und 14. Mai 1787.

statum quo des Congresses von Embs gehen, so muss Ich dafür halten, dass eine gütliche Vergleichung in dieser Sache mit dem päpstlichen Hofe nicht ganz ausgeschlossen und bei Seite gesetzet werden kann, wenigstens Ich Meine darüber versprochene Garantie nicht ganz zurücknehmen und unerfüllt lassen kann, ohne Mir von dem päpstlichen Hofe unangenehme und empfindliche Vorwürfe zuzuziehen. Es kann dagegen nichts eingewendet werden, als dass der Papst die gütliche Unterhandlung versäumet und auf die lange Bank geschoben, welches freilich ein gegründeter Vorwurf gegen ihn ist, den auch die Herren Erzbischöfe gebrauchen können. Dazu müsste aber doch wohl billig die Antwort des Papstes noch einige Zeit abgewartet werden, und wenn solche vor und während der Comitial-Berathschlagung nicht einkommet oder nicht zur Befriedigung der Herrn Erzbischöfe und des Reichs ausfallen sollte, so kann alsdenn die Reichs-Versammlung ihre Schlüsse darüber nehmen. Indessen habe Ich doch Meine Verbindlichkeit gegen den päpstlichen Stuhl durch eine unbestimmte Vorbehaltung des gütlichen Weges in Meinem Voto erfüllt, wodurch aber die Herren Erzbischöfe und das Reich nicht gehindert werden, ihre Rechte gegen den römischen Stuhl zu verfolgen und den Umständen und Gutfinden nach auszuführen« . . . 1789 Dec. 6

---

386. Immediat-Bericht des Etats-Minister Hertzberg. Berlin 1789 December 9. Dec. 9

R. 96. 147. D. Mundum.

Der Papst wird dem Kurfürsten von Köln nicht den Dispens geben, um Coadjutor von Lüttich zu werden. Antwort des Papstes an die Erzbischöfe.

»Ayant écrit au résident Ciofani à Rome, qu'il tâche d'empêcher, que le pape ne donne à l'électeur de Cologne la dispense pour la coadjutorie de Liége, il vient de marquer dans le rapport ci-joint[1]), que le pape l'avait assuré, que, reconnaissant combien ses intérêts étaient unis à ceux de V. M., il se garderait bien de favoriser les vues d'agrandissement de la maison d'Autriche.[2])

»Le pape doit aussi avoir à la fin répondu à la lettre des archevêques d'Allemagne sur l'affaire des nonciatures, et on promet au comte de Guiccioli de lui en envoyer une copie, pour la présenter à V. M., mais il ne l'a pas reçue jusqu'ici.«

1) Rom 14. November (R. 11. 24): »Il [der Papst] m'assure: que, lorsqu'il fut à Vienne[1]), il avait été déjà prévenu sur l'article connu; que l'empereur l'assura de son côté, que l'électeur son frère n'avait pas d'autres vues; et que la cour de Rome se garderait bien de seconder des projets d'agrandissement. Sensible que les intérêts du St.-Siége combinent si bien avec ceux de S. M., le pape attrapera toutes les occasions possibles, pour en mériter de plus en plus la confiance et la satisfaction.« Nov. 14

2) Der Kurfürst von Köln war der Bruder des Kaisers.

1) Im Jahre 1782.

1789 Dec. 18 **387. Königlicher Erlass an den Grafen Brühl, Gesandten am kurpfälzisch-baierischen Hofe.** Berlin 1789 December 18.

R. 11. 33. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Der Papst hält seine Antwort an die Erzbischöfe vor Preussen geheim.

»Je vois avec surprise par votre rescrit du 6. de décembre, que le nonce du pape continue à vous faire un secret de la lettre du pape aux archevêques, pendant que je devais naturellement être un des premiers à en recevoir la communication. Le chargé d'affaires du pape, qui est ici[1], ne l'a aussi pas encore reçue, à sa propre surprise. On m'écrit de Vienne, que l'empereur avait reçu une lettre du pape avec une déduction sur l'affaire des nonciatures, qu'on regardait comme offensante pour l'empereur et pour l'Empire et qu'il faudrait ressentir. Les gazettes même en font déjà mention comme d'un écrit volumineux.«

Dec. 24 **388. Immediat-Bericht der Etats-Minister Dörnberg und Woellner.** Berlin 1789 December 24.

R. 96. Mundum.

Die Schulen zu Suttrup in Lingen.

Bezugnahme auf den Bericht vom 28. und den Cabinets-Befehl vom 30. September. »So einleuchtend die in der allerhöchsten Cabinets-Resolution vorgefallene Verwechselung des katholischen mit dem evangelischen Schullehrer in die Augen fällt, indem, wie das General-Directorium auch anerkennet, nicht von dem Unterhalt des katholischen Schulmeisters, dessen sich die katholische Gemeinde zu Suttrup[2]) noch nie geweigert hat, sondern nur von Entschädigung des evangelischen Schullehrers die Rede gewesen, welcher, wenn ihm das Schulgeld von den katholischen Kindern entzogen wird, schlechterdings nicht bestehen kann, so finden doch unsere wiederholt geschehene Remonstrationen beim General-Directorio keinen Eingang, welches sich zwar allenfalls zu einer Entschädigung des zeitigen evangelischen Schulhalters zu Suttrup bis zu dessen Abgang, weiter aber nicht, verstehen will.

»Da auf solche Weise die evangelische Schule zu Suttrup ganz würde eingehen müssen und wir nach unsern Amtspflichten solches zu verantworten uns nicht getrauen, so befinden wir uns in der unangenehmen Nothwendigkeit, E. K. M. mit dieser Angelegenheit abermals zu behelligen und um eine allerhöchste Declaration zu bitten, ob nicht unter dem in der ... Cabinets-Ordre vom 30. Septembris d. J. genannten Schullehrer der evangelische Schulhalter zu Suttrup gemeint gewesen und ob der Fonds zu dessen Unterhaltung bloss für die Dienstzeit des jetzigen Schulmeisters oder nicht vielmehr auch für seine Nachfolger, damit die dortige evangelische Schule noch fernerhin bestehen möge, ausgemittelt werden soll.«

---

1) Guiccioli. 2) Hs.: »Sultrup.«

Eigenhändige Rand-Verfügung des Königs: 1789 Dec. 24

»D. G. Directorio dieses zu arangiren mit dem geistlichen Departement.«

Aus dem Berichte der tecklenburg-lingenschen Kammer-Deputation vom 21. Februar 1791 geht hervor, dass die Katholiken sich verpflichteten, dem reformirten Schulmeister jährlich 40 Fl. holländisch als Entschädigung zu zahlen. Am 16. Mai 1791 ertheilte das Geistliche Departement in einem Erlasse an die tecklenburg-lingensche Regierung die Erlaubniss zur Eröffnung der katholischen Schule. 1791 Febr. 21 — Mai 16

---

389. Etats-Minister Hoym an den Decanus Winter zu Mittelwalde. 1789 Dec. 28
Breslau 1789 December 28.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Concept.

Lob seiner Bemühungen um das Schulwesen in Glatz.

»Es ist mir sehr wohl bekannt, dass das katholische Schulwesen in der Grafschaft Glatz unter der Aufsicht des Herrn Decani Winter ausserordentlich verbessert worden, und ich habe mich daher nicht wenig gefreuet, aus des Herrn Decani Bericht vom 12. d. M. ersehen zu können, dass Dieselben schon im Voraus die Absicht des Generalis vom 28. October *c.*[1]) zu erreichen gesucht und gern und willig annoch alles anwenden werden, was für die Zukunft die dortigen katholischen Schulen in den besten Stand setzen kann. Bei einer so thätigen Mitwirkung, als ich schon längst in jeder Erfüllung Dero Amtspflichten bemerkt, wird es dem *p.* Andreae, welcher wohl erst in einigen Monaten dorthin kommen dürfte, sehr leicht werden, alle dienlichen Vorschläge zur bestmöglichsten Instandsetzung der dortigen Schulen aufzufinden, und ich werde meinerseits nicht verfehlen, jeden guten Vorschlag kräftigst zu unterstützen und auszuführen« . . .

---

390. Bericht des Weihbischofs Rothkirch von Breslau an das schlesische Finanz-Ministerium. Dom Breslau 1789 December 31. Dec. 31

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Mundum.

Schulwesen.

Antwortet auf den Erlass vom 28. October wegen der Schul-Seminarien: »dass, da zeithero niemals über die Kenntniss der in gedachten Seminariis unterrichteten Schulmeister bei mir Beschwerde eingegangen, es dahero sich beweise, dass selbe zum Unterricht der Kinder hinlängliche Belehrung erhalten haben« . . .

---

1) Vgl. S. 452.

1790 Jan. 2 **391. Bericht des bischöflichen General-Vicariat-Amtes an das schlesische Finanz-Ministerium.** Breslau 1790 Januar 2.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Mundum, gezeichnet von Rothkirch, Strachwitz, Troilo, Schneider.

Revision der katholischen Schulen durch Kriegsrath Andreae.

»Anlangend die in dem allegirten . . . Rescript vom *28. Octobris pr.* uns anbefohlene Instruction der Schulen-Inspectoren, Erzpriester und Pfarrern, dem von E. K. M. zur Revision der katholischen Schulen und Bewirkung eines für die Schullehrer zureichenden Gehalts . . . autorisirten Kriegs- und Domainen-Rath Andreae beizustehen und bei diesem Geschäfte gemeinschaftlich zu Werke zu gehen, so musste zwar diese Instruction bei denen vorzüglich in dem Monat November allzu häufig vorkommenden Kanzlei-Expeditionen, wo besonders die mühsame Ausarbeitung und Einsendung der mannigfaltigen Tabellen vom ganzen Lande an E. K. M. Ober-Amts-Regierungen fixiret ist und weil man überdies nicht vermuthet, dass Andreae sogleich mit der Revision vorgehen dürfte, etwas ausgesetzet werden; indessen ist diese Instruction bereits unter'm *7. Decembris pr.* an die Archidiaconos und bischöfliche Commissarios ausgefertiget und abgesendet worden« . . .

Jan. 4 **Bernhardiner-Provincial Smukalski an das Geistliche Departement, s. unter dem 25. Februar.**

Jan. 8 **392.[1] Bericht der »pommerschen und camminschen Regierung«.** Stettin 1790 Januar 8.

R. 30. 164. B. Mundum, gezeichnet von Eberhard Julius v. Massow, Georg Friedrich v. Eickstedt, Christof George Friedrich v. Bismark, Immanuel Gottfried Jordan, Andreas Kretschmer, Johann Benjamin Caps, Johann Friedrich Albinus, Christian Samuel Schiffmann, Christian Friedrich Röbe, Immanuel Gottlieb Wigand.

Ehescheidung von Katholiken.

»Ein bei der Accise-Casse einer Stadt hiesiger Provinz angestellter Visitator, der bis zum Jahr 1785 vor Antritt dieser seiner Versorgung in Berlin als Unter-Officier in Garnison gestanden und der römisch-katholischen Religion zugethan ist, hat wider seine Ehefrau, die sich ebenfalls zu der katholischen Religion bekennet und in Berlin zurückgeblieben, die Scheidungsklage wegen Ehebruch erhoben.

»Wir haben hierauf zwar die Stadt-Gerichte zu Berlin requiriret, mit Zuziehung eines katholischen Geistlichen die Ehefrau dahin zu bewegen, dass sie sich zu ihrem Ehemann begäbe, und die Parten dabei belehret, dass nach den Grundsätzen ihrer Religion das Band der Ehe doch nie gehoben, sondern bloss Trennung von Tisch und Bett Statt finden könne.

»Die Frau hat sich aber nicht zur Rückkehr bewegen lassen, sondern bestehet, ebenso wie ihr Ehemann, auf die Scheidung.

---

1) Beantwortet am 22. Januar.

»Wenn uns nun gleich nach dem *Cod. Pomeran.*[1]) *P. 3 Tit. 2 § 8* ohne besondere Einschränkungen die Entscheidung in Ehesachen beigeleget ist, so finden wir doch bedenklich, uns gerade zu der fernern Einleitung dieser Sache zu unterziehen, da, wie vorgedacht, beide Parteien katholisch sind und die Ehe nach den Grundsätzen ihrer Religion zu den Sacramenten gehört, solchem nach eine dergleichen ganz geistliche Sache nur von geistlichen Richtern zu entscheiden sein dürfte. Solches scheint auch durch die Instruction für die Westpreussische Regierung vom 21. Septembris 1773 § 4 No. 10[2]) bestärkt zu werden, als nach welcher die Ehescheidungs-Sachen der geistlichen katholischen Gerichtsbarkeit vorbehalten bleiben und nach dem § 13 Lit. g[3]) von den katholischen dazu bestellten Vorgesetzten und Gerichten nach den Grundsätzen ihrer Religion entschieden werden sollten. 1790 Jan. 8

»Wir fragen demnach hierdurch . . . an, ob die Einleitung und Entscheidung der Ehesachen, wenn beide Eheleute katholisch sind, auch von uns geschehen könne oder wir vielmehr selbige an ein katholisches geistliches Gericht, und an welches, verweisen sollen, da in hiesiger Provinz kein solches Gericht vorhanden.«

---

393. Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Departement und Franz Egon v. Fürstenberg, Fürst-Bischof von Paderborn. 1790.

Lingen Eccles. Abschrift.

Die Berufung der lingenschen Missionare. Der Bischof von Paderborn will mit Lingen nichts mehr zu schaffen haben.

Das Auswärtige Departement. Berlin Januar 13. Jan. 13

Das Original war gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Bezugnahme auf das Schreiben des Bischofs von Paderborn vom 30. Juli 1788.

»Nach der Verfassung müssen der Regierung der Grafschaft drei Subjecte von den erforderlichen Eigenschaften und Fähigkeiten vorgeschlagen werden. Sie wählet und genehmiget den, in dessen Gesinnung sie das vorzüglichste Vertrauen setzen kann. Diesen meldet solche entweder selbst oder durch den Erzpriester E. Fürstl. Gn., um ihm nach der Prüfung seiner Kenntnisse die geistliche Gewalt zu ertheilen. Nach Anzeige der Regierung verlangen aber bei der ersten Ereigniss des Falles, da der Missionarius Schligter zu Mettingen gestorben, E. Fürstl. Gn., dass Denselben mehrere Candidaten zur Prüfung vorgestellet werden sollen, worunter Dieselben einen ausersehen, wählen und zum Missionar bestellen wollen. Hochdieselben werden von Selbst erleuchtet ermessen, dass des Königs . . . Maj. ein solches Ernennungs- und Vergebungs-Recht in dieser Dero Diöcesan-

1) *Project eines Codicis Fridericiani Pomeranici vom 6. Juli 1747. Stettin 1747.*
2) Band 4, 544. 3) Band 4, 549.

1790 Jan. 13 Gewalt gar nicht unterworfenen Grafschaft nachzugeben nicht vermögen und dass, wenn Dieselben Sich nicht pünktlich an die erwähnte Abrede und Verfassung zu binden gemeinet sein sollten, die freiwillige Requisition von selbst aufhören und die erforderliche Gewalt für die Missionarien anderswo gesuchet werden müsste. Wir erbitten uns von Denselben hierüber eine bestimmte und beruhigende Erklärung« . . .

Jan. 27 Der Bischof von Paderborn. Hildesheim Januar 27.

. . . »Wie Wir nun keinesweges die Absicht gehabt, auf die eben beschriebene Art Uns die Bestellung eines Missionärs daselbst anzumaassen, sondern vielmehr ganz gern und willig von Anfang an anerkannt haben und noch anerkennen, dass die Grafschaft Lingen auf keine Art der Paderbörnischen Diöcesan-Gewalt unterworfen sei, so scheinen Wir von der Regierung zu Lingen ganz missverstanden zu sein, da Wir bei dem Absterben des Missionärs Schligter zu Mettingen auf Begehren der katholischen Einwohner daselbst, als welche das Recht zu haben glaubten, ihren Missionar selbst zu wählen, zu ihren Gunsten durch Unser Paderbornisches geistliches Vicariat ein blosses Fürwort bei erwähnter Regierung einlegen liessen.

»Als Ihro K. M. in dem Jahre 1788 Unsern damals schon sehr kränklichen Herrn Vorfahr an der Regierung die geistliche Aufsicht über die Lingensche katholische Unterthanen zu übernehmen gesonnen, so waren Wir Namens Unsers Herren Vorfahr sehr bereit, dem höchsten Willen von Ihro K. M. hierin gefällig zu sein [1]), ob Wir gleich damals schon vorsahen, dass diese Aufsicht Uns und Unserm Vicariate zu Paderborn wegen der Entfernung der Grafschaft Lingen sehr beschwerlich werden dürfte. Indem aber jetzt E. E. Uns zu eröffnen belieben, dass Dieselben geneigt sein, Uns künftighin mit dieser bischöflichen Obsorge zu verschonen und die dasige Unterthanen an einen andern Bischof anzuweisen, so nehmen Wir diese Uns von denen Herren gethane Eröffnung mit vielen Dank und um so lieber an, als Wir durch die bisherige Erfahrung jetzt völlig überzeugt worden sind, dass es Uns und Unserm Vicariate zu Paderborn beinahe unmöglich werden würde, diese Aufsicht über die so weit entfernte und Uns daher ganz unbekannte Geistlichkeit auf die gehörige Art auszuüben. Wir haben daher mit der heutigen Post Unserm Vicariate zu Paderborn und auch der katholischen Geistlichkeit der Grafschaft Lingen, damit letztere sogleich erfahre, dass sie sich in Betreff der dasigen geistlichen Angelegenheiten künftighin an Uns oder Unser Vicariat zu Paderborn nicht mehr zu wenden habe, hiervon bereits die nöthige Nachricht gegeben.«

1) S. No. 212.

394. Ministerial-Erlass an das bischöfliche General-Vicariat-Amt zu Breslau. Breslau 1790 Januar 14. 1790 Jan. 14

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Concept, gezeichnet von Hoym.

Scharfer Verweis wegen ungenügender Berichterstattung über die Schulmeister-Seminare. Befehl, besser zu berichten.

»Die an Unser schlesisches Finanz-Ministerium von Euch unterm 31. v. und 2. d. M. wegen der Schul-Seminarien erstatteten Berichte enthalten gar nichts von der wahren Beschaffenheit ihres Zustandes. Ihr sagt in solchen, dass seit Einrichtung dieser Seminarien keine Beschwerden und Veränderungen dabei entstanden und dass Ihr folglich mit Grunde annehmen könntet, dass selbige sich bei der im Schulen-Reglement vorgeschriebenen Einrichtung bishero erhalten hätten.

»Ihr solltet Euch schämen, in einer so wichtigen und besonders zu Euren Amtspflichten mit gehörenden, zum wahren Wohl Eurer katholischen Glaubens-Genossen gereichenden Sache, als die Verbesserung des Schulwesens betrifft, nicht schon von selbst alle Eure Thätigkeit aufgeboten zu haben. Um so unverantwortlicher bleibt es daher, wenn Ihr, nachdem Ihr von Unserer allerhöchsten Willensmeinung bei Beförderung der oberschlesischen Aufklärung und Verbesserung der sämmtlichen Schulen genau informirt worden, kein Bedenken findet[1]), nicht nur die Euch anbefohlene Berichtserstattung an Unser Ministerium Monate lang zu verschleppen und die Notificatoria der verfügten Schulen-Visitation aufzuhalten, sondern auch nunmehro die ganze Beschreibung der Seminarien-Verfassung durch zwei leere Berichte abzufertigen. Nothwendig müsst Ihr Euch doch überzeugen können, dass eine Schulen-Verbesserung ohne taugliche Lehrer nicht gedacht werden kann und dass es daher bei einer diesfälligen Reform vorzüglich mit darauf ankommt, zu wissen, ob diejenigen Seminaria, worinnen die Schulmeister gebildet werden, auch in einem solchen guten Zustande sich befinden, dass selbige etwas lernen und die rechte Methode haben, um ihren Schulkindern sodann die nöthigen Kenntnisse beizubringen. Es ist Uns daher auch unbegreiflich, dass Ihr, da Wir Euch doch keinesweges in Eurer katholischen Religion beirren wollen, sondern Eure Glaubens-Genossen nur des grossen Glücks eines guten Schul-Unterrichts theilhaftig zu machen wünschen, dennoch Euererseits auch nicht die mindeste hülfreiche Hand bietet, sondern Euch durch Uns sehr unangenehme Zurechtweisungen erst dahin bringen lasset, Unsern allerhöchsten landesväterlichen Absichten gemäss zu handeln.

»Wir wollen Euch daher auch in Hoffnung, dass Ihr vielleicht den Sinn Unseres Rescripts vom 28. October *pr.* noch nicht genau erörtert haben möget, hiermit nochmals anweisen, binnen 4 Wochen eine genaue und umständliche Beschreibung von sämmtlichen unter Euch stehenden

1) Correctur von Hoym. Ursprünglich stand da: »Euch erdreisten könnet.«

1790 Jan. 14 Seminarien an Unser Etats-Ministerium einzureichen, worinnen sowohl die zeitherige Entstehung derselben als deren Fonds zur Unterhaltung, die Zahl der Lehrer, nebst ihren Gehalten und Accidentien, ingleichen die Zahl der gewöhnlich dort zugezogenen Schulmeister nebst der Art und Weise ihres Unterrichts als auch die etwa vorkommenden Vorschläge und Bemerkungen zur innern Verbesserung der Seminarien enthalten sein müssen. Solltet Ihr binnen gedachten 4 Wochen *a die receptionis* nicht wenigstens eine vollständige Beschreibung des hiesigen Seminarii in erwähnter Art eingereichet haben, so werdet Ihr *eo ipso* in eine Strafe von 100 Ducaten verfallen sein, und Unser Etats-Ministerium wird sodann Unserer allerhöchsten Person von Eurem Betragen[1]) Bericht zu erstatten sich genöthiget sehen, zumal demselben viele katholische Dorf-Schulen schon beiläufig bekannt worden, welche in der elendesten[2]) Verfassung sich befinden und auch des *p.* Andreae Bericht über den Befund des katholischen Schulwesens im Amte Oppeln solches höchst elend schildert, folglich schon hierdurch hinlänglich dargethan bleibt, dass, wenn auch gleich keine Klagen über die Schulmeister bei Euch eingegangen, doch wenigstens die Land-Schulen gar nicht in derjenigen Verfassung sich befinden, die sie nach Unserer allerhöchsten Willensmeinung haben sollen« . . .

Jan. 19 **395. Note des kurmainzischen ersten Staats- und Conferenz-Ministers Lothar Franz Michael Freiherrn von und zu Ehrthal für den preussischen Gesandten Land-Jägermeister Stein.** Mainz 1790 Januar 19.

R. 10. 79. Mundum.

Brandenburgs Abstimmung am Reichstage in der Nuntiatur-Sache. Die Antwort des Papstes.

»S. Kurf. Gn. zu Mainz hatten ab der Ihro vorgelegten Ministerial-Erklärung vom 13. des verflossenen Monats December die Ihren Wünschen und Anträgen völlig entsprechende Entschliessung, nach welcher S. K. M. von Preussen Ihre kur- und fürstliche Stimmen über das Nuntiatur-Geschäft am Reichstage abzulegen geruhen wollen, mit lebhafter, aufrichtiger Dankempfindung zu vernehmen.

»Sie erkennen und verehren diese Entschliessung als einen neuen höchst schätzbaren Beweis, wie angelegen es Sr. K. M. sei, das deutsche National-Ansehen und die hierauf sowohl als auf ausdrückliche Verträge und Concilien gegründeten Freiheiten der deutschen Nation auch selbst in den katholischen Kirchen-Angelegenheiten wirksam behaupten zu helfen.

»Nichts konnte den günstigen Fortgang eines so wesentlichen National-Geschäftes verlässiger befördern als das Beispiel eines für die allgemeine Wohlfahrt so vorzüglich beeiferten mächtigen Reichs-Standes. Der Eindruck,

---

1) Correctur von Hoym; ursprünglich: »Widersetzlichkeit.«

2) Correctur von Hoym; ursprünglich: »schlechtesten.«

den ein solches Beispiel nicht verfehlen kann, wird zuversichtlich und zumal alsdann zur Herstellung der katholischen National-Rechte den entscheidenden Ausschlag geben, wenn es Sr. K. M. in der Völle Ihrer patriotischen Gesinnungen noch gefällig sein wollte, durch Ihre vollgiltige Verwendung bei andern der A. C. zugethanen oder sonst mit Ihro im Vertrauen stehenden weltlichen Ständen durch Ihre Comitial-Gesandtschaft zu Regensburg die nämliche Sprachführung zu veranlassen. 1790 Jan. 19

»Da die immittels erfolgte päpstliche Antwort an die deutschen Erzbischöfe vermög der am Ende enthaltenen auszugsweis hier beifolgenden Erklärung[1]) ohnehin alle gütliche Unterhandlung zwischen Sr. Päpstl. Heiligkeit und den deutschen Erzbischöfen schlechterdings von der Hand weiset, so sind und bleiben des Königs Maj. sowohl als S. K. Gn. hierdurch derjenigen Verbindlichkeiten gänzlich entlediget, die sie kraft der an den Marquis von Luchesini ausgestellten Vollmacht[2]) so wohlmeinend übernommen hatten« . . .

---

396. Erlass des Justiz-Departements an die pommersche Regierung. Jan. 22
Berlin 1790 Januar 22.

R. 30. 164. B. Concept, gezeichnet von dem Etats-Minister Eberhard Friedrich Christof Ludwig Frhr. v. d. Reck. Gedruckt im *Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium* 8, 2855.

Ehescheidung von Katholiken.

»Auf Eure Anfrage vom 8. d. M. wegen der Einleitung und Entscheidung der zwischen katholischen Eheleuten entstehenden Ehescheidungs-Processen lassen Wir Euch . . . bescheiden, dass, da in dortiger Provinz kein katholisch geistliches Gericht existiret, Ihr die Ehescheidungs-Sachen zwischen katholischen Religions-Verwandten rechtlich einzuleiten und zu entscheiden habt.«

Das Geistliche Departement an das Auswärtige Departement, s. unter dem 20. October 1789. Jan. 22 u. Febr. 12

Der Bischof von Paderborn an das Auswärtige Departement, s. unter dem 13. Januar 1790. Jan. 27

---

1) Enthält den Schluss der *Responsio Pii VI.* von den Worten ab: *Si erroribus inducti* (S. 569 der Florentiner Ausgabe von 1790). Vgl. unter dem 12. April.

2) Vgl. No. 67 und die Nachträge unter dem 14. Mai 1787.

1790 **397.[1]) Schriftwechsel zwischen dem Glogauischen Ober-Consistorium und dem Geistlichen Departement.** 1790.

R. 46. B. 309.

Katholische Kinder dürfen evangelische Schulen besuchen.

Febr. 15 Das Ober-Consistorium. Glogau Februar 15.

Mundum, gezeichnet von Cocceji, Winckler, Harsleben, Lucanus, Schwarzenberger, Doerfer, Karl Friedrich Fülleborn, Johann Christian Ludovici, Johann Ludwig Meckel v. Hembach. Vgl. Band 4, 578.

Bezugnahme auf den 3. 4. und 5. Paragraphen des Reglements vom 8. August 1750.[2])

»Nachdem wir nun aus denen zuletzt bei uns eingegangenen Berichten von Beschaffenheit der evangelischen Gemeinen Schulen des Wohlauschen Kreises wahrgenommen, dass diese Schulen von verschiedenen Kindern, welche nach obigen gesetzlichen Grundsätzen in die katholische Schule gehören, besucht werden, so haben wir dem Superintendenten des erwähnten Kreises aufgegeben, dass er solche in die letztre weisen solle. Derselbe hat nun aber darauf angezeigt, wie die katholischen Eltern dieser Kinder wegen der Entfernung der katholischen Schulen von ihren Wohnörtern, welche bei einigen $^1/_4$, bei andern $^1/_2$ und noch bei andern $^3/_4$ Meilen beträgt, selbst darum gebeten, dass ihre Kinder in die evangelische Schulen aufgenommen werden möchten und dass die vorgesetzten Prediger dies den Schulhaltern, jedoch bloss zu dem Ende nachgegeben, um dergleichen Kinder im Buchstabiren, Lesen, Schreiben, Rechnen, nicht aber in der evangelischen Religion zu unterweisen. Zugleich will er von uns beschieden sein, ob es hiebei bleiben oder ob er schlechterdings besagte Kinder aus den evangelischen Schulen weisen solle. Nun scheinet es wohl, dass es dabei unter denen angeführten Umständen belassen werden könne, indem ansonst dergleichen Kinder, wenn sie die am Orte befindliche evangelische Schule nicht besuchen dürfen und die auswärtige katholische wegen ihrer Entfernung entweder gar nicht oder nicht fleissig genug besuchen können, nothwendig in Unwissenheit aufwachsen oder doch in ihren Kenntnissen zurückbleiben müssen. Andrerseits ist aber zu erwägen, wie es kaum zu vermeiden, dass sie nicht bei dem Besuch der evangelischen Schulen an dem Religions-Unterricht, welcher darinnen ertheilt wird und einen grossen Theil der Schul-Stunden ausfüllet, mehr oder weniger Antheil nehmen sollten, und wie es ganz natürlich, dass sie dagegen in der Kenntniss ihrer eigenen Religion, weil sie die Schulen, worinnen solche vorgetragen wird, nicht frequentiren, keine Fortschritte machen können.«

Frägt, »ob katholische Kinder auf besonderes Verlangen ihrer katholischen Eltern an Orten, wo keine katholische Schulen befindlich und die

1) Vgl. *Stylo, Provincial-Recht von Nieder-Schlesien (Breslau 1830)* S. 538.
2) Band 3, 281.

auswärtigen zu entlegen sind, in evangelische Schulen zum Unterricht im Buchstabiren, Lesen, Schreiben und Rechnen aufgenommen und ob auch evangelische Kinder in katholische Schulen bei gleichen Verhältnissen recipirt werden können.« 1790 Febr. 15

Das Geistliche Departement. Berlin März 5. März 5

Concept, gezeichnet von Scholz.

Erklärt, »dass bei den darin von Euch angezeigten Umständen die katholischen Kinder allerdings in evangelischen Schulen zum Schul-Unterricht admittiret werden müssen« . . .

---

398. Ministerial-Erlass an das bischöfliche General-Vicariat-Amt zu Breslau. Breslau 1790 Februar 22. Febr. 22

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Concept, gezeichnet von Hoym.

Die Schulmeister-Seminare.

»Der Bericht, welchen Ihr unter'm 8. d. M. wegen der Beschaffenheit der schlesischen Schulmeister-Seminarien an Uns erstattet habt[1]), hat Uns zwar nunmehro von der jetzigen Lage derselben informirt. Da Wir aber glauben, dass in Rücksicht ihrer Verbesserung nach Unserer allerhöchsten Absicht noch verschiedenes Gute bewirkt werden kann, welches bei der veranlassten speciellen Revision des katholischen und evangelischen Aemter-Schulen-Wesens am besten abstrahirt werden kann, und Wir ebenfalls Unserm Kriegs- und Domainen-Rathe Andreae den Auftrag gemacht, sämmtliche Schulmeister-Seminarien zu revidiren und Uns von den befundenen Local-Umständen Bericht zu erstatten: so fügen Wir Euch solches in Gnaden zu wissen, um Euerseits die Directores derer Seminarien zu instruiren, dass sie dieser Revision mit beiwohnen und dem Andreae alle diesfälligen Data suppeditiren« . . .

399.[2]) Das Auswärtige Departement an das Geistliche Departement. Berlin 1790 Februar 25. Febr. 25

R. 7. B. 24. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Hertzberg. Anweisung zum Concept von Steck.

Die Verbindung westpreussischer Klöster mit den polnischen Ordens-Provinzen kann zugelassen, aber jede Versetzung muss der Regierung angezeigt werden.

. . . »Es ist mit uns wegen der Verfügung vom 13. und 16. Mai 1774 in dieser Angelegenheit nicht communiciret worden. Das Beispiel der ähn-

---

1) Liegt nicht vor.

2) S. unter dem 20. October 1789. Inzwischen hatte der Bernhardiner-Provincial Aegidius Smukalski das Geistliche Departement gebeten (Bromberg 4. Januar 1790), die Verbindung mit den polnischen Klöstern seines Ordens bestehen zu lassen.

1790 Febr. 25 lichen Verfügung in Schlesien und derselben Motiven passen auf Westpreussen nicht . . ., selbst schlesische Klöster sind nach Dero Schreiben vom 28. November 1774 nicht alle aus der Verbindung gesetzt . . .

»Die Versetzungen der Geistlichen und Mönche aus einem Kloster in das andere gehören wesentlich zur Kloster-Disciplin und zur Gewalt der Provincialen. Es lässt sich dabei wenig Bedenkliches und keine erhebliche Besorgniss, zumal bei den Bettel-Orden, gedenken, und alle Inconvenienz kann vermieden werden, wenn die Versetzung und ihre Beweggründe der Regierung angezeiget werden müssen. Die Mendicanten-Klöster in Westpreussen ganz der polnischen Provinz zu entziehen und ganz ausser Verbindung mit den polnischen Klöstern zu setzen, würde die von dem Provincial und der Regierung detaillirten Unzuträglichkeiten nach sich ziehen, Geschrei verursachen und die Autorität und Intervention des Papsts erfordern, auch keinen Nutzen gewähren, und der im Tractat mit Polen vom 18. September 1773[1]) Art. VIII gesicherten Aufrechterhaltung der ganzen katholischen kirchlichen Verfassung unsers Ermessens ebenso zuwider sein, als wenn man Westpreussen den polnischen Diöcesen entziehen wollte. Der Kaiser hat seine Erbländer aller auswärtigen Diöcesan-Gewalt und aller Aufsicht der Ordens-Obern ausser seinen Staaten entzogen. Welche Bewegungen und Erschütterungen aber ein so willkürliches Verfahren erreget hat, ist bekannt.

»Wenn man also obangezogene Verfügung von 1774 jetzo auch nicht aufheben will, so sind wir doch der Meinung, dass man, zumal in gegenwärtigem Zeitpunkt, auf deren Vollziehung nicht bestehen, vielmehr der bisherigen Verbindung der *quaest.* Klöster mit der polnischen Provinz und der Ausübung der Gewalt ihrer Obern, insofern solche in den Schranken der Klosterzucht bleibet, *connivendo* nachsehen, die Untersuchungen wegen Versetzung eines oder des andern Religiösen und alle Strafe niederschlagen, vorjetzo aber sich darauf einschränken müsse, den Klöstern einzuschärfen, dass sie jede Versetzung vor der Vollziehung, auch deren Motiven der Regierung anzeigen sollen.«

März 12 In diesem Sinne am 12. März Erlass des Geistlichen Departements an die westpreussische Regierung (Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Scholz).

März 16 **400.[2]) Erlass des Ober-Schul-Collegiums an die westpreussische Regierung.** Berlin 1790 März 16.

R. 76. I. 214. Concept, geschrieben von Schröder, gezeichnet von Woellner und Meierotto.

Bestätigung eines katholischen Schulmeisters.

»So unvollkommen auch die Versuche des . . . von Euch zur katholischen Schulstelle in Gora in Vorschlag gebrachten v. Jakubowski sein

1) Band 4, 540. 2) Als Probe mitgetheilt.

dürften, seinen Untergebenen das Latein des öffentlichen Gottesdienstes bekannt zu machen und überhaupt ganz zweckmässigen Unterricht zu geben, so wollen Wir doch denselben in dieser Qualität hierdurch approbiren, weil Wir, nach seinem teutschen Aufsatze zu urtheilen, dafür halten, dass er einer bessern Ausbildung fähig und guten Instructionen zu folgen im Stande sei, als womit Ihr ihn zu versehen haben werdet.« 1790 März 16

---

401. Das ostpreussische Etats-Ministerium an das Geistliche Departement. Königsberg 1790 März 29. März 29

R. 7. C. 25. A. Abschrift.

Visitation des päpstlichen Collegiums zu Braunsberg.

»Es haben E. K. M. . . . bei Gelegenheit der von dem päpstlichen Nuntio zu Warschau veranlasst werden wollenden Visitation des päpstlichen Collegii zu Braunsberg unsern . . . Bericht, wie es sonsten damit gehalten worden, unter Beifügung unsers Gutachtens . . . zu erfordern geruhet.

»Wir haben indessen, da die Acten unsers Geheimen Archivs hievon nichts besagen, theils von der westpreussischen Regierung, zu deren Departement Braunsberg gleich anfangs nach der Besitznehmung des Ermlandes ressortirte, theils von dem Fürsten Bischofe die nöthigen Nachrichten erfordert und ermangeln nicht, solche . . . zu überreichen: woraus E. K. M. zu ersehen geruhen wollen, dass sonsten in älteren Zeiten die Visitation des gedachten Collegii durch die Domherrn, welche von dem päpstlichen Nuntio in Pohlen im Namen des Papstes delegiret worden, abgehalten ist. Seit Höchstdero Besitznehmung ist dagegen noch zur Zeit keine Visitation dieses päpstlichen Collegii gewesen, und wir sind dahero des . . . Dafürhaltens, dass nach dem Antworts-Schreiben der westpreussischen Regierung bei der jetzt bevorstehenden Revision dem zu diesem Geschäfte zu delegirenden geistlichen Commissario *quoad statum externum* ein Justiz-Commissarius nach dem Beispiel der in Westpreussen visitirten geistlichen Stiftungen beigeordnet werden möchte« . . .

402.[1] Bericht der westpreussischen Regierung an das Geistliche Departement. Marienwerder 1790 April 7. April 7

R. 7. B. 24. C. 4. Mundum, gezeichnet von Schleinitz, Meyer, Schmiedeberg, Scheibler, Ziegenhorn, Fincke, Marggraff, Büsching, Gentzkow.

Der König kann die Einkünfte des Abts von Koronowo zum Fonds eines Seminars verwenden. Des Königs Ernennungs-Recht und der Mönche Wahl-Recht bei den Abteien. Die Schul-Commission.

»Auf E. K. M. . . . Rescript[2]) wegen der Zulässigkeit der Verwendung der Revenuen des Abts zu Coronowo zu dem Fonds eines Seminarii zu

1) Vgl. unter dem 3. Mai. 2) Vgl. No. 160.

1790 April 7 berichten, zeigen wir hierdurch . . . an, dass wir sowohl bei Gelegenheit der von dem Propst Bochenski sich erbetenen Coadjuterie dieser Abtei[1]) als in einem besondern Bericht unsere . . . Meinung schon dahin geäussert haben, dass wir E. K. M. allerdings dahin berechtiget halten, die Stelle eines Abtes jemanden *in commendam* zu conferiren. So viel ehr würde die Verwendung dieser Revenuen unsers . . . Dafürhaltens also zu einem so gemeinnützigen Zweck als die Verbesserung des katholischen Lehr-Standes geschehen können.

»Es ist wahr, es sind von je her über den eigentlichen Umfang des *iuris patronatus*, wozu die Conferirung der Abteien mit gehörte, zwischen den Königen von Pohlen und dem päpstlichen Stuhl Streitigkeiten gewesen. Indess waren die Stände von Pohlen über das Verfahren des Papsts und der Klöster, welche die von dem Könige ernannte Äbte nicht annahmen und dagegen die von den Päpsten genehmigte zum Genuss der Einkünfte gestatteten, im Jahr 1699 äusserst aufgebracht und setzten fest, dass die Güter der Abteien so lange von königlichen Commissarien administrirt werden sollten, bis der Papst die vom Könige ernannte Äbte bestätigte, und dass die ohne des Königes Nomination erwählte von dem Besitz abgehalten werden sollten. *Zalusc. Epist. Tom. II*[2]) *p. 782.* Zugleich wurde festgesetzt, dass nach dem Reichstage sogleich ohne allen Aufschub die Gesetze wegen des *iuris patronatus* in Ausübung gebracht werden sollten. *Const. de anno 1699*[3]) *Tit. ius patronatus.* Die Streitigkeiten dauerten unter dem Könige August II. wegen der Abteien noch immer fort, und es wurde daher auf dem Reichstage von 1726 nicht nur der Woiwode von Lublin, Johann Tarlo, als Gesandter nach Rom ernannt, um bei dem päpstlichen Stuhl auszuwirken, dass die königliche Gewalt bei Ernennung der Abteien durch den Übermuth der Mönche nicht geschmälert würde, sondern in der Constitution von diesem Jahre zugleich verordnet, *ne cuipiam abbatias aliaque beneficia ecclesiastica absque nominatione regis adire liceret*, mit dem Zusatz: *quod si quis contraveniens eiusmodi statuto beneficiis se intrudere eaque usurpare auderet, ministri Status et exercituum duces generales etiam armata manu leges contra usurpatores iuris patronatus latas ad executionem perducerent et facta factis opponendo tam personam usurpatoris quam bona usurpata sequestrari curarent.*

»Im Jahr 1736 wurden bei der Thronbesteigung August III. indess verschiedene von dem Papst ohne königliche Nomination bestätigte Äbte

---

1) Vgl. No. 142.

2) *Andreae Chrysostomi Zaluski, episcopi Warmiensis, supremi regni Poloniae cancellarii, epistolae historico-familiares. Tomus II. Brunsbergae 1711.*

3) *Prawa konstytucye y przywileie krolestwa polskiego y wielkiego xięstwa litewskiego y wszystkich prowincyi należących na walnych seymiech koronnych od seymu wiślickiego roku pańskiego 1347 aż do ostaniego seymu uchwalone. Vol. VI. 1697—1736. Warschau 1739.*

bei dem damaligen Reichstage beibehalten und dem schon im Jahre 1726 zum Gesandten am päpstlichen Hofe ernannten Woiwoden von Lublin über die königlichen Rechte bei Ernennung der Abteien mit dem päpstlichen Nuntio Camillus Paulucius in Unterhandlung zu treten aufgegeben. Es kam auch wirklich ein Übereinkommen zu Stande, wornach dem Könige eilf namentliche benannte Abteien *in commendam* zu geben gestattet wurde, deren jedesmalige Bestätigung durch eine Bulle der Papst versprach; wogegen in den übrigen Abteien die Wahl den Mönchen verbleiben und die Äbte ihre Bestätigung vom päpstlichen Hofe erhalten sollten. Der König August III. bestätigte diese Convention auch in einer zu Fraustadt im Jahr 1738 gehaltenen Reichs-Versammlung. 1790 April 7

»Unter diesen 11 Abteien, welche in des Lengnich *Jure publico*[1] *Lib. II C. XI § 18* namentlich aufgeführt sind, ist die von Pohlnisch-Crone nun nicht mit begriffen. Es entstanden aber über diese königliche Genehmigung schon damalen Zweifel, da in den Warschauer Tractaten vom Jahr 1717 *his verbis: Prospicient denique, ne senatus consilia ingerant in materias status neque decreta tribunalis regni et M[agni] D[ucatus] Lithuaniae suspendant aut tollant*, schon allgemein festgesetzt war, dass durch solche in den Reichs-Gesetzen nichts geändert werden sollte. *Const. regni 1777 Tit. Tract. Varsav. pag. 241.* Und der jetzige König Stanislaus Augustus behielt sich in seinen *pactis conventis* wieder die Disposition über alle Abteien vermöge seines *iuris patronatus* vor. Lengnich *c. l.* setzt hier hinzu: *tempus docebit, an serenissimus rex omnes abbates nominaturus sit, electione monachorum plane abrogata.* In dem folgenden Reichstage von 1768 wurde indess noch näher verordnet: *quod abbatiae omnes, quorum reditus in mensam commendatariam et claustralem sufficerent, in posterum per commendam conferri deberent.*

»Es würde also, da Pohlen E. K. M. alle seine Rechte, sowohl weltliche als geistliche, übertragen hat, auch wohl kein Bedenken leiden, dass Allerhöchstdenselben die Disposition bei Vergebung der Abteien zustehe und hier nur die Frage übrig bleiben, ob die jetzige Revenuen der Abtei Crone *ad mensam commendatariam et claustralem* hinlänglich. Verringert sind diese Einkünfte nun freilich wohl ansehnlich, indess hat der Abt doch eine besondere Competenz von 911 Rthlr. 55 gr. 9 ₰ zu geniessen, und wenn dem die Administration des Klosters zu übertragendem Prior davon eine kleine Zulage bewilliget würde, so könnte unsers . . . Ermessens das Übrige füglich zum Besten des Seminarii angewandt werden. E. K. M. stellen wir dahero . . . anheim, den Abt v. Chrząstowski dahin zu bescheiden, dass dem Kloster die Wahl des künftigen Abts nicht überlassen werden könne, da der jetzige König von Pohlen sich in den *pactis conventis* die Ernen-

1) *Gotefridi Lengnich Jus publicum regni Poloni. Gedani 1742.*

1790 April 7 nung sämmtlicher Äbte vorbehalten und Allerhöchstdieselben in dessen Rechte nach ihrem ganzen Umfange getreten wären.

»Die Einwilligung des Papstes in die Verwendung der abteilichen Revenuen würde aber um desto leichter zu erhalten sein, da theils der Zweck selbst zum Besten der katholischen Religion gereicht, theils er die Ausfertigung einer Bulle über die an den Grafen v. Hohenzollern *in commendam* ertheilten Abteien Pelplin und Oliva nicht verweigert hat[1]), obgleich diese Sache viel mehreren Schwierigkeiten unterworfen war. In der Constitution vom Jahr 1699, wodurch festgesetzt wurde, dass alle Abteien königlicher Nomination sein sollten, waren nämlich die beiden in Westpreussen belegne Abteien Oliva und Pelplin namentlich ausgenommen, und die Constitution von 1768, wodurch alle Abteien, die hinlängliche Revenuen hatten, vom Könige *in commendam* gegeben werden sollten, war durch keinen *conventum post comitialem*, der zur Gültigkeit eines jeden Gesetzes in Preussen nöthig war, angenommen. Indess machte der päpstliche Hof doch keine Schwierigkeit, die Nomination des Grafen v. Hohenzollern zu bestätigen, und wir hoffen dahero, dass es auch jetzt desto weniger geschehen werde.

»E. K. M. Gnade können wir übrigens nicht umhin, bei dieser Gelegenheit die Etablirung der Schul-Commission[2]) und dadurch die diesen wichtigen Gegenstand betreffende Verfügungen desto schleuniger und zweckmässiger zu besorgen, sobald es die Verhältnisse irgend erlauben, von neuem ... zu empfehlen.«

April 12 **403. Graf Guiccioli, päpstlicher Geschäftsträger, an den Etats-Minister Hertzberg.** Berlin »au Roi de Portugal« 1790 April 12.

B. 10. 79. Eigenhändig.

Die päpstliche Antwort an die Erzbischöfe. Der Papst wünscht eventuell Stampa zum Nachfolger von Ciofani.

»Pour n'abuser de moments précieux, où V. E. S'occupe des plus grandes affaires de l'Europe, je me prends la liberté de Lui envoyer deux copies imprimées à Rome de la réponse du pape aux archevêques[3]), que sans cela je devrais présenter moi-même à V. E.

»Mr. l'abbé Ciofani, résident du roi de Prusse à Rome, est une personne très-agréable au souverain pontife. Mais comme le bruit se répand,

---

1) S. Band 5, 325. 502. 2) Vgl. No. 315.

3) *Responsio Pii VI. P. M. ad metropolitanos Moguntin. Treviren. Colonien. et Salisburgen. super nunciaturis apostolicis.* Vermuthlich war es die zweite römische, auf dem Titel mit *Florentiae 1790* bezeichnete, von den Fehlern des ersten Drucks gereinigte Ausgabe, die Guiccioli überreichte; so würde sich die von den preussischen Ministern gerügte Verspätung der Überreichung erklären. Vgl. *Klüber, Neue Literatur des teutschen Staatsrechts* S. 575; *Pacca, Memorie storiche* p. 116 sq.

que le roi veuille donner un coadjuteur *cum futura successione* au même, je suis autorisé de ma cour à assurer V. E., que le pape serait bien aise, que d'après l'agrément préalable de Mr. l'abbé Ciofani fût nommé à cette coadjutorerie Mr. Angelo Stampa. Comme je suis beaucoup pressé là-dessus, oserais-je prier V. E. de vouloir bien m'honorer d'une réponse ou bien me marquer l'heure, dans laquelle V. E. veut avoir la bonté de me faire part des intentions du roi à cet égard« . . . 1790 April 12

---

404. Das Auswärtige Departement an das Geistliche Departement. April 15
Berlin 1790 April 15.

Lingen Eccles. Mundum, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Der päpstliche Nuntius in Köln soll für Lingen an die Stelle des Bischofs von Paderborn treten.

Nimmt Bezug auf das Schreiben des Bischofs von Paderborn vom 27. Januar.[1])

»Unsers Erachtens wird man sich nunmehro eben so unbedenklich an den nicht weiter entfernten päpstlichen Nuntium zu Cölln wegen der den lingenschen Missionarien zu ertheilenden geistlichen Gewalt wenden können, zumal er dergleichen auch im Meursischen, nicht weniger im Clev-Märkischen und Geldrischen, wo jedoch der Bischof von Ruremonde Diöcesanus ist, verrichtet, ihm auch die in unserm letzten Schreiben an den Bischof zu Paderborn detaillirte Bedingungen zu machen sein werden. Wir lassen ihm solches durch den Geheimen Rath v. Dohm zu erkennen geben.«[2])

---

405. Etats-Minister Woellner an den Kriegsrath J. B. v. Hülles-heim in Minden. April 16
Berlin 1790 April 16.

R. 34. 69. Concept, geschrieben von Sellentin, gezeichnet von Scholz.

Project eines General-Vicars in den westfälischen Provinzen.

»Das Project, für einen einländischen General-Vicarium die geistliche Gewalt über den katholischen Clerum in denen gesammten westphälischen Provincien bei dem Stuhl zu Rom auszuwirken, ist schon mehrmalen in Erwägung gezogen, aber auch aus bewegenden Ursachen jederzeit zurückgelegt worden.[3]) Indessen bin ich E. H. für die in Dero . . . Zuschrift vom 9. dieses mir sehr angenehm gewesene Mittheilung Ihrer Gedanken vielmals verbunden.«

---

1) S. unter dem 13. Januar. 2) Vgl. unter dem 22. Juni.
3) Vgl. die Register der früheren Bände *s. v. Vicariat* und *General-Vicariat*.

1790 April 16 **406. »Resolution[1]) für die dissidentische Einsassen des Domänen-Amts Schöneck und deren Bevollmächtigte George Henning und Jacob Drews zu Schöneck bei Danzig.«** Berlin 1790 April 16.

R. 7. B. 23. A. Concept, gezeichnet von Scholz. Anweisung von demselben.

Über die Entrichtung des Decems an den katholischen Clerus entscheiden die Gerichte.

»S. K. M. u. s. w. lassen den dissidentischen Einsassen des Domänen-Amts Schoeneck auf ihre Vorstellung . . ., worin sie von der Decems-Abgabe an die katholische Geistlichkeit losgesprochen zu werden bitten, hiermit zur Resolution ertheilen, dass es nicht beim Geistlichen Departement stehe, die Entscheidungen der competenten Gerichtshöfe aufzuheben, auch durch Hof-Rescripte der Fortgang einer rechtshängigen Sache nicht gehindert werden könne, folglich das auf Niederschlagung dieses Processes gerichtete Gesuch unstatthaft sei, sondern Supplicanten dasjenige, womit sie die Gründe des ihrer Meinung nach gravirlichen Erkenntnisses entkräften zu können glauben, im Wege Rechtens ausführen und richterliche Entscheidung abwarten müssen.«

---

407. Schriftwechsel zwischen dem Grafen von Hohenzollern, Bischof von Kulm, und dem Etats-Minister Woellner. 1790.

R. 76. I. 61.

Entwurf eines katholischen Katechismus für Westpreussen.

April 23 Hohenzollern. Oliva April 23.

Mundum.

»Die Nothwendigkeit, unserer armen katholischen Jugend in Westpreussen einen christlichen und moralischen Unterricht ohne sondere Kosten zu verschaffen, brachte mich auf den Gedanken, einen kurz abgefassten Kathechism anzufertigen, der die grosse und mithin theuerere Unterrichts-Bücher und die gar zu kleine, bloss dogmatische und nicht hinlänglich moralisch ausgedehnte Catechismos, die bisher eingeführt waren, ersetzen könnte. Da ich nun mit dieser Arbeit fertig geworden, so eile ich, sie der hohen und gnädigen Beurtheilung und Approbation E. E. in der Einlage zu überreichen. Absichtlich habe ich gesucht, die ärmste Classe und die Kinder der Unterthanen des Königes nicht nur christlich, sondern gründlich und moralisch zu machen; ich lehre sie, ihre Pflichten gegen Gott, gegen den Landesherrn, gegen ihren Nächsten und gegen sich selbsten. Diese eingeprägten Grundsätze müssen sie in diesem und jenem Leben glücklich machen. O, wie sehr würde ich es selbst sein, wenn ich auch nur unvollkommen diesen Zweck erreiche; dann habe ich die theuersten Pflichten meines Standes erfüllt, und das fortdauernde gnädige Wohlwollen E. E. ist

---

1) Des Geistlichen Departements.

mir gewiss. Diese Belohnung ist die mächtigste Triebfeder meiner Bemühungen, und diese werden so wenig erkalten als die vollkommenste Hochachtung und ungeheuchelte Freundschaft, mit welcher ich ewig bin E. E. ganz gehorsamst aufrichtiger Diener und Freund 1790 April 23

Charles Hohenzollern.«

Woellner. Berlin Mai 4. Mai 4

Concept, geschrieben von Schröder. Anweisung von Meierotto.

»Ich habe den Entwurf . . . im Ober-Schul-Collegium vorlegen und zu dessen Registratur nehmen lassen und kann E. E. versichern, dass das Collegium darin viel Gutes gefunden hat. Der bekannten Vorsicht und Behutsamkeit E. E. muss ich es aber lediglich überlassen, ob Hochdieselben über die etwan zu versuchende Einführung mit den andern Herren Bischöfen zu communiciren belieben wollen, da ich billig Bedenken tragen muss, mich über ein Religions-Buch der römisch-katholischen Kirche auszulassen.«

---

408. Graf Guiccioli, päpstlicher Geschäftsträger, an (den Etats-Minister Hertzberg). Berlin 1790 April 26. April 26

R. 10. 79. Mundum.

Antwort des Papstes an Kur-Köln in der Nuntiatur-Sache.

»Cest pour m'acquitter des ordres, que j'ai reçus de Rome, que je m'empresse de remettre à V. E. les deux copies imprimées ci-jointes des briefs, que le pape vient d'écrire à l'archevêque[1]) et au chapitre de Cologne[2]), qui peuvent servir d'éclaircissement et de suite à la grande réponse touchant les nonciatures.«

---

409. Bericht des Residenten Ciofani. Rom 1790 Mai 1. Mai 1

R. 11. 24. Entzifferung.

Zwei päpstliche Schreiben.

»Aux insinuations, que j'ai eu l'honneur de faire au cardinal secrétaire d'État des sentiments de V. M. sur les entreprises du nonce de Munic, le même cardinal vient de donner sa réponse avec le billet suivant.«

Beilage I. — Schreiben des Cardinals Franz Xaver de Zelada, Staats-Secretärs der Curie, an den preussischen Residenten Ciofani in Rom. Rom 1790 April 28. April 28

Der Status quo angeblich durch den päpstlichen Nuntius in München, in Wahrheit durch den Kurfürsten von Mainz verletzt. Die preussische Garantie.

»Le cardinal Zelada, secrétaire d'État, proteste sa sincère reconnaissance à l'agréable participation, que le résident Ciofani lui a fait part

---

1) *Sanctissimi domini nostri Pii papae VI. litterae in forma brevis ad archiepiscopum Coloniensem. Romae 1790.* (Vom 24. März.)

2) *Sanctissimi domini nostri Pii papae VI. litterae in forma brevis ad capitulum Coloniense. Romae 1790.* (Vom 27. März.) Auch bei *Planck, Neueste Religions-Geschichte* 2, 487 ff.

1790 April 28 touchant l'article de S. M. Prussienne; mais afin que le pape, à qui il en a fait le rapport, puisse satisfaire aux souhaits de S. M., et afin que les instructions à donner à son nonce sur les affaires en question, soient bien précises et analogues aux désirs de S. M., il en souhaite une explication détaillée et plus distinguée. Cependant le pape ne peut se persuader, que son nonce ait surpassé les bornes de ses instructions, mettant des objets préjudiciables au *status quo*. Il ne résulte pas des dépêches du nonce, qu'il ait pris jamais des engagements contraires au même; mais comme le pape s'est fait une maxime de l'observer inébranlablement, il espère, que la justice du roi, garant du *status quo*, ne permettra point, que demeurent impunies les manifestes violations de la cour de Mayence, qui sont d'ailleurs connues à S. M. et dont on peut en fournir une note à chaque instant, qu'on le voudra. C'est ce que le cardinal Zelada doit signifier au résident comte de Cataneo[1]), à qui il proteste les sentiments les plus distinguées de son respect. Du Vatican, ce 28. avril 1790.«

Beilage II. — »Note à part.«

Die neue Wahl-Capitulation und die Gerichtsbarkeit der Nuntiaturen.

»Le pape vient d'apprendre, qu'à la diète prochaine dans les capitulations impériales on veut introduire un article destructif des jurisdictions des nonciatures d'Allemagne. Le pape ne saurait y ajouter foi, et particulièrement dans la vue du puissant appui, que S. M. en plusieurs occasions a promis de nous prêter. On y joint la considération de la lésion manifeste, qu'on faisait par telle innovation à la constitution de l'Empire, aux concordats avec le St.-Siége, au recez de 1564[2]) et à la paix de Westphalie.«

Mai 3 **410. Das Auswärtige Departement an das Geistliche Departement.** Berlin 1790 Mai 3.

R. 7. B. 24. C. 4. Concept und Mundum. Jenes geschrieben von Steck, gezeichnet von Hertzberg; dieses gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Die Abtei Koronowo darf nicht eingezogen werden, aber der König darf sie in commendam vergeben.

»Wir ermangeln nicht, unter Zurücksendung des uns mitgetheilten Berichts der westpreussischen Regierung[3]) und der Geheimen Canzlei-Acten, die Einziehung der Cistercienser-Abtei zu Coronowo und die künftige freie Wahl eines Abts aus dem Orden *p.* betreffend, auf E. E. . . . Zuschrift vom 23. v. M. unsere Meinung dahin zu äussern, dass weder der eine noch der andere Antrag Statt finden könne.

»Was den ersten Gegenstand betrifft, so kömmt es nicht allein auf die muthmaassliche Leichtigkeit, die päpstliche Genehmigung zu erhalten, sondern

1) Sol Gemeint ist: *Ciofani.*

2) Gemeint ist der Reichs-Abschied von 1654; vgl. S. 299.

3) S. unter dem 7. April.

auch auf die Beobachtung der Tractaten mit der Republik Polen und die Vermeidung alles Anstosses in gegenwärtigen Conjuncturen[1]) an. 1790 Mai 3

»In dem Abtretungs-Tractat vom 18. September 1773 Art. VIII[2]) ist die unveränderte und nie zu beeinträchtigende Religions- und Kirchen-Verfassung, der ungestörte Genuss der Kirchen-Güter und -Einkünfte den Katholischen feierlichst zugesichert, und des Königes Maj. begeben sich sogar aller Rechte der obersten Gewalt darüber, insofern sie zum Nachtheil dieses *status quo* ausgeübet werden könnten.

»Die Einziehung einer nicht unerheblichen Abtei und die Verwendung ihrer Einkünfte zu einer obgleich eben so frommen Bestimmung würde von der polnischen Kirche und Geistlichkeit als eine Brechung des Tractats, als eine Beeinträchtigung des kirchlichen *status quo*, als eine willkürliche Verfügung über Kirchen-Güter und -Gefälle angesehen und ausgeschrieen werden.

»Anlangend den andern Gegenstand, so ist alles, was die Regierung aus den besten polnischen Publicisten von dem königlichen Ernennungs-Rechte zu den Abteien, von dem Wahl-Rechte der Convente, von den Abwechselungen, die sich darin ereignet haben, und von den Concordaten, die darüber mit dem römischen Hofe geschlossen worden sind, anführet, ganz richtig. Es ist aber auch gewiss, dass in dem neuesten Grundgesetze dieses republicanischen Reiches, nämlich dem Wahl-Vertrage oder den *pactis conventis* des jetzigen Königes Stanislai Augusti *de 1764*, § *iura patronatus*, der Krone ihre Vergebungs- und Ernennungs-Rechte zu allen Abteien und Prälaturen ohne Einschränkung und ohne Rücksicht auf den Vertrag mit dem Papst von 1736, der niemals auf einem Reichstage bestätiget worden ist, wiedergegeben und versichert worden ist.

»In dieses Recht sind S. K. M. unstreitig getreten und Höchstdieselben sind also bei sich ereignender Erledigung der Abtei zu Coronowo den Abt zu ernennen und die Abtei *in commendam* an eine Person, die nicht vom Orden und kein Religiose ist, zu vergeben berechtigt. Unseres Ermessens muss also der Abt mit seinem Gesuche, ohne sich in weitere Erörterung und Erklärung einzulassen, abgewiesen werden.«

In diesem Sinne wurde verfahren.

---

411. Ministerial-Erlass an »den Provincial des Ordens der Barmherzigen Brüder, Pater Ezechiel Kayser, zu München.« Breslau 1790 Mai 10. Mai 10

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 42). Concept, gezeichnet von Hoym.

Für dieses Jahr keine Versetzung von Brüdern.

»Da, bei den gegenwärtigen misslichen Aussichten von Krieg oder Frieden und so lange solche dauern, in Absicht der in hiesiger Provinz

1) Vgl. S. 359 Anm. 1. 2) Band 4, 540.

1790 Mai 10 Schlesien subsistirenden Barmherzigen Brüder-Convente eine etwanige Mutation oder Versetzung der Obern oder Brüder von einer Provinz in die andere auf keine Weise gestattet werden kann: so wird dem Provincial des Ordens, Pater Ezechiel Kayser, solches zur Nachricht hierdurch bekannt gemacht, mit dem ernstlichen Bedeuten, bei seiner jetzigen Anwesenheit auf dem zu haltenden General-Capitel zu München seine Maassregeln dergestalt zu nehmen, dass die schlesischen Convente von aller Mutation der Prioren und Brüder für dieses Jahr ausgenommen bleiben. Widrigen Falls und wenn ein anderer Oberer oder Bruder anhero geschickt werden sollte, derselbe sofort wieder über die Grenze wird zurückgewiesen werden.«

Mai 28 **412. Ministerial-Erlass an das ostpreussische Etats-Ministerium.** Berlin 1790 Mai 28.

R. 7. B. 16. C. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Scholz. Anweisung von Scholz.

Wahl des Frauenburger Dom-Capitels ungültig. Soll von neuem wählen.

»Euer Bericht . . . über die bei dem Dom-Capitul zu Frauenburg vorgewesene Wahl eines anderweitigen Domherrn an des im Capituls-Monat verstorbenen Domherrn v. Łączinski Stelle ist zu seiner Zeit eingekommen. Da weder aus der Anzeige des Fürsten Bischofs noch aus dem Wahl-Protokoll noch aus Euerm Bericht zu entnehmen ist, dass nach Vorschrift der westpreussischen Regierungs-Instruction § 4 No. 11 Lit. c[1]) zu dieser Wahl die Erlaubniss ausgebeten worden, wozu auch sonsten ein *commissarius regius* hätte deputirt werden müssen, so kann von diesem, ohnehin sehr turbulenten Wahl-Actu Unserer höchsten Person kein Vortrag geschehen. Vielmehr habt Ihr das Dom-Capitul zur Erneuerung des Wahl-Actus unter Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften und im Beisein eines dazu zu bestellenden königlichen Commissarii anzuweisen, zugleich aber dasselbe zu bedeuten, dass der mit allerhöchster Erlaubniss zu Warschau sich aufhaltende Domherr v. Szczepanski davon nicht ausgeschlossen werden könne, sondern allenfalls sein Votum durch einen hinlänglich bevollmächtigten Procuratorem abzugeben zugelassen werden müsse.«

---

413. Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Departement und dem Marquis Lucchesini, Gesandten in Warschau. 1790.

R. 4. 13. N.

Der Bischof von Posen fügt sich den Bestimmungen wegen des Simultaneums in Draheim.

Juni 10 Das Auswärtige Departement. Berlin Juni 10.

Concept, geschrieben von Lecoq, gezeichnet von Finckenstein. Anweisung von Steck.

»L'évêque de Posnanie vient d'adresser à mon département ecclésiastique la lettre ci-jointe en copie du 9. mai *a. c.*, par laquelle il se

1) Band 4, 545.

plaint des mesures, que la régence de Poméranie a prises par ordre de mon ministère, pour introduire un culte protestant simultané ou mixte dans les églises de la campagne de la seigneurie de Draheim en faveur des habitants luthériens, qui s'y trouvent en grand nombre.[1] 1790 Juni 10

»Il est vrai, que depuis le siècle passé, où les ministres luthériens, qui jusques là avaient fait le service divin dans ces églises, en furent dépossédés, à peu près vers l'année 1625, par le clergé catholique, ce dernier en a eu seul la possession, permettant seulement à quatre marguilliers protestants d'y lire la parole de Dieu aux habitants de la confession luthérienne. Mais, comme dans les 22 villages, que la seigneurie de Draheim contient et qui se partagent en quatre paroisses, il y a à peine 25 habitants catholiques, les susdites églises ne sont absolument d'aucun usage au clergé romain, et celui-ci ne souffre pas le moindre préjudice en acquiesçant à ce que les habitants luthériens s'en servent pour leur culte, puisque la propriété lui en demeure toujours et que dans le cas, où par quelque accroissement des habitants catholiques on viendrait à s'en servir quelques fois pour l'exercice du culte catholique, les habitants luthériens ne refuseraient pas de leur céder la préférence dans des occasions pareilles. Il ne s'agit donc pas d'un culte simultané ou mixte proprement dit dans une église servant à l'exercice du culte catholique, mais du simple usage de ces églises inutiles aux Catholiques, que réclament les nombreux habitants luthériens de la seigneurie, auxquels le clergé catholique doit cette complaisance à d'autant plus juste titre, que c'est d'eux que suivant les arrangements établis il tire ses principaux revenus.

»L'article V du traité de cession du 18. septembre 1773 m'attribue la pleine souveraineté du district de Draheim, que mes ancêtres possédaient ci-devant par droit d'hypothèque, suivant la convention de Bydgost de 1657. Par l'article VIII du susdit traité de 1773 il a à la vérité été stipulé, que l'état et l'exercice de la religion catholique seraient maintenus en leur entier dans les pays cédés. Mais cet accord, qui d'ailleurs ne paraît guère applicable à une possession acquise par la violence telle que l'est celle du clergé catholique relativement aux églises en question, n'exclut point l'exercice de la religion protestante, partout où je trouve à propos de l'établir, et il semble, qu'en qualité de souverain on ne puisse pas me contester le droit d'accorder aux nombreux habitants de cette confession l'usage d'églises abandonnées et inutiles à ceux qui les retiennent; d'autant plus que le défaut presque total d'instruction religieuse, dont les habitants luthériens du district de Draheim souffrent, ne peut manquer d'avoir sur leur caractère une influence, qui ne saurait m'être indifférente et que je dois chercher à prévenir.

»Enfin il est connu, que dans plusieurs villes de mes États on n'a

1) Vgl. No. 322.

1790 Juni 10 fait aucune difficulté d'accorder aux Catholiques l'usàge de temples abandonnés ou l'exercice du culte simultané dans les églises protestantes, et on est en droit d'attendre les mêmes facilités du clergé catholique, dans une occasion surtout où il ne lui en revient pas le moindre préjudice.

»Mon intention est donc, que vous représentiez toutes ces raisons à l'évêque de Posnanie et lui en fassiez sentir la force, afin de l'engager à ne plus s'opposer à l'exercice du culte protestant dans les églises de campagne de la seigneurie de Draheim, dont les Catholiques ne se servent pas«...

Juni 30 Lucchesini. Warschau Juni 30.

Mundum.

»Cet évêque[1]) . . . vient de m'écrire une lettre, dans laquelle il assure, que, bien loin d'avoir voulu s'opposer ou porter des plaintes contre ce nouveau règlement du ministère de V. M., il n'avait cru que du devoir de sa charge comme évêque de Posen de faire des représentations à ce sujet, pour ne pas être taxé d'inattention ou d'indifférence pour ces sortes de cas. Reconnaissant du reste sa qualité de vassal de V. M., quant à cette partie de son diocèse, et respectant les devoirs, que celle-ci lui impose, le comte Okezki[2]), après avoir satisfait de cette manière aux obligations de sa qualité d'évêque de Posen, se plaît à prouver son attachement au titre de vassal prussien, en se conformant complètement aux ordres du ministère de V. M. relativement à l'objet, dont il a été question plus haut, et il est intentionné d'enjoindre au Sr. Marski, son official, de prêter sans difficulté la main à l'exécution de ce qui vient d'être ordonné à ce sujet.«

Juni 14 **414. Ministerial-Erlass an die mörsische Regierung.** Berlin 1790 Juni 14.

Mörs Eccles. Concept, gezeichnet von Carmer und Heinitz. Svarez, von dem die Anweisung zum Concept herrührt, hatte ursprünglich beantragt, dass künftig drei Landes-Vorsteher sein sollten und einer von ihnen katholisch sein dürfe; der Staatsrath entschied gegen ihn.

Die Vorsteher in Krefeld müssen Reformirte sein.

»Es ist vorgetragen worden, was Ihr auf die Euch communicirte Vorstellung der Landes-Vorsteher und Beerbten[3]) der evangelisch-reformirten Religion in der Herrlichkeit Crefeld unter'm 12. v. M. einberichtet habt. Ihr sowohl als der *deputatus camerae*[4]) seid zu weit gegangen, wann Ihr gegen die dortige hergebrachte Landes-Verfassung abändernde Verfügungen in einem so erheblichen Puncte, als die Wahl der Landes-Vorsteher ist, ohne Rückfrage an die vorgesetzte Instanzen getroffen habt; denn es ist nach Eurer eigenen Angabe bisher noch nie ein Katholik zum Vorsteher-

---

1) Der Bischof von Posen. 2) Hs.: »Ozeki.«
3) Die erblichen Grundeigenthümer.
4) Der Kriegs- und Domänen-Kammer.

Amt in der Herrlichkeit Crefeld gelassen worden, und dies stimmt vollkommen mit denen Grundsätzen überein, welche das Haus Oranien in seinen Besitzthümern, zu welchen Crefeld ehemals gehört, von je her beobachtet hat. Dergleichen unfürdenklicher Besitz begründet allerdings eine hergebrachte Landes-Verfassung zu Gunsten der Protestanten, und Wir finden so wenig einen überwiegenden Grund, davon abzugehen, als wenig die katholischen Einsassen sich darüber beschweren können, zumal in dem benachbarten Kur-Cöllnschen der Religion des Landesherrn eine gleiche Prärogative beigelegt wird. Es ist also bei dieser Verfassung, mit Abstellung der solcher zuwider neuerlich getroffenen Verfügungen, lediglich zu belassen. Wohingegen Wir, da der Numerus der Vorsteher ehemals zum öftern abgewechselt hat und ihr Officium nicht immer perpetuirlich gewesen ist, nachgeben, dass künftig jederzeit vier Vorsteher sein sollen, und Euch ausdrücklich zur Pflicht machen, dahin zu sehen, dass die vorfallenden neuen Wahlen nicht ausschliessend auf gewisse Familien gerichtet und die Stellen dadurch in diesen Familien gleichsam erblich werden; wie denn auch diese vier Vorsteher in Ansehung der Dauer ihres Officii auf eine gewisse Zeit dergestalt einzuschränken sind, dass alle drei Jahre zwei von ihnen, welche am längsten im Amte gestanden haben, abgehen und an ihrer Stelle zwei neue gewählt, solchergestalt auch bei dem Ablauf eines jeden Triennii mit dem Abgange der zwei ältesten und der Wahl zweier neuen Vorsteher continuirt werden soll.« 1790 Juni 14.

415.[1]) **Nuntius Pacca an den Geheimen Rath Dohm in Köln.** Köln Juni 22 1790 Juni 22.

Lingen Eccles. Abschrift.

Nimmt den Auftrag für Lingen an.

. . . »A présent je suis dans le cas de signifier à V. E., que le pape a été très-sensible à cette nouvelle marque de confiance et d'amitié de S. M., qui veut permettre à Ses sujets catholiques-romains du comté de Lingen de s'adresser à la nonciature de Cologne, et que je suis autorisé à accepter la commission, dans l'exercice de laquelle je ne me départirai pas de ces lois canoniques, que V. E. même me marque dans Sa lettre. Je vous avertis cependant, que je crois de ne devoir faire aucun acte relatif à cette commission jusqu'à ce qu'on n'ait publié l'ordonnance de S. M., pour ne donner aucun motif de plaintes à la régence du pays et ne m'attirer pas des différends et de querelles à l'avenir.«

1) Vgl. unter dem 15. April.

1790 Juli 14 **416. Etats-Minister Hoym an den Professor Steiner an der Universität Breslau.** Breslau 1790 Juli 14.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Concept.

Die deutschen Pfarr-Gehülfen in Ober-Schlesien.

»E. *p.* danke ich für die mir unter'm 12. *huius* eingereichte Schrift über die Einwendungen gegen die nach Ober-Schlesien verordnete deutsche Pfarr-Gehülfen.[1]) Es macht solche dem Verfasser viel Ehre, und es wird mir zum wahren Vergnügen gereichen, wenn ich dessen Wohlstand und Zufriedenheit zu befördern Gelegenheit habe.«

Juli 20 Päpstliche Note für den Residenten Ciofani, s. unter dem 12. August.

Juli 26 **417.[2]) Ministerial-Erlass an »den bisherigen General-Vicarium der schlesischen Dominicaner Pater Augustinus Schmidt.«** Breslau 1790 Juli 26.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 42). Concept, gezeichnet von Hoym.

Genehmigung der Wahl des General-Vicars.

»Da nach der Anzeige des u. s. w. der Pater Alvarus Scholtz, aus Breslau gebürtig, hinwiederum zum *vicario generali* auf drei Jahre erwählt worden und bei bewandten Umständen gegen diese Wahl nichts zu erinnern steht, so wird gedachter Pater Alvarus Scholtz zum *vicario generali* und Obern sämmtlicher Klöster des Prediger-Ordens in Schlesien hiemit approbirt.«

Juli 27 **418. Ministerial-Erlass an den Fürsten Karl v. d. Osten, genannt Sacken, Ober-Kammerherrn und Etats-Minister, und an den Grafen Johann Eustachius Grafen v. Schlitz, genannt v. Goertz, Etats-Minister und Reichstags-Gesandten.[3]) Berlin 1790 Juli 27.**

R. 10. 87. C. 1. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein.

Ehrgeizige Pläne des Kurfürsten von Mainz.

. . . »Den Plan, den der Kurfürst zu Mainz nach den Äusserungen der kursächsischen Botschafter haben solle, ist nicht neu. Sich die Leitung der Reichs-Angelegenheiten völlig in die Hände zu spielen ist ein alter und natürlicher Entwurf eines Erzkanzlers und Reichs-Directors, und Meister der kirchlichen Angelegenheiten zu sein ein eben so alter Einfall des ersten deutschen Erzbischofs. Man hat allerdings Ursache.

---

1) *Über die Einwendungen gegen die nach Ober-Schlesien verordneten deutschen Pfarrgehilfen. Eine Vorlesung von A. G. Steiner, Lehrer an der Universität zu Breslau. Breslau und Hirschberg 1790.*

2) Als Probe mitgetheilt.

3) »Zur bevorstehenden Wahl eines römischen Königs und künftigen Kaisers ernannte und bevollmächtigte Botschafter und Gesandte.«

jetzo mehr als jemals aufmerksam auf alle Bestrebungen und Versuche des jetzigen so thätigen als unternehmenden Kurfürsten zu sein[1]« . . . 1790 Juli 27

---

419. Königlicher Erlass an den Fürsten Sacken und den Grafen Goertz in Frankfurt am Main. Schönwalde 1790 August 3. Aug. 3

R. 10. 87. C. 1. Concept, gezeichnet von Hertzberg.

Der Fürstenbund, der Wahltag und die Nuntiatur-Sache.

. . . »J'approuve parfaitement tout ce que vous avez dit à l'électeur sur les différentes affaires, ainsi que les principes et la marche, que vous vous êtes proposés, pour conserver et affermir l'union entre les 4 électeurs unis et pour nous assurer par ce moyen la majorité dans les délibérations du collége électoral. Un des plus sûrs moyens serait sans doute de favoriser les vues de l'électeur de Mayence dans les affaires des nonciatures et du vicariat; mais je sens aussi toute la difficulté de concilier ses principes avec ceux de la cour de Saxe et avec les engagements, que l'électeur de Mayence m'a fait prendre lui-même à l'égard de l'affaire de la nonciature. On vous enverra encore des instructions particuliers sur ces deux objets« . . .

---

420. Ministerial-Erlass »an die königliche Wahl-Botschaft zu Frankfurth am Mayn.« Berlin 1790 August 8. Aug. 8

R. 10. 87. D. 1. Concept, gezeichnet von Finckenstein und Hertzberg.

Die kurmainzischen Monita zur kaiserlichen Wahl-Capitulation.

»Der Kurfürst zu Mainz hat Uns die beigehende Monita[2] zur künftigen kaiserlichen Wahl-Capitulation mittheilen und angelegentlichst empfehlen lassen. Da Wir kein Bedenken finden, denselben grösstentheils beizupflichten, so übersenden Wir Euch hiebei eine kurze Instruction, wie Ihr Euch bei jedem Monitum zu verhalten und darüber zu votiren habt. Wir fügen auch ein Gutachten bei, aus welchem Ihr die Gründe dieser Anweisung ersehen werdet. Ihr könnt Euch mit den kurmainz-, kursächsisch- und kurhannovrischen Wahl-Gesandten zum Voraus über diese Monita und Eurer[3] darüber habenden Instruction besprechen.«

---

1) Hs.: »richten.«

2) Gedruckt in der Schrift: *Aechtes vollständiges Protokoll des kurfürstl. hohen Wahl-Convents zu Frankfurt* (*Frankfurt und Leipzig 1791*) 2, 5 ff. Vgl. *Jung, Betrachtungen über die Abänderungen der geistlichen Gegenstände in der Wahl-Capitulation Leopold II.* (*Mainz 1791*) S. 12 ff. *Hüberlin, Pragmatische Geschichte der neuesten kaiserlichen Wahl-Capitulation* (*Leipzig 1792*) S. 198 ff. *Crome, Wahl-Capitulationen Leopold II. und Franz II.* (*Lemgo 1794*) S. 193 ff. — In den kurbrandenburgischen »Erinnerungen zur künftigen kaiserlichen Wahl-Capitulation« (geschrieben von Steck, von diesem Ende April dem Wahl-Botschafter Fürsten Sacken erläutert), heisst es bei Art. XIV: »Es ist hierbei einestheils der Reichs-Schluss wegen der Nuntiatur-Sache, auch was die geistliche Herrn Kurfürsten erinnern werden, abzuwarten.«

3) So!

1790 Aug. 4 Beilage. — Des Geheimen Legations-Raths Steck »Gutachten über die Monita Moguntina.«[1]) Berlin 1790 August 4.

. . . »Art. XIV § 1[2]). Dieses Monitum ist den canonischen und deutschen Kirchen-Verfassungen, den Concordaten, den Freiheiten der deutschen Kirche vollkommen gemäss.

»Besonders müssen die von den Bischöfen dem Stuhl zu Rom zu leistende, mit der Eigenschaft deutscher Stände, Fürsten, Vasallen unvereinbarliche Eide geändert werden, oder man muss sie in Ansehung der mit ihren Verhältnissen und Pflichten unverträglichen Stellen doch für unverbindlich erklären. Ein altes Desiderium katholischer und evangelischer Stände!

»Art. XIV § 2[3]). Dieses Monitum ist den *concordatis principum*, dem Baseler, selbst dem Tridentischen Concilio ganz gemäss und hat auch Statt, wenn die *nuntii apostolici* beibehalten werden.

---

1) Das in den folgenden Anmerkungen gesperrt Gedruckte ist ein Zusatz zu der letzten Wahl-Capitulation.

2) »Wir sollen und wollen auch in künftiger Unserer Regierung bei dem heiligen Vater, dem Papste und Stuhle zu Rom Unser bestes Vermögen anwenden, auch bedürfenden Falles Unser kaiserliches Amt dahin vorkehren, dass von demselben in den künftigen Confirmationen der Erz- und Bischofs-Wahlen die Uebertragung der *administrationis temporalium* sowohl als auch aus den gewöhnlichen *iuramentis episcoporum* ähnliche und andere der obersten Botmässigkeit des Reichs sowohl als der kaiserlichen Reichs-Oberlehenherrschaft und den deutschen Kirchenfreiheiten nachtheilige Stellen als ohnehin unkräftig und ungiltig hinweggelassen, sodann die *concordata principum* und die zwischen der Kirche, Päpstlicher Heiligkeit oder dem Stuhle zu Rom und der deutschen Nation aufgerichteten Verträge, worunter die Basler Decreten vorzüglich mit gehören, die Freiheiten der deutschen Kirche, wie auch eines jeden Erz- und Bischofes hergebrachte Gerichtsbarkeit, Diöcesan-Grenzen und sonstige Gerechtsame oder deren Dom-Capiteln absonderliche Privilegia, rechtmässig hergebrachte Statuta und Gewohnheiten, vornehmlich wegen der Adels-Probe allerdings beobachtet, die den vier Erzbischöfen von jeher zustehende Indulta, in den ungleichen Monaten die Präbenden zu vergeben, so lang die Aschaffenburger Concordaten-Ausnahme noch bestehet, nie verweigert und dagegen durch unförmliche, in Verfassung, Statuten und Gewohnheiten eingreifende Brevien, Gratien, Rescripte, Provisionen, allzu starke und noch nicht retaxirte Annaten, der Stift Mannigfaltigung, Erhöhung der Officien am römischen Hofe und Reservationen, Dispensation und sonderlich Resignation, dann darauf ohne *testimonium idoneitatis* von Seiten des Stifts, Erz- oder Bischöfen unternehmende Collation all solcher Präbenden, Prälaturen, Dignitäten und Officien . . . oder in andere Wege zum Abbruche deren Stiftern deutscher Geistlichkeit in keine Weise gehandelt.«

3) »Noch auch die Erz- und Bischöfe im Reiche, wenn von den ihnen untergebenen Geist- und Weltlichen wider ihre Disciplinar-Verfügungen und sonst, wo dieselbe *autoritate pastorali* zur Verbesserung und Vermehrung des

»Art. XIV § 3 [1]). Dieses Monitum ist ganz unbedenklich. Diese Behandlungsart gründet sich in dem Reichs-Abschiede von 1530, wo diese ganze Behandlungsart von allen Ständen beider Religionen beliebt ist. 1790 Aug. 4

»Art. XIV § 4 [2]). Dieses Monitum gehet nun im Eingange auf die Abstellung der päpstlichen Nuntiorum mit Gerichtbarkeit und Facultäten *p.*

»Der Papst hat weder nach den canonischen Rechten, viel weniger aus einem Vertrage ein Recht, solche Nuntien zu schicken. Ihre Sendung beruhet: a) auf päpstlicher Usurpation, b) Connivenz der deutschen Erz- und Bischöfe und Landesherrn (*vid.* die viele vortreffliche Schriften seit 1785—1790 wegen der Nuntiaturen, meine Gutachten 1787 *sq.*); sie streitet mit dem Baseler, selbst dem Tridenter Concilio, den Fürsten-Concordaten. Die Sache ist vom höchstseligen Kaiser an die Reichs-Versammlung durch ein Commissions-Decret [3]) gebracht, wohin sie nach dem Reichs-Abschied von 1530 gehöret.

Gottesdienstes verfahren hätten, etwa geklagt werden sollte, mit *monitoriis, interdictis* und *comminationibus* oder mit den sonst ohnehin nichtigen *declarationibus censurarum* widerrechtlich angegangen oder beschweret, sondern vorher erst über der Sache Verlauf und Verfahren sowohl als Beschaffenheit der ergangenen Pastoral-Verfügung genugsame Information *in partibus* eingeholt und, wenn dabei kein wesentlicher Mangel erscheint, an die Erz- und Bischöfe zurückgewiesen, so viel aber die *causas contentiosas* betrifft, diese zwar durch den ordentlichen Rechtsgang von den suffraganen Bischöfen an die Erzbischöfe und von diesen an den heiligen Vater, den Papst zu Rom, fortgesetzet, von daher jedoch *ad iudices in partibus* zur endlichen Entscheidung remittirt werden möchten.«

1) »Auch darob und daran sein, dass die vorgemeldete *concordata principum* und aufgerichtete Verträge, auch Privilegia, Statuta und Freiheiten gehalten, gehandhabt, denselben festiglich gelebt und nachgekommen, nicht einseitig und gegen den Buchstaben und Sinn ausgelegt und was für Beschwerungen dagegen und darin gefunden, dass dieselbe nach Maass der gehabten Handlungen zu Augsburg in dem 1530. Jahre bei abgehaltenem Reichstag und, wenn diese Art und Weise nicht beförderlich ist, auf dem jetzt fürwährenden Reichstage mit deren Kurfürsten, Fürsten und anderen Ständen Rath abgeschafft werden.«

2) »Gleichergestalt wollen Wir nicht zugeben, dass der heilige Vater zu Rom ausser dem Falle, wo es die Einheit und Erhaltung der katholischen Religion offenkundig auch eine Zeit lang erfoderte, päpstliche Legaten und Nuntien mit Facultäten und Jurisdiction ins deutsche Reich abschicke oder dass die im Reiche wirklich bestehende und künftige Nuntien von derlei etwa in's Geheim habenden Facultäten einen Gebrauch machen und eine Jurisdiction ausüben dürfen. Ebenso wollen Wir, wenn es sich etwa begäbe, dass *causae civiles* von ihrem ordentlichen weltlichen Gerichte oder einem Officialen als *iudice delegato principis* im heiligen Reiche ab und ausser dasselbe *ad curiam romanam* gezogen würden, solches abschaffen, vernichten u. s. w.«

3) Vgl. S. 290 Anm. 3.

1790 Aug. 8 »Der evangelische Reichstheil hat dabei allerdings mitzusprechen und hat allezeit mitgesprochen.

»Das kurbrandenburgische dem Comitial-Gesandten vorgeschriebene Votum gehet dahin, dass solche Nuntien den Concilien und Concordaten nicht gemäss, sondern zuwider, jedoch mit dem Papst über derselben Einschränkung eine gütliche Vereinigung zu treffen.[1]) Dahin kann man die Sache verweisen, ohne die Abstellung dieser Nuntien gesetzlich zu verfügen. Die Sache gehöret *ad comitia*, wo sie bereits anhängig ist.

»Das Verlangen der deutschen Erzbischöfe, die Nuntien in die behörige Schranken zu setzen und die mit Jurisdiction und Facultäten abzustellen, gründet sich in der Natur der Sache, im Baseler, selbst dem Tridenter Concilio und darin, dass diese Gerichtbarkeit und Facultäten lauter Eingriffe in die erz- und bischöfliche Rechte sind *p.* Es autorisiret sich nicht erst in den Schlüssen des Embser Congresses; wenn man sich auch derselben ganz entsaget, so bestehet das Recht, darauf zu dringen, noch immer.

»Der Kurfürst zu Mainz hat dem Papst versprochen, auf der Vollziehung des Embser Conclusi so lange nicht zu bestehen, so lange alles *in statu quo* zu belassen, bis man mit dem römischen Hofe in Güte sich über die Gegenstände der Embser Schlüsse gesetzet haben werde. Hierüber und unter dieser Modification haben S. K. M. die Garantie durch den Herrn Marquis de Lucchesini übernommen[2]) . . .

»Da der Papst durch seine Antwort[3]) alles gütliche Abkommen ausgeschlagen, so fällt Versprechen und Garantie weg.

»Art. XIV § 5. Dieses Monitum[4]) ist ganz unbedenklich und wird dem römischen Hofe selbst angenehm sein.«

Aug. 10 **421. Bericht des Fürsten Sacken und des Grafen Goertz.** Frankfurt am Main 1790 August 10.

R. 10. 87. C. 1. Mundum.

Nuntius Caprara. Vorsichtige Haltung der Curie.

»Nous ne manquerons point de rapporter très-respectueusement à V. M., que le nonce du pape comte de Caprara[5]) semble s'être tracé une marche circonspecte et prudente et de ne vouloir s'ouvrir sur rien qu'après avoir découvert les vues et les mesures concertées de ceux qui cherchent à circonscrire ou à resserrer l'autorité légitime et l'influence constitutionnelle de la cour de Rome.

»Les entretiens, qu'il a eus avec nous, ne nous laissent aucun doute,

---

1) Vgl. S. 445. 468. 2) S. die Nachträge unter dem 14. Mai 1787.
3) Vgl. No. 403. 4) Betreffend *separatio causarum saecularium ab ecclesiasticis.*
5) Johann Baptista C., Erzbischof von Iconium *i. p. i.*, Nuntius in Wien.

qu'il n'ait adopté, au moins en apparence, ce plan, que le concours de tant de circonstances difficiles paraît lui prescrire. 1790 Aug. 10

»Les insinuations vraies ou illusoires, qu'il sait placer à propos et avec un dehors de simplicité et de bonhomie, annoncent: que le pape sera aussi religieux qu'exact à observer les règles du droit strict et de l'équité la plus scrupuleuse; qu'il croit, que celles-là étaient aussi obligatoires pour l'église germanique que pour Sa S^{te}; que si ceux qui s'imaginent avoir des griefs fondés en justice, les articulent d'une manière claire, on pourrait dès lors s'occuper à s'éclairer de part et d'autre sur les objets contentieux, et à chercher des moyens de rapprochement propres à étouffer à temps l'esprit de rivalité et le germe de discorde.

»Il soutient: que les procès portés par appel à la cour de Rome sont insignificatifs et peu importants; que l'année commune ils ne s'élevaient pas au delà de trois ou quatre; qu'il en était de même de la jurisdiction, que les nonces exerçaient en Allemagne; que, si les archevêques paraissent être disposés à étendre leurs droits au delà de certaines bonnes, en affaiblissant ceux des évêques, lui, le nonce, était obligé en conscience et par devoir de s'opposer à une nouveauté, qui détruirait les rapports primitivement établis entre les différents membres et — —[1]) la hiérarchie catholique.

»Le nonce ne dissimule point, et il le fait remarquer avec une finesse singulière, si naturelle à la nation dont il est: que l'opinion dominante de notre siècle était bien différente de celle des précédents; que le vertige de l'indépendance religieuse et politique brouillait toutes les têtes; qu'il faillait que la cour de Rome dans une position aussi désastreuse eût des ménagements à garder et à ne point se roidir contre aucune prétention litigieuse, susceptible d'être interprétée différemment, pourvu qu'elle ne soit pas de nature à ébranler ou à renverser de fond en comble les pivots, sur lesquels se repose l'ensemble essentiel de l'église; que, si on ne se refusait pas d'entrer en matière et de lui indiquer par écrit ce qu'il dût être changé ou corrigé dans les concordats, soit des princes[2]) soit d'Aschaffenbourg[3]), il espérait de trouver des biais propres à finir ou à aplanir la partie majeure des plaintes et doléances, dont on se plaisait d'exagérer la force et l'étendue; qu'il prévoyait, que, pour porter le pape d'avoir de la condescendance dans des cas qui en exigeaient, il n'osait se flatter d'y réussir qu'avec des peines et des soins infinis. Mais si l'on persistait à user de violence et à n'agir que par des voies de fait, il ne lui restait d'autre ressource que de laisser faire ce qui n'était pas en son pouvoir d'empêcher avec quelque apparence de succès; qu'il n'y donnerait jamais les mains et qu'il n'oublierait rien dans une extrémité si fâcheuse, pour faire connaître

1) Unvollständig entziffert; vielleicht zu ergänzen: »préposés de.«
2) Von 1446 (bzw. 1447). 3) Von 1448.

1790 Aug. 10 à l'univers entier de la façon la plus authentique, que la cour de Rome ne daignait ni ne pouvait acquiescer à un procédé, qui contrariait ou abolissait manifestement tous ses droits et ceux de l'église et détruirait les principes cardinaux de la foi et de la religion catholique.

»Cet habile négociateur semble posséder l'art de se plier avec adresse aux circonstances et d'être coulant, si une nécessité impérieuse l'exige.

»Il est empressé dans toutes les occasions de témoigner dans les termes les plus respectueux pour la personne sacrée de V. M. l'admiration sincère, que le pape porte à Sa haute sagesse et à Sa justice éclairée[1]); que l'une et l'autre inspirait à Sa S^té^ une confiance parfaite en votre magnanimité et votre équité, Sire, constatées par des faits éclatants, qui caractérisent en tout et partout le règne glorieux de V. M.«

Aug. 12 **422.[2]) Etats-Minister Hertzberg an den Residenten Ciofani in Rom.** Breslau 1790 August 12.

R. 11. 24. Concept.

Der König wünscht dem Papste baldige Herstellung seiner Herrschaft über Avignon.

»J'ai reçu ici la lettre, que vous m'avez adressée en date du 21. juillet avec la note, que le cardinal secrétaire d'État vous a communiquée, pour faire part au roi de la révolte des habitants du pays d'Avignon.[3]) Je n'ai pas manqué de mettre cette pièce sous les yeux du roi, et je dois vous charger de témoigner au cardinal secrétaire d'État, que S. M. a pris beaucoup de part à cet évènement désagréable pour la cour de Rome et qu'Elle fait des voeux pour le prompt rétablissement de sa légitime souveraineté dans la comté d'Avignon, qu'elle peut attendre de la justice de Sa Majesté Très-Chrétienne et de la nation française. Le Roi se ferait un plaisir d'y contribuer, s'il était à portée de le faire« . . .

---

1) Zu ergänzen: »et il assure.«

2) Die Ermächtigung zu diesem Schreiben hatte Hertzberg vorher beim Könige nachgesucht (Immediat-Bericht, Breslau 12. August).

Juli 20 3) Diese Note (*dalle stanze del Quirinale* 20. Juli; R. 96. 147. E) hatte dem preussischen Residenten Mittheilungen über den Aufruhr gemacht: »affinchè si compiaccia di renderne informata la propria corte nella viva fiducia, che debba prendervi quella parte ed interesse, che corrisponde alla gravità della causa comune a tutti i sovrani ed alla singolare amicizia, che S. M^tà^ Prussiana professa alla sacra persona di S. S^tà^« . . .

423. Bericht des Fürsten Sacken und des Grafen Goertz. Frankfurt am Main 1790 August 14. 1790 Aug. 14

R. 10. 87. C. 1. Mundum.

Die kurkölnischen Monita zu Artikel XIV der Wahl-Capitulation.

»Seit unserm letzten vom 10. . . . erstatteten Bericht in der Nuntiatur-Angelegenheit, welchem wir schon die Abschrift der uns von einer andern Gesandtschaft mitgetheilten kurköllnischen Monitorum über Art. XIV der Wahl-Capitulation[1]) an Allerhöchstdero Ministerium der auswärtigen Geschäfte beigefügt haben, hat uns der *p.* v. Waldenfels[2]) selbst solche mit der Bitte zugestellet, ihm nicht allein darüber frei unsere geringe Meinung sagen zu wollen, sondern auch dieselbige E. K. M. mit unserm . . . Bericht vorzulegen und uns Allerhöchstdero Verhaltungsbefehle darüber zu erbitten, wann solche bei dem Capitulations-Geschäfte vorgebracht werden würden; sehnlichst wünscht derselbe die Unterstützung E. K. M.«

Die Gesandten können diese Monita »nicht anders als sehr gemässiget, billig und so befinden, dass sie bloss dasjenige zu enthalten scheinen, was denen Herren Erzbischöfen nicht allein ohne Nachtheil eingeräumt werden kann, sondern auch selbst zum Besten der katholischen Kirche teutscher Nation lediglich abzwecket und auch wahrscheinlich von dem römischen Hof mit Billigkeit nicht würde verweigert werden können, da dasjenige, was darinnen verlangt wird, eigentlich in denen *concordatis principum*, denen Baseler Decreten und der Bulle des Papsts Eugen IV. schon begriffen, mithin durch Gesetze und ältere Verträge der teutsch-katholischen Kirche schon bestimmt und zugestanden ist« . . .

---

424. Etats-Minister Hoym an die Kriegs- und Domänen-Kammer zu Breslau. Breslau 1790 August 14.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Concept.

Die von den Cisterciensern abhängenden Pfarrer werden von dem Beitrage zum Breslauer Seminar dispensirt.

»Die Prälaten der Cistercienser-Klöster haben bei mir Ansuchung gethan, die von ihnen abhängenden Pfarrer von der an das hiesige Seminarium zu entrichtenden Quarta zu dispensiren. Die Gründe, welche sie für dieses Gesuch anführen, sind sehr erheblich, weil nämlich (1) diese Parochi *ad nutum abbatis amovibiles* sind, und (2) weil die Prälaten selbst mit viel Kosten in ihren Klöstern Schulmeister-Seminarien und Schul-Anstalten errichtet haben und noch unterhalten, wodurch daher der bei Errichtung des hiesigen Seminarii beabsichtigte Zweck erhalten wird.

»Um mich von der Wahrheit des zweiten Grundes zu überzeugen,

---

1) S. die zu No. 420 angeführte Schrift *Ächtes Protokoll* 2, 5 ff.

2) Kurkölnischer Wahl-Botschafter; vgl. S. 46 Anm. 3.

1790 Aug. 14 habe ich einen Bericht über die sämmtliche Cistercienser-Schul-Anstalten erfordert, welcher mir auch erstattet worden ist, und aus einem anderweitigen Berichte des General-Vicariat-Amts ergibt sich, dass die gemachten Anzeigen richtig sind.

»Da es nun unbillig wäre, die Cistercienser-Klöster mit doppelten Kosten zu Unterhaltung der Schulen zu belasten, indem sie bereits für ihre eigenen Seminarien und Schulen hinlängliche Sorgfalt und Aufwand anwenden, so mache ich einem h. Collegio hiermit *pro principio* bekannt, dass alle von diesen Klöstern abhängende Pfarrer, die *ad nutum abbatis amovibiles* sind, von der an das hiesige Seminarium zu entrichtenden Quarta bei dem Antritt ihres Amtes dispensirt sein sollen« . . .

Aug. 19 **425. Königlicher Erlass an den Fürsten Sacken und den Grafen Goertz.** Breslau 1790 August 19.

R. 10. 87. C. 1. Concept, gezeichnet von Hertzberg.

Der Nuntius hat nicht Unrecht. Kur-Mainz wird seinen gegen die Nuntiaturen gerichteten Artikel schwerlich in die Wahl-Capitulation bringen.

. . . »Le caractère du nonce du pape, que vous m'avez tracé [1]), ressemble parfaitement à la politique ancienne et constante de la cour de Rome. On ne peut pas désapprouver le raisonnement, qu'il vous a fait sur l'affaire des nonciatures. Je vous ai déjà fait connaître mes intentions sur cet objet. Je crois, que l'électeur de Mayence restera seul avec celui de Cologne et qu'il n'aura pas la pluralité des voix, pour faire entrer dans la capitulation l'article, qu'il s'est proposé d'y faire insérer contre les nonciatures et l'autorité du pape. Les électeurs de Trèves, de Saxe et le palatin y seront sans doute directement contraires, et le roi de Bohême ne sera aussi pas contre le pape, comme j'ai lieu de croire par les ouvertures de ses ministres. L'électeur de Mayence ferait donc fort bien de ne pas aventurer ses propositions contre l'autorité papale et dans l'affaire des nonces et de la renvoyer plutôt à une négociation particulière ou à la diète de l'Empire« . . .

Aug. 21 **426. Ministerial-Erlass an den Fürsten Sacken und den Grafen Goertz.** Berlin 1790 August 21.

R. 10. 87. C. 1. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein.

Die Nuntiatur-Sache muss durch den Reichstag, nicht durch die Wahl-Capitulation entschieden werden.

»Wir haben zwar E. Lbd. und Euch auf die kurmainzische Monita *ad art. XIV capit.* in Absicht der Nuntiatur-Angelegenheit bereits zu erkennen gegeben, dass Wir *votando* darauf angetragen wissen wollen,

1) S. unter dem 10. August.

dass diese von dem hochseligen Kaiser an die Reichs-Versammlung gebrachte Angelegenheit dahin zur Erörterung und gütlichen Beilegung zu verweisen sei. Da aber . . . nochmals dringend eine bestimmte Anweisung verlangt wird, so wiederholen Wir obige Vorschrift nochmals und fügen noch folgende Erläuterungen hinzu. 1790 Aug. 21

»Diese Angelegenheit muss auf einer allgemeinen Reichs-Versammlung in Er[ör]terung gezogen und entweder gütlich ab[ge]macht werden oder ihre gesetzliche Entscheidung erhalten. Die meiste Bischöfe des Reichs entfernen sich von den Grundsätzen des Embser Congresses und der Erzbischöfe. Eine gesetzliche Entscheidung in der Capitulation würde von Seiten des römischen Hofes, des Kurfürsten von der Pfalz, der deutschen Bischöfe den heftigsten Widerspruch und Widerstand finden.

»Uns sind die Hände durch die Garantie gebunden, welche Wir gegen den römischen Hof über das Versprechen des Kurfürsten von Maynz, die Schlüsse des Embser Congresses bis zur gütlichen Übereinkunft unverfolgt und unvollzogen zu lassen *p.*, übernommen haben. Wir stellen nicht in Abrede, sind auch durch die Ausführungen in der *Gründlichen Entwickelung der Dispensen- und Nuntiatur-Streitigkeiten*[1] (*1788*) und in andern bündigen Schriften überzeuget worden, dass die päpstlichen Nuntien mit Gerichtbarkeit und Facultäten eine neue Anmaassung, dem Baseler und selbst Tridentischen Concilio, den Fürsten-Concordaten, den Gerechtsamen der Erz- und Bischöfe und den Freiheiten der deutschen Kirche zuwider seien. Allein Unseres Ermessens kann das kurfürstliche Collegium sich eine gesetzliche Entscheidung dieses Streits nicht beilegen und darüber in der Capitulation einseitig nicht statuiren und keine gesetzliche Verfügungen treffen. Die Sache der Erzbischöfe würde dadurch verschlimmert werden. Diese Gründe müssen den kurmainz- und kurcölnischen Botschaftern einleuchtend gemacht werden.«

---

427. Königlicher Erlass an den Fürsten Sacken und den Grafen Goertz. Breslau 1790 August 25.[2] Aug. 25

R. 10. 87. C. 1. Concept, gezeichnet von Hertzberg.

Die kurkölnischen Monita zur Wahl-Capitulation.

. . . »Vous aurez reçu de Berlin des instructions détaillées sur les *monita* de l'électeur de Cologne à l'égard de l'affaire des nonces.[3] On trouve ici, qu'ils sont modérés et admissibles et qu'ils n'attaquent pas même directement la jurisdiction des nonces, de sorte que la cour de Rome même ne pourra pas y trouver beaucoup à redire« . . .

---

1) Vgl. S. 290 Anm. 2.

2) So am Kopfe des Concepts; unten: »26.«

3) S. unter dem 21. August.

1790 Aug. 27 **428.**[1]) **Nuntius Pacca an den Etats-Minister Hertzberg.** Köln 1790 August 27.

R. 10. 87. C. 1. Mundum.

Erbittet Preussens Beistand gegen Kur-Mainz bei Berathung der Wahl-Capitulation.

»Quoique il me soit très-connu, combien précieux sont les moments à V. E. dans un temps, où d'Elle dépend la grande affaire de la pacification de l'Europe, cependant j'ose me flatter, que V. E. accueillera avec Son ordinaire bonté cette lettre, qu'un devoir indispensable de mon ministère m'oblige de Lui écrire.

»Des lettres de Francfort m'annoncent, que l'électeur archevêque de Mayence, d'accord celui de Cologne, fait tous ses efforts, pour insérer dans la nouvelle capitulation un article, qui décide la question au sujet des nonciatures tout-à-fait à leur avantage. Je ne répéterai ici à V. E. ce que le comte de Guiccioli a eu souvent l'honneur de Lui représenter, c'est-à-dire les justes plaintes du pape au sujet des innovations, que l'archevêque de Mayence se permet dans ses États, innovations, que ni lui avant l'époque de 2. mai 1787[2]) ni aucun des archevêques ses prédécesseurs s'est jamais permis, et cela après la promesse de n'être ni le fauteur ni le promoteur des articles conclus à Ems, promesse garantie par la Majesté du roi votre maître. Il me suffit d'indiquer uniquement à V. E., que la conduite actuelle de cet archevêque électeur à Francfort est très-injuste envers le pape et, qu'il me soit permis de le dire, peu respectueuse à l'égard de S. M., parceque, non content de mettre en exécution dans son territoire les articles d'Ems contre sa promesse formelle, il tâche encore de ravir au siége de Rome cette autorité et jurisdiction, que les nonces exercent depuis bien de siècles dans les États des autres princes, et de fixer comme loi d'Empire le principal article du congrès d'Ems, qui regarde précisément l'abolition des nonciatures avec jurisdiction. Cette conduite est d'autant plus irrégulière et moins attendue, que le pape, conformément à l'insinuation très-sage de S. M., s'est offert dans sa réponse aux métropolitains[3]) et s'offre encore d'ôter tous les abus et les inconvenients, qui auraient pu et qui pourraient donner dorénavant des justes motifs de plaintes aux archevêques. C'est pourquoi je prie V. E. de représenter le tout à S. M. et de Lui dire, que le pape mon maître met toute sa confiance dans Sa justice et magnanimité et qu'il espère, que Ses ambassadeurs à Francfort non seulement s'opposeront à toute innovation, qui serait contraire à la garantie promise, dont le pape ne doute et ne doutera jamais, mais qu'ils tâcheront d'inspirer à S. A. É. de Mayence des sentiments plus conformes à Sa dignité et à Son honneur« . . .

1) Beantwortet am 19. October. 2) S. die Nachträge.
3) S. unter dem 12. April.

429. Ministerial-Erlass an den Fürsten Sacken und den Grafen Goertz. Berlin 1790 August 30. 1790 Aug. 30

R. 10. 87. C. 1. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein.

Die Nuntiatur-Sache gehört vor den Reichstag.

. . . »Der römische Hof suchet durch den Anschein einer Geneigtheit zum Vergleich nur zu verhüten, dass nichts Nachtheiliges gegen ihn in der Nuntiatur-Sache in die Capitulation eingerückt werde. Wenn diese Besorgniss vorüber sein wird, dürfte er die vorige Beharrlichkeit bei seinen Behauptungen äussern. Unsere Gesinnung ist E. Lbd. und Euch sattsam bekannt, und Wir weichen allen Unannehmlichkeiten aus, wenn dieser Gegenstand an die Reichs-Versammlung verwiesen wird. Die Hände sind Uns durch die Garantie gebunden. Wir sehen der Sache sehr wohl auf den Grund, begreifen auch, dass Wir die Kurfürsten zu Mainz und Cöln nicht verpflichten und gewinnen, indem Wir sie hierin ununterstützet lassen. Wir hoffen immer noch, die Angelegenheit werde noch eine friedliche Wendung nehmen, wenn sie bis zu mehrerer Besänftigung der Gemüther hinausgezogen werden wird.«

---

430. Ministerial-Erlass an den Fürsten Sacken und den Grafen Goertz. Berlin 1790 September 7. Sept. 7

R. 10. 87. C. 1. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein.

Der Nuntius und die Wahl-Capitulation.

. . . »Der päpstliche Nuntius hat viel gewonnen, wenn er erhält, dass keine dem römischen Stuhl unangenehme Verfügungen in die Wahl-Capitulation kommen. Weiter dürfte er auf dem Wahl-Convent seine Unterhandlungen nicht treiben. Wenn Kurmainz die Nuntiatur-Sache an die Reichs-Versammlung selbst verweist, so ist der Zweck erreicht« . . .

---

431. Bericht des Fürsten Sacken und des Grafen Goertz. Frankfurt am Main 1790 September 7.

R. 10. 87. C. 1. Mundum.

Annahme der kurkölnischen und kurmainzischen Anträge zu Art. XIV der Wahl-Capitulation.

. . . »In der eilften Sitzung kamen in der Ordnung des Capitulations-Geschäfts die vorzüglichen Angelegenheiten der geistlichen Reichs-Stände aus dem Art. XIV vor; die in Betreff derselben von Kur-Cölln gemachten und von Kur-Mainz beigetretenen[1]) Anträge sind nach dem Wunsch dieser Höfe und zum Theil mit allgemeiner Genehmigung angenommen worden. Unter den katholischen Höfen stimmte Kur-Pfalz nur in einigen Stücken

---

1) Kur-Mainz zog seine Monita (s. unter dem 8. August) zu Gunsten der kurkölnischen zurück.

1790 Sept. 7 bei, und unter den protestantischen liess sich Kur-Sachsen auf nichts als auf den Wunsch heraus, dass die Sachen, welche bei Gelegenheit dieses Articuls zum Vortrag kamen, durch gütliche Mittel ausgemacht und an den Reichstag, wohin sie bereits unter der vorigen kaiserlichen Regierung gelangt wären, gebracht oder ausgeführt würden. Bis dahin stimmte es für die Beibehaltung des Textes, mit Verwerfung der zu Veränderungen desselben gemachten Anträge. Dieser abgeneigten Äusserungen ungeachtet ist der Wunsch der geistlichen Kurfürsten erfüllt worden, welcher günstige Erfolg vorzüglich der entscheidenden Beistimmung E. K. M. zuzuschreiben ist. Sie haben auch dieses wenigstens mit Worten dankbar erkennt und ihre Dankbarkeit, besonders die kurcöllnische Botschaft, gegen uns auf das stärkste ausgedrückt.

»Bei dem § 1 des Art. XIV ist zwar über die dabei gemachten Monita noch kein Conclusum gefasst, weil Kur-Braunschweig sich das Protokoll offen behielt; allein die *maiora* sind schon da, welche die kurcöllnischen und kurmaynzischen vereinigten Monita annahmen. Es sind demnach die mit dem Papst Eugen IV., imgleichen die mit Nicolao V. geschlossenen Concordata zu beobachten. Nur auf die ausdrückliche Benennung der mit Eugen getroffenen Concordaten hatte Kur-Cölln angetragen, weil die Verbindlichkeit derselben von dem Papst verschiedene Mal war in Zweifel gezogen worden, ohne dass jedoch Kur-Cölln die mit Nicolao V. geschlossenen Concordata als ungültig angesehen; vielmehr hatte es diese unter dem Ausdruck *Verträgen* an dieser Stelle der Capitulation verstanden. Weil aber Kur-Böhmen, um dem hieraus zu befürchtenden Zweifel an der Gültigkeit der Aschaffenburger Concordaten vorzubeugen, diese gleichfalls ausdrücklich zu benennen vorschlug, so nahmen diesen Vorschlag die geistlichen Kur-Höfe an und beschlossen dagegen die Weglassung der nun überflüssigen Stelle, worin der zwischen dem Papst und der teutschen Nation geschlossenen Verträge gedacht wird, da der obige Zusatz alle vom Papst mit der teutschen Nation geschlossene Verträge erschöpfte. Kur-Pfalz stimmte wider den Zusatz und hielt den Ausdruck des Texts *Concordata und Verträge* für zureichend.

»Ferner soll nunmehr die Ertheilung eines *breve eligibilitatis* und die Verleihung einer Präbende an einen Mann, der kein geborner Teutscher ist, unterbleiben. Kur-Böhmen und Kur-Pfalz waren wider die Erschwerung der gewöhnlichen Gratien, weil solche eigentliche Gnaden-Sachen seien, die ohne Ursache verweigert werden könnten. Der Einschränkung der Resignation *in favorem tertii* war allein Kur-Pfalz entgegen, weil ein alter wohlverdienter Geistlicher dadurch die Gelegenheit verliere, seiner Familie eine Wohlthat zufliessen zu lassen.

»Ausser diesen Zusätzen zum ersten Paragraph brachte Kur-Trier noch diesen in Vorschlag, dass die Ertheilung eines *testimonii idoneitatis* nicht als *res gratiae*, sondern als *res iustitiae* zu betrachten wäre. Alle

geistliche Höfe waren damit einverstanden, nur Kur-Pfalz nicht, welches besorgte, dass dabei jedem angesehenen Hofe die Gelegenheit entginge, einen seiner Unterthanen oder Clienten zu einem Beneficio zu empfehlen. 1790 Sept. 7

»Nach dem Zusatz des § 2 wird die bessere Verwendung der Beneficiorum zur Aushülfe der Pfarrer oder zum Schul-Unterricht begünstigt. Hiebei machte Kur-Pfalz die Einschränkung, dass die gedachte bessere Verwendung von den Erz- und Bischöfen nur in den Landen, wo sie die Landeshoheit haben, nicht aber in allen übrigen Ländern ihres Kirch-Sprengels geschehen dürfe. Gegen dies letztere legte es zur Verwahrung der landesherrlichen Rechte eine ausdrückliche Verwahrung ein. Die von Kur-Braunschweig dabei gemachte beschränkende Auslegung, dass der Sinn jenes Zusatzes nicht dahin gehen dürfe, dass ein Geistlicher aus dem Lande, wo er sein Beneficium geniesset, in ein anderes versetzt werden könne, fiel durch die damit übereinstimmende Erklärung der geistlichen Kur-Höfe von selbst weg. In dem § 3 wurde dem Antrage, die Nuntiaturen und die Erledigung der dagegen geführten Beschwerden auf dem bereits eingeleiteten Wege auf dem Reichstage betreffend, allgemein beigestimmt. Übrigens trat der kurbrandenburgischen Äusserung, dass die Frage von Zulassung oder Nichtannahme der päpstlichen Nuntien zu einer gütlichen Unterhandlung mit dem römischen Hofe vorzüglich geeignet seie, auch Kur-Braunschweig bei.

»In § 4 war nur ein geringer Zusatz vorgeschlagen, wodurch das ordentliche Gericht, von dem die *causae civiles* ab- und an die Nuntien oder nach Rom gezogen worden, näher bezeichnet wurde. Der Vorschlag fand keinen Anstand. Von grösserem Belang war bei § 5 der Zusatz, der die geistlichen und weltlichen Sachen scheidet und die Instanzen der geistlichen Gerichtbarkeit dergestalt festsetzt, dass, den Fürsten-Concordaten gemäss, die Bischöfe die erste Instanz haben, die Erzbischöfe die zweite und die nach der Wahl des Provincial- oder Diöcesan-Synods oder mit Beirath der Dom-Capitel von den Erz- und Bischöfen dem Papst vorgeschlagnen Richter die dritte Instanz. Vor diese vorgeschlagene und vom Papst genehmigte Richter sollen alle geistliche Streit-Sachen in der dritten Instanz unmittelbar gebracht und in Teutschland von ihnen einhellig oder durch die Mehrheit der Stimmen im Namen des Papstes *vigore mandati generalis* geurtheilet werden. Bei dieser vorgeschlagenen Einrichtung der Instanzen aber verlangte Kur-Pfalz, dass nicht nur die erz- und bischöflichen Unterthanen, sondern auch die dabei interessirten Landesherrschaften zugezogen und mit ihrem Gutachten gehört würden« . . .

1790 **432. Schriftwechsel zwischen dem Etats-Minister Hertzberg und dem Cabinet.** Breslau 1790.

R. 46. B. 168. O. Concept bezw. Mundum.

Forderungen des Malteser-Grossmeisters.

Sept. 11 Hertzberg. September 11.

»Le commandeur de Maisonneuve, ministre de l'ordre de Malte, est arrivé ici et m'a remis le mémoire ci-joint[1]), par lequel il demande:

»1° Que le commandeur baron de Hemm soit obligé de rendre compte de sa longue administration des commanderies de l'ordre, et il souhaite, que le ministre d'État comte de Hoym soit chargé, pour être juge de leurs differends.

»2° Il propose, qu'on établisse une administration provinciale pour les affaires de l'ordre en Silésie d'après un règlement fixe.

»3° Il propose encore, que cette administration fût conférée ou au prince Ferdinand de Prusse, comme grand-bailli de l'ordre de Malte, pour sa vie ou à un procureur général choisi parmi les chevaliers silésiens.

»Il n'est pas douteux, qu'il y a de la confusion dans l'administration générale des commanderies de l'ordre de Malte en Silésie et que les réclamations du commandeur de Maisonneuve ne sont pas mal fondées; mais personne n'est plus en état d'en juger et d'y porter de remède que le ministre d'État comte de Hoym. Je soumets donc au bon plaisir de V. M., si Elle veut charger ce ministre de cette commission, pour se concerter sur ces affaires avec le commandeur de Maisonneuve et le commandeur de Hemm, et que la base de cet arrangement soit jetée avec moi, pendant que V. M. est encore en Silésie.«

Sept. 12 Cabinets-Befehl. September 12.

»Le ministre d'État comte de Hoym se trouvant entièrement au fait des affaires relatives à l'ordre de Malte en Silésie, il me paraît convenable, que les démandes du commandeur de Maisonneuve . . . soient soumises à son examen ultérieur. Vous n'avez donc qu'à remettre le mémoire dudit commandeur à ce ministre et à lui abandonner cette affaire.«

Sept. 13 **433. Ministerial-Erlass an den Fürsten Sacken und den Grafen Goertz.** Berlin 1790 September 13.

R. 10. 87. C. 1. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Finckenstein.

Zufrieden mit der neuen Fassung von Artikel XIV der Wahl-Capitulation, namentlich mit der Bestellung von National-Richtern. Der Papst kann die preussische Garantie des Status quo nicht dagegen anrufen.

. . . »Die geistliche Kurfürsten sind mit ihren Monitis *ad art. XIV p.* glücklicher als Wir mit den Unserigen gewesen. Die Nuntiatur-Sache bleibet

1) *d. d.* Berlin 14. Mai.

an die Reichs-Versammlung verwiesen, und durch Unsere Äusserung, dass sie zu gütlicher Vergleichung geeigenschaftet sei, ist das, was Wir Unserem Comitial-Gesandten dieserhalb aufgegeben, auch dem römischen Hof zugesaget haben, bestätiget. 1790 Sept. 13

»Es ist viel gewonnen, dass die Concordaten der Fürsten besser bestimmt, die Concordaten Eugenii IV. ausdrücklich genannt, die Schlüsse des Baseler Concilii bestätiget, die geistliche Instantien darnach festgesetzet, die *iudices delegati in partibus* hergestellt worden.«

»Postscriptum. — Die *ad art. XIV § 4. 5 capitulationis* beliebte Bestimmung der Instantien in geistlichen Sachen und Bestätigung der *iudicum delegatorum in partibus* oder der National- und Local-Richter kann der[1]) Papst nicht als eine Folge der Embser Schlüsse und Punctation Art. XXII ansehen. Sie ist unstreitig in der mit Bewilligung Papst Eugen's IV. von der deutschen Nation in den Fürsten-Concordaten angenommenen Decreten der Baseler Kirchenversammlung, *sess. XXXI de causis et appellationibus*, und selbst in der Tridenter Kirchenversammlung, *sess. XXIV cap. XX de reform.*, welche ohnedies die National-Concordaten nicht ändert und die *iudices in partibus* nachdrücklich vorschreibet, bestens gegründet.

»Der Gerichtbarkeit der päpstlichen Nuntien wird zwar hierdurch im Reich ein tödlicher Stoss gegeben; allein sie war auch eine offenbare Usurpation hierin, selbst dem Tridentischen Concilio und noch mehr den Fürsten-Corcordaten äusserst zuwider, und da diese in allen Capitulationen bestätiget sind, so ist in der nun zu redigirenden Capitulation nichts Neues hierin verordnet. Unsere Wahl-Botschaft konnte daher nicht anders als, wie sie angewiesen war, dem cölnisch-mainzischen Monito beipflichten.

»Der römische Hof wird sich auf das von Uns garantirte Versprechen des Kurfürsten von Mainz, alles *in statu quo* und die Embser Schlüsse unverfolgt und unvollzogen zu lassen, bis die Irrungen gütlich beigeleget sein werden, [berufen;] allein, nachdem er in seiner Antwort[2]) alle gütliche Vergleiche ausgeschlagen hat, so höret Zusage und Gewährleistung auf, und denn ist diese Bestimmung der Instantien und Bestellung der National-Richter nicht erst ein Schluss des Embser Congresses, sondern eine Anordnung der Baseler und Tridenter Kirchen-Versammlung und der Fürsten-Concordaten.«

Die endgültige Fassung der Paragraphen 1—5 des Artikels XIV der Wahl-Capitulation (beschworen am 4. October) lautete[3]): Oct. 4

---

1) Hs.: »vom.« 2) Vgl. No. 403.

3) Das gesperrt Gedruckte ist Zusatz zu der letzten Wahl-Capitulation. Vgl. *Jung, Betrachtungen über die Abänderungen der geistlichen Gegenstände in der Wahl-Capitulation Leopold II.* S. 12 ff. *Crome, Wahl-Capitulationen Leopold II. und Franz II.* S. 185 ff.

1790 Oct. 4

»Articulus XIV. — Von den Beschwerden gegen den römischen Hof.

§ 1. Beschwerden wider den römischen Hof.

»Wir sollen und wollen auch bei dem heiligen Vater dem Papst und Stuhle zu Rom Unser bestes Vermögen anwenden, dass von demselben, gleichwie Wir ohnehin des Vertrauens sind, die mit dem Papste Eugen IV. und Nicolaus V. geschlossenen Concordate, wie auch eines jeden Erz- und Bischofs oder der Dom-Capitel absonderliche Privilegien, hergebrachte Statute und Gewohnheiten allerdings beobachtet und dagegen durch Ertheilung unförmlicher oder durch Erschwerung gewöhnlicher Gratien, durch Rescripte, Provisionen, Annaten der Stifter, besonders allzu starke und noch nicht retaxirte Annaten, Mannigfaltigung oder Erhöhung der Officien im römischen Hofe, durch Reservation, Dispensation, Resignation, besonders *in favorem tertii*, dann darauf unternehmende Collation all solcher Präbenden, Prälaturen, Dignitäten und Officien, welche sonst *per obitum ad curiam romanam* nach den Concordaten nicht devolvirt werden, sondern jederzeit, ohnerachtet in welchem Monate sie auch ledig und vacirend würden, den Erz- und Bischöfen, auch Capiteln und andern Collatoren heimfallen; wie weniger nicht *per coadiutorias praelaturarum electivarum et praebendarum*, Iudicatur *super statu nobilitatis*, weder durch Ertheilung eines *breve eligibilitatis* oder Verleihung einer Präbende an einen Mann, der kein geborner Deutscher und mit keinem *testimonio idoneitatis* von dem *ordinario beneficii* versehen ist, oder in andre Wege zum Abbruche der Stifter, Geistlichkeit und anders wider gegebene Freiheit und erlangte Rechte zum Nachtheile des *iuris patronatus* und der Lehnherrn in keine Weise gehandelt.

§ 2. Fortsetzung.

»Noch auch die Erz- und Bischöfe im Reiche, wenn wider dieselben von den ihnen untergebenen Geist- und Weltlichen etwa geklagt werden sollte, ohne vorherige genugsame Information über der Sachen Verlauf und Beschaffenheit (welche, damit keine *sub- et obreptio contra facti veritatem* Platz greifen möchte, *in partibus* einzuholen ist) auch ohne angehörte Verantwortung des Beklagten, wenn zumal derselbe *autoritate pastorali* zur Verbesserung und Vermehrung des Gottesdienstes, auch zu Conservation und mehrerer Aufnahme der Kirchen oder durch bessere Verwendung der mit *beneficiis simplicibus* versehenen Geistlichen zur Aushilfe der Pfarrer oder zum Schul-Unterrichte Verfügungen getroffen oder wider die ungehorsamen und übeln Haushälter verfahren hätte, mit *monitoriis*, *interdictis* und *comminationibus* oder *declarationibus censurarum* übereilt oder beschwert werden möchten. Sondern wollen solchem Allen unverzüglich abhelfen und für die Zukunft mit der Kurfürsten, Fürsten und andrer Stände Rath kräftigst abwenden und vorkommen.

1790 Oct. 4

§ 3. Schutz der Verträge und Privilegien. Nuntien-Sache.

»Auch darob und daran sein, dass die vorgemelten Concordate, auch Privilegien, Statute und Freiheiten gehalten, gehandhabt und denselben festiglich gelebt und nachgekommen, nicht einseitig und gegen den Sinn und Buchstaben ausgelegt und, was für Beschwerung dagegen und darin gefunden würde, dass dieselbe vermöge gehabter Handlung zu Augsburg in dem 1530. Jahre bei abgehaltenem Reichstag abgeschafft und hinfüro dergleichen ohne Bewilligung der Kurfürsten nicht zugelassen werde. Da aber die schon lange gedauerten Beschwerden der deutschen Nation gegen die Eingriffe des römischen Hofes überhaupt, besonders in Betreff der Nuntien noch unerledigt sind, so wollen Wir über dieses Alles die unaufschiebliche Erstattung eines angemessenen und zum Theile von Unserm Vorfahrer am Reich Joseph II. glorwürdigsten Andenkens den 9. August 1788 gefoderten Gutachtens[1]) nach dem Antritt Unserer Regierung sogleich in Erinnerung bringen und den darüber zu fassenden Reichs-Schluss auf das baldigste zu befördern bedacht sein.

§ 4. Verbotener Recurs nach Rom.

»Gleichergestalt wollen Wir, wenn es sich etwa begäbe, dass die *causae civiles* von ihrem ordentlichen weltlichen Gerichte oder einem Officialen als *iudice delegato principis* im heiligen Reich ab- und ausser dasselbe *ad nuntios apostolicos* oder wohl gar *ad curiam romanam* gezogen würden, solches abschaffen, vernichten und ernstlich verbieten, auch dem kaiserlichen Fiscale sowohl am kaiserlichen Reichs-Hof-Rath als am Kammer-Gericht anbefehlen, wider diejenigen sowohl Parteien als Advocaten, Procuratoren und Notarien, die sich hinfüro dergleichen anmaassen und darin einiger Gestalt gebrauchen lassen würden, mit gehöriger Anklage von Amts wegen zu verfahren, damit die Uebertreter demnächst gebührend angesehen und bestraft werden möchten.

§ 5. Scheidung der geistlichen und weltlichen Sachen.

»Und weil vorberührter Civil-Sachen willen zwischen den kaiserlichen und des Reichs höchsten Gerichten, sodann dem römischen Hofe mehr Mal Streit und Irrungen entstanden, indem so ein- als andern Orts die von der Officiale Urtheilen geschehenen Appellationen angenommen, Processe erkannt, selbige auch durch allerhand scharfe Mandate zu grösster Irr- und Beschwerung der Parteien zu behaupten gesucht worden, womit[2]) diesem vorgekommen und aller Jurisdictions-Conflict mit dem römischen Hofe möchte verhütet werden: so wollen Wir daran sein, dass die *causae saeculares ab ecclesiasticis* rechtlich distinguirt, auch die darunter vorkommenden zweifelhaften Fälle durch gütliche und mit dem päpstlichen Stuhle vorzunehmende Handlungen und Vergleich erledigt, so fort dem Papste, den Erz- und Bischöfen, wie auch der weltlichen Obrigkeit einer jeden ihr Recht und Judicatur ungestört gelassen werden möge. Da es aber

1) Vgl. S. 290 Anm. 3. 2) damit.

1790 Oct. 4 Gegenstände giebt, die ohne Zweifel zur geistlichen Gerichtsbarkeit gehören, so wollen Wir, wenn über solche geistliche Sachen ein Process entsteht, die Bischöfe nach Maassgabe der Fürsten-Concordate bei der ersten, die Erzbischöfe bei der zweiten Instanz und diejenigen Erz- und Bischöfe, welche dem Papste nach der Wahl des Provincial- oder Diöcesan-Synods oder mit Beirath ihrer Dom-Capitel für die dritte Instanz tüchtige Richter vorgeschlagen haben oder vorschlagen werden, kräftigst schutzen, dass jede geistliche Streit-Sache in dritter Instanz vor keine andre als die vorgeschlagenen und vom Papste genehmigten Richter unmittelbar gebracht und von ihnen *collegialiter* im Namen Sr. Päpstlichen Heiligkeit abgeurtheilt werde. Jedoch sind hiervon die *causae maiores in iure expresse enumeratae* ausgenommen.«

---

434. Schriftwechsel zwischen dem Ober-Schul-Collegium einerseits, dem Etats-Minister Danckelman und der westpreussischen Regierung andererseits. 1790.

R. 76. I. 23.

Prüfung der zur Universität gehenden katholischen Schüler.

Sept. 21 Das Ober-Schul-Collegium an Danckelman.[1]) Berlin September 21.

Concept, geschrieben von Schröder, gezeichnet von Woellner und Gedike.

»Nach dem Normal-Rescript[2]) vom 23. December 1788 ist in Absicht der protestantischen Schulen die Verfügung getroffen worden, dass diejenigen jungen Leute, welche die Universität beziehen wollen, vorhero geprüft und nach Maassgabe ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten entweder mit dem Zeugniss der Reife oder Unreife versehen werden. Da wir ungewiss sind, ob diese oder eine andere ähnliche Einrichtung bei den katholischen gelehrten Schulen in Schlesien, besonders der Breslauischen Universität, gleichfalls Statt habe und ob die zur Universität abgehenden jungen Leute gleichfalls vorhero geprüft und nach Befinden für reif oder unreif zur Akademie erklärt werden, so ersuchen wir . . . uns darüber eine Nachricht . . . zukommen zu lassen.«

Oct. 17 Danckelman. Breslau October 17.

Mundum.

Sendet Bericht der »hiesigen Schulen-Commission«[3]) mit der Bemerkung, »dass, was *in specie* die Theologen betrifft, solche auf der hiesigen Uni-

---

1) Wesentlich übereinstimmend an die westpreussische Regierung.

2) Des Ober-Schul-Collegiums, im *Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium* 8, 2377.

Oct. 9 3) Die Schulen-Commission hatte erklärt (Breslau 9. October), »dass die katholischen Studiosi, wenn sie auf auswärtige Universitäten abgehen, keiner

versität ihre Studia mehrentheils absolviren und fremde Academien nicht zu besuchen pflegen.« 1790 Oct. 17

Die westpreussische Regierung. Marienwerder November 3. Nov. 3
Mundum, gezeichnet von Schleinitz, Meyer, Schmiedeberg, Scheibler, Ziegenhorn, Fincke, Marggraff, Büsching, Gentzkow.

Berichten, »wie die Einrichtung . . . in Ansehung der katholischen Schulen deshalb noch nicht getroffen worden, weil wir in dem Normal-Rescript vom 23. December 1788 nicht ausdrücklich darauf angewiesen worden und unsers Wissens auch bis jetzt keine Jünglinge von diesen Schulen unmittelbar auf die Universitäten gegangen sind, indem die Subjecta, welche im Justiz-Fach mit der Zeit employiret werden wollen, grösstentheils noch vorher die protestantischen Schul-Anstalten besuchen, diejenigen aber, die sich der Theologie widmen wollen, auf keine Universitäten gehen, sondern sich in ihren Seminarien dazu vorbereiten lassen. Indessen haben wir dem Bischof von Culm, Grafen v. Hohenzollern, als dem alleinigen Aufseher über alle etwanige katholische gelehrte Schulen, wohin die sogenannte Academie zu Culm und die sämmtliche aus den ehemaligen Jesuiter-Collegiis entstandene Gymnasia zu rechnen sind, nunmehr die Normal-Verordnung mit der Anweisung bekannt gemacht: wenn dergleichen Jünglinge von einer oder der andern Schule auf die Universität abgehen wollen, selbige ein halbes Jahr vorher uns namentlich anzuzeigen, damit deren vorschriftsmässige Prüfung zur geordneten Zeit veranstaltet werden kann.

»E. K. M. bitten wir jedoch . . ., uns darüber . . . zu bescheiden, ob wir zu dergleichen Prüfungen in den katholischen gelehrten Schulen auch Commissarios protestantischer Religion ernennen können, weil es an dergleichen Männern, die sich durch ihre bekannte Gelehrsamkeit zu diesem Auftrage qualificiren, unter den katholischen Glaubens-Verwandten an einigen Orten mangeln dürfte.«

Das Ober-Schul-Collegium. Berlin November 16. Nov. 16
Concept, gezeichnet von Woellner und Gedike. Anweisung von Gedike.

Resolution, »dass zu den Prüfungen der von den katholischen Gymnasien zur Universität abgehenden Scholaren wo möglich immer katholische Commissarien zu nehmen und letztere, *ceteris paribus*, den protestantischen vorzuziehen. Ob übrigens in besondern Fällen, wo kein qualificirtes katholisches Subject zu dieser Commission vorhanden ist, einem protestantischen Commissarius der Auftrag ohne Anstoss zu geben sein dürfte, das wollen wir, bei Eurer Kenntniss des dortigen Locale, Eurer eigenen Beurtheilung lediglich überlassen.

Prüfung unterworfen werden, sondern sich nur höchstens mit einem simplen Attestat über die hinterlegten Studien, nicht anders als hörten sie auf zu studiren, versehen lassen. Die meisten gehen ab, ohne die philosophische Collegia ganz und vollkommen gehört zu haben, welches in den Attesten auch jederzeit angemerkt wird.« Oct. 9

1790 Sept. 22 **435. Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Hoym.** Breslau 1790 September 22.

Staats-Archiv in Breslau (M. R. XIII. 51). Mundum, geschrieben von Beyer.

Prinz Ferdinand übernimmt die Oberaufsicht über die schlesischen Malteser.

»Ich bin mit der Art und Weise, wie Ihr die Forderungen[1]), welche der Malteser-Orden an seinen General-Procurator, den Baron v. Hemm, macht, nach Euerer Anzeige vom 20. d. ins Licht gestellt und die Sache arrangirt habt, sehr wohl zufrieden und genehmige zugleich[2]) gern, dass des Prinzen Ferdinand Lbd., als Ordensmeister von Sonnenburg, für Ihre Person und ohne Präjudiz der schlesischen Maltheser-Ritter und -Ordens die Oberaufsicht und General-Procuratur über dieselbe übernehme. Zu dem Ende trage Ich Euch hierdurch auf, alles darunter weiter Erforderliche zu besorgen oder zu veranlassen.«

Oct. 4 **436. Etats-Minister Woellner an den Grafen von Hohenzollern, Bischof von Kulm.** Berlin 1790 October 4.

R. 7. B. 23. CC. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Woellner und Scholz, Anweisung von letzterem.

Kann keine Ausdehnung des vom Könige bewilligten Sterbejahrs zugestehen.

. . . »Da . . . S. M. in der Cabinets-Ordre vom 7. Januar 1787[3]) . . . namentlich nur das Sterbejahr, und zwar insofern als solches keine Neuerung macht, zu verwilligen resolviret; dergleichen Vergünstigungen jedoch nur bei Sterbefällen, nicht aber, wenn das Beneficium durch Versetzung oder auf andere Weise offen kommt, gewöhnlich sind; dabeneben auch die Concession vom 30. März 1787[4]) ausdrücklich nur auf eine Disposition über Dero bischöfliche und abteiliche Revenüen ein Jahr nach Dero Tode gerichtet ist: so werden E. H. . . . von Selbst ermessen, dass es nicht bei dem Geistlichen Departement stehet, sothane Vergünstigung aus eigener Macht auf andere Eröffnungs-Fälle, welche nicht durch den Tod entstehen, zu extendiren.«

---

1) Betrafen überwiegend Geldzahlungen.

2) Maisonneuve hatte dem Minister Hoym den Wunsch vorgetragen, der König möge »dem Prinzen Ferdinand als Ordens-Meister von Sonnenburg für seine Person und ohne Präjudiz der schlesischen Malteser-Ritter und -Ordens auftragen und erlauben, die Oberaufsicht und General-Procuratur über dieselbe
Sept. 20 zu übernehmen.« In Hoym's Bericht heisst es weiter: »Die geringe Anzahl der schlesischen Ritter, unter denen nicht immer einer ist, der dazu tauglich sei, und der daher entstehende gänzliche Verfall der Zucht und Beeinträchtigung der Vorrechte des Ordens bewegen ihn zu diesem Schritte. Diese Einrichtung kann... nicht anders als sehr vortheilhaft sein, theils um eine mehrere Trennung von den auswärtigen Ordensgliedern zu bewürken, theils um bei dem Orden selbst in Schlesien mehr Ordnung einzuführen.«

3) No. 30. 4) No. 92.

---

437. Etats-Minister Hertzberg an den Nuntius Pacca. Berlin 1790 October 19. 1790 Oct. 19

R. 10. 87. C. 1. Abschrift, deren Fehler ohne Weiteres verbessert sind.

Rom und die Wahl-Capitulation.

»Je demande excuse à V. E. de ce que je fais une réponse si tardive à la lettre, qu' Elle m'a fait l'honneur de m'écrire en date du 27. août, pour empêcher l'insertion d'une note préjudiciable contre les nonciatures. J'ai différé cette réponse tant à cause de mes occupations et de mes voyages en Silésie que parceque nos ambassadeurs à la diète d'élection étaient instruits et que j'ai attendu le résultat de la nouvelle capitulation. V. E. aura vu par cette capitulation même[1]), qu'il n'y a été rien statué de contraire aux prétentions de la cour de Rome touchant l'affaire des nonciatures, mais qu'elle a été renvoyée à la discussion de la diète de l'Empire, où les intérêts de votre cour seront moins exposés que dans la diète d'élection. C'est principalement une suite du suffrage de l'électeur de Brandenbourg. Si on a inséré d'autres clauses, qui ne sont peut-être pas agréables à votre cour, elles ne contiennent pourtant rien de décisif, et la voix de Brandenbourg n'a pas pu empêcher la pluralité. Elle a toujours été donnée selon les règles les plus exactes de l'impartialité et de la justice.«

---

438. Etats-Minister Hoym an das bischöfliche Vicariat-Amt zu Breslau. Breslau 1790 November 27. Nov. 27

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 67). Concept.

Keine Aufdringung eines evangelischen Schulhalters!

»Nachdem ich dem Landrath Rosenbergschen Kreises v. Pritzelwitz über die Beschwerde eines *p.* fürstbischöflichen Vicariat-Amtes vom 14. v. M. wegen des der katholischen Gemeinde zu Schoenwalde und Kamien angemutheten evangelischen Schulhalters Bericht und Verantwortung abgefordert[2]), so hat derselbe diese intendirte Anstellung zwar dadurch zu entschuldigen gesucht, dass die dortige Gemeinde dem Dominio überlassen, einen andern Schulhalter an des unbrauchbaren Gruber Stelle nach Willkür anzusetzen. Da es indessen ganz vorschriftwidrig bleibt, bei einer katholischen Gemeinde einen evangelischen Schulhalter anzustellen und ein *p.* fürstbischöfliches Vicariat-Amt den von dem Erzpriester Schulen-Inspectore Jarosch in Vorschlag gebrachten Werner zu diesem Schuldienst tüchtig findet, so habe ich dem Landrath *dato* aufgetragen, nicht nur wegen dessen Anstellung das Gewöhnliche zu besorgen, sondern auch das Dominium dahin

---

1) S. 510 ff.

2) In dem Schreiben (Breslau 19. October) heisst es: »Ich begreife nicht, wie ein Dominium auf einen so sonderbaren Einfall zu unsern Zeiten gerathen kann, da doch S. Majestät jede Religion geduldet und keinen Gewissenszwang in Dero Staaten gestattet wissen wollen.« Oct. 19

1790 Nov. 27 zu disponiren, dass es auch zum Beweise seiner nur angerühmten toleranten Gesinnungen zu dessen Unterhaltung den zu seiner Verbesserung nöthigen Beitrag leiste.«

Dec. 13 **439.**[1]) **Ministerial-Erlass an die westpreussische Regierung.** Berlin 1790 December 13.

R. 7. B. 2L. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Carmer.

Lutheraner müssen den Decem an katholische Kleriker zahlen.

»Ihr empfanget . . . eine Vorstellung der lutherischen Unterthanen des Domänen-Amts Kischau . . . wegen der ihnen rechtskräftig zuerkannten Entrichtung des Decem an den katholischen Propst Schulz zu Alt-Kischau und der verhängten Execution in Ansehung des Rückstandes dieses Decem. Wir befehlen Euch darauf . . ., wegen Bezahlung des Rückstandes solche billige Termine mit Aufhebung der Execution zu setzen, dass die Supplicanten im Nahrungs-Stande erhalten werden, übrigens aber die Supplicanten aus den verhandelten Acten umständlich zu bescheiden und die hier angeführten Gründe, die sich aus den Acten und eigenem Anführen der Supplicanten leicht widerlegen lassen werden, zu widerlegen.«

---

440. Ministerial-Erlass an die mörsische Regierung. Berlin 1790 December 13.

Mörs Eccles. Concept, gezeichnet von Carmer und Heinitz. Anweisung von Svarez.

Die Krefelder Katholiken dürfen einen Deputirten wählen, der die Abgaben-Vertheilung der reformirten Landes-Vorsteher beaufsichtigt.

Sendet Beschwerde der römisch-katholischen Eingesessenen des platten Landes in der Herrlichkeit Crefeld, gegen das Rescript vom 14. Juni. »Ob nun gleich die in dieser Vorstellung enthaltenen Gründe eine Abänderung des in gedachtem Rescript genommenen Beschlusses zu bewirken nicht hinreichen, . . . so wollen Wir dennoch, um die Supplicanten auch gegen jeden Schein einer Besorgniss, als ob aus Secten-Hass Prägravationes in der Vertheilung und Einforderung der öffentlichen Abgaben und Prästationen entstehen könnten, sicher zu stellen, nachgeben, dass aus den katholischen Einwohnern ein Deputirter gewählt werden möge, welcher berechtiget ist, von allen vorkommenden Geschäften, besonders von den durch die Landes-Vorsteher besorgten Ausschreibungen und Repartitionen der öffentlichen Abgaben und übrigen Lasten Kenntniss zu nehmen und, wenn er dabei Ungleichheiten und Begünstigungen zu bemerken vermeinet, davon den competenten Instanzen zur nähern Untersuchung und Abhelfung An-

---

1791 Febr. 21 1) Ähnlich die Resolution des Geistlichen Departements für die evangelisch-lutherische Gemeinde zu Briesenitz und Jagdhaus, Berlin 21. Februar 1791, betr. die Abtragung des dem katholischen Schulmeister zuerkannten Gehaltes (R. 7. B. 54. A).

zeige zu machen. Dagegen muss sich aber ein solcher Deputatus aller weiteren Einmischung und Theilnahme bei der Bearbeitung der Geschäfte selbst und bei den übrigen Functionen der Landes-Vorsteher gänzlich enthalten und kann für sein Officium auf irgend eine dem Lande und den Einsassen lästige Remuneration keinen Anspruch machen« . . . 1790 Dec. 13

---

441. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Hertzberg. Berlin 1790 December 26. 1790 Dec. 26

R. 96. 147. E. Mundum.

Abschied von Guiccioli.

»Le chargé d'affaires du pape, le comte de Guiccioli, a ordre de quitter Berlin et de se rendre bientôt à Dresde. Comme il n'a pas pu faire sa cour aujourd'hui à V. M., il s'estimerait fort heureux, si V. M. voulait lui accorder à un autre jour un moment d'audience et Se le faire présenter, pour qu'il puisse se congédier d'Elle et la remercier du gracieux accueil, qu' Elle lui a fait, et Lui recommander les intérêts de la religion catholique. J'ai cru ne devoir pas refuser au comte de Guiccioli de faire parvenir à V. M. ses souhaits.«

Eigenhändige Rand-Verfügung des Königs:

»je peu me le faire prefenter ce foir a la Cour, une Audiençe de Congé ne convient pas netant que chargé dafaire.«

---

442. Immediat-Bericht des Etats-Ministers Woellner. Berlin 1791 Januar 13. 1791 Jan. 13

R. 96. 240. B. Eigenhändiges Mundum.

Tadel des Bischofs von Ermland, Lob des Bischofs von Kulm.

»Wenn der Bischof von Ermeland [1]) mit einem Coadjutor ankommen sollte, so würde ich mir unterstehen, bei E. K. M. dahin . . . anzutragen, ihm solches zu refusiren, weil er nichts weniger als gut preussisch gesinnet, sondern *un mauvais sujet en tout sens* ist. Er soll unter andern von sehr vielen katholischen Kirchen im Ermeländischen Geld [2]) geborget haben, und wenn er stirbt, so sind diese Kirchen um das ihrige. Ich lasse mich daher vorerst unter der Hand darnach erkundigen, und sobald ich meiner Sache gewiss bin, werde ich die Kirchen-Vorsteher in Strafe [3])

---

1) Krasizki.

2) 8084 Rthlr. 39 Gr. Die Einnahme des Bischofs betrug 24000 Rthlr.; davon musste er allein seinen auswärtigen Gläubigern 8000 Rthlr. abgeben. Bericht des ostpreussischen Etats-Ministeriums an das Geistliche Departement, Königsberg 24. März (R. 7. B. 16. B). März 24

3) Wurde angedroht in dem Erlasse des Geistlichen Departements an das ostpreussische Etats-Ministerium, Berlin 31. Januar (R. 7. B. 16. B). Jan. 31

1791 Jan. 13 nehmen, ihm aber andeuten, die ohne Consens des Geistlichen Departements aufgenommenen Gelder sogleich zu erstatten oder gewärtig zu sein, dass ich Arrest auf seine Revenus lege. Der gute Graf v. Hohenzollern verdienet daher wohl in aller Absicht, dass E. K. M. einige Gnade für ihn haben und ihn wegen seiner Besorgniss[1]) zu rassuriren geruhen.«

Jan. 25 **443. Die »geldernsche Landtages-Commissarien Kammer-Präsident v. Buggenhagen und Geheimer-Rath v. Plesmann« an das Geistliche Departement.** Geldern 1791 Januar 25.

Geldern Eccles. Mundum.

Bittet, nach dem Wunsche der geldernschen Ritterschaft, Ausländer aus Kur-Köln, Jülich und Berg zu den geldernschen Pfründen zuzulassen.

Bezugnahme auf den Erlass vom 6. Juli 1780.[2])

»Da nun durch diese generale Bestimmung auch die aus denen benachbarten kurcöllnischen wie auch jülich- und bergischen Landen gebürtige, worauf der anfangs erwähnte . . . Antrag nicht gegangen, von allen geistlichen Beneficien im Geldernschen ausgeschlossen sind, so haben die Landstände, besonders die ritterschaftliche Mitglieder derselben, worunter die beträchtliche gräfliche Familien v. Hoensbroeck, v. Schaesberg, v. Hatzfeldt und v. Schellard, sowie die nicht minder ansehnliche freiherrliche Familien v. Loë, v. Doornick, v. Bentinck, v. Wymar, v. Nagel und andere sind, welche alle grosse Güter im Kurcölln-, Jülich- und Bergischen besitzen, wiederholentlich[3]) die triftigste Vorstellungen gethan, dass sothanes Verbot wenigstens in Ansehung eben erwähnter Ausländer limitiret und ihnen gestattet werden möchte, die im Geldernschen zu vergeben habende geistliche Pfründen auch an geschickte Subjecta aus besagten Landen vergeben zu dürfen, zumalen dergleichen sich nicht immer im Geldernschen hinlänglich auffinden lassen, mithin schon verschiedene Beispiele vorhanden wären, dass eben deshalb für ein und ander Ausländer speciale Dispensationes . . . nachgesuchet werden müssen und ertheilet worden.

»Dieses ist in der Wahrheit gegründet und zeigen die Registraturen beider geldernschen Landes-Collegien.

»E. K. M. geruhen, es uns demnach zu Gnaden zu halten, dass, da wir allerhöchsten Orts angewiesen sind, die landständische Gravamina anzunehmen und an die höchste Behörden gelangen zu lassen, wir es auch wagen, in dieser dem Lande wirklich interessanten Angelegenheit die so vielfältig wiederholet werdende Beschwerden einer so distinguirten Ritterschaft, welche bei allen andern Vorkommenheiten sich in der getreuesten Devotion gegen E. K. M. ausgezeichnet und davon noch kürzlich die überzeugendste Merkmale gegeben hat, Höchstdenenselben zu Füssen zu legen

---

1) Dieser, Bischof von Kulm, wünschte Krasizki's Nachfolger zu werden.
2) S. Band 5, 383. 3) Vgl. unter dem 10. Januar 1789.

und zu bitten, dass selbiger die so sehnliche gewünschet werdende Limitation accordirt werden möge, und zwar um so mehr, als es bekannt, dass in dem Kur-Cöllnischen, Jülich- und Bergischen seit einigen Jahren die Aufklärung und Toleranz grosse Fortschritte machet und es einen heilsamen Einfluss auf den hiesigen National-Charakter haben wird, wann es E. K. M. . . . gefallen möchte, zu gestatten, dass mehrbesagte ansehnliche Ritterschaft, deren einige zwanzig gegen die nur geringe Anzahl von sechs eben nicht uneigennützige Städte-Deputirten[1]) zum geldernschen Landtage berechtiget sind, auch kur-cöllnische, jülich- und bergische tüchtige Subjecta zu denen geistlichen römisch-katholischen Pastoraten und Pfründen, wovon sie Patroni sind, berufen dürfen. 1791 Jan. 25

»Es sind deren überdem in dem Preussisch-Geldernschen eine so grosse Anzahl, dass sich dazu nicht allezeit tüchtige eingeborne Subjecta hinlänglich finden lassen. Wobei eine wichtige Bemerkung Statt findet, dass noch sehr viele Brabänder wirkliche Pastoraten bedienen, welche von dem seit einigen Jahren in denen österreichschen Niederlanden herrschend gewesenen fanatischen Patriotismo dermaassen angestecket sind, dass selbige in der genauesten Aufsicht gehalten werden müssen, auch überdem denen Sätzen des Tridentinischen Concilii so bitter ergeben sind, dass von ihnen nie einige Aufklärung zu hoffen stehet.

»Dem geldernschen Schul-Institut kann solches auch keinen Nachtheil verursachen, es wird vielmehr eine Ämulation befördern, wann die Eingeborne nicht ein gänzlich ausschliessendes Recht zu allen und jeden der grossen Menge von geistlichen Pfründen haben, sondern wissen, dass nur Fleiss und Geschicklichkeit ihnen den Vorzug geben könne.

»E. K. M. . . . Beurtheilung unterwerfen wir alles dieses, und ob nicht ohne weitere Rückfrage dem Gesuche der geldrischen Ritterschaft . . . zu deferiren.«

Resolution für die lutherische Gemeinde zu Briesenitz und Jagdhaus, s. unter dem 13. December 1790. Febr. 21

Bericht der tecklenburg-lingenschen Kammer-Deputation, s. unter dem 24. December 1789.

444.[2]) Übereinkunft zwischen dem Prinzen Ferdinand von Preussen und dem Malteser-Comthur Maisonneuve. Berlin 1791 März 31. März 31

R. 46. B. 168. O. Unterzeichnet und besiegelt. Maisonneuve zeichnet als *Ministre plénipotentiaire de Malte à ce autorisé par le grand-maître.*

Bestimmungen für die schlesische Malteser-Provinz.

»Sa M. Prussienne ayant trouvé dans la déclaration du 22. mai 1789, qu'il y avait des inconvénients à ce que les chevaliers de l'ordre de

1) Vgl. unter dem 13. Januar 1789.

2) Der König confirmirt diese Artikel, »autant qu'ils ne sont pas contraires et dérogatoires aux droits du souverain et aux statuts de l'ordre.«

1719 März 31 St.-Jean de Jérusalem établis en Silésie allassent aux séances capitulaires en Bohême, et le roi voulant cependant, que lesdits chevaliers accomplissent tous leurs devoirs [et] soient soumis à tous les statuts de l'ordre, S. M. voulant en même temps conserver dans Ses États tous les priviléges et immunités de cet ordre, a jugé à propos d'attribuer à S. A. R. Mgr. le prince Ferdinand de Prusse, grand-prieur de Sonnenbourg, la surveillance des chevaliers de Silésie et de l'administration des commanderies situées dans cette province, sauf les droits du grand-maître, les priviléges et immunités de l'ordre tels qu'ils sont en usage dans la langue d'Allemagne.

»S. A. Sérénissime et Éminentissime le grand-maître de Malte, empressé de suivre les intentions de S. M., et par un effet de Sa confiance personnelle en S. A. R. Mgr. le prince Ferdinand, adopte cette nouvelle forme d'administration et a donné à son ministre plénipotentiaire près S. M. Prussienne le chevalier de Maisonneuve, commandeur de la commanderie de St.-Jean de Malte, plein pouvoir de rédiger, proposer et signer les articles suivants, dont l'observation exacte est nécessaire à la conservation de ses droits et qui doivent être ratifiés à Malte par le grand-maître, avant d'avoir leur exécution.

»Il sera dressé trois copies du présent traité, dont l'une demeurera entre les mains de S. A. R., la seconde sera envoyée à Malte, pour y être ratifiée, et la troisième demeurera aux archives de l'assemblée provinciale de Silésie.

»Art. I. S. A. R. Mgr. le prince Ferdinand aura le droit de convoquer et de rassembler près de sa personne les commandeurs et les chevaliers profés de la Silésie, pour en former une assemblée provinciale, dans laquelle seront discutées toutes les affaires de l'ordre de St.-Jean de Jérusalem dans cette province. Le procureur général ou tel autre agent, nommé par le grand-maître, y sera le rapporteur né de toutes les affaires, qui y seront décidées à la pluralité des voix, en observant, qu'en cas de parité S. A. R. en aura deux pour la décision. Toutes les affaires discutées et terminées selon les termes des statuts, coutumes et priviléges de l'ordre auront leur effet sans délai, dès qu'on pourra s'appuyer du livre des constitutions, qui sera déposé à cet effet dans le lieu d'assemblée. Lorsque les affaires sortiront de l'ordre ordinaire, les résolutions devront être envoyées à Malte, avant d'être exécutées.

»Art. II. Tous les statuts, lois, priviléges de Malte, contenus dans le livre des constitutions, seront fidèlement exécutés. Il est cependant nécessaire de statuer ici les articles suivants.

»Art. III. La réception des chevaliers, les preuves se feront selon l'usage de la langue d'Allemagne et du grand-prieuré de Bohême.

»Art. IV. Le droit de passage sera payé tel qu'il est d'usage dans le prieuré de Bohême.

»Art. V. Les chevaliers accompliront fidèlement les caravanes[1]) ordinaires et la résidence de cinq années à Malte. 1791 März 31

»Art. VI. Nul ne pourra posséder des commanderies, sans avoir rempli tontes les conditions précédentes et fait la profession religieuse.

»Art. VII. A la mort de chaque commandeur la dépouille mortuaire appartiendra au commun trésor de Malte, et le procureur général ou l'agent du grand-maître nommé à cet effet sera chargé de la recueillir.

»Art. VIII. Le vacant, c'est-à-dire une année entière du revenu de chaque commanderie, à dater du 1. mai après la mort du commandeur jusqu'au 1. mai suivant, appartiendra au trésor de la religion et sera administré par le procureur général.

»Art. IX. Le mortuaire, c'est-à-dire le revenu de chaque commanderie depuis le jour de la mort d'un commandeur jusqu'au 1. mai suivant, sera remis au tresor commun de la religion.

Art. X. Les annates, c'est-à-dire deux années entières du revenu de chaque commanderie donnée de grâce, appartiendront et seront payées au trésor de la chambre magistrale, ainsi que tous les droits y appartenants.

»Art. XI. Tous les commandeurs et chevaliers de Silésie seront comptables de leur conduite, de leur administration à l'assemblée provinciale présidée par S. A. R., et après avoir été avertis de leurs devoirs, sur leur refus de s'y soumettre, ils seront soumis à toutes les lois de rigueur portées par les statuts, dont S. M. veut maintenir l'exécution entière dans Ses États.

»Art. XII. Le présent traité ne sera valable qu'autant qu'il sera confirmé par le grand-maître, et sera renouvelé à chaque mutation de grand-prieur de Sonnenbourg.

»Art. XIII. L'agent du grand-maître en Silésie sera nommé et breveté par le grand-maître et payé des deniers de la religion.«

---

445. Schriftwechsel zwischen dem Geistlichen Departement und dem Auswärtigen Departement. Berlin 1791.

Lingen Eccles.

Die Bestellung der katholischen Geistlichen in Lingen.

Das Geistliche Departement. Mai 2. Mai 2

Concept, gezeichnet von Woellner.

Nach den Berichten der lingenschen Regierung »hat es seine Richtigkeit, dass wirklich seit der im Jahre 1717 ertheilten Concession[2]) zum Privat-Religions-Exercitio die Missionarien allemal von dem päpstlichen Nuntio zu Brüssel aus denen ihm von dem Erzpriester vorgeschlagenen

1) Erster Kriegszug gegen die Ungläubigen.

2) Band 1, 873.

1791 Mai 2 Subjectis genommen und bestätiget worden. Diese Verfahrungsart ist indessen bloss *connivendo* und dadurch eingeschlichen, dass die Regierung sich der ihr zukommenden Oberaufsicht über das Religionswesen nicht unterzogen oder unterziehen wollen; woraus aber die Nuntien sich einer geistlichen Gewalt oder gar eines Collations-Rechts nicht anmaassen dürfen, und das Geistliche Departement hat, als demselben von den daraus entstandenen Missbräuchen Anzeige geschehen, schon *anno 1779* verordnet[1], dass in Zukunft die Regierung sich von dem Erzpriester drei qualificirte Subjecte vorschlagen lassen und selbst den tüchtigsten daraus wählen solle. Diese Vorschriften haben jedoch um deswillen nicht in Ausübung gebracht werden können, weil einige Vorsteher unter dem falschen Vorgeben, dass in der Grafschaft Lingen den katholischen Gemeinden das Patronat und die Wahl zustehe, bei des hochseligen Königs Maj. *sub dato* den 25. Mai 1780 eine Cabinets-Resolution [2] an die lingensche Regierung ausgewirket, worin befohlen wird, dass den Gemeinden die freie Wahl ihrer Beichtväter und Prediger gelassen werden solle.

»Da der Nuntius zu Coeln auf besagte Cabinets-Ordre fusset, so ist zur geschwindern Einsicht eine Abschrift davon beigelegt, aus welcher EE. EE. ermessen werden, dass diese ohne Berichtserforderung auf einseitigen falschen Vortrag erschlichene Resolution zum Vortheil des Nuntii nichts entscheidet, indem seiner darin nicht gedacht, weniger von einer ihm zukommenden Wahl daselbst die Rede ist. Was den Antrag der Regierung in dem communicirten Bericht betrifft, den Erzpriester mit der Cassation und wohl gar mit Einziehung der landesherrlichen Concession *de 1717* zu bedrohen, so nimmt das Geistliche Departement billig Anstand, zu dergleichen Mittel zu schreiten, indem die dem Erzpriester beigemessene Aufwiegelungen und Anhetzungen des Nuntii zwar nicht unwahrscheinlich sind, im Grunde aber doch nur auf Muthmaassungen beruhen, die Einziehung der Concession dahingegen ohne allerhöchste Genehmigung nicht zu realisiren, auch, darauf anzutragen, nicht rathsam sein möchte, weil man durch dergleichen violente Mittel in einem ganz katholischen Lande leicht Aufstand erregen oder Auswanderungen veranlassen könnte.

»Den neuern, in einem allererst gestern eingegangenen . . . Berichte geschehenen Vorschlag der Regierung, sich wegen Ansetzung der Missionarien an den Bischof in Breslau zu verwenden, haben EE. EE. wegen der allzu grossen Entfernung ehehin schon verworfen. Dagegen dürfte aber vielleicht noch die Frage in Erwägung zu ziehen sein, ob man nicht der Concurrenz eines fremden Bischofs überall entübrigt sein und dadurch allen hieraus entstehenden Schwierigkeiten entgehen könne, wenn man die im Lingenschen offen kommende Missionarien-Stellen mit schon ordinirten Geistlichen zu besetzen suchte, welche die Regierung sich aus den an

1) Band 5, 291. 2) Band 5, 372.

nächsten belegenen königlichen Provincien zu verschaffen bemühet sein müsste, zuvor aber wegen der etwa vorkommenden Bedenklichkeiten mit ihrem Gutachten zu vernehmen und dabei anzuweisen sein dürfte, Erkundigung einzuziehen, wie man sich bei der cleveschen Regierung, welche gleichfalls keinen Diöcesanum anerkennt, in diesem Stück bisher benommen hat«. . . 1791 Mai 2

Das Auswärtige Departement. Mai 15. Mai 15

Mundum, geschrieben von den Etats-Ministern Finckenstein, Hertzberg, Friedrich Wilhelm Graf v. d. Schulenburg-Kehnert und Philipp Karl Graf v. Alvensleben.

. . . »Den Antrag der lingenschen Regierung, sich wegen der Ordination der Missionarien an den Bischof zu Breslau zu wenden, können wir bei der grossen Entfernung des letztern nicht annehmlich finden, und, so viel die Präsentation eines geweiheten Priesters betrifft, so wird dadurch zwar das *scrutinium in ordine faciendum*, d. i. vor der Ordinirung, vermieden, aber die Ertheilung der geistlichen Gewalt für ihn als Missionarium muss doch immer vom Nuntio ertheilet werden. Diese aber erfordert kein Scrutinium, und es fällt also der Vorwand des Nuntii weg, mehrere Subjecta zu verlangen«. . .

Erlass an die tecklenburg-lingensche Regierung, s. unter dem 24. December 1789. Mai 16

---

446. Schriftwechsel zwischen der klevischen Regierung und dem Auswärtigen Departement. 1791.

R. 34. 69 und R. 34. 52. B.

Katholische Geistliche studiren und nehmen die Weihen in Köln.

Die klevische Regierung. Kleve Mai 24. Mai 24

Abschrift.

»Bei Gelegenheit einer dem *advocato fisci* v. Oven *iun.* aufgetragenen Untersuchung hat sich gezeiget, dass ein gewisser katholischer Canonicus zu Cranenburg mit Namen Heyming der Jüngere auf einer fremden Universität studirt habe. Ferner hat gedachter Fiscal in Erfahrung gebracht, dass nach einem von dem jetzigen Kurfürsten zu Cölln ergangenen Befehl niemand die Priester-Weihe erlangen könne, welcher nicht eine bestimmte Zeit in dem Seminario zu Cölln sich aufgehalten habe, und dass dieses auch zur merklichen Beschwerde auf die hiesige Unterthanen, welche gewöhnlich die Weihungen zu Cölln zu suchen und zu nehmen pflegen, gezogen und ausgebreitet werden wolle«. . . Oven stellt anheim, »ob und inwieweit gegen die hiesige Unterthanen, welche sich den Anordnungen des Kurfürsten zu Cölln gefüget haben, sowohl als auch besonders gegen den Canonicum Heiming wegen seines Studirens auf einer auswärtigen Universität eine Untersuchung anzustellen sein werde.

»Wegen der dem *advocato fisci* hierauf zu ertheilenden Resolution

1791 Mai 24 finden wir uns aber in keiner geringen Verlegenheit, weil in E. K. M. Reichslanden keine Universität sich findet, worauf die Katholischen die Theologie studieren können, eben wenig ein Bischof, welcher ihnen die Priester-Weihe zu ertheilen im Stande sei, gleichwohl [die] katholische Religion besonders das Letzte wesentlich erfordert, wie auch schon vorhin das Capitel zu Xanten in einem unter'm 23. Januar 1788 an uns erstatteten . . . Bericht . . . weitläuftiger zu zeigen gesucht hat. Wornach wir denn auch nicht im Stande gewesen sind, zu verhindern, dass die katholische Unterthanen in dem benachbarten Cölln theils die Universität daselbst, um die Kenntniss ihrer Religion, theils aber auch, um zu Cölln die Einweihung zum Priesterthum zu erlangen, hätten suchen sollen. Zwar haben wir es freilich nicht ausdrücklich verstatten können, vielmehr, wenn es zuweilen angezeiget worden ist, deshalb Verantwortungen gefordert, allein am Ende es doch wieder dabei belassen müssen, weil wir keine Unmöglichkeit fordern könnten.

»E. K. M. haben wir dieses auch schon mehrmals und besonders bei Gelegenheit des von dem jetzigen Kurfürsten zu Cölln wieder rege gemachten *iuris dioecesani* in dem unterm 29.[1]) April 1788 . . . abgestatteten Bericht umständlicher angezeiget, ohne dass uns bis hieher darauf ein . . . Verhaltungsbefehl zugekommen ist. Weil aber dieser uns desto nöthiger ist, um auch in den beiden zuerst gedachten Fällen eine Vorschrift wegen unsers Verhaltens zu haben, so werden E. K. M. . . . erlauben, dass wir den kurz zuvor erwähnten Bericht wieder in Erinnerung bringen dürfen.«

Juni 15 **Das Auswärtige Departement. Berlin Juni 15.**

Concept, gezeichnet von Finckenstein, Hertzberg und Alvensleben.

Sendet »eine Deduction[2]), in welcher alle Principia und Gründe enthalten sind, wodurch das cölnische Diöcesan-Recht über gedachte Lande gründlich zu bestreiten und zu widerlegen ist. Sie dient zur Beantwortung Eures Berichts vom 29. April 1788, und Ihr werdet daraus zugleich Unsere Gesinnungen in Ansehung der *iurium ordinis* ersehen und inwieweit Wir gemeinet sind, ihre Ausübung von Seiten des Kurfürsten von Cöln nachzugeben. Demnach wollen und müssen Wir *connivendo* geschehen lassen, dass Unsere katholische Unterthanen aus den oben genannten Provinzen auf der Universität, selbst auch in dem Seminario zu Cöln studiren und sich, da sie die Priester-Weihe von ihm empfangen, hierin nach seinen Vorschriften achten. Dieses ist keine Folge der Diöcesan-Gewalt, mithin auch nicht zu befahren, dass diese Nachgiebigkeit weitern Anmaassungen des Kurfürsten Platz geben könnte« . . .

1) Hs.: »20.« 2) Vom Geheimen Legations-Rath Steck, *d. d.* 24. Juni 1788.

447.[1]) **Graf von Hohenzollern, Bischof von Kulm, an das Ober-Schul-Collegium.** Oliva 1791 Juni 3. 1791 Juni 3

R. 76. I. 199. Mundum.

Will Schullehrer und Organisten, ohne Prüfung durch das Schul-Collegium, anstellen.

»Die Revenuen der katholischen Pfarr-Schullehrer und Organisten, denen ich's imgleichen zur Pflicht gemacht, die Jugend zu unterrichten, in meinen Diöcesen sind so unbedeutend, dass sie grösstentheils von denen Pfarrern selbst unterhalten werden müssen und mithin dergleichen Stellen nicht ohne Mühe besetzt erhalten werden können. E. K. M. ist es auch zur Genüge bekannt, dass bis jetzt noch kein Fonds, um ein Schullehrer-Seminarium anlegen zu können, ausgemittelt und folglich dieser Umstand hiedurch noch mehr erschweret werde; dessen ohngeachtet habe ich bis jetzt noch das Glück gehabt, gedachte Stellen besetzt zu sehen mit Leuten, die in der gewöhnlichen Prüfung über Fähigkeiten und Führung bestanden sind.

»Um mich nun des nöthigen Zuflusses solcher Leute für die Folge desto mehr zu sichern, sehe ich mich genöthiget, ganz unterthänigst zu bitten, E. K. M. geruheten huldreichst zu verfügen, dass sie, wenn sie sich dem gewöhnlichen Examen bei mir, bei meinen Consistorien oder bei andern hiezu von mir ernannten Commissarien unterzogen haben, ohne sich bei Allerhöchstdero Provincial-Schul-Collegium zum Examen stellen zu dürfen (denn dieses würde viele dieser Leute von ihrem Vorhaben zurückhalten), durch mich angesetzt und bei Umständen auch versetzt werden können. Meinerseits werde ich's immer für eine meiner heiligsten Pflichten halten, alle meine Kräften aufzubieten, um zu gedachten Stellen Leute ausfindig zu machen, die dem heilsamsten Zweck E. K. M. pflichtmässigst zu entsprechen bemüht sein werden.«

---

448. Das Auswärtige Departement an den Malteser-Comthur Maisonneuve. Berlin 1791 Juni 15. Juni 15

R. 46. B. 168. O. Concept, geschrieben von Lecoq, gezeichnet von Finckenstein, Hertzberg und Schulenburg.

Die Verleihung der schlesischen Malteser-Commenden. Ein Irrthum in der Übereinkunft vom 31. März.

»Le ministre du roi n'a pas manqué de prendre en considération le mémoire présenté par Mr. le commandeur de Maisonneuve, ministre plénipotentiaire de S. A. Éminentissime Mgr. le grand-maître de Malthe le 31. du mois passé et contenant la proposition de rendre alternative la collation des commanderies en Silésies en sorte qu'elle ait lieu une fois de grâce,

---

1) Vgl. unter dem 19. August 1792.

1791 Juni 15 par S. M., et à la vacance suivante de justice, par Mgr. le grand-maître, au plus ancien chevalier silésien.

»S. M. Se trouvant, comme aussi Mr. le commandeur l'a observé lui-même, en possession de conférer tous les cinq ans une commanderie de grâce sur le même pied et de la même manière que les souverains autrichiens et Mgr. le grand-maître l'ont fait précedemment et d'après la renonciation de celui-ci, ce ne serait qu'en désistant d'un droit incontestable que le roi pourrait acquiescer à la susdite demande, et par cette raison le ministère ne saurait, sans manquer à son devoir, lui en faire la proposition. On ne peut disconvenir à la vérité, que le petit nombre de commanderies en Silésie ne rende le cas d'une collation de justice assez rare dans cette province, mais c'est là une suite naturelle de l'état actuel des choses, qui ne peut altérer ni restreindre le droit de collation de S. M.

»Il en est de même de l'avantage plus considérable, que les chevaliers retirent des collations de justice, à raison de l'année des annates, dont dans ces cas ils sont dispensés. En effet il est d'observance, que pour les commanderies de justice l'ordre ne retire que le mortuaire et le vacant, au lieu que pour celles de grâce Mgr. le grand-maître perçoit encore celle[1]) des annates. Mais à cette occasion nous devons observer essentiellement, que dans l'article X. de la convention du 31. mars *a. c.* il paraît s'être glissée une erreur ou se trouver du moins quelqu' obscurité, en ce qu'il semble y être question de deux années d'annates, tandis que pour les commanderies de grâce même il n'y a, outre le mortuaire et le vacant, qu'une année d'annates. Nous supposons par cette raison, que l'intention en rédigeant cet article a été d'y indiquer sous une dénomination commune les deux années complètes, que l'ordre perçoit dans les collations de grâce, le mortuaire ne faisant ordinairement pas une année entière. C'est donc dans ce sens que nous devons entendre cet article, ne doutant point, que Mr. le commandeur de Maisonneuve ne sente de lui-même, que S. M. ne pourrait dans aucun cas acquiescer à un accroissement de charges d'une année de revenu au préjudice notable des commandeurs, ni permettre une innovation pareille, à laquelle Elle n'a jamais entendu consentir.«

Juli 6 **449. Ministerial-Erlass an das bischöfliche General-Vicariat-Amt zu Breslau.** Breslau 1791 Juli 6.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Concept, gezeichnet von Hoym.

Soll die deutschen Theologen zum Erlernen der polnischen Sprache anhalten.

»Wir haben in missfällige Erfahrung gebracht, dass die bei hiesiger Universität etablirten pohlnischen Collegia von den zu solchen angewiesenen Schülern sehr wenig besucht werden, indem sie in dem Wahne stehen, dass, weil Ihr auf solche keine Rücksicht nehmet, ihnen die Licenz zum

---

1) Der Verfasser meint: *la recette.*

weltgeistlichen Stande nicht entgehen könne. Auch besteht ein wichtiges Hinderniss der mehrern Aufnahme dieser Collegiorum darinnen, dass einem *studioso theologiae*, sobald er in das Alumnat aufgenommen worden, untersagt wird, selbige zu frequentiren, indem dadurch die einmal eingeführte Haus-Ordnung des Alumnats gestöret werde. Ohnmöglich hätten wir geglaubt, dass Ihr bei den unter'm 14. Juli 1789 angeführten und in der Folge Euch umständlicher eröffneten Gründen Euch beikommen lassen würdet, die durch den Besuch dieser polnischen Collegiorum intendirte gute Absicht zu hindern, und es bleibt ganz unverantwortlich, aus der zahlreichen Menge der Clericorum, welche in diesem Seminario zu Geistlichen gebildet werden, aller Unserer ernstlichen Verfügungen ohnerachtet auch nicht einmal ein einziges Subject zur Erlernung dieser Sprache in gedachte Collegia geschickt zu haben. Es bleibt dabei, dass künftig, sobald der festgesetzte Termin verlaufen, kein Candidat von der deutschen Zunge zum weltgeistlichen Stande die Licenz erhält, wenn er sich nicht durch das vorgeschriebene Attest ausgewiesen, dass er in diesen Collegiis fleissig und ordentlich gewesen und die pohlnische Sprache erlernt habe. Und wenn Ihr daher Eurerseits versäumet, mit Nachdruck die *studiosos theologiae* zur Frequentirung dieser Lehrstunden anzuhalten, so habt Ihr Euch lediglich beizumessen, wenn das Seelenwohl der oberschlesisch-pohlnischen Katholiken durch die dorthin aus Nieder-Schlesien zu schickenden Geistlichen nicht so gut befördert wird, als es bei der Kenntniss der pohlnischen Sprache geschehen würde. Es müssen deshalb auch schlechterdings die Zöglinge des Alumnats solche frequentiren, und wenn in der innern Einrichtung dieses Instituts dabei einige Hindernisse obwalten sollten, so werdet Ihr selbige schon zu heben wissen, sobald Ihr Euch nur beeifert, diese für Ober-Schlesien so nützliche Sache nicht selbst rückgängig zu machen, sondern solche nach Eurer Pflicht und Schuldigkeit möglichst zu befördern. Wir befehlen Euch daher hiermit . . ., sowohl den katholischen Studiosis deutscher Zunge auf hiesiger Universität die Nothwendigkeit der Erlernung der pohlnischen Sprache zur Erreichung Unserer Allerhöchsten Absicht und zu ihrem eigenen Glück, so viel Ihr nur vermöget, bei jeder Gelegenheit begreiflich zu machen, als auch insbesondere die im *seminario clericorum* sich aufhaltenden Alumnos dazu anzuweisen, auch Uns Anzeige zu machen, was Ihr deshalb und besonders bei dem Alumnat für Maassregeln genommen. Solltet Ihr Euch beikommen lassen, fernere Hindernisse aufzusuchen und geltend zu machen, so werden Wir wider Unsern Willen genöthigt werden, die strengste Ahndung deshalb zu verfügen« . . .

1791 Juli 6

1791 Juli 14 **450. Ministerial-Erlass an die westpreussische Kriegs- und Domänen-Kammer.** Berlin 1791 Juli 14.

Gen.-Direct. (Westpreussen Kirchen- und Schul-S. Gen. 4.) Concept, gezeichnet von dem Etats-Minister Karl Max Ferdinand v. Mauschwitz.

Tadel ihrer Saumseligkeit in Schul-Sachen.

»Wenn Ihr der dortigen Regierung auf das unter'm 28. Januar *a. pr.* an Euch erlassene Rescript die von dem Ober-Schul-Collegio in dessen Schreiben vom 12. *eiusdem mensis* über die Administration des dortigen Schulen-Fonds verlangte Auskunft gleich gegeben und damit nicht 14 Monate lang . . . Anstand genommen hättet, so würdet Ihr jetzt im Stande sein, dem obgedachten Rescripte durch Einschickung der desfallsigen Correspondence eine völlige Genüge zu leisten.

»Eure Saumseligkeit in Bearbeitung der Sachen übersteigt aber alle Grenzen, und Ihr verdientet deshalb mit der grössten Strenge behandelt zu werden. Da Wir indessen noch nicht alle Hoffnung aufgeben können, Euch durch Güte zur Beobachtung Eurer Schuldigkeit zu vermögen, so wollen Wir auch diese unverantwortliche Verzögerung annoch in's Vergessen stellen, aber mit Gewissheit erwarten, dass Ihr Euch bessern und von nun an die zur Bearbeitung vorkommenden Sachen, sie bestehen worin sie wollen, prompt abmachen und nicht Jahre lang liegen lassen werdet. Besonders machen wir es Euch, dem Praesidio, hiermit zur Pflicht, die Räthe hierunter strenge zu controlliren und denjenigen, der sich nachlässig beweiset und weder durch gütliche Erinnerungen noch ernsthafte Verfügung zu seiner Pflicht zurückzubringen ist, Uns sofort anzuzeigen, da sich denn ein solches Subject die daraus entstehenden üblen Folgen und endlich gar den Verlust seines Postens selbst zuzuschreiben haben wird« . . .

Aug. 3 **451. Das Auswärtige Departement an den Malteser-Comthur Maisonneuve.** Berlin 1791 August 3.

R. 46. B. 168. O. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Schulenburg und Alvensleben.

Auslegung der Übereinkunft vom 31. März wegen der schlesischen Malteser-Commenden.

»Le ministère du roi prend l'article X de la convention signée le 31. mars de cette année relativement aux commanderies de Silésie dans le même sens, que lui donne Mr. le commandeur de Maisonneuve, ministre plénipotentiaire de S. A. Éminentissime Mgr. le grand-maître de Malte, dans le mémoire présenté le 27. juin. Comme cette explication ôte l'ambiguité, à laquelle la disposition dudit article semble être sujette, le ministère n'hésite pas à y adhérer et y acquiescer. En conséquence de cette interprétation, conforme à l'observance, 1° les commanderies de justice après le décès du pourvu resteront sujettes a) au mortuaire, b) au vacant; 2° les commanderies données et conférées de grâce demeureront assujetties a) au

mortuaire, b) au vacant d'une année, c) aux annates d'une année, ou à deux anneés d'annates, le vacant n'ayant pas lieu, étant exclu ou compris sous les deux années d'annates.« 1791 Aug. 3

---

452. Das Auswärtige Departement an den Malteser-Comthur Maisonneuve. Berlin 1791 August 9. Aug. 9

R. 46. B. 168. O. Concept, geschrieben von Steck, gezeichnet von Schulenburg und Alvensleben.

Das Nachlass-Recht des Malteser-Grossmeisters.

»Le droit de dépouille des commandeurs décédés, dont jouit S. A. Ém. le grand-maître de Malte, n'ayant été jamais révoqué en doute ni contesté à l'égard des commandeurs de la Silésie, le ministère du roi a jugé superflu d'en faire mention dans sa note du 3. du mois courant. La convention signée le 31. mars de cette année l'assure et le confirme expressément, et il n'a aucunement besoin d'un aveu ou d'une reconnaissance de sa part, n'ayant jamais été un objet de la discussion« . . .

---

453. Eingabe des Marquis Hoensbroeck, Bischofs von Roermonde. Roermonde 1791 August 12. Aug. 12

Geldern Eccles. Abschrift.

Beschwerde über das geldrische Justiz-Collegium.

»Da E. K. M. Conseil, auch *vulgo* sogenanntes Justiz-Collegium zu Geldern, sich angemaasset, mir ganz widerrechtlich allerlei Attentata und Eingriffe in meine durch den Utrechter Friedensschluss[1]) und Venloschen Tractat[2]) gleichwohl völlig gegründete und bewährte bischöfliche Gerechtsame und Jurisdiction zuzufügen, so habe mich gedrungen gefunden, darüber bereits unter'm 21. April, 28. Mai und 4. August 1789[3]) sowohl vor E. K. M. höchstem unmittelbaren Thron als bei Höchstdero Geh. Cabinets-Ministerio meine höchst gegründete Beschwerden gelangen zu lassen und um allerhöchste Remedur und Protection hierunter unterthänigst anzusuchen. Ich bin auch theils benachrichtiget, dass von E. K. M. höchstem Thron meine Beschwerde damals an ein hohes Geh. Cabinets-Ministerium zur weitern Verfügung gelanget, theils ist dem an E. K. M. höchstem Hofe accreditirten päpstlichen *envoyé extraordinaire* Grafen v. Guiscioli[4]) auf Sr. Päpstl. Heiligkeit Auftrags gemäss für mir eingelegte Intercession die hierunter zu erfolgende rechtliche Remedur zugesichert worden. Es sind aber nun schon über zwei Jahre verflossen, und ich sehe mich noch nicht im

---

1) Band 1, 410.

2) Vom 7. September 1543, zwischen Karl V. und Herzog Wilhelm von Kleve; s. *Teschenmacheri Annales Cliviae etc. Codex diplomaticus* p. 165.

3) Die Schreiben sind nicht nachzuweisen. 4) Guiccioli.

1791 Aug. 12 geringsten über meine Beschwerden mit höchster Resolution consoliret; vielmehr lässet Eingangs gedachtes Justiz-Collegium nicht nach, seine Attentata zu continuiren und mir meine Gerechtsame mehr und mehr zu infringiren und zu schmälern, welches mich höchst vermüssiget, zu E. K. M. hiemit anderweit meine submisseste Zuflucht zu nehmen und unter nochmaliger Inhärirung vorgedachter meiner Beschwerden . . . zu bitten, . . . nunmehro mir höchsten Schutz bei meiner in öffentlichen Friedensschlüssen und Tractaten wohl fundirten Gerechtsame und bischöflichen Jurisdiction angedeihen, mithin an Höchstdero Justiz-Collegium zu Geldern den nöthigen Befehl deshalb ergehen zu lassen.«

Aug. 16 **454. Etats-Minister Alvensleben an den Abt Antoine de Pauw in Xanten.** Berlin 1791 August 16.

R. 34. 268. Concept, gezeichnet von Schulenburg und Alvensleben.

Die vorgeschlagene Unterdrückung des Karthäuser-Klosters in Xanten ist unzulässig.

Antwort auf seine Denkschrift, welche zeigen soll »l'utilité de la suppression du couvent des Chartreux à Xanten et les droits de S. M. le roi de s'y porter.

»Mais j'avouerai avec franchise, que je ne saurais être tout-à-fait de votre avis, surtout à l'égard du second de ces deux points. Les traités ou recez de religion, qui subsistent au sujet de la constitution spirituelle et ecclésiastique des quatre pays unis de Juliers, de Bergue, de Clèves et du comté de la Mark entre les souverains desdits États[1]), ne permettent à aucun d'eux de faire des innovations ou changements quelconques, qui pourraient y porter préjudice. C'est pourquoi ce serait une infraction d'un ancien traité solennel que de vouloir supprimer même le plus petit couvent dans le duché de Clèves ou dans le comté de la Mark, à moins d'un consentement exprès de l'électeur palatin. M'abstenant pour le reste à entrer en discussion sur un objet, qui ne prête qu'à la spéculation, et non à l'éxecution etc.«

Sept. 1 **455. Das Auswärtige Departement an das Geistliche Departement.** Berlin 1791 September 1.

Geldern Eccles. Mundum, gezeichnet von Schulenburg und Alvensleben.

Der Bischof von Roermonde hat mit seinen Beschwerden nicht ganz Unrecht.

Erklärt mit Bezug auf die Eingabe des Bischofs von Roermonde vom 12. August: »dass wir nicht einmal im Stande sind, die Beschwerden des Bischofs zu verstehen, geschweige denn ihren Grund oder Ungrund zu beurtheilen, da wir von den aus dem Geistlichen Departement an das geldrische Justiz-Collegium ergangenen Verfügungen, deren Veranlassung und Absicht ganz und gar keine Kenntniss haben.

---

1. Band 1, 56 ff.

»Inzwischen bemerken wir im Allgemeinen, dass der Utrechter, zwischen Kaiser Karl VI. und König Friedrich Wilhelm von Preussen geschlossene Cessions-Tractat Art. 4, 5, 6 dem Bischof zu Ruremonde die geistliche Gerichtsbarkeit und besonders die Vergebung aller Beneficien und die Aufsicht über Stifter, Klöster *p. p.* ausdrücklich sichert. 1791 Sept. 1

»Es konnte daher, als der höchstselige Kaiser Joseph die Klöster seiner Staaten aller Gewalt auswärtiger Obern entzog, dieses in Absicht Gelderns und des Bischofs zu Rüremonde nicht retorquiret werden, weil dem Könige durch den Utrechter Frieden die Hände gebunden sind.

»Das Edict vom 4. März 1782[1]) giebt also dem Bischof gegründeten Anlass zu Beschwerden, da die Klöster seiner Aufsicht entzogen und diese den Rural-Dechanten beigelegt wurde. Ebenso scheinen durch die übrige neue Einrichtungen in Geldern von 1782—1783[2]) und den folgenden Jahren die bischöflichen Gerechtsame etwas angegriffen zu sein, und es würde nach unserm Dafürhalten gut gewesen sein, sich mit ihm darüber zu concertiren.

»Wir sind zwar überzeugt, dass die Diöcesan-Gewalt und Gerichtsbarkeit der Bischöfe der landesherrlichen Gewalt und Aufsicht, selbst nach heutigen Grundsätzen katholischer Staaten, untergeordnet sind[3]) und, nachdem es die Wohlfahrt des Staats erheischt, mannigfaltige Modificationen ertragen können; aber vernichtet und aufgehoben können sie, zumal Verträgen zuwider, nicht werden. Das, was der Kaiser wagte und unternahm, lässt sich gegen den Bischof von Rüremonde in Geldern nicht anwenden und nachahmen. Er würde sich an den Wiener Hof und an die Garants des Tractats wenden. Es kommt also nur darauf an, wie man den Bischof beruhigen, wie man das, was geschehen, mildern oder auf eine gute Art zurücknehmen könne« . . .

---

456. Ministerial-Erlass an die westpreussische Regierung. Berlin 1791 October 5. Oct. 5

B. 7. B. 24. B. 2. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Alvensleben. Anweisung von Steck.

Keine Verwendung beim Papste für das Dispensations-Gesuch des Mönches Malinski.

»Ihr empfanget . . . eine Bittschrift des Pater Adalbertus Crescentius Malinski . . ., um bei dem päpstlichen Stuhl in seinem Dispensations-Gesuch zum weltlichen Priester-Stande unterstützt zu werden. Der Supplicant führet keine nach den canonischen Rechten und besonders dem Tridentischen Concilio gültige und eine Nichtigkeit nach sich ziehende Ursache an, vom Papste von den Ordens-Gelübden losgezählet zu werden. Er ist nach den abgelegten Gelübden viele Jahre im Orden und Kloster geblieben, hat

1) S. Band 5, 460. 463. 2) Vgl. Band 5, 460 ff. 3) Hs.: »ist.«

1791 Oct. 5 sich einer groben Verletzung der Gelübde schuldig gemacht und ist aus dem Kloster entwichen. Diese Umstände stehen nach den geistlichen Rechten der päpstlichen Dispensation gänzlich entgegen. Unser Vorwort würde daher compromittirt und vergeblich für ihn eingeleget werden. Dieses habt Ihr dem Supplicanten auf seine Vorstellung zu eröffnen.

»Da er bei der katholischen Religion beharren will, so ist ihm nicht zu helfen. Von seiner Aufführung würde man ausser allen obigen Bedenklichkeiten versichert sein müssen, indem ein lasterhafter Welt-Priester, zumal ohne ein Amt und Beneficium und Unterhalt, ein sehr schädlicher und gefährlicher Mensch ist. Er ist *ad titulum paupertatis* ordinirt und würde, wenn er Welt-Priester sein wollte, erst einen andern Titulum nach den canonischen Rechten nachweisen müssen.«

Oct. 31 **457. Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Hoym.** Potsdam 1791 October 31.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 66. B). Mundum.

Kein Cantonpflichtiger darf ohne Erlaubniss seines Regiments und der betreffenden Kammer studiren.

»Ich habe wahrgenommen, dass noch immer eine verhältnissmässig zu grosse Anzahl junger Leute aus dem Bürger-Stande sich denen Studiis widmet. Und da solches mehrentheils bloss in der Absicht geschiehet, um sich auf die Weise dem Militär-Dienste zu entziehen, dieses aber solchen jungen Leuten selbst keinesweges zu einem wesentlichen Nutzen gereichen kann, indem es ihnen eigentlich nicht darum zu thun ist, sich Gelehrsamkeit zu erwerben, und sie also nicht allein ohne genugsame Vorkenntnisse die Universitäten beziehen, sondern auch von daher eben so unwissend zurückkehren, wenn sie, ohne Aufsicht sich selbst überlassen, einige Jahre ein wildes Leben geführt und die gewöhnlich nur geringen Mittel ihrer Eltern verschwendet haben, woher denn der doppelte Nachtheil entstehet, dass die verblendet gewesenen Eltern sich nicht leicht erholen können und dass die jungen Leute sich als Surnuméraires in den Kanzleien der Landes-Collegia herumtreiben und, weil sie wegen ihrer Unbrauchbarkeit keine weitere Beförderung hoffen dürfen, ein beständig elendes Leben führen müssen, anstatt sie als Handwerker oder Soldaten nützliche Glieder des Staats geworden sein würden —: so ist es Mein Wille, dass die bereits erlassene Verfügung erneuert und geschärft werde, dass kein junger Mensch, der cantonpflichtig ist, eine Universität beziehen soll, ohne dazu vom Regiment, zu dessen Canton er gehöret, und von der Kammer derjenigen Provinz, worin das Canton belegen ist, ausdrückliche Erlaubniss erhalten zu haben. Welchen es übrigens zur Pflicht zu machen ist, sowohl auf die Vermögens-Umstände der Eltern desjenigen, der sich den Studiis widmen will, als auf den wahrscheinlichen Erfolg von dem Vorhaben des letztern gehörige Rücksicht zu

nehmen; wobei es insbesondere in Betrachtung zu ziehen ist, was für eine Erziehung ein solcher junger Mensch überhaupt erhalten hat. Ihr werdet demnach das Erforderliche an sämmtliche schlesische Krieges- und Domänen-Kammern erlassen, sowie ich mein Ober-Krieges-Collegium angewiesen, sämmtliche Regimenter hiernach zu instruiren« . . . 1791 Oct. 31

---

458. Schriftwechsel zwischen der westpreussischen Regierung und dem Geistlichen Departement. 1791.

R. 7. B. 26.

Trauung geschiedener Katholiken.

Die westpreussische Regierung. Marienwerder November 24. Nov. 24

Mundum, geschrieben von Schleinitz, Meyer, Schmiedeberg, Scheibler, Ziegenhorn, Fincke, Marggraff, Büsching, Gentzkow.

»Der Musicus Franz Vogel aus Alt-Schottland, der sowohl als seine Ehefrau der römisch-katholischen Religion zugethan ist, ist auf sein Ansuchen durch das katholische Consistorium der pommerellischen Diöces von seiner Ehegattin geschieden, jedoch nach den Grundsätzen der katholischen Religion nur in der Art, dass sie ohne das *vinculum matrimonii* aufzuheben, nur von einander separirt sind, ihnen auch die anderweitige Verehelichung untersaget ist. Der Musicus Vogel aber ist demohngeachtet Willens, sich anderweitig zu verehelichen, und da kein Geistlicher seiner Religion ihn trauen will, so hat er bei uns um die Erlaubniss nachgesucht, sich von einem prostestantischen Prediger copuliren lassen zu dürfen.

»Nach der Instruction für die westpreussische Regierung vom 21. September 1773[1]) § IV No. 10 Litt. F müsste diese Erlaubniss bei den geistlichen Obern des Supplicanten nachgesucht werden; in dem neuen Gesetzbuch Theil 2 Titel 1 § 11 aber ist bei Gelegenheit der Ehe-Verbote wegen zu naher Verwandtschaft allgemein verordnet, dass, inwiefern katholische Glaubens-Verwandte in den durch die Landesgesetze erlaubten Fällen die Dispensation der geistlichen Obern nach den Grundsätzen ihrer Religion nachzusuchen haben, dem Gewissen derselben überlassen bleibet.

»Wir sind also zweifelhaft, ob wir dem protestantischen Prediger die Erlaubniss, den Vogel trauen zu dürfen, ertheilen können oder nicht.«

Das Geistliche Departement. December 5. Dec. 5

Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Scholz.

. . . »Ihr habt darauf den Vogel zuvörderst anzuweisen, sich wegen der gesuchten Dispensation bei seinen geistlichen Obern zu melden.«

1) Band 4, 544.

1791 Nov. 24

459. Bericht der westpreussischen Regierung. Marienwerder 1791 November 24.

R. 7. B. 26. Mundum, geschrieben von Meyer, Schmiedeberg, Scheibler, Ziegenhorn, Büsching, Gentzkow.

Der Bischof von Kulm sucht der evangelischen Trauung einer gemischten Ehe durch Excommunicirung ihre Kraft zu nehmen.

»Vor einiger Zeit suchte der Hospitalit George Meyer zu Marienburg, römisch-katholischer Religion, bei uns die Dispensation zur Heirath mit seiner verstorbenen Frauen Schwester Christine Koch, die sich zur evangelisch-lutherischen Religion bekennet, nach, welche wir demselben auch mit E. K. M. Genehmigung ertheilten. Ohne sich weiter um eine Dispensation des Bischofs seiner Kirche zu bekümmern, liess derselbe sich von einem der lutherischen Geistlichen zu Marienburg trauen, denen die Copulation in der Hinsicht zustand, dass die Braut der evangelischen Religion zugethan ist. Als indess derselbe in der Folge sich bei dem römisch-katholischen Pfarrer Friese zu Marienburg zur Oster-Beichte meldete, ward ihm selbige von dem *p.* Friese aus dem Grunde verweigert, weil er ohne die bischöfliche Dispensation in einem zu nahen Grad der Schwägerschaft geheirathet habe. Er suchte diese Dispensation nach und erhielt sie, jedoch unter der ausdrücklichen Anweisung, sich von einem katholischen Geistlichen nochmals trauen zu lassen. Der Meyer glaubte zwar, sich dieser Bedingung nicht unterwerfen zu dürfen, da seine Copulation auf den Grund der ihm von uns unter Genehmigung E. K. M. ertheilten Dispensation bereits geschehen war; allein der *p.* Friese bestand schlechterdings auf die Erfüllung gedachter Bedingung und suchte den *p.* Meyer dadurch zu zwingen, dass er auch nach Eingang der von ihm desiderirten bischöflichen Dispensation in seiner Weigerung verharrete, den *p.* Meyer *ad sacra* anzunehmen, bevor er sich nicht der von dem Bischofe befohlenen nochmaligen Copulation unterworfen habe.

»Auf die uns von dem Prediger Heinel zu Marienburg von diesem Vorfall geschehene Anzeige gaben wir dem Bischofe von Culm, Grafen v. Hohenzollern, auf, da es einmal durch Gesetze feststehe, dass Eheleute diverser Religion ebensowohl von einem römisch-katholischen als protestantischen Prediger gültig getrauet werden könnten, *excommunicatio maior* aber eben so wenig als *minor* und um so weniger Statt fände, als erstere schon verboten sei, den protestantischen Geistlichen auch nie gestattet worden, dergleichen von einem katholischen Geistlichen vorgenommene Copulation für ungültig zu erklären, den *p.* Friese in seine Schranken zurück- und ihn anzuweisen, dass er den *p.* Meyer sofort *ad sacra* admittiren solle.

»Statt diesem Befehle sogleich zu genügen, kam der Graf v. Hohenzollern mit einer Rechtfertigung des Betragens des *p.* Friese und seines eigenen ein, gestand es zu, dass die dem *p.* Meyer von ihm ertheilte Dis-

pensation wirklich nur unter der Bedingung der nachmaligen Copulation erfolgt wäre, diese Condition aber nicht deshalb gemacht sei, weil der *p.* Meyer von einem protestantischen Geistlichen copuliret worden, sondern weil die Trauung vor Eingang der bischöflichen Dispensation geschehen sei. 1791 Nov. 24

»Er trug bei dieser Gelegenheit dahin an, dass die lutherischen Geistlichen angewiesen werden möchten, dergleichen Trauungen nicht eher zu verrichten, bis ihnen in Ansehung des katholischen Theils die bischöfliche Dispensation vorgezeiget worden, und es übrigens nachzugeben, dass in Ansehung des *p.* Meyer das weiter Nöthige vollzogen werden könne, welches nach dem ganzen Zusammenhange des Berichts des *p.* von Hohenzollern . . . nichts weiter heissen konnte, als dass wir die nochmalige Trauung des *p.* Meyer erlauben möchten.

»Wir eröffneten zwar hierauf dem *p.* v. Hohenzollern, dass der von ihm nachgesuchte Befehl an die protestantischen Geistlichen um so weniger Statt finden könne, als die Untersuchung, ob der katholische Theil bischöfliche Dispensation habe oder nicht, den[1]) protestantischen Prediger nichts angehe, solche vielmehr *ad interna* gehöre und es dem Gewissen des katholischen Theils lediglich überlassen bleiben müsse, ob er einer bischöflichen Dispensation zu seiner Beruhigung benöthig erachtet oder nicht, überdem in dem gegenwärtigen Falle um so weniger Bedenken obwalte, den *p.* Meyer *ad sacra* zu admittiren, als er selbst die Ehe für gültig erkläre und es daher einer nochmaligen Copulation nicht bedürfe.

»Allein alle diese Remonstrationen waren ohne Wirkung und hatten den gehofften Erfolg nicht. Der *p.* Friese fuhr fort, dem *p.* Meyer *sacra* zu verweigern, und als wir durch den anderweiten . . . Bericht des Predigers Heinel veranlasst wurden, dem *p.* v. Hohenzollern wiederholentlich aufzugeben, dafür zu sorgen, dass der *p.* Meyer *ad sacra* admittiret werde, so blieb auch diese Anweisung unbefolgt; ja, der *p.* v. Hohenzollern reichte eine neue Vertheidigung seines Benehmens . . . ein . . . Er wiederholet hierin, dass der Grund der verlangten Copulation nicht in der von einem lutherischen Geistlichen bewirkten Trauung des *p.* Meyer liege, sondern lediglich darin, dass nach den Grundsätzen der katholischen Kirche auch nach erfolgter Dispensation die Wiederholung der gegenseitigen Einwilligung der Verlobten und die Gegenwart des Geistlichen wesentlich erfordert werde.

»Aus allem diesem gehet nun sehr deutlich hervor, dass der Bischof der[2]) durch einen protestantischen Prediger geschehenen[3]) Trauung *per indirectum* ihre Kraft zu nehmen sucht, und da dieses ein offenbarer Eingriff in die Gerechtsame dieser Kirche ist, der unsers . . . Dafürhaltens nicht gestattet werden kann, so fragen wir hiermit . . . an, ob wir nicht den Bischof zwingen können, von der verlangten nochmaligen Copulation

1) Hs.: »dem.« 2) Hs.: »die.« 3) Hs.: »geschehene.«

1791 Nov. 24 des Meyer abzustehen und den letztern *ad sacra* zu admittiren, und in welcher Art dieses zu bewirken. Denn wenn es gleich selbst in der Instruction für unser Collegium vom 21. September 1773 § 4 No. 10 [1]) nachgegeben ist, dass *in gradibus prohibitis* eine bischöfliche Dispensation beigebracht und, wenn sie *effectus civiles* haben solle, hier confirmiret werden muss, so werden doch einestheils dergleichen bischöfliche Dispensationen bei uns selten eingereicht, anderntheils ist [2]) auch gar nicht abzusehen, warum *dispensatio superveniens*, wie hier der Fall ist, die Wiederholung eines an sich schon gültig vorgenommenen Actus nothwendig macht. Es scheint vielmehr dieser Versuch das Resultat eines hierarchischen Systems zu sein, wenn die Reiteration der Copulation verlangt wird, und es ist wohl ganz unbedenklich gewiss, dass solche, wenn ein katholischer Prediger die Trauung verrichtet, nicht ferner urgirt worden wäre. *Excommunicatio maior* ist längst durch ein von E. K. M. an uns erlassenes Rescript [3]) verboten, solches auch den Bischöfen gehörig bekannt gemacht worden, und dennoch scheinet der *p.* v. Hohenzollern solche auf den *p.* Meyer anwenden zu wollen.«

Dec. 19 Hierauf Erlass des Geistlichen Departements an den Bischof von Kulm, Berlin 19. December: er möge sich darüber verantworten. Vgl. unter dem 24. Februar 1792.

Nov. 29 **460.[4]) Ministerial-Resolution für den Marquis Hoensbroeck, Bischof von Roermonde.** Berlin 1791 November 29.

Geldern Eccles. Abschrift. Das Original (concipirt im Auswärtigen Departement) war gezeichnet von Finckenstein, Schulenburg, Dörnberg, Woellner und Alvensleben. Zu Grunde liegt ein ausführlicher Bericht des geldrischen Justiz-Collegiums vom 20. October

Antwort auf seine Beschwerden betr. 1) Errichtung einer Schule und eines theologischen Lehrstuhls in Geldern; 2) Errichtung eines bischöflichen Officialats und einer eigenen Inspections- und Examinations-Commission für das preussische Geldern; 3) Eingriffe des Justiz-Collegs in die bischöfliche Gerichtsbarkeit bei Verleihung geistlicher Beneficien.

»Le roi a fait examiner avec l'attention et l'exactitude la plus scrupuleuse les plaintes et les réclamations de Mr. l'évêque de Ruremonde au sujet de ses droits diocésains sur la partie prussienne du duché de Gueldres, qui lui ont été assurés par le traité d'Utrecht. Ces griefs consignés dans

---

1) Band 4, 542. 2) »ist« fehlt in der Hs.

3) Vom 7. März 1785; Band 5, 646.

4) Die Resolution wurde dem geldrischen Justiz-Collegium am 30. November zur Insinuirung übersandt. In dem Begleit-Schreiben heisst es: »Übrigens sind Wir entschlossen, die darin ausgeführte Grundsätze standhaft zu behaupten und auf der Errichtung eines eigenen Officialats und einer eigenen Inspections- und Examinations-Commission in Unserm Antheile des Herzogthums Geldern zu bestehen.«

les mémoires, que ce prélat a présentés à S. M. le 28. mai et le 4. août 1789, se réduisent à trois chefs: 1791 Nov. 29

»I. Le premier a pour objet l'établissement d'une école ou d'une chaire de théologie dans la ville de Gueldre.

»II. Le second concerne la surveillance ordonnée à cet égard ainsi que l'exercice de sa jurisdiction par des ecclésiastiques demeurants dans le territoire du roi.

»III. Le troisième porte sur les atteintes, qu'il prétend d'être données à sa jurisdiction épiscopale par la connaissance, que la cour de justice a prise de deux affaires bénéficiales.

»I. Le traité d'Utrecht, signé le 13 avril 1713, assure dans l'art. 4, 5, 6 la conservation de la religion catholique-romaine dans son intégrité, la jurisdiction spirituelle et le droit diocésain de l'évêque, l'inspection et la surveillance de l'évêque sur les écoles et les séminaires.[1])

»En établissant une école et une chaire de theologie à Gueldre, le roi ne croit pas porter préjudice à la religion catholique. Cet arrangement fournit à ses sujets, qui se destinent à l'état ecclésiastique, qui aspirent au sacerdoce, l'occasion plus aisée et moins coûteuse de s'y former, de recevoir dans leur patrie les instructions nécessaires. La foi catholique y est enseignée selon les symboles de l'Église, et les dogmes y sont proposés dans tonte la pureté la plus orthodoxe. Le traité, sur lequel se fonde la réclamation de Mr. l'évêque, n'ôte pas au souverain le pouvoir d'établir des séminaires pour élever, instruire et former les ecclésiastiques aux sciences et aux devoirs de leur état, au sacerdoce duquel ils aspirent. Ce traité, en attribuant à l'évêque l'inspection sur des pareils séminaires, en suppose l'existence et en autorise l'établissement. Il n'oblige aucunement les sujets du roi de fréquenter le séminaire à Ruremonde établi par l'évêque. Il ne leur impose pas la nécessité de chercher à grands frais hors du pays l'instruction, qu'ils peuvent trouver chez eux à moins et à peu de frais et encore plus aisément. L'intérêt de l'État exige d'ailleurs, que ces jeunes ecclésiastiques, à qui la conduite des ouailles doit être confiée, ne soient seulement formés au sacerdoce, mais aussi aux vertus sociales et civiles, aux devoirs de bons citoyens, imbus par conséquent dès leur berceau de principes d'obéissance, de fidélité, de tolérance. Il importe, de plus, à l'État d'empêcher et de diminuer la sortie et l'écoulement du numéraire et de mettre ces établissements sous la surveillance du souverain.

»Il n'est nullement nécessaire, que les séminaires soient placés ou établis dans le pays d'une domination étrangère, où le diocésain demeure, que l'enseignement de la théologie se fasse exclusivement dans le lieu de sa résidence. Le souverain est en droit d'autoriser l'établissement national

1) Band 1, 410.

1791 Nov. 29 des chaires de théologie dans les écoles de sa domination et d'obliger ceux de ses sujets qui aspirent à l'état ecclésiastique, de les fréquenter et de s'y tenir.

»Loin de contester au diocésain l'inspection sur cette école de théologie, loin d'empiéter sur les droits de surveillance, que lui assure le traité d'Utrecht, le roi lui en permet et garantit l'exercice libre par des ecclésiastiques régnicoles délégués.

»S. M. se conforme en cela exactement à l'exemple de tous les souverains catholiques et particulièrement de ceux des Pays-Bas. Ils ne permettent à leurs sujets de fréquenter que des séminaires établis sous leur domination. Le Luxembourg est soumis en partie aux diocèses de Trèves et de Cologne; mais les sujets de ce duché ne sont pas obligés de faire leur cours de théologie dans les séminaires de ces archevêchés. Il y a des écoles de théologie dans la ville de Luxembourg, qu'ils sont tenus de fréquenter.

»Mr. l'évêque de Ruremonde, diocésain de la Gueldres autrichienne et hollandoise, comme de la prussienne, n'hésite point à conférer des ordres ou à donner des lettres dimissoriales à tous ceux de la Gueldres autrichienne ou hollandoise qui ont fait leurs études dans les universités de Louvain ou de Cologne, se fiant alors aux témoignages des professeurs, sans s'assurer immédiatement des qualités des candidats par lui-même. Les témoignages des professeurs de Gueldre méritent autant de confiance, et d'autant plus les mêmes égards de la part de l'évêque, qu'il se trouve à portée de faire surveiller les moeurs des écoliers, les habitudes des professeurs et l'orthodoxie de la doctrine.

»C'est en vain, que Mr. l'évêque cherche à colorer ses réclamations du prétexte, que selon le traité d'Utrecht la religion catholique en Gueldres doit être conservée dans son entier et le même état, où elle a été du temps de Charles II. roi d'Espagne, et que, puis qu'il y avait alors un séminaire à Ruremonde et qu'il n'y eurent pas alors des écoles de théologie à Gueldre, il s'ensuivrait, qu'il n'en peuvent être établies maintenant. Mais outre que l'état de religion n'a rien de commun avec le séminaire de Ruremonde et qu'il n'arrive aucun changement au préjudice de la religion par l'établissement des chaires de théologie dans les écoles de la ville de Gueldre, il s'ensuivrait du système de Mr. l'évêque, que ni les hôpitaux ni les écoles ni les établissements pareils n'aient pu recevoir depuis la date du traité aucune extension ou amélioration.

»Le concile de Trente, qui n'est reçu dans les Pays-Bas et dans l'église Belgique que sous la clause *sauf les droits du souverain*, n'étaie ni n'appuie non plus les réclamations de Mr. l'évêque. Ce concile prescrit aux évêques et leur ordonne d'établir des séminaires pour l'instruction et la formation des jeunes ecclésiastiques, mais il n'impose point à ceux qui se destinent à l'Église, une obligation de fréquenter ces séminaires. Son

but est de soulager les pauvres adolescents dépourvus des moyens de faire leurs études. Il veut suppléer par ces établissements au défaut des écoles et des universités, des séminaires, et loin d'en défendre l'établissement aux souverains chrétiens, il les y exhorte, excite, anime. Il n'oblige que subsidiairement les évêques de songer à de pareilles institutions, de fournir avec le concours du clergé les moyens et de nourrir et d'entretenir gratuitement les écoliers indigents. Le séminaire de Ruremonde, quoique doté par une contribution du clergé en 1570, ne se soucie pas des étudiants pauvres, incapables de payer une pension, qui monte annuellement à une somme de 200 écus, somme qui est au-dessus des facultés de la plupart des écoliers, et que le gouvernement ne peut pas laisser sortir du pays. 1791 Nov. 29

»Le concile de Trente ne peut donc ni n'entend ôter au souverain la faculté d'établir des écoles et des chaires de théologie. Tout ce qui regarde l'instruction de la jeunesse, a été toujours dans les Pays-Bas du ressort de la puissance séculière. L'évêque de Ruremonde n'étant pas par conséquent fondé à s'opposer à la vue bienfaisante du roi de procurer à ses sujets aspirants au sacerdoce l'instruction nécessaire dans leur patrie, il doit se contenter d'être admis à exercer sa surveillance sur cette institution. Le roi lui permet de l'exercer[1]), soit immédiatement, soit médiatement par son délégué, sur l'enseignement de la doctrine, sur les préposés et sur les élèves. Le roi n'empêchera pas aussi, que ceux qui se destinent au sacerdoce, après avoir achevé leur cours de théologie, ne fassent un séjour de deux ou de trois mois dans le séminaire de Ruremonde, pour mettre Mr. l'évêque plus à portée d'examiner immédiatement leurs dispositions, leur vocation, leur conduite morale. Le concile de Trente en prescrivant ce qui doit précéder l'ordination, n'exige que l'examen des candidats par le délégué de l'évêque, qui doit se contenter de son rapport et de son témoignage.

»Le roi s'attend, que Mr. l'évêque reconnaîtra, que ses réclamations en faveur du séminaire établi dans la Gueldres autrichienne à Ruremonde ne sont pas fondées, qu'il s'en désistera, qu'il ne tergiversera ni n'hésitera plus à se conformer aux intentions et aux déterminations de S. M. manifestées par le rescrit du 2. décembre 1787, adressé à Sa cour de justice, dont celle-ci n'a pas manqué de lui donner connaissance.

»II. Quant au second chef des plaintes de Mr. l'évêque, qu'il lui a été insinué d'exercer sa surveillance sur cette institution et sa jurisdiction spirituelle par un délégué ecclésiastique, qui a sa demeure stable dans la Gueldres prussienne, il est inconcevable, comment Mr. l'évêque en peut inférer une atteinte portée à ses droits assurés par le traité d'Utrecht. On ne le trouble pas dans l'exercice de sa jurisdiction et de son inspection, on n'empiète point sur ses prérogatives, quand on exige, qu'il emploie

1) Hs.: »d'exercer.«

1791 Nov. 29 pour l'exercice de sa jurisdiction épiscopale des ecclésiastiques, qui demeurent dans la province et sous la domination du roi, et qu'il établisse de concert avec le collége de justice une commission, devant laquelle les candidats de théologie et les autres, qui se destinent au service de l'Église dans la Gueldres prussienne, peuvent subir l'examen, avant que d'être admis aux ordres ou à la cure d'âmes. Cette intention du roi, qui n'a pour but que l'ordre et le bien-être de ses sujets, n'a rien qui puisse choquer ou surprendre. Elle est fondée sur des principes reconnus et adoptés dans tous les États, où le diocésain réside et demeure sous une domination étrangère, et spécialement dans les provinces belgiques, dont ces principes forment une partie essentielle des libertés et des prérogatives nationales. C'est ainsi que les archevêques de Cologne, de Cambrai, l'évêque de Liége n'exercent dans les districts du Brabant et Flandre, où ils ont conservé leurs droits de diocèse, que par délégués brabançons, qui ont leur demeure stable au Brabant. C'est aussi en conséquence de cette maxime et de cet usage, qui n'a été en aucun temps contredit par les diocésains, que l'électeur de Cologne n'a pas établi à Bonn, mais dans la ville de Schleiden l'examen public de ceux qui aspirent à des bénéfices ou à des cures dans ce district, qui ne fait pas partie du territoire de l'électorat. En France, dont les priviléges en matière ecclésiastique sont si approchants de ceux qui entrent dans la constitution des Pays-Bas, non seulement un évêque, qui ne demeurait pas dans le royaume sous la domination du roi, n'y exerçait son droit épiscopal et diocésain que par des délégués régnicoles, mais, qui plus est, si un diocèse s'étendait dans la jurisdiction de deux parlements, l'évêque était obligé d'avoir une commission déléguée dans le district de chacun. A tous ces motifs d'analogie se joint encore le privilége particulier de la Gueldres, qu'aucun sujet gueldrois ne puisse être traduit hors de sa province ou obligé de se présenter devant une jurisdiction quelconque, qui ne se trouve pas dans le district, qui n'est pas soumis à la domination du souverain du pays, loi fondamentale confirmée en 1543 par le traité de Venlo[1]), dont le roi a promis par son acte inaugural le maintien et qui fait lui-même la base du traité d'Utrecht pour ce qui regarde la province de Gueldres prussienne.

»Les droits de diocèse et de jurisdiction épiscopale de Mr. l'évêque dans cette partie de Gueldres démembrée du reste de la province restent donc intacts et en leur entier. Il est libre de les exercer par des ecclésiastiques soumis à son autorité, tout comme avant le démembrement de la province. Mr. l'évêque s'est d'ailleurs déjà soumis à cet arrangement fondé dans la nature des choses par sa lettre[2]) en date du 27. septembre 1783.

---

1) Vom 12. September, zwischen Karl V. und den Ständen von Geldern; s. S. 343.

2) Wahrscheinlich gerichtet an das geldrische Justiz-Collegium.

Le roi insiste d'autant plus sur un arrangement si juste, que S. M. n'exposera jamais ses sujets aspirants au sacerdoce et aux ordres aux vues des examinateurs étrangers. Elle ne permettra jamais, qu'ils subissent l'examen que devant une commission établie par Mr. l'évêque de concert avec le collége de justice, tribunal auquel S. M. a confié son autorité. Une telle commission ne pourra pas manquer d'être d'un avantage insigne pour le clergé de la province, puisqu'elle sera d'un accès facile et à portée de surveiller tout ce qui regarde la doctrine et la discipline. Les prêtres, dont le temps pour la charge de cure d'âmes est expiré ou qui ont des affaires qui regardent leur état, ne peuvent maintenant s'adresser directement à Mr. l'évêque de Ruremonde ou à la commission synodale, qui y est établie, sans être distraits de leurs fonctions, sans essuyer les fatigues d'un voyage, sans déperser leurs déniers par une excursion dans un pays étranger. 1791 Nov. 29

»Lorsque les mêmes principes et les mêmes motifs déterminèrent le roi en 1782 [1]) à mettre les couvents sous l'inspection et la direction des doyens ruraux régnicoles à la surveillance de l'évêque, il en reconnut la sagesse et l'équité et, après avoir hasardé inutilement quelques réclamations mal fondées contre cet arrangement, il s'y soumit et en approuva la justesse. [2]) Ce prélat ne saurait donc regarder sous un point de vue différent celui dont il s'agit à présent, parcequ'il est libre de surveiller lui-même la commission établie et munie de son autorité par lui-même et de venir inspecter l'ensemble de l'établissement.

»Il tient d'ailleurs à l'ordre public dans tous les États, où le diocésain demeure sous une domination étrangère, que le diocésain n'exerce sa juridiction que par des délégués y établis et fixés. C'est une maxime sanctionnée par les lois de la monarchie prussienne, reçue, adoptée, pratiquée dans les provinces belgiques et dans tous les royaumes de l'Europe. Mr. l'évêque de Ruremonde étant diocésain des pays de Fauquemont et de Kuik [3]), est obligé d'y avoir des officiaux particuliers, n'osant évoquer les habitants de ces pays à son officialité de Ruremonde. Cet ordre public repose aussi dans la loi fondamentale de la province de Gueldres, confirmée en 1543 par le traité de Venlo, en vertu duquel aucun Gueldrois ne peut être traduit ni évoqué hors de son pays. Il y a un inconvénient intolérable à voir les sujets du roi nécessités à plaider leurs causes spirituelles devant l'officialité d'un évêque étranger, à se présenter à grands frais dans la capitale de la Gueldres autrichienne, à discuter par des avocats étrangers leurs intérêts, outre que la forme de la procédure, la manière de rendre la justice et le taux de frais et d'épices ne peuvent alors être assez soigneusement observés et surveillés. Ces considérations méritent d'autant plus d'attention de la part du gouvernement, que les

1) S. Band 5, 469. 2) Band 5, 549. 578.
3) Zu den Generalitäts-Landen gehörig.

1791 Nov. 29 sujets du roi et principalement les habitants du plat pays pour des causes de la moindre conséquence se trouvent fatigués et épuisés tant par des procédures prolongées et interminables que par des frais énormes.

»Ils éprouvent encore l'irrégularité et l'inconvénient, que l'officialité de l'évêque s'empare des causes, qui ne sont nullement de sa compétence, comme celles de défloration et de dotation. Ils se voient traînés devant l'official de l'archevêque de Malines, dont le droit de ressort dans la Gueldres prussienne n'a jamais été reconnu.

»Ces raisons déterminent le roi à regarder Mr. l'évêque comme non fondé à se plaindre d'une infraction à son droit de diocésain aux termes du traité d'Utrecht, parceque S. M. veut l'obliger de nommer de concert avec le collége de justice une commission à Gueldres, composée d'ecclésiastiques y demeurants et régnicoles pour la surveillance immédiate et l'examen de ceux qui se destinent à l'église ou qui ont des bénéfices à cure d'âmes; que même d'exercer sa jurisdiction par un délégué établi dans la Gueldres prussienne.

»III. Le troisième point, lequel fait le sujet de doléances spéciales de Mr. l'évêque, consignées dans son mémoire du 4. août 1789, concerne la compétence en matière bénéficiale. Il prétend être seul en droit de connaître des matières bénéficiales et que ces matières sont de la compétence et de la jurisdiction épiscopale à l'exclusion du juge laïc et royal. C'est une prétention surannée et vieillie, démentie par la pratique et l'usage de tous les États catholiques. Les juges royaux connaissent généralement du possessoire provisionnel et du plein possessoire, de la possession définitive ou de la pleine maintenue, qui selon sa nature et la pratique universelle absorbe le pétitoire.

»Il est incontestable, que dans la Gueldres prussienne les procès de complainte et de pleine maintenue en matière de bénéfices sont de la compétence privative de la cour royale de justice à l'exclusion du juge ecclésiastique.

»C'est la maxime généralement reçue et suivie dans les Pays-Bas et dans l'église belgique. L'instruction dite de chancellerie pour le collége de justice de la province de Gueldres du 20. juin 1609, laquelle lui sert de direction, lui attribue expressément la connaissance de toutes les contestations, qui s'élèvent non-seulement au sujet des bénéfices, qui sont à la collation du souverain, mais aussi de toutes les matières, qui regardent les bénéfices. Ce droit de ressort est confirmé par le règlement des instances dans la Gueldres prussienne du 4. décembre 1752 [1]) § 1 et s'appuie sur l'usage invariable observé tant au conseil souverain de Ruremonde que dans le collège de justice de la Gueldres prussienne, comme il serait

1) *Reglement betreffend die Regulirung der Instantien in dem Herzogthum Geldern königlichen Antheils; Berlin 21.* [sol] *December 1752* (Druckblatt im Staats-Archiv zu Düsseldorf).

facile et aisé de justifier par une foule d'arrêts et de jugements. C'est une maxime constante, que, puisqu'en matière de pleine maintenue le jugement n'est rendu que sur l'examen exact et complet des titres respectifs et que par conséquent le pétitoire est compris dans le possessoire, il ne reste plus rien à vider et à juger après le jugement en plein possessoire. Aussi les coutumes de la Gueldres et nommément le corps de lois pour ce duché[1]), Art. XVIII p. 208 disposent du droit de collation des bénéfices comme d'un droit patrimonial inhérent aux terres, la seule possession étant suffisante pour le donner et pour le prouver. Cette prérogative des seigneurs ne donne un simple droit de patronage; les lois alléguées qualifient leur présentation de collation et de provision, l'évêque n'ayant que l'institution. 1791 Nov. 29

»C'est dans le seul cas, où le collateur laïc choisit un sujet indigne ou incapable, que l'évêque aurait le droit de l'écarter du bénéfice et de forcer par là le collateur à en nommer un autre doué de qualités nécessaires. C'est par cette raison que celui qui a obtenu la collation d'un bénéfice, avant qu'il puisse exercer les fonctions spirituelles et ecclésiastiques en dépendantes, doit être présenté à l'évêque, qui par la voie des proclamatoires fait faire les indagations nécessaires sur ses moeurs, sa vie, sa religion et l'examine ensuite de sa science, après quoi il le fait instituer par le doyen du district, qui le met en possession du bénéfice et des fonctions, qui y sont attachées.

»Ce n'est donc que la police des moeurs et de la discipline, qui est du ressort de l'évêque et soumis à son examen; mais toute autre contestation, tout autre différend au sujet d'un bénéfice est de la compétence du juge civil. Le diocésain ne peut refuser l'institution à un sujet idoine, pourvu par le collateur ou par celui qui prétend de l'être, sous peine d'y être obligé par la saisie de son temporel.

»Le collége de justice, en prenant connaissance des deux causes bénéficiales, dont fait mention le mémoire de Mr. l'évêque, n'a donc aucunement empiété sur sa jurisdiction ni y donné la moindre atteinte.

»La contestation au sujet du bénéfice, qui a nécessité l'ordonnance de l'interdiction à l'official en date du 2. mars 1789, dont Mr. l'évêque fait mention dans ses remontrances du 28. mai, concernant un simple différend entre les parents d'une même famille, dont l'un se prétendait plus proche que l'autre pour la collation d'un bénéfice de famille, et qui demandèrent respectivement d'être maintenus dans la possession du droit de collation, ce procès fut discuté, comme de règle, devant le collége de justice et terminé par la voie d'accommodement. Il ne s'agissait ni de moeurs ni de la capacité et de l'aptitude du pourvu. Le diocésain n'avait par conséquent aucun prétexte de s'en mêler.

---

1) *Gelrische Landt- en Stadt-Gerechten in het Quartier van Ruremonde. Vyfden Druck. Venlo 1783.*

1791 Nov. 29 »L'autre cas, dont Mr. l'évêque se plaint dans ses représentations du 4. août, regardait le bénéfice paroissial de Nieuwkerk, village du ressort du collége de justice. La collation de ce bénéfice appartient au baron de Rhoer à Ossenberg. Il en pourvut un prêtre gueldrois nommé Huberichs, le même qui avait été nommé par Mr. l'évêque, pour desservir le bénéfice pendant la maladie du curé et dans l'intervalle de la vacance. Mais Mr. l'évêque trouva bon de lui refuser l'institution, non à cause d'incapacité, mais parceque l'abbesse du monastère de Munster à Ruremonde lui avait adressé une espèce de réclamation en faveur de son ancien droit de collation.

»Le pourvu de concert avec le collateur s'étant adressé au collége de justice, pour être maintenu, et ayant vu par la réponse de Mr. l'évêque sur la communication lui faite, que Mr. l'évêque avait non seulement reconnu déjà solennellement le 3. octobre 1783, que le droit de collation appartenait au baron de Rhoer, qu'aussi il avouait formellement, que le pourvu avait toutes les qualités requises, le collége de justice prononça le 24. juin 1789 la sentence, par laquelle le pourvu fut maintenu et injonction faite à Mr. l'évêque de lui donner acte d'institution sous peine de la saisie de son temporel, moyen de contrainte, dont les tribunaux se servent en pareil cas.

»Si l'abbesse de Munster avait voulu contester au baron de Rhoer le droit de conférer ce bénéfice, c'était devant la cour de justice qu'elle aurait dû intenter son action.

»La cour de justice s'est donc conformée à la maxime constamment suivie dans les Pays-Bas, et loin d'avoir ébranlé les fondements de l'épiscopat ou empiété sur la jurisdiction du diocésain assurée par le traité d'Utrecht, elle n'a fait que soutenir sa compétence fondée sur les principes, universellement reçus et pratiqués, suivis dans les tribunaux de la France et des Pays-Bas.

»Mr. l'évêque est trop éclairé, pour insister sérieusement sur des prétentions si mal motivées, et comme le roi ne peut qu'approuver entièrement la conduite régulière de sa cour de justice, S. M. ne saurait cacher à Mr. l'évêque d'avoir trouvé ses plaintes et ses réclamations malfondées.«

Dec. 5 Das Geistliche Departement an die westpreussische Regierung, s. unter dem 24. November.

461.[1]) **Cabinets-Befehl an den Etats-Minister Woellner.** Berlin 1791 December 14. 1791 Dec. 14

R. 7. B. 16. Abschrift.

Abkommen zwischen den Bischöfen von Kulm und Ermland wegen der Coadjutorie von Ermland. Schulden des Bischofs von Ermland.

»Ich übersende Euch als Chef des Geistlichen Departements das anliegende Schreiben des Grafen v. Hohenzollern, daraus Ihr ersehen werdet, was vor ein Abkommen er mit dem Bischof von Ermeland wegen der Coadjutorie dieses Bisthums zu treffen wünschet. Da ich nun nicht abgeneigt bin, hierin zu willigen, um diesen beiden Prälaten dadurch einen Beweis Meines Wohlwollens zu geben, so trage Ich Euch hiemit auf, diese Sache zu arrangiren und hernach zu Meiner Confirmation einzureichen. Ich befehle Euch aber zugleich an, Sorge zu tragen, dass bei diesem Arrangement diejenigen Schulden des Bischofs von Ermeland, welche in Meinen Landen gemacht sind, vorzüglich und zuerst noch vor den ausländischen bezahlt werden müssen.«

Erlass an den Bischof von Kulm, s. unter dem 24. November. Dec. 19

---

462. Bericht der westpreussischen Regierung. Marienwerder 1791 December 29. Dec. 29

R. 7. B. 24. P. Mundum, gezeichnet von Schleinitz, Meyer, Schmiedeberg, Scheibler, Ziegenhorn, Fincke, Marggraff, Büsching, Gentzkow.

Eintritt in's Kloster verweigert.

Berichtet über die Vorstellung der Francisca v. Gutowska und der Barbara v. Jarowska wegen ihrer Aufnahme in das Prämonstratenser-Kloster zu Strzellno.

»Als der v. Wielonski, infulirter Abt dieses Klosters, bei dem die Supplicanten ihre Aufnahme in's Kloster nachgesucht hatten, uns von dem Vorhaben derselben Bericht erstattete, trugen wir dem Hof-Gerichts-Rath Schulz in Bromberg sowohl die Vernehmung der Supplicanten über die Gründe des von ihnen gewählten Kloster-Lebens als auch die nähere Untersuchung ihrer Qualification dazu auf. Nach dem von demselben erstatteten Bericht sind beide Supplicanten junge und wohlgebildete Frauenzimmer, die ihr Glück auf eine andere Art machen und der Welt nützlicher werden können; überdem sind beide Ausländerinnen, und da wir dafür halten, dass die Aufnahme in ein Kloster als eine Wohlthat betrachtet und die Vacanzen für qualificirte Landeskinder aufbewahret werden müssen, so versagten wir den Supplicanten die Erlaubniss, sich einkleiden lassen zu dürfen, um so mehr, als es nicht einmal nachgewiesen worden, ob die Eltern oder Anverwandten der Supplicanten in den Entschluss derselben willigen, in welchem

1) Vgl. No. 467.

1792 Dec. 29 Fall dieselben in Polen mehrere Klöster dieses Ordens haben, in welchen ihnen die Aufnahme ohne Schwierigkeit verstattet werden würde.«

Jan. 9 Hierauf Ministerial-Resolution für die Francisca v. Gutowska und die Barbara v. Jarozewska (Berlin 9. Januar 1792): »dass ihr Gesuch keine Statt finde.«

Jan. 18 Schreiben des Auswärtigen Departements, s. unter dem 9. März.

Jan. 20 Febr. 9 **463. »Circulare« der Kriegs- und Domänen-Kammer zu Glogau und Breslau an »sämmtliche Steuerräthe, ingleichen Landräthe und an den Magistrat zu Breslau.«** Glogau und Breslau 1792 Januar 20 bezw. Februar 9.

Nach dem Drucke in der Korn'schen *Neuen Sammlung* 4, 165.

»Republication der wegen des verbotwidrigen Almosen-Sammlens fremder Bettel-Mönche ergangenen Verordnungen.«

»Es sind über das neuerdings überhand nehmende Almosen-Sammlen fremder Bettel-Mönche sehr dringende Beschwerden bei uns eingegangen. Wenn nun hieraus hervorgehet, dass die von Zeit zu Zeit erlassene diesfällige Verbote an den mehrsten Orten in Vergessenheit gekommen sein mögen, so befehlen Wir Euch hiemit . . ., die in dieser Angelegenheit ergangenen Circular-Verordnungen vom 10. April 1764, 12. Januar 1769 und insbesondere diejenigen vom 27. Februar 1775 und 13. August 1781, wodurch die Landes-Einsassen, welche darüber betroffen werden sollten, dass sie dergleichen ausländische zum Almosen-Sammlen sich in's Land einschleichende Bettel-Mönche (ausser wenn selbige eine schriftliche Permission dazu von Uns zu produciren vermögen) den Aufenthalt bei sich und das fernere Fortkommen, auch Umlaufen im Lande gestattet, nicht aber verordneter Maassen arretirt, die colligirten Gelder ihnen abgenommen und davon gehörigen Ortes behufs der weitern Verfügung Anzeige gemacht haben, mit 10 Rthlr. und befindenden Umständen nach mit noch härterer Strafe bedrohet worden, . . . zu republiciren« . . .

Jan. 23 **464. Erlass des Geistlichen Departements an das geldrische Justiz-Collegium.** Berlin 1792 Januar 23.

Geldern Eccles. Concept, geschrieben von Klaproth, gezeichnet von Woellner.

Die geistlichen Beneficien in Geldern.

Theilt mit, dass »Unser Geistliches Departement sich mit dem Auswärtigen Departement darüber einverständiget hat, dass es bei der verordneten Ausschliessung der Ausländer zu geistlichen Beneficiis im Geldernschen verbleiben müsse« . . .

---

465. Ministerial-Resolution für den lutherischen Prediger Horckel zu Lingen. Berlin 1792 Januar 30. 1792 Jan. 30

Lingen Eccles. Concept, gezeichnet von Woellner (Anweisung von Scholz).

Proselytenmacherei in Lingen.

»Es ist vorgetragen worden, was Ihr Uns wegen der Proselytenmacherei der Katholiken in dortiger Provinz . . . einberichtet habt. Sowie nun auf der einen Seite nach den Landes-Gesetzen jedermann, sobald er zu den Entscheidungs-Jahren gelanget, seine völlige Freiheit hat, sich zu einer jeden ihm gefälligen christlichen Religions-Partei zu bekennen, und also der Übertritt eines Protestanten zur katholischen Religion nicht zu verhindern stehet, so kann auf der andern Seite gegen die allerdings strafbare, von Euch nur vermuthete, heimliche Proselytenmacher, so lange man keine hinlängliche Beweismittel gegen sie in Händen hat, sondern alles nur auf blossen Verdacht beruhet, nichts verfüget, auch Euch in dieser Sache kein anderer Rath mitgetheilt werden, als dass Ihr Eure Kirchkinder in ihren Glauben zu befestigen und dadurch gegen alle herumschleichende Verführer sicher zu machen bemühet sein, auch diejenigen, welche Ihr solcher Unternehmungen halber in Verdacht habt, genau beobachten und Euch gegründete Anzeigen davon zu verschaffen suchen müsset.«

Schreiben des Auswärtigen Departements, s. unter dem 9. März. Febr. 4

466.[1]) Schriftwechsel zwischen dem Grafen von Hohenzollern, Bischof von Kulm, und dem Geistlichen Departement. 1792.

R. 7. B. 26.

Evangelische Trauung gemischter Ehen. Anwendung der Excommunication.

Hohenzollern. Oliva Februar 24. Febr. 24

Mundum.

. . . »Ich schmeichele mir, dass E. K. M. von meinem Patriotismus und Toleranz sowohl, wie von meiner beständigen Bemühung, das unter denen verschiedenen Glaubens-Verwandten gegenseitige gute Vertrauen zu erhalten und zu vermehren, überzeugt sind. Auch ist E. K. M. bekannt, dass es in jeder Kirche Verordnungen gebe, nach welchen es nicht erlaubt ist, denen Vorgesetzten eine Abänderung in den allgemein angenommenen Gesetzen zu treffen, und dieses ist der Fall mit vorgedachtem Hospitalit Meyer. Vor einiger Zeit ehelichte dieser Mann, welcher sich zur katholischen Religion bekennet, seiner verstorbenen Frauen Schwester Christine Koch lutherischer Religion. Die Trauung wurde von dem protestantischen Geistlichen Heinel zu Marienburg vollzogen, bevor die bischöfliche Dispensation vom Meyer, wozu ihn die Gesetze seiner Kirche und

---

1) Vgl. unter dem 24. November 1791.

1792 Febr. 24 E. K. M. . . . Verordnungen verbanden, nachgesucht und befolgt war. Hierauf liess Propst Friese zu Marienburg, nachdem er von dem widersetzlichen Betragen des Hospitaliten Meyer benachrichtiget, selben zu sich bescheiden, machte ihm die Ungültigkeit seiner im verbotenen Grade der Schwägerschaft ohne bischöfliche Dispensation vollzogenen Ehe begreiflich und gab ihm die angemessene Mittel zur Beruhigung seines Gewissens an die Hand; Meyer aber, statt die Lehre seines Seelsorgers zu beherzigen und seinem Rathe zu folgen, schluge alles mit Verachtung aus und bestand auf die Dispensation, welche er von E. K. M. westpreussischen Regierung für seine vermeinte Frau erhalten, ohne sich weiter um die bischöfliche Dispensation zu bekümmern. Da er sich also zur Oster-Beicht meldete, ward ihm selbige vom Propst Friese wegen seines Ungehorsams gegen die Kirche und deren Gesetze verweigert; auch in der Folge und nach erfolgter bischöflichen Dispensation könnte er ihn nicht *ad sacra* admittiren, weil Meyer Bedenken trug, nach Maassgabe gedachter Dispensation seine ohne selbige ungültig geschlossene Ehe durch Wiederholung der gegenseitigen Einwilligung in Gegenwart eines Geistlichen zu erneuern.

»Auf dem Grund also des in der katholischen Kirche allgemein angenommenen Gesetzes, nach welchem es einem Katholiken nicht erlaubt ist, in einem so nahen Grade der Schwägerschaft ohne erhebliche Ursache und bischöfliche Dispensation zu heurathen, die dagegen eingegangenen Ehe-Verträge unkräftig sind und solche nach erfolgter Dispensation durch Wiederholung der gegenseitigen Einwilligung der Verlobten in Gegenwart des Parochi müssen erneuert werden, zeigte ich E. K. M. westpreussischen Regierung auf dero Requisition an, dass Propst Friese nach den Grundsätzen seiner Religion in der Sache des Hospitaliten Meyer nicht anders habe verfahren können, mit der Versicherung, dass die Ehe des mehrgedachten Meyer nicht aus dem Grunde, weil die Trauung von einem lutherischen Geistlichen vollzogen, sondern weil er als Katholik im verbotenen Grade der Schwägerschaft ohne bischöfliche Dispensation geheurathet habe, für ungültig erkläret wäre: wovon E. K. M. westpreussische Regierung und die dortigen protestantischen Geistlichen aus der täglichen Erfahrung, indem meine Geistliche gemäss der von mir einmal erhaltenen Verordnung ohne allen Anstand die Verlobten diverser Religion, wenn die Braut zu ihrer Kirche gehört und sonst keine gesetzliche Ehe-Hinderniss in dem Wege steht, zusammengeben, hingegen wenn sie lutherisch ist, die Copulation dem protestantischen Geistlichen überlassen, vollkommen überzeugt sind. Dergleichen Ehen könnte ich, seitdem ich Bischof bin, gegen 100 nachweisen, schwerlich aber wird mir bewiesen werden, dass ich in der Folge eine davon als ungültig sollte angesehen haben. Ohnmöglich kann demnach die Vermuthung auf mich fallen, dass ich der durch einen protestantischen Geistlichen geschehenen Trauung auch nur *per indirectum* ihre Kraft zu benehmen suche; denn wenn ich an der Gültigkeit der-

gleichen Ehen zweifelte oder die Kirche selbige *directe* oder *indirecte* für ungültig hielte, wie hätte ich mich unterfangen können, solche ohne Verletzung meines Gewissens nachzugeben und zu erlauben? Ebensowenig kann die Vermuthung bestehen, dass, wenn die Copulation des Meyer ein katholischer Geistlicher verrichtet hätte, die Wiederholung derselben[1]) nicht ferner urgirt worden wäre, da die Kirche die Ehen, welche von Katholiken in einem verbotenen Grade ohne bischöfliche Dispensation vollzogen werden, ohne Rücksicht, ob die Copulation von einem katholischen, protestantischen oder reformirten Geistlichen geschehe, für ungültig erkläret und der katholische Geistliche, welcher eine so gesetzwidrige Handlung unternimmt, nach eben diesem Gesetze exemplarisch bestraft wird. Auch schwerlich kann aus meinem ganzen Betragen gegen den Meyer gefolgert werden, dass ich die grössere Excommunication oder Ausschliessung *ab ecclesia et omnium fidelium congregatione* auf ihn habe anwenden wollen. Meyer ist erlaubt, wie vorhero die Kirche zu besuchen, dem Gottesdienst beizuwohnen, mit jedem umzugehen, und es ist bloss seine Annehmung *ad sacra* bis zu einer bessern Vorbereitung zu derselben ausgesetzt worden. Dass ich aber bei E. K. M. westpreussischen Regierung angetragen, dass die protestantischen Geistlichen angewiesen werden möchten, dergleichen Trauungen nicht eher zu verrichten, bis ihnen in Ansehung des katholischen Theils die bischöfliche Dispensation vorgezeigt worden, geschahe in der Absicht, um dadurch in Zukunft allem Missverständniss, Irrung und Verdruss vorzubeugen, auch weil nach den Grundsätzen der katholischen Religion die Dispensation *in casibus prohibitis* nicht bloss *ad interna* gehöre, sondern auch solche zur Gültigkeit der Ehe selbst erfordert werde, also dass Meyer ausser der Sünde, der er sich durch sein widersetzliches Betragen schuldig gemacht, annoch eine ungültige Ehe geschlossen habe, so auch nach erfolgter Dispensation nicht anders als durch Wiederholung der gegenseitigen Einwilligung der Verlobten in Gegenwart des Parochi, so privatim und in dem Wohnhaus des Meyer geschehen kann, gültig gemacht werden kann, aus welchem übrigens hervorgeht, dass allhier *dispensatio superveniens* nicht die Wiederholung eines gültig, sondern ungültig vorgenommenen Actus nothwendig machet. 1792 Febr. 24

»Sowie sich denn mein ganzes Betragen in Ansehung der Ehe des Hospitalit Meyer auf die Gesetze der katholischen Kirche und E. K. M. . . . Verordnungen, wie aus der Instruction für die westpreussische Regierung vom 21. September 1773 § 4 [No. 11] Lit. d[2]) erhellet, . . . gründet und ich ohnmöglich das gut heissen kann, was durch die in allen katholischen Ländern angenommenen Kirchen-Gesetze verboten ist, noch die pflichtmässige Befolgung der Grundsätze meiner Religion als Eingriff in die Gerechtsame einer andern Kirche kann angesehen werden: als hoffe

1) Hs.: »desselben.« 2) Band 4, 545.

1792 Febr. 24 ich, dass E. K. M. mein diesfälliges Betragen . . . billigen und, da Allerhöchstdieselben einem jeden Religions-Verwandten eine vollkommene Gewissensfreiheit verstatten und jeden bei dem ihm zukommenden Religions-Exercitio nach den Principiis seiner Religion schützen, auch mir in Zukunft . . . erlauben werden, dass ich meine geistliche Gerichtsbarkeit nach den Grundsätzen meiner Religion ungehindert ausüben könne.«

März 5 Das Geistliche Departement. Berlin März 5.

Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Scholz. Anweisung von Scholz.

. . . »Die Nachsuchung einer Dispensation der geistlichen Obern ist nach Vorschrift des Gesetzbuchs *Pars 2 Tit. 1 § 11* eine blosse Gewissenssache und gehöret keineswegs zur Gültigkeit der Ehe. Wenn also gleich der Hospitalit Meyer sich solche allererst nach erfolgter Copulation zur Beruhigung seines Gewissens ausgewirket, so kann daraus nicht Veranlassung genommen werden, eine Erneuerung des von dem evangelischen Geistlichen, als dem *parocho sponsae, rite* vollzogenen Actus zu erfordern, und noch weniger, denselben für den überall dazu nicht berechtigten katholischen Parochum zu ziehen.

»Ihr habt also das an den Propst Friese erlassene Verbot sofort einzuziehen und den *p.* Meyer, wenn er es verlanget, *ad sacra* zu admittiren.«

---

467. Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen und Geistlichen Departement einerseits, dem Cabinet andererseits. 1792.

B. 7. B. 16.

Die Verabredung zwischen den Bischöfen von Ermland und Kulm, welche letzterem die Coadjutorie von Ermland zuwenden soll, ist ungesetzlich. Das ermländische Capitel muss wählen.

März 9 Das Auswärtige und das Geistliche Departement. Berlin März 9.

Concept, geschrieben vom Kriegsrath G. F. Kunowski, gezeichnet von Finckenstein, Schulenburg, Woellner und Alvensleben. Anweisung von Steck.

»Zufolge der . . . Cabinets-Ordre vom 14. December v. J. hat sich das Geistliche Departement mit dem Auswärtigen concertiret[1]), um, wo

---

1) Aus dem Schriftwechsel zwischen den beiden Departements verdienen folgende, nach Anweisungen von Steck aufgesetzte Schreiben des Auswärtigen Departements hervorgehoben zu werden:

Jan. 18 (1) Berlin 18. Januar. »Ein Bischof von Ermland wird nach den Stiftungs-Gesetzen und Statuten des Capituls von diesem, jedoch nach den mit den Königen Casimir und Sigismund von Polen*) 1512 getroffenen Vergleichen**) dergestalt erwählet, dass es dem Könige aus seinem Mittel und Eingebornen vier Subjects vorschlägt, welche der König genehmiget und für wahlfähig erkläret.

*) In der Hs. folgt: »von«. **) Vgl. S. 284 Anm. 2.

möglich, die dabei vorwaltende, in den canonischen Rechten und den Tractaten mit der Republik Pohlen gegründete Schwierigkeiten zu heben. Da 1792 März 9

»In der Folge haben die Könige dem Capitul allezeit aus den vier *subiectis eligibilibus* dasjenige empfohlen und vorgeschrieben, welches sie gewählt wissen wollen. Der König hat also nach dem Besitze und Herkommen das Ernennungs-Recht, das Capitul den Schein und Schatten einer Wahl. Jan. 18

»Wie ein Bischof bestellet wird, ebenso wird auch ein Coadjutor gesetzet. Der König ernennet ihn, das Capitul wählet, der Papst bestätiget ihn.

»Nicht der Bischof hat also ein Recht, sich einen Coadjutorem zu ernennen, sich Bedingungen zu machen *p.*; darauf laufen die *qu.* Anträge hinaus.

»Betrachtet man sie als eine Resignation, so muss sie vom Könige und Papst angenommen und bestätiget und der Resignatarius muss auf königliche Ernennung vom Capitul gewählet werden, wenigstens muss dieses in die Resignation willigen. So scheinet es gemeinet zu sein.

»Reservationen haben alsdenn allerdings Statt. Allein diejenige, die sich der Bischof bedinget, sind exorbitant und so übertrieben, dass dem Bischof von Culm nichts übrig bleibt, da er das Bischofthum Culm würde aufgeben müssen und eigentlich auch die in Commende besitzende Abtei Oliva verlieren, welche ihm wegen der geringen Einkünfte von Culm und als Coadjutorie gegeben worden.

»Die Pension kann nie 12000 Rthlr. sein, nie ausser Landes verzehret werden, würde auch aufhören, wenn der Bischof Graf v. Krasicki ein Bischofthum in Polen erhielte. Die 6000 Rthlr. für seine Gläubiger würden nur auf seine Lebenszeit gewähret werden können.

»Übrigens würde eine solche Resignation oder Coadjutorie nicht gegen die Tractaten mit Polen laufen. Es ist nicht von Einziehung oder Verwandelung des Hoch-Stifts die Rede.

(2) Berlin 4. Februar. »1) Ein . . . Geistliches Departement scheinet darauf gar nicht Rücksicht zu nehmen, dass ein Coadjutor in Ermland nicht von des Königes Maj. ernannt werde, wie zu Culm, sondern dass er auf königliche, die Kraft einer Vorschrift habende Empfehlung vom Dom-Capitul gewählet werden müsse. *Jura capituli Warmiensis circa electionem episcopi 4. Rom 1724. Lengnich, Jus publ. regni Polon. P. I. L. II C. 81 § 15 p. 335; P. II L. III C. V § 45. Jus publ. Prussiae Polon. § 19 p. 37. Lengnich, Jus publ. Polon. P. II L. III C. V* § 7. Wollte man diese Formalität umgehen, so würde das Capitul und die Republik Polen über verletzte Kirchen-Verfassung schreien und der Papst die Bestätigung des Coadjutors verweigern, ohne welche er kein Recht der Nachfolge erhalten kann. 2) Wir sehen die bischöfliche Anträge immer als auf eine Resignation abzielend an. Anders lassen sich die Reservationen nicht gedenken. Bleibt der Fürst-Bischof v. Krasicki Bischof und der *p.* Graf v. Hohenzollern würde Coadjutor, so bedarf es ja keines Vorbehalts der 12000 Rthlr. Einkünfte, so behält er sie ohnedies lebenslang. 3) Die Reservation und Versicherung der 6000 Rthlr. für die Gläubiger auf 15 Jahre ist an sich widerrechtlich, anstössig, auffallend, und da sie auf eine Verminderung der Einkünfte seines Nachfolgers abzwecket und hinausläuft, so würde solche mithin allerdings Anlass zu Beschwerden über Verletzung des VIII. Articuls des Tractats vom 18. September 1773 den künftigen Bischöfen und der Republik Polen geben, welche in den gegenwärtigen Conjuncturen unangenehm und desto verdriesslicher sein würden, da sie leicht Gelegenheit geben könnten, auf die Ergänzung der bischöflichen Einkünfte zu dringen. Febr. 4

1792 März 9 diese aber von der Beschaffenheit sind, dass beide Departements darüber hinauszugehen Bedenken tragen, so haben wir für unsre Pflicht gehalten, solche gemeinschaftlich E. K. M. zu allerhöchster Erwägung darzulegen.

»Einestheils stehet dem Hoch-Stift Ermeland die Wahl eines Bischofs oder Coadjutors in der Art zu, dass selbiges die Wahl-Subjecta zwar vorschlägt, E. K. M. aber von diesen das zu wählende vorschreiben. Ohngeachtet demzufolge die Ernennung lediglich von E. K. M. Wohlfinden abhängt, ist es gleichwohl nothwendig, die Förmlichkeit der Wahl zu beobachten, weil sonst das Capitel über Verletzung seiner Gerechtsame wider den Tractat von 1773 [1]) klagen und die Republik Pohlen und die Garants des Tractats wegen dessen Aufrechterhaltung anrufen, auch der Papst die Bestätigung verweigern könnte, ohne welche die Coadjutorie nicht von Wirkung sein kann.

»Anderntheils aber lassen sich die Reservationen des Bischofs von Ermeland, 12 000 Rthlr. für sich zu behalten und 6000 Rthlr. seinen Gläubigern auf 15 Jahre zu versichern, bei einer Coadjutorie gar nicht gedenken, da er bei dieser Lebenslang im Besitz und Genuss der bischöflichen Einkünfte verbleiben, der Bischof von Culm als Coadjutor nur die Nachfolge erhalten, mithin dem erstern nichts zu leisten haben würde noch leisten könnte.

»Es ergiebt sich daher, dass die Absicht dieser beiden Prälaten eigentlich auf eine Resignation oder Abtretung des Bisthums Ermeland zum Vortheil des Grafen v. Hohenzollern gerichtet ist. Allein eine dergleichen *resignatio in favorem tertii* kann nach den canonischen Rechten nicht anders als in die Hände des Papstes geschehen. Es hängt alsdann von diesem ab, sie zu verwerfen oder anzunehmen; aber im letzten Falle stehet ihm nach dem canonischen Recht und den Concordaten der deutschen Nation, welche auch im Hoch-Stift als geltend angesehen werden, die Provision zu, welche in diesem einzelnen Fall die Disposition E. K. M. über dieses Bisthum aufheben würde.

»Hierzu kommt noch, dass obige Reservationen theils an sich ganz unzulässig sind, indem daraus eine nach dem canonischen Recht unerlaubte Schmälerung des bischöflichen Beneficii erfolgen würde, theils gegen den Tractat von 1773 anlaufen, wodurch die Aufrechterhaltung der geistlichen Stiftungen in dem abgetretenen Gebiet in ihrem damaligen Zustande zugesichert worden.

»Wenn nun auch E. K. M. über die sehr nachtheiligen Bedingungen, dem Bischof von Ermeland 12 000 Rthlr. zuzugestehen, um sie ausserhalb Landes verzehren zu können, und dessen Gläubigern 6000 Rthlr. auf 15 Jahre zu garantiren, hinauszugehen geruhen wollten, so würden dennoch Höchstdero wohlwollende Absichten in Ansehung des Grafen v. Hohenzollern vielleicht gänzlich vereitelt werden, weil auf der einen Seite die

1) Band 4, 540.

Einkünfte des Bisthums durch jene Reservationen gänzlich absorbiret würden, auf der andern aber der Papst, um die Vereinigung mehrerer Beneficien in Einer Person zu verhüten, das Bisthum für erlediget erklären und ausser der Ordnung providiren könnte, wodurch der Graf sogar die Aussicht, es dereinst zu besitzen, verlöre und auf die Abtei Oliva, die er als Commende besitzt, eingeschränkt werden würde. 1792 März 9

»Dahingegen würden E. K. M. dem Grafen v. Hohenzollern viel leichter und ohne so beschwerliche Bedingungen zur Nachfolge im Hoch-Stift Ermeland entweder durch eine ordentliche Coadjutor-Wahl, worin der zeitige Bischof auch ohne diese würde willigen müssen, oder nach dessen Absterben durch eine ordentliche Wahl, welche auf ihn zu richten von E. K. M. Willen abhängt, verhelfen können« . . .

März 11

Cabinets-Befehl. Berlin März 11.

Mundum.

Resolution: »dass es zwar in Absicht des zwischen diesen beiden Prälaten vorseienden Arrangements bei denen Statuten dieser Bisthümer sein Verbleiben haben muss und diese nicht zu beeinträchtigen sind; da indessen aber der Graf v. Hohenzollern als Bischof von Culm sich in dem beigehenden Schreiben an S. K. M. Selbst gewendet hat, so befehlen Allerhöchstdieselben den obigen beiden Departements, auf die in der Beilage zu gedachtem Schreiben angeführten nicht unerheblichen Gründe des Grafen v. Hohenzollern Rücksicht zu nehmen, mit selbigem in eine ministerielle Correspondenz zu treten und zu versuchen, ob sich die in dem Berichte enthaltenen Schwierigkeiten nicht heben lassen.«

Das Auswärtige und das Geistliche Departement. Berlin März 19. März 19

Concept wie unter dem 9. März.

»Nach den nähern Erklärungen des Bischofs von Culm . . . ist zwar die Absicht dieses Prälaten nicht, wie es den Schein hatte, auf eine Resignation des Fürsten Bischofs von Ermeland zu seinem Vortheil, sondern auf die Coadjutorie im Hoch-Stift dieses Namens gerichtet, allein die Art und Weise, welche er zu ihrer Erreichung vorschlägt, der Verfassung desselben ganz entgegen. In den Bisthümern Culm und Bresslau, welche von ihm als Beispiele angeführet werden, hat der Landesherr das *ius nominationis regiae*, vermöge welches dem Capitel kein Wahlrecht, sondern E. K. M. die Ernennung eines Bischofs, folglich auch eines Coadjutors zustehet. Ganz anders aber verhält es sich mit dem Hoch-Stift Ermeland. Nach den darin geltenden Concordaten der deutschen Nation und den Rechten und Freiheiten des Capitels kann eine Coadjutorie nicht anders ertheilt werden als durch eine förmliche Wahl des Capitels, welche aber auf die von E. K. M. ausersehene, empfohlene und ernannte Person fallen muss, wonach es denn nur noch der Bestätigung des Papstes bedarf. Da nun

1792 März 19 E. K. M. höchste Intention dahingehet, den Bischof von Culm zum Coadjutor von Ermeland nach den Statuten des Capitels wählen zu lassen, so haben wir keinen Anstand genommen, dem Dom-Capitel zu Frauenburg in dem zu E. K. M. . . . Genehmigung und Vollziehung beiliegenden Rescript Höchstdero Willensmeinung bekannt zu machen. Da aber die Statuten des Hoch-Stifts erfordern, dass der zu Wählende *de gremio capituli* sei, so ist annoch nothwendig, dass der Graf v. Hohenzollern ein Mitglied desselben werde. Zwar stehet sowohl dieser als auch der Bischof v. Krasicki in der Meinung, dass ein päpstliches *breve eligibilitatis* diese Eigenschaft ersetzen und suppliiren könne; sie ist aber ganz ohne Grund. Wir sind zwar nicht in Abrede, dass der Vorgänger des jetzigen Bischofs von Ermeland, Stanislaus Grabowski, ein dergleichen Breve erhalten. Allein von statutenmässigen Erfordernissen kann solches nicht befreien, sondern nur *defectus canonicos* heben. Dieses hat der Papst damals selbst eingeräumet und erkläret, dass dieses Beispiel nicht angezogen, sondern die Statuten von 1512 in Zukunft genau beobachtet werden sollen. Indessen ist auch diese Schwierigkeit gehoben, wenn der Graf v. Hohenzollern ein Canonicat zu Frauenburg erwirbt.

»Was hingegen die Verabredungen der Bischöfe von Ermeland und Culm betrifft, so müssen wir freimüthig gestehen, dass wir sie für unzulässig halten, ohngeachtet letzterer der Meinung ist, dass solche nächst der Genehmigung E. K. M. lediglich von dem Willkür des ersteren abhangen. Denn falls auch Höchstdieselben über den Verlust von jährlich 12 000 Rthlr. für Dero Staaten, welche der Bischof v. Krasicki aus Ermeland zu ziehen und ausserhalb Landes zu verzehren verlangt, hinwegzusehen geruheten, so ist es doch die wesentlichste und in allen katholischen Reichen, wo Ordnung herrscht, indispensable Pflicht der Bischöfe, in ihren Diöcesen zu residiren und ihr Hirtenamt zu verwalten. Gegenwärtig hat sich zwar dieser Prälat dahin geäussert, dass er nicht gesonnen sei, sich ausser Landes aufzuhalten; hätte er aber diese Absicht nicht, wollte er nicht entweder auf Reisen gehen oder ein Bisthum in Polen erlangen und daselbst leben, so wären seine Reservationen überflüssig, indem er ohngeachtet der Coadjutorie seine ganzen Einkünfte lebenslänglich geniessen könnte.

»Noch weniger aber als obiger Vorbehalt kann das Begehren des Fürsten Bischofs, dass seinen Gläubigern jährlich 6000 Rthlr. aus den Einkünften des Bisthums auf funfzehn und ein halbes Jahr, er lebe oder sterbe, versichert werden sollen, als das ökonomische Arrangement eines Privatmannes angesehen werden.

»Wenn es auch allenfalls auf die Lebenszeit des jetzigen Coadjutors, welcher es sich gefallen lässet, zulässig wäre, so ist es doch nicht auf andre Nachfolger im Hoch-Stifte zu verstatten, weil alsdann eine unerlaubte, uncanonische *diminutio beneficii* und die Verletzung des Tractats

mit Polen von 1773 nicht mehr zu verschleiern sein, sondern von Seiten des Capitels grosses Geschrei und von Seiten der Republik Beschwerden erregen würde. 1792 März 19

»Die Dispensation des römischen Hofes findet hierbei in keine Wege Statt, und seine Genehmigung kann diese Bedingungen weder legal noch den Tractaten gemäss machen, noch auch die Hindernisse heben, welche E. K. M. höchsteigenes Interesse ihnen entgegensetzt.

»Unsrer Meinung nach liegt die Ursache, weshalb der Graf v. Hohenzollern so leicht und willfährig in diese Bedingungen hineingehet, in der Hoffnung, die er sich macht, neben dem Bisthum Ermeland auch das von Culm und die Abteien Oliva und Pelplin, welche er *en commende* besitzt, behalten zu können. Allein eine solche Pluralität der Beneficien scheint uns so weniger dem höchsten Interesse E. K. M. gemäss zu sein, als sie gegen die canonische Rechte anstösst und daher von dem Papste nie würde genehmiget werden.

»Übrigens ist uns von den angeblichen Cabalen des Dom-Capitels nicht das Mindeste bekannt, und überdies können diese nie einen Einfluss auf unsre Gesinnungen und Urtheile haben, welche lediglich in unserer Pflicht gegründet sind.«

Cabinets-Befehl. Potsdam März 20. März 20

Mundum.

. . . »Da nun S. K. M. die deshalb von gedachten beiden Departements in Vorschlag gebrachten Maassnehmungen approbiren, so wird es auch dabei sein Bewenden haben müssen, und Allerhöchstdieselben überlassen gedachten beiden Departements, das deshalb weiter Erforderliche zu besorgen.«

---

468. Ministerial-Erlass an das geldrische Justiz-Collegium. Berlin 1792 Mai 12. Mai 12

Geldern Eccles. Abschrift. Das Original war gezeichnet von Finckenstein und Alvensleben.

Einrichtung eines eigenen Officialats sowie einer eigenen Inspections- und Examinations-Commission im preussischen Geldern.

Theilt mit, »dass bisher weder der Bischof zu Rüremonde mit neuen Reclamationen gegen die nach Unserm Rescript vom 30. November 1791 zu bewirkende Einrichtung eines eignen Officialats und einer eignen Inspections- und Examinations-Commission in Unserm Antheile des Herzogthums Geldern eingekommen ist, noch auch die belgischen oder geldrischen Stände oder das Administrations-Collegium Schritte gethan haben, um die Widersprüche des Bischofs zu unterstützen. Sollte der Bischof dieselben erneuern, so werden Wir Euch seine Vorstellung zur Erstattung Eures Gutachtens mittheilen lassen, wie Wir denn auch, wenn die Stände oder das Administrations-Collegium sich melden sollten, jene abfertigen und

1792 Mai 12 dieses in seine Schranken und auf die ächten Grundsätze zurückweisen, auch Euch davon Nachricht geben werden. Damit nun aber die Intention Unsers Rescripts vom 30. November 1791 wegen der Errichtung des Officialats und der Inspections- und Examinations-Commission erfüllet werde, erwarten Wir von Euch, dass Ihr nach der Euch beiwohnenden Kenntniss des Locals sowohl den Zeitpunkt einer deshalb zwischen Euch und dem Bischof zu eröffnenden Correspondenz wahrnehmen, als auch überhaupt die schicklichste Einleitungsart zu treffen wissen werdet, damit der vorgesetzte heilsame Endzweck erreicht und zugleich durch Vorsichtigkeit und kluge Maassregeln aller Anlass zu Missvergnügen, Spaltungen und Streitigkeiten zwischen Herrschaft und Eingesessenen vermieden werde« . . .

Mai 21 **469. Ministerial-Erlass an die tecklenburg-lingensche Regierung.** Berlin 1792 Mai 21.

Lingen Eccles. Concept, gezeichnet von Scholz.

Schlägt Gesuch von Katholiken ab.

»Es ist Uns vorgetragen worden, was Ihr wegen der von der katholischen Gemeine zu Plantlünne nachgesuchten Erlaubniss zu Anlegung zweier Glocken, einer Orgel und zu Erbauung einer kleinen Thurmspitze auf ihrem Bethause . . . einberichtet habt. Wir finden aber Bedenken, diesem Gesuche gegen die allgemeine Landesverfassung in dem angezeigten Falle zu deferiren, und tragen Euch daher hiermit auf, die Supplicanten damit abzuweisen.«

Juni 18 **470.[1] Königlicher Erlass an den Fürsten Anton Theodor Graf Colloredo-Walsee, Erzbischof von Olmütz.** Berlin 1792 Juni 18.

R. 46. B. 79. Concept, geschrieben von Kunowski, gezeichnet von Schulenburg und Alvensleben. Anweisung von Steck, welcher einen Bericht der oberschlesischen Amts-Regierung vom 18. Mai benutzte.

Soll seine Beschwerden über den Malteser-Orden vor Gericht bringen.

»Wir haben Uns über die Beschwerden Vortrag thun lassen, welche E. Lbd. . . . gegen den Grafen von Schafgotsch als Commandeur der

---

1) Das Auswärtige Departement begleitete die Ausfertigung dieses Erlasses mit folgendem Immediat-Bericht: »Der Erzbischof zu Olmütz behauptet in denen zur Commenthurei Gröbnig im diesseitigen Schlesien gehörenden Maltheser-Ordens-Pfarreien das Visitations-Recht, welches ihm von dem zeitigen Inhaber dieser Commenthurei Grafen Schafgotsch streitig gemacht wird. Im Jahr 1790 wurde der Bischof mit seinen Beschwerden durch das schlesische Finanz-Departement an die oberschlesische Ober-Amts-Regierung verwiesen; anstatt aber seine Ansprüche vor derselben auszuführen, sucht er gegenwärtig bei E. K. M. um die Erlaubniss an, sich deshalb an den päpstlichen Stuhl wenden zu dürfen. Wir finden diesen Antrag insofern bedenklich, als diese Erlaubnisserthеilung ein stillschweigendes vorläufiges Anerkenntniss der Entscheidung des Papstes zu involviren den Schein haben könnte, und stellen daher E. K. M. . . .

Maltheser-Ordens-Commenthurei Gröbnig wegen der im Jahre 1789 behaupteter Maassen gethanen Eingriffe in die bischöfliche Visitations-Rechte in denen zu gedachter Commenthurei gehörigen Pfarreien Gröbnig, Leobschütz und Leistnitz bei Unsrer höchsten Person haben anbringen wollen . . . 1792 Juni 18

»Der ab Seiten des Maltheser-Ordens behauptete Grundsatz, dass die ihm von dem päpstlichen Stuhl verliehene Befreiung von der Jurisdiction des Dioecesani überhaupt alle Anmaassungen bischöflicher Visitationen seiner Pfarreien ausschliesse, scheint schon nach der Bulle Papst Pius IV.[1]) vom 1. Juni 1560, wonach sowohl der Maltheser-Orden im allgemeinen als insbesondere der Gross-Prior von Böhmen, Mähren, Schlesien und Österreich und dessen Vicarii, Capellane, Presbyteri und Parochien *p.p.* von aller *iurisdictione ordinaria*, *superioritate*, *potestate et connectione* des Erzbischofs zu Prag, des Bischofs zu Bresslau und aller andern Patriarchen, Erz- und Bischöfe gänzlich befreiet sind, keinem rechtsbeständigen Widerspruch Platz zu lassen; in Ansehung der Commenthurei Gröbnig aber stehet derselbe noch insbesondere durch den Ausspruch der *rotae Romanae* vom 18. August 1708 zu ihrem Vortheil und gegen das Bisthum Olmütz fest. Hiernach ist der Besitz dieser Freiheit von Seiten der Commenthurei keinem Zweifel unterworfen.

»Wollten nun E. Lbd. die Rechtmässigkeit desselben anfechten oder *vitia possessionis* in Ansehung der Modificationen dieser Exemtion nachweisen, so müsste solches in dem behörigen Gerichts-Stande vor Unsrer Ober-Amts-Regierung zu Brieg geschehen, indem *causae possessoriae* oder das *possessorium* geistlicher Sachen für weltlich geachtet und *in foro civili* erörtert werden müssen. Bis dahin und zu einem für die bischöfliche Ansprüche vortheilhaften Erkenntniss muss der Maltheser-Commenthur bei dem hergebrachten Verhältniss und Verfassung geschützt werden.

»Erachteten aber E. Lbd., wie solches aus Ihrem Schreiben hervorgehet, für zuträglicher, gegen den ganzen Maltheser-Orden, gegen seine Befreiungen und auf deren Erklärung und Bestimmung Klage *in petitorio* zu erheben, so müssen Wir E. Lbd. eigenem Ermessen und Beurtheilung überlassen, ob davon ein günstiger Erfolg zu erwarten sei und wie die Landesherren der Commenthureien einen solchen Schritt ansehen werden.«

Ermessen . . . anheim, ob nicht der Bischof an die Ober-Amts-Regierung zurückzuverweisen und die verlangte Erlaubniss auf eine gute Art zu eludiren sein dürfte« . . . 1) Hs.: »XIV.«

1792 Juli 2 **471. »Resolution[1]) für den Propst Klossowski zu Wirsitz bei Schneidemühl.«** Berlin 1792 Juli 2.

R. 7. B. 23. A. Concept, geschrieben von Spiker, gezeichnet von Scholz. Anweisung von demselben.

Katholische Geistliche haben von Dissidenten keine Kalende zu fordern.

Antwort auf die Vorstellung »wegen der ihm verweigerten Kalende von den dasigen protestantischen Einwohnern«: »Der Supplicant wird sich aus dem Warschauer Tractat *de anno 1768*[2]) zu belehren haben, dass die Gewohnheit der katholischen Geistlichen, von dissidentischen Unterthanen Kalende einzufordern, als ein schlechterdings nicht zu duldender Missbrauch gänzlich aufgehoben worden, und wird er also von selbst ermessen, dass das Geistliche Departement sein Gesuch bei dem Justiz-Ministerio nicht unterstützen kann.«

Juli 4 **472.[3]) Bericht des Etats-Ministers Karl August Freiherr v. Hardenberg.** Baireuth 1792 Juli 4.

R. 44. B. 30. Mundum.

»*Das angebliche Diöcesan-Recht des Bischofs zu Regensburg in dem Fürstenthum Bayreuth betreffend*«.

»E. K. M. haben mir durch das . . . Rescript vom 22. März ein von dem Bischof zu Regensburg an Allerhöchstdieselben erlassenes Glückwünschungs-Schreiben, worin derselbe seines angeblichen Diöcesan-Rechts im Fürstenthum Bayreuth Erwähnung gethan, mit dem Befehl zuzufertigen geruhet, mich darüber, ob, dann wo und wie weit gedachter Bischof im Jahr 1624 in dem Besitz dieses Diöcesan-Rechts gewesen und unter welchen Einschränkungen er es noch sei, genau zu erkundigen und in Rücksicht dieses Gegenstandes umständlichen gutachtlichen Bericht zu erstatten.

»Nachfolgendes wird nach meinem . . . Ermessen den Inhalt der Frage erschöpfen und den Gesichtspunct, aus welchem das Vorhaben des Bischofs von Regensburg überhaupt zu betrachten sei, in das gehörige Licht setzen.

»Es leidet keinen Zweifel, dass der Bischof von Regensburg vor den Zeiten der Reformation über einen, obwohl geringen Theil des Fürstenthums Bayreuth, nämlich über die dem Egerischen Gebiet zunächst liegenden 6 Ämter und insonderheit über deren Hauptstadt Wonsiedel ein *ius dioecesanum* dergestalt ausübte, dass der dasige Stadtrath und Gemeine gemeinschaftlich mit dem benachbarten Abt zu Waldsassen alle Pfarreien besetzten, die Geistlichen aber alsdann von Regensburg aus bestätiget wurden.

---

1) Des Geistlichen Departements.

2) *Wenck, Codex iuris gentium* 3, 675.

3) Vgl. unter dem 17. Juli. — Über die Verhältnisse der katholischen Kirche in Ansbach-Baireuth, von denen die vorhandenen Acten wenig berichten, vgl. Hardenberg's Denkschrift vom 10. Juni 1797, bei *Chr. Meyer, Hohenzollerische Forschungen* (*Berlin 1891*) 1, 58. 72 ff.

»Der evangelisch-lutherische Gottesdienst wurde zwar durch einen förmlichen Landtags-Recess schon *anno 1528* im ganzen Burggrafthum eingeführt; allein jener hatte sich in den 6 Ämtern noch nicht so sehr ausgebreitet, dass der Bischof von Regensburg verhindert werden konnte, seinen Besitzstand daselbst fortzusetzen. 1792 Juli 4

»Dieses geschahe erst im Jahr 1567, wo das obergebürgische Consistorium errichtet wurde.

»Von nun an hörte das Regensburgische Diöcesan-Recht zu Wunsiedel und dem übrigen dasigen fürstlichen Gebiet gänzlich auf, und es wird der Bischof von Regensburg weder vor noch in und nach dem Normal-Jahr den mindesten Besitzfall aufbringen, nach welchem von ihm dieses Recht weiter wäre ausgeübt worden.

»Die Bischöfe zu Bamberg, Würzburg und Regensburg, sowie die zu Eichstädt und Augspurg hatten zwar nach der Kundmachung des bekannten Restitutions-Edicts von 1629 eine kaiserliche Commission gegen beide fränkische Fürstenthümer zu extrahiren gewusst, die alle seit der Reformation im fränkischen Kreis eingezogene geistliche Güter und Rechte untersuchen sollte, und bischöflicher Seits ging man in den Anträgen so weit, dass besonders die beiden burggräflichen Fürstenthümer aller[1]) Rechte des Religions-Friedens mit den eingezogenen geistlichen Gütern beraubt und die kirchliche Verfassung vor der Reformation wieder eingeführt werden möchte. Allein da der im Jahr 1631 erfolgte Sieg bei Leipzig, welcher so vieles veränderte, seine wohlthätige Folgen auch hierher insoweit erstreckte, dass jene ausgewirkte Commission weitere Vorschritte sich nicht erlauben durfte, so diente die Abtreibung dieser bischöflichen Anmaassungen nur noch mehr dazu, den völligen Verzicht des Bischofs von Regensburg auf sein ehemaliges, längst erloschenes Diöcesan-Recht sichtbar zu machen und das darauf in dem Westphälischen Frieden beliebte Normal-Jahr auch hier zu befestigen.

»Um den Grund oder Ungrund des bischöflichen Anführens, dass er nämlich noch dermalen über eine in dem obergebürgischen Fürstenthum befindliche Pfarrei sein Diöcesan-Recht in Ausübung bringe, gehörig auszumitteln, habe ich, da derselbe die Pfarrei zu benennen eigene Ursachen gehabt haben mag, die genaueste Erkundigung eingezogen.

»In dem ganzen obergebürgischen Fürstenthum sind nur zwei geistliche römisch-katholische Stellen, die, wenn die geistliche Gerichtsbarkeit der katholischen Bischöfe in den protestantischen Ländern nicht suspendirt wäre, zu der Regensburgischen Diöces gehören würden.

»Die eine ist die Feld-Caplanei zu Markt Redwitz, welche erst in neuern Zeiten, weil der Ort königlich böhmischer Landeshoheit unterworfen ist, gegen das Normal-Jahr und aller von hier aus geschehenen Protesta-

1) Hs.: »alle.«

1792 Juli 4 tionen ohngeachtet errichtet worden. Dass aber diese von dem Bischof zu Regensburg nicht gemeint worden sein könne, erhellet sogleich daraus, weil unter der Regierung des Kaisers Joseph II. alle Kirchen seiner Länder der Aufsicht der auswärtigen Bischöfe entzogen worden sind.

»Die andere ist eine von dem benachbarten Kloster Speinsart abhangende katholische Pfarrei zu Kirchenlaibach, mit welcher es folgende Beschaffenheit hat.

»Kirchenlaibach, ein mit der Obern Pfalz grenzender Flecken, wird durchaus von Katholiken bewohnt, liegt im unstreitigen Landesgebiet des obergebirgischen Fürstenthums und erhält seine jedesmaligen katholischen Geistlichen von dem Kloster Speinsart, über welches das obergebürgische Fürstenthum die Schutz- und Schirmgerechtigkeit exercirt.

»Durch diese dem Kloster Speinsart unbezweifelt zustehende Besetzung der Kirchenlaibacher geistlichen Stellen, durch die eigene Unterwürfigkeit des Klosters gegen den Bischof zu Regensburg mag sich die ebensowenig zu leugnende Thatsache, dass Speinsart von je her die von ihm nach Kirchenlaibach berufenen Pfarrer dem Bischof zu Regensburg zur Bestätigung und Investitur präsentiret, bis auf den heutigen Tag erhalten haben, und der Bischof von Regensburg wird wohl in dem an E. K. M. erlassenen Schreiben unter der seinem Diöcesan-Recht noch gegenwärtig unterworfenen Pfarrei keine andere als die zu Kirchenlaibach verstanden haben.

»Wenn nun gleich dieser Umstand ein vollständiges Diöcesan-Recht um deswillen nicht begründen würde, weil die Besetzung der Pfarrei zu Kirchenlaibach überhaupt nicht unter die Zuständigkeiten des obergebürgischen Fürstenthums gehört und die bischöflich Regensburgische Bestätigung nur für eine Folge des Kloster Speinsartischen Rechts und seiner Unterwürfigkeit gegen den Bischof zu Regensburg anzusehen sein möchte, die von fürstlicher Landeshoheit wegen ebensowenig verhindert als unnachtheilig, wie es wirklich geschehen sein mag, von Zeit zu Zeit ignorirt werden können, so kann ich doch nicht verschweigen, dass es bei dieser Handlung allein nicht verblieben, sondern dass auch das Ordinariat zu Regensburg die Ehe-Händel und Dispensationen in verbotenen Graden über die katholischen Einwohner zu Kirchenlaibach sich wahrscheinlicher Weise ausschliesslich zugeeignet haben möge, weil, wie das obergebürgische Consistorium in einem Bericht angezeigt, dergleichen Fälle niemals bei demselben angebracht worden sind.

»Es ist dieses eine wahre Anomalie, da alle *iura consistorialia* zu den Ausflüssen der Landeshoheit gehören, diese von dem obergebürgischen Fürstenthum zu Kirchenlaibach in ihrer vollen Ausdehnung geübt wird und namentlich alle fleischliche Vergehungen, deren Cognition der Regel nach in katholischen Ländern für die Ordinariate gehöret, von den brandenburgischen Ämtern ohne alle Widerrede in Kirchenlaibach untersucht und bestraft werden.

1792 Juli 4

»Nun könnte man zwar diesseits durch landesherrliche Gebote, kraft deren die katholischen Unterthanen zu Kirchenlaibach angewiesen würden, von nun an nirgend anderswo als bei den fürstlich obergebürgischen Gerichts-Stellen in Ehe-Sachen und Dispensations-Fällen Recht zu nehmen, den Bischof von Regensburg dahin vermögen, dass er den Titel seiner Befugniss oder den Beweis einer stellvertretenden Verjährung, welches alles von dem Consistorium wegen Mangels eigener untersuchter Fälle zur Zeit nur für glaublich gehalten wird, herausgeben müsste. Allein da, wenn man auch über das Gefahrvolle solcher Vorschritte weggehen wollte, selbst die Richtigkeit mehrerer von dem Ordinariat zu Regensburg untersuchten Ehe-Händel und ertheilten Dispensationen (die ohne alles Vorwissen der diesseitig landesherrlichen Stellen durch den katholischen Geistlichen, der bei solchen Ereignissen immer die erste Instanz ausmacht, eingeleitet werden konnten) den Complexum des Diöcesan-Rechts nicht ausmachet, sondern dergleichen Ausnahmen unter der bekannten Voraussetzung: *tantum praescriptum quantum possessum*, höchstens nur für staatsrechtliche Dienstbarkeiten in fremden Landesgebieten angesehen werden können, so möchte es nach meinem . . . Dafürhalten räthlicher sein, dermalen diesen Gegenstand, bei dem sich der Bischof von Regensburg ohnedies nicht deutlicher erklären wollen und dessen Umfang am Ende wohl gar ein bloss fortgesetzter Besitzstand des Normal-Jahrs sein dürfte[1]), rege zu machen oder in E. K. M. Antwortschreiben darauf besonders hineinzugehen.

»Desto nothwendiger wird es aber sein, dem anmaasslichen Diöcesan-Recht des Bischofs zu Regensburg im Ganzen zu widersprechen, da derselbe nicht nur in dem Schreiben an Allerhöchstdieselben, sondern auch bei E. K. M. Gesandtschaft zu Regensburg darauf umgeht, sich hierunter neue Rechte zu erwerben.

»Denn so hat derselbe fast zu gleicher Zeit sich an diese gewendet und um deren Vermittelung gebeten, dass ein diesseitig landesherrliches Verbot, kraft dessen den katholischen Unterthanen zu Brand, einem der diesseitigen Landeshoheit unterworfenen voigtländischen Rittergut, die Besuchung des Gottesdienstes bei der obengenannten Feld-Caplanei zu Markt Redwitz bei Strafe untersagt war, wieder aufgehoben werden möchte. Dieses konnte er in keiner andern Eigenschaft als in der eines *episcopi dioecesani* thun, und es war *protestatio facto contraria*, wenn er, wie bei mir von ihm geschahe, durch sein Ansuchen der bekannten Suspension aller bischöflichen Gerichtsbarkeit in den protestantischen Ländern nicht zu nahe treten wollen, bei E. K. M. aber auf die Erhaltung und Fortdauer seines vermeintlichen Diöcesan-Rechts ausdrücklich antragen mögen.

»Weil mir das eben bemerkte Verbot gegen die Unterthanen zu Brand in unsern Zeiten selbst intolerant vorkam, so forderte ich von der obergebürgischen Regierung Erläuterungsbericht ab. Da aber dieser unter

1) Zu ergänzen: *nicht*.

1792 Juli 4 andern Gründen, wodurch dergleichen Verbot veranlasset worden, besonders releviret, dass der Bischof von Regensburg bei der Errichtung jener Feld-Caplanei zu Markt Redwitz, um für sein eingebildetes Diöcesan-Recht wieder einiges Land zu gewinnen, die erste und einzige Triebfeder gewesen, durch das mehrbemerkte Verbot eben deswegen seinen Absichten *realiter* widersprochen werden müssen und den katholischen Einwohnern zu Brand dadurch *indirecte* theils wegen einer weit näher liegenden katholischen Kloster Waldsassener Pfarrei zu Connersreuth, theils weil sie grösstentheils der Militär-Dienste wegen aus den böhmischen Landen entwichen, ein besonderer Gefallen geschehen: so halte ich unmassgeblich dafür, dass auf diesem Verbot zu beharren sei. Ich werde aber das Remonstrations-Schreiben an den Bischof von Regensburg erst alsdann erlassen, wenn ich von den . . . Gesinnungen E. K. M. in dieser Sache Nachricht werde erhalten haben.

»Dem Allen tritt noch der sonderbare Umstand bei, dass sich hier über eine Sache zwei Bischöfe streiten, die sie beide nicht haben; denn fast die nämliche Diöces mit Inbegriff des obergebürgischen Unterlandes nimmt auch der Bischof von Bamberg in Anspruch, wie nach den vorhandenen Regierungs-Acten bei Wiederbesetzung der Bayreuthischen und Erlangischen katholischen Pfarr-Stellen sich dieses schon zu verschiedenen Malen, vielleicht wider ihren Willen, geoffenbaret hat. Und ohne Zweifel mag hierin einer der ersten Bewegungsgründe liegen, um deren willen der Bischof von Regensburg zur Verdrängung seines Gegners sich mit seinem angeblichen Diöcesan-Recht an E. K. M. gewendet hat.

»Im übrigen versicherten mich sämmtliche Landes-Stellen, in deren Ressort diese Sache einschlägt, dass sie nicht nur zu der am Ende des bischöflichen Schreibens gewünschten nachbarschaftlichen Duldung alles beitragen würden, sondern dass auch schon von je her die diesseitigen Geistlichen an den böhmischen, pfälzischen und bambergischen Grenzen angewiesen worden seien, den katholischen Parochianis sowohl jeden ihren eigenen Religions-Unterricht als auch den Gebrauch der Sacramenten durch benachbarte katholische Pfarrer auf eine so gefällige Art zu verstatten, dass man sich durchgängig der besten Grundsätze einer vernünftigen Toleranz, welche vom Verfolgungsgeist und Geringschätzung eigener Religions-Rechte sich gleich weit entfernt zu halten trachtet, werde rühmen können.

»Der Bischof von Regensburg wird sich daher beruhigen können, wenn E. K. M. diese von den Landes-Stellen des obergebürgischen Fürstenthums eingeholten aufrichtigen Versicherungen Allerhöchstselbst im allgemeinen bestätigen, zugleich aber auch demselben zu erkennen geben wollen, dass ihm an seinem vermeintlichen Diöcesan-Recht gegen das Fürstenthum Bayreuth nicht das Allermindeste eingeräumt werden könne.

»Es hängt jedoch alles von Allerhöchstdero Ermessen ab, wovon mich eine Abschrift des an den Bischof abgehenden Antwortschreibens, um die ich hierdurch . . . bitte, belehren wird.«

473. Denkschrift des Legations-Raths und Mitgliedes der Akademie der Wissenschaften Abbé Karl Denina. Berlin 1792 Juli 9. 1792 Juli 9

R. 47. 23. Mundum.

Schlägt, um den Zuzug der Katholiken in die preussischen Staaten zu befördern, Ernennung eines in Berlin residirenden Weihbischofs vor. Befugnisse des Bischofs von Hildesheim. Erbittet für sich den Titel eines Geheimen Raths für die Angelegenheiten der katholischen Kirche.

»Les rois de Prusse, quoiqu'ils aient préféré la religion réformée à la catholique, ont toujours senti la nécessité de permettre le culte de celle-ci, et les suites de cette sage tolérance ne sont point douteuses. Les régiments sont composés en bonne partie de Catholiques, et il y a dans toutes les villes des artisans et des marchands, qui concourent à animer l'industrie nationale et le commerce. Cependant ils contribueraient bien davantage au bien de l'État, si le gouvernement faisait pour eux ce qu'on a fait pour les autres sociétés chrétiennes. Si les réfugiés français et palatins ont été profitables dans le temps, qu'on les a reçus, les Catholiques de différents pays, qui viendraient s'établir en Prusse, seraient certainement encore d'une plus grande importance, s'ils trouvaient le même accueil et la même protection. Les nations étrangères savent sans doute, qu'il y a à Berlin une église catholique; peut-être sait-on aussi, qu'il y en a une à Potzdam, une à Stettin et une autre à Halle. Mais il est impossible, qu'on ignore, que le culte y est très-incomplet.

»On sait, qu'il n'y a point d'évêque dans le Brandenbourg, que par conséquent il ne s'y administre point la confirmation et ne se confère point d'ordres; qu'il n'y a pas même le moyen d'élever des enfants catholiques de manière qu'ils puissent devenir prêtres et prédicateurs. Ceux qui desservent les églises de Berlin, de Potzdam, de Halle et de Stettin, sont très-souvent sujets des princes peu amis de la Prusse et toujours d'un pays très-peu avancé dans la culture des arts et des sciences en comparaison de la Haute et de la Basse Saxe. D'ailleurs on ne sait que trop dans toute l'Allemagne, que depuis quelque temps des écrivains Berlinois attaquent dans leurs écrits non seulement les Catholiques connus pour tels, sous prétexte qu'ils sont des Jésuites cachés et de dangereux faiseurs de prosélytes, mais aussi on persécute les Protestants sages et modérés, aussitôt qu'ils avancent quelque chose, qui semble s'approcher du Catholicisme. Cela ne peut qu'éloigner des États prussiens beaucoup de personnes, qui y viendraient avec leurs biens ou leur industrie. Ceux qui y sont venus, voyant très-clairement, qu'ils y sont à des conditions inférieures à celles dont jouissent les autres habitants, ne cherchent que le moyen d'aller finir leurs jours ailleurs et y portent des épargnes, qu'ils consommeraient volontiers ici, s'ils ne s'y voyaient pas avilis et sans le moyen d'élever leurs enfants comme les autres et sans l'espérance de les voir aspirer à des charges civiles ou ecclésiastiques.

1792 Juli 9

»Pour que le culte catholique pût se dire complètement protégé, il faudrait que les églises eussent un inspecteur ou un surintendant avec les mêmes facultés, qu'ont les prélats dans les autres pays. Ce culte exige le caractère épiscopal, pour administrer la confirmation et conférer les ordres. Ni l'une ni l'autre de ces fonctions n'offrent absolument rien, qui puisse choquer les Protestants raisonnables ni donner le moindre ombrage au gouvernement. Car dans le fond cet inspecteur ou prélat ne ferait rien de plus que ce que font les surintendants et les premiers pasteurs des églises protestantes, et il serait toujours dépendant du ministre, qui a le département des églises. Le gouvernement aurait encore moins à craindre de rendre par là les sujets dépendants ou tributaires d'une puissance étrangère: le temps du prosélytisme n'est que trop passé. Quand même il existerait quelque reste de son esprit, il serait avantageux de le conserver: la controverse fait bien moins de mal que l'indifférence religieuse, qui conduit à l'irréligion. Et il serait infiniment moins préjudiciable à un pays protestant, que quelques vingtaines de personnes devinssent catholiques, que de voir des Chrétiens sans nombre devenir incrédules. Dans les circonstances présentes de l'Europe, loin d'avoir à craindre, que des établissements catholiques puissent être d'aucune conséquence dangereuse aux souverains, ils seraient plutôt avantageux à plusieurs égards; car outre que la religion romaine recommande constamment la subordination et l'obéissance, elle influerait avantageusement sur les moeurs, si son culte était plus soigné et ses ministres surveillés par un surintendant de la même religion.

»L'établissement, qu'on ose proposer, n'entraînerait au reste aucune nouveauté essentielle. La jurisdiction épiscopale existe déjà réellement dans les États protestants de S. M. et réside dans la personne de celui que la cour de Rome appelle l'évêque du Nord. Depuis longtemps c'est le prince évêque de Hildesheim, qui a ce titre et cette jurisdiction. Mais que peuvent faire les princes évêques de Hildesheim pour les Catholiques de Brandenbourg que signer quelques patents ou quelques lettres! Il n'est jamais été ici, ni pour présider à un synode de ses prêtres, ni pour administrer la confirmation, ni pour imposer les mains à un diacre ou à un prêtre. Il faudrait donc qu'avec le consentement du pape et du même prince évêque de Hildesheim on établît à Berlin un évêque suffragant (*ein Weichbischoff*) tel que la plupart des évêques allemands l'ont dans leur diocèse. Cet établissement serait honorable au prince évêque, puisqu'on regarderait le suffragant comme son vicaire, et ferait honneur à la cour de Berlin. Le premier effet, qu'il en résulterait, serait, que les étrangers de la religion romaine seraient plus sûrement persuadés, que leur culte est ici réellement autorisé, et ils viendraient en plus grand nombre prendre service et vivre sous les auspices d'un monarque à tant d'autres égards chéri et révéré.

»L'entretien de ce suffragant, pour lequel deux ou trois mille écus pourraient suffire, se trouverait facilement dans les bénéfices de la West-

phalie et de la Silésie. Dans ce moment peut-être trouverait-on quelque ecclésiastique passablement pourvu d'ailleurs, à qui une médiocre augmentation d'appointements, à prendre sur les biens ecclésiastiques, donnerait le moyen de subsister convenablement à la dignité ci-dessus. 1792 Juli 9

»L'ecclésiastique soussigné étant prêtre et docteur en théologie et qui a longtemps vécu avec des évêques catholiques, se chargerait volontiers de chercher les moyens de faire cet établissement, si S. M. daignait l'autoriser, en lui donnant le titre et le caractère de conseiller privé pour les affaires de l'église catholique.«

Hierauf Resolution des Geistlichen Departements (Berlin 16. Juli; Concept, gezeichnet von Woellner und Scholz): »dass von seinen darin enthaltenen und in Ansehung der Katholiken geschehenen Vorschlägen in den hiesigen Provincien kein Gebrauch zu machen sei und man sich darauf gar nicht einlassen könne.« Juli 16

474.[1] **Ministerial-Erlass an den Reichstags-Gesandten Grafen Goertz.** Juli 16
Berlin 1792 Juli 17.

R. 44. B. 30. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Alvensleben. Anweisung von Steck.

Kein Diöcesan-Recht des Bischofs von Regensburg in Baireuth, aber vollkommenste Duldung der Katholiken.

. . . »So habt Ihr dem Fürsten Bischof zu Regensburg zu eröffnen: der Inhalt seines Schreibens habe Erkundigungen nothwendig gemacht, wodurch Unsere Antwort verzögert worden; jetzt wären Wir abwesend[2]), Wir hätten indessen seinen Glückwunsch mit dem verbindlichsten Danke aufgenommen. Von Diöcesan-Rechten des Bischofs über Bezirke des Fürstenthums Baireuth sei nichts bekannt, so wenig als von ihrem Besitze im Entscheidungs-Jahre. Übrigens müsse man sich dagegen verwahren, versichere aber die vollkommenste Duldung und Entfernung von allem Zwange in Ansehung der katholischen Unterthanen« . . .

---

475. Anweisung zu einem Rescripte des schlesischen Finanz-Ministeriums an die Kriegs- und Domänen-Kammern zu Breslau und Glogau. Aug. 16
Breslau 1792 August 16.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 24). Concept ohne Unterschrift.

Mangelhafte Verwaltung des katholischen Kirchen-Vermögens. Sollen über die Kirchen der königlichen Domänen Aufsicht üben.

»Es sei Ursache zu vermuthen, dass mit dem Vermögen der katholischen Kirchen nicht überall regelmässig gebahret werde; das Vicariat-Amt verführe nicht selten willkürlich und despotisch. Da nun den *p.* Kammern, *qua patronis* dieser Kirchen auf den königlichen Aemtern, zunächst die

---

1) Vgl. unter dem 4. Juli. 2) Der König war nach Mainz gereist.

1792 Aug. 16 Curatel in Absicht des Vermögens derselben obliege, so sei es nöthig, um sich keinem gegründeten Vorwurfe auszusetzen, auf diesen Gegenstand genaue Aufmerksamkeit zu verwenden. Die *p.* Kammern möchten daher *specialiter* bei allen auf königlichen Aemtern befindlichen katholischen Kirchen eine genaue Recherche veranlassen: wie hoch sich das Vermögen derselben belaufe; ob es ab- oder zugenommen und aus welchen Ursachen; in welcher Art es elocirt sei und wie es administrirt werde.

»Bei den evangelischen Kirchen würde es in Rücksicht der eintretenden Aufsicht der Ober-Consistorien genug sein, wenn die Herren Departements-Räthe sich von Zeit zu Zeit nach dem Zustande und der Verwaltung des Aerarii erkundigten.«

Aug. 18 **476.**[1] **Etats-Minister Hoym an die Kriegs- und Domänen-Kammer zu Breslau.** Breslau 1792 August 18.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Concept.

Dringende Mahnung, die Verbesserung der katholischen Schulen zu betreiben. Vorschläge von Professor Peucker. Agrar-Reform in Ober-Schlesien.

»Ohnerachtet ein h. Collegium wegen der zu bewirkenden Reform des katholischen Schulen-Wesens von mir umständlich instruirt worden, so hat jedoch dasselbe sich solche noch gar nicht angelegen sein lassen. Ich habe dasselbe oft erinnert, mir vorläufig diejenigen Berichte mittelst Gutachtens einzureichen, welche der *p.* Andreae, vermöge der ihm aufgetragenen Revision der Aemter-Schulen, wegen der von ihm bereiseten Schulen in den Aemtern Oppeln und Kupp an selbiges erstattet hat, und dennoch habe ich bis jetzt nichts erhalten können.

»Da in diesen Berichten die speciellen Anträge enthalten sein sollen, inwiefern die vorseiende Reform der katholischen Schulen zweckmässig regulirt werden könne, so ist deren nähere Bestimmung und Entscheidung theils in dieser Hinsicht, theils deshalb äusserst nöthig, weil sich hieran die Verbesserung sämmtlicher Aemter-Schulen accrochirt, und ein h. Collegium wird sich bei längerer Verzögerung der grössten Verantwortung aussetzen, da S. Majestät das Schulwesen in guten Stand gebracht wissen wollen, als weshalb Allerhöchstdieselben auch, um den Privat-Dominiis bei Dero Aemtern mit gutem Beispiel vorzugehen, ein beträchtliches Quantum auf den schlesischen Domänen-Cassen-Etats approbirt haben. Ich erwarte daher auch eines *p.* baldigen gutachtlichen Bericht über die Vorschläge des *p.* Andreae, und da mir vor einiger Zeit der aus Halle zurückgekommene Professor Peucker einen Aufsatz über Verbesserung der oberschlesischen Schulen eingereicht hat, so communicire ich denselben, in der Original-Anlage, um daraus das Brauchbare zugleich zu entnehmen und unter einem in Vorschlag zu bringen.

---

1) Vgl. No. 349 u. 375.

»Da dieser Aufsatz eine gute Beurtheilung der Schulen-Verfassung enthielt, so habe ich diesem *p.* Peucker committirt, sich vom speciellen Verhältniss der oberschlesischen Stadt-Schulen vorzüglich zu informiren, und der gleichfalls anbei erfolgende Original-Bericht nebst dem Volumine Beilagen wird einem h. Collegio eine detaillirte Uebersicht von den Schulen zu Falckenberg, Oppeln, Rosenberg, Guttentag, Lublinitz, Himmelwitz, Gros-Strehlitz, Tost, Peiskretscham, Pless, Sohrau, Rybnick, Rauden, Rattibor, Katscher, Leobschütz, Ober-Glogau, Neustadt, Zulz, Klein-Strehlitz, Krappitz und Proskau verschaffen. So mühsam auch das Geschäft sein wird, so ist jedoch nöthig, dass ein *p.* in das Detail jeder Schule entrirt, solches mit demjenigen, was deshalb in den Kammer-Acten vorkommt, genau vergleicht und hiernächst sich bei jeder Schule einzeln mit dem General-Vicariat-Amte in Correspondenz setzt, um nach den Local-Verhältnissen alles einzuleiten und zu verfügen, was zu deren Verbesserung gehört. Da der *p.* Peucker in seinen Bemerkungen manch Mal sehr frei geschrieben, so wolle ein *p.*, so gut auch diese Bemerkungen sind, um hinter die Fehler der Schulen zu kommen, mit Vorsicht davon dem Vicariat-Amte Communication machen, weil man sonst sehr leicht viele Ausdrücke blos *in odium religionis* erklären, sich über solche aufhalten und dabei die gute Sache behindern würde. 1792 Aug. 18

»Ferner wolle ein *p.* wegen Ansetzung tüchtiger Schul-Inspectorum an die Stelle der schlechten die nöthigen Einleitungen treffen, auch die Magisträte, welche auf die städtischen Schulen nicht attendiren, zu besserer Sorgfalt anhalten.

»Wegen der besondern Erinnerungen, Vorschläge und Bitten, welche der *p.* Peucker angezeigt, ingleichen wegen seiner Vorschläge zu Verbesserung des sämmtlichen oberschlesischen Schulwesens, ersuche ich alles genau zu prüfen, zu verbessern und das Zweckmässigste zu reguliren.

»Unter andern Hindernissen führt derselbe den Mangel des Eigenthums in Ober-Schlesien an, und *fol. 50* will er behaupten, dass keinesweges die Erblich-Machung der Stellen so realisirt werde, als die Berichte der Landräthe lauteten, indem dabei durch die Verwalter und Gerichts-Leute ein grosser Betrug vorgehe. Die Sache erfordert besondere Erwägung, und ein *p.* wolle deshalb specielle Verfügungen erlassen, ohne dabei den Peucker zu compromittiren.

»Die Abstellung der drückenden Frohn-Dienste in Ober-Schlesien ist zeither der Gegenstand der Urbarien-Verhandlungen gewesen und lässt sich auf ein Mal nicht effectuiren.

»Die von ihm vorgeschlagene Verbesserung der Gehalte der Schullehrer ist allerdings gegründet, und wo geschickte Subjecte sind, da wolle ein *p.* auch sogleich solche nach den Local-Verhältnissen zu realisiren suchen. Nur ist meist der Fall, dass die Lehrer nichts taugen, und das Dringendste bei gegenwärtiger Reform ist ohnstreitig die Verbesserung der

1792 Aug. 18 Schulmeister-Seminarien und die Abschaffung der bisherigen tabellarischen Methode, die bei Kindern, und besonders auf dem Lande, äusserst übel angebracht ist, und in den pohlnischen Gegenden zu Erlernung der deutschen Sprache gar nichts nutzet. Deshalb wolle vorzüglich ein *p.* in Ueberlegung nehmen, wie diesen Uebeln abzuhelfen, und muss das General-Vicariat-Amt schlechterdings sich zu Regulirung einer andern Lehr-Methode und Anfertigung besserer Lehrbücher bequemen. Dann werden die Kinder etwas lernen, die Eltern gern Schulgeld und Beiträge geben, geschickte Schulmänner zugezogen werden, und für diese sodann alles beizutragen, was ihnen ein gutes Auskommen verschaffet, wird Pflicht und Nutzen sein« . . .

---

477. Etats-Minister Hoym an das bischöfliche Genaral-Vicariat-Amt zu Breslau. Breslau 1792 August 18.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 65). Concept.

Soll die Verbesserung der katholischen Schulen befördern.

. . . »Nicht nur die durch den Andreae in gedachten Aemtern[1]) abgehaltene Untersuchung hat mich überzeugt, dass daselbst die katholischen Schulen grösstentheils sehr schlecht sind, sondern auch eine dem aus Halle zurückgekommenen Professori Peucker aufgetragene Information des Zustandes der oberschlesischen Stadt-Schulen bei Gelegenheit einer Bereisung dieser Gegend hat mich noch mehr bestärkt, dass in Ober-Schlesien auf dieses wichtige Object gar nicht attendirt wird: wie denn auch in den pohlnischen Gegenden die eingeführte tabellarische Methode zu Erlernung der deutschen Sprache ganz unschicklich ist, da die Kinder, wenn es hoch kommt, zwar deutsch lesen, aber kein Wort verstehen lernen. Eine Reform dieser Methode, bessere Einrichtung der Schulmeister-Seminarien, andere Lehrbücher, kurz eine gänzliche Umänderung der inneren Verfassung der katholischen Schulen ist daher schlechterdings nöthig, und habe ich der hiesigen *p.* Kammer diejenigen Puncte bekannt gemacht, weshalb sie mit einem *p.* concertiren und nähere Einrichtungen treffen soll. Selbige wird auch über die vielfachen Mängel bei jeder einzelnen Schule das Erforderliche demselben mittheilen, und indem ich die innere Einrichtung hauptsächlich einem *p.* empfehle, so will ich es mir vorzüglich angelegen sein lassen, denjenigen Schullehrern, welche hinlängliche Fähigkeiten zum Unterricht besitzen, gute Emolumente zu verschaffen. Ich hoffe, dass ein *p.* sich der Verbesserung des Schulwesens nach Sr. Majestät Absicht, welche bloss dahin gehet, ihre Unterthanen aufzuklären, nicht aber ihre Religion abzuändern, thätig beeifern und dazu mit hiesiger Kammer die besten Mittel wählen wird.«

1) Oppeln und Kupp.

---

478. Bericht der westpreussischen Regierung[1]) an das Ober-Schul-Collegium. Marienwerder 1792 August 19. 1792 Aug. 19

R. 76. I. 199. Mundum, gezeichnet von Schleinitz, Ziegenhorn, Fincke, Marggraff, Gentzkow.

Lehnt den Wunsch des Bischofs von Kulm, der die katholischen Schullehrer ohne Prüfung durch das Schul-Collegium anstellen will, ab. Geringer Einfluss der Regierung auf die katholischen Schulen. Die katholischen Geistlichen prüfen schlecht und zeigen geringen Eifer, ihr Schulwesen zu verbessern. Protestantische Kinder besuchen katholische Schulen.

Berichtet, »dass der Bischof von Culm, ehe er bei E. K. M. sich wegen obiger Veränderung mit der Prüfung und Anstellung der katholischen Schul-Candidaten verwandt, schon vorher bei uns darauf angetragen, wir uns aber verbunden geachtet, ihn abschlägig zu bescheiden, weil wir sein Gesuch mit dem Schul-Reglement nicht verträglich fanden, nach welchem E. K. M. die Sorge für die Aufnahme des gesammten Schul- und Erziehungswesens hiesiger Provinz uns als Provincial-Schul-Collegio . . . aufzutragen geruhet haben.[2]) Die Gründe, womit der Bischof von Culm jetzt sein Gesuch auch bei E. K. M. unterstützt hat, scheinen uns noch immer nicht so triftig zu sein, dass wir eine Veränderung in der bisher wegen Prüfung und Anstellung der katholischen Schullehrer feststehenden Ordnung nöthig und nützlich finden könnten. Denn sollte diese Änderung darum vorzunehmen sein, weil, wie der Bischof von Culm bemerkt, die Revenuen der katholischen Pfarr-Schullehrer und Organisten, denen der Unterricht der Jugend obliegt, so sehr unbeträchtlich sind, auch noch kein Seminarium zu ihrer zweckmässigen Vorbereitung vorhanden ist, so müsste dann wohl das Provincial-Schul-Collegium überhaupt keinen Einfluss mehr auf die Besetzung der Landschulen behalten dürfen, da auch der grösste Theil der protestantischen Dorf-Schullehrer nicht allein ebenso schlecht situirt ist, als es die katholischen nur immer sein mögen, sondern auch für jene noch ebenso wenig als für diese ein Seminarium in der hiesigen Provinz schon etablirt worden. Sollte aber die dem Provincial-Schul-Collegio entzogene Direction der katholischen Land-Schulen dem Bischof von Culm nach seiner fernern Äusserung dazu nützlich sein, dass es ihm denn leichter werden würde, die zur Wiederbesetzung vacanter Schul-Stellen benöthigte Subjecte auszumitteln, so wissen wir nicht, wie er sich deshalb bis jetzt auch nur in der geringsten Verlegenheit hat befinden können, indem er, wenn dergleichen Stellen zeither in seinen Diöcesen erledigt geworden, selbige auch lediglich für sich allein und ganz ohne Wissenschaft des Provincial-Schul-Collegii wieder besetzt hat und von letzterm ausser dem einzigen Pfarr-Schullehrer in Graudenz, dessen Ansetzung wir, weil damit länger als ein Jahr gezögert wurde, pressiren mussten, sonst noch

1) Sie war aufgefordert worden, über das Schreiben des Bischofs von Kulm vom 3. Juni 1791 zu berichten. Vgl. unter dem 25. November.

2) Vgl. No. 65 und Band 4, 544.

1792 Aug. 19 kein anderer katholischer Pfarr-Schullehrer oder Organiste geprüft und bestätigt worden. Der ganze Einfluss, den das Provincial-Schul-Collegium bis jetzt auf die Verbesserung und Aufnahme des katholischen Schulwesens hatte, erstreckte sich in der That bloss auf die aus dem Schul-Fonds dotirten königlichen Gnaden-Stellen; von allen übrigen Stadt- und Land-Schulen sowohl als der Akademie in Culm hat es sich noch so wenig nähere Kenntniss verschaffen können, dass es nicht einmal davon unterrichtet ist, ob in allen diesen gemeinen und höhern Schulen auch nur alle Stellen besetzt, geschweige noch, ob sie auch überall mit tüchtigen und geschickten Subjecten besetzt sind.

»Der Bischof von Culm scheint auch in seiner E. K. M. gemachten Vorstellung die vorgefasste Meinung zu äussern, dass die katholischen Schul-Candidaten vor dem hiesigen Provincial-Schul-Collegio mit zu grosser Strenge geprüft würden. Da E. K. M. wir jedes Mal über den Ausfall der Prüfungen, die hier mit den zu katholischen Gnaden-Schulen bestimmten Subjecten vorgenommen worden, Bericht abstatten und von Allerhöchstdenenselben noch nie wegen einer bei diesen Prüfungen bemerkten Strenge oder übermässiger Forderungen etwas erinnert worden, so können wir dies als den besten Beweis anführen, wie wenig man hier dem Bischofe von Culm zu obiger Äusserung Gelegenheit gegeben habe. Gewiss würde er sie auch zurücknehmen und gar nicht besorgen, dass durch das hiesige Examen Leute, die sich dem katholischen Landschul-Fache widmen wollen, davon abgeschreckt werden würden, wenn er sich näher davon unterrichten möchte, wie man hier diese Leute behandelt und bei allen Übungen, die man sie anstellen lässt, immer darauf bedacht ist, ihnen noch eine oder die andere nützliche Anweisung für die Zukunft zu geben.

»Ob die Consistorien des Bischofs oder die von ihm ernannte Prüfungs-Commissarien in den von ihm angeordneten gewöhnlichen Examinibus, wie er sie nennet, zweckmässiger verfahren, können wir nicht beurtheilen, da er uns weder davon, dass er solche Examina vornehme oder vornehmen lasse, je Anzeige gethan, noch die Glieder seiner Consistorien sich es haben angelegen sein lassen, uns ihre pädagogischen Einsichten und gemeinnützigen Verdienste um die Verbesserung und Aufhelfung des katholischen Schulwesens bemerklich zu machen.

»Das wollen wir aber bei dieser Gelegenheit doch nicht unangezeigt lassen, dass wir auch schon einige Male Versuche gemacht, die katholische Geistlichkeit an dem Prüfungs-Geschäfte ihrer Schullehrer Antheil nehmen zu lassen, aber immer noch unsern Zweck schlecht erreicht haben. Denn obwohl es Officiäle waren, denen wir unsere diesfällige Aufträge machten und die wir überdem noch wegen des dabei zu beobachtenden Verfahrens genau instruirten, so wurde dennoch von ihnen das ihnen übertragene Geschäfte so wenig befriedigend besorgt, dass es uns ohne die uns eingesandten schriftlichen Probe-Arbeiten ganz unmöglich gewesen wäre, aus

den Berichten der Examinatoren selbst auch nur etwas von der bewiesenen Fähigkeit und dem Geschicke der Geprüften zu entnehmen. Überhaupt lässt die katholische Geistlichkeit in hiesiger Provinz noch so wenig thätigen Eifer, zur Verbesserung ihres Schulwesens mitzuwirken, blicken, dass uns nicht nur die jährlich von ihr eingereichten Schul-Tabellen die traurigsten Thatsachen hievon nachweisen, sondern sich dieses auch fast jedes Mal zeigt, wenn wir bei Erledigung katholischer Gnaden-Schulen die örtlichen Parochos oder geistlichen Obern auffordern, uns zur Wiederbesetzung derselben taugliche Subjecte vorzuschlagen. Denn alsdann gehen entweder Monate hin, ehe unsrer Aufgabe genüget wird, oder es werden uns Leute präsentirt, die wir ihrer schlechten Sitten oder gänzlichen Untauglichkeit wegen zurückweisen müssen, dass solchergestalt, wenn wir uns nicht grösstentheils selbst Mühe geben möchten, brauchbare Subjecte auszumitteln, mehrere katholische Gnadenschul-Stellen Jahre lang unbesetzt bleiben würden. 1792 Aug. 19

»E. K. M. . . . Ermessen wollen wir jetzt es zu entscheiden anheimstellen, ob nach dem Allen, was wir hier, durch das uns . . . mitgetheilte Gesuch des Bischofs von Culm dazu veranlasst, der lautersten Wahrheit gemäss vorgestellet haben, das katholische Schulwesen zu seiner um so gewisser gründlichern und schleunigern Verbesserung dem unmittelbaren Einflusse, den das Provincial-Schul-Collegium durch die Prüfung und Anstellung der Schullehrer bisher nach E. K. M. höchsteigener Verfügung gehabt hat, entzogen werden kann. Dass die Prüfung und Anstellung aller Schullehrer ganz eigentlich in den dem Provincial-Schul-Collegio angewiesenen Geschäftskreis gehöret, leidet wohl keinen Zweifel. Der Bischof von Culm kann sich also auch nicht füglich berechtiget halten, die Besorgung jener Angelegenheiten, insoferne sie katholische Schullehrer betreffen, für sich zu verlangen, und dies noch um so weniger, als es schon an einigen Orten katholische Schulen giebt und bald noch mehrere geben wird, die auch von protestantischen Kindern besucht werden, auf deren Bedürfniss denn doch gleichfalls bei jedesmaliger Prüfung eines hier anzustellenden Lehrers Rücksicht genommen werden muss. Geruhen E. K. M. demnach . . ., das hiesige Provincial-Schul-Collegium in einer ungetheilten und unbeschränkten Wirksamkeit das allgemeine Beste des gesammten Schul- und Erziehungswesens hiesiger Provinz noch ferner befördern zu lassen und deshalb den Bischof von Culm anzuweisen, uns künftig nicht nur die in seinen Diöcesen entstehenden Vacanzen sowohl bei gemeinen Land- und Stadt-Schulen als auch bei der Akademie jedes Mal anzuzeigen, sondern auch, um uns desto besser in den Stand zu setzen, den fortdauernden Lehrfleiss und die anständige Führung sämmtlicher Schullehrer und Professoren in desto genauerer Aufsicht zu halten, uns gegen Ende jeden Jahres Conduiten-Listen von ihnen einzuschicken.«

1792 Aug. 31 **479. Das Auswärtige Departement an das Geistliche Departement.** Berlin 1792 August 31.

Geldern Eccles. Mundum, gezeichnet von Finckenstein und Alvensleben.

Patronat- und Diöcesan-Recht in Geldern.

Das geldrische Justiz-Collegium »geht . . ., wie E. E. erleuchtet bemerken, zu weit. Dem Bischof von Rüremonde stehet nach dem Ütrechter Tractat das Diöcesan-Recht und bei Vergebung der Beneficien die bischöfliche Aufsicht und das *ius instituendi* zu. Folglich kömmt ihm, wenn die *patroni ecclesiastici* oder *laici* die Nominations- oder Präsentations-Frist versäumt haben, das *ius devolutionis* zu. Dieses bischöfliche Devolutions-Recht wird dadurch nicht ausgeschlossen, dass in Geldern das Patronat-, das Nominations- oder Präsentations-Recht oder, wie der geldrische Gerichtshof es nennen und veredlen will, das Collations-Recht der Gutsbesitzer auf den Gütern als eine Real-Befugniss haftet. Dieses ist der Natur aller Laien-Patronat-Rechte in allen Ländern angemessen, schliesst aber das Devolutions-Recht der Bischöfe, oder des protestantischen Landesherrn in der protestantischen Kirche, nicht aus. Nur dann hat es wider *patronos laicos* nicht Statt, wenn sie ein untüchtiges Subject ernennen oder präsentiren, weil ihnen alsdann das *ius variandi* zustehet. Wenigstens läuft ihnen die canonische Frist so lange, als über die Tüchtigkeit des Subjecti gestritten wird. Die Frist zur Ernennung oder Präsentation kann dem *patrono laico* nur vom Bischofe verlängert werden, und hätte der Bischof selbst eine Säumniss begangen, so würde das Recht an den Metropolitan, nicht an den Landesherrn verfallen sein. Indess versteht es sich von selbst, dass die Ausübung des Devolutions-Rechts sowie die Provision überhaupt der landesherrlichen Oberaufsicht unterworfen ist. Diese würde in den vorliegenden Fällen bei fernerer ungebührlicher Verzögerung eintreten und auf die ferneren Berichte des Justiz-Collegii durch Communication zwischen E. E. und uns näher bestimmt werden können. Besonders würde diese Oberaufsicht durch das Justiz-Collegium auf alle Fälle dahin auszuüben sein, dass nicht das Devolutions-Recht der oberwähnten geldrischen Grundverfassung zuwider dahin gemissbraucht würde, dass Ausländer in die erledigten Stellen kommen« . . .

Sept. 10 In diesem Sinne ergingen am 10. September Erlasse des Auswärtigen und des Geistlichen Departements an das geldrische Justiz-Collegium und an das geldrische Landes-Administrations-Collegium.

480. Etats-Minister Hoym an den Decan Bartusel zu Tarnowitz. 1792 Sept. 13
Breslau 1792 September 13.

Staats-Archiv i. Breslau (M. R. XIII. 24). Concept.

Bedingte Genehmigung einer Kirchen-Visitation im schlesischen Antheil der Diöcese Krakau.

»Nachdem ich mich aus den von dem Herrn Decano Bartusel . . . eingesandten[1]) und anbei zurückfolgenden Commissorialien[2]) informirt habe, wohin dessen Aufträge wegen der im Plesseschen und Beuthenschen abzuhaltenden Kirchen-Visitationen gehen, so approbire ich sehr gern, dass derselbe sich dieses Geschäfts in der ihm aufgetragenen Art in so weit unterziehe, als solches auf das Seelenwohl der dortigen katholischen Glaubens-Genossen, theils in Rücksicht des Betragens der Geistlichkeit, theils in Rücksicht des Vermögens der Kirchen und dazu gehörigen milden Stiftungen, einigen Bezug hat. Nur untersage ich demselben alle Suppeditirung statistischer Nachrichten . . .

»Sollten nach abgehaltener Visitation einige Abänderungen im dortigen Cracauer Decanat verfügt werden, so sind solche nicht eher in Execution zu setzen, bis davon zur Approbation an die Kammer berichtet worden.«

---

481. Das Auswärtige Departement an das »Departement der geistlichen Geschäfte.« Sept. 23
Berlin 1792 September 23.

Lingen Eccles. Mundum, gezeichnet von Finckenstein und Alvensleben.

Anmaassungen des Nuntius in Köln bei Besetzung der geistlichen Stellen in Lingen. Beschwerde beim Papste und Compromiss.

»Die Streitigkeiten, welche zwischen der lingenschen Regierung und dem Nuntio zu Cölln über die unrechtmässigen Anmaassungen des letztern[3]) entstanden sind, haben uns veranlasst, dem Abt Ciofani zu Rom den Auftrag zu ertheilen, deshalb bei dem römischen Hofe Beschwerde zu führen, damit der Nuntius auf die wahren Grundsätze zurückgeführet und in die gehörige Schranken zurückgewiesen werde. Wir haben dem *p.* Ciofani zu erkennen gegeben: dass die Grafschaft Lingen zu keiner Diöces gehöre und kein Bischof daselbst Rechte auszuüben habe, da kein Bischof im Jahr 1624 im Besitz solcher Rechte gewesen sei; dass die katholischen Einwohner dieses Landes nur durch königliche Gnade die Religions-Übung geniessen; dass von Sr. K. M. bei der Bewilligung der Missionarien die Einrichtung getroffen worden sei[4]), nach welcher der Erzpriester zur Besetzung einer solchen Missionarien-Stelle drei fähige Subjecte der Regierung

---

1) Auf Hoym's Weisung vom 25. August.

2) Des Bischofs von Krakau.

3) Pacca. Der Erlass des Auswärtigen Departements an die lingensche Regierung vom 22. October 1791 klagt über Pacca's »heftigen und unternehmenden Charakter.« Vgl. No. 241. 4) Am 1. März 1779; s. Band 5, 291.

1792 Sept. 23 vorschlägt und diese nach ihrem Gutfinden eines von den drei vorgeschlagenen Subjecten wählet und ihre Wahl dem Nuntio bekannt macht[1]), damit dieser das von der Regierung genehmigte Subject mit der Priester-Weihe und der bloss geistlichen Gewalt versehe. Wir haben dem *p.* Ciofani ferner zu erkennen gegeben, dass es lediglich von Sr. K. M. abhängen würde, diese Stellen schlechterdings nach Gefallen zu vergeben, und die Concurrenz des Erzpriesters unter den oberwähnten Einschränkungen nur aus Gnade gestattet werde, so dass der Nuntius, wenn er nicht das ganze ihm angetragene Geschäft ablehnen wolle, genau auf die oben bezeichnete Art bei der Sache mitwirken müsse. Im Fall einer ausgemachten Unfähigkeit oder erwiesenen Unsittlichkeit des Candidaten hat, wie wir dem *p.* Ciofani eröffnet haben, die Regierung auf die oben beschriebene Weise ein anderes, besser qualificirtes Subject zu wählen und zu bestimmen und solches dem Nuntio zu dem oben gedachten Endzweck bekannt zu machen. Wir haben zugleich geäussert: dass das Begehren des Nuntii, man solle bei jeder Vacanz ihm drei Subjecte präsentiren, damit er dem Würdigsten die Weihe und die Mission gebe, ganz unstatthaft sei; dass eine päpstliche Dispensation für jeden besondern Fall und eine päpstliche Erlaubniss, den königlichen Befehlen sich gemäss zu betragen, gar nicht nöthig, auch nicht zulässig sei, ungeachtet er sie für nothwendig halte; wie auch dass die Clausel *ad bene placitum*, unter welcher er die Mission zu ertheilen sich herausnimmt, unstatthaft sei; endlich, dass die bischöfliche Diöcesan- und Jurisdictions-Rechte, deren er sich sogar anzumaassen scheinet, ihm gar nicht zukommen, da seine Concurrenz nur auf die dem Befehl Sr. K. M. gemäss an ihn gerichtete Requisition beruhe, welche eben so gut an einen benachbarten Bischof oder an einen andern Bischof *in partibus* gerichtet werden könnte, wenn S. M. nicht den Weg vorzögen, einem einländischen Bischof einen Auftrag dieser Art zu ertheilen. Wir haben auch nicht verschwiegen, dass, wenn der Nuntius ferner den königlichen Einrichtungen die geringsten Schwierigkeiten in den Weg lege, seine ganze Concurrenz aufhören solle.

»Schon auf die erste Anführung dieser Grundsätze und ehe noch die fernere Ausführung derselben dem *p.* Ciofani zukam, erhielt derselbe eine günstige Aeusserung des römischen Hofes über diesen Gegenstand. Nach dieser soll der Erzpriester der Regierung drei fähige Subjecte präsentiren, von denen die Regierung eines wählen und diesem Subject der Nuntius nach einer canonischen Prüfung die Genehmigung und erforderliche Fähigkeit ertheilen soll.

»Ungeachtet keinesweges alle Ausdrücke dieser Aeusserung zu billigen sind, so ist sie doch in der Hauptsache unserm Verlangen und der gegen den *p.* Ciofani von uns geäusserten wahren Bewandtniss der Sache gemäss erfolgt.

---

1) Hs.: »gemacht.«

»Es kömmt demnach nur darauf an, dass unablässig darauf gewacht werde, dass der Nuntius und der Erzpriester, wovon jener den aus Rom deshalb an ihn ergangenen Befehl nunmehr erhalten haben muss, sich nach den oben von uns vorgetragenen Grundsätzen betragen, besonders dass mit der sogenannten canonischen Prüfung kein Missbrauch getrieben, auch die Ertheilung sogenannter Genehmigung und Fähigkeit nichts weiter als die Ertheilung der Weihe und der bloss geistlichen Gewalt enthalte, die Clausul *ad bene placitum* wegbleibe, keine päpstliche Dispensation eingeholet, überhaupt der Nuntius und der Erzpriester angehalten werden, sich den königlichen Einrichtungen schlechterdings zu unterwerfen. 1792 Sept. 23

»Wir haben daher der Regierung zu Lingen aufgegeben, hierauf ihr unverwandtes Augenmerk zu richten, keine Abweichung zu gestatten, vielmehr in jedem Fall, wo der Nuntius oder der Erzpriester sich dergleichen erlauben wollen, wirksame Maassregeln dagegen zu ergreifen und vom Fall anhero zu berichten, auch, insofern es auf die Rectificirung des Nuntii ankommt, dem *p.* v. Dohm[1]) zu schreiben, dem wir ebenfalls die wahren Grundsätze in dieser Sache zur Richtschnur vorgeschrieben haben.

»Den *p.* Ciofani haben wir angewiesen, mit Annehmung derjenigen Aeusserungen des römischen Hofes, die jenen Grundsätzen gemäss sind, solche der Behörde nochmals umständlich vorzutragen, damit, wenn künftig der Nuntius sich nicht pünktlich den königlichen Einrichtungen gemäss betrage, die richtigen Grundsätze zu seiner Zurechtweisung schon vorbereitet sein mögen« . . .

---

482. Ministerial-Erlass an das geldrische Landes-Administrations-Collegium. Berlin 1792 September 28. Sept. 28

Geldern Eccles. Abschrift. Das Original war gezeichnet von Finckenstein, Reck, Woellner, Goldbeck und Alvensleben.

Ressort-Streit. Die geistlichen Stellen in Geldern nur für Eingeborne!

Weist Beschwerde über das geldrische Justiz-Collegium zurück. Dieses habe das Recht, »Vorstellungen in Sachen zu thun, wo es auf die Landes-Verfassung und Handhabung der Landes-Freiheiten ankommt, und sein pflichtmässiges Gutachten darüber abzugeben.«

. . . »Eine gleiche Bewandniss hat es mit demjenigen, was Ihr gegen die . . . Verfügung vom 6. Juli 1780[2]) mit Anführung einiger gar nicht passenden Stellen des Venloischen Tractats und des Utrechter Friedenschlusses eingewandt habet.

»Wofern Ihr diese Verträge mit einiger Aufmerksamkeit erwogen hättet, so würde Euch in dem erstern zwischen Kaiser Karl V. und den geldrischen Ständen vom 12. September 1543[3]) die ausdrückliche Stipulation nicht haben entgehen können, wonach die Ämter des Landes an einhei-

---

1) Vgl. No. 25. 2) Band 5, 383. 3) S. S. 343.

1792 Sept. 10 mische Landeskinder, welche die Landessprache verstehen und die Fähigkeiten haben, vorzüglich und ausschliesslich vergeben werden sollen.

»Es ist kein Zweifel, dass diese Stipulation vorzüglich auf die Kirchen-Ämter gehe und dass diese Zusage Uns als jetzigen Souverän noch verbinde, da Unsres nunmehro in Gott ruhenden Grossvaters, Königs Friedrich Wilhelm I., Maj. den Ihnen abgetretenen Theil des Herzogthums Geldern mit allen alten Verbindlichkeiten und unter Bestätigung aller Landes-Freiheiten durch den Utrechter Friedens-Tractat [1]) erhalten und übernommen haben.

»In diesem Friedens- und Cessions-Tractat bedingt sich Karl VI. als abtretender und verspricht König Friedrich Wilhelm I. als erwerbender Theil zu Folge des Art. VIII: alle Ehren-Ämter ohne Unterscheid mit Eid- oder Eingesessenen zu besetzen; im VII. Art. aber: den Venloer Tractat heilig zu beobachten.

»Wenn also vor 1780 Pfarren, Caplaneien oder Vicarien an Ausländer vergeben worden, so ist es vertragswidrig geschehen, wodurch sich zugleich dasjenige erlediget, was Ihr wegen des Status vor dem Utrechter Frieden (wonach nicht zu erweisen sein dürfte, dass die Collatores allein auf geldrische Eingeborne eingeschränkt gewesen) angebracht habt.

»Wenn nun hiernach unwidersprechlich feststehet, dass nach obangeführten Verträgen kein anderer als ein geldrischer Eingeborner zu einem geistlichen Beneficio in dieser Provinz zuzulassen sei, so waltete nur noch in Ansehung der jülich-clevischen Lande die Bedenklichkeit, ob nicht diese Lande durch ein wechselseitiges Indigenat-Recht verbunden seien [2]), wie man aus einer, obwohl sehr unrichtigen Erklärung des Bündnisses zwischen Kaiser Karl V. und dem Herzog Wilhelm von Cleve *d. d.* Brüssel den 2. Januar 1543 [3]) hatte folgern wollen.

»Wir haben Uns darüber ausführlichen Vortrag thun lassen und Uns von dem Ungrunde dieser Behauptung vollkommen überzeugt.

»Wir haben demnach resolviret, der Verordnung vom 6. Juli 1780 die Ausdehnung zu geben, dass von nun an keinem andern als geldrischen Eingebornen die geistliche Beneficia in dieser Provinz conferiret werden sollen.«

---

1) Band 1, 410. 2) Hs.: »sei.«

3) So auch *Du Mont, Corps universel diplomatique* 4, 2, 250. Daraus dass im Bündnisse der Venloer Vertrag erwähnt wird, der am 7. September 1543 geschlossen wurde (s. S. 443), ergiebt sich, dass die Datierung diejenige der burgundischen Staatskanzlei ist, welche damals das Jahr mit Ostern begann.

483. Ministerial-Erlass an das geldrische Justiz-Collegium. Berlin 1792 November 21. 1792 Nov. 21

Geldern Ausw. Angelegenheiten. Concept, gezeichnet von Finckenstein, Woellner und Alvensleben.

Gegenseitige Zulassung geldrischer und clevischer Eingeborenen zu den Beneficia curata beider Provinzen. Königliches Devolutions-Recht in Geldern gegenüber den Laien-Patronen.

»Euer . . . wegen Besetzung der erledigten geistlichen Stellen in dem diesseitigen Antheile des Herzogthums Geldern erstatteter Bericht hat Uns völliges Genüge geleistet.

»Besonders geben Wir dem darin enthaltenen Antrage, auch clevische Eingeborne, die ihre Studia zu Emmerich absolviret haben, unter der Bedingung der Reciprocität zu geldrischen Beneficien zuzulassen, Unsern Beifall. Es verstehet sich aber, dass dieses nur auf *beneficia curata*, Parochien, Vicarien *p. p.*, aber nicht auf Collegiat-Stifter (besonders solche, deren Statuta das Incolat erfordern) gehen könne. Ebensowenig halten Wir für rathsam, die gegenwärtigen Erledigungs-Fälle und die jetzo im Geldrischen vacante Beneficia von jener Bestimmung auszunehmen, sondern wollen lieber, um den Ständen einen Beweis zu geben, wie gern Wir in billigen, mit der Wohlfahrt des Landes verträglichen Dingen von dem strengen Rechte etwas nachlassen, denen Patronis der erledigten Stellen gestatten, clevische Subjecta dazu zu präsentiren. Indessen könnte man anfangs noch darauf bestehen, dass solche mit geldrischen Eingebornen besetzt werden müssten, jedoch die Versicherung hinzufügen, dass künftig auch clevische zugelassen werden sollten. Hiernach wird das dortige Administrations-Collegium instruiret.

»Ihr habt nunmehro wegen des zwischen den geldrischen und clevischen Eingebornen in Ansehung der oberwähnten geistlichen Stellen zu bestimmenden Reciproci mit der clevischen Regierung, welche dazu *dato* angewiesen wird, ein Regulativ zu concertiren und solches beide mittelst gutachtlichen Berichts zu Unsrer . . . Genehmigung einzusenden.

»Was nun die Widerbesetzung der jetzt und schon seit so geraumer Zeit vacanten Stellen zu Hinsbeck und Arcen[1]) betrifft, so wollen Wir zwar den Patronis dazu noch eine kurze Frist gestatten, alsdann aber das Devolutions-Recht nach dem Grundsatz der ehemaligen französischen und der belgischen Kirchen-Disciplin und Verfassung, wonach in Absicht der *patronorum laicorum*, welche ein auf ihren Gütern haftendes *ius conferendi*, nicht bloss *praesentandi*, haben, das *ius devolutionis* nicht dem Bischof oder Diöcesano, sondern dem Souverain zustehet, selbst ausüben. Wir utorisiren Euch daher, dieses Principium gegen den Bischof von Ruremonde zu behaupten.«

1) Aersen.

1792 Nov. 24 **484. Bericht des Residenten Ciofani.** Rom 1792 November 24.

Lingen Eccles. Abschrift.

Entgegenkommen des Papstes in den lingenschen Streitigkeiten.

»Je n'ai pas manqué, Sire, de participer au St.-Père les sentiments contenus dans la dernière royale dépêche datée du 3.[1]) septembre, dont V. M. a eu bien la clémence de m'honorer au sujet des différends entre la régence royale de Lingen et le nonce de Cologne. Le St.-Père a été bien aise de rencontrer la satisfaction de V. M. sur le fond de la cause et les ordres communiqués au nonce, et m'assure en même temps que, si V. M. n'a pas trouvé[2]) justes les expressions du mémoire du cardinal de Zelada[3]), il reconnaît de son côté la justesse des principes, sur lesquels je viens d'insister, et qu'il désire toutes les occasions possibles, pour Lui marquer sa déférence.«

Nov. 25 **485. Das Auswärtige Departement an den Etats-Minister Woellner.** Berlin 1792 November 25.

R. 7. B. 54. A. Concept, geschrieben von Siebmann, gezeichnet von Finckenstein und Alvensleben. Anweisung zum Concept vom Kammergerichts-Rath Karl Georg v. Raumer.

Das westpreussische Schulwesen und die Verträge mit Polen.

. . . »Die Ausführung dieser letzteren[4]) scheint zur Erhaltung und Verbesserung des katholischen Schulwesens uns eben so nützlich und nothwendig zu sein, als sie mit den zwischen Sr. K. M. und der Republik Pohlen bestehenden Verträgen vollkommen vereinbarlich ist. Nicht auf die entfernteste Weise sind die Anträge der Regierung jenen Tractaten zuwider, und wir ersuchen E. E. angelegentlich, zu verhindern, dass der Zweifel, welchen sich das Ober-Schul-Collegium gemacht, nicht zur Kenntniss des Bischofs von Culm gelange, damit er davon nicht einen, obwohl ungegründeten, Anlass nehme, die Ausführung der beabsichteten heilsamen Maassregeln zu erschweren.«

In diesem Sinne wurde zunächst von Seiten Woellner's das Ober-Schul-Collegium und von diesem der Bischof von Kulm beschieden.

---

1) Vgl. unter dem 23. September.

2) »trouvé« fehlt in der Hs. 3) Staats-Secretär der Curie.

4) Der Vorschläge der westpreussischen Regierung, deren Bericht vom 19. August dem Auswärtigen Departement zur Begutachtung mitgetheilt worden war. Vgl. unter dem 8. Januar 1793.

486. Des Ober-Schul- und Kirchen-Raths Meierotto »Nachtrag zu dem Visitations-Bericht des Zustandes der Schulen in Westpreussen.« 1792 Dec. 24
Berlin 1792 December 24.

R. 76. I. 200. Eigenhändig. Am Rande, von Meierotto's Hand, die Notiz: »In der Session vom 19. Februar 93 vorgetragen.«

Mängel des katholischen Schulwesens in Westpreussen und ihre Ursachen. Verbesserungsvorschläge.

»Wenn der Zustand der evangelischen Schulen[1]) in Westpreussen Aufmerksamkeit und Hülfe erfordert, so verdient sie der Zustand der römisch-katholischen Schulen noch mehr. Nicht als wenn der letztern nicht viel mehr und unter denen in den Städten wenigstens ursprünglich viel besser dotirte gewesen wären, sondern weil die Aufmerksamkeit auf die äussere sowie die innere Beschaffenheit derselben mehr vernachlässiget scheinet. Die protestantischen Schulen entstanden doch noch durch einen Eifer, der bis dahin sich gehemmt gesehen hatte und nun bei mehr Freiheit wirksamer war: etwas von diesem Eifer ist doch auch noch übrig und thut hie und da seine Wirkung. Aber bei katholischen Schulen scheint allmählich eine gewisse Hoffnungslosigkeit und Gleichgültigkeit einzuschleichen: sei es nun, dass sie dadurch niedergeschlagen werden, dass sie seit der Reoccupation von Westpreussen gegen die Protestanten beträchtlich verloren haben, oder sei es gar, dass sie fälschlich glauben, sie würden von dem, was ihnen bisher noch geblieben, so viel verlieren, dass das wenige Übrige zu erhalten kaum der Mühe werth sein möchte . . .

»1) Schadet die Abwesenheit der meisten Bischöfe und so vieler weltlichen Patronen den katholischen Lehr-Anstalten unwiederbringlich. Wenn auch der Graf v. Hohenzollern als Bischof von Culm in seiner Diöces sowie der Fürst Krasizky als Bischof von Ermeland in der seinigen mehrentheils gegenwärtig sind, selbst bessern und Ordnung erhalten, so fehlt doch die persönliche Aufmerksamkeit der Bischöfe von Cujavien, Gnesen und Kalisch[2]), welche alle ihre geistliche Sprengel in Westpreussen und dem Netz-Districte haben, gar sehr, und diese vernachlässigte Gegenden vermissen zu ihrem grossen Nachtheile die erforderliche Aufsicht und das nöthige Interesse. Ebenso schadet die Entfernung so vieler Patronen von ihren ehemaligen Sitzen gar sehr den katholischen Anstalten. Die meisten Starosten oder reicheren Gutsbesitzer haben ihre Städte und Dörfer entweder an Protestanten verkauft, wie ganz kürzlich noch die Fürstin Sapieha die Filehn'sche Herrschaft an den Kammerherrn v. Blankensee, oder sie wenden an diese Gegenden als an halb verlorne, unwerther gewordene nichts, kümmern sich weniger darum und überlassen dem Könige und dessen Regierung die Nachhülfe und Verbesserung. Die protestantischen neuen Besitzer thun weniger für die zahlreicheren Katholiken als für die wenigere Protestanten, wovon der General

1) Von diesen handelte der Hauptbericht. 2) Gemeint ist wohl Posen.

1792 Dec. 24 v. Golz in Grabowwe und der Besitzer von Miasteczko, *p.* Arend, Beweise sind. Die übrige Gegenden, die mehrentheils administrirt werden und für welche die alten, nun entfernten Besitzer nichts thun mögen, leiden unter den Administratoren.

»Es giebt am linken Ufer der Weichsel eine ganz herrliche Besitzung eines Grafen Potulizky. Dieser ist einer der gebildetsten und bestdenkenden Magnaten und er hat einen so gelehrten, durch Kenntnisse, die er im Auslande sich erworben, so ausgezeichneten Administrator an den Canonicus Nicolajewitsch zu Potulitz, dass diese Herrschaft vielleicht die glücklichste in Westpreussen ist. Es werden die herrlichsten Meliorationen dort angebracht; aber für Schulen, erklärte der Canonicus, sei nichts geschehen. Die Ursache wollte er nicht einmal berühren. Dem Graf v. Hohenzollern sei viel zuzuschreiben.

»2) Durch diese Entfernung werden nun die katholischen Geistlichen und Schullehrer theils niedergeschlagen gemacht, theils, da sie sich gleichsam entfremdet und für unbeobachtet halten, so sorgen sie bloss für ihre Bequemlichkeit, suchen Pfründen zu Pfründen zu gewinnen (wie selbst der gerühmte Propst Bochensky, der mehrerer Propsteien Einkünfte geniesset und die Schulen in Wysocka und Smilowe *etc.* ganz vernachlässiget), lassen die Schullehrer ihren Gang gehen, statten die Schulberichte *ad regentiam* nur nothgezwungen, unzweckmässig, oft ganz unverständlich ab und gestehen häufig, dass sie die Schulhalter nicht anhalten wollen, nicht zwingen mögen. Sie sind sicher, dass keine Visitation sie controliren wird.

»3) Es wird eine Vernachlässigung der Gebäude an Schulen u. s. f. bemerkt, welche auf die Folge die traurigsten Verwüstungen erwarten lässet, so dass der Staat entweder wird zutreten oder müssen geschehen lassen, dass fast alles in Ruinen bleibe . . . Allenthalben wird die Unmöglichkeit vorgeschützt, es aus den Mitteln der Schulen und Kirchen erbauen zu lassen. Auch die nothwendigsten Reparaturen geschehen nicht zu der Zeit, da eine geringe Summe helfen könnte.

»Dazu kommt noch die Ungeschicklichkeit oder die Unordnung der Inhaber der Pfründen. In Schneidemühl fallen die Gebäude der Propstei in Ruinen, und doch hat die Kirche Land und schöne Gärten, welches theils schlecht bewirthschaftet wird, theils, da es verpachtet ist, noch recht guten Ertrag giebt. Aber der Propst ist den grössten Theil des Tages betrunken und lässet aller Erinnerung seiner Nachbarn ungeachet alles zu Grunde gehen. Ob er zur Reparatur verpflichtet sei, ob er Rechnung ablege, das weiss im Orte niemand. Da aber ein Hospital, welches gut fundirt ist, auch zu Grunde gehet und die Armen, die darin verpflegt werden oder verpfleget werden sollten, schon der an sich armen Stadt zur Last fallen, so soll der Magistrat schon darüber bei der Regierung Klage erhoben haben. Ob aber die vielen Objecte, welche die Regierung zu

übersehen und zu bestreiten hat, die Aufmerksamkeit auf dergleichen Gegenstände hindern oder ob der ökonomische Theil der katholischen *piorum corporum* nicht der Regierung unterworfen worden, kann ich nicht bestimmen. Aber so viel weiss ich völlig überzeugend, dass, wenn nicht bald ganz wirksamer abhelfliche Maass gegen dies Uebel getroffen wird, es sodann für den Landesherrn selbst schwerlich zu remediren sein, wenigstens ungeheure Summen kosten würde. 1792 Dec. 24

»4) Ein Umstand, welcher der Ausbildung der katholischen Schul-Jugend sehr nachtheilig werden kann, ist dieser, dass die meisten Lehrer bei den gelehrten Instituten und so viele Plebani, Geistliche auf dem Lande nicht nur geborne Pohlen sind, sondern auch einzig in pohlnischen Schulen und auf pohlnischen Universitäten ihre Bildung erhalten haben. Hievon will ich nur sämmtliche Professores von Bromberg, einige Lehrer von Braunsberg, die Plebanos zu Grudzno, Smilowe, Morosowo anführen. Der Nachtheil, dass sie in der deutschen Sprache ganz unerfahren sind, ist der geringste, obschon es für die Ausbildung der immer mehr gemischten Schuljugend doch schon sehr hinderlich ist. Aber sie werden ganz auf den Fuss gebildet, wie man einzig in Pohlen die Sprachen und Wissenschaften tractirt wissen will, und theilen dann die unvollkommene Bildung mit, die sie dort empfangen haben. Sie können natürlich nicht an die Ordnung gewöhnt sein, welche die bessere Einrichtung der preussischen Staaten fordert. Ja, was noch mehr ist, sie sind, wie nur zu wahrscheinlich ist, noch gar sehr gegen diese Ordnung eingenommen; ihre Abneigung gegen eine andre Subordination als die von ihren höhern Geistlichen muss sich dann wenigstens durch Kaltsinn in Befolgung der Befehle, theils durch Klagen äussern, und man kann schwerlich erwarten, dass sie die Jugend zu der Ordnung, die von einem preussischen Unterthan gefordert wird, werden anführen wollen oder es bei ihrer Abneigung werden zweckmässig versuchen können.

»Dazu kommt noch, dass, da sie beständig die Vorliebe für ihr Vaterland und für die republicanische Verfassung behalten, die besten, geschicktesten von ihnen und alle, die sich etwas fühlen, bald wieder das preussische Land verlassen und dass also entweder nachtheilige Amts-Veränderungen vorgehen oder nur der Auswurf derselben gewöhnlich im Preussischen in den schlechteren Stellen aushalten.

»5) Wenn auch nach vorstehenden Bemerkungen wegen der in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten oder wegen des grossen Umfangs der zu remedirenden Missbräuche nicht baldige Abhülfe zu hoffen sein sollte, so sei es mir doch vergönnt, einige Vorschläge in Anregung zu bringen, auf welche das Nothwendige zu verfügen der Fall gar bald kommen könnte.

»A. Müssen sehr viel protestantische Einwohner Kalende, Zehend oder anderweitigen Natural-Ertrag, auch wohl ein

1792 Dec. 24 jährliches Abkommen statt der *iura stolae* noch immer den katholischen Geistlichen geben, wenn sie zugleich auch verpflichtet sind, den später angesetzten protestantischen Geistlichen und Schullehrern das Ihrige vollzählig zu geben. So leicht dies ihnen oft ein gut denkender katholischer Pfarrer, z. B. der Propst Ronze zu Filehn, macht, so belästiget es doch die Protestanten sehr. Nun wäre die Frage, ob diese den Katholiken zu leistende Abgabe nicht bei dem Tode oder der Versetzung des katholischen Geistlichen könne aufgehoben werden, und ob, weil der Fall eines solchen Abganges sehr nahe sein kann, nicht hie und da schon unmittelbar könnte abgeholfen werden.

»B. Es nimmt die Zahl der Katholiken mit jedem Jahre ab. Es giebt Kirchspiele, wie unter andern das zu Schloppe, welche nur noch 10, höchstens 12 Seelen enthalten, die zur römischen Kirche sich bekennen. In dieser Stadt ist ein katholischer Pfarrer, der bald sein achtzigstes Jahr erreicht hat. Nach dessen Abgange wäre wirklich kein Pfarrer mehr nöthig. Die wenigen Pfarrkinder könnten sehr leicht sich nach Eichfier, einem Filial-Dorfe, nur eine Meile von Schloppe sowie von Schönlancke, sich begeben; der Pfarrer von Schönlancke könnte sie alle 8 oder 12 Wochen in Eichfier mit den Sacris versorgen und dafür aus den Pfarr-Einnahmen von Schloppe Zulage erhalten. Das Übrige dieser Einnahme könnte zu irgend einem katholischen Institut der Gegend verwandt oder zum katholischen Schul-Fonds überhaupt geschlagen werden. In diesem Fall sind oder kommen bald mehrere Ortschaften. Es käme unmaassgeblich auf Erforderung eines gutachtlichen Berichts über solche Idee sowie über die Aufhebung oder Verhütung der Verbindung mehrerer geistlichen Pfründen und Beneficien an, welche Verbindung den Percipienten nur oft zu reich, wenigstens reicher macht als die Intention der Stiftenden war. Dieser gutachtliche Bericht könnte von der Regierung und dem Bischofe zugleich gefordert und dann die Sache dem Staats-Rathe vorgelegt werden.«

Nachträge.

487. Vollmacht des Kurfürsten Friedrich Karl Josef von Mainz für den Marquis Lucchesini. Mainz 1787 Mai 2. 1787 Mai 2

R. 10. 79. Abschrift. Vgl. No. 268.

Wünscht sich mit Rom über die Streitigkeiten innerhalb der deutschen Kirche zu vertragen und Dalberg als Coadjutor in Mainz und Worms anerkannt zu sehen.

»Nos Fridericus Carolus Josephus Dei et apostolicae sedis gratia archiepiscopus Moguntinus, Sacri Romani Imperii archicancellarius et elector episcopus et princeps Wormatiensis etc. illustri viro ac domino marchioni de Lucchesini, serenissimi ac potentissimi regis Borussiae cubiculario, hisce plenam potestatem impertimur, nomine Nostro Sanctissimo Patri, summo pontifici Pio VI. vel eminentissimo cardinali Boncompagni, status secretario, sub promissione silentii desuper observandi oretenus vel et per literas secretas declarandi: Nos ad veram amicitiam ac unionem cum aula Romana ineundam ad omnes discordias, quae in ecclesia germanica, praesertim circa nuntiaturas principiaque in congressu Embs stabilita, fervent, amice tollendas, ad auctoritatem pontificiam Romanaeque sedis iura in Germania conservanda, ad omnia media eatenus impendenda et ad communicationem, seu in scriptis seu viva voce, ideo instituendam omnino paratos esse, filiali fiducia fretos, Sanctitatem Suam ad eandem amicitiam Nobiscum faciendam, ad auctoritatem archi- et episcoporum Germaniae iura metropolitica et dioecesana tuenda aliaque grata Nobis facienda propensam ac paratam fore. Inter quae praecipuum iam est, si Sanctitas Sua dignetur, illustrem ac venerabilem ecclesiarum metropolitanae Moguntinae et cathedralis Wormatiensis canonicum capitularem, liberum baronem Carolum Antonium de Dalberg, virum religione plenum, optime moratum omnigenaque eruditione praeditum, praevia electione capitulorum in perpetuum coadiutorem Nostrum cum spe futurae successionis, tam hic quam Wormatiae, auctoritate apostolica designare et confirmare.

»Ut haec asserenti, nomine Nostro promittenti reciproceque petenti domino marchioni de Lucchesini plena ac integra fides tribuatur, praesens

1787 Mai 2 hoc mandatum, quod semper ratum habebimus et in effectum deducemus, expediri sigilloque Nostro secretiori muniri iussimus propriaque manu Nostra subscripsimus.«

Mai 14 **488. Note des Marquis Lucchesini an den Cardinal Buoncompagni, Staats-Secretär der Curie.** Rom 1787 Mai 14.

R. 10. 79. Abschrift. Vgl. No. 258.

Friedenswünsche des Kurfürsten von Mainz und seines Coadjutors Dalberg. Preussen verbürgt den kirchlichen Status quo Deutschlands, falls Rom die Rechte der Erzbischöfe und Bischöfe achtet. Dalberg soll auch in Worms Coadjutor werden.

»Col ritorno del corriere, spedito a Magonza e a Berlino li 18. del passato mese, il M^se^ Lucchesini ha la consolazione di poter confermar le promesse da esso contratte in nome del serenissimo elettor di Magonza coll' irrefragabile testimonianza de' suoi stessi caratteri. A quest' effetto lo scrittore, servo umilissimo dell' eminentissimo signor cardinal segretario di stato, gl' invia l'acclusa lettera credenziale della prelodata Altezza Sua Elettorale[1]), pregandolo poi di fargliela riavere per mano sicura.

»In essa si manifestano senza alcun velo estraneo, che li sfiguri, i sensi genuini di quel degno prelato e degno principe. Nella copia autentica della lettera del nuovo coadjutore[2]) all' A. S. E. (che si troverà qui alle credenziali congiunta) comparirà l'armonia e il consenso perfetto delle massime dell' elettore regnante coll' intenzioni del coadjutore: ed acciocchè non manchi più nulla al pieno adempimento delle promesse, contratte dal M^se^ Lucchesini col Santo Padre all' occasione del breve impetrato dalla Santità di nostro signore per la coadjutoria di Magonza, lo scrittore ha ricevuto dalla Maestà del rè di Prussia suo signore ordine espresso di farsi per essa mallevadore, *che il serenissimo elettor di Magonza attualmente regnante, come pure il di lui coadjutore baron di Dahlberg, non saranno nè promotori nè fautori delle convenzioni del congresso d'Embs, e con questo stesso conserveranno lo statu quo, a tenore delle credenziali dell' elettor di Magonza dirette al M^se^ Lucchesini in data de' 2. di maggio.*

»Lo scrittore a scanso d'equivoco aggiugne co' termini originali della sua instruzione la seguente clausola: *Je vous enjoins très-expressément de donner à connaître au St.-Père, que je me charge de la susmentionnée garantie sous condition très-expressément stipulée, que la cour de Rome ne veuille empiéter en rien sur les droits épiscopaux et métropolitains de l'église germanique et du siége de Mayence.*

»Adempiutisi con ciò pienamente i desiderii del Santo Padre dalla Maestà del rè di Prussia, questo ha concepito senza più la speranza, che la Santità Sua voglia compiacerlo d'un secondo e molte minor favore, abilitando il baron di Dahlberg a congiugnere la coadjutoria di Worms con

---

1) No. 487. 2) Dalberg.

quella di Magonza. La Maestà Sua si lusinga di essere da Sua Santità favorito in cosa di minor momento colla medesima cortesia et alacrità, che tanto pregio ha aggiunto al primo favor segnalato, per cui S. M. professa a nostro Signore somma e perpetua gratitudine. 1787 Mai 14

»Il rè di Prussia ha parimente ingiunto al M^se^ Lucchesine di rinnovare all' eminentissimo signor segretario di stato gli attestati di vera stima, che gli professava dianzi e che si è molto accresciuta in quest' incontro.

»Tutte queste commissioni adempie lo scrittore, senza frappor dimora, et colla dolce lusinga di non tardo favorevole riscontro si protesta divotamente dell Eminenza Sua umilissimo et divotissimo servo vero.«

Die übrigen Nachträge werden im siebenten Bande, an dem bereits gedruckt wird, erscheinen.

Register.

Die Zahlen beziehen sich, wenn nichts Anderes bemerkt ist, auf die Nummern der Urkunden.

Allgemeines. — Zuzug von Katholiken zu befördern: 473.
Antici, Marquis: 123.
Baiern. — Kirchliche Wünsche: 282. — Erhält von der Curie einen geistlichen Zehnten: 236. — Soll in der Pfalz und in Jülich-Berg Bischof einsetzen: 276. — Bischof Haeffelin: 276. 280. 281. — Pläne gegen die Reichs-Verfassung und auf die »Monarchie«: 374. — Stellung zu Preussen: 359.
Baireuth. — Diöcesan-Ansprüche des Bischofs von Regensburg, Duldung der Katholiken: 472. 474.
Bastiani, Propst: 21.
Brandenburg.
  Ehen, gemischte: 16.
  Frankfurt a. O.: 341.
  Weihbischof in Berlin vorgeschlagen: 473.
Buss- und Bettag, allgemeiner, auf Weisung des Papstes auch von Katholiken gefeiert: 72. 96. 100. 143. 155. 161. 173. 192. 204.
  Vgl. die einzelnen Provinzen.
Caprara, Nuntius: 421.
Censur: 1.
Coudenhoven, Frau v.: 124.
Dalberg, s. Mainz und Worms.
Draheim. — Kirchliche und staatsrechtliche Verhältnisse: 300. — Ob durch die pommersche oder durch die westpreussische Regierung zu verwalten: 310. — Rückgabe der 11 katholischen Land-Kirchen an die Lutheraner oder wenigstens Simultaneum: 310. 322. 431.
Ehen. — Scheidung von Tisch und Bett: 12. — Rom soll die Bischöfe zu Dispensen in den verbotenen Graden ermächtigen: 50. 55. 80. 95.
  Vgl. die einzelnen Provinzen.
Ermland.
  Bischof und Dom-Capitel. — Bischof Krasizki von Woellner getadelt: 442; bittet um das Sterbejahr: 62. 64. 191. 197. 252; Schulden: 461; vom Kulmer Bischof für Krakau empfohlen: 279; ungesetzliches Abkommen mit dem Bischof von Kulm wegen der Coadjutorie: 461. 467. — Wahlrecht des Dom-Capitels: 467. — Verleihung von Canonicaten: 304 (*beneficium a latere*). 354. 412.
  Braunsberger Collegium visitirt: 401.
  Evangelische Geistliche angestellt: 294.
  Katholische Geistlichkeit bittet um freie Übung ihrer Religion und Anerkennung ihrer Rechte: 51. 146.
  Schulen. — Müssen verbessert und vermehrt werden: 198. 206. 294. 357. 364. — Organisten sollen Schule halten: 357. 364.
  Vgl. Westpreussen.
Feiertage vermindert unter Zustimmung von Rom: 114. 161. 171. 192. 204. 285.
  Vgl. die einzelnen Provinzen.
Frankreich. — Von Oestreich zu trennen: 110. — Gegen den Emser Congress: 124.
Friedrich II. — Eindruck seines Todes in Rom: 4.
Fürstenbund: 101. 381. 419.
  Vgl. Nuntiatur-Streit.
Geldern.
  Bischof beschwert sich über das geldrische Justiz-Collegium: 453. 455. 460.
  Geistliche Stellen. — Ob auch Ausländern zu gewähren: 248. 292. 311. 312. 316. 317. 443. 464. 482. 483. — Einwirkung des Bischofs und des Justiz-Collegiums auf ihre Verlei-

Geldern (Forts.)
hung; Patronat-Recht; königliches Devolutions-Recht: 460. 479. 483.
Officialat nebst Inspections- und Examinations-Commission für das preussische Geldern: 460. 468.
Ressort-Streit zwischen Justiz-Collegium und Landes-Administrations-Collegium: 482.
Schule und theologischer Lehrstuhl in Geldern: 460.
Glatz.
Brüderschaft: 240.
Schulen durch Decan Winter befördert: 389.
Vgl. Schlesien (Diöcesan- und Landesgrenze).
Haeffelin, s. Baiern.
Hannover, Dynastie. — Königlicher Titel vom Papste nicht anerkannt: 32.
Heer.
Artillerie-Compagnie in Graudenz: 103.
Invaliden erhalten Küster- und Schulmeister-Stellen nur, wenn tauglich: 271.
Studiren der Cantonpflichtigen von der Erlaubniss des Regiments und der Kammer abhängig gemacht: 457.
Hildesheim, Bischof: 473.
Italien. — Plan einer anti-östreichischen Liga: 107. 110. — Synode in Florenz: 124. — Neapel: 124.
Kaiser und Reich.
Fürbitte für den Kaiser in Ober-Schlesien abgestellt: 120. 127.
Wahl-Capitulation: 409. 418 ff.
Vgl. Nuntiatur-Streit.
Kleve-Mark-Ravensberg.
Allgemeines: 121. 208.
Aerarium ecclesiasticum der Reformirten: 22. 26. 302.
Bischof vom Xantener Capitel erbeten: 184.
Diöcesan-Ansprüche von Kur-Köln: 31. 76. 109. 116. 117. 130. 151. 153. 154. 157. 176. 178. 208 (Denkschrift). 214. 219. 282. 374. 446.
Geistliche studiren und nehmen die Weihen ausser Landes: 83. 523.
Hattinger Katholiken getadelt wegen Erschleichung der Admission eines auswärtigen Kloster-Geistlichen: 140.
Isselburg: 108.
Kettwig, keine katholische Kirche: 14.
Klöster und Stifter. — Propstei des Collegiat-Stifts Kleve unterdrückt: 26. — Unterdrückung des Xantener Karthäuser-Klosters abgelehnt: 454. — Stifter zu Gunsten der reformirten Geistlichkeit und der Universität Duisburg vergeben: 22. 26. — Mönche strafversetzt: 119.
Nuntius in Brüssel nicht ins Land gelassen: 141.
Kleve-Mark-Ravensberg (Forts.)
Placet des Landesherren: 44. 83.
Schullehrer der Katholiken zu prüfen: 302.
Stol-Gebühren brauchen von Katholiken an Evangelische nicht gezahlt zu werden: 108.
Strafgewalt, geistliche: 119.
Xanten, s. Karthäuser.
Vgl. Nuntiatur-Streit.
Klöster und Stifter. — Glückwünsche von Ordens-Generälen: 13. — Karthäuser. Visitation durch den General, Zuziehung weltlicher Commissarien: 11. 24. 94. 134. 269. — Pauliner. Visitation durch den Provincial: 152.
Kur-Köln. — Angeblich für einen Sohn des Königs erstrebt: 17. — Kurfürst will Coadjutor von Lüttich werden: 386. — Zusammenkunft mit dem Könige: 214.
Vgl. Kleve (Diöcesan-Ansprüche), Nuntiatur-Streit.
Königlicher Titel. — Vom Papste anerkannt: 18. 32. 34. 57. 216.
Krakau, Bisthum: 279.
Lauenburg. — Angebliche Missbräuche des Clerus: 202.
Lingen.
Bethäuser. — In Halverde: 185. — Thürme, Orgel und Glocken: 125. 469.
Collecte: 213.
Geistliche. — Nur Einländer: 220. — Anstellung: Wahl der Gemeinden, Mitwirkung der Regierung und des päpstlichen Nuntius, Beschwerde beim Papste, Compromiss: 235. 243. 393. 445. 481. 484. — Ablehnung einer Anstellung: 136. — Beschwerde über einen Geistlichen zurückgewiesen: 29. — Nuntius in Brüssel wirkt schädlich: 182. — An seine Stelle der Bischof von Paderborn: 199. 212. 220. — Dieser versagt sich: 393. — An seine Stelle der Nuntius in Köln: 404. 415.
Proselytenmacherei: 465.
Schule. — Von den Katholiken in Suttrup erbeten, Entschädigung der evangelischen Schullehrer, Simultan-Schule verboten: 223. 363. 365. 388. — Schulmeister in Brochterbecke abgelehnt: 225.
Lucchesini, Frau v.: 124.
Lüttich, Bischof und Coadjutor: 242. 386.
Kur-Mainz.
Agenten in Rom geldgierig: 174.
Annaten: 174.
Coadjutor-Wahl fällt auf Dalberg: 68. 79. 95. 97. 99. 101. 487.
Dalberg. — Charakter: 102. — Streit mit dem Kurfürsten: 327.
Propst S. Albani für Hugo Hatzfeldt erbeten: 156.
Vgl. Nuntiatur-Streit, Rom.

Mörs. — Vorsteher in Krefeld müssen Reformirte sein: 414. — Aber die Katholiken dürfen einen Deputirten zur Beaufsichtigung wählen: 440. — Leichen der Katholiken dürfen von den katholischen Geistlichen begleitet werden: 81.
Niederlande. — Nuntius in den östreichischen N., Residenz-Verlegung nach der Republik der Vereinigten N.: 378.
Nuntiatur-Streit: 23. 25. 31. 34. 39. 40. 44. 48. 63. 67 ff. 101. 104. 116. 118. 123. 124. 156. 166. 195. 201 ff. 487. 488.
Vgl. Kaiser (Wahl-Capitulation), Kleve (Diöcesan-Ansprüche von Kur-Köln), Rom.
Oestreich. — Von Frankreich zu trennen: 110.
Vgl. Nuntiatur-Streit.
Ostfriesland. — Collecte: 213.
Ostpreussen, s. Ermland.
Parma. — Plan einer Verschwägerung mit Preussen: 112. 156.
Pfalz, s. Baiern und Zweibrücken.
Pommern. — Ehescheidung von Katholiken: 392. 396.
Posen, Bischof: 5.
Vgl. Draheim.
Religions-Edict: 237.
Religions-Wechsel in der königlichen Familie: 17. 88. 95. 107. 112.
Rom.
Avignon verloren und zurück verlangt: 422.
Ciofani. — Wird Resident in Rom: 52. 53 (Beglaubigungs-Schreiben): 57. — Beschwert sich über Schmälerung seiner Competenz: 189. — Verschieden beurtheilt: 244. 286.
Friedrich Wilhelm II. durch Nuntius Pacca begrüsst und belobt, Dank des Königs: 201. 209. 210. 211. 215. 216. 221. 222. 229. 243.
Guiccioli's Sendung nach Berlin: 296. 309. 321. 326. 335. 359. 378. 403. 441.
Lucchesini's Sendung nach Rom: 67. 68. 69. 79. 97. 99. 101. 107. 110. 123. 124. 156. 166. 174.
Nützlich für Preussen: 55.
Schisma droht: 124. 348.
Stampa eventuell Ciofani's Nachfolger: 403.
Vgl. Busstag, Feiertage, Friedrich II., Hannover, Kaiser (Wahl-Capitulation), Königlicher Titel, Lingen, Mainz, Nuntiatur-Streit, Schlesien (Bisthum), Worms.
Schlesien.
Bischof und Dom-Capitel von Breslau. — Schaffgotsch darf nicht zurückkommen: 6. 7. 77; ruft die Vermittelung des Papstes an: 95. 188; intriguirt in Rom: 189. — Ernennung und Wahl des Prinzen Hohenlohe-Bartenstein zum Coadjutor, Bestätigung durch den Papst, der aber das Wahlrecht des Capitels achten soll: 8. 20. 35. 41. 46. 55. 58. 77. 80. 86. 90. 91. 95. 105. 113. 115. 122. 139. 145. 163. 164. 167. 168. 183. 186. 183. 205. 224. 262. — Pläne des Wiener Hofes (Wiedereinsetzung von Schaffgotsch, Säcularisation): 20. 36. 46. 90. — General-Vicar im östreichischen Antheil: 145. — Bischof von Kulm Domherr: 59.
Schlesien (Forts.)
Collecten: 339.
Deutsche Sprache soll, namentlich in den Kloster-Schulen, gelernt werden: 366. *Vgl. Ober-Schlesien.*
Diöcesan- und Landes-Grenze: 139. 145. 159. 179. 295.
Ehen. — Dispense: 9. — Kindererziehung in gemischten Ehen: 338.
Evangelische Prediger bitten um Wiederentrichtung des von katholischen Gutsbesitzern zurückbehaltenen Getreide-Zehnten: 2.
Feiertage beschränkt: 114. 347.
Geistliche. — Vereidigung: 133. — Ausser Landes ordinirte aufgenommen: 277.
Grenzkirchen, auswärtige, Besuch verboten: 207.
Jesuiten-Güter. — Der Verwaltung von Danckelman entzogen: 53. 58. — Verkauft: 27. 28. 37. 38. 43. 47. 70. 71. 73. 98. — Vererbpachtet: 148. 158. 170.
Katholiken. — Sollen nicht gekränkt werden: 1. — Urtheil von Nicolai: 1. 138.
Kirchen-Vermögen, mangelhaft verwaltet; Aufsicht der Kammern: 475.
Kirchen-Vorsteher vereidigt: 10.
Klöster und Stifter. — Zurückschaffung der ins Ausland verliehenen Capitalien: 75. — Bestätigung von neu gewählten Obern: 270. 417. — Absetzung eines Priors: 82. — Säcularisation von Mönchen: 128. — Mönche zum Gehorsam gegen die Kirche ermahnt, Beistand des Staates abgelehnt: 379. — Erlaubniss zur Visitation durch den Provincial: 135. 200. — Nur Landeskinder Novizen: 135. — Nur Landeskinder Kloster-Oberen: 196. — Versetzung ins Ausland: 411. — Keine erzwungene Entfernung ins Ausland: 135. — Keine Zänkereien im Kloster: 135. — Erlaubniss, Almosen zu sammeln: 187. — Verbot, Almosen zu sammeln: 463.
Krakauer Diöcesan-Antheil. Bedingte Genehmigung einer Kirchen-Visitation: 480.

Schlesien (Forts.)
Malteser. — Abstellung von Unordnungen: 265. 334. 340. — Beschwerde des Erzbischofs von Olmütz: 470. — Forderungen des Grossmeisters: 432. — Nachlass-Recht des Grossmeisters: 452. — Prinz Ferdinand übernimmt die Oberaufsicht: 435. 444. 448. 451. — Verleihung der Commenden: 448.
Messbücher, ausländische, in Ober-Schlesien beseitigt: 120. 127.
Ober-Schlesien. — In der Cultur zurück; Verbreitung der deutschen Sprache durch Anstellung von niederschlesischen Geistlichen; für diese ein polnischer Sprachmeister an der Universität Breslau: 349. 350. 356. 360. 366. 376. 416. — Agrar-Reform: 476.
Olmützer Erzbischof. — Visitirt: 324. — Beschwert sich über die Malteser: 470.
Päpstliche Bullen nur mit Genehmigung des Ministers veröffentlicht: 181.
Parochial-Verbindung, Zweck ihrer Aufhebung: Seite 197.
Polnische Sprache, von deutschen Theologen zu erlernen: 449. *Vgl. Ober-Schlesien.*
Proselytenmachen verboten: 217.
Saat-Reuten am Ostertag verboten: 3.
Schulen. — Der Verwaltung von Zedlitz entzogen, der von Seidlitz und Hermes übertragen: 150. — Verbesserung dringend nöthig; Vorschläge des Professors Peucker: 476. 477. — Schulen-Institut: 261. — Land-Schulen. — Revision durch Kriegsrath Andrese: 375. 391. — Katholische Kinder dürfen evangelische Schulen besuchen: 397. — Evangelische Schulen mit von Katholiken unterhalten: 284. — Evangelisehe Schullehrer dürfen katholischen Gemeinden nicht aufgedrängt werden: 448. — Vereidigung der Schullehrer: 133. — Schullehrer-Seminare: 390. 394. 398. 424 (Cistercienser).
Stol-Gebühren: 339.
Studiren gemeiner Leute beschränkt: 137.
Übertritt zur katholischen Religion nie ohne vorangegangenen evangelischen Religions-Unterricht: 194.
Universität Breslau, s. Ober-Schlesien. *Vgl. Busstag, Feiertage, Kaiser und Reich.*
Schulen und Universitäten.
Ober-Schul-Collegium. — Instruction: 65. — Besetzt die Küster- und Schulmeister-Stellen königlicher Collation: 271. *Vgl. Heer (Invaliden).*
Prüfung der zur Universität gehenden Schüler: 434.
Schenkungen und Vermächtnisse: 84.
Schulen und Universitäten (Forts.)
Zuschuss für die Universitäten Halle, Frankfurt und Königsberg aus dem Verkauf der schlesischen Jesuiten-Güter: 27. 28. 73. 98. 261. *Vgl. die einzelnen Provinzen.*
du Val-Pyrau: 21.
Wengerski, Kammerherr: 265.
Vicariat (oder Bisthum) für die rheinisch-westfälischen Provinzen: 276 (Bischof). 329. 336. 344. 405.
Westpreussen.
Allgemeines, schlimmer Zustand der Cultur und der Sitten: 264. 323.
Beamte hochmüthig: 264.
Bischöfe. — Wünsche und Beschwerden: 54. 55. 61. — Grösstentheils in Polen lebend: 264. 314. 486.
Deutsche Sprache: 264. 486.
Ehen. — Dispense: 56. — Scheidung: 15. — Trauung von Geschiedenen: 458. — Gemischte Ehen: 459. 466.
Evangelische processiren wegen der ihnen angeblich genommenen Kirche zu Mariensee: 180.
Excommunication angedroht: 459. 466.
Feiertage beschränkt: 33. 49. 54. 56. 60. 80. 95. 106. *Vgl. Feiertage.*
Geistliche. — Im Allgemeinen: 54. — Viele Polen oder doch in Polen gebildet: 486. — Unduldsam: 131. 149. — Erlaubniss zum Studiren im Auslande: 353. — Kärgliche Einnahmen: 264. — Reise-Erlaubniss: 126.
Geistliche Güter. — Keine Änderung in ihrer Bewirthschaftung: 132. — Kauf von Grundstücken durch den Clerus: 147.
Gerichtsbarkeit, Grenzen zwischen weltlicher und geistlicher: 264. 314. 320.
Gnesen, Erzbischof, beansprucht Einkünfte in Westpreussen: 93. 103.
Jesuiten (Schulen-Institut): 42. 362. — Ob ihre Collegien zum Theil einzuziehen: 264. 314. *Vgl. Schulen.*
Katechismus, vom Bischof von Kulm entworfen: 407.
Katholiken nehmen ab: 486.
Klöster und Stifter. — Durch die Regierung beaufsichtigt: 144. — Des Königs Ernennungs-Recht, der Mönche Wahl-Recht bei den Abteien: 402. — Erlaubniss zur Aufnahme in ein inländisches Kloster verweigert: 263. 462; in ein ausländisches: 332. — Verwendung beim Papste für das Dispensations-Gesuch eines Mönches abgelehnt: 456. — Versetzung von Mönchen nach Polen, Trennung der westpreussischen von den polnischen Klöstern, Ungehorsam von drei Klöstern, Schwierigkeit bei der Bestrafung: 19. 369. 399. — Reise-Erlaub-

Westpreussen (Forts.)
niss zur Wahl eines Kapuziner-Provincials: 111. — Coadjutor der Abtei Koronowo: 142. — Propstei Deutsch-Krone: 165. 172. — Einziehung der Abtei Koronowo (zum Fonds eines Seminars): 160. 402. 410; des Klosters Wissok: 165. 172. 203.
Kulm, Bischof. — Sterbejahr seiner Pfründen bewilligt: 30. 92. 162. 171. 175. 436. — Domherr in Breslau: 59. — Vertheidigt Unduldsamkeit: 131. — Von Woellner gelobt: 442. *Vgl. Ermland (Bischof), Schlesien (Bisthum, Coadjutor), Westpreussen (Ehen, Excommunication, Schulen).*
Organisten: 357. 447.
Paradies bei Danzig, s. Karthäuser.
Regierungs-Rath Meyer: 293.
Schulen. — Unzureichend, zu vermehren und zu verbessern: 42. 45. 89. 160. 177. 264. 268. 288. 293. 318. 357 (Organisten). 362. 485. 486. — Saumseligkeit der westpreussischen Kammer: 450. — Geringer Eifer der katholischen Geistlichen: 478. — Untersuchungs-Commission: 315. 331. 402.
Westpreussen (Forts.)
— Protestantische Kinder in katholischen Schulen: 478.
Schullehrer. — Vom Ober-Schul-Collegium bestätigt: 400. — Der Bischof von Kulm will sie, ohne Prüfung durch das Schul-Collegium, anstellen: 447. 478. — Die katholischen Geistlichen prüfen schlecht: 478. — Schullehrer-Seminar: 169. 293.
Seminar für die Geistlichkeit: 54. 61. 264. 314. 320.
Stol-Gebühren, Kalende und sonstige Abgaben von Evangelischen an den katholischen Clerus: 54. 129. 190. 383. 406. 439. 471. 486.
Strafen, s. Klöster.
Vicarius apostolicus: 264. 293. 314. 320. *Vgl. Busstag, Ermland, Feiertage.*
Worms. — Dalberg Coadjutor: 112. 123. 487. 488. — Annaten: 174.
Würzburg. — Coadjutor: 124.
Zoglio, Nuntius am kurpfälzisch-baierischen Hofe: 123.
Zweibrücken. — Pläne gegen die Reichs-Verfassung und auf die »Monarchie«: 374.

Verzeichniss der Correspondenten.

Befehle, Resolutionen, Schreiben u. s. w. aus dem Cabinet an
den Geheimen Etats-Rath: 467.
das Auswärtige Departement: 20. 35. 40. 46. 52. 91. 93. 103. 113. 118. 139. 145. 159. 188. 211. 222. 274. 281. 290. 297. 384.
das General-Directorium: 365.
das Geistliche Departement: 185. 292.
die Generäler der Karmeliter, Franciscaner, Kapuziner, *Predicatori*, *Minori Conventuali*: [13.]
das Dom-Capitel in Breslau: 167.
das katholische Schulen-Institut in Breslau: 261.
den Gesandten Brühl: 281.
den Minister Dörnberg: 142. 223.
den Minister Finckenstein: 36.
den Kurfürsten Friedrich Karl Josef von Mainz: 68. [273.] [373.] [385.]
den Minister Heinitz: 223.
den Minister Hertzberg: 189. 216. 245. 305. 432.
den Bischof Hohenzollern von Kulm: [122.]
den Minister Hoym: 28. 37. 43. 59. 73. 148. 158. 435. 457.
den Kammerherrn Lucchesini: 67. 156. 166.
Papst Pius VI.: [230.]
den Karthäuser-General Robinet: [11.]
den Weihbischof Rothkirch von Breslau: 9.
den Bischof Okezki von Posen: 5.
den Weihbischof Rothkirch von Breslau: 356.
den Bischof Schaffgotsch von Breslau: 6. 7. 8. 77.
den Minister Woellner: 271. 304. 354. 461.
den Minister Zedlitz: 11. 16. 30. 42. 129. 203. 213.
Geheimer Etats-Rath (d. h. verschiedene Departements gemeinsam) an
das Cabinet: 467.
die Kammern in Geldern (Landes-Administrations-Collegium): 479. 482. — Marienwerder: 177. 315.
die Regierungen in Geldern (Justiz-Collegium): 460. 479. 483. — Kleve: 14. — Marienwerder: 165. 177. 315. — Mörs: 414. 440.
das Dom-Capitel von Kujawien (Wloclawek): 132.
den Bischof Hoensbroeck von Roermonde: 460.
Auswärtiges Departement (Cabinets-Ministerium) an
das Cabinet: 13. 17. 35. 40. 46. 52. 93. 103. 113. 118. 139. 145. 159. 203. 211. 229. 259. 260. 265. 273. 275. 279. 290. 297. 324. 370. 384. 470.
das Geistliche Departement: 50. 141. 317. 322. 399. 404. 410. 445. 455. 467. 479. 481.
das Ober-Schul-Collegium: 323.
die Regierungen (Consistorien) in Geldern (Justiz-Collegium): 468. — Kleve: 31. 44. 117. 130. 178. 446. — Lingen: 481. — Marienwerder: 19. 106. 332. 456. — Minden: 117.
die Wahl-Botschaft in Frankfurt (Sacken und Goertz): 418. 419. 420. 425. 426. 427. 429. 430. 433.
das Dom-Capitel in Breslau: 205.
das Franciscaner-Kloster in Gross-Glogau: 128.
das kurpfälzische Ministerium: 119.
den Gesandten Brühl: 251. 266. 267. 272. 282. 283. 291. 301. 309. 313. 319. 325. 328. 348. 352. 355. 361. 377. 382. 387.
den Cardinal Buoncompagni: 295.
den Gesandten Buchholtz: 279.
den Residenten Ciofani: 18. 50. 53 (Beglaubigung). 57. 58. 60. 161. 162. 186. 192. 285.
den Erzbischof Colloredo von Olmütz: 324. 470.
den Gesandten Dohm: 31. 44. 63. 83. 87. 116. 154. 216. 233. 256. 329. 343.
den Kurfürsten Friedrich Karl Josef von Mainz: 371.
den Bischof Fürstenberg von Paderborn: 393.
den Legations-Rath Ganz: 195.
den Gesandten Goertz: 474.

den kurmainzischen Gesandten Hatzfeldt: 290. 342.
den Bischof Hohenzollern von Kulm: 106.
den Minister Hoym: 145.
den Bischof Krasizki von Ermland: 106.
den Gesandten Lucchesini: 413.
den Malteser-Comthur Maisonneuve: 340. 448. 451. 452.
den Pater Niering: 128.
den Malteser-Grossmeister Rohan: 334.
den Weihbischof Rothkirch von Breslau: 106. 114. 262.
den Gesandten Schwarzenau: 66. 74. 85.
den Land-Jägermeister Stein: 234. 239. 244. 298. 306. 327. 337. 342. 343. 345. 351.
den kurkölnischen Minister Waldenfels: 116. 154. 330.
den Minister Woellner: 300. 310. 485.
den Minister Zedlitz: 49. 106. 199. 235.
Vgl. Alvensleben, Finckenstein, Hertzberg.

General-Directorium an
das Geistliche Departement: 248. 316.
die Kammer in Marienwerder: 450.

Schlesisches Finanz- (Provincial-) Ministerium an
das bischöfliche General-Vicariat-Amt in Breslau: 339. 349. 366. 376. 394. 398. 449.
das Barfüsser-Kloster zu Strehlen: 75. 82.
den Provincial der Barmherzigen Brüder Kayser: 200. 411.
den Franciscaner-Provincial Kuntze: 270.
den Priester Morzigemba: 277.
den General-Vicar der Dominicaner Schmidt: 417.
den Barfüsser-Provincial Tolentz: 135.
Vgl. Hoym.

Justiz- und Geistliches Departement an
das Cabinet: 185. 363. 388.
das Auswärtige Departement: 50. 141. 155. 317. 332. 369. 445.
das General-Directorium: 316.
das Ober-Schul-Collegium: 65 (Instruction).
das Kammer-Gericht: 12.
die Regierungen (Consistorien) in Breslau: 10. 72. 194. — Geldern (Justiz-Collegium): 464. — Glogau: 397. — Kleve: 24. 108. 140. 141. — Königsberg (»Ostpreussisches Etats-Ministerium«): 64. 146. 197. 401. 412. 442. — Lingen: 125. 136. 220. 388. 469. — Marienwerder: 24. 72. 100. 111. 129. 149. 190. 263. 269. 353. 383. 399. 439. 458. — Mörs: 81. — Stettin: 396.
die evangelischen Gemeinden und Prediger in Briesenitz und Jagdhaus: 439. — Schöneck: 406. — Wohlau: 2.
das katholische Consistorium in Westpreussen: 15.
die katholischen Gemeinden in Brochterbecke: 225. — Lingen: 225. — Schapen: 29.
die Klöster in Lonk: 144. — Wesel: 213.
den Propst Ansitio in Miloboncz: 126.
Francisca Gutowska: 462.
den Grafen Haussonville: 338.
den Bischof Hohenzollern von Kulm: 92. 147. 320. 459. 466.
den Prediger Horckel; 465.
Barbara Jarozewska: 462.
den Propst Klossowski: 471.
den Bischof Krasizki von Ermland: 64. 253.
den Reformaten-Provincial Polinski: 144.
den Pauliner-Provincial Wichlinski: 152.
Vgl. Danckelman, Dörnberg, Woellner, Zedlitz.

Ober-Schul-Collegium an
das Auswärtige Departement: 323.
das Geistliche Departement: 169.
die Regierungen in Kleve: 302. — Marienwerder: 202. 331. 362.
den Minister Danckelman: 434.
den Bischof Hohenzollern von Kulm: 268. 357. 362. 485.
den Bischof Krasizki v. Ermland: 357.
den Bischof Rybinski von Kujawien: 357.
Vgl. Meierotto, Woellner.

Kammern (und Kammer-Deputationen) in Breslau: 3 (Circular). 181. 207 (Circular). 240. 347. 463 (Circular). — Glogau: 3 (Circular). 463 (Circular). — Königsberg: 294. — Lingen: 388. — Marienwerder: 89.

Regierungen (Consistorien) in Breslau: 10. 96. 194. — Glogau: 397. — Kleve: 24. 121. 208. 302. 446. — Königsberg (»Ostpreussisches Etats-Ministerium«): 64. 197. 206. 294. 442. — Marienwerder: 19. 24. 33. 106. 111. 131. 160. 172. 269. 314. 331. 369. 402. 434. 458. 459. 462. 478. — Mörs: 81. — Stettin: 300. 392.

Schul-Commission in Breslau: 434.

Geldrische Landtags-Commissarien (Buggenhagen und Plesmann): 443.

Wahl-Botschaft in Frankfurt (Sacken und Goertz): 421. 423. 431.

Evangelische Geistliche in Wohlau: 2.

Katholische Geistlichkeit in Ermland: 51.

Bischöfliches General-Vicariat-Amt in Breslau: 339. 360. 391.

Dom-Capitel in Breslau: 86. 163. 183. 205.
Capitel zu Xanten: 184.
Ritterschaft von Geldern: 311.
Städte Geldern und Wachtendonck: 312.
Kurpfälzisches Ministerium: 119.

Alvensleben, Minister, an
den Abt Pauw: 454.
Vgl. Auswärtiges Departement.
Brühl, Gesandter in München: 276. 348. 352. 358.
Buchholtz, Gesandter in Warschau: 279.
Buggenhagen, Kammer-Präsident: 443.
Buoncompagni, Cardinal, an
den Residenten Ciofani: 193. 299.
den Minister Hertzberg: 296. 308. 335.
den Kammerherrn Lucchesini: 99. 273.
Ciofani, Resident in Rom: 4. 23. 32. 80. 95. 171. 173. 175. 193. 224. 262. 344. 386. 409. 484.
Danckelman, Minister, an
das Cabinet: 70. 78.
das Ober-Schul-Collegium: 434.
den Minister Hoym: 47.
Vgl. Justiz-Departement.
Denina, Abbé: 473.
Dörnberg, Minister, an
das Cabinet: 142.
den Minister Zedlitz: 182.
Vgl. Justiz-Departement.
Dohm, Gesandter in Köln: 25. 39. 48. 76. 109. 153. 209. 214. 215. 226. 227. 242. 247. 253. 336.
Ehrthal, kurmainzischer Minister: 395.
Ferdinand, Prinz von Preussen: 444.
Friedrich Karl Josef, Kurfürst von Mainz: 238. 254. 255. 257. 303. 367. 368. 380. 381. 487.
Fürstenberg, Bischof von Paderborn: 393.
Goertz, s. Wahl-Botschaft.
Guiccioli, päpstlicher Legations-Secretär: 326. 359. 378. 403. 408.
Hardenberg, Minister: 472.
Hatzfeldt, kurmainzischer Gesandter: 289. 290.
Haussonville, Graf: 338.
Hertzberg, Minister, an
das Cabinet: 34. 55. 189. 216. 219. 221. 233. 239. 246. 287. 305. 372. 386. 432. 441.
den Gesandten Brühl: 282.
den Cardinal Buoncompagni: 335.
den Residenten Ciofani: 224. 295. 346. 422.
den Nuntius Pacca: 211. 437.
den Geheimen Rath Steck: 176.
den Land-Jägermeister Stein: 231. 307.
den Minister Woellner: 354.
Vgl. Auswärtiges Departement.
Hoensbroeck, Bischof von Roermonde: 453.
Hohenzollern, Bischof von Kulm, an
das Cabinet: 42. 115.
das Auswärtige Departement: 106.
das Geistliche Departement: 147. 466.
das Ober-Schul-Collegium: 264. 362. 447.
den Minister Woellner: 293. 407.
Denkschrift: 54.
Hoym, Minister, an
das Cabinet: 20. 27. 38. 41. 70. 71. 90. 98. 145. 148. 158. 170.
das Auswärtige Departement: 105. 179.
die Kammern in Breslau: 137. 181. 187. 349. 424. 475. 476. — Glogau: 475.
die Regierung in Glogau: 133.
das bischöfliche General-Vicariat-Amt in Breslau: 438. 477.
den Kriegsrath Andreae: 375.
den Decan Bartusel: 480.
den Minister Danckelman: 47.
den Professor Garve: 1.
den Franciscaner Haslau: 379.
den Minister Hertzberg: 163.
den Bischof Hohenzollern von Kulm: 163.
den Kapuziner-Provincial Jonathas: 341.
den Polizei-Director Kirchstein: 217.
den Buchhändler Nicolai: 138.
den Landrath Pritzelwitz: 438.
den Weihbischof Rothkirch von Breslau: 120.
den Professor Steiner: 350. 416.
den Pauliner-Provincial Wichlinski: 196.
den Decan Winter: 389.
Vgl. schlesisches Finanz-Ministerium.
Januschowski: 284.
Karl Wilhelm Ferdinand, Herzog von Braunschweig: 321.
Kleist, Hofgerichts-Präsident in Bromberg: 288.
Krasizki, Bischof von Ermland, an
das Cabinet: 62.
das Auswärtige Departement: 106.
das Geistliche Departement: 191.
das Ober-Schul-Collegium: 364.
den Minister Zedlitz: 198.
Lucchesini, Kammerherr und Gesandter, an
das Cabinet: 79. 88. 97. 99. 101. 107. 110. 112. 123.
das Auswärtige Departement: 413.
den Cardinal Buoncompagni: 249. 488.
den Kurfürsten Friedrich Karl Josef von Mainz: 250.
den Minister Hertzberg: 189. 258.
den Land-Jägermeister Stein: 102. 124. 174. 232.
Denkschrift: 69.
Randbemerkungen: Seite 258. 288.

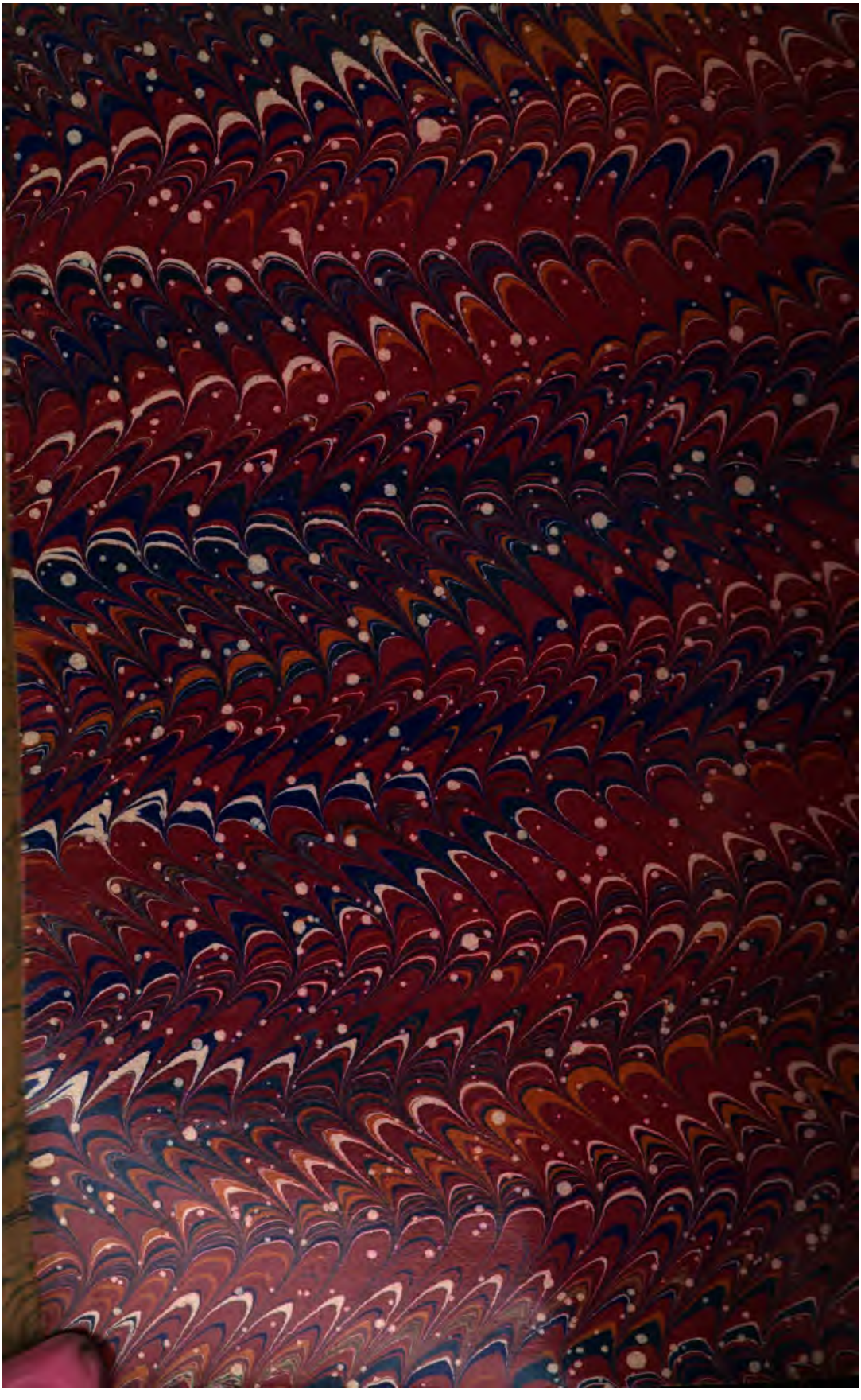
Maisonneuve, Malteser-Comthur: 435. 444.
Meierotto, Ober-Schulrath: 486.
Vgl. Ober-Schul-Collegium.
Müller, Johannes: 278.
Pacca, Nuntius in Köln: 210. 415. 428.
Pius VI. an
König Friedrich Wilhelm II. 201.
den Erzbischof Poniatowski von Gnesen: 173. 204.
den Weihbischof Rothkirch von Breslau: 285.
die Bischöfe von Ermland, Kujawien, Kulm, Plozk, Posen und den Weihbischof von Breslau: 204.
Plesmann, Geheimer Rath: 443.
Poniatowski, Erzbischof von Gnesen: 143.
Rohan, Malteser-Grossmeister: 265.
Rothkirch, Weihbischof von Breslau: 106. 127. 390.
Rybinski, Bischof von Kujawien: 61.
Sacken, s. Wahl-Botschaft.
Schaffgotsch, Bischof von Breslau: 77. 164.
Smukalski, Bernhardiner-Provincial: 399.
Steck, Geheimer Rath: 420. 446.
Vgl. Auswärtiges Departement.
Stein, Land-Jägermeister: 218. 226. 236. 241. 247. 280. 286. 289. 374.
Steiner, Professor: 349.
du Val-Pyrau, Abbé: 21.
Waldenfels, kurkölnischer Minister: 104. 151. 157. 228. 330.
Westphalen, Bischof von Paderborn: 212. 243.
Woellner, Minister, an
das Cabinet: 304. 354. 442.
das Auswärtige Departement: 300. 310.
das Ober-Schul-Collegium: 485.
den Minister Hertzberg: 354.
den Bischof Hohenzollern von Kulm: 407. 436.
den Kriegsrath Hüllesheim: 405.
den Geheimen Rath Scholz: 252.
Vgl. Justiz-Departement.
Zedlitz, Minister, an
das Cabinet: 11. 22. 26. 150. 203.
das Auswärtige Departement: 199. 235.
den Karthäuser-General Robinet: 94.
den Bischof Rybinski von Kujawien: 180.
Aufzeichnung: 45.
Vgl. Justiz-Departement.
Zelada, Cardinal: 409. 422.
Zoglio, Nuntius in München: 276. 325. 333.

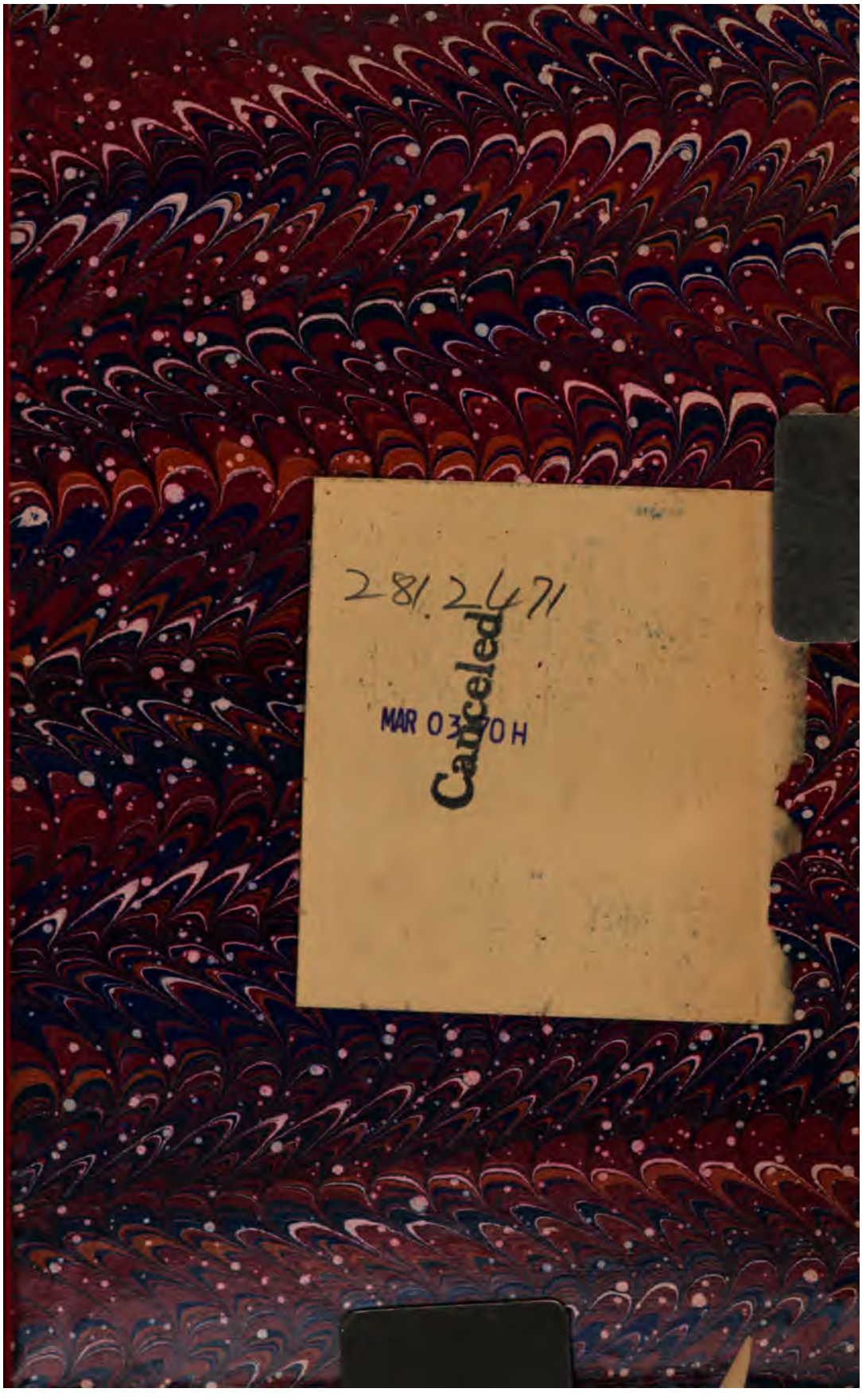
Conferenz-Protokolle: 56. 318.
Confirmationen: 22.
Convention: 444.
Edicte, Gesetze und Declarationen: 84. 237.
»Placitum«: 168.
Wahl-Capitulation: 433.

Zusätze und Verbesserungen.

Die Urschrift von No. 12 ist von Carmer gezeichnet.
S. 11 Z. 13. v. unten lies: Buoncompagni.
Das in No. 24 erwähnte Rettel ist Réthel in Champagne.
Anmerkung 3 auf S. 46 gehört zu Zeile 22 v. oben.
Zu S. 64 vgl. S. 284 Anm. 2.
S. 68 Z. 14 v. oben lies: Hof- und Land-Jägermeister und Obersten.
In dem Regest von No. 67 ist hinzuzufügen: *Wünscht Erhaltung des kirchlichen Status quo.*
S. 69 Z. 19 v. unten lies: partie.
» 141 Anm. 2 ist hinzuzufügen: Erzbischof von Adana i. p. i.
» 153 Z. 16 v. oben lies: Hohenlohe.
» 168 » 14 » » » Hatzfeldt.
» 183 » 14 » » » Wyssock.
» 189 » 16 » unten » Rybinski.
Das in No. 196 erwähnte Kloster Topellna lag in Westpreussen.
No. 204 ist gedruckt bei *Leman, Provincial-Recht der Provinz Westpreussen 2, 2, 262.*
S. 217 am Rande lies: April 29.
» 227 Z. 8 v. unten lies: Westphalen.
» 235 »10 » oben » Suttrup.
» 241 » 6 » » » R. 10. 79. Mundum.
» 327 Anm. 3 muss lauten: i. p. i.
» 337 Z. 12 v. oben lies: v. Kleist.
» 421 Anm. war noch anzuführen: *Correspondance diplomatique de Maury (Lille 1891) 1, 55.*
» 453 Überschrift ist hinzuzufügen: *Heer.*
» 489 Überschrift ist hinzuzufügen: *Wahl-Capitulation.*
In dem Regest von No. 446 ist hinzuzufügen: *Die kurkölnischen Diöcesan-Ansprüche.*
Der Land-Jägermeister Stein leistete am 30. November 1787 seinen Diensteid als »Gesandter und bevollmächtigter Minister am kurmainzischen und herzoglich zweibrückischen Hofe«. Am 11. December 1787 kam er in Mainz an.
Bei No. 51 war zu verweisen auf No. 61; S. 126 Anm. 1 auf No. 487 und 488; bei No. 149 auf No. 61; bei No. 208 auf No. 446.

Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.




281.2471
Canceled
MAR 03 '70 H

Widener Library
3 2044 098 650 906